

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:38:00 CEST

Job Number: 202929099

Documents (16)

1. [Richter und Henker](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

2. [Auf das Urteil folgt Tumult](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

3. [NACHRICHTEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

4. [Wut in Bockenheim](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

5. [„Rechtsextremismus ist größte Bedrohung“](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

Narrowed by



News

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

6. [Aufgeheiztes Wochenende](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

7. [Elende Spirale der Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

8. [Mehr Rechtsstaat](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

9. [Antifa-Demonstration bleibt friedlich](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

10. [NACHRICHTEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

11. [Verbotene Demonstrationen in Leipzig eskalieren](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

12. [NACHRIFTEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

13. [Bündnis für Lina E. gegründet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

14. [Demos](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

15. [No Headline In Original](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau

16. [No Headline In Original](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Frankfurter Rundschau



Richter und Henker

Frankfurter Rundschau
Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: FR-FORUM; S. 22

Length: 339 words

Highlight: Urteil gegen Lina E.: „Aufgeheiztes Wochenende“, FR-Politik vom 3. Juni

Body

Wenn wir vor 90 Jahren (1933) etwas mehr Lina E.s gehabt hätten und weniger Scharfrichter, dann wären nicht Millionen auf Schlachtfeldern dahingemetzelt und im KZ ermordet worden. Und Deutschland wäre nicht vom Land der Dichter und Denker zum Land der Richter und Henker mutiert. Manche – wie Lina E. – haben aus der Geschichte gelernt. Andere etwas weniger.

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Demokratie braucht

unbequeme Citoyens

Wer schützt Demokraten vor Nazis, wenn der Staat es nicht tut? Der Fall der Lina E. wirft diese Frage mit aller Deutlichkeit auf. Das Urteil gegen die linke Aktivistin zeigt, dass in diesem Land mit zweierlei Maß gemessen wird. Rechtsextremismus ist keine Meinungsäußerung, sondern eine Straftat und widerspricht dem Geist des Grundgesetzes. Das basiert gemäß Artikel 139 auf der Voraussetzung, dass die zur Befreiung des deutschen Volks vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften von den Bestimmungen der neuen Verfassung nicht berührt, also nicht infrage gestellt werden.

All das gilt nicht nur für Aktionen, Reden und schriftliche Äußerungen, sondern auch für die gesamte Symbolik des Faschismus. Mithin ist es die Pflicht des Staats, rechtzeitig einzugreifen. Er allein übt das Gewaltmonopol aus. Demonstrationen im Stil von SA-Aufmärschen oder „national befreite Zonen“ in Ostdeutschland darf es gemäß Verfassung und Gesetzeslage nicht geben. Ebenso keine Volksverhetzung à la AfD. Dennoch wird gegen die Demokratie und ihre Institutionen gehetzt. Staatsbürger, die ein politisches Mandat ausüben, sehen sich Morddrohungen aus dem rechten Lager ausgesetzt. Exekutive und Judikative reagieren langsam, inadäquat oder überhaupt nicht.

Was ist zu tun, wenn der Staat seine verfassungstreuen Bürger im Stich lässt? Selbstjustiz ist keine Lösung. Die lückenlose Anzeige verfassungswidrigen Verhaltens könnte ein Weg sein. Die Demokratie bedarf des unruhigen Citoyens, der Widerspruch formuliert und Unrecht und Täter klar benennt. Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Link zum PDF-Dokument

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRD

Subject: RICHTER (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (76%); VÖLKERMORD (76%); VERFASSUNGSRECHT (74%)

Geographic: FRANKFURT, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Auf das Urteil folgt Tumult

Frankfurter Rundschau

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: POLITIK; S. 5

Length: 736 words

Highlight: Im Dresdner Prozess gegen mutmaßliche Linksextreme fallen hohe Haftstrafen: Lina E. muss insgesamt über fünf Jahre ins Gefängnis

Body

Als Lina E. und ihre drei Mitangeklagten den Hochsicherheitstrakt des Oberlandesgerichts Dresden betreten, bricht Beifall unter ihren rund hundert angereisten Unterstützer:innen aus. Die Urteilsverkündung des Vorsitzenden Richters Hans Schlueter-Staats gegen die mutmaßlichen Linksextremen wird dann wenig später mit Rufen wie „Schweinejustiz“ gestört. Am Ende des fast hundert Verhandlungstage dauernden Prozesses, der mit mehrjährigen Haftstrafen für die vier Angeklagten endet, kocht am Mittwoch die Stimmung hoch.

Die Unmutsbekundungen und Zwischenrufe während der mehrstündigen Urteilsbegründung werden immer lauter, so dass schließlich Justizbedienstete eingreifen. Störer:innen werden aus dem Saal geführt, es kommt zu tumultartigen Szenen. Die Sitzung wird unterbrochen.

Das Urteil gegen die 28-jährige Studentin Lina E. und die drei mitangeklagten Männer wurde mit Spannung erwartet. Ihnen werden mehrere gewalttätige Angriffe auf Neonazis und vermeintliche Anhänger der rechten Szene zur Last gelegt, die sie zwischen 2018 und 2020 in Wurzen, Leipzig und in Eisenach verübt haben sollen. Mehrere Menschen wurden dabei teils schwer verletzt.

Als Knackpunkt erwies sich die Frage, ob sich der Vorwurf einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung erhärten lässt. Das Oberlandesgericht Dresden bejaht dies mit seinem Urteil und verhängt gegen Lina E. fünf Jahre und drei Monate Freiheitsstrafe unter anderem auch wegen gefährlicher Körperverletzung.

Das liegt deutlich unter der Forderung der Bundesanwaltschaft. Ihre Mitangeklagten erhalten Haftstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten wegen Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Lina E. kam nach dem Urteil, das noch nicht rechtskräftig ist, gegen Auflagen zunächst auf freien Fuß.

Richter Hans Schlueter-Staats schildert die Taten äußerst detailliert, fasst Indizien, Zeugenaussagen und Beweise zusammen. Nach Überzeugung des Gerichts wurden die Überfälle auf Neonazis „langfristig vorgeplant“. Die „brutalste Tat“ traf seinen Ausführungen zufolge einen Kanalarbeiter, der im linksalternativen Stadtteil Leipziger Connewitz, wo auch die aus Kassel stammende E. lebte, schwer verletzt wurde – weil er eine Mütze eines bei Rechten beliebten Labels trug.

„Rechtsextremisten entgegenzutreten ist ein achtswertes Motiv“, sagt Schlueter-Staats in der Urteilsbegründung. Die Angriffe aber blieben „schwere Straftaten“. Tatsächlich stehen die E. vorgeworfenen Überfälle exemplarisch für

Auf das Urteil folgt Tumult

eine Tendenz: Die Sicherheitsbehörden in Deutschland beobachten seit längerem eine Radikalisierung einzelner Kleingruppen der linksextremistischen Szene. Die Angriffe würden „zielgerichteter und professioneller“, heißt es im Verfassungsschutzbericht von 2021. Die Opfer würden „in ihrem privaten oder beruflichen Umfeld mit hoher Aggressivität attackiert“.

Einige Täter:innen gehen dem Verfassungsschutz zufolge so brutal vor, dass sie den möglichen Tod der Opfer in Kauf nehmen. Das Bundeskriminalamt sieht laut „Spiegel“-Informationen Parallelen zur einstigen Terrorgruppe Rote Armee Fraktion (RAF).

Auch Lina E. und ihre Mitangeklagten attackierten dem Urteil zufolge in unterschiedlicher Beteiligung mehrere tatsächliche oder vermeintliche Neonazis. Unter anderem überfiel die Gruppe im Oktober 2018 einen Rechtsextremen in Wurzen. Sie traten und schlugen den Mann mit Fäusten und Teleskopschlagstöcken.

Die Szene betrachtet Gewalt mittlerweile als legitimes Mittel gegen Rechtsextreme, weil der Staat aus ihrer Sicht versagt. Bei aller nachvollziehbarer Kritik im Zusammenhang mit der Verfolgung rechter Straftaten liege das Gewaltmonopol immer noch beim Staat, betont Schlüter-Staats. Dies zu schützen, sei „eine elementare Grundlage“ einer demokratischen Gesellschaft.

Leipzig ist mit Berlin und Hamburg ein Brennpunkt des gewaltbereiten Linksextremismus. Immer wieder werden hier Polizisten attackiert, brennen Autos. Lina E. gilt in der Szene inzwischen als Symbolfigur für eine vermeintliche staatliche Repression.

Nach dem Urteil drohten in einem Internetportal autonome Gruppen Schäden in Millionenhöhe an. In Leipzig und Bremen gab es am Abend teils gewaltsame Proteste. Für Samstag ruft die linke Szene zu einer „Tag-X-Demo“ in Leipzig auf. Die Polizei rechnet mit „hohem Schadenspotenzial“. Sie bereitet sich auf einen Großeinsatz vor. Andrea Hentschel, AFP

Kommentar Seite 11

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRHCT

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); RICHTER (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); STRAFTATEN (89%); TERRORORGANISATIONEN (89%); ANKLAGEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); ZEUGEN (78%); BEWEIS (76%); KRIMINALITÄTSRATE (74%); TOD & STERBEN (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LIEGE, BELGIEN (79%); KASSEL, DEUTSCHLAND (74%);

Auf das Urteil folgt Tumult

LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (79%);
DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

NACHRICHTEN

Frankfurter Rundschau
Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: POLITIK; S. 6

Length: 416 words

Body

Bundesanwaltschaft legt im Fall Lina E. Revision ein

Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der Studentin Lina E. und drei weitere Angeklagte Revision eingelegt. Das bestätigte eine Sprecherin am Freitag. Zuerst hatte der „Spiegel“ darüber berichtet. Zur Begründung wurde zunächst nichts bekannt. Das Oberlandesgericht Dresden hatte Lina E. unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt. Die Bundesanwaltschaft hatte acht Jahre gefordert. epd

Assange: Richter lehnt Anträge auf Berufung ab

Der Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange, hat erneut Rückschläge im juristischen Tauziehen um seine geplante Auslieferung in die USA hinnehmen müssen. Ein Richter am Londoner High Court lehnte zwei von Assanges Anwälten eingereichte Anträge auf Berufung ab, wie aus Gerichtsdokumenten hervorgeht, die der Deutschen Presse-Agentur am Freitag vorlagen. Assange wollte sowohl gegen die ursprüngliche Gerichtsentscheidung über seine Auslieferung als auch gegen den Auslieferungsbescheid der britischen Regierung in Berufung gehen. dpa

Israelische Armee erschießt mutmaßlichen Angreifer

Israelische Soldaten haben im besetzten Westjordanland einen mutmaßlichen palästinensischen Angreifer erschossen. Das palästinensische Gesundheitsministerium teilte am Freitag mit, der 29-Jährige sei durch „Feuer der Besatzung“ am Militärkontrollpunkt Rantis westlich von Ramallah getötet worden. Die israelische Armee bestätigte den Vorfall und erklärte zudem, ein Soldat sei dabei leicht verletzt worden. afp

UN verteilen in Äthiopien kein Essen mehr

Das Welternährungsprogramm (WFP) stellt vorübergehend seine Nahrungsmittelverteilungen in ganz Äthiopien ein. Anfang Mai hatte das WFP bereits die Essensausgaben in der Region Tigray eingestellt. Zuvor war bekanntgeworden, dass Hilfsgüter in großem Stil verkauft worden waren, anstatt an Bedürftige verteilt zu werden. epd

Kolumbiens Vizepräsidentin für Engagement geehrt

Die kolumbianische Vizepräsidentin Francia Márquez ist für ihren Einsatz für die Rechte von Frauen und Afrokolumbianer:innen sowie ihren Kampf gegen illegalen Bergbau ausgezeichnet worden. Außenministerin

NACHRICHTEN

Annalena Baerbock (Grüne) überreichte der 41 Jahre alten Frauenrechtlerin und Ex-Umweltaktivistin am Donnerstagabend (Ortszeit) in der Stadt Cali den Preis für Frauenrechte und Demokratie des deutsch-lateinamerikanisch-karibischen Frauennetzwerkes „Unidas“. dpa

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRD

Subject: STAATSANWÄLTE (92%); ANKLAGEN (90%); ARMEEN (90%); AUSLIEFERUNG (90%); GERICHTSURTEILE (90%); LEBENSMITTELHILFE (90%); ORGANISATIONEN DER VEREINTEN NATIONEN (90%); RICHTER (90%); SCHIESSEREIEN (90%); STREITKRÄFTE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (79%); BERUFUNGSGERICHTE (78%); GERICHTSBESCHLÜSSE & VERFÜGUNGEN (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERURTEILUNGEN (78%); WIKILEAKS-KONTROVERSE (77%); WHISTLEBLOWER (76%); AUSLANDSHILFE (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); GESUNDHEITSMINISTERIEN (68%); LEBENSMITTEL-HILFSORGANISATIONEN (65%); FRAUEN (63%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (62%)

Industry: STAATSANWÄLTE (92%); ARMEEN (90%); STREITKRÄFTE (90%); WIKILEAKS-KONTROVERSE (77%); GESUNDHEITSMINISTERIEN (68%)

Person: JULIAN ASSANGE (94%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); LONDON, ENGLAND (59%); OSTAFRIKA (90%); LATEINAMERIKA (79%); AFRIKA (90%); PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE (90%); ISRAEL (89%); KOLUMBIEN (89%); KARIBISCHE INSELN (74%); VEREINIGTES KÖNIGREICH (59%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Wut in Bockenheim

Frankfurter Rundschau

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: FRANKFURT; S. F5

Length: 278 words

Highlight: Sachbeschädigungen bei „Spontandemo“ für die verurteilte Aktivistin Lina E.

Body

VON OLIVER TEUTSCH

Bei einer nicht angemeldeten Sympathiekundgebung für die verurteilte linke Aktivistin Lina E. ist es am Mittwochabend in Bockenheim zu mehreren Sachbeschädigungen gekommen. Wie die Polizei mitteilte, meldeten Anrufer:innen gegen 22.20 Uhr eine Personengruppe, die randalierend die Leipziger Straße entlangziehe. Die Polizei stellte 20 bis 30 Personen fest, die auf ihrem Weg mehrere Rauchtöpfe zündeten. Als weitere Polizeistreifen eintrafen, entfernte sich die Gruppe.

Im Nachgang registrierte die Polizei entlang der Leipziger Straße mehrere Sachbeschädigungen. Eine größere Papiermülltonne, die in Brand gesetzt worden war, musste von der Feuerwehr gelöscht werden. Darüber hinaus wurden zwei Werbetafeln und ein Schaufenster entglast. An einem Fahrzeug wurde das Hersteller-emblem abgeknickt. Mehrere Hausfassaden und Schaufenster wurden außerdem mit den Schriftzügen „Free Lina, „ACAB“ und „AntiFa“ beschmiert.

Die Antifa Rhein-Main bezeichnete die Aktion in einer Mitteilung als „kraftvolle Spontandemonstration“ und sprach von 150 Antifaschist:innen, die unangemeldet durch Bockenheim gezogen seien. Die Aktion sei eine Reaktion auf die hohen Haftstrafen, die das Oberlandesgericht Dresden am Donnerstag gegen Lina E. und ihre Mitangeklagten verhängt habe. Das Gericht habe trotz dünner Beweislage höhere Strafen verhängt als gegen Personen, die dem rechtsextremen NSU-Kern zuzurechnen seien, heißt es in der Mitteilung. Die Sachbeschädigungen seien ein „Ausdruck der Wut“.

Auch die Polizei hat einen Zusammenhang zu der Urteilsverkündung in Sachsen hergestellt. Daher ermittelt der Staatsschutz der Kriminalpolizei in der Sache.

Link zum PDF-Dokument

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRSK

Subject: EIGENTUMSDELIKTE (90%); VANDALISMUS (90%); VERURTEILUNGEN (90%); BRANDSTIFTUNG (78%); GERICHTSHÖFE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); BRÄNDE (77%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); BEWEIS (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); FRANKFURT, DEUTSCHLAND (59%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

„Rechtsextremismus ist größte Bedrohung“

Frankfurter Rundschau

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: POLITIK; S. 5

Length: 457 words

Highlight: Grüne Jugend kritisiert Strafmaß gegen Lina E. / Stadt Leipzig verbietet Solidaritäts-Demo

Body

VON MARKUS DECKER

Nach dem Urteil gegen die Studentin Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten hat die Stadt Leipzig eine für Samstag geplante Demonstration verboten. Das teilte die Versammlungsbehörde des Ordnungsamtes am Donnerstag mit. Grund für das Verbot seien die Gefahrenprognosen der Polizeidirektion Leipzig, die Lageeinschätzungen des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie weitere Erkenntnisse der Versammlungsbehörde, hieß es. Die öffentliche Sicherheit sei nach den derzeit erkennbaren Umständen durch die Versammlung unmittelbar gefährdet.

Die jüngsten Proteste und Angriffe auf Polizist:innen nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Dresden gegen die Studentin Lina E. haben eine kontroverse Debatte ausgelöst. In Leipzig wurde eine Versammlung nach Angaben eines Polizeisprechers für beendet erklärt, nachdem Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden seien, wie es hieß. In Bremen gingen laut Polizei rund 350 meist vermummte Menschen auf Einsatzkräfte los. Die 28-jährige Studentin war wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextremisten der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung für schuldig befunden und deshalb zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke, sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland: „Die brutalen Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten erschüttern mich. Organisiert, geplant und mit absoluter Brutalität wurden der Rechtsstaat und unsere Polizei gezielt angegriffen – natürlich wie üblich aus Kundgebungen und Versammlungen heraus.“

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, sagte: „Gewalt kann und darf in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden und muss entsprechende strafrechtliche Konsequenzen haben. Gewaltvolle Proteste und Angriffe auf die Polizei als Reaktion auf das Urteil im Fall Lina E. sind nicht zu tolerieren.“ Sie fuhr fort: „Klar ist auch, dass Rechtsextremismus, so wie schon der vorherige Bundesinnenminister sagte, die größte Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie ist.“

Der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, Timon Dzienus, stellte hingegen das Urteil als „skandalös“ infrage und verwies auf ein deutlich geringeres Strafmaß für zwei Angeklagte aus der rechtsextremistischen Szene, denen ein Gericht zur Last legte, zwei Journalisten attackiert und schwer verletzt zu haben. Ein Angeklagter wurde im September 2022 zum Ableisten von 200 Arbeitsstunden verurteilt, der andere zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, die auf Bewährung ausgesetzt wurde. Zur Begründung für die geringe Strafe hieß es, es sei nicht klar, dass die Angeklagten die beiden Angegriffenen als Pressevertreter erkannt hätten. mit dpa

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRSK

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); POLITIK (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); ANKLAGEN (89%); GERICHTSURTEILE (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); VERURTEILUNGEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (79%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); POLIZEIKRÄFTE (77%); STRAFAUSSETZUNG & BEWÄHRUNG (77%); POLITISCHE DEBATTEN (76%); DEUTSCHER BUNDESTAG (74%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); JOURNALISMUS (72%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BREMEN, DEUTSCHLAND (59%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Aufgeheiztes Wochenende

Frankfurter Rundschau

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: POLITIK; S. 4

Length: 459 words

Highlight: Linke rufen trotz Demoverbot zu Protest für Lina E. auf / Leipzigs Bürgermeister fürchtet Gewalt

Body

VON JAN STERNBERG

Eins ist klar: Es wird ein heißes, ein aufgeheiztes Wochenende in Leipzig. Und sehr wahrscheinlich wird es zu Gewalt und Sachbeschädigungen kommen. Zwischen Stadtteilfest, Herbert-Grönemeyer-Konzert und Sachsenpokalfinale zwischen Lok Leipzig und Chemnitzer FC, zwei Fußballteams mit teils berüchtigten Fans, hat die linksradikale Szene bundesweit in die Stadt mobilisiert. Es ist der „Tag X Antifa Ost“, der Samstag nach dem Urteilsspruch gegen die Studentin Lina E..

Die Stadt Leipzig hatte die für Samstag geplante Veranstaltung mit dem Motto „United we stand – Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!“ am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Das Verwaltungsgericht Leipzig bestätigte das Verbot am Freitagabend im Eilverfahren, danach war noch Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht möglich.

Das Verbot hat die Mobilisierung nicht gestoppt. Unter dem Motto „Jetzt erst recht“ sollen weiter Tausende nach Leipzig strömen. Befürchtet wird nun ein Katz-und-Maus-Spiel zwischen Demonstrierenden und Polizei.

Auf der linksradikalen Internetplattform „indymedia.org“ etwa wurde dazu aufgerufen, Stadtteilfest und Grönemeyer-Konzert „als Ausgangspunkt für Aktionen zu nutzen“. Die vielen Menschen, welche in der Stadt sein werden, „lassen sich polizeilich schwer überblicken und werden Möglichkeiten bieten, unserer Wut auf Repression und Kriminalisierung Ausdruck zu verleihen“, stand dort weiter. „Wenn die Stadt unseren Protest verunmöglicht, wird das Konsequenzen haben, die dort treffen, wo es der Stadt wehtut“.

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich daher um die Sicherheit. „Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien. Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein“, sagte der SPD-Politiker am Freitag. In der Stadt der Friedlichen Revolution von 1989 sei auf die Straße getragene Gewalt vollkommen inakzeptabel. „Ich appelliere an alle, sich den Aufrufen nicht anzuschließen und sich von jeglicher Gewalt unmissverständlich zu distanzieren.“

Grund für das Demoverbot sind laut Jung die Gewaltandrohungen in den sozialen Netzen, die Gefahrenprognose der Polizei, die Lageeinschätzungen des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie weitere Erkenntnisse der Versammlungsbehörde. Die Polizei rechnet mit einer vierstelligen Teilnehmerzahl und fürchtet die Anreise gewaltbereiter Linker in dreistelliger Zahl. Die 28 Jahre alte Studentin Lina E. war am Mittwoch vom

Oberlandesgericht Dresden wegen linker Gewalttaten zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. mit dpa

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRHCT

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); BÜRGERMEISTER (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); POLITIK (79%); BERUFUNGSGERICHTE (74%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); STRAFZUMESSUNG (74%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (73%); FUSSBALL (72%); VERURTEILUNGEN (69%); SOCIAL MEDIA (67%)

Industry: SOCIAL MEDIA (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Elende Spirale der Gewalt

Frankfurter Rundschau

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: MEINUNG; S. 11

Length: 213 words

Body

Von Pitt von Bebenburg

Es ist unerträglich, wenn sich Neonazis in Deutschland ausbreiten. Politik und Polizei dürfen es nicht hinnehmen, wenn sie insbesondere in Sachsen und Thüringen ganze Stadtteile zu Angstzonen machen.

Aber kann das eine Rechtfertigung sein für schwere Gewalttaten gegen Personen aus der rechten Szene und sogar gegen nur mutmaßlich Rechte? Nein, denn wer Selbstjustiz übt, untergräbt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

„Jeder Mensch hat in diesem Staat Rechte – auch ein gewalttätiger Nazi“, hat der Vorsitzende Richter im Dresdner Prozess gegen Lina E. formuliert. Das ist ein provokanter Satz – aber er trifft zu. Es macht den Rechtsstaat aus, dass jede Person vor Gefahren für Leib und Leben beschützt wird.

Lina E. ist keine Heldenin. Die Frau, die vom Gericht verurteilt wurde und von der linksradikalen Szene gefeiert wird, darf kein Vorbild sein. Überfälle mit Baseballschlägern und Reizgas sind keine Lösung für Fehlentwicklungen. Die Spirale der Gewalt darf sich nicht weiterdrehen.

Niemand sollte jetzt eine „neue RAF“ herbeireden, und alle sollten sich im Klaren sein: Die größte Gefahr in diesem Land geht vom Rechtsextremismus aus. Menschenverachtung ist sein Kennzeichen. Linke sollten es sich nie zu eigen machen. Bericht S. 5

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRHCT

Elende Spirale der Gewalt

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); RICHTER (78%); GERICHTSPROZESSE (76%); GERICHTSHÖFE (75%); GERICHTSURTEILE (75%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (73%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Mehr Rechtsstaat

Frankfurter Rundschau
Dienstag 6. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: MEINUNG; S. 10

Length: 541 words

Body

Die Auseinandersetzungen in Leipzig werden unterschiedlich bewertet

Den Ausschreitungen in Leipzig nach dem Hafturteil für die Studentin Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten folgt eine kontroverse Debatte.

Die „Badischen Neuesten Nachrichten“ finden: „In Leipzig ist es zu den befürchteten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Linksextremen und der Polizei gekommen. Der Anlass: Lina E. und ihre Mitstreiter haben Menschen brutal angegriffen und sie teilweise schwer verletzt. Was haben brennende Barrikaden mit Antifaschismus zu tun? Erstens greifen die vermeintlichen Antifaschisten eben jenen demokratischen Rechtsstaat an, den es doch gegenüber Nazis zu verteidigen gilt. Und zweitens wird kein einziger Nazi durch diese Gewalt bekehrt. Aber es ist natürlich viel leichter, eine Schlacht mit der Polizei – sogar mit Stein- und Flaschenwürfen – anzuzetteln als mühsam mit friedlichen Mitteln die Gesellschaft zu verbessern.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ meint: „Die linke Szene in Connewitz hat zwar eine Wandlung durchgemacht. Ein Teil distanziert sich aber nach wie vor nicht von Gewalttaten. Die verurteilte Linksextremistin Lina E. erscheint ihnen als Märtyrerin. Die Hoffnung ist, dass Aufrufe wie zum ‚Tag X‘ in Zukunft verpuffen (...). Dann muss sich niemand mehr über das Vorgehen der Polizisten und das Gebaren der Linken aufregen. Dieses Wochenende hat diese Hoffnung ein wenig genährt.“

Die „taz“ schreibt: „In Connewitz kämpft die Staatsmacht gegen ein angeblich resolute Viertel, durchsetzt von linken Autonomen. Dass der Stadtteil eigentlich ein recht bürgerlicher ist – geschenkt. Für ein paar Hundert teils minderjährige Antifas wurde ein Polizeizirkus jenseits jeglicher Verhältnismäßigkeit inszeniert. Was wäre passiert, hätte man sie laufen lassen? Ein paar brennende Mülltonnen? Ein Ausgehviertel im Ausnahmezustand und einen millionenschweren Polizeieinsatz hätte es dafür nicht gebraucht. Gebraucht wird der Mythos Connewitz jedoch von einem Sicherheitsapparat, der nicht mehr weiß, wen er beschützen soll – außer zuvorderst sich selbst.“

Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ stellt fest: „Ohne die Fälle gleichzusetzen: Hier brutale Überfälle auf Andersdenkende samt Randale, an anderer Stelle Blockaden und Bilderstürme von selbst ernannten Klimarettern – das alles entspringt der Hybris, die einzige richtige Meinung zu vertreten und damit Gesetzesbrüche zu legitimieren. Ein Staat, der diesen Tendenzen nicht entgegentreitt, macht sich zum Helfershelfer von Selbstermächtigung. Er muss durchgreifen, damit Politik nicht durch Faustrecht ausgeübt werden kann.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ meint: „Ohne staatliches Gewaltmonopol kann eine Demokratie nicht existieren. Auch deshalb ist das Geraune vom Repressionsstaat so gefährlich. Es delegitimiert einen Grundpfeiler des friedlichen

Mehr Rechtsstaat

Zusammenlebens. Keine Frage, aktuell ist der Rechtsextremismus die größte Bedrohung im Land. Und zweifellos gibt es Defizite beim Ahnden rechtsextremer Straftaten. Doch die Konsequenz kann nur ‚mehr Rechtsstaat‘ heißen, mehr Kontrolle von Polizei durch unabhängige Justiz und auch kritische Öffentlichkeit. Was es ganz bestimmt nicht braucht: Angriffe auf demokratische Prinzipien. Also, dringend deeskalieren bitte.“ ara

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRHCT

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); POLITISCHE DEBATTEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (77%); STRAFTATEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (50%)

Company: RHEIN-NECKAR-ZEITUNG GMBH (63%)

Industry: SIC2711 NEWSPAPERS: PUBLISHING, OR PUBLISHING & PRINTING (63%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Antifa-Demonstration bleibt friedlich

Frankfurter Rundschau

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: FRANKFURT; S. F5

Length: 559 words

Highlight: Frankfurter Linke zweifeln das Urteil gegen Lina E. an und ziehen am Samstag durch die Innenstadt

Body

VON GEORGE GRODENSKY

Freiheit für Lina und alle politischen Gefangenen. Das haben antifaschistisch eingestellte Menschen am Samstagabend bei einer Solidemo in Frankfurt gefordert. Etwa 135 von ihnen liefen vom Willy-Brandt-Platz zur Hauptwache, dann löste sich der Tross auf. Keine Böller, kein schwarzer Block. Einzig ein paar trunkene Störenfriede wurden rigoros vom Feld geschubst.

Zur Hauptwache sei man gelaufen, um den Protest in das Herz der Stadt zu tragen. „Um die Menschen zu informieren“, sagt Jule. Die Gruppe hat sie für heute als Sprecherin auserkoren. Es gehe um den Kampf gegen Faschismus und um Solidarität mit denen, die das „in den Knast“ bringe. Das Oberlandesgericht in Dresden hatte Ende Mai Lina E. und drei Mitstreiter zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie seien Mitglieder einer kriminellen Vereinigung, glaubt das Gericht.

Es sei wichtig, das Urteil „gegen die Antifaschisten“ auch in Frankfurt noch einmal zu thematisieren, sagen nun Jule und Mitstreiter. Erstens habe es in den vergangenen Tagen viele Schlagzeilen zum Fall gegeben. Aber eher aus Sicht der Polizei, wie einer der Organisatoren sagt. Nun wolle man in Frankfurt eine eigene hinzufügen. Die laute: „Antifaschismus lässt sich nicht verbieten!“ Zweitens zweifeln in der linken Szene sehr viele Menschen an, dass das Urteil rechtens ist. Zumindest sei es lediglich dank Zeugenaussagen von „Nazis und Vergewaltigern“ zustande gekommen, wie ein Redner vermerkt.

Seit 1990 seien 219 Menschen in Deutschland durch Rechtsextreme ermordet worden, heißt es auf einem Flugblatt, das die Demo mitführt. Und doch hätten Aktivistinnen und Aktivisten, die sich dem antifaschistischen Widerstand zurechneten, immer mehr das Gefühl, die Staatsgewalt nehme vor allem das linke Spektrum ins Visier. Bei rechten Chatgruppen in der Polizei drücke man beide Augen zu, bei den NSU-Ermittlungen verschwänden Akten, in Hanau schikaniere man lieber die Hinterbliebenen, anstatt lückenlos aufzuklären. Auch werde die AfD immer stärker. „Und das nicht trotz, sondern wegen ihrer antifeministischen, rassistischen und antisemitischen Inhalte.“

Der Staat habe weder Interesse noch Fähigkeit, dem wachsenden Faschismus Einhalt zu gebieten, so die Anklage. Die Lösung: Die antifaschistische Bewegung müsse es richten. Mit so wenig Gewalt wie möglich, heißt es einige Male an dem Abend. Aber auch „nicht ohne sie“.

Antifa-Demonstration bleibt friedlich

„Einen bitteren Beigeschmack zu dem ohnehin schon geschmacklosen Urteil“ sieht Sprecherin Jule im kurzfristigen Verbot der Solidemo „Tag X“ in Leipzig. Eine Versammlung zur Versammlungsfreiheit durfte am vorigen Samstag stattfinden, lief aber aus dem Ruder. Die Polizei kesselte 1000 Menschen, auch minderjährige, stundenlang ein.

Jule sieht darin den Versuch, „die ganze Bewegung einzuschüchtern“. Politisch zu sein, bedeute, immer größere Hürden nehmen zu müssen. Das könne junge Menschen abschrecken, „die sich gerade erst politisieren“. Ähnlich wirke das neue hessische Versammlungsgesetz, das der Polizei mehr Befugnisse einräume, was wiederum Raum für Willkür berge. Konkret vorgefallen sei in dieser Richtung zwar noch nichts in Frankfurt, im Hinterkopf schwinge das aber immer mit. „Die Angst vor Repressionen beschränkt sich nicht mehr nur auf die Demo.“ Teilnehmende müssten vorher und im Nachgang ihrer freien Meinungsäußerung schon mit allem rechnen.

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRHCT

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); POLITISCHE GEFANGENE (90%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); ANKLAGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); GERICHTSHÖFE (78%); MEINUNGSFREIHEIT (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (76%); NEGATIVE NACHRICHTEN (75%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (74%); ANTISEMITISMUS (73%); VERURTEILUNGEN (73%); FRAUENFEINDLICHKEIT (70%); ZEUGEN (69%); ERMITTLEMENTEN (67%); POLIZEIKRÄFTE (50%)

Geographic: FRANKFURT, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 11, 2023

End of Document

NACHRICHTEN

Frankfurter Rundschau

Donnerstag 15. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: POLITIK; S. 6

Length: 381 words

Body

Städte und Gemeinden fordern Wassermanagement

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt bei langanhaltenden Hitze- und Dürreperioden vor regionaler Wasserknappheit. Deutschland brauche daher „ein aktives Wassermanagement“, sagt Geschäftsführer Gerd Landsberg. Nötig seien Sparsamkeit, eine verbesserte Wasserrückhaltung und der Ausbau von Verbundsystemen und Fernwasserleitungen. rnd

„Tag X“-Demo in Leipzig: Ermittlungen gegen Beamte

Die Dresdner Polizei ermittelt im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz bei den Demonstrationen gegen die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. gegen zwei Polizeibeamte. In zwei weiteren Sachverhalten stehe die rechtliche Bewertung noch aus. dpa

Abgewiesene Klage gegen Polizeiaufgabengesetz

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat eine Klage gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) als unbegründet abgewiesen. Der präventive Gewahrsam für bis zu zwei Monate sei mit der Bayerischen Verfassung vereinbar und verstöße nicht gegen das Grundrecht der Freiheit der Person, wenn er der Abwehr von konkreten Verstößen des jeweiligen Adressaten diene. epd

Wagenknecht will ihr Bundestagsmandat behalten

Die umstrittene Linken-Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht lehnt die Forderung des Parteivorstands nach Rückgabe ihres Mandats ab. Wagenknecht forderte ihrerseits den gesamten Vorstand zum Rücktritt auf. afp

Spanische Ministerin für dauerhafte „Reichensteuer“

Gut einen Monat vor der Parlamentswahl in Spanien hat Arbeitsministerin Yolanda Díaz die dauerhafte Einführung der ursprünglich nur für zwei Jahre beschlossenen „Reichensteuer“ gefordert. Die Ministerin der linken Regierung sprach sich am Mittwoch auch für eine stärkere Besteuerung der größeren Unternehmen aus. Bei der Neuwahl des Parlaments will Díaz am 23. Juli als Spitzenkandidatin des von ihr vor einem Jahr gegründeten linken Wahlbündnisses Sumar (Summieren) antreten. dpa

Tote nach Schießerei in ethnischem Konflikt in Indien

NACHRICHTEN

Im Zuge von Spannungen zwischen der hinduistischen, die Politik dominierenden Mehrheit und den Volksgruppen der Meitei, der Kukis und der Nagas sind im Bundesstaat Manipur im Nordosten Indiens bei einer Schießerei mindestens neun Menschen getötet worden, berichtet die „Hindustan Times“ am Mittwoch unter Berufung auf die Polizei. dpa

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRHCT

Subject: DÜRRE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RECHTSKLAGEN (90%); STÄDTE (90%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (90%); WASSERKNAPPHEIT & WASSERKRISEN (90%); WASSERRESSOURCENMANAGEMENT (90%); WÄHLER & WAHLEN (90%); SCHIESSEREIEN (89%); DEUTSCHER BUNDESTAG (79%); GESETZGEBUNGSGRÄFE (79%); WAHLEN (79%); ERMITTLEMENTEN (77%); FÜHRUNGSKRÄFTE (77%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); VERFASSUNGSRECHT (75%); ETHNIEN & VOLKSZUGEHÖRIGKEIT (71%); GERICHTSHÖFE (71%); MASSENSCHIESSEREIEN (69%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (68%); STEUERN & BESTEUEERUNG (66%); ETHNISCHE KONFLIKTE (64%); POLIZEIKRÄFTE (56%)

Industry: WASSER- UND ABWASSER-MANAGEMENT (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); BAYERN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); INDIEN (74%); SPANIEN (74%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 14, 2023

End of Document

Verbotene Demonstrationen in Leipzig eskalieren

Frankfurter Rundschau

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: POLITIK; S. 4

Length: 254 words

Highlight: Gewalt gegen Polizei und Kritik an Einsätzen

Body

Am Wochenende kam es in Leipzig zu massiven Ausschreitungen. Nachdem Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt worden war, hatte die linke Szene zu Protesten aufgerufen. Die Stadt Leipzig erließ ein Demonstrationsverbot, in der Folge kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Linksautonomen und der Polizei. Eine für Sonntagabend angemeldete weitere Demonstration „gegen Polizeigewalt“ wurde von der Stadt ebenfalls verboten.

In den Nächten zu Samstag und Sonntag griffen Hunderte Vermummte Polizisten mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik an, errichten Barrikaden und zündeten sie an. Zudem attackierten sie ein Polizeirevier in Connewitz. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz und setzte Räumpanzer und Wasserwerfer ein. Über der Stadt kreisten Polizeihubschrauber.

Am Samstag kesselten Einsatzkräfte nach einer genehmigten Demonstration mehr als 1 000 Menschen über Stunden ein und nahmen bis in die frühen Morgenstunden Personalien auf. Das Vorgehen wurde als unverhältnismäßig und rechtswidrig kritisiert, ebenso wie die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit.

Am Sonnagnachmittag berichtete die Polizei von rund 50 verletzte Beamten. Bei den Versammlungsteilnehmern habe es ein unbekannte Anzahl von Verletzten gegeben. Bis zu 50 Personen seien in Gewahrsam genommen worden. Bei knapp 30 prüfe die Staatsanwaltschaft Haftanträge. Bereits am Samstag wurden gegen fünf Männer Haftbefehle wegen Landfriedensbruch erlassen worden. epd

Link zum PDF-Dokument

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRNW

Verbotene Demonstrationen in Leipzig eskalieren

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (79%); VERHAFTUNGEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (76%); STAATSANWÄLTE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%); HUBSCHRAUBER (54%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

NACHRICHTEN

Frankfurter Rundschau

Dienstag 7. September 2021

Copyright 2021 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: POLITIK; S. 6

Length: 482 words

Body

FDP in Erfurt künftig ohne Fraktion

Die FDP im Thüringer Landtag hat ihren Fraktionsstatus verloren. Die Abgeordnete Ute Bergner erklärte am Montag wie erwartet ihren Austritt aus der Fraktion, wie eine Landtagssprecherin in Erfurt sagte. Die verbliebenen vier FDP-Abgeordneten unter ihrem bisherigen Fraktionschef Thomas Kemmerich können damit keine eigene Fraktion mehr bilden. Die Liberalen wollen Kemmerich zufolge als sogenannte parlamentarische Gruppe im Landtag weiterarbeiten. afp

Linksextremistin Lina E. in Dresden vor Gericht

Sie sollen Angehörige der rechten Szene überfallen und zum Teil erheblich verletzt haben: Ab Mittwoch müssen sich vier mutmaßliche Linksextremist:innen vor dem sächsischen Oberlandesgericht in Dresden verantworten. Der Generalbundesanwalt wirft der Hauptbeschuldigten Lina E. und drei mitangeklagten Männern unter anderem Mitgliedschaft in einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung und gefährliche Körperverletzung vor. Die Taten wurden der Anklage zufolge intensiv geplant, unter anderem wurden die Lebensgewohnheiten der Tatopfer ausgespäht. afp

Ex-US-Soldat erschießt drei Monate altes Baby

Ein ehemaliger Scharfschütze der US-Armee hat in Florida vier Menschen erschossen. Wie US-Behörden mitteilten, war unter den Opfern auch ein kleiner Junge, der in den Armen seiner Mutter starb. Wie der örtliche Polizeichef Grady Judd sagte, erschoss der 33-jährige Verdächtige einen 40-jährigen Mann, eine 33-jährige Frau und ihren drei Monate alten Sohn sowie dessen 62-jährige Großmutter in einem Wohngebiet in Polk County. Der 33-jährige Verdächtige ist ein Veteran, der sowohl im Irak als auch in Afghanistan im Einsatz war. Dem Polizeichef zufolge war nicht klar, was der Hintergrund des Angriffs war. afp

Palästinenser fliehen durch Tunnel aus Gefängnis

Sechs verurteilte palästinensische Häftlinge sind in der Nacht zu Montag aus einem israelischen Gefängnis entkommen. Die Gefangenen seien durch einen Tunnel aus dem Hochsicherheitsgefängnis Gilboa im Norden des Landes geflohen, berichteten israelische Medien unter Berufung auf den Gefängnisdienst. Demnach sollen sie sich ein Loch in den bereits existierenden Tunnel gegraben haben und auch Hilfe von außerhalb gehabt haben. Mehrere von ihnen waren Medien zufolge wegen Angriffen auf Israelis verurteilt worden. dpa

Südafrikas Präsident Zuma wieder auf freiem Fuß

Wegen seiner angeschlagenen Gesundheit kommt der frühere südafrikanische Präsident Jacob Zuma auf Bewährung aus der Haft frei. Der 79-Jährige war Anfang Juli wegen Missachtung der Justiz zu einer Haftstrafe von 15 Monaten verurteilt worden, was in Teilen des Landes tagelange Protestaktionen mit Plünderungen und mehr als 300 Toten ausgelöst hatte. Die Justizvollzugsbehörde hatte die vorzeitige Freilassung auf Bewährung am Wochenende mit einem medizinischen Befund begründet, der ihr vorgelegt worden war. dpa

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FR

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (91%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); REGIERUNGSKABINETTS (90%); SCHIESSEREIEN (90%); GESETZGEBUNGSORGANE (89%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (89%); STRAFAUSSETZUNG & BEWÄHRUNG (89%); VERURTEILUNGEN (89%); GEFÄNGNISSE (86%); POLITIK (79%); STREITKRÄFTE (79%); ANKLAGEN (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (76%); GERICHTSHÖFE (76%); GERICHTSPROZESSE (76%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (76%); RECHTSANWÄLTE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); STAATSPRÄSIDENTEN (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); TOD & STERBEN (76%); JUSTIZMINISTERIEN (75%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (74%); ARMEEN (68%)

Industry: STREITKRÄFTE (79%); RECHTSANWÄLTE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); ARMEEN (68%)

Person: JACOB ZUMA (90%)

Geographic: ERFURT, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); FLORIDA, USA (57%); SÜDAFRIKA (89%); AFGHANISTAN (74%); IRAK (74%); ISRAEL (74%); PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE (74%)

Load-Date: September 6, 2021

Bündnis für Lina E. gegründet

Frankfurter Rundschau

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: FRANKFURT; S. F4

Length: 167 words

Highlight: Demonstration in der Innenstadt

Body

Ein neu gegründetes Bündnis protestiert am Samstag gegen das harte Urteil gegen die linke Aktivistin Lina E. Die Demonstration werde um 19 Uhr am Willy-Brandt-Platz beginnen, teilte das Bündnis mit. Lina E. wurde in einem Indizien-Verfahren wegen Angriffe auf mutmaßliche Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt.

Das Bündnis kritisiert das harte Vorgehen gegen die Antifaschistin und ihre vermutlichen Komplizen. Selbst nach Maßstäben des bürgerlichen Rechtsstaats sei es unverhältnismäßig, dass das Urteil gegen Lina E. so hart ausfällt, während rechten Skandalen nicht nachgegangen werde. Antifaschismus verdiene Anerkennung und keine Verurteilung.

Aus dem Aufruf zur Demonstration heißt es: „Das Bündnis solidarisiert sich mit den verurteilten Genoss:innen im Antifa-Ost-Verfahren und mit den Betroffenen der Polizeigewalt in Leipzig und allen anderen Städten.“ Die letzte Woche habe mal wieder gezeigt, „wer gegen Nazis kämpft, hat den Staat zum Feind“. ote

Link zum PDF-Dokument

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRST

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); VERURTEILUNGEN (90%); STRAFZUMESSUNG (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (76%); POLIZEIBRUTALITÄT (74%); SKANDALE (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (70%)

Geographic: FRANKFURT, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (53%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Demos

Frankfurter Rundschau
Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: FRANKFURT; S. F10

Length: 150 words

Body

Wahrscheinlich wird an diesem Samstag noch vor dem Pokalfinale in Leipzig demonstriert. Kann zwar sein, dass die Versammlung verboten ist (so etwas ändert sich ja manchmal ständig), aber das dürfte die linke Szene nicht daran hindern kundzutun, dass Lina E. keine Kriminelle, sondern eine Helden des Widerstands gegen rechts sei. In Frankfurt wird am Samstag auch protestiert, gegen alles Mögliche, ist ja üblich, aber viele Menschen werden nicht kommen. Wie auch, sind ja alle in Berlin. Und die Demo-Geschichte in Frankfurt ist zwar großartig und spektakulär, und 60-Jährige erzählen den ganzen Abend vom Hüttenhof an der Startbahn, und den nächsten Abend füllen 70-Jährige mir ihren Geschichten vom Häuserkampf. Aber in Leipzig haben sie halt gegen das DDR-Regime demonstriert, immer wieder montags, bis es vorbei war mit der DDR. Das war schon mutig. Punkt für Leipzig. **5:3**

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRHCT

Geographic: FRANKFURT, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (55%)

Load-Date: June 2, 2023

No Headline In Original

Frankfurter Rundschau

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: MAGAZIN; S. 18

Length: 1306 words

Body

Als die Polizei an einem Abend im März 2023 die Wohnungen in einem Haus im Leipziger Stadtteil Connewitz durchsucht, geht sie rabiat vor. Schwer bewaffnete Beamte sprengen Schlosser auf und fesseln Unbeteiligte. Völlig gerechtfertigt, finden die Ermittlerinnen und Ermittler, die Sache sei ernst. Sie kennen die Adresse schon länger, jetzt haben sie einen konkreten Hinweis: Sie suchen nach Paul M., einem 26 Jahre alten Leipziger Studenten. Die Polizei hält ihn für einen wichtigen Mann unter einer Gruppe mutmaßlicher Autonomer, die nach Attacken auf Rechtsextreme mit Gummihämmern und Schlagstöcken untergetaucht sind.

Seit einigen Monaten gibt es eine so große Aufmerksamkeit für die linksradikale Szene wie schon lange nicht mehr. Das liegt vor allem an einem der größten Prozesse gegen Autonome seit Jahren: Vor dem Oberlandesgericht sind die Leipziger Studentin Lina E. und drei Männer aus Berlin und Leipzig für Attacken auf vermeintliche und tatsächliche Neonazis angeklagt. An diesem Mittwoch soll gegen sie nach fast 100 Verhandlungstagen ein Urteil fallen.

Wenn das passiert, dürften viele Angehörige der linksradikalen Szene mit im Gerichtssaal sein. Sie werden den Prozess und das ganze Drumherum als maßlos übertrieben kritisieren – die Razzien, das Gerede von einer neuen RAF. Für die Sicherheitsbehörden aber ist dieses Verfahren erst der Anfang. Die Bundesanwaltschaft ermittelt aktuell gegen insgesamt 15 Beschuldigte aus dem Umfeld von Lina E.

Geht es nach deren Anwältinnen und Anwälte, dann piesacken Polizei und Justiz hier die Falschen – und ermitteln ohne Sinn für die wahren politischen Verhältnisse im Land, blind für die rechtsextreme Gefahr. Lina E. und ihre drei Mitangeklagten sollen eine kriminelle Bande gebildet, in Sachsen und Thüringen gezielt Jagd auf Neonazis gemacht und bei sechs Angriffen insgesamt 13 Menschen verletzt haben, einige davon schwer.

Für E., die mutmaßliche „Rädelsführerin“, fordert die Bundesanwaltschaft acht Jahre Haft. Die 28 Jahre alte Frau sitzt seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft. Die Ermittlungsbehörden gehen davon aus, dass ihre untergetauchten ehemaligen Weggefährten, Männer wie Paul M., weiter Taten nach demselben Muster begehen.

Budapest im Februar 2023. Jedes Jahr feiern hier Rechtsextreme aus ganz Europa Hitlers Armee für einen gescheiterten Ausbruchsversuch am Ende des Zweiten Weltkriegs; „Tag der Ehre“ nennen die Neonazis das. Regelmäßig reisen dazu auch Gegendemonstrant:innen in die ungarische Hauptstadt. Dieses Jahr gab es mehrere Übergriffe – auf Menschen, die beim „Tag der Ehre“ dabei waren oder von denen die Angreifer dies zumindest annahmen. Der ungarischen Polizei zufolge wurden acht Menschen verletzt, attackiert von Vermummten mit Gummihämmern und Schlagstöcken.

No Headline In Original

Beim Landeskriminalamt in Sachsen gibt es eine Sonderkommission zur Ermittlung politisch links motivierter Straftaten. „Soko Linx“ heißt sie. Die Ermittler:innen dort arbeiten nach den Taten in Budapest mit der ungarischen Polizei zusammen. Auf Überwachungsvideos aus Budapest entdeckten die sächsischen Staatsschützer:innen nach Informationen des Redaktionsnetzwerks Deutschland bekannte Gesichter – und sie gehen davon aus, dass diese Menschen an den Angriffen in Budapest beteiligt waren.

Auf den Videos war demnach Paul M. zu erkennen, nach dem die Polizei wenige Wochen später in dem Haus in Leipzig-Connewitz erfolglos suchte – und der zur Gruppe um Lina E. gehört haben soll. Außerdem wollen Ermittler:innen Johann G. identifiziert haben. G. ist der Verlobte von Lina E., er ist vorbestraft und wird per Haftbefehl gesucht. Zusammen mit Lina E. soll er die Gruppe angeführt haben, von der ein Teil an diesem Mittwoch das letzte Mal vor Gericht steht.

Johann G. steht nicht in Dresden vor Gericht – er ist seit Sommer 2020 untergetaucht. Nach den Vorfällen in Budapest ist er aber nicht der einzige, der trotz Fahndung von ungarischen und deutschen Behörden verschwunden bleibt. Mit ihm sind es inzwischen sechs mutmaßliche Linksradikale aus Deutschland. Sie werden von der ungarischen Polizei per Haftbefehl und Öffentlichkeitsfahndung gesucht.

Man muss dazu wissen: In Deutschland dauert es normalerweise lange, bis auf diese Weise öffentlich nach Verdächtigen gesucht wird, die Hürden dafür sind hoch. In Ungarn, das von einer Koalition unter Führung der rechtskonservativen Partei Fidesz regiert wird, forderten zuletzt Politiker:innen noch weiter rechts stehender Parteien eine Einstufung „der Antifa“ als Terrororganisation.

Dirk Münster ist Chef des sächsischen Staatsschutzes, er leitet die „Soko Linx“ beim Landeskriminalamt in Dresden. Dass die Verdächtigen trotz intensiver Fahndung immer noch nicht gefunden worden seien, besorgt ihn. „Wir befürchten, dass sich die Gruppe im Untergrund weiter radikalisiert.“

Ein internes Papier des Bundeskriminalamtes, über das „Der Spiegel“ berichtet hatte, geht sogar noch weiter: Die Gesuchten könnten sich demnach auch mit Geld sowie Falschpapieren ausgestattet haben. Und: Ein derartig professionelles Vorgehen sei bei Linksextremisten „letztmalig zu Zeiten der RAF feststellbar“ gewesen.

Neben den Taten von Budapest ist ein mutmaßliches linksextremes Netzwerk zwischen Leipzig, Berlin, Jena und Weimar noch wegen weiterer Fälle im Visier. Es geht dabei unter anderem um Gewalttaten in Eilenburg in Sachsen, in Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt und um Angriffe in Thüringens Hauptstadt Erfurt. Das Landeskriminalamt in Thüringen ermittelt inzwischen auch in einer eigenen Arbeitsgruppe zum Linksextremismus. Die Ermittler verfolgen dabei auch einen Angriff in Erfurt Anfang des Jahres, bei dem zwei Rechtsextremisten von einer Gruppe Vermummter unter anderem mit einer Axt attackiert worden waren. Beweise für eine Beteiligung eines sächsisch-thüringischen Netzwerkes oder des Umfeldes von Lina E. gibt es bislang aber offenbar keine.

Die Beweislage ist auch im Dresdner Prozess um Lina E. umstritten. Die zuständige Bundesanwaltschaft hält die Gruppe „in der Gesamtschau“ für überführt und sieht ihre Taten „im Grenzbereich zum Linksterrorismus“. Die Anwältinnen und Anwälte der Angeklagten dagegen fordern Freispruch in fast allen Fällen. Sie sprechen von einem „politischen Verfahren“ und halten es etwa bei nahezu keiner der zur Rede stehenden Attacken für belegt, dass die Angeklagten unter den vermummten Angreifern waren. Und sie kritisieren, dass die Verteidigung selbst für einen der Angeklagten ein Alibi hat vorbringen müssen. Sie werfen der Bundesanwaltschaft gar vor, entlastendes Material absichtlich zurückgehalten zu haben.

Seit Beginn des Prozesses gegen Lina E. gibt es Proteste – die Ermittlungen seien einseitig, der Vorwurf einer kriminellen Vereinigung sei konstruiert und der wichtigste Zeuge in dem Verfahren, ein vorbestrafter Linksextremist und Insider, unglaubwürdig. Solcher Kritik wollen radikale Linke nach dem Urteil nun landesweit Ausdruck verleihen. Europaweit wird seit Monaten zu einer Demonstration am Samstag in Leipzig aufgerufen, dem sogenannten „Tag X“.

Es ist aber nicht so, dass Gewalttaten innerhalb der radikalen Linken widerspruchslos gutgeheißen würden. In einem langen Schreiben der kommunistischen Gruppe „Kappa“ aus Leipzig etwa steht, wie sehr die Ermittlungen

No Headline In Original

der vergangenen Jahre die linke Szene gelähmt hätten – und, dass Militanz immer gut begründet sein müsse, dass nicht nur „Gewaltfetische“ ausgeübt werden dürften.

Auch in einem Aufruf der Roten Hilfe Leipzig wird deutlich, dass in der Szene heftig diskutiert wird, „ob Gewalt im Kampf gegen Nazis mehr Schaden als Nutzen hervorbringt“. Und dann hat das Büro einer Linken-Abgeordneten in Sachsens Landtag zum sogenannten „Tag X“ einen offenen Brief geschrieben. Darin werden die Gewaltandrohungen kritisiert und die Protestierenden darum gebeten, „Leipzig und Connewitz nicht zu zerklüppeln“.

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRD

Subject: BEAMTE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); ÜBERWACHUNG (78%); ANKLAGEN (76%); STRAFZUMESSUNG (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); GERICHTSHÖFE (69%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (69%); ZWEITER WELTKRIEG (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%)

Geographic: BUDAPEST, UNGARN (92%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (92%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (79%); UNGARN (92%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%); EUROPA (79%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 30, 2023

End of Document

No Headline In Original

Frankfurter Rundschau
Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Frankfurter Rundschau GmbH Alle Rechte Vorbehalten

FrankfurterRundschau

Section: FRANKFURT; S. F1

Length: 58 words

Body

FRANKFURT

Abenteuerspielplatz Riederwald benötigt mehr Geld Seite F4

FRANKFURT

Antifa-Protest in der Innenstadt gegen Lina E.-Urteil Seite F5

FRANKFURT

Ulli Dvorák ist neuer Chef des Frankfurter Jobcenters Seite F7

HESSEN

Drei Ex-Landtagsabgeordnete kritisieren Faeser Seite F16

Im Internet: fr.de/rhein-main sowie fr.de/frankfurt

Link zum PDF-Dokument

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: FRHCT

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (84%)

Geographic: FRANKFURT, DEUTSCHLAND (90%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%)

No Headline In Original

Load-Date: June 11, 2023

End of Document

Date and Time: Tuesday, 8. August 2023 16:53:00 CEST

Job Number: 203065289

Documents (11)

- [Demos und Wirbel um ein Zitat Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

- [Linksextreme Krawalle gegen Polizei Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

- [Wie groß ist die Gefahr von links? Nach dem Urteil gegen Lina E. und linksradikalen Ausschreitungen in mehreren Städten: Wie beurteilt der Verfassungsschutz die Lage in Rheinland-Pfalz ?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

- ["Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen" Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

Narrowed by



News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)
------	--

5. [Leipzigs OB besorgt um Sicherheit Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

6. [KommentarE : Ohne Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

7. [Kommentar : Härte zeigen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

8. [Letzte Generation demonstriert in Mainz Klimaaktivisten wollten mit der Aktion den Verkehrsfluss in der Innenstadt ausbremsen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

9. [Revision im Fall Lina E. eingelebt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

10. [Haftstrafe für Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)

11. [Verdacht lautet auf Mordversuch](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Allgemeine Zeitung (Germany)



Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Allgemeine Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 1

Length: 574 words

Byline: Christian Matz

Body

DRESDEN/WIESBADEN. Nach der Verurteilung der Studentin Lina E. wegen Angriffen auf Rechtsextreme ist es am Mittwochabend in Leipzig und Bremen zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und linksradikalen Demonstranten gekommen. Die Polizei befürchtet eine Eskalation am Samstag, für diesen Tag ruft die linksradikale Szene zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei nimmt Drohungen ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei ebenfalls verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Derweil sorgt eine Äußerung des Co-Chefs der Grünen Jugend, Timon Dzienus, der das Urteil "Quatsch" genannt hatte, für Kritik innerhalb der Grünen selbst, etwa in Hessen.

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Der Generalbundesanwalt warf ihr und drei Männern vor, tatsächliche oder vermeintliche Neonazis brutal zusammengeschlagen zu haben, unter anderem mit Hämtern. Die Bundesanwaltschaft hatte von einer "militant-linksextremistischen Ideologie" gesprochen und acht Jahre Haft gefordert. Die Verteidigung forderte Freisprüche. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde außer Vollzug gesetzt, sie ist gegen Auflagen frei. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil - gegen das Revision möglich ist - rechtskräftig ist. Gründe: Sie sei nicht vorbestraft und sitze seit zweieinhalb Jahren in U-Haft, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats; er sprach im Zuge der Berichterstattung von einer Vorverurteilung, ihre Persönlichkeitsrechte seien verletzt. Zudem sei sie an Rheuma erkrankt. Kritik an der Freilassung kam vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke. "Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus", sagte er dem RND. Mehrere Personen im Umfeld von Lina E. sind untergetaucht. Die linksextremistische Szene habe Vergeltung angekündigt. "Uns Polizisten war klar, dass auch wir damit in den Fokus der Extremisten geraten", sagte er mit Blick auf die Proteste. In Leipzig wurde eine Versammlung für beendet erklärt, nachdem Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden seien. In Bremen gingen laut Polizei rund 350 meist verummigte Menschen auf Einsatzkräfte los.

Unterdessen steht der Co-Chef der grünen Jugendorganisation, Timon Dzienus, auch innerhalb der Partei in der Kritik. Er hatte bei Twitter geschrieben: "Mit einem völlig übertriebenen und auf fragwürdigen Indizien beruhenden Prozess wird mit aller Härte gegen Lina E. und andere Linke vorgegangen. Was für ein Quatsch - deshalb

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

#FreeLina!". Die hessische Kulturministerin Angela Dorn, Grünen-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, schrieb dazu: "Das ist ein fataler Tweet. Er zweifelt einen Prozess im Rechtsstaat an (...) und verharmlost in der Konsequenz (...) schwere Gewalttaten als Ausdruck von politischem Aktivismus." Auf Anfrage ergänzte sie, dass sie sich "wünschen würde, dass er sich mit dem Thema und den Argumenten auseinandersetzt, selbtkritisch ist und dann möglicherweise eine andere Position entwickelt". Die hessische Grünen-Umweltministerin Priska Hinz schrieb: "Selbstjustiz und gewalttätige Übergriffe auf Menschen können doch nicht im Ernst verteidigt werden." Die Grünen-Bundesspitze wollte auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); FÜHRUNGSKRÄFTE (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); RICHTER (78%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); WAHLEN (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STRAFVERTEIDIGUNG (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (73%); WÄHLER & WAHLEN (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (64%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (64%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

[Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Allgemeine Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 1

Length: 574 words

Body

LEIPZIG (dpa). Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend wieder Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

Gewaltbereite Szene rückt näher in den Blick

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Bei den "massiven Ausschreitungen" sind laut Polizei etwa 50 Polizisten verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren. "Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungsstrups die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei daher richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zuvor zu untersagen. Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Sachsen-Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte auf Twitter die "erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage". Den verletzten Polizisten wünschte er schnelle Genesung.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: "So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." Das

Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen

Einsatzkonzept in Leipzig habe Schlimmeres verhindert. "Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt." Die Beschwerden aus linken Kreisen seien zynisch und unglaublich.

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Lina E. eskalieren lassen. Der SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer "provozierende Herangehensweise" der Polizei. Sie sei beim Abdrängen umstehender Menschen mit unnötiger Härte vorgegangen und habe viele Menschen stundenlang eingekesselt. Die Linksfraktion will den Einsatz nun zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); GESETZGEBUNGSGRÄFE (88%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERURTEILUNGEN (77%); BÜRGERMEISTER (76%); REGIERUNGSKABINETTS (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); STÄDTE (63%); RECHTSSTAATLICHKEIT (60%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Wie groß ist die Gefahr von links?; Nach dem Urteil gegen Lina E. und linksradikalen Ausschreitungen in mehreren Städten: Wie beurteilt der Verfassungsschutz die Lage in Rheinland-Pfalz?

Allgemeine Zeitung (Germany)

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: REGION; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 5

Length: 753 words

Byline: Christian Matz

Body

MAINZ. Als größte Gefahren für die Demokratie hierzulande haben die rheinland-pfälzischen Verfassungsschützer derzeit Rechtsextremisten, Reichsbürger und "Delegitimierer", die "demokratifeindliche Propaganda streuen", ausgemacht. Diese bildeten extremistische Allianzen, hinzu kämen hybride Attacken von außen. Dies hat Innenminister Michael Ebling (SPD) jüngst bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2022 bekräftigt. Doch wie sieht es mit der Gefahr von links aus, welche Rolle spielt der Linksextremismus in Rheinland-Pfalz? Und: Gibt es dabei auch hier wie andernorts Versuche, die Klimaschutzbewegung zu unterwandern?

Einen bundesweiten Einblick in linksextreme Strukturen und Gewalttaten hat kürzlich der Prozess gegen Lina E. in Dresden geliefert. Zusammen mit anderen Mittätern wurde die Studentin wegen brutaler Angriffe auf tatsächliche und vermeintliche Rechtsextreme zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. In der Folge kam es in Leipzig und anderen Städten zu linksradikalen Ausschreitungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. In Rheinland-Pfalz hingegen blieb es vergleichsweise ruhig. Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ist dies kein Zufall, denn hier bewege sich "die Mobilisierungsfähigkeit der linksextremistischen gewaltorientierten Szene im Vergleich zu anderen Ländern auf einem eher niedrigen Niveau". Es seien derzeit keine "individuellen Radikalisierungsprozesse" erkennbar. Im "eher ländlich geprägten Rheinland-Pfalz" gebe es also weniger linksextremistische Aktivitäten als in Ballungszentren oder den Stadtstaaten - besonders ausgeprägte gewaltaffine Szenen gebe es insbesondere in Berlin, Bremen, Hamburg und Leipzig. Dort gehe von Linksextremisten eine "erhebliche Gefahr für die Innere Sicherheit aus". Insgesamt werden in Rheinland-Pfalz rund 500 Personen dem Linksextremismus zugeordnet, 20 weniger als 2021. Die Zahl der Gewaltorientierten darunter ist mit rund 120 gleich geblieben, wobei dieses Lager "nahezu deckungsgleich" mit der autonomen Szene sei. Im Bereich der "Politisch motivierten Kriminalität (links)" sei die Zahl der registrierten Straftaten auf 79 (2021: 140) gesunken. Zum Vergleich: 2021 rechnete der Verfassungsschutz bundesweit rund 35.800 Personen dem linksextremen Spektrum zu, darunter knapp 10.300 Gewaltorientierte. Das Fazit Eblings zum Linksextremismus in Rheinland-Pfalz: Dieser sei "In Bezug auf die Häufigkeit wie auch in der Art und Weise erkennbar nicht zu vergleichen mit dem Spektrum des Rechtsextremismus und der Reichsbürger-Szene". Den Rechtsextremisten werden in Rheinland-Pfalz rund 750 Personen (darunter rund 150 Gewaltorientierte) zugeordnet, den Reichsbürgern rund 950 Personen (darunter rund 140 Gewaltorientierte).

Wie groß ist die Gefahr von links?; Nach dem Urteil gegen Lina E. und linksradikalen Ausschreitungen in mehreren Städten: Wie beurteilt der Verfassungsschutz di....

Das wichtigste Aktionsfeld der Linksextremisten ist laut Verfassungsschutz der "Antifaschismus", der sich gegen Rechtsextremismus richtet, aber auch gegen die staatliche Ordnung der Bundesrepublik, die sie als "faschistisches System diffamieren". Die Linksextremisten hätten schon seit Jahren aber auch das Thema Klimaschutz für sich entdeckt. "Sie sehen darin die Chance, sich bürgerlichen Klimaschutzbewegungen anzuschließen, um ihr verfassungsfeindliches Gedankengut öffentlichkeitswirksam zu verbreiten", heißt es in dem Bericht. Ein Beispiel: Die Räumung des Ortes Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier, wo es neben friedlichen Massenveranstaltungen auch Gewalttaten durch Linksextremisten gegeben habe. Auch aus Rheinland-Pfalz hätten "vereinzelt" Linksextremisten an den Protesten teilgenommen. Laut Bundesverfassungsschutz kommt bei solchen Aktionen eine maßgebliche Rolle dem von der "Interventionistischen Linken" beeinflussten Bündnis "Ende Gelände" zu.

Keine Unterwanderung von Klimaschutzgruppen

Es gibt also den Versuch von Linksextremisten, "die Klimaschutzbewegung zu kapern", wie es Elmar May, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium, nannte. Aber: "Das ist nach unserer Beobachtung in Rheinland-Pfalz nicht gelungen". Dies gelte auch für die Gruppe "Letzte Generation", die gerade Aktionen gegen "Reiche" gestartet hat, als die aus ihrer Sicht Hauptverantwortlichen für klimaschädliches Verhalten. Die "Letzte-Generation"-Aktionen in Rheinland-Pfalz bewegten sich bislang "im Wesentlichen im Bereich des zivilen Ungehorsams und der bewussten Provokation", sagte Minister Ebling. Diese Taten würden auch entsprechend verfolgt. Es gebe zwar das "Risiko, dass sich das weiter radikalisieren kann, dafür haben wir aber noch keine Anhaltspunkte", sagte er.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); KRIMINALITÄTSRATE (89%); EINIGUNG & VERGLEICH (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLITIK (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); STRAFTATEN (78%); STRAFZUMESSUNG (76%); STÄDTE (76%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (75%); GERICHTSPROZESSE (73%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (72%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (72%); VERURTEILUNGEN (71%); GEFÄNGNISSTRAFEN (69%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (76%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); BREMEN, DEUTSCHLAND (71%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); MAINZ, DEUTSCHLAND (59%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); RHEINLAND-PFALZ, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 11, 2023

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt

Allgemeine Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 4

Length: 792 words

Byline: Simona Block und Jörg Schurig

Body

DRESDEN. Zu einer langen Haftstrafe verurteilt, aber trotzdem zunächst auf freiem Fuß: Wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme verurteilte das Oberlandesgericht Dresden die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin, die zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß, vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Die Unterstützer von Lina E. brachen in Jubel aus, als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwochabend die Aussetzung des Haftbefehls verkündete. Bei der Verkündung des Strafmaßes am Vormittag war die Stimmung noch ganz anders: Sie skandierten Sprechchöre, erklärten den Vorsitzenden Richter zum "Fascho"-Freund und geißelten die "Scheiß-Klassenjustiz". Die mehr als neun Stunden dauernde Urteilsverkündung wurde wegen kleiner Tumulte mehrfach unterbrochen.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind Lina E. und ein gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer mussten sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen einer Beihilfe dazu.

Strafmaß unter Anträgen der Bundesanwaltschaft

Die Verteidigung von Lina E. kündigte Revision an, das Strafmaß sei viel zu hoch, sagte Verteidiger Ulrich von Klinggräff. "Die Haftverschonung war längst überfällig."

Nach dem Urteil waren zunächst Ausschreitungen befürchtet worden. Parallel zur Urteilsverkündung zogen am Mittwochabend einige Hundert Demonstranten durch Dresden, auch in Berlin und Hamburg gab es Solidaritätsdemos. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl in der Bundeshauptstadt auf rund 500. In Leipzig wurde nach Angriffen auf Polizisten eine Protestversammlung mit mehreren hundert Menschen für beendet erklärt. In der Bremer Innenstadt kam es zu Ausschreitungen.

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Für Samstag war bundesweit zu Demos aufgerufen worden. Im Internet tauchten Drohungen auf, wonach für jedes Jahr Haft in Leipzig ein Sachschaden von einer Million Euro angerichtet werden soll.

Das Gericht blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine "militant- linksextremistische Ideologie" bescheinigt hatte. Für die aus Kassel in Hessen stammende junge Frau hatte sie acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

Der Generalbundesanwalt warf den Beschuldigten Lina E. vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Kronzeuge hatte sie belastet. Er berichtete von regelmäßigen Trainings für die Angriffe. Laut Anklage wurden 13 Menschen verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol, lautete eine weitere Anschuldigung. In seinen Vorbemerkungen ging Schläuter-Staats auf die brutalste Tat ein: Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter, der im Leipziger Szene-Viertel Connewitz arbeitete und nur "die falsche Mütze am falschen Ort trug", wie Schläuter-Staats es ausdrückte. Denn das Label der Mütze ist bei Rechtsextremen beliebt. Der Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen. Die Tat zeige, wohin militanter Antifaschismus führe könne, sagte der Vorsitzende Richter.

Das Gericht sah auch den Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Dafür spreche nicht nur der übergeordnete Zweck der Gruppierung und die fortdauernde Begehung von Straftaten. Es habe auch ein Mindestmaß an verfestigten organisatorischen Strukturen gegeben.

Was Sicherheitsbehörden nun umtreibt, ist nicht zuerst die unmittelbare Reaktion auf das Urteil. Experten befürchten eine Radikalisierung der linken Szene und sehen seit längerem Belege dafür, etwa was das Vorgehen gegen "politische Gegner" betrifft. Laut Verfassungsschutz sinkt die Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt immer mehr, von einer "besorgnisregenden Entwicklung" ist die Rede. Es gehe nicht mehr nur um Sachbeschädigungen, sondern um gezielte Attacken auf Personen. Selbst deren Tod werde in Kauf genommen.

Dirk Münster, Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus- Abwehrzentrums beim Landeskriminalamt Sachsen, misst dem Verfahren gegen Lina E. große Bedeutung zu. "Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen", sagte er kürzlich einer Zeitung. Tatsächlich gibt es Ermittlungen gegen weitere Personen aus dem Umkreis von E. Einige von ihnen sind abgetaucht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: STRAFZUMESSUNG (94%); GERICHTSURTEILE (92%); VERURTEILUNGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RICHTER (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); TOD & STERBEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); ZEUGEN (76%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (74%); BREMEN, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Allgemeine Zeitung (Germany)

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 1

Length: 309 words

Body

LEIPZIG (dpa). Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich vor dem "Tag X" der linksautonomen Szene um die Sicherheit in der Stadt. "Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien. Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein", sagte der SPD-Politiker am Freitag.

Die für diesen Samstag geplante "Tag X"-Demo nach dem Linksextremismus-Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt allerdings untersagt. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am Freitagabend einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen, teilte ein Gerichtssprecher mit. Insofern erweise sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend. Die Polizei bereitet sich gleichwohl weiterhin auf einen Großeinsatz vor.

Die Stadt Leipzig hatte die geplante "Tag X"-Demo mit dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Laut Polizei gibt es auch Gewaltandrohungen und Aufrufe zur Militanz.

Bei Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz sind bereits am Freitagabend mehrere Fahrzeuge beschädigt worden. Zudem seien Polizisten mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen worden, erklärte eine Sprecherin der Polizei.

Der "Tag X" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und den drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Das Quartett war vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Journal Code: AZ

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); GERICHTSHÖFE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); POLITIK (79%); AUSSCHREITUNGEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); STRAFZUMESSUNG (77%); VERURTEILUNGEN (77%); VERHAFTUNGEN (76%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); SOCIAL MEDIA (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (72%)

Industry: SOCIAL MEDIA (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

KommentarE : Ohne Gewalt

Allgemeine Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 2

Length: 291 words

Byline: Helen-Phoebe Schuckert zum Fall Lina E.

Body

Weil sie und zwei weitere Angeklagte rechtsextreme Personen angriffen und verletzten, wurde die 28-jährige Lina E. aus Kassel vor dem Oberlandesgericht Dresden verurteilt. Als Reaktion auf das Urteil rief die linksextreme Szene zu Protesten auf.

Es sei ein politisch motivierter Prozess gewesen und Lina E. ein Opfer staatlicher Repression. Vor allem letztere Behauptung ist anmaßend. Denn würden Neonazis Antifaschisten angreifen, würden diese wohl auch fordern, dass der Staat mit aller Macht dagegen vorgeht. Der Rechtsstaat besitzt das Gewaltmonopol. Linke Aktivisten von einer Strafe zu verschonen, weil sie Faschismus und Nationalsozialismus mit Gewalt bekämpfen, wäre schlachtweg falsch. Um dieser Auffassung zu sein, muss man nicht Anhänger des rechten Gedankenguts sein. Wir leben in Deutschland in einem Rechtsstaat, und das ist auch gut so. Jeder, der sich nicht an dieses Prinzip hält und Gewalttaten ausübt, seien diese politisch oder religiös motiviert, muss damit rechnen, für seine Taten gradestehen zu müssen. Es muss jedoch gewährt sein, dass Gewalttaten aus den unterschiedlichsten Spektren gleichermaßen streng geahndet werden. Es kann also nicht sein, dass rechter Extremismus vom Staat weniger verfolgt wird als linker. Dass sich die linke Szene nun darstellt, als sei sie Opfer einer Hexenjagd, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die tatsächlich für eine freie Meinungsäußerung kämpfen. Denn wie der Vorsitzende Richter, Hans Schlüter-Staats, bei der Urteilsverkündung betonte, ist es durchaus ehrenwert, gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Das geht aber auch ohne Gewalt, beispielsweise durch Demonstrationen und Präventionsarbeit und indem man die Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und Sprache zur Anzeige bringt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE

KommentarE : Ohne Gewalt

NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); RICHTER (78%); MEINUNGSFREIHEIT (72%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Kommentar : Härte zeigen

Allgemeine Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 2

Length: 300 words

Byline: Jens Kleindienst zum "Tag X" in Leipzig

Body

Mehr als 50 verletzte Polizisten und Demonstranten, 30 Festnahmen, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, etliche angezündete Privatautos, das war bis zum Sonntagabend die unschöne Bilanz von "Tag X" in Leipzig - und es stand zu befürchten, dass es das noch nicht gewesen ist. Man könnte zynisch werden nach den Ereignissen in der sächsischen Metropole: Die gewaltbereiten linken "Antifaschisten" haben geliefert: Nach dem Verbot aller Solidaritätsdemos für die zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte Genossin Lina E. haben sie nicht klein beigegeben, sondern eine Großstadt vorübergehend in Angst und Schrecken versetzt.

Dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazi-Gewalt haben sie damit keinen Dienst erwiesen, im Gegenteil: Sie haben ihn diskreditiert. Wie im Übrigen auch der von Lina E. angeführte Schlägertrupp, der sich laut Gerichtsurteil dazu ermächtigt hatte, Jagd auf echte und vermeintliche Neonazis zu machen. Der Polizei ist es in Leipzig dank eines martialischen Aufgebots wohl gelungen, Schlimmeres zu verhindern. Der Preis dafür war hoch. Faktisch wurde das Demonstrationsrecht in der Stadt für mehrere Tage aufgehoben, mit richterlichem Segen. Die Argumente, dass es dazu keine Alternative gab, haben mehrere 100 Gewaltbereite im Nachgang selbst geliefert. Insofern ist der Leipziger Polizeiführung zuzustimmen, dass es angemessen war, massiv Präsenz zu zeigen. Dennoch ist zu fragen, ob es nötig war, bis zu 1000 Personen für viele Stunden einzukesseln. Machtdemonstrationen dieser Art schweißen die linksautonome Szene zusammen und liefern die nötigen Bilder für die Erzählung vom autoritär-reaktionären Staat. Jedenfalls wünscht man sich von der sächsischen Polizei ein ähnlich entschlossenes Durchgreifen, wenn die nicht weniger gewaltbereite Neonazi-Szene mal wieder aufmarschiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Kommentar : Härte zeigen

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RICHTER (76%); STÄDTE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%); STRAFZUMESSUNG (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Letzte Generation demonstriert in Mainz; Klimaaktivisten wollten mit der Aktion den Verkehrsfluss in der Innenstadt ausbremsen

Allgemeine Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: LOKALES; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 10

Length: 564 words

Byline: Nicholas Matthias Steinberg

Body

MAINZ. Mit einem Protestmarsch durch die Mainzer Innenstadt haben Aktivisten der "Letzte Generation" am Mittwochnachmittag für Klimaschutz und "ein sozial-gerechtes Ende des fossilen Zeitalters" demonstriert. Zu außergewöhnlichen Vorkommnissen kam es am Rande der insgesamt rund zwei Stunden dauernden Aktion nicht.

Die "Letzte Generation" hatte im Vorfeld unter anderem im Internet zu der bei den Behörden zunächst bewusst nicht angemeldeten Aktion aufgerufen. Ab 16 Uhr versammelten sich rund 110 Demoteilnehmer auf dem Vorplatz der Christuskirche in der Kaiserstraße. Einige trugen orangefarbene Warnwesten, andere hatten Banner und Fahnen bei sich. Das Teilnehmerfeld war sehr heterogen, bestand aus Menschen unterschiedlichsten Alters. Am Rande der Menschentraube, die sich im Schatten der großen Bäume auf der Freifläche vor der Kirche bildete, beobachteten Polizisten und Mitarbeiter des städtischen Ordnungsamtes die Situation.

Zunächst hielten die Organisatoren eine kurze Ansprache, erklärten den Anwesenden, was genau sie vorhatten. Ziel sei ein friedlicher und effektiver Protest mit einem Aufzug rund um das Bleichenviertel, wandte sich ein Aktivist an seine Mitstreiter. Mit einem Aufzug in gemächlichem Tempo wolle man den Verkehrsfluss vorübergehend ausbremsen, so der Mann in der orangefarbenen Weste. Keine Sitzblockade, kein Festkleben. Der Protest sei friedlich, aber entschlossen. Man wolle widerständig sein, zeigen, dass man nicht einverstanden sei mit Bundesregierung und Bundespolitik.

Dann gab der Mann in der Weste die Route des Protestmarsches bekannt. Wiederholte er zu friedlichem und deeskalierendem Verhalten auf. Währenddessen stimmte sich einer seiner Mitstreiter mit Mitarbeitern der städtischen Versammlungsbehörde und der Polizei ab. Die Versammlungsbehörde genehmigte den Aufzug schließlich als Spontanversammlung.

Letztlich habe man sich über Route sowie weitere Details verständigen können, berichtet Heiko Arnd, Leiter der Polizeidirektion Mainz und Einsatzleiter, im Gespräch mit dieser Zeitung. "Sodass wir uns ein Stück weit darauf einstellen konnten", so Arnd. Unter anderem sollten die Protestler nur auf den Spuren in eine Fahrtrichtung gehen, sodass der Verkehr in entgegengesetzter Richtung weiter fließen konnte. Zudem kündigten die Veranstalter an, dass der Demozug nur rund eine Stunde dauern werde. Gegen 16.30 Uhr machte sich das Feld, wie angekündigt, langsam auf den Weg; eskortiert von der Polizei.

Letzte Generation demonstriert in Mainz; Klimaaktivisten wollten mit der Aktion den Verkehrsfluss in der Innenstadt ausbremsen

Aktivisten verteilten Flyer an Passanten. Es kam immer wieder zu kurzen Gesprächen. Kritische und lobende Worte. Doch die Stimmung blieb ruhig. Keine Spur von hitzigen Wortgefechten und Beleidigungen durch aufgebrachte Passanten - wie seinerzeit mehrfach am Rande von Blockadeaktionen. Der Aufzug sorgte zwar für Aufsehen, mündete aber in keinem Aufruhr. Über Bauhofstraße, Große Bleiche und Gärtnergasse ging es schließlich wieder zurück auf die Kaiserstraße. Kurz vor der Kreuzung zur Bauhofstraße stoppte das Feld. Auf der Straße fand eine kurze Abschlusskundgebung statt. Gegen 17.45 Uhr war die Protestaktion beendet.

Ab 18 Uhr setzte sich am Hauptbahnhof ein weiterer Demozug in Bewegung. An dem Solidaritätsaufzug durch die Mainzer Innenstadt für Lina E. und weitere Mitglieder der linken Szene, die wegen Angriffen auf Rechtsextreme in Dresden zu Haftstrafen verurteilt wurden, beteiligten sich rund 90 Personen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (93%); KLIMASCHUTZ (90%); UMWELTSCHUTZ (78%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (78%); POLITIK (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (69%); STRAFZUMESSUNG (50%); VERURTEILUNGEN (50%)

Industry: FAHRZEUGVERKEHR (90%)

Geographic: MAINZ, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); RHEINLAND-PFALZ, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Revision im Fall Lina E. eingelegt

Allgemeine Zeitung (Germany)

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 1

Length: 152 words

Body

KARLSRUHE (epd). Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. und drei weiteren Angeklagten Revision eingelegt. Das bestätigte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft am Freitag. Das Oberlandesgericht Dresden hatte am 31. Mai gegen die Studentin Lina E. aus Leipzig und drei Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Im Fall der 28-Jährigen verhängte der Staatsschutzenat des Oberlandesgerichtes Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die Angeklagten begingen laut Urteil zwischen 2018 und 2020 mehrere tätliche Angriffe auf Neonazis. Die vier Verurteilten haben bereits Revision eingelegt. Sie sind alle auf freiem Fuß. Den Haftbefehl gegen Lina E. hatte der Senat zunächst unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Die Studentin saß mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); VERHAFTUNGEN (88%); VERURTEILUNGEN (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Haftstrafe für Linksextremistin

Allgemeine Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 1

Length: 116 words

Body

DRESDEN (epd). Das Oberlandesgericht Dresden hat die aus Hessen stammende Studentin Lina E. (28) unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes sah bei der mutmaßlichen Linksextremistin den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als erwiesen an, zum Teil in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Lina E. und drei Mitangeklagten waren tätliche Angriffe auf Rechtsextreme zwischen 2018 und 2020 vorgeworfen worden. Allerdings kommt Lina E. vorerst frei. Nach zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft wurde der Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); VERHAFTUNGEN (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

Allgemeine Zeitung (Germany)

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ALLGEMEINE ZEITUNG MAINZ; S. 4

Length: 130 words

Body

LEIPZIG (dpa). Im Zusammenhang mit den linksautonomen Krawallen zum "Tag X" in Leipzig am vergangenen Samstag ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen die Polizisten, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft am Donnerstag. In der vergangenen Woche hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. in der Messestadt mehrfach Ausschreitungen gegeben. Am Samstag waren Polizisten mit Steinen und Böllern angegriffen worden. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren waren in Untersuchungshaft gekommen. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch, tölicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie teilweise versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: AZ

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); STAATSANWÄLTE (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (87%); VERHAFTUNGEN (87%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 8, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

End of Document

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:35:00 CEST

Job Number: 202929046

Documents (20)

1. [Gericht begründet Aussetzung des Haftbefehls Ein übliches Verfahren für nicht vorbestrafte Beschuldigte. Auflagen für Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

2. [Im Clinch mit Cranach Lina E. klebte sich in der Gemäldegalerie an ein Bild. Deswegen steht sie vor Gericht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

3. [Harte Strafe und lauter Protest Lina E. soll wegen Überfällen auf Neonazis für Jahre in Haft. Haftbefehl außer Vollzug gesetzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

4. [Zschäpe, Lina E und Terror-Oma](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

5. [Gesetz voll ausschöpfen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

6. [Vermehrte Militanz der linken Szene Politikwissenschaftler Hajo Funke warnt vor einer Gewaltspirale](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

7. [Faeser warnt Linksradikale vor Gewalt Politologe Funke fordert Aussteigerprogramme](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

8. [Büßen für Blockaden Amtsgericht verhängt Geldstrafe gegen Klimaschützerin wegen mehrerer Klebe-Aktionen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

9. [Ein Aussteigerprogramm fehlt Der Berliner Verein Karuna will der Radikalisierung von Linken entgegenwirken](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

10. [Kein Platz für Zweifel Die politische Kultur scheint derzeit einzig auf Eskalation angelegt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung



11. [Das war wohl nix Kann man Extremismus mit Extremismus bekämpfen? Gibt es gute und schlechte Gewalt?](#)
[Und ist es so falsch, Nazis auf die Fresse zu hauen? Eindrücke vom Tag X in Leipzig, der nur der AfD hilft](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

12. [Der Klimawandel ist ein Notstand Lina E. steht zum wiederholten Male wegen Klebeaktionen vor Gericht.](#)
[Die Richterin zeigt Verständnis für ihr Anliegen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

13. [POLITIK](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

14. [POLITIK](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

15. [Sinnlose Gewalt gegen Autos Linksextremismus ist ganz eindeutig eine unterschätzte Gefahr, findet der Autor dieser humoristischen Kolumne](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

16. [Sabotage und Spione Der Verfassungsschutz warnt vor vielseitigen Bedrohungen besonders durch Rechtsextreme](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

17. [Jagd auf Nazis?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

18. [POLITIK](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

19. [POLITIK](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung

20. [Methodisch, organisiert und professionell Bundesanwälte verlesen Anklage im Prozess gegen mutmaßliche Linksextremisten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Berliner Zeitung



Gericht begründet Aussetzung des Haftbefehls; Ein übliches Verfahren für nicht vorbestrafte Beschuldigte. Auflagen für Lina E.

Berliner Zeitung

02. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 13

Length: 383 words

Body

Das Oberlandesgericht (OLG) Dresden sieht keinen Grund für Spekulationen, warum der Haftbefehl gegen die Studentin Lina E. außer Vollzug gesetzt wurde. OLG-Sprecher Torsten Umbach sprach am Donnerstag genau wie der Deutsche Richterbund von einem üblichen Verfahren für nicht vorbestrafte Beschuldigte. Wer das erste Mal eine Strafe verbüße, werde zudem in der Regel nach zwei Dritteln der Zeit entlassen wenn er sich gut geführt habe und keine besondere Gefahr von ihm ausgehe.

Die Staatsschutzkammer des OLG hatte die 28 Jahre alte Lina E. am Mittwoch nach fast 100 Verhandlungstagen wegen linker Gewalttaten zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Da der Vorsitzende Richter Hans Schlueter-Staats den Haftbefehl aussetzte, kam sie auf freien Fuß.

Der Haftbefehl ist nicht aufgehoben, sondern außer Vollzug gesetzt , stellte Umbach klar. In einem solchen Abwägungsprozess würden auch die sozialen Umstände und die Persönlichkeit Betroffener einbezogen. Es habe bei dem Prozess keine Auffälligkeiten bei Lina E. gegeben. Deshalb gebe es Grund für die Erwartung, dass sie sich auch dem weiteren Verfahrensverlauf stellt.

Bei einem Untertauchen würde sie die Zwei-Drittel-Regelung riskieren. Umbach verwies darauf, dass Lina E. mit dieser Regelung und unter Anrechnung der zweieinhalbjährigen Untersuchungshaft am Ende nur noch eine Reststrafe vor gut einem Jahr Haft verbüßen müsste. Die U-Haft diene der Sicherung des Verfahrens, dass Beschuldigte auch zur Verhandlung erscheinen. Das hat sich mit dem Urteil erledigt.

Richter Schlueter-Staats hatte die Aussetzung des Haftbefehls mit Auflagen versehen. Lina E. muss sich nun zweimal wöchentlich bei der Polizei melden, darf den in der Akte vermerkten Wohnsitz nur mit Zustimmung des Gerichts wechseln und muss nach ihrem Reisepass auch den Personalausweis abgeben. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig ist. Der Richter ging auch auf Umstände ein, die strafmildernd wirken. Lina E. sei nicht vorbestraft, durch die Dauer des Verfahrens erheblich belastet und zudem durch eine Erkrankung beeinträchtigt. Zudem seien ihre Persönlichkeitsrechte durch die mediale Berichterstattung erheblich verletzt worden. Die Anwälte von Lina E. hatten auf die Behandlung einer Rheuma-Erkrankung ihrer Mandantin verwiesen. (dpa)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Gericht begründet Aussetzung des Haftbefehls; Ein übliches Verfahren für nicht vorbestrafe Beschuldigte.
Auflagen für Lina E.

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GERICHTSHÖFE (91%); RICHTER (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERURTEILUNGEN (78%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (73%); PÄSSE & VISA (63%); RHEUMA-ERKRANKUNGEN (62%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (62%)

Industry: NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (73%); PÄSSE & VISA (63%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Im Clinch mit Cranach; Lina E. klebte sich in der Gemäldegalerie an ein Bild. Deswegen steht sie vor Gericht

Berliner Zeitung

16. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: BERLIN; S. 5

Length: 831 words

Byline: Franka Klaproth

Body

Es ist kurz nach 13 Uhr, alle im stickigen Saal B143 wirken etwas müde, die Verhandlung dauert schon fast vier Stunden. Der Zeuge, der als Nächster befragt werden soll, ist noch nicht da, das nächste Video (Dauer: 37 Minuten) soll gleich abgespielt werden, doch die Technik versagt für einen Moment. Alle im Saal werden abermals hinausgeschickt, damit sich die Richterin mit der Staatsanwältin und dem Strafverteidiger beraten kann. Als die Tür sich wieder öffnet, heißt es: Bis 14 Uhr erst mal Pause machen.

Die Liste an Sachverhalten, für die Lina E. am Donnerstag vor Gericht steht, ist lang. So lang, dass der Prozess von 9.15 Uhr bis in den späten Nachmittag hineindauert. Die Staatsanwältin trägt diese Liste am Anfang komplett vor: Eine Klebeblockade nach der anderen wird verlesen, mit Datum, Ort, Dauer. Allen Zuhörern wird klar: E. hatte sich im Jahr 2022 an zahlreichen Autobahnauffahrten und Straßenkreuzungen festgeklebt.

Eine Aktion sticht unter den Straßenblockaden heraus: Statt wie gewohnt auf den Asphalt klebte sich E. im August letzten Jahres an einen Bilderrahmen. Bei dem Gemälde Ruhe auf der Flucht nach Ägypten handelt es sich um ein Werk des berühmten Renaissance-Malers Lucas Cranach des Älteren. Der historisch geschnitzte Holzrahmen mit Gold- und Platin-Naht wurde bei der Entfernung des Sekundenklebers mit Aceton beschädigt.

Für welche Zukunft lernen?

Ich will euch erklären, wie ich zu der Person wurde, die ich jetzt bin. So beginnt Lina E. eine Rede, die sie zu ihrer Verteidigung vor Gericht hält. Wie ich von einer engagierten Jugendlichen, die sich nie hätte vorstellen können, vor Gericht zu landen, an diesen Punkt kam. Sie erzählt von ihren Anfängen, wie sie mit einem Pappschilde an einem Straßenstand einer Tierschutzgruppe auf das Schreddern von Küken aufmerksam machte. Von ihrer Frustration über das Desinteresse der Vorbeigehenden und ihrer Eingebung, stören zu müssen, um Aufmerksamkeit zu generieren. So schloss sie sich zuerst Extinction Rebellion an, und gründete dann mit einigen anderen die Protestbewegung Letzte Generation. Im Jahr 2021 machte sie 20 Tage lang bei dem Hungerstreik vor dem Bundestag mit, bis sie zusammenbrach und in die Charité eingeliefert werden musste. Ihr Freund Henning Jeschke, der zusammen mit Carla Hinrichs im Publikum sitzt, nahm ganze 27 Tage lang keine feste Nahrung zu sich und verweigerte am Ende auch die Aufnahme von Flüssigkeit.

Mittlerweile hat die 20-Jährige die Schule abgebrochen, und das, obwohl sie kurz vor dem Abitur stand. Für welche Zukunft soll ich lernen? , fragt sie in den Gerichtssaal hinein.

Im Clinch mit Cranach; Lina E. klebte sich in der Gemäldegalerie an ein Bild. Deswegen steht sie vor Gericht

Jede Klebeaktion ist anders. Deswegen müssen bei jedem Einzelevent Zeugen befragt, Videoaufnahmen geprüft und die konkreten Vorwürfe durchgegangen werden. Mal ist der Vorwurf Nötigung, mal Widerstand gegen Polizeibeamte. Den Vorwurf, Gewalt gegenüber Polizisten angewendet zu haben, weist E. klar zurück: Es ist mir total wichtig, friedlich und gewaltfrei zu protestieren , sagt sie und berichtet, dass Polizeibeamte sie hingegen schon ins Gesicht geschlagen hätten. Egal was mir widerfährt, ich würde niemals zurückschlagen. Die Polizistinnen und Polizisten, die als Zeugen vor Ort geladen sind, können nicht bestätigen, dass E. gewalttätig geworden sein soll.

Babette H. ist Chefrestauratorin der Gemäldegalerie und sichtlich genervt, als sie sich auf der Zeugenbank niederlässt. Sie hat das Gutachten für den Schaden am Rahmen des Cranach-Gemäldes erstellt. Die Summe beträgt rund 2385 Euro. Wir waren sehr gutwillig , sagt die 64-Jährige und klagt über den großen Aufwand, den der gesamte Prozess ihr bescherte.

Rahmen aus dem 16. Jahrhundert

Auch am Gemälde sei nach dem Ankleben eine kleine beschädigte Stelle entdeckt worden. Ob sie von Lina E. stammt, sei aber unklar. Fakt ist, dass solche Gemälde von der kleinsten Erschütterung beschädigt werden können , sagt sie. So ein Bild würden wir deswegen zum Beispiel nie auf Reisen schicken. Zur Begutachtung und Restauration musste es aus dem Rahmen genommen werden. Der Rahmen stammt laut Babette H. vermutlich aus dem 16. Jahrhundert und ist schätzungsweise 20.000 Euro wert.

Erst gegen 17 Uhr wird das Ergebnis des langen Prozesstages mitgeteilt: Von den zehn Verfahren, die verhandelt wurden, wurden drei eingestellt. Das Urteil über die sieben weiteren stünde noch aus, weil die Richterin sich über das Abschlussplädoyer des Anwalts der Aktivistin noch einmal Gedanken machen wolle. Darin hat er einen Hilfsbeweisantrag gestellt, dass der zivile Ungehorsam von Lina E. juristisch gerechtfertigt sei und ein Sachverständiger das überprüfen solle.

Der Vorschlag von der Staatsanwaltschaft für ein Urteil steht allerdings schon: 200 Tagessätze a 15 Euro seien eine angemessene Strafe. Lina E. sieht das anders. Wir setzen auf Freispruch , sagt sie der Berliner Zeitung. Die Begründung dafür habe ihr Anwalt auch juristisch gut auf den Punkt gebracht: Das was wir machen, ist auf keinen Fall strafbar, sondern gerechtfertigt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ZEUGEN (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (85%); RECHTSANWÄLTE (78%); STREIKS (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (76%); RICHTER (76%); KUNSTGESCHICHTE (72%); AUFSTÄNDE & REBELLIONEN (66%); JUGENDLICHE (64%); SCHUL- UND STUDIENABBRECHER (64%); TIERSCHUTZ (63%); DEUTSCHER BUNDESTAG (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); MUSEEN & GALERIEN (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: ÄGYPTEN (55%)

Im Clinch mit Cranach; Lina E. klebte sich in der Gemäldegalerie an ein Bild. Deswegen steht sie vor Gericht

Load-Date: June 16, 2023

End of Document

Harte Strafe und lauter Protest; Lina E. soll wegen Überfällen auf Neonazis für Jahre in Haft. Haftbefehl außer Vollzug gesetzt

Berliner Zeitung

01. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 13

Length: 651 words

Body

Das sächsische Oberlandesgericht hat vier mutmaßliche Linksextremisten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das Gericht sprach die Hauptbeschuldigte Lina E. am Mittwoch in Dresden der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig und verhängte gegen die 28-Jährige eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Der Haftbefehl gegen E. wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Drei mitangeklagte Männer erhielten Haftstrafen bis zu drei Jahren und drei Monaten.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten zwischen 2018 und 2020 an mehreren Überfällen auf tatsächliche und vermeintliche Neonazis in Wurzen, Leipzig und im thüringischen Eisenach beteiligt waren oder diese zumindest unterstützten. Mehrere Menschen wurden dabei teils schwer verletzt. Dabei handelten sie dem Urteil zufolge als kriminelle Vereinigung. Belegt sieht das OLG dies durch das methodische Vorgehen bei der Tatsausführung mit einer teils monatelangen Vorbereitung, dem Trainieren von Überfällen und dem Erstellen einer Liste mit potenziellen Opfern, wie der Vorsitzende Richter Hans Schlueter-Staats sagte.

Zudem habe die Gruppe über ein Depot an Tatmitteln mit Hämtern, Schlagstöcken und Pfeffersprays verfügt. Der aus Hessen stammenden Studentin Lina E. sprach das Gericht innerhalb der Gruppe eine herausgehobene Stellung zu. Den von der Bundesanwaltschaft eingebrochenen Vorwurf der Rädelsführerschaft bestätigte das Gericht nicht. Nicht zuletzt habe die Gruppe gemeinsame linksextremistische Überzeugungen geteilt mit dem Ziel, Rechtsextremisten durch gewaltsame Überfälle erheblich zu verletzen und eine Signalwirkung für die rechte Szene zu schaffen. Rechtsextremisten entgegenzutreten ist ein achtenswertes Motiv, sagte Schlueter-Staats in seiner mehrstündigen Urteilsbegründung.

Jedoch blieben solche Angriffe schwere Straftaten. Er betonte, von rechter Gewalt gehe die größte Gefahr aus. Bei aller nachvollziehbaren Kritik an Defiziten bei der Verfolgung rechter Taten liege das Gewaltmonopol jedoch beim Staat. Verurteilt wurden die Angeklagten unter anderem auch wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Diebstahl. Die drei 28 bis 37 Jahre alten mitangeklagten Männer erhielten Haftstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Sie waren im Gegensatz zu E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft sitzt, bislang nicht inhaftiert.

Lina E. kam nach dem Urteil, das noch nicht rechtskräftig ist, gegen Auflagen zunächst auf freien Fuß. Bei der Urteilsverkündung gab es aus dem mit rund hundert Unterstützern der Angeklagten gefüllten Gerichtssaal laute Unmutsbekundungen. Nach Rufen wie Schweinejustiz ließ der Vorsitzende Richter die Sitzung mehrfach unterbrechen. Einige Besucher wurden von Justizbeamten aus dem Saal gebracht, woraufhin die Stimmung zwischenzeitlich eskalierte.

Harte Strafe und lauter Protest; Lina E. soll wegen Überfällen auf Neonazis für Jahre in Haft. Haftbefehl außer Vollzug gesetzt

Mit dem Urteil blieb das Gericht unter der Forderung der Bundesanwaltschaft, die für E. acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert hatte. Für die drei Mitangeklagten hatte die Bundesanwaltschaft in dem seit September 2021 laufenden Prozess bis zu drei Jahre und neun Monate Haft beantragt. Die Verteidigung hatte für E. weitgehend Freispruch gefordert. Insbesondere halten die Anwälte den Vorwurf der Bildung einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung nicht für erwiesen.

Während der Urteilsbegründung bedachten die Unterstützer im Saal die Angeklagten immer wieder mit Beifall. Vor dem besonders gesicherten Verhandlungssaal des Oberlandesgerichts demonstrierten zudem Unterstützer aus der linken Szene. Für Sonnabend mobilisiert die linke Szene bundesweit für eine Tag-X-Demo in Leipzig. Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor. In Berlin sind mehrere Hundert Sympathisanten aus der linken Szene am Mittwochabend auf die Straße gegangen. (AFP)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GERICHTSURTEILE (92%); GERICHTSHÖFE (91%); STRAFZUMESSUNG (91%); VERHAFTUNGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); RICHTER (89%); STAATSANWÄLTE (89%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); STRAFTATEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); DIEBSTAHL (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%)

Geographic: LIEGE, BELGIEN (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (79%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Zschäpe, Lina E und Terror-Oma

Berliner Zeitung

13. März 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: MEINUNG; Kolumne; S. 18

Length: 579 words

Byline: paul linke

Highlight: Kolumne

Body

Atemlos, einfach raus. Singt Helene Fischer. Schallt es aus den Boxen auf dem Gefängnisparkplatz. So laut, dass sie es hören müssten. Da hinten, keine zweihundert Meter entfernt, wo die beiden Gebäuderiegel der Justizvollzugsanstalt Chemnitz stehen. Wo bis zu 261 Frauen und manchmal auch Mädchen leben, auf Entlassung warten, hoffen. Weil ein Staat die Grundrechte einschränken kann, die Hoffnung aber nicht. Mehrere Fenster sind jetzt offen. Winkt da jemand? Ist es die Insassin, die sich Helene Fischer gewünscht hat?

Das anarchistisch-feministische Anti-Knast-Bündnis hat diese Kundgebung auf dem Gefängnisparkplatz angemeldet. Kein Knast, kein Staat, kein Patriarchat, heißt es auf einem Transparent. Ein Gefängnis, sagt eine Demonstrantin, das sei ein Strudel aus Ausbeutung, Isolation und sozialer Ausgrenzung. Etwa einhundert Menschen sind gekommen. Sie halten Redebeiträge, erfüllen Musikwünsche der Insassinnen, schreiben ihnen Postkarten: Halte durch! Wir sehen uns in Freiheit! Atemlos, einfach raus, bald.

Die drei berühmtesten Gefängnisinsassinnen Deutschlands, auch sie sind da hinten irgendwo. Die Rechtsextremistin Beate Zschäpe, 48, Mitglied der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), die ihre lebenslängliche Freistrafe seit vier Jahren in der JVA Chemnitz verbüßt. Die Reichsbürgerin Elisabeth R., 75, die Terror-Oma, der die Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Sie soll die Entführung von Karl Lauterbach, einen Umsturz geplant haben. Im vergangenen Oktober wurde sie in der Nähe von Chemnitz verhaftet, nun wartet sie auf ihren Prozess. Und Lina E., 27, deren Fall seit Herbst 2021 in Dresden verhandelt wird. Vorwurf: gezielte Angriffe auf Neonazis, Bildung einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung.

Auf dem JVA-Parkplatz ist Lina E. eine Heldin. Weil sie sich gewehrt hat, wo andere zu oft wegschauen. Selbstjustiz ist kein Verbrechen. Es gibt gute Gewalt. So in etwa sehen sie das hier. Und aus der Box kommt die Anwendungsempfehlung: Dem Patriarchat mit Anlauf die Kniescheibe raushauen.

Versammlungen vor der JVA Chemnitz finden öfter statt. In der vergangenen Woche forderten die rechtsextremen Freien Sachsen die sofortige Freilassung einer Ärztin. Was grundsätzlich keine schlechte Idee ist angesichts des Ärztemangels. Allerdings soll die Frau in mindestens 162 Fällen falsche Corona-Impfatteste ausgestellt und bundesweit vertrieben haben. Und am 30. Mai 2021 stand auch mal Sven Liebich hier, laut Verfassungsschutz einer der bekanntesten Einzelakteure der rechtsextremistischen Szene im südlichen Sachsen-Anhalt. Um sich Gehör zu verschaffen, rief er in einen Verkehrskegel hinein: Lina E. darf nie wieder dieses Gefängnis verlassen als lebende Person. Gebt Lina E. eine ordentliche Abreibung, wenn ihr sie erwischst. Das Video landete auf Telegram und Liebich neulich vor Gericht.

Ob die akustische Verstärkung ausreichte, darüber musste der Richter entscheiden. Denn hätte man Liebichs Worte auch jenseits der Gefängnismauern verstanden, wäre es ein Aufruf zu Gewalt gewesen. Ein Gutachten kam zu keinem klaren Fazit. Die Prozessbeteiligten einigten sich kürzlich auf eine Einstellung des Verfahrens. Einige Auflage: Liebich musste 1200 Euro zahlen. Was ein wenig verwundert.

Auf dem Video ist nämlich noch eine zweite Stimme zu hören, sie kommt aus dem Gefängnis. Eine Frau ruft: Halt s Maul, Wichser! Verpiss Dich! Beate Zschäpe oder die Terror-Oma waren es eher nicht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GEFÄNGNISSE (90%); TERRORORGANISATIONEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); GERICHTSPROZESSE (88%); NSU-PROZESS (78%); TERRORISMUS (78%); VERBRECHEN (78%); ENTFÜHRUNG (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (76%); ISOLATION & QUARANTÄNE (74%); VERHAFTUNGEN (73%); GERICHTSHÖFE (72%); RICHTER (72%); ÄRZTE (66%); ARBEITSKRÄFTEMANGEL (61%); ENGPÄSSE (50%)

Industry: ÄRZTE (66%)

Person: BEATE ZSCHÄPE (78%)

Geographic: CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: March 13, 2023

End of Document

Gesetz voll ausschöpfen

Berliner Zeitung

02. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten

Berliner Zeitung

Section: MEINUNG; Auslese; S. 18

Length: 224 words

Highlight: Auslese

Body

Zu dem Urteil im Linksextremismus-Prozess gegen Lina E. schreibt die Neue Osnabrücker Zeitung: Das wird die gewaltbereite linke Szene aber nicht abhalten, nach dem Urteil gegen Lina E. Randalen zu machen der Ausgang des Verfahrens und das Strafmaß sind für diese Kreise nebensächlich. Und auch beim nächsten Urteil gegen den nächsten Rechtsextremen wird sich dieses Trauerspiel wiederholen, dann nur eben von anderer Seite. Und der Staat? Kann gegen diese Rituale der Gewalt im Rahmen der Gesetze vorgehen, was nicht wenig ist und was er voll ausschöpfen sollte. Die Leipziger Volkszeitung findet: Für die linksextremen Täter gab es vom Publikum im Saal Applaus, am Tag des Urteils minutenlang. Unterstützer aus der linken Szene finden genau wie die Verteidigung der Angeklagten, es sei nicht richtig, dass Lina E. und ihre Mitangeklagten sich vor demselben Staatschutzsenat verantworten mussten, wie Rechtsterroristen und Islamisten. Sie liegen falsch damit. Die Lausitzer Rundschau aus Cottbus meint: Falls es stimmt, dass Lina E. durch die Aufdeckung der NSU-Mordserie politisiert wurde, kann man ihren Antifaschismus verstehen. Antifaschismus ist ehrenwert und eigentlich Bürgerpflicht. Aber die Rechtsextremisten teilweise mit Hammer und Schlagstock brutal zu überfallen und zusammenzuschlagen, ist eine schwere Straftat. (tom.)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); ANKLAGEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); NSU-PROZESS (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); TERRORISMUS (78%); THEATER & DRAMA (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (77%)

Geographic: COTTBUS, DEUTSCHLAND (67%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (55%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Vermehrte Militanz der linken Szene; Politikwissenschaftler Hajo Funke warnt vor einer Gewaltspirale

Berliner Zeitung

02. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 13

Length: 764 words

Byline: Cedric Rehman

Body

Der Politikwissenschaftler Hajo Funke macht keinen Hehl daraus, dass er einer Revision des Urteils Oberlandesgericht Dresden gegen Lina E. große Chancen einräumt. Die Urteilsbegründung stütze sich auf Indizien, bemerkt Funke. Lina E. ist erst einmal auf freiem Fuß, bis das Urteil rechtskräftig ist.

Im Zweifel für die Angeklagte

Der Extremismusforscher am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität hätte es wohl bevorzugt, wenn die Beweisketten eindeutiger die Schuld Lina E.s bewiesen oder das Gericht im Zweifel für die Angeklagte entschieden hätte. Es sei richtig, dass der Rechtsstaat bei politisch motivierten Gewalttaten klare Kante zeige. Die Frage ist aber, wo das Stoppsignal gesetzt wird , sagt Funke.

Die Verurteilung von Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe aufgrund von Beweisketten könne zu einer Verhärtung linker Militanz führen, warnt Funke. Es könnte in Leipzig, aber auch in Berlin und anderen Städten am als Tag X angekündigten Protesttag an diesem Sonnabend zu Tumulten kommen. Ich halte Gewalt gegen Sachen möglich, hoffe aber, dass es nicht dazu kommt , sagt Funke. In Bremen gab es bereits Attacken auf Personen: Militante bewarfen bei einer Solidaritätskundgebung Polizeibeamte mit Steinen und Glasflaschen.

Die Folgen könnten für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland gravierend sein, fürchtet Funke. Er attestiert Teilen der radikalen Linken einen Rückzug in eine Wagenburgmentalität. Gerade in Regionen, in denen rechtsextreme Umtriebe stark seien und die staatliche Antwort auf rechte Gewalt schwach ausfielen, sei vermehrte Militanz unter Linksextremen bemerkbar. Funke nennt als Beispiel Eisenach. Dort gab es einen Angriff auf einen Rechtsextremisten, laut dem Dresdner Oberlandesgericht ausgeführt von der Gruppe um Lina E.

Eisenach ist bekannt für eine rechtsextreme Szene. Linke Extremisten beriefen sich auf vermeintliches oder tatsächliches Behördenversagen bei der Eindämmung rechter Gewalt als Rechtfertigung eigener Übergriffe. Die sich selbst zugeordnete höhere Moral wird dann über den Rechtsstaat gestellt , sagt Funke.

Ob das linksextreme Milieu in den vergangenen Jahren stärker geworden ist, gilt als umstritten. Das Bundesinnenministerium gibt die Zahl der Linksextremisten in Deutschland Stand 2021 mit 34.700 an. 10.300 sollen gewaltbereit sein. Die Militanz der linken Szene habe ausgerechnet im Krisenjahr 2022 einen Knick erlebt, während rechte Gewalttaten zunahmen, erklärt der Extremismusexperte. Es ist zu einfach zu sagen, dass sich rechte und linke Gewalt gegenseitig aufschaukeln. Wäre das so, dann hätte es 2022 mehr Straftaten von links geben müssen , sagt Funke.

Vermehrte Militanz der linken Szene; Politikwissenschaftler Hajo Funke warnt vor einer Gewaltspirale

Funke teilt die Auffassung des Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang nicht, dass sich Teile der linken Szene am Rande des Terrorismus bewegten. Haldenwang warnte jüngst vor klandestinen Gruppen, die planvoll Attacken gegen ihre Gegner ausführten. Das Urteil gegen Lina E. könnte aber als Brandbeschleuniger wirken für die gewaltbereiten Tendenzen in der linken Szene, mahnt Funke.

Er rät Politik, Gesellschaft und Sicherheitsbehörden zu einem Dreiklang im Umgang mit linker Militanz. Gewalttaten, gleichgültig wer sich aus welchem Motiv heraus begehe, gehörten geahndet. Die öffentliche Debatte sollte sich aber nicht von Hysterie leiten lassen. Sowohl in der rechten als auch in der linken Szene seien nur wenige für eine Ansprache völlig unerreichbar. Angebote zur Deradikalisierung könnten ausgebaut werden. Aussteigerprogramme und Präventionsprojekte richten sich bisher in Deutschland vor allem an Rechtsextreme und Islamisten. Auch mehr Forschung über den Linksextremismus sei wünschenswert, sagt Funke.

Sympathisanten, die Verständnis für Selbstjustiz gegen Rechtsextreme äußern, könne der Wind aus den Segeln genommen werden, in dem der Staat bei der Bekämpfung rechter Gewalt seine Hausaufgaben mache. Funke lobt ausdrücklich Thomas Haldenwang. Der Jurist ist seit 2018 Präsident des Bundesverfassungsschutzes. Er erklärte die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Chefsache der Verfassungsschützer in Deutschland.

Beleidigungen von Justizbeamten

Funke lehnt eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus ab und spricht lieber von linker Militanz. Die Motive der Gruppen seien zu unterschiedlich. Damit lässt sich die Herkunft der Gewalt nicht erklären, sagt Funke.

Prozessbeobachter schildern Beleidigungen von Justizbeamten durch Sympathisanten Lina E.s. Von Klassenjustiz und Schweinesystem soll die Rede gewesen sein. Verbale Gewalt und eine Ablehnung des Staates sind bereits unüberhörbar zu erkennen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITIKWISSENSCHAFTEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (89%); STRAFTATEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); TERRORISMUS (78%); VERURTEILUNGEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); POLITISCHE DEBATTEN (75%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); BEAMTE (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); BREMEN, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (92%); DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 2, 2023

Faeser warnt Linksradikale vor Gewalt; Politologe Funke fordert Aussteigerprogramme

Berliner Zeitung

02. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1

Length: 365 words

Byline: Andreas Kopietz, Cedric Rehman

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat jegliche Ausschreitungen bei Solidaritätskundgebungen für die Studentin Lina E. aufs Schärfste kritisiert. Mein Appell ist noch mal und ich bin da etwas härter: Selbstjustiz ist nicht erlaubt in unserem Land , sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag.

Allen, die wegen des Urteils gegen Lina E. nun auf die Straße gingen und dort gewaltsam protestierten, rief Faeser zu: Das ist nicht der richtige Weg. Wir leben in einem Rechtsstaat. Dort können Gerichtsurteile überprüft werden. Man kann dagegen vorgehen, wenn man das möchte. Aber mit Gewalt darauf zu reagieren, ist die völlig falsche Antwort , betonte Faeser.

Faeser kündigte erneut an, die Sicherheitsbehörden in Deutschland würden keine gewalttätigen Ausschreitungen akzeptieren: Und da kann ich auch nur sagen, wir werden als Rechtsstaat entschieden entgegentreten, überall auf der Straße. Wir werden auch mit der Bundespolizei massiv mit Kräften unterstützen. Das lassen wir nicht zu. Selbstjustiz, wie gesagt, ist in unserem Land nicht erlaubt.

Der Berliner Extremismusforscher Hajo Funke attestierte Teilen der radikalen Linken einen Rückzug in eine Wagenburgmentalität. Gerade in Regionen, in denen rechtsextreme Umtreibe stark seien und die staatliche Antwort auf rechte Gewalt schwach ausfielen, sei vermehrte Militanz unter Linksextremen bemerkbar, sagte er der Berliner Zeitung. Als Beispiel nannte er Eisenach. Funke schlug vor, Angebote zur Deradikalisierung auszubauen. Aussteigerprogramme und Präventionsprojekte richten sich bisher in Deutschland vor allem an Rechtsextreme und Islamisten.

Die Studentin Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden in der Folge war es in Leipzig am Abend zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Solidaritätskundgebungen für Lina E. hatte es unter anderem auch in Berlin, Hamburg und Dresden gegeben.

Eine für Sonnabend geplante Demonstration der linken Szene in Leipzig hat die Versammlungsbehörde der Stadt am Donnerstagabend verboten. In der Berliner linksradikalen Szene wurde nach Informationen der Berliner Zeitung dazu aufgerufen, nach Leipzig zu fahren. (mit dpa)Politik Seite 13

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITIKWISSENSCHAFTEN (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (79%); POLITISCHE PARTEIEN (79%); VERURTEILUNGEN (72%); ISLAM & MUSLIME (68%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (94%); DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Büßen für Blockaden; Amtsgericht verhängt Geldstrafe gegen Klimaschützerin wegen mehrerer Klebe-Aktionen

Berliner Zeitung

28. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: BERLIN; S. 7

Length: 704 words

Byline: Katrin Bischoff

Body

Lina E. appelliert in ihrem letzten Wort am Amtsgericht Tiergarten an Richterin Corinna Sassenroth, Mut zu zeigen, auch wenn es nur ein kleines Amtsgericht sei. Die Richterin müsse bekennen, auf welcher Seite sie stehe, sagt die Klimaaktivistin. Und die 20-Jährige erklärt auch, dass sie sich nicht gerne auf die Straße klebe. Das mache ihr sogar Angst. Doch noch mehr Angst mache ihr der Klimawandel.

Doch der Appell hilft nicht. Sassenroth verurteilt Lina E. am Dienstag wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung, Nötigung, versuchter Nötigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte zu einer Geldstrafe von 130 Tagessätzen zu je zehn Euro. Sie habe sich in sieben Fällen schuldig gemacht.

Fünfmal hatte sich E. auf die Straßen Berlins geklebt und so den Verkehr blockiert. Autofahrer standen deshalb lange im Stau. Ein Autofahrer, der als Zeuge gehört worden sei, habe davon gesprochen, fast eine Panikattacke bekommen zu haben. Es gebe viele Menschen, die von so einer Straßenblockade beeinträchtigt seien, Menschen, die dringend mit ihrem Kind oder ihrer alten Mutter zum Arzt oder zu einem anderen wichtigen Termin müssten. Vielleicht machen Sie sich auch mal klar, wie viele Schicksale daran hängen , sagt Sassenroth.

Cranach-Rahmen beschädigt

Es könnte nicht sein, dass die Angeklagte Autofahrer für ihre Zwecke instrumentalisiere, betont die Richterin. Die betroffenen Verkehrsteilnehmer hätten keine Ausweichmöglichkeiten gehabt, es habe keinen Sachbezug der Aktionen zu einzelnen Personen gegeben. Mit ihren Blockaden öffneten die Klimaaktivisten die Schleusen zur Beeinträchtigung des inneren Friedens.

Sassenroth erklärt auch, dass das Klima natürlich in Gefahr sei, und sie habe auch Verständnis für einige Aktionen. Sie appellierte ihrerseits an die Klima-Kleber, sich politisch oder in Umweltorganisationen zu engagieren, um ihre Ziele zu erreichen. Damit würden sie mehr erreichen als durch das destruktive Verhalten des Festklebens .

Als gemeinschädliche Sachbeschädigung wertet die Richterin die Aktion im August, bei der sich E. zusammen mit einer anderen jungen Frau in der Berliner Gemäldegalerie an den historischen Rahmen des Gemäldes Ruhe auf der Flucht nach Ägypten des Renaissancemalers Lucas Cranach der Ältere geklebt hatte. Es sei ein Rahmen aus dem 15. Jahrhundert mit einem Wert von 20.000 Euro gewesen, sagt die Richterin. Den entstandenen Sachschaden von 2385 Euro habe die Angeklagte bereits beglichen.

Büßen für Blockaden; Amtsgericht verhängt Geldstrafe gegen Klimaschützerin wegen mehrerer Klebe-Aktionen

Das Gericht verneint die Frage, ob E., die zum Tatzeitpunkt 19 Jahre alt war, nach dem Jugendstrafrecht zu verurteilen wäre. Bei der Angeklagten lägen keine Reifeverzögerungen vor. Die maßvolle Geldstrafe begründet die Richterin damit, dass E. aus tiefster Überzeugung für ihre Sache gehandelt habe. Zudem sei der Schaden an dem historischen Bilderrahmen bezahlt.

Rechtsmittel gegen Richterspruch

Mit ihrem Urteil bleibt die Richterin unter der von der Staatsanwaltschaft geforderten Geldstrafe von 3000 Euro. Der Verteidiger der Klimaaktivistin hatte auf Freispruch plädiert. Die Verurteilte, die zum Gericht von Clara Hinrichs, der Sprecherin der Letzten Generation, begleitet wurde, zeigt sich nach dem Prozess enttäuscht und kündigt an, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen. Es mache sie total wütend, was hier passiert ist, sagt sie. Die Richter hätten in der Klimakatastrophe eine Riesenverantwortung künftigen Generationen gegenüber. Es sei an der Zeit, mutige Entscheidungen zu treffen. Für sie sei ganz klar, dass sie sich nicht von den Aktionen abhalten lasse, dass ich mich weiter auf Straßen kleben und weiter friedlichen, zivilen Ungehorsam leisten werde. Sie halte dies für gerechtfertigt. Als sie mit ihren Pappschildern in den Innenstädten gestanden und niemanden gestört habe, habe sie nichts erreicht.

E. hat nach eigenen Angaben bisher an rund 50 Protesten der Letzten Generation teilgenommen, drei Dutzend Verfahren gibt es demnach gegen sie. In Nordrhein-Westfalen wurde sie bereits rechtskräftig verurteilt: zu einer Geldstrafe von 600 Euro wegen Hausfriedensbruchs. Die junge Frau kündigt an, dass die Letzte Generation weiterhin massenhaften Druck auf der Straße kreieren werde. So würden im September mehr Leute als je zuvor Berlins Straßen blockieren.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GELDSTRAFEN & GELDBUSSEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); KLIMASCHUTZ (90%); RICHTER (90%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (90%); ANKLAGEN (89%); GERICHTSURTEILE (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (89%); VANDALISMUS (89%); STAATSANWÄLTE (78%); ZEUGEN (78%); KLIMAWANDEL (77%); UMWELTSCHUTZ (77%); STRAFVERTEIDIGUNG (76%); NATUR- UND TIERSCHUTZORGANISATIONEN (73%); STRAFRECHT (72%)

Industry: FAHRZEUGVERKEHR (90%); STAATSANWÄLTE (78%); MUSEEN & GALERIEN (62%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (94%)

Load-Date: June 28, 2023

Ein Aussteigerprogramm fehlt ; Der Berliner Verein Karuna will der Radikalisierung von Linken entgegenwirken

Berliner Zeitung

07. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: BERLIN; S. 10

Length: 1127 words

Body

Die brennenden Barrikaden in Leipzig sind nach den Protesten der linken Szene gegen das Urteil im Fall Lina E. wieder gelöscht. Die Behörden vermelden als Bilanz 50 verletzte Polizeibeamte, Dutzende Festnahmen und Sachschäden. Die Drohungen aus der Szene von einem Tag X weckten allerdings die Sorge vor noch drastischeren Ausschreitungen. Verfassungsschützer und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) warnen vor vermehrter Gewalt von links. Angebote wie Aussteigerprogramme oder Projekte zur Gewaltprävention gibt es in Deutschland anders als bei rechtem oder religiös motiviertem Extremismus bisher kaum. Eine Ausnahme ist das Projekt Radikal demokratisch des Berliner Vereins Karuna. Es will Aktivisten für friedlichen Protest gewinnen. Gründer Jörg Richert warnt, dass es schwieriger wird, für Gewaltverzicht zu werben.

Herr Richert, in Leipzig endete der Protesttag gegen das Urteil im Fall Lina E. mit Ausschreitungen. War der sogenannte Tag X ein Einschnitt für die linksextreme Szene?

Wir erleben die Stimmung schon seit geraumer Zeit als angespannt. Es braut sich etwas zusammen. Die Politik zeigt immer weniger Dialogbereitschaft. Das korreliert mit großer Unruhe, Zukunftsangst und Wut bei Jugendlichen. Es gibt den Eindruck, dass, selbst wenn die Politik Themen anspricht, sie die eigentlichen Ursachen kaschiert. Der Kapitalismus wird auch im ökologischen Lager infrage gestellt. Es ist auch etwas Interessantes geschehen. Die linksextreme Szene hat den Klimaschutz lange verschlafen. Jetzt greift sie nach der Klimabewegung und stellt über die Kapitalismuskritik Gemeinsamkeit her. Das Motto lautet jetzt: Klimaschutz ist Antifa .

Ihr Projekt Radikal demokratisch arbeitet mit nach eigener Darstellung mit ausgegrenzten Jugendlichen. Was hat das eigentlich mit der linksmilitanten Szene zu tun?

Jugendliche, die etwa vor Gewalt in ihren Familien fliehen und auf der Straße leben, kommen häufig in Kontakt mit der linken Szene. Sie finden über die Szene Wohnraum und häufig auch Anerkennung und Anschluss in den Gruppen. Natürlich haben nicht alle militärischen Linken einmal auf der Straße gelebt. Viele machen auch Abitur und studieren nicht selten Sozialarbeit. Lina E. hat etwa Erziehungswissenschaften studiert, um in der Jugendhilfe zu arbeiten. Marginalisierte Jugendliche spielen in der Szene aber eine große Rolle. Das war übrigens auch in den späten 1960er- und 70er-Jahren der Fall.

Wo liegen denn die Anknüpfungspunkte zu Klimaaktivisten aus bürgerlichen Familien?

Der Kapitalismus ist sowohl mit der sozialen als auch mit der ökologischen Frage verknüpft. Das sehen wir heute schon an Obdachlosen, die immer häufiger an Hitze sterben. Rund 20 Prozent der Bevölkerung können sich die Anpassungen kaum leisten, die im Klimawandel lebensnotwendig werden. Und Verursacher der Krise sind

Ein Aussteigerprogramm fehlt ; Der Berliner Verein Karuna will der Radikalisierung von Linken entgegenwirken diejenigen, die von der Konsumgesellschaft profitieren. Für mich ist es kein Zufall, dass die Letzte Generation jetzt Aktionen gegen Reiche ankündigt.

Sie wollen Linke für friedliche Protestformen gewinnen. Wie gehen Sie vor?

Wir schauen uns an, welche Probleme die jungen Menschen umtreiben und bieten konkrete Lösungen an. Die Jugendlichen entwickeln in unserem Reallabor in Zusammenarbeit mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde Projekte etwa für Wildbienen oder auch mobile Wohnstätten für Obdachlose. Dabei gibt es auch Begegnungen, die Vorurteile überwinden und einem Tunnelblick entgegenwirken. In Lichtenberg hatten die Jugendlichen es etwa mit einem CDU-Bezirksstadtrat zu tun. Den fanden sie dann erstaunlich in Ordnung. Um eine App für auf der Straße lebende Jugendliche zu entwickeln, haben die Projektteilnehmer mit Google zusammengearbeitet. Es hat etwas Überzeugungsarbeit gekostet, aber sie haben die Firmenzentrale besucht.

Selbstwirksamkeit kann also Radikalisierung vorbeugen?

Wir sehen uns als Brücke in die Zivilgesellschaft. Wir wollen die Möglichkeiten aufzeigen, die friedliche Aktionen bieten. Die Jugendlichen haben viele Ideen. Und es finden sich immer wieder progressiv denkende Menschen in der Verwaltung. Da bin sogar ich manchmal erstaunt. Und wenn das nicht der Fall ist, gibt es die Möglichkeit, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Gleichzeitig wollen wir deutlich machen, dass Straftaten es unmöglich machen, solchen Einfluss zu nehmen und etwas zu erreichen. Sie können das eigene Leben zerstören und natürlich auch anderen Menschen schaden.

Die Straftaten im Zusammenhang mit dem Fall Lina E. zeigen eine Verachtung für den Wert fremden Lebens, sofern es sich um Gegner handelt. Eine sich selbst zugeordnete angeblich höhere Moral rechtfertigt solche Gewalt. Wie lässt sich die Selbstüberhöhung aufbrechen?

Bei Entmenschlichung von anderen wird es in der Tat schwierig. Wir hören zu und wollen herausfinden, woher die Einstellung zur Gewalt herrührt. Begegnungen können helfen, Feindbilder abzubauen. So hatten wir zum Beispiel Kontakt zu einem Dorfpolizisten, der immer wieder eines unserer Projekte außerhalb von Berlin besucht hat. Der Gedanke, dass der eine Beamte ganz nett ist, führt zu der Frage, ob es auch andere geben könnte, die okay sind. Allerdings braucht es Zeit, um etablierte Denkmuster aufzubrechen.

Sie wollen eingreifen, bevor Grenzen überschritten werden. Hilfe für bereits Radikalierte sind im Gegensatz zum Rechtsextremismus und religiös motivierten Extremismus in Deutschland rar. Müsste es nicht mehr Angebote geben?

Ja und Punkt. Mir fehlt bei dem Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes für Linksextreme eine zivile Organisation, die vorgeschaltet ist. Ich frage mich, wer aus der linken Szene sich ausgerechnet an die Verfassungsschützer wenden soll. Mehr niederschwellige Angebote könnten mehr Menschen erreichen. Etwas Vergleichbares mit Exit, dem Aussteigerprogramm für Rechtsextreme, fehlt in der Bundesrepublik für die linke Szene.

Woran liegt das?

Ich glaube, dass es von Sozialarbeitern wenig Interesse gibt, Angebote für Linksextremisten zu entwickeln. Viele Sozialarbeiter sind zu nah an der Szene dran. Sie gehen zum Teil auf dieselben Demos. Als wir mit unserem Projekt angefangen haben, haben das auch nicht alle verstanden. Dabei nehmen wir die Menschen mit einem empathischen Blick wahr. Wir wollen, dass sie sich erfolgreich mit friedlichen Mitteln ausdrücken können.

Nun sind die Proteste in Leipzig vorbei. Wird sich die Stimmung wieder beruhigen?

Mir macht Sorge, dass sich gerade Gräben bilden. Auch die Razzia gegen Klimaaktivisten trägt zu einer Stimmung bei, die Dialog erschwert. Ein Stellungskrieg löst aber kein einziges Problem. Wichtig wäre auch, kritischen jungen Menschen Raum zu geben. Sie brauchen auch ihre Treffpunkte. Nicht jede Besetzerkneipe sollte gleich als Hort des bösen Linksextremismus kriminalisiert werden.

Ein Aussteigerprogramm fehlt ; Der Berliner Verein Karuna will der Radikalisierung von Linken entgegenwirken

Interview: Cedric Rehmann

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); KLIMASCHUTZ (90%); VERHAFTUNGEN (90%); JUGENDLICHE (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); OBDACHLOSIGKEIT (89%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (89%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (89%); UMWELTSCHUTZ (87%); FAMILIE (78%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (78%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (77%); POLITISCHE PARTEIEN (77%); NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (71%); NACHHALTIGKEIT (71%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (71%); KLIMAVERÄNDERUNG (66%)

Industry: MARKETING & WERBUNG (78%); NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (94%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Kein Platz für Zweifel; Die politische Kultur scheint derzeit einzig auf Eskalation angelegt

Berliner Zeitung

03. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: STADTGESPRÄCH; S. 11

Length: 538 words

Byline: Christine Dankbar

Body

Es gab in dieser Woche eine bemerkenswerte Sendung im RBB-Fernsehen. Sie hieß Wir müssen reden , aber geredet wurde nicht viel es wurde vor allem geschrien. Das lag nicht an der Umgebung. Die Livesendung wurde vom Richardplatz in Neukölln übertragen.

Die Diskussionsteilnehmer waren umringt von Passanten. Das Thema war einmal mehr die umstrittenen Aktionen der Letzten Generation. Dass die Leute davon nichts hielten, machten sie lautstark klar. Die Politiker schnauzten sich eher an, als miteinander zu reden. Wahlweise gab es höhnisches Gelächter oder Applaus vom Publikum. Geklärt wurde an diesem Abend nichts, obwohl noch jede Menge Experten dabei waren, die alle erklärten, dass es fünf vor zwölf sei, wenn es um die Klimapolitik gehe.

Auch das Moderatoren-Duo mühte sich redlich, die Diskussion in sachliche Bahnen zu lenken. Vergeblich. Als sich ein Sprechchor bildete, der rief: Den menschengemachten Klimawandel gibt es nicht! , war klar, dass die Sendung für die Katz war.

Die Gräben werden tiefer, das merkt man nicht nur in den öffentlichen Diskussionen. Brave Bürger geben sich unversöhnlich, und auch das staatliche Handeln scheint auf Eskalation angelegt. Im Auftrag des Bayerischen Landeskriminalamts und der Generalstaatsanwaltschaft München wurden vor einigen Tagen Hausdurchsuchungen in Wohnungen und Büros von Klimaaktivisten der Letzten Generation durchgeführt. 170 Polizisten waren beteiligt, und nun diskutiert alle Welt, ob wir es bei der Letzten Generation vielleicht sogar mit einer kriminellen Vereinigung zu tun haben. Wenn nicht gar mit einer terroristischen!

Eine kriminelle Vereinigung soll auch Lina E. gebildet haben, die am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden zu gut fünf Jahren Haft verurteilt wurde, weil sie zusammen mit anderen mehrere schwere Angriffe auf Rechtsextreme verübt habe. Ihre Delikte haben nichts mit denen der Letzten Generation zu tun. Doch beide Schauplätze zeigen, dass unsere Gesellschaft politisch weiter auseinanderdriftet.

Bei den Aktionen der Letzten Generation scheint es schon jetzt nur zwei Möglichkeiten zu geben: entweder eindeutig dafür oder knallhart dagegen. Helden oder Kriminelle, dazwischen gibt es nichts. Bei Lina E. sieht es ähnlich aus. Ihre Anhänger haben ihre Tweets in den sozialen Medien mit dem Hashtag #FreeLina gekennzeichnet. Die einen fordern Freispruch für Selbstjustiz, die anderen sehen eine neue RAF am Werk. Aber es geht auch andersherum: Der Regierende Bürgermeister von Berlin zögert, die Autofahrer zu kritisieren, die gegen die Blockierer teilweise gewalttätig vorgehen. Das ist aber auch Selbstjustiz!

Kein Platz für Zweifel; Die politische Kultur scheint derzeit einzig auf Eskalation angelegt

Diese Zeit hat keinen Platz für Zweifler. Auf keiner Seite. Bist du für die, bist du gegen uns. Die einen nennen es zivilen Ungehorsam und sehen das Recht, wenn auch nicht das Gesetz, auf ihrer Seite. Die anderen sprechen von Straftätern und pochen aufs Gesetz, weil sie Fragen der Legitimität gar nicht erst erörtern wollen. Es wird geschrien, protestiert, skandiert, sich empört. Wir laufen lautstark im Kreis und merken nicht, wie lächerlich wir dabei sind. Wie wäre es mit einem Streitmuseum? Eine Talkshow nur mit Menschen, die auch nicht so genau wissen, wie es weitergehen soll. Man könnte sich dazu in Neukölln treffen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (86%); POLITIK (77%); KLIMASCHUTZ (74%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (71%); STAATSANWÄLTE (71%); TERRORISMUS (71%); TERRORORGANISATIONEN (70%); KLIMAWEDEL (69%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (69%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (69%); STRAFZUMESSUNG (69%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (69%); VERURTEILUNGEN (69%); BÜRGERMEISTER (67%); GERICHTSHÖFE (64%); SOCIAL MEDIA (61%)

Industry: STAATSANWÄLTE (71%); SOCIAL MEDIA (61%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); BAYERN, DEUTSCHLAND (58%); BERLIN, DEUTSCHLAND (92%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

Das war wohl nix; Kann man Extremismus mit Extremismus bekämpfen? Gibt es gute und schlechte Gewalt? Und ist es so falsch, Nazis auf die Fresse zu hauen? Eindrücke vom Tag X in Leipzig, der nur der AfD hilft

Berliner Zeitung

05. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: SEITE 3; S. 3

Length: 1851 words

Byline: paul linke

Body

Raus aus dem schönsten Bahnhofsgebäude Deutschlands, wo die Polizei aus wohl begründeter Erfahrung bereits das Gleis mit den aus Chemnitz ankommenden Zügen umstellt hat, die Ankömmlinge auf Alkoholpegel oder zu offen zur Schau gestellte Verfassungsfeindlichkeit oder vielleicht einfach nur auf die übliche fußballmännliche Toxizität überprüft. Und dann gleich mal Shazam an, man will ja wissen, welche Playlist der DB-DJ für den Tag X in Leipzig ausgewählt hat und über Boxen auf den Bahnhofsvorplatz rieseln lässt.

Trotz der hier in Repeat-Schleife geführten Selbstsuffgespräche, trotz der lärmverschmutzenden Wutautohupen und tendenziell Richtung Süden heulenden Polizeisirenen meldet die App sofort: Evening Melody Birds and Nature for Meditation . Das Genre: Naturespace Music . Und um 11 Uhr morgens ist das schon eine subtile Fluchtwarnung, den Abend besser in Begleitung eines Klangschalen anschlagenden Ornithologen zu verbringen, am schönen Barbarasee im nördlich von Leipzig gelegenen Gräfenhainichen vielleicht.

Jedenfalls nicht im Stadtzentrum mit diesem anstrengendem Überangebot an Eindrücken und Emotionen und potenziellen Entgleisungen. Hier eine unvollständige Liste: ein Familienstadtfest, eine (letztlich dünn besetzte) Fridays-for-Future-Demo zum Weltfahrradtag, das Sachsenpokalfinale zwischen Lok Leipzig und dem Chemnitzer FC (3:0) und ihren gerne rechts außen stürmenden Anhängern, dazu Herbert, der sich durchs Zentralstadion grönemeyert und mit seinem neuen Albumtitel viel mehr verspricht, als er halten kann: Das ist los . Und natürlich die Sache in Connewitz.

Im südlichen Stadtteil Leipzigs sollte der Antifa-Ost-Prozess noch einmal auf der Straße verarbeitet und ein bisschen auch nachverhandelt werden, obwohl aufgrund einer sogenannten Gefahrenprognose alle Demonstrationen verboten worden sind, letztinstanzlich vom Bundesverfassungsgericht. Das hinderte die linken Demoprofiorganisatoren vom Say it loud e.V. nicht daran, für eine Veranstaltung unter dem Motto Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig zu werben. Beginn um 16.30 Uhr am Alexis-Schumann-Platz, Südvorstadt, fast Connewitz. Ausgang ungewiss.

Die Leipziger Polizei ließ bereits vorher ihren Tag der offenen Türen ausfallen und dafür einen zumindest der allgemeinen Verunsicherung angemessen großen Einsatz vorbereiten, mit Kontrollzonen und einem erhöhten Bedarf an Wasserwerfern und Räumfahrzeugen. Ein Tag mit X, das war wohl nix?

Null-Komma-X Prozent

Das war wohl nix; Kann man Extremismus mit Extremismus bekämpfen? Gibt es gute und schlechte Gewalt?
Und ist es so falsch, Nazis auf die Fresse zu hauen? Eindrü....

Seit dem Urteil gegen die (immer noch mutmaßliche) Nazischlägertrupp-Anführerin Lina E. und drei Mitangeklagte am vergangenen Mittwoch ist die linke Szene in Aufruhr und die linksextremistische in erhöhter Alarm- und Gewaltbereitschaft. Im Flaschen und Steine werfenden, Barrikaden und Autos anzündenden Widerstandsmodus gegen den Bullenstaat, das rechtsdrehende Schweinesystem. Oder wie auch immer sie das nennen, was man aus der Mitte betrachtet zwar als hier und da wackelige, aber insgesamt dann doch stabil demokratische Grundordnung versteht.

Dieser mit über einem Jahr Vorlauf geplante Tag X sollte eine Demonstration der eigenen Stärke und vorempfundenen Rachegelüste werden. Zu fünf Jahren und drei Monaten Haft wurde Lina E. verurteilt. Das ahnten sie. Bereits Anfang Februar stand auf Indymedia: Für jede/n Genoss:in und Gefährt:in und für jeweils jedes Jahr Knast, gibt es ab sofort 1 Million Sachschaden bundesweit! Eine andere Gleichung könnte so aussehen: Für jeden in Flammen stehenden Familienwagen steigt die AfD in der Wählergunst um Null-Komma-X Prozent. Die vielen rechten, als Presse getarnten YouTuber, werden dabei helfen und die ins Weltbild passenden Szenen liefern.

Würde man an einem, nennen wir ihn, Tag der offenen Polizeihubschraubertür hoch über Leipzig steigen und aus der Überflugtotalen nach zentralen Fragen für das Treiben da unten suchen, dann wäre das eine Option: Darf man Extremismus mit Extremismus bekämpfen? Oder das: Kann man zwischen guter und schlechter Gewalt unterscheiden? Oder einfach ganz banal: Was ist denn so falsch daran, Nazis auf die Fresse zu hauen?

In der taz stand dazu: Wer gezielt Menschen zusammenschlägt, zumal so sehr, dass sie bleibende Schäden davontragen, überschreitet jede Grenze des Diskutablen. Und: Es mag manchen schwerfallen, aber Menschenrechte gelten für alle auch für Rechtsextreme.

In der FAZ: Vor allem für Sachsen gilt auch: Der Linksextremismus ist, was Gewaltbereitschaft und Vorgehensweise angeht, gerade die größere Herausforderung.

Auf Twitter schrieb der linke Zwickauer Aktivist Jakob Springfield, Autor des Buches Unter Nazis , dass er Gewalt zwar ablehne, aber wegen der Gefahr einer erstarkenden Rechten eine Diskussionsmöglichkeit anregen wolle, ob und wann ein Punkt erreicht sein könnte, an dem militanter Antifaschismus legitim sein könnte .

Das Aktionsnetzwerk Leipzig nimmt Platz erklärt: Neonazis können ganz offen ihre Gesinnung zeigen, während Antifaschist:innen sich überlegen, ob es überhaupt ratsam ist, Anzeige bei der Polizei zu stellen, in der Annahme, das ohnehin nicht ermittelt wird.

Dabei hatte Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) bereits bei der Vorstellung seines Gesamtkonzepts Rechtsextremismus Ende 2021 versprochen: Wir kriegen euch.

Das von fragwürdig milden Gerichtsurteilen gegen Nazis und von rechten Strömungen innerhalb der Polizei geprägte Gefühl unter Linksauslegern ist eher: Sie kriegen es nicht hin, sie wollen es nicht hinkriegen. Zumal nicht im Osten, wo man Antifa nicht pauschal mit Verachtung ausspricht, weil Antifaschismus in den Baseballschlägerjahren ff eine Zuflucht bot, Freiräume, manchmal eine Überlebensgarantie, als Nazis die Straßen beherrschten und Jugendclubs aufmischten. Und mit der AfD hatten diese damals noch keine ernstzunehmende Machtperspektive. Zur Erinnerung: Im kommenden Jahr finden in Thüringen, Sachsen und Brandenburg Landtagswahlen statt. Also dort, wo die AfD schon mal die stärkste Fraktion werden könnte.

Wenige Meter vom Leipziger Hauptbahnhof entfernt, befindet sich der Bürgermeister-Müller-Park, er gilt als Brennpunkt. Vor zwei Jahren erstach hier ein Somali einen anderen. Am nördlichen Ende wartet ein roter Doppeldeckerbus, Touristen drängeln sich davor, gleich beginnt die nächste Stadtrundfahrt, hopp on, hopp off, 90 Minuten für 20 Euro, aber ohne Halt in Connewitz.

Im Schatten der Bäume liegt ein Gedenkstein. Er ist zu groß, um geworfen zu werden, und zu klein, um wirklich aufzufallen. Man muss schon in die Knie gehen, um die Aufschrift zu lesen: In Gedenken an die Opfer rassistischer und neonazistischer Gewalt in Leipzig , steht da. Und: Hier an diesem Ort wurde am 24.10.2010 das

Das war wohl nix; Kann man Extremismus mit Extremismus bekämpfen? Gibt es gute und schlechte Gewalt?
Und ist es so falsch, Nazis auf die Fresse zu hauen? Eindrü....

hoffnungsvolle Leben meines Sohnes Kamal, geboren am 19.7.1991, und das Glück meiner Familie durch die Tat zweier Neonazis zerstört. Der sei ihm noch nie aufgefallen, sagt ein Rundfahrticketverkäufer.

Seit der Wendezeit gab es bis zu 219 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland, vier Menschen starben nach linksmotivierten Angriffen. Im vergangenen Jahr kam es bundesweit zu 23.493 rechten Straftaten, Tendenz steigend, 6976 linke, Tendenz fallend. 1900 zu 1078 war das Verhältnis in Sachsen.

Frage auf dem Weg zum Tag X : Wie viel hat dieses Aufrechnen von bedrohten und ausgelöschten Menschenleben mit Lina E. zu tun? Und Anschlussfrage: Wir waren Bundestrainer, Virologen, Panzerexperten und müssen wir jetzt alle Juristen werden, die zwischen Indizien und Beweisen, zwischen krimineller und terroristischer Vereinigung nicht unterscheiden können, aber die Dinge aus sicherer Entfernung so dahinmeinen, als wüssten wir es besser als ein Richter?

Die politische Lage ist, verdammt noch mal, unübersichtlich geworden. Man kommt sich zuweilen vor wie auf einer Straßenkreuzung bei Nebel plus Glatteis und dann ist nicht nur die Regierungssampelanlage ausgefallen, es herrschen auch noch Links- und Rechtsfahrgebot, beides gleichzeitig. Tja, und wie soll man da jetzt rüberkommen, ohne zwischen die Fronten oder unter die Räder zu geraten? Ist es letztlich vielleicht egal, ob man von einem linken Steinwerfer oder einem rechten Quarzhandschuhträger am Kopf getroffen wird?

Man nähert sich Connewitz am besten über die Karl-Liebknecht-Straße, großstädtisch korrekt zu Karli verniedlicht. Wie an einer straff gezogenen Perlenschnur reihen sich hier Cafés, Bars, Dönerläden, Restaurants und Das-könnte-ich-auch-noch-haben-Läden aneinander und in den (noch) ruhigen Seitenstraßen renovierte Altbauten, in die man als links-grün-versippter Berliner ohne Statusverlust seinen Zweitwohnsitz verlegen könnte.

Lina E.hrenbürgerin

Je mehr Steine und Steinchen in den Gehwegen fehlen, je eindeutiger die T-Shirt-Aufdrucke (Keine Angst, nur Hass, Nazis schlagen!) und Laternensticker (Lina E.hrenbürgerin) werden, je mehr Polizeiwagen ihrem undurchsichtigen Einsatzplan folgen, desto näher kommt man Connewitz an diesem Tag. Und steht dann plötzlich vor einem Wasserwerfer, der kurz nach 17 Uhr den letzten Stadtrundfahrtbus blockiert.

Der familienfreundliche Alexis-Schumann-Platz, den die Karli in zwei Hälften teilt, ist bereits gut gefüllt, darüber spannt sich ein Himmel voller mit Erwartungen aufgeladener Adjektive. Der Mann hinter Say it loud heißt Jürgen Kasek, ist Rechtsanwalt, grüner Stadtrat in Leipzig, und nun klappt es auch mit dem Mikro, er sagt: Wir haben in Deutschland ein Problem und das ist nicht der Antifaschismus! Applaus, natürlich. Und dann skandieren die eher Vermummten: BRD-Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt! Problem: Es gilt das Vermummungsverbot, so kann hier niemand loslaufen. Keinen Meter weit werden sie kommen. Und man hat schon den Eindruck, dass die Polizei das genau so wollte.

Um 18.06 Uhr, that escaleted quickly, das leider Übliche, wohl Unvermeidliche: der erste Knall, der erste Rauch, die ersten Bierflaschen und Steine des Abends, geworfen von halbstarken Vollidioten, die sich sofort zurückziehen, wenn die angepeilten und ausgiebig gepolsterten Polizisten zum Gegensturm ansetzten, mit Gebrüll, was wirklich furchteinflößend klingt. Dann Kesselbildung, Festnahmen, unkontrollierter Schlagstockeinsatz, unnötige Polizeigewalt auch gegen Unbeteiligte. Spätestes jetzt ziehen sich alle, die gekommen waren, um gegen Nazis und für die Versammlungsfreiheit zu demonstrieren, in die Seitenstraßen zurück, wo sie aber auch nicht weiterkommen, Kessel eben.

Ein Vater mit Fight Nazism auf der T-Shirt-Brust packt sein Kind ein und flucht: Scheiß Antifa! Eine Frau mit schwarzer OP-Maske ist anderer Meinung: Scheiß Bullen! Und viel besser kann man diesen Tag X , dessen Aufarbeitung wer, wann, was zuerst zu Unrecht? noch lange dauern wird, nicht zusammenfassen.

Man dachte ja vorher vielleicht, dass sich Nazis zur Gewalt ermutigt fühlen, wenn sie glauben, dass die Mitte der Gesellschaft sich nicht traut, sich zu wehren.

Das war wohl nix; Kann man Extremismus mit Extremismus bekämpfen? Gibt es gute und schlechte Gewalt?
Und ist es so falsch, Nazis auf die Fresse zu hauen? Eindrü....

Jetzt denkt man: Extremismus lässt sich nicht mit Extremismus bekämpfen. Es gibt keine gute Gewalt. Und manchmal, aber wirklich nur manchmal, möchte man Antifaschisten auf die Fresse hauen. Und dann schnell zum Bahnhof, wo der DB-DJ hoffentlich noch Naturespace Music auflegt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); OBERSTES GERICHT (77%); ZOOLOGIE (69%); STRAFZUMESSUNG (68%); VERURTEILUNGEN (68%); GERICHTSHÖFE (63%)

Industry: ZÜGE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Der Klimawandel ist ein Notstand ; Lina E. steht zum wiederholten Male wegen Klebeaktionen vor Gericht. Die Richterin zeigt Verständnis für ihr Anliegen

Berliner Zeitung

06. Januar 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: BERLIN; S. 8

Length: 741 words

Byline: Justus Bonde

Body

Im Saal B143 des Amtsgerichts Tiergarten nimmt am Donnerstagmorgen um 9.15 Uhr eine nicht ganz unbekannte Klima-Aktivistin der Letzten Generation Platz. Die 20 Jahre alte Lina E. steht nach Blockadeaktionen der Klima-Protestgruppe vor Gericht. Zunächst sollte auch eine Klebeattacke an einem Bild der Berliner Gemäldegalerie mitverhandelt werden, bei der ein Bild von Lucas Cranach betroffen war. Dieses Verfahren hat das Amtsgericht Tiergarten jedoch zu Prozessbeginn am Donnerstag abgetrennt. Es soll zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden, weil der Verteidiger laut Gericht bislang noch keine Akteneinsicht erhalten hat.

Chaos Verhandlung

Nach einigem Hin und Her bleiben also nur drei Anklagepunkte stehen, die verhandelt werden sollen: Zwei der Aktionen, wegen denen E. hier sitzt, spielten sich am 31. Januar 2022 auf der A100 auf der Abfahrt Beusselstraße ab, die dritte am 21. Juni. Wieder wird mehrere Minuten diskutiert, welche Akte nun zu welchem Vorwurf vorliegt. Insgesamt zieht sich das Chaos durch diesen Verhandlungstag, es wird einer der wenigen Prozesse gegen Klima-Aktivisten sein, der in Berlin ohne Verurteilung beendet wird.

Bekannt in der Szene wurde E. im Jahr 2021 mit einem Hungerstreik, den sie in einem Zelt vor dem Kanzleramt veranstaltete. Sie selbst hielt damals 20 Tage durch, einer ihrer Mitstreiter, Henning Geschke, noch länger. Er sitzt heute hinter Lina E. auf einem Besucherplatz. Das Ziel des Streiks war damals ein Gespräch mit den drei damaligen Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl. Geschke traf damals Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Das Gespräch mit Scholz hätte allerdings zu nichts geführt, sagt er heute. Wir sind uns nicht einmal über die Dramatik der Situation einig geworden. Die Erfahrung in der Öffentlichkeit merkt man beiden an. Während des Verfahrens bleibt E. ruhig, obwohl sie sich knapp über 30 Verfahren wegen diverser Delikte gegenüberstellt.

Auch im Gerichtssaal ist sie redefreudig. Nach der Klärung ihrer Personalien und einiger Fragen der Richterin zu ihrer Kindheit trägt sie ein vorbereitetes Statement vor. Darin sagt sie, dass sie für die Aktionen ihr Abitur in der 13. Klasse abgebrochen hat und nach Berlin zog. Wir müssen auch in den Warnungen in den Notfallmodus schalten, denn ohne Störung verdrängen die Menschen. Der Klimawandel sei ein Notstand, der solches Handeln notwendig mache. Am Ende spricht sie die Richterin direkt an: Prüfen Sie, ob die Regierung sträflich wenig tut und daher mein Handeln angemessen ist? Fragen wir uns, wer die wahren Kriminellen sind: Die, die unsere Lebensgrundlagen unwiederbringlich zerstören oder die, die darauf aufmerksam machen? Anschließend beginnt das Gericht mit der Befragung der Zeugen. Eine Polizistin und zwei ihrer Kollegen sollen noch einmal die

Der Klimawandel ist ein Notstand ; Lina E. steht zum wiederholten Male wegen Klebeaktionen vor Gericht. Die Richterin zeigt Verständnis für ihr Anliegen

Ereignisse der Klebeaktionen im Januar schildern. Die Beamtin K. berichtet davon, wie eine Spezialeinheit der Polizei eine Substanz mitgebracht hätte, um den Klebstoff zu lösen. Mit Substanz der Spezialeinheit meint sie Olivenöl. Schlecht gelaunt beschreibt ihr Kollege anschließend den Einsatz, er käme ja gefühlt zum 25. Mal in dieser Sache . Auf die Frage der Richterin, wie lange der Einsatz denn gedauert hätte, antwortet er: Aus meinem subjektiven Empfinden schon ne Ewigkeit.

Einstellung des Verfahrens

Nach den Zeugenaussagen schickt die Richterin alle bis auf Staatsanwältin und Verteidiger aus dem Saal. Vor der Tür bereiten sich E. und Geschke auf das Urteil vor und geben Interviews. Geschke wünscht E. noch einmal viel Glück und beide kehren auf ihre Plätze zurück. Die Richterin verkündet ihr Urteil, eine Einstellung des Verfahrens, mit einer gewissen elterlichen Besorgnis. Sie lässt das Jugendstrafrecht gelten und weist auf ein schon akzeptiertes Urteil aus dem März 2022 hin, in dem E. des Hausfriedensbruchs für schuldig erklärt wurde und bereits eine Strafe in Höhe von 600 Euro gezahlt hatte. Sie erklärt ihr Verständnis für das Anliegen der Angeklagten und wendet sich jetzt wiederum direkt an Lina E.: Ich denke nicht, dass durch Blockaden und Ankleben an einem Gemälde ein Umdenken erreicht wird. Sie könne ihre Energie doch konstruktiver einsetzen.

Die Einstellung ist besser als eine harte Strafe , sagt E. nach dem Prozess, doch das Gericht hätte sich aus der Verantwortung gestohlen. Zum Abschluss wird E. noch einmal deutlich: Gerichte müssen sich irgendwann entscheiden, auf welcher Seite der Geschichte sie stehen wollen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GERICHTSHÖFE (92%); GERICHTSPROZESSE (92%); POLITIK (90%); RICHTER (90%); STREIKS (90%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (90%); KLIMAWANDEL (89%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (89%); ANKLAGEN (78%); VERURTEILUNGEN (78%); ZEUGEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (77%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (71%); DEUTSCHER BUNDESTAG (70%); WÄHLER & WAHLEN (69%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (66%); WAHLEN (66%)

Person: OLAF SCHOLZ (69%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (92%)

Load-Date: January 6, 2023

POLITIK

Berliner Zeitung

09. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten

Berliner Zeitung

Section: POLITIK; S. 13

Length: 396 words

Body

Zahl der Bunkerplätze niedriger als angenommen

In Deutschland gibt es einem Bericht zufolge noch knapp 480.000 Plätze in rund 580 Bunkern und Schutzräumen. Dies sei das Ergebnis einer Bestandsaufnahme, die das Bundesinnenministerium nach dem russischen Angriff auf die Ukraine in Auftrag gegeben hatte, berichtete die Wirtschaftswoche am Donnerstag. Die Zahl der verfügbaren Plätze entspricht demnach gut einem halben Prozent der Bevölkerung und ist noch etwas niedriger als in älteren Hochrechnungen angenommen. (AFP)

Rechtswissenschaftler kritisiert Einkesselung

Der Berliner Rechtswissenschaftler Clemens Arzt hält das stundenlange Festhalten von mehr als 1.000 Menschen bei Protesten gegen das Urteil im Prozess gegen Lina E. in Leipzig für fragwürdig. Eine solche Maßnahme gegen Hunderte von Menschen für eine so lange Dauer scheint mir rechtlich nicht zulässig gewesen zu sein, sagte Arzt am Mittwochabend MDR. Unter den von der Polizei am vergangenen Samstagabend Eingekesselten sollen auch viele Minderjährige gewesen sein. (epd)

Hongkonger Gericht lässt Berufung gegen Aktivistin zu

Das Oberste Gericht Hongkongs hat eine Berufung der Staatsanwaltschaft gegen eine prominente Demokratie-Aktivistin zugelassen, die im vergangenen Jahr einen seltenen Sieg vor der Justiz errungen hatte. Der Fall werfe eine Rechtsfrage von großer und allgemeiner Bedeutung auf, entschied das Gericht am Donnerstag in der chinesischen Sonderverwaltungszone und setzte eine Anhörung für November an. Die Demokratie-Aktivistin Chow Hang-tung gehörte zu einer Gruppe, die eine jährliche Mahnwache zum Gedenken an die blutige Niederschlagung der Tiananmen-Proteste in China organisierte. (AFP)

Frankreich: Vorstoß gegen Rentenreform gescheitert

In Frankreich ist der wohl letzte Anlauf, die umstrittene Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron doch noch zu stoppen, gescheitert. Im Parlament in Paris zog die Oppositionsgruppe LIOU ihren Gesetzesentwurf, der die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von 64 auf 62 rückgängig machen sollte, am Donnerstag zurück. Von dem eigentlichen Entwurf sei bereits nichts mehr übrig geblieben, nachdem das Präsidentenlager im Ausschuss in der vergangenen Woche den entscheidenden Artikel gestrichen hatte, sagte Fraktionschef Bertrand Pancher. Deshalb habe man sich nicht lächerlich machen und die Debatte trotzdem fortsetzen wollen. (dpa)

Classification

POLITIK

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RENTEN- UND SOZIALLEISTUNGSGESETZ (86%); RENTENGESETZE UND -REGELUNGEN (86%); SOZIALHILFE-REGULIERUNG (86%); POLITIK (79%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (79%); GERICHTSBESCHLÜSSE & VERFÜGUNGEN (78%); POLITISCHE DEBATTEN (77%); GERICHTSPROZESSE (76%); GERICHTSURTEILE (75%); STAATSANWÄLTE (73%); JUSTIZMINISTERIEN (72%); STAATSPRÄSIDENTEN (72%); GESETZGEBUNG (71%); FRANZÖSISCHES PARLAMENT (69%); GESETZGEBUNGSGRÄNDE (69%); OBERSTES GERICHT (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (79%); PARIS, FRANKREICH (79%); HONGKONG, CHINA (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); ÎLE-DE-FRANCE, FRANKREICH (50%); FRANKREICH (91%); UKRAINE (79%); CHINA (74%); RUSSLAND (73%); DEUTSCHLAND (59%); OSTASIEN (59%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

POLITIK

Berliner Zeitung

06. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten

Berliner Zeitung

Section: POLITIK; S. 13

Length: 380 words

Body

Heizungsgesetz: Habeck hält Verabschiedung für möglich

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hält nach den jüngsten Gesprächen innerhalb der Ampel-Koalition eine baldige Verabschiedung des umstrittenen Heizungsgesetzes für möglich. Ich sehe kein prinzipielles Problem, ein gutes Gesetz und einen Abschluss vor den Sommerferien hinzubekommen , sagte Habeck am Montag. Die Gespräche, die nun hinter den Kulissen fortgeführt würden, liefen ganz gut . Die Koalition streitet seit Wochen über Vorgaben für Heizungen. Die FDP sieht weiterhin Klärungsbedarf und hält eine Einigung vor der parlamentarischen Sommerpause für unrealistisch. (AFP)

Leipzigs Polizeipräsident Demmler verteidigt Strategie

Leipzigs Polizeipräsident Rene Demmler hat das Vorgehen bei schweren Ausschreitungen der linken Szene am Wochenende verteidigt. Stärke zu zeigen kann auch deeskalierend wirken , sagte er der Leipziger Volkszeitung. Drohungen, Millionenschäden zu verursachen, ließen sich nicht mit klassischen Mitteln der Deeskalation verhindern. Nach einer bundesweiten Mobilisierung der Szene zum sogenannten Tag X nach der Urteilsverkündung gegen die Linksextremistin Lina E. war die Polizei am Wochenende mit rund 3.000 Einsatzkräften und Wasserwerfern in Leipzig präsent. Kritik am Vorgehen der Polizei wurde vor allem wegen der Einkesselung von rund 1.000 Personen am Sonnabend laut. Die Feststellung der Identität der Menschen hatte bis Sonntagmorgen gedauert. (epd)

Pence will für Republikaner ins Weiße Haus

Der frühere US-Vizepräsident Mike Pence von den Republikanern will Präsident der Vereinigten Staaten werden. Der ehemalige Vize unter Donald Trump reichte dazu am Montag Unterlagen bei der Bundeswahlkommission ein. Ein Sprecher bestätigte dies dem Sender CNBC. Die Wahl ist im November 2024. (dpa)

Stimmen vertauscht: Panne bei Wahl des SPÖ-Chefs

Bei den österreichischen Sozialdemokraten ist es bei der Wahl zum Parteivorsitzenden zu einer beispiellosen Panne gekommen: Die Oppositionspartei SPÖ gab am Montag bekannt, dass nicht der am Samstag zum neuen Parteichef gekürte Hans Peter Doskozil die Wahl gewonnen hat sondern sein Konkurrent Andreas Babler. Bei der Auszählung seien die Stimmen vertauscht worden, sagte die Leiterin der Wahlkommission, Michaela Grubesa. (dpa)

Classification

POLITIK

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); REPUBLIKANISCHE PARTEI DER USA (90%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (79%); WÄHLER & WAHLEN (78%); STAATSPRÄSIDENTEN (75%); US-PRÄSIDENTEN (71%); AUSSCHREITUNGEN (70%)

Person: DONALD TRUMP (77%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); NORDAMERIKA (79%); ÖSTERREICH (74%)

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Sinnlose Gewalt gegen Autos; Linksextremismus ist ganz eindeutig eine unterschätzte Gefahr, findet der Autor dieser humoristischen Kolumne

Berliner Zeitung

29. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: BERLIN; S. 8

Length: 734 words

Byline: Anselm Neft

Body

Eine neue Studie brachte ans Licht, dass nur 59 Prozent der Befragten Linksextremismus für gefährlich halten. Dabei hatte man die Umfrage extra kurz nach der Verurteilung der linksextremistischen Straftäterin Lina E. durchgeführt. Was muss noch passieren, damit Deutschland endlich aufwacht?

Zufall, dass sich die Zahl der Zecken in diesem Jahr verdoppelt? Zufall, dass immer öfter gute weiße deutsche Männer wie Till Lindemann, Til Schweiger oder Julian Reichelt öffentlich an den Pranger gestellt werden? Zufall, dass jeder größere Supermarkt Feine-Sahne-Fischfilet anbietet? Und wirklich nur Zufall, dass immer mehr Menschen verarmen, was ja ein sicheres Anzeichen für praktizierten Sozialismus ist?

Wer das glaubt, leidet an der in Deutschland weit verbreiteten Auf-dem-linken-Auge-blind -Behinderung. In Wirklichkeit hat sich der Linksextremismus längst weit in die Mitte der Gesellschaft gefressen. Das zeigt sich beispielsweise an einer offensichtlich gefälschten Statistik bei der Tagesschau, der zufolge die Anzahl erfasster Körperverletzungen mit linksextremem Hintergrund im Jahresvergleich um neun Prozent auf 399 gesunken sind. Körperverletzungen durch Rechtsextreme sollen hingegen um über 16 Prozent auf 1013 registrierte Fälle gestiegen sein. Noch unglaublicher: Die Gesamtzahl registrierter Straftaten soll bei Linksextremen um 31 Prozent auf 6976 gesunken, bei Rechtsextremen um fast sieben Prozent auf 23.493 gestiegen sein. Bei solchen Zahlen drängt sich die Befürchtung auf, dass größere Teile der Medien und auch der Polizei mittlerweile von Linksradikalen unterwandert sind.

Selbst wenn das, was das Staatsfernsehen da verbreitet, ein Fünkchen Wahrheit enthalten sollte, so muss man doch bedenken: Rechtsextreme sind für die meisten Biodeutschen völlig harmlos. Sie werden durch eine demokratisch gewählte Partei im Bundestag vertreten, ziehen sich oft anständig an und grüßen freundlich. Linksextreme hingegen bedrohen mit ihren kindischen Gleichheitsfantasien uns alle.

Klar, es soll hier differenziert zugehen: Rechte hauen leider tatsächlich hin und wieder einen Fremdländer oder einen linken Querulant aus Versehen tot. Da gibt es nichts zu beschönigen. Aber ganz ehrlich: Davor fürchten muss sich doch nur, wer aus oft windigen Gründen die eigene Heimat verlässt oder zumindest so aussieht, oder wer so blöd ist, und sich von Kommunisten oder Anarchisten radikalisieren lässt, oder einfach zur falschen Zeit am falschen Ort sein musste.

Mit ein bisschen Feingefühl lassen sich rechtsextreme Gewalttaten vermeiden. Zum Beispiel mit einem präventiv ordentlichen Haarschnitt und notfalls einem kompromissbereiten Heil -Ruf zur rechten (!) Zeit.

Sinnlose Gewalt gegen Autos; Linksextremismus ist ganz eindeutig eine unterschätzte Gefahr, findet der Autor dieser humoristischen Kolumne

Ganz anders sieht es mit linken Gewalttaten aus. Welcher mit Schlagstock und Pistole friedlich eine Demonstration bewachende Polizist, kann sich sicher sein, dass er nicht mit Steinen oder Molotowcocktails beworfen wird, nur weil er mit seinen Kollegen mal etwas ruppiger vorrückt? Wo bitte schön soll man als Otto Normalverbraucher seinen SUV oder Porsche in Zukunft parken, damit er nicht Gefahr läuft, auf übelste Weise misshandelt oder gar angezündet zu werden? Welcher Laternenmast ist sicher vor linken Krawallstickern?

Nur weil es Linksextreme in der Gesellschaft zu nichts gebracht haben, wollen sie uns anständige Arbeitnehmer dazu nötigen, auf ihren dürftigen Lebensstandard abzusinken ohne Auto, zweiwöchentlichen Friseurtermin und Einfamilienhaus. Das nennen sie dann Gleichheit, und dazu ist ihnen jedes Mittel recht! Mit Gendersprache fängt es an und endet im Gulag für diejenigen, die sich öffentlich gegen eine saftige Erbschaftssteuer aussprechen.

Längst haben Linksextreme eine gewaltbereite Schattenarmee im Sozialarbeitermilieu aufgebaut. Dort bewaffnen sie sich mit pädagogischen Psychotechniken und schreiben nach Feierabend das Internet und Printmedien voll. Immer mehr Konservative und Rechte klagen über psychosomatische Beschwerden durch die fortgesetzten Mikroaggressionen. Die Gesellschaft darf vor dieser Gefahr nicht länger die Augen verschließen, sondern muss handeln. Neben Aufklärungsarbeit in allen wichtigen Medien und wirklich unabhängigen Stellen zur Erfassung linker Straftaten wäre es sinnvoll, gewaltbereite Linksextreme mit hohen monatlichen Geldzahlungen (staatsfinanzierte Antifa) in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen. Bei Typen wie Joschka Fischer hat das ja auch geklappt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); SCHRIFTSELLER (90%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); MISSHANDLUNG & VERNACHLÄSSIGUNG (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); STATISTIKEN (78%); STRAFTATEN (78%); POLITIK (70%); DEUTSCHER BUNDESTAG (50%); LEBENSSTANDARDS (50%)

Industry: SCHRIFTSELLER (90%)

Person: TIL SCHWEIGER (57%)

Geographic: DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 29, 2023

Sabotage und Spione; Der Verfassungsschutz warnt vor vielseitigen Bedrohungen besonders durch Rechtsextreme

Berliner Zeitung

21. Juni 2023

Copyright 2023 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 13

Length: 830 words

Byline: Andreas Kopietz

Body

Deutschlands Sicherheit und seine freiheitliche Grundordnung sind bedroht. Auch gibt es immer mehr gewaltbereite Extremisten. So liest sich der aktuelle Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2023. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, stellten ihn am Dienstag vor.

Farbattacken auf Bundeswehr

Cyberangriffe, Spionage und Desinformation haben den Verfassungsschutz besonders beschäftigt. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch die Sicherheitslage in Deutschland verändert , sagte Innenministerin Faeser.

Nach Erkenntnissen des Inlandsnachrichtendienstes wurde Deutschland verstärkt Ziel hybrider Bedrohungen etwa indem Russland gezielt Desinformationen streut und damit den Nährboden für Verschwörungserzählungen bereitet, die darauf abzielen, die Gesellschaft zu destabilisieren.

Die Gefährdung durch russische Spionage habe sich nochmals vergrößert, sagte Thomas Haldenwang. Als Reaktion auf den Angriff hatte die Bundesregierung 40 russische Diplomaten ausgewiesen, die angeblich russischen Nachrichtendiensten angehörten. Auch wenn diese Maßnahmen Wirkung zeigen, wird Russland seine Methoden anpassen und deutlich klandestiner und aggressiver vorgehen , sagte der Behördenchef. Er rechnet damit, dass Nachrichtendienst-Offiziere illegal eingeschleust wurden und die Zahl von Cyberangriffen sowie Sabotageaktionen steigt.

Der Angriff auf die Ukraine wird unter anderem von Linksextremisten verurteilt. Aber sie machen nicht allein Russland als Aggressor verantwortlich, sondern bezeichnen die Nato, die USA, den Westen oder den Imperialismus als Verursacher des Krieges. Gegen Konzerne und die Bundeswehr gab es Farb- und Steinattacken.

Die russische Propaganda wird von Extremisten verschiedener Couleur aufgegriffen. Dazu gehören laut Haldenwang Akteure, die sich zuvor an den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen beteiligt haben. Er nannte das als rechtsextremistisch eingestufte Compact-Magazin, das über den Angriff auf die Ukraine dezidiert prorussisch berichte, oder auch die rechtsextremistische Regionalpartei Freie Sachsen. Diese ist neben der Neue Starke Partei eine von zwei neuen rechtsextremistischen Kleinstparteien.

Sabotage und Spione; Der Verfassungsschutz warnt vor vielseitigen Bedrohungen besonders durch Rechtsextreme

Dass das vom Verfassungsschutz erfasste rechtsextremistische Personenpotenzial auf 40.000 angestiegen ist, liegt auch daran, dass die Behörde die AfD im vergangenen Jahr als Verdachtsfall einstuft und circa ein Drittel ihrer Mitglieder, etwa 10.200, für rechtsextremistisch hält. 14.000 Rechtsextremisten werden als gewaltbereit eingestuft.

Erstmals enthält der Bericht auch einen Absatz über Rechtsextremisten, die versuchen, in den östlichen und nördlichen Bundesländern Immobilien zu kaufen, um Rückzugsräume zu schaffen, in denen sie nach ihren völkisch-nationalistischen Vorstellungen leben. Haldenwang nannte als Beispiel die Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland und die Anastasia-Bewegung.

Der Rechtsextremismus bleibt die größte Bedrohung für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und auch die Sicherheit, sagte er und wiederholte damit die Aussage seiner Innenministerin, die zudem mahnte: Wir dürfen die mörderische Gefahr durch Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus nicht unterschätzen.

Als hochgefährlich schätzt der Verfassungsschutz auch die Szene der Reichsbürger und sogenannten Selbstverwalter ein. Diese wolle die öffentliche Ordnung in Deutschland stürzen, so der Behördenchef. Im vorigen Jahr wurden Mitglieder einer Gruppierung verhaftet, die einen Staatsstreich geplant haben soll, darunter eine frühere AfD-Abgeordnete und Richterin aus Berlin.

Die Reichsbürgerszene hat eine hohe Affinität zu Waffen. Inzwischen hat die Polizei etwa 1100 Reichsbürgern und Selbstverwaltern die Waffenscheine entzogen. Bis dahin hatten noch rund 400 von ihnen mindestens eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Eine steigende Gewaltorientierung nimmt die Behörde auch im Linksextremismus wahr. Die Zahl der gewaltbereiten Personen stieg hier um knapp fünf Prozent auf 10.800. Insgesamt beziffert die Behörde das Personenpotenzial auf 36.500 Personen.

Hohes Gefährdungspotenzial

Auch wenn die Zahl der Gewalttaten zurückging, besteht laut Haldenwang ein hohes Gefährdungspotenzial. Enthemmte Gewalt und Brutalität richte sich gegen Personen, die von Linksextremisten als Faschisten angesehen würden. Die Täter fügen ihren Opfern teils schwerste Verletzungen zu. Dass hier noch kein Mensch zu Tode gekommen ist, ist eigentlich nur glücklichen Umständen zu verdanken, sagte er. Wegen solcher Angriffe standen kürzlich Lina E. und weitere Angeklagte in Leipzig vor Gericht und wurden zu Haftstrafen verurteilt. Die Straßenkrawalle nach der Urteilsverkündung belegen die Gewaltbereitschaft der Szene.

Bedrohungen gibt es auch seitens islamistischer Terrorgruppen, in deren Zielspektrum Deutschland sich weiterhin befindet. Nach wie vor sind international und global agierende dschihadistische Gruppierungen aktiv.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: 2022 RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); INFORMATIONSKRIEG (90%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (90%); KRIMINALITÄTSRATE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (90%); POLITIK (79%); CYBERCRIME (78%); PROTESTE &

Sabotage und Spione; Der Verfassungsschutz warnt vor vielseitigen Bedrohungen besonders durch Rechtsextreme

DEMONSTRATIONEN (78%); TERRORISMUS (78%); VERSCHWÖRUNG (78%); PUTSCHE (75%); INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN (74%); RICHTER (72%); VERURTEILUNGEN (72%); CORONA-REGELN (68%); CORONAVIRUS COVID-19 (64%); VERHAFTUNGEN (60%)

Industry: INFORMATIONSKRIEG (90%); CYBERCRIME (78%)

Geographic: SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); RUSSLAND (92%); DEUTSCHLAND (90%); UKRAINE (90%)

Load-Date: June 21, 2023

End of Document

Jagd auf Nazis?

Berliner Zeitung

11. September 2021

Copyright 2021 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten

Berliner Zeitung

Section: STADTGESPRÄCH; Prozess gegen Lina E. in Dresden; S. 3

Length: 237 words

Highlight: Prozess gegen Lina E. in Dresden

Body

Es sind harte Vorwürfe, gegen die sich die 26-jährige Lina E. seit Mittwoch vor dem Oberlandesgericht Dresden behaupten muss. Sie sei die Anführerin einer militanten linken Gruppe, die Jagd auf Mitglieder der rechten Szene mache. Bei mindestens zwei von sechs Anschlägen in Sachsen und Thüringen sei E. federführend gewesen und habe die Angriffe vorbereitet. Insgesamt wurden 13 Menschen verletzt, zwei potenziell lebensbedrohlich. Die Bundesanwaltschaft klagt E. und drei Männer wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und teils wegen Sachbeschädigung an. Seit über 300 Tagen sitzt die nicht vorbestrafte Leipzigerin deswegen in Untersuchungshaft, die drei Mitangeklagten sind noch auf freiem Fuß. Eine Haftprüfung scheiterte im Juni, bei E. bestehe Fluchtgefahr, hieß es im Bundesgerichtshof.

Der Prozess gilt als umstritten, das Medienecho ist groß. Die Bild titelte im Herbst mit Chaotin im Minirock, die Frau gilt als Beweis für linksextremistische Umrüte in Leipzig-Connewitz. Auch die Unschuldsvermutung im beginnenden Verfahren gilt kaum noch, die Sächsische Zeitung beschrieb E. bereits als Linksextremistin noch bevor das Verfahren begann.

Alle Beschuldigten schwiegen zunächst. Auch der erste Zeuge, ein Leipziger Rechtsextremist und Nebenkläger, konnte nicht vernommen werden. Der Prozess geht mindestens bis Jahresende. Maxi Beigang

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); GERICHTSHÖFE (90%); ZEUGEN (79%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (74%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Jagd auf Nazis?

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 11, 2021

End of Document

POLITIK

Berliner Zeitung

12. Oktober 2021

Copyright 2021 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten

Berliner Zeitung

Section: POLITIK; S. 4

Length: 442 words

Body

Neue Vorwürfe gegen Lina E.

Nach dem Angriff auf die Prokuristin einer Immobilienfirma 2019 in Leipzig führt offensichtlich eine Spur zur mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. Gegen sie werde in diesem Fall wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, teilte die Generalstaatsanwaltschaft Dresden auf Anfrage mit. Zudem werde gegen eine ehemalige Mitarbeiterin einer Klinik in Magdeburg wegen Beihilfe dazu ermittelt. Sie werde verdächtigt, die Meldeadresse des Opfers abgefragt zu haben. Lina E. wird mit drei Männern vor dem Oberlandesgericht Dresden untere anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und schweren Landfriedensbruchs der Prozess gemacht. (dpa)

30 Jahre Haft für Mord am Anwalt eines Kronzeugen

Zwei niederländische Männer sind wegen Ermordung des Rechtsanwaltes eines Kronzeugen gegen eine berüchtigte Verbrecherbande zu jeweils 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Strafgericht erklärte am Montag in Amsterdam, dass die Schuld der Angeklagten im Alter von 37 und 32 Jahre zweifelsfrei bewiesen sei. Der Mord am Anwalt Derk Wiersum hatte das Land zutiefst geschockt. Die Tat steht sehr wahrscheinlich im engen Zusammenhang mit der Ermordung des Kriminalreporters Peter R. de Vries im Juli. Wiersum war Verteidiger des Kronzeugen in einem Mordprozess gegen eine brutale Drogenbande. Er war im Herbst 2019 vor seinem Wohnhaus erschossen worden. Im Juli wurde der Reporter Peter R. de Vries auf offener Straße in Amsterdam erschossen - er war Vertrauensperson des Kronzeugen. (dpa)

Schallenberg als Kanzler Österreichs vereidigt

Ungeachtet der Korruptionsermittlungen gegen Österreichs abgetretenen Kanzler Sebastian Kurz will sein Nachfolger Alexander Schallenberg auch in Zukunft mit ihm an einem Strang ziehen. Ich halte die im Raum stehenden Vorwürfe für falsch, sagte Schallenberg am Montag nach seiner Vereidigung. Kurz bleibt nach seinem Rücktritt Chef der konservativen ÖVP und wird als Fraktionschef ins Parlament wechseln. Ich werde selbstverständlich mit ihm sehr eng zusammenarbeiten, sagte Schallenberg. (dpa)

Zustand von Tschechiens Präsident stabilisiert

Der tschechische Präsident Milos Zeman befindet sich nach Einschätzung seiner Ärzte in einem stabilisierten Zustand. Das teilte eine Sprecherin des Militärkrankenhauses in Prag der Agentur CTK zufolge mit. Der 77-Jährige war am Sonntag auf die Intensivstation gebracht worden - einen Tag nach der Parlamentswahl, bei der die liberal-konservative Opposition eine Mehrheit der Sitze im Abgeordnetenhaus erringen konnte. Der Präsident spielt eine entscheidende Rolle nach der Wahl, denn er vergibt den Auftrag zur Regierungsbildung. (dpa)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: TÖTUNGSDELIKTE (94%); ZEUGEN (91%); MORD (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); POLITIK (90%); SCHIESSEREIEN (90%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUFTER (89%); STAATSPRÄSIDENTEN (89%); ÖFFENTLICHE POLITIK (89%); GESETZGEBUNGSGRÄFTE (86%); DEUTSCHE LANDTAGE (79%); POLITISCHE PARTEIEN (79%); WAHLEN (79%); ANKLÄGEN (78%); ERMITTLEMENTEN (78%); FÜHRUNGSKRÄFTE (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); WÄHLER & WAHLEN (78%); INTENSIVSTATIONEN (77%); JUSTIZMINISTERIEN (77%); RÜCKTRITTE (77%); STAATSANWÄLTE (77%); VERBRECHEN (77%); VERURTEILUNGEN (77%); ÄRZTE (77%); GERICHTSHÖFE (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); KORRUPTION (75%); STRAFVERTEIDIGUNG (75%); BANDEN (72%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (72%); ÖSTERREICHISCHE BUNDESKANZLER (70%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (68%); AUFTRAGSVERGABE (65%)

Industry: INTENSIVSTATIONEN (77%); STAATSANWÄLTE (77%); ÄRZTE (77%)

Geographic: PRAG, TSCHECHISCHE REPUBLIK (79%); AMSTERDAM, NIEDERLANDE (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); MAGDEBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); TSCHECHISCHE REPUBLIK (91%); ÖSTERREICH (74%); NIEDERLANDE (59%)

Load-Date: October 12, 2021

End of Document

POLITIK

Berliner Zeitung

20. September 2021

Copyright 2021 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten

Berliner Zeitung

Section: POLITIK; S. 4

Length: 425 words

Body

Zusammenstöße von Polizei und Demonstranten in Leipzig

Auf einer Demonstration in Leipzig ist es zu Ausschreitungen gekommen. Während des Aufzugs wurden Bankgebäude mit Steinen beworfen. Gegen die Fassade der Polizeidirektion Leipzig flogen Flaschen und Böller. Auf einem Banner wurde der Chef der Extremismus-Einheit der sächsischen Polizei bedroht. Später entzündeten Vermummte in Connewitz eine Barrikade und ein weiteres Feuer auf der Straße. Laut Polizei beteiligten sich bis zu 3500 Menschen an der Demonstration, die Organisatoren sprachen von 6000. Anlass war der Prozess gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Attacken auf mutmaßliche Rechte. (dpa)

Deutlich mehr Briefwähler in Berlin

Wegen der Corona-Pandemie ist in Berlin für die Wahlen am kommenden Wochenende mit einem deutlichen Anstieg an Briefwählern zu rechnen. Das geht aus einer Umfrage der Welt am Sonntag in verschiedenen Großstädten hervor. In Berlin wurden demnach bereits gut 850.000 Wahlscheine ausgestellt, rund 290.000 mehr als 2017. (dpa)

Verdächtiger in Hagen in Untersuchungshaft

Der wegen mutmaßlicher Anschlagspläne auf die Hagener Synagoge festgenommene 16-Jährige muss in Untersuchungshaft. Das hat ein Haftrichter des Hagener Amtsgerichts am Freitag entschieden, wie die Düsseldorfer Generalstaatsanwaltschaft mitteilte. Gegen ihn bestehe der dringende Tatverdacht der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. (dpa)

Ungarn: Störung der Vorwahl von Oppositionsbündnis

Die Vorwahl eines breiten Bündnisses für gemeinsame Kandidaten gegen die regierende Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orban musste wegen eines Absturzes des Wahlsystems am Sonnabend kurz nach Beginn abgebrochen werden. Die Organisatoren gingen von einem Cyberangriff aus. Nach Angaben der Organisatoren waren zu Abstimmungsbeginn massenhaft Stimmen unbekannter Herkunft abgegeben worden, was einen Systemabsturz zur Folge hatte. (AFP)

Mehrheit kann mit höherem Preis für Kohlendioxid leben

Eine knappe Mehrheit der Bürger macht sich einer Umfrage zufolge keine Sorgen darüber, dass höhere CO2-Preise sie finanziell zu stark belasten könnten, geht aus einer repräsentativen Befragung des

POLITIK

Marktforschungsinstitut Kantar hervor. Demnach gaben 52 Prozent der Befragten an, angesichts der Kohlendioxid-Bepreisung, die auch den Sprit verteuert, nicht besorgt zu sein. Dagegen machen sich 45 Prozent Sorgen, dass sie der Preis zu stark belasten würde. Zwei Prozent machten keine Angaben. (dpa)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); WÄHLER & WAHLEN (90%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); POLITIK (79%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUFTER (79%); RICHTER (78%); STAATSANWÄLTE (78%); POLIZEIKRÄFTE (77%); GERICHTSPROZESSE (75%); JUSTIZMINISTERIEN (75%); WAHLZETTEL (74%); CYBERCRIME (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (69%); STÄDTE (68%); GERICHTSHÖFE (67%); CORONAVIRUS COVID-19 (54%); EPIDEMIEN (54%); PANDEMIEN (54%); FORSCHUNGSGESELLSCHAFTEN (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); CYBERCRIME (73%); MARKTFORSCHUNG (73%)

Person: VIKTOR ORBAN (79%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (92%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DÜSSELDORF, DEUTSCHLAND (79%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (74%); UNGARN (79%)

Load-Date: September 20, 2021

End of Document

Methodisch, organisiert und professionell ; Bundesanwälte verlesen Anklage im Prozess gegen mutmaßliche Linksextremisten

Berliner Zeitung

09. September 2021

Copyright 2021 Berliner Verlag Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4

Length: 525 words

Body

Sie schlugen mit Schlagstöcken und Fäusten auf ihre Gegner ein und sprangen ihnen mit dem Ausruf Nazischwein in den Rücken: Die Studentin Lina E. und drei mutmaßliche Mittäter sollen laut Anklage des Generalbundesanwalts in Sachsen und Thüringen mindestens sechs Angriffe auf Rechtsextreme begangen haben. Nach Auffassung der Bundesanwaltschaft gehören die vier zu einer Leipziger linksextremen kriminellen Vereinigung. Dies zu beweisen, könnte in dem am Mittwoch vor dem Oberlandesgericht Dresden gestarteten Prozess schwierig werden.

Applaus für Lina und die anderen

Als die drei Angeklagten und kurz darauf auch E., die als einzige in Untersuchungshaft sitzt, den Verhandlungssaal betreten, applaudieren ihre versammelten Unterstützer. Auch vor dem Gerichtsgebäude demonstriert die linke Szene Solidarität. Freiheit für Lina , Freiheit für alle Antifaschisten steht auf Plakaten.

Drinnen im Saal listen die Vertreter der Bundesanwaltschaft die Gewalttaten auf, welche die vier mutmaßlichen Linksextremisten zwischen 2018 und 2020 begangen haben sollen. Vorgeworfen wird ihnen neben zwei Überfällen auf Rechtsextreme in Wurzen ein Anschlag auf den Inhaber und mehrere Besucher einer als rechter Szenetreffpunkt geltenden Gaststätte im thüringischen Eisenach.

Die Angeklagten gingen nach Auffassung der Bundesanwaltschaft bei den Angriffen methodisch, organisiert und professionell vor. Es habe eine klare Rollenverteilung gegeben. Der 26-jährigen E. schreiben die Ankläger dabei eine herausgehobene Stellung zu. Bei mehreren Angriffen soll die in Kassel geborene Frau das Kommando geführt, die potenziellen Opfer vorher ausgespäht haben.

Alle Mitglieder der in Leipzig gegründeten linksextremistischen Vereinigung teilen laut Anklage eine militante linksextremistische Ideologie . Bundesanwalt Bodo Vogler sagte, mit den Angriffen gegen ihre Gegner rütteln die Angeklagten an einem Grundpfeiler des Rechtsstaats der friedlichen politischen Auseinandersetzung .

Verteidiger verweisen auf Lücken

Zugleich räumt die Bundesanwaltschaft ein, dass das genaue Gründungsdatum der Vereinigung, die Umstände und beteiligten Menschen nicht bekannt seien. Tatsächlich könnte sich der Vorwurf der kriminellen Vereinigung als Knackpunkt im Prozess erweisen. Die Verteidiger der vier Angeklagten wiesen den Vorwurf vehement zurück. Ein gemeinsames Tatmuster, das alle Taten vereint, gibt es nicht , sagt einer der Anwälte. Die Verteidigung spricht von einer willkürlichen Zusammenstellung von Einzeltaten .

Methodisch, organisiert und professionell ; Bundesanwälte verlesen Anklage im Prozess gegen mutmaßliche Linksextremisten

Linksextremistische Gewalt ist in Deutschland ein zunehmendes Problem. Der Jahresbericht 2020 des Bundesamts für Verfassungsschutz beschreibt eine zunehmende Anzahl linksextremistischer Straf- und Gewalttaten , deren Intensität sich noch einmal erhöht habe.

Zudem gebe es in der Szene eine deutliche Radikalisierung. Einzelne kleine Gruppen schotten sich demnach vom Rest des gewaltorientierten Spektrums ab und greifen gezielt politische Gegner an. Die Szene betrachtet Gewalt mittlerweile als legitimes Mittel gegen Rechtsextreme und andere Gegner. Leipzig ist neben Berlin und Hamburg ein Brennpunkt des gewaltbereiten Linksextremismus. (AFP)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BEZ

Subject: ANKLAGEN (94%); STAATSANWÄLTE (94%); GERICHTSPROZESSE (90%); RECHTSANWÄLTE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); RECHTSSTAATLICHKEIT (74%); GERICHTSHÖFE (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (94%); RECHTSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%); KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: September 9, 2021

End of Document

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:36:00 CEST

Job Number: 202929061

Documents (15)

1. [Verurteilte erfüllt Meldeauflagen zur Haftvermeidung Hier kommt Lina E. mit Mutti zur Polizei](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: BILD.de

2. [Sie ist Deutschlands berüchtigste Linksextremistin Dieser Richter fällt das Urteil über Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: BILD.de

3. [Linksextremistin Lina E. - fünf Jahre Haft und doch frei Wie gerecht ist dieses Urteil?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: BILD.de

4. ["Tag X"-Demonstrationen nach Urteil gegen Lina E. 50 Polizisten bei linksextremer Randale in Leipzig verletzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: BILD.de

5. [Er soll gegen die Leipziger Linksextremistin Lina E. aussagen Mordaufruf gegen den Kronzeugen!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



- | | |
|-----------------------------|---|
| Content Type
News | Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de |
|-----------------------------|---|
6. [Was muss noch passieren, bis die Regierung aufwacht? Hallo Ampel, ihr werdet rechts überholt!](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|-----------------------------|---|
| Content Type
News | Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de |
|-----------------------------|---|
7. [150000 Euro Schaden in Leipzig Feueranschlag auf Gebrauchtwagen-Handel](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|-----------------------------|---|
| Content Type
News | Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de |
|-----------------------------|---|
8. [Prozess in Berlin Klima-Kleberin lebt von 800 Euro Spenden im Monat](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|-----------------------------|---|
| Content Type
News | Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de |
|-----------------------------|---|
9. [LKA stürmt in Connewitz Razzia bei Linksextremist in Leipzig!](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|-----------------------------|---|
| Content Type
News | Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de |
|-----------------------------|---|
10. [Totschläger-Attacke auf Neonazis in Budapest Polizei jagt linksextreme Angreiferin \(20\)](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|-----------------------------|---|
| Content Type
News | Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de |
|-----------------------------|---|
11. [Extremistin Lina E. Ihre Strafakte ist länger als ihr Minirock](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de

12. [Radikal brutal! Warum die Gewalt zwischen Linken und Rechten eskaliert](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de

13. [Antifa-Demo in Leipzig eskaliert Linksextreme drohen Polizeichef mit Mord](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de

14. [Linksextremismus-Prozess Schwere Vorwürfe gegen Ankläger von Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de

15. [An Kirche Linksextreme Symbole und Schriftzüge aufgesprüht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: BILD.de



Verurteilte erfüllt Meldeauflagen zur Haftvermeidung; Hier kommt Lina E. mit Mutti zur Polizei

BILD.de

2. Juni 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 261 words

Body

Leipzig - Sie wird umarmt, unterhält sich, schlendert lächelnd am Donnerstag durch den sonnigen Leipziger Süden.

Tags zuvor: Linksextremistin Lina E. (28) wurde zu 5 Jahren und 3 Monaten Haft wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt, durfte aber anschließend überraschend den Hochsicherheits-Saal des Oberlandesgerichts Dresden als freie Frau verlassen - Haftverschonung!

Ihre Reststrafe darf sie später verbüßen.

Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Dazu gehört auch : Sie muss sich zweimal in der Woche bei der Polizei melden. Jeder Wohnort-Wechsel muss vom Gericht erlaubt werden.

Lina E. erkrankte in U-Haft an Rheuma

Am Donnerstagnachmittag tauchte sie zur Auflagenmeldung in Begleitung ihres Anwaltes im Polizeirevier Leipzig-Südost auf. Nach wenigen Minuten konnte sie die Wache wieder verlassen. Danach gings es mit Mutti und wahrscheinlich zwei weiteren Personen ins linke Szene-Viertel Connewitz. Dort wurde sie von mehreren anderen Menschen umarmt.

Beim Urteil war herausgekommen, dass Lina E. an Rheuma erkrankt ist. Auch ein Grund, warum sie vorerst nicht in Haft bleiben muss.

Außerdem habe sie sich als Gefangene tadellos verhalten, machte in der JVA Chemnitz eine Qualifikation zur Tischlerin.

Die Stadt Leipzig hat unterdessen Donnerstagabend entschieden:

Die für Samstag angemeldete Demonstration in Zusammenhang mit dem Prozess um die Linksextremistin wird verboten!

Verurteilte erfüllt Meldeauflagen zur Haftvermeidung; Hier kommt Lina E. mit Mutti zur Polizei

Weblink: <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/lina-e-hier-meldet-sich-die-linksextremistin-bei-der-polizei-84149248.bild.html>

Graphic

Lina E. (2.v.r.) muss sich bis zum Haftantritt zweimal in der Woche bei der Polizei melden. Beim ersten Mal war ihre Mutti dabei (r.)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (75%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); POLIZEIKRÄFTE (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (57%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Sie ist Deutschlands berüchtigste Linksextremistin; Dieser Richter fällt das Urteil über Lina E.

BILD.de

31. Mai 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Dresden; S. NaN

Length: 405 words

Byline: Bernhard Schilz

Body

Dresden - Er wird Mittwoch über das Strafmaß der Linksextremistin **Lina E.** (28) entscheiden: Hans Schlüter-Staats (61) ist der Vorsitzende des Staatsschutz-Senates am Oberlandesgericht Dresden. Er verhandelt im Hochsicherheitssaal unweit der Dresdner JVA, wo er auch sein Büro hat.

Schlüter-Staats kennt sich mit Extremisten aus. Dabei ist es egal, ob diese aus dem linken, rechten oder islamistischen Lager kommen.

Seine Stärke: Er ist ein "Aktenfresser" und dies im besten Sinne. Er kennt jedes Detail der Ermittlungen. Kommt es zum Urteil, spricht er Klartext und das in aller Ausführlichkeit. Dem Solidaritäts-Publikum im **Lina E.** Verfahren empfahl er im Vorfeld ihm im Urteil "aufmerksam" zuzuhören.

Seine Schwäche: Der Vorsitzende belehrt auch gerne mal die Verteidiger und kann sich manche ironische Bemerkungen nicht verkneifen, droht ein Ablehnungsantrag lenkt er wieder ein.

Schlüter-Staats war lange Jahre Chef der Wirtschaftskammer am Landgericht Dresden. Er verurteilte unter anderem 2008 den Ex-Oberbürgermeister von Dresden, Ingolf Roßberg (62, FDP) zu sieben Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen Beihilfe zum Bankrott. In dem Verfahren ging es um die Beziehungen des Oberbürgermeisters zu seinem Flut-Hilfe-Koordinator, dessen Gehalt er eigenmächtig üppig aufstockte.

Das letzte große Wirtschaftsverfahren lief gegen die Bosse von Infinus, die 22 000 Kapitalanleger um 313 Millionen Euro prellten, rechtskräftig seit 2021.

Im gleichen Jahr verurteilte Schlüter-Staats als neuer Senatsvorsitzender Mittäter der rechtsterroristischen Gruppe Freital, die Anschläge auf Migranten und linke Politiker verübten.

Im Mai 2021 wird Abdullah A. H. (21) zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er ein homosexuelles Touristen-Paar in Dresden mit Messern angriff, einen Mann tötete, dessen Partner lebensgefährlich verletzte. Schlüter-Staats: "Er handelte in radikalislamistische Gesinnung. Er wollte beide mit dem Tode bestrafen, weil sie eine

Sie ist Deutschlands berüchtigste Linksextremistin; Dieser Richter fällt das Urteil über Lina E.

gleichgeschlechtliche Beziehung führten. Um in religiöser Verblendung für sein eigenes sündiges Leben im Jenseits Kompensation zum erhalten."

Der Knallhart-Richter ist dafür bekannt vor allem bei der Urteilsbegründung sehr deutliche Worte zu finden. Genauso deutliche Worte erwarten wohl auch die Angeklagten im Lina E.-Verfahren.

Weblink: <https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional-politik-und-wirtschaft/prozess-um-lina-e-dieser-richter-faellt-das-urteil-84109796.bild.html>

Graphic

Hans-Schlüter-Staats (61) wird das Urteil gegen Lina E. und ihre Komplizen verkünden

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%);
GERICHTSURTEILE (90%); RICHTER (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%);
NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); POLITIK (78%); ANKLAGEN (77%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN
(77%); GEFÄNGNISSTRAFEN (77%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); STRAFAUSSETZUNG &
BEWÄHRUNG (77%); STRAFVERTEIDIGUNG (77%); ISLAM & MUSLIME (71%); ERMITTLEMENTEN (70%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Linksextremistin Lina E. - fünf Jahre Haft und doch frei; Wie gerecht ist dieses Urteil?

BILD.de

1. Juni 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 893 words

Byline: Karl Keim, Thomas Liebenberg Und Bernhard Schilz

Body

Leipzig - Acht Jahre Haft forderte die Staatsanwaltschaft, Freispruch die Verteidiger. Richter Hans Schlüter-Staats (61) entschied nun: Die Leipziger Linksextremistin Lina E. (28) muss für fünf Jahre und drei Monate ins Gefängnis - und doch schickte er sie am Abend nach Hause. Haftverschonung, Lina E. muss ihre Strafe erst später antreten. Und selbst dann könnte sie bei guter Führung und Anrechnung der U-Haft schon nach einem Jahr wieder draußen sein.

BILD erklärt das Urteil - und die Folgen.

Warum muss Lina E. (vorerst) nicht in den Knast?

Laut Richter Schlüter-Staats haben sich vor allem zwei Faktoren strafmildernd ausgewirkt: Linas lange Zeit in der U-Haft (30 Monate), während der sie auch noch an Rheuma erkrankte - und der Umgang der Medien mit der Angeklagten. So sei über Lina E. zum Teil identifizierend berichtet worden. Ein rechtsextremes Magazin hatte ihren vollen Namen und Porträtfotos von ihr veröffentlicht.

Allerdings: Die Gefängnisstrafe ist nur aufgeschoben! Lina E. muss zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Urteil rechtskräftig ist, ihre Reststrafe in der JVA Chemnitz absitzen. Bis dahin muss sie sich zweimal wöchentlich, montags und donnerstags, bis spätestens 18 Uhr bei der Polizei melden. Ihren Wohnsitz darf sie nur mit Zustimmung des Gerichts wechseln.

Ist das Urteil wirklich angemessen?

Der Richter befand, dass sich ihre "herausragende Stellung" in einer kriminellen Vereinigung strafverschärfend ausgewirkt habe. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ordnet Lina E. und ihre drei Mitangeklagten als "gewalttätige Autonome" ein, die mindestens sechs Überfälle auf mutmaßliche Neonazis verübt hatten und dabei 13 Menschen zum Teil schwerst verletzten.

Linksextremistin Lina E. - fünf Jahre Haft und doch frei; Wie gerecht ist dieses Urteil?

Die Urteile (2 Jahre, 5 Monate bis 5 Jahre, 3 Monate) bleiben unter denen, die derselbe Richter 2018 gegen die rechtsextreme "Gruppe Freital" verhängte. Hier erhielten die acht Angeklagten Haftstrafen zwischen vier und zehn Jahren, eine 29-Jährige wurde zu fünfeinhalb Jahren Knast verurteilt.

Der grundlegende Unterschied: Die "Gruppe Freital", die u.a. Bombenanschläge auf Asylheime verübte und mehrere Unschuldige verletzte, gilt deshalb als "terroristische Vereinigung" - die sogenannte "Hammerbande" um die Leipziger Studentin Lina E. lediglich als "kriminelle Vereinigung". Richter Schlüter-Staats: "Ziel war es, die Opfer so zu verletzen, dass sie von ihren Aktivitäten ablassen." Im Fall der rechtsextremen "Gruppe Freital" ging es um versuchten Mord.

Gab es also gar keinen linken Terror?

Nein, sagt das Bundesamt für Verfassungsschutz! Präsident Thomas Haldenwang (63): "Die Schwelle zum Terrorismus sehen wir aktuell noch nicht überschritten, aber wenn sich die Radikalisierungsspirale weiterdreht und die Taten immer brutaler und hemmungsloser werden, dann rückt der Moment näher, in dem man auch von Linksterrorismus sprechen muss." Die "Hammerbande" ist demnach auch keine "neue RAF".

War es ein politischer Prozess?

Ganz klar: ja - sagt der Richter. Schlüter-Staats in seiner Urteilsbegründung: "Das Verfahren ist als politisches Verfahren beurteilt worden." Denn es sei auch die Strategie der Verteidigung gewesen, die Angeklagten als "Opfer einer politischen Verfolgung" darzustellen. Zudem liege den Taten ein politisches Motiv zugrunde.

Wie argumentiert der Richter?

In seiner Urteilsbegründung zeigte Schlüter-Staats sogar Verständnis für die politischen Motive der Taten. Denn der Rechtsextremismus sei fremdenfeindlich, antisemitische und lehne "unseren Pluralismus" ab. Der Richter: "Rechtsextremisten und ihrer Ideologie entgegenzutreten ist ein achtenswertes Motiv, aber es entfällt damit nicht das Strafrecht."

Heißt: Die Antifa darf nicht den Job von Polizei und Justiz übernehmen. "Das Gewaltmonopol liegt beim Staat und muss geschützt werden", so Schlüter-Staats. Auch ein Nazi sei "nicht vogelfrei".

Wie gefährlich ist die radikale Linke?

Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang (63): "Der Fall steht beispielhaft für das hohe Gewaltpotenzial und Radikalisierungsniveau, das in Teilen der linksextremistischen Szene vorherrscht und in dieser Form eine neue Entwicklung im Linksextremismus darstellt." Kleine Gruppen würden gezielte Attacken auf politische Gegner planen und diese "mit äußerster Brutalität" durchführen.

Die verummachten Angreifer setzen dabei häufig Hämmer und Reizgas ein, schlagen und treten gezielt gegen den Kopf. Sie rechtfertigen ihre Gewaltaktionen laut Verfassungsschutz mit einer angeblichen Untätigkeit des Staats bei der Bekämpfung von Rassisten und Faschisten und wollen unter Neonazis "ein stetes Gefühl der Angst" erzeugen.

Haldenwang: "Der Gewalt sind dabei kaum Grenzen gesetzt, Hemmschwellen sind gefallen und man kann von Glück sagen, dass bisher noch kein Opfer zu Tode gekommen ist. Ein Widerspruch aus übrigen Teilen der Szene gegen die hemmungslose Gewalt bleibt weitgehend aus."

Ist der Staat machtlos?

Zwar lobt der Verfassungsschutz-Präsident das sächsische Urteil als "großen Erfolg im Vorgehen gegen den gewaltbereiten Linksextremismus", muss aber auch zugeben: "Der Fahndungsdruck scheint das linksextremistische Aktions- und Gewaltniveau nicht zu beeinflussen, vielmehr agieren sie sogar außerhalb Deutschlands in Zusammenarbeit mit Linksextremisten aus anderen Ländern."

Linksextremistin Lina E. - fünf Jahre Haft und doch frei; Wie gerecht ist dieses Urteil?

Weblink: <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/lina-e-wie-gerecht-ist-das-urteil-gegen-die-linksextremistin-84132884.bild.html>

Graphic

Lina E. (28) am Mittwoch im Gerichtssaal mit ihrem Anwalt Erkan Zünbül

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); RICHTER (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); ANKLAGEN (89%); GERICHTSPROZESSE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); TERRORISMUS (89%); TERRORORGANISATIONEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (88%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (78%); TÖTUNGSDELIKTE (78%); VERURTEILUNGEN (78%); MORD (73%); TERRORANSCHLÄGE (71%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (69%); BOMBENANSCHLÄGE (66%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (78%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

"Tag X"-Demonstrationen nach Urteil gegen Lina E.; 50 Polizisten bei linksextremer Randale in Leipzig verletzt

BILD.de

4. Juni 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 535 words

Body

Leipzig - Bei den Ausschreitungen von Linksradikalen zum sogenannten "Tag X" sind nach Angaben der Polizei in Leipzig seit Freitag etwa 50 Polizisten verletzt worden. Drei davon seien dienstunfähig.

Zudem hat es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, erklärte Polizeipräsident René Demmler am Sonntag - eine genaue Zahl konnte er aber nicht beziffern.

Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und wegen Angriffen auf Polizisten. Es hat knapp 30 Festnahmen gegeben, bei denen nun Haftantrag geprüft werde, so Demmler.

Zudem sind zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden.

Die Stadtverwaltung und die Polizei verteidigten ihr Vorgehen. "Wir müssen leider erleben, dass auch bei einer friedfertig angekündigten Demonstration sich Gewalttäter darunter mischen, dass sie instrumentalisiert wird und es im Ergebnis dann zu Gewaltausbrüchen kommt", sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (65, SPD).

Demnach löscht die Feuerwehr seit Freitag insgesamt 85 Brände, darunter Barrikaden und Mülltonnen.

Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei daher erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Demmler betonte, dass keine Versammlung aufgelöst wurde. Es sei eine Stunde lang mit dem Versammlungsleiter versucht worden, eine stationäre Kundgebung zu erreichen.

Bei der Demonstration unter dem Motto "Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig" mit mehr als 1500 Teilnehmern waren am Samstag nach einem friedlichen Beginn Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen worden. Die Polizei kesselte rund 1000 der Demonstranten ein und sprach von "massiven Ausschreitungen". Von allen wurden die Identitäten aufgenommen.

Die Polizei rechnet am Sonntag mit weiteren Störaktionen in Leipzig und setzt nach den Krawallen der vergangenen Tage ihren Einsatz fort. Für den Abend gibt es bereits einen Demonstrationsaufruf.

"Tag X"-Demonstrationen nach Urteil gegen Lina E.; 50 Polizisten bei linksextremer Randale in Leipzig verletzt

Stadt Leipzig verbietet weitere angekündigte Proteste

Die Stadt Leipzig hat eine für Sonntagabend angemeldete Demonstration verboten. "Grund dafür sind die Erfahrungen von Samstagabend", sagte ein Sprecher der Stadt auf Anfrage.

Grundlage für das Verbot der Demonstration ist demnach eine für Samstag und Sonntag geltende Allgemeinverfügung. Diese verbietet Versammlungen, die Bezug zum Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. nehmen. Die für Sonntagabend angekündigte Demo sollte sich gegen Polizeigewalt richten.

Lina E. war am Mittwoch mit drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Bis das Urteil rechtskräftig ist, darf die 28-Jährige zunächst auf freiem Fuß bleiben.

Bereits seit Monaten mobilisieren Linksextreme für den sogenannten "Tag X", der auf den Samstag nach dem Urteil fallen sollte. Dabei wurden immer wieder auch schwere Straftaten und Angriffe auf staatliche Organisationen angekündigt. Die Stadt Leipzig hatte die für Samstag angekündigte Demo am Donnerstag verboten. Die Gerichte hatten das Verbot bestätigt.

Weblink: <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/tag-x-in-leipzig-50-polizisten-bei-linksextremer-randale-verletzt-84176972.bild.html>

Graphic

Polizisten und linke Randalierer geraten aneinander

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); POLIZEIBRUTALITÄT (78%); VERHAFTUNGEN (78%); STRAFZUMESSUNG (77%); VERURTEILUNGEN (77%); POLIZEILICHER AMTSMISSBRAUCH (76%); BÜRGERMEISTER (75%); ERMITTLEMENTEN (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); STRAFTATEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (71%); STÄDTE (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (93%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

Er soll gegen die Leipziger Linksextremistin Lina E. aussagen; Mordaufruf gegen den Kronzeugen!

Bild plus

Donnerstag 28. Juli 2022

Copyright 2022 Axel Springer Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 267 words

Byline: B. Schilz

Body

Leipzig - Seit 59 Tagen steht die mutmaßliche Connewitzer Linksextremistin Lina E. (27) in Dresden vor Gericht. Am Donnerstag soll nun erstmals ein Mittäter aus der linken Szene als Kronzeuge aussagen - doch ihm wird inzwischen mit dem Tod gedroht!

Lina E. und ihre drei Mitangeklagten sollen mehrere Neonazis gezielt überfallen und schwerst misshandelt haben. Alle vier schweigen zu den Vorwürfen.

Die Ankläger hoffen nun auf Johannes D. (30), einen mutmaßlichen Mittäter. Der war im Oktober 2021 im Internet von seiner Ex-Freundin beschuldigt worden, sie vergewaltigt zu haben. Er fiel in der Szene in Ungnade - und packte kurz darauf bei der Polizei aus.

Aufgrund seiner Aussagen soll es dann mehrere Razzien in der linksextremen Szene von Leipzig und Berlin gegeben haben. Seitdem wird Johannes D. gejagt!

Im Internet kursieren Fotos von ihm, mit seinem vollen Namen. Er wird als Verräter und Vergewaltiger dargestellt, nach Hinweisen zu seinem Aufenthalt gesucht. Ein Antifa-Video zeigt ein meterhohes Graffiti mit dem Schriftzug "Freiheit für Lina, 9 mm für den 31er."

Mit 9 Millimeter ist das Kaliber einer Waffe gemeint, 31 ist der Code für Verräter - die Zahl steht für den Paragraphen zur Straffreiheit für Kronzeugen.

Der vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats (60): "Wir sehen, dass der Zeuge ernsthaft gefährdet ist, recherchieren gerade zu den Mordaufrufen!"

Für die Vernehmung des Kronzeugen sind vier Verhandlungstage eingeplant.

Weblink: <https://www.bild.de/bild-plus/regional/leipzig/leipzig-news/prozess-um-leipziger-linksextremistin-lina-e-mordaufruf-gegen-den-kronzeugen-80833578.bild.html>

Er soll gegen die Leipziger Linksextremistin Lina E. aussagen; Mordaufruf gegen den Kronzeugen!

Graphic

6. November 2020: Lina E. steigt aus dem Hubschrauber, der sie nach Karlsruhe zum Bundesgerichtshof gebracht hat

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIPL

Subject: ZEUGEN (94%); GERICHTSPROZESSE (90%); MISSHANDLUNG & VERNACHLÄSSIGUNG (78%); RICHTER (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: July 29, 2022

End of Document

Was muss noch passieren, bis die Regierung aufwacht?; Hallo Ampel, ihr werdet rechts überholt!

Bild plus

Sonntag 4. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. NaN

Length: 978 words

Byline: Thomas Block, Angelika Hellermann Und Lydia Rosenfelder

Body

Diese Zahlen sind eine Klatsche für die Bundesregierung!

Die AfD kommt im Sonntagstrend auf 19 Prozent (siehe Grafik). Erschreckender Rekord! Noch nie hat ein Umfrage-Institut so viel Zustimmung für die Rechtspopulisten gemessen.

Die AfD zieht gleich mit der Kanzlerpartei SPD, hat die Grünen um 6 Prozentpunkte abgehängt, ist drauf und dran, alle Ampel-Parteien rechts zu überholen.

Die Bürger sind sauer. 62 Prozent sind unzufrieden mit der Ampel-Regierung: Bei den Anhängern der SPD sind es 45 Prozent, bei der FDP 47, bei den Grünen 39 Prozent.

Auch der Kanzler kommt beim Volk nicht gut an: 54 Prozent sind mit der Arbeit von Olaf Scholz (64, SPD) unzufrieden.

Wer von der Ampel-Schwäche nicht profitieren kann, ist die Union: Sie legt kaum zu. Und bei der Kanzler-Direktwahl schmiert Oppositionsführer Friedrich Merz (67, CDU) ab: 25 Prozent wären für Scholz, 20 Prozent für Merz, 11 Prozent für Vize-Kanzler Robert Habeck (53, Grüne).

Warum wollen so viel Bürger die immer rechtsextremere AfD wählen?

"Etwa die Hälfte tut es aus Überzeugung", sagt Politikwissenschaftler Wolfgang Schröder (62, Uni Kassel) zu BamS. "Die andere Hälfte wendet sich wegen aktueller Themen der AfD zu. Sie sind unzufrieden mit dem geplanten Heizgesetz, mit der Inflation, der Migration, Deutschlands Rolle im Ukrainekrieg."

Die AfD sei die "Plattform des Zorns gegen die etablierte Politik". Und CDU-Chef Merz behauptet: "Die Ampel nährt die AfD."

Was muss noch passieren, bis die Regierung aufwacht?

Was muss noch passieren, bis die Regierung aufwacht?; Hallo Ampel, ihr werdet rechts überholt!

BILD am SONNTAG fragte die Ampel-Partner - die sehen unterschiedliche Gründe für das Erstarken der AfD:

SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese (39) zeigt auf den Grünen Vizekanzler Habeck: "Die sehr hohen Werte für die AfD sind auch auf die Debatte über das Habecksche Heizungsgesetz zurückzuführen. Daher müssen wir gerade als SPD den Bürgern einen umsetzbaren, ideologiefreien und bezahlbaren Entwurf liefern."

Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Irene Mihalic (46) nennt den Dauer-Regierungs-Zoff: "Die Ampelkoalition muss zu ihrer Handlungsfähigkeit zurückfinden und damit aufhören, öffentlich zu streiten."

Um dann CDU/CSU eine gehörige Portion Schuld zu geben: "Die Union sollte sich darüber im Klaren sein, dass das Kopieren der menschenverachtenden Positionen der AfD auf das Konto des Originals einzahlt."

FDP-Fraktionschef Christian Dürr (46) glaubt dagegen nicht, dass Streit die Bürger abschreckt: "Es ist gut und richtig, dass es klare Unterschiede zwischen den demokratischen Parteien gibt. Nur dann haben die Menschen eine echte Wahlmöglichkeit."

Der Erzählung der AfD, alle demokratischen Parteien wollten ohnehin das Gleiche, sollten wir nicht auf den Leim gehen." Seine Lösung gegen das AfD-Hoch: "Gesetze machen, die für die Menschen funktionieren. Genau daran arbeiten wir beim Heizungsgesetz."

Im Kanzleramt glauben sie: Je größer die Verunsicherung der Bürger, desto größer die Unzufriedenheit mit der Regierung. Und das Heizungsgesetz gilt als größter Treiber für die Wut im Land. Jetzt werde der Klimaschutz, für den fast alle irgendwie waren, plötzlich konkret im eigenen Leben - neue Heizung, neues Auto.

Dazu komme der Streit, der auch wohlgesinnte Bürger abschrecke. Deshalb will der Kanzler die zwei größten Streitbrocken (Haushalt und Heizung) bis zur Sommerpause (7. Juli) lösen. In der Kabinettsvorbesprechung hat er nach BILD am SONNTAG-Informationen klare Ansagen gemacht: Das Heizungsgesetz gehört im Juli vom Bundestag beschlossen, der Haushaltsentwurf für 2024 vom Kabinett am 5. Juli verabschiedet.

Die Hoffnung: Wenn Heizen und Haushalt durch sind, entspannt sich die Lage und die AfD sinkt.

Linksextreme rekrutierten Krawallmacher in ganz Europa für den "Tag X" in Leipzig

Barrikaden, brennende Autos, Straßenkämpfe, verletzte Polizisten! Leipzig - eine Stadt im Ausnahmezustand!

Der Auslöser: Am Mittwoch hatte das Oberlandesgericht Dresden Lina E. (28) zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Die linksextreme Studentin soll Kopf der "Hammerbande" gewesen sein, die mit Gleichgesinnten mehrere Überfälle auf Neonazis durchführte.

Schon vor der Urteilsverkündung hatten Linksextreme angedroht, für jedes Jahr Haft, das die Angeklagten absitzen müssen, am gestrigen "Tag X" eine Million Euro Schaden in Leipzig anzurichten.

Für den Krawall waren Tausende Linke aus ganz Europa mobilisiert worden. Die Stadt Leipzig verbot den "Tag X" - aus Angst vor Gewalt-Exzessen und blinder Zerstörungswut. Dennoch kam es schon am Freitagabend zu heftigen Zusammenstößen. Chaoten schleuderten Steine und Feuerwerk auf Polizisten.

Die traurige Bilanz des Freitags: 23 verletzte Polizisten, 17 Polizeifahrzeuge und fünf vorläufige Festnahmen. Gestern waren 2500 Polizisten im Einsatz.

23 000 "Reichsbürger": Gefahr von rechts

Anhaltende Gefahr von rechts: In Thüringen nahm die Polizei am Freitag ein "Reichsbürger"-Treffen hoch. In Leinefelde-Worbis im Landkreis Eichsfeld wurden 150 Menschen kontrolliert.

Festnahmen gab es aber keine, anders als im März, wo eine Terrorbande um Unternehmer Heinrich XIII. Prinz Reuß (71) aus Hessen festgenommen wurde. Grund: Sie soll einen gewaltsamen Putsch geplant haben.

Was muss noch passieren, bis die Regierung aufwacht?; Hallo Ampel, ihr werdet rechts überholt!

Die "Reichsbürger" wollen die Bundesrepublik durch ein "Deutsches Reich" ersetzen. Ihre Anhänger werden mehr. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 2000 auf 23 000 an.

Dauer-Ärger mit den Klima-Chaoten

Neue Strategie der Klima-Kleber: Sie wollen nicht mehr "alle" ins Visier nehmen, sondern gezielt "die Reichen", heißt es in einer aktuellen Verlautbarung. Ab

7. August wollen sie schwerpunktmäßig in Bayern aktiv werden, denn dort wird am 8. Oktober gewählt. Davor machen die Klima-Kleber Sommerpause ...

Dieser Artikel stammt aus BILD am SONNTAG. Das ePaper der gesamten Ausgabe gibt es [hier](#).

Weblink: <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/hallo-ampel-ihr-werdet-rechts-ueberholt-was-muss-passieren-bis-die-regierung-auf-84169634.bild.html>

Graphic

Ratlos auf der Regierungsbank - die Spitzen der Ampel-Koalition: Finanzminister Christian Lindner (44,FDP), Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) und Bundeskanzler Olaf Scholz (64, SPD)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIPL

Subject: POLITIK (91%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATS- UND REGIERUNGSÖBERHÄUPTER (90%); GESETZGEBUNG (89%); POLITISCHE DEBATTEN (77%); WÄHLER & WAHLEN (77%); POLITIKWISSENSCHAFTEN (74%)

Person: OLAF SCHOLZ (73%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 4, 2023

150000 Euro Schaden in Leipzig; Feueranschlag auf Gebrauchtwagen-Handel

BILD.de

5. April 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 245 words

Body

Leipzig - Wieder Feueranschlag in Leipzig, wieder war ein Autohandel das Ziel. Nachdem Linksradikale sich bekannt hatten, in der Nacht zum 23. März 19 Neuwagen in einem Leipziger Skoda-Autohaus abgefackelt zu haben, brannte es diesmal bei einem Gebrauchtwagenhändler im Leipziger Nordosten.

Bislang Unbekannte waren am Mittwoch, gegen 2 Uhr, auf den Hof der Deutschen Autogesellschaft (DAG) an der Friedrichshafner Straße geschlichen. Sie steckten ca. ein halbes Dutzend Autos verschiedener Marken an. Die genaue Anzahl gab die Polizei zunächst nicht bekannt.

Fest steht: "Die Fahrzeuge brannten aus.", so Polizeisprecherin Dorothea Benndorf zu BILD. Ersten Schätzungen zufolge entstand ein Schaden in Höhe von 150 000 Euro.

Bislang ist kein Bekennerschreiben aufgetaucht. Ob der Anschlag erneut politisch motiviert war, ist somit unklar. Nach dem am 23. März in Leipzig die 19 Skodas angesteckt worden waren, hatten sich Linksextreme bei Indymedia dazu bekannt. Sie rechtfertigten den Feuerterror damit, dass die Polizei Skodas als Dienstfahrzeuge einsetzt.

Die Radikalen nahmen auch Bezug auf den sogenannten Tag X. Als Tag X wird der Tag der Urteilsverkündung gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (28) bezeichnet. Sie steht derzeit in Dresden vor Gericht. Am Mittwoch will die Bundesanwaltschaft ihr Plädoyer gegen die Angeklagte fortsetzen.

Weblink: <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/leipzig-feueranschlag-auf-gebrauchtwagen-handel-83455222.bild.html>

Graphic

Mehrere Fahrzeuge und ein Schuppen brannten aus

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: FAHRZEUGHANDEL (90%); GEBRAUCHTWAGENHÄNDLER (90%); STAATSANWÄLTE (75%); ANKLAGEN (72%); GERICHTSPROZESSE (67%); POLIZEIKRÄFTE (53%)

Industry: FAHRZEUGSEKTOR-ÜBERSICHT (91%); FAHRZEUGHANDEL (90%); GEBRAUCHTWAGENHÄNDLER (90%); FAHRZEUGINDUSTRIE (78%); STAATSANWÄLTE (75%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: April 5, 2023

End of Document

Prozess in Berlin; Klima-Kleberin lebt von 800 Euro Spenden im Monat

BILD.de

6. Januar 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Berlin; S. NaN

Length: 381 words

Byline: Anne Losensky

Body

Berlin - Abitur abgebrochen, Vollzeit-Job als Klima-Kleberin. Wie hoch ihr Einkommen ist? Lina E. (20) lächelt und sagt: "Ich lebe komplett von Spenden, von 600 bis 800 Euro im Monat!"

Amtsgericht Tiergarten. Lina E. auf der Anklagebank. Aufgewachsen im Ruhrgebiet. Anfang 2022 Umzug nach Berlin: "Hier gibt es mehr Aktionen."

Seither klebte sie nicht nur immer wieder im Berufsverkehr auf Berliner Straßen, sondern auch am 25. August in der Gemäldegalerie am wertvollen Rahmen von Cranachs "Ruhe auf der Flucht nach Ägypten" (1504).

Für sie ist das "Aufstand der letzten Generation" in der Klima-Krise. Für Betroffene sind das Straftaten: Nötigung von Autofahrern, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, gemeinschädliche Sachbeschädigung.

Lina E. sagt, gegen sie würden "über 30 Verfahren" laufen, sie habe einen vollen Ordner. Sie war auch schon tagelang im Gefängnis, 20 Tage im Hungerstreik.

Ob Kükenschreddern, Kohlebagger, Lützerath, hessischer Wald: "Ich weiß, ich lande dafür vor Gericht", sagt sie pathetisch. "Aber wer sind die wahren Kriminellen? Regierungen, die neue Öl- und Gasfelder eröffnen! Ich kann nichts anderes tun, als noch lange so zu kämpfen!"

Laut Recherchen von "Welt am Sonntag" kommt viel Geld für die "Letzte Generation" vom "Climate Emergency Fund" aus den USA. Eingezahlt von reichen Erben, die ihr schlechtes Gewissen beruhigen (Enkelin von Öl-Tycoon J. P. Getty, Nichte von J. F. Kennedy).

Der von der "Letzten Generation" benutzte Kontoservice werde vom deutschen Wirtschafts- und Klimaministerium unter Robert Habeck (Grüne) gefördert. Bekommt auch Lina E. ihr Geld einmal im Monat überwiesen? Antwort: "Nein, einzeln."

Im März 2022 wurde sie vom Amtsgericht Lünen zu 600 Euro Strafe verurteilt (Hausfriedensbruch). Hat sie schon bezahlt. Deshalb stellt die Richterin zwei Verfahren zu Berliner Straßenblockaden ein: Die Ex-Abiturientin spart 1350 Euro, das war's.

Prozess in Berlin; Klima-Kleberin lebt von 800 Euro Spenden im Monat

Der Gemälde-Anschlag wird erst am 28. März verhandelt, mit weiteren Strafbefehlen. Die Richterin: "Warum wandeln Sie Ihre Energie nicht in etwas Produktives um, um die Welt zu verbessern? So bewirken Sie das Gegenteil, machen Leute sauer. Denken Sie nach!"

Weblink: <https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/berlin-klima-kleberin-vor-gericht-ich-lebe-komplett-von-spenden-82457430.bild.html>

Graphic

Lina E. am Donnerstag mit ihrem Verteidiger im Amtsgericht Tiergarten

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSHÖFE (89%); RICHTER (89%); ANKLAGEN (78%); GERICHTSURTEILE (78%); REICHE (78%); GELDSTRAFEN & GELDBUSSEN (77%); STRAFTATEN (77%); VERURTEILUNGEN (77%); AUFSTÄNDE & REBELLIONEN (75%); STRAFZUMESSUNG (72%); PENDLERVERKEHR (71%)

Industry: FAHRZEUGVERKEHR (76%); ÖL- UND GASINDUSTRIE (72%); MUSEEN & GALERIEN (70%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (92%); HESSEN, DEUTSCHLAND (70%); ÄGYPTEN (77%)

Load-Date: January 6, 2023

End of Document

LKA stürmt in Connewitz; Razzia bei Linksextremist in Leipzig!

BILD.de

12. Januar 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 212 words

Byline: Karl Keim

Body

Leipzig - Sie kamen, als die meisten Leipziger noch schliefen!

Seit 6.30 Uhr durchsuchen Ermittler des Landeskriminalamtes (LKA) Sachsen die Wohnung eines mutmaßlichen Linksextremen in Leipzig-Connewitz. Der Stadtteil ist ein Hotspot für radikale Linksextremisten.

Im Erdgeschoss des durchsuchten Objekts an der Brandstraße befindet sich das sogenannte "linXXnet" - ein Anlauf- und Treffpunkt für die linke Szene. Hier hat auch Juliane Nagel (44), die für die Linke im Landtag sitzt, ihr Bürger- und Abgeordnetenbüro. Nagel wird dem Umfeld der "Antifa" zugeordnet.

Grund der Razzia ist nach BILD-Informationen die Sicherstellung von Beweismitteln in einem Verfahren wegen Sachbeschädigung gegen einen mutmaßlichen Linksextremisten. Es soll sich dabei um Anhänger handeln, die dem Umfeld von Lina E. (27) zugerechnet werden.

Die aus Kassel (Hessen) stammende Studentin muss sich aktuell vor dem Oberlandesgericht Dresden u.a. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung verantworten. Sie soll mit anderen Linksextremen an Angriffen auf Rechtsextreme beteiligt gewesen sein.

Weblink: <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/razzia-in-leipzig-polizei-stuermt-bei-mutmasslichem-linksextremist-82525938.bild.html>

Graphic

Polizisten stürmen in das Haus, in dem die Linke Landtagsabgeordnete Juliane Nagel ihr Büro hat

Classification

LKA stürmt in Connewitz; Razzia bei Linksextremist in Leipzig!

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); GESETZGEBUNGSSORGANE (76%); GERICHTSPROZESSE (75%); REGIERUNGSKABINETTS (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); KASSEL, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); HESSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: January 12, 2023

End of Document

Totschläger-Attacke auf Neonazis in Budapest; Polizei jagt linksextreme Angreiferin (20)

BILD.de

24. Februar 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Thüringen; S. NaN

Length: 509 words

Body

Budapest/Weimar - Die langen blonden Haare sind für das Ausweisfoto hochgesteckt, die junge Frau hat ein freundliches Lächeln auf dem noch jugendlichen Gesicht. Doch der Schein trügt offenbar. Mit diesem Foto sucht die ungarische Polizei nach der 20-jährigen Emilie Samira Dieckmann. Sie soll Mitte Februar an einem brutalen Überfall auf einen Neonazi in Ungarn beteiligt gewesen sein.

Eine Gruppe schleicht sich von hinten an einen Mann und prügelt brutal auf ihn ein. Mehrfach wird er mit einem Totschläger auf den Kopf getroffen. Schließlich geht er zu Boden, die Angreifer flüchten.

Eine Überwachungskamera zeichnete den brutalen Übergriff auf, der sich mitten am Tag in Budapest ereignet hat. Nach BILD-Informationen handelt es sich bei den mutmaßlichen Angreifern um Clara W. (22), Anna M. (26), Emilie D. (21), Moritz S. (20), Tobias E. (29) aus Deutschland und Ilaria S. (38) aus Italien.

Alle werden dem linksextremen Spektrum zugeordnet. Vier von ihnen konnten festgenommen werden. Ihnen droht wegen der Attacke eine mehrjährige Haftstrafe in Ungarn.

Angreiferin kommt aus Weimar

Jetzt macht die Polizei Jagd auf die flüchtigen Angreifer.

Nachdem zuerst nach Maximilian Schröter (20) aus Leipzig gefahndet wurde, wird nun auch öffentlich nach Emilie Dieckmann (21) aus Weimar gesucht.

Einer der Schläger kommt aus Leipzig

Der Leipziger Moritz Schröter (20) gilt als Linksextremist und stammt aus dem Umfeld von Lina E., die vor Gericht steht und Anführerin einer Gruppe gewesen sein soll, die mehrere Überfälle auf Rechtsextreme plante und verübt.

Linksextreme verfolgten ihr Opfer

Totschläger-Attacke auf Neonazis in Budapest; Polizei jagt linksextreme Angreiferin (20)

Hintergrund der Attacke: Am 11. Februar haben sich Tausende Neonazis zum "Tag der Ehre" in Budapest (Ungarn) getroffen. Dort erinnern Rechtsextreme aus ganz Europa der Wehrmacht und der SS, die dort am 11. Februar 1945 einen letzten Versuch starteten, gegen die Einkesselung durch die Rote Armee auszubrechen. Von rund 70 000 Soldaten überlebten nur Hunderte.

Rund um das Neonazi-Treffen machen radikale Linksextreme Jagd auf Rechtsradikale. So traf es auch Zoltán T., einen Verkehrsarbeiter aus Budapest. Er war mit dem Bus unterwegs zur Arbeit, wollte noch kurz zur Post. Die Angreifer folgten ihm unbemerkt und attackierten ihn dann an einem öffentlichen Platz.

Verbindung zu Angriff in Erfurt?

Die Vorgehensweise erinnert an einen Angriff in Erfurt (Thüringen) am 12. Januar 2023. Damals attackierten mehrere Linksradikale zwei Neonazis (24, 34) in der Pestalozzistraße. Bewaffnet mit Axt, Totschläger und Pfefferspray. Auch hier wurde auf den Kopf eingeschlagen - beide Opfer schwer verletzt.

Von dem Angriff gibt es Videos. Darauf ist unter anderem zu sehen, wie drei Personen auf einen am Boden liegenden Mann einschlagen und eintreten. Auf dem die Schläger vom Tatort flüchten und "Scheiß Nazis sind das" rufen. Auch hier sucht die Polizei nach den Tätern und veröffentlichte Phantombilder. tpa, kk

Weblink: <https://www.bild.de/regional/thueringen/thueringen-aktuell/totschlaeger-attacke-auf-neonazis-in-budapest-polizei-jagt-linksextreme-angreife-83008180.bild.html>

Graphic

Mit diesem Foto sucht die ungarische Polizei nach Emilie Samira Dieckmann

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: VERHAFTUNGEN (77%); ÜBERWACHUNG (77%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); ARMEEN (67%); GERICHTSPROZESSE (67%); POLIZEIKRÄFTE (67%); STREITKRÄFTE (67%)

Industry: ARMEEN (67%); STREITKRÄFTE (67%)

Geographic: BUDAPEST, UNGARN (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); ERFURT, DEUTSCHLAND (74%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (94%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (92%); UNGARN (92%); EUROPA (79%); DEUTSCHLAND (59%); ITALIEN (58%)

Load-Date: February 24, 2023

End of Document

Extremistin Lina E.; Ihre Strafakte ist länger als ihr Minirock

Bild plus

Sonntag 2. Mai 2021

Copyright 2021 Axel Springer Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 400 words

Body

Leipzig - Braune lange Haare, schwarzer Minirock, rot lackierte Fingernägel - das ist Lina E. (26). Die Studentin aus Kassel sitzt seit November in U-Haft. Nach BILD-Informationen soll sie die nach ihr benannte "Gruppe E." angeführt haben - einen linksextremen Schlägertrupp mit Sitz in Connewitz. In dieser Woche hat Lina E. Haftprüfungstermin beim Bundesgerichtshof.

Wie BILD erfuhr, schwieg die angehende Erziehungswissenschaftlerin (studierte in Halle) bislang zu den Vorwürfen. Es geht um Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, besonders schweren Landfriedensbruch, Diebstahl, Urkundenfälschung und Sachbeschädigung. DIE AKTE LINA E. - BILD sagt, welche Tatbeteiligung der mutmaßlichen Rädelsführerin vom Bundesanwalt konkret vorgeworfen wird. 30. Oktober 2018: Überfall auf Neonazi Cedric S. (23) in Leipzig. Er wurde dabei schwer verletzt. 8. Januar 2019: Überfall auf Straßenarbeiter Tobias N. (33) in Connewitz, der eine Mütze der Marke "Greifvogel Wear" (bei Neonazis beliebt) trug - schwer verletzt. 19. Oktober 2019: Überfall auf den rechtsextremen Szenetreff "Bull's Eye" in Eisenach - mehrere Schwerverletzte. 29. November 2019: Kennzeichen-Klau in Leipzig. Die Polizei entdeckte sie am 14. Dezember 2019 in Eisenach am Auto von Linas Mutter, welches die Studentin nutzte. 13. Dezember 2019: Diebstahl von zwei Hämtern (37,98 Euro) aus einem Baumarkt in Leipzig - auf frischer Tat erwischt. 14. Dezember 2019: Überfall auf den rechtsextremen Kampfsportler und Bull's-Eye-Wirt Leon R. (22) und dessen Bekannte in Eisenach. Zwei Schwerverletzte. 15. Februar 2020: Sechs Rechtsextreme werden bei der Rückkehr von einer Neonazidemo am Bahnhof Wurzen attackiert. Auffällig: Die Überfälle waren äußerst brutal, die Vorgehensweise ähnlich. Lina E. soll Reizgas gesprührt haben, dann prügeln ihre verummumten Freunde aus Berlin und Thüringen mit Schlagstöcken los. Linas Freund und mutmaßliche Mittäter - der linksextreme Gewaltverbrecher Johann G. (27) - ist untergetaucht. Möglicherweise hat erst er die junge Frau radikaliert. Noch in diesem Mai könnte Anklage der Bundesanwaltschaft gegen die Studentin erfolgen. Wie BILD erfuhr, sollen die Beweise der Soko Linx erdrückend sein.

Weblink: <https://www.bild.de/bild-plus/regional/leipzig/leipzig-news/leipzig-ihr-strafakte-ist-laenger-als-ihr-minirock-76265894.bild.html>

Graphic

Lina E. (26) im November 2020. Hier wird sie von SEK-Beamten zum Bundesgerichtshof gebracht. Die Linksextremistin sitzt im Frauengefängnis Chemnitz- dort, wo auch Nazi-Terroristin Beate Zschäpe (45) ihre lebenslange Haft absitzt

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIPL

Subject: DIEBSTAHL (90%); VERHAFTUNGEN (90%); STAATSANWÄLTE (89%); ANKLAGEN (77%); EIGENTUMSDELIKTE (77%); VERBRECHEN (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (75%); VANDALISMUS (75%); GERICHTSHÖFE (71%); BETRUG & FINANZKRIMINALITÄT (70%); FÄLSCHEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); HALLE, DEUTSCHLAND (57%); BERLIN, DEUTSCHLAND (54%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (92%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: March 19, 2022

End of Document

Radikal brutal!; Warum die Gewalt zwischen Linken und Rechten eskaliert

BILD.de

3. Mai 2022

Copyright 2022 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 517 words

Byline: B. Schilz, M. Klug, M. Deutschmann Und M. Tabaczynski

Body

Leipzig - Sie warfen Steine auf die Regionalbahn, schlugen mit Fäusten gegen die Scheiben, zeigten den Hitlergruß. Anhänger der rechtsextremen Partei "Der Dritte Weg" versuchten am Sonntag am Bahnhof Glauchau einen Zug zu stürmen, in dem Linke auf dem Weg zur Mai-Kundgebung nach Zwickau saßen. Wenige Stunden später schlagen mutmaßliche Linksextreme auf vier Rückkehrer von einer rechtsextremen Demo ein. Und eine Woche zuvor überfielen ebenfalls mutmaßliche Linksextreme in einem Erfurter "Thor Steinar"-Laden eine Mitarbeiterin (32), prügeln mit einem Teleskopstock auf sie ein. MIT MASSIVER GEWALT GEHEN EXTREME LINKE UND RECHTE DERZEIT AUF EINANDER LOS!

Hagen Husgen (57), Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP, sieht die jüngsten Ereignisse als Beleg für eine Verhärtung: "Die Brutalität und die Radikalität haben extrem zugenommen." Diese Zunahme findet sich auch in der Statistik wieder. So ging zwar die allgemeine Kriminalität im Jahr 2021 um fast 10 Prozent zurück, die Straftaten der beiden Lager gegeneinander sowie gegen die Polizei stiegen dagegen um 18 Prozent - Höchststand. Darunter ein zunehmender Anteil an Gewaltdelikten. Laut LKA-Präsidentin Sonja Penzel (51) seien die Rechten aktiver: "1878 Straftaten entfallen auf den Phänomenbereich 'Rechts' und machen weiterhin einen Großteil der Gesamtfälle aus." GdP-Mann Husgen sieht hinsichtlich der Gewaltbereitschaft indes keine Unterschiede zwischen Links und Rechts: "Das linksextreme Lager steht bei der Aggression der rechtsextremen Klientel in nichts nach." Die Strukturen von Linken und Rechten unterscheiden sich hingegen. Während sich gewaltbereite Rechte offenbar immer noch regional organisieren und bei Demonstrationen spontan zuschlagen, gehen radikale Linke im Kampf gegen Rechte planvoll und bundesweit organisiert vor. Beispiel Lina E. (26): Die mutmaßliche Bande der Leipziger Studentin soll "exklusive Ziele" wie den Neonazi-Treff "Bull's Eye" in Eisenach über Wochen ausgespäht haben. Zur Durchführung der Überfälle soll extra ein Schläger aus Berlin nach Thüringen angereist sein. "Der Hintergrund der Attacken ist, dass bei extremen Linken der Antifaschismus ein zentrales Element ist und für die rechtsextreme Seite der Anti-Antifaschismus. Die Konfrontation können wir schon länger beobachten", sagt Extremismusforscher Dr. Steffen Kailitz (52) vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Historisch lasse sich das "auf die Straßenschlachten der Kommunisten und Nationalsozialisten der Weimarer Republik zurückführen." Kailitz warnt: "Was wir am 1. Mai gesehen haben, ist ein ungutes Zeichen, dass die Gruppen jetzt in eine verstärkte Konfrontation gehen könnten." Auf die jüngste Attacke am Bahnhof Glauchau will Sachsen's Innenminister Armin Schuster (60, CDU) reagieren.

Radikal brutal!; Warum die Gewalt zwischen Linken und Rechten eskaliert

Möglicherweise habe die starke Präsenz der Polizei in den Städten dafür gesorgt, dass Täter an anderen Orten die Auseinandersetzung suchten. Schuster: "Darauf müssen wir uns künftig vorbereiten."

Weblink: <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/extremismus-warum-die-gewalt-zwischen-linken-und-rechten-eskaliert-79954736.bild.html>

Graphic

Mutmaßliche Linksextreme prügeln in einem "Thor Steinar"-Laden - einer bei Rechtsextremen beliebten Klamottenmarke - auf eine Verkäuferin ein

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (78%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); POLITIK (78%); STATISTIKEN (73%)

Industry: ZÜGE (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); ERFURT, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: May 4, 2022

End of Document

Antifa-Demo in Leipzig eskaliert; Linksextreme drohen Polizeichef mit Mord

Bild plus

Sonntag 19. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. NaN

Length: 1244 words

Body

Der schwarze Block schob sich durch Leipzig. Grölend! Randalierend! Polizisten wurden bei der erneut völlig aus dem Ruder gelaufenen LinX-Demo angegriffen, Autos und Gebäude beschädigt. Und: Es gab eine unverhohlene Morddrohung gegen einen Polizeichef, die im Nachhinein von der Marsch-Anmelderin, der Landtagsabgeordneten Juliane Nagel (42/Linke), auch noch verharmlost wurde!

Linksextreme wollen Sachsens Terroristenjäger umbringen!" Dirk Münster. Bald ist er aus dein Traum, dann liegst du im Kofferraum!", stand auf einem Transparent zu lesen, das der schwarze Block am Sonntag vom Johannisplatz Richtung Connewitzer Kreuz trug. Der Spruch soll offenbar an die Linksterroristen der RAF erinnern, die 1977 den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer (+62) im Kofferraum eines Autos entführt und später ermordet hatten. Der Polizeichef, dem nun die Leipziger Morddrohung galt, ist der Leitende Kriminaldirektor beim Landeskriminalamt Dirk Münster. Der 49-Jährige ist Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrums (PTAZ). Das PTAZ ging 2017 aus dem Operativen Abwehrzentrum (OAZ) auf, welches sich vornehmlich mit der Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten befasste. Bei Münsters PTAZ laufen die Ermittlungen rechts- und linksextremistischer Straftaten zusammen. Auch bei Ausschreitungen, Brandstiftungen oder Angriffen auf Polizeidienststellen in Connewitz übernimmt das PTAZ. Die Polizei ermittelt wegen des Transparents mit der Drohung. In der Medieninformation aus der Nacht heißt es dazu: "Zudem wurde ein Transparent mit einer Aufschrift festgestellt, die den Straftatbestand der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten verwirklichte." Die linksradikalen Straftäter durften die Morddrohung bis zum Connewitzer Kreuz tragen. Die Polizei setzte auf Deeskalation, ließ die Täter gewähren. Sprecherin Sandra Freitag zu BILD: "Wir hatten nicht genügend Beamte vor Ort, um das Banner einzuziehen, setzten deshalb auf Deeskalation. Die Szene wurde jedoch umfassend videografiert und wird nun ausgewertet." Auch die Anmelderin des Aufzugs, die Linken-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel, ließ ihr Gefolge gewähren. Nagel tat die Morddrohung auf Twitter lapidar mit den Worten ab: "Was nicht geht, sind krude Drohungen gegen Personen." Ferner hielt sie offenbar zufrieden fest: "Es waren 5000 Antifaschist*innen gegen Rechtsruck, Neonazis, rechte Netzwerke in Behörden auf der Straße. Wenn Pyrotechnik nun die Gemüter erhitzt, ist das schief." Kein Wort verliert Nagel über die Steine- und Flaschenwerfer, die sieben Polizisten verletzten, Autos, Geschäfte und die Polizeidirektion demolierten beziehungsweise beschädigten. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (63, SPD) dagegen: "Erschreckend: Auf einem Hass-Transparent wird an die Morde der linksterroristischen RAF angespielt. Von dieser Demonstration müssen sich Demokraten distanzieren." Wöller und Kretschmar kritisieren Linke-Abgeordnete Sachsens Innenminister Roland Wöller (51, CDU) machte am Sonntag Juliane Nagel für die Gewalt verantwortlich: "Wenn auf

Antifa-Demo in Leipzig eskaliert; Linksextreme drohen Polizeichef mit Mord

einer Demonstration, die die Linke-Landtagsabgeordnete Nagel angemeldet und geleitet hat, gezielt Gewalt ausgeübt, Polizisten verletzt und sogar offen Morddrohungen gegen Ermittler gezeigt werden, ist eine Grenze klar überschritten. Die Partei die Linke sollte sich umgehend vom Verhalten ihrer Landtagsabgeordneten distanzieren, oder es bleiben starke Zweifel an ihrer Einstellung zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Gewalt darf nie Mittel der Auseinandersetzung sein." Ähnlich deutlich wurde auch Landespolizeipräsident Horst Kretzschmar (61) gegen Demo-Anmelderin Nagel: "Insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine Landtagsabgeordnete eine Versammlung anführt, aus der heraus unverhohle Hass gegen einen leitenden Polizeibeamten und die Polizei geschürt wird, empfinde ich das als zutiefst empörend, undemokatisch und menschenverachtend." Außerdem sagte Kretzschmar: "Die Einsatzkräfte in Leipzig haben gestern angesichts der drohenden weiteren Eskalation das Hass-Transparent nicht eingezogen. Die gezeigte Morddrohung auf einer Demonstration wird dennoch Konsequenzen haben. Der Vorgang wurde videografiert. Wir werden alles dafür tun, durch Auswertung der Videos die Straftäter zu überführen." So verlief die Linksextremen-DemoNach Veranstalterangaben zogen am Samstag 5000 Teilnehmer (laut Polizei offiziell 3500) eingehüllt in Rauch- und Nebelschwaden protestierend vom Zentrum zum Connewitzer Kreuz. Ein martialischer Aufzug. Und einer, der eskalierte und zusehends außer Kontrolle geriet. Denn: Autonome schleuderten Flaschen, Steine und Böller auf Polizisten. Schließlich brannten Barrikaden. "Wir sind alle Antifaschist:innen - Wir sind alle linx", lautete das Motto des Aufzugs vom Johannisplatz zum Connewitzer Kreuz. Dass es während und nach dem Aufzug zu Gewaltexzessen kommt wie zuletzt vor zehn Monaten, wollte die Demo-Initiatorin und Landtagsabgeordnete Juliane Nagel eigentlich verhindern. "Wir haben gute, erfahrene Ordner und unsere Botschaft an die Teilnehmer ist klar: Wir wollen friedlich bleiben", so die Landtagsabgeordnete. Dieser Wunsch blieb unerfüllt. Kurzfristig stoppte die Demonstration an der Polizeidirektion. Gegenstände, Flaschen, Böller und Farbbeutel hagelten auf den Eingang. Ein paar Hundert Meter weiter wurde eine Filiale der Commerzbank angegriffen. Auf der Karli waren etwa 5000 Linksextreme im Zug. Bunt waren sie nur an der Spitze der Demo. Weiter hinten marschierte der schwarze Block, zündete unentwegt Rauchfackeln. Radikale Demonstranten demolierten mehrere geparkte Autos. Rund 1000 Beamte aus drei Bundesländern und die Bundespolizei sowie Wasserwerfer und Hubschrauber waren im Einsatz. Die Polizei hielt sich während der Demonstration auffällig zurück, setzte auf Deeskalation. Brisant war der Aufmarsch nicht nur, weil er eine Woche vor der Bundestagswahl stattfand. Sondern auch, weil vor ein paar Tagen der Strafprozess gegen die Connewitzer Linksextremistin Lina E. (26) begonnen hat. "Wir sind nicht das Solidaritätsbündnis für Lina E.", beteuerte Juliane Nagel gegenüber BILD. "Unsere Initiative wurde Anfang des Jahres gegründet, uns geht es ausschließlich um Antifaschismus!" Außerdem wolle man vor der Wahl "ein Zeichen gegen den Rechtsruck setzen". Im Aufzug waren allerdings etliche "Free Lina"-Plakate zu sehen. Als die Demospitze nach 17 Uhr das Connewitzer Kreuz erreichte, flogen erneut Flaschen aus dem Zug heraus. Kurz darauf wurde die Sparkassen-Filiale am Kreuz mit Steinen beworfen. Friedlich oder - wie angekündigt - von den Ordern in den Griff gebracht waren die Teilnehmer der mittlerweile beendeten Demo zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr. Nach 18 Uhr begannen radikale Demonstranten damit, Barrikaden zu errichten und diese anzuzünden. Die Polizei setzte Wasserwerfer gegen Flammen und Demonstranten ein. Mindestens ein Chaot wurde festgenommen. Am Abend gab die Polizei eine erste Bilanz bekannt. Sieben Polizeibeamte seien leicht verletzt worden. Ein Sprecher: "Im Ergebnis wurden Ermittlungsverfahren unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlichen Körperverletzungen, zahlreichen Sachbeschädigungen, der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet."

Weblink: <https://www.bild.de/bild-plus/regional/leipzig/leipzig-news/antifa-demo-in-leipzig-morddrohung-gegen-polizeichef-77717690.bild.html>

Graphic

Vor der Polizeidirektion zeigten die Straftäter das verbotene Banner

Classification

Antifa-Demo in Leipzig eskaliert; Linksextreme drohen Polizeichef mit Mord

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIPL

Subject: KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STRAFTATEN (90%); TERRORISMUS (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); TERRORORGANISATIONEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (78%); BRANDSTIFTUNG (78%); ERMITTLEMENTEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); POLIZEIKRÄFTE (73%); POLITIK (65%); BÜRGERMEISTER (60%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: March 19, 2022

End of Document

Linksextremismus-Prozess; Schwere Vorwürfe gegen Ankläger von Lina E.

BILD.de

20. April 2023

Copyright 2023 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Dresden; S. NaN

Length: 152 words

Body

Dresden/Leipzig - Im Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (28) hat die Verteidigung schwere Vorwürfe gegen die Bundesanwaltschaft und den Senat am Oberlandesgericht Dresden erhoben.

Die Anklage beruhe auf Mutmaßungen, so Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff in seinem Plädoyer. "Hypothesen ersetzen für die Bundesanwaltschaft die Beweise."

Aus minimalen Anhaltspunkten seien Indizien gebastelt worden. Es habe von Anfang an eine Vorverurteilung seiner Mandantin gegeben.

Er forderte bei vier von fünf angeklagten Angriffen auf Rechtsextreme Freispruch für Lina E. mangels Beweisen, dass sie überhaupt am Tatort war. Die Bundesanwaltschaft hatte acht Jahre Haft gefordert.

Das Urteil wird voraussichtlich in der zweiten oder dritten Mai-Woche fallen.

Weblink: <https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/linksextremismus-prozess-schwere-vorwuerfe-gegen-anklaeger-von-lina-e-83623166.bild.html>

Graphic

Lina E. werden Prügel-Attacken auf Rechte vorgeworfen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Linksextremismus-Prozess; Schwere Vorwürfe gegen Ankläger von Lina E.

Journal Code: BIDE

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); BEWEIS (77%); GERICHTSHÖFE (77%); STRAFZUMESSUNG (77%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: April 20, 2023

End of Document

An Kirche; Linksextreme Symbole und Schriftzüge aufgesprüht

BILD.de

18. Mai 2022

Copyright 2022 BILD KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Stuttgart; S. NaN

Length: 92 words

Body

Bad Dürrheim - Unbekannte haben linksextreme Schriftzüge auf eine Kirche in Bad Dürrheim (Schwarzwald-Baar-Kreis) gesprüht. Nach Polizeiangaben vom Dienstag standen auf der Fassade unter anderem das "Anarcho"-Zeichen, "Lina Engel" sowie "Free Lina E.". Die Genannte sei polizeibekannt und der linken Szene zuzuordnen, sagte ein Sprecher. Die Täter sollen die Schriftzüge bereits am Freitag angebracht haben.

Weblink: <https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/an-kirche-in-bad-duerrheim-linksextreme-symbole-aufgesprueht-80118948.bild.html>

Graphic

Unbekannte haben linksextreme Schriftzüge auf eine Kirche in Bad Dürrheim (Schwarzwald-Baar-Kreis) gesprüht (SYMBOLFOTO)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: BIDE

Subject: POLIZEIKRÄFTE (72%)

An Kirche; Linksextreme Symbole und Schriftzüge aufgesprührt

Geographic: STUTTGART, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: May 18, 2022

End of Document

Date and Time: Tuesday, 8. August 2023 16:51:00 CEST

Job Number: 203065063

Documents (75)

1. [Demo-Verbot am TagX! Angst vor Krawallen! Stadt untersagt für morgen geplante Protest-Versammlung nach der Verurteilung von Lina E. \(28\)](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

2. [Direkt nach Urteilsspruch Gemälde-Kleberin droht Berlin mit 1000 STÖRERN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

3. [AUS IHRER REGION](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

4. [Fotograf von Klima-Chaoten vor Gericht Weil er Klebeaktion in der Berliner Gemäldegalerie fotografierte](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

5. [5 Jahre Haft für die linke Lina! Wie aus der höheren Tochter eine Kriescheiben-Brecherin wurde. Und wie jetzt eine Stadt in Angst vor Rache ist](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

6. [Linke Lina erst verknackt dann freigelassen Leipziger Linksextremistin \(28\) nach PrügelÜberfällen verurteilt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

7. [Linke Lina erst verknackt dann freigelassen Leipziger Linksextremistin \(28\) nach Prügel-Über-fällen verurteilt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

8. ["Tag X" Staatsanwalt verummt im Polizeikessel!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

9. [AUS IHRER REGION](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

10. [Jung, links, BRUTAL! POLIZEI JAGT DIE "HAMMERBANDE"](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

11. [Jung, links, BRUTAL! POLIZEI JAGT DIE "HAMMERBANDE"](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

12. [Rathaus warnt Mitarbeiter vor "Bedrohungslage"](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

13. [Am TAG X entgeht ihm nix! 30 Monitore, 54 Beamte! Polizei-Chef René Demmler zeigt BILD seine Anti-Randale-Zentrale](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

14. [STAATSFEIND AUF DER FLUCHT Johann G.\(29\) ist der mutmaßliche Drahtzieher der linksextremen Schläger-bande um Line E.-und seit Jahren nicht zu fassen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

15. [STAATS-FEIND AUF DER FLUCHT Johann G. \(29\) ist der mutmaßliche Drahtzieher der linksextremen Schläger-bande um Line E.- und seit Jahren nicht zu fassen](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

16. [HEUTE SOLL ER GEGEN DIE LEIPZIGER LINKSEXTREMISTIN LINA E. AUSSAGEN Mordauftrag gegen den Kronzeugen!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

17. [PROZESS gegen Lina E. Überfallener Wirt sagt aus](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

18. [PROZESS gegen Lina E. Überfallener Wirt sagt aus](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

19. [Prozess gegen Lina E. Überfallener Wirt sagt aus](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

20. [Linksextremisten drohen mit massiven Anschlägen 1Mio. Euro Randale-Schaden für jede Razzia!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

21. [Linksextremisten drohen mit massiven Anschlägen 1Mio. Euro Randale-Schaden für jede Razzia!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

22. [AUS IHRER REGION](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

23. [Prozess um Lina E. RECHTSEXTREMES PRÜGELOPFER ÄNDERT AUSSAGE](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

24. [Der Lina E.klat! Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feiern](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

25. [Der Lina E.klat! Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feiern](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben
26. <u>Der Lina E.klat! Linke dürfen ihre Rächerin im Gericht feiern</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben
27. <u>KRONZEUGE PACKT ÜBER MUTMAßLICHE LINKSEXTREMISTEN VON LEIPZIG AUS!</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben
28. <u>Kronzeuge packt über mutmaßliche Linksextremisten von Leipzig aus!</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben
29. <u>Das BERMUDA-DREIECK von Connewitz WIE AUF DIESEM SPIELPLATZ 1,3 MIO. EURO STEUERGELD VERSCHWANDEN</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben
30. <u>DIE ROTE RÄCHERIN Linksextremistin machte Jagd auf Neonazis in Thüringen , jetzt steht sie vor Gericht</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08,



31. [DIE ROTE RÄCHERIN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

32. [RADIKAL BRUTAL! Warum die Gewalt zwischaen Linken und Rechten eskaliert](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

33. [RADIKAL BRUTAL! Warum die Gewalt zwischen Linken und Rechten eskaliert](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

34. [Heute Antifa-Demo durch Connewitz Polizei rechnet mit linksextremen Angriffen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

35. [Linksextreme Gewaltexzesse und nun auch eine Morddrohung! Die SED-Nachfolger leiden an den Antifa-Aufmärschen ihrer Abgeordneten Juliane Nagel - und lassen sie doch gewähren. Warum? NAGELPROBE FÜR DIE LINKE!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08,



36. [NACH MASKEN-SKANDAL UND DATENLECK! Aufsichtsrat entlastet Klinikvorstand](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

37. [Linksextremer Überfall auf Leipziger Prokuristin SPUR DER SCHLÄGER führt nach Magdeburg](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

38. [KLINIK-MITARBEITERIN GAB DATEN AN LINKSEXTREME WEITER](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

39. [RAZZIA IN CONNEWITZ Verdächtiger soll Lina E. geholfen haben](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

40. [Urteil gegen Lina E. noch vor Ostern?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben



41. [PROZESS GEGEN LINA E. Fünf-Stunden-Plädoyer der Bundesanwaltschaft](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

42. ["Kesselmusik"-Konzert ohne Zwischenfälle](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

43. [FALL LINA E.\(27\) 4 WEITERE MÄNNER ANGEKLAGT](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

44. [Urteil gegen Lina E. \(27\) erst 2023?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

45. [Urteil gegen Lina E. \(27\) erst 2023?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

46. [Heute Sondersitzung wegen Kessel von Leipzig](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

47. [Heute Sondersitzung wegen Kessel von Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

48. [AUS IHRER REGION](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

49. [Linksextreme drohen mit zweiten G20-Krawallen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

50. [Prozess um Linksextremistin Lina E. MORDAUFRUF GEGEN KRONZEUGEN!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

51. [BEI RAZZIA IN LEIPZIG Sachsens Staatsfeind Nr. 1 nur knapp der Polizei entwischt?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

52. [FAHNDUNG! Leipziger Linker an Prügel-Attacke in Budapest beteiligt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

53. [Lina-E.-Prozess Kein Urteil dieses Jahr!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

54. [Körperverletzung WEITERER ANKLAGEPUNKT GEGEN LINA E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

55. [Von Vermummten verprügelt! EX-NPD-STADTRAT ENTLASTET LINA E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

56. [Lina E. als Vorbild SPD-Politiker gefiel Gewaltversteher-Tweet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

Narrowed by



News

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

57. [LEIPZIG](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

58. [LEIPZIG](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

59. [Bekennerschreiben nach Anschlag auf sächsische Landesvertretung](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

60. [Bekennerschreiben nach Anschlag auf sächsische Landesvertretung](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

61. [Razzia in Connewitz Neue Hinweise zu linksextremen Straftaten?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben



62. [DRESDEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

63. [PRÜGEL-ERMITTLEMENTE EINGESTELLT](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

64. [LINA-PROZESS Kein Urteil dieses Jahr](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

65. [Kirche will über Kriminalisierung von mutmaßlicher LINKSEXTREMEN diskutieren](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

66. [CONNEWITZ-RAZZIA IM MORGENGRAUEN!](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

67. [LINA-PROZESS Mann verprügelt, weil er verdächtige Mütze trug](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

68. [Lina - Prozess SO LIEF DER ÜBERFALL AUF DEN NPD-STADTRAT](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

69. [LEIPZIG](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

70. [Vorwurf des Linksextremismus Anklage-Erweiterung gegen Leipzigerin \(26\)](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

71. [THÜRINGEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

72. [DRESDEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

73. [LEIPZIG](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

74. [DRESDEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben

75. [LEIPZIG](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: BILD Regionalausgaben



Demo-Verbot am TagX!; Angst vor Krawallen! Stadt untersagt für morgen geplante Protest-Versammlung nach der Verurteilung von Lina E. (28)

BILD Leipzig

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 13; Ausg. 126

Length: 613 words

Body

Leipzig - Morgen steht Leipzig der größte Polizeieinsatz seit zwei Jahren bevor! Zum "Tag X" mobilisieren Linksextreme teils europaweit für Krawalle.

Anlass ist der Prozess gegen Linksextremistin Lina E. (28), die am Mittwoch zu 5 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt, aber vorläufig aus dem Knast entlassen wurde.

Gestern Abend entschied die Stadt: Die für Samstag in diesem Zusammenhang angemeldete Demo wird verboten! Begründet wird der Schritt damit, dass nach "derzeit erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist".

Und weiter: "Auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse kann alleinig ein Versammlungsverbot als geeignete Maßnahme zur Verhinderung eines unfriedlichen Versammlungsverlaufs gesehen werden."

Die Demo (Motto: "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!") sollte 17 Uhr in der Wolfgang-Heinze-Straße beginnen und durch die Stadt bis zur Richard-Wagner-Straße führen. Dort war eine Abschlusskundgebung geplant. Angemeldet waren 500 Teilnehmer. Die Polizei rechnet hingegen mit weitaus mehr Protestlern, darunter auch zahlreiche gewaltbereite Autonome.

Ob es tatsächlich bei dem Verbot bleibt, wird davon abhängen, wie Gerichte über mögliche Widersprüche entscheiden.

Linksextreme haben im Falle eines Demo-Verbots "dezentrale Aktionen" im Stadtgebiet angedroht, auch beim Stadtfest und im Umfeld des Konzerts von Herbert Grönemeyer in der Red-Bull-Arena.

Um Krawalle zu unterbinden, hat die Polizei massive Unterstützung aus allen Bundesländern und vom Bund angefordert. So sollen rund 2500 Polizisten im Einsatz sein.

Demo-Verbot am TagXI!; Angst vor Krawallen! Stadt untersagt für morgen geplante Protest-Versammlung nach der Verurteilung von Lina E. (28)

BILD erfuhr: Vor allem Bayern stellt viele Hundertschaften. Darunter auch mehrere Unterstützungscommandos (USK) - Einheiten, die auf gewalttätige Ausschreitungen spezialisiert sind.

OB Burkhard Jung (65, SPD): "Ich mache mir große Sorgen. Das Gewaltpotenzial, was sich äußert, ist enorm. Es gibt Aufrufe aus ganz Deutschland und Europa. Ich würde mir, gerade von der Leipziger LINKE, ein Signal der Mäßigung wünschen."

Zugleich gab es am Donnerstag immerhin noch eine gute Nachricht für Fußball-Fans. Nachdem lange eine Absage gedroht hatte, steht nun nämlich fest: Das Sachsenpokal-Finale zwischen Lok Leipzig und dem Chemnitzer FC findet am Sonnabend wie geplant statt (Anstoß: 16.15 Uhr, Plache-Stadion). 9300 Karten sind verkauft.

Warum diese Entscheidung? OB Burkhard Jung: "Der Sächsische Fußballverband war nicht bereit, das Finale zu verschieben." Denn an dem Termin hängt viel Fernsehgeld für die beiden Vereine und den Verband. Regressforderungen standen im Raum.

Jung: "Durch vier zusätzlich bereitgestellte Hundertschaften kann die Polizei das Spiel nun mit Kräften absichern." Und dann wurde der OB persönlich: "Eine Absage fände ich auch ein bedenkliches Zeichen: Fans, Sportler und Vereine haben sich auf den Tag vorbereitet."

Hier kontrolliert die Polizei ab heute Abend

Leipzig - Ab heute, 18 Uhr, werden weite Teile der Stadt für 48 Stunden zum besonderen Kontrollbereich erklärt.

Innerhalb des Kreises, der u. a. nahezu die gesamte Innenstadt umfasst, kann die Polizei ohne konkreten Verdacht die Identitäten von potenziell gefährlichen Personen überprüfen. Zudem ist es den Beamten erlaubt, unter anderem Kofferräume oder Taschen auf verbotene Gegenstände wie Waffen hin zu kontrollieren.

Polizeisprecherin Sandra Freitag zu BILD: "Wir empfehlen jedem, seinen Personalausweis dabei zu haben." Hilfreich für Besucher des Grönemeyer-Konzertes in der Red-Bull-Arena sei es zudem, das Eintrittsticket dabei zu haben.

Eine gesetzliche Pflicht, Ausweis oder Ticket bei sich zu tragen, bestünde allerdings nicht, betont Freitag.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Nachdem am Mittwoch das Urteil gegen Lina E. verkündet wurde, eskalierte am Abend eine Demo im Leipziger Osten

In der Nacht nach dem Urteil wurde ein Rover Mini in der Mühlholzgasse in Connewitz angezündet

Fotos: PICXELL, M.GOLEJEWSKI/ADORAPRESS, FINN BECKER/XCITEPRESS, ERIC PANNIER/7AKTUELL

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Demo-Verbot am TagXI!; Angst vor Krawallen! Stadt untersagt für morgen geplante Protest-Versammlung nach der Verurteilung von Lina E. (28)

Journal Code: BILEI

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); VERURTEILUNGEN (90%); FUSSBALL (86%); POLIZEIKRÄFTE (78%); STÄDTE (76%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (73%); SPORT- UND FREIZEITSTÄTTEN (70%); SPORTFANS (66%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); BAYERN, DEUTSCHLAND (57%); EUROPÄISCHE UNION (92%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Direkt nach Urteilsspruch; Gemälde-Kleberin droht Berlin mit 1000 STÖRERN

BILD Berlin

Mittwoch 28. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Berlin/Brandenburg; S. 9; Ausg. 148

Length: 254 words

Byline: Asky

Body

Moabit - Die Verurteilung zur Geldstrafe stachelt Klima-Kleberin Lina E. (20) erst so richtig auf. Sie verhöhnt die Richterin, kündigt weitere Straftaten an.

"Im September sind wir alle wieder in Berlin", sagt sie - es klingt wie eine Drohung. "Ich rechne mit einem vierstelligen Bereich an Menschen, die auf die Straßen gehen." Die Rede ist von tausend Chaoten der "Letzten Generation".

DAS URTEIL

1300 Euro (130 Tagessätze á 10 Euro). Für sechs Straßenblockaden mit Hunderten Opfern in Autos, Bussen und Lastwagen, die 2022 in Berlin im Klima-Stau steckten.

Und: Am 25. August 2022 demolierte sie in der Gemäldegalerie den historischen Holzrahmen eines Cranach-Gemäldes. Lina E. hatte sich daran festgeklebt, kurz vor dem Prozess aber die Kosten für die Restaurierung überwiesen (rund 2500 Euro).

Die verurteilten Straftatbestände: gemeinschädliche Sachbeschädigung, Widerstand, Nötigung.

DIE RICHTERIN

Autofahrer "wurden instrumentalisiert, um größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzeugen", sagt Corinna Sassenroth, Richterin am Amtsgericht Tiergarten. Festkleben sei "destruktiv", man müsse "politisch aktiv werden", um Klimaziele zu erreichen. Das Geständnis der Abitur-Abrecherin war strafmildernd.

DIE UNEINSICHTIGE

Direkt nach Urteilsspruch; Gemälde-Kleberin droht Berlin mit 1000 STÖRERN

"Das Urteil macht mich total wütend", sagt sie. Ihre Bilanz: "um die 50 Proteste", "drei Dutzend Strafverfahren", einmal rechtskräftig verurteilt (Hausfriedensbruch, 600 Euro, bezahlt).

"Ich klebe mich weiter auf Straßen. Ziviler Widerstand ist der Weg, massenhafter Druck auf den Straßen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Lina E. (20) gestern vor Gericht

Amtsrichterin Corinna Sassenroth

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIBE

Subject: GELDSTRAFEN & GELDBUSSEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); RICHTER (90%); STRAFTATEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); GESTÄNDNISSE VOR GERICHT (78%); VANDALISMUS (75%); KLIMASCHUTZ (73%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (68%)

Industry: FAHRZEUGVERKEHR (76%); MUSEEN & GALERIEN (73%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (93%); BRANDENBURG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 28, 2023

End of Document

AUS IHRER REGION

BILD Leipzig

Donnerstag 8. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 131

Length: 219 words

Body

ZENTRUM - Attacke auf Polizei

Am Brühl wurde Dienstagabend ein Streifenwagen beschädigt, als die Beamten gerade einen Fall in den Höfen am Brühl zu klären hatten. Eine Zeugin sah den Täter. Auf der Suche wurden die Polizisten im Center mit einer Plastikflasche beworfen. Sie konnten einen Russen (17) als Tatverdächtigen fassen.

LIEBERTWOLKWITZ - Auto gestohlen

In der Jahnstraße ist über Nacht ein weißer Renault Master (Kennzeichen L-UL 5510) verschwunden. Wert: mehr als 10 000 Euro. Fahndung!

LINDENAU - Späti aufgebrochen

Einbrecher haben aus einem Spätverkauf in der Karl-Heine-Straße einen vierstelligen Bargeldbetrag geklaut. Zudem nahmen sie drei Überwachungskameras mit. Sie flüchteten durch ein Fenster.

ZENTRUM - Lotto-Gewinner

Ein Leipziger hat am 1. Juni einen Spielschein für den "Eurojackpot" mit fünf Gewinnzahlen abgegeben und damit rund 379 000 Euro gewonnen. Noch hat sich der Spieler nicht gemeldet.

DRESDEN - Revision eingelegt

Lina E. und drei weitere Angeklagte haben Revision gegen ihre Verurteilung wegen linksextremer Gewalttaten eingelegt. Das teilte das Oberlandesgericht (OLG) Dresden mit. Lina E. war zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden, Drei Mitangeklagte erhielten Strafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: DIEBSTAHL (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ZEUGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ÜBERWACHUNG (78%); ANKLAGEN (77%); STRAFZUMESSUNG (72%); GERICHTSHÖFE (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Fotograf von Klima-Chaoten vor Gericht; Weil er Klebeaktion in der Berliner Gemäldegalerie fotografierte

BILD Berlin

Samstag 8. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Berlin/Brandenburg; S. 9; Ausg. 157

Length: 201 words

Byline: Nora

Body

Berlin - Die Klebeaktion der "Letzten Generation" vom 25. August 2022 in der Berliner Gemäldegalerie hat nicht nur für die beiden Klimaaktivistinnen ein gerichtliches Nachspiel.

Vor dem Amtsgericht stand gestern auch ein Mitstreiter, weil er die zwei fotografiert haben soll: Wie sie links und rechts am historischen Goldrahmen des Gemäldes "Die Ruhe auf der Flucht nach Ägypten" kleben. Um Bilder anschließend in den sozialen Netzwerken zu veröffentlichen.

Aber ist sowas überhaupt strafbar? Der Staatsanwalt meint: "Ja." Sein Vorwurf: Beihilfe zur gemeinschädlichen Sachbeschädigung.

Der Angeklagte Edmund S. (59), ein Projektmanager aus Braunschweig, wehrt sich dagegen. Für seinen Anwalt ist das Ganze ein "rechtlich ein schwieriger Fall".

Polizist Maximilian D. (26): "Ich bin danach auf den Angeklagten zugegangen." Sein Handy wurde beschlagnahmt und er zur Gefangenensammelstelle gefahren

Aber hat er wirklich fotografiert? Zu der entscheidenden Frage will sich Edmund S. bisher nicht äußern.

Klima-Kleberin Maja Winkelmann (24) wurde bereits zu vier Monaten Haft verurteilt. Lina E. (20) bekam eine Geldstrafe von 1300 Euro. Gegen Edmund S. gibt es am 21. Juli eine Fortsetzung.

Original Gesamtseiten-PDF

Fotograf von Klima-Chaoten vor Gericht; Weil er Klebeaktion in der Berliner Gemäldegalerie fotografierte

Graphic

Die Klima-Chaotinnen klebten sich am Gemälde fest

Fotos: AUFSTAND DER LETZTEN GENERATION, MOFOTO

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIBE

Subject: GERICHTSHÖFE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); KLIMASCHUTZ (78%); STAATSANWÄLTE (78%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (78%); GELDSTRAFEN & GELDBUSSEN (77%); VERURTEILUNGEN (73%); GERICHTSURTEILE (72%); STRAFZUMESSUNG (72%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (71%); SOZIALE NETZWERKE (56%)

Industry: MUSEEN & GALERIEN (90%); STAATSANWÄLTE (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (71%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (92%); BRAUNSCHWEIG, DEUTSCHLAND (58%); BRANDENBURG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: July 8, 2023

End of Document

5 Jahre Haft für die linke Lina!; Wie aus der höheren Tochter eine Knie scheiben-Brecherin wurde. Und wie jetzt eine Stadt in Angst vor Rache ist

BILD Thüringen

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: ; S. 3; Ausg. 125

Length: 346 words

Byline: B. Schilz

T. Fischer

M. Tabaczynski

K. Keim

Body

Dresden - Als Lina E. im November 2020 aus einem Polizeihubschrauber abgeführt wird, trägt sie Nike-Turnschuhe, Nagellack und Minirock.

Sie ist Tochter eines Oberstudienrats aus Kassel, studiert Sozialpädagogik auf Master - ein scheinbar gutbürgerliches Leben.

Doch gestern verurteilte das Oberlandesgericht Dresden Lina E. (28) zu fünf Jahren und drei Monaten Haft. Für die Richter steht fest: Die Studentin soll das führende Mitglied einer brutalen linksextremen Schläger-Truppe gewesen sein - der "Hammerbande".

Zu diesem Namen kam die Bande wegen ihrer Überfälle auf tatsächliche und vermeintliche Neonazis. Dabei war Lina A. laut Gericht eine Art "Überblicksperson". Sie nahm demnach am Training der Bande teil, bereitete Angriffe vor, darunter auf NPD-Politiker. Die Taten waren laut einem Kronzeugen, den die "NZZ" zitiert, akribisch geplant, sollten niemals länger als 30 Sekunden dauern.

5 Jahre Haft für die linke Lina!; Wie aus der höheren Tochter eine Kniescheiben-Brecherin wurde. Und wie jetzt eine Stadt in Angst vor Rache ist

Man habe geübt, Kniescheiben mit Eisenstangen zu zertrümmern und Schädel mit Hämtern einzuschlagen. Die Opfer der Attacken waren zwischen 2018 und 2020 zum Teil schwer verletzt worden. Kanalarbeiter Tobias N. (34) aus Leipzig traf es nur, weil er eine Mütze der bei Rechtsextremen beliebten Marke "Greifvogel Wear" trug. Ihm wurden von der Bande die Gesichtsknochen zertrümmert. Richter Hans Schlüter-Staats (61): "Er trug die Mütze eines rechten Labels, ohne sich dessen Bedeutung bewusst zu sein."

Bei der Urteilsverkündung gestern skandierten Unterstützer aus der linksextremen Szene Parolen wie "Fasch-Freunde" oder "Schweine-System". Dabei war das Gericht sogar noch deutlich unter den Strafforderungen der Staatsanwaltschaft geblieben.

Lennard A. (28, drei Jahre Haft), Jannis R. (37, zwei Jahre und fünf Monate Haft) und Jonathan M. (28, drei Jahre und drei Monate Haft) wurden gestern ebenfalls verurteilt. Für jedes Jahr Haft hatten linke Chaoten im Internet eine Million Euro Schaden angedroht, zu Randalen am Wochenende u. a. in Leipzig aufgerufen. In der Stadt fürchtet man jetzt einen Gewaltausbruch. Die Polizei ist in höchster Alarmbereitschaft.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Im November 2020 wurde die Studentin verhaftet und mit dem Hubschrauber zum Haftrichter des Bundesgerichtshofs nach Karlsruhe geflogen

Lina E. (28) gestern vor dem sächsischen Oberlandesgericht

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BITH

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RICHTER (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (89%); STAATSANWÄLTE (78%); GERICHTSURTEILE (77%); POLITIK (74%); ZEUGEN (73%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); HUBSCHRAUBER (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KASSEL, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 1, 2023

5 Jahre Haft für die linke Lina!; Wie aus der höheren Tochter eine Kniescheiben-Brecherin wurde. Und wie jetzt eine Stadt in Angst vor Rache ist

End of Document

Linke Lina erst verknackt dann freigelassen; Leipziger Linksextremistin (28) nach PrügelÜberfällen verurteilt

BILD Leipzig

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 125

Length: 1140 words

Byline: B. Schilz

T. Fischer

M. Tabaczynski

K. Keim

Mig

Jri

Body

Leipzig/Dresden - SIE IST FREI! Hammer-Urteil nach 97 Verhandlungstagen für die linksextreme Schläger-Bande um Lina E. (28) aus Leipzig.

Extremismus-Richter Hans Schlüter-Staats (61, verhandelte bereits die rechte "Gruppe Freital") verurteilte die Studentin (seit November 2020 in U-Haft) zu 5 Jahren und 3 Monaten Haft. Aber bei der Erklärung des Richters am Abend der Paukenschlag: Schlüter-Staats setzte den Haftbefehl aus, nannte eine Rheumaerkrankung und identifizierende Berichterstattung der Presse als Gründe. Die Verurteilte muss sich lediglich zweimal wöchentlich melden.

Dennoch: Der Richter sah es als erwiesen an, dass Lina E. und ihre Helfer Lennard A. (28, drei Jahre Haft), Jannis R. (37, zwei Jahre und fünf Monate Haft) und Jonathan M. (28, drei Jahre und drei Monate Haft) in

Linke Lina erst verknackt dann freigelassen; Leipziger Linksextremistin (28) nach PrügelÜberfällen verurteilt

unterschiedlichen Tatbeteiligungen Rechtsextreme und deren Anhänger in Sachsen und Thüringen überfallen hatten und brutal verletzten.

Das Oberlandesgericht spricht von einer kriminellen Vereinigung. Motiv: Hass auf Rechtsextreme.

Die Urteilsverkündung fand gestern unter einem Großaufgebot an Polizei im Hochsicherheitsgerichtssaal in Dresden statt. Linksextreme drohten bereits vor dem Urteilsspruch mit Vergeltung am sogenannten "Tag X", der kommenden Samstag sein soll. Die Sicherheitsbehörden befürchten u. a. in Leipzig schwere Krawalle.

Immer wieder wurde die Urteilsbegründung durch Anhänger der linken Szene im Zuschauerraum gestört. Rufe wie "Fascho-Freunde" oder "Schweine-System" hallten durch den Saal. Die Polizei stürmte später hinein, das Gericht erteilte u. a. dem Vater von Lennart A. nach Störungen Hausverbot.

Die linksextreme Gruppierung um Lina E. soll zwischen 2018 und 2020 mehrere Überfälle in Wurzen, Leipzig und Eisenach begangen haben.

Die Opfer: lokale NPD-Politiker und Rechtsextreme, welche mal mit Schlagstöcken und mal mit Hämtern schwer verletzt wurden.

"Bei allen Defiziten politisch rechts motivierter Straftäter: Es gibt keine Notwehr", so der Richter. "Auch ein Nazi wird nicht durch seine Taten vogelfrei."

Und es traf auch Leute, die nur rechts aussahen, wie Straßenarbeiter Tobias N. (34) aus Leipzig. Ihm wurden von der Bande die Gesichtsknochen zertrümmert. Schlüter-Staats: "Er trug die Mütze eines rechten Labels, ohne sich dessen Bedeutung bewusst zu sein."

Thomas Haldenwang (63), Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sagte nach dem Urteil, man könne von Glück sagen, "dass bisher noch kein Opfer zu Tode gekommen ist."

Doch wer ist eigentlich die junge Frau, die eine "herausgehobene Stellung" in der Schläger-Truppe hatte?

Lina E. - in Kassel (Hessen) geboren, die Mutter Sozialpädagogin, der Vater Oberstudienrat. Abitur, Studium der Sozialpädagogik in Halle / Saale. Bachelorarbeit zum "Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit" - Note: sehr gut. Im Frauenknast machte sie zuletzt eine Qualifikation als Tischlerin.

Auch nach Prozessbeginn agierte die Gruppe weiter, gab es Überfälle auf Rechtsextreme - zuletzt in Budapest. Beteilt soll hier auch Linas Verlobter sein - der untergetauchte Johann G. (29), der als Rädelführer der Bande gilt.

Sachsens Innenminister Armin Schuster (62, CDU): "Die Ermittlungen verdeutlichen, dass die vier Verurteilten nicht alleine gehandelt haben. Wir werden weiter ermitteln, das Netzwerk weiter aufdecken."

Die Blutspur der linken Schläger-Bande

Wo sie überall zuschlugen

Leipzig - Mit Hämtern und Schlagstöcken prügeln die Linksextremisten auf ihre Feinde aus dem rechten Milieu ein. Sie verletzten ihre Opfer schwer, immer ging es blutig zu. Der kriminellen Vereinigung um Studentin Lina E. (28) aus Leipzig wurden - mit unterschiedlicher Tatbeteiligung - folgende Angriffe zur Last gelegt.

2. Oktober 2018, Leipzig:

Dunkel gekleidete Gestalten passen Ex-NPD-Stadtrat Enrico Böhm (40) beim Verlassen seiner Wohnung ab. Sie treten ihn zu Boden, zertrümmern seine Kniescheibe.

30. Oktober 2018, Wurzen:

Linke Lina erst verknackt dann freigelassen; Leipziger Linksextremistin (28) nach PrügelÜberfällen verurteilt

Auf dem Weg zum Fußballtraining wird Cedric S. (25), der beim Neonazi-Überfall auf Connewitz im Januar 2016 dabei war, von mehreren Angreifern mit Fäusten und einem Teleskopschlagstock verprügelt.

8. Januar 2019, Leipzig:

Straßenarbeiter Tobias N. (34) wird in Connewitz von einer Gruppe als vermeintlich Rechter identifiziert, verprügelt und schwer verletzt. Grund: Er trägt eine Mütze der bei Rechten beliebten Marke "Greifvogel Wear".

19. Oktober und 14. Dezember 2019, Eisenach:

Leon R. (24), Betreiber des Neonazi-Treffs "Bull's Eye", und Kneipenbesucher bzw. Begleiter werden zweimal mit Schlagstöcken und Faustschlägen angegriffen.

15. Februar 2020, Wurzen:

Angriff auf eine Gruppe Neonazis, die an einem rechtsextremen Aufmarsch am Gedenktag der Bombardierung in Dresden teilgenommen hatten.

Angst vor Krawall! Polizei richtet Kontrollkreis ein

Leipzig - Vor dem Hintergrund der angekündigten Krawalle am "Tag X" am Samstag hat das sächsische Innenministerium die Einrichtung eines 48-stündigen "Kontrollkreises" angeordnet.

Innerhalb dieses Bereichs, der sich vom Willy-Brandt-Platz über Torgauer Platz, Koburger Straße, Gießerstraße, Lützner Straße bis zum Tröndlinring erstreckt, sind verdachtsunabhängige Kontrollen von Personen möglich. Der Kontrollbereich gilt von Freitag, 2. Juni ab 18 Uhr bis einschließlich Sonntag, 4. Juni 18 Uhr.

Darüber hinaus wird die Polizeidirektion Leipzig an den größten Ausfallstraßen der Stadt den Verkehr kontrollieren, die Bundespolizei will Krawallmacher, die mit dem Zug ankommen, schon am Hauptbahnhof herausfiltern.

In einem Schreiben auf "Indymedia" hatten Linksextreme für den Fall eines Demo-Verbots auch "Aktionen" beim Stadtfest und am Rande des Herbert-Grönemeyer-Konzertes angedroht. Die Entscheidung über ein Verbot ist noch nicht gefallen.

Stadtfest-Veranstalter Bernd Hochmuth (70) verspricht auf BILD-Anfrage: "Wir haben ein mit der Polizei abgestimmtes Sicherheitskonzept, niemand muss Angst haben. Wir planen wie immer ein friedliches Fest - es wird keine Schleusen oder Zäune geben."

Lina sollte mit NSU-Terroristin sitzen

Im Chemnitzer Frauenknast

Chemnitz - Die eine ist die wohl bekannteste Linksextremistin Deutschlands, die andere die schlimmste Rechtsterroristin: Lina E. (28) und Beate Zschäpe (48) sollten in der JVA Chemnitz sogar in den selben Knast.

Die Haftanstalt (derzeit 251 Gefangene) ist das einzige Gefängnis für Frauen in Sachsen. Viel Kontakt hätten beide aber nicht gehabt. "Straftäter und Inhaftierte, die im Kontext des politischen Extremismus gehandelt haben, werden im Haftalltag weitgehend getrennt. Konflikte sollen so vermieden werden", so Vize-Anstaltsleiter Michael Brinkmann (60) zu BILD.

Die Zellen sind 12,56 m² bzw. 33 m² groß, letztere mit zwei Einzel-Schlafbereichen plus gemeinsamer Nasszelle. Weckzeit ist um 6 Uhr, außer an Wochenenden und Feiertagen. Heute Mittag auf dem Speiseplan: Schnitzel (wahlweise Gemüseschnitzel), Sommergemüse und Kartoffeln.

Original Gesamtseiten-PDF

Linke Lina erst verknackt dann freigelassen; Leipziger Linksextremistin (28) nach PrügelÜberfällen verurteilt

Graphic

Eine Spezialeinheit flog die Linksextreme nach ihrer Festnahme im November 2020 zum Haftrichter am Bundesgerichtshof

Fotos: JENS SCHLUETER/AFP, RONALD WITTEK/EPA-EFE, HENDRIK SCHMIDT/DPA, EIBNER/PICTURE-ALLIANCE, BJÖRN KIETZMANN, CHRISTIAN FISCHER/BILD 13

Das "Bull's Eye" in Eisenach

Die JVA Chemnitz ist das einzige Gefängnis für Frauen in Sachsen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: RICHTER (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); POLITIK (77%); POLITISCHE PARTEIEN (77%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (77%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (75%); AUSSCHREITUNGEN (72%); TOD & STERBEN (72%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (63%); RHEUMA-ERKRANKUNGEN (55%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BUDAPEST, UNGARN (75%); KASSEL, DEUTSCHLAND (75%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); HALLE, DEUTSCHLAND (55%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (71%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (56%); HESSEN, DEUTSCHLAND (55%); UNGARN (75%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Linke Lina erst verknackt dann freigelassen; Leipziger Linksextremistin (28) nach Prügel-Über-fällen verurteilt

BILD Dresden

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 11; Ausg. 125

Length: 1140 words

Byline: B. Schilz

T. Fischer

M. Tabaczynski

K. Keim

Mig

Jri

Body

Leipzig/Dresden - SIE IST FREI! Hammer-Urteil nach 97 Verhandlungstagen für die linksextreme Schläger-Bande um Lina E. (28) aus Leipzig.

Extremismus-Richter Hans Schlüter-Staats (61, verhandelte bereits die rechte "Gruppe Freital") verurteilte die Studentin (seit November 2020 in U-Haft) zu 5 Jahren und 3 Monaten Haft. Aber bei der Erklärung des Richters am Abend der Paukenschlag: Schlüter-Staats setzte den Haftbefehl aus, nannte eine Rheumaerkrankung und identifizierende Berichterstattung der Presse als Gründe. Die Verurteilte muss sich lediglich zweimal wöchentlich melden.

Dennoch: Der Richter sah es als erwiesen an, dass Lina E. und ihre Helfer Lennard A. (28, drei Jahre Haft), Jannis R. (37, zwei Jahre und fünf Monate Haft) und Jonathan M. (28, drei Jahre und drei Monate Haft) in

Linke Lina erst verknackt dann freigelassen; Leipziger Linksextremistin (28) nach Prügel-Überfällen verurteilt

unterschiedlichen Tatbeteiligungen Rechtsextreme und deren Anhänger in Sachsen und Thüringen überfallen hatten und brutal verletzten.

Das Oberlandesgericht spricht von einer kriminellen Vereinigung. Motiv: Hass auf Rechtsextreme.

Die Urteilsverkündung fand gestern unter einem Großaufgebot an Polizei im Hochsicherheitsgerichtssaal in Dresden statt. Linksextreme drohten bereits vor dem Urteilsspruch mit Vergeltung am sogenannten "Tag X", der kommenden Samstag sein soll. Die Sicherheitsbehörden befürchten u. a. in Leipzig schwere Krawalle.

Immer wieder wurde die Urteilsbegründung durch Anhänger der linken Szene im Zuschauerraum gestört. Rufe wie "Fascho-Freunde" oder "Schweine-System" hallten durch den Saal. Die Polizei stürmte später hinein, das Gericht erteilte u. a. dem Vater von Lennart A. nach Störungen Hausverbot.

Die linksextreme Gruppierung um Lina E. soll zwischen 2018 und 2020 mehrere Überfälle in Wurzen, Leipzig und Eisenach begangen haben.

Die Opfer: lokale NPD-Politiker und Rechtsextreme, welche mal mit Schlagstöcken und mal mit Hämtern schwer verletzt wurden.

"Bei allen Defiziten politisch rechts motivierter Straftäter: Es gibt keine Notwehr", so der Richter. "Auch ein Nazi wird nicht durch seine Taten vogelfrei."

Und es traf auch Leute, die nur rechts aussahen, wie Straßenarbeiter Tobias N. (34) aus Leipzig. Ihm wurden von der Bande die Gesichtsknochen zertrümmert. Schlüter-Staats: "Er trug die Mütze eines rechten Labels, ohne sich dessen Bedeutung bewusst zu sein."

Thomas Haldenwang (63), Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sagte nach dem Urteil, man könne von Glück sagen, "dass bisher noch kein Opfer zu Tode gekommen ist."

Doch wer ist eigentlich die junge Frau, die eine "herausgehobene Stellung" in der Schläger-Truppe hatte?

Lina E. - in Kassel (Hessen) geboren, die Mutter Sozialpädagogin, der Vater Oberstudienrat. Abitur, Studium der Sozialpädagogik in Halle / Saale. Bachelorarbeit zum "Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit" - Note: sehr gut. Im Frauenknast machte sie zuletzt eine Qualifikation als Tischlerin.

Auch nach Prozessbeginn agierte die Gruppe weiter, gab es Überfälle auf Rechtsextreme - zuletzt in Budapest. Beteilt soll hier auch Linas Verlobter sein - der untergetauchte Johann G. (29), der als Rädelführer der Bande gilt.

Sachsens Innenminister Armin Schuster (62, CDU): "Die Ermittlungen verdeutlichen, dass die vier Verurteilten nicht alleine gehandelt haben. Wir werden weiter ermitteln, das Netzwerk weiter aufdecken."

Die Blutspur der linken Schläger-Bande

Wo sie überall zuschlugen

Leipzig - Mit Hämtern und Schlagstöcken prügeln die Linksextremisten auf ihre Feinde aus dem rechten Milieu ein. Sie verletzten ihre Opfer schwer, immer ging es blutig zu. Der kriminellen Vereinigung um Studentin Lina E. (28) aus Leipzig wurden - mit unterschiedlicher Tatbeteiligung - folgende Angriffe zur Last gelegt.

2. Oktober 2018, Leipzig:

Dunkel gekleidete Gestalten passen Ex-NPD-Stadtrat Enrico Böhm (40) beim Verlassen seiner Wohnung ab. Sie treten ihn zu Boden, zertrümmern seine Kniescheibe.

30. Oktober 2018, Wurzen:

Linke Lina erst verknackt dann freigelassen; Leipziger Linksextremistin (28) nach Prügel-Überfällen verurteilt

Auf dem Weg zum Fußballtraining wird Cedric S. (25), der beim Neonazi-Überfall auf Connewitz im Januar 2016 dabei war, von mehreren Angreifern mit Fäusten und einem Teleskopschlagstock verprügelt.

8. Januar 2019, Leipzig:

Straßenarbeiter Tobias N. (34) wird in Connewitz von einer Gruppe als vermeintlich Rechter identifiziert, verprügelt und schwer verletzt. Grund: Er trägt eine Mütze der bei Rechten beliebten Marke "Greifvogel Wear".

19. Oktober und 14. Dezember 2019, Eisenach:

Leon R. (24), Betreiber des Neonazi-Treffs "Bull's Eye", und Kneipenbesucher bzw. Begleiter werden zweimal mit Schlagstöcken und Faustschlägen angegriffen.

15. Februar 2020, Wurzen:

Angriff auf eine Gruppe Neonazis, die an einem rechtsextremen Aufmarsch am Gedenktag der Bombardierung in Dresden teilgenommen hatten.

Angst vor Krawall! Polizei richtet Kontrollkreis ein

Leipzig - Vor dem Hintergrund der angekündigten Krawalle am "Tag X" am Samstag hat das sächsische Innenministerium die Einrichtung eines 48-stündigen "Kontrollkreises" angeordnet.

Innerhalb dieses Bereichs, der sich vom Willy-Brandt-Platz über Torgauer Platz, Koburger Straße, Gießerstraße, Lützner Straße bis zum Tröndlinring erstreckt, sind verdachtsunabhängige Kontrollen von Personen möglich. Der Kontrollbereich gilt von Freitag, 2. Juni ab 18 Uhr bis einschließlich Sonntag, 4. Juni 18 Uhr.

Darüber hinaus wird die Polizeidirektion Leipzig an den größten Ausfallstraßen der Stadt den Verkehr kontrollieren, die Bundespolizei will Krawallmacher, die mit dem Zug ankommen, schon am Hauptbahnhof herausfiltern.

In einem Schreiben auf "Indymedia" hatten Linksextreme für den Fall eines Demo-Verbots auch "Aktionen" beim Stadtfest und am Rande des Herbert-Grönemeyer-Konzertes angedroht. Die Entscheidung über ein Verbot ist noch nicht gefallen.

Stadtfest-Veranstalter Bernd Hochmuth (70) verspricht auf BILD-Anfrage: "Wir haben ein mit der Polizei abgestimmtes Sicherheitskonzept, niemand muss Angst haben. Wir planen wie immer ein friedliches Fest - es wird keine Schleusen oder Zäune geben."

Lina sollte mit NSU-Terroristin sitzen

Im Chemnitzer Frauenknast

Chemnitz - Die eine ist die wohl bekannteste Linksextremistin Deutschlands, die andere die schlimmste Rechtsterroristin: Lina E. (28) und Beate Zschäpe (48) sollten in der JVA Chemnitz sogar in den selben Knast.

Die Haftanstalt (derzeit 251 Gefangene) ist das einzige Gefängnis für Frauen in Sachsen. Viel Kontakt hätten beide aber nicht gehabt. "Straftäter und Inhaftierte, die im Kontext des politischen Extremismus gehandelt haben, werden im Haftalltag weitgehend getrennt. Konflikte sollen so vermieden werden", so Vize-Anstaltsleiter Michael Brinkmann (60) zu BILD.

Die Zellen sind 12,56 m² bzw. 33 m² groß, letztere mit zwei Einzel-Schlafbereichen plus gemeinsamer Nasszelle. Weckzeit ist um 6 Uhr, außer an Wochenenden und Feiertagen. Heute Mittag auf dem Speiseplan: Schnitzel (wahlweise Gemüseschnitzel), Sommergemüse und Kartoffeln.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Eine Spezialeinheit flog die Linksextreme nach ihrer Festnahme im November 2020 zum Haftrichter am Bundesgerichtshof

Fotos: JENS SCHLUETER/AFP, RONALD WITTEK/EPA-EFE, HENDRIK SCHMIDT/DPA, EIBNER/PICTURE-ALLIANCE, BJÖRN KIETZMANN, CHRISTIAN FISCHER/BILD 13

Das "Bull's Eye" in Eisenach

Die JVA Chemnitz ist das einzige Gefängnis für Frauen in Sachsen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: RICHTER (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); POLITIK (77%); POLITISCHE PARTEIEN (77%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (77%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (75%); AUSSCHREITUNGEN (72%); TOD & STERBEN (72%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (63%); RHEUMA-ERKRANKUNGEN (55%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BUDAPEST, UNGARN (75%); KASSEL, DEUTSCHLAND (75%); HALLE, DEUTSCHLAND (55%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (71%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (56%); HESSEN, DEUTSCHLAND (55%); UNGARN (75%)

Load-Date: June 1, 2023

"Tag X"; Staatsanwalt verummt im Polizeikessel!

BILD Leipzig

Freitag 23. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 144

Length: 227 words

Byline: Jnu

Body

Leipzig - "Nichtvermummung war eher der Einzelfall", sagt Polizeipräsident René Demmler (51) drei Wochen nach den linksextremen Krawallen zum "Tag X". Doch nun kommt raus: Unter den 1000 Eingekesselten auf dem Heinrich-Schütz-Platz waren auch ein vermummter Staatsanwalt und eine vermummte Polizistin!

Brisant, denn zuvor waren mehrere Aufzüge wegen vermummter Teilnehmer verboten worden! Die beiden hätten die Vermummung trotzdem getragen - zum "Eigenschutz".

Demmler räumt zudem Fehler ein. Bei der elfstündigen "Umschließung" sei "nicht alles optimal gelaufen", da auch Unbeteiligte in die Polizeimaßnahme geraten waren, darunter 87 Jugendliche (über 14) und zwei Kinder (beide 13), die man den Eltern übergeben habe. Sechs Jugendliche kamen in Gewahrsam.

Eine weitere Panne: Die Versorgung mit 1000 Litern Trinkwasser, Toiletten und Lebensmitteln war zwar sichergestellt. Dies habe aber nicht jeder Eingeschlossene mitbekommen. Demmler: "Manches war nicht klar kommuniziert." Er gab auch zu, dass seine Beamten nicht berechtigt waren, Personen ohne Verdacht zu kontrollieren.

Zudem habe der Toilettenwagen gegen 1 Uhr wieder abrücken müssen. "Der Fahrer musste sich an seine Lenkzeiten halten."

Bei den mehrtägigen Krawallen nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. (28) waren insgesamt zwölf Chaoten vorläufig festgenommen worden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ein Video zeigt den Staatsanwalt (Mitte), dahinter die Polizistin

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); JUGENDLICHE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); VERHAFTUNGEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 23, 2023

End of Document

AUS IHRER REGION

BILD Leipzig

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 133

Length: 204 words

Body

CONNEWITZ - Revision gegen Lina-Urteil

Im Fall der verurteilten Linksextremistin Lina E. hat nun auch die Bundesanwaltschaft Revision gegen das Urteil des OLG Dresden eingelegt. Das sagte eine Sprecherin in Karlsruhe am Freitag.

ZWENKAU - Leiche entdeckt

Eine Frau (48) war am Morgen vermisst worden. Am Zwenkauer See wurden dann Gegenstände von ihr entdeckt. Taucher suchten nach der Frau, fanden sie später leblos im Wasser. Umstände noch unklar, die Polizei ermittelt.

CITY - Drogen-Razzia

Die Polizei hat bei Durchsuchungen in sechs Wohnungen in Leipzig und Magdeburg mehrere Kilogramm Drogen sichergestellt. Gegen zwei Männer (32, 37) wurden Haftbefehle erlassen. Bei den Razzien konnten neben Computern und Rauschgiftzubehör auch eine fünfstellige Bargeldsumme beschlagnahmt werden.

WAHREN - Traditionsbahn feiert

Die Parkeisenbahn am Auensee wird am Sonntag 70 Jahre alt. 13 Uhr beginnt das Programm u. a. mit Wunsch-Disco und Rock'n'Roll-Show.

CITY - Räuberische Erpressung

Ein 15-Jähriger fuhr am Donnerstag 3 Uhr mit der Bahn Richtung Miltitz, als zwei Jungs (ca. 17) zustiegen. Unter Drohungen forderten sie seine Uhr und Tasche, die das Opfer auch herausgab. Die Polizei sucht Zeugen: 0341/966 4 6666.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: VERURTEILUNGEN (90%); STAATSANWÄLTE (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (77%); VERHAFTUNGEN (75%); ERPRESSUNG (73%); ZEUGEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (57%); MAGDEBURG, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 10, 2023

End of Document

Jung, links, BRUTAL!; POLIZEI JAGT DIE "HAMMERBANDE"

BILD Dresden

Montag 8. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 12; Ausg. 106

Length: 236 words

Body

Leipzig/Dresden - Sie sind jung, linksextrem und gewaltbereit.

Im Januar attackierten Linksextreme mit Axt und Schlagstock zwei Neonazis in Erfurt, verletzten sie schwer.

Anfang Februar sollen dann mindestens acht deutsche Linksextremisten in Budapest mutmaßliche Neonazis überfallen und mit Tritten, Totschlägern und Reizgas zum Teil schwer verletzt haben (BILD berichtete). Einige der Schläger sitzen noch immer in Ungarn in Haft, andere sind auf der Flucht.

Die Spur des brutalen Überfalls von Budapest führte schnell nach Sachsen. Ermittler glauben: Die Täter sind ein Beweis dafür, dass die berüchtigte "Hammerbande" noch immer aktiv ist - auch wenn Lina E. (28), eine ihrer mutmaßlichen Rädelsführerinnen, wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung seit 20 Monaten vor dem Dresdner Oberlandesgericht steht.

Im Juni sollen die junge Leipzigerin und drei Mitangeklagte verurteilt werden, die Bundesanwaltschaft fordert 8 Jahre Haft. Und schon jetzt mobilisiert die linksradikale Szene europaweit für den "Tag X", droht mit Vergeltungsschlägen: Eine Million Euro Sachschaden für jedes Jahr Haft, eine Million für jede Razzia, so ein Aufruf auf dem Onlineportal "Indymedia" Anfang April. Angriffsziele: Baustellen, Polizeireviere, Justizgebäude, die JVA Chemnitz, in der Lina E. einsitzt.

Im Fokus der Ermittler: acht junge, gewaltbereite Linksextreme. BILD erklärt die "Hammerbande"!

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PAUL MÜNTRICH (26) Laut Ermittlern Vertrauter von Guntermann. Wahrscheinlich leben beide zusammen im Untergrund. Der Student und Kampfsportler wird wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gesucht. Wegen Drogendelikten und gefährlicher Körperverletzung polizeibekannt. War ebenfalls in Budapest dabei.

MORITZ SCHROETER (21) Soll sich Silvester 2020/21 an Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz beteiligt haben. Gegen ihn wurde schon wegen Landfriedensbruchs ermittelt. Wurde in Budapest vorläufig festgenommen, derzeit auf der Flucht.

NELE ASCHOFF (21) Soll im Januar 2018 beim Angriff auf die Ditib-Moschee in Leipzig beteiligt gewesen sein (Scheiben eingeworfen, Bitumen versprüht). Generell gilt: Wer bei solchen "Auslands-Einsätzen" wie in Ungarn dabei war, gehört zum engsten, radikalen Kreis. Sie ist auf der Flucht.

TOBIAS E. (29) Polizeibekannt wegen Landfriedensbruchs (Juni 2019). Nach den Budapest-Attacken wurde er in einem Taxi gefasst, sitzt in U-Haft. Er soll die Verbindung der Leipziger "Hammerbande" nach Berlin sein - und in Deutschland mit einem versuchten Tötungsdelikt in Verbindung stehen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VERHAFTUNGEN (78%); STRAFZUMESSUNG (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GERICHTSHÖFE (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); WEBSITES & WEBPORTALE (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); BUDAPEST, UNGARN (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (58%); ERFURT, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (79%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (78%); EUROPA (78%); UNGARN (73%)

Load-Date: May 8, 2023

Jung, links, BRUTAL!; POLIZEI JAGT DIE "HAMMERBANDE"

BILD Leipzig

Montag 8. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 12; Ausg. 106

Length: 236 words

Body

Leipzig/Dresden - Sie sind jung, linksextrem und gewaltbereit.

Im Januar attackierten Linksextreme mit Axt und Schlagstock zwei Neonazis in Erfurt, verletzten sie schwer.

Anfang Februar sollen dann mindestens acht deutsche Linksextremisten in Budapest mutmaßliche Neonazis überfallen und mit Tritten, Totschlägern und Reizgas zum Teil schwer verletzt haben (BILD berichtete). Einige der Schläger sitzen noch immer in Ungarn in Haft, andere sind auf der Flucht.

Die Spur des brutalen Überfalls von Budapest führte schnell nach Sachsen. Ermittler glauben: Die Täter sind ein Beweis dafür, dass die berüchtigte "Hammerbande" noch immer aktiv ist - auch wenn Lina E. (28), eine ihrer mutmaßlichen Rädelsführerinnen, wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung seit 20 Monaten vor dem Dresdner Oberlandesgericht steht.

Im Juni sollen die junge Leipzigerin und drei Mitangeklagte verurteilt werden, die Bundesanwaltschaft fordert 8 Jahre Haft. Und schon jetzt mobilisiert die linksradikale Szene europaweit für den "Tag X", droht mit Vergeltungsschlägen: Eine Million Euro Sachschaden für jedes Jahr Haft, eine Million für jede Razzia, so ein Aufruf auf dem Onlineportal "Indymedia" Anfang April. Angriffsziele: Baustellen, Polizeireviere, Justizgebäude, die JVA Chemnitz, in der Lina E. einsitzt.

Im Fokus der Ermittler: acht junge, gewaltbereite Linksextreme. BILD erklärt die "Hammerbande"!

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PAUL MÜNTRICH (26) Laut Ermittlern Vertrauter von Guntermann. Wahrscheinlich leben beide zusammen im Untergrund. Der Student und Kampfsportler wird wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gesucht. Wegen Drogendelikten und gefährlicher Körperverletzung polizeibekannt. War ebenfalls in Budapest dabei.

MORITZ SCHROETER (21) Soll sich Silvester 2020/21 an Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz beteiligt haben. Gegen ihn wurde schon wegen Landfriedensbruchs ermittelt. Wurde in Budapest vorläufig festgenommen, derzeit auf der Flucht.

NELE ASCHOFF (21) Soll im Januar 2018 beim Angriff auf die Ditib-Moschee in Leipzig beteiligt gewesen sein (Scheiben eingeworfen, Bitumen versprüht). Generell gilt: Wer bei solchen "Auslands-Einsätzen" wie in Ungarn dabei war, gehört zum engsten, radikalen Kreis. Sie ist auf der Flucht.

TOBIAS E. (29) Polizeibekannt wegen Landfriedensbruchs (Juni 2019). Nach den Budapest-Attacken wurde er in einem Taxi gefasst, sitzt in U-Haft. Er soll die Verbindung der Leipziger "Hammerbande" nach Berlin sein - und in Deutschland mit einem versuchten Tötungsdelikt in Verbindung stehen.

Quelle: POLIZEI UNGARN, PRIVAT, TWITTER

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VERHAFTUNGEN (78%); STRAFZUMESSUNG (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GERICHTSHÖFE (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); WEBSITES & WEBPORTALE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BUDAPEST, UNGARN (73%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (58%); ERFURT, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (79%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (78%); EUROPA (78%); UNGARN (73%)

Load-Date: May 8, 2023

Rathaus warnt Mitarbeiter vor "Bedrohungslage"

BILD Leipzig

Montag 22. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 117

Length: 214 words

Byline: Et

Body

Leipzig - Das Neue Rathaus ist heute Sicherheitszone. Bis auf den Haupteingang bleiben alle Zugänge dicht. Und wer vorn rein will, wird durch den Sicherheitsdienst kontrolliert.

Offiziell gibt es für diesen "Testtag" keinen konkreten Anlass. Doch in einem internen Rundschreiben an die Mitarbeiter, das BILD vorliegt, spricht die Verwaltung von "zunehmend strafatrelevanten Bedrohungslagen", listet Bombendrohungen, aber auch Diebstähle auf. Auf BILD-Nachfrage heißt es: "Die Stadtverwaltung äußert sich grundsätzlich nicht zu strafrechtlich relevanten Taten." Es gehe lediglich um die "Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen unter Bedingungen von Mitarbeitersicherheit". Fakt ist: Schon vor Jahren hat OB Burkhard Jung (65, SPD) sein Büro sichern lassen. Wer hinein möchte, muss eine Videokontrolle bestehen. Auch stand Jung nach mehreren Drohungen schon unter Polizeischutz. Innerhalb des Rathauses wird spekuliert, dass der "Sicherheitstag" ein Testlauf für den Tag X sei, an dem das Urteil gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. fällt. Die linke Szene hat bereits Anschläge angedroht.

Um so überraschender ist nun der "ereignisunabhängige" Testtag. Die Linke im Stadtrat: "Es bleibt völlig unklar, ob es doch eine neue Sicherheitslage gibt!"

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Im Rathaus gibt es heute Sicherheitskontrollen und nur noch einen Eingang

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: INSPEKTIONEN (78%); BOMBENANSCHLÄGE (76%); DIEBSTAHL (71%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (69%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: May 22, 2023

End of Document

Am TAG X entgeht ihm nix!; 30 Monitore, 54 Beamte! Polizei-Chef René Demmler zeigt BI LD seine Anti-Randale-Zentrale

BILD Leipzig

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 127

Length: 332 words

Byline: Michael Klug

Body

Leipzig - 2500 Polizisten, drei Hubschrauberbesatzungen, Wasserwerfer, Reiterstaffeln ...

René Demmler (51) leitet heute einen der größten Polizeieinsätze der letzten Jahre. Und er ist live dabei: Im abgeschirmten "Raum BAO" (Besondere Aufbauorganisation) entgeht dem Polizeichef am "Tag X" nix!

Hier, im rückwärtigen Bereich der Polizeidirektion an der Dimitroffstraße, koordiniert Demmlers Führungsstab die Polizisten auf der Straße. 54 Beamte treffen hier alle Entscheidungen. Herzstück im Raum ist die riesige Videowand mit rund 30 Monitoren, die in Echtzeit Bilder aus Hunderten Kameras übertragen. "Dabei handelt es sich um stationäre Kameras und solche, die wir bei Bedarf zuschalten können", sagt ein Polizeisprecher. "Unsere Quellen sind unter anderem die Verkehrsüberwachung, Lageberichte und Bilder aus den Hubschrauberkameras."

Allein die Kameras der Helikopter liefern hochauflösende Bilder vom gesamten Stadtgebiet - so scharf, dass selbst Gesichter erkennbar sind. Um selbst den letzten Winkel in der Messestadt einsehen zu können, wird die Polizei am Wochenende überdies mobile Kameras aufstellen.

5,7 Millionen Euro hat der Raum gekostet, das Hightech-Equipment weitere 1,5 Millionen Euro! In der vorderen Querreihe sitzt die Einsatzführung, bestehend aus einem Polizeiführer, einem Leiter des Führungsstabes und der Führungsassistenz.

Heute, am Tag X, wird Polizeipräsident Demmler persönlich das Kommando übernehmen. Denn es geht um die Sicherheit von 300 000 Menschen, die zum Stadtfest, zum Grönemeyer-Konzert, zum Sachsenpokal-Finale, zum RB-Public-Viewing auf den Markt wollen ...

Am TAG X entgeht ihm nix!; 30 Monitore, 54 Beamte! Polizei-Chef René Demmler zeigt BI LD seine Anti-Randale-Zentrale

Zwar hat die Stadt die Demo der Linksextremisten verboten, dennoch haben sich 1500 gewaltbereite Autonome und 4000 Sympathisanten angekündigt. Und sie drohen schon seit Wochen, Rache für die Verurteilung von Lina E. (28) und ihrer linksradikalen Schlägerbande zu nehmen: 1 Million Euro Schaden für jedes Jahr Gefängnis.

Die Vier wurden zu über 14 Jahren Haft verurteilt.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Blick in die Sicherheitszentrale

René Demmler (51) leitet heute einen der größten Polizeieinsätze der letzten Jahre

Fotos: RICO THUMSER, POLIZEIDIREKTION LEIPZIG, THOMAS SCHOLZ/DPA/PICTURE-ALLIANCE, JAN WOITAS/DPA

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: FÜHRUNGSKRÄFTE (90%); POLIZEIKRÄFTE (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); ÜBERWACHUNG (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (73%); STRAFZUMESSUNG (68%); VERURTEILUNGEN (68%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

STAATSFEIND AUF DER FLUCHT; Johann G.(29) ist der mutmaßliche Drahtzieher der linksextremen schläger-bande um line E.-und seit Jahren nicht zu fassen

BILD Thüringen

Montag 6. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: THÜRINGEN; S. 9; Ausg. 31

Length: 484 words

Byline: K. Keim

B. Schilz

Body

Leipzig/Erfurt - Vor dem Oberlandesgericht in Dresden geht heute der Prozess gegen die Leipziger Linksextremistin Lina E. (27) weiter. Sie soll als Kopf einer linken Schlägerbande an mindestens sechs brutalen Überfällen auf Neonazis zumindest beteiligt gewesen sein.

Es ist der mittlerweile 85. Verhandlungstag gegen Lina E. und ihre Bande - doch einer fehlt bis heute auf der Anklagebank:

Johann G. (29)! Er gilt als Strippenzieher des Schläger-Trupps und ist inzwischen der meistgesuchte Linksextremist Deutschlands. Gleich mehrere Haftbefehle liegen gegen ihn vor. Es geht um linken Terror, die Bildung einer kriminellen Vereinigung. Der Generalbundesanwalt fahndet nach ihm!

JOHANN G., DER STAATSFEIND!

G. wird in Halle geboren, wächst in Leipzig auf, zieht dann mit der Familie nach Bayern - und kehrt, gerade volljährig geworden, 2011 zurück: als radikaler Linksextremist! "In Sachsen hat er mehrere Straftaten begangen", so ein Ermittler zu BILD. "Er griff auf Demos mehrere Männer an." 2018 wird er u. a. wegen Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung (er warf u. a. Steine aufs Amtsgericht) zu 19 Monaten Haft verurteilt.

STAATSFEIND AUF DER FLUCHT; Johann G.(29) ist der mutmaßliche Drahtzieher der linksextremen schläger-band um line E.-und seit Jahren nicht zu fassen

Doch nach dem Knast macht er weiter. Als am 19. Oktober 2019 in Eisenach die Neonazi-Kneipe "Bull's Eye" überfallen wird, Vermummte mehrere Gäste und den Wirt brutal misshandeln, wird G.'s DNA am Tatort gefunden. Laut Anklage soll er an mindestens drei Überfällen beteiligt gewesen sein.

Geschnappt wird aber später nicht er, sondern seine Freundin Lina E. ...

"Sie war eine Mitläuferin, erst er hat aus Lina E. eine gefährliche Linksextreme gemacht", so ein Fahnder.

Johann G. setzt sich nach Thailand ab, reist im Juli 2020 zwar wieder nach Europa ein - doch dann verliert sich seine Spur. Insider vermuten ihn mal in der Schweiz, dann wieder in Griechenland.

ODER IST ER LÄNGST WIEDER HIER?

Als am 12. Januar in Erfurt zwei Neonazis überfallen und schwer verletzt werden, setzen die Angreifer Axt, Hammer und Schlagstock ein. Ein Opfer erleidet einen Schädelbruch.

Die Vorgehensweise erinnert stark an die Gruppe um Johann G. "Es geht darum, nachhaltig zu verletzen, nicht zu töten", sagte ein von Johann G. rekrutiertes Ex-Mitglied der Lina-Bande aus. "Deshalb sollten Hämmer zum Einsatz kommen."

DER FALL LINA E.

Seit dem 8. September 2021 verhandelt das Oberlandesgericht Dresden gegen Lina E. (27), die Partnerin von Johann G. (29), und drei weitere Mitglieder einer kriminellen Vereinigung. Die Bande soll ab September 2019 bei Überfällen auf Neonazis in Sachsen und Thüringen zwölf Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt haben. Die aus Kassel stammende Pädagogik-Studentin wurde am 5. November 2020 in Leipzig-Connewitz festgenommen, sitzt seitdem in U-Haft. Ein Urteil könnte im Sommer fallen. In der linken Szene wird Lina E. dagegen als Helden ("Free Lina") gefeiert, auf Demos wird immer wieder ihre Freilassung gefordert.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

19. Oktober 2019: Die Gruppe um Johann G. und Lina E. soll mit anderen das "Bull's Eye" in Eisenach (Thüringen) überfallen haben

19. April 2018: Johann G. erscheint in Ralph-Lauren-Hemd und Gucci-Gürtel vorm Leipziger Landgericht. Seine Hände sind mit altdeutschen Buchstaben tätowiert

6. November 2020: Lina E. (27) wird zum Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof geflogen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BITH

STAATSFEIND AUF DER FLUCHT; Johann G.(29) ist der mutmaßliche Drahtzieher der linksextremen schläger-band um line E.-und seit Jahren nicht zu fassen

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); VERHAFTUNGEN (89%); GERICHTSURTEILE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFTATEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERURTEILUNGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); RECHTSANWÄLTE (73%); DNA (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); RECHTSANWÄLTE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); ERFURT, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (94%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (94%); BAYERN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (59%); GRIECHENLAND (58%); EUROPA (57%); THAILAND (54%)

Load-Date: February 6, 2023

End of Document

STAATS-FEIND AUF DER FLUCHT; Johann G. (29) ist der mutmaßliche Drahtzieher der linksextremen Schläger-bande um Line E.- und seit Jahren nicht zu fassen

BILD Dresden

Montag 6. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 31

Length: 483 words

Byline: K. Keim

B. Schilz

Body

Leipzig - Vor dem Oberlandesgericht in Dresden geht heute der Prozess gegen die Leipziger Linksextremistin Lina E. (27) weiter. Sie soll als Kopf einer linken Schlägerbande an mindestens sechs brutalen Überfällen auf Neonazis zumindest beteiligt gewesen sein.

Es ist der mittlerweile 85. Verhandlungstag gegen Lina E. und ihre Bande - doch einer fehlt bis heute auf der Anklagebank: Johann G. (29)! Er gilt als Strippenzieher des Schläger-Trupps und ist inzwischen der meistgesuchte Linksextremist Deutschlands. Gleich mehrere Haftbefehle liegen gegen ihn vor. Es geht um linken Terror, die Bildung einer kriminellen Vereinigung. Der Generalbundesanwalt fahndet nach ihm!

Johann G., der Staatsfeind!

G. wird in Halle geboren, wächst in Leipzig auf, zieht dann mit der Familie nach Bayern - und kehrt, gerade volljährig geworden, 2011 zurück: als radikaler Links-extremist! "In Sachsen hat er mehrere Straftaten begangen", so ein Ermittler zu BILD. "Er griff auf Demos mehrere Männer an." 2018 wird er u. a. wegen Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung (er warf u. a. Steine aufs Amtsgericht) zu 19 Monaten Haft verurteilt.

Doch nach dem Knast macht er weiter. Als am 19. Oktober 2019 in Eisenach die Neonazi - Kneipe "Bull's Eye" überfallen wird, vermummte mehrere Gäste und den Wirt brutal misshandeln, wird G.'s DNA am Tatort gefunden. Laut Anklage soll er an mindestens drei Überfällen beteiligt gewesen sein.

STAATS-FEIND AUF DER FLUCHT; Johann G. (29) ist der mutmaßliche Drahtzieher der linksextremen Schläger-band um Line E.- und seit Jahren nicht zu fassen

Geschnappt wird aber später nicht er, sondern seine Freundin Lina E. ...

"Sie war eine Mitläuferin, erst er hat aus Lina E. eine gefährliche Linksextreme gemacht", so ein Fahnder.

Johann G. setzt sich nach Thailand ab, reist im Juli 2020 zwar wieder nach Europa ein - doch dann verliert sich seine Spur. Insider vermuten ihn mal in der Schweiz, dann wieder in Griechenland.

Oder ist er längst wieder hier?

Als am 12. Januar in Erfurt zwei Neonazis überfallen und schwer verletzt werden, setzen die Angreifer Axt, Hammer und Schlagstock ein. Ein Opfer erleidet einen Schädelbruch.

Die Vorgehensweise erinnert stark an die Gruppe um Johann G. "Es geht darum, nachhaltig zu verletzen, nicht zu töten", sagte ein von Johann G. rekrutiertes Ex-Mitglied der Lina-Bande aus. "Deshalb sollten Hämmer zum Einsatz kommen."

DER FALL LINA E.

Seit dem 8. September 2021 verhandelt das Oberlandesgericht Dresden gegen Lina E. (27), die Partnerin von Johann G. (29), und drei weitere Mitglieder einer kriminellen Vereinigung. Die Bande soll ab September 2019 bei Überfällen auf Neonazis in Sachsen und Thüringen zwölf Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt haben. Die aus Kassel stammende Pädagogik-Studentin wurde am 5. November 2020 in Leipzig-Connewitz festgenommen, sitzt seitdem in U-Haft. Ein Urteil könnte im Sommer fallen. In der linken Szene wird Lina E. dagegen als Heldin ("Free Lina") gefeiert, auf Demos wird immer wieder ihre Freilassung gefordert.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

19. April 2018: Johann G. erscheint in Ralph-Lauren-Hemd und Gucci-Gürtel vor dem Leipziger Landgericht. Seine Hände sind mit altdeutschen Buchstaben tätowiert

Florian R. wurde bei einem Angriff in Erfurt im Januar 2023 schwer verletzt

6. November 2020: Lina E. (27) wird zum Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof geflogen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); VERHAFTUNGEN (89%); GERICHTSURTEILE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%);

STAATS-FEIND AUF DER FLUCHT; Johann G. (29) ist der mutmaßliche Drahtzieher der linksextremen Schläger-band um Line E.- und seit Jahren nicht zu fassen

STRAFTATEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERURTEILUNGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); RECHTSANWÄLTE (73%); DNA (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); RECHTSANWÄLTE (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); ERFURT, DEUTSCHLAND (58%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (94%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (92%); BAYERN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (59%); GRIECHENLAND (58%); EUROPA (57%); THAILAND (54%)

Load-Date: February 6, 2023

End of Document

HEUTE SOLL ER GEGEN DIE LEIPZIGER LINKSEXTREMISTIN LINA E. AUSSAGEN; Mordaufruf gegen den Kronzeugen!

BILD Leipzig

Donnerstag 28. Juli 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 174

Length: 243 words

Byline: B. Schilz

Body

Leipzig - Seit 59 Tagen steht die mutmaßliche Connewitzer Linksextremistin Lina E. (27) in Dresden vor Gericht. Heute soll nun erstmals ein Mittäter aus der linken Szene als Kronzeuge aussagen - doch ihm wird inzwischen mit dem Tod gedroht!

Lina E. und ihre drei Mitangeklagten sollen mehrere Neonazis gezielt überfallen und schwerst misshandelt haben. Alle vier schweigen zu den Vorwürfen.

Die Ankläger hoffen nun auf Johannes D. (30), einen mutmaßlichen Mittäter. Der war im Oktober 2021 im Internet von seiner Ex-Freundin beschuldigt worden, sie vergewaltigt zu haben. Er fiel in der Szene in Ungnade - und packte kurz darauf bei der Polizei aus. Aufgrund seiner Aussagen soll es dann mehrere Razzien in der linksextremen Szene von Leipzig und Berlin gegeben haben.

Seitdem wird Johannes D. gejagt! Im Internet kursieren Fotos von ihm, mit seinem vollen Namen. Er wird als Verräter und Vergewaltiger dargestellt, nach Hinweisen zu seinem Aufenthalt gesucht. Ein Antifa-Video zeigt ein meterhohes Graffiti mit dem Schriftzug "Freiheit für Lina, 9 mm für den 31er." Mit 9 Millimeter ist das Kaliber einer Waffe gemeint, 31 ist der Code für Verräter - die Zahl steht für den Paragraphen zur Straffreiheit für Kronzeugen.

Der vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats (60): "Wir sehen, dass der Zeuge ernsthaft gefährdet ist, recherchieren gerade zu den Mordaufrufen!"

Für die Vernehmung des Kronzeugen sind vier Verhandlungstage eingeplant.

Original Gesamtseiten-PDF

HEUTE SOLL ER GEGEN DIE LEIPZIGER LINKSEXTREMISTIN LINA E. AUSSAGEN; Mordaufruf gegen den Kronzeugen!

Graphic

Lina E. wird derzeit der Prozess gemacht. Einer ihrer früheren Komplizen packte aus

Mit Foto und Klarnamen! So wird im Internet über den "Verräter" gehetzt

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ZEUGEN (94%); GERICHTSPROZESSE (90%); MISSHANDLUNG & VERNACHLÄSSIGUNG (78%); RICHTER (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: July 28, 2022

End of Document

PROZESS gegen Lina E.; Überfallener Wirt sagt aus

BILD Thüringen

Donnerstag 17. März 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: THTHÜRINGEN; S. 11; Ausg. 64

Length: 204 words

Byline: B. Schilz

Body

Dresden/Eisenach - Tag 36 im Prozess gegen Lina E. (26) und mutmaßliche Mittäter wegen Überfällen auf Rechtsradikale.

Leon R. (28), Gastwirt des "Bull's Eye", einer rechten Szene-Kneipe in Eisenach, wurde zweimal überfallen und sagte gestern vor dem Oberlandesgericht aus.

Kurz nach Mitternacht des 19. Oktober 2019 stürmten laut Anklage mehrere Vermummte das Lokal. R.: "Ich wurde mit einem Teleskop-Schlagstock angegriffen, wehrte mich mit Bierkrügen. Der ganze Überfall auf mich und fünf Gäste dauerte etwa eine Minute, dann rief eine Frau 'Rückzug!' und sprühte noch mal Pfefferspray."

Die Frau soll laut Anklage Lina E. gewesen sein, die auch beim zweiten Überfall am 14. Dezember angeblich das Kommando führte. Der Gastwirt: "Der Stimme nach war es die gleiche Frau."

Die Angreifer passten damals R. und Freunde auf dem Heimweg von der Kneipe ab. R.: "Sie hatten Pfefferspray und Schlagstöcke, ließen von mir ab, als ich mit Abwehrrspray zurücksprühte und ein Teppichmesser zog."

Der Mitangeklagte Jonathan M. (27) soll bei beiden Überfällen dabeigewesen sein. Die Verteidigung sieht das als widerlegt an. Telefon- und Videoüberwachung aus einem weiteren Verfahren sollen belegen, dass er in Berlin war.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PROZESS gegen Lina E.; Überfallener Wirt sagt aus

Lina E. steht seit Anfang September vor Gericht

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BITH

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); ÜBERWACHUNG (73%); GERICHTSHÖFE (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (57%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: March 17, 2022

End of Document

PROZESS gegen Lina E.; Überfallener Wirt sagt aus

BILD Leipzig

Donnerstag 17. März 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 64

Length: 204 words

Byline: B. Schilz

Body

Dresden/Leipzig - Tag 36 im Prozess gegen Lina E. (26) und mutmaßliche Mittäter wegen Überfällen auf Rechtsradikale.

Leon R. (28), Gastwirt des "Bull's eye", einer rechten Szene-Kneipe in Eisenach, wurde zwei Mal überfallen und sagte gestern vor dem Oberlandesgericht aus.

Kurz nach Mitternacht des 19. Oktober 2019 stürmten laut Anklage mehrere Vermummte das Lokal. R.: "Ich wurde mit einem Teleskop-Schlagstock angegriffen, wehrte mich mit Bierkrügen. Der ganze Überfall auf mich und fünf Gäste dauerte etwa eine Minute, dann rief eine Frau 'Rückzug!' und sprühte noch mal Pfefferspray."

Die Frau soll laut Anklage Lina E. gewesen sein, die auch beim zweiten Überfall am 14. Dezember angeblich das Kommando führte. Der Gastwirt: "Der Stimme nach war es die gleiche Frau."

Die Angreifer passten damals R. und Freunde auf dem Heimweg von der Kneipe ab. R.: "Sie hatten Pfefferspray und Schlagstöcke, ließen von mir ab, als ich mit Abwehrrspray zurücksprühte und ein Teppichmesser zog."

Der Mitangeklagte Jonathan M. (27) soll bei beiden Überfällen dabei gewesen sein. Die Verteidigung sieht das als widerlegt an. Telefon- und Videoüberwachung aus einem weiteren Verfahren sollen belegen, dass er in Berlin war.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PROZESS gegen Lina E.; Überfallener Wirt sagt aus

Fotos: PETER SCHULZE, BILD13/CHRISTIAN FISCHER

Lina E. steht seit Anfang September vor Gericht

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); ÜBERWACHUNG (73%); GERICHTSHÖFE (72%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (57%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: March 17, 2022

End of Document

Prozess gegen Lina E.; Überfallener Wirt sagt aus

BILD Dresden

Donnerstag 17. März 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 11; Ausg. 64

Length: 204 words

Byline: B. Schilz

Body

Dresden/Leipzig - Tag 36 im Prozess gegen Lina E. (26) und mutmaßliche Mittäter wegen Überfällen auf Rechtsradikale.

Leon R. (28), Gastwirt des "Bull's eye", einer rechten Szene-Kneipe in Eisenach, wurde zwei Mal überfallen und sagte gestern vor dem Oberlandesgericht aus.

Kurz nach Mitternacht des 19. Oktober 2019 stürmten laut Anklage mehrere Vermummte das Lokal. R.: "Ich wurde mit einem Teleskop-Schlagstock angegriffen, wehrte mich mit Bierkrügen. Der ganze Überfall auf mich und fünf Gäste dauerte etwa eine Minute, dann rief eine Frau 'Rückzug!' und sprühte noch mal Pfefferspray."

Die Frau soll laut Anklage Lina E. gewesen sein, die auch beim zweiten Überfall am 14. Dezember angeblich das Kommando führte. Der Gastwirt: "Der Stimme nach war es die gleiche Frau."

Die Angreifer passten damals R. und Freunde auf dem Heimweg von der Kneipe ab. R.: "Sie hatten Pfefferspray und Schlagstöcke, ließen von mir ab, als ich mit Abwehrrspray zurücksprühte und ein Teppichmesser zog."

Der Mitangeklagte Jonathan M. (27) soll bei beiden Überfällen dabei gewesen sein. Die Verteidigung sieht das als widerlegt an. Telefon- und Videoüberwachung aus einem weiteren Verfahren sollen belegen, dass er in Berlin war.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Prozess gegen Lina E.; Überfallener Wirt sagt aus

Fotos: PETER SCHULZE, BILD13/CHRISTIAN FISCHER

Das "Bull's eye" gilt als Treffpunkt der rechten Szene in Eisenach

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); ÜBERWACHUNG (73%); GERICHTSHÖFE (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); BERLIN, DEUTSCHLAND (57%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: March 17, 2022

End of Document

Linksextremisten drohen mit massiven Anschlägen; 1Mio. Euro Randale-Schaden für jede Razzia!

BILD Leipzig

Mittwoch 22. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 45

Length: 480 words

Body

LEIPZIG - Brennende Autos, Bagger und Kräne in Zwickau, Leipzig und Dresden, militante Angriffe auf Rechtsextreme in Leipzig und Wurzen, Morddrohungen gegen Sachsens obersten Staatsschützer - Linksextremisten rufen jetzt unverhohlen im Internet zum Terror gegen Behörden, Firmen und Parteien im Freistaat auf.

Auf dem linksextremen Portal "Indymedia" drohen sie: Für jedes Haftjahr, das ein Straftäter aus ihren Reihen im Gefängnis verbüßen soll, "gibt es ab sofort 1 Million Sachschaden bundesweit." Jede Razzia soll ebenfalls zu einer Million Euro Sachschäden führen.

Als Beispiel führen sie die mutmaßliche linksextreme Leipziger Schläger-Bande um Lina E. (28) an, der derzeit der Prozess gemacht wird. Sollten die vier Angeklagten zu insgesamt "17 Jahren Haft" verurteilt werden, würden "Autonome Gruppen" - so bezeichnen sich die Verfasser - Sachschäden über 17 Mio. Euro verursachen.

Sachsens Verfassungsschutzpräsident Dirk-Martin Christian (61) zu BILD: "Aufrufe dieser Art besorgen mich und meine Behörde sehr, da sie einmal mehr die ungebrochene Gewaltbereitschaft der autonomen Szene öffentlich machen. Diese Kategorie Linksextremisten lässt sich dadurch charakterisieren, dass sie ihre Feindbilder regelrecht entmenschlicht und bei Aktionen gegen sie hohe Sach- und Personenschäden billigend in Kauf nimmt."

Sachsens Generalstaatsanwalt prüft derweil Ermittlungen wegen der "Öffentlichen Aufforderung zu Straftaten".

Neue Antifa-Gruppierung im Leipziger Osten

LEIPZIG - Ihr Aufmarschgebiet ist der Osten der Stadt, ihre Aufrufe sind martialischer als der altbekannte Ton der Antifa. Zwei Jahre nach der Verhaftung der Connewitzerin Lina E. formiert sich in der Messestadt derzeit eine neue Linksextreme.

Linksextremisten drohen mit massiven Anschlägen; 1Mio. Euro Randale-Schaden für jede Razzia!

Im Internet nennen sich die Militanten unter anderem "Offene anarchistische Vernetzung", auf einer neugegründeten Plattform riefen sie jüngst zur Menschenjagd auf (aus ihrer Sicht) Neonazis auf. Die Gruppe bekennt sich u.a. zu den jüngsten Randalen auf der Eisenbahnstraße sowie Brandanschlägen auf Firmenfahrzeuge.

Verfassungsschutz-Chef warnt vor Radikalisierung

DRESDEN - Der sächsische Verfassungsschutz sieht eine Radikalisierung in Protestbewegungen.

"Sowohl die Corona-Proteste als auch die Anti-Flüchtlings-Proteste haben zu einer Entgrenzung in der Mitte der Gesellschaft geführt. Rechtsextremisten propagieren Themen und finden damit Anschluss in der bürgerlichen Mitte", sagte Verfassungsschutz-Chef Dirk-Martin Christian der dpa. Menschen aus der Mitte der Gesellschaft würden extremistischen Positionen nicht widersprechen und hätten nichts dagegen, gemeinsam mit Rechtsextremisten an der Seite zu demonstrieren.

Laut Christian ist die Radikalisierung nicht auf "Rechts" beschränkt und zeichne sich auch in der Klimabewegung ab. "Bei Klimaaktivisten stellen wir eine gewisse Distanzlosigkeit gegenüber linksextremistischen Positionen fest."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Am 12. Januar rückte der Staatsschutz zur Razzia in Leipzig-Connewitz an. In der Folge zündeten mutmaßlich Linksextreme Post-Autos an

Millionen-Schaden: Im Oktober 2019 wurden auf einer Baustelle der CG Gruppe in Leipzig drei Kräne angezündet

Fotos: EINSATZFAHRTEN LEIPZIG-SEBASTIAN WILLNOW DPA - SEBASTIAN KAHNERT DPA

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); TERRORANSCHLÄGE (89%); BRANDSTIFTUNG (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); STRAFTATEN (78%); JUSTIZMINISTERIEN (77%); ANKLAGEN (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); VERURTEILUNGEN (76%); RECHTSANWÄLTE (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); FLÜCHTLINGE & VERTRIEBENE (73%); POLITISCHE PARTEIEN (72%); VERHAFTUNGEN (72%); STAATSANWÄLTE (71%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (66%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (74%); STAATSANWÄLTE (71%)

Linksextremisten drohen mit massiven Anschlägen; 1Mio. Euro Randale-Schaden für jede Razzia!

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

Linksextremisten drohen mit massiven Anschlägen; 1Mio. Euro Randale-Schaden für jede Razzia!

BILD Dresden

Mittwoch 22. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 45

Length: 482 words

Body

LEIPZIG/DRESDEN - Brennende Autos, Bagger und Kräne in Zwickau, Leipzig und Dresden, militante Angriffe auf Rechtsextreme in Leipzig und Wurzen, Morddrohungen gegen Sachsens obersten Staatsschützer - Linksextremisten rufen jetzt unverhohlen im Internet zum Terror gegen Behörden, Firmen und Parteien im Freistaat auf.

Auf dem linksextremen Portal "Indymedia" drohen sie: Für jedes Haftjahr, das ein Straftäter aus ihren Reihen im Gefängnis verbüßen soll, "gibt es ab sofort 1 Million Sachschaden bundesweit." Jede Razzia soll ebenfalls zu einer Million Euro Sachschäden führen.

Als Beispiel führen sie die mutmaßliche linksextreme Leipziger Schläger-Bande um Lina E. (28) an, der derzeit der Prozess gemacht wird. Sollten die vier Angeklagten zu insgesamt "17 Jahren Haft" verurteilt werden, würden "Autonome Gruppen" - so bezeichnen sich die Verfasser - Sachschäden über 17 Mio. Euro verursachen.

Sachsens Verfassungsschutzpräsident Dirk-Martin Christian (61) zu BILD: "Aufrufe dieser Art besorgen mich und meine Behörde sehr, da sie einmal mehr die ungebrochene Gewaltbereitschaft der autonomen Szene öffentlich machen. Diese Kategorie Linksextremisten lässt sich dadurch charakterisieren, dass sie ihre Feindbilder regelrecht entmenschlicht und bei Aktionen gegen sie hohe Sach- und Personenschäden billigend in Kauf nimmt."

Sachsens Generalstaatsanwalt prüft derweil Ermittlungen wegen der "Öffentlichen Aufforderung zu Straftaten".

Neue Antifa-Gruppierung im Leipziger Osten

LEIPZIG - Ihr Aufmarschgebiet ist der Osten der Stadt, ihre Aufrufe sind martialischer als der altbekannte Ton der Antifa. Zwei Jahre nach der Verhaftung der Connewitzerin Lina E. formiert sich in der Messestadt derzeit eine neue Linksextreme. Im Internet nennen sich die Militanten unter anderem "Offene anarchistische Vernetzung", auf einer neugegründeten Plattform riefen sie jüngst zur Menschenjagd auf (aus ihrer Sicht) Neonazis auf. Die Gruppe

Linksextremisten drohen mit massiven Anschlägen; 1Mio. Euro Randale-Schaden für jede Razzia!

bekennet sich u.a. zu den jüngsten Randalen auf der Eisenbahnstraße sowie Brandanschlägen auf Firmenfahrzeuge.

Verfassungsschutz-Chef warnt vor Radikalisierung

DRESDEN - Der sächsische Verfassungsschutz sieht eine Radikalisierung in Protestbewegungen.

"Sowohl die Corona-Proteste als auch die Anti-Flüchtlings-Proteste haben zu einer Entgrenzung in der Mitte der Gesellschaft geführt. Rechtsextremisten propagieren Themen und finden damit Anschluss in der bürgerlichen Mitte", sagte Verfassungsschutz-Chef Dirk-Martin Christian der dpa. Menschen aus der Mitte der Gesellschaft würden extremistischen Positionen nicht widersprechen und hätten nichts dagegen, gemeinsam mit Rechtsextremisten an der Seite zu demonstrieren.

Laut Christian ist die Radikalisierung nicht auf "Rechts" beschränkt und zeichne sich auch in der Klimabewegung ab. "Bei Klimaaktivisten stellen wir eine gewisse Distanzlosigkeit gegenüber linksextremistischen Positionen fest."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Am 12. Januar rückte der Staatsschutz zur Razzia in Leipzig-Connewitz an. In der Folge zündeten mutmaßlich Linksextreme Post-Autos an

Millionen-Schaden: Im Oktober 2019 wurden auf einer Baustelle der CG Gruppe in Leipzig drei Kräne angezündet

Verfassungsschutz-Chef Dirk-Martin Christian

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); TERRORANSCHLÄGE (89%); BRANDSTIFTUNG (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); STRAFTATEN (78%); JUSTIZMINISTERIEN (77%); ANKLAGEN (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); VERURTEILUNGEN (76%); RECHTSANWÄLTE (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); FLÜCHTLINGE & VERTRIEBENE (73%); POLITISCHE PARTEIEN (72%); VERHAFTUNGEN (72%); STAATSANWÄLTE (71%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (66%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (74%); STAATSANWÄLTE (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Linksextremisten drohen mit massiven Anschlägen; 1Mio. Euro Randale-Schaden für jede Razzia!

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

AUS IHRER REGION

BILD Sachsen-Anhalt

Freitag 24. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: SACHSENANHALT; S. 11; Ausg. 47

Length: 202 words

Body

WERNIGEROODE - Überfall mit Säbel

Mittwochabend drangen zwei Männer in die Wohnung eines 38-Jährigen ein, schlugen ihn mit einem Schlagstock und einem Säbel nieder. Stahlen einen Rucksack, das Opfer kam in die Klinik. Festnahme.

MAGDEBURG - Rassistischer Polizei-Chat

Die Grünen fordern nach dem jüngsten Polizeikandal einen Untersuchungsausschuss. Auch die anderen Fraktionen im Landtag drangen gestern auf Aufklärung, Konsequenzen und Veränderungen in der Polizeiausbildung. Letzte Woche wurde ein Klassenchat von Polizeischülern mit rassistischen und gewaltverherrlichenden Inhalten bekannt (BILD berichtete).

WITTENBERG - Razzia beim König

Der selbst ernannte Monarch des "Königreich Deutschlands" Peter Fitzek (57) betrieb in Wittenberg seine "Gemeinwohlkasse". Dort sammelte er Geld ein, bot Krankenversicherungsverträge an. Die deutsche Finanzaufsicht BaFin verbot ihm das. Gestern folgte die Razzia. Die Polizei versiegelte die Filiale.

HALLE - Geldstrafe

Rechtsextremist Sven Liebich (52) demonstrierte im Mai 2021 vor dem Chemnitzer Frauenknast. Er forderte den Mord an der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. (28). Das Amtsgericht verurteilte ihn gestern zu einer Zahlung von 1200 Euro.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

AUS IHRER REGION

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BISAAN

Subject: RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); VERHAFTUNGEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); INSTITUTIONELLER RASSISMUS (77%); TÖTUNGSDELIKTE (77%); VERURTEILUNGEN (77%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (74%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (72%); ERMITTLEMENTEN (72%); GELDSTRAFEN & GELDBUSSEN (72%); MORD (72%); POLIZEIKRÄFTE (72%); REGIERUNGSKABINETTS (72%); SKANDALE (72%); BANKENREGULIERUNG & FINANZAUFSICHT (68%); GERICHTSHÖFE (67%)

Industry: KRANKENVERSICHERUNG (72%); BANKENREGULIERUNG & FINANZAUFSICHT (68%)

Geographic: CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (74%); MAGDEBURG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (89%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: February 24, 2023

End of Document

Prozess um Lina E.; RECHTSEXTREMES PRÜGELOPFER ÄNDERT AUSSAGE

BILD Leipzig

Donnerstag 30. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 228

Length: 202 words

Body

Dresden/Leipzig - Aufregung im Prozess gegen die mutmaßlichen Linksextremisten Lina E. (26), Lennard A. (26), Jannis R. (36) und Jonathan M. (26): Eines der Überfall-Opfer änderte gestern seine Aussage.

Laut Anklage soll Cedric S. (23), führendes Mitglied der NPD-Nachwuchsorganisation "Junge Nationalisten", am 30. Oktober 2018 von fünf vermummten Männern attackiert worden sein - so hatte er es der Polizei nach der Tat geschildert. Lina E. soll laut Bundesanwalt zuvor den Tatort in Wurzen ausgespäht und den Überfall geplant haben.

Gestern sagte Cedric S. vor dem Oberlandesgericht jedoch: "Es waren nur vier Angreifer und eine Frau dabei, das habe ich am Körperbau und an der Stimme erkannt, als sie mich 'Scheiß-Nazi-Schwein' betitelte."

Cedric S. wurde auf dem Weg zum Fußballtraining abgefangen, getreten, mit Fäusten und Schlagstöcken verprügelt. Zwei Wirbelfortsätze brachen, zahlreiche Narben blieben am Kopf zurück. Der Rechtsradikale: "Ich saß vier Wochen im Rollstuhl, war ein halbes Jahr krank."

Mögliche Erklärung für die Widersprüche laut seines Anwalts Frank Hannig (51): "Mein Mandant stand unter Morphin, als er das erste Mal vernommen wurde."

Der Prozess geht heute weiter.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Prozess um Lina E.; RECHTSEXTREMES PRÜGELOPFER ÄNDERT AUSSAGE

Überfall-Opfer Cedric S. (23) gestern vor dem Oberlandesgericht in Dresden

Fotos: PICXELL, PRIVAT

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); ANKLAGEN (78%); STAATSANWÄLTE (77%); GERICHTSHÖFE (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Der Lina E.klat!; Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feierb

BILD Leipzig

Donnerstag 9. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 210

Length: 437 words

Body

Dresden / Leipzig - Eklat beim Prozessaufakt gegen die Rote Rächerin und ihre mutmaßliche Kampfgruppe!

Als die Mitangeklagten von Lina E. (26) gestern den Terrorsaal des Dresdner Oberlandesgerichts (OLG) betraten, brandet Beifall auf. Kurz darauf wird die Hauptangeklagte aus der U-Haft vorgeführt, wieder Applaus und Gejohle der zum Teil verummumten Anhänger.

Das Gericht ließ den Jubel durchgehen. OLG-Sprecherin Gesine Tews (50) sagte, die Durchführung des Prozesses sei "nicht gefährdet" gewesen.

Schon vor dem Gericht huldigten Sympathisanten den Angeklagten. In linksradikalen Kreisen gelten Lina E. und die Mitangeklagten Lennart A. (26), Jannis R. (36, beide Leipzig) und Jonathan M. (26, Berlin) als Helden. Denn der "Kampf" gegen "Nazis" rechtfertigt in ihren Augen auch jegliche Gewalt.

Laut Bundesanwalt sollen die Angeklagten in unterschiedlichen Zusammensetzungen bei fünf Überfällen in Eisenach, Wurzen und Leipzig 13 Personen aus dem rechtsradikalen Milieu verletzt haben, zwei erlitten lebensbedrohliche Verletzungen.

Bundesanwalt Bodo Vogler (52): "Die Angeklagten vertreten eine linksextremistische, militante Ideologie, die den bestehenden demokratischen Rechtsstaat und das Gewaltmonopol des Staates ablehnen."

Im Mittelpunkt des Prozesses steht die Rote Rächerin. Vogler: "Lina E. war an allen Taten beteiligt, in zwei Fällen die Kommandoführerin."

Ein Opfer, das nur aufgrund einer Mütze für einen Rechtsradikalen gehalten wurde, schlug man laut Anklage bis zur Bewusstlosigkeit. Vogler: "Lina E. bedrohte dabei zwei Zeugen mit Reizgas, um deren Eingreifen zu verhindern. Dabei äußerte sie, das ist ein Nazi, der hat es verdient!"

Der Lina E.klat!; Linke dürfen ihre Rächerin im Gericht feierb

Die Verteidigung erklärte massive Zweifel am Vorwurf der "kriminellen Vereinigung", sieht lediglich eine Aneinanderreihung von Körperverletzungen.

Der Prozess wird heute fortgesetzt, 20 weitere Termine folgen. Die Mitangeklagten sind auf freiem Fuß, der Freund von Lina E. und mutmaßliche Mittäter Johann G. (27) ist untergetaucht.

Mutter fordert Freilassung!

Dresden - Es ist der erste große Prozess gegen eine mutmaßlich "kriminelle Vereinigung" von Linksextremen in Sachsen und die Polizei musste mit 150 Beamten sogar das Gericht schützen. Rund 70 Lina-Anhänger versammelten sich gestern Morgen vor dem Terrorgericht (ISIS-Prozesse, rechtsextreme Freitaler Gruppe) in Dresden, sie verlasen ein Grußwort von Linas Mutter. Diese forderte "von Herzen" die Freilassung ihrer Tochter, sendete "solidarische Grüße". Die Polizei in Leipzig rechnet mit militärischen Aktionen. Brenzig könnte der 18. September werden - da mobilisieren Linksextreme in Connewitz.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die Angeklagten haben je zwei Verteidiger, Linas Mutter winkte ihr vor Prozessbeginn zu

Lina E. (26) versteckte sich im Gericht hinter einer Akte, sie ist mit Rechts-Terroristin Beate Zschäpe (46) im Chemnitzer Frauenknast inhaftiert, leidet an chronischem Rheuma

Mit einem großen Polizeiaufgebot sicherte die Polizei den Prozess ab

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (78%); ZEUGEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); STRAFVERTEIDIGUNG (77%); ISLAMISCHER STAAT IM IRAK UND IN DER LEVANTE (73%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Der Lina E.klat!; Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feierb

Load-Date: September 9, 2021

End of Document

Der Lina E.klat!; Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feiern

BILD Dresden

Donnerstag 9. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 11; Ausg. 210

Length: 437 words

Body

Dresden / Leipzig - Eklat beim Prozessaufakt gegen die Rote Rächerin und ihre mutmaßliche Kampfgruppe!

Als die Mitangeklagten von Lina E. (26) gestern den Terrorsaal des Dresdner Oberlandesgerichts (OLG) betraten, brandet Beifall auf. Kurz darauf wird die Hauptangeklagte aus der U-Haft vorgeführt, wieder Applaus und Gejohle der zum Teil verummumten Anhänger.

Das Gericht ließ den Jubel durchgehen. OLG-Sprecherin Gesine Tews (50) sagte, die Durchführung des Prozesses sei "nicht gefährdet" gewesen.

Schon vor dem Gericht huldigten Sympathisanten den Angeklagten. In linksradikalen Kreisen gelten Lina E. und die Mitangeklagten Lennart A. (26), Jannis R. (36, beide Leipzig) und Jonathan M. (26, Berlin) als Helden. Denn der "Kampf" gegen "Nazis" rechtfertigt in ihren Augen auch jegliche Gewalt.

Laut Bundesanwalt sollen die Angeklagten in unterschiedlichen Zusammensetzungen bei fünf Überfällen in Eisenach, Wurzen und Leipzig 13 Personen aus dem rechtsradikalen Milieu verletzt haben, zwei erlitten lebensbedrohliche Verletzungen.

Bundesanwalt Bodo Vogler (52): "Die Angeklagten vertreten eine linksextremistische, militante Ideologie, die den bestehenden demokratischen Rechtsstaat und das Gewaltmonopol des Staates ablehnen."

Im Mittelpunkt des Prozesses steht die Rote Rächerin. Vogler: "Lina E. war an allen Taten beteiligt, in zwei Fällen die Kommandoführerin."

Ein Opfer, das nur aufgrund einer Mütze für einen Rechtsradikalen gehalten wurde, schlug man laut Anklage bis zur Bewusstlosigkeit. Vogler: "Lina E. bedrohte dabei zwei Zeugen mit Reizgas, um deren Eingreifen zu verhindern. Dabei äußerte sie, das ist ein Nazi, der hat es verdient!"

Der Lina E.klat!: Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feiern

Die Verteidigung erklärte massive Zweifel am Vorwurf der "kriminellen Vereinigung", sieht lediglich eine Aneinanderreihung von Körperverletzungen.

Der Prozess wird heute fortgesetzt, 20 weitere Termine folgen. Die Mitangeklagten sind auf freiem Fuß, der Freund von Lina E. und mutmaßliche Mittäter Johann G. (27) ist untergetaucht.

Mutter fordert Freilassung!

Dresden - Es ist der erste große Prozess gegen eine mutmaßlich "kriminelle Vereinigung" von Linksextremen in Sachsen und die Polizei musste mit 150 Beamten sogar das Gericht schützen. Rund 70 Lina-Anhänger versammelten sich gestern Morgen vor dem Terrorgericht (ISIS-Prozesse, rechtsextreme Freitaler Gruppe) in Dresden, sie verlasen ein Grußwort von Linas Mutter. Diese forderte "von Herzen" die Freilassung ihrer Tochter, sendete "solidarische Grüße". Die Polizei in Leipzig rechnet mit militärischen Aktionen. Brenzig könnte der 18. September werden - da mobilisieren Linksextreme in Connewitz.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die Angeklagten haben je zwei Verteidiger, Linas Mutter winkte ihr vor Prozessbeginn zu

Die Rote Rächerin bei der Haftvorführung am Bundesgerichtshof im November 2020

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (78%); ZEUGEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); STRAFVERTEIDIGUNG (77%); ISLAMISCHER STAAT IM IRAK UND IN DER LEVANTE (73%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 9, 2021

Der Lina E.klat!; Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feiern

End of Document

Der Lina E.klat!; Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feiern

BILD Thüringen

Donnerstag 9. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: THÜRINGEN; S. 11; Ausg. 210

Length: 437 words

Body

Dresden / Leipzig - Eklat beim Prozessaufakt gegen die Rote Rächerin und ihre mutmaßliche Kampfgruppe!

Als die Mitangeklagten von Lina E. (26) gestern den Terrorsaal des Dresdner Oberlandesgerichts (OLG) betraten, brandet Beifall auf. Kurz darauf wird die Hauptangeklagte aus der U-Haft vorgeführt, wieder Applaus und Gejohle der zum Teil vermummten Anhänger.

Das Gericht ließ den Jubel durchgehen. OLG-Sprecherin Gesine Tews (50) sagte, die Durchführung des Prozesses sei "nicht gefährdet" gewesen.

Schon vor dem Gericht huldigten Sympathisanten den Angeklagten. In linksradikalen Kreisen gelten Lina E. und die Mitangeklagten Lennart A. (26), Jannis R. (36, beide Leipzig) und Jonathan M. (26, Berlin) als Helden. Denn der "Kampf" gegen "Nazis" rechtfertigt in ihren Augen auch jegliche Gewalt.

Laut Bundesanwalt sollen die Angeklagten in unterschiedlichen Zusammensetzungen bei fünf Überfällen in Eisenach, Wurzen und Leipzig 13 Personen aus dem rechtsradikalen Milieu verletzt haben, zwei erlitten lebensbedrohliche Verletzungen.

Bundesanwalt Bodo Vogler (52): "Die Angeklagten vertreten eine linksextremistische, militante Ideologie, die den bestehenden demokratischen Rechtsstaat und das Gewaltmonopol des Staates ablehnen."

Im Mittelpunkt des Prozesses steht die Rote Rächerin. Vogler: "Lina E. war an allen Taten beteiligt, in zwei Fällen die Kommandoführerin."

Ein Opfer, das nur aufgrund einer Mütze für einen Rechtsradikalen gehalten wurde, schlug man laut Anklage bis zur Bewusstlosigkeit. Vogler: "Lina E. bedrohte dabei zwei Zeugen mit Reizgas, um deren Eingreifen zu verhindern. Dabei äußerte sie, das ist ein Nazi, der hat es verdient!"

Der Lina E.klat!: Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feiern

Die Verteidigung erklärte massive Zweifel am Vorwurf der "kriminellen Vereinigung", sieht lediglich eine Aneinanderreihung von Körperverletzungen.

Der Prozess wird heute fortgesetzt, 20 weitere Termine folgen. Die Mitangeklagten sind auf freiem Fuß, der Freund von Lina E. und mutmaßliche Mittäter Johann G. (27) ist untergetaucht.

Mutter fordert Freilassung!

Dresden - Es ist der erste große Prozess gegen eine mutmaßlich "kriminelle Vereinigung" von Linksextremen in Sachsen und die Polizei musste mit 150 Beamten sogar das Gericht schützen. Rund 70 Lina-Anhänger versammelten sich gestern Morgen vor dem Terrorgericht (ISIS-Prozesse, rechtsextreme Freitaler Gruppe) in Dresden, sie verlasen ein Grußwort von Linas Mutter. Diese forderte "von Herzen" die Freilassung ihrer Tochter, sendete "solidarische Grüße". Die Polizei in Leipzig rechnet mit militärischen Aktionen. Brenzig könnte der 18. September werden - da mobilisieren Linksextreme in Connewitz.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die Angeklagten haben je zwei Verteidiger, Linas Mutter winkte ihr vor Prozessbeginn zu

Die Rote Rächerin bei der Haftvorführung am Bundesgerichtshof im November 2020

Mit einem großen Polizeiaufgebot sicherte die Polizei den Prozess ab

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BITH

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (78%); ZEUGEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); STRAFVERTEIDIGUNG (77%); ISLAMISCHER STAAT IM IRAK UND IN DER LEVANTE (73%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: September 9, 2021

Der Lina E.klat!; Linke dürfen ihre Rote Rächerin im Gericht feiern

End of Document

KRONZEUGE PACKT ÜBER MUTMASSLICHE LINKSEXTREMISTEN VON LEIPZIG AUS!

BILD Dresden

Freitag 29. Juli 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 175

Length: 221 words

Byline: B.schilz

Body

Dresden/Leipzig - 60. Verhandlungstag am Oberlandesgericht in Dresden gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (27) aus Leipzig und drei ihrer Komplizen.

Dresden/Leipzig - 60. Verhandlungstag am Oberlandesgericht in Dresden gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (27) aus Leipzig und drei ihrer Komplizen.

Johannes D. wird von fünf bewaffneten Beamten in den Sitzungssaal begleitet, befindet sich im Zeugenschutzprogramm. Er selbst war jahrelang in der linken Szene aktiv, bis er mit ihr brach.

Hintergrund: Seine Ex-Freundin hatte ihn u. a. der Vergewaltigung bezichtigt - das Verfahren wurde eingestellt. "Trotzdem wurden die Beschuldigungen weiter verbreitet, Fotos von mir im Internet veröffentlicht", sagte D. vor Gericht. Er hätte dadurch seinen Job verloren, nun wolle er auspacken.

Laut Aussage von D. habe ihn der untergetauchte Verlobte von Lina E. damals für den Überfall auf den rechten Szene-Kneiper engagiert.

Das Auto für die Fahrt von Berlin nach Eisenach habe er vom Mitangeklagten Jonathan M. (27) bekommen.

Dann nannte er die Namen weiterer Beteiligter: Tobias E., Julian, Paul M., Lina E. und Johann G.

"Ziel der Aktionen war es, die Faschisten so zu verletzen, dass sie ihre Tätigkeiten nicht mehr ausüben können. Sie zum Aufgeben zu bringen, ihren Willen zu brechen", so D.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Angeklagte Lina E. (27) aus Leipzig

Foto: OLAF RENTSCH, SEBASTIAN KAHNERT / DPA

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); GERICHTSHÖFE (90%); ZEUGEN (90%); SEXUALDELIKTE (75%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: July 29, 2022

End of Document

Kronzeuge packt über mutmaßliche Linksextremisten von Leipzig aus!

BILD Leipzig

Freitag 29. Juli 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 175

Length: 209 words

Byline: B.schilz

Body

Dresden/Leipzig - 60. Verhandlungstag am Oberlandesgericht in Dresden gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (27) aus Leipzig und drei ihrer Komplizen.

Gestern sagte erstmals Kronzeuge Johannes D. (30) aus und belastete die Angeklagten schwer.

Johannes D. wird von fünf bewaffneten Beamten in den Sitzungssaal begleitet, befindet sich im Zeugenschutzprogramm. Er selbst war jahrelang in der linken Szene aktiv, bis er mit ihr brach.

Hintergrund: Seine Ex-Freundin hatte ihn u. a. der Vergewaltigung bezichtigt - das Verfahren wurde eingestellt. "Trotzdem wurden die Beschuldigungen weiter verbreitet, Fotos von mir im Internet veröffentlicht", sagte D. vor Gericht. Er hätte dadurch seinen Job verloren, nun wolle er auspacken.

Laut Aussage von D. habe ihn der untergetauchte Verlobte von Lina E. damals für den Überfall auf den rechten Szene-Kneiper engagiert.

Das Auto für die Fahrt von Berlin nach Eisenach habe er vom Mitangeklagten Jonathan M. (27) bekommen.

Dann nannte er die Namen weiterer Beteiligter: Tobias E., Julian, Paul M., Lina E. und Johann G.

"Ziel der Aktionen war es, die Faschisten so zu verletzen, dass sie ihre Tätigkeiten nicht mehr ausüben können. Sie zum Aufgeben zu bringen, ihren Willen zu brechen", so D.

Original Gesamtseiten-PDF

Kronzeuge packt über mutmaßliche Linksextremisten von Leipzig aus!

Graphic

Angeklagte Lina E. (27) aus Leipzig

Foto: OLAF RENTSCH, SEBASTIAN KAHNERT / DPA

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ZEUGEN (92%); GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (78%); GERICHTSHÖFE (78%); SEXUALDELIKTE (75%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: July 29, 2022

End of Document

Das BERMUDA-DREIECK von Connewitz; WIE AUF DIESEM SPIELPLATZ 1,3 MIO. EURO STEUERGELD VERSCHWANDEN

BILD Leipzig

Donnerstag 8. Dezember 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 287

Length: 336 words

Byline: Erik Trümper

Body

Leipzig - Im Bermuda-Dreieck, so die Legende, verschwinden Schiffe und sogar Flugzeuge spurlos. Das Bermuda-Dreieck von Leipzig ist die Connewitzer Spitze. Hier verschwindet Steuergeld in rauen Mengen. Und die Spuren, die es hinterlässt, sind dürfzig.

Mit großem Tam-Tam, zwei Bürgermeistern und im Nieselregen wurde dort gestern ein Fitness-Spielplatz eingeweiht. Mit Trimm-Dich-Geräten, zwei Tischtennis-Platten, Fahrradbügeln und elf Bäumen. Was kaum einer weiß: Das unscheinbare, gerade mal 940 qm große Areal am Connewitzer Kreuz dürfte der teuerste Spielplatz der Stadt sein: 1,3 Mio. Euro sind hier verschwunden.

Und das kam so:

Das Grundstück am Kreuz gehörte einem hoch verschuldeten Eigentümer, wurde am 6. Mai 2021 versteigert. Startgebot: 100 000 Euro. Um zu verhindern, dass ein Investor im linken und gentrifizierungskritischen Connewitzer Kiez womöglich teure Eigentumswohnungen baut, wollte die Stadt die "Spitze" unbedingt selbst kaufen. Das trieb den Preis hoch, die Bieterschlacht endete bei der Rekordsumme vom 800 000 Euro: macht 851 Euro pro Quadratmeter! So viel ist noch nie für einen späteren Park gezahlt worden.

Nachdem die Stadt den Zuschlag bekam, musste es ganz schnell gehen. Denn die Umgestaltung der Schmuddel-Fläche sollte aus Fonds des Sanierungsgebiets "Leipzig-Connewitz/Biedermannstraße" bezahlt werden. Und das ist nur bis zum 31. Dezember 2022 möglich.

Die Folge, wenn's schnell gehen muss: Für den unscheinbaren Spielplatz gingen noch einmal 490 000 Euro drauf!

Das BERMUDA-DREIECK von Connewitz; WIE AUF DIESEM SPIELPLATZ 1,3 MIO. EURO STEUERGELD VERSCHWANDEN

Reparaturkosten nicht eingerechnet, denn die Anlage ist nicht allzu beliebt. Noch vor der Eröffnung klebten dort Plakate aus dem vermutlich linken Milieu, die sich gegen den Fitness-Platz richteten. Andere begrüßten die Sportgeräte auf Antifa-Art, schrieben: "Nur Lina darf hier trainieren!" Eine Anspielung auf die Linksextremistin Lina E., die an Überfällen auf Rechte beteiligt gewesen sein soll.

Mitarbeiter der Stadt entfernten die Botschaften eilig, bevor die beiden Bürgermeister auftauchten.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Eröffnet: Der neue Park an der Connewitzer Spitze. Das vordere Drittel hatte die Stadt erst im Mai 2021 für 800 000 Euro ersteigert

Auch an der neuen Parcours-Anlage (mi.) hingen Zettel der Connewitzer wie dieser (li.). Die bunte Sitzskulptur gestaltete der ortsansässige Künstler ARTikulat.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: PARKS & SPIELPLÄTZE (77%); BÜRGERMEISTER (72%)

Industry: PARKS & SPIELPLÄTZE (77%); IMMOBILIENHANDEL (74%); WOHNIMMOBILIEN (69%)

Geographic: SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: December 8, 2022

End of Document

DIE ROTE RÄCHERIN; Linksextremistin machte Jagd auf Neonazis in Thüringen, jetzt steht sie vor Gericht

BILD Thüringen

Dienstag 7. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: THÜRINGEN; S. 9; Ausg. 208

Length: 435 words

Body

Eisenach - Im Hochsicherheits-Saal des Oberlandesgerichts in Dresden beginnt morgen der Prozess gegen eine junge Frau, die als eine der gefährlichsten Linksextremistinnen Deutschlands gilt. Die Anklage: Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, mehrfache gefährliche Körperverletzungen. Lina E. (26) aus Leipzig soll ein rotes Rache-Kommando ("Gruppe E.") angeführt und gezielt Jagd auf Neonazis gemacht haben. Ihre Schlägertruppe war vor allem in Thüringen aktiv - und hier wurde sie schließlich auch gefasst.

Als die Polizei am 14. Dezember 2019 den VW Golf mit den gestohlenen Kennzeichen bei Eisenach stoppte, waren Lina E. und ihr Rollkommando gerade auf dem Rückweg von einem so genannten "Hausbesuch". Das Opfer: Leon R. (22), Kampfsportler und Wirt des Eisenacher Neonazi-Treffs "Bull's Eye". Mit Sturmhauben, Hämtern und einem Radschlüssel ausgestattet, waren die Leipziger Linksextremisten auf R. und zwei seiner Kumpanen losgegangen. R. wehrte sich mit einem Teppichmesser, seinen Begleitern zertrümmerten die Angreifer die Gelenke.

Das "Bull's Eye" war erst wenige Wochen zuvor von 15 verummteten Linksextremen überfallen worden. Im Zentrum der Ermittlungen auch hier: Lina E. Das Motiv: Rache für einen Überfall von Neonazis auf den linken Leipziger Stadtteil Connewitz im Winter 2016.

Wer ist die Rote Rächerin?

Lina E. stammt aus Kassel, lebt in Leipzig, studiert in Halle Erziehungswissenschaften. Ihre Bachelor-Arbeit schrieb sie über die Neonazi-Terrorzelle NSU, sie hat den kleinen Waffenschein, nennt sich selbst "Antifaschistin by heart". In Leipzig radikalierte sie sich schließlich. Anfangs aus Liebe, wie Vertraute berichten: Ihr Freund ist der mehrfach verurteilte (und untergetauchte) Linksextremist Johann G. (27), genannt "Gucci".

DIE ROTE RÄCHERIN; Linksextremistin machte Jagd auf Neonazis in Thüringen, jetzt steht sie vor Gericht

Lina E. sitzt seit November 2020 in Sachsen in U-Haft, ist ein Fall für den Generalbundesanwalt. Das rote Rachekommando ist derweil weiter in Thüringen aktiv, schlug in Ronneburg, Schmölln, Sonneberg, Buttstädt und Kloster Veßra zu. Mal wurde ein rechtsextremer Szeneclub zerlegt, mal ein bei Neonazis beliebtes Fitness-Studio überfallen, mal ein Gasthaus "besucht", dessen Wirt seine Preise gern auf "88" enden lässt. Die Zahl gilt unter Neonazis als das Kürzel für "Heil Hitler" (H ist der 8. Buchstabe im Alphabet).

Letztes Opfer: Der Erfurter Neonazi Julian F. (25). Auch ihn besuchte ein mit Polizeiwesten und Sturmhauben getarnter linker Schlägertrupp Zuhause, zertrümmerte ihm die Fußknöchel. Seine hochschwanger Freundin wurde zuvor ins Nebenzimmer geführt. Von einer ebenfalls verummteten Frau. Lina E. ist offenbar nicht die einzige Rote Rächerin.

Graphic

November 2020: Lina E. (26) wird mit dem Hubschrauber zum Generalbundesanwalt nach Karlsruhe gebracht

Fotos: RONALD WITTEK/EPA-EFE/SHUTTERSTOCK, BILD13/CHRISTIAN FISCHER

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BITH

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STAATSANWÄLTE (78%); VERURTEILUNGEN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); VERHAFTUNGEN (77%); SPORT- UND FREIZEITSTÄTTEN (74%); RECHTSANWÄLTE (73%); TERRORORGANISATIONEN (72%); ERMITTLEMENTEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); RECHTSANWÄLTE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); ERFURT, DEUTSCHLAND (59%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); HALLE, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (94%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (94%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: September 7, 2021

DIE ROTE RÄCHERIN

BILD Leipzig

Dienstag 7. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 208

Length: 491 words

Highlight: Pädagogik-Studentin Lina E. steht ab morgen als mutmaßliche Chefin einer Bande vor Gericht, die Rechtsexterme attackierte und teils schwer verletzte. BILD beantwortet die wichtigsten Fragen zum Linksextremismus-Prozess des Jahres

Body

Leipzig/Dresden - Seit 306 Tagen sitzt sie in U-Haft. Ab morgen stehen die mutmaßliche linksextreme Rädelsführerin Lina E. (26) und drei Mitangeklagte vor Gericht. BILD beantwortet vorab die wichtigsten Fragen zum Prozess.

Wer ist Lina E.?

Die 26-Jährige stammt aus Kassel und lebte bis zu ihrer Festnahme in einer Connewitzer WG. Sie studiert Erziehungswissenschaften in Halle und schrieb laut "Welt" ihre Bachelor-Arbeit über die Entstehung der Neonazi-Terrorzelle NSU. Aus ihrem privaten Umfeld heißt es, ihr szenebekannter und mehrfach verurteilter Freund Johann G. (27), der auf seine Fingerknöchel "Hate Cops" tätowiert hat, habe sie radikalisiert. Er ist untergetaucht, wird international gesucht.

Was wird ihr vorgeworfen?

Lina E. und den drei Mitangeklagten wird vorgeworfen, sich an einer kriminellen Vereinigung beteiligt zu haben. E. steht zudem unter dem Tatverdacht der Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung, des besonders schweren Landfriedensbruchs, des räuberischen Diebstahls, der Sachbeschädigung und der Urkundenfälschung.

Sie soll spätestens ab August 2018 in "herausgehobener Stellung" einer linksextremistischen Gruppe angehört haben, die gewaltsame Angriffe auf Personen durchführte, die aus ihrer Sicht der rechtsextremen Szene angehören. Die Opfer erlitten teils "potenziell lebensbedrohliche Verletzungen".

DIE ROTE RÄCHERIN

Konkret werden den Angeklagten acht Taten vorgeworfen, darunter Überfälle auf einen beim Angriff auf Connewitz im Januar 2016 beteiligten Neonazi aus Wurzen, einen Straßenarbeiter in Connewitz, eine rechte Szenekneipe in Eisenach und den Leipziger Ex-NPD-Stadtrat Enrico Böhm.

Wer sind die Mitangeklagten?

Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. (26-35, alle deutsch) sollen später zu der Gruppe gestoßen sein und sich an Angriffen beteiligt haben. Sie sitzen nicht in U-Haft. Zwei von ihnen sollen Kampfsportler sein.

Warum findet der Prozess in Dresden statt?

Für das Verfahren ist der am Oberlandesgericht Dresden ansässige Staatsschutzsenat zuständig. Die Verhandlung findet in einer zum Hochsicherheitssaal umgebauten ehemaligen Kantine einer Asyl-Unterkunft statt. 20 Fortsetzungstermine stehen bereits fest, darüber hinaus sind weitere bis Ende März geplant. Begründet wird dies mit dem Umfang der Vorwürfe und deren Nachweis.

Wie groß ist die Gefahr von Krawallen im Umfeld des Prozesses?

Verfassungsschützer sehen die Gefahr, dass die linksextreme Szene parallel zum Prozess ein Zeichen setzen will. Zum Prozessaufakt hat ein Antifa-Bündnis bereits ab 7 Uhr eine Kundgebung vor dem Gericht angekündigt. Und für den 18. September mobilisiert das Bündnis "Wir sind alle linx" bundesweit zu einer Demonstration in Leipzig.

Polizeisprecherin Dorothea Benndorf zu BILD: "Wir wissen natürlich von den angekündigten Protesten rund um den Gerichtsprozess. Bislang planen wir allerdings noch nicht mit einem Großeinsatz. Sollte es aber notwendig werden, werden wir auch darauf vorbereitet sein."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

In Minirock und mit rot lackierten Fingernägeln: Lina E. steigt am 6. November 2020 aus dem Hubschrauber, der sie nach Karlsruhe zum Bundesgerichtshof gebracht hat

In Connewitz kam es nach der Verhaftung zu Protesten von Linksextremen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); VERHAFTUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); ANKLAGEN (78%); DIEBSTAHL (78%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (78%); VERURTEILUNGEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); AUSSCHREITUNGEN (76%); RAUBÜBERFÄLLE (73%);

DIE ROTE RÄCHERIN

TERRORORGANISATIONEN (73%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (73%); BETRUG & FINANZKRIMINALITÄT (68%); FÄLSCHEN (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); HALLE, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (78%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 7, 2021

End of Document

RADIKAL BRUTAL!; Warum die Gewalt zwischaen Linken und Rechten eskaliert

BILD Dresden

Dienstag 3. Mai 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 102

Length: 496 words

Byline: Bs

Mig

Md

Mt

Body

Dresden - Sie warfen Steine auf die Regionalbahn, schlugen mit Fäusten gegen die Scheiben, zeigten den Hitlergruß. Anhänger der rechtsextremen Partei "Der Dritte Weg" versuchten am Sonntag am Bahnhof Glauchau einen Zug zu stürmen, in dem Linke auf dem Weg zur Mai-Kundgebung nach Zwickau saßen.

Wenige Stunden später schlagen mutmaßliche Linksextreme auf vier Rückkehrer von einer rechtsextremen Demo ein. Und eine Woche zuvor überfielen ebenfalls mutmaßliche Linksextreme in einem Erfurter "Thor Steinar"- Laden eine Mitarbeiterin (32), prügeln mit einem Teleskopstock auf sie ein.

MIT MASSIVER GEWALT GEHEN EXTREME LINKE UND RECHTE DERZEIT AUF EINANDER LOS!

Hagen Husgen (57), Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP, sieht die jüngsten Ereignisse als Beleg für eine Verhärtung: "Die Brutalität und die Radikalität haben extrem zugenommen." Diese Zunahme findet sich auch in der Statistik wieder. So ging zwar die allgemeine Kriminalität im Jahr 2021 um fast 10 Prozent zurück, die Straftaten der beiden Lager gegeneinander sowie gegen die Polizei stiegen dagegen um 18 Prozent - Höchststand. Darunter ein zunehmender Anteil an Gewaltdelikten.

RADIKAL BRUTAL!; Warum die Gewalt zwischaen Linken und Rechten eskaliert

Laut LKA-Präsidentin Sonja Penzel (51) seien die Rechten aktiver: "1878 Straftaten entfallen auf den Phänomenbereich 'Rechts' und machen weiterhin einen Großteil der Gesamtfälle aus." GdP-Mann Husgen sieht hinsichtlich der Gewaltbereitschaft indes keine Unterschiede zwischen Links und Rechts: "Das linksextreme Lager steht bei der Aggression der rechtsextremen Klientel in nichts nach."

Die Strukturen von Linken und Rechten unterscheiden sich hingegen. Während sich gewaltbereite Rechte offenbar immer noch regional organisieren und bei Demonstrationen spontan zuschlagen, gehen radikale Linke im Kampf gegen Rechte planvoll und bundesweit organisiert vor. Beispiel Lina E. (26): Die mutmaßliche Bande der Leipziger Studentin soll "exklusive Ziele" wie den Neonazi-Treff "Bull's Eye" in Eisenach über Wochen ausgespäht haben. Zur Durchführung der Überfälle soll extra ein Schläger aus Berlin nach Thüringen angereist sein.

"Der Hintergrund der Attacken ist, dass bei extremen Linken der Antifaschismus ein zentrales Element ist und für die rechtsextreme Seite der Anti-Antifaschismus. Die Konfrontation können wir schon länger beobachten", sagt Extremismusforscher Dr. Steffen Kailitz (52) vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Historisch lasse sich das "auf die Straßenschlachten der Kommunisten und Nationalsozialisten der Weimarer Republik zurückführen." Kailitz warnt: "Was wir am 1. Mai gesehen haben, ist ein ungutes Zeichen, dass die Gruppen jetzt in eine verstärkte Konfrontation gehen könnten."

Auf die jüngste Attacke am Bahnhof Glauchau will Sachsens Innenminister Armin Schuster (60, CDU) reagieren. Möglicherweise habe die starke Präsenz der Polizei in den Städten dafür gesorgt, dass Täter an anderen Orten die Auseinandersetzung suchten. Schuster: "Darauf müssen wir uns künftig vorbereiten."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Demo-Plakate in Leipzig-Connewitz

1. Mai, Glauchau

23. April, Erfurt

Mutmaßliche Linksextreme prügeln in einem "Thor Steinar"- Laden - einer bei Rechtsextremen beliebten Klamottenmarke - auf eine Verkäuferin ein

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (78%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); POLITIK (78%); STATISTIKEN (73%)

Industry: ZÜGE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); ERFURT, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: May 3, 2022

End of Document

RADIKAL BRUTAL!; Warum die Gewalt zwischen Linken und Rechten eskaliert

BILD Leipzig

Dienstag 3. Mai 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 102

Length: 496 words

Byline: Bs

Mig

Md

Mt

Body

Leipzig - Sie warfen Steine auf die Regionalbahn, schlugen mit Fäusten gegen die Scheiben, zeigten den Hitlergruß. Anhänger der rechtsextremen Partei "Der Dritte Weg" versuchten am Sonntag am Bahnhof Glauchau einen Zug zu stürmen, in dem Linke auf dem Weg zur Mai-Kundgebung nach Zwickau saßen.

Wenige Stunden später schlagen mutmaßliche Linksextreme auf vier Rückkehrer von einer rechtsextremen Demo ein. Und eine Woche zuvor überfielen ebenfalls mutmaßliche Linksextreme in einem Erfurter "Thor Steinar"- Laden eine Mitarbeiterin (32), prügeln mit einem Teleskopstock auf sie ein.

MIT MASSIVER GEWALT GEHEN EXTREME LINKE UND RECHTE DERZEIT AUF EINANDER LOS!

Hagen Husgen (57), Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP, sieht die jüngsten Ereignisse als Beleg für eine Verhärtung: "Die Brutalität und die Radikalität haben extrem zugenommen." Diese Zunahme findet sich auch in der Statistik wieder. So ging zwar die allgemeine Kriminalität im Jahr 2021 um fast 10 Prozent zurück, die Straftaten der beiden Lager gegeneinander sowie gegen die Polizei stiegen dagegen um 18 Prozent - Höchststand. Darunter ein zunehmender Anteil an Gewaltdelikten.

RADIKAL BRUTAL!; Warum die Gewalt zwischen Linken und Rechten eskaliert

Laut LKA-Präsidentin Sonja Penzel (51) seien die Rechten aktiver: "1878 Straftaten entfallen auf den Phänomenbereich 'Rechts' und machen weiterhin einen Großteil der Gesamtfälle aus." GdP-Mann Husgen sieht hinsichtlich der Gewaltbereitschaft indes keine Unterschiede zwischen Links und Rechts: "Das linksextreme Lager steht bei der Aggression der rechtsextremen Klientel in nichts nach."

Die Strukturen von Linken und Rechten unterscheiden sich hingegen. Während sich gewaltbereite Rechte offenbar immer noch regional organisieren und bei Demonstrationen spontan zuschlagen, gehen radikale Linke im Kampf gegen Rechte planvoll und bundesweit organisiert vor. Beispiel Lina E. (26): Die mutmaßliche Bande der Leipziger Studentin soll "exklusive Ziele" wie den Neonazi-Treff "Bull's Eye" in Eisenach über Wochen ausgespäht haben. Zur Durchführung der Überfälle soll extra ein Schläger aus Berlin nach Thüringen angereist sein.

"Der Hintergrund der Attacken ist, dass bei extremen Linken der Antifaschismus ein zentrales Element ist und für die rechtsextreme Seite der Anti-Antifaschismus. Die Konfrontation können wir schon länger beobachten", sagt Extremismusforscher Dr. Steffen Kailitz (52) vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Historisch lasse sich das "auf die Straßenschlachten der Kommunisten und Nationalsozialisten der Weimarer Republik zurückführen." Kailitz warnt: "Was wir am 1. Mai gesehen haben, ist ein ungutes Zeichen, dass die Gruppen jetzt in eine verstärkte Konfrontation gehen könnten."

Auf die jüngste Attacke am Bahnhof Glauchau will Sachsens Innenminister Armin Schuster (60, CDU) reagieren. Möglicherweise habe die starke Präsenz der Polizei in den Städten dafür gesorgt, dass Täter an anderen Orten die Auseinandersetzung suchten. Schuster: "Darauf müssen wir uns künftig vorbereiten."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Demo-Plakate in Leipzig-Connewitz

1. Mai, Glauchau

Rechtsextreme attackieren am Bahnhof Glauchau einen Zug, in dem Linke sitzen

23. April, Erfurt

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (78%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); POLITIK (78%); STATISTIKEN (73%)

Industry: ZÜGE (78%)

RADIKAL BRUTAL!; Warum die Gewalt zwischen Linken und Rechten eskaliert

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); ERFURT, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: May 3, 2022

End of Document

Heute Antifa-Demo durch Connewitz; Polizei rechnet mit linksextremen Angriffen

BILD Leipzig

Samstag 18. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 218

Length: 325 words

Body

Leipzig - Fast 5000 Menschen wollen heute bei acht Kundgebungen (u. a. für Klimaschutz, Verkehrswende, Taliban-Terror) in Leipzig demonstrieren. Zur größten Demo ("Wir sind alle Antifaschist:innen - Wir sind alle linx") sind 3000 Teilnehmer angemeldet, die vom Johannisplatz (14 Uhr) über die Karl-Liebknecht-Straße zum Connewitzer Kreuz (19 Uhr) ziehen.

Ein brisanter Aufmarsch, eine Woche vor der Bundestagswahl - und ein paar Tage, nachdem der Strafprozess gegen die Connewitzer Linksextremistin Lina E. (26) begann

"Wir haben nichts mit dem Solidaritätsbündnis für Lina E. zu tun", beteuert Demo-Initiatorin Juliane Nagel (42, Linke) gegenüber BILD. "Unsere Initiative wurde Anfang des Jahres gegründet, uns geht es ausschließlich um Antifaschismus!" Außerdem wolle man vor der Wahl "ein Zeichen gegen den Rechtsruck setzen."

Dass es während und nach dem Aufzug zu Gewaltexzessen kommt wie zuletzt vor zehn Monaten, will sie verhindern. "Wir haben gute, erfahrene Ordner und unsere Botschaft an die Teilnehmer ist klar: Wir wollen friedlich bleiben!" Aber: "Vieles hängt auch von der Polizei ab, ob sie sich zurückhält und die Demo nicht von Beginn an kriminalisiert."

Rund 2000 Beamte aus drei Bundesländern sowie die Bundespolizei, Wasserwerfer und Hubschrauber werden heute im Einsatz sein. Denn es gibt Grund zur Sorge - die Antifa hat ihre Anhänger bundesweit aufgerufen, nach Leipzig zu kommen. "Wir rechnen mit gewaltbereiten Linken, die nach der Kundgebung die Polizei als Ziel sehen", so eine Polizeisprecherin.

City auch morgen dicht

Leipzig - Der gesamte Innenstadtring wird morgen, zwischen 7 und 20 Uhr, gesperrt - für einen Akt ionstag im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche. Die Zufahrten Richtung Ring werden so zu Sackgassen. Die

Heute Antifa-Demo durch Connewitz; Polizei rechnet mit linksextremen Angriffen

Parkhäuser des Hauptbahnhofs sind aber trotzdem erreichbar. Die Anfahrt Ost funktioniert über die Sachsenseite, West erfolgt über die Berliner Straße und Kurt-Schumacher-Straße.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); TERRORORGANISATIONEN (90%); NACHHALTIGES TRANSPORTWESEN (89%); TALIBAN (78%); UMWELTSCHUTZ (78%); WÄHLER & WAHLEN (77%); DEUTSCHER BUNDESTAG (71%); WAHLEN (71%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (71%); GERICHTSPROZESSE (70%)

Industry: NACHHALTIGES TRANSPORTWESEN (89%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: September 18, 2021

End of Document

Linksextreme Gewaltexzesse und nun auch eine Morddrohung! Die SED-Nachfolger leiden an den Antifa-Aufmärschen ihrer Abgeordneten Juliane Nagel - und lassen sie doch gewähren. Warum?; NAGELPROBE FÜR DIE LINKE!

BILD Leipzig

Dienstag 21. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 220

Length: 596 words

Byline: D. Beilke

F. Heimbach

Body

Leipzig - Eine Woche vor der Wahl kann es kaum schlechter laufen für Sachsens LINKE. Da organisiert eine ihrer Landtagsabgeordneten eine Antifa-Demo - und schon brennen Barrikaden, fliegen Steine und (das ist neu) wird einem leitenden Polizeibeamten mit Mord gedroht.

Der menschenverachtende Aufzug mit der LINKEN-Abgeordneten Juliane Nagel (43) an der Spitze machte bundesweit Schlagzeilen, seit gestern ermittelt die Staatsanwaltschaft. Das Führungspersonal der SED-Nachfolgepartei duckt sich dagegen weg. Landes-Chefin Susanne Schaper (43) verweist auf ihren Co-Vorsitzenden Stefan Hartmann ("Er ist ja Leipziger"), der selbst reagiert schmallippig: Gewaltaufrufe "gehören sich nicht." Ein zaghafes Du-Du zu einer Morddrohung! Und auch Sachsen-Fraktions-Chef Rico Gebhardt (58) wiegelt ab: Die meisten Demonstranten seien ja friedlich gewesen ...

Bloß keine Grundsatz-Debatte vor der Wahl, kein scharfes Wort gegen Nagel - auch wenn das vielen altgedienten LINKEN unter den Nägeln brennt. Denn die einstige Protestpartei Ost befindet sich im Sinkflug. Entschieden sich zur Bundestagswahl 2013 noch 20 % der Sachsen für die LINKE, waren's 2017 gerade 16 %. Die INSA-Umfrage der LVZ vom Wochenende sieht sie nun gar bei 11 %.

Dass LINKEN-Stammwähler (fast jeder 2. ist über 60) durch Nagels linksextremes Krawall-Klientel eher abgeschreckt werden, ist sehr wahrscheinlich, wird von der Partei selbst aber wegdiskutiert. Dabei steht die LINKE

Linksextreme Gewaltexzesse und nun auch eine Morddrohung! Die SED-Nachfolger leiden an den Antifa-Aufmärschen ihrer Abgeordneten Juliane Nagel - und lassen sie

vor der Nagel-Probe! Sören Pellmann (44), Direktkandidat der LINKEN und am Samstag Mitläufer im Demo-Zug, diplomatisch: "Es gibt in der Partei unterschiedliche Meinungen zur Rolle von Juliane Nagel. Ich habe ihre Verlautbarungen so verstanden, dass sie selbst mit diversen Begleiterscheinungen der Demo keinesfalls glücklich war."

Selbst Bundes-Fraktionsvize Dietmar Bartsch (63) konnte sich gestern Abend in Leipzig nicht dazu durchringen, gewaltbereite Linksextreme von LINKEN-Demos auszuschließen: "Ich habe nicht aufzurufen, wer wo teilnimmt, ich sage nur, das ist falsch."

LINKEN-Ikone Gregor Gysi (73) wird mit dem Blick auf Morddrohungen und Randale deutlicher: "So etwas schadet nicht nur uns, sondern der linken Bewegung insgesamt."

Die unheimliche Solidarität mit der Links-Extremistin Lina E.

Linke, Grüne, SPD

In Dresden beginnt heute der 5. Prozesstag gegen die Leipziger Linksextremistin Lina E. (26). Die Vorwürfe: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Körperverletzung. Die Studentin soll mit drei Komplizen Jagd auf Neonazis gemacht und ihnen mit Hämtern u. a. die Kniescheiben zertrümmert haben.

Eine mutmaßliche Schwerkriminelle, die in der linksextremen Szene als Heldenin gefeiert wird. Aber eben nicht nur dort: Den Demonstrationszug der Antifa am Samstag, in dessen Reihen zum Mord an einem Polizeichef aufgerufen wurde, begleiteten nicht nur LINKE-Bundestagsabgeordnete wie Sören Pellmann (44), sondern auch Mitglieder der Jugendorganisation der Grünen: "Das Verfahren gegen Lina ist nur ein sehr großes Beispiel der Diskreditierung und Kriminalisierung antifaschistischen Engagements", twittert die GRÜNE JUGEND Sachsen.

Und selbst dem Leipziger SPD-Spitzenkandidaten Holger Mann (42) setzte sein "Gefällt mir" unter den Twitterbeitrag eines stadtbekannten Linksaktivisten. Der hatte Verständnis dafür geäußert, wenn Antifaschisten angesichts eines umstrittenen Gerichtsurteils "heute noch zum Baumarkt" gehen. Eine Anspielung auf Lina E. und deren Hammer-Bande.

SPD-Kandidat Mann hat sein "Gefällt mir" inzwischen zurückgezogen. Er bedauere, wenn es zu Irritationen gekommen sei ...

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Foto: IMAGO IMAGES/DDPD, ROLAND WITTEK/EPA/SHUTTERSTOCK, M.GOLEJEWSKI/ADORA PRESS, SMI SACHSEN

Wie wird der Polizei-Chef jetzt geschützt?

Nach der Morddrohung im Stil der RAF gegen Sachsens obersten Anti-Terror-Polizisten Dirk Münster (49, Foto) wird dieser nach BILD-Informationen nun besonders geschützt. Es werden sogenannte Verbleibskontrollen durchgeführt: Polizisten gucken regelmäßig, wo sich die Schutzperson aufhält. Außerdem kontrollieren Streifen das Wohnhaus des Leitenden Kriminaldirektors. Die Staatsanwaltschaft hat zudem ein Ermittlungsverfahren u. a. wegen "Bedrohung" eingeleitet, stuft das Hassplakat als Straftat ein.

Classification

Linksextreme Gewaltexzesse und nun auch eine Morddrohung! Die SED-Nachfolger leiden an den Antifa-Aufmärschen ihrer Abgeordneten Juliane Nagel - und lassen sie

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); DEUTSCHER BUNDESTAG (89%); FÜHRUNGSKRÄFTE (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); TÖTUNGSDELIKTE (89%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); WAHLEN (78%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (78%); WÄHLER & WAHLEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (77%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (77%); MORD (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); GERICHTSPROZESSE (76%); ERMITTLEMENTEN (72%); STAATSANWÄLTE (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (72%)

Person: GREGOR GYSI (79%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: September 21, 2021

End of Document

NACH MASKEN-SKANDAL UND DATENLECK!; Aufsichtsrat entlastet Klinikvorstand

BILD Sachsen-Anhalt

Dienstag 26. Oktober 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: SACHSEN-ANHALT; S. 9; Ausg. 250

Length: 213 words

Byline: A.conrad

Body

Magdeburg - Krisensitzung in der Magdeburger Uniklinik! Der Aufsichtsrat unter Vorsitz des Wissenschaftsministers Armin Willingmann (58, SPD) tagte gestern, um mögliche Verfehlungen der Klinikchefs zu diskutieren.

Auf der Tagesordnung standen unter anderem der Datenskandal und der Maskendeal. Viel Erhellendes kam dabei aber offenbar nicht heraus!

"Der Aufsichtsrat kann bislang kein Fehlverhalten des Klinikumsvorstandes im Umgang mit diesem Vorgang erkennen", schätzte Willingmann ein. "Der Klinikumsvorstand wurde beauftragt, Möglichkeiten anderer Verfahrensweisen im Rechnungswesen und beim Zugriff auf Meldedaten zu prüfen."

Hintergrund: Einer inzwischen freigestellten Uniklinik-Mitarbeiterin (51) wird von Ermittlungsbehörden vorgeworfen, illegal Daten des Einwohnermeldeamtes abgerufen - und an gewaltbereite Linksextremisten weitergegeben zu haben. Die Ermittler gehen fest von einem Zusammenhang zwischen dem Magdeburger Datenklau und der linksextremen Gruppierung um die Leipziger Studentin Lina E. (26) aus.

Auch beim zweiten, wichtigen Thema, dem Maskendeal, gab es gestern keine Konsequenzen. Der Aufsichtsrat will erst den Abschlussbericht des Landesrechnungshofs abwarten. Am 29. November soll das Thema dann wieder auf der Tagesordnung stehen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Wissenschaftsminister Armin Willingmann (58, SPD)

Foto: PETER GERCKE, JENS WOLF/DPA

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BISAAN

Subject: DATENPANNEN (91%); SKANDALE (91%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (91%); DATENDIEBSTAHL (90%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (90%); POLITIK (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); ERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (73%)

Industry: DATENPANNEN (91%); DATENDIEBSTAHL (90%)

Geographic: MAGDEBURG, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: October 26, 2021

End of Document

Linksextremer Überfall auf Leipziger Prokuristin; SPUR DER SCHLÄGER führt nach Magdeburg

BILD Leipzig

Donnerstag 7. Oktober 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 234

Length: 207 words

Byline: Mig

Ac

Body

Leipzig - Es war ein feiger Überfall linker Terroristen auf eine Frau. Die Prokuristin (34) einer Leipziger Immobilienfirma wurde von Linksextremen in ihrer Wohnung überfallen und mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen (BILD berichtete). Seit knapp zwei Jahren suchen die Ermittler die Täter. Jetzt führt eine Spur nach Magdeburg.

Die Generalstaatsanwaltschaft Naumburg bestätigte gestern Ermittlungen gegen eine Mitarbeiterin des Universitätsklinikums Magdeburg. "Die Person hat vielfach unberechtigt Meldedaten vom Leipziger Einwohnermeldeamt abgefragt", so Oberstaatsanwalt Klaus Tewes. Unter den Daten habe sich auch die Wohnadresse der im November 2019 von zwei Vermummten niedergeschlagenen Prokuristin befunden.

Laut Uni-Klinik handelt es sich bei der Verdächtigen um "eine langjährige Mitarbeiterin, die aufgrund ihrer Beschäftigung in der Buchhaltung Zugriff auf das Melderegister hatte". Sie sei nach Bekanntwerden der Ermittlungen Ende 2020 entlassen worden.

Wie BILD erfuhr, gehen die Ermittler davon aus, dass auch die linksextreme Gruppierung um Studentin Lina E. (26) von dem Datenklau profitierte. Tewes: "Ob und zu welchem Zweck die Daten abgefragt worden sind, ist noch Gegenstand der Ermittlungen."

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); EIGENTUMSDELIKTE (77%); RECHTSANWÄLTE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); DATENDIEBSTAHL (75%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); DATENDIEBSTAHL (75%)

Load-Date: October 7, 2021

End of Document

KLINIK-MITARBEITERIN GAB DATEN AN LINKSEXTREME WEITER

BILD Sachsen-Anhalt

Donnerstag 7. Oktober 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: SACHSEN-ANHALT; S. 9; Ausg. 234

Length: 237 words

Body

Magdeburg/ Leipzig - Es war ein feiger Überfall linker Terroristen auf eine Frau. Die Prokuristin (34) einer Leipziger Immobilienfirma wurde von Linksextremen in ihrer Wohnung überfallen und mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Die Adresse der Frau bekamen die Täter offenbar aus Magdeburg. Eine ehemalige Angestellte der Uniklinik soll die Meldedaten übermittelt haben, berichtet die Zeitung "Volksstimme".

Der Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft, Klaus Tewes, bestätigt BILD: "Wir führen derzeit ein Ermittlungsverfahren gegen eine Person, die ehemals in der Universitätsklinik Magdeburg angestellt war, wegen des Verstoßes gegen das Bundes- und Landesdatenschutzgesetz. Die Person soll mehrfach Datenabfragen unter Missbrauch ihrer Zugriffsrechte getägtigt haben."

Laut Auskunft der Uniklinik hatte diese Mitarbeiterin "aus dienstlichen Gründen (Buchhaltung, gerichtliches Mahnwesen) berechtigten Zugriff auf Daten aus dem Einwohnermeldeamt". Nach dem Beginn eines Ermittlungsverfahrens sei sie freigestellt worden, so ein Sprecher.

Wie BILD aus Polizeikreisen erfuhr, gehen die Ermittler fest von einem Zusammenhang zwischen dem Magdeburger Datenklau und der linksextremen Gruppierung um die Leipziger Studentin Lina E. (26) aus. Diese muss sich derzeit mit drei Komplizen unter anderem wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung vor der Staatsschutzkammer in Dresden verantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Eine Straftat aus linksextremem Milieu führt zur Uniklinik Magdeburg

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BISAAN

Subject: ERMITTLEMENT (90%); DATENDIEBSTAHL (78%); DATENSCHUTZGESETZGEBUNG (78%); KRIMINALERMITTLEMENT (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); TERRORISMUS (78%); EIGENTUMSDELIKTE (77%); STAATSANWÄLTE (76%)

Industry: DATENDIEBSTAHL (78%); DATENSCHUTZGESETZGEBUNG (78%); STAATSANWÄLTE (76%)

Geographic: MAGDEBURG, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: October 7, 2021

End of Document

RAZZIA IN CONNEWITZ; Verdächtiger soll Lina E. geholfen haben

BILD Leipzig

Freitag 7. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 156

Length: 81 words

Body

Leipzig - Fünf Wochen nach dem Urteilsspruch gegen Lina E. (28) hat der Generalbundesanwalt erneut eine Wohnung in Connewitz durchsuchen lassen. Gestern waren Beamte des Landeskriminalamtes in einer Wohnung in der Brandstraße. "Es geht um den Anfangsverdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung", so eine Sprecherin des Generalbundesanwaltes. Nähere Angaben zur Person, die zum Helfernetzwerk der Linksextremistin gehören soll, machte die Behörde nicht.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: JUSTIZMINISTERIEN (90%); RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (85%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (88%)

RAZZIA IN CONNEWITZ; Verdächtiger soll Lina E. geholfen haben

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: July 7, 2023

End of Document

Urteil gegen Lina E. noch vor Ostern?

BILD Dresden

Donnerstag 9. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 11; Ausg. 58

Length: 144 words

Byline: Bs

Body

DRESDEN/LEIPZIG - Seit 17 Monaten verhandelt die Staatsschutzkammer gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (28) aus Leipzig. Gestern, 88. Verhandlungstag des Mammut-Prozesses, zeichnete sich endlich ein Ende ab.

Das Urteil soll Anfang April fallen. Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats (61) mahnte gestern die Verteidiger: "Sie kennen meinen Zeitplan. Ich würde gerne in der Woche vor Ostern das Urteil sprechen." Möglicher Termin: der 5. oder 6. April

Die Verteidiger wurden gestern gebeten, bis heute letzte Beweisanträge zu stellen. Lina E. und drei weiteren Angeklagten wird u. a. die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen

Die Angeklagten schwiegen bisher, wurden aber durch einen Kronzeugen, der selber zur linksextremistischen Szene gehörte, schwer belastet.

Die ersten Plädoyers werden kommende Woche erwartet.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Lina E. (28) soll laut Anklage eine Anführerin der Linksextremisten sein. Sie sitzt seit November 2020 in U-Haft

Urteil gegen Lina E. noch vor Ostern?

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); ZEUGEN (88%); RICHTER (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (71%); BEWEIS (69%)

Geographic: SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: March 9, 2023

End of Document

PROZESS GEGEN LINA E.; Fünf-Stunden-Plädoyer der Bundesanwaltschaft

BILD Leipzig

Freitag 31. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 77

Length: 73 words

Body

DRESDEN - Der Mammut-Prozess um Lina E. (28) geht ins Finale. Gestern plädierte die Bundesanwaltschaft, zeigte sich überzeugt, dass die insgesamt vier Angeklagten Teil einer kriminellen, linksextremen, militärischen Vereinigung waren, die Rechtsextreme brutal überfallen haben soll. Was die Bundesanwaltschaft für Strafen fordert, blieb trotz fünf Stunden Plädoyer noch offen. Damit geht's am nächsten Prozesstag weiter.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Load-Date: March 31, 2023

End of Document

"Kesselmusik"-Konzert ohne Zwischenfälle

BILD Leipzig

Montag 24. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 13; Ausg. 170

Length: 90 words

Body

Leipzig - Das Solidaritätskonzert für die rund 1000 vor sieben Wochen eingekesselten Demonstranten in Leipzig ist laut Polizei friedlich verlaufen. Beim Konzert am Samstag habe es keine besonderen Zwischenfälle gegeben, teilte eine Polizeisprecherin mit. Bis zu 300 Teilnehmer waren dabei. Hintergrund waren die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten am sogenannten "Tag X" am 3. Juni. Nach dem Urteil gegen Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten war die Situation auf einer Demo eskaliert.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Musiker auf dem Alexis-Schumann-Platz am Samstag

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

"Kesselmusik"-Konzert ohne Zwischenfälle

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: July 24, 2023

End of Document

FALL LINA E.(27); 4 WEITERE MÄNNER ANGEKLAGT

BILD Thüringen

Freitag 11. November 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: THÜRINGEN UND DER OSTEN; S. 10; Ausg. 264

Length: 146 words

Body

Gera/Dresden - Seit Monaten wird der Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (27) verhandelt.

Sie soll die Anführerin einer Gruppe gewesen sein, die Überfälle auf Rechtsextreme plante und verübt. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Gera vier weitere Männer aus ihrem Umfeld angeklagt.

Ihnen wird vorgeworfen, dass sie den Rechtsextremen Leon R. im Dezember 2019 vor dessen Haus in Eisenach attackiert haben sollen. Mit Metallstangen und Reizgas sollen sie den Besitzer einer rechten Szene-Kneipe und seine Begleitung verprügelt haben.

Wie BILD erfuhr, ist Johannes D. (30) einer der Angeklagten. Er ist der Kronzeuge im Prozess um Lina E. und befindet sich seit Mai im Zeugenschutzprogramm. Neben ihm wurden noch drei weitere Männer (22, 28, 29) aus Thüringen angeklagt.

Die Fälle werden vor der Jugendkammer des Landgerichts Meiningen verhandelt.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Gegen Lina E. wird in Dresden verhandelt

Classification

FALL LINA E.(27); 4 WEITERE MÄNNER ANGEKLAGT

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BITH

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ZEUGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); STAATSANWÄLTE (77%); GERICHTSHÖFE (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: November 11, 2022

End of Document

Urteil gegen Lina E. (27) erst 2023?

BILD Leipzig

Dienstag 25. Oktober 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 249

Length: 91 words

Byline: Kk

Body

Dresden/ Leipzig - Das Urteil gegen Lina E. (27), mutmaßliche Anführerin einer linksextremen Bande, fällt wohl erst 2023. "Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Dresden hat neue Termine bis Weihnachten festgelegt. Nach dem jetzigen Stand dürfte ein Urteil voraussichtlich erst 2023 fallen", teilte OLG-Sprecherin Meike Schaaf mit. Die Studentin E. aus Connewitz sitzt seit mehr als 700 Tagen in U-Haft. An mehr als 70 Tagen wurde bereits verhandelt. Lina E. wird u. a. die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Graphic

Lina E. im Prozess am OLG Dresden

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Urteil gegen Lina E. (27) erst 2023?

Subject: GERICHTSHÖFE (88%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: October 25, 2022

End of Document

Urteil gegen Lina E. (27) erst 2023?

BILD Dresden

Dienstag 25. Oktober 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 249

Length: 90 words

Byline: Kk

Body

Dresden/Leipzig - Das Urteil gegen Lina E. (27), mutmaßliche Anführerin einer linksextremen Bande, fällt wohl erst 2023.

"Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Dresden hat neue Termine bis Weihnachten festgelegt. Nach dem jetzigen Stand dürfte ein Urteil voraussichtlich erst 2023 fallen", teilte OLG-Sprecherin Meike Schaaf mit. Die Studentin E. aus Connewitz sitzt seit mehr als 700 Tagen in U-Haft. An mehr als 70 Tagen wurde bereits verhandelt. Lina E. wird u. a. die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Graphic

Lina E. im Prozess am OLG Dresden

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Urteil gegen Lina E. (27) erst 2023?

Subject: GERICHTSHÖFE (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: October 25, 2022

End of Document

Heute Sondersitzung wegen Kessel von Leipzig

BILD Leipzig

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 134

Length: 148 words

Byline: Md

Body

Leipzig - Die Randale von Leipzig nach der Verurteilung der Linksextremistin Lina E. - heute, 10 Uhr, hat das Ganze ein Nachspiel im Landtag. Linke und AfD hatten eine Sondersitzung des Innenausschusses erwirkt, wollen, dass Innenminister Rede und Antwort zum Einsatz in Leipzig steht.

Die Lesart allerdings könnte nicht unterschiedlicher sein. Während die AfD von Mordanschlägen auf Polizisten spricht und schon vorab die Aufstockung der Soko LinX fordert, kritisieren Linke, Grüne und auch SPD vor allem die Polizei und die Einkesselung von Hunderten Demonstranten. Innenpolitikerin Kerstin Köditz (56) nannte den Vorgang die "Herstellung menschenunwürdiger Bedingungen". Das sei weder verhältnismäßig noch ein Beitrag zur Deeskalation gewesen. Die Grüne Jugend verlangte inzwischen sogar eine Entschuldigung bei jenen, die angeblich "unschuldig eingekesselt" wurden.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Heute Sondersitzung wegen Kessel von Leipzig

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (88%); POLITISCHE PARTEIEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (88%); REGIERUNGSKABINETTS (88%); MORD (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 12, 2023

End of Document

Heute Sondersitzung wegen Kessel von Leipzig

BILD Dresden

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 11; Ausg. 134

Length: 148 words

Byline: Md

Body

Leipzig - Die Randale von Leipzig nach der Verurteilung der Linksextremistin Lina E. - heute, 10 Uhr, hat das Ganze ein Nachspiel im Landtag. Linke und AfD hatten eine Sondersitzung des Innenausschusses erwirkt, wollen, dass Innenminister Rede und Antwort zum Einsatz in Leipzig steht.

Die Lesart allerdings könnte nicht unterschiedlicher sein. Während die AfD von Mordanschlägen auf Polizisten spricht und schon vorab die Aufstockung der Soko LinX fordert, kritisieren Linke, Grüne und auch SPD vor allem die Polizei und die Einkesselung von Hunderten Demonstranten.

Innenpolitikerin Kerstin Köditz (56) nannte den Vorgang die "Herstellung menschenunwürdiger Bedingungen".

Das sei weder verhältnismäßig noch ein Beitrag zur Deeskalation gewesen.

Die Grüne Jugend verlangte inzwischen sogar eine Entschuldigung bei jenen, die angeblich "unschuldig eingekesselt" wurden.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (88%); POLITISCHE PARTEIEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (88%); REGIERUNGSKABINETTS (88%); MORD (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 12, 2023

End of Document

AUS IHRER REGION

BILD Leipzig

Freitag 26. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 121

Length: 124 words

Body

LEIPZIG - Polizei sagt Party ab

Wegen des angekündigten "Tag X" am übernächsten Samstag, sagt die Polizei nun ihren Tag der offenen Tür ab. Linksextreme drohen an diesem Tag mit Aktionen nach dem Urteil gegen Lina E. (28) am kommenden Mittwoch.

LEIPZIG - Gewandhaus bis zur Rente

Der Vertrag des Verwaltungsdirektors, Prof. Dr. Gereon Röckrath, soll bis 31. Dezember 2025 verlängert werden. Danach geht er in den Ruhestand. Jahresgehalt brutto: 152 000 Euro.

LEIPZIG - Stadt warnt vor Raupen

Im Stadtgebiet wurde der Eichenprozessionsspinner festgestellt. Der Kontakt kann zu allergischen Reaktionen (Hautekzeme, Reizungen) führen. An Häusern, Wegen, Spielplätzen saugt eine Spezialfirma sie ab. Hinweise: stadtgruen@leipzig.de

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

AUS IHRER REGION

Subject: ALLERGIEN (86%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: May 26, 2023

End of Document

[Linksextreme drohen mit zweiten G20-Krawallen](#)

BILD Dresden

Dienstag 30. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 11; Ausg. 123

Length: 178 words

Byline: Mk

Body

Leipzig - Morgen fällt das Urteil um Lina E. (28) und ihre mutmaßliche Schlägerbande.

Linksextremisten aus ganz Deutschland schwören sich auf den sogenannten "Tag X" ein. Es soll der Tag der Vergeltung für das Urteil werden. Schon vor Wochen hatten Linksextreme angekündigt: eine Million Euro Sachschaden für jedes Jahr Haft. Der Verfassungsschutz befürchtet rund um die angekündigten Demonstrationen am 3. Juni (kommender Samstag) schwere Krawalle.

Innenminister Armin Schuster (61, CDU) betont, dass es "sehr viele Kräfte aus Deutschland brauchen wird, um die Lage zu beherrschen".

In einem Schreiben auf der linksextremen Plattform "Indymedia" ruft ein "Tag-X-Vorbereitungskomitee" dazu auf, Leipzig mit dem größten Schwarzen Block seit der Wiedervereinigung außer Kontrolle zu setzen. Die Kämpfe seien dabei "vergleichbar mit G20 in Hamburg". Beim G20-Gipfel in Hamburg war es 2017 zu massiven Ausschreitungen gekommen, damals waren Hunderte Polizisten verletzt worden.

Teile der linken Szene distanzieren sich zwischenzeitlich vom Gewaltaufruf.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Wiederholen sich die Bilder in Leipzig? Beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg gab es schwere Krawalle

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: AUSSCHREITUNGEN (91%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); POLITIK (76%); GESPRÄCHE & TREFFEN (73%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (70%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (70%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (73%); DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: May 30, 2023

End of Document

Prozess um Linksextremistin Lina E.; MORDAUFRUF GEGEN KRONZEUGEN!

BILD Dresden

Donnerstag 28. Juli 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 174

Length: 167 words

Byline: B.schilz

Body

Dresden - Seit 59 Tagen steht die mutmaßliche Leiziger Linksextremistin Lina E. (27) in Dresden vor Gericht. Heute soll nun erstmals ein Kronzeuge aus der linken Szene aussagen - doch ihm wird inzwischen mit dem Tod gedroht!

Lina E. und ihre drei Mitangeklagten sollen mehrere Neonazis gezielt überfallen und schwerst misshandelt haben, schweigen aber zu den Vorwürfen. Johannes D. (30), ein in Ungnade gefallener Mittäter, hat bei der Polizei ausgepackt, soll die nächsten vier Tage im Prozess vernommen werden. Doch seitdem das bekannt ist, jagt die Antifa den Mann!

Im Internet kursieren Fotos und sein voller Name. Ein Antifa-Video zeigt einen meterhohen Schriftzug "Freiheit für Lina, 9 mm für den 31er." Mit 9 Millimeter ist das Kaliber einer Waffe gemeint, 31 ist der Code für Verräter - die Zahl steht für den Paragraphen zur Straffreiheit für Kronzeugen.

Richter Hans Schlüter-Staats (60): "Der Zeuge ist ernsthaft gefährdet, wir recherchieren gerade zu den Mordaufrufen!"

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Prozess um Linksextremistin Lina E.; MORDAUFRUF GEGEN KRONZEUGEN!

So wird im Internet über den "Verräter" gehetzt

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: ZEUGEN (93%); GERICHTSPROZESSE (90%); RICHTER (78%); MISSHANDLUNG & VERNACHLÄSSIGUNG (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: July 28, 2022

End of Document

BEI RAZZIA IN LEIPZIG; Sachsens Staatsfeind Nr. 1 nur knapp der Polizei entwischt?

BILD Dresden

Samstag 25. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 72

Length: 188 words

Body

LEIPZIG - Seit Juli 2020 ist Johann G. (29) untergetaucht. Er gilt als Staatsfeind Nr. 1 in Sachsen. Denn er soll der Strippenzieher der sogenannten Hammerbande um die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (27) sein.

Doch anstatt in Athen oder der Schweiz könnte sich der Freund von Lina E. in Leipzig aufhalten. Bei den Razzien am 15. März soll er den Ermittlern knapp entwischt sein, wird in den sozialen Netzwerken diskutiert.

Nach morgendlichen Durchsuchungen war das SEK am Nachmittag in der Eichendorffstraße in Connewitz angerückt. Auf der Suche nach einer "flüchtigen Person", bei der es sich um G. gehandelt haben soll, schossen die Einsatzkräfte unter Atemschutz mit spezieller Munition Türen auf.

Von Bewohnern sollen die Hände auf Tattoos kontrolliert worden sein. G. hat sich auf die Finger "HATE" und "COPS" (dt. Hass und Polizisten) stechen lassen. Offenbar gehen die Ermittler davon aus, dass er sein Äußeres verändert hat.

Das LKA will nicht ins Detail gehen. Sprecher Tom Bernhardt (52) zu BILD: "Zu Spekulationen, Vermutungen und dem taktischen Vorgehen der Einsatzkräfte äußern wir uns nicht."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Wird von der Polizei gesucht: Johann G. (29) - hier bei einem früheren Prozess

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (90%); SOZIALE NETZWERKE (56%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); ATHEN, GRIECHENLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: March 25, 2023

End of Document

FAHNDUNG!; Leipziger Linker an Prügel-Attacke in Budapest beteiligt

BILD Leipzig

Dienstag 14. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 38

Length: 169 words

Byline: Karl Keim

Body

Budapest/Leipzig - Die Gruppe schleicht sich von hinten an den Mann an, ein Vermummter zückt einen Totschläger, prügelt auf den Hinterkopf des Opfers ein. Als der Mann zu Boden fällt, stürzen sich die acht Angreifer auf ihn ...

Diese brutale Szene zeichnete am 10. Februar eine Überwachungskamera in Budapest (Ungarn) auf. Unter den Tätern, die auf Zoltán T. einschlugen, sollen fünf Männer und Frauen aus Deutschland sein, eine Angreiferin stammt aus Italien. Nach BILD-Informationen soll einer der Verdächtigen Moritz S. (20) aus Leipzig sein, der dem Dunstkreis um Lina E. zugeordnet wird. Er wird von der ungarischen Polizei gesucht. Vier mutmaßliche Täter wurden festgenommen.

Die Vorgehensweise in Budapest erinnert an einen Angriff in Erfurt am 12. Januar. Da attackierten mehrere Linksradikale zwei Neonazis (24, 34) in der Pestalozzistraße. Bewaffnet mit Axt, Totschläger und Pfefferspray. Auch hier wurde auf den Kopf eingeschlagen, beide Opfer wurden schwer verletzt (BILD berichtete).

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die Angreifer bringen ihr Opfer zu Fall

Zum Schluss wird Zoltán T. mit einer farbigen Flüssigkeit besprüht

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ÜBERWACHUNG (78%); VERHAFTUNGEN (77%)

Geographic: BUDAPEST, UNGARN (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); ERFURT, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (69%); UNGARN (90%); DEUTSCHLAND (56%); ITALIEN (55%)

Load-Date: February 14, 2023

End of Document

Lina-E.-Prozess; Kein Urteil dieses Jahr!

BILD Leipzig

Freitag 5. November 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 259

Length: 80 words

Body

Dresden - In dem Staatsschutzverfahren gegen Lina E. (26) und ihre mutmaßlichen Mittäter wegen Mitgliedschaft in einer linksextremistischen Vereinigung wird es dieses Jahr wohl kein Urteil mehr geben. Das Oberlandesgericht teilte jetzt mit, dass weitere Termine bis Ende März 2022 vorgesehen sind. Lina E. sitzt seit einem Jahr in U-Haft, gestern demonstrierten rund 50 Sympathisanten für ihre Freilassung. Der Prozess begann am 8. September diesen Jahres.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: GERICHTSHÖFE (88%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: November 6, 2021

Lina-E.-Prozess; Kein Urteil dieses Jahr!

End of Document

Körperverletzung; WEITERER ANKLAGEPUNKT GEGEN LINA E.

BILD Leipzig

Dienstag 10. August 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 184

Length: 109 words

Body

Leipzig - Die Anklageschrift gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (26) wird immer länger.

Neben dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung wird der Pädagogik-Studentin eine weitere gemeinschaftlich begangene gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt, teilte der Generalbundesanwalt gestern mit. So soll die Studentin 2018 mit drei anderen Tätern den ehemaligen Leipziger NPD-Stadtrat Enrico Böhm vor dessen Wohnung in Gohlis überfallen und schwer verletzt haben. Er erlitt Verletzungen im Gesicht und einen Kniescheibenbruch.

Der Prozess gegen Lina E. soll Ende September beginnen.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ANKLAGEN (91%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (88%); GERICHTSPROZESSE (73%); STAATSANWÄLTE (73%)

Körperverletzung; WEITERER ANKLAGEPUNKT GEGEN LINA E.

Industry: STAATSANWÄLTE (73%)

Load-Date: August 10, 2021

End of Document

Von Vermummten verprügelt!; EX-NPD-STADTRAT ENLASTET LINA E.

BILD Leipzig

Donnerstag 23. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: ; S. 9; Ausg. 222

Length: 158 words

Body

Leipzig/Dresden - Mit schwarzem Hemd und weinroten New Balance-Schuhen nahm gestern der ehemalige Leipziger NPD-Stadtrat Enrico Böhm (38) im Hochsicherheitssaal das Oberlandesgerichtes Dresden im Zeugenstand Platz, um im Verfahren gegen Lina E. (26) und ihre Mitangeklagten auszusagen.

Dabei berichtete der mehrfach vorbestrafte Rechtsextreme von der Attacke auf ihn am 2. Oktober 2018 vor seinem Wohnhaus in Gohlis. Er kam wie sonst auch morgens gegen 7.15 Uhr aus dem Haus. Da seien vier Maskierte mit Sturmhauben auf ihn zugestürmt, hätten ihn zu Boden gebracht, auf seine Kniescheibe und seinen Kopf eingetreten und Pfefferspray in sein Gesicht gesprüht.

Böhm, der dabei u.a. einen Kniescheibenbruch erlitt: "Die Leute waren ein Stück größer als ich und müssen kampfsporterfahren sein." Er habe sie "als männlich empfunden". Seine Aussage entlastet somit Lina E., die laut Anklage bei der Attacke dabei gewesen sein soll.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ex-NPD-Stadtrat Enrico Böhm (hier bei einem früheren Prozess) sagte gestern über die Prügel-Attacke aus

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Von Vermummten verprügelt!; EX-NPD-STADTRAT ENTLASTET LINA E.

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ZEUGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (77%); ANKLAGEN (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: September 23, 2021

End of Document

Lina E. als Vorbild; SPD-Politiker gefiel Gewaltversteher-Tweet

BILD Dresden

Dienstag 21. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 220

Length: 126 words

Body

Leipzig - Ist er da wirklich nur "mausgerutscht"?

Holger Mann (42) aus Leipzig, Spitzenkandidat der Sachsen-SPD für die Bundestagswahl, klickte in der vergangenen Woche auf den Gefällt mir-Button unter dem Tweet (siehe oben) eines Leipziger Linksaufßen-Aktivisten.

Der hatte eine augenscheinlich sympathisierende Anspielung auf die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (26) gepostet, die derzeit wegen Überfällen auf Rechtsextreme vor Gericht steht. Dabei kamen laut Anklage u. a. geklauter Hämmer aus dem Baumarkt, konspirative Handys und Perücken zum Einsatz. Ihm sei der Kontext des Tweets nicht bewusst gewesen, so Mann auf BILD-Nachfrage. Er habe sein "Like" deshalb gelöscht "und bedauert, sollte es zu Irritationen gekommen sein".

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Diesem Tweet, einer Anspielung auf die linksextreme "Hammerbande", gab er ein "Like"

Fotos: PETER ENDIG/DPA, TWITTER

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); DEUTSCHER BUNDESTAG (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); WAHLEN (88%); WÄHLER & WAHLEN (88%); ANKLAGEN (87%); GERICHTSPROZESSE (87%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: September 21, 2021

End of Document

LEIPZIG

BILD Leipzig

Freitag 11. November 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 264

Length: 134 words

Body

Connewitz - Mehr Angeklagte

Im Fall Lina E. (27) wurden vier weitere Verdächtige aus dem direkten Umfeld der mutmaßlichen Linksextremistin angeklagt. Unter ihnen: Johannes D. (30), der als Kronzeuge bereits im Prozess ausgesagt hatte. Er und die drei anderen Beschuldigten (22, 28, 29) müssen sich u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten.

Zentrum - Auszeichnung

Große Ehre für Gewandhaus- Ehrendirigent Prof. Herbert Blomstedt (95). Der frühere Kapellmeister (1998 bis 2005) hat das Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland überreicht bekommen.

Zentrum-Ost - Tram ausgebremst

Vier Fahrgäste sind in einer Straßenbahn bei einer Gefahrenbremsung verletzt worden. Eine Autofahrerin (47) hatte die Tram beim Abbiegen auf die Rosa-Luxemburg-Straße gekreuzt.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

LEIPZIG

Subject: ANKLAGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); ZEUGEN (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: November 11, 2022

End of Document

LEIPZIG

BILD Leipzig

Donnerstag 18. August 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 192

Length: 144 words

Body

Leipzig - Betrug am Telefon

Am Montag und Dienstag gab es zwei neue Fälle von Trickbetrug am Telefon. Von einer 62-Jährigen ergaunerten Anrufer mit angeblich dringenden Überweisungen für ihre Tochter einen mittleren vierstelligen Betrag. Einer 46-Jährigen luchsten falsche Ermittler einen niedrigen vierstelligen Betrag ab.

Leipzig - Bargeld geraubt

Ein 44-Jähriger wurde am Montag gegen 11.45 Uhr am Rabet von vier Männern überfallen. Sie raubten ihm einen niedrigen vierstelligen Bargeldbetrag. Einen Tatverdächtigen (20-25, ca. 1,70 bis 1,75 m), der ihn niederschlug, beschreibt die Polizei so: südländischer Phänotyp, trug Trainingsanzug. Zeugen: 3 0341/9664 6666.

Leipzig - Wohnung durchsucht

Im Zusammenhang mit dem Linksextremismus-Prozess gegen Lina E. hat die Bundesanwaltschaft die Wohnung einer weiteren Beschuldigten durchsuchen lassen.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: KRIMINALERMITTLUNGEN (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); ZEUGEN (86%); STAATSANWÄLTE (68%); GERICHTSPROZESSE (67%)

Industry: STAATSANWÄLTE (68%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: August 18, 2022

End of Document

Bekennerschreiben nach Anschlag auf sächsische Landesvertretung

BILD Leipzig

Freitag 10. Juni 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 133

Length: 128 words

Body

Berlin/Dresden - Sie schmissen Scheiben ein, beschmierten die Fassade mit Farbe: Nach dem Anschlag auf die sächsische Landesvertretung in Berlin ist jetzt ein Schreiben aus der linksextremen Szene aufgetaucht.

Sympathisanten der mutmaßlich linksextremen Rädelsführerin Lina E. (26) haben sich im Netz zu der Attacke bekannt - aus Solidarität heißt es darin. Die 26-Jährige steht mit drei Mitangeklagten seit September 2021 vor Gericht. Den Angeklagten werden brutale Überfälle auf mindestens vier Personen in Leipzig, Eisenach und Wurzen vorgeworfen.

Bei der Attacke auf die "Sachsen-Botschaft" am vergangenen Sonntag wurden mehrere Glasscheiben mit Pflastersteinen eingeworfen. Zudem besprühten die Täter die Fassade großflächig mit schwarzer Farbe.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die beschmierte Landesvertretung in Berlin

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ANKLAGEN (87%); GERICHTSPROZESSE (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 10, 2022

End of Document

Bekennerschreiben nach Anschlag auf sächsische Landesvertretung

BILD Dresden

Freitag 10. Juni 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 133

Length: 128 words

Body

Berlin/Dresden - Sie schmissen Scheiben ein, beschmierten die Fassade mit Farbe: Nach dem Anschlag auf die sächsische Landesvertretung in Berlin ist jetzt ein Schreiben aus der linksextremen Szene aufgetaucht.

Sympathisanten der mutmaßlich linksextremen Rädelsführerin [Lina E.](#) (26) haben sich im Netz zu der Attacke bekannt - aus Solidarität heißt es darin. Die 26-Jährige steht mit drei Mitangeklagten seit September 2021 vor Gericht. Den Angeklagten werden brutale Überfälle auf mindestens vier Personen in Leipzig, Eisenach und Wurzen vorgeworfen.

Bei der Attacke auf die "Sachsen-Botschaft" am vergangenen Sonntag wurden mehrere Glasscheiben mit Pflastersteinen eingeworfen. Zudem besprühten die Täter die Fassade großflächig mit schwarzer Farbe.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die beschmierte Landesvertretung in Berlin

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: ANKLAGEN (87%); GERICHTSPROZESSE (70%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 10, 2022

End of Document

Razzia in Connewitz; Neue Hinweise zu linksextremen Straftaten?

BILD Leipzig

Donnerstag 16. Juni 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 138

Length: 138 words

Body

Leipzig - Nach Hinweisen auf mögliche linksextremistische Straftaten haben 43 LKA-Beamte gestern ab 6 Uhr Wohnungen in Connewitz durchsucht.

Die Generalbundesanwaltschaft bestätigte auf BILD-Anfrage lediglich: "Es gab Durchsuchungen in zwei Objekten in Leipzig." Darüber hinaus wolle man sich nicht zu dem Einsatz äußern. Laut "LVZ" soll sich die Razzia auf das Umfeld der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. (27) bezogen haben. Demnach gebe es angeblich Zeugenangaben über den Hergang verschiedener Taten sowie über die Gruppenstruktur.

Die Generalbundesanwaltschaft wirft der aus Kassel stammenden Studentin sowie drei Männern aus Leipzig und Berlin in einem Prozess am Oberlandesgericht Dresden vor, zwischen 2018 und 2020 Leute aus der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach attackiert zu haben.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

LKA-Beamte vor einem Hauseingang in Connewitz

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFTATEN (90%); ZEUGEN (88%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KASSEL, DEUTSCHLAND (54%); BERLIN, DEUTSCHLAND (53%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (53%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 16, 2022

End of Document

DRESDEN

BILD Dresden

Freitag 20. Mai 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 117

Length: 140 words

Body

Dresden - Schlägerei vor Extremismus-Prozess

Während einer Pause im Linksextremismus-Prozess gegen Lina E. (27) griff gestern eine Gruppe linker Unterstützer einen Mann (60) vor dem Gericht an. Zuvor gab es Streit. Ein 34-Jähriger trat den Mann. Die Polizei schritt ein, ein 31-Jähriger leistete Widerstand gegen die Beamten.

Dresden - Dreckige Autos

Im Schnitt stößt die Landesregierung mit ihren Dienstautos 204 Gramm CO₂/Kilometer aus, so die Deutsche Umwelthilfe. Deutschlandweit: Platz sieben. Die Autos der CDU-Minister Barbara Klepsch, Thomas Schmidt, Christian Piwarz und Hartmut Vorjohann sind die dreckigsten Verbrenner (259 g/km).

Bautzen - Spielcasino geknackt

In Großpostwitz stiegen morgens Einbrecher in ein Gebäude ein. Sie knackten mehrere Automaten auf, stahlen eine Geldkassette. Sachschaden: 6000 Euro.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

DRESDEN

Journal Code: BIDD

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); POLITIK (87%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (68%)

Industry: KASINOS (67%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: May 20, 2022

End of Document

PRÜGEL-ERMITTLEMENTEN EINGESTELLT

BILD Leipzig

Dienstag 9. November 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 262

Length: 77 words

Body

Leipzig - Vor zwei Jahren wurde in Leipzig die Prokuristin einer Baufirma zu Hause überfallen und durch Schläge verletzt. Die Ermittlungen gegen die linksextremistische Leipziger Studentin Lina E. (26) als mögliche Mittäterin dieses Überfalls wurden jetzt eingestellt, so die Generalstaatsanwaltschaft Dresden gestern. Der Verdacht war auf Lina E. gefallen, weil bei ihr ein USB-Stick mit dem Text des Bekennerschreibens gefunden worden war.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); STAATSANWÄLTE (86%)

Industry: BAUINDUSTRIE (88%); STAATSANWÄLTE (86%)

Geographic: SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

PRÜGEL-ERMITTLEMENT EINGESTELLT

Load-Date: November 9, 2021

End of Document

LINA-PROZESS; Kein Urteil dieses Jahr

BILD Dresden

Freitag 5. November 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 259

Length: 84 words

Body

Dresden - In dem Staatsschutzverfahren gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (26) und ihren Mitangeklagten wegen Mitgliedschaft in einer linksextremistischen Vereinigung wird es dieses Jahr wohl kein Urteil mehr geben. Das Oberlandesgericht teilte jetzt mit, dass weitere Termine bis Ende März 2022 vorgesehen sind. Lina E. sitzt seit einem Jahr in U-Haft, gestern demonstrierten rund 50 Sympathisanten für ihre Freilassung. Der Prozess begann am 8. September dieses Jahres.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: GERICHTSHÖFE (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: November 6, 2021

End of Document

Kirche will über Kriminalisierung von mutmaßlicher LINKSEXTREMEN diskutieren

BILD Dresden

Mittwoch 6. Oktober 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 233

Length: 199 words

Body

Dresden - Die "Frauenkonferenz. Demokratie im Dialog" in der Dreikönigskirche sorgt vorab für heftigen Protest.

Mit dem Segen der Landeskirche Sachsens will der Beirat der evangelischen Frauenarbeit am Samstag einen Workshop zum Thema "Der Fall Lina E. : Autonomie, Autonome Projekte und Kriminalisierung von Frauenwiderstand" abhalten.

Dabei werden der mutmaßlichen Linksextremistin aus Leipzig (sitzt in U-Haft) vom Generalbundesanwalt schwerste Straftaten vorgeworfen.

Am "Workshop" wird laut Ankündigung Landtagsabgeordnete Juliane Nagel (43, Linke) teilnehmen. Dann soll der Frage nachgegangen werden, "ob autonomer Widerstand zwangsläufig (...) kriminalisiert wird (...)".

CDU-Innenexperte Rico Anton (44) entsetzt: "Lina E. taugt nicht als Märtyrerin für kirchliche Frauenarbeit. Es wäre ein Skandal, wenn die evangelische Landeskirche diesen Workshop bei einer Demokratiekonferenz duldet. Ich gehe davon aus, dass unser Landesbischof eingreift und die Veranstaltung so nicht stattfindet."

Kirchen-Sprecher Matthias Oelke (62) ging gestern auf Distanz: "Die Verantwortung obliegt dem Beirat der Frauenarbeit. Weder Landesbischof noch Landeskirchenamt sind Veranstalter."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Kirche will über Kriminalisierung von mutmaßlicher LINKSEXTREMEN diskutieren

Lina E. (26) auf Weg zum Haftrichter beim Bundesgerichtshof

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: CHRISTENTUM & CHRISTEN (90%); KONFERENZEN & KONGRESSE (90%); RELIGIÖSE FÜHRER & AMTSTRÄGER (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); DEUTSCHE LANDTAGE (73%); SKANDALE (73%); STAATSANWÄLTE (71%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: October 6, 2021

End of Document

CONNEWITZ-RAZZIA IM MORGENGRAUEN!

BILD Leipzig

Donnerstag 27. Januar 2022

Copyright 2022 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 22

Length: 125 words

Body

Leipzig - Etwa 100 Polizisten sind gestern im Morgengrauen im linken Szene-Viertel Connewitz angerückt.

Zeitgleich stürmten die Beamten auch Wohnungen und Treffpunkte in der Simildenstraße. Bei der Razzia sollten Beweismittel gesammelt werden, u. a. für Brandanschläge und den Stein-Angriff auf die Leipziger BILD-Redaktion im letzten Mai. "Im Fokus waren vier Standorte", so LKA-Sprecher Tom Bernhardt. Der Einsatz dauerte bis zum Abend an.

Offenbar ging es auch um Lina E., sie steht gerade in Dresden vor Gericht. Wie BILD erfuhr, sollen mögliche Verstecke ihrer Unterstützer überprüft worden sein. Auch von Verdächtigen, die den untergetauchten Komplizen der mutmaßlichen Linken-Rädelsherrin, Johann G., gedeckt haben sollen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Gegen 6 Uhr rückten die Einsatzkräfte an

Die Beamten durchsuchten Wohnungen u. a. in der Simildenstraße

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

CONNEWITZ-RAZZIA IM MORGENGRAUEN!

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: BRANDSTIFTUNG (73%); GERICHTSPROZESSE (72%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (53%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: January 27, 2022

End of Document

LINA-PROZESS; Mann verprügelt, weil er verdächtige Mütze trug

BILD Leipzig

Mittwoch 15. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 215

Length: 147 words

Byline: Bs

Body

Dresden/Leipzig - Mit der falschen Mütze am falschen Ort.

Nächster Verhandlungstag im Prozess gegen Lina E. (26), Lennard A. (26), Jannis R. (36) und Jonathan M. (26). Den Angeklagten werden mit unterschiedlicher Beteiligung fünf Überfälle auf Rechtsradikale vorgeworfen. Bei Kanalarbeiter Tobias N. (34) soll es gereicht haben, dass er eine Mütze der Marke "Greifvogel Wear" trug, die in der rechten Szene beliebt ist.

Als er in Connewitz gerade eine Leiter an einen Lkw hängte, wurde er von vier Personen niedergeschlagen. "Meine Gesichtsknochen wurden zertrümmert, ich hatte Todesangst, leide heute noch unter den Schmerzen."

Lina E. soll einen Kollegen des Arbeiters laut Anklage mit Pfefferspray bedroht haben. Der Kollege gestern: "Die junge verummigte Frau meinte, das ist ein Nazi, er hat es verdient." Die Angeklagten schweigen. Prozess wird fortgesetzt.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%)

Load-Date: September 15, 2021

End of Document

Lina - Prozess; SO LIEF DER ÜBERFALL AUF DEN NPD-STADTRAT

BILD Leipzig

Dienstag 14. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 214

Length: 142 words

Body

Leipzig - Im Prozess gegen die Linksextremistin Lina E. (26) und ihre drei Komplizen beschrieb gestern die erste Zeugin, wie brutal die Bande gegen ihre politischen Gegner vorgegangen sein soll.

Franziska S. (33) aus Gohlis: "Ich wollte gegen 7 Uhr morgens mein Auto aus dem Hinterhof in der Natonekstraße holen. Plötzlich kamen vier schwarzgekleidete Personen aus dem Gebüsch, stürzten sich auf einen Mann. Ich hörte dumpfe Schläge, Schreie, flüchtete in meinen Hauseingang."

Das Opfer: Ex-NPD-Stadtrat Enrico Böhm (38), ein mehrfach vorbestrafter und gewalttätiger Neonazi. Ihm wurde die Kniescheibe gebrochen.

Ein offenbar akribisch geplanter Überfall. Die Augenzeugin: "Schon zwei Wochen zuvor habe ich zwei ähnlich gekleidete Personen mit Masken und Gummihandschuhen dort auf der Straße bemerkt."

Der Prozess geht heute weiter.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Seit letzter Woche in Dresden vor Gericht: Angeklagte Lina E. (26) aus Connewitz

Fotos: PETER SCHULZE, BERNHARD NATHKE

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ZEUGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (78%)

Load-Date: September 14, 2021

End of Document

LEIPZIG

BILD Leipzig

Donnerstag 23. Dezember 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 300

Length: 136 words

Body

Dresden - Langer Prozess

Im Verfahren gegen die mutmaßliche linke Gewalttäterin Lina E. (26) ist kein baldiges Ende in Sicht. Wie das Oberlandesgericht mitteilte, wurden Termine bis Ende Juni geplant. Verhandelt werden soll immer mittwochs und donnerstags.

Döllitz - Mann verletzt

Bei einem Wohnungsbrand am Abend in der Helenenstraße ist ein 77-Jähriger verletzt worden. Der Mann, der wohl eine Kerze unbeaufsichtigt gelassen hatte, erlitt eine Rauchgasvergiftung. Sachschaden: 20 000 Euro.

Delitzsch - Klau aufgeklärt

Nachdem der Delitzscher Heavy-Metal-Band "NoXiC" Anfang Dezember mehrere Instrumente gestohlen worden waren, ist nun der mutmaßliche Täter ermittelt. Wie die Polizei mitteilte, wurden die Musikinstrumente bei der Durchsuchung der Wohnung eines 39-jährigen Delitzschers gefunden.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); BRÄNDE (87%); DIEBSTAHL (86%); VERGIFTUNGEN (71%); MUSIK (68%); POP- UND ROCKMUSIK (68%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: December 23, 2021

End of Document

Vorwurf des Linksextremismus; Anklage-Erweiterung gegen Leipzigerin (26)

BILD Dresden

Dienstag 10. August 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: ; S. 6; Ausg. 184

Length: 109 words

Body

Leipzig - Die Anklageschrift gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (26) wird immer länger.

Neben dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung wird der Pädagogik-Studentin eine weitere gemeinschaftlich begangene gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt, teilte der Generalbundesanwalt gestern mit. So soll die Studentin 2018 mit drei anderen Tätern den ehemaligen Leipziger NPD-Stadtrat Enrico Böhm vor dessen Wohnung in Gohlis überfallen und schwer verletzt haben. Er erlitt Verletzungen im Gesicht und einen Kniescheibenbruch.

Der Prozess gegen Lina E. soll Ende September beginnen.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: ANKLAGEN (91%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (88%); GERICHTSPROZESSE (73%); STAATSANWÄLTE (73%); RECHTSANWÄLTE (72%)

Vorwurf des Linksextremismus; Anklage-Erweiterung gegen Leipzigerin (26)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%); RECHTSANWÄLTE (72%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: August 10, 2021

End of Document

THÜRINGEN

BILD Thüringen

Mittwoch 8. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: THÜRINGEN; S. 9; Ausg. 209

Length: 41 words

Body

Heute, 14 Uhr, tagt der Ältestenrat des Landtags zur Zukunft der FDP, die keine Fraktion mehr ist. In Dresden beginnt um 10 Uhr der Prozess gegen Linksextremistin Lina E., die auch in Thüringen Neonazis gejagt haben soll.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BITH

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (91%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (72%)

Load-Date: September 8, 2021

End of Document

DRESDEN

BILD Dresden

Dienstag 2. November 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 256

Length: 147 words

Body

Dresden - Urteil im Umweltschützer-Prozess

Das Landgericht verurteilte Nabu-Regionalchef Sebastian Schmidt (31, Oberes Elbtal) zur Rückzahlung von 7500 Euro aus der Vereinskasse, zudem darf er sich nicht mehr als Regionalleiter nennen.

Dresden - Schleuser verhaftet

Auf der Stauffenbergallee wurden am Wochenende mindestens zehn geschleuste Personen abgesetzt, weitere konnten vermutlich im Stadtgebiet untertauchen. Ein bulgarischer Schleuser sitzt in U-Haft.

Dresden - Linksextreme laufen vor Gericht

Die sogenannte Antifa Ost ruft zu einem Demo-Zug vom Bahnhof Neustadt zum Oberlandesgericht (Stauffenbergallee) auf. Sie fordern die Freilassung von Lina E. (26). Ab 14 Uhr kommt es zu Verkehrsbehinderungen im Dresdner Norden.

Radeberg - Dreier-Crashdurch Wildschweine

Eine Rotte war abends auf der S 177 unterwegs, verursachte mehrere Unfälle. An drei Autos entstand 7500 Euro Sachschaden.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

DRESDEN

Journal Code: BIDD

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NATUR- UND TIERSCHUTZORGANISATIONEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (88%); UMWELTSCHUTZ (73%); VERHAFTUNGEN (71%)

Industry: FAHRZEUGVERKEHR (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: November 2, 2021

End of Document

LEIPZIG

BILD Leipzig

Montag 30. August 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 11; Ausg. 201

Length: 153 words

Body

Schleußig - Überfall auf Sachsenbrücke

Vier junge Männer bedrohten nachts auf der Sachsenbrücke zwei Passanten (16 und 20). Der Jüngere wurde niedergeschlagen und verletzt. Die Bande erbeutete eine Musikbox und flüchtete.

Delitzsch - Acht Verletzte bei Feuer

Unbekannte Täter zündeten abends in einem Keller an der Bitterfelder Straße Gerümpel an. Durch den dichten Qualm wurden acht Bewohner leicht verletzt. Die Kripo ermittelt.

Leipzig - Bahn-Einschränkungen

Auf der RE6-Verbindung Leipzig - Chemnitz kommt es vom 1. - 3. September zu Einschränkungen. Zeitweise werden zwischen Burgstädt und Chemnitz Busse eingesetzt. Infos: 0341/231898288

Connewitz - "Soli-Saufen"

Rund 300 Menschen versammelten sich in der Nacht zu Sonntag auf der Wolfgang-Heinze-Straße. Motto: "Soli-Saufen für Lina E." - das ist die Linksextremistin, die ab 8. September vor Gericht steht. Es kam zu Verkehrsbeeinträchtigungen.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: KRIMINALERMITTLEMENTEN (71%)

Industry: FAHRZEUGVERKEHR (87%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: August 30, 2021

End of Document

DRESDEN

BILD Dresden

Donnerstag 12. August 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRESDEN; S. 9; Ausg. 186

Length: 170 words

Body

Dresden - Südländer überfällt Frau

Um 2 Uhr nachts zerrte ein Südländer (30 bis 40 Jahre, schlank), der mit dem Fahrrad kam, eine junge Frau (23) an der Königsbrücker Straße ins Gebüsch, wollte sie vergewaltigen. Als sie schrie, flüchtete er. Zeugen bitte unter 0351/4832233 melden.

Kamenz - Bier-Flaute

Im ersten Halbjahr ging der Bierabsatz sächsischer Brauereien um 7,4 Prozent auf 3,5 Mio. Hektoliter zurück. Grund sind geschlossene Gaststätten und die damit verbundene Krise beim Fassbier.

Dresden - Prozess gegen Linksextremisten

Gegen Studentin Lina E. (26) und weitere Linkskriminelle startet der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Dresden am 8. September im gegen Terror gepanzerten Hochsicherheits-Prozessgebäude die Hauptverhandlung.

Görlitz - 7800 freie Lehrstellen

Etwas orientierungslose Schulabgänger machen es Handwerk und Industrie schwer. Zum Ausbildungsstart sind noch 7800 Lehrstellen frei. Vor allem für Verkäuferinnen, Lagerlogistiker und Köche gibt's viele Ausbildungsplätze.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

DRESDEN

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BIDD

Subject: BERUFAUSBILDUNG (90%); GERICHTSPROZESSE (71%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND - VERFAHREN (69%)

Industry: BERUFAUSBILDUNG (90%); ALKOHOLISCHE GETRÄNKE (87%); ALKOHOLISCHE GETRÄNKEINDUSTRIE (87%); KNEIPEN (87%); BRAUEREIEN (71%); RESTAURANTGEWERBE (69%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (91%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: August 12, 2021

End of Document

LEIPZIG

BILD Leipzig

Donnerstag 12. August 2021

Copyright 2021 Axel Springer SE Alle Rechte Vorbehalten



Section: Leipzig; S. 9; Ausg. 186

Length: 198 words

Body

Leipzig - Starke Industrie

Trotz der 3. Coronawelle hat die sächsische Industrie im ersten Quartal einen Umsatz von knapp 16 Milliarden Euro erwirtschaftet - ein Plus von 12% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Besonders der Export boomierte.

Leipzig - Schwache Gastronomie

Das Gastgewerbe in Sachsen erlebte im ersten Quartal einen Umsatzrückgang um 60% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Bierabsatz der Brauereien in Sachsen ging im ersten Halbjahr um 7,4% zurück.

Leipzig/Dresden - Prozess gegen Linksextreme

Am 8. September beginnt der Prozess gegen die Linksextremistin Lina E. (26) und drei Männer vor der Staatsschutzkammer des Oberlandesgerichts. Ihnen werden Körperverletzungen und Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Möckern - Rentnerin abgezockt

Ein Betrüger rief bei einer Rentnerin (85) in Möckern an: "Ihre Tochter hat einen tödlichen Unfall verursacht. Gegen eine Kaution kann sie freikommen." Die Seniorin übergab einem Boten mehr als 10000 Euro.

Eilenburg - Feuer in Gartenanlage

In einer Eilenburger Kleingartenanlage brannten nachts zwei Lauben, die teilweise zerstört wurden. Die Kripo ermittelt wegen des Verdachts der Brandstiftung.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Newspaper

Journal Code: BILEI

Subject: ABSATZZAHLEN (90%); UNTERNEHMENSUMSÄTZE (78%); GERICHTSPROZESSE (75%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (75%); BRANDSTIFTUNG (73%); VERBRECHEN GEGEN ÄLTERE MENSCHEN (73%); BRÄNDE (71%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (68%); TOD & STERBEN (68%)

Industry: ALKOHOLISCHE GETRÄNKEINDUSTRIE (78%); ALKOHOLISCHE GETRÄNKE (73%); BRAUEREIEN (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: August 12, 2021

End of Document

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:33:00 CEST

Job Number: 202929006

Documents (29)

1. [Lina E. kommt gegen Auflagen frei](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

2. [Ausschreitungen bei Solidaritätsdemo für Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

3. [Lina E. und Mitangeklagte legen Revision ein](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

4. [Leipzig verbietet Soli-Demo für Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

5. [Bundesanwaltschaft legt Revision im Fall Lina E. ein](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

Narrowed by



6. Thüringens Verfassungsschutz-Chef warnt vor linker Radikalisierung Kritik an Freilassung von Lina E.**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

7. Schwere Vorwürfe der Verteidigung gegen Senat und Bundesanwalt im Fall Lina E.**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

8. Radmuttern an Privatwagen von Polizisten gelöst**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

9. Was linksextreme Gewalt mit Neonazis zu tun hat**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

10. Klage gegen Verbot der »Tag X«-Demo in Leipzig eingereicht**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

11. Polizei kesselt in Leipzig Demonstranten ein**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

12. [Offenbar private Angaben von vermummtem Staatsanwalt getwittert Ermittlungen eingeleitet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

13. [Faeser warnt vor wachsender Gefahr durch Linksextremismus](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

14. [Randale bei »Massencornern« in Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

15. [Leipzig erwartet heftige Lina-Proteste](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

16. [Ruhige Nacht nach Zusammenstößen in Leipzig Polizei bereitet nächsten Großeinsatz vor](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

17. [Deutsch-sowjetische Feindschaft](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

18. [Faeser macht AfD für Angriffe auf Geflüchtete mitverantwortlich](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

19. [Palmerloses Tübingen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

20. [Leipzig vor Gewalt und Chaos?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

21. [Bundesanwaltschaft fordert acht Jahre Haft für mutmaßliche Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

22. [Verfassungsschutz bekommt neue Vizechefin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online



23. [»Zusammenrottungen von augenscheinlich gewaltbereiten Menschen«](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

24. [Europa einigt sich und spaltet die Grünen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

25. [Generalbundesanwalt fahndet nach dem Linksextremisten »Gucci«](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

26. [Angriff auf Prokuristin in Leipzig Spur führt zu mutmaßlicher Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

27. [Steinwürfe und brennende Barrikaden in Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

28. [Sprengsatz am »Bull's Eye«](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online

29. [Polizei richtet Ermittlungsgruppe nach Krawallen in Leipzig ein](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Spiegel Online



Lina E. kommt gegen Auflagen frei

SPIEGEL ONLINE

31. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Nach Gerichtsurteil

Length: 252 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Die zu mehreren Jahren Haft schuldig gesprochene Linksextremistin Lina E. kommt vorerst frei, bis das Urteil rechtskräftig ist. So lange ist der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt.

Body

Das Oberlandesgericht Dresden hatte gegen die Linksextremistin Lina E. eine mehrjährige Haftstrafe verhängt. Nun kommt Lina E. nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft vorerst frei. Der Haftbefehl gegen sie werde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, sagte Hans Schläter-Staats, Vorsitzender Richter der Staatsschutzkammer am Oberlandesgericht Dresden, zum Abschluss der Urteilsbegründung.

Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig wird. Die 28-Jährige wurde unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt.

Sie muss sich nun zweimal wöchentlich bei der Polizei melden, darf den in der Akte vermerkten Wohnsitz nur mit Zustimmung des Gerichts wechseln und muss nach ihrem Reisepass auch den Personalausweis abgeben.

Das Oberlandesgericht hatte die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme verurteilt. Es ließ Revision zu.

Noch während am Oberlandesgericht die Urteilsbegründung im Extremismusprozess gegen Lina E. lief, sind am Abend Sympathisanten durch die sächsische Landeshauptstadt gezogen. Die Polizei machte zunächst keine Angaben zu den Teilnehmerzahlen, ein Reporter der Deutschen Presseagentur schätzte sie im niedrigen Hunderterbereich. Die Demonstrantinnen und Demonstranten hielten Transparente mit der Aufschrift »Free Lina«. Zu ähnlichen Demos war in zahlreichen deutschen Städten aufgerufen worden, darunter Berlin, Hamburg und Leipzig.

czl/dpa

Graphic

dpa - Lina E. vor Gericht

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: GERICHTSURTEILE (92%); VERHAFTUNGEN (92%); GERICHTSHÖFE (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); RICHTER (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%); PÄSSE & VISA (69%)

Industry: PÄSSE & VISA (69%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Ausschreitungen bei Solidaritätsdemo für Lina E.

SPIEGEL ONLINE

31. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Nach Urteil in Dresden

Length: 458 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: In Berlin, Hamburg, Dresden und Leipzig gingen hunderte Menschen gegen die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. auf die Straße. Bei einer Demo in Bremen kam es laut Polizei zu Ausschreitungen. Vermummte warfen Steine auf Beamte.

Body

Noch während am Oberlandesgericht in Dresdendie Urteilsbegründung gegen die Linksextremistin Lina E. lief, sind Sympathisanten durch die sächsische Landeshauptstadt gezogen. Die Polizei machte zunächst keine Angaben zu den Teilnehmerzahlen, ein Reporter der Deutschen Presseagentur schätzte sie im niedrigen Hunderter-Bereich. Die Demonstrantinnen und Demonstranten hielten Transparente mit der Aufschrift »Free Lina«. Zu ähnlichen Demos war in zahlreichen deutschen Städten aufgerufen worden, darunter Berlin, Hamburg und Leipzig.

In Berlin sind mehrere Hundert Sympathisanten aus der linken Szene auf die Straße gegangen. Sie zogen vom Landeskriminalamt am Tempelhofer Damm im Stadtteil Tempelhof Richtung Gneisenaustraße in Kreuzberg. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl auf rund 500. Die Demonstration sei weitgehend friedlich verlaufen, es habe allerdings einige Rangeleien gegeben, hieß es.

Etliche Menschen haben auch in Hamburg gegen die Verurteilung von Lina E. protestiert. Ein Einsatzleiter der Polizei sprach in einer ersten Schätzung von etwa 2000 Teilnehmern. Die Anhänger der linken Szene zogen von der Roten Flora aus durch das Schanzenviertel. Transparente kritisierten sie unter anderem »Kampf ihrer Klassenjustiz«. Getroffen hat es einzelne, gemeint sind wir alle«. Bei ihrem Marsch wurden die Demonstranten von zahlreichen Polizisten begleitet. Auch Wasserwerfer standen bereit.

Ausschreitungen bei linker Demo in Bremen

Zu Ausschreitungen ist es bei einer Demonstration in der Bremer Innenstadt gekommen. Rund 300 meist verummumte Personen hätten sich am Steintor versammelt und seien dann »relativ schnell und unvermittelt« auf Einsatzkräfte losgegangen, sagte eine Sprecherin der Polizei. Es seien Glasflaschen und Steine auf Polizisten geworfen worden, auch Pyrotechnik sei gezündet worden. Angaben über mögliche Verletzte konnte die Polizeisprecherin zunächst nicht machen. Die Beamten riefen die Bevölkerung auf, den Bereich zu meiden.

Nach dem Urteil gegen Lina E. waren Ausschreitungen befürchtet worden. Laut der Bremer Polizei hatten linksextremistische Gruppierungen bei einer Verurteilung Straftaten und Proteste in mehreren Städten angekündigt, auch in Bremen. Die Polizei hatte zuvor bereits mitgeteilt, daher mit mehr Kräften verstärkt Präsenz zeigen zu wollen.

Ausschreitungen bei Solidaritätsdemo für Lina E.

Das Oberlandesgericht Dresden hatte die Studentin Lina E. am Vormittag wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Für ihre drei Mitangeklagten verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten. Lina E. kommt nun vorerst unter Auflagen frei, bis das Urteil rechtskräftig ist. Solange ist der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt.

czl/dpa

Graphic

EPA - Solidaritätsdemo für Lina E. in Berlin

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); GERICHTSURTEILE (89%); VERURTEILUNGEN (89%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERHAFTUNGEN (78%); STÄDTE (76%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); BERLIN, DEUTSCHLAND (93%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Lina E. und Mitangeklagte legen Revision ein

SPIEGEL ONLINE

07. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Urteil wegen linksextremer Taten

Length: 221 words

Byline: Birte Bredow

Highlight: Sie wurden zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt: Nun gehen die Linksextremistin Lina E. und drei Männer gegen das Urteil vor. Bis zum Revisionsverfahren könnte es noch dauern.

Body

Die Linksextremistin Lina E. und drei weitere Angeklagte haben Revision gegen ihre Verurteilung eingelegt. Das teilte das Oberlandesgericht (OLG) Dresden mit. Zuvor hatte der Mitteldeutsche Rundfunk darüber berichtet. Die Angeklagten waren vor einer Woche zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Eine Sprecherin des Oberlandesgerichts sagte, die Akten würden dem Bundesgerichtshof übergeben, allerdings müsse das Urteil der Kammer erst schriftlich vorliegen. Zur voraussichtlichen Dauer des Revisionsverfahrens machte sie keine Angaben.

Verurteilte vorerst frei

E. war vergangene Woche zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende Studentin wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme und einen Mann, den sie fälschlicherweise für einen Neonazi hielt, der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig. Drei mitangeklagte Männer erhielten Strafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten.

Alle vier Verurteilten sind derzeit frei. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde am Abend der Urteilsverkündung unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Zuvor hatte sie mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft gesessen. Nach Angaben des OLG müssen die Strafen erst nach einer rechtskräftigen Verurteilung verbüßt werden.

bbr/dpa

Graphic

dpa - Angeklagte vor Gericht: Verurteilt wegen Attacken auf Neonazis

Classification

Lina E. und Mitangeklagte legen Revision ein

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: GERICHTSURTEILE (92%); STRAFZUMESSUNG (92%); VERURTEILUNGEN (92%); ANKLAGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); VERHAFTUNGEN (75%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

[Leipzig verbietet Soli-Demo für Lina E.](#)

SPIEGEL ONLINE

01. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Ausschreitungen befürchtet

Length: 320 words

Byline: Sabrina Knoll

Highlight: Die Stadt Leipzig hat die Kundgebung für die Linksextremistin Lina E. am sogenannten Tag X untersagt. Laut Polizei und Verfassungsschutz ist die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet.

Body

Nach dem Dresdner Urteil gegen die Studentin Lina E. wegen linksextremer Gewalttaten hat die Stadt Leipzigeine für Samstag geplante Demonstration verboten. Das teilte die Versammlungsbehörde des Ordnungsamtes mit. Die Demonstration sollte unter dem Motto »United we stand – Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!« stehen.

Für Samstag ruft die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem großen »Tag X« in Leipzig auf. Die Polizei befürchtet Ausschreitungen und bereitet einen Großeinsatz vor. Die nun verbotene Demonstration war die bisher einzige bekannte angemeldete Versammlung an jenem Tag. Sie sollte um 17 Uhr im Stadtteil Connewitz beginnen. Im weiteren Verlauf sollten die Teilnehmenden durch die Stadt ziehen und mit einer Abschlusskundgebung im Stadtzentrum enden. Wie viele Teilnehmende angemeldet waren, wurde zunächst nicht mitgeteilt.

Grund für das Verbot seien die Gefahrenprognosen der Polizeidirektion Leipzig, die Lageeinschätzungen des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie weitere Erkenntnisse der Versammlungsbehörde, hieß es. Die öffentliche Sicherheit sei nach den derzeit erkennbaren Umständen durch die Versammlung unmittelbar gefährdet.

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Drei mitangeklagte Männer erhielten Strafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten. Der Generalbundesanwalt warf der Gruppe vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Eisenach und in der Ortschaft Wurzen brutal zusammengeschlagen zu haben.

Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig ist.

sak/dpa

Graphic

dpa - Transparent an einer Hauswand in Leipzig statt Flyer: Demo am Tag X

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); GERICHTSURTEILE (89%); AUSSCHREITUNGEN (78%); JUSTIZMINISTERIEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERHAFTUNGEN (78%); VERURTEILUNGEN (78%); GERICHTSHÖFE (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (78%); STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Bundesanwaltschaft legt Revision im Fall Lina E. ein

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Linksextremismusprozess

Length: 394 words

Byline: Fidelius Schmid

Highlight: Linksextremistin Lina E. wurde in Dresden zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt. Die Bundesanwaltschaft hatte eine höhere Strafe gefordert und geht nach SPIEGEL-Informationen nun gegen das Urteil vor.

Body

Die Bundesanwaltschaft geht nach SPIEGEL-Informationen gegen das Urteil im Fall der Linksextremistin Lina E. und drei weiteren Angeklagten vor. Sie lege in dem Fall Revision ein, bestätigte eine Sprecherin.

Das Oberlandesgericht Dresden hatte gegen E. und die Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Es verurteilte die 28-Jährige unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die mitangeklagten Männer erhielten Strafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten. Sie wurden wegen Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Vereinigung schuldig gesprochen.

Verlobter E.s untergetaucht

Die Angeklagten begingen nach Überzeugung des Gerichts mehrere Überfälle mit Schwerverletzten auf Neonazis und einen Mann, den sie fälschlicherweise für einen Neonazi hielten. Die Taten ereigneten sich in Leipzig, Wurzen und Eisenach zwischen 2018 und 2020. Johann G., der Verlobte von Lina E., der ebenfalls an den Taten beteiligt gewesen sein soll, ist seit dem Sommer 2020 untergetaucht.

Mit dem Urteil blieb das Gericht unter der Forderung der Bundesanwaltschaft, die für E. acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert hatte. Für die drei mitangeklagten Männer hatte die Bundesanwaltschaft in dem seit September 2021 laufenden Prozess zwischen zwei Jahren und neun Monaten sowie drei Jahren und neun Monaten Haft beantragt.

Verurteilte derzeit frei

Auch E. und ihre Mitangeklagten haben Revision eingelegt. Ihre Verteidigung hatte in dem Prozess Freisprüche gefordert. Der Prozess sei politisch motiviert und am falschen Ort geführt worden. Allein der Umstand, dass die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich zog, habe zu höheren Strafanträgen geführt, argumentierten sie in ihren Plädoyers. Sie sahen ihre Mandanten einer Vorverurteilung ausgesetzt und warfen den Bundesanwälten vor, bei der Verurteilung rechter und linker Straftäter unterschiedliche Maßstäbe anzusetzen. Dem Gericht wurde unterstellt, voreingenommen zu sein.

Bundesanwaltschaft legt Revision im Fall Lina E. ein

Alle vier Verurteilten sind derzeit frei. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde am Abend der Urteilsverkündung unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Zuvor hatte sie mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft gesessen. Nach Angaben des OLG müssen die Strafen erst nach einer rechtskräftigen Verurteilung verbüßt werden.

bbr/fis/srö

Graphic

AFP or licensors - Angeklagte vor Gericht: Verurteilt wegen Attacken auf Neonazis

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: STAATSANWÄLTE (94%); GEFÄNGNISSTRAFEN (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); VERHAFTUNGEN (78%)

Industry: STAATSANWÄLTE (94%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Thüringens Verfassungsschutz-Chef warnt vor linker Radikalisierung Kritik an Freilassung von Lina E.

SPIEGEL ONLINE

01. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Reaktionen auf Urteil

Length: 794 words

Byline: Malte Göbel

Highlight: Lina E. wurde wegen Attacken auf Nazis verurteilt. Dass sie unter Auflagen freikommt, löst beim Boss der Gewerkschaft der Polizei Kopfschütteln aus. Die Grüne Jugend hingegen nennt das Urteil »skandalös«.

Body

Nach dem Dresdner Urteil gegen die Studentin Lina E. wegen Angriffen auf Rechtsextreme hat Thüringens Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer gewarnt, dass sich die Szene radikalisieren könnte. »Wir erleben bei Linksextremisten eine wachsende Radikalisierung und Akzeptanz von brutalster Gewalt«, sagte Kramer dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). »Diese Akzeptanz beinhaltet Gewalt gegen Personen mit dem Ziel, sie einzuschüchtern. Und sie gilt politischen Gegnern ebenso wie Vertretern des Staates.«

Das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden gegen Lina E. und drei weitere Linksextremisten bezeichnete Kramer als »wichtiges Signal des Rechtsstaates«. Es zeige, dass dieser konsequent gegen Straftaten vorgehe. Direkt nach dem Urteil hatten Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sowie Justizminister Marco Buschmann (FDP) die Entscheidung des Gerichts begrüßt und vor den Folgen von Selbstjustiz gewarnt.

Das Gericht hatte die 28-jährige Lina E. am Mittwoch wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextremisten zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Drei mitangeklagte Männer erhielten Haftstrafen von bis zu drei Jahren und drei Monaten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten zwischen 2018 und 2020 an mehreren Überfällen auf tatsächliche und vermeintliche Neonazis in Wurzen, Leipzig und im thüringischen Eisenach beteiligt waren oder diese zumindest unterstützt hatten. Mehrere Menschen wurden dabei teils schwer verletzt.

Dass Lina E. zunächst unter Meldeauflagen freikam, wird vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke, kritisiert. »Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus«, sagt er dem RND. In den Protesten nach dem Urteil sei zudem die Polizei »in den Fokus der Extremisten geraten«, wie die Ereignisse der Nacht gezeigt hätten. »Die brutalen Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten erschüttern mich.«

Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) kündigte weitere Ermittlungen an. Das Urteil habe unabhängig von der Höhe eine starke Signalwirkung und zeige, dass »linksextremistische Gewalt nicht toleriert wird«, erklärte er. »Die Ermittlungen verdeutlichen, dass die vier Verurteilten nicht allein gehandelt haben. Wir werden weiter ermitteln, das Netzwerk weiter aufdecken und sind zuversichtlich, auch weitere Straftäter vor Gericht bringen zu können.« Das Urteil sei »ein Weckruf für die linksextreme Szene, nicht unterzutauchen und die Gewaltspirale weiterzudrehen, sondern sich zu mäßigen und auf den Boden des gewaltfreien demokratischen Diskurses zurückzukehren«.

Thüringens Verfassungsschutz-Chef warnt vor linker Radikalisierung Kritik an Freilassung von Lina E.

»Klares Signal eines funktionierenden Rechtsstaates«

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoG) sieht ein »klares Signal eines funktionierenden Rechtsstaates«. Die Justiz habe sich von deren monatelangen Drohungen nicht einschüchtern lassen, sagte DPoG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt laut Mitteilung. Die Haftstrafen seien »angemessen und richtig«. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols stehe die Polizei, aber auch Justiz und Justizvollzug im Fokus gewaltbereiter Linksextremisten.

Der Unterstützerverein Rote Hilfe (Göttingen) sprach auch unter Verweis auf eine »absolut dünne« Beweislage von einem »politischen Skandal«. Der Prozess habe »von vornherein« zum Ziel gehabt, die Angeklagten »stellvertretend für die antifaschistische Bewegung zu kriminalisieren und einzusperren«, teilte die Bundesgeschäftsstelle in einer Erklärung mit. So seien fragwürdige Anhaltspunkte zuungunsten der Beschuldigten interpretiert und entlastendes Material systematisch ignoriert worden. Das Urteil stelle »eine klare Verschärfung der politischen Justiz dar«.

Auch der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, Timon Dzienus, stellte das Urteil infrage, nannte es »skandalös« und eine Farce. »Mit einem völlig übertriebenem und auf fragwürdigen Indizien beruhenden Prozess wird mit aller Härte gegen Lina E. und andere Linke vorgegangen«, schrieb er auf Twitter. Er verwies auf ein deutlich geringeres Strafmaß für zwei Angeklagte aus der rechtsextremistischen Szene, denen ein Gericht zur Last legte, zwei Journalisten attackiert und schwer verletzt zu haben.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries kritisierte die Äußerungen von Dzienus auf Twitter. »Keine Distanz zur Gewalt und linksextremistischen Straftätern. Ich denke, die Grüne Jugend hat ein echtes Extremismusproblem«, schrieb er. »So ein Sprecher wäre in jeder demokratischen Jugendpartei untragbar.« Er forderte die Grünen zum Handeln auf.

Für Samstag mobilisiert die linke Szene bundesweit für eine »Tag-X-Demo« in Leipzig. Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor. In einem von den Sicherheitsbehörden als linksextremistisch eingestuften Internetportal drohten autonome Gruppen außerdem für jedes Jahr Haft mit bundesweiten Sachschäden in Millionenhöhe.

mgo/AFP/dpa

Graphic

AFP or licensors - Lina E. mit ihrem Anwalt Erkan Zünbul am 31. Mai vor Gericht in Dresden

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); ERMITTLEMENTEN (89%); GEFÄNGNISSTRAFEN (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); RECHTSSTAATLICHKEIT (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); GEFÄNGNISSE (78%); GERICHTSBESCHLÜSSE

Thüringens Verfassungsschutz-Chef warnt vor linker Radikalisierung Kritik an Freilassung von Lina E.

& VERFÜGUNGEN (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); JUSTIZMINISTERIEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); SKANDALE (78%); BEWEIS (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (65%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Schwere Vorwürfe der Verteidigung gegen Senat und Bundesanwalt im Fall Lina E.

SPIEGEL ONLINE

19. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Plädoyer im Prozess gegen mutmaßliche Linksextremisten

Length: 556 words

Byline: Sara Wess

Highlight: Zentrale Teile der Anklage gegen Lina E. würden auf Mutmaßungen beruhen, behaupten die Verteidiger der Angeklagten vor dem Oberlandesgericht in Dresden. Mangels Beweisen fordern sie für ihre Mandantin: Freispruch.

Body

Die Verteidigung der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. hat im Plädoyer schwere Vorwürfe gegen die Bundesanwaltschaft und den Senat am Oberlandesgericht Dresdenerhoben. Verteidiger Ulrich von Klinggräff sprach am Mittwoch von »politischer Justiz«: Es habe von Anfang an eine Vorverurteilung seiner Mandantin und einen Schulterschluss von Gericht und Bundesanwaltschaft gegeben. Beide hätten eine »gemeinsame Front« gegen die Beschuldigten aufgebaut. Alternative und entlastende Annahmen seien außer Acht gelassen worden. Zentrale Teile der Anklage würden auf Mutmaßungen beruhen: »Hypothesen ersetzen für die Bundesanwaltschaft die Beweise«, wie die Nachrichtenagentur dpa meldete.

Der Prozess hatte unter hohen Sicherheitsvorkehrungen im September 2021 begonnen. Neben der inzwischen 28 Jahre alten Studentin Lina E. müssen sich drei Männer aus Leipzig und Berlin vor Gericht verantworten. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen vor, zwischen 2018 und 2020 Angehörige der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach zusammengeschlagen zu haben. Zudem sind sie wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt, als deren Kopf Lina E. gilt.

Vorwurf der »Rosinenpickerei«

Die Bundesanwaltschaft vertrete die Ansicht, dass Gefahr gleichermaßen von den radikalen Rändern drohe und links und rechts gleichzusetzen seien, sagte der Verteidiger. Man dürfe die von rechts ausgehende Gefahr aber nicht verschweigen. In Deutschland existiere seit Langem ein Naziterror. Seit 1990 seien hier 219 Menschen von Rechtsextremen getötet worden. Nahezu täglich komme es zu Angriffen »auf Menschen, die nicht deutsch aussehen«.

Von Klinggräff warf der Bundesanwalt vor, aus minimalen Anhaltspunkten Indizien gebastelt zu haben – er sprach von »Rosinenpickerei«. Man picke sich nur das heraus, was in die eigene Anschauung passe. »Schwache Beweisführungen werden nicht besser, wenn sie kumulativ aufgeführt werden.« Die Angeklagten seien zu Objekten des Verfahrens degradiert worden.

Zudem rügte der Verteidiger »exzessive« Sicherheitsvorkehrungen für den Prozess mit einem hohen Personalaufwand. Im Laufe des Verfahrens sei es zu keinerlei Vorfällen gekommen. Dennoch habe man an einem

Schwere Vorwürfe der Verteidigung gegen Senat und Bundesanwalt im Fall Lina E.

»polizeilichen Popanz« festgehalten. Der Konvoi an Polizeifahrzeugen, der Lina E. jedes Mal zu einer Verhandlung begleitet habe, sei völlig unnötig gewesen.

Scharfe Kritik gab es auch am Vorsitzenden Richter Hans Schlueter-Staats. Zu keinem Zeitpunkt habe man den Eindruck gewonnen, dass der Senat eine kritische Würdigung der Beweise und der polizeilichen Arbeit vorgenommen habe. Immer, wenn es Kritik an der Arbeit der Sonderkommission Linksextremismus gab, habe sich der Vorsitzende dazwischengeworfen, als hätte er die Kritik persönlich genommen. Dieser Reflex sei nicht anders zu erklären, als dass er sich der Polizei innerlich verbunden fühle.

Die Bundesanwaltschaft hatte für Lina E. acht Jahre Haft verlangt. Rechtsanwalt von Klinggräff nannte das am Mittwoch »maßlos.« Für die anderen Beschuldigten wurden Haftstrafen zwischen zwei Jahren und neun Monaten und drei Jahren und neun Monaten beantragt. Von Klinggräff forderte bei vier von fünf angeklagten Angriffen auf Rechtsextreme Freispruch für Lina E. mangels Beweisen, dass sie überhaupt am Tatort anwesend war. Eine weitere Tat wollte am Nachmittag sein Kollege Erkan Zünbül rechtlich würdigen.

swe/dpa

Graphic

AFP or licensors - Anwälte Erkan Zünbül (l.) und Ulrich von Klinggräf (r.), Lina E.

AFP or licensors - Lina E. mit Verteidigern 2021 im Gerichtssaal

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: STAATSANWÄLTE (94%); ANKLAGEN (91%); GERICHTSHÖFE (91%); BEWEIS (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); GERICHTSPROZESSE (89%); RICHTER (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); POLIZEIKRÄFTE (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (94%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: April 19, 2023

Radmuttern an Privatwagen von Polizisten gelöst

SPIEGEL ONLINE

15. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Proteste nach Urteil gegen Lina E.

Length: 256 words

Byline: Ina Brzoska

Highlight: Während der Demonstration gegen die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. gab es in Leipzig mehrere Anschläge auf Privatautos von Beamten. Die Deutsche Polizeigewerkschaft spricht von versuchten Tötungsdelikten.

Body

Rund um die Demonstrationen gegen die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. in Leipzig hat es mehrere Anschläge auf Privatautos von Polizisten gegeben. »Es wurden Radmuttern gelöst und Reifen angeritzt«, sagte Cathleen Martin, Sachsens Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), auf Anfrage. Zahlen nannte sie nicht. Aus ihrer Sicht sind das versuchte Tötungsdelikte. Zuvor hatten mehrere Medien berichtet. Es sei extrem gefährlich, Radmuttern zu lösen, sagte Martin. Neben den Polizisten fuhren auch deren Angehörige mit den Privatwagen. Zudem könnten bei einem Unfall auch Passanten verletzt werden.

In Leipzig hatte sich Ende Mai die Situation rund um das Urteil gegen Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten verschärft. An mehreren Tagen war es immer wieder zu Krawallen in der Messestadt gekommen. Die Situation war am 3. Juni, am »Tag X«, eskaliert, als Polizisten während einer Demonstration mit Steinen, Flaschen, Böllern und einem Molotowcocktail angegriffen worden waren. Die Einsatzkräfte hatten mehr als tausend Menschen eingekesselt, darunter auch Minderjährige. Das Verhalten der Polizei war von zahlreichen Parteien und Organisationen kritisiert worden.

Schon vor dem Urteil gegen Lina E. waren laut Martin an dem Privatwagen eines Polizisten die Radmuttern von Unbekannten gelöst worden. Sie kritisierte daher auch die Informationspolitik des Innenministeriums. Aus ihrer Sicht hätten die Manipulationen an Fahrzeugen intern gemeldet werden müssen, um die Beamtinnen und Beamten zu sensibilisieren.

ibr/dpa

Graphic

IMAGO/ZUMA Wire - Polizeieinsatz in Leipzig: Gewaltbereite Demonstranten sollen Radmuttern gelöst haben

Classification

Radmuttern an Privatwagen von Polizisten gelöst

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: TÖTUNGSDELIKTE (94%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (72%); POLITISCHE PARTEIEN (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

Was linksextreme Gewalt mit Neonazis zu tun hat

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Lina E. und die militante Elite

Length: 229 words

Byline: Jörg Diehl

Highlight: Neonazis machen sich breit, der Staat versagt: So rechtfertigen Linksextremisten brutale Angriffe auf politische Gegner. Droht eine Spirale der Gewalt?

Body

Lina E. und ihre Komplizen wurden wegen der Jagd auf Neonazis verurteilt. Der Fall gibt Einblicke in die Radikalisierung der linksextremen Szene, in der einige Gewalt als legitimes Mittel gilt.

Sie trauen dem Staat nicht zu, den stärker werdenden Rechtsextremismus zu bekämpfen.

In dieser Folge sprechen wir über die Hintergründe der linksextremen Selbstjustiz und die Reaktion der Sicherheitsbehörden.

Jörg Diehl, Investigativkoordinator beim SPIEGEL, spricht von einer neuen Generation der Extremisten: »Diese gezielten, planvollen Angriffe auf politische Gegner oder solche, die man dafür hält – das ist schon ein Maß an Brutalität und auch an krimineller Energie, das wir in der linksextremen Szene sonst noch nicht so häufig sehen.«

Gerichtsreporterin Wiebke Ramm schildert ihre Eindrücke vom Prozess gegen Lina E. »Ein Rechtsstaat kann es selbstverständlich nicht dulden, ganz egal wen mit Schlagwerkzeug, mit Eisenstangen anzugreifen«, sagt Ramm. Die Reaktion der Behörden habe auch Folgen für weitere Teile der linksextremen Szene.

Hören Sie hier die neue Folge:

Alle Quellen und weiterführende Links zum Thema finden Sie hier:

Sie haben Themenvorschläge oder Feedback zu unserem Podcast? Sprechen Sie auf unsere Mailbox oder schicken Sie uns eine Sprachnachricht per WhatsApp – beides unter der Nummer +49 40 38080 400. Oder schicken Sie eine Mail an stimmenfang@spiegel.de

Graphic

dpa - »Free all antifas«: Demonstrierende in Leipzig solidarisieren sich mit der Linksextremistin Lina E.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); GERICHTSPROZESSE (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (73%)

Industry: PODCASTING (52%)

Geographic: DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Klage gegen Verbot der »Tag X«-Demo in Leipzig eingereicht

SPIEGEL ONLINE

02. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Urteil gegen Lina E.

Length: 312 words

Byline: Jens Witte

Highlight: Weil die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet sei, hat die Stadt Leipzig die Kundgebung für die Linksextremistin Lina E. am »Tag X« untersagt. Das will der Anmelder der Demo nicht akzeptieren.

Body

Die Organisatoren der »Tag X«-Demonstration in Leipzig wehren sich juristisch gegen das Verbot durch die Stadt. Es sei ein Eilantrag gegen das Verbot eingegangen, sagte der Sprecher des Verwaltungsgerichts Leipzig, Dirk Tolkmitt. Der zuständige Senat werde im Laufe des Tages darüber entscheiden. Kläger sei eine Privatperson, der Anmelder der Demo.

Die Stadt Leipzig hatte die für Samstag geplante Veranstaltung mit dem Motto »United we stand – Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!« am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten und die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet sei. In linken Kreisen war bundesweit dafür mobilisiert worden.

Der »Tag X« ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und von drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz in Leipzig vor.

LKA rechnet mit »Resonanzstraftaten«

Schon seit Langem sind für den Samstag nach der Urteilsverkündung bundesweit Proteste für den sogenannten Tag X angekündigt. Allein in Leipzig rechnete die Polizei mit einer Teilnehmerzahl im vierstelligen Bereich und befürchtete die Anreise gewaltbereiter Linker in dreistelliger Zahl.

Die Polizei nimmt Drohungen im Internet ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei gleichfalls zu Haftstrafen verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Auch das Landeskriminalamt Sachsen rechnet mit »Resonanzstraftaten« als Folge des Urteils.

Die 28 Jahre alte Studentin Lina E. war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden wegen linker Gewalttaten zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt wurden. Das Gericht setzte jedoch den Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug, sodass Lina E. auf freien Fuß kam. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig ist.

wit/dpa

Graphic

dpa - Leipzig: Der Schriftzug »Free Lina 3.6. Tag X« wurde auf die Fassade eines Hauses gesprüht

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); GERICHTSHÖFE (90%); RECHTSKLAGEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); VERHAFTUNGEN (74%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (92%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Polizei kesselt in Leipzig Demonstranten ein

SPIEGEL ONLINE

03. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Lina-Proteste

Length: 335 words

Byline: Florian Gontek

Highlight: Schlagstöcke, Wasserwerfer, Wurfgeschosse: Polizei und Protestierende geraten in Leipzig aneinander, mehrere Menschen werden verletzt. Noch bleiben die Proteste im Fall Lina E. kontrollierbar doch die Lage spitzt sich zu.

Body

Die Stimmung rund um den »Tag X« in Leipzig wird angespannter: Die Polizei hat am späten Nachmittag rund 1000 Demonstranten eingekesselt. Wasserwerfer stehen ebenfalls bereit.

»Die Lage auf der Karl-Liebknecht-Straße wird unfriedlich. Unsere Kräfte werden immer wieder attackiert und mit Steinen/Pyrotechnik beworfen«, schrieb die Polizei am Samstagabend bei Twitter. Man appelliere an alle Personen dort, sich von Straftätern zu distanzieren und friedlich zu verhalten. »Unbeteiligte werden gebeten, den Bereich zu verlassen oder zu meiden.«

Unter dem Motto »Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig« war eine Demonstration mit 100 Teilnehmern auf dem Alexis-Schumann-Platz angemeldet worden.

Es fliegen Steine, Flaschen, Brandsätze

Es hatten sich rund 1000 Teilnehmer versammelt. Nach einem friedlichen Beginn flogen Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten. Der Platz wurde schließlich durch die Polizei geräumt.

Die Stadt Leipzig kritisierte den Anmelder der Demonstration in Connewitz: »Die Anmeldung dieser Demonstration in der Südvorstadt war angesichts der Gemengelage unverantwortlich. Der Anmelder muss sich fragen lassen, ob er nur naiv war oder gar eine Strategie verfolgte«, sagte Pressesprecher Matthias Hasberg. Anmelder war der ehemalige Landesvorstandssprecher des sächsischen Landesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Kasek.

Bundesweit war in linken Kreisen zu Solidaritätsdemonstrationen in Leipzig mobilisiert worden. Anlass ist das Urteil gegen Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Das Quartett um Lina E. war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden, unter anderem wegen Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.

Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei zur Begründung verwies das Gericht auf ihre Rheuma-Erkrankung und die Vorverurteilung infolge medialer Berichterstattung.

Polizei kesselt in Leipzig Demonstranten ein

flg

Graphic

REUTERS - »Free Lina« auf Plakaten

REUTERS - Polizei und Demonstranten in Leipzig

REUTERS - Gewaltbereite Demonstranten auf Leipziger Straßen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); VERHAFTUNGEN (78%); VORSTÄDTE (78%); BERUFUNGSGERICHTE (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (72%); GERICHTSHÖFE (71%); VERURTEILUNGEN (71%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (67%); RHEUMAKERKRANKUNGEN (50%)

Industry: NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

Offenbar private Angaben von verummumtem Staatsanwalt getwittert Ermittlungen eingeleitet

SPIEGEL ONLINE

26. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Nach »Tag X«-Demo in Leipzig

Length: 381 words

Byline: Hannes Schrader

Highlight: Ein 40-Jähriger soll unter anderem den Wohnort eines Staatsanwalts getwittert haben, der dienstlich und verummummt auf der Solidaritätsdemo für die Linksextremistin Lina E. unterwegs war. Nun drohen Konsequenzen.

Body

Die Staatsanwaltschaft Dresdenermittelt gegen einen 40-jährigen Mann aus Grimma bei Leipzig, weil er über TwitterInformationen über einen Staatsanwalt verbreitet haben soll. Dies waren laut der Anklagebehörde etwa Angaben zum angeblichen Wohnort, familiären Verhältnissen und ein Bild des Staatsanwalts. Das teilte die Behörde am Montag mit. Der Staatsanwalt war auf linksradikalen Demonstrationen in Leipzig im Einsatz gewesen.

Bei einer Durchsuchung in der vergangenen Woche seien Beweismittel bei dem 40-jährigen mutmaßlichen Verfasser der Tweets sichergestellt worden, hieß es weiter. »Dem Beschuldigten liegt zur Last, durch eine Abfolge von Kurzmitteilungen auf seinem Twitteraccount unterschiedliche Andeutungen verbreitet zu haben, die zu einem gewaltsamen Einwirken auf einen Staatsanwalt hinwirken sollten.«

Am 3. Juni hatten Linksextreme im Süden Leipzigs demonstriert. Zuvor war in Dresden die Linksextremistin Lina E. wegen Gewalttaten verurteilt worden.

Vermummung war angeblich persönliche Entscheidung des Staatsanwalts

Die Staatsanwaltschaft Leipzig bestätigte bereits in der vergangenen Woche, dass einer ihrer Staatsanwälte am sogenannten Tag X also dem 3. Juni verummummt im Einsatz gewesen war. Er habe sich »persönlich dazu entschieden, die Vermummung zu tragen«, erklärte ein Sprecher. Dabei sei es um seinen eigenen Schutz gegangen.

Der Staatsanwalt war nach Angaben der Leipziger Staatsanwaltschaft im Einsatz, um über Maßnahmen gegen festgesetzte Demonstranten zu entscheiden. Dabei sei er von einer ebenfalls verummumten Kriminalbeamten begleitet worden.

Während der Demonstration hatte die Polizei die Demonstrierenden dazu aufgerufen, ihre Vermummungen abzulegen. Es ist verboten, sich auf Demonstrationen zu verummen. Nach Angaben der Leipziger Staatsanwaltschaft war die Demonstration bei Eintreffen des Staatsanwaltes bereits offiziell durch die Polizei für beendet erklärt worden.

Offenbar private Angaben von verummumtem Staatsanwalt getwittert Ermittlungen eingeleitet

Medienberichten zufolge war der Staatsanwalt in der Vergangenheit bedroht worden. Die Staatsanwaltschaft Dresden teilte dazu mit: »Es besteht eine erhebliche Gefahr, dass gewaltbereite Twitter-Nutzer aus der linken Szene aufgrund der Tweets des Beschuldigten Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit des geschädigten Staatsanwalts und seiner Familie verüben werden.«

has/dpa

Graphic

dpa - Demonstrant am »Tag X« (Symbolbild): Staatsanwalt erschien verummt auf Demonstration

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: STAATSANWÄLTE (93%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (91%); ANKLAGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); JUSTIZMINISTERIEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); BEWEIS (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (93%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 26, 2023

End of Document

Faeser warnt vor wachsender Gefahr durch Linksextremismus

SPIEGEL ONLINE

31. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Urteil gegen Lina E.

Length: 433 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Das Urteil gegen Linksextremistin Lina E. wird in der Bundesregierung positiv aufgenommen. Justizminister Buschmann und Innenministerin Faeser warnten vor den Folgen von Selbstjustiz.

Body

Das Dresdner Urteil gegen die Studentin Lina E. wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme stößt in der Bundesregierung auf Zuspruch. Bundesjustizminister Marco Buschmann(FDP) begrüßt die Entscheidung.

»Extremismus bekämpft man nicht mit Extremismus. Wir müssen unsere liberale Demokratie schützen vor ihren Feinden, doch nicht mit Selbstjustiz«, schrieb der Politiker auf Twitter. Recht und Gesetz gelten für alle, so Buschmann weiter. »Wo die Grenzen der Rechtsordnung überschritten werden, sind Staatsanwaltschaft und Polizei gefordert.«

Das Oberlandesgericht Dresden hatte die gebürtig aus Kassel stammende Lina E. am Mittwochvormittag schuldig gesprochen und sie wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass E. Mitglied einer kriminellen Vereinigung war, die Rechtsextreme angegriffen hatte unter anderem in Eisenach und Leipzig. Für ihre drei Mitangeklagten verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser(SPD) sieht eine zunehmende Gefahr durch linksextreme Gewalttäter. »In linksextremistischen Gruppen sind Hemmschwellen gesunken, politische Gegner auch mit äußerster Brutalität anzugreifen«, sagte die Politikerin in Bezug auf das Urteil in Dresden. »Im demokratischen Rechtsstaat darf es keinen Raum für Selbstjustiz geben«, hieß es in einer Mitteilung. Kein Ziel rechtfertige politische Gewalt.

Faeser mahnte, die Radikalisierungs- und Gewaltspirale dürfe sich nicht weiterdrehen. »Unsere Sicherheitsbehörden haben die gewaltbereite linksextremistische Szene sehr genau im Blick und werden weiter konsequent handeln«, hieß es. Die Behörden würden zudem die linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter in den Fokus nehmen.

Das Urteil gegen E. dürfe nicht von rechtsextrem motivierten Taten ablenken, mahnte die Linken-Landtagsabgeordnete Katharina König-Preuss. Es habe in Eisenach rechtsextrem motivierte Sachbeschädigungen, Körperverletzungen sowie Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz gegeben.

Sie forderte eine umfassende Aufarbeitung der Zustände in Eisenach. Zwar spiele es für die Strafzumessung in dem Verfahren keine Rolle, dass Staat und Gesellschaft dabei zugesehen hätten, wie in Eisenach insbesondere in

Faeser warnt vor wachsender Gefahr durch Linksextremismus

den vergangenen zehn Jahren eine starke rechtsextreme Szene entstanden sei. Dennoch dürfe diese Entwicklung nicht ignoriert werden. »Neonazis konnten dort weitgehend ungestört agieren«, sagte König-Preuss nach der Urteilsverkündung.

asc/AFP/dpa

Graphic

IMAGO/Future Image - Innenministerin Nancy Faeser

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: POLITIK (92%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); JUSTIZMINISTERIEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GESETZGEBUNG (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); EIGENTUMSDELIKTE (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (76%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (76%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); SPRENGSTOFFE (50%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Randale bei »Massencornern« in Leipzig

SPIEGEL ONLINE

02. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Linksextreme Proteste

Length: 278 words

Highlight: Vorgeschmack auf den »Tag X«? Am Abend vor den geplanten Protesten der linksextremen Szene nach dem Urteil gegen Lina E. kam es in Leipzig bereits zu Ausschreitungen. Es flogen Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper auf Polizisten.

Body

Im Leipziger Stadtteil Connewitz hat es am Freitagabend beim sogenannten »Massencornern« Angriffe auf Polizisten gegeben. Nach einem zunächst friedlichen Verlauf flogen aus einer Menge von mehreren Hundert Vermummten am Wiedebachplatz heraus laut einer Reporterin der Deutschen Presse-Agentur plötzlich Steine und Pyrotechnik auf Beamte. Zudem brannten Barrikaden aus Mülltonnen und Baustellenabsperrungen. Die Polizei setzte Tränengas ein.

In sozialen Netzwerken hatte es aus der linken Szene einen Aufruf zum »Massencornern« gegeben, um trotz des Verbots der »Tag X«-Demo am Samstag Solidarität mit der verurteilten Studentin Lina E. zu zeigen. Diese war am Mittwoch mit drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Eine Sprecherin der Polizei erklärte am späten Freitagabend, bei der Randale in Connewitz seien mehrere Einsatzfahrzeuge beschädigt worden. Die Feuerwehr habe die brennenden Barrikaden zunächst nicht löschen können.

Das Verwaltungsgericht in Leipzighatte am späten Freitagnachmittag einen Eilantrag zurückgewiesen und das Verbot der Solidaritätsdemo nach dem Urteil gegen Lina E. bestätigt. Inzwischen ist beim Sächsischen Oberverwaltungsgericht in Bautzen eine Beschwerde gegen die Entscheidung eingegangen. Das erklärte ein Sprecher auf Anfrage. Zuvor hatte »Legal Tribune online« darüber berichtet. Eine Entscheidung über die Beschwerde solle es noch in der Nacht geben.

Die Polizei bereitet weiterhin einen Großeinsatz für Samstag vor, sie geht davon aus, dass trotz des Verbots Tausende Sympathisanten der linksextremen Szene in der Stadt protestieren wollen.

phw/dpa

Graphic

dpa - Brennende Barrikade im Stadtteil Connewitz: Vorgeschmack auf den »Tag X«?

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERURTEILUNGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (73%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (73%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Leipzig erwartet heftige Lina-Proteste

SPIEGEL ONLINE

03. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Nach Urteil gegen Linksextremistin

Length: 849 words

Byline: Florian Gontek

Highlight: In der Nacht brannten Barrikaden, am Tag landete ein Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht: Auch wenn die große Demo nach der Lina E.-Verurteilung verboten bleibt, bereitet sich Leipzig auf »Tag X« vor und erwartet Ausschreitungen.

Body

Leipzig und der »Tag X«: Die in der Stadt geplante linksautonome Groß-Demonstration bleibt zunächst untersagt. Beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist mittlerweile jedoch ein Eilantrag gegen das Verbot der »Tag X«-Demo gestellt worden. Der Eilantrag mit einer Verfassungsbeschwerde sei am Vormittag eingegangen, sagte ein Sprecher des Gerichts am Samstag. Wann genau entschieden werde, könne er nicht sagen. Der Antrag werde schnellstmöglich bearbeitet, so der Sprecher weiter.

Protestaktionen stehen bevor

Unabhängig vom Verbot werden am Samstag in Leipzig Kundgebungen erwartet: Für den Nachmittag ist nach Angaben der Stadt eine Demonstration auf dem Alexis-Schumann-Platz angemeldet. Sie steht unter dem Titel »Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig«. Die Umweltbewegung Fridays for Future wollte am Nachmittag in einer Demonstration vom Bayerischen Platz zum Naturkundemuseum ziehen. Eine andere Versammlung unter dem Motto »Freiheit für alle politischen Gefangenen« war dagegen ebenfalls von der Stadt untersagt worden.

Die Polizei bereitet in Vorahnung drohender Ausschreitungen einen Großeinsatz vor. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) zeigte sich angesichts zahlreicher Gewaltaufrufe in sozialen Medien besorgt um die Sicherheit in der Messestadt.

In der Nacht brannten die Barrikaden

Am Freitagabend waren nach einem zunächst friedlichem Verlauf einer Versammlung am Wiedebachplatz im Stadtteil Connewitz aus einer Menge von mehreren Hundert Vermummten heraus plötzlich Steine und Pyrotechnik auf Beamte geflogen. Sowohl dort als auch in Nebenstraßen brannten Barrikaden aus Mülltonnen und Baustellenabsperrungen. Die Polizei setzte Tränengas ein und wurde nach eigenen Angaben von Hausdächern »mit Gegenständen beworfen«.

Zwar waren die meisten brennenden Barrikaden kurz nach Mitternacht gelöscht, teils mithilfe von Wasserwerfern. Im Verlauf der Nacht wurden laut Polizei aber weiter »Straftaten begangen«: Demnach wurden mehrere Beamte leicht verletzt, einer sei zur Behandlung ins Krankenhaus gekommen. Ein Journalist sei von einer unbekannten Person attackiert und leicht verletzt worden. Bis zum frühen Morgen habe es drei vorläufige Festnahmen wegen schweren Landfriedensbruchs gegeben. »Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, gefährlicher

Leipzig erwartet heftige Lina-Proteste

Körperverletzung, tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte, Sachbeschädigung sowie eines Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz aufgenommen«, teilte die Polizei mit.

In sozialen Netzwerken hatte es aus der linken Szene einen Aufruf zum »Massencornern« gegeben, also zu größeren Versammlungen, um trotz des Verbots der sogenannten »Tag X«-Demo am Samstag Solidarität mit der Studentin Lina E., 28, zu zeigen. Der »Tag X« galt als Reaktion auf das Urteil gegen Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis.

Das Quartett um Lina E. war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden, unter anderem wegen Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei – zur Begründung verwies das Gericht auf ihre Rheuma-Erkrankung und die Vorverurteilung infolge medialer Berichterstattung.

Wie das Gericht sein Urteil begründet

Das Verwaltungsgericht hatte sein Demo-Verbot damit erklärt, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen sei. Insofern habe sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend erwiesen. Es sei vor allem zu berücksichtigen, dass sich die Mobilisierung im Internet einschließlich des Demonstrationsaufrufs auch an eine gewaltbereite autonome linksextremistische Szene gerichtet habe.

Auch wenn es inzwischen eine Distanzierung von Gewaltaufrufen gegeben habe und zuletzt zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen worden sei, bleibe zu befürchten, dass aus der angemeldeten Versammlung heraus Gewalttaten begangen würden. Zudem erscheine die angemeldete Teilnehmerzahl von 400 bis 500 nicht ansatzweise realistisch. Es sei mit weitaus mehr Teilnehmern zu rechnen, so das Verwaltungsgericht.

Zahlreiche weitere Veranstaltungen in Leipzig

Schon seit Freitag 18 Uhr galt in Leipzig ein sogenannter Kontrollbereich, der große Teile des Stadtgebiets im Osten, Süden und Westen umfasst. Dort kann die Polizei ohne besonderen Anlass Menschen anhalten und deren Personalien überprüfen. Auch der Anreiseverkehr auf den Straßen und am Hauptbahnhof solle kontrolliert werden, hatte die Polizei mitgeteilt. Die Polizeidirektion Leipzig wird eigenen Angaben zufolge von zahlreichen Hundertschaften samt Technik aus zwölf Bundesländern und von der Bundespolizei unterstützt.

Außer dem »Tag X« stehen am Wochenende in Leipzig etliche andere Großveranstaltungen an: Es ist Stadtfest, Sänger Herbert Grönemeyergibt ein Konzert vor Zehntausenden Besucherinnen und Besuchern, außerdem spielen am Samstag die Fußballklubs Lok Leipzig und der Chemnitzer FC um den Sachsenpokal. Eine Absage der Partie wurde erwogen, letztlich aber doch verworfen.

flg/dpa

Graphic

dpa - Die Polizei in Leipzig bereitet sich auf einen der größten Einsätze der vergangenen Jahre vor

dpa - Einsatzwagen vor der Polizeidirektion Leipzig

dpa - Krawalle im Leipziger Stadtteil Connewitz in der Nacht auf Samstag

IMAGO/Christian Grube - Polizeiaufgebot in Leipzig

Classification

Leipzig erwartet heftige Lina-Proteste

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (93%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); OBERSTES GERICHT (90%); GERICHTSURTEILE (89%); SOCIAL MEDIA (89%); VERHAFTUNGEN (89%); VERURTEILUNGEN (89%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); STRAFTATEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); ERMITTLEMENTEN (73%); NEGATIVE NACHRICHTEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (73%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (73%); BÜRGERMEISTER (72%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (67%); RHEUMA-ERKRANKUNGEN (63%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (63%)

Industry: SOCIAL MEDIA (89%); INTERNET & WWW (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); MUSEEN & GALERIEN (69%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (67%); SPRENGSTOFFE (50%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (73%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (58%); BAYERN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

Ruhige Nacht nach Zusammenstößen in Leipzig Polizei bereitet nächsten Großeinsatz vor

SPIEGEL ONLINE

01. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Proteste gegen Verurteilung von Lina E.

Length: 880 words

Byline: Jens Witte

Highlight: Steine und Flaschen fliegen, Barrikaden werden errichtet: Hunderte Demonstranten sind nach dem Urteil gegen Linksextremistin Lina E. in mehreren Städten auf die Straße gegangen. Nun richtet sich der Blick auf »Tag X«.

Body

Nach dem Schulterspruch für Lina E. sowie Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei ist die Nacht in Leipzig weitgehend ruhig geblieben. Im Stadtteil Connewitz brannte ein Auto. Ein Zusammenhang zum Demonstrationsgeschehen könne nicht ausgeschlossen werden, sagte eine Polizeisprecherin am Donnerstag. Drei Tatverdächtige seien vorläufig festgenommen worden.

Solidaritätskundgebungen für Lina E. hatte es unter anderem auch in Berlin, Hamburg, Bremen, Köln und Dresden gegeben. Die Studentin war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Drei mitangeklagte Männer erhielten Strafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten. Der Generalbundesanwalt warf der Gruppe vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Eisenach und in der Ortschaft Wurzen brutal zusammengeschlagen zu haben.

Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig ist. Es blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine »militant-linksextremistische Ideologie« bescheinigt hatte. Sie hatte acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

In **Leipzig** hatten laut Polizei am Mittwochabend rund 800 Menschen an einer Demonstration teilgenommen. Die angezeigte Teilnehmerzahl von 150 sei damit »eklatant überschritten« worden. Ein geplanter Aufzug sei von der Versammlungsbehörde untersagt und nur eine stationäre Versammlung zugelassen worden. Gründe seien unter anderem das vermummte und teils militante Erscheinungsbild der Demonstrierenden gewesen, die auch »Schutzbewaffnung« wie etwa spezielle Handschuhe mitgeführt hätten.

Nach der Versammlung hätten die Teilnehmer versucht, die Absperrungen der Polizei zu durchbrechen. Es seien Flaschen, Steine und Pyrotechnik in Richtung der Einsatzkräfte geworfen worden. Auch gab es laut Polizei Fälle von Körperverletzung. Den Versuch, Barrikaden zu errichten, hätten die Beamten durch schnelles Einschreiten

Ruhige Nacht nach Zusammenstößen in Leipzig Polizei bereitet nächsten Großeinsatz vor

unterbunden. Ein Laserpointer sei auf einen Polizeihubschrauber gerichtet worden. Vier Beamte seien durch geworfene Gegenstände leicht verletzt worden. Die Polizei nahm mehrere Straftaten auf. Gegen Mitternacht habe sich die Situation beruhigt.

Für Samstag ruft die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem großen »Tag X« in Leipzig auf. Die Polizei befürchtet Ausschreitungen und bereitet einen Großeinsatz vor.

Bei den Protesten in **Bremen** gegen den Schultag wurden laut Polizei acht Einsatzkräfte durch Tritte verletzt. Sie konnten ihren Dienst aber fortsetzen, wie die Polizei am Donnerstag mitteilte. Es seien am Mittwochabend zudem durch Tritte sowie Flaschenwürfe Schäden an Einsatzfahrzeugen entstanden. Die Höhe des Schadens sei noch nicht bekannt. Insgesamt seien 70 Menschen vorläufig festgenommen worden. Von ihnen seien 56 zum Polizeipräsidium gebracht worden. Alle wurden inzwischen wieder entlassen.

Am Bremer Steintor hatten sich demnach am Mittwochabend rund 350 meist vermummte Personen versammelt. Sie waren den Angaben der Polizei zufolge »relativ schnell und unvermittelt« auf Einsatzkräfte losgegangen. Die Polizei war nach eigenen Angaben mit zahlreichen Kräften im Einsatz. Die Lage habe sich am späten Abend wieder beruhigt.

Auch bei einer Demonstration in **Köln** kam es zu Ausschreitungen. Teils vermummte Teilnehmer hätten am Mittwochabend Polizisten angegriffen und Pyrotechnik geworfen, sagte ein Polizeisprecher am Donnerstag. Zwei Polizisten seien leicht verletzt worden.

Zu der nicht angemeldeten Demo in der Kölner Südstadt hatten sich demnach etwa 80 bis 100 Sympathisanten des linken Spektrums versammelt. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz. Die Beamten stellten die Personalien von 16 Personen fest und stellten Strafanzeigen, unter anderem wegen Landfriedensbruchs.

Hunderte Menschen protestierten am Mittwochabend auch in **Hamburg** gegen die Verurteilung der vier Linksextremisten. Die Anhänger der linken Szene hatten sich zunächst an der Roten Flora versammelt und waren von dort durch das Schanzenviertel gezogen.

Die Polizei sprach in Schätzungen von etwa 1000 bis 2000 Teilnehmern. Auf Transparenten forderten sie unter anderem »Free them all« und »Kampf ihrer Klassenjustiz Getroffen hat es einzelne, gemeint sind wir alle«. Bei ihrem Marsch wurden die Demonstranten von zahlreichen Polizisten begleitet. Auch Wasserwerfer standen bereit. Ein Polizeisprecher sagte, die Demonstration sei »überwiegend friedlich« verlaufen.

Während des Zuges wurde demnach immer wieder Pyrotechnik eingesetzt. Nach Angaben der Polizei wurden einzelne Flaschen geworfen, es gab auch einzelne Festnahmen.

In **Berlingingen** ebenfalls mehrere Hundert Sympathisanten aus der linken Szene auf die Straße. Sie zogen am Mittwoch vom Landeskriminalamt am Tempelhofer Damm im Stadtteil TempelhofRichtung Gneisenaustraße in Kreuzberg. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl auf rund 500. Die Demonstration sei weitgehend friedlich verlaufen, es habe auch einige Rangeleien gegeben, hieß es.

wit/dpa

Graphic

dpa - Leipzig: Wasserwerfer der Polizei

dpa - Einsatzkräfte der Polizei in Bremen

dpa - Ausschreitungen in Leipzig

Ruhige Nacht nach Zusammenstößen in Leipzig Polizei bereitet nächsten Großeinsatz vor

dpa - Proteste in Hamburg

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); GERICHTSURTEILE (91%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (89%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (89%); ANKLAGEN (78%); JUSTIZMINISTERIEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); STRAFTATEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (77%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); GERICHTSHÖFE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%); HUBSCHRAUBER (50%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); KÖLN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Deutsch-sowjetische Feindschaft

SPIEGEL ONLINE

31. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 2005 words

Byline: Janko Tietz

Highlight: Die Beziehungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem russischen Außenministerium sind auf dem Tiefpunkt, die Linksextremistin Lina E. wird verurteilt und gefeiert. Und: Die Inflationsrate fällt. Das ist die Lage am Mittwochabend.

Body

1. Verrannt ins Gefängnis

Fast 100 Tage dauerte der Prozess gegen die Linksextremistin Lina E.. Sie und weitere Angeklagte waren beschuldigt, mehrere mutmaßliche Neonazis überfallen und Anschläge auf Einrichtungen verübt zu haben, in denen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten verkehrten. Die Bundesanwaltschaft zog das Verfahren früh an sich, womit der Prozess eine zusätzliche Brisanz bekam. Nach mehr als zwei Jahren in Untersuchungshaft verurteilte das Oberlandesgericht die 28-Jährige heute zu fünf Jahren und drei Monaten Haft. Die drei mitangeklagten Männer müssen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten ins Gefängnis.

Meine Kollegin Wiebke Ramm verfolgt den Prozess von Beginn an. Als ich sie heute kurz im Gerichtssaal anrief, spielten sich gerade tumultartige Szenen ab. Die anwesende Mutter der Verurteilten bekam einen Nervenzusammenbruch, Unterstützerinnen und Unterstützer von Lina E. wurden aus dem Raum verwiesen, im und vor dem Gebäude formierte sich lautstarker Protest. Der Vorsitzende Richter wurde zum »Fascho«-Freund erklärt und die vermeintliche »Scheiß-Klassenjustiz« gegeißelt.

»Wir sind alle 129«, skandierten einige im Publikum. »129« bezieht sich auf Paragraf 129 des Strafgesetzbuches: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. »Die Solidarität der linksradikalen Szene mit den Angeklagten und die Vorwürfe der Verteidigung gegenüber dem Gericht sind womöglich ein Grund dafür, warum der Richter über die Maße detailliert, ja ausufernd, die gesamte Beweisaufnahme zu rekapitulieren scheint«, sagt Wiebke. Die Urteilsverkündung im NSU-Prozess war lang, die Urteilsverkündung im Prozess gegen Lina E. könnte länger werden.

Die Sympathisanten hatten schon vorher angekündigt, für jedes Jahr, das die Angeklagten in Haft müssen, einen Sachschaden von einer Million Euro anrichten zu wollen. Hätte sich die Bundesanwaltschaft durchgesetzt, wären mindestens 18 Jahre herausgekommen, allein acht Jahre für Lina E., so ihre Forderung.

Es ist kaum anzunehmen, dass sich die linke Szene durch das geringere Strafmaß besänftigen lässt und den geplanten Schaden nun etwas geringer taxiert. Nach dem Urteil werden bei Kundgebungen Ausschreitungen befürchtet. Noch am Mittwochabend werden Demonstrationen in Dresden, Leipzig und Chemnitz geplant, für Samstag wird bundesweit dazu aufgerufen. Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor. Mein Kollege

Deutsch-sowjetische Feindschaft

Steffen Winter bilanzierte schon im Vorfeld des Urteils, wie militant die Szene ihre Sympathie zu E. zum Ausdruck brachte.

Der Fall **Lina E.** zeigt vor allem, dass auch Aktivisten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, nicht davor gefeit sind, sich ideologisch gehörig zu verrennen. Auch dem Richter war es wichtig, antifaschistisches Engagement zu würdigen »solange es nicht um gewalttätige Angriffe geht«, sagt Wiebke.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Linksextremistin **Lina E.** zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt

2. Deutliche Botschaften

Für jene Menschen, die bis 1989 im Osten des geteilten Deutschlands lebten, war die DSF allgegenwärtig die Deutsch-Sowjetische Freundschaft, eine Massenorganisation, die den DDR-Bürgern die Vorzüge des großen sozialistischen Bruders nahebringen sollte. Die Nachwirkungen dieser Indoktrination erklären vielleicht auch, warum im Osten Deutschlandsverständnisvoller auf das heutige Russland blickt wird als im Westen.

Wladimir Putin jedenfalls gab zu Protokoll, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion das schlimmste Erlebnis seines Lebens war seither tut er alles, um das alte Sowjetreich wiederzuerrichten. Dass es zu einer Neuauflage der DSF kommt, ist dabei eher nicht anzunehmen. Wenn die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Russland schon nicht mehr sehr belastbar waren, so sind sie seit heute nahezu gekappt.

Vor wenigen Tagen hatte Russland die Zahl der erlaubten deutschen Staatsbediensteten in Russland auf 350 Personen begrenzt. Als Antwort auf die russischen Beschränkungen für deutsche Diplomaten und Kulturvertreter entschied die Bundesregierung heute, dass vier von fünf russischen Konsulaten in Deutschland bis Ende des Jahres schließen müssen. Russland werde nur noch die Botschaft in Berlin und ein Konsulat betreiben können.

Deutschland selbst schließe die Generalkonsulate in Kaliningrad, Jekaterinburg und Nowosibirsk, lässt das Auswärtige Amt wissen. Mit der russischen Beschränkung der Personalstärke sei dort keine konsularische Betreuung mehr möglich. »Der Dienstbetrieb wird schon jetzt erheblich reduziert und bis November eingestellt.« Dies ist der stärkste Einschnitt in den diplomatischen Beziehungen beider Länder seit Jahrzehnten.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes bezeichnete die Vorgänge als »bedauerlich« und betonte zugleich: »Es ist das Verhalten der russischen Seite, das uns in diese Situation gebracht hat.«

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Bundesregierung schließt vier von fünf russischen Konsulaten

Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine:

Feuer in russischer Raffinerie nahe der Krim Moskau droht mit Vergeltung: Wohl nach einem Drohnenangriff ist im Süden Russlands eine Ölraffinerie in Brand geraten. Der tschetschenische Diktator Ramsan Kadyrow zürnt nach den Attacken auf Moskau. Und: Selenskyj dankt Scholz.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine: Das News-Update

3. Eisessen für eine vierköpfige Familie: 21,60 Euro

Bald beginnen in Nordrhein-Westfalen die Sommerferien, das erste Bundesland freut sich auf Urlaub, auf Sonne und Verreisen. All jene, die in den vergangenen Wochen damit beschäftigt waren, Ziele zu erkunden und Unterkünfte zu recherchieren, werden sich die Augen gerieben haben: Ähm, ich wollte die Ferienwohnung nur mieten, nicht kaufen? Was wollen die für die Halbpension haben? Wie viel soll das Eis kosten? Bei drei Kugeln für je 1,80 Euro landet man inzwischen für vier Personen bei über 20 Euro.

Sollten Sie sich nun über die jüngste Meldung gefreut haben, dass die Inflation zum dritten Mal in Folge gesunken ist auf nunmehr plus 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, so muss ich Ihnen die Freude gleich wieder nehmen. Denn gerade Urlaube bleiben überdurchschnittlich teuer.

Deutsch-sowjetische Feindschaft

Pauschalreisen etwa verteuerten sich in Bayern und Sachsen um jeweils 13,6 Prozent. »Es zeigt sich, dass die Deutschen nach der Pandemie trotz knapper Kassen das Leben wieder genießen und richtig Urlaub machen möchten«, sagte der Chefvolkswirt der Berenberg Bank, Holger Schmieding. »Das erleichtert es den Anbietern, in diesen Bereichen höhere Kosten auf die Verbraucher zu überwälzen.«

Man kann es auch anders formulieren: Es erleichtert es den Anbietern, gesunkene Kosten nicht an die Konsumenten weiterzureichen, sondern die Preise einfach weiter hochzuhalten und die Gewinne zu maximieren, so hungrig wie die Leute auf Zerstreuung sind. Denn für Entspannung sorgte gerade die Entwicklung der Energiepreise: Diese stiegen nur noch um durchschnittlich 2,6 (April: 6,8) Prozent. Und mit hohen Energiekosten argumentierte in der Vergangenheit auch die Tourismusbranche, warum die Preise so gestiegen sind.

Vielleicht machen die Leute dann einfach ihren Urlaub nicht in Bayern oder in Sachsen, sondern mal wieder in Italien oder Spanien. Ein Urlaub in Südeuropa kann bis zu 56 Prozent günstiger als in Deutschland sein, das hat erst gestern das Statistische Bundesamt in seinem Preisvergleich für Hotel- und Gaststättendienstleistungen für beliebte Urlaubsländer mitgeteilt. Wo immer Sie buchen: Erholen Sie sich gut!

Lesen Sie hier mehr: Plus 6,1 Prozent Inflationsrate fällt auf tiefsten Stand seit einem Jahr

Was heute sonst noch wichtig ist

Großrazzia gegen mutmaßliche IS-Unterstützer sieben Festnahmen: Sie sollen für die Terrorgruppe »Islamischer Staat« Spenden eingetrieben haben, nun griff die Polizei zu: Bei deutschlandweiten Durchsuchungen haben Ermittler sieben mutmaßliche Unterstützer des Netzwerks festgesetzt.

Eisenbahngewerkschaft schlägt »unzureichendes« Angebot der Bahn aus: Der Tarifdisput geht weiter: Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft hat das jüngste Angebot der Bahn abgelehnt. Damit sind erneute Warnstreiks oder gar eine Urabstimmung nicht ausgeschlossen.

Japan beschließt potenziell unbegrenzte Laufzeiten von Atomreaktoren: Um Emissionen zu senken, setzt Japan auf Atomkraft. Bisher sollten Reaktoren nach 60 Jahren vom Netz gehen doch diese Beschränkung hebt das Parlament nun auf.

Verdächtiger soll 15-Jährigen von hinten gegen Kopf geschlagen haben: Der Teenager, der auf einem Fußballplatz in Frankfurt am Main angegriffen wurde, ist tot. Gegen den verdächtigen Altersgenossen aus Frankreich wurde Haftbefehl erlassen. Neue Details zum möglichen Tathergang werden bekannt.

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

Diese Menschen sind der Atombombe nahegekommen. Sehr nahe: Eine Ex-Raketenbasis in der Ukraine, eine Uranmine in Sachsen, verseeuchte Felder in Spanien: Überall in Europa mussten und müssen Menschen mit Atomwaffen leben. Wie gehen sie damit um? Eine Reise in drei Sperrgebiete.

Warum Tesla so weit vorn liegt und wer jetzt aufholt: Trotz Autopilotpannen und Absatzproblemen: Tesla ist laut einer Untersuchung der Forschungsorganisation ICCT der mit Abstand erfolgreichste E-Auto-Hersteller der Welt. Dahinter tut sich jedoch Erstaunliches.

Unser letzter Versuch und ein 1620 Gramm leichtes Happy End: Nach einer Vielzahl von Rückschlägen und Enttäuschungen, nach Jahren voller Trauer, Verzweiflung und Wut haben wir es geschafft: Ich wurde schwanger. Doch mit dem Ende des einen Dramas begann das nächste.

Die Fallensteller aus Köpenick: Wie konnte sich Union Berlin nur für die Champions League qualifizieren? Der Schlüssel ist ein möglicherweise visionärer Taktikkniff, bei dem weite Teile des Spielfelds für die Unioner irrelevant werden.

Was heute weniger wichtig ist

Deutsch-sowjetische Feindschaft

Der Pate IV: Drei Teile gibt es bislang von **Al Pacinos** Filmreihe »Der Pate«, jetzt kommt ein vierter Teil hinzu und die Hollywoodlegende spielt darin eine ganz und gar andere Rolle: Der 83-jährige Schauspieler erwartet offenbar in wenigen Wochen sein viertes Kind. Seine Freundin Noor Alfallah (29) soll bereits im achten Monat schwanger sein. Über seine Sicht auf die Vaterrolle sagte Pacino 2014 in einem Interview mit »The New Yorker«, er habe nie so sein wollen wie sein eigener Vater. »Ich wollte da sein. Ich bin verantwortlich für meine Kinder, ich bin Teil ihres Lebens. Wenn ich das nicht tue, ist es sowohl für mich als auch für sie ärgerlich. Und Vatersein gibt mir viel.«

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Im vergangenen Jahr starben in Deutschland 1990 Menschen infolge des Konsums illegaler Drogen, 164 mehr als noch ein Jahr zuvor. Der Anstieg hält seit Jahren an, 2012 wurden noch 944 Opfer gezählt, rund 1000 weniger als jetzt. Nun sind Drogentote Extremfälle, doch viele Menschen scheinen ihren Alltag nur noch auszuhalten, indem sie sich benebeln. Gerade die 14- bis 29-Jährigen in Deutschland leiden stark unter Stress, wie eine Jugendstudie jüngst herausfand. Sie fühlen sich durch die Folgen von Coronapandemie, Klimakrise, Krieg in der Ukraine und hoher Inflation stärker belastet als die mittlere und ältere Generation. Wohin es führen kann, wenn die Politik die Sorgen und Probleme von Jugendlichen ignoriert, kann man sich noch einmal in der Dokumentation »Wir Kinder vom Bahnhof Zoo: Lost Generation« ansehen, die 2021 erstmals ausgestrahlt wurde und heute Abend noch einmal auf Arte läuft.

Die Geschichte von Christiane F. und ihren Freunden erzählt das Elend von Kindern und Jugendlichen, die damals drogenabhängig waren und auf den Bahnhöfen und öffentlichen Toiletten der deutschen Großstädte langsam zugrunde gingen. Die Kinder griffen zu Drogen, um mit der Verzweiflung der damaligen Ausweglosigkeit in der Bundesrepublik zurechtzukommen. Der Film von Claire Laborey zeichnet ein faszinierendes und grausam reales Porträt einer verlorenen Generation.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Herzlich

Ihr Janko Tietz, Ressortleiter Deutschland/Panorama

Graphic

AFP or licensors - Lina E. (und weiterer Angeklagter hinter Leitz-Ordnern versteckt) mit Anwälten

imago images/lausitznews.de - Russisches Generalkonsulat in Leipzig

dpa - Autorin Christiane Felscherinow auf der Frankfurter Buchmesse in einer Diskussion über das Buch »Wir Kinder vom Bahnhof Zoo«

REUTERS

DER SPIEGEL

picture alliance/dpa - Eis in Deutschland ist noch einmal 20 Prozent teurer geworden

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); AUSLANDSBEZIEHUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); RICHTER (90%); VERURTEILUNGEN (90%); AUSWÄRTIGE ÄMTER & DIPLOMATISCHE DIENSTE (89%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); VERHAFTUNGEN (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NSU-PROZESS (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); AUSSCHREITUNGEN (73%); BEWEIS (73%); INFLATION (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STRAFRECHT (66%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%)

Person: WLADIMIR PUTIN (78%)

Geographic: CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); DEUTSCHLAND (89%); RUSSISCHE FÖDERATION (73%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Faeser macht AfD für Angriffe auf Geflüchtete mitverantwortlich

SPIEGEL ONLINE

01. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; »Geistige Brandstifter«

Length: 420 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Der neonazistisch motivierte Mord an Walter Lübcke jährt sich morgen erneut. Innenministerin Faeser sieht die größte extremistische Gefahr in Deutschland weiter im rechten Spektrum. Die AfD sei Teil des Problems.

Body

Mit dem Urteil gegen Lina E. am Mittwoch und dem vierten Todestag des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am morgigen Freitag rückt die Bedrohung durch Links- und Rechtsextremisten erneut in den Mittelpunkt. Laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser(SPD) geht die größte Gefahr derzeit noch immer von rechts aus.

»Besondere Sorge macht mir, dass Angriffe auf Geflüchtete stark zugenommen haben. Es ist in höchstem Maße menschenverachtend, Menschen zu attackieren, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror gefunden haben«, sagte Faeser den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Dafür trage die AfD eine politische Mitverantwortung, sagte die Ministerin. »Gefährlich sind nicht nur gewaltorientierte Rechtsextremisten, sondern auch geistige Brandstifter, die den Boden für Gewalt bereiten.«

»Dort sind Hemmschwellen gesunken«

Faeser wandte sich zugleich gegen den Vorwurf, die Bedrohung durch Linksextremisten in Deutschland zu unterschätzen. Im Bereich des Linksextremismus gebe es eine zunehmende Radikalisierung und eine steigende Gewaltbereitschaft von abgeschotteten Gruppen. »Dort sind Hemmschwellen gesunken, politische Gegner brutal anzugreifen«, sagte Faeser. Diese Gewaltspirale dürfe sich nicht weiterdrehen. »Wir gehen mit voller Härte gegen alle Extremisten vor, die unsere Demokratie verachten und Menschen in unserem Land attackieren.«

Der Prozess gegen die Linksextremistin Lina E. wegen gewalttätiger Überfälle auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten hatte eine Debatte über linke Gewalt in Deutschland ausgelöst. Das Oberlandesgericht Dresden hatte die 28-Jährige am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Drei mitangeklagte Männer erhielten Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren und drei Monaten.

Der morgige Freitag markiert indes den vierten Todestag Walter Lübckes. Der frühere Landtagsabgeordnete war in der Nacht zum 2. Juni 2019 auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfhagen-Istha im Landkreis Kassel von dem Rechtsextremen Stephan Ernst erschossen worden. Ernst wurde am 29. Januar 2021 wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Faeser erinnerte am Donnerstag gemeinsam mit Hessens Landtagspräsidentin Astrid Wallmann (CDU) an den Mord. Der CDU-Politiker sei als überzeugter und mutiger Demokrat ein großes Vorbild gewesen, Zivilcourage,

Faeser macht AfD für Angriffe auf Geflüchtete mitverantwortlich

Solidarität und Mitmenschlichkeit hätten sein Handeln geprägt, »das für uns ein Kompass ist«, sagte Wallmann. Faeser sprach mit Blick auf den Mord von einer Mahnung und einem »tiefen Einschnitt«.

fek/dpa

Graphic

dpa - Bundesinnenministerin Faeser: »Mit voller Härte gegen alle Extremisten«

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: JAHRESTAGE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITIK (90%); TOD & STERBEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); GERICHTSURTEILE (89%); MORD (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); TÖTUNGSDELIKTE (89%); VERURTEILUNGEN (89%); GEFÄNGNISSTRAFEN (87%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (79%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (79%); BRANDSTIFTUNG (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); GEWALTKRIMINALITÄTS-STATISTIKEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); SCHIESSEREIEN (78%); GERICHTSHÖFE (73%); POLITISCHE DEBATTEN (73%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Palmerloses Tübingen

SPIEGEL ONLINE

01. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1309 words

Byline: Markus Feldenkirchen

Highlight: Wladimir Putin ist und bleibt Thema Nummer eins auf den Gipfeln der Weltpolitik. Ein prominenter Oberbürgermeister nimmt sich eine Auszeit. Und eine Linksextreme wird bestraft. Das ist die Lage am Donnerstag.

Body

Lauter Putin-Gipfel

Heute ist **Großgipfeltag** in der **Weltpolitik**. Kreuz und quer über den Globus kommen Minister, Staatschefs und sonstige Würdenträgerinnen zusammen - und immer geht es mehr oder weniger **explizit um Wladimir Putin**.

In **Wismar** empfängt **Außenministerin Annalena Baerbock** am Nachmittag die Kolleginnen und Kollegen der acht **Ostsee-anrainer-Staaten**. Und natürlich wird es um Putin gehen. Ganz konkret um dessen Überfall auf die Ukraine und die richtige Reaktion darauf. Und zumindest indirekt bei der Suche nach mehr Unabhängigkeit von Putins Regime und dessen fossiler Energie. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien zum Beispiel insbesondere der Offshore-Windkraft. Dass die Teilnehmer auch von **Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig** begrüßt werden, die einst wie eine Löwin für Gas aus Russland kämpfte, ändert nichts an der Richtigkeit des Anliegens.

Bevor sie nach Rostock fliegen, müssen die meisten Außenminister heute Vormittag allerdings erst mal ihr informelles Nato-Außenministertreffen in Oslo beenden. Das begann gestern. Von dem Termin ging die klare Zusicherung an die Ukraine aus, dass das Bündnis dem Land in seinem Abwehrkampf gegen Putins Invasion weiter zur Seite stehen wird.

In der Stadt **Bulboaca in Moldau**, findet derweil das **Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft** (EPG) statt. Diese wurde vergangenes Jahr mit dem Ziel gegründet, 47 europäische und vorderasiatische Staaten, die keine Mitglieder der Europäischen Union sind, näher an die EU heranzuführen. Klammer auf: Und um sie aus dem Einflussbereich von Wladimir Putin zu lotsen. Klammer zu. Darunter sind Länder wie die Ukraine oder Moldau selbst. Für die Bundesrepublik ist **Kanzler Olaf Scholz** vor Ort.

Und dann treffen sich in **Südafrika** heute die **Außenminister der BRICS-Staaten**, zu denen **Brasilien, Russland, Indien, China** und **Südafrika** zählen. Sie stehen mehr oder weniger treu zu Putin und dessen Krieg und würden ihn, so er sich trotz eines internationalen Haftbefehls wegen Kriegsverbrecherei denn traut, im August auch zum großen BRICS-Gipfel der Staats- und Regierungschefs empfangen.

Die Welt ist nervös, das zeigt auch die multiple Gipfelei dieser Tage. Sollte Putin unter einer narzisstischen Störung leiden, hätte er zumindest ein Ziel erreicht: Alles dreht sich dieser Tage um ihn und seine vielen Verbrechen.

Palmerloses Tübingen

Drohnenangriffe auf russische Hauptstadt: »Doch nicht hier, so nahe. Bei uns in Moskau!«

Palmerloses Tübingen

Ab heute ist **Tübingen palmerlos**, zumindest im Rathaus. Der **umstrittene Oberbürgermeister** startet heute in eine einmonatige **Auszeit**. Diese hatte **Boris Palmer** nach einem erneuten öffentlichen Eklat angekündigt. Bei einer Konferenz zum Thema Migration hatte er fünfmal trotzig das N-Wort benutzt. Und als aggressive Demonstranten ihn als »Nazi« beschimpften, wählte er den unpassendsten aller Vergleiche: Es sei, als würde man ihm den Judenstern anheften.

Den Juni über möchte Palmer nun dem Internet fernbleiben, auf Facebook und E-Mails verzichten. Er wolle an sich arbeiten, sagt er der Nachrichtenagentur dpa: »Ich sehe den Monat als Aufgabe.« Für die Auszeit habe er sich professionelle Hilfe geholt, um künftig besser mit Konfrontationen umgehen zu können.

Natürlich kann man diese Ankündigung als weitere **PR-Kasperei** verhöhnen. Man kann sich auch fragen, ob vier Wochen nicht ein wenig kurz sind, wenn es um eine grundsätzliche Beschäftigung mit den eigenen Unzulänglichkeiten geht. Andererseits: Wer von uns hat schon mal vier Wochen in die Selbstbefragung investiert?

Wer ernsthaft dazu bereit ist, verdient Respekt und Unterstützung. Und keine Häme.

Parteiaustritt nach Eklat: Warum die Tübinger Urgrünen zu Boris Palmer halten

Justiz und Selbstjustiz

Um 10.30 Uhr gestern wurde die **Linksextremistin Lina E.** vom **Oberlandesgericht Dresden** zu fünf Jahren und drei Monaten Haft **verurteilt** für die Mitgliedschaft in einer **kriminellen Vereinigung** und die Serie von sechs **Angriffen auf Rechtsextremisten**. Es folgte eine achtstündige Urteilsbegründung des Vorsitzenden Richters. Erst an deren Ende, um 19.50 Uhr, erfuhr **Lina E.** dass sie nach zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft erst mal **nachHause** darf. Bis das Urteil rechtskräftig ist. Eine Revision ist möglich.

Antifaschistisches Engagement ist großartig. Es müsste viel stärker belohnt und gewürdigt werden. Ja, es bräuchte mehr davon in Deutschland! Aber es sollte **konsequentfriedlich** sein. Schon allein, um sich **nicht** auf das **Niveau jener mentalen Stiernacken** zu begeben, gegen die sich das Engagement richtet.

Auch beim Kampf für eine gute, gerechte Sache, darf man sich nicht über das Gesetz stellen, sondern sollte jene auf **demokratischem Wege** entstandenen Spielregeln achten, die unser Zusammenleben fairer und friedlicher machen. Wenn jeder, der glaubt, ein hehres Anliegen zu haben, zur Selbstjustiz greifen würde, würde das Zusammenleben für alle zur Hölle.

Urteil gegen **Lina E.** und Komplizen: Das Gericht vertraut darauf, dass sie nicht untertaucht

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Wo liegt der tiefste Punkt der Erde an Land?

Verlierer des Tages

ist die **Corona-Warnapp**. Haben Sie das Ding etwa noch auf dem Handy? Dann wäre heute ein guter Tag, es zu löschen. Die vielleicht teuerste App der Geschichte bekommt nämlich, anders als Boris Palmer, keine Auszeit. Sie wird heute eingeschläfert.

Die Warnfunktion wurde wegen der entspannten Pandemie-Lage schon zum 1. Mai deaktiviert. Nun soll die App in einen »Schlafmodus« gehen, auf regelmäßige Aktualisierungen wird verzichtet. Der einzige verbliebene Nutzen könnte sein, dass man auf der App weiter sein elektronisches Impfzertifikat vorzeigen kann. Aber wem soll man das noch vorzeigen? Ich jedenfalls werde diese selbst zu Corona-Hochzeiten wenig hilfreiche App nicht vermissen.

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Die Spezialisten aus Sevilla schlagen wieder zu: Entscheidung im Elfmeterschießen: Der FC Sevilla hat seine Vorliebe für die Europa League auch im Finale gegen die AS Rom unter Beweis gestellt. Es ist bereits der siebte Titelgewinn für die Spanier in diesem Wettbewerb.

Auch Mike Pence will wohl US-Präsident werden: Der ehemalige Vize-Präsident Mike Pence plant laut US-Medien die Verkündung seiner Präsidentschaftskandidatur. Der Republikaner würde somit unter anderen gegen Donald Trump und Ron DeSantis antreten.

Scholz und Macron wollen zwischen Serbien und Kosovo vermitteln: In Kosovo liefern sich militante Serben Straßenschlachten mit Polizei und Kfor-Truppen. Kanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron planen nun ein gemeinsames Gespräch mit den Spitzen beider Balkanstaaten.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

»**Wenn ich an mein Gesicht denke, weiß ich einfach: So fühle ich mich an!«:** Nina nennt ihren Blindenstock Stöckli und mag lilafarbene Fingernägel. Lenka schreibt einen Roman und träumt von der Schauspielschule. Beide sind jung, blind und kennen ihren Körper ganz genau und ihre Fähigkeiten.

Was uns die Euro-Notenbank gebracht hat und wo sie Hilfe braucht: Heute vor 25 Jahren wurde die Europäische Zentralbank gegründet. Trotz ihrer Erfolge misstrauen viele Menschen ihr immer noch, besonders in Deutschland. Ein Grund dafür findet sich auf jedem Geldschein. Ein Gastbeitrag von Marcel Fratzscher.

Die dubiosen Methoden von Hitlers Leibarzt: Theodor Morell sicherte sich Hitlers blindes Vertrauen bis sein Mix aus Arzneien und Drogen nicht mehr anschlug. Edzard Ernst, Experte für die fragwürdigen Seiten der Medizin, schildert Aufstieg und Fall des zwielichtigen Arztes.

Tu nicht, was du liebst zumindest nicht beruflich: Früher wurde gearbeitet, um Geld zu verdienen. Heute soll man seinen Job lieben und dafür Überstunden und schlechte Bezahlung hinnehmen. Es ist an der Zeit, Erfüllung wieder abseits des Arbeitslebens zu suchen.

Einen heiteren Donnerstag wünscht Ihnen.

Ihr Markus Feldenkirchen, Autor im SPIEGEL-Hauptstadtbüro

Graphic

IMAGO/Eibner - Eklat-Produzent Palmer

IMAGO/ITAR-TASS - Kriegstreiber Putin

dpa - Ex-Hoffnungsträger Warn-App

dpa - Demonstrierende Sympathisanten von Lina E.

DER SPIEGEL

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: EUROPÄISCHE UNION (90%); MINISTER & STAATSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (90%); BRICS-STAATEN (89%); KONFERENZEN & KONGRESSE (89%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (89%); STAATSPRÄSIDENTEN (89%); BÜRGERMEISTER (78%); GESPRÄCHE & TREFFEN (78%); INTERNATIONALE REGIERUNGSGESPRÄCHE (78%); INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); OFFSHORE- ENERGIE (77%); ENERGIEPOLITIK (75%); VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT (75%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (73%); VERHAFTUNGEN (71%); INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION (70%); OFFSHORE-WINDENERGIE (70%); VERBRECHEN (67%)

Company: META PLATFORMS INC (50%)

Ticker: META (NASDAQ) (50%)

Industry: NAICS516210 MEDIA STREAMING DIST SVCS, SOCIAL NETWORKS, AND OTHER MEDIA NETWORKS AND CONTENT PROVIDERS (50%); SIC7374 COMPUTER PROCESSING & DATA PREPARATION & PROCESSING SERVICES (50%); INTERNET & WWW (78%); OFFSHORE-ENERGIE (77%); ALTERNATIVE & ERNEUERBARE ENERGIE (75%); ENERGIEPOLITIK (75%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (73%); OFFSHORE-WINDENERGIE (70%); WINDENERGIE (70%)

Person: WLADIMIR PUTIN (96%); OLAF SCHOLZ (54%)

Geographic: MOSKAU, RUSSISCHE FÖDERATION (92%); OSLO, NORWEGEN (58%); EUROPÄISCHE MITGLIEDSTAATEN (92%); MECKLENBURG-VORPOMMERN, DEUTSCHLAND (89%); EUROPA (93%); UKRAINE (93%); SÜDAFRIKA (91%); RUSSISCHE FÖDERATION (88%); BRASILIEN (79%); CHINA (59%); DEUTSCHLAND (59%); INDIEN (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Leipzig vor Gewalt und Chaos?

SPIEGEL ONLINE

03. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1370 words

Byline: Susanne Beyer

Highlight: Die Polizei in Leipzig bereitet sich auf Ausschreitungen vor. Boris Pistorius will die deutschen Banden nach Asien stärken. Und: das Gedenken an schwere Zugunglücke. Das ist die Lage am Samstag.

Body

Sorge vor Lina-Krawalle in Leipzig

Leipzig ist schön und feiert sich gern selbst. Heute hätte dort ein Tag der guten Laune werden können. Sonne, 21 Grad, 0 Prozent Niederschlag, das **Stadtfest** wird gefeiert, **Herbert Grönemeyer** gibt ein Konzert vor Zehntausenden Besuchern, das **DFB-Pokalfinale** zwischen RB Leipzig und Eintracht Frankfurt wird auf einer Videoleinwand auf dem Leipziger Markt in der Innenstadt gezeigt.

Aber es hat sich eine linksautonome Demonstration zum »**Tag X**« angekündigt. Die ist zwar verboten worden, aber die Polizei rechnet gerade wegen des Verbots mit einem unfriedlichen Verlauf.

Der »Tag X« ist eine Reaktion auf die Verurteilung der **Studentin Lina E.** und der drei Mitangeklagten wegen **Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis**. **Lina E.** ist wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, mehrfacher gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung, Urkundenfälschung, Diebstahl und Nötigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. So wurde sie zur »**Märtyrerin der Szene**«, wie meine Kollegen Jörg Diehl und Steffen Winter schreiben. Am »Tag X« heute wollen ihre Anhänger Rache nehmen. Verschiedene Antifa- und Anarchie-Accounts werben dafür, sich »die Straßen zu nehmen«. Schon in der Nacht gab es erste Ausschreitungen.

Nun ließe sich durchaus Positives über das Motiv der sogenannten Antifaschisten sagen, den Rechtsextremismus bekämpfen zu wollen. Aber wer dieses Ziel mit den Mitteln der Gewalt verfolgt, der diskreditiert sich selbst. Schon die Androhung von Gewalt darf niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. **Im Bann dieser Drohung** aber steht heute leider eine ganze Stadt.

Protest nach Urteil gegen Linksextremistin: Leipzig rüstet sich für Lina-Krawall

Putins Tinnitus?

Mit seinem Angriff auf die Ukraine hat **Russlands Präsident Wladimir Putin** bewirkt, dass Länder wie Deutschland ihre politischen und wirtschaftlichen **Verbündeten verstärkt in Asiensuchen** und zwar nicht unbedingt in China, wo die Putin-Freunde herrschen, sondern in anderen asiatischen Ländern.

Leipzig vor Gewalt und Chaos?

Gestern ist **Verteidigungsminister Boris Pistorius** zu einer Reise in Asien eingetroffen. Der SPD-Politiker landete in Singapur, wo er bis morgen an der Sicherheitskonferenz **Shangri-La-Dialog** teilnimmt.

Der Shangri-La-Dialog gilt unter Verteidigungsministern als wichtigstes sicherheitspolitisches Forum im indopazifischen Raum. In diesem Jahr haben sich Vertreter aus 40 Staaten angekündigt.

Pistorius wird morgen weiter nach **Indonesien** und später nach **Indien** reisen. Bei all seinen Treffen wird es um Putin und die **Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine** gehen.

Im Volksglauben gibt es ja die Wendung, jemandem klingeln die Ohren. Das bedeutet, dass einem die Ohren klingen, wenn andere gerade über einen reden.

Über Putin heißt es, er sei unter permanenter ärztlicher Überwachung. Ob er seine Ärzte schon wegen Tinnitus-Beschwerden konsultiert hat?

Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier:

Selenskyjs Wunsch, Selenskyjs Wirklichkeit: Der ukrainische Präsident will auch mit bisher kremlfreundlichen Mächten an der Umsetzung seines Friedensplans arbeiten allerdings ohne Moskau.

Putin, die RAF und der Dietmar aus Dillingen: Um Vladimir Putins Zeit beim KGB in Dresden ranken sich wilde Mythen, so soll er sogar einen Mord deutscher Terroristen angeregt haben. Doch SPIEGEL-Recherchen zeigen nun: Der heutige russische Präsident war wohl eher kein Topagent.

Eine besondere Form des Gedenkens

Sie werden heute einiges über Zugunglück hören und lesen. Das liegt daran, dass heute vor einem Jahr und heute vor 25 Jahren Züge in Deutschland verunglückt sind und an beide Unglücke gedacht werden wird.

Am 3. Juni 2022 starben beim **Zugunglück von Garmisch-Partenkirchen** fünf Menschen, 78 wurden verletzt.

Am 3. Juni 1998 kam es in **Eschede zum bisher schwersten Zugunglück in der Bundesrepublik** mit 101 Toten und 105 Verletzten.

An beiden Orten wird es Gedenkefeiern geben. Besonders berührend aber ist diese eine Form des Gedenkens: Zwischen 10.30 Uhr und 12.30 Uhr passieren am Samstag alle Züge die Unglücksstelle in Eschede mit höchstens 60 Kilometern pro Stunde.

Auf diese historischen Daten lässt sich heute nicht verweisen, ohne den Blick auf ein katastrophales Unglück in Indien zu richten: Dort starben am Freitag bei einem furchtbaren Zugunfall womöglich mehr als 200 Menschen.

Entgleister Zug in Garmisch-Partenkirchen: Ermittler halten defekte Betonschwellen für Ursache

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Wann wurde der Euro in den ersten Ländern als Bargeld eingeführt?

Verliererin des Tages

ist Pamela Rendi-Wagner. Sie wurde etwa zur selben Zeit Chefin der Sozialdemokratie in Österreich, wie **Andrea Nahles** in Deutschland SPD-Chefin wurde. Das war im Jahr 2018 ein großes Thema: Zwei Frauen in benachbarten Ländern übernehmen die altehrwürdigen und von Männern dominierten Parteien.

Nahles hielt sich nur ein Jahr an der Spitze ihrer Partei, die ehemalige Gesundheitsministerin und Ärztin Pamela Rendi-Wagner aber hielt sich bis heute tatsächlich bis heute. Auf dem **außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ** an diesem Samstag in Linz wird die 52-Jährige nun nicht mehr für die Parteispitze antreten. Um den

Leipzig vor Gewalt und Chaos?

Parteivorsitz bewerben sich der ehemalige Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil und der Bürgermeister der Gemeinde Traiskirchen, Andreas Babler.

Rendi-Wagner hat es in all den Jahren nicht geschafft, ihre Partei nach vorne zu bringen, obwohl die Voraussetzungen eigentlich nicht besser hätten sein können: Die Konkurrenz lieferte ein Debakel nach dem nächsten. Zweimal scheiterte in dieser Zeit **Sebastian Kurz** von der ÖVP als Bundeskanzler, zuletzt 2021, weil gegen ihn Ermittlungen wegen möglicher Falschaussagen, Korruption, manipulierter Umfragen und Betrugs eingeleitet wurden.

Die Politikerin beklagte in ihrer Abschiedsrede im Nationalrat eine **mangelnde Geschlossenheit** in der SPÖ und auch mangelnden Respekt. Vielleicht nimmt sie sich jetzt die Zeit, um sich einmal mit Andrea Nahles zu treffen und gemeinsame Erfahrungen auszutauschen.

Posse um Rendi-Wagner in Österreich: Die Parteichefin wirft hin und die SPÖ droht im Chaos zu versinken

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Republikaner setzen erste TV-Debatte an Trump lässt Teilnahme offen: Der Vorwahlkampf in den USA nimmt Fahrt auf: Am 23. August sollen die republikanischen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur erstmals im Fernsehen gegeneinander antreten. Donald Trump zierte sich.

Randale bei »Massencornern« in Leipzig: Vorgeschnack auf den »Tag X«? Am Abend vor den geplanten Protesten der linksextremen Szene nach dem Urteil gegen Lina E. kam es in Leipzig bereits zu Ausschreitungen. Es flogen Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper auf Polizisten.

Transporter mit 17 Geflüchteten rast in Spree sechs Verletzte: Als die Polizei den Wagen in Ostsachsen anhalten wollte, raste der Fahrer davon und landete schließlich in der Spree. In dem Transporter saßen 17 syrische Geflüchtete und ihre Schleuser, sechs Menschen wurden verletzt.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Das unfassbare Problem: Zusammengelegte Klassen, verkürzter Ganztags, gestrichene Randstunden: Im ganzen Land berichten Eltern, Schüler und Lehrer von Unterrichtsausfall. Wie groß das Problem ist, wird aber kaum erfasst. Ist das Kalkül?

»**Was gibt es Größeres, als durch den eigenen Tod Menschenleben zu retten?**« Sein Herz pumpt manchmal nur noch mit einer Leistung von zehn Prozent. Doch auf einen Spender wartet Jörg Müller-Barkei seit fünf Jahren. Was bringt der Tag der Organspende, fragt er sich und hat eine bessere Idee.

So wenig bleibt vom 500.000-Euro-Haus übrig: Die eigene Immobilie zu Geld machen und trotzdem drin wohnen bleiben mit diesem Versprechen locken Anbieter von sogenannten Teilverkauf-Modellen. Doch neue Berechnungen zeigen: Veräufern droht ein massives Verlustgeschäft.

Ist **es okay, für meine Kinder die Hausaufgaben zu machen?** Nach der Schule dachte man: »Nie wieder!« Aber wer Kinder hat, sitzt doch wieder vor den Hausarbeiten. Schließlich soll der Sohn oder die Tochter den Anschluss nicht verlieren. Da darf man ein wenig nachhelfen. Oder?

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihre Susanne Beyer, Autorin der Chefredaktion

Graphic

Leipzig vor Gewalt und Chaos?

AFP or licensors - Prozeß gegen Lina E. in Dresden

Verwendung weltweit, usage worldwide - 3. Juni 1989: Hunderte Helferinnen und Helfer versuchen im Wrack des verunglückten ICE 884 bei Eschede in der Nähe von Celle noch Opfer des Zugunglücks zu finden.

dpa - Verteidigungsminister Pistorius auf dem Weg nach Asien

REUTERS - SPÖ-Politikerin Pamela Rendi-Wagner

DER SPIEGEL

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); FUSSBALL (89%); KONFERENZEN & KONGRESSE (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (89%); VERURTEILUNGEN (89%); 2022 RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG (86%); KRANKHEITEN & GESUNDHEITLICHE BESCHWERDEN (86%); VERTEIDIGUNGSPOLITIK & MILITÄRPOLITIK (85%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (79%); POLITISCHE PARTEIEN (79%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (78%); ÜBERWACHUNG (78%); BETRUG & FINANZKRIMINALITÄT (73%); DIEBSTAHL (73%); ZUGUNGLÜCKE (73%); FÄLSCHEN (69%); HALS-, NASEN- UND OHRENKRANKHEITEN (69%); FRIEDENSVERHANDLUNGEN (60%); ÄRZTE (60%)

Industry: VERTEIDIGUNGSPOLITIK & MILITÄRPOLITIK (85%); ZUGUNGLÜCKE (73%); ÄRZTE (60%)

Person: WLADIMIR PUTIN (94%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); MOSKAU, RUSSISCHE FÖDERATION (79%); FRANKFURT, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); UKRAINE (94%); ASIEN (93%); INDONESIEN (79%); SINGAPUR (79%); DEUTSCHLAND (74%); RUSSISCHE FÖDERATION (73%); CHINA (59%); INDIEN (59%); OSTASIEN (59%)

Load-Date: June 3, 2023

Bundesanwaltschaft fordert acht Jahre Haft für mutmaßliche Linksextremistin

SPIEGEL ONLINE

05. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Prozess in Dresden

Length: 609 words

Byline: Birte Bredow

Highlight: Sie soll eine »treibende und steuernde Kraft« der linksextremistischen Gruppe gewesen sein: Die Bundesanwaltschaft plädiert auf mehrjährige Freiheitsstrafen für Lina E. und ihre mutmaßlichen Komplizen.

Body

Im Prozess vor dem Oberlandesgericht Dresden hat die Bundesanwaltschaft für die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. acht Jahre Haft gefordert. Auch für die Mitangeklagten plädierte sie auf mehrjährige Freiheitsstrafen.

Die Bundesanwaltschaft wirft der Gruppierung vor, Angriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Angehörige der rechten Szene trainiert, geplant, vorbereitet und ausgeführt zu haben. Die aus dem hessischen Kassel stammende Lina E. soll Rädelsführerin gewesen sein. Vor der Staatsschutzkammer geht es um sechs Überfälle in Leipzig, Wurzen (jeweils Sachsen) und Eisenach (Thüringen) sowie einen Versuch.

Die Angeklagten habe eine militant-extremistische Ideologie verbunden und das Ziel, Gegner aus der rechten Szene körperlich zu attackieren, zu verletzen und so zur Aufgabe ihrer politischen Betätigung zu zwingen. E., die zuletzt in Leipzig studierte, und die drei Männer seien der gefährlichen Körperverletzung schuldig, sagte Staatsanwältin Alexandra Geilhorn zum Abschluss ihres Plädoyers. Bei der 28-Jährigen kämen zudem Landfriedensbruch und mehrfache gemeinschaftliche Sachbeschädigung sowie räuberischer Diebstahl dazu.

»Kaum beherrschbares Eskalationspotenzial«

Für einen schon einschlägig vorbestraften 28-Jährigen aus Berlin, der laut Anklage seine Kampfsportfähigkeiten in den Dienst der Gruppe gestellt hat, forderte die Anklagebehörde drei Jahre und neun Monate, auch wegen Landfriedensbruchs. Ein Staatsanwalt attestierte ihm »eine gewaltaffine rechtsfeindliche Geisteshaltung, die sich regelmäßig in militanter Verfolgung von Personengruppen manifestiert«. Er richte seine Aggression sowohl gegen Personen aus dem vermeintlich rechten Lager und Vertreter des Staates, vorrangig der Polizei. Aus bisherigem Werdegang und Taten sei ablesbar, »dass er kein Gewaltmonopol anerkennt außer sein eigenes«.

Bei zwei weiteren Angeklagten im Alter von 38 und 28 Jahren plädierte Geilhorn auf zwei Jahre und neun Monate Freiheitsstrafe sowie auf drei Jahre und neun Monate.

Nach Überzeugung der Bundesanwaltschaft prägte E. die Gruppierung als Führungskraft, plante und bereitete Gewalttaten vor und wirkte als »Überblicksperson« an bisher allen bekannten Straftaten mit. Zusammen mit ihrem noch gesuchten Lebensgefährten sei sie die »treibende und steuernde Kraft« gewesen, so die

Bundesanwaltschaft fordert acht Jahre Haft für mutmaßliche Linksextremistin

Bundesanwaltschaft. Wegen enormer Gewaltbereitschaft und »kaum beherrschbarem Eskalationspotenzial« sei die Gruppe besonders gefährlich gewesen.

Fortdauer der Untersuchungshaft beantragt

Die Bundesanwaltschaft rückte einen Überfall auf einen jungen Mann Anfang 2019 in Leipzig in die Nähe eines versuchten Tötungsdelikts. Seine Mütze habe ihn aus Sicht der Täter zum Nazi gemacht, sagte der Staatsanwalt. E. habe unter anderem dessen Kollegen von Hilfe abgehalten, damit den Angreifern den Rücken freigehalten und deren brutales Vorgehen ermöglicht.

Da sie wie ihr Lebensgefährte untertauchen könnte, beantragte Geilhorn die Fortdauer der Untersuchungshaft für die 28-Jährige. Sie verfüge nicht nur über Kenntnisse und Eigenschaften, sich zu entziehen, sondern könne auch mit der Solidarität der linken Szene rechnen, sagte sie unter Verweis auf neuerliche Gewaltaufrufe von Unterstützern während des Prozesses. Die Bundesanwaltschaft hält es für sehr wahrscheinlich, dass die Angeklagte »den Weg in die Illegalität wählt, sollte sie vor Erreichen der Rechtskraft eines Urteils noch einmal in Freiheit gelangen«.

Lina E. ist seit über zwei Jahren in Untersuchungshaft, ihre Mitangeklagten sind frei. Der seit September 2021 unter hohen Sicherheitsvorkehrungen laufende Prozess wird am 19. April fortgesetzt mit den Schlussvorträgen der Verteidigung.

bbr/dpa

Graphic

AFP or licensors - **Lina E.** (2021): Rädelsführerin einer kriminellen Vereinigung?

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: STAATSANWÄLTE (94%); ANKLAGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); RAUBÜBERFÄLLE (89%); RECHTSANWÄLTE (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); DIEBSTAHL (78%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); STRAFTATEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); TÖTUNGSDELIKTE (78%); VERHAFTUNGEN (78%); KAMPFKUNST (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (94%); RECHTSANWÄLTE (89%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); HESSEN, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Bundesanwaltschaft fordert acht Jahre Haft für mutmaßliche Linksextremistin

Load-Date: April 5, 2023

End of Document

Verfassungsschutz bekommt neue Vizechefin

SPIEGEL ONLINE

19. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Geheimdienste

Length: 210 words

Byline: Wolf Wiedmann-Schmidt

Highlight: Nach SPIEGEL-Informationen soll Silke Willem in die Führungsspitze des Verfassungsschutzes aufrücken. Die Extremismusexpertin ersetzt als Vizepräsidentin Felor Badenberg, seit April Justizsenatorin in Berlin.

Body

Silke Willem soll neue Vizepräsidentin des Bundesamts für Verfassungsschutz werden. Nach SPIEGEL-Informationen wird Innenministerin Nancy Faeser (SPD) die 53-Jährige zur Stellvertreterin von Behördenchef Thomas Haldenwang berufen.

Die promovierte Juristin aus Köln arbeitet seit mehr als 20 Jahren für den Inlandsnachrichtendienst. Zuletzt war Willem Leiterin der Abteilung Linksextremismus/Linksterrorismus und auslandsbezogener Extremismus. Dazu zählen unter anderem die Aktivitäten türkischer Rechtsextremisten (»Graue Wölfe«) oder der verbotenen und als Terrororganisation eingestuften kurdischen Arbeiterpartei PKK in Deutschland.

Im vergangenen Jahr gelang es der Abteilung von Willem, in Polen ein ehemaliges Mitglied der militanten linksextremen Szene ausfindig zu machen und zu Aussagen zu bewegen. Der Mann wurde zum Kronzeugen der Ermittler in einem aufsehenerregenden Verfahren vor dem Dresdner Oberlandesgericht: Eine Gruppe um die Angeklagte Lina E. soll in Ostdeutschland gezielt Jagd auf Neonazis gemacht haben.

Die bisherige Vizepräsidentin des Verfassungsschutzes, Felor Badenberg, wurde im April auf Wunsch der CDU überraschend Justizsenatorin in Berlin. Die parteilose Juristin war die erste Frau auf dem Stellvertreterposten beim Bundesamt.

wow

Graphic

imago images/Future Image - Zentrale des Verfassungsschutzes in Köln-Chorweiler

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (92%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); TERRORISMUS (90%); POLITIK (79%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (78%); GERICHTSPROZESSE (77%); TERRORORGANISATIONEN (76%); ZEUGEN (74%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); KÖLN, DEUTSCHLAND (59%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (91%); DEUTSCHLAND (89%); TÜRKEI (79%); POLEN (74%)

Load-Date: May 19, 2023

End of Document

»Zusammenrottungen von augenscheinlich gewaltbereiten Menschen«

SPIEGEL ONLINE

04. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Proteste nach Urteil gegen Linksextremistin

Length: 378 words

Byline: Florian Gontek

Highlight: Wasserwerfer und brennende Barrikaden: In Leipzig gehen die Unruhen rund um den »Tag X« in der Nacht weiter. Vor allem im Stadtteil Connewitz gerieten Demonstrierende und Polizei aneinander.

Body

In Leipzigherrscht auch am späten Samstagabend und in der Nacht zum Sonntag weiter der Ausnahmezustand. Bis in den frühen Sonntagmorgen hinein sei die Polizei in Auseinandersetzung mit Demonstrierenden, teilte ein Sprecher der Leipziger Polizei mit.

In der Stadt habe es »an verschiedenen Stellen Zusammenrottungen von augenscheinlich gewaltbereiten« Menschen, teilte die sächsische Polizei am Samstagabend via Twitter mit. Einsatzkräfte seien attackiert sowie Barrikaden errichtet und in Brand gesetzt worden. Die Polizei räume die Barrikaden im Süden der Stadt mit Sonderwagen.

»Wir rufen zur Besonnenheit auf«

Feuerwehr und Polizei löschen demnach gemeinsam die Barrikaden. Die Polizei war nach eigenen Angaben mit mehreren Hundertschaften im Einsatz und stellte sich »auf einen gewalttätigen Verlauf in dieser Phase des Einsatzes« ein. »Wir rufen zur Besonnenheit auf, um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen«, schrieb die Polizei auf Twitter.

In einer Mitteilung der Polizeidirektion Leipzig war ebenfalls von der Errichtung von Barrikaden die Rede. Um die brennenden Barrikaden zu löschen, habe die Polizei Wasserwerfer eingesetzt. Betroffen von den Krawallen war demnach insbesondere der Stadtteil Connewitz. Ein Polizeiposten sei mit Steinen attackiert worden. Dabei seien zwei Beamte verletzt worden, teilte die sächsische Polizei Sonntag früh auf Twitter mit.

Bereits in der Nacht zum Samstag gab es Ausschreitungen

Bereits in der Nacht zum Samstag hatte es gewaltsame Zusammenstöße zwischen der Polizei und mutmaßlich linksextremen Demonstranten gegeben. Fünf Männer, die dabei festgenommen wurden, wurden am Samstag dem Haftrichter am Amtsgericht Leipzig vorgeführt, wie die Polizei mitteilte.

Gegen alle fünf Beschuldigten wurde demnach Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs erlassen. Sie würden in eine Justizvollzugsanstalt gebracht. Es handelt sich den Angaben zufolge um zwei 28-Jährige und drei Männer im Alter von 20, 25 und 32 Jahren.

»Zusammenrottungen von augenscheinlich gewaltbereiten Menschen«

Lina E. und drei mitangeklagte Männer waren am Mittwoch vom sächsischen Oberlandesgericht in Dresden wegen gewalttätiger Überfälle auf Rechtsextremisten zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Die linke Szene mobilisierte aus Protest bundesweit für eine sogenannte Tag-X-Demo am Samstag.

flg/dpa

Graphic

IMAGO/Moritz Schlenk - Spuren der Nacht

dpa - Ein Sonderwagen der Polizei räumt Straßensperren

dpa - Brennende Barrikaden in der Nacht zum Sonntag im Leipziger Stadtteil Connewitz

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: AUSSCHREITUNGEN (92%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (89%); BRANDSTIFTUNG (78%); BRÄNDE (78%); GEFÄNGNISSE (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); RICHTER (78%); POLIZEIKRÄFTE (76%); GERICHTSHÖFE (70%); GERICHTSURTEILE (70%); VERURTEILUNGEN (70%); STRAFZUMESSUNG (65%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (89%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Europa einigt sich und spaltet die Grünen

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1482 words

Byline: Philipp Wittrock

Highlight: Die Abschottungspläne der EU setzen den Grünen zu. ChatGPT betet für die Besucher des Kirchentages. Und Ex-»Bild«-Chef Julian Reichelt und Springer treffen sich vor Gericht. Das ist die Lage am Freitag.

Body

Die EU einigt sich und spaltet die Grünen

Der Jubel von Bundesinnenministerin Nancy Faeser fiel geradezu überschwänglich aus. »Das ist ein historischer Erfolg für die Europäische Union, für eine neue, solidarische Migrationspolitik und für den Schutz von Menschenrechten.« Mit diesen Worten würdigte die Innenministerin, dass sie sich kurz zuvor mit ihren europäischen Amtskolleginnen und Amtskollegen in Luxemburg auf ein **schärferes Asyl-Regime** hatte einigen können. Es sieht für Migranten ohne Aussicht auf Asyl in Europa erstmals **schnelle Verfahren direkt an den EU-Außengrenzen** vor.

Nun, Faeser ist in der SPD. Bei den **Grünen**, die bekanntlich in Berlin mitregieren und die EU-Pläne, denen Deutschland nun zugestimmt hat, mittragen müssen, ist von euphorischen Gefühlen nichts zu spüren.

Die Empörung hatte sich ja bereits Bahn gebrochen, die Basis rebellierte per Protestbrief gegen die eigene Führung. Und jetzt, wo sich die 27 EU-Staaten mehrheitlich hinter die Reformpläne gestellt haben? Da dürfte der Ärger erst richtig losgehen.

Bemerkenswerterweise meldeten sich gleich nach Bekanntwerden der Einigung mehrere Spitzengrüne via Twitter zu Wort mit unterschiedlichen Bewertungen. Parteichef **Omid Nouripour**dafür, Co-Chefin **Ricarda Lang**dagegen. Fraktionschefin **Britta Haßelman**dafür, Co-Chefin **Katharina Dröge**dagegen.

Die Reaktionen kamen so schnell, so ausführlich, und jeweils mit Respekt für die anderslautende Meinung vorgetragen, dass nicht auszuschließen ist, dass sich das Spitzenpersonal die Statements in ihrer Pro-Contra-Haftigkeit genau so zuvor zurechtgelegt und aufeinander abgestimmt hat. Die Botschaft: Seht her, auch wir sind hin- und hergerissen, wir ringen mit uns, aber wir stehen am Ende zusammen. Falls das so gedacht war kaum vorstellbar, dass sich so der **Unmut in der Partei** mal eben auffangen lässt. Denn Fakt ist: Die Spitenriege ist gespalten, die Partei steht vor der Zerreißprobe.

Vizekanzler **Robert Habeck** und Außenministerin **Annalena Baerbock** verteidigen den Kompromiss. Baerbock weilt derzeit weit weg von Berlin, sie ist in Kolumbien. Dort, so konnte man am späten Donnerstagabend (deutsche Zeit) vernehmen, änderte sie kurzfristig ihr Programm. Statt an einer Podiumsdiskussion zur feministischen Friedenspolitik teilzunehmen, wollte sie in der Partei herumtelefonieren und für den Kompromiss werben.

Europa einigt sich und spaltet die Grünen

Sie spürt inzwischen wohl, dass diese Asylpolitik für viele Grüne mehr als eine Zumutung ist.

EU beschließt Asylreform: Europa schottet sich ab

Asylreform der EU: Die Grünen stehen jetzt vor der Zerreißprobe

Mehr Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier:

Ein Dammbruch, auf den es nur eine Antwort geben kann: Die Flutkatastrophe in der Ukraine zeigt: Wer ein schnelles Ende des Schreckens will, muss Kiews Truppen helfen zu gewinnen. Der SPIEGEL-Leitartikel von Mathieu von Rohr.

Stille Armee, protzende Kämpfer: Der Generalstab in Kiew hüllt sich in Schweigen über die Großoffensive der Ukraine. Umso eifriger dokumentieren die Anti-Putin-Kämpfer im russischen Grenzgebiet ihre Aktionen. Tausende Anwohner mussten bereits fliehen.

»Niemand kommt und rettet meine Eltern«: Die Lage in den überfluteten Orten rund um den Kachowka-Staudamm ist katastrophal. Auch in dem von Russland besetzten Gebiet sitzen Menschen panisch auf Dächern. Verwandte suchen verzweifelt ihre Angehörigen.

Die jüngsten Entwicklungen: Probleme bei der Trinkwasser-Versorgung, Selenskyj sieht Erfolge in Donezk

Die KI betet

Die KI macht auch vor Gott nicht halt. Also zumindest vor dem Gottesdienst. Beim **Evangelischen Kirchentag** in Nürnberg soll am Vormittag ein Gottesdienst nicht von einem leibhaften Pfarrer, sondern ganz allein von **Künstlicher Intelligenz** gehalten werden.

Predigt, Gebete, Segen, Lieder alles hat demnach ChatGPT kreiert, die Stimme aus dem Lautsprecher kommt vom digitalen Sprachassistenten. Die Gottesdienstbesucher schauen am Altar auf einen Bildschirm, wo »das Gesprochene in kreisrunden Schwingungen visualisiert« wird, wie es heißt.

Gefüttert hat die Maschine der Wiener Theologe Jonas Simmerlein. In der christlichen Fachpresse ist zu lesen, dass Simmerlein mit dem von ChatGPT geschriebenen Eröffnungsgebet ganz zufrieden sei »trotz ab und an auftretender Irritationen«. Was auch immer das heißt. Man merke, sagt der Theologe, »das Programm versteht nicht genau, was es da tut«.

Ob das nun gut oder schlecht ist, soll anschließend diskutiert werden. Ein **spannendes Experiment** ist es allemal.

Wer sich nicht von der KI segnen lassen möchte, der kann beim Kirchentag am Freitagmorgen zur **besinnlichen Bibelarbeit mit Markus Söder** gehen. Bayerns Ministerpräsident will über eine Passage aus dem ersten Buch Mose nachdenken: »Ihr gedachtet es böse mir zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen, um zu tun, was jetzt am Tage ist, nämlich am Leben zu erhalten ein großes Volk.«

Künstliche Intelligenz: Die Angst vor dem Monster hinter der Maske

Springer vs. Reichelt

Der Streit zwischen dem **Springer-Verlag** und **Julian Reichelt** wird an diesem Freitag erstmals vor dem Gericht ausgetragen vor dem **Arbeitsgericht**. In Berlin geht es um viel Geld: Springer will vom Ex-»Bild«-Chefredakteur die Abfindung zurück und noch eine Strafe obendrauf, weil er gegen Pflichten im Aufhebungsvertrag wie etwa ein Abwerbeverbot von »Bild«-Mitarbeitern oder die Herausgabe und Löschung vertraulicher Daten verstößen haben soll. Von einer Millionensumme ist die Rede, die Reichelt zahlen soll. Dieser will davon nichts wissen.

Heute möchte die Richterin beim sogenannten Gütermin zunächst die **Chancen auf einen Vergleich** ausloten, bevor es zur Verhandlung kommt. Eine Einigung ist derzeit jedoch schwer vorstellbar dafür sind die Fronten zwischen Springer und Reichelt seit der Trennung im Herbst 2021 wegen der Vorwürfe des Machtmisbrauchs

Europa einigt sich und spaltet die Grünen

gegenüber Mitarbeiterinnen zu verhärtet. Zudem geht der Verlag nicht nur arbeitsrechtlich gegen seinen früheren Top-Journalisten vor, er hat auch **Strafanzeige wegen Betrugsgestellt** offenbar ebenfalls im Zusammenhang mit dem Aufhebungsvertrag. Die Ermittlungen laufen.

Gütetermin klingt gut. Doch die juristische Auseinandersetzung zwischen Springer und Reichelt könnte noch sehr schmutzig werden. Meine Kollegen aus dem Wirtschaftsressort halten Sie auf dem Laufenden.

Julian Reichelts Affären: Der Boss im Bett

Hier geht s zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: In welchem dieser Länder wurde zuerst das Frauenwahlrecht eingeführt?

Verlierer des Tages

ist Edward Snowden. Heute vor genau zehn Jahren hörte die Welt erstmals diesen Namen. Am 9. Juni 2013 entschloss sich der damals 29 Jahre alte **Whistleblower** seine Identität preiszugeben, nachdem er zuvor gegenüber Journalisten offenbart hatte, wie sein einstiger Arbeitgeber, der amerikanische Auslandsgeheimdienst **NSA**, rund um den Globus Milliarden von unbescholtene Menschen ausspionierte und ihre Daten hortete.

Snowdens Enthüllungen erschütterten die Welt. Zwar sammeln die Dienste noch immer massenhaft Daten, aber der Schutz der Bürgerrechte wurde gestärkt, die Verschlüsselung von Informationen verschärf. Und Snowden? Der Mann, der die grenzenlose Überwachungswut öffentlich machte, lebt seither in Moskau. Ausgerechnet.

Aber hat er eine Wahl? In zahlreichen Ländern hatte Snowden nach seiner Flucht aus Hongkong erfolglos Asyl beantragt, in den USA droht ihm lebenslange Haft.»Wir beide wünschten uns«, sagt Ben Wizner, einer von Snowdens Anwälten, »dass es eine andere Wahl gäbe als die zwischen einer Hochsicherheits-Gefängniszelle und einem Leben in Russland.«

Whistleblower Edward Snowden: 1000 Jahre Haft

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

FBI beschlagnahmte Unterlagen: Donald Trump in Affäre um Geheimdokumente angeklagt

Urteil gegen Lina E.: Polizei richtet Ermittlungsgruppe nach Krawallen in Leipzig ein

Engere Zusammenarbeit: Biden und Sunak unterzeichnen Wirtschaftsabkommen

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Christian Lindners Kürzungsliste das steht drauf: Krieg, Heizung, Atomausstieg: Das Regieren ist teurer als geplant. Finanzminister Lindner will seinen Ministerkollegen deshalb ihre Etats kürzen und die sind verärgert. Hilft ein Donnerwetter vom Kanzler?

Kim Kardashian macht das Großkapital hibbelig: Firmen kaufen und mit Millionengewinn weiterverkaufen: Bei der »Superreturn« in Berlin feiert sich die internationale Finanzszene. Diesmal gibt es Investment-Tipps von Kim Kardashian und kurz Tumult.

Das Internet ist heute anders unsicher: Vor einem Jahrzehnt enttarnte Edward Snowden massenhafte Überwachung durch die US-Behörden. Seither wurde das Internet zwar abhörsicherer. Dafür hacken Regierungen heute eher Handys.

Vom Glück der Überschaubarkeit: Manche haben kein fließendes Wasser, andere sogar einen Thermomix: Der Fotograf Ludwig Dahmen hat Menschen besucht, die in Tiny Houses wohnen und auch sonst einiges gemeinsam haben.

Europa einigt sich und spaltet die Grünen

Kommen Sie gut in den Tag.

Herzlich,

Ihr Philipp Wittrock, Chef vom Dienst in Los Angeles

Graphic

IMAGO/epd - Mit Bildschirm, aber hier auch noch mit echten Geistlichen: Ökumenischer Gottesdienst beim Evangelischen Kirchentag

2023 Getty Images - Ex-»Bild«-Chefredakteur Reichelt: Es geht um viel Geld

imago images/ZUMA Press - Edward Snowden, zugeschaltet bei einer Internet-Konferenz in Lissabon (im November 2019): »Wahl zwischen einer Hochsicherheits-Gefängniszelle und einem Leben in Russland«

DER SPIEGEL

picture alliance/dpa - Spitzengrüne Haßelmann, Baerbock, Lang, Nouripour, Habeck: Ärger von der Basis

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: EUROPÄISCHE UNION (94%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); EINWANDERUNG (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); AUSLANDSBEZIEHUNGEN (79%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (79%); STREITKRÄFTE (79%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); GERICHTSPROZESSE (77%); MENSCHENRECHTE (77%); 2022 RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG (60%); ÜBERSCHWEMMUNGEN (60%)

Organization: EUROPEAN UNION (91%)

Industry: STREITKRÄFTE (79%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (92%); KIEW, UKRAINE (92%); EUROPÄISCHE MITGLIEDSTAATEN (96%); EUROPA (94%); UKRAINE (92%); RUSSLAND (85%); KOLUMBIEN (79%); LUXEMBURG (79%); DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Generalbundesanwalt fahndet nach dem Linksextremisten »Gucci«

SPIEGEL ONLINE

24. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Gewalttat in Ungarn

Length: 262 words

Byline: Jörg Diehl

Highlight: Deutsche Linksextremisten sollen in Ungarn Neonazis schwer verletzt haben. Nach SPIEGEL-Informationen ist unter den Verdächtigen auch der untergetauchte Johann G. Seine Verlobte steht derzeit in Dresden vor Gericht.

Body

Johann G., genannt »Gucci«, gehört nach Erkenntnissen des Landeskriminalamts (LKA) Sachsen zu einer Gruppe von etwa 20 Verdächtigen, die während eines Neonazi-Treffens in Budapest Jagd auf Rechtsextremisten gemacht haben soll. Bei den brutalen Angriffen wurden Mitte Februar neun von ihnen teilweise schwer verletzt.

Aus Sicherheitskreisen hieß es, die Sonderkommission »Linx« des LKA habe G. auf Videos der Angriffe identifiziert. Die Polizei durchsuchte daraufhin Objekte in Berlin, Sachsen und Thüringen. Johann G. gilt als herausragende Figur der militanten linken Szene in Deutschland. Staatsschützer attestieren ihm eine erhebliche Gewaltbereitschaft, Skrupellosigkeit und Professionalität. G. tauchte bereits im Jahr 2020 unter. Der Generalbundesanwalt in Karlsruhe lässt mit einem internationalen Haftbefehl nach ihm fahnden.

Vier seiner Gesinnungsgenossen müssen sich derzeit wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht (OLG) Dresden verantworten, darunter seine Verlobte Lina E. Der Sozialpädagogin und den Mitangeklagten wird vorgeworfen, in Deutschland vermeintliche und tatsächliche Neonazis angegriffen und 13 Männer zum Teil schwer verletzt zu haben.

An den Attacken in Budapest wiederum nahmen laut Polizei mindestens neun Deutsche teil. Darunter sind wohl auch Verdächtige, die der in Dresden angeklagten Gruppe zuzurechnen sind. Das Verfahren vor dem OLG soll in den kommenden Wochen zu Ende gehen. Die sächsischen Sicherheitsbehörden rechnen in Zusammenhang mit der Urteilsverkündung mit Ausschreitungen der linksextremen Szene.

Graphic

Jens Deppner - Budapest: In der ungarischen Hauptstadt sollen Linksextremisten Jagd auf Neonazis gemacht haben

Classification

Generalbundesanwalt fahndet nach dem Linksextremisten »Gucci«

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); JUSTIZMINISTERIEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); VERHAFTUNGEN (78%); ANKLAGEN (77%); AUSSCHREITUNGEN (76%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); BUDAPEST, UNGARN (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (93%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (79%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (59%); UNGARN (88%); DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: March 24, 2023

End of Document

Angriff auf Prokuristin in Leipzig Spur führt zu mutmaßlicher Linksextremistin

SPIEGEL ONLINE

11. Oktober 2021

Copyright 2021 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ; Ermittlungen in Sachsen

Length: 275 words

Byline: Jens Witte

Highlight: Im November 2019 wurde eine Prokuristin in ihrer Wohnung von Vermummten überfallen. Nun ermittelt die Polizei in dem Fall gegen Lina E., die aktuell in Dresden vor Gericht steht.

Body

Nach dem Angriff auf die Prokuristin einer Immobilienfirma in Leipzig 2019 führt offensichtlich eine Spur zur mutmaßlichen Linksextremistin Lina E.. Gegen sie werde in diesem Fall wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, teilte am Montag die Generalstaatsanwaltschaft Dresden mit.

Zudem werde gegen eine ehemalige Mitarbeiterin einer Klinik in Magdeburg wegen Beihilfe dazu ermittelt, hieß es. Sie wird demnach verdächtigt, die Meldeadresse des Opfers abgefragt zu haben. Darüber hatte zuvor die »Welt« berichtet.

Dem Bericht zufolge soll die frühere Klinik-Mitarbeiterin zudem in mehr als 300 Fällen rechtswidrig Personendaten über die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung abgefragt haben. Dabei sei es gezielt um Daten wie Privatadressen von Rechtsradikalen gegangen, um diese dann an Mitglieder der linksradikalen Szene weiterzugeben.

Vermummte hatten die Prokuristin im November 2019 in ihrer Wohnung überfallen und mit Faustschlägen erheblich verletzt. In einem im Internet veröffentlichten Schreiben wurde der Angriff als Reaktion auf einen Neubau im Leipziger Stadtteil Connewitz dargestellt, für den die Firma der Frau verantwortlich ist.

Lina E. wird seit Anfang September zusammen mit drei Männern vor dem Oberlandesgericht Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und schweren Landfriedensbruchs der Prozess gemacht.

Laut Anklage ist sie Anführerin einer militanten Gruppe, deren Ziel es war, tatsächliche und mutmaßliche Angehörige der rechten Szene anzugreifen und zu verletzen. Sie soll bei mindestens zwei von sechs Anschlägen in Leipzig, Wurzen und Eisenach das Kommando geführt haben.

wit/dpa

Graphic

AFP or licensors - Lina E. (Oberlandesgericht Dresden im September)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); JUSTIZMINISTERIEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: October 11, 2021

End of Document

Steinwürfe und brennende Barrikaden in Leipzig

SPIEGEL ONLINE

18. September 2021

Copyright 2021 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Prozess gegen mutmaßliche Linksextremistin

Length: 313 words

Byline: Nelly Keusch

Highlight: Tausende Demonstranten haben in Leipzig gegen die Inhaftierung der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. protestiert. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz, vereinzelt kam es zu Ausschreitungen.

Body

Im Zuge einer Demonstration unter dem Motto »Wir sind alle LinX« ist es am Samstag in Leipzig vereinzelt zu Ausschreitungen gekommen. Als der Zug die Polizeidirektion Leipzig passierte, wurden Flaschen und Feuerwerkskörper gegen das Gebäude geworfen. Entlang der Demo-Route sammelten einzelne schwarz Vermummte immer wieder Pflastersteine auf und schleuderten sie gegen die Scheiben mehrerer Bankgebäude; auch ein Haus mit luxuriösen Studentenappartements war Ziel.

Nach dem offiziellen Ende des Aufzugs entzündeten Vermummte im Stadtteil Connewitz Barrikaden. Die Polizei fuhr Wasserwerfer auf, die wiederum mit Steinen beworfen wurden. Wie eine Polizeisprecherin sagte, hat die Staatsanwaltschaft Leipzig Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Eine Vielzahl von Teilnehmern sei vermummt gewesen.

Laut Polizei beteiligten sich in der Spitz bis zu 3500 Menschen an der Demonstration, die Organisatoren sprachen von 6000. Sie wurde von einem Kampagnenbündnis organisiert. Anlass war der Prozess gegen die Leipziger Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Attacken auf mutmaßliche Rechte. Es wurde unter anderem die sofortige Freilassung der Frau gefordert.

Am Abend beruhigte sich die Lage in Connewitz allmählich. Ein Polizeihubschrauber kreiste über dem Viertel. Die Polizei war nach eigenen Angaben mit 1000 Kräften im Einsatz. Die sächsischen Beamten hatten Unterstützung aus Berlin, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Nach Angaben der Polizeidirektion vom späten Abend wurden sieben Beamte leicht verletzt. Es seien Ermittlungsverfahren unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet worden.

nek/dpa

Graphic

Steinwürfe und brennende Barrikaden in Leipzig

dpa - Ein Autonomer wirft eine Flasche in Richtung des Gebäudes der Polizei.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); STRAFTATEN (78%); VANDALISMUS (78%); GERICHTSPROZESSE (75%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STAATSANWÄLTE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%); HUBSCHRAUBER (52%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: October 3, 2021

End of Document

Sprengsatz am »Bull's Eye«

SPIEGEL ONLINE

14. Januar 2021

Copyright 2021 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ; Anschlag auf rechten Szenetreff in Thüringen

Length: 898 words

Byline: Peter Maxwell

Highlight: In Eisenach, einer NPD-Hochburg, haben Unbekannte einen Treffpunkt von Rechtsextremisten attackiert. Es gibt eine Vorgeschichte und ein Bekennervideo. Bald beschäftigt der Fall wohl auch den Landtag.

Body

Die NPD traf sich hier, der Betreiber ist ein stadtbekannter Neonazi, das Lokal gilt seit Jahren als Treffpunkt der rechtsextremen Szene: Das »Bull's Eye« ist weit über Eisenach hinaus bekannt, nun wurde es zum Ziel eines mutmaßlich linksextremen Anschlags und steht im Mittelpunkt einer Debatte über politisch motivierte Gewalt.

Die Tat selbst ist gut dokumentiert: Ein online kursierendes Video zeigt, wie mehrere verumummte Personen den Schriftzug »Fight Nazis every day« auf die Fassade schmieren, ein Fenster einschlagen und wenig später einen offenbar selbst gebauten Sprengsatz entzünden. Es handele sich um ein »Objekt, welches es immer wieder verdient hat, angegriffen zu werden, genau wie jeder andere Rückzugsort von Nazis«, heißt es in einem mutmaßlichen Bekennerschreiben. Alles an diesem Fall deutet darauf, dass die Verantwortlichen aus der linksextremen Szene stammen.

Der Polizei zufolge, die das Tatvideo für authentisch hält, wurde bei dem Angriff am Montagmorgen gegen 4.45 Uhr niemand verletzt, demnach wurde abgesehen von der Fassade und Einrichtungsgegenständen ein Auto vor dem Haus beschädigt. Die Folgen sind also überschaubar, die Aufregung ist trotzdem groß – was wohl auch daran liegt, dass es eine Vorgeschichte gibt.

Überfall mit Schlagstöcken, Hammer und Stangen

Bereits im Oktober 2019 gab es einen gewalttätigen Übergriff auf das »Bull's Eye«, damals gingen nicht nur Fensterscheiben und Teile des Inventars zu Bruch: Der Inhaber des Lokals sowie mehrere Gäste wurden laut Polizei von mindestens zehn Personen mit Schlagstöcken, Reizstoff und Faustschlägen traktiert, sie erlitten erhebliche Verletzungen.

Hinter dem Überfall stand den Ermittlern zufolge eine Gruppe um eine mutmaßliche Linksextremistin. Demnach hatte die Leipzigerin Lina E. das »Bull's Eye« gleich mehrfach im Visier: Im Dezember 2019 habe sie den Gaststättenbetreiber, einen bekannten Rechtsextremisten und früheren NPD-Stadtratskandidaten, bei einem Überfall mit zwei Hämtern attackieren wollen. Der Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes entdeckte sie demnach jedoch rechtzeitig und vereitelte die Tat.

»Eine neue Eskalationsstufe«

Sprengsatz am »Bull's Eye«

Unterstützt von anderen setzte **Lina E.** ihren Tatplan demzufolge wenig später doch noch um: Die Gruppe soll die Gaststätte observiert, dem Mann in sein Wohnviertel gefolgt sein und diesen dort mit Reizstoff, Schlagstöcken, einem Hammer, Stangen und einem Radschlüssel attackiert haben. Als sie auf Begleiter ihres Opfers aufmerksam wurden, griffen sie laut Ermittlern auch diese brutal an.

Im November ließ die Bundesanwaltschaft **Lina E.** festnehmen, der 25-Jährigen werden unter anderem gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Sie sitzt in Untersuchungshaft.

Ob all das in direktem Zusammenhang zu dem jüngsten Anschlag auf das »Bull's Eye« steht, ist unklar. Die Urheber des mutmaßlichen Bekennerschreibens, veröffentlicht auf der Plattform Indymedia, bezeichnen sich selbst als eine Gruppe antifaschistischer Frauen. Laut einem MDR-Berichtermittelt in dem Fall das Landeskriminalamt in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz.

Inzwischen beschäftigt der Fall auch führende Landespolitiker, die Thüringer CDU-Fraktion will die Angelegenheit zum Thema im Innenausschuss des Landtages machen. »Das Sprengstoffattentat in Eisenach stellt eine neue Eskalationsstufe dar«, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Raymond Walk. »Dabei wurden Menschenleben in einem Mehrfamilienhaus ganz konkret gefährdet zumindest haben die Täter das billigend in Kauf genommen.« Es gebe »Anzeichen von Linksterrorismus«, so Walk, und: »Die Gefahr ist groß, dass sich die Gewaltspirale weiter dreht und Gegenreaktionen folgen werden.«

Auch Innenminister Georg Maier zeigte sich bestürzt. »Die Häufung politisch motivierter Kriminalität in Eisenach erfüllt mich mit Sorge«, schrieb der SPD-Politiker auf Twitter. »Der Rechtsstaat wird konsequent mit allen Mitteln gegen jegliche Form von Extremismus vorgehen.«

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dirk Bergner zeigte sich besorgt um die politische Kultur. »Selbst, wenn andere Auffassungen und politische Positionen völlig unerträglich erscheinen, rechtfertigt das keine Gewalt.« Es müsse beim staatlichen Gewaltmonopol bleiben.

Eisenach gilt seit Langem als Hochburg der rechtsextremen Szene, insbesondere die NPD hat in der Hochschulstadt viele Unterstützer: 2019 erhielten die Rechtsextremisten bei der Kommunalwahl mehr als zehn Prozent der Stimmen, allein auf den mehrfach vorbestraften Neonazi Patrick Wieschke entfielen 4600 Stimmen.

Die Bedeutung des »Bull's Eye« für die Szene ist indes in den vergangenen Jahren gesunken: Laut Landesinnenministerium fand noch 2014 das »Maifest der NPD« in dem Gebäude statt, seit der Eröffnung des »Flieder-Volkshauses« als NPD-Landesgeschäftsstelle im selben Jahr habe sich dieses jedoch zum zentralen Treffpunkt für Rechtsextremisten aus der Region entwickelt.

Eisenachs Bürgermeisterin Katja Wolf, die selbst seit Jahren einen erbitterten Rechtsstreit mit der NPD ausflicht, zeigte sich über den Anschlag auf das »Bull's Eye« erschüttert. Sie verurteile den Angriff aufs Schärfste, sagte die Linkenpolitikerin laut »Thüringer Allgemeine«: »Ich verurteile grundsätzlich jede Form der Gewalt, sie darf niemals Mittel egal welcher Auseinandersetzung sein.«

Graphic

dpa - Ermittler Montag am Tatort: »Die Gefahr ist groß, dass sich die Gewaltspirale weiterdreht«

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: BOMBEN & SPRENGKÖRPER (90%); BOMBENANSCHLÄGE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); EXPLOSIONEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); POLITIK (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (77%); REGIERUNGSKABINETTS (77%); VERHAFTUNGEN (77%); STAATSANWÄLTE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%)

Geographic: THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: January 15, 2021

End of Document

Polizei richtet Ermittlungsgruppe nach Krawallen in Leipzig ein

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Urteil gegen Lina E.

Length: 177 words

Byline: Anna-Theresa Bachmann

Highlight: Mehr als 100 Straftaten, 51 verletzte Polizisten, zwölf Haftbefehle: Wegen der Ausschreitungen von Leipzig laufen die Ermittlungen der Polizei auf Hochtouren. Eine speziell eingerichtete Gruppe soll für Aufklärung rings um den Großeinsatz sorgen.

Body

Nach den linksautonomen Ausschreitungen in Leipzighat die Polizei eine Ermittlungsgruppe eingerichtet. Aktuell seien mehr als 100 Straftaten registriert, teilte die Polizeidirektion Leipzigmit. Dies stelle die Polizei vor komplexe und langfristige Ermittlungen. Mehr als 20 Beamtinnen und Beamte seien Teil der Ermittlungsgruppe.

Darüber hinaus gab die Polizei weitere Informationen zu den Ausschreitungen und dem Einsatzgeschehen bekannt. Über das Einsatzwochenende seien 51 Polizisten verletzt worden. Gegen insgesamt zwölf Demonstranten sei Haftbefehl erlassen worden, unter anderem wegen tätlichen Angriffen auf Vollstreckungsbeamte, versuchter gefährlicher Körperverletzung oder schweren Landfriedensbruchs.

Am Donnerstag war zudem bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt ermittelt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen die Polizei. Am vergangenen Wochenende hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. mehrere Ausschreitungen in Leipzig gegeben.

atb/dpa

Graphic

AFP or licensors - Linker Protestierender am sogenannten »Tag X«

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: spon

Subject: AUSSCHREITUNGEN (93%); ERMITTLEMENTEN (92%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (91%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STRAFTATEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); MORD (73%); STAATSANWÄLTE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:29:00 CEST

Job Number: 202928935

Documents (56)

1. [Zweifelhafter Präzedenzfall Kommentar von Konrad Litschko zum Urteil gegen Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

2. [5 Jahre Gefängnis für Lina E. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung muss Lina E. mehrere Jahre in Haft. Auch drei Mitangeklagte erhalten Haftstrafen. Im Gericht führt das zu Tumulten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

3. [Angriffe auf Journalist*innen Prekäre Pressefreiheit bei Soli-Demonstrationen für Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

4. [Bundespolizei leugnet Linken-Merkmalssliste Das Bundesinnenministerium bestätigt, dass die Bundespolizei die Nordwestbahn um Meldung linker Reisender im Zusammenhang mit Lina-E.-Demos gebeten hat](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

5. [Das vermeintlich große Zittern vor Tag X Nach der Haftverschonung ist Lina E. zurück in Leipzig. Die Polizei kritisiert die Entlassung und rüstet sich für eine linksradikale Großdemonstration in der Stadt am Samstag](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

6. [Hieß Antifa für sie Angriff? Der Leipziger Autonomen Lina E. und drei Mitangeklagten wird eine Angriffsserie auf Neonazis vorgeworfen, nun soll das Urteil fallen. Es drohen die härtesten Strafen gegen Linke seit Jahren. Die linke Szene ruft bereits zum Großprotest auf](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

7. [Schaffner sollten Dreadlocks melden Nach dem Urteil gegen Lina E. wollte die Bundespolizei Infos über linke Fahrgäste. Die Nordwestbahn entschuldigt sich für eine Liste mit Erkennungsmerkmalen.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

8. [Guter Landfriedensbruch? Der Polizeikessel in Leipzig 1000 Leute wurden 11 Stunden lang eingekesselt nach dem Verbot der Demonstration zum Gerichtsurteil gegen Lina E. Aber Antifaschismus ist auch kein Freifahrtschein für Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

9. [Die Anklage will volle Härte Im Prozess gegen die Linke Lina E. fordert die Bundesanwaltschaft acht Jahre Haft](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

10. [Antifa, weil Staatsversagen Das Urteil gegen Lina E. soll Linke abschrecken. Dabei geht die Gefahr für Demokratie und Menschenleben von Rechtsextremen aus. Warum Antifaschismus nötiger ist denn je](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

11. [Eingeschränkte Solidarität Im Lina E.-Prozess fällt auch das Urteil gegen einen Berliner Antifa. Die Szene steht unter hohem Ermittlungsdruck](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

12. [Der Staatsanwalt kam undercover Eine Solidaritätsdemo in Leipzig für Lina E. durfte wegen Vermummung nicht laufen. Nun stellt sich heraus: Auch die Staatsgewalt tummelte sich unter den Maskierten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

13. [Unerschütterliche Anklage Seit anderthalb Jahren wird gegen Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Die Bundesanwaltschaft fordert mehrjährige Haftstrafen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

14. [Anklage gegen die einseitige Anklage Im Prozess gegen die Leipziger Linke Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis plädiert die Verteidigung und kritisiert die Bundesanwaltschaft und RichterInnen scharf](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

15. [Was vom Tag X übrig bleibt In Leipzig kommt es bei einer linken Demo zu dem Urteil gegen Lina E. zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstrant:innen. Über elf Stunden werden 1.000 Menschen eingekesselt, 50 Beamte werden verletzt. Die Stadt verbietet eine weitere Demo am Sonntag](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

16. [Mehr Unterhaltung als Tiefe Lina E. wird gerichtlich Linksterrorismus vorgeworfen. Die Beweislage ist umstritten. Ein Podcast bereitet die Geschichte gut auf, reproduziert aber auch linkskritische Narrative](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

17. [Vor dem Tag X Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt warnen vor einer Zunahme linksextremer Gewalt. Teile der linksradikalen Szene wollen kritisch über Militanz diskutieren](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

18. [Mehr Neonazis Verfassungsschutz: Rechtsextremismus 2022 angestiegen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

19. [Keiner will diskriminieren Dem Bundesinnenministerium ist kein Hilfegesuch der Bundespolizei an Bahnunternehmen bekannt, ihr linke Fahrgäste zu melden. Das widerspricht Aussagen der Bundespolizei selbst](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

20. [Journalisten sind keine Ermittler Nach den Tag X -Protesten in Leipzig will die Polizei Bilder von einem Fotografen. Der DJV warnt](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

21. [Zeitenwende der Sicherheit Der neue Verfassungsschutzbericht ist da. Präsident Haldenwang und Innenministerin Faeser warnen vor russischer Spionage](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

22. [Offizier und Parteisoldat Ein Oberstleutnant der Bundeswehr bewertet die nationale Sicherheitslage einschließlich Bedrohungen von rechts. Er ist auch aktiver AfD-Politiker. Muss das Konsequenzen haben?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

23. [Keine Gewalt! Gereon Asmuth über antifaschistische Aktionen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

24. [Jenseits jeglicher Verhältnismäßigkeit Kommentar von Konstantin Nowotny zu dem Polizeieinsatz in Connewitz](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

25. [Wortakrobaten Merz, Meister der Balance Heiko Werning](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung
26. <u>Hungern für die Genossen Eda Deniz Haydaro lu kämpft für die Freiheit ihrer türkischen Genossen, die in Düsseldorf vor Gericht stehen. Der Vorwurf gegen die Linken: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung
27. <u>Es sollte zu Toten kommen Karlsruhe klagt die Neonazischläger Knockout 51 als Terrorgruppe an</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung
28. <u>Man kam sich vor wie Tiere Der Protest und Polizeieinsatz zum Tag X in Leipzig wird im Landtag aufgearbeitet. Weitere Haftbefehle wurden verhängt. Ein Betroffener berichtet von unwürdigen Verhältnissen im Polizeikessel</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung
29. <u>Über eine Woche ohne Tagesordnung der rote faden</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung
30. <u>Braune Accessoires, selbstgetöpferter Tyrannenmord und einarmige Tennisspieler wie geht es uns, herr küppersbusch?</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by

News

Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

31. [Bomben gegen die Klimakrise Der Spielfilm How to Blow Up a Pipeline von Daniel Goldhaber lässt Aktivisten diskutieren und gegen die Mineralölkonzerne zur Tat schreiten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

32. [Ein Kronzeuge im Fall Lina E. Prozess zu Angriffen auf Neonazis: Ein Beschuldigter packt aus](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

33. [Warten auf den Kronzeugen Im Leipziger Prozess um die linke Aktivistin Lina E. will ein früherer Weggefährte auspacken. Womöglich kann er alle Angeklagten aber weniger belasten als erwartet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

34. [Der Mann, der gerne Kronzeuge wäre Im Prozess gegen die Leipziger Linke Lina E. sagt ein früherer Weggefährte gegen sie aus doch vieles bleibt Spekulation](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

35. [Es bleibt beim Verdacht Seit fünf Monaten wird in Dresden gegen die Linke Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Der Prozess zieht sich, Beweise bleiben wackelig, Zeugen können die 26-Jährige nicht identifizieren. Lina E. ist weiterhin in U-Haft](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung



36. [Schnell, brutal und bislang nicht identifiziert Razzien bei Linken in Leipzig-Connewitz. Angeblich sollen einige zur Gruppe um Lina E. gehören](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

37. [Plötzlich ein Alibi: Die Anklage bröckelt Seit sechs Monaten wird gegen die Linke Lina E. verhandelt, weil sie Rechtsextreme attackiert haben soll. Aber auch nach der Aussage eines Kernzeugen bleiben Widersprüche](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

38. [Der starke Staat gegen Lina E. Es wird der bedeutendste Prozess gegen eine autonome Gruppe seit Jahren: Ab Mittwoch stehen die Leipzigerin Lina E. und drei Mitangeklagte in Dresden vor Gericht. Die Vorwürfe sind gewaltig die Solidarität der linken Szene ist es auch](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

39. [Ermittlungen gegen die Ermittler Mehrfach wurden im Fall Lina E. Interna an rechte Medien durchgestochen. Nun laufen Ermittlungen gegen die Soko Linx](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

40. [Sturm auf die Malzfabrik Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifische Ursachen: die Siege der Rechten in den 1990er Jahren](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



- | | |
|---------------------|---|
| Content Type | Narrowed by |
| News | Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung |
41. [Kein Verdacht Seit Monaten veröffentlicht das rechtsradikale Compact-Magazin zum Fall Lina E. Ermittlungsinterna mit Klarnamen und unverpixelten Fotos von Beschuldigten. Der Journalistenverband rügt eine Vorverurteilung, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Im Fokus: ein Ermittler der Soko Linx](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|---------------------|---|
| Content Type | Narrowed by |
| News | Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung |
42. [Gewaltige Vorwürfe Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen Lina E. erhoben: Sie soll eine linksextremistische Gruppe gegründet und kommandiert haben. Kritiker warnen vor Vorverurteilungen](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|---------------------|---|
| Content Type | Narrowed by |
| News | Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung |
43. [Applaus vor Gericht In Dresden beginnt der Prozess gegen Lina E. und drei Mitangeklagte, weil sie Neonazis überfallen haben sollen. Das Publikum begrüßt sie wie eine Helden, die Anwälte liefern sich erste Wortgefechte mit dem Richter](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|---------------------|---|
| Content Type | Narrowed by |
| News | Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung |
44. [Vorverurteilt Lina E. aus Leipzig soll Neonazis angegriffen haben und sitzt deswegen seit Monaten in Untersuchungshaft. Sie wird zur Gallionsfigur eines vermeintlichen Terrorismus gemacht](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language
- Narrowed by:**
- | | |
|---------------------|---|
| Content Type | Narrowed by |
| News | Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung |
45. [Jetzt Gerichte blockiert 66 Strafbefehle ergingen gegen Klimaaktivist*innen der Letzten Generation. Nun kommt es zu Prozessen. Die Aktivist*innen wollen diese als Bühne für neuen Protest nutzen](#)
- Client/Matter:** -None-
- Search Terms:** "Lina E."
- Search Type:** Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

46. [Schlag gegen Rechtsextreme Konrad Litschko über die bundesweiten Razzien bei Neonazis](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

47. [Ab wann ist links extrem? Endlich gibt es die wissenschaftliche Analyse und Präventionsprojekte zum Thema Linksextremismus, die sich die CDU in Niedersachsen immer gewünscht hat. Doch die Ausbeute bleibt mager. Einig sind sich die Experten nicht einmal bei der Definition des Phänomens](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

48. [Ein Gespenst geht um in Leipzig. Das Gespenst des Linksterrorismus Steffen Grimberg Flimmern und Rauschen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

49. [Was macht die Bewegung? In den vergangenen Jahren häufte](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

50. [Oben, unten, links und rechts taz sachen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung



51. [Innenminister wollen mehr Überwachung Sicherheitsbehörden sehen eine Radikalisierung in der linken Szene. Der Verfassungsschutz warnt vor Kleingruppen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

52. [Beruhigt euch, das waren doch nur Nazis Am Mittwoch fällt das Urteil gegen zwei Männer, die Rechtsradikale in Stuttgart überfallen haben sollen. Nebenklage und Angeklagte machten aus dem Prozess eine Show](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

53. [lina-e.-wetter Die Ermittlungen nach den Tag X](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

54. [gurke der woche Die Kampfnamenabkürzung ist zurück](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

55. [Falscher Vorwurf korrekturen und klarstellungen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

56. [zitat der woche Wenn der Staat doch wenigstens](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: taz, die tageszeitung

Zweifelhafter Präzedenzfall; Kommentar von Konrad Litschko zum Urteil gegen Lina E.

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 665 words

Byline: Konrad Litschko

Body

Kommentar von Konrad Litschko zum Urteil gegen Lina E.

Natürlich soll das Urteil auch ein Signal sein. Die Leipziger Autonome Lina E. wird vor dem Oberlandesgericht Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt, ihre drei Mitangeklagten bekommen Strafen von bis zu gut drei Jahren Haft. Eine kriminelle Vereinigung hätten sie gebildet, mehrere schwere Angriffe auf Rechtsextreme in Leipzig, Wurzen und Eisenach verübt, so das Gericht. Es sind die härtesten Urteile gegen Linksradikale seit Jahren in diesem Land.

Die Bundesanwaltschaft hatte sogar noch höhere Strafen gefordert. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sprach von einer Gewaltspirale in der Szene, die sich nicht weiterdrehen dürfe. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang warnte, der Moment rücke näher, in dem man auch von Linksterrorismus sprechen muss .

Auch wenn die Bundesanwaltschaft eine noch härtere Strafe gefordert hatte: Der Rechtsstaat holt hier weit aus. Es ist spürbar, wie sehr einige auf ein Exempel hofften. Schon 2019 hatte Sachsen eine Soko Linx gebildet, um nach linken Angriffen auf Rechtsextreme endlich Täter zu fassen. Die Verhaftung von Lina E. wurde dann sofort hochgehängt: Die Bundesanwaltschaft übernahm den Fall, ließ E. wie eine Terroristin mit einem Hubschrauber zum Haftrichter fliegen.

Die Anklage erfolgte vor einem Oberlandesgericht, der höchsten Instanz. Zweiieinhalb Jahre saß Lina E. bereits in U-Haft. Klar ist: Die Angriffe auf die Rechtsextremen waren massive Gewalt, die zu schweren Verletzungen führte. Gewalt, die natürlich Strafverfolger auf den Plan ruft. Gewalt, die nichts gebracht hat, denn die meisten angegriffenen Rechtsextremen machten auch nach den Angriffen weiter. Gewalt, die durchaus auch in der autonomen Szene kritisch diskutiert wird.

Doch der Rechtsstaat muss Maß wahren, und hier nährte der Prozess Zweifel. Bis zum Schluss konnte kein Opfer und kein Zeuge die vermummten Angreifer identifizieren. Bis auf den Eisenacher Angriff gab es viele mehrdeutige Indizien und Fragezeichen.

Die Bundesanwaltschaft aber kannte nur eine Richtung: Wann immer eine Frau am Tatort war, soll es Lina E. gewesen sein. Wann immer ein Indiz vorlag, wurde es gegen die Angeklagten ausgelegt. Selbst das Alibi eines

Zweifelhafter Präzedenzfall; Kommentar von Konrad Litschko zum Urteil gegen Lina E.

Angeklagten, das in den Akten der Bundesanwaltschaft schlummerte, behielt die Behörde für sich, ob versehentlich oder gezielt. Jedenfalls war es die Verteidigung, die es ausbuddeln musste.

So funktioniert ein Rechtsstaat nicht. Wo Zweifel sind, müssen sie für die Angeklagten sprechen nicht umgekehrt. Das Vorgehen der Bundesanwaltschaft unterstreicht, wie dringlich der Wille war, endlich eine spürbare Verurteilung gegen die militante autonome Szene voranzutreiben.

Das Vorgehen reiht sich ein in eine Strafverfolgungswelle, die auf öffentlichen Druck reagiert und selbst der bürgerlichen Letzten Generation Präventivhaft und den Vorwurf einer kriminellen Vereinigung einbrachte. Ein Vorwurf, der Behörden einen großen Koffer an Ermittlungsmaßnahmen eröffnet. Und der längst zum Alltagsinstrument verkommt, was dringend revidiert gehört. Was zudem in dem Prozess gegen Lina E. von Anklage wie Gericht kaum thematisiert wurde, war die rechtsextreme Gewalt, die schon viel länger tobt und die immer noch die größere Gefahr ist, gerade in Ostdeutschland und speziell in Eisenach. Nicht weniger als 219 Todesopfer durch rechtsextreme Täter seit dem Wendejahr 1990 zählt die Amadeu Antonio Stiftung. Es gab den Rechtsterror gegen Walter Lübcke, in Halle und Hanau. Der Eindruck ist, dass die Justiz auf rechtsextremer Seite keinen derartigen Verfolgungseifer an den Tag legt. Dabei geht es auch anders, wie die Verurteilung der rechtsextremen Gruppe Freital zu langen Haftstrafen vor einigen Jahren zeigte.

Stattdessen nun aber auf brachiale Selbstjustiz zu setzen, kann kein Weg sein. Es wird nur zur Verrohung und Eskalation führen. Wozu sie nicht führen wird: zu gesellschaftlichen Mehrheiten, die es braucht, um Rechtsextremen nachhaltig die Räume zu nehmen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); RECHTSSTAATLICHKEIT (89%); TERRORISMUS (89%); GERICHTSPROZESSE (78%); RICHTER (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); VERHAFTUNGEN (77%); ZEUGEN (76%); TOD & STERBEN (72%); ERMITTLEMENTEN (71%); MINISTER & STAATSEKRETÄRE (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: May 31, 2023

5 Jahre Gefängnis für Lina E.; Wegen gefährlicher Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung muss Lina E. mehrere Jahre in Haft. Auch drei Mitangeklagte erhalten Haftstrafen. Im Gericht führt das zu Tumulten

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1642 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Wegen gefährlicher Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung muss Lina E. mehrere Jahre in Haft. Auch drei Mitangeklagte erhalten Haftstrafen. Im Gericht führt das zu Tumulten

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Als Hans Schlüter-Staats sein Urteil gegen Lina E. verkündet, herrscht zunächst konsternierte Stille, die 28-Jährige starrt nur in den Saal. 5 Jahre und 3 Monate Haft, verkündet der Vorsitzende Richter für sie. Die drei Mitangeklagten verurteilt er zu bis zu drei Jahren und 3 Monaten Haft. Dann bricht Unmut auf. Feuer und Flamme der Repression , rufen Zuhörende im Chor. Ein Mann schreit Faschofreunde , eine Frau Scheiß Klassenjustiz . Schlüter-Staats muss die Urteilsbegründung unterbrechen, lässt die Zwischenrufenden rausschmeißen. Dann macht er weiter.

Am Ende stehen die schwersten Urteile gegen die linksradikale Szene seit Jahren. 2009 war die militante Gruppe für Brandanschläge zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Nun sind es zumindest für Lina E. noch mehr. Und das Urteil wird die autonome Szene und Sicherheitsbehörden noch länger beschäftigen.

Seit September 2021 wurde vor dem Oberlandesgericht Dresden in einem Hochsicherheitssaal am Strand gegen Lina E. und drei Mitangeklagte verhandelt Lennart A., Jannis R., Philipp M., drei junge Autonome aus Leipzig und Berlin. Die Vorwürfe: Bildung einer kriminellen Vereinigung und sechs schwere Angriffe auf Rechtsextreme in Leipzig, Wurzen und Eisenach, verübt von 2018 bis 2020. Lina E. sollte laut Anklage die Anführerin gewesen sein, zusammen mit ihrem seit drei Jahren untergetauchten Verlobten Johann G. Schon vor zweieinhalb Jahren wurde die Studentin der Erziehungswissenschaften deshalb in ihrer Wohnung in Leipzig-Connewitz verhaftet und öffentlichkeitswirksam mit dem Hubschrauber zum Ermittlungsrichter geflogen.

Kaum ein Prozess war zuletzt ein solches Politikum wie dieser. Jahrelang tappten Ermittler nach linksmilitanten Anschlägen im Dunkeln, 2019 gründete Sachsen eigens eine Soko Linx . Den Fall um die Gruppe um Lina E. zog dann die Bundesanwaltschaft an sich und forderte bis zu acht Jahre Haft. Auf der anderen Seite konterte die linke Szene mit einer großen Solidaritätskampagne, verbreitete den Slogan Free Lina . Die Verteidigung geißelte eine politische Justiz und einseitige Ermittlungen, forderte weitgehend Freisprüche.

5 Jahre Gefängnis für Lina E.; Wegen gefährlicher Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung muss Lina E. mehrere Jahre in Haft. Auch

Am Mittwochmorgen prallt all das noch einmal aufeinander. Schon am frühen Morgen ist das Gericht von Polizisten umzingelt, am Himmel kreist ein Hubschrauber. Vor dem Gericht sammeln sich Demons-trierende mit Antifa-Bannern zu einer Kundgebung, kritisieren die Kriminalisierung der Szene. Wer das Gericht betreten will, wird penibel kontrolliert.

Dann betritt Lina E. den Saal. Anders als sonst wirkt sie angespannt, versteckt ihr Gesicht hinter einem schwarzen Ordner. Ihre Un-ter-stüt-ze-r:in-nen und ihre Mutter, die fast jeden der 98. Prozesstage vor Ort waren, begrüßen sie stehend mit langem Applaus. Erst später wird Lina E. ihnen lächelnd zurückwinken. Zuvor hatte sie das Verfahren noch unbeschwert verfolgt, zumindest äußerlich. Zu den Vorwürfen aber schwiegen sie und die anderen drei Mitangeklagten bis zum Schluss.

Als Richter Schlueter-Staats seine Urteilsbegründung beginnt, verweist er gleich zu Beginn auf den Angriff auf den Kanalarbeiter Tobias N. im Jahr 2019 in Leipzig-Connewitz, der brutalsten Tat . Nur aufgrund einer getragenen Mütze mit rechtsextremem Logo sei dieser schwer verprügelt und für sein Leben gezeichnet worden. Nur weil er die falsche Mütze am falschen Ort trug , bemerkt Schlueter-Staats. Diese Tat zeigt, wohin der militante Antifaschismus führt. Auch Schlueter-Staats erklärt die Bekämpfung des Rechtsextremismus als achtenswertes Motiv . Dieser sei die derzeit größte Gefahr im Land. Das aber mache die Angriffe auf Rechtsextreme nicht zur bloßen Bagatelle , so der Richter. Auch gewalttätige Nazis würden durch ihre Taten nicht vogelfrei . Und es habe auch keine nur ansatzweise notwehrähnliche Situation gegeben. Und Schlueter-Staats weist auch eine zu lasche Verfolgung durch die Justiz zurück. Allein von seinem Senat seien Rechtsextreme seit 2018 zu 88 Jahren Haft verurteilt worden, zählt er zusammen.

Dann holt der Richter gegen die Un-ter-stüt-ze-r:in-nen von Lina E. aus. Diese hätten eine propagandistische Begleitmusik zum Prozess aufgeführt. Die Angeklagten als reine Opfer eines Repressionsstaats zu bezeichnen, gehen ins Absurde . Immer wieder wird der Richter von Unmutsrufen unterbrochen. Schlueter-Staats wirft den Un-ter-stüt-ze-r:in-nen wiederum einen ideologischen Schrebergarten vor. Und an den Saal gerichtet: Und ich habe den Eindruck, einige gärtner gerade.

Über mehrere Stunden zeichnet Schlueter-Staats dann sehr detailliert nach, warum Lina E. aus Sicht des Senats tatsächlich an mehreren der sechs Angriffen beteiligt gewesen sei. Monatelang war darüber im Prozess gestritten worden. Opfer und Zeugen konnten die verummteten Angreifer nicht erkennen, klare Beweise gab es nicht. Noch dazu waren die Aussagen der angegriffenen Rechtsextremen mit Vorsicht zu genießen: Einige wie der Eisenacher Leon R. sitzen oder saßen inzwischen selbst in Haft, ebenfalls festgenommen im Auftrag der Bundesanwaltschaft unter dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Klar ist für Schlueter-Staats der Angriff auf den rechtsextremen Eisenacher Kampfsportler und Szenewirt Leon R. im Dezember 2019. Lina E. war damals direkt danach verhaftet worden, in einem Fluchtauto mit dem Mitangeklagten Lennart A. es war der Wagen ihrer Mutter. Nur einen Tag vor dem Angriff war Lina E. zudem in einem Baumarkt erwischt worden, wie sie zwei Hämmer klaute. Die Rechtsextremen wurden teils mit Hämtern und Schlagstöcken angegriffen. Schon bei einem ersten Angriff auf Leon R.s Kneipe, zwei Monate zuvor, aber ist die Sache wackliger. Hier gibt es nur DNA von Lina A.s Partner Johann G. und Zeugenaussagen, dass eine Frau dabei war. Beides aber reicht dem Richter: Das Angriffsverhalten der Frau sei dasselbe wie bei der zweiten Attacke in Eisenach gewesen, deshalb sei Lina E. auch hier die Täterin gewesen.

Als eine Frau Beweislastumkehr reinruft und aus dem Saal gezerrt wird, kommt es zum Tumult. Mehrere Zuhörende protestieren, der richter unterbricht wieder. Dann drängen Justizwacheleute vermeintliche Rufer nach draußen, schubsen sie teils über Stühle, darunter auch Angehörige der Angeklagten. Polizisten stürmen in den Saal, Lina E.s Mutter verlässt diesen schluchzend. Erst nach einer längeren Pause kann weiterverhandelt werden. Am Ende des Tages wird das Gericht mehrere Hausverbote erteilen.

Schlueter-Staats aber beruft sich auch auf einen Kronzeugen: Johannes D., ein früherer Weggefährte von Lina E. Nach Vergewaltigungsvorwürfen wurde er aus der Szene verstoßen, hatte vor Ermittlern ausgepackt und Lina E. und ihren Verlobten belastete er schwer: Sie hätten die Gruppe zusammengehalten und Angriffe koordiniert.

5 Jahre Gefängnis für Lina E.; Wegen gefährlicher Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung muss Lina E. mehrere Jahre in Haft. Auch

Schlüter-Staats hält das für schlüssig, auch habe D. keinen überzogenen Belastungseifer gegen die Angeklagten gezeigt.

Dennoch erteilt das Gericht auch Freisprüche. Bei Lina E. tut es das für die Angriffe auf den früheren NPD-Mann Enrico B. und den Wurzener Neonazi Cedric S., wo eine Beteiligung nicht nachweisbar sei. Auch die Alibis der Mitangeklagten Philipp M. und Jannis R. für zwei der angeklagten Taten erkennt Schlüter-Staats an. Sie hatten über Handydaten nachweisen können, dass sie beim ersten Angriff in Eisenach nicht vor Ort waren. Und anders als die Bundesanwaltschaft sieht Schlüter-Staats Lina E. auch nicht so klar als Rädelsführerin der Gruppe – auch deshalb die geringere Strafe als von den Anklägern gefordert. Zudem rechnet das Gericht Lina E. die große Medienberichterstattung zu, die auch ihre Persönlichkeitsrechte verletzt habe. Auch war E. bisher nicht vorbestraft. Die Strafe sei daher maßvoll .

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) warnte derweil am Mittwoch bereits vor gefallenen Hemmschwellen und einer Gewaltspirale in der linksextremen Szene. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) warnte vor Selbstjustiz . Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang erklärte, der Fall Lina E. stehe beispielhaft für das hohe Gewaltpotenzial und Radikalisierungsniveau in Teilen der linksextremen Szene. Wenn es so weitergeht, rückt der Moment näher, in dem man auch von Linksterrorismus sprechen muss .

Die autonome Szene wertete das Urteil gegen Lina E. und die anderen dagegen als Skandal. Schon zuvor war zu Protesten für den Urteilstag geworben worden, zum Tag X . Für jedes verhängte Jahr Haft wurde ein Sachschaden von einer Million Euro angekündigt, hieß es in einem Aufruf. Bereits für Mittwochabend hatten autonome Gruppen Demonstrationen in Leipzig, Dresden, Berlin, Hamburg oder Stuttgart angekündigt. Am Samstag soll eine zentrale Demonstration in Leipzig folgen, auf der die Wut über das Urteil ausgedrückt werden soll. Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor, die Stadt Leipzig prüft ein Verbot der Demonstraton. In der Szene wurde dazu appelliert, so oder so nach Leipzig zu kommen das Verbot dürfe man nicht hinnehmen .

Diese Tat zeigt, wohin militanter Antifaschismus führt

Linksextreme vs. rechtsextreme Straftaten

Das Bundeskriminalamt (BKA) zählte im Jahr 2022 knapp 7.000 linksextreme Straftaten fast ein Drittel weniger als im Vorjahr. Auch die Gewalttaten sanken um ein Drittel auf 842 Delikte, ein Langzeittief. BKA-Chef Holger Münch warnte jedoch, dass einzelne Straftaten heftiger und professioneller würden. Fast 23.500 rechtsextreme Straftaten stellte das BKA für das Jahr 2022 fest, darunter 1.170 rechte Gewaltdelikte ein Anstieg um 12 Prozent. Die Amadeu Antonio Stiftung zählte zudem 219 Todesopfer durch rechtsextreme Täter seit der Wende 1990.

Gleichzeitig steigt der Ermittlungsdruck: Allein die sächsische Soko LinX führt derzeit 113 Ermittlungsverfahren gegen Linksradikale auf rechtsextremer Seite sind es 81. Dabei gibt es laut dem Verfassungsschutz in Sachsen 4.350 Rechtsextremisten und nur 850 Linksextreme. (taz)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); RICHTER (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); GERICHTSPROZESSE (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); ANKLAGEN (78%); BRANDSTIFTUNG (78%);

5 Jahre Gefängnis für Lina E.; Wegen gefährlicher Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung muss Lina E. mehrere Jahre in Haft. Auch

NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); HUBSCHRAUBER (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Angriffe auf Journalist*innen; Prekäre Pressefreiheit bei Soli-Demonstrationen für Lina E.

taz, die tageszeitung

Dienstag 06. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 18

Length: 412 words

Byline: Adefunmi Olanigan

Highlight: Prekäre Pressefreiheit bei Soli-Demonstrationen für Lina E.

Body

Dass das Wochenende in Leipzig für Jour-na-lis-t*in-nen herausfordernd werden könnte, das war bereits im Vorhinein klar. Im Starter-Pack Journalismus sollten Helm, Sani-Pack, feste Schuhe und ein bundeseinheitlicher Presseausweis bestenfalls dabei sein, empfahl Henrik Merker, Vorstandsmitglied des Deutschen Journalisten-Verbandes, schon im Vorfeld auf Twitter.

So kam es in den vergangenen Tagen auch zu diversen Angriffen auf Journalist*innen. Seit der Urteilsverkündung am 31. Mai gegen Lina E. und drei Mitangeklagte kam es auf Demons-tra-tio-nen in verschiedenen Städten immer wieder zu Ausschreitungen. Das Gericht hatte die 28-Jährige vergangenen Mittwoch unter anderem wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt.

Höhepunkt der Solidaritätsbekundungen sollte die sogenannte Tag-X -Demo am 3. Juni in Leipzig werden, die von der Stadt verboten wurde. In Hamburg, Köln, Berlin, Dresden und Leipzig sollen auf den Solidemos für Lina E. insgesamt acht Jour-na-lis-t*in-nen körperlich angegriffen worden sein, bilanzierte Jörg Reichel, Geschäftsführer der Deutschen Journalisten-Union Berlin-Brandenburg, auf Twitter. Davon sollen sechs Angriffe durch die Polizei und zwei von Teilnehmenden verübt worden sein. Das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) konnte drei Fälle für den 31. Mai in Leipzig und Köln verifizieren, in denen jedes Mal die Polizei tatsächlich geworden sei. Die Verifizierung weiterer Fälle zum Wochenende stehe noch aus.

Scharf verurteilte der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) Sachsen den Angriff auf einen freien Fotografen, der unter anderem für die Bild-Zeitung arbeitet. Laut Polizei ist der Journalist Freitagabend in Connewitz angegriffen und leicht verletzt worden. Kolleg*innen anzugreifen, weil offenbar deren Auftraggeber nicht genehm ist da fehlen uns fast die Worte , kommentierte der DJV auf Twitter.

Die Pressefreiheit ist in Deutschland durch das Grundgesetz gesichert. Trotzdem rutscht Deutschland in diesem Jahr im Ranking für Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen ab, von Platz 16 auf Platz 21. Für 2022 zählte das ECPMF 56 tödliche Angriffe auf Medienschaffende. Ein Grund für Deutschlands Abstieg im Ranking sind auch Angriffe auf Re-por-te-r*in-nen bei Demonstrationen. Diese gingen in den letzten Jahren vor allem von Coronademons-trierenden aus. Im Jahr 2022 waren es laut ECPMF 48 Prozent aller Angriffe.

Adefunmi Olanigan

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: JOURNALISMUS (91%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); FREIE PRESSE (90%); VERURTEILUNGEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); VERFASSUNGSRECHT (78%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (78%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (77%); STRAFZUMESSUNG (75%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (74%); FÜHRUNGSKRÄFTE (72%); GEFÄNGNISSTRAFEN (70%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (70%); RANGLISTEN (67%); POLIZEIKRÄFTE (50%)

Industry: NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (74%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KÖLN, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%); EUROPA (79%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Bundespolizei leugnet Linken-Merkmaliste; Das Bundesinnenministerium bestätigt, dass die Bundespolizei die Nordwestbahn um Meldung linker Reisender im Zusammenhang mit Lina-E.-Demos gebeten hat

taz, die tageszeitung

Dienstag 20. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 660 words

Byline: Jean-Philipp Baeck

Highlight: Das Bundesinnenministerium bestätigt, dass die Bundespolizei die Nordwestbahn um Meldung linker Reisender im Zusammenhang mit Lina-E.-Demos gebeten hat

Body

Von Jean-Philipp Baeck

Die Linke im Bundestag kritisiert die Bundespolizei für Maßnahmen rund um Demos wegen der Verurteilung der Antifaschistin Lina E. Die Bundespolizei habe ihre Zuständigkeit überschritten, sagt die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Martina Renner. Sie fordert eine Untersuchung.

Renner reagiert auf eine Antwort des Bundesinnenministerium auf ihre Frage nach einem taz-Bericht, in dem es unter anderem um Merkmalslisten ging, anhand derer Zugpersonal vermeintlich linke Fahrgäste hätte erkennen sollen.

Am 31. Mai war es nach dem Urteil gegen Lina E. und drei weiteren Angeklagten bundesweit zu linken Demos gekommen. Laut einer internen Anweisung der Nordwestbahn in Bremen sollten Mitarbeitende linke Fahrgäste an die Betriebsleitzentrale melden. Wörtlich hieß es: Laut Bundespolizei sind linke Personen an folgenden Merkmalen bzw. Aussehen zu erkennen: Alternatives Auftreten bzw. Aussehen, evtl. mit Dreadlocks, links orientiert, besonders häufig auch Studenten, Personen, die der Öko-Szene, Grünen-Szene oder Generation-Z zuzuordnen sind.

Die Liste sorgte bundesweit für Kritik. Rechtsanwalt Sven Adam aus dem erweiterten Vorstand des Republikanischen Anwaltsvereins hielt schon die Bitte der Bundespolizei, ihr Verdächtige zu melden, für empörend. Zugpersonal würde aufgefordert, zu Hilfspersonen rechtswidrigen Handelns der Bundespolizei zu werden.

Auf Anfrage Renners erklärte das Bundesinnenministerium nun: Wegen der Urteilsverkündung in Dresden habe die Bundespolizei bundesweit angepasst Aufklärungs-, Fahndungs-, Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen in Reisezügen durchgeführt. Damit seien bahnpolizeiliche Aufgaben nach § 3 Bundespolizeigesetz erfüllt worden.

Grundlage seien Gefahreneinschätzungen der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden. Man habe verhindern wollen, dass gewaltbereite bzw. kriminelle Personen anreisen. Die Maßnahmen dienten der Abwehr der von diesen ausgehenden Gefahren für den Bahnverkehr sowie Bahnreisende.

Bundespolizei leugnet Linken-Merkmalsliste; Das Bundesinnenministerium bestätigt, dass die Bundespolizei die Nordwestbahn um Meldung linker Reisender im Zusamme....

Die Ausübung staatlicher Befugnisse ist laut Grundgesetz föderal organisiert und Ländersache. Aufgaben der Bundespolizei entsprechend eingeschränkt. Jener Paragraf 3 des Bundespolizeigesetzes (BPolG), den das Innenministerium anführt, begrenzt die Gefahrenabwehr durch die Bundespolizei auf zwei Fälle: auf Gefahren, die 1. den Benutzern, den Anlagen oder dem Betrieb der Bahn drohen oder 2. beim Betrieb der Bahn entstehen oder von den Bahnanlagen ausgehen.

Renner kritisiert nun: Die Bundespolizei hat mit dieser Maßnahme die landespolizeilichen Zuständigkeiten verletzt. Die Vorschrift des Paragrafen 3 BPolG ermögliche das bahnpolizeiliche Einschreiten für eisenbahnspezifische Gefahren. Aber es wurde nie erwartet oder behauptet, dass Züge gekapert und in Dresdner Gerichtssäle umgeleitet würden. Weiterhin ungeklärt bleibt die Herkunft der Merkmalsliste. Zwar stand die Bundespolizei laut Innenministerium mit den Eisenbahnunternehmen im Austausch: Dies umfasste auch die Bitte an die Verkehrsunternehmen, der Bundespolizei mögliche anlassbezogene Feststellungen mitzuteilen. Aber: Äußere Merkmale zur Erkennbarkeit des betroffenen Personenkreises habe die Bundespolizei nicht übermittelt.

Gleiches antwortete die Bundespolizeidirektion Hannover auf eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Sie erklärte zudem: Die Bundespolizei distanziert sich ausdrücklich von den über diverse Medien veröffentlichten Merkmalen.

Nach Bekanntwerden der Liste hatte die Nordwestbahn den Mitarbeiter ihrer Betriebsleitstelle, der sie an das Zugpersonal verschickt hatte, von seinen Aufgaben entbunden. Es steht Aussage gegen Aussage: Nach der Bitte, verdächtige Fahrgäste zu melden, kam es nach taz-Informationen zwischen Betriebsleitstelle der Nordwestbahn und der Bundespolizeiinspektion Bremen zu einem Telefonat von mindestens einer Minute. Der Inhalt des Gesprächs wurde anscheinend aber nicht aufgezeichnet.

Es wurde nie behauptet, dass Züge gekapert würden

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: POLITIK (91%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GESETZGEBUNGSORGANE (89%); ANKLAGEN (78%); DEUTSCHER BUNDESTAG (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (78%); ÜBERWACHUNG (78%); VERFASSUNGSRECHT (70%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (67%); INFORMATIONSFREIHEIT (64%)

Industry: ZÜGE (89%); BAHNVERKEHR (87%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (88%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); HANNOVER, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 19, 2023

Das vermeintlich große Zittern vor Tag X ; Nach der Haftverschonung ist Lina E. zurück in Leipzig. Die Polizei kritisiert die Entlassung und rüstet sich für eine linksradikale Großdemonstration in der Stadt am Samstag

taz, die tageszeitung

Freitag 02. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 817 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Nach der Haftverschonung ist Lina E. zurück in Leipzig. Die Polizei kritisiert die Entlassung und rüstet sich für eine linksradikale Großdemonstration in der Stadt am Samstag

Body

Von Konrad Litschko

Es war ihr erster Tag wieder in Freiheit. Und Lina E. verbrachte ihn laut ihrem Anwalt in Leipzig, wo sie bis zu ihrer Verhaftung vor zweieinhalb Jahren im Stadtteil Connewitz wohnte. Ein Termin habe die 28-Jährige dabei auch zum örtlichen Polizeirevier geführt, um erstmals ihre Meldeauflage zu erfüllen: Zu zeigen, dass sie noch vor Ort ist.

Am Abend zuvor war die linke Studentin für viele überraschend aus der U-Haft entlassen worden ganz am Ende einer neuneinhalbstündigen Urteilsverkündung in dem Prozess gegen sie und drei Mitangeklagte. Anderthalb Jahre hatte das Oberlandesgericht Dresden gegen das Quartett wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und sechs schweren Angriffen auf Rechtsextreme verhandelt. Am Ende verurteilte das Gericht Lina E. zu 5 Jahren und 3 Monaten Haft, ihre Mitangeklagten zu Haftstrafen bis zu 3 Jahren und 2 Monaten. Dann hob es E.s Haftbefehl auf: Weil diese als bisher nicht Vorbestrafte mit einer Haftentlassung nach zwei Dritteln der Strafe rechnen könne und bereits zweieinhalb Jahre verbüßt habe, sei nicht mehr von einer Fluchtgefahr auszugehen. Sobald das Urteil rechtskräftig ist, muss sie die Reststrafe verbüßen die Verteidigung kündigte bereits Revision an. Das Gericht verhängte bis dahin Meldeauflagen: Zweimal wöchentlich muss sich Lina A. nun auf einem Leipziger Polizeirevier melden und musste ihre Ausweispapiere abgeben. Die Bundesanwaltschaft hatte dagegen vor einer Haftverschonung von Lina E. gewarnt, vor allem wegen ihres seit drei Jahren abgetauchten Verlobten, der sich auch an Angriffen auf Rechtsextreme beteiligt haben soll.

Derweil ruft die linksradikale Szene zum Großprotest wegen der Urteile im Lina-E.-Prozess auf: Am Samstag soll eine Tag X -Demonstration in Leipzig stattfinden, die auch international beworben wird. Zudem gibt es einen Aufruf von Autonomen, für jedes verhängte Haftjahr 1 Million Sachschaden zu verursachen verhängt wurden 13 Haftjahre.

Die Leipziger Polizei bereitet sich auf einen ihrer größten Einsätze seit Jahren vor. Polizeikräfte aus mehreren Bundesländern und von der Bundespolizei sollen anrücken. Von Freitagabend bis Sonntagabend gilt ein Kontrollgebiet im Stadtzentrum. Kontrolliert werden sollen auch Pkw- und Bahnreisen in die Stadt. Die Leipziger Polizei begründet das mit Aufrufen zu Militanz und zum Teil massiven Gewaltankündigungen . Erschwert wird der

Das vermeintlich große Zittern vor Tag X ; Nach der Haftverschonung ist Lina E. zurück in Leipzig. Die Polizei kritisiert die Entlassung und rüstet sich für ei....

Einsatz, weil am Samstag in Leipzig auch ein Stadtfest, ein Konzert von Herbert Grönemeyer und das Sachsenpokalfinale stattfinden. Die Polizei warnte auch Autohäuser oder Baufirmen, dass sie zum Ziel autonomer Angriffe werden könnten und Schutzmaßnahmen ergreifen sollten.

Die Stadt prüfte bis Redaktionsschluss auch ein Verbot der Demonstration. Solange noch Gespräche mit den De-mons-tra-ti-ons-an-mel-de-r:in-nen und der Polizei liefen, könne man keine Angaben zu Routen, Auflagen oder einem Verbot machen, erklärte ein Stadtsprecher.

Bereits am Mittwochabend, nach dem Urteil in Dresden, war es zu Demonstrationen in mehreren Städten gekommen. In Leipzig, Dresden oder Bremen kam es zu Würfen von Steinen, Flaschen und Pyrotechnik auf Beamte. Jochen Kopelke, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, sprach von brutalen Angriffen , die ihn erschüttern . Es sei bitter , dass Lina E. nun frei sei, Linksextreme sich auf Gewalt vorbereiteten und die Polizei deren Demonstrationen schützen müssten.

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte vor gesunkenen Hemmschwellen in der linksextremen Szene und äußerster Brutalität gesprochen. CDU-Innenexperte Alexander Throm sagte der taz, man dürfe nun Linksextremisten keine Chance für ihren angekündigten Racheterror geben . Auch die letzten in der Ampel, die den linksextremen Terror verharmlosen , müssten nun aufwachen . Timon Dzienus, Vorsitzender der Grünen Jugend, twitterte, der Prozess sei völlig übertrieben und auf fragwürdigen Indizien beruhend . Auch die sächsische Juso-Vorsitzende Mareike Engel sprach von gezielten Repressionen gegen Antifaschist*innen , die mit dem Lina-E.-Urteil einen ihrer Höhepunkte erreichen .

Un-ter-stüt-ze-r:in-nen von Lina E. hatten das Urteil mit Unmutsrufen begleitet. Justizwacheleute reagierten darauf teils rabiat. Die Haftverschonung am Ende des Prozesstages quittierten die Zuhörenden dagegen mit Applaus, Lina E. selbst rang um Fassung. In dem Prozess hatte sie zuvor Aussagen zu den Vorwürfen verweigert, aber angekündigt nach einer Haftentlassung ihr Studium der Erziehungswissenschaften fortzusetzen oder die in der JVA begonnene Tischlerausbildung. Als sie am Mittwochabend das Gericht verließ, umging sie wartende Fotografen und Un-ter-stüt-ze-r:in-nen und düste im Auto ihres Anwalts davon. Bisher wird auch nicht damit gerechnet, dass sie am Samstag auf der Tag X -Demonstration auftaucht.

meinung + diskussion

Die Leipziger Polizei bereitet sich auf einen ihrer größten Einsätze vor

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); STÄDTE (78%); VERURTEILUNGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); GEWERKSCHAFTEN (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); BAUINDUSTRIE (64%); FAHRZEUGINDUSTRIE (61%)

Das vermeintlich große Zittern vor Tag X ; Nach der Haftverschonung ist Lina E. zurück in Leipzig. Die Polizei kritisiert die Entlassung und rüstet sich für ei....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); BREMEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Hieß Antifa für sie Angriff?; Der Leipziger Autonomen Lina E. und drei Mitangeklagten wird eine Angriffsserie auf Neonazis vorgeworfen, nun soll das Urteil fallen. Es drohen die härtesten Strafen gegen Linke seit Jahren.
Die linke Szene ruft bereits zum Großprotest auf

taz, die tageszeitung

Samstag 27. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 4,5

Length: 2751 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Der Leipziger Autonomen Lina E. und drei Mitangeklagten wird eine Angriffs-serie auf Neonazis vorgeworfen, nun soll das Urteil fallen. Es drohen die härtesten Strafen gegen Linke seit Jahren. Die linke Szene ruft bereits zum Großprotest auf

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Am vergangenen Mittwoch ergreift Lina E. doch noch einmal das Wort. Fast den gesamten Prozess hatte die 28-jährige Studentin geschwiegen. Nun fragt Richter Hans Schlueter-Staats reihum, ob sie oder ihre drei Mitangeklagten zum Prozessende noch letzte Worte sprechen wollen. Alle verneinen außer Lina E. Ich werde nichts zu den Vorwürfen sagen , beginnt die Frau mit dem Dutt und dem grauen Pullover. Aber sie wolle sich bedanken. Bei ihren Eltern, ihren starken Omis , ihren Anwälten und ihren Freunden, die ihr in der Haft schrieben, sie besuchten, unermüdlich den Prozess begleiteten.

Sie liest die Worte aus einem blauen Hefter ab, ihre Stimme stockt. Mein letztes Wort in diesem Prozess soll Danke sein. Dann schweigt Lina E. wieder. Und unter den Zuhörenden im Saal bricht Applaus aus. Der Richter kann ihn nur mühsam beenden.

Einmal noch wird Lina E. nun das Hochsicherheitsgebäude des Oberlandesgerichts Dresden betreten, hinter Sicherheitsglas, begleitet von Justizwachleuten am kommenden Mittwoch. So wie 98 Prozesstage zuvor. Und wieder werden im Publikum ihre Mutter und Un-ter-stüt-ze-r:in-nen sitzen. Und diesmal dürfte es noch lauter werden. Dann, wenn das Gericht sein Urteil gegen sie und die anderen drei sprechen wird. Es wird wohl keine Freisprüche geben.

Seit September 2021 wird in Dresden gegen Lina E. und die drei Mitangeklagten verhandelt drei junge Autonome aus Berlin und Leipzig, Jannis R., Lennart A. und Philipp M., alle drei bisher auf freiem Fuß. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen die Bildung einer kriminellen Vereinigung und sechs schwere Angriffe auf Rechtsextreme auf, verübt zwischen 2018 und 2020 in Leipzig, Wurzen und Eisenach. Lina E. sei die Rädelsführerin gewesen. Schon vor zweieinhalb Jahren wurde sie in ihrer Wohnung in Leipzig-Connewitz verhaftet, sitzt seitdem in der JVA Chemnitz in U-Haft wo auch die NSU-Terroristin Beate Zschäpe einsitzt.

Hieß Antifa für sie Angriff?; Der Leipziger Autonomen Lina E. und drei Mitangeklagten wird eine Angriffsserie auf Neonazis vorgeworfen, nun soll das Urteil fall....

Es gibt derzeit keinen anderen Prozess in Deutschland, der politisch so aufgeladen ist. Es sind die schwersten Vorwürfe gegen die linksradikale Szene seit Jahren. Lina E. und die drei Mitangeklagten schweigen dazu bis heute. Die Bundesanwaltschaft wirft dem Quartett potenziell lebensgefährliche Gewalt vor, fordert bis zu acht Jahre Haft. Die Verteidiger sehen dagegen eine politische Justiz und einen unbedingten Verfolgungseifer, sie wollen weitgehend Freisprüche.

Und die linksradikale Szene ruft für den Samstag nach der Urteilsverkündung zu einem Tag X und einer Großdemonstration nach Leipzig und in andere Städte, um ihre Wut über die erwarteten Haftstrafen auf die Straßen zu tragen. Für sie ist Lina E. längst eine Symbolfigur, der Slogan Free Lina omnipräsent.

Die Staatsmacht lässt keinen Zweifel daran, wie ernst sie dieses Verfahren nimmt. Bereits Ende 2019 gründete das sächsische LKA eine Soko LinX, um nach Angriffen und Brandanschlägen der autonomen Szene endlich Täter zu ermitteln. Die Verhaftung von Lina E. ein Jahr später war ihr größter Erfolg, den Fall übernahm die Bundesanwaltschaft. Mit einem Hubschrauber wurde die Studentin zum Haftrichter nach Karlsruhe geflogen. Es folgten weitere Durchsuchungen, inzwischen rechnet die Bundesanwaltschaft rund 15 Beschuldigte der Gruppe um Lina E. zu.

In Dresden wird wie in einem Terrorprozess verhandelt: mit Polizeischutz, peniblen Besucherkontrollen, Hubschrauber über dem Gebäude, maskierten Polizeizeugen. Die Richter und die Oberstaatsanwältin sollen unter Polizeischutz stehen. Von einem polizeilichen Popanz spricht die Verteidigung.

Im Saal wurde nun seit anderthalb Jahren über Indizien gerungen die attackierten Rechtsextremen und Zeugen konnten bis zum Schluss die verummelten Angreifer nicht identifizieren. Aber Lina E. war im Dezember 2019 nach einem Angriff auf den rechts-extre-men Kampfsportler und Kneipenwirt Leon R. in Eisenach in einem Fluchtauto gefasst worden, zusammen mit Lennart A. Es war der VW Golf ihrer Mutter, die Kennzeichen lagen noch auf der Rückbank. Ein zweites Fluchtauto wurde später in Hessen gestoppt.

Zuvor schon war in Leipzig der frühere NPD-Mann Enrico B. niedergeschlagen worden, ebenso wie der Kanalarbeiter Tobias N., der eine rechtsextreme Mütze trug. In Wurzen traf es den Rechtsextremen Cedric S. und später eine sechsköpfige Neonazigruppe, die von einem Aufmarsch in Dresden zurückkehrte. In Eisenach wurde gleich zweimal der Szenekader Leon R. attackiert. Nur einen Tag vor dem zweiten Angriff war Lina E. in einem Baumarkt erwischt worden, wie sie zwei Hämmer klaute. Die Rechtsextremen wurden teils mit Hämtern und Schlagstöcken angegriffen, erlitten Platzwunden und Knochenbrüche. Tobias N. musste eine Metallplatte ins Gesicht eingesetzt werden.

Oberstaatsanwältin Alexandra Geilhorn sprach im Prozess von massiver Gewalt und einem außergewöhnlichen Maß an krimineller Energie. Lina E. sei mit ihrem seit drei Jahren untergetauchten Verlobten Johann G. die treibende Kraft der Gruppe gewesen, bei jeder Tat dabei. Sie habe Opfer mit ausgewählt, Fluchtautos gestellt, Kommandos gegeben. Auch die drei Mitangeklagten hätten sich an einzelnen Übergriffen und der kriminellen Vereinigung beteiligt.

Es sind Vorwürfe, die Lina E. und den Mitangeklagten die härtesten Strafen seit Jahren gegen Linksradikale einbringen könnten. 2009 war die militante gruppe (mg) für Brandanschläge zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Nun sollen es nach Willen der Bundesanwaltschaft weit mehr werden.

Lina E. verfolgte den Prozess gelassen, zumindest äußerlich. Auch am vergangenen Mittwoch kommt sie morgens lächelnd in den Saal, winkt ihrer Mutter zu, verteilt Luftküsse. Die Un-ter-stüt-ze-r:in-nen im Saal begrüßten sie schon zu Prozessbeginn mit stehendem Applaus, bis heute erheben sie sich, wenn sie den Raum betritt, klopfen anerkennend auf Stühle, wenn die Ver-tei-di-ge-r:in-nen die Anklage oder das Gericht kritisieren bis Richter Schlüter-Staats sie zur Ruhe ruft. Während der Verhandlung hört Lina E. aufmerksam zu, ab und an macht sie sich mit Bleistift Notizen.

Nur einmal hatte sich Lina E. zuvor zu Wort gemeldet. Im Oktober 2022, Prozesstag 72, schilderte sie ihren Lebenslauf. Ihre Jugend in Kassel, die Mutter Erzieherin, der Vater Oberstudienrat. Ihr Wunsch, Sozialpädagogin

Hieß Antifa für sie Angriff?; Der Leipziger Autonomen Lina E. und drei Mitangeklagten wird eine Angriffsserie auf Neonazis vorgeworfen, nun soll das Urteil fall....

zu werden, ihre Arbeit mit beeinträchtigten Kindern, das Studium der Erziehungswissenschaften in Halle. Ihre Bachelorarbeit schrieb sie zum Umgang mit Rechtsextremen in der Jugendarbeit, am Beispiel des NSU in Jena-Winzerla. Über ein Buch zum NSU sei sie auf das Thema akzeptierende Jugendarbeit gestoßen, erklärte Lina E. den Richtern. Was sie nicht sagte: Dass der NSU 2006 auch in ihrer Heimatstadt Kassel mordete, ein Verfassungsschützer war mit am Tatort. Fünf Jahre später flog die Terrorserie auf. Sie soll Lina E. laut Bekannten politisiert haben.

Bisher hat sie keine Vorstrafen. In der Haft arbeite sie nun als Tischlerin, erzählte Lina E. den Richtern. Ihr Anwalt ergänzte später, wie sie dort mit einer Rheumaerkrankung kämpfe. Vom Bild der militanten Autonomen war in diesem Moment nichts zu erkennen.

Oberstaatsanwältin Alexandra Geilhorn aber verwies im Prozess auf die Festnahme von Lina E. nach dem Eisenacher Überfall und auf ihr konspiratives Verhalten. In ihrer Wohnung fanden Ermittler einen gefälschten Ausweis, Perücken und elf Handys, die meisten davon in einem Stoffbeutel an der Wohnzimmertür. In einer Box auf einem Leipziger Dachboden, den Ermittler für das Depot der Gruppe halten, entdeckten sie Hämmer, Schlagstöcke und weitere Handys und DNA-Spuren von Lina E. und anderen Beschuldigten.

Immer wieder verwies die Oberstaatsanwältin auf Lina E.s Partner Johann G., von dem sich am Eisenacher Tatort Blutspritzer fanden und der auch bei anderen Taten dabei gewesen sein soll. Die Verteidiger wiesen brusk zurück, dass dann immer auch Lina E. dabei gewesen sei. Das sei eine haltlose Bonnie-&-Clyde-Logik .

Zwar wollen einige Zeugen unter den vermummten Angreifern eine Frau ausgemacht haben. Lina E. identifizieren konnte aber niemand. Der Eisenacher Leon R. meinte, sie nachträglich an der Stimme erkannt zu haben. Aber auch das blieb fraglich. So blieben die zentralen Fragen: Sitzen hier die Richtigen auf der Anklagebank? Waren sie an allen Taten beteiligt? Gab es tatsächlich eine feste Gruppe?

Gerade die Aussagen Leon R.s sind mit Vorsicht zu genießen: Im April 2022 wurde er selbst mit drei Gesinnungskameraden festgenommen, ebenfalls im Auftrag der Bundesanwaltschaft. Der Vorwurf auch hier: Bildung einer kriminellen Vereinigung. Leon R.s Eisenacher Kampfsporttruppe Knockout51 verübte in der Region schon seit Jahren Gewalttaten, wollte einen Nazikiez errichten. Vermeintlich Linke und Polizisten wurden attackiert, nach den Angriffen auf sich soll Leon R. auch die Tötung von Linksextremen als Ziel ausgegeben haben. Als ein Eisenacher Zeuge über Knockout51 im Lina-E.-Prozess aussagte, wurde ihm später von Leon R.s Bekanntem die Nase gebrochen.

Auch ein zweiter angegriffener Rechtsextremist der Leipziger Enrico B. wurde zwischenzeitlich von der Bundesanwaltschaft festgenommen, auch hier unter dem Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Der Leipziger Cedric S. wiederum hatte sich 2016 an einem Überfall von 250 Rechtsextremen auf den Leipziger Alternativstadtteil Connewitz beteiligt.

Wiederholt beklagten die Verteidiger im Prozess, dass die Bundesanwaltschaft diese rechtsextreme Gewalt ausblende. Der gesellschaftliche Kontext wird von der Bundesanwaltschaft vollständig negiert , schimpfte Lina E.s Verteidiger Ulrich von Klinggräff. Das antifaschistische Motiv könne man daher ja auch strafmildernd sehen. Stattdessen habe die Bundesanwaltschaft mit unfassbarer Einseitigkeit ermittelt und nur Belastendes zusammengetragen, so von Klinggräff. Im Zweifel gegen die Angeklagten. Die geforderten Haftstrafen seien maßlos . Das harte Vorgehen gegen Lina E. stehe in Kontrast mit milden Urteilen gegen Rechts-ex-tre-me. Das stimmt in vielen Fällen allerdings wurde im gleichen Gerichtssaal auch die rechtsextreme Gruppe Freital als Terrorgruppe zu Haftstrafen bis zu zehn Jahren verurteilt.

Monatelang rang der Prozess mit Indizien. Über eine DNA-Spur auf einer Plastiktüte, die in Teilen zu Lina E. passt und sich am Tatort beim einstigen NPD-Mann Enrico B. fand. Sachverständige waren sich über die Aussagekraft uneins, die Bundesanwaltschaft hält sie für verwertbar, die Verteidigung nicht. Oder über Fotos vom Fußballplatz von Cedric S., die auf einer Kamera von Li-na E. gefunden wurden. Unklar, so die Verteidigung, ob diese wirklich die 28-Jährige gemacht hatte. Über Videoaufnahmen aus einer Regionalbahn vor dem Angriff auf die Neonazis in Wurzen, die Lina E. zeigen sollen. Aber beweisen sie auch eine Ausspähung? Über ein abgehörtes Gespräch, in

Hieß Antifa für sie Angriff?; Der Leipziger Autonomen Lina E. und drei Mitangeklagten wird eine Angriffsserie auf Neonazis vorgeworfen, nun soll das Urteil fall....

dem Johann G. über den Angriff auf den Kanalarbeiter Tobias N. sagt, das waren wir . Auch das halten die Verteidiger für mehrdeutig: Das Wir könne etwa auch die Connewitzer bedeuten.

Zudem konnten zwei Mitangeklagte Alibis präsentieren. Mittels Handydaten konnte Jannis R. nachweisen, dass er beim ersten Eisenacher Angriff in Leipzig war. Philipp M. konnte auf gleichem Weg nachweisen, dass er sich damals in einer Berliner Kneipe befand. Seine Verteidiger warfen der Bundesanwaltschaft vor, das gewusst und in der Anklage bewusst vorenthalten zu haben. Diese Alibis gestand die Bundesanwaltschaft ein sonst aber blieb sie bei ihrer Anklage, forderte auch für die Mitangeklagten bis zu knapp vier Jahre Haft.

Oberstaatsanwältin Geilhorn räumte ein, dass es keine Smoking Gun gebe, keinen eindeutigen Beweis. Zusammengenommen würden alle Indizien aber das Bild der kriminellen Vereinigung bestätigen und Lina E. und die anderen überführen. Sie berief sich auch auf einen Kronzeugen: Johannes D.

Der 30-Jährige gehörte zur weiteren Gruppe um Lina E., bis ihn die Szene im Herbst 2021 als Vergewaltiger öffentlich verstieß und er sein Schweigen brach. Im Juli 2022 saß Johannes D. dann im Gerichtssaal, großgewachsen, im blauen Hemd, streng abgesichert von sechs Personenschützern. Zuvor hatte er elf Tage lang beim sächsischen LKA ausgesagt ein Jackpot für die Behörden. Nun belastete er auch vor Gericht Lina E. und ihren Partner Jo-hann G. Diese hätten die Gruppe zusammengehalten, Trainings und Leute für Angriffe organisiert. Aus einem flexiblen Geflecht von Autonomen aus mehreren Städten sei dafür rekrutiert worden, immer wieder nannte D. Namen. Ziel sei es gewesen, die Neo-nazis psychisch zu brechen . Er selbst räumte ein, beim zweiten Angriff in Eisenach dabei gewesen zu sein, als Späher. Nur: Den eigentlichen Angriff bekam er nicht mit und auch keine andere der angeklagten Taten.

Die Verteidiger warfen dem Kronzeugen deshalb keine Spekulationen vor. Eine Frau im Publikum rief ihm zu: Du hast uns alle verraten! Du wirst einsam sterben, Johannes! Lina E. und die Mitangeklagten verfolgten D.s Aussagen kommentarlos, zunächst. Dann wollte ein Mitangeklagter zu einer gemeinsamen Erklärung ansetzen, wurde aber von Richter Schläter-Staats unterbrochen er dulde keine politischen Erklärungen. Der Text wurde daraufhin im Internet veröffentlicht. Zu Johannes D. gebe es viel zu sagen , heißt es darin. Man wolle aber lieber über die gesellschaftliche Realität rechter Gewalt sprechen, die antifaschistisches Engagement notwendig macht . Rechter Terror, AfD-Wahlerfolge, rechts-offene Coronaproteste, Neonazi-Übergriffe, nicht zuletzt in Eisenach . Dagegen hätten alle Formen antifaschistischer Arbeit ihre Berechtigung .

Zu möglichen Mittätern schweigen die Angeklagten bis heute. Die Angriffe aber gingen auch nach der Festnahme von Lina E. weiter. Im März 2021 überfielen im sächsischen Eilenburg Vermummte mit Polizeiwesten den Chef der NPD-Jugend. Zwei Monate später verprügelten ebenfalls als Polizisten Verkleidete in Erfurt einen Rechtsextremen in seiner Wohnung. Im Januar dieses Jahres folgte in der Stadt ein weiterer Überfall auf zwei Rechtsextreme, einer erlitt einen Schädelbruch. Zuletzt wurden im Februar Rechtsextreme in Budapest mutmaßlich von deutschen Autonomen verprügelt. Die ungarische Polizei machte unter den Verdächtigen mindestens drei aus der Gruppe um Lina E. aus: Den Berliner Tobias E., der festgenommen wurde, und zwei flüchtige Leipziger: Paul M. und Johann G., der Verlobte von Lina E.

Zuletzt leitete die Bundesanwaltschaft Verfahren gegen fünf weitere Beschuldigte der Gruppe um Lina E. ein. Bereits im Herbst 2022 hatte die Staatsanwaltschaft Gera vier Männer wegen des zweiten Angriffs in Eisenach angeklagt, darunter den Kronzeugen Johannes D. Er ist inzwischen verurteilt, zu einer milden Bewährungsstrafe.

Die autonome Szene wird nun mit Durchsuchungen, Observationen und Abhörmaßnahmen überzogen. Man müsse eingestehen, dass die staatlichen Angriffe uns krass zu schaffen machen , erklärte zuletzt die Leipziger Gruppe kappa . Diskutiert werden müsse die Sinnhaftigkeit mancher militanter Praxis .

Vor dem Urteil gegen Lina E. will die Szene aber Stärke demonstrieren. Am kommenden Mittwoch will sie vor dem Gericht demonstrieren, abends auch in Dresden. Für Samstag ist eine Großdemonstration in Leipzig geplant. Man wolle zeigen, wie wütend wir sein können, wenn unsere Ge-nos-s*in-nen in den Knast gesteckt werden , heißt es in einem Aufruf. In einem anderen ist die Rede von einer Million Euro Sachschaden für jedes Jahr Knast . Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor.

Hieß Antifa für sie Angriff?; Der Leipziger Autonomen Lina E. und drei Mitangeklagten wird eine Angriffsserie auf Neonazis vorgeworfen, nun soll das Urteil fall....

Dass es am Mittwoch zu Freisprüchen kommt, ist kaum zu erwarten. Dagegen spricht schon, dass das Gericht auch nach zweieinhalb Jahren den Haftbefehl gegen Lina E. aufrecht erhält. Selbst die Verteidigung räumte für den Angriff auf Leon R. in Eisenach, nach dem Lina E. gefasst wurde, eine Körperverletzung ein wenn auch nur eine versuchte, da die Leipzigerin den Angriff abgebrochen habe.

Die Bundesanwaltschaft hält Lina E. weiter für gefährlich. Sie habe ein beachtliches Maß an Abgebrühtheit bewiesen, sich nicht von ihrer Ideologie distanziert, werde in der Szene gefeiert und könnte ihrem abgetauchten Partner Johann G. in den Untergrund folgen, warnte Oberstaatsanwältin Geilhorn. Die Verteidigung wies das als absurd zurück. Lina E. selbst hatte bei ihrer Aussage im Oktober erklärt, sie wolle nach der Haft einfach nur ihr Studium abschließen und dann im sozialen Bereich arbeiten oder ihre in der JVA begonnene Tischlerausbildung fortsetzen.

Die Verteidigung kritisierte, dass die Bundesanwaltschaft den Kontext ausblende die rechtsextreme Gewalt

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); RICHTER (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); VERHAFTUNGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); NSU-PROZESS (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); BRANDSTIFTUNG (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); TERRORISMUS (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); HUBSCHRAUBER (60%)

Person: BEATE ZSCHÄPE (79%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (79%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (79%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (92%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 26, 2023

Schaffner sollten Dreadlocks melden; Nach dem Urteil gegen Lina E. wollte die Bundespolizei Infos über linke Fahrgäste. Die Nordwestbahn entschuldigt sich für eine Liste mit Erkennungsmerkmalen.

taz, die tageszeitung

Montag 05. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 667 words

Byline: Jean-Philipp Baeck

Highlight: Nach dem Urteil gegen Lina E. wollte die Bundespolizei Infos über linke Fahrgäste. Die Nordwestbahn entschuldigt sich für eine Liste mit Erkennungsmerkmalen.

Body

Von Jean-Philipp Baeck

Ein Aufruf der Bundespolizei an Zugpersonal in Norddeutschland, Informationen über vermeintlich linke Fahrgäste zu liefern, sorgt für harsche Kritik. MitarbeiterInnen der Nordwestbahn sollten unter anderem auf Dreadlocks und alternatives Aussehen achten. Der Republikanische Anwaltsverein hält eine solche Aufforderung für rechtswidrig und spricht von diskriminierendem Profiling und Grundrechtseinschränkungen.

Die Nordwestbahn bestätigte der taz ein Hilfeersuchen der Bundespolizei, das gleich am Mittwoch verbreitet wurde, noch vor den ersten Demons-trationen anlässlich des Urteils gegen die Antifaschistin Lina E. Das Eisenbahnunternehmen entschuldigt sich nun für problematische Formulierungen. Die Bundespolizei antwortete bis Redaktionsschluss am Sonntag nicht.

Bekannt gemacht hatte die Aufforderung die Bremer Basisgruppe Antifaschismus , die über Twitter eine interne Mitteilung der Nordwestbahn veröffentlichte. Das Eisenbahnunternehmen bedient von Bremen aus unter anderem Strecken nach Osnabrück und Oldenburg.

In der internen Anweisung an das Zugpersonal heißt es wörtlich: Laut Bundespolizei sind linke Personen an folgenden Merkmalen bzw. Aussehen zu erkennen: Alternatives Auftreten bzw. Aussehen, evtl. mit Dreadlocks, links orientiert, besonders häufig auch Studenten, Personen, die der Öko-Szene , Grünen-Szene oder Generation-Z zuzuordnen sind. Das Zugpersonal sollte demnach Personen an die Betriebsleitzentrale melden, auf die diese Beschreibung passt und die in Richtung Bremen unterwegs waren.

Anwaltsverein: Polizei handelt rechtswidrig

Der Göttinger Rechtsanwalt Sven Adam aus dem erweiterten Vorstand des Republikanischen Anwaltsvereins nennt die Aufzählung der Merkmale absurd , gefährlich und diskriminierend . Er hält bereits die Frage der Bundespolizei an die Nordwestbahn für empörend und sieht gleich mehrere Grundrechte beschnitten, etwa den Gleichheitsgrundsatz und die Versammlungsfreiheit. Niemand ist per se verdächtig aufgrund seines Aussehens ,

Schaffner sollten Dreadlocks melden; Nach dem Urteil gegen Lina E. wollte die Bundespolizei Infos über linke Fahrgäste. Die Nordwestbahn entschuldigt sich für e....

sagte Adam der taz. Und: Wenn die Personen sogar noch auf dem Weg zu einer Versammlung sind, greift zusätzlich der Schutz aus Artikel 8 des Grundgesetzes, der auch die ungehinderte Anreise schützt.

Diese Aufforderung der Bundespolizei ist daher in mehrfacher Hinsicht rechtlich hochproblematisch , sagte Adam. Zugpersonal würde aufgefordert, zu Hilfspersonen rechtswidrigen Handelns der Bundespolizei zu werden. Zugbegleiter*innen haben keine hoheitlichen Aufgaben und das ist auch gut und richtig so , sagte Adam der taz.

Ein Sprecher der Nordwestbahn bestätigte der taz das Hilfeersuchen der Bundespolizei und entschuldigte sich gleichzeitig für die getätigten Äußerungen in der internen Mitteilung. Die Bundespolizei hat am vergangenen Mittwoch die Eisenbahnverkehrsunternehmen in Bremen darum gebeten, über das Aufkommen von De-mons-tran-t:in-nen in den Zügen zu informieren , erklärte der Sprecher.

Die in den sozialen Medien veröffentlichte E-Mail der Betriebsleitzentrale sei durch einen Mitarbeiter versendet worden. Woher die vermeintlichen Erkennungsmerkmale für die De-mons-tran-t:in-nen stammten, werde derzeit ermittelt. Der Mitarbeiter sei am Donnerstag bis zur abschließenden Klärung von seinen Aufgaben entbunden worden.

Die Nordwestbahn distanziert sich ganz klar von den Ausführungen in der E-Mail. Diese entsprächen in keiner Weise den Leitideen und Grundwerten des Unternehmens. Die Nordwestbahn steht für die Ablehnung jeglicher Form von Diskriminierung, insbesondere gegenüber Mitarbeitenden und Fahrgästen.

Bundesweit ist es seit Mittwochabend zu Demonstrationen der linken Szene gekommen, nachdem gegen die Antifaschistin Lina E. sowie drei Mitangeklagte in Dresden mehrjährige Haftstrafen verhängt worden waren. In Bremen war es bei Protesten am Mittwoch zu Würfen mit Steinen und Glasflaschen auf PolizistInnen gekommen. Laut Polizei wurden acht Einsatzkräfte leicht verletzt. 70 Menschen seien festgenommen worden, mittlerweile aber wieder frei.

das thema 3

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); BEWILLIGUNGEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (78%); DISKRIMINIERUNG (77%); VERFASSUNGSRECHT (77%); SOCIAL MEDIA (69%); GEFÄNGNISSTRAFEN (66%)

Industry: BAHNVERKEHR (89%); ZÜGE (78%); SOCIAL MEDIA (69%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (92%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); OSNABRÜCK, DEUTSCHLAND (57%); OLDENBURG, DEUTSCHLAND (56%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 4, 2023

Schaffner sollten Dreadlocks melden; Nach dem Urteil gegen Lina E. wollte die Bundespolizei Infos über linke Fahrgäste. Die Nordwestbahn entschuldigt sich für e....

End of Document

Guter Landfriedensbruch? Der Polizeikessel in Leipzig; 1000 Leute wurden 11 Stunden lang eingekesselt nach dem Verbot der Demonstration zum Gerichtsurteil gegen Lina E. Aber Antifaschismus ist auch kein Freifahrtschein für Gewalt

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 22

Length: 928 words

Highlight: 1000 Leute wurden 11 Stunden lang eingekesselt nach dem Verbot der Demonstration zum Gerichtsurteil gegen Lina E. Aber Antifaschismus ist auch kein Freifahrtschein für Gewalt

Body

wortwechsel

Verhältnismäßigkeit?

Polizeieinsatz in Connewitz: Jenseits aller Verhältnismäßigkeit. In Leipzig-Connewitz erwartete die Polizei am Tag X mit einem absurd teuren Großaufgebot den ganz großen Krawall. Und der kam wie auf Bestellung, taz vom 5. 6. 23

Ich bin Leipzigerin von Geburt und aus Überzeugung aufgewachsen direkt am Connewitzer Kreuz. Der Blick von meinem Balkon bot mir beste Unterhaltung jeweils zu Silvester oder am 1. Mai, wenn die linken Chaoten ihre Krawallnächte veranstalteten. Nachdem ich eigene Kinder hatte, war das letztendlich auch der Grund, diesen von mir eigentlich heiß geliebten Stadtteil zu verlassen.

Nach den im Vorfeld massiv ausgedrückten Drohungen der linken Szene, Leipzig in ein zweites Hamburg zu verwandeln und pro Haftjahr für Lina E. Schaden in Millionenhöhe zu verursachen was hätte denn eine verhältnismäßige Reaktion der Polizei sein sollen? Darauf vertrauen, dass sich der linke Mob an die Versammlungsverbote hält, und die Einsatzkräfte ins Wochenende schicken? Träumen Sie weiter! B. Trübt auf taz.de

Antifa, weil Staatsversagen ,

wochentaz vom 3. 6. 23

Ich habe oftmals mit Darstellungen in der taz große Probleme bezüglich unabhängiger Berichterstattung. Hingegen zeigt dieser Artikel ganz das Gegenteil und trifft es genau auf den Punkt. Hier wird nicht der Mainstream bedient, sondern freier Journalismus zeigt eine reale Darstellung. Gratulation an den Autor Erik Peter und Dank an die taz für die Veröffentlichung.

Marina Maser, Berlin

Guter Landfriedensbruch? Der Polizeikessel in Leipzig; 1000 Leute wurden 11 Stunden lang eingekesselt nach dem Verbot der Demonstration zum Gerichtsurteil gegen....

Geplante Eskalation?

Was vom Tag X übrig bleibt. In Leipzig kommt es bei einer linken Demo zu dem Urteil gegen Lina E. zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstrant:innen. Über elf Stunden werden 1.000 Menschen eingekesselt, 50 Beamte werden verletzt , taz vom 5. 6. 23

Wie Videos belegen, wurde die kollektive Vermummung des Schwarzen Blocks (oder eines Teils davon) erst zu einem späteren Zeitpunkt aufgezogen nämlich nach den Eskalationen durch die Versammlungsbehörde (Verbot des Loslaufens; Umwandlung in eine Versammlung am Ort). Dieses Verhalten der Versammlungsbehörde scheint im Vorfeld bereits festgelegt worden zu sein. Weshalb sonst hätten sich die niedersächsischen Einheiten tiefgestaffelt mit Vollschutz und Schilden zu einem Zeitpunkt im wohl vorgesehenen Weg aufbauen sollen, als die Demo noch völlig friedlich auf den Start gewartet hat? Dieser Artikel dreht meines Erachtens Ursache und Auswirkung zu Lasten der Demonstrierenden um.

Martin Bierhoff, Thüringen

Antifa-Arbeit ist Anderes

Solange die Antifa sich gegenseitig bekämpft, andere AktivistInnen fälschlich verdächtigt und ausgrenzt, wird sie sich letztendlich schwächen und damit den Nazis in die Hände spielen! Unter Antifa-Arbeit verstehe ich etwas Anderes, obwohl ich selbst durchaus mit Sicherheit auch kein Friedensengel bin, aber manches ging mir viel zu weit! Demo-Startgescrei Eins-zwei-drei, wir schlagen die Bullen zu Brei schürt die ohnehin gesteigerte Aggression der Bullen , und dann, wenn es zu gewaltamen Ausschreitungen kam großes Wehgeschrei . Unbeteiligt verletzte Mitdemonstranten konnten dann aber die ja so oft propagierte Solidarität in den Wind schreiben. Selbst genug davon erlebt! Das oft gehässige Nebeneinander statt solidarischem Miteinander, hat mich nun des Besseren belehrt! Und sie kapieren es einfach nicht!

Name ist der Redaktion bekannt

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist kein Grundrecht, hinter das andere Grundrechte zurückzutreten hätten. Das gilt insbesondere für das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, aber auch für das Eigentumsrecht. Und es schützt nur das Recht auf friedliche und waffenfreie Versammlungen. Die Einwohner von Leipzig sind ihrerseits auch Grundrechtsträger, das nur mal so am Rande. Jan Schubert

Das sind Gewaltspiralen

Dass es zu solch einem Ausmaß der Gewalt kam, liegt an einer gesellschaftlichen Haltung, die antifaschistische Gewalt gefährlicher als rechte Gewalt einstuft. Und das gegen jede Zahlen der eigentlichen Gewalttaten. Gerade werden linke Protestbewegungen reihenweise eingeschüchtert. Ich bitte zu erinnern, dass progressive Bewegungen für Menschenrechte, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit immer Protestbewegungen waren, die auf der Straße begannen. Das ist ein wichtiger Teil der inneren Erneuerung von Demokratien. Diese Kräfte zu illegalisieren ist gefährlich, denn sie bringt Erstarrung in die Gesellschaft. Gewaltspiralen sind gut erforscht und da kann man nicht so tun, als käme das aus dem Nichts. L Lorenzo auf taz.de

@llorenzo Vielleicht einfach mal aufhören, die Polizei direkt anzugreifen mit Molotow, Steinen, Flaschen und anderem Zeug. Walterismus auf taz.de

Was bewirkt die Gewalt?

5 Jahre Gefängnis für Lina E. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung muss Lina E. mehrere Jahre in Haft , taz vom 1. 6. 23

Hatten wir das nicht schon einmal? Auch in der Weimarer Republik wurden Rechts- und Linksterrorismus sehr unterschiedlich verfolgt und bestraft das Ergebnis ist bekannt. Es ist nicht nur dieses Urteil, sondern auch das

Guter Landfriedensbruch? Der Polizeikessel in Leipzig; 1000 Leute wurden 11 Stunden lang eingekesselt nach dem Verbot der Demonstration zum Gerichtsurteil gegen....

Verständnis der Politik für besorgte Bürger , Coronaspaziergänger, ausländerfeindliche Taten, ungeahndete Polizeigewalt, belächelte Reichsbürger und Prepper.

Das Totalversagen der Behörden bei den Ermittlungen gegen den NSU bis hin zum Waffenklau bei der Bundeswehr, gleichzeitig werden gewaltfreie und unbewaffnete Klimagegner als Terroristen hingestellt. Blüht uns auch bald ein Trump, Orban oder Erdo an? Gesund ist sie nicht mehr, unsere Demokratie!

Name ist der Redaktion bekannt

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); SCHRIFTSTELLER (78%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%); JOURNALISMUS (67%)

Industry: SCHRIFTSTELLER (78%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Die Anklage will volle Härte; Im Prozess gegen die Linke Lina E. fordert die Bundesanwaltschaft acht Jahre Haft

taz, die tageszeitung

Donnerstag 06. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 636 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Im Prozess gegen die Linke Lina E. fordert die Bundesanwaltschaft acht Jahre Haft

Body

Am Ende werden die beiden Vertreter der Bundesanwaltschaft noch einmal deutlich. Mit einem außergewöhnlichen Maß an krimineller Energie sei die Gruppe um Lina E. vorgegangen. Sie habe ihre Opfer mit potentiell lebensgefährlicher Gewalt attackiert. Und Lina E. sei bei all dem treibende und steuernde Kraft der Gruppe gewesen. Die Forderung der Bundesanwaltschaft: acht Jahre Haft für Lina E. und Haftstrafe bis zu knapp vier Jahren für die drei Mitangeklagten.

Seit anderthalb Jahren wird gegen die 28-jährige Leipzigerin und drei Mitangeklagte Jannis R. und Lennart A. aus Leipzig, Philipp M. aus Berlin vor dem Oberlandesgericht Dresden verhandelt. Dem Quartett wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen, die von Oktober 2018 bis Februar 2020 sechs schwere Angriffe auf Rechtsextreme in Leipzig, Eisenach und Wurzen verübt habe mit Lina E. als Rädelsführerin.

Bereits vor einer Woche begann die Bundesanwaltschaft mit ihrem Plädoyer und sah alle Anklagepunkte bestätigt. Am Mittwoch stellte sie auch ihre Strafforderung. Die Vertreter der Bundesanwaltschaft betonen, für wie gefährlich sie die Gruppe um Lina E. halten.

Anders als von der Verteidigung behauptet, sei diese gut organisiert gewesen was eine Verurteilung als kriminelle Vereinigung völlig rechtfertige. Lina E. und ihr bis heute untergetauchter Partner Johann G. hätten die Gruppe zusammengehalten, sie nach außen abgeschottet. Vor den Angriffen habe es Trainings gegeben, Schlagwerkzeuge und Handys seien besorgt worden, Zielpersonen ausgesucht und ausgespäht. Von einem vertrauten, schlagfertigen Verband politisch Gleichgesinnter spricht Oberstaatsanwältin Alexandra Geilhorn.

Sie schildert die teils schweren Verletzungen der insgesamt 15 Angegriffenen, von denen etliche zumindest ambulant ins Krankenhaus mussten. Vor allem einen Leipziger Kanalarbeiter der angegriffen wurde, weil er eine rechtsextreme Mütze trug habe es schwer getroffen. Dieser erlitt Knochenbrüche im Gesicht, eine Metallplatte musste eingesetzt werden, er musste seine Arbeit aufgeben, so Geilhorn. All das nur, weil er die falsche Mütze aufhatte .

Laut Bundesanwaltschaft war Lina E. dabei an allen sechs Angriffen beteiligt, mal als Ausspäherin, mal als Überblicksperson.

Die Anklage will volle Härte; Im Prozess gegen die Linke Lina E. fordert die Bundesanwaltschaft acht Jahre Haft

Mit Ausnahme des Angriffs in Eisenach, nach dem Lina E. und Lennart A. in einem Fluchtauto festgenommen wurden, fehlen für die Tatbeteiligungen aber bis heute direkte Beweise. Monatelang war im Prozess um Indizien gerungen worden. Die Bundesanwaltschaft hat dennoch keine Zweifel: Zwar lasse sich über einzelne Indizien streiten. In der Gesamtschau aber bewiesen diese, dass hier die Richtigen auf der Anklagebank säßen. Zudem verweisen die Ankläger auf einen Kronzeugen: den früheren Weggefährten Johannes D., der ebenfalls Lina E. und ihren Partner als treibende Kräfte beschuldigt hatte. Die Angeklagten selbst schweigen zu den Vorwürfen bis heute.

Die Verteidigung zeigt sich entsetzt. Als völlig maßlos bezeichnet Ulrich von Klinggräff, der Anwalt von Lina E., die Strafforderungen. Das sind politische Anträge, die komplett aus dem Rahmen fallen. Die meisten Taten ließen sich nicht nachweisen. Die Bundesanwaltschaft aber wolle eine Verurteilung um jeden Preis.

Die Anwälte dreier angegriffener Rechtsextremer, die als Nebenkläger am Prozess teilnehmen, stellen sich am Mittwoch dagegen hinter die Bundesanwaltschaft. Nur durch Zufall sei es nicht zu Toten gekommen, betonen sie. Arndt Hohenstädter, Anwalt des attackierten früheren NPD-Manns Enrico B., zieht einen Vergleich zur Gruppe Freital, die 2015 Geflüchtete angriff und als terroristische Vereinigung verurteilt wurde. Das, so Hohenstädter, hätte man auch im Fall Lina E. erwägen können.

Nach einer Osterpause soll nun die Verteidigung plädieren. Ein Urteil wird Mitte Mai erwartet. Konrad Litschko

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: STAATSANWÄLTE (94%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (89%); EINIGUNG & VERGLEICH (78%); ZEUGEN (78%); GERICHTSHÖFE (77%); RECHTSANWÄLTE (77%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (74%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); VERHAFTUNGEN (73%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (94%); KRANKENHÄUSER (77%); RECHTSANWÄLTE (77%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (57%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (72%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: April 5, 2023

[**Antifa, weil Staatsversagen; Das Urteil gegen Lina E. soll Linke abschrecken.**](#) [**Dabei geht die Gefahr für Demokratie und Menschenleben von Rechtsextremen aus. Warum Antifaschismus nötiger ist denn je**](#)

taz, die tageszeitung

Samstag 03. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 16

Length: 982 words

Byline: Erik Peter

Highlight: Das Urteil gegen Lina E. soll Linke abschrecken. Dabei geht die Gefahr für Demokratie und Menschenleben von Rechtsextremen aus. Warum Antifaschismus nötiger ist denn je

Body

Von Erik Peter

Mit den Urteilen im Antifa-Ost-Prozess gegen Lina E. und drei weitere Antifaschisten hat der Staat ein Exempel statuiert. Verurteilt wurden die Angeklagten nicht allein für sechs Körperverletzungen, die sie laut einer Indizienkette begangen haben sollen. Das Urteil gilt darüber hinaus dem antifaschistischen Selbstverständnis, Nazis notfalls, etwa wenn der Staat versagt, militant in ihrem Handlungsspielraum zu begrenzen. Mit dem Konstrukt der kriminellen Vereinigung wird dieser Anspruch als potentiell staatsgefährdend eingestuft. Mögliche Nachahmer sollen abgeschreckt werden.

Doch die Sicherheitsbehörden, von der sächsischen Soko Linx bis hin zu Bundesjustizministerin Nancy Faeser (SPD), unterliegen dabei einem entscheidenden Irrtum: Der Staat ist, vor allem im Osten, längst selbst gefährdet. Und zwar von rechts. Faeser mahnte am Tag der Urteilsverkündung an: Die Radikalisierungs- und Gewaltspirale dürfe sich nicht weiterdrehen. Es ist das Narrativ, das im Zuge des Prozesses wiederholt zu vernehmen war: Rechte und linke Extremisten schaukeln sich auf Bis einer stirbt. So stand es in der Welt in völliger Negation dessen, dass Menschen die ganze Zeit sterben: 219 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990.

Der Eisenacher Leon Ringl wurde nicht durch die beiden Überfälle, die vermeintlich die Gruppe um Lina E. auf ihn verübte, zum gefährlichen Nazischläger und Rechtsterroristen. Bis es dazu kam, hat Ringl über Jahre hinweg in der thüringischen Kleinstadt daran gearbeitet, eine national befreite Zone aufzubauen. Mit der militänten Gruppe Knockout 51 ging er auf Menschenjagd und verübte Anschläge, mit seiner Kneipe Bull's Eye bot er der gewaltbereiten Szene einen Rückzugs- und Vernetzungsraum und mit seinem Versuch, einen deutschen Ableger der den Rassenkrieg propagierenden Atomwaffen Division aufzubauen, wollte er den Schritt zum Terrorismus weitergehen.

Der Staat hat all das lange geschehen lassen und zeigte sich außerstande, Menschen anderer Herkunft oder nicht rechter Gesinnung zu schützen. Erst dieses Staatsversagen reißt die Lücke, in der sich An-*ti*-fa-schis-t:in-nen legitimiert sehen, selbst tätig zu werden. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen: Ein menschenwürdiges Leben für alle, also auch für Nicht-Deutsche und Nicht-Weiße, für LGBTQ oder Linke ist nur da möglich, wo das rechte

Antifa, weil Staatsversagen; Das Urteil gegen Lina E. soll Linke abschrecken. Dabei geht die Gefahr für Demokratie und Menschenleben von Rechtsextremen aus. War....

Gewaltmonopol gebrochen ist. Vielfach haben sich Linke in den 1990er Jahren Räume erst erkämpfen müssen, die heute allgemeine Wohlfühloasen sind. Antifa heißt für viele Menschen vor allem Sicherheit. Es ist das Motiv, angstfreie Räume zu schaffen, die man Antifaschist:innen, die Gewalt auch mit Gegengewalt begegnen, zugute halten muss.

Strafmildernd aber wirkt sich das hehre Ziel für sie nicht aus im Gegenteil. Der Verfolgungseifer gegen Linke ist groß, gerade in Sachsen, wo die CDU seit 1990 Regierungschef und Innenminister stellt. Wer immer sich hier öffentlichkeitswirksam gegen rechts positionierte, vom Pfarrer Lothar König und dem Bündnis Dresden Nazifrei bis hin zu Fußballfans von Chemie Leipzig, wurde mit dem Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung überzogen. Vielen im Freistaat, der in Richtung eines rechtsextremen failed state abzurutschen droht, gelten Linke als die größte Gefahr.

Zwar werden anders als in den 1990er Jahren inzwischen auch Nazis mitunter hart bestraft, so etwa die Gruppe Freital, doch die Beispiele der Nachlässigkeit nicht nur in Sachsen sind zahlreich. Die Aufarbeitung des Nazi-Angriffs auf den linksalternativen Leipziger Stadtteil Connewitz wurde ewig verschleppt, die Angreifer kamen glimpflich davon. NSU-Helfer André Eminger, Helfer für 10 Morde also, erhielt mit 2,5 Jahren Haft eine geringere Strafe als der Lina E.-Helfer Jonathan M. Und zwei Neonazis, die im thüringischen Fretterode zwei Journalisten lebensgefährlich attackierten, kamen mit einem Jahr auf Bewährung und 200 Sozialstunden davon. Das milde Urteil begründete der Richter damit, dass sie ihre Opfer nicht als Journalisten erkannt, sondern für Linke gehalten hatten.

Während viele wegschauen, ist die AfD im Osten zur mittlerweile flächendeckend stärksten Kraft aufgestiegen, der Faschist Björn Höcke könnte in Thüringen im nächsten Jahr die Wahl gewinnen. In diesem Klima breitet sich unter den Kindern der Baseballschlägereltern vielerorts wieder eine rechte Hegemonie aus, in der halbe Klassenverbünde zum Hitlergruß ansetzen, wie jüngst der Brandbrief Brandenburger Leh-re-r:in-nen zeigte. Das rechte Gewaltmonopol auf den Straßen vieler vor allem ländlicher Regionen geht, anders als in den Nachwendejahren, mit einer realen Machtperspektive der extremen Rechten einher, denen von der vermeintlich konservativen Mitte der braune Teppich ausgerollt wird.

Organisierte Antifa-Strukturen sind dagegen fundamental in der Krise. Der Generation, die in sich gegen den rechten Terror der 1990er Jahre stellte und jener, die noch 2010/11 Europas größten Naziaufmarsch in Dresden beendete, ist keine ähnlich starke gefolgt. Politisches Engagement auf der Linken bildet sich heute anders ab, weniger organisiert, weniger offensiv, mehr auf sich selbst bezogen und häufiger damit zufrieden, die eigenen linken Großstadtinseln zu verteidigen. Den wenigen verbliebenen militärischen An-ti-fa-schis-t:in-nen fehlt damit oftmals die Basis; ihre Aktionen können auch als Verzweiflungsakte gelesen werden.

Gleich mit mehreren Verfahren wegen Bildung krimineller Vereinigungen ist der Staat den verbliebenen linken Militanten auf den Fersen; der Ermittlungsdruck durch die umfangreichen Schnüffelbefugnisse, die mit den Verfahren einhergehen, ist so groß wie nie. Radikal linke Strukturen werden damit weiter geschwächt zur Freude der Rechten. Zugleich ist der gegen Linke so starke Staat nicht in der Lage, der rechtsextremen Landnahme effektiv entgegenzutreten. Die Zeiten werden wieder härter. Antifaschismus ist notwendiger denn je.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); TOD & STERBEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); TERRORISMUS (89%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); DEUTSCHE

Antifa, weil Staatsversagen; Das Urteil gegen Lina E. soll Linke abschrecken. Dabei geht die Gefahr für Demokratie und Menschenleben von Rechtsextremen aus. War....

POLITISCHE PARTEIEN (75%); TERRORANSCHLÄGE (73%); KRIEGSWAFFEN (70%); MASSENVERNICHUNGSWAFFEN (69%); FUSSBALL (65%); SPORTFANS (50%)

Industry: KRIEGSWAFFEN (70%); MASSENVERNICHUNGSWAFFEN (69%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Eingeschränkte Solidarität; Im Lina E.-Prozess fällt auch das Urteil gegen einen Berliner Antifa. Die Szene steht unter hohem Ermittlungsdruck

taz, die tageszeitung

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 1034 words

Byline: Erik Peter

Highlight: Im Lina E.-Prozess fällt auch das Urteil gegen einen Berliner Antifa. Die Szene steht unter hohem Ermittlungsdruck

Body

Von Erik Peter

Wenn am heutigen Mittwoch in Dresden das Urteil im Antifa-Ost-Verfahren gegen Lina E. und drei Mitangeklagte fällt, wird auch die antifaschistische Szene Berlins gebannt nach Sachsen schauen. Den Angeklagten werden sechs gewalttätige Übergriffe auf Neonazis zwischen 2018 und 2020 sowie die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Kurzfristig und eher pflichtschuldig wurde eine Demo für den Abend vor dem Landeskriminalamt angekündigt, danach ruft die Szene zur Antifa-Vollversammlung in den Mehringhof. Offene Solidaritätsarbeit im größten Antifa-Prozess seit vielen Jahren sucht man in Berlin aber nahezu vergebens.

Dabei steht mit Philipp M. auch ein Berliner vor einer Verurteilung. Die Staatsanwaltschaft fordert für ihn drei Jahre und neun Monate Haft. Er soll sein Auto für einen Überfall in Eisenach zur Verfügung gestellt und sich an einem Angriff in Wurzen beteiligt haben. Den Vorwurf, beim Überfall auf das Eisenacher Nazi-Lokal Bull's Eye dabei gewesen zu sein, konnten seine Verteidiger entkräften: An jenem Tag war M. in Berlin. Das beweisen ausgerechnet Überwachungsmaßnahmen der Polizei aus einem weiteren Verfahren, in dem M. ebenfalls im Verdacht steht, Teil einer kriminellen Vereinigung zu sein. Zusammen mit weiteren Angeklagten aus Berlin und Athen soll er während des G20-Gipfels in der Hamburger Elbchaussee randaliert haben.

In Berlins Antifa-Szene ist M. ein alter Bekannter. Schon 2017 war er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, nachdem er in der Rigaer Straße einen Polizeihubschrauber mit einem Laserpointer geblendet hatte. Free Nero hieß die damalige Kampagne, die die Freilassung des Gefährten aus dem Umfeld der Rigaer 94 forderte mit Soli-Erklärungen, Graffitis und auch mit einem Drohbesuch in der Senatsverwaltung für Justiz.

Im aktuellen Dresdner Prozess gibt es wieder eine Berliner Soli-Gruppe für M. als Teil des Solidaritätsbündnisses Antifa Ost. Doch öffentlich in Erscheinung tritt diese kaum. Stattdessen findet sich ein Text der Gruppe, die mit Kritik an dem Angeklagten nicht spart. Nicht aufgrund seiner vermeintlichen Taten, sondern wegen eines Vice-Artikels, für den sich M. nach seiner Haftentlassung porträtierten ließ und der ihn als Märtyrer darstellte. Vorgeworfen wird M. und seinem Umfeld die fehlende Auseinandersetzung mit mackerhaftem Verhalten.

Eingeschränkte Solidarität; Im Lina E.-Prozess fällt auch das Urteil gegen einen Berliner Antifa. Die Szene steht unter hohem Ermittlungsdruck

Doch die groß angelegte Solidarität mit den angeklagten Antifaschist:innen, deren Anklage sehr wohl als Angriff gegen alle militant und autonom agierenden Antifas begriffen wird, wie es in einem Text heißt, scheitert an mehr: Einerseits ist die Szene inzwischen grundsätzlich schwach aufgestellt, wie eine organisierte Antifaschistin der taz sagt, die anonym bleiben möchte. Anderseits hielten aufgrund eines umfangreichen Repressionsdrucks viele gerade die Füße still.

Der Niedergang klassischer Antifastrukturen der vergangenen Jahre hat kaum mehr handlungsfähige Gruppen übrig gelassen am ehesten wahrnehmbar ist noch die North East Antifa. Das Fehlen gezielter Antifa-Jugendarbeit hat eine Lücke gerissen. Neue Themen, mitunter auch der Fokus auf identitäre Selbstbeschäftigung, drängen offensive Antifa-Arbeit in den Hintergrund.

Noch vor zehn Jahren hätte ein Prozess wie das Antifa-Ost-Verfahren umfangreiche Aktivitäten ausgelöst. Heute hat er außer einigen Free Lina -Schriftzügen im Stadtbild kaum Spuren hinterlassen. Lediglich im Februar gab es eine gut besuchte Infoveranstaltung im About Blank. Das dazugehörige Thesenpapier über Militanz und patriarchale Gewalt ist auch eine Reaktion auf den Kronzeugen der Dresdner Anklage: Johannes D., dem die Szene doppelten Verrat vorwirft. Eine Vergewaltigung während seiner Antifa-Zeit sowie seine umfangreichen Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft nach seinem Outing.

Stundenlang hat D. über Strukturen ausgesagt, Namen genannt, Bilder identifiziert. Mehrere Berliner An-ti-fa-schis-t:in-nen hat er beschuldigt, zum Kreis um Lina E. zu gehören. Darunter Tobias E., gegen den schon lange Ermittlungen wegen der Beteiligung an einem Überfall liefen und der zu den Angeklagten im zweiten Antifa-Ost-Verfahren in Gera gehört. E. wurde im Februar in Ungarn festgenommen, wo er bis heute im Knast sitzt. Mit etwa einem Dutzend weiterer Antifas soll er am Rande des Faschisten-Treffens Tag der Ehre Angriffe auf Nazis verübt haben. Eine weitere Berlinerin, die in Budapest festgenommen wurde, ist vorerst auf freiem Fuß. Bei beiden fanden im Februar Hausdurchsuchungen statt.

In der Szene ist man sich bewusst über die Strukturermittlungen, die derzeit laufen, und in denen potentiell unzählige Leute drin stecken, wie die Antifaschistin sagt. Gleich mehrere Ermittlungsverfahren nach Paragraf 129 geben den Behörden umfangreiche Möglichkeiten, Verdächtige zu überwachen, ihre Telekommunikation abzufangen, Kameras vor Haustüren zu installieren und sie zu beschatten. Der Ermittlungsdruck ist hoch.

Was auch immer passiert, eine gedachte Verbindung zu jenen militänten Strukturen, die bereits im Fokus stehen, ist schnell gezogen. Als die Polizei Mitte Februar einen vermeintlichen Anschlag auf eine Bahntrasse in Adlershof verhinderte und dabei zwei Verdächtige mit einem Kanister, Funkgeräten und Listen mit Polizeikennzeichen feststellte, hieß es: Ein möglicher Zusammenhang mit den Festnahmen in Ungarn werde geprüft. Beide sind dem Staatsschutz der Polizei als Linksextremisten bekannt.

So ruhig es bislang auch war, am Samstag werden vermutlich Hunderte radikale Linke aus Berlin zur Tag X-Demonstration nach Leipzig fahren. Auch in postautonomen Strukturen ist der Termin lange vorgemerkt. Die Demo-Aufrufe sind militant, Sicherheitsbehörden rechnen mit Ausschreitungen. Spekuliert wird auch über militante Racheaktionen: In einem Indymedia-Artikel wurde angedroht, eine Million Euro Sachschaden pro Haftjahr anzurichten. Eine große militante Welle aber sehen Szeneinsider auf Berlin nicht zukommen.

Dagegen wird es bereits am Freitag in Berlin ein weiteres öffentliches Zeichen der Solidarität geben. Dann rufen An-ti-fa-schis-t:in-nen dazu auf, für die Betroffenen der Strafermittlungen aus Budapest zu demonstrieren ganz friedlich, mit einer Kundgebung vor der ungarischen Botschaft.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Eingeschränkte Solidarität; Im Lina E.-Prozess fällt auch das Urteil gegen einen Berliner Antifa. Die Szene steht unter hohem Ermittlungsdruck

Subject: ANKLAGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); JUSTIZMINISTERIEN (77%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); VANDALISMUS (74%); ÜBERWACHUNG (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); POLIZEIKRÄFTE (71%); GESPRÄCHE & TREFFEN (66%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); HUBSCHRAUBER (50%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); ATHEN, GRIECHENLAND (55%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (96%)

Load-Date: May 30, 2023

End of Document

Der Staatsanwalt kam undercover; Eine Solidaritätsdemo in Leipzig für Lina E. durfte wegen Vermummung nicht laufen. Nun stellt sich heraus: Auch die Staatsgewalt tummelte sich unter den Maskierten

taz, die tageszeitung

Donnerstag 22. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 588 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Eine Solidaritätsdemo in Leipzig für Lina E. durfte wegen Vermummung nicht laufen. Nun stellt sich heraus: Auch die Staatsgewalt tummelte sich unter den Maskierten

Body

Von Konrad Litschko

Das Foto warf schon am Tag der verhinderten Tag X -Demonstration in Leipzig Fragen auf. Zwei vermummte Personen sind darauf zu sehen, mit Klemmbrett und im intensiven Austausch mit Polizeibeamten. Waren es Zivilpolizisten? Auf einer Demonstration, die wegen verummelter Teilnehmender aufgelöst wurde?

Nun gibt es die Auflösung. Denn Polizei und Staatsanwaltschaft bestätigten am Mittwoch der taz, dass die beiden Vermummten mit den Klemmbrettern ein Leipziger Staatsanwalt und eine unterstützende Kriminalbeamte waren. Diese seien vor Ort gewesen, um über Maßnahmen für festgesetzte Demonstrierende zu entscheiden, sagte ein Polizeisprecher der taz. Die Vermummung sei zum Eigenschutz gewählt worden als persönliche Entscheidung .

Auch ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Leipzig bestätigte den Vorgang und begründete das ebenso mit dem Eigenschutz der beiden Beamten. Die Polizei verwies auf mehrere Fälle, in denen Polizeikräfte oder Justizmitarbeitende zuletzt aus der linksradikalen Szene auch persönlich bedroht worden seien. Daher habe auch für den Staatsanwalt und die Kriminalbeamte eine latente Gefahr bestanden, so der Polizeisprecher.

Das sächsische Innenministerium hatte zuvor bereits in einer Sondersitzung des Innenausschusses im Landtag bestätigt, dass sich auf der Demonstration auch verdeckte Zivilbeamte befanden. Deren genaue Zahl wollte die Polizei auch am Mittwoch auf taz-Nachfrage nicht nennen. Dass nun aber auch ein Staatsanwalt unter den Vermummten war, ist angesichts der just wegen Vermummung untersagten Demonstration pikant.

Der Sprecher der Leipziger Polizei behauptet aber, dass der Staatsanwalt erst nach der Auflösung der Demo vor Ort eingetroffen sei, als bereits der Polizeikessel bestand. Seine Aufgabe sei es gewesen zu entscheiden, ob und wie etwa die Identitäten der Eingekesselten festgestellt werden. Diese Entscheidungen habe er vor Ort treffen wollen.

Es ist mehr als befreidlich, wenn ein Vertreter der Justiz verummt auftritt , sagte die Linken-Landtagsabgeordnete Jule Nagel der taz. Das erschüttert das Vertrauen in eine faire, neutrale Justiz. Auch der

Der Staatsanwalt kam undercover; Eine Solidaritätsdemo in Leipzig für Lina E. durfte wegen Vermummung nicht laufen. Nun stellt sich heraus: Auch die Staatsgewalt....

Grünen-Stadtverordnete Jürgen Kasek, der die aufgelöste Demonstration geleitet hatte, nannte den verummmten Staatsanwalt ein Problem . Dessen Arbeit müsse sehr kritisch hinterfragt werden. Es entstehe der Eindruck, dass der Staatsanwalt einseitig handele. Die Linke Jule Nagel verweist zudem auf eine Hausdurchsuchung im Januar dieses Jahres in Leipzig, bei welcher derselbe Staatsanwalt ebenfalls über mehrere Stunden verummt auftrat. Auch hier rechtfertigte das sächsische Innenministerium den Vorgang im Nachhinein mit der Eigensicherung des Beamten. Es sei mit gefährdungsrelevanten Aktionen zu rechnen gewesen und die Vermummung damit geeignet, erforderlich und geboten , um etwa Fotos von dem Staatsanwalt zu erschweren. Auch gebe es keine Norm, die eine Gesichtsverhüllung verbiete, antwortete das Innenministerium auf eine Linken-Anfrage.

Nach der aufgelösten Leipzig-Demonstration wird weiterhin gegen die gut 1.000 Eingekesselten wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Vollstreckungsbeamte ermittelt. Ein Vorwurf lautet auch auf versuchten Mord wegen eines Brandsatzwurfs, der neben Polizeibeamten landete. Die Täter sind hier weiter unbekannt, teilte die Staatsanwaltschaft Leipzig am Mittwoch mit.

Nach dem Protestwochenende gab es zunächst auch zehn Haftbefehle. Inzwischen sind, bis auf einen, alle außer Vollzug. Die letzte Haftprüfung sollte am Mittwoch stattfinden.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: STAATSANWÄLTE (93%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); JUSTIZMINISTERIEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); VERHAFTUNGEN (77%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (72%); MORD (72%); POLITISCHE PARTEIEN (72%); REGIERUNGSKABINETTS (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (93%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 21, 2023

End of Document

Unerschütterliche Anklage; Seit anderthalb Jahren wird gegen Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Die Bundesanwaltschaft fordert mehrjährige Haftstrafen

taz, die tageszeitung

Freitag 31. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 762 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Seit anderthalb Jahren wird gegen Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Die Bundesanwaltschaft fordert mehrjährige Haftstrafen

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Lina E. lässt sich nichts anmerken. Die 28-jährige Leipzigerin winkt am Morgen, wie immer, lächelnd ihren Bekannten im Publikum zu, als sie im Strickpullover den Saal des Oberlandesgerichts Dresden betritt. Als die Bundesanwaltschaft später Anklagevorwurf um Anklagevorwurf gegen die Studentin zusammenfasst, bleibt sie regungslos, macht nur aufmerksam Bleistiftnotizen. Dabei ist für die Ankläger in ihrem Plädoyer klar: Der Prozess habe erwiesen, dass Lina E. Räderführerin einer kriminellen Vereinigung gewesen sei, die massive Gewalt gegen Rechtsextreme verübt habe.

Damit ist die Schlussphase des größten Prozesses eingeläutet, der seit Langem gegen die linksradikale Szene geführt wird. Seit zweieinhalb Jahren sitzt Lina E. bereits in Haft, seit September 2021 wird gegen sie und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin in Dresden verhandelt, inzwischen 92 Prozesstage lang. Sechs Mal soll ihre Gruppe in Leipzig, Wurzen und Eisenach schwere Angriffe auf Rechtsextreme verübt haben, von Oktober 2018 bis Februar 2020: darunter auf den früheren NPDler Enrico B. oder den Eisenacher Kampfsportler und Szenekneipenwirt Leon R., der zwei Mal angegriffen wurde.

Lina E. und ihr bis heute untergetauchter Partner Johann G. seien dabei zentral gewesen, betont Oberstaatsanwältin Alexandra Geilhorn auch am Donnerstag. Sie hätten die Opfer mit ausgewählt, Fluchtfahrzeuge gestellt oder die Angriffe koordiniert. Tatsächlich wurde Lina E. nach dem zweiten Überfall in Eisenach auf Leon R., im Dezember 2019, in einem Fluchtauto erstmals festgenommen, dem ihrer Mutter so kamen ihr die Ermittler auf die Spur. Oberstaatsanwältin Geilhorn nutzt das Plädoyer ihrer Bundesanwaltschaft für eine grundsätzliche Mahnung. Um das hier und heute in aller Deutlichkeit zu sagen, es gibt keine gute politische Gewalt, betont sie. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel.

Tatsächlich hatte der Prozess über Monate um Indizien gerungen, ob die Angeklagten an den Taten beteiligt waren. Eine Tüte mit einer DNA-Mischspur, die zu Lina E. passen könnte. Ein Video aus einer Regionalbahn. Oder Fotos von einem Tatort auf einer Kamera, die bei Lina E. gefunden wurde. Indizien, welche die Verteidigung bis

Unerschütterliche Anklage; Seit anderthalb Jahren wird gegen Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Die Bundesanwaltschaft fordert mehrjährige Haftstr....

heute in Zweifel zieht. Ein Mitangeklagter, Philipp M., konnte für eine Tat gar ein Alibi präsentieren: Er war damals in Berlin in einer Kneipe, wie seine Handydaten belegten.

Dieses Alibi von Philipp M. lässt die Oberstaatsanwältin Geilhorn gelten sonst bleibt sie bei ihrer Anklage: Es gibt nicht den einen Beweis. Es gibt keine Smoking Gun. In der Zusammenschau aller Indizien sei Lina E. bei allen Taten überführt. Alle Angriffe teilten ein Tatmuster. Lina E.s Partner Johann G. sei mehrmals vor Ort gewesen. E. selbst habe sich auch im Alltag konspirativ verhalten, indem sie etwa zu Hause gleich 11 Handys vorhielt. Auch hätten ZeugInnen immer wieder eine Frau am Tatort geschildert.

Die Verteidigung kritisierte die Bundesanwaltschaft scharf. Dass diese trotz der vielen Zweifel in der Beweisaufnahme unbeirrt an der Anklage festhalte, sei abenteuerlich, sagt Ulrich von Klinggräff, Anwalt von Lina E., der taz. Das offenbart eine ungeheure Einseitigkeit und erhebliche Verdrängungsleistung. Sich auf eine Gesamtschau der Indizien zu berufen, sei ein Totschlagargument. Die Bundesanwaltschaft könne nicht als objektive Behörde gesehen werden.

Geilhorn beruft sich auch auf einen früheren Mitstreiter von Lina E., der im Prozess zum Kronzeugen avancierte: den Berliner Johannes D. Anders als Lina E. und die Mitangeklagten, die bis heute schweigen, packte dieser plötzlich aus. Der 30-Jährige war zuvor in der Szene als Vergewaltiger beschuldigt und geoutet worden. Auf Vermittlung des Verfassungsschutzes kooperierte er darauf mit der Polizei und beschuldigte Lina E. und Johann G. als zentrale Figuren der Gruppe. Mit Trainings habe man sich auf die Überfälle vorbereitet. Bei den angeklagten Angriffen selbst war Johannes D. indes nur bei einem einzigen dabei, beim zweiten Überfall auf Leon R. in Eisenach.

Am Donnerstagabend wurde das Plädoyer der Bundesanwaltschaft unterbrochen. Ihre geforderte Strafhöhe für die Angeklagte wird sie nun kommenden Mittwoch kundtun. Die Verteidigung soll im April plädieren, ein Urteil wird Anfang Mai erwartet. Dass das Gericht an Lina E.s zentrale Rolle glaubt, zeigt sich daran, dass sie auch nach zweieinhalb Jahren in U-Haft belassen wird und eine weit längere Haftstrafe zu erwarten hat.

Es ist die Schlussphase des größten Prozesses, der seit Langem gegen die linksradikale Szene geführt wird

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: STAATSANWÄLTE (93%); ANKLAGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); RECHTSANWÄLTE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); BEWEIS (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); ZEUGEN (77%); VERHAFTUNGEN (74%); TOTSCHLAG (72%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (93%); RECHTSANWÄLTE (90%); MOBILTELEFONE (67%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (78%)

Load-Date: March 30, 2023

Unerschütterliche Anklage; Seit anderthalb Jahren wird gegen Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Die Bundesanwaltschaft fordert mehrjährige Haftstr....

End of Document

Anklage gegen die einseitige Anklage; Im Prozess gegen die Leipziger Linke Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis plädiert die Verteidigung und kritisiert die Bundesanwaltschaft und RichterInnen scharf

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 715 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Im Prozess gegen die Leipziger Linke Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis plädiert die Verteidigung und kritisiert die Bundesanwaltschaft und RichterInnen scharf

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Ulrich von Klinggräff spart nicht an deftiger Kritik. Der Prozess habe eine politische Justiz offenbart, die seine Mandantin Lina E. von Beginn an vorverurteilt habe, klagt der Verteidiger im Oberlandesgericht Dresden. Von feindstrafrechtlichen Bezügen spricht er, von einem unbedingten Verfolgungseifer und Geschichtsblindheit der Bundesanwaltschaft. Die Angesprochenen, und auch Lina E., verfolgen das weitgehend ungerührt. Die Abreibung kommt nicht unerwartet.

Über die ganze Verhandlung hatte die Verteidigung harte Kritik an der Anklage geübt und sie wiederholt sie nun am Mittwoch bei ihren Plädoyers im größten Prozess gegen militante Linksradikale seit Jahren. Die Bildung einer kriminellen Vereinigung und sechs schwere Angriffe auf Rechtsextreme von Oktober 2018 bis Februar 2020 in Leipzig, Eisenach und Wurzen wirft die Bundesanwaltschaft Lina E. und drei Mitangeklagten Jannis R., Lennart A., Philipp M. vor. Die 28-jährige Leipzigerin sei dabei Anführerin gewesen.

Seit anderthalb Jahren wird darüber in Dresden verhandelt, noch ein knappes Jahr länger sitzt Lina E. in U-Haft. Und die Bundesanwaltschaft betonte in ihrem Plädoyer, dass sie alle Anklagepunkte zumindest gegen die 28-Jährige für bestätigt erachtet. Sie forderten für sie acht Jahre Haft und für die Mit-an-geklagten bis zu drei Jahre und neun Monate Haft.

Verteidiger von Klinggräff hält das für völlig überzogen. Er verweist auf den NSU-Prozess, wo der Mitangeklagte Ralf Wohlleben zehn Jahre Haft erhielt für die Lieferung der Tatwaffe, mit der neun Menschen ermordet wurden. Und der Anwalt kritisiert noch mal die absurden Sicherheitsvorkehrungen im Saal, den polizeilichen Popanz, die auch mediale Verleumdung von Lina E. und ihre lange U-Haft. Der Prozess sei viel zu hoch gehängt und hätte genauso gut vor einem Landgericht verhandelt werden können, findet von Klinggräff.

Gerade in Eisenach, wo zwei der Angriffe stattfanden, habe kein friedlicher Meinungskampf geherrscht, sondern Naziterror auf der Straße. Ein antifaschistisches Tatmotiv könnte damit ja auch strafmildernd gesehen werden, so der Anwalt. Die Bundesanwaltschaft aber sehe es strafverschärfend.

Anklage gegen die einseitige Anklage; Im Prozess gegen die Leipziger Linke Lina E. wegen Angriffen auf Neonazis plädiert die Verteidigung und kritisiert die B....

Kritik im Prozess sei immer nur an der Verteidigung geübt worden selbst noch, als der Bundesanwaltschaft mit zwei Alibis nachgewiesen werden konnte, dass sie bei zwei Mitangeklagten zwei falsche Tatvorwürfe erhoben hatte.

Dann geht von Klinggräff auf die konkreten Taten ein und kritisiert eine unfassbare Einseitigkeit der Beweiswürdigung und eine Beweislastumkehr. Im Zweifel gegen die Angeklagten , habe im Prozess gegolten. Obwohl alle Anklagepunkte auf Indizien oder Mutmaßungen beruhten, verwende die Bundesanwaltschaft diese allesamt gegen die Angeklagten oder betreibe Rosinenpickerei . Immer wenn eine Frau am Tatort gewesen sein soll, soll es Lina E. gewesen sein. Immer wenn ihr bis heute untergetauchter Partner Johann G. dabei gewesen sei, sei es auch die 28-Jährige gewesen. Von einer Bonnie & Clyde -Logik spricht von Klinggräff, die mit keinen Beweisen unterlegt sei.

Auch die Aussagen einiger der angegriffenen Neonazis, die Lina E. belasteten, seien schamlos gelogen gewesen, erinnert von Klinggräff. Ein früherer Szenekumpel von Lina E., der zum erweiterten Feld der Beschuldigten gehört und im Prozess plötzlich als Kronzeuge aussagte, habe nur Mutmaßungen geliefert. Noch dazu habe er unter Druck gestanden, etwas liefern zu müssen , um einen Strafrabatt zu bekommen.

Die Verteidigung von Lina E. fordert darauf Freispruch in fünf der sechs Angeklagepunkte. Einzig die zweite Attacke in Eisenach, nach der Lina E. mit dem Mitangeklagten Lennart A. in einem Fluchtauto gefasst wurde, sieht der Mitverteidiger Erkan Zünbül als Körperverletzung, aber nur als versuchte, weil der Angriff abgebrochen wurde, nachdem der Neonazi Leon R. ein Messer zog. Bei dem folgenden Angriff auf R.s Begleiter sei Lina E. dann nicht mehr beteiligt gewesen sei. Die Verteidiger beantragen dann auch noch die Haftentlassung von Lina E.. Eine Fluchtgefahr, wie von der Bundesanwaltschaft behauptet, sei absurd . Die Plädoyers sollen am Donnerstag fortgesetzt werden, ein Urteil wird für Mitte Mai erwartet.

In Eisenach, wo zwei der Angriffe stattfanden, herrsche Naziterror auf der Straße

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: STAATSANWÄLTE (94%); ANKLAGEN (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); NSU-PROZESS (90%); RICHTER (90%); GERICHTSHÖFE (89%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); ZEUGEN (78%); VERHAFTUNGEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (94%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: April 19, 2023

Was vom Tag X übrig bleibt; In Leipzig kommt es bei einer linken Demo zu dem Urteil gegen Lina E. zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstrant:innen. Über elf Stunden werden 1.000 Menschen eingekesselt, 50 Beamte werden verletzt. Die Stadt verbietet eine weitere Demo am Sonntag

taz, die tageszeitung

Montag 05. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1538 words

Byline: Konrad Litschko, Adefunmi Olanigan

Highlight: In Leipzig kommt es bei einer linken Demo zu dem Urteil gegen **Lina E.** zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstrant:innen. Über elf Stunden werden 1.000 Menschen eingekesselt, 50 Beamte werden verletzt. Die Stadt verbietet eine weitere Demo am Sonntag

Body

Aus Leipzig Konrad Litschko und Adefunmi Olanigan

Um kurz vor 2 Uhr am Sonntagmorgen zieht Jürgen Kasek vom Alexis-Schumann-Platz ab, das Megafon über der Schulter, sein Fahrrad in die Nacht schiebend, vorbei an einer schier endlosen Schlange an Polizeiwannen. Heute hat der Rechtsstaat kapituliert, schimpft der Grüne nur noch leise, ermattet vom stundenlangen Reden. Ein autoritärer Staat habe ein faktisches Grundrechtsverbot für Linke erlassen. Das ist eine Eskalation, die man hätte vermeiden können.

Um diese Zeit sind immer noch Polizeikräfte überall in der Leipziger Südvorstadt und in Connewitz unterwegs, Wasserwerfer stehen in Seitenstraßen, am Himmel kreist ein Hubschrauber. Und zur selben Zeit stehen gegenüber dem Alexis-Schumann-Platz immer noch gut 150 Protestierende zusammen, seit Stunden umzingelt von der Polizei. Die Letzten von ihnen werden erst am Sonntagmorgen um kurz nach 5 Uhr rauskommen, nach 11 Stunden. Schweren Landfriedensbruch und Angriffe auf Vollstreckungsbeamte wirft die Polizei ihnen nun vor, wegen Böller-, Stein- und Flaschenwürfen.

Das ist es also, was vom Tag X bleibt. Von sinnloser Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern spricht am Sonntag Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Diese sei durch nichts zu rechtfertigen, die Straftäter müssten konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Auch Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) spricht von massiven Angriffen. Das Vorgehen von Polizei, Stadt und Justiz sei richtig gewesen. Auf der anderen Seite beklagen Linke, die Leipziger Jusos und Teile der Grünen eine belagerte Stadt und einen völlig überzogenen Polizeieinsatz.

Seit Monaten hatten Autonome zu der Tag X -Demonstration für den Samstag nach dem Urteil in dem Prozess gegen die Leipziger Linke **Lina E.** und drei Mitangeklagte nach Leipzig aufgerufen. Am Mittwoch nun hatte das

Was vom Tag X übrig bleibt; In Leipzig kommt es bei einer linken Demo zu dem Urteil gegen Lina E. zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstrant:innen. Übe....

Oberlandesgericht Dresden das Quartett zu Haftstrafen von bis zu gut fünf Jahren verurteilt: wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und mehreren schweren Angriffen auf Rechtsextreme.

Schon am Donnerstag aber hatte die Stadt Leipzig die Tag X -Demonstration verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu erwarten sei. Ab Donnerstag wurden in einer Allgemeinverfügung keine Versammlungsanmeldungen mit Bezug zum Lina-E.-Urteil mehr erlaubt, ab Freitag galt ein 48-stündiger Kontrollbereich in der Stadt. Die Leipziger Polizei organisierte den größten Einsatz seit Jahren, mit Einsatzkräften aus fast allen Bundesländern noch einmal mehr als zur Wir sind alle Linxx Demonstration vor zwei Jahren, bei der sich bereits gut 3.500 Teilnehmende mit Lina E. solidarisiert hatten. Mehrere Gerichte bestätigten das Demoverbot, am Samstag wies auch das Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde dagegen zurück. Die autonome Szene aber hatte trotzdem weiter zum Protest aufgerufen jetzt erst recht . Auch wurde in einem Aufruf ein Sachschaden von 1 Million Euro für jedes verhängte Haftjahr angekündigt.

Am Samstagnachmittag hatte Jürgen Kasek noch gehofft, das Ganze irgendwie retten zu können. Der Verein Say it out loud hatte eine Demonstration am Alexis-Schumann-Platz nördlich von Connewitz angemeldet, schon am Mittwoch in Reaktion auf die Allgemeinverfügung, als das noch erlaubt war. Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig , lautete der Titel. Kasek, grüner Stadtverordneter und Anwalt, übernahm die Versammlungsleitung. In der autonomen Szene wurde der Aufzug schnell als Ersatz für die verbotene Tag X -Demonstration ausgemacht.

Tatsächlich sammeln sich am Samstagnachmittag gut rund 2.000 Menschen auf der Grasfläche, rundherum Polizeiwagen. Familien mit Kinderwagen sind anfangs darunter, die Omas gegen rechts , eine Trommelgruppe. Am Kopf der Demo steht eine Gruppe, die sich mit inhaftierten türkischen An-ti-fa-schis-ti-nen solidarisiert, denen eine kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland vorgeworfen wird. Parallel aber sammeln sich Schwarzgekleidete. Eine Frau trägt ein Pappschild mit Free Lina , auf einem Plakat prangt die Anspielung auf die Hammerangriffe ihrer Gruppe: if i had a hammer .

Als Jürgen Kasek über einen kleinen Lautsprecher die Veranstaltung eröffnet, wird er immer wieder von Sprechchören unterbrochen. 129 kennen wir schon Feuer und Flamme der Repression ertönt es. Gemeint ist der Paragraf 129 im Strafgesetzbuch: die kriminelle Vereinigung. Die Polizei macht die Straßen dicht, fordert ein Ablegen der Vermummung. Auch Kasek appelliert, sich nicht zu vermummen weitgehend ohne Erfolg. Man habe kein Interesse an einer Eskalation, sagt Kasek der taz. Wir wollen diese Bilder nicht liefern. Sonst spielen wir nur ein Spiel mit, das wir nicht gewinnen können. Gewalt ist nie ein Selbstzweck. Die Polizei hat wegen des Schwarzen Blocks bereits nur noch eine stationäre Kundgebung erlaubt. Kasek kritisiert das scharf. Ich habe den Eindruck, dass nie geplant war, dass wir laufen dürfen. Das wirkt wie eine Falle.

Wenig später rennt der Schwarze Block plötzlich los, Richtung einer Seitenstraße. Steine, Flaschen und Feuerwerk fliegen auf Polizeibeamte, laut Beobachtern auch ein Brandsatz. Pink, lila und schwarze Rauchschwaden liegen über den Straßen. Die Polizei aber riegelt die Straße ab, lässt Wasserwerfer aufziehen und treibt die Autonomen zurück auf den Platz in den Polizeikessel. Dorthin geraten indes auch andere Teilnehmende, etwa die türkischen Antifaschist:innen. Umstehende solidarisieren sich noch mit den Festgesetzten. Eine Kundgebung oder Demonstration wird es nicht mehr geben.

In Connewitz kommt es in den Folgestunden noch zu vereinzelten kleinen Barrikadenbauten und Steinwürfen auf eine Polizeiwache. Die Polizei hat es aber schnell unter Kontrolle, rückt wieder mit Wasserwerfern an. Am Ende steht nur noch der Polizeikessel in der Südvorstadt. Bis in die Morgenstunden werden dort Parolen gerufen. Free Lina , schallt es. Oder: Wo wart ihr in Hanau? Immer wieder fordert die Polizei auf, politische Parolen mit Bezug auf Lina E. zu unterlassen. Demosanitäter werfen Wasserflaschen und Chips in die Menge, verteilen später Rettungsdecken gegen die Kälte.

Jürgen Kasek versucht auch da noch, eine Solidaritätsdemonstration für die Festgesetzten anzumelden, redet unablässig mit Polizeibeamten ohne Erfolg. Selbst Minderjährige würden in dem Kessel festgehalten, Eltern nicht informiert, schimpft er. Das ist rechtswidrig. Nach und nach werden die Eingekesselten von der Polizei herausgeführt, fotografiert, ihre Personalien aufgenommen. Die meisten erhalten einen Platzverweis, einige

Was vom Tag X übrig bleibt; In Leipzig kommt es bei einer linken Demo zu dem Urteil gegen Lina E. zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstrant:innen. Übe....

berichten, sie hätten ihre Handys abgeben müssen. Spricht die Polizei zunächst von 300 Festgesetzten, korrigiert sie das später auf gut 1.000 nach oben. Der elfstündige Kessel toppt damit sogar noch den der Blockupy-Proteste 2013 in Frankfurt am Main, wo ebenfalls gut 1.000 Demonstrierende für neun Stunden festgesetzt wurden das Bundesverfassungsgericht hielt das später für rechtmäßig.

In Leipzig wird erst im Morgengrauen die letzte Person aus dem Kessel geführt. Fünfzig werden in Gewahrsam genommen, bei 30 wird ein Haftbefehl geprüft. Die Polizei spricht von 50 verletzten Einsatzkräften, drei davon dienstunfähig. Polizeipräsident René Demmler spricht von viel sinnloser, extremer Gewalt .

Auf der anderen Seite schimpft auch die Connewitzerin und Linken-Landtagsabgeordnete Jule Nagel über ein skandalöses Versammlungsverbot am Wochenende. Nagel ist bestens mit der Szene vernetzt, hatte im Vorfeld noch dazu aufgerufen, Leipzig nicht zu zerklüppeln . Am Samstagnachmittag war auch sie am Schumann-Park, hatte versucht, mit der Polizei über eine Demonstration zu verhandeln vergebens. Zumaldest eine kurze Route hätte geholfen, um Dampf abzulassen , klagt Nagel. Aber da wurde völlig dichtgemacht.

Zu den Empörten gehört auch Rechtsanwalt Max Malkus, der einen der Autonomen vertritt, die bereits am Freitag in Connewitz verhaftet wurden. Auch dort war es bereits zu Stein- und Flaschenwürfen auf Polizeibeamte und Einsatzfahrzeuge in Connewitz gekommen, auch private Pkws wurden beschädigt. Fünf Männer, 20 bis 32 Jahre alt, wurden daraufhin festgenommen alle landeten in U-Haft. Einer davon ist Mandant von Anwalt Malkus. Die Haftbefehle seien wegen angeblicher Fluchtgefahr angesichts der zu erwartenden hohen Strafen ausgestellt worden, so der Anwalt. Völlig überzogen bei solchen Vorwürfen und in der Sache nicht zu vertreten , schimpft Malkus. Es habe teilweise 24 Stunden gedauert, bis die Festgenommenen dem Haftrichter vorgeführt worden seien. Und der war inhaltlich überfordert, wollte sich aber auch keine weiteren Bereitschaftsrichter heranziehen oder Argumente hören. Sein Job war es, einfach alle wegzusperren. Hier sollte ein Exempel statuiert werden.

In Connewitz wollten Linke derweil am Sonntagabend wieder demonstrieren, am Herderpark, gegen Polizeigewalt . Auch Jürgen Kasek wollte kommen. Aber auch diese Demonstration wurde am Sonntag von der Stadt verboten mit Verweis auf die Allgemeinverfügung und eine erneute Eskalationsgefahr. Das ist alles unfassbar , schüttelt Kasek da nur noch den Kopf. Die Versammlungsfreiheit wurde an diesem Wochenende in Leipzig einfach abgeschafft.

Man hätte die Eskalation vermeiden können

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); GERICHTSHÖFE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERURTEILUNGEN (78%); VORSTÄDTE (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (77%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (76%); POLIZEIKRÄFTE (75%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (72%); OBERSTES GERICHT (70%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (62%)

Company: OJSC MEGAFON (58%)

Ticker: MFON (RTS) (58%); MFON (LSE) (58%)

Was vom Tag X übrig bleibt; In Leipzig kommt es bei einer linken Demo zu dem Urteil gegen Lina E. zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstrant:innen. Übe....

Industry: NAICS517112 WIRELESS TELECOMMUNICATIONS CARRIERS (EXCEPT SATELLITE) (58%); SIC4812 RADIOTELEPHONE COMMUNICATIONS (58%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Mehr Unterhaltung als Tiefe; Lina E. wird gerichtlich Linksterrorismus vorgeworfen. Die Beweislage ist umstritten. Ein Podcast bereitet die Geschichte gut auf, reproduziert aber auch linkskritische Narrative

taz, die tageszeitung

Mittwoch 15. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 17

Length: 895 words

Byline: Sarah Ulrich

Highlight: Lina E. wird gerichtlich Linksterrorismus vorgeworfen. Die Beweislage ist umstritten. Ein Podcast bereitet die Geschichte gut auf, reproduziert aber auch linkskritische Narrative

Body

Von Sarah Ulrich

Es ist einer der medienwirksamsten Fälle der vergangenen Jahre: der Fall Lina E., der seit Herbst 2021 vor dem Oberlandesgericht Dresden verhandelt wird. Ihr wird vorgeworfen, Anführerin in einer Reihe linker Angriffe auf Neonazis gewesen zu sein. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten steht um die Angeklagte eine Gruppe unter dem Vorwurf des Linksterrorismus vor Gericht – auch wenn die Beweislage noch immer umstritten ist.

Bei all der Medienwirksamkeit wundert es nicht, dass es nun einen aufwändigen Rechercheodcast zum Thema gibt. Die Leipziger Volkszeitung (LVZ) hat gemeinsam mit dem Recherche Netzwerk Deutschland eine Serie produziert. Seit Januar erscheint der Podcast unter dem Titel Der Fall Lina E. Wenn der Kampf gegen Neonazis in Gewalt eskaliert .

In fünf Folgen werden die Hintergründe zum Fall besprochen: die Tatnacht, Aktivitäten der Neonazis in Thüringen, Linksradikale und das Verhältnis zur Polizei, die Soko Linx in Sachsen, der Kronzeuge oder die Frage, ob Gewalt gegen Neonazis gerechtfertigt ist. Recherchiert und aufbereitet haben den Podcast zwei erfahrene Journalistinnen, die mit der lokalen Politik ebenso vertraut sind wie mit Recherchejournalismus. Denise Peikert und Antonie Rietzschel arbeiten beide als Reporterinnen für die LVZ, zuvor auch für überregionale Medien. Die Expertise der beiden tut dem Podcast gut: Die Fakten sind genau recherchiert, die Hintergründe werden kontextualisiert.

Auch das Storytelling funktioniert. Sprecherin Peikert zeichnet wirksame Bilder im Kopf der Hö-re-r*in-nen beispielsweise das Sicherheitsspektakel, das Polizei und Justiz veranstalten, wenn Lina E. in den Gerichtssaal geführt wird. Das hilft zu verstehen, welche Funktion die Narrative um Lina E. erfüllen – nämlich eine in großen Teilen symbolische. So erklärt Folge 3, dass die deutschlandweit einmalige Soko Linx eigentlich sonst kaum Ermittlungserfolge verzeichnet. Die gewaltigen Vorwürfe dienen eben auch als Legitimation der fragwürdigen Ermittlungseinheit.

Mehr Unterhaltung als Tiefe; Lina E. wird gerichtlich Linksterrorismus vorgeworfen. Die Beweislage ist umstritten. Ein Podcast bereitet die Geschichte gut auf,

Leider bedient der Podcast sich an einigen Stellen selbst dieser Narrative. Zum Beispiel, wenn LVZ-Re-por-te-r*in-nen durch Connewitz laufen und sich dabei aufnehmen, wie sie bunte Free Lina -Graffiti und Spendendosen im Viertel entdecken.

Sie schließen daraus, dass Lina E. in Connewitz als Helden verehrt wird . Diese Pauschalisierung bedient nicht nur den medial angeheizten Mythos vom linksautonomen Connewitz. Sie verkennt auch, dass es in den Solidaritätsbekundungen mit Lina E. weniger um Heroisierung, als vielmehr um eine linke Praxis geht.

Auch mit dem Extremismusbegriff nehmen die Autorinnen es nicht immer so genau. Mal wird von Linksextremen gesprochen, mal von Linksradikalen. Immer jedoch stehen diese im Verhältnis zu den Rechtsextremen. Damit übernimmt der Podcast die bei Ermittlungsbehörden beliebte hufeisenartige Extremismusdefinition, die von Po-li-tik-wis-sen-schaft-le-r*in-nen schon lange kritisiert wird. Und das, obwohl es an anderer Stelle sehr wohl eine sehr differenzierte Auseinandersetzung mit der Frage der Vergleichbarkeit der polizeilichen Statistik von rechtsextremen und linksextremen Straftaten gibt.

Fazit: Das, was polizeilich als linke Straftaten geführt wird, sind oftmals nur Graffiti. An einigen Stellen wünscht man sich mehr Raum, um diese Kontexte zu verstehen. Gerade wenn es um die Kritik an der Soko Linx oder die Heterogenität der linken Szene in Leipzig geht. Auch werden dem Kronzeugen Johannes D. und seinen Aussagen viel Raum gegeben. Zwar sind sie für den Prozess und damit den Podcast ein wichtiger Aspekt. Doch zu kurz kommt: Für viele gilt seine Aussage als Rachezug gegen jene, die ihn zuvor wegen Vergewaltigungsvorwürfen aus Strukturen ausgeschlossen haben. Kann man einem mutmaßlichen Sexualstraftäter glauben? Diese Frage wirft der Podcast nur am Rande auf.

Was den Autorinnen gut gelingt, ist vielseitige Perspektiven auf den Fall Lina E. zu Wort kommen zu lassen und dabei den Hö-re-r*in-nen selbst das Urteil zum viel debattierten Fall zu überlassen. Wir hören linke Ak-ti-vis-t*in-nen ebenso wie die Polizei oder einen Soziologen. Nur: Die Perspektive von Lina E. selbst findet gar nicht statt weder durch Freund*innen, noch durch ihre Verteidiger.

Das wiederum liegt einerseits an dem besprochenen erschwerten Zugang zur Szene. Und daran, dass der Prozess noch nicht abgeschlossen ist in laufenden Verfahren redet fast niemand mit der Presse. Der Podcast erzählt eine Geschichte, die noch gar nicht zu Ende ist.

Die Folgen sind gut erzählt und korrekt recherchiert mit dem Fokus auf Nacherzählung des Geschehenen bleibt er aber in erste Linie Unterhaltungsformat, statt neue Rechercheerkenntnisse zu liefern. In einem noch laufenden Verfahren ist das auch schwer möglich.

Deshalb wäre es spannend gewesen, tiefer in die Gerichtsprozesse einzusteigen und Aussagen, Zeu-g*in-nen und Beweise genauer zu beleuchten. Vielleicht hätte man dafür noch ein paar Monate bis zum Prozessende warten sollen.

Mehr Zeit, mehr Folgen, mehr Ge-sprächs-part-ne-r*in-nen und die gleichen Autorinnen das hätte den Pod-cast noch besser gemacht.

Der Fall Lina E. , zwei Episoden überall, wo es Podcast gibt, die restlichen für LVZ und RND Abonennt*innen von Denise Peikert & Antonie Rietzschel, zu hören überall, wo es Podcasts gibt.

Der Podcast übernimmt die bei Behörden beliebte hufeisenartige Extremismusdefinition

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Mehr Unterhaltung als Tiefe; Lina E. wird gerichtlich Linksterrorismus vorgeworfen. Die Beweislage ist umstritten. Ein Podcast bereitet die Geschichte gut auf,

Subject: BEWEIS (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); TERRORISMUS (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); SCHRIFTSTELLER (89%); ZEUGEN (89%); JOURNALISMUS (79%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (79%); GERICHTSHÖFE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); STRAFTATEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (73%)

Industry: PODCASTING (92%); SCHRIFTSTELLER (89%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (79%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (79%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: February 14, 2023

End of Document

Vor dem Tag X; Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt warnen vor einer Zunahme linksextremer Gewalt. Teile der linksradikalen Szene wollen kritisch über Militanz diskutieren

taz, die tageszeitung

Samstag 27. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 5

Length: 639 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt warnen vor einer Zunahme linksextremer Gewalt. Teile der linksradikalen Szene wollen kritisch über Militanz diskutieren

Body

Von Konrad Litschko

Die Ansagen sind markig. Es gebe beim Links-extremismus keine Entwarnung , erklärte Bundesinnenministerin Nancy Fae-ser (SPD) zuletzt. Deren Gewalttaten würden immer hemmungsloser und brutaler , sagte ihre Sprecherin. Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang warnte erst am vergangenen Montag vor dem hohen Radikalisierungsniveau der Szene: Kleine, abgeschottete Gruppen beginnen akribisch geplante, schwere Gewalttaten. Das Maß an Brutalität ist erschreckend. Und auch Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) kündigte zuletzt an, den Kampf gegen Linksextremismus weiter zu intensivieren .

Und die Warnungen werden vor dem bevorstehenden Urteil gegen die autonome Gruppe um Lina E. noch lauter. Sachbeschädigungen und Brandstiftungen seien danach zu befürchten, erklärt der sächsische Verfassungsschutz. Für die Demonstration in Leipzig am Samstag nach der Urteilsverkündung sei mit Anreisen von Linksextremen aus dem gesamten Bundesgebiet zu rechnen . Eine Beteiligung von Nichtextremisten, die auf das Umfeld militanter Akteure mildernd einwirken könnte, ist derzeit nicht ersichtlich .

Der Polizeieinsatz am kommenden Samstag wird auch so herausfordernd: Am gleichen Tag findet in Leipzig auch ein Stadtfest und das Sachsenpokalfinale statt. Zudem beunruhigt die Sicherheitsbehörden eine Ankündigung von Autonomen, für jedes verhängte Jahr Haft einen Sachschaden von 1 Million Euro zu verursachen. Nach taz-Informationen warnte die Polizei deshalb bereits Autohäuser und Baufirmen vor Anschlägen und appellierte, Objektschutzmaßnahmen zu treffen. Bereits am vergangenen Montag war in Leipzig eine geplante neue Polizeiwache mit Steinen und Farbbeuteln beworfen worden.

Grundsätzlich warnt der Verfassungsschutz vor einer zuletzt nochmals gewachsenen Gewaltbereitschaft in der linksextremen Szene. Zahlreiche Gewalttaten würden inzwischen strategisch geplant und von klandestinen Kleingruppen umgesetzt, Tatorte würden mit hoher Professionalität ausgeforscht .

Vor dem Tag X; Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt warnen vor einer Zunahme linksextremer Gewalt.
Teile der linksradikalen Szene wollen kritisch über Milita....

Auch nach der Festnahme von Lina E. Ende 2020 hatten sich Angriffe auf Neonazis in Sachsen und Thüringen fortgesetzt, zuletzt gab es ebenfalls einen in Budapest. Hier wird nun nach deutschen Autonomen gefahndet, einige noch sehr jung, darunter auch Johann G., der Lebensgefährte von Lina E.

Dass inzwischen mehrere Autonome abgetaucht sind, beunruhigt die Behörden. Das habe eine neue Qualität, heißt es in Sicherheitskreisen. Bisher scheine dieses Untertauchen aber vorrangig motiviert, um Festnahmen zu entkommen, nicht um neue Straftaten zu verüben. Das Wort Terror wird daher öffentlich noch nicht in den Mund genommen.

Professionellere Straftaten?

Die Zahlen gingen zuletzt sogar zurück. So zählte das Bundeskriminalamt (BKA) im Jahr 2022 knapp 7.000 linksextreme Straftaten fast ein Drittel weniger als im Vorjahr und so wenig wie seit zehn Jahren nicht. Auch die Gewalttaten sanken um ein Drittel auf 842 Delikte, ebenfalls ein Langzeittief. BKA-Chef Holger Münch warnte jedoch, dass einzelne Straftaten heftiger und professioneller würden.

Gleichzeitig wird der Ermittlungsdruck erhöht: Allein die sächsische Soko LinX führt derzeit 113 Ermittlungsverfahren gegen Linksradikale auf rechtsextremer Seite sind es 81. Dabei zählt der Verfassungsschutz in Sachsen 4.350 Rechtsextremisten und nur 850 Linksextreme.

In der linksradikalen Szene wird durchaus kritisch über Militanz diskutiert. Die Leipziger Gruppe kappa will über die Sinnhaftigkeit mancher militanter Praxis reden. Diese könne etwa zur Gefahrenabwehr notwendig sein, dürfe aber nicht zum Selbstzweck verkommen oder zum Gewaltfetisch. Auch die Leipziger Gruppe Rassismus tötet erklärte schon vor Monaten zum Fall Lina E.: Es sei gut, dass Faschos in ihre Grenzen gewiesen wurden. Aber: Militanz als Selbstzweck ist kein Bestandteil emanzipatorischer Praxen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); STRAFTATEN (89%); VERHAFTUNGEN (89%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (79%); POLITIK (79%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); BRANDSTIFTUNG (75%); ERMITTLEMENTEN (73%); TERRORANSCHLÄGE (73%)

Industry: BAUINDUSTRIE (66%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BUDAPEST, UNGARN (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); UNGARN (74%)

Load-Date: May 26, 2023

Mehr Neonazis; Verfassungsschutz: Rechtsextremismus 2022 angestiegen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 300 words

Highlight: Verfassungsschutz: Rechtsextremismus 2022 angestiegen

Body

Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hat vor einer unverändert großen Bedrohung durch Rechtsextremisten gewarnt. Deren Zahl sei im Vergleich zum Vorjahr mit 1.450 leicht gestiegen (2021: 1.440), sagte sie am Dienstag bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 2022. Das Potential der Reichsbürger - und Selbstverwalter - Szene stieg im gleichen Zeitraum von 670 auf 700 Personen an.

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten sei von 750 auf 770 gestiegen, so Spranger. Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden werde mit hoher Priorität behandelt. In der Berliner Polizei gab es demnach 110 neue Prüf- und Verdachtsfälle. Jeder einzelne Fall werde akribisch aufgearbeitet , sagte die Innensenatorin.

Der Verfassungsschutz registriert auch einen leichten Zuwachs der islamistischen Szene von 2.260 auf 2.270 Personen. Zudem gebe es eine Tiktakisierung des Salafismus. Propaganda richte sich explizit an Jugendliche über die von ihnen genutzten Medien wie Tiktok, Instagram und Telegram. Der Anteil der gewaltbereiten Per-sonen unter Salafisten sei dabei auf 350 gesunken (2021: 450).

Die Zahl der Linksradikalen sank laut Verfassungsschutz auf 3.700 (2021: 3.800). Der Rückgang betreffe die gewaltbereiten Mitglieder der Szene, der im Vergleich zum Vorjahr um 100 auf 850 gesunken sein soll. Der Leiter des Verfassungsschutzes, Michael Fischer, erklärte den Rückgang mit sinkender Vernetzungsfähigkeit und wachsendem Verfolgungsdruck. Er verwies in diesem Zusammenhang unter anderem auf die Verurteilung von Lina E. in Dresden.

Laut Fischer vertritt die palästinensische Gruppe Samidoun lautstark antisemitische und israeifeindliche Positionen, weshalb eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz unausweichlich geworden sei. Der Gruppe werden derzeit 150 Personen zugerechnet. (epd)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Mehr Neonazis; Verfassungsschutz: Rechtsextremismus 2022 angestiegen

Subject: MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); ISLAM & MUSLIME (74%); ANTISEMITISMUS (73%); JUGENDLICHE (70%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE (56%)

Load-Date: June 27, 2023

End of Document

Keiner will diskriminieren; Dem Bundesinnenministerium ist kein Hilfegesuch der Bundespolizei an Bahnunternehmen bekannt, ihr linke Fahrgäste zu melden. Das widerspricht Aussagen der Bundespolizei selbst

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 30-31

Length: 453 words

Byline: Jean-Philipp Baeck

Highlight: Dem Bundesinnenministerium ist kein Hilfegesuch der Bundespolizei an Bahnunternehmen bekannt, ihr linke Fahrgäste zu melden. Das widerspricht Aussagen der Bundespolizei selbst

Body

Von Jean-Philipp Baeck

Im Zusammenhang mit dem Antifa-Ost-Verfahren um Lina E. sorgt ein Hilfegesuch der Bundespolizei an Bahnunternehmen für Debatten. Die Bundespolizei hatte am Mittwoch gebeten, ihr linke Fahrgäste zu melden. Die Nordwestbahn in Bremen schickte daraufhin intern eine Liste mit Merkmalen an ihr Zugpersonal, an denen linke Personen laut Bundespolizei zu erkennen seien, wie Dreadlocks oder Öko-Szene oder Grünen-Szene .

Am Dienstag erklärte nun das Bundesinnenministerium (BMI): Unterstützungsersuchen der Bundespolizei an Eisenbahnverkehrsunternehmen wie in den Medien berichtet sind uns nicht bekannt. Solche entsprächen weder den normierten polizeilichen Verfahrensweisen noch der polizeilichen Praxis.

Das Ministerium widerspricht damit der Bundespolizei, die das Hilfegesuch auf Nachfrage der taz grundsätzlich bestätigt hatte. Nur für die konkrete Formulierung der Erkennungsmerkmale will auch die Bundespolizei nicht verantwortlich sein. Die Nordwestbahn kann deren Herkunft nicht eindeutig belegen. Sie entschuldigte sich und distanzierte sich von Diskriminierung. Sie hat den Mitarbeiter freigestellt, der die Formulierungen verschickte.

Das BMI erklärte nun, wegen des Urteils gegen Lina E. habe die Bundespolizei bundesweit lageangepasst Aufklärungs-, Fahndungs-, Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen an relevanten Landgrenzen, in grenzüberschreitenden Reisezügen und auf den deutschen Verkehrsflughäfen durchgeführt. Das BMI sprach dabei von einer Sensibilisierung , die bundesweit gegenüber den Eisenbahnunternehmen stattgefunden habe. Allerdings: Die Weitergabe von Merkmalsbeschreibungen und darauf aufbauender Unterstützungsersuchen wie in den Medien berichtet sind nicht Bestandteil solcher Sensibilisierungen durch die Bundespolizei.

Die zuständige Bundespolizeidirektion hatte der taz schriftlich bestätigt, dass sie nicht nur sensibilisiert sondern eben vom Zugpersonal auch informiert werden wollte. In der Antwort heißt es: Die Bundespolizei hat die Bitte ausgesprochen, das eigene Personal sowie das Zugpersonal verschiedener Eisenbahnverkehrsunternehmen über mögliche Anreisen von Demonstrationsteilnehmenden zu sensibilisieren und mögliche Feststellungen in diesem

Keiner will diskriminieren; Dem Bundesinnenministerium ist kein Hilfegesuch der Bundespolizei an Bahnunternehmen bekannt, ihr linke Fahrgäste zu melden. Das wid....

Bereich der Bundespolizei mitzuteilen. In diesem Zusammenhang habe die Nordwestbahn die Bundespolizeiinspektion Bremen kontaktiert.

Nach taz-Informationen kam es daraufhin zu einem Telefongespräch von mindestens einer Minute. Über dessen Inhalt kann nur spekuliert werden, es wurde nicht aufgezeichnet. Dass es dabei um die vermeintlichen Erkennungsmerkmale ging, und ob diese von der Bundespolizei stammen, wird sich für den Mitarbeiter, der nun die Konsequenzen tragen muss, schwer belegen lassen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: POLIZEIKRÄFTE (90%); POLITIK (78%); ÜBERWACHUNG (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (70%)

Industry: BAHNVERKEHR (90%); ZÜGE (78%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Journalisten sind keine Ermittler ; Nach den Tag X -Protesten in Leipzig will die Polizei Bilder von einem Fotografen. Der DJV warnt

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 21

Length: 398 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Nach den Tag X -Protesten in Leipzig will die Polizei Bilder von einem Fotografen. Der DJV warnt

Body

Von Konrad Litschko

Die Anfrage erreichte den Fotografen nach taz-Informationen schon kurz nach dem Tag X -Protestwochenende in Leipzig. Ob er Bilder zur Verfügung bereitstellen könne, um Straftaten zu verfolgen, fragte ihn die Polizei. Es gehe insbesondere um Aufnahmen vom Alexis-Schumann-Platz, wo vermummte Polizisten mit Steinen, Flaschen und, laut Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU), auch mit einem Brandsatz beworfen wurden und wo die Polizei darauf rund 1.000 Protestierende für bis zu elf Stunden einkesselte. Der Protest richtete sich gegen die Verurteilung einer autonomen Gruppe um die Leipzigerin Lina E.

Der Fotograf selbst hat auf die Polizeianfrage nicht reagiert. Aber Lars Radau, Geschäftsführer des sächsischen Ablegers des Deutschen Journalistenverbands (DJV), ist der Fall bekannt. Er sagt: Journalisten sind keine Ermittler. Die Anfrage der Polizei sei an sich nicht verboten, offenbare aber ein komisches Verständnis journalistischer Arbeit. Radaus Empfehlung: Wir raten Journalisten deutlich davon ab, auf solche Polizeianfragen zu reagieren. Dazu gibt es auch keine Verpflichtung. Straftaten aufzuklären, ist nicht die Rolle von Journalisten. Eine Sprecherin der Polizei Leipzig bestätigte der taz eine gezielte Anfrage an eine Person, um an Fotos zu gelangen. Es habe sich dabei nur um eine Bitte gehandelt. Weitere Anfragen werde es nicht geben.

Die Sachlage ist indes nicht neu. Bereits nach dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg hatte die Polizei mehrere Medien angeschrieben und um nicht veröffentlichtes Bildmaterial gebeten, um Randalierende zu identifizieren. Mehrere Medien kamen dem nach.

Andere wiederum lehnten grundsätzlich ab: Die Weitergaben könnten Verdacht schaffen, dass journalistisches Material nicht zur Berichterstattung, sondern für Ermittlungen verwendet werden. Auch die frühere Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) warnte: Journalisten sind keine Hilfspolizisten. Nach den antikapitalistischen M31 -Proteste 2012 in Frankfurt/Main, wo es auch zu Randale und einem schwer verletzten Polizisten gekommen war, hatte die Polizei im Anschluss gar Hausdurchsuchungen bei neun Fotografen durchgeführt. Einige arbeiteten auch für die taz, die Chefredaktion verurteilte den Vorgang aufs Schärfste.

Die Staatsanwaltschaft erklärte später das journalistische Material als nicht verwertbar für das Ermittlungsverfahren.

Journalisten sind keine Ermittler ; Nach den Tag X -Protesten in Leipzig will die Polizei Bilder von einem Fotografen. Der DJV warnt

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); JOURNALISMUS (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (76%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (76%); POLITIK (76%); STAATSANWÄLTE (73%); GESPRÄCHE & TREFFEN (71%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (69%); JUSTIZMINISTERIEN (63%); POLIZEIKRÄFTE (57%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%)

Person: SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER (72%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); FRANKFURT, DEUTSCHLAND (58%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Zeitenwende der Sicherheit; Der neue Verfassungsschutzbericht ist da. Präsident Haldenwang und Innenministerin Faeser warnen vor russischer Spionage

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 602 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Der neue Verfassungsschutzbericht ist da. Präsident Haldenwang und Innenministerin Faeser warnen vor russischer Spionage

Body

Von Konrad Litschko

Seit einem guten Jahr tobts der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Auch für den Verfassungsschutz markiert er eine Zäsur. Von einer Zeitenwende auch für die innere Sicherheit sprach Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Dienstag bei der Vorstellung des neuen Jahresberichts des Geheimdienstes. Deutschland werde durch Spionage, Desinformation und Cyberangriffe bedroht.

Spionageaktivitäten würden immer vielgestaltiger und ausgefeilter , warnt der Jahresbericht. Aktiv seien hierzulande China, Iran, die Türkei und Nordkorea. Vor allem für Russland sei seit dem Angriffskrieg die Spionagearbeit von hoher Bedeutung Moskau wolle die Unterstützung für die Ukraine schwächen.

Im Visier stünden die deutsche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und das Militär. Eine mögliche Gasmangellage in Deutschland und die gestiegene Inflation nutze Russland, um Ängste in der Gesellschaft zu vertiefen auch mittels Desinformation. Zudem gebe es Hinweise auf russische Versuche, in Deutschland verbotene Rüstungsgüter zu beschaffen und Sanktionen zu umgehen.

Deutschland hatte bereits im April 2022 gut 40 russische Diplomaten ausgewiesen, die als Geheimagenten tätig waren. Zuletzt hätten die russischen Geheimdienste versucht, neue Mitarbeiter in den Botschaften zu platzieren oder zu rekrutieren. Künftig sei mit noch klandestineren und aggressiveren Spionageoperationen Russlands zu rechnen, auch im Cyberraum.

Der Krieg in der Ukraine schlug sich auch auf deutschen Straßen nieder. Insgesamt 1.229 Straftaten zählte die Polizei hierzulande im Zusammenhang mit dem Krieg im vergangenen Jahr, etwa pro-russische Autokorsos. Diese fallen in den Bereich des auslandsbezogenen Extremismus , der damit um 154 Prozent anstieg. Auch die rechtsextreme Szene habe 2022 den russischen Angriffskrieg zu instrumentalisieren und zu rechtfertigen versucht, konstatiert der Verfassungsschutz. Der beschworene heiße Herbst und Wutwinter habe indes wenig Resonanz gefunden. Die Szene habe sich darauf wieder auf das Thema Migration verlegt, so der Bericht.

Zeitenwende der Sicherheit; Der neue Verfassungsschutzbericht ist da. Präsident Haldenwang und Innenministerin Faeser warnen vor russischer Spionage

Insgesamt bleibe der Rechtsextremismus die größte extremistische Bedrohung der Demokratie, erklärt Faeser. Die Szene sei um knapp 5.000 auf 38.800 Ex-tre-mis-t:in-nen deutlich angewachsen, 14.000 davon gelten als gewaltbereit. Ein Grund für den Anstieg: Erstmals ist die AfD-Gesamtpartei dabei, die der Verfassungsschutz im März 2022 als Verdachtsfall einstuft und der er 10.200 Ex-tre-mis-t:in-nen zurechnet. Der Partei wirft der Geheimdienst eine generelle Herabwürdigung und Verächtlichmachung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland vor. Sie sei in Teilen sehr stark von Moskau beeinflusst, so Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Auch in der Reichsbürgerszene ein Anstieg von 21.000 auf 23.000 Personen konstatierter Narrative der russischen Staatspropaganda. Hier zeigten vor allem die jüngsten Umsturzpläne und die Waffenaffinität, wie gefährlich das Milieu sei.

Schließlich warnt der Geheimdienst auch von einer andauernden Gefahr durch Isla-mist:innen, deren Szene er 27.480 Personen zurechnet, ein leichter Rückgang. Anschlagsgefahr drohe hier vor allem durch Einzeltäter mit einfachen Tatmitteln wie Messern. Auf linksextremer Seite stieg die Zahl leicht auf 36.500 Personen die Zahl der Straftaten indes sank um 37 Prozent auf 3.874 Delikte. Einzelne Gewalttaten, vor allem gegen Rechtsextreme, wie sie die Gruppe um Lina E verübte, seien aber besonders erheblich, so Haldenwang. Schlimmstenfalls sei eine Entwicklung hin zu terroristischen Strukturen möglich. meinung + diskussion

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (92%); 2022 RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GEHEIMDIENSTE (90%); JAHRESBERICHTE (90%); KRIMINALITÄTSRATE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (89%); CYBERCRIME (78%); INFORMATIONSKRIEG (78%); STRAFTATEN (78%); TERRORISMUS (78%); SPIONAGE (77%); CYBER-TERRORISMUS (76%); DIPLOMATISCHE DIENSTE (75%); INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN (75%); KRIMINALSTATISTIKEN (71%); EMBARGOS & SANKTIONEN (70%); INFLATION (70%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (68%)

Industry: CYBERCRIME (78%); INFORMATIONSKRIEG (78%); CYBER-TERRORISMUS (76%)

Geographic: MOSKAU, RUSSLAND (90%); RUSSLAND (94%); UKRAINE (91%); DEUTSCHLAND (90%); CHINA (58%); NORDKOREA (58%)

Load-Date: June 20, 2023

Offizier und Parteisoldat; Ein Oberstleutnant der Bundeswehr bewertet die nationale Sicherheitslage einschließlich Bedrohungen von rechts. Er ist auch aktiver AfD-Politiker. Muss das Konsequenzen haben?

taz, die tageszeitung

Samstag 29. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 3

Length: 1665 words

Byline: Jean-Philippe Baeck

Highlight: Ein Oberstleutnant der Bundeswehr bewertet die nationale Sicherheitslage einschließlich Bedrohungen von rechts. Er ist auch aktiver AfD-Politiker. Muss das Konsequenzen haben?

Body

Von Jean-Philippe Baeck

Über mangelnde Wertschätzung kann Oberstleutnant Stefan P. sich nicht beklagen. Erst Anfang Juli erhält er eine Dankurkunde für 25 Dienstjahre bei der Bundeswehr, bekommt Sonderurlaub und 350 Euro Zuwendung. Routinemäßig steht ihm das zu, wenn er sich auf dem Papier nichts hat zuschulden kommen lassen. So wird es der taz berichtet. Stefan P. arbeitet für das Territoriale Führungskommando mit Sitz in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin. Von hier aus wird die Sicherheitslage in Deutschland beobachtet und im Kriegsfall die Verteidigung organisiert, ebenso wie in Friedenszeiten die schnelle Katastrophenhilfe. Die 16 Landeskommmandos sind ihm unterstellt.

Stefan P. ist in der Abteilung J2, als Sachgebietsleiter für die Nachrichtenlage im Inland. Er bewertet Bedrohungen für die Bundeswehr und ihre Nato-Verbündeten in Deutschland. Dafür steht P. im Austausch mit den Geheimdiensten, dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) und dem Bundesnachrichtendienst (BND). Er gibt Einschätzungen ab zu äußeren Risiken, beispielsweise durch Russland, oder zu Gefahren aus dem Inneren der Truppe, etwa durch RechtsextremistInnen. Wenn, wie im Falle der Patriotischen Union, eine rechte Terrorgruppe aus ReichsbürgerInnen, ehemaligen Soldaten und AfD-PolitikerInnen einen Staatsstreich plant, so landet der Fall auch auf seinem Tisch.

Doch Stefan P. ist nicht nur Offizier in sicherheitsrelevanter Position bei der Bundeswehr. Er ist auch seit Jahren Mitglied der AfD. In seiner Heimat in Rheinland-Pfalz saß er als Abgeordneter im Kreistag, bis heute vertritt er die AfD dort in Ausschüssen.

P. ist also aktiver Politiker einer Partei, die der Verfassungsschutz als rechtsextremen Verdachtsfall beobachtet und er erhält als Offizier täglich sensible Informationen von Geheimdiensten. Nicht nur das: Er gibt zur Sicherheitslage in Deutschland selbst Bewertungen ab, die an höchste Bundeswehrkreise gesendet werden sowie an Teile der Bundesregierung.

Offizier und Parteisoldat; Ein Oberstleutnant der Bundeswehr bewertet die nationale Sicherheitslage einschließlich Bedrohungen von rechts. Er ist auch aktiver....

Der MAD, der für die Überprüfung des Soldaten zuständig ist, weiß das. Er muss es wissen: Stefan P. hat in seiner Position Einblick in geheime Verschlussachen und wird daher regelmäßig einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Auch seine Vorgesetzten wissen es. Denn nach Informationen der taz gab es zu P.s Mitgliedschaft anonyme Hinweise. Doch Konsequenzen hatte das bis heute keine. Im Gegenteil.

Der Umgang mit dem Oberstleutnant steht für ein Problem, das die Bundeswehr seit Jahren versucht in den Griff zu bekommen: Rechte und RechtsextremistInnen in der Truppe. Dabei werden ernste Bemühungen bekundet, sie loszuwerden: Der MAD will heute transparenter sein als früher, seit 2019 gibt es eine Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle im Bundesverteidigungsministerium, die Wehrbeauftragte lobt eine Null-Toleranz-Politik

Hört man sich bei SoldatInnen um, so erzählen zumindest jene, die mit der taz sprechen, dass es durchaus eine gesteigerte Sensibilität für rechtes Gedankengut in der Truppe gibt, aber sich immer noch sehr viel verbessern müsse. Alles hänge vom Vorgesetzten ab, dem man den Vorfall melde, erzählt einer. Zu oft wollten die das dann intern regeln und nicht auf offiziellem Weg, um großes Aufsehen zu vermeiden. Ein anderer ist frustriert über Überprüfungen durch den MAD, die zu nichts führten.

Offiziell bearbeitete der MAD im Jahr 2022 im Bereich des Rechtsextremismus 773 Verdachtsfälle in der Bundeswehr, darunter 163 neue Fälle. Ob auch Oberstleutnant Stefan P. darunter war? Anfang Juli wollte die Bundestagsabgeordnete Martina Renner (Die Linke) wissen, wie viele Soldaten, die Abgeordnete der AfD sind oder waren, seit 2018 durch den MAD überprüft wurden. Doch laut Antwort der Bundesregierung sei die Parteizugehörigkeit in den Datensystemen des MAD kein Kriterium, welches statistisch erfasst wird.

Im Fall von Stefan P. scheint seine AfD-Mitgliedschaft nicht nur statistisch nicht erfasst, sondern trotz seiner sensiblen Position auch bei den Vorgesetzten kein Problem zu sein. Im April übertrug man ihm sogar noch mehr Verantwortung: Stellvertretend ist er seither zusätzlich der Leiter des Referats für Lagebearbeitung. Berichte mit seiner Unterschrift landen etwa beim Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos, Generalleutnant André Bodermann.

Ebenso werden P.s nationale Sicherheitsbewertungen an wichtige Stellen innerhalb der Bundeswehr, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den BND und das Bundesinnenministerium geschickt. Bei Bedarf wird wohl auch das Kanzleramt informiert sowie das Verteidigungsministerium.

Die Berichte des Oberstleutnants haben damit Einfluss auf die Politik. So soll Stefan P. empfohlen haben, Kasernen für die Drohnenabwehr aufzurüsten, was dann auch geschah. In einem anderen Fall riet die Bundeswehr ihren Soldaten dringend, sie sollten nach dem Urteil gegen die Antifaschistin Lina E. aus Sicherheitsgründen öffentlich keine Uniformen tragen, und das bundesweit. Die Bundeswehr befürchtete offenbar Angriffe von Linken auf Soldaten. Die Lagebewertung, die zu dieser Entscheidung führte, soll von P. unterzeichnet gewesen sein.

Anders als seine Vorgesetzten und der MAD sehen einige Soldaten im Territorialen Führungskommando P.s AfD-Mitgliedschaft kritisch obgleich seine politische Meinung bei der Arbeit wohl bislang nicht besonders auffiel. Bis auf einmal: Da soll er stramm rechte AfD-Positionen vertreten haben, als er sich dienstlich über die Bedrohung durch Flüchtlinge äußerte.

Wie verhält sich die Bundeswehr dazu? Das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr hat auf eine taz-Anfrage nicht reagiert. Das Verteidigungsministerium und der MAD wollten sich zu dem konkreten Fall von Oberstleutnant Stefan P. nicht äußern und verwiesen auf Datenschutz und Persönlichkeitsrechte. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte allgemein zum Umgang mit der AfD innerhalb der Bundeswehr: Soldatinnen und Soldaten seien grundsätzlich frei in der Ausübung ihres politischen Engagements. Die bloße Mitgliedschaft in einer nicht vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Partei stelle nicht zwingend ein Dienstvergehen dar, vielmehr ist der konkrete Einzelfall zu bewerten. Ermittelt werde etwa bei einem Verdacht auf Beteiligung an einer extremistischen Bestrebung.

Offizier und Parteisoldat; Ein Oberstleutnant der Bundeswehr bewertet die nationale Sicherheitslage einschließlich Bedrohungen von rechts. Er ist auch aktiver....

Solange die Partei nicht verboten oder bundesweit als gesichert rechtsextrem eingestuft ist, bleibt es also schwierig, Sol-da-tln-nen und Be-am-tln-nen allein wegen ihrer Mitgliedschaft aus dem Staatsdienst zu entfernen. Allerdings wäre es durchaus möglich, sie von sicherheitsrelevanten Posten fernzuhalten.

Laut Gesetz besteht ein Sicherheitsrisiko, wenn Zweifel am Bekenntnis der betroffenen Person zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung bestünden. Der MAD hielt Stefan P.s Landesverband in Rheinland-Pfalz aber offenbar für moderat und daher dienstrechtlich unproblematisch.

Tatsächlich hielt sich P. als AfD-Politiker mit markanten Wortmeldungen zurück. So geht es aus den Protokollen aus seiner Zeit als Abgeordneter des Kreistages in seiner Heimatregion hervor. 2015 zog er in das Gremium ein und übte bis 2019 sein Mandat aus.

Zwischenzeitlich hatte P. zwar die AfD im Jahr 2015 verlassen, trat 2018 aber wieder ein. Der damalige Landesvorsitzende der AfD, Uwe Junge, selbst Oberstleutnant, erklärte dessen Rückkehr so: Die Sorgen um eine mögliche Radikalisierung der AfD haben sich als völlig unbegründet herausgestellt. Das war schon 2018 eine gewagte Aussage: Der Streit um das weitere Abdriften der Partei war in vollem Gange. So hatte die ehemalige Parteichefin Frauke Petry die AfD längst verlassen und vor Extremismus des Flügels um Björn Höcke gewarnt. 2021 trat auch Uwe Junge wegen des Einflusses von Höckes Leuten aus der AfD aus.

Stefan P. aber bleibt Parteimitglied. 2019 kandidierte er erneut für den Kreistag, wurde zwar nicht wieder gewählt, sitzt aber bis heute für die AfD in einem Ausschuss, zeigt Disziplin und fehlt bei kaum einer Sitzung.

Er sei ein Hinterbänkler , sagen Menschen, die mit seiner Arbeit im Kreistag vertraut sind. P. gehöre eher dem wirtschaftsliberalen Lager an, während sie seinen aktuellen Kreisvorsitzenden Martin Kallweit dem Höcke-Lager zuordnen.

Online erfährt man wenig über Stefan P., aber es scheint keine Berührungsäste zwischen ihm und dem Rechtsaußen Kallweit zu geben. 2019 posieren die beiden mit einem weiteren Kameraden und einem Motorrad für ein Foto. Sie werben für die Kreistagswahl: Wir als AfD setzen uns nicht nur für die Wiederherstellung der inneren Sicherheit und Ordnung ein, sondern auch für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer.

Am 25. Februar 2022, einen Tag nach der russischen Invasion in die Ukraine, postet Kallweit bei Facebook ein Foto, auf dem eine Russlandfahne zu sehen ist. Im April teilt er einen Post der rechtsextremen belgischen Partei Vlaams Belang .

Ginge es nach dem Deutschen Institut für Menschenrechte, so sollte der Staat bereits Disziplinarverfahren einleiten, wenn Sol-da-tln-nen lediglich für Positionen der AfD eintreten auch ohne Mitgliedschaft. Das Institut wird aus dem Haushalt des Bundestags finanziert und hat den gesetzlichen Auftrag, als unabhängige Institution der Bundesrepublik Deutschland die Öffentlichkeit über die Lage der Menschenrechte zu informieren. In einer Analyse vom Juni sieht das Institut die Voraussetzungen für ein Parteiverbot erfüllt. Bei der AfD sei eine rassistische national-völkische Ausrichtung in der Gesamtpartei fest verankert und beschränke sich nicht etwa allein auf Mitglieder von Teil-Organisationen . SoldatInnen, die Mitglieder der AfD sind, seien vorbehaltlich einer Einzelfallprüfung aus dem Staatsdienst zu entlassen .

MAD und Bundeswehr-Verantwortliche scheinen diese Einschätzung bislang nicht zu teilen. Und Oberstleutnant P.? Der kann sich wohl schon auf die Urkunde zum nächsten Dienstjubiläum freuen.

Laut der Bundesregierung sei für den MAD die Parteizugehörigkeit kein Kriterium, welches statistisch erfasst wird

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Offizier und Parteisoldat; Ein Oberstleutnant der Bundeswehr bewertet die nationale Sicherheitslage einschließlich Bedrohungen von rechts. Er ist auch aktiver....

Publication-Type: Zeitung

Subject: NATIONALE SICHERHEIT (90%); POLITIK (90%); GEHEIMDIENSTE (89%); STREITKRÄFTE (89%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (79%); VERTEIDIGUNGSMINISTERIEN (78%); VERTEIDIGUNGSPOLITIK & MILITÄRPOLITIK (78%); PUTSCHE (75%); TERRORORGANISATIONEN (67%)

Industry: STREITKRÄFTE (89%); VERTEIDIGUNGSMINISTERIEN (78%); VERTEIDIGUNGSPOLITIK & MILITÄRPOLITIK (78%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (79%); RHEINLAND-PFALZ, DEUTSCHLAND (54%); DEUTSCHLAND (89%); RUSSLAND (72%)

Load-Date: July 28, 2023

End of Document

Keine Gewalt!; Gereon Asmuth über antifaschistische Aktionen

taz, die tageszeitung

Freitag 02. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 339 words

Byline: Gereon Asmuth

Body

Gereon Asmuth über antifaschistische Aktionen

Eine Studentin radikalisiert sich in der linken Szene zusammen mit ihrem Freund. So sehr, dass sie zur Tat schreiten, Nazis in ihrem Umfeld nicht nur ausspionieren, sondern mehrfach gezielt attackieren, denn: Antifa ist Handwerk. Und am Ende gibt es dafür den bayerischen Filmpreis in Anwesenheit von Markus Söder. So war es bei dem Spielfilm Und morgen die ganze Welt, der im Oktober 2020 in die Kinos kam. Er thematisierte, so begeisterte sich 2021 die Filmpreisjury, auch die Faszination der Aktion.

Die Lust, Nazis einfach mal auf die Fresse zu hauen, ist weit verbreitet bis tief ins bürgerliche Milieu. Als Impulsreaktion auf das unerträgliche Gebaren der Faschos, auf rechtsextreme Strukturen selbst bei der Polizei, auf die in Teilen immer noch zögerlichen Ermittlungen der Justiz gegen rechts ist das durchaus nachvollziehbar.

Genau eine Woche nach dem Filmstart wurde Lina E. festgenommen, deren Geschichte sich wie das reale Vorbild für das Drehbuch liest. Anders als die Protagonistin im Kino kommt sie aber nicht einfach so davon, sondern sie wurde nun zu mehr als 5 Jahren Haft verurteilt. Man mag darüber streiten, ob die Indizien im Prozess tatsächlich ausreichend waren für so ein hartes Urteil. Aber dass die Taten der Antifa-Gruppe verurteilenswert sind, steht außer Frage.

Da wurde keinesfalls wie linke Ak-ti-vis-t:in-nen nun lautstark beklagen eine Szene vom Schweinesystem kriminalisiert. Dafür haben sie schon selbst gesorgt. Wer gezielt Menschen zusammenschlägt, zumal so sehr, dass sie bleibende Schäden davontragen, überschreitet jede Grenze des Diskutablen. Dass ein Rechtsstaat solche Übergriffe nicht duldet, ist kein Skandal, sondern ein zivilisatorischer Fortschritt. Es mag manchmal schwerfallen, aber Menschenrechte gelten für alle auch für Rechtsextreme.

Antifaschismus ist unabdingbar. Ohne Zweifel. Aber Gewalt gegen Nazis? Das mag als Idee im Kopfkino befreiend erscheinen. Im realen Leben darf es nur eine Antwort geben: keine Gewalt.

inland 6

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); AUSZEICHNUNGEN FÜR KUNST & UNTERHALTUNG (77%); FILM (77%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (74%); STRAFZUMESSUNG (74%); VERHAFTUNGEN (74%); ERMITTLEMENTEN (69%); POLIZEIKRÄFTE (69%); RECHTSSTAATLICHKEIT (69%); SKANDALE (69%)

Industry: AUSZEICHNUNGEN FÜR KUNST & UNTERHALTUNG (77%); FILM (77%)

Geographic: BAYERN, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Jenseits jeglicher Verhältnismäßigkeit; Kommentar von Konstantin Nowotny zu dem Polizeieinsatz in Connewitz

taz, die tageszeitung

Montag 05. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 425 words

Byline: Konstantin Nowotny

Body

Kommentar von Konstantin Nowotny zu dem Polizeieinsatz in Connewitz

Es hätte ein schöner Abend in Leipzig werden können: Frühsommerlicher Sonnenschein lockte etliche Leip-zि-ge-r*in-nen und Gäste aus der ganzen Bundesrepublik zu einem der vielen Großevents. Im Zentralstadion spielte Herbert Grönemeyer vor 48.000 Leuten, Hunderttausende feierten parallel beim jährlichen Stadtteilfest, etwas außerhalb vom Zentrum kickte sich der Regionalligist Lok Leipzig erfolgreich zum Sachsenpokal. Aber Einheimische und Tou-ris-t*in-nen staunten nicht schlecht, als die Leichtigkeit von schwerem Gerät unterbrochen wurde: Ein martialischer Räumpanzer der Bundespolizei lärmte am Nachmittag über die Kneipenmeile. Er fuhr nach Süden, Richtung Connewitz.

Schon zwei Tage zuvor kam es hier zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Linkautonomen und Polizisten. Anlass war die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. Für gut fünf Jahre muss die 28-Jährige ins Gefängnis. Die autonome Szene trommelte nach dem Urteilsspruch bundesweit zum Tag X in Leipzig.

Kurz zuvor hatten aber die Behörden jegliche Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Prozess verboten. Angemeldet waren schließlich nur einige kleinere Kundgebungen, die Polizei sprach zuletzt von knapp 1.500 Teilnehmer*innen. Diese überschaubare Dynamik hielt die Behörden aber nicht davon ab, einen der lebendigsten Stadtteile Leipzigs mit Hunderten Polizisten aus der ganzen Republik, Dutzenden Fahrzeugen, Räumpanzern, Wasserwerfern und einem Helikopter in eine blau-grün-weiße Bürgerkriegserwartungskulisse zu verwandeln.

Nachdem die Polizei dann einige De-mons-tran-t*in-nen über mehrere Stunden vorsorglich einkesselte, ließ die befürchtete Eskalation nicht mehr lang auf sich warten. Vermummte warfen mit Steinen und Pyrotechnik, die Polizei sprach von massiven Ausschreitungen, es kam zu vereinzelten Festnahmen.

Das daraus resultierende Bild ist das ewig gleiche: In Connewitz kämpft die Staatsmacht gegen ein angeblich resolute Viertel, durchsetzt von linken Autonomen. Dass der Stadtteil eigentlich ein recht bürgerlicher ist geschenkt. Für ein paar Hundert teils minderjährige Antifas wurde ein Polizeizirkus jenseits jeglicher Verhältnismäßigkeit inszeniert. Was wäre passiert, hätte man sie laufen lassen? Ein paar brennende Mülltonnen? Ein Ausgehviertel im Ausnahmezustand und einen millionenschweren Polizeieinsatz hätte es dafür nicht gebraucht.

Jenseits jeglicher Verhältnismäßigkeit; Kommentar von Konstantin Nowotny zu dem Polizeieinsatz in Connewitz

Gebraucht wird der Mythos Connewitz jedoch von einem Sicherheitsapparat, der nicht mehr weiß, wen er beschützen soll außer zuvorderst sich selbst.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: POLIZEIKRÄFTE (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Wortakrobat Merz, Meister der Balance; Heiko Werning

taz, die tageszeitung

Freitag 09. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: DIE WAHRHEIT; S. 20

Length: 469 words

Byline: Heiko Werning

Body

Heiko Werning

Friedrich Merz hat etwas gesagt! Nämlich in seiner wöchentlichen Rundmail, vermutlich an Leute, die zu blöd sind, bei der Bestellung ihres Fußwärmers in Deutschlandfarben das Zustimmungshäkchen zu Werbe-Spams nicht zu setzen: Mit jeder gegenderten Nachrichtensendung gehen ein paar hundert Stimmen mehr zur AfD.

Das ist insofern eine Überraschung, weil es einigermaßen knackig formuliert ist. Fast erschrickt man ein bisschen, als ob man vorsichtig einen Haufen undefinierbaren Fells auf dem Gehsteig anstuppst, der sich dann als fauchend davonspringendes Tier entpuppt. Es lebt!

Jedenfalls ist die Aufregung groß, und überall wird eifrig diskutiert. Gendern stärkt die AfD? Warum Friedrich Merz recht hat, erklärt etwa Kristina Schröder in der Welt, und insofern stimmt die Aussage wohl wirklich, wie sich ja auch mit jedem Welt-Text von Kristina S. irgendwo im Land eine neue Lina E. erhebt. Yin und Yang, Tom und Jerry, FDP und Klimakleber. So bleibt alles in der Balance.

Aber ist es tatsächlich so, dass bei bislang unbescholtenden, grunddemokratischen Supersympathen ob eines gesprochenen Gender-Sternchens im heute journal umstandslos die Sicherungen durchbrennen, sodass sie plötzlich und unerwartet zu einer misogyinen, salonfaschistischen Rassistenbande überlaufen? Oder waren das nicht zuvor schon dieselben Schulhofschlägertypen, die sich bis dahin in der CDU ganz wohl gefühlt haben und nun einfach sichtbarer werden, ohne groß ihre menschenfeindliche Grundhaltung zu ändern?

Ich betrachte die ganze Genderei mit einer gewissen Gelassenheit. Lasst sie doch machen, die jungen Leute. Und dann gucken wir mal, wie die Dinge sich entwickeln, mein liebes Fräulein. Kaum anzunehmen, dass die aktuellen State-of-the-Art-Regeln in ein paar Jahren noch Gültigkeit haben. Das sage ich als jemand, der einst mühsam das Binnen-I erlernte.

Bald schon wird jemand im Frühwerk von Till Lindemann auf ein Sternchen stoßen, und dann machen wir halt Kommas in Wörter oder das @-Zeichen. Falls sich bis dahin nicht der bezaubernde Vorschlag der Kabarettisten Pigor und Eichhorn endlich durchsetzt, alles Plattdeutsch zu gendern, also einfach ein -s im Plural anzuhängen. Liebe Lehrers, bringt das doch mal euren Schülers bei!

Besonders gut gefallen hat mir in der Debatte allerdings ein Beitrag von Alexander Kissler, Berliner Redaktor der NZZ. Der müht sich redlich, endlich den wahren Kern des Gegenderes für die nichtsahnenden Lesers

Wortakrobaten Merz, Meister der Balance; Heiko Werning

schonungslos offenzulegen. Am Ende nämlich würde der autoritäre Charakter des Genderns endgültig offenbar: Eine neue Sprache soll entstehen, um neue Herrschaftsverhältnisse zu etablieren. Wir gendern also, um das Pa-t-ri-ar-chat und den Chauvinismus abzuschaffen? Das ist ja allerhand. Bleiben Sie dran, Kissler, es gibt für Sie noch viel zu entdecken im wilden Berlin!

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: POLITISCHE DEBATTEN (77%); PRIMAR- UND SEKUNDARLEHRER (71%); FRAUENFEINDLICHKEIT (52%)

Person: KRISTINA SCHRÖDER (71%)

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Hungern für die Genossen; Eda Deniz Haydaro lu kämpft für die Freiheit ihrer türkischen Genossen, die in Düsseldorf vor Gericht stehen. Der Vorwurf gegen die Linken: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

taz, die tageszeitung

Freitag 23. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 1634 words

Byline: Erik Peter

Highlight: Eda Deniz Haydaro lu kämpft für die Freiheit ihrer türkischen Genossen, die in Düsseldorf vor Gericht stehen. Der Vorwurf gegen die Linken: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

Body

Von Erik Peter

Unter einem Pavillonzelt, an dem rote Fahnen befestigt sind, sitzt Eda Deniz Haydaro lu auf einem Campingstuhl. Im ersten Moment wirkt die junge Frau abwesend, aber bereits wenige Sekunden nach der Begrüßung ist sie hellwach und die Worte sprudeln aus ihr heraus. Es drängt sie zu erzählen, wieso sie hier vor der Grimm-Bibliothek ihr Protestzelt aufgeschlagen hat.

An diesem Donnerstag ist Haydaro lu seit nunmehr 97 Tagen im Hungerstreik. Abwechselnd schlägt sie ihr Protestzelt hier vor dem Gebäude der Humboldt-Universität und vor dem Bundesjustizministerium nahe des Gendarmenmarktes auf. Unterstützt wird sie von zwei weiteren Protestierenden, die vor knapp 50 Tagen ebenfalls einen Hungerstreik begonnen haben.

Ihr Protest richtet sich gegen die Inhaftierung und Anklage von vier türkischstämmigen Ak-ti-vis-t:in-nen durch die deutsche Justiz, denen der Mitgliedschaft in der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front DHKP-C vorgeworfen wird, einer in beiden Ländern verbotenen marxistisch-leninistischen Partei, die in der Türkei auch militant gegen staatliche Institutionen ankämpft. Haydaro lu spricht von Gesinnungsjustiz gegen Revolutionäre und Antifaschisten, deren Rechte und Freiheiten angegriffen werden. Sie fordert die Abschaffung des Terrorismusparagrafen 129a/b, der die Gründung und Mitgliedschaft in als terroristisch eingestuften Organisationen, auch aus dem Ausland, unter Strafe stellt.

Die 22-jährige zierliche Frau erzählt, dass sie seit Beginn ihres Hungerstreiks bereits 11 Kilo abgenommen habe und nur noch 40 Kilogramm wiege. Um Schäden zu vermeiden, trinkt sie Wasser, nimmt Salz, Zucker und Vitamin B1 zu sich. Ihr gehe es relativ gut sagt sie, aber sie sei viel schneller müde und erschöpft. Ihr Blutdruck ist niedrig, inzwischen plagen sie auch Schwindelanfälle.

Die Grenze zu ernsthaften Gesundheitsgefahren hat sie fast erreicht: Ab dem 100. Tag drohen bleibende gesundheitliche Schäden, sagt sie. Dabei lächelt sie zurückhaltend. Ihr Streik sei unbefristet und soll so lange

Hungern für die Genossen; Eda Deniz Haydaro lu kämpft für die Freiheit ihrer türkischen Genossen, die in Düsseldorf vor Gericht stehen. Der Vorwurf gegen die Li....

weitergehen, bis sie sagen könne, dass es sich gelohnt habe. Vor allem geht es ihr darum, Öffentlichkeit für das Schicksal der Inhaftierten zu schaffen. Warum sie das auf sich nimmt? Ich bin überzeugt, dass man der Repression mit Widerstand und Solidarität begegnen kann. In einem Manifest stellt sie ihren Hungerstreik in die Geschichte des anatolischen Widerstands gegen Tod und Unterdrückung .

Im Mai vergangenen Jahres ließ die Bundesanwaltschaft nach etwa zehnjährigen Ermittlungen drei in Deutschland lebende Ak-ti-vis-t:in-nen festnehmen: die Journalistin Özgül Emre, den Studenten Serkan Küpeli und den Musiker der linken Band Grup Yorum, Ihsan Cibelik. Die Musikgruppe gilt als eng verwoben mit der DHKP-C, viele ihrer Mitglieder sitzen in türkischen Gefängnissen, zwei von ihnen starben 2020 an den Folgen von Hungerstreiks. Das Publikum der bereits 1985 gegründeten Band ist deutlich größer als der Sympathisantenkreis der Partei. In der Türkei trat sie schon vor einer Million Menschen auf und auch in Deutschland geben Teile der etwa 30-köpfigen Formation Konzerte vor Tausenden Zuschauern.

Den Inhaftierten wird vorgeworfen, als Deutschland- oder Regionalverantwortliche der DHKP-C politische Veranstaltungen und Konzerte organisiert, Spenden gesammelt und bei der Ausbildung neuer Kader geholfen zu haben. Die Vorwürfe beziehen sich auf den Zeitraum von 2014 bis 2018. Im Februar folgte die Inhaftierung von Hasan Unutan, einem Mitglied des Solidaritätskomitees für Grup Yorum. Die linke Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe schrieb in einer Stellungnahme vom Verfolgungswillen der hiesigen Repressionsbehörden , die Ak-ti-vis-t:in-nen für völlig legale Tätigkeiten wie die Organisation von Konzerten einsperren im Auftrag des türkischen Regimes.

Wenn Haydaro lu von der DHKP-C spricht, die in der Türkei auch mit Waffengewalt kämpft, spricht sie von der Organisation . Sie engagiert sich bei der Revolutionären Jugend der Türkei Dev-Genç, die nur in der Türkei, nicht aber in Deutschland verboten ist und eine Art Vorgängerorganisation der 1994 gegründeten DHKP-C ist. Sie kennt die Angeklagten von politischen Veranstaltungen persönlich.

Haydaro lu ist in Detmold bei Bielefeld geboren, ihre Eltern sind türkische Aleviten. In ihrer Kindheit und Jugend sei sie häufiger in der Türkei gewesen, sie sagt: Die Türkei war für mich immer eine Heimat. Mit dieser Verbundenheit und den vielen Ungerechtigkeiten erklärt sie, warum sie als gebürtige Deutsche ihren Fokus auf die politische Situation in der Türkei legt. Zur Politik kam sie über die Musik von Grup Yorum, In Deutschland half sie in einem Zentrum für Drogenabhängige in Duisburg, das von politisch linken türkischen Strukturen selbst verwaltet wurde. So viele türkische Familien verlieren ihre Kinder durch Drogen , sagt sie.

Das Vorbild für die inzwischen geschlossene Anti-Drogen-Klinik befindet sich im Istanbuler Armenviertel Gazi und wird dort von der DHKP-C selbstverwaltet. Benannt wurden beide Zentren nach Hasan Ferit Gedik, einem Aktivisten aus dem Umfeld der Partei, der 2013 im Kampf gegen den Drogenhandel getötet wurde. Der Vorwurf, der in Gazi und weiteren Istanbuler Arbeitervierteln verankerten DHKP-C: Der Staat überschwemme die Viertel mit billigen Drogen, vor allem dem synthetischen Cannabinoid Bonzai, um deren Strukturen zu schwächen und schließlich durch Neubauviertel zu ersetzen.

Ihren Hungerstreik außerhalb des Gefängnisses bezeichnet Haydaro lu als ungewöhnlich . Normalerweise sei das eine Protestform der Inhaftierten. Auch habe Özgül Emre nach ihrer Verhaftung die Nahrungsaufnahme für mehrere Wochen verweigert, um gegen das Tragen von Anstaltskleidung in Untersuchungshaft zu protestieren. Aber ihr sei es damit schlecht gegangen, so Haydaro lu. Nun greift also sie zu der drastischen Maßnahme, um ihrer Genossin weiteres Leid zu ersparen.

Am Mittwoch vergangener Woche hat Haydaro lu die Inhaftierten wiedergesehen: beim Prozessauftakt am Oberlandesgericht in Düsseldorf. Die drei Hungerstreikenden saßen mit etwa 60 weiteren Un-ter-stüt-ze-r:in-nen im Publikum. Als sie T-Shirts mit der Forderung nach Freiheit für die Gefangenen präsentierten, gab es Aufruhr, letztlich aber konnten sie im Saal verbleiben. Auch eine kurze Rede konnte Haydaro lu halten; das Publikum und die Gefangenen sangen gemeinsam Lieder. Haydaro lu brachte der Tag neue Kraft: Es war ermutigend, wie viele Leute da waren. Die Gefangenen sahen gut aus, glücklich , sagt sie.

Hungern für die Genossen; Eda Deniz Haydaro lu kämpft für die Freiheit ihrer türkischen Genossen, die in Düsseldorf vor Gericht stehen. Der Vorwurf gegen die Li....

Inhaltlich sei es an diesem und bislang zwei weiteren Prozesstagen um den Streit gegangen, dass die Angeklagten im Gericht in einem Glaskasten sitzen müssen. Das sei noch nicht einmal bei Beate Zschäpe der Fall gewesen, sagt Haydaro lu. Der Prozess findet unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen statt. Zum Gericht kämen die Angeklagten in Hand- und Fußfesseln sowie Kopfhörern, damit sie sich nicht unterhalten können, berichtet die Streikende.

Haydaro lu und ihre Ge-nos-s:in-nen vermuten, dass hinter den Anklagen Absprachen zwischen deutschen und türkischen Behörden stehen. So sei Generalbundesanwalt Peter Frank kurz nach der Inhaftierung im Sommer vergangenen Jahres in Istanbul gewesen, habe Staatspräsident Recep Tayyip Erdo angetroffen und habe einen Orden verliehen bekommen, wie das Komitee: Weg mit §129, das Haydaro lu und ihre Mit-strei-te:r:in-nen gegründet haben, behauptet.

Eine Sprecherin beim Bundesgerichtshof widerspricht auf Anfrage der taz: Es ist keine Auszeichnung verliehen worden. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage mehrerer Linken-Abgeordneten im Bundestag heißt es über die Gespräche Franks in Istanbul: Konkrete Strafverfahren wurden nicht besprochen.

Haydaro lu kann lange über die Ungerechtigkeiten, die ihre Ge-nos-s:in-nen erleiden müssen und den Verfolgungswillen der deutschen Behörden berichten. Vor allem die aufgeführten Vorwürfe vermeintliche Belege für die Parteimitgliedschaft empören sie. Dabei geht es etwa um die Organisation eines Grup Yorum-Konzerts 2014 in der Arena Oberhausen vor 14.000 Zuschauern, um die Rolle als Trauzeugin bei einer Hochzeit zweier Bandmitglieder oder die Beteiligung an angemeldeten Demonstrationen. So führt die Staatsanwaltschaft bei Hasan Unutan seine Beteiligung an einer Solidaritätsdemonstration in Berlin im vergangenen November auf.

Haydaro lu und ihre Mit-strei-te:r:in-nen nutzen derzeit alle Möglichkeiten, um Öffentlichkeit zu erlangen. So waren sie Anfang Juni auch in Leipzig zur Tag X-Demo nach dem Urteil gegen die Gruppe Lina E. und landeten für viele Stunden im Kessel. Die auffällige Gruppe mit ihrem roten Transparent hatte sich zuvor nicht an gewaltsamen Ausbruchsversuchen beteiligt, wie auch Haydaro lu beteuert. Trotz Hinweisen auf den Hungerstreik sei sie von der Polizei nicht anders behandelt worden, als all die anderen Eingekesselten.

Diese Woche war Haydaro lu wieder in Leipzig. Beim Haftprüfungstermin gegen einen ihrer Begleiter, der aus dem Kessel in U-Haft gewandert war, sollte sie als Zeugin aussagen. Schließlich aber kam es nicht dazu; der Mitstreiter kam wieder auf freien Fuß.

Für diesen Samstag hat Haydaro lu eine Kundgebung auf dem Oranienplatz angemeldet. Der Titel: Von Lina E. bis Özgül Emre. Die Paragrafen 129 betreffen uns alle. Ab 14 Uhr gibt es Redebeiträge zum Terrorismusparagraphen und den Anklagen. Ab 20 Uhr soll es ein Konzert von Grup Yorum geben. Die Band werde nahezu komplett da sein, sagt sie, also alle, die nicht inhaftiert seien. Nach Ankündigung des Konzerts habe sich die Polizei schon aufgeregt bei ihr gemeldet und wollte wissen, welche Lieder die Band spielen will. Sechs Lieder seien in Deutschland verboten. Haydaro lu sagt: Auch da kann es wieder zu Repressionen kommen. Dann lächelt sie still.

Ab 100 Tagen drohen bleibende Schäden

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: TERRORORGANISATIONEN (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); TERRORISMUS (90%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (90%);

Hungern für die Genossen; Eda Deniz Haydaro lu kämpft für die Freiheit ihrer türkischen Genossen, die in Düsseldorf vor Gericht stehen. Der Vorwurf gegen die Li....

GEFÄNGNISSTRAFEN (89%); VERHUNGERN (89%); VERHAFTUNGEN (88%); ANKLAGEN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); SCHRIFTSTELLER (78%); STAATSANWÄLTE (78%); GEFÄNGNISSE (76%); VERANSTALTUNGSKALENDER (76%); ERMITTLEMENTEN (73%); BIBLIOTHEKEN (71%); JUSTIZMINISTERIEN (70%); TOD & STERBEN (65%); MUSIK (64%); MUSIKGRUPPEN & MUSIKER (64%)

Organization: REVOLUTIONARY PEOPLES' LIBERATION FRONT (56%)

Industry: SCHRIFTSTELLER (78%); STAATSANWÄLTE (78%); BIBLIOTHEKEN (71%); MUSIKGRUPPEN & MUSIKER (64%)

Geographic: DÜSSELDORF, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (73%); DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 22, 2023

End of Document

Es sollte zu Toten kommen; Karlsruhe klagt die Neonazischläger Knockout 51 als Terrorgruppe an

taz, die tageszeitung

Dienstag 16. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 267 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Karlsruhe klagt die Neonazischläger Knockout 51 als Terrorgruppe an

Body

Die Bundesanwaltschaft klagt die rechtsex-treme Thüringer Kampfsporttruppe Knockout 51 als Terrorvereinigung an. Seit März 2019 soll diese in Eisenach einen Nazi-Kiez angestrebt und immer wieder Angriffe auf Polizeibeamte und Linke verübt haben. Der 25-jährige Anführer Leon R. und drei Kumpanen war bereits im April 2022 festgenommen worden.

Getarnt als Kampfsporttrainings habe die Gruppe ihre Angriffe vorbereitet, so die Anklage. Trainiert wurde in der Thüringer NPD-Zentrale in Eisenach. In der Stadt führte die Gruppe Kiezstreifen durch. Immer wieder verprügelte sie vermeintliche Randalierer, Linke oder Drogenkonsumenten, teils bis zur Bewusstlosigkeit. Etliche der Opfer erlitten Knochenbrüche. Auch das Eisenacher Linken-Büro wurde mit Steinwürfen attackiert.

Zudem habe Knockout 51 auch bei Corona-Demonstrationen in Eisenach, Berlin, Leipzig oder Kassel Angriffe auf Polizeibeamte oder angebliche Linke verübt. Leon R. habe die Gruppe auch überregional vernetzt. Eine Radikalisierung von Knockout 51 habe nach zwei Angriffen auf Leon R. Ende 2019 stattgefunden. Diese werden der Gruppe um die inhaftierte Leipzigerin Lina E. vorgeworfen. Nach den Angriffen hätten Leon R. und die anderen gezielt die Auseinandersetzung mit Linksextremen gesucht, um unter dem Deckmantel der Selbstverteidigung tödlich wirkende Gewalt anwenden zu können, so die Bundesanwaltschaft. Die Gruppe habe Messer, Schlagringe, eine manipulierte Gaspistole und Teile für eine halbautomatische Schusswaffe besorgt. Auch Schießtrainings hätten stattgefunden. Dann aber erfolgten die Festnahmen. Konrad Litschko

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: TERRORORGANISATIONEN (92%); KAMPFKUNST (90%); SCHUSSWAFFEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); NEGATIVE

Es sollte zu Toten kommen; Karlsruhe klagt die Neonazischläger Knockout 51 als Terrorgruppe an

SONSTIGE NACHRICHTEN (77%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: May 15, 2023

End of Document

Man kam sich vor wie Tiere ; Der Protest und Polizeieinsatz zum Tag X in Leipzig wird im Landtag aufgearbeitet. Weitere Haftbefehle wurden verhängt. Ein Betroffener berichtet von unwürdigen Verhältnissen im Polizeikessel

taz, die tageszeitung

Dienstag 06. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 546 words

Byline: Adefunmi Olanigan, Konrad Litschko

Highlight: Der Protest und Polizeieinsatz zum Tag X in Leipzig wird im Landtag aufgearbeitet. Weitere Haftbefehle wurden verhängt. Ein Betroffener berichtet von unwürdigen Verhältnissen im Polizeikessel

Body

Von Adefunmi Olanigan

Die Proteste und der Polizeieinsatz zum Tag X am Wochenende in Leipzig, nach der Verurteilung der Gruppe um die Autonome Lina E., haben ein Nachspiel. Während Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) und Leipzigs Polizeipräsident René Demmer das Vorgehen der Polizei und die elfstündige Einkesselung der Demonstrierenden verteidigen, hagelt es von links Kritik. Der sächsische Innenausschuss wird sich nun auf Antrag der Linken am Montag in einer Sondersitzung mit dem Geschehen befassen.

Die Hintergründe der Grundrechtsverletzungen, besonders der Kessel, sind aufklärungsbedürftig , hatte Kerstin Köditz (Linken) den Antrag begründet. Auch der SPD-Politiker Albrecht Pallas, einst selbst Polizist, kritisierte die Massivität der Polizeipräsenz und deren Reaktion auf Kleinigkeiten. Das habe eine eskalierende Wirkung gehabt, die überwiegend Unbeteiligte getroffen habe. Die Gewalt einiger Protestierender aber sei inakzeptabel . Auch der Grünen-Innenpolitiker Valentin Lippmann sprach von einer massiven Einschränkung der Versammlungsfreiheit , auch der Polizeikessel sei deutlich zu hinterfragen . Gleichzeitig kritisierte auch er die Gewaltexzesse einiger Protestierender.

Nach einer untersagten Demonstration am Samstag in der Leipziger Südvorstadt war es zu Flaschen- und Steinwürfen von Autonomen gekommen. Die Polizei kesselte darauf elf Stunden lang gut 1.000 Personen ein, darunter auch Minderjährige. Ihnen werden schwerer Landesfriedensbruch und tödliche Angriffe vorgeworfen.

Man kam sich vor wie Tiere, die im Stall eingepfercht waren , erzählt einer der Betroffenen aus dem Kessel der taz. Zunächst habe es keine Möglichkeit gegeben, zur Toilette zu gehen, aufgesucht werden musste das Gebüsch. Leute mussten aufs Klo, Groß und Klein. Das habe später auch eklig gerochen. Wer sich für einen Toilettengang bei der Polizei meldete, sei erkennungsdienstlich behandelt worden.Auch Getränke hätte nicht von Anfang an ausreichend zur Verfügung gestanden. Bis zum Schluss habe es an Essen und ausreichend Decken gefehlt, die bei den nächtlich kalten Temperaturen geholfen hätten.

Man kam sich vor wie Tiere ; Der Protest und Polizeieinsatz zum Tag X in Leipzig wird im Landtag aufgearbeitet. Weitere Haftbefehle wurden verhängt. Ein Betr....

Zu den Eingekesselten hätten auch Unbeteiligte, so der Betroffene. Er selber habe sich zurückgezogen, als es zu Gewalt kam sei aber von der Polizei an die Stelle des Parks gedrängt worden, die später gekesselt wurde.

Wie die Staatsanwaltschaft Leipzig am Montag der taz mitteilte, wurde gegen drei Männer aus dem Kessel auch U-Haft verhängt, einen 24-, 25- und 34-Jährigen. Zudem seien für Samstag zwei weitere Haftbefehle gegen einen 33- und 36-Jährigen für Flaschen- und Steinwürfe in Connewitz verhängt worden. Zwei weitere Haftbefehle seien erlassen, aber außer Vollzug gesetzt. Bereits nach Flaschen- und Steinwürfen am Freitag waren 5 Haftbefehle erteilt worden. Die Connewitzer Linken-Landtagsabgeordnete Jule Nagel nannte die verhängten Haftbefehle ziemlich krass . Für die vorgeworfenen Straftaten sei das sehr ungewöhnlich.

War Sonntag noch eine Demonstration in Leipzig gegen Polizeigewalt von der Stadt verboten worden, wurde für Montagabend ein weiterer Aufzug erlaubt. Demonstriert werden sollte unter dem Motto Grundrechte gelten auch in Leipzig und zwar am Alexis-Schumann-Platz, dort, wo sich die Ereignisse vom Tag X abspielten.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); POLIZEIKRÄFTE (91%); DEUTSCHE LANDTAGE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); REGIERUNGSKABINETTS (90%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); VERURTEILUNGEN (89%); PARKS & SPIELPLÄTZE (78%); POLIZEIBRUTALITÄT (78%); VORSTÄDTE (78%); STAATSANWÄLTE (73%); POLIZEILICHER AMTSMISSBRAUCH (69%)

Industry: PARKS & SPIELPLÄTZE (78%); STAATSANWÄLTE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Über eine Woche ohne Tagesordnung; der rote faden

taz, die tageszeitung

Samstag 03. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 14,15

Length: 669 words

Byline: Lukas Wallraff

Body

der rote faden

Durch die Woche mit Lukas Wallraff

Zur Tagesordnung übergehen, irgendwie schnell weitermachen, auch wenn etwas Schreckliches passiert ist, gehört im Journalismus zwangsläufig zur Jobbeschreibung. Weil leider häufig etwas Schreckliches passiert und die nächste Ausgabe nicht wartet. Sie muss ja trotzdem vollgeschrieben werden. Oder gerade erst recht. Online sogar sofort.

Da cool zu bleiben ist nicht immer einfach, aber meistens geht es, solange uns die schlechten Nachrichten nicht direkt selbst betreffen. Und auch wenn sie näher rücken, hilft der Zeitdruck, um sich durch konzentrierte Arbeit von eigenen Ängsten abzulenken. Manche schützen sich durch einen Panzer aus Routine und einen Abwehrmechanismus, der bisweilen ins Zynische abgleitet. Bomben auf die Ukraine? Dachschaden in Moskau? Gibt s denn nicht was Neues? Die meisten versuchen die Not nicht an sich heranzulassen und nach Redaktionsschluss abzuschalten. Oft ist der Schreck am nächsten Morgen tatsächlich abgeklungen, verdrängt, verlacht, vergessen.

In dieser Woche ging das in der taz für viele nicht mehr. Menschen, die sonst meist ruhig und abgeklärt wirken, weinten in Konferenzen. Andere umarmten sich still und kamen abends noch einmal zusammen. Nicht um sich abzulenken, sondern um gemeinsam um einen Kollegen zu trauern, der gerade erst 50 geworden war und plötzlich nicht mehr da ist. Dass er vor drei Monaten zum Spiegel ging, spielte keine Rolle. Denn Martin Reichert war jahrzehntelang ein tazler und für viele ein Freund, für manche ein enger Wegbegleiter, für seinen Mann der Liebste. Dass Martin sich am vergangenen Freitag selbst das Leben nahm, hat die ganze taz erschüttert.

Ich bitte deshalb um Verständnis, dass ich hier nicht die Großereignisse der Woche von BVB bis Lina E. launig Revue passieren lasse. Wir Rote-Faden-SpinnerInnen versuchen ja sonst gern, das Tragikomische im Weltgeschehen zu finden, aber ich will diesmal nicht so tun, als hätte mich das ewige Gezerre um Habecks missglücktes Heizungsgesetz oder der Haushaltsstreit in den USA lang beschäftigt und belustigt. Dafür denke auch ich zu viel an meinen ehemaligen Mitstreiter im Redaktionsrat und an die Menschen, die ihm viel näher standen und die drei Seiten über Martin vollgeschrieben haben. Damit die Lücke, die er hinterlässt, sichtbar wird und der Schock nachvollziehbar.

Über eine Woche ohne Tagesordnung; der rote faden

Vielleicht wird Ihnen das alles jetzt zu viel. Vielleicht denken Sie, wir sollten uns zusammenreißen und wie andere Leute auch nach Schicksalsschlägen trotzdem weiter unseren Job machen, also die politische Lage einordnen. Haben wir ja auch getan so gut es ging. Aber falls in der taz im Laufe dieser Woche mehr Fehler als gewohnt auftauchten und manches Wichtige wegfiel, wissen Sie nun wenigstens, warum. Und Milde wäre nett.

Vielleicht sollten JournalistInnen generell öfter zugeben, dass sie nicht immer neutral die Nachrichten sortieren. Sosehr wir uns bemühen, Empathie für alle globalen Probleme aufzubringen und auf weit entfernte Missstände aufmerksam zu machen: Natürlich berühren auch uns Gefahren in unserer Nähe mehr als Ereignisse in Australien, wenn wir dort niemanden kennen.

Bei den aktuellen Kriegsmeldungen haben manche vordringlich Angst um FreundeInnen in der Ukraine, andere vor einem Atomkrieg hier. In der Coronazeit setzten JournalistInnen, die sich selbst oder Angehörige zu den vulnerablen Gruppen zählten, verständlicherweise andere Akzente als medizinisch eher unbesorgte Eltern, deren Gedanken vor allem um die Bewegungsfreiheit ihrer Kinder kreisten. Trotzdem alle Sichtweisen abzubilden gehört zum Zeitungsmachen. Aber manchmal wäre ein persönlich begründeter Meinungstext wohl ehrlicher als ein zu einseitig geschriebener Bericht.

So oder so können wir früher oder später zur Tagesordnung übergehen. Martin konnte es leider nicht mehr.

Nächste Woche: Haznain Kazim

Sollten Sie Suizidgedanken haben, suchen Sie sich bitte umgehend Hilfe. Anonym bei der Telefonseelsorge: 0800/111 0 111 und 0800/111 0 22

Martin

Reichert

Heizungsgesetz

Haushaltsstreit

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: JOURNALISMUS (90%); STELLENBESCHREIBUNGEN (78%)

Geographic: MOSKAU, RUSSISCHE FÖDERATION (71%); UKRAINE (88%)

Load-Date: June 2, 2023

Braune Accessoires, selbstgetöpferter Tyrannenmord und einarmige Tennisspieler; wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz, die tageszeitung

Montag 05. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 772 words

Byline: Friedrich Küppersbusch

Body

wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Ukraine: Die Gewöhnung.

Und was wird nächste Woche besser?

Keine Gewöhnung an Gewöhnung.

Im Deutschlandtrend erreicht die einen neuen Höchstwert, 18 Prozent. Damit liegt sie nun mit der SPD gleichauf. Ist die Ampel daran schuld? AfD bei der Sonntagsfrage

Unschuldiger als die AfD kann man an ihrem Erfolg nicht sein. Nicht der Euro, Migration, Corona oder irgendwelche trendig braunen Accessoires beflügeln ihre Umfragen. Die da oben können es nicht, und das aus bösem Willen hat auf ehemaligem DDR-Staatsgebiet eine gewisse Tradition und klingt aktuell nach einer Selbstauskunft der Ampelmänner. Wer immer hören möchte, dass Habeck alles vergeigt, die FDP alles blockiert und Scholz alles laufen lässt, kann sich diese News beim Originalerzeuger abholen. Die Ampel das Factory Outlet für Ampelstress. In uns schlummert mehr vordemokratische Sehnsucht nach dem, der mal auf den Tisch haut , als in dem, der mal auf den Tisch haut.

Haben Sie gerade noch Fragen an Robert Habeck?

Hm. Wie wär s mit Landwirtschaft? Das hat er gelernt in Schleswig-Holstein, auch Energiewende und Umwelt. Im Bund stapelt er auf die skurrile Gas-umlage eine Vetternwirtschaft-Affäre und ein Heizungsgesetz, das zunehmend an ein Schwarzes Loch erinnert: Wer zu nah dran kommt, den verschlingt s. Habeck hat es meisterlich verstanden, sich beliebt zu machen. Nun kommt Stufe zwei: das Gegenteil überleben.

Lina E. wurde am Mittwoch zu 5 Jahren und 3 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Sind wir die Sorge Linksextremismus jetzt los?

Braune Accessoires, selbstgetöpferter Tyrannenmord und einarmige Tennisspieler; wie geht es uns, herr küppersbusch?

Wer mit dem Hammer auf politische Gegner eintrümmert, ist nicht links oder rechts, sondern in erster Linie kriminell. Wir sind noch ein gutes Stück weit weg vom selbstgetöpferten Tyrannenmord und täten gut daran, jedwede politische Ummäntelung roher Gewalt nicht zu hoch zu heben. Die Taten müssen uns nicht sympathischer sein als die irgend eines Fußball-Hooligans, der seinen Gewaltfetisch halt mit einer anderen Ausrede auslebt.

Das deutsche Bildungssystem steckt in der Dauerkrise. Nun fordern Gewerkschaften und Bildungsverbände ein Sondervermögen von mindestens 100 Milliarden Euro. Wäre da die Forderung Reiche Eltern für alle nicht am Ende realistischer?

Wenn das Schulsystem schon nicht funktioniert, kann es mit weiteren 100 Milliarden noch viel schöner nicht funktionieren klar. Andere forderten bereits ein Sondervermögen Wohnen und eines für Bahn und Klima. Viel mehr als die Gesten kommt beim Modeartikel Sondervermögen nicht herum. Das deutsche Schulsystem selektiert statt zu fördern, man möchte sich nicht ausmalen, wie es jetzt noch 100 Milliarden besser selektiert.

SPD-Politikerin Eva Högel schlägt als Wehrbeauftragte eine Rückkehr zur Musterung vor, für alle Geschlechter. Bei Eignung sollen die jungen Menschen selbst entscheiden, ob sie sich engagieren wollen. Wie würden Sie sich aktuell entscheiden?

Ich hatte vor meiner Musterung verweigert und wurde darauf mit einem angeborenen Sehfehler tauglich gemustert. Das Musterungsgremium schlug vor, ich möge die Verweigerung zurückziehen, nachdem mir nun eine glänzende Karriere etwa als Luftwaffenpilot offen stünde. Ich ersparte der Bundeswehr interessante Flugunfälle und leistete Zivildienst. Mag sein, dass die Kreiswehrersatzämter heute weniger korrupt wären damals hätten sie auch den einarmigen Banditen zum Tennisbataillon kommandiert. Högls Kontakthof mag die Auswahl verbreitern, und man muss sich über jeden guten Bürger freuen, der einem Waffenjek oder Vollnazi den Job beim Bund wegnähme. Vielleicht würden sie aber auch wieder ein Auge zudrücken, was bei mir ja egal ist.

Der Verlag Kiepenheuer & Witsch beendet die Zusammenarbeit mit Rammstein-Sänger Till Lindemann. Zu spät, zu früh oder gerade rechtzeitig?

Rammstein hat alle marktgängigen Tabus durch: Riefenstahl-Video, Splatter, Porno, Walhallamarsch. Im Kontext sexuallisierter Gewalt verbieten sich rein ästhetische Betrachtungen. Also munter voraus: Rein ästhetisch ist dieser Skandal folgerichtig und imagegerecht. Und KiWi kann aussteigen oder weitermachen, es ist beides so falsch, wie die Band es immer zu nutzen verstand.

Und was machen die Borussen?

Dortmund hat Trainer Tuchel gefeuert, als er Pokalsieger wurde. Und liebt nun Trainer Terzic, der nicht Meister wurde. Erfolg ist was für Memmen.

Fragen: Adefunmi Olanigan,

waam

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und ist links 8 Dioptrien kurzsichtig, rechts 3 weit.

Eva Högls Kontakt-hof mag die Auswahl verbreitern, und man muss sich über jeden guten Bürger freuen, der einem Waffenjek den Job beim Bund wegnähme

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Braune Accessoires, selbstgetöpferter Tyrannenmord und einarmige Tennisspieler; wie geht es uns, herr küppersbusch?

Subject: TRENDS (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); KORRUPTION (71%); SKANDALE (66%); GEFÄNGNISSTRAFEN (64%); VERURTEILUNGEN (50%)

Geographic: SCHLESWIG-HOLSTEIN, DEUTSCHLAND (78%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Bomben gegen die Klimakrise; Der Spielfilm How to Blow Up a Pipeline von Daniel Goldhaber lässt Aktivisten diskutieren und gegen die Mineralölkonzerne zur Tat schreiten

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 16

Length: 847 words

Byline: Michael Meyns

Highlight: Der Spielfilm How to Blow Up a Pipeline von Daniel Goldhaber lässt Aktivisten diskutieren und gegen die Mineralölkonzerne zur Tat schreiten

Body

Von Michael Meyns

Erst vor ein paar Tagen wurde die linke Aktivistin Lina E. wegen Überfällen auf Rechte zu einer mehrjährigen Haftstraße verurteilt. Ein Urteil, das bei beiden Seiten auf Kritik stieß: Für die einen war es ein Skandalurteil, das eine Antifaschistin anging, die das tat, was der Staat versäumt hatte, für die anderen das viel zu milde Urteil gegen eine Linksterroristin, die Selbstjustiz ausübte. So oder so befürchtet Bundesinnenministerin Nancy Faeser eine zunehmende Radikalisierung.

Nicht der einzige Bereich, in dem immer häufiger Gewalt zu beobachten ist: die Klimaprotestler der Letzten Generation sehen sich zunehmend brutalen Reaktionen von Autofahrern ausgesetzt, die sich in ihrem Recht auf freie Fahrt eingeschränkt sehen und den Klima-Klebern Nötigung vorwerfen. Auch hier wird eine Radikalisierung befürchtet, konservative Politiker sprechen schon von der Gefahr, dass eine Art Klima-RAF im Entstehen ist.

Genau zum richtigen Zeitpunkt kommt nun ein Film in die Kinos, der ein Szenario durchspielt, das zwar fiktiv ist, aber zunehmend realistisch erscheint. Dessen Möglichkeiten und Konsequenzen werden in Kreisen der Klima-Aktivisten vielleicht auch schon kontrovers diskutiert. Der von einem Kollektiv um den Regisseur Daniel Goldhaber produzierte Film How to Blow Up a Pipeline basiert lose auf dem gleichnamigen Buch von Andreas Malm, in dem der schwedische Geograph und Journalist die Frage diskutierte, warum sich die Klimabewegung einem gewaltfreien Protest verschrieben hat.

Denn eigentlich, so führt Malm überzeugend aus, waren weder die Proteste von Gandhi noch die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King und schon gar nicht die Proteste, die zum sehr kurzlebigen Arabischen Frühling führten, gewaltfrei, auch wenn sie gerne als solche verklärt werden. Sie alle bedienten sich mehr oder weniger direkt auch gewalttätigen Formen des Protests, zumindest war die Möglichkeit von Gewalt und Radikalisierung ein Grund, warum die friedlicheren Aspekte einer Protestbewegung von Politik und Gesellschaft als bessere Alternative akzeptiert wurden. Konkret bedeutet das etwa in Bezug auf die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung: Nicht zuletzt der Druck, der durch den gewaltbereiten Malcolm X ausgeübt wurde, ließ den friedlicheren King als akzeptablere Alternative erscheinen.

Bomben gegen die Klimakrise; Der Spielfilm *How to Blow Up a Pipeline* von Daniel Goldhaber lässt Aktivisten diskutieren und gegen die Mineralölkonzerne zur Tat....

Das Radikale, auch Gefährliche und Faszinierende an der Filmversion von *How to Blow Up a Pipeline* ist, dass dieser Ansatz nicht einfach aufgezeigt und durchgespielt, sondern aktiv propagiert wird. Erzählt wird von acht Aktivisten, die sich in Texas zum Anschlag auf eine Pipeline zusammenfinden.

In Rückblenden wird angedeutet, warum diesen Menschen kein anderer Weg als sinnvoll erscheint: Theo (Ariela Barer) etwa leidet an Leukämie, die vermutlich durch Abgase der Ölraffinerie ausgelöst wurde, in deren Schatten sie aufwuchs. Der Texaner Dwayne (Jack Weary) wiederum soll enteignet werden, um Platz für den Bau einer Pipeline zu schaffen, der Native American Michael (Forrest Goodluck) fühlt sich grundsätzlich von der weißen Mehrheitsgesellschaft unterdrückt, während das Paar Rowan (Kristine Froseth) und Logan (Lukas Gage) eine ganz eigene Agenda zu verfolgen scheint, die sich erst nach und nach offenbart.

Minutiös, fast dokumentarisch zeichnet der Film die Vorbereitung zu einem Anschlag nach, wenn auch nicht so genau, dass der gezeigte Bau von Bomben als Anleitung zu verstehen wäre: Eine präzise Bauanleitung wie das legendäre *The Anarchist Cookbook* ist dieser Film dann doch nicht. Zumal da die Bomben ganz bewusst nicht gegen Menschen gerichtet sind, sondern gegen Sachen. An drei Stellen soll eine Pipeline zerstört werden, die Ölversorgung gestört und damit der Ölpreis in die Höhe getrieben werden.

Ein naiver Plan? Vielleicht. Aber angesichts einer Extremsituation wie dem Klimawandel möglicherweise der einzige Weg, die Trägheit des Systems in den Grundfesten zu erschüttern. Oder würden solche Anschläge eher das Gegenteil bewirken und die hehren Ziele diskreditieren? Immer wieder lässt Goldhaber die Figuren diese Fragen diskutieren, werden Zweifel angedeutet, ohne dass es schließlich zu einem um Ausgleich bemühten, oberflächlich betrachtet vernünftigen Ende kommt.

Mit welcher Verve *How to Blow Up a Pipeline* seinen radikalen, anarchistischen Ansatz durchzieht, lässt an das agitatorische Kino der 60er Jahre denken, das auf eine im Nachhinein bisweilen vielleicht naiv anmutende Weise an Revolution und die Kraft gesellschaftlicher Änderung glaubte. Angesichts einer zunehmend hoffnungslos wirkenden Lage, einer erschreckenden Trägheit der Gesellschaft, die notwendigen Wandel zwar diskutiert, aber viel zu langsam auf die akuten Gefahren des Klimawandels reagiert, könnte in Formen der Radikalisierung tatsächlich die einzige Hoffnung liegen. Ob *How to Blow Up a Pipeline* als Blaupause für den Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe dienen kann und vor allem sollte, das werden die nächsten Jahre zeigen.

How to Blow Up a Pipeline. Regie: Daniel Goldhaber. Mit Ariela Barer, Kristine Froseth u.a. USA 2022, 106 Min.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: FILM (91%); GERICHTSURTEILE (90%); VERURTEILUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); TERRORANSCHLÄGE (89%); SKANDALE (78%); TERRORISMUS (78%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (78%); URHEBERRECHT (78%); AUTOABGASE (76%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (76%); BÜRGERRECHTE (64%)

Industry: ERDÖL-PRODUKTE (94%); FILM (91%); ERDÖL-RAFFINERIEN (78%); FILMINDUSTRIE (78%); AUTOABGASE (76%); PIPELINETRANSPORT (50%)

Geographic: TEXAS, USA (90%); NORDAMERIKA (90%)

Bomben gegen die Klimakrise; Der Spielfilm How to Blow Up a Pipeline von Daniel Goldhaber lässt Aktivisten diskutieren und gegen die Mineralölkonzerne zur Tat....

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Ein Kronzeuge im Fall Lina E.; Prozess zu Angriffen auf Neonazis: Ein Beschuldigter packt aus

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Juni 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 261 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Prozess zu Angriffen auf Neonazis: Ein Beschuldigter packt aus

Body

Von Konrad Litschko

Seit September 2021 steht die Leipziger Linke Lina E. mit drei Mitangeklagten vor dem Oberlandesgericht Dresden. Die Bundesanwaltschaft wirft ihr sechs schwere Angriffe auf Neonazis und die Bildung einer linksextremen kriminellen Gruppe mit weiteren Autonomen vor. Der Prozess zieht sich, Zeugen konnten die Angreifer nicht identifizieren, die Anklage fußt auf Indizien. Und die Beschuldigten schwiegen bisher. Nun nicht mehr: Einer von ihnen, Johannes D., packte bei der Polizei aus.

Der 30-Jährige sitzt nicht mit im Prozess, gegen ihn wird aber ermittelt, weil er sich an einem Angriff auf den Eisenacher Neonazi Leon Ringl im Dezember 2019 beteiligt haben soll. Bereits vor Monaten hatte sich die linke Szene aber von Johannes D. abgewandt und ihn wegen Vorwürfen sexueller Übergriffe öffentlich geoutet. Nach taz-Informationen sagte er nun ab Mai in sieben Vernehmungen bei der Polizei aus, der Verfassungsschutz soll vermittelt haben. D. soll Angaben über die Gruppe um Lina E. und auch nicht angeklagte Straftaten gemacht haben. Laut Gericht umfassen seine Aussagen mehr als 140 Seiten. Es strebt an, D. Anfang August als Zeugen zu laden. Er befindet sich in einem Zeugenschutzprogramm.

Bereits am Mittwoch gab es Razzien in Leipzig und Berlin. Einer der Durchsuchten soll zuletzt Unterstützungsarbeit für Lina E. geleistet haben. Ein Solidaritätsbündnis für die Angeklagten reagierte wütend. Das Verhalten von Johannes D. sei widerwärtig. Er versuche, mit allen Mitteln seinen dreckigen Arsch zu retten auf Kosten der Mitbeschuldigten.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ZEUGEN (92%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN

Ein Kronzeuge im Fall Lina E.; Prozess zu Angriffen auf Neonazis: Ein Beschuldigter packt aus

(90%); STAATSANWÄLTE (90%); GERICHTSPROZESSE (79%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (79%); SEXUALDELIKTE (78%); SEXUELLE BELÄSTIGUNG (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: June 16, 2022

End of Document

Warten auf den Kronzeugen; Im Leipziger Prozess um die linke Aktivistin Lina E. will ein früherer Weggefährte auspacken. Womöglich kann er alle Angeklagten aber weniger belasten als erwartet

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. Juli 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 703 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Im Leipziger Prozess um die linke Aktivistin Lina E. will ein früherer Weggefährte auspacken. Womöglich kann er alle Angeklagten aber weniger belasten als erwartet

Body

Von Konrad Litschko

Es dürfte ein kleines Spektakel werden, das den Auftritt von Johannes D. am Donnerstag vor dem Oberlandesgericht Dresden begleiten wird, im Prozess gegen die linke Aktivistin Lina E. Antifas kündigen eine Kundgebung vor dem Gericht an, die Polizei wird mit einem Extraaufgebot anrücken, die Sicherheitskontrollen werden verschärft. Denn die Befragung von Johannes D. ist keine wie jede andere: Er ist der neue Kronzeuge, der den Prozess derzeit durcheinanderwirbelt.

Im Juni war publik geworden, dass der 30-jährige Ex-Autonome bei der Polizei ausgepackt hatte. Für die Bundesanwaltschaft scheint es wie ein Lottogewinn, für Lina E. und die Mitangeklagten wie ein Albtraum. An gleich sechs Prozesstagen soll er nun aussagen. Aber die Erwartungen der Ankläger könnten enttäuscht werden.

Seit September steht die Leipzigerin Lina E. vor Gericht. Der 27-Jährigen und drei Mitangeklagten werden die Bildung einer linksmilitant Gruppe und sechs schwere Angriffe auf Neonazis vorgeworfen. Das Verfahren zog sich zuletzt: Zeugen konnten die verummachten Angreifer nicht erkennen, die Angeklagten schwiegen. Dann packte Johannes D. aus.

Der Berliner, der zuletzt in Polen gelebt haben soll, steht nicht in Dresden mit vor Gericht aber die Bundesanwaltschaft rechnet ihn dem erweiterten Kreis um Lina E. zu. Auch gegen ihn wird deshalb ermittelt. Seit dem 1. Mai sagte Johannes D. nun in ganzen sieben Vernehmungen über die Gruppe aus, auf Vermittlung des Bundesamts für Verfassungsschutz. Schon zuvor wurde er in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen.

Aus der linken Szene wurde Johannes D. schon vor Monaten verstoßen, weil ihm sexuelle Übergriffe und eine Vergewaltigung vorgeworfen werden. Nach seiner Kooperation mit der Polizei wird er nun auch als Verräter geschmäht. Womöglich belasten seine Aussagen Lina E. aber weniger als erwartet. Denn Johannes S. soll nur bei einer der angeklagten Taten dabei gewesen sein: einem Überfall auf den Eisenacher Neonazi Leon Ringl im Dezember 2019. Zu den anderen fünf angeklagten Taten soll D. nach taz-Informationen kein eigenes Wissen

Warten auf den Kronzeugen; Im Leipziger Prozess um die linke Aktivistin Lina E. will ein früherer Weggefährte auspacken. Womöglich kann er alle Angeklagten aber....

gehabt und eher Mutmaßungen angestellt haben. Demnach soll er es zwar als wahrscheinlich erachtet haben, dass sich an den Taten auch Lina E. beteiligte ohne dies aber genauer belegen zu können.

Neben Lina E. soll Johannes D. jedoch auch ihren bis heute untergetauchten Verlobten Johann G. belastet haben, dem er offenbar ebenso eine Führungsrolle zuschrieb. Auch soll er Aussagen zu weiteren Personen aus beider Umfeld gemacht haben was bereits zu zwei Durchsuchungen in Leipzig und Berlin führte. Für die Anklage füllte D. damit eine Leerstelle: Denn über die Struktur der vermeintlichen Gruppe um Lina E. wusste die Bundesanwaltschaft wenig. Aber auch hier soll Johannes D. statt einer fixen Gruppe eher ein loses Netzwerk beschrieben haben, das sich je nach Tat immer neu zusammensetzte.

Die Verteidiger von Lina E. und den anderen Angeklagten wollen sich bisher nicht zu den Aussagen von Johannes D. bei der Polizei äußern. Auch dessen Anwalt tut es nicht. Er aber beantragte bereits für die Zeugenbefragung von D. einen Ausschluss der Öffentlichkeit aus Sicherheitsgründen. Die Verteidiger:innen halten dagegen. Wir werden alles in Bewegung setzen, um den Grundsatz der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten , twitterte Erkan Zünbül, Anwalt von Lina E.. Und auch die Richter:innen signalisierten nach taz-Informationen den Prozessbeteiligten, dass der Antrag nicht aussichtsreich sei.

Die Verteidiger:innen kritisieren zudem, dass sie erst Wochen später und womöglich nicht vollständig über die Befragungen von Johannes D. informiert wurden. Die Waffengleichheit mit der Bundesanwaltschaft sei so nicht gegeben, beklagten sie in einem Antrag. Auch werde damit erschwert, die Glaubwürdigkeit von D. einzuschätzen. Denn der habe auch zu anderen nichtangeklagten Straftaten ausgesagt, etwa in Dessau oder Dortmund, und womöglich auch beim Verfassungsschutz. Ob und wie er dabei die Gruppe um Lina E. belastete, bleibe unklar, monierten die Verteidiger:innen. Auch darüber dürfte am Donnerstag im Dresdner Gericht hitzig diskutiert werden.

Nur bei einer der sechs angeklagten Taten soll Johannes D. tatsächlich dabei gewesen sein

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ZEUGEN (92%); GERICHTSPROZESSE (91%); GERICHTSHÖFE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (89%); SEXUALDELIKTE (89%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); SEXUELLE BELÄSTIGUNG (78%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (73%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); POLEN (58%)

Load-Date: July 26, 2022

Der Mann, der gerne Kronzeuge wäre; Im Prozess gegen die Leipziger Linke

Lina E. sagt ein früherer Weggefährte gegen sie aus doch vieles bleibt Spekulation

taz, die tageszeitung

Freitag 29. Juli 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 922 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Im Prozess gegen die Leipziger Linke Lina E. sagt ein früherer Weggefährte gegen sie aus doch vieles bleibt Spekulation

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Und dann ist er da. Am Donnerstagmorgen betritt Johannes D. den Saal des Oberlandesgerichts Dresden. Kurz geschorene Haare, blaues Hemd, Faltenhose und keine Maskerade, wie einige erwarteten. Dafür aber mit Anwalt und gleich sechs Personenschützern der Polizei. Im Saal herrscht angespannte Stille, eine Zuhörerin beginnt zu weinen. Denn Johannes D. könnte nicht nur den Angeklagten hier schaden. Der 30-Jährige ist zum überraschenden Belastungszeugen im Prozess gegen Lina E. geworden, bereits im Mai packte er bei der Polizei aus, ganze sieben Tage lang. Und das auch gegen etliche weitere Szeneangehörige.

Bereits seit November 2020 sitzt Lina E. in Haft, seit September wird in Dresden gegen die Leipzigerin und drei Mitangeklagte verhandelt. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen die Bildung einer linkskriminellen Gruppe und sechs schwere Angriffe auf Neonazis in Leipzig, Wurzen und Eisenach vor. Doch der Prozess zieht sich. Zeugen konnten die verummachten Angreifer nicht identifizieren, die Angeklagten schweigen. Nun aber packt Johannes D. aus.

Wie nervös seine Aussage erwartet wurde, lässt sich am frühen Morgen erkennen. Schon da ist die Polizei überall um das Gericht postiert, am Himmel kreist ein Helikopter. Auf einer linken Kundgebung schimpft eine Rednerin über das widerwärtige Verhalten von Johannes D. Aus der Szene wurde er schon vor Monaten verstoßen und mit Foto und vollem Namen geoutet, ihm wird Vergewaltigung vorgeworfen. Nun gilt er auch als Verräter. Aber es bleibt ruhig, auch im Gericht.

Johannes D. sitzt dort nicht auf der Anklagebank, aber er gehört zu den mindestens fünf weiteren Linken, welche die Bundesanwaltschaft der Gruppe zurechnet. So soll er bei einem ihrer Angriffe dabei gewesen sein, im Dezember 2019 auf den Eisenacher Neonazi Leon Ringl, ein Kampfsportler und Kneipenwirt. Im Saal nun wirkt Johannes D. angespannt, er fingert an einem Kugelschreiber herum, blickt nicht zu den Angeklagten, seinen früheren Bekannten. Die lassen keine Rührung erkennen. Johannes D. sagt zunächst nur, dass er 30 Jahre alt sei und gelernter Erzieher dann beantragt er den Ausschluss der Öffentlichkeit, weil er bedroht werde. Nach längerer Diskussion hinter verschlossenen Türen zieht der Berliner aber seinen Antrag zurück und legt los.

Der Mann, der gerne Kronzeuge wäre; Im Prozess gegen die Leipziger Linke Lina E. sagt ein früherer Weggefährte gegen sie aus doch vieles bleibt Spekulation

Wie sein Kontakt zur Polizei zustande kam, lässt Johannes D. zunächst offen. Klar ist: Das Bundesamt für Verfassungsschutz vermittelte und der Ex-Autonome wurde in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen. Johannes D. erklärt nur, dass das Outing der Grund gewesen sei, warum er heute hier sitze. Er sei bereits im Sommer 2021 nach Warschau verzogen, habe dort als Kindergärtner gearbeitet. Nach dem Outing aber hätten ihn einmal polnische Rechtsextreme bedroht, dann sei er gekündigt worden und Szenefreunde hätten ihm verboten, in Berlin, Leipzig oder seiner Heimat Nürnberg aufzutauchen. Die Vorwürfe würden so nicht stimmen, behauptet D. Es sei aber klar gewesen, dass sie ihn immer wieder einholen würden. Deshalb musste ich eine Entscheidung treffen.

Johannes D. räumt ein, dass er als militanter Autonomer aktiv und auch bei dem Angriff auf Ringl dabei gewesen sei, hier aber nur als Scout, weil er damals unter Bewährung stand. Johann G., der bis heute abgetauchte Verlobte von Lina E., habe ihn damals über den verschlüsselten Messenger Jabber rekrutiert. Ziel sei es gewesen, Ringl nachhaltig zu verletzen, auch mit Hämtern, weil dieser eine national befreite Zone anstrebe.

Mit einem weiteren Berliner Autonomen sei er dann, nach einer Kita-Weihnachtsfeier, nach Leipzig gefahren, mit dem Auto von Philipp M., der in Dresden mitangeklagt ist. Dort habe er auch Lina E. getroffen, sei mit ihr und Johann G. sowie weiteren Leipzigern und Weimaren nach Eisenach gefahren. Er selbst habe dort das Bulls Eye, die Szenekneipe von Ringl, ausgespäht und dessen Abfahrt per Handy an Johann G. gemeldet. Bei dem Überfall selbst bei dem Ringl unversehrt blieb, aber drei Begleiter von ihm verletzt wurden sei er dann nicht dabei gewesen. Er habe nur gemerkt, dass etwas schiefgelaufen sei, weil er später keinen Kontakt mehr zu Johann G. hatte, erklärt D.

Das hatte einen Grund: Nach dem Überfall hatte die Polizei zwei Fluchtautos gestoppt, in einem saß Lina E.. Es war die Tat, welche die Polizei auf ihre Spur brachte. Zu ihrer Rolle kann Johannes D. aber zumindest am Donnerstag nicht viel sagen. In Eisenach habe er einmal auch mit ihr telefoniert, ergänzt er noch. Als Anführer schildert er aber ihren Verlobten Johann G., der auch schon bei einem früheren Angriff auf Ringl dabei gewesen sei und dort verletzt Blut am Tatort zurückgelassen habe. Zwei weitere beteiligte Autonome benennt er noch konkret, sonst bleiben ihm nur Vermutungen oder er kann sich nicht erinnern.

Mehrmals ermahnen ihn die Verteidiger:innen, nicht zu spekulieren. Schon bei seinen Aussagen bei der Polizei habe D. dies zuhauft getan, kritisieren sie. Seine Aussage sei daher mit äußerster Vorsicht zu genießen. Und tatsächlich will Johannes D. bei keiner anderen angeklagten Tat dabei gewesen sein. Ob er damit wirklich als Kronzeuge taugt, bleibt an diesem Tag fraglich.

Das Urteil gegen Lina E. rückt damit einmal mehr in weite Ferne. Allein für D.s Aussagen sind fünf weitere Tage freigeräumt, insgesamt wurden Prozesstermine bis November verlängert. Und auch Johannes D. droht noch ein Prozess für den er sich mit seinen Aussagen einen Strafrabatt erhoffen dürfte.

Mittlerweile wurde der Ex-Autonome in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ZEUGEN (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); SEXUALDELIKTE (77%); STRAFAUSSETZUNG & BEWÄHRUNG (77%); VERHAFTUNGEN (77%)

Der Mann, der gerne Kronzeuge wäre; Im Prozess gegen die Leipziger Linke Lina E. sagt ein früherer Weggefährte gegen sie aus doch vieles bleibt Spekulation

Industry: STAATSANWÄLTE (89%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (73%); NÜRNBERG, DEUTSCHLAND (58%); WARSCHAU, POLEN (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); POLEN (58%)

Load-Date: July 28, 2022

End of Document

Es bleibt beim Verdacht; Seit fünf Monaten wird in Dresden gegen die Linke Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Der Prozess zieht sich, Beweise bleiben wackelig, Zeugen können die 26-Jährige nicht identifizieren. Lina E. ist weiterhin in U-Haft

taz, die tageszeitung

Samstag 29. Januar 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 13

Length: 1706 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Seit fünf Monaten wird in Dresden gegen die Linke Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Der Prozess zieht sich, Beweise bleiben wackelig, Zeugen können die 26-Jährige nicht identifizieren. Lina E. ist weiterhin in U-Haft

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Maximilian A. streicht durch seinen Bart, starrt an die Decke, antwortet nur in Halbsätzen. Es sei ja alles so lange her, zwei Jahre. Nein, genauer beschreiben könne er die Angreifer nicht, auch nicht den Hammer, den einer der Vermummten verwendete. Und wie er den Angriff erlebt habe? Naja, war nicht angenehm.

Maximilian A. sitzt am Mittwoch im Oberlandesgericht Dresden, im Prozess gegen die Leipzigerin Lina E., es ist Verhandlungstag 28. Er ist als Zeuge geladen, ein bulliger 21-Jähriger, zwei Meter, ziemlich genau, schwarzer Kapuzenpullover, kurz geschorene Haare. Ein Bauarbeiter und rechtsextrem Kampfsportler. Maximilian A. berichtet von zwei Angriffen auf sich und Gesinnungskameraden in seiner Heimatstadt Eisenach, im Oktober und Dezember 2019. Zwei Angriffe, die Lina E. und ihrer vermeintlichen Gruppe zugerechnet werden.

Beim ersten saß Maximilian A. im Bull s Eye, einer Erfurter Szenekneipe, betrieben von seinem Freund Leon Ringl, ein bundesweit bekannter Neonazi, ebenso Kampfsportler. Gegen Mitternacht sei plötzlich ein Dutzend Vermummter in die Kneipe gestürmt, hätte auf die Handvoll Gäste eingeschlagen, berichtet A. Das ging alles ziemlich schnell, unter einer Minute. Er selbst habe sich mit einem Barhocker gewehrt, dadurch nur einen Schlag auf den Arm und Pfefferspray abbekommen.

Beim zweiten Angriff, zwei Monate später, habe er mit zwei Freunden Ringl vom Bull s Eye nach Hause gefahren, als plötzlich wieder Vermummte aufgetaucht seien. Ringl solle mit der Scheiße aufhören, sonst bringen wir ihn das nächste Mal um, soll ein Angreifer gedroht haben. Man habe sich in ein Auto geflüchtet, auch dort sei auf sie eingeschlagen worden, mit Stangen und einem Hammer. Mehrere Schläge habe er abbekommen, dazu üppig Pfefferspray, berichtete Maximilian A.

Doch die Vermummten genauer beschreiben kann der Rechtsextreme nicht. Einzig, dass beide Male eine Frau dabei gewesen sei, will er sich erinnern. Zurück habe diese bei den Angriffen jeweils gerufen. Dass eine Frau sich

Es bleibt beim Verdacht; Seit fünf Monaten wird in Dresden gegen die Linke Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Der Prozess z....

an so einem Überfall beteiligt, habe ihn gewundert . Und die langen, dunklen Haare, die bei ihr aus einer Kapuze herausguckten, wie er bei der Polizei sagte? Kann ich mich nicht mehr erinnern.

Einen ganzen Tag lang dauert die Befragung von Maximilian A. am Mittwoch, am nächsten Tag wird sie fortgesetzt. Genauer aber wird es auch am Ende nicht. Lina E. verfolgt die Aussage aufmerksam, mal zurückgelehnt, mal liest sie in Akten mit. War sie die Frau in Eisenach? Die Aussage von Maximilian A. wird es nicht klären. Und so geht das schon länger in diesem Verfahren.

Seit September läuft der Prozess gegen Lina E., seit 14 Monaten sitzt die Studentin schon in U-Haft. Mitangeklagt sind drei Männer aus Leipzig und Berlin, sie indes sind auf freiem Fuß. Die Vorwürfe erhob die Bundesanwaltschaft: Das Quartett soll mit anderen eine kriminelle linksextreme Gruppe gebildet haben, um Rechtsextreme zu überfallen mit Lina E. als Anführerin. Sechs schwere Angriffe werden ihnen vorgeworfen. Es ist die härteste Anklage gegen Linksradikale seit Langem, welche die Szene mit einer der größten Solidaritätskampagnen seit Langem kontrahiert. Free Lina , lautet der Slogan auf vielen Demonstrationen und Hauswänden.

Das Gericht verhandelte inzwischen über alle sechs Übergriffe, begangen zwischen August 2018 und Februar 2020: auf den Leipziger Ex-NPD-Mann Enrico Böhm, den Wurzener Neonazi Cedric S., auf eine Gruppe von Rechtsextremen in Wurzen, auf einen Kanalarbeiter in Leipzig-Connewitz, der eine Mütze mit einem rechtsextremen Emblem trug. Und seit dieser Woche wird auch über den Überfall auf die Eisenacher Rechtsextremen gesprochen. Alle Attackierten berichteten von Prellungen, Platzwunden oder Knochenbrüchen, in einem Fall mussten danach Metallplatten im Gesicht eingesetzt werden. Aber die Beweislage bleibt auch seit ihren Aussagen unklar. Waren die vier Angeklagten wirklich an den vorgeworfenen Übergriffen beteiligt? Waren sie wirklich eine feste Gruppe? Und war Lina E. ihre Anführerin?

Die Beschuldigten schweigen allesamt dazu. Deshalb wird nun kleinteilig Indiz um Indiz besprochen, jeder Zeuge penibel befragt. Diese Woche sollte Leon Ringl aussagen, der Eisenacher Kneipenbetreiber. Er ist der bisher einzige Zeuge, der in Polizeivernehmungen angab, bei den Angriffen in Eisenach Lina E. direkt erkannt zu haben anhand der Stimme, der Statur, den Bewegungsabläufen. Kann das sein? Auch das bleibt vorerst ungeklärt: Ringl sagte kurzfristig ab er habe einen Bandscheibenvorfall. So verzögert sich dieser Prozess erneut.

Lina E. lässt sich im Gerichtssaal dazu nichts anmerken, winkt zu Beginn weiter lächelnd ihrer Mutter und Freunden zu, die stets unter den Zuhörenden sind. Die bisherigen Zeugen müssen die 26-Jährige auch nicht beunruhigen. Der angegriffene Kanalarbeiter konnte die vermummten Angreifer nicht beschreiben. Ein Arbeitskollege auch nicht das Mädchen , das mit dabei gewesen sei. Auch die Wurzener Neonazigruppe, die gerade von einem Aufmarsch in Dresden zurückkehrte, konnte die Angreifer nicht identifizieren. Der Leipziger Enrico Böhm legte sich gar fest, er habe die Vermummten als männlich wahrgenommen . Einer Frau hätte er so einen Übergriff nicht zugetraut . Und der Wurzener Cedric S. erklärte zwar, beim Angriff auf ihn sei eine zierliche Frau dabei gewesen, die ihn als Nazischwein beschimpft habe. Genauer beschreiben konnte aber auch er sie nicht und bei der Polizei hatte S. zuvor nie eine Frau erwähnt.

Klar aber ist: Nach dem zweiten Angriff in Eisenach wurde Lina E. erstmals kurzzeitig festgenommen. Beamte stoppten sie nach dem Eisenacher Angriff in einem Fluchtauto, einem VW Golf mit geklauten Kennzeichen, zusammen mit dem Mitangeklagten Lennart A. Es war das Auto ihrer Mutter. Zudem war sie tags zuvor beim Diebstahl zweier Hämmer in einem Leipziger Baumarkt erwischt worden.

Und die Bundesanwaltschaft führt noch weitere Indizien an. Einen gefälschten Ausweis von Lina E. aus ihrer Wohnung. Eine Vielzahl an Handys, Perücken und Brillen, mit denen sie immer wieder ihre Identität verschleiert habe. Ihren Verlobten Johann G., der seit anderthalb Jahren untergetaucht ist, der sich auch an Angriffen beteiligt habe und von dem sich im Bull's Eye Blutspritzer befunden haben sollen. Am Tatort von Enrico Böhm fand sich zudem eine DNA-Mischspur auf einer Tüte, die zu Lina E. passen könnte. Im Prozess angehörte Sachverständige waren sich jedoch über die Aussagekraft der DNA uneins, die Verteidigung hält sie für nicht verwertbar. Zudem sei ungeklärt, was die Tüte mit dem Angriff zu tun habe.

Es bleibt beim Verdacht; Seit fünf Monaten wird in Dresden gegen die Linke Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Der Prozess z....

Die Anwält:innen ziehen nicht nur dieses Indiz in Zweifel. Gefundene Fotos bei Lina E. vom Fußballplatz, auf dem Cedric S. trainierte? Offen, wer diese machte. Videoaufnahmen von Lina E. aus einer Regionalbahn vor dem Angriff auf die Neonazis in Wurzen? Nicht geklärt, ob diese wirklich die Angeklagte zeigen. Ein abgehörtes Gespräch aus einem Auto, in dem Johann G. über den Angriff auf den Kanalarbeiter sagt, das waren wir ? Der Satz sei mehrdeutig, das Wir könne auch die Connewitzer gemeint haben. Zudem dürfe die Aufnahme nicht verwendet werden, weil sie aus einem anderen Verfahren stamme.

Und überhaupt: Wer sage denn, dass es immer Lina E. war, sobald eine Frau an einem Tatort gewesen sein soll? Tatsächlich fanden LKA-Ermittler etwa nach dem Angriff auf Cedric S. weibliche DNA auf dessen Kapuzenpullover. Laut seinen Aussagen kann die DNA nur von der Attacke stammen sie passt aber nicht zu Lina E. Auch beim Angriff auf Enrico Böhm beschrieben zwei Zeuginnen zwar eine Frau, die aber passt nicht auf Lina E. Ebenso beim Bull's Eye, wo laut Betreiber Ringl eine Frau das Lokal zuvor ausgespäht haben soll, die aber kräftiger gewesen sei. Die Bundesanwaltschaft geht einfach davon aus, dass es immer Lina E. war, die an den Angriffen beteiligt war , kritisiert Ulrich von Klinggräff, Verteidiger von Lina E.. Aber das ist bisher nirgendwo bewiesen.

Bisher ungeklärt im Prozess ist auch, wie genau die Gruppe um Lina E. ausgesehen haben soll. Gab es überhaupt eine feste Gruppe? Die Anklage sieht hier als einen Beleg einen Brief an einen Mitangeklagten, in dem eine Bekannte eine Abschottung seiner Gruppe beklagt. Die Verteidigung hält diesen Brief jedoch für rechtlich nicht verwertbar und sieht die behauptete Gruppe als Konstrukt, für das einfach mehrere Körperverletzungen zusammengefasst wurden.

Die Bundesanwaltschaft ermittelte jedenfalls noch zu fünf weiteren Personen, die sie der Gruppe zurechnete. Bis auf Johann G. gab sie die Verfahren zuletzt aber an die Staatsanwaltschaft Gera ab weil eine besondere Bedeutung dieser Fälle nicht mehr gegeben sei. Ermittelt wird dennoch weiter: Erst am Mittwoch, kurz vor Prozessbeginn, erfolgten Razzien in Leipzig gegen zwei Linke, denen vorgeworfen wird, Johann G. beim Untertauchen geholfen zu haben. Sie sollen für ihn persönliche Gegenstände in einer Box auf einem Connewitzer Dachboden deponiert haben.

Richter Hans Schlüter-Staats verlängerte wegen der zähen Beweisaufnahmen die Prozesstermine inzwischen bis Ende Juni. Dass Lina E. und die drei Mitangeklagten am Ende verurteilt werden, ist indes nicht ausgeschlossen. Bei der nicht vorbestraften 26-Jährigen ist dies zumindest für die gestohlenen Hämmer und den Eisenacher Angriff wahrscheinlich, bei dem sie im Fluchtauto gefasst wurde. Und womöglich auch für andere Taten dann, wenn das Gericht nicht die Indizien im Einzelnen für stark genug hält, alle zusammengenommen aber schon. Die Richter ließen bisher nicht erkennen, dass sie die Anklage völlig in Zweifel ziehen.

Verteidiger Ulrich von Klinggräff dagegen betont: Aus meiner Sicht reicht bisher kein einziger Anklagepunkt für eine Verurteilung. Auch ein Solidaritätsbündnis für die Angeklagten spricht von einem politisch motivierten, unfairen Prozess , Lina E.s lange U-Haft sei eine vorverurteilende Bestrafung . Der Bundesgerichtshof verwies dagegen auf eine Fluchtgefahr und eine mögliche hohe Strafe für Lina E., da sie laut Anklage anders als die Mitangeklagten an allen Taten beteiligt gewesen sei.

Die Beweislage ist unklar: Waren die Angeklagten an allen Übergriffen beteiligt? Waren sie eine feste Gruppe? Und war Lina E. ihre Anführerin?

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); ZEUGEN (90%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%);

Es bleibt beim Verdacht; Seit fünf Monaten wird in Dresden gegen die Linke Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Angriffen auf Neonazis verhandelt. Der Prozess z....

VERHAFTUNGEN (89%); ANKLAGEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); GERICHTSHÖFE (76%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (61%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); ERFURT, DEUTSCHLAND (74%); BERLIN, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (92%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: January 28, 2022

End of Document

Schnell, brutal und bislang nicht identifiziert: Razzien bei Linken in Leipzig-Connewitz. Angeblich sollen einige zur Gruppe um Lina E. gehören

taz, die tageszeitung

Donnerstag 27. Januar 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 510 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Razzien bei Linken in Leipzig-Connewitz. Angeblich sollen einige zur Gruppe um Lina E. gehören

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Die Ermittlungen gegen die autonome Szene in Leipzig-Connewitz und das Umfeld der vermeintlichen Gruppe um Lina E. gehen weiter. Am Mittwoch durchsuchte die Polizei vier Objekte im Stadtteil. Den Betroffenen werden Brandstiftung, Sachbeschädigung oder Strafvereitelung vorgeworfen. Festgenommen wurde niemand.

Die Generalstaatsanwaltschaft Dresden wirft zwei der Beschuldigten, Paul M. und Henry A., vor, dem Lebensgefährten von Lina E., Johann G., beim Untertauchen geholfen zu haben eine mögliche Strafvereitelung. Der 28-Jährige ist seit Sommer 2020 verschwunden und soll ebenfalls führendes Mitglied der Gruppe um Lina E. gewesen sein. Zwei weiteren Beschuldigten wird der Vorwurf gemacht, 2019 einen Bagger angezündet und 2021 ein Gebäude in Leipzig beschädigt zu haben. Auch diese Taten gelten als linksmotiviert, haben aber keine Verbindung zum Fall E. Hier ermittelt die Staatsanwaltschaft Leipzig.

Lina E. wurde bereits im November 2020 festgenommen, seit September 2021 muss sich die 26-jährige Studentin mit drei Mitangeklagten vor dem Oberlandesgericht Dresden verantworten. Die Bundesanwaltschaft wirft ihr vor, eine kriminelle linksextreme Gruppe angeführt zu haben, die mehrere brutale Angriffe auf Neonazis verübte. Es ist die schwerste Anklage gegen Autonome seit Jahren.

Im Prozess gegen Lina E., der am Mittwoch fortgesetzt wurde, sorgten die Durchsuchungen für Irritationen und Verzögerungen. Ihr Verteidiger Erkan Zünbul forderte die Ermittlungsakten zu den aktuellen Razzien für das Verfahren an. Für eine faire Verhandlung müsse man wissen, um welche Vorwürfe es gehe und ob sie das Verfahren gegen Lina E. beträfen.

Im Prozess sagte am Mittwoch Maximilian A. aus, ein rechtsextremer Kampfsportler, der im Oktober und Dezember 2019 in Eisenach angegriffen wurde. Die Angriffe schreibt die Bundesanwaltschaft Lina E. und drei Mitangeklagten zu. Beim ersten Angriff, in der Szenekneipe Bull's Eye, ging alles ziemlich schnell, weniger als eine Minute, sagte A. aus. Ein gutes Dutzend Vermummte sei in das Lokal gestürmt, hätte auf die anwesenden Gäste eingeschlagen. Er selber habe sich mit einem Barhocker verteidigt und nur einen Schlag auf den Arm und Pfefferspray abbekommen. Beim zweiten Angriff, auf den Betreiber des Bull's Eye, den Rechtsextremen Leon R., seien sie mit Stangen und wohl einem Hammer attackiert worden. Als sie sich in ein Auto flüchteten, sei auch dieses demoliert

Schnell, brutal und bislang nicht identifiziert; Razzien bei Linken in Leipzig-Connewitz. Angeblich sollen einige zur Gruppe um Lina E. gehören

worden. Identifizieren könne er die Angreifer aber nicht, sagte der 21-Jährige. Beide Male sei aber eine Frau dabei gewesen, die zum Rückzug gerufen und mit einem Reizstoff gesprührt habe. Dass eine Frau beteiligt gewesen sei, habe ihn schon gewundert .

Solche Aussagen ziehen sich bisher durch den Prozess. Sechs Angriffe wirft die Bundesanwaltschaft Lina E. und teilweise den drei Mitangeklagten vor. Die bisher vernommenen Zeug:innen konnten die Angeklagten aber bisher nicht identifizieren. Auch deshalb gestaltet sich die Beweisaufnahme zäh, das Gericht verlängerte die Prozesstermine bereits bis in den Sommer hinein.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ERMITTLEMENTEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); GERICHTSHÖFE (88%); BRANDSTIFTUNG (78%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); VANDALISMUS (77%); STRAFVERTEIDIGUNG (74%); BEWEIS (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: January 26, 2022

End of Document

Plötzlich ein Alibi: Die Anklage bröckelt; Seit sechs Monaten wird gegen die Linke Lina E. verhandelt, weil sie Rechtsextreme attackiert haben soll. Aber auch nach der Aussage eines Kernzeugen bleiben Widersprüche

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. März 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 754 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Seit sechs Monaten wird gegen die Linke Lina E. verhandelt, weil sie Rechtsextreme attackiert haben soll. Aber auch nach der Aussage eines Kernzeugen bleiben Widersprüche

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Leon Ringl sagt, er dachte zunächst an einen Scherz, als kurz nach Mitternacht am 19. Oktober 2019 Vermummte in seine rechtsextreme Eisenacher Kneipe Bull's Eye stürmten. Dann aber hätten diese auf seine Gäste und ihn eingeschlagen. Er habe Bierkrüge auf sie geworfen. Bis eine Frauenstimme Rückzug gerufen und mit Pfefferspray gesprührt habe. Darauf seien die Angreifer hinausgestürmt.

Wer war diese Frau? Laut Bundesanwaltschaft war es Lina E., die seit September 2021 vor dem Oberlandesgericht Dresden steht, auch am Mittwoch wieder. Bereits seit 15 Monaten sitzt die 26-jährige Leipzigerin in U-Haft. Laut Anklage soll sie mit mindestens den drei Mitangeklagten eine linkskriminelle Gruppe gebildet und sechs schwere Angriffe auf Neonazis verübt haben.

Doch der Prozess läuft schleppend: Keiner der Zeugen konnte die vermummten Angreifer erkennen, auch Lina E. nicht. Aufwändig wurden stattdessen DNA-Spuren oder andere Indizien besprochen.

Am Mittwoch aber ist es anders. Denn mit Leon Ringl sagt dort einer der angegriffenen Neonazi aus, und zwar derjeniger, der als Einziger Lina E. erkannt haben will. Der 24-Jährige ist trotz seines Alters eine Art Szenegroße: In seinem Bull's Eye fanden Szenekonzerte statt, er beteiligte sich an Kampfsportevents. Auch gibt es Hinweise, dass Ringl einen deutschen Ableger der Atomwaffendivision gründen wollte, eine rechtsterroristische US-Truppe. Und erst am Dienstag veröffentlichten Antifa-Rechercheure ein Foto, das Ringl mit Gesinnungskameraden vor einer Hakenkreuzfahne zeigt. Die Aufnahme soll im Januar in der Eisenacher NPD-Zentrale entstanden sein.

Vor Gericht wird Ringl dazu vorerst nicht befragt. Gelassen schildert der Kurzgeschorene zunächst den Angriff auf seine Kneipe im Oktober 2019. Alles sei schnell gegangen, er selbst habe nur einen Schlag auf den Arm erlitten. Näher beschreiben kann er die vermummten Angreifer aber nicht, auch die Frau nicht. Diese habe er im Tumult kaum sehen können.

Plötzlich ein Alibi: Die Anklage bröckelt; Seit sechs Monaten wird gegen die Linke Lina E. verhandelt, weil sie Rechtsextreme attackiert haben soll. Aber auch n....

Aber die Angreifer kamen zwei Monate später wieder. Bekannte hätten ihn im Dezember 2019 nachts vom Bull s Eye nach Hause gefahren, als wieder Vermummte vorn ihm standen, berichtet Ringl. Als er ein Pfefferspray und Cuttermesser gezogen habe, seien sie zurückgewichen. Dann aber hätten die Vermummten seine Begleiter in ihrem Auto attackiert, den Wagen zertrümmert.

Und wieder sei eine Frau dabei gewesen, die Kommandos gegeben und mit Pfefferspray gesprüht habe, die gleiche wie beim ersten Angriff, behauptet Ringl. An der Stimme, Statur, dem Gesamtbild will er sie wiedererkannt haben.

Mehr noch: In Polizeivernehmungen behauptete Ringl, dass es eben Lina E. gewesen sei. Er habe sie später auf Fotos in Medien wiedererkannt, auch habe ein Bekannter sie nach dem zweiten Angriff in Eisenach auf einer Polizeiwache gesehen. Tatsächlich wurde Lina E. damals das erste Mal vorläufig festgenommen: Die Polizei hatte sie in einem Fluchtwagen mit einem Mitangeklagten gestoppt. Es war das Auto ihrer Mutter.

Aber es bleiben Fragen, auch an Ringls Aussage. Als Richter Hans Schlüter-Staats zur Frauenstimme nachhakt, bleibt Ringl vage: Hochdeutsch, weiblich. Und in ersten Vernehmungen hatte er zunächst nichts von einer beteiligten Frau gesagt. Auch ist fraglich, ob er Lina E. wirklich unter der Vermummung und in den Tumulten erkennen konnte. Und als die Polizei ihm ein Foto von Lina E. vorlegte, konnte er sie noch nicht als Angreiferin erkennen.

Und zumindest der Mitangeklagte Philipp M. wird am Mittwoch überraschend entlastet. Der Berliner soll sich am ersten Angriff auf Ringls Kneipe beteiligt haben, zudem auf einen weiteren auf Neonazis in Wurzen. Am Mittwoch aber legen seine Verteidiger Beweise vor, dass M. in Eisenach gar nicht vor Ort war. Vielmehr würden Aufnahmen einer Überwachungskamera zeigen, dass er am Tag danach gegen 20 Uhr mit dem Fahrrad verließ und um kurz nach 5 Uhr morgens wiederkehrte. Laut Geodaten seines Handys und einem abgehörten Telefonat mit seinem Mitbewohner sei er statt in Eisenach in einer linken Szenekneipe in Berlin-Kreuzberg gewesen.

M.s Anwalt Einar Aufurth spricht von einem handfesten Alibi . Sein Mandant habe schlicht einen netten Abend mit Freunden verbracht. Es sei aber bezeichnend, dass die Bundesanwaltschaft dies bisher nicht selbst ermittelt habe oder ihr Wissen dazu verschweige. Das zeige, wie einseitig in diesem Fall ermittelt wurde, so Aufurth.

Dem stimmen die anderen Verteidiger:innen schließlich zu. Richter Schlüter-Staats sagt, man werde die Hinweise in Ruhe prüfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ZEUGEN (92%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); VERHAFTUNGEN (89%);
GERICHTSPROZESSE (78%); RICHTER (78%); STAATSANWÄLTE (76%); MASSENVERNICKTUNGSWAFFEN (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (76%); MASSENVERNICKTUNGSWAFFEN (69%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (79%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (78%)

Plötzlich ein Alibi: Die Anklage bröckelt; Seit sechs Monaten wird gegen die Linke Lina E. verhandelt, weil sie Rechtsextreme attackiert haben soll. Aber auch n....

Load-Date: March 16, 2022

End of Document

Der starke Staat gegen Lina E.; Es wird der bedeutendste Prozess gegen eine autonome Gruppe seit Jahren: Ab Mittwoch stehen die Leipzigerin Lina E. und drei Mitangeklagte in Dresden vor Gericht. Die Vorwürfe sind gewaltig die Solidarität der linken Szene ist es auch

taz, die tageszeitung

Samstag 04. September 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4

Length: 1634 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Es wird der bedeutendste Prozess gegen eine autonome Gruppe seit Jahren: Ab Mittwoch stehen die Leipzigerin Lina E. und drei Mitangeklagte in Dresden vor Gericht. Die Vorwürfe sind gewaltig die Solidarität der linken Szene ist es auch

Body

Von Konrad Litschko

Es ist eine Verfolgungsjagd, die sich der silberne VW Golf in der Nacht zum 14. Dezember 2019 mit der Polizei liefert. Mehrere Einsatzwagen jagen in Eisenach dem Fahrzeug mit den gestohlenen Kennzeichen hinterher, Richtung Autobahn. Noch im Stadtgebiet stoppen es die Beamten schließlich. Auf einem der Sitze: Lina E.. Und auf der Rückbank noch die Originalkennzeichen des Golfs, zugelassen auf E.s Mutter.

Kurz zuvor, gegen 3.15 Uhr, sollen acht Vermummte in Eisenach dem Neonazi Leon R. aufgelauert haben, nachdem der von seiner Szene-Kneipe Bull's Eye von drei Bekannten nach Hause gefahren wurde. Laut den Ermittlern hält Leon R. die Angreifer mit einem Messer und Pfefferspray auf Abstand. Die attackieren daraufhin seine Begleiter in deren Auto, zertrümmern mit Stangen und einem Hammer die Scheiben, prügeln auf die Insassen ein. Dann rasen sie in zwei Autos davon, einer davon ist der VW Golf. Der zweite Wagen schafft es bis ins nahe Hessen, dann wird auch er gestoppt.

Es ist diese Nacht, in der die Polizei plötzlich eine Spur hat. Seit Monaten kommt es in Leipzig zu Angriffen auf Rechtsextreme, Polizeireviere oder Baustellen von Neubauprojekten. Eine eigens vom LKA Sachsen gegründete Soko Linx ermittelt dazu ohne Erfolg. Nun aber wird in Eisenach die Gruppe aus Leipziger und Berliner Autonomen gefasst, unter ihnen Lina E.. Und die Ermittler stellen fest: Die Studentin wurde erst einen Tag zuvor in einem Leipziger Baumarkt erwischt, als sie versuchte, zwei Hämmer zu klauen.

Für die Soko Linx geht die Arbeit nun richtig los. Am Ende wird die Bundesanwaltschaft den Fall übernehmen und Lina E. sechs schwere Angriffe auf Rechtsextreme vorwerfen sowie die Bildung einer kriminellen Vereinigung, der sie als Kommandogebäerin vorgestanden haben soll. Am 5. November 2020 wird Lina E. unter großem Medienrummel festgenommen. Mit einem Helikopter wird sie zum Haftrichter nach Karlsruhe geflogen, ihr Bild landet in den Boulevardmedien.

Der starke Staat gegen Lina E.; Es wird der bedeutendste Prozess gegen eine autonome Gruppe seit Jahren:
Ab Mittwoch stehen die Leipzigerin Lina E. und drei Mit....

Ab Mittwoch nun wird Lina E. vor dem Oberlandesgericht Dresden stehen, zusammen mit drei Mitangeklagten. Getragen von einer militanten linksextremistischen Ideologie hätten sie als kriminelle Vereinigung ab August 2018 das Ziel gehabt, Rechtsextreme planvoll anzugreifen , heißt es in der Anklage. Die insgesamt 13 Opfer hätten dabei teils lebensbedrohliche Verletzungen erlitten. Drei von ihnen werden als Nebenkläger mit im Saal sitzen.

Der Prozess ist schon jetzt politisch aufgeladen. Es ist lange her, dass die Bundesanwaltschaft so gegen Autonome durchgreift, zuletzt klagte sie 2008 die militante gruppe aus Berlin an. In jüngster Zeit warnten die Sicherheitsbehörden nun erneut vor einer Radikalisierung der linken Szene, vor einer Abkoppelung klandestiner Gruppen die vermeintliche Gruppe um Lina E. dient ihnen als Beleg.

Auf der anderen Seite organisiert die linke Szene eine Solidaritätskampagne für Lina E. und die anderen, wie es sie ebenfalls lange nicht gab. Free Lina hieß es auf Demonstrationen, Graffitis oder Stoffbeuteln. Auch zu Prozessbeginn soll es eine Kundgebung vor dem Gericht geben.

Lina E. wird dann das erste Mal nach ihrer Verhaftung in die Öffentlichkeit treten. Inhaftiert ist sie in der JVA Chemnitz, wo auch Beate Zschäpe einsitzt. Zu den Vorwürfen hat sich die 26-Jährige bisher nicht geäußert. Und sie wird es laut ihren Anwälten auch im Prozess vorerst nicht tun.

Doch die Vorwürfe sind massiv. Schon Anfang August 2018 soll Lina E. den Wurzener Neonazi Cedric S. ausgespäht haben, der sich 2016 an einem Überfall von 250 Rechtsextremen auf den Leipziger Alternativstadtteil Connewitz beteiligte. Aus einem Auto heraus soll die Studentin Fotos vom Fußballplatz gemacht haben, auf dem S. trainierte. Mehrere Monate später überfielen fünf Vermummte den Rechtsextremen, schlugen auf ihn ein, auch mit einem Schlagstock. Er soll mehrere Risswunden am Kopf und Knochenbrüche erlitten haben.

Dann soll Lina E. noch beteiligt gewesen sein an einem Angriff auf einen früheren NPD-Mann und einen Kanalarbeiter, der eine Mütze mit rechtsextremem Logo trug.

Im Oktober 2019 folgte dann der erste Angriff auf Leon R. und sein Bull's Eye in Eisenach. Bis zu 15 Vermummte sollen nach Mitternacht das Lokal gestürmt und auf die Anwesenden eingeprügelt haben, auch mit Schlagstöcken. Lina E. habe wieder mit Pfefferspray gesprüht und Kommandos gegeben. Zwei Monate später erfolgte dann der zweite Überfall auf Leon R. bei dem die Polizei das Auto mit Lina E. stoppte.

Dennoch soll sie sich im Februar 2020 an einem weiteren Angriff auf eine sechsköpfige Gruppe Neonazis beteiligt haben, die sich auf dem Heimweg von einem Szeneaufmarsch in Dresden befand. Lina E. habe sie in der Regionalbahn beobachtet und deren Standort an ihre Mittäter durchtelefoniert. Die seien mit E.s Auto nach Wurzen gefahren und hätten dort den Neonazis aufgelauert und sie verprügelt. Im Juni 2020 sollen die Autonomen dann die Wohnung des Leipziger Neonazis Brian E. ausgespäht haben, Lina E. habe dabei eine rote Perücke getragen. Den Angriff aber verhinderte die Polizei, die Gruppe wurde da längst observiert. Lina E. wurde kurz darauf das erste Mal festgenommen, fünf Tage später aber wieder entlassen bis zur erneuten Festnahme im November.

Die Frage ist nun: Lassen sich all diese Taten wirklich Lina E. zuschreiben?

Ihre Anwälte bestreiten das. Die Beweise sind teils sehr, sehr dünn , sagt einer von ihnen, Ulrich von Klinggräff. Vieles sind einfach Ketten von Mutmaßungen. Dass die Bundesanwaltschaft den Fall übernommen habe und so hoch hänge, sei völlig überzogen . Hier findet eine beispiellose Vorverurteilung statt. Tatsächlich ist das Vorstrafenregister von Lina E. bisher leer. Aufgewachsen in Kassel, machte sie dort ihr Abitur. Sie studierte Erziehungswissenschaft in Halle, zog 2018 nach Connewitz, schrieb ihre Bachelorarbeit zum Umgang mit Rechtsextremen in der Jugendarbeit, am Beispiel des Jenaer NSU-Trios. Dann begann sie ein Masterstudium, ging regelmäßig klettern, hielt engen Kontakt zu ihrer Familie.

Beschreiben bekannte Lina E., lässt sich das Bild kaum mit den Vorwürfen der Bundesanwaltschaft in Einklang bringen. Lebensfroh und offen sei sie gewesen, habe die Fantasyreihe Herr der Ringe gemocht und Sozialarbeiterin werden wollen, werden Freunde in der Leipziger Volkszeitung oder Zeit zitiert. Und ja, sie sei auf

Der starke Staat gegen Lina E.; Es wird der bedeutendste Prozess gegen eine autonome Gruppe seit Jahren:
Ab Mittwoch stehen die Leipzigerin Lina E. und drei Mit....

Demos gegangen, der NSU-Mord in Kassel habe sie wohl politisiert. Aber radikale Töne und brutale Übergriffe? Nichts davon habe man bemerkt.

Die Ermittler zeichnen ein anderes Bild. Sie verweisen auf ihren Verlobten Johann G., der wegen linker Straftaten vorbestraft ist, sich auch jetzt an den Übergriffen beteiligt haben soll und seit über einem Jahr untergetaucht ist. Sie verweisen auf einen gefälschten Ausweis von Lina E., der in ihrer Wohnung gefunden wurde. Auf die gestohlenen Pkw-Kennzeichen. Und auf eine Vielzahl an Handys, Perücken und Brillen, mit denen sie angeblich immer wieder ihre Identität verschleiert habe.

Die Soko Linx betrieb einigen Aufwand gegen Lina E. und die anderen. Sie verwanzten Autos und hörten dort Gespräche ab, observierten die Gruppe, werteten Blitzerfotos aus. Die Beweislage bleibt dennoch durchwachsen. Bei der Eisenacher Festnahme saß sie im Golf aber gehörte sie auch zu den Angreifern in der Kneipe? Und reicht es, dass in einem Fall ihre Anwesenheit am Tatort damit begründet wird, dass ihr Verlobter vor Ort gewesen sei? Verteidiger Ulrich von Klinggräff hält all das für bloße Vermutungen. Unser Eindruck ist: Immer wenn Zeugen eine Frau unter den Tätern behaupteten, soll es Lina E. gewesen sein. Das darf und kann nicht für eine Verurteilung reichen.

In der linken Szene sieht man das genauso. Die Ermittlungen und der Prozess seien klar politisch motiviert, heißt es in einer Erklärung des Solidaritätsbündnisses Antifa Ost. Die Behörden wollten ihr linkenfeindliches Programm durchsetzen, statt gegen Rechtsextreme zu ermitteln. Die Rote Hilfe nennt den Prozess einen neuen Höhepunkt des wahnwitzigen staatlichen Kriminalisierungseifers. Auch Lina E.s Mutter trat auf einer Kundgebung in Leipzig auf, bedankte sich für die Solidarität. Lina ist mutig und stark, sagte sie dort. Lasst euch nicht einschüchtern, bleibt aufrecht.

Tatsächlich holt die Bundesanwaltschaft mit ihrem Vorwurf einer linksextremen kriminellen Vereinigung nach Paragraf 129 des Strafgesetzbuchs weit aus. Seit 2015 gab es in Sachsen vier solcher Ermittlungsverfahren, gegen Linke und Fußballultras. Gegen die Szene ermöglichte das tiefgreifende Ermittlungen, für eine Anklage indes reichte es nie. Diesmal reicht es.

Ob es eine feste Gruppe um Lina E. gab, wird der Prozess klären müssen. Die Verteidiger bestreiten auch das. Mitangeklagt sind mit Lennart A., Jannis R. und Philipp M. zwei Leipziger und ein Berliner, 26 bis 36 Jahre alt, teils vorbestraft, aktuell auf freiem Fuß. Alle drei werden von den Behörden der militanten linken Szene zugerechnet. Zudem wird gegen fünf weitere Beschuldigte noch ermittelt.

Auch in Ermittlerkreisen räumt man ein, dass es eine klassische Vereinigung mit festen Ämtern nicht gab. Wohl aber Rollenverteilungen: Wer späht aus, wer besorgt Aktionstelefone, wer schlägt am Ende zu. Lina E. habe dies angeblich koordiniert, mit über die Opfer entschieden, bei Angriffen teils das Kommando geführt. Verteidiger von Klinggräff hält auch das für reine Mutmaßungen. Hinweise auf eine Gründung oder Struktur dieser Gruppe finden wir in den Akten nicht. Im Prozess ist damit eine langwierige Beweisaufnahme zu erwarten. Schon jetzt hat das Gericht Termine bis März 2022 angesetzt. Die linke Szene mobilisiert derweil bundesweit zu einer Solidaritätsdemonstration am 18. September in Leipzig. Ihr Slogan: Wir sind alle Linx.

Lassen sich all diese Taten wirklich Lina E. zuschreiben? Ihre Anwälte bestreiten das

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: DIEBSTAHL (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSHÖFE (89%);

Der starke Staat gegen Lina E.; Es wird der bedeutendste Prozess gegen eine autonome Gruppe seit Jahren:
Ab Mittwoch stehen die Leipzigerin Lina E. und drei Mit....

KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); STAATSANWÄLTE (89%);
VERHAFTUNGEN (89%); ANKLAGEN (78%); BEWILLIGUNGEN (78%); NSU-PROZESS (78%); PROTESTE &
DEMONSTRATIONEN (78%); RICHTER (78%); VANDALISMUS (78%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); HUBSCHRAUBER (62%)

Person: BEATE ZSCHÄPE (79%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND
(73%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (73%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND
(90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); HESSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 3, 2021

End of Document

Ermittlungen gegen die Ermittler; Mehrfach wurden im Fall Lina E. Interna an rechte Medien durchgestochen. Nun laufen Ermittlungen gegen die Soko Linx

taz, die tageszeitung

Montag 04. Oktober 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 441 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Mehrfach wurden im Fall Lina E. Interna an rechte Medien durchgestochen. Nun laufen Ermittlungen gegen die Soko Linx

Body

Aus Leipzig Konrad Litschko

Die Soko Linx des LKA Sachsen ermittelt gegen linksextreme Straftäter:innen nun aber wird auch gegen die Soko selbst ermittelt. Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Chemnitz bestätigte der taz, dass im Kontext der Ermittlungen zum Fall Lina E. ein Verfahren wegen Verrats von Dienstgeheimnissen eingeleitet wurde. Das Verfahren sei von der Generalstaatsanwaltschaft Dresden zugewiesen und vor wenigen Tagen eingeleitet worden. Es werde gegen unbekannt geführt. Weitere Auskünfte gab die Behörde nicht.

Die Ermittlungen waren am Donnerstag im Prozess gegen Lina E. publik geworden. Seit September wird gegen die 26-jährige Leipzigerin vor dem Oberlandesgericht Dresden verhandelt, weil sie mit anderen Autonomen eine linkskriminelle Gruppe gebildet und mehrere Überfälle auf Rechtsextreme verübt haben soll. Am Donnerstag sagte ein Ermittler der Soko Linx aus, der überraschend mit einem Rechtsanwalt erschien. Auf Nachfragen zur Soko Linx verweigerte er teils Antworten und berief sich auf sein Zeugnisverweigerungsrecht, da möglicherweise Ermittlungen gegen ihn liefen.

Im Fall Lina E. waren wiederholt Interna aus den Ermittlungsakten im Compact-Magazin erschienen, das der Verfassungsschutz als rechtsextremen Verdachtsfall führt. Ihre Verteidiger hatten deshalb bereits vor Monaten Strafanzeige gegen unbekannt wegen der strafbaren Weitergabe von Ermittlungsakten gestellt. Auch zu Prozessbeginn beklagten sie die Durchstechereien. Das Verfahren gegen Lina E. solle offenbar für rechte politische Interessen nutzbar gemacht werden. Die öffentliche Diffamierung ihrer Mandantin sei beispiellos .

Die Ermittlungen gegen die Soko Linx, die Ende 2019 gegründet wurde, reichen aber noch weiter. Nach taz-Infos wird gegen die Ermittler schon länger auch wegen der Weitergabe von Interna im Fall des Leipzigers Henry A. ermittelt. Ihm wird vorgeworfen, im September 2019 an einem Angriff von linken Fußballfans auf Fans des FC Lokomotive Leipzig beteiligt gewesen zu sein. Schon kurz nachdem im April diesen Jahres dazu Durchsuchungen im Leipziger Stadtteil Connewitz erfolgten, berichtete das Compact-Magazin auch dazu Ermittlungsinterna.

Ermittlungen gegen die Ermittler; Mehrfach wurden im Fall Lina E. Interna an rechte Medien durchgestochen.
Nun laufen Ermittlungen gegen die Soko Linx

Für Ulrich von Klinggräff, Verteidiger von Lina E., sind die Ermittlungen bezeichnend. Wir haben schon lange konkrete Hinweise darauf, dass es von Mitarbeitern der Soko Linx zur gezielten Weitergabe von Aktenbestandteilen auch an rechtsradikale Medien gekommen ist , sagte von Klinggräff am Freitag der taz. Das sei auch bedeutsam, um die Beweisergebnisse der Soko Linx im Fall Lina E. zu bewerten. Es erhärtet sich der Verdacht einseitiger und politisch orientierter Ermittlungen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ERMITTLEMENTEN (97%); NEGATIVE NACHRICHTEN (95%); GERICHTSPROZESSE (92%); JUSTIZMINISTERIEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); NEGATIVE KRIMINAL- UND RECHTSNACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); GERICHTSHÖFE (72%); FUSSBALL (67%); SPORTFANS (63%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (78%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: October 3, 2021

End of Document

Sturm auf die Malzfabrik; Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifische Ursachen: die Siege der Rechten in den 1990er Jahren

taz, die tageszeitung

Samstag 04. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 16

Length: 1041 words

Byline: Markus Liske

Highlight: Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifische Ursachen: die Siege der Rechten in den 1990er Jahren

Body

Von Markus Liske

So alarmierend die Schlagzeilen auch klangen, als vor einer Woche ein wütender Mob versuchte, den nordwestmecklenburgischen Kreistag in Grevesmühlen zu stürmen, um eine neue Flüchtlingsunterkunft im Nachbardorf Upahl zu verhindern, die mediale Nachlese des Vorgangs ließ zu wünschen übrig. Klar, die Grevesmühlener Malzfabrik, Nebensitz des Kreistags, ist demokratiesymbolisch weniger aufgeladen als das Capitol in Washington oder der Berliner Reichstag. Auch konnte ja das Schlimmste verhindert werden. Aber Grevesmühlen da war doch mal was?

Ja, das Nazidorf Jamel zum Beispiel, dessen völkische Siedler antifaschistischen Nachbarn schon mal die Scheune anzündeten wenigstens mutmaßlich. Die Ermittler konnten damals, 2015, keine Hinweise auf einen politischen Hintergrund erkennen und legten den Fall bald ungelöst zu den Akten. Oder das nur einen Spaziergang vom Kreistagssaal entfernte Thinghaus, lange Zeit ein bundesweit bekannter Nazitreff. Betrieben wurde es von Sven Krüger, dem halb Jamel gehört, finanziert wohl maßgeblich von der NPD. Nachdem diese zuletzt den Einzug in den Landtag verpasste und deshalb weniger üppig wirtschaften kann, steht es zum Verkauf.

Und noch was war da: Drei junge Grevesmühlener Rechtsextreme nämlich, die ganz zufällig vor Ort waren, als 1996 zehn Menschen beim Brandanschlag auf eine Lübecker Flüchtlingsunterkunft starben. Trotz frischer Brandspuren in ihren Gesichtern wurden sie, dank eines Alibis für die allerdings nie genau bestimmte Tatzeit, schnell wieder auf freien Fuß gesetzt. Einen vierten Beteiligten am Ausflug nach Lübeck deckte das ohnehin wackelige Alibi zwar nicht, aber der wurde nicht mal erkennungsdienstlich erfasst. Gerüchten zufolge soll es sich bei ihm um einen V-Mann des Verfassungsschutzes gehandelt haben. Also machte man lieber einem der Bewohner der Unterkunft den Prozess (Dönermord, ick hör dir trapsen), um nach dessen Freispruch die Ermittlungen ganz einzustellen. Dass einer der Grevesmühlener die Tat inzwischen mehrfach gestanden hatte egal.

Die Antifaschistin Lina E. und ihre drei Mitangeklagten hingegen, denen tätliche Angriffe auf Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen zur Last gelegt werden, können sich über mangelnden Ermittlungseifer nicht beschweren.

Sturm auf die Malzfabrik; Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifis....

Die befinden sich seit über zwei Jahren in Untersuchungshaft. Es macht wohl einen Unterschied, ob man Flüchtlinge ermordet oder deutsche Nazis prügelt.

Was aus den vier möglichen Brandstiftern aus Grevesmühlen wurde, man weiß es nicht. Vielleicht verdingten sie sich als Türsteher im Thinghaus , züchten in Jamel reinrassige deutsche Rinder oder haben sich zu ordentlichen Grevensmühlener Bürgern entwickelt. Letzteres ist gar nicht unwahrscheinlich, denn davon gibt es viele. Als Modellstadt des Förderprojekts Smart Cities made in Germany und gesegnet mit der niedrigsten Arbeitslosenquote Mecklenburg-Vorpommerns, passt Grevesmühlen so gar nicht ins Klischee abgehängter ostdeutscher Provinzgemeinden. Digitalisierung und Energiewende werden hier großgeschrieben. Die AfD sitzt zwar im Kreistag, nicht aber in der Stadtvertretung. Mag sein, Grevesmühlen ist keine touristische Top-Destination, doch ein Schandfleck ist es auch nicht.

Wer verstehen will, warum der Plan für die Unterbringung von 400 Flüchtlingen in einer Stadt wie dieser zu derart gewalttätigen Tumulen führte, muss drei Jahrzehnte zurückblicken und sich an das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen vom 22. bis 26. August 1992 erinnern. Damals hatten junge Rechtsex-treme, angefeuert von einer stetig wachsenden Menge sogenannter Normalbürger und umringt von untäglichen Polizisten, die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber sowie ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter angegriffen und in Brand gesteckt mit Erfolg. Asylbewerber und Vietnamesen wurden evakuiert, der Bundestag beschränkte wenig später das Asylrecht und die Angreifer kamen weitgehend straflos davon.

Ein echtes Fanal, nicht nur für die militante rechte Szene in Ostdeutschland, auch für jene, die zwar keine Hakenkreuze an Wände sprühen, aber tief verwurzelte rassistische Ressentiments in sich tragen und deren völkisches Empfinden in der Nachwendezeit unter der tiefen Kränkung zu leiden hatte, dass sie mit dem Anschluss an die BRD auch deren gesamte Lebenswirklichkeit erreichte Migranten inklusive. Ihr in Rostock lautstark geäußertes Deutsche zuerst! war erhört worden, der Staat war eingeknickt, und jeder, der den Gewalttätern klammheimlich die Daumen gedrückt hatte, durfte sich bestätigt fühlen. Die Regierenden blieben der Feind, wie sie es schon in der DDR gewesen waren, und sie, das Volk , hatten erneut den Sieg davongetragen.

Das sind Prägungen, die bleiben. Die AfD füttert sie, wenn sie Die Wende vollenden! plakatiert, und für die nach Rostock mit Staatsgeldern gepäppelte rechte Szene bleibt das ungebrochene völkische Empfinden stets eine offene Tür, um neue Fanale zu inszenieren. Die Nein zum Heim -Bewegung wird derzeit überall wieder lauter. Aber statt sich mit ihrem Nährboden zu befassen, suchen Politiker und Intellektuellendarsteller, wie die Autorin Juli Zeh, die Gründe dafür in der Flüchtlingspolitik Angelas Merkels: Mithin sind nicht Nazis das Problem, sondern die Flüchtlinge. Da können noch so viele Bücher zum Thema erscheinen, der nachhaltige Zivilisationsbruch der Baseballschlägerjahre ist noch immer nicht in den Köpfen angekommen. Die Neunziger werden nicht nur von Leuten wie Zeh als ruhige und absolut optimistische Zeit wahrgenommen.

Mag die Form des Protests in Grevesmühlen auch einer klar ostdeutschen Spezifik unterliegen, für das Gedankengut dahinter gilt das nicht. Im hessischen Main-Taunus-Kreis etwa, wo man sich des fünftgrößten Kaufkraftindex aller deutschen Land- und Stadtkreise röhmt, muss sich niemand von seiner Couchlandschaft erheben, um den Kreistag zu stürmen. Da schreibt der Landrat selbst, assistiert von allen 12 Bürgermeistern, einen Brandbrief an den Bundeskanzler, weil inzwischen ganze 8.599 der rund 240.000 Einwohner des Kreises Flüchtlinge sind: Die Grenze ist erreicht.

Digitalisierung und Energiewende werden hier großgeschrieben. Mag sein, Grevesmühlen ist keine touristische Top-Destination, aber ein Schandfleck ist es auch nicht

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Sturm auf die Malzfabrik; Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifis....

Subject: FLÜCHTLINGE & VERTRIEBENE (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); POLITISCHE PARTEIEN (77%); BRANDSTIFTUNG (75%); NEGATIVE NACHRICHTEN (75%); TÖTUNGSDELIKTE (75%); GESETZGEBUNGSSORGANE (73%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (71%); REGIERUNGSKABINETTS (70%); TOD & STERBEN (66%); SMART CITIES (64%); ARBEITSLOSE (50%); ARBEITSLOSENQUOTE (50%)

Industry: MALZHERSTELLUNG (77%)

Geographic: LÜBECK, DEUTSCHLAND (90%); MECKLENBURG-VORPOMMERN, DEUTSCHLAND (90%); SCHLESWIG-HOLSTEIN, DEUTSCHLAND (79%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (76%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (71%)

Load-Date: February 3, 2023

End of Document

Kein Verdacht; Seit Monaten veröffentlicht das rechtsradikale Compact-Magazin zum Fall Lina E. Ermittlungsinterna mit Klarnamen und unverpixelten Fotos von Beschuldigten. Der Journalistenverband rügt eine Vorverurteilung, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Im Fokus: ein Ermittler der Soko Linx

taz, die tageszeitung

Samstag 09. Oktober 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 23

Length: 1348 words

Byline: Konrad Litschko, Andreas Speit

Highlight: Seit Monaten veröffentlicht das rechtsradikale Compact-Magazin zum Fall Lina E. Ermittlungsinterna mit Klarnamen und unverpixelten Fotos von Beschuldigten. Der Journalistenverband rügt eine Vorverurteilung, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Im Fokus: ein Ermittler der Soko Linx

Body

Von Konrad Litschko und Andreas Speit

Es ist der Tag vor dem Prozessbeginn gegen Lina E. Anfang September, als auf der Internetseite des stramm rechten Compact-Magazins ein Artikel erscheint. Berichtet wird über die gefährlichste Linke Deutschlands, die bei vollem Namen genannt wird: Lina E. Und das Magazin geht noch weiter. Unverpixelt zeigt es Bilder der 26-Jährigen, auch Observationsfotos und Phantombilder der Polizei, sowie ein Privatbild der Leipzigerin mit ihrem Verlobten, der ebenfalls mit vollem Namen benannt wird.

Unschuldsvermutung? Schutz von Persönlichkeitsrechten? Hier nicht. Dabei sind das Grundsätze der journalistischen Verdachtsberichterstattung. Für Compact zählt dagegen offenbar etwas anderes: das Ausschlachten des Falls Lina E. für seine politischen Zwecke und das schon seit Monaten.

Schon seit März, noch vor der Anklageerhebung, berichtet Compact über die brutale Antifa-Hammerbande und ihre mysteriöse Kommandoführerin. Dass die Bundesanwaltschaft Lina E. vorwirft, eine linkskriminelle Gruppe gegründet zu haben, um mehrere schwere Angriffe auf Rechtsextreme zu verüben, passt dem Magazin ins Konzept. Herausgegeben wird es von dem nach rechts abgedrifteten Jürgen Elsässer, es bespielt auch einen Online-TV-Kanal mit 150.000 Abonnenten.

In mehreren Artikeln und einem ganzen Sonderheft zur Antifa veröffentlicht Compact seitdem Interna aus dem Verfahren. Benannt werden immer wieder teils volle Namen von Beschuldigten, interne Polizeifotos werden gezeigt, Vorstrafen ausgebreitet, über angebliche Drogendeals geraunt. Zu Lina E. roter Nagellack, Minirock fällt der Vergleich mit den RAF-Terroristinnen wie Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin. Dass hier eine linke Frau angeklagt ist, scheint das rechte Milieu besonders zu triggern.

Kein Verdacht; Seit Monaten veröffentlicht das rechtsradikale Compact-Magazin zum Fall Lina E. Ermittlungsinterna mit Klarnamen und unverpixelten Fotos von

Einer der Autoren: Mario Alexander Müller, einst Aktivist der rechtsextremen Identitären, verurteilt wegen Körperverletzung. Und Compact prahlt, man habe tausende Seiten Fallakten gesichtet . Als Quelle für die Fotos aus den Ermittlungsakten wird angegeben: Polizei .

Das ist heikel. Denn der Verfassungsschutz stuft als rechtsextremen Verdachtsfall einCompact. Das Magazin veröffentlichte Fundamentalangriffe auf demokratische Institutionen und Verfassungsorgane , pflege Kontakte zu Rechtsextremisten und rufe mit Revolutionsrhetorik selbst zum Sturz der Bundesregierung auf, heißt es dort.

Seit einer Woche nun ist klar: Es wird wegen der Durchstechereien ermittelt. Die Staatsanwaltschaft Chemnitz bestätigte der taz, dass im Fall Lina E. ein Verfahren wegen des Verrats von Dienstgeheimnissen gegen unbekannt eingeleitet wurde. In den Blick genommen werden dafür auch die Ermittler, welche die Vorwürfe gegen Lina E. zusammentrugen: die Soko Linx des LKA Sachsen.

Gegründet wurde diese im November 2019, nachdem sich in Leipzig Angriffe auf Baustellen, Polizeireviere und Autos häuften, die der autonomen Szene zugerechnet wurden. Größere Ermittlungserfolge aber blieben aus bis zur Festnahme von Lina E.

Auch konservative Medien wie Focus oder Welt veröffentlichten früh Ermittlungsinterna. Die Verteidiger von Lina E. stellten deshalb bereits im Dezember 2020 Anzeige bei der Bundesanwaltschaft wegen der strafbaren Weitergabe von Akten durch Ermittlungsbehörden. Auch zu Prozessbeginn vor dem Oberlandesgericht Dresden kritisierten sie die Durchstechereien scharf: Diese sorgten für eine beispiellose Vorverurteilung . Offenbar solle das Verfahren für rechte politische Interessen genutzt werden.

Im Prozess äußerte der Richter den Verdacht, dass die Informationen von Anwälten der angegriffenen Neonazis weitergetragen worden sein könnten, die dort als Nebenkläger sitzen. Tatsächlich sind diese einschlägig vertreten: durch Frank Hannig etwa, der zuletzt den Lübeck-Mörder Stephan Ernst verteidigte, oder Martin Kohlmann, Chef des rechtsextremen Pro Chemnitz .

Die VerteidigerInnen und nun auch die Staatsanwaltschaft Chemnitz haben dagegen den Verdacht, dass die Soko Linx auch ganz direkt Informationen an Compact weitergibt. Besonders im Fokus: Soko-Ermittler Patrick H. Vor einer Woche war der Enddreißiger im Prozess gegen Lina E. geladen, sollte zu den Ermittlungen zum Fall des angegriffenen Ex-NPD-Mann Enrico Böhm aussagen. Überraschend erschien Patrick H. aber mit einem Anwalt und berief sich auf einige Fragen plötzlich auf sein Zeugnisverweigerungsrecht, da möglicherweise Ermittlungen gegen ihn liefen.

Die Staatsanwaltschaft Chemnitz bestätigte der taz, dass seit wenigen Tagen tatsächlich gegen Patrick H. wegen Verrats von Dienstgeheimnissen ermittelt werde. Ursache ist ein Ermittlungsfall der Soko gegen den Leipziger Henry A. Dem 33-Jährigen wird vorgeworfen, im September 2019 an einem Angriff von linken Chemie-Leipzig-Fans auf rechte Anhänger des FC Lokomotive Leipzig beteiligt gewesen zu sein was Henry A. vehement bestreitet und bis heute unbewiesen ist.

Ende April erfolgten Durchsuchungen im Leipziger Stadtteil Connewitz gegen fünf Beschuldigte. Nur einen Tag später berichtete erneut Compact dazu exklusiv Ermittlungsinterna. Als erstes nannte es Henry A. als Beschuldigten, seine Arbeitsstelle bei der Stadtverwaltung und die Dauer der Razzia. Wenige Wochen später legte das Magazin nach, veröffentlichte nun auch ein Observationsfoto von Henry A. und interne Polizeiberichte über ihn. Der reagierte mit einer Strafanzeige, ebenso wie Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) als oberster Dienstherr und das LKA Sachsen selbst. Compact löschte daraufhin beide Artikel über Henry A. aus dem Internet.

Laut Staatsanwaltschaft steht Patrick H. nun im Verdacht, im Fall Henry A. Dateien aus einem beschlagnahmten Handy verschickt zu haben. Den Leipziger kennt Patrick H. gut: Schon vor Jahren war er nach taz-Informationen maßgeblich an den Ermittlungen gegen Henry A. und mehrere BSG-Chemie-Fans beteiligt, die verdächtigt wurden, Angriffe auf Rechtsextreme verübt zu haben. Der Fall geriet zum Skandal: Rund 200 Personen wurden damals abgehört, auch Gespräche mit Journalist:innen oder Anwält:innen das Verfahren 2017 ergebnislos eingestellt.

Kein Verdacht; Seit Monaten veröffentlicht das rechtsradikale Compact-Magazin zum Fall Lina E.
Ermittlungsinterna mit Klarnamen und unverpixelten Fotos von

Henry A. selbst beklagt eine jahrelange Kampagne gegen sich. Dass das LKA dafür nun offenbar mit dem rechten Compact paktiert, ist unfassbar , sagte er der taz.

Ist es Ermittler Patrick H., der auch im Fall Lina E. Informationen an Compact weitergab? Die Staatsanwaltschaft verweist darauf, dass gegen unbekannt ermittelt werde. Compact wie das LKA Sachsen schweigen dazu auf taz-Nachfragen. Man unterstütze die Aufklärung, sagt ein LKA-Sprecher lediglich. Was an den Vorwürfen dran sei, werde sich am Ende zeigen.

Der Deutsche Journalistenverband rügt Compact dagegen schon heute scharf. Medien hätten sich daran zu halten, dass Angeklagte bis zu einem Urteil als unschuldig gelten, betont Sprecher Hendrik Zörner. Die Veröffentlichung un gepixelter Fotos und die Verdachtsberichterstattung von Compact sind aber nichts anderes als eine Vorverurteilung. Auch müssten die Ermittlungsbehörden beantworten, wie Compact an die Fotos der Beschuldigten gelangte.

Ulrich von Klinggräff, Verteidiger von Lina E., kündigt presserechtliche Schritte gegen Compact an. Schon im Mai hatte Compact eine Unterlassungserklärung kassiert. Zuvor hatte es über angebliche Kontakte der Linken-Landtagsabgeordneten Julianne Nagel zu einem Beschuldigten im Lina-E.-Verfahren berichtet. Nagel bestritt das unter Eid und bekam vom Leipziger Landgericht recht. Wird die Aussage nun wiederholt, droht Compact ein Strafgeld von 250.000 Euro oder sechs Monate Haft für Herausgeber Elsässer.

Auch damals behauptete Elsässer, man habe die Information von einem LKA-Ermittler namens Christian M. bestätigen lassen. Das Gericht hielt das für nicht überzeugend. Für Lina-E.-Verteidiger von Klinggräff wäre es ein echter Skandal , wenn sich bestätigt, dass Ermittler Akten details an rechtsradikale Medien weitergaben. Das stärkt den Verdacht, dass hier politisch orientiert ermittelt wurde. Hinter die vorgelegten Beweise setzt das ein noch mal viel größeres Fragezeichen.

Als Quelle für die Fotos aus den Akten wird angegeben: Polizei

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ERMITTLEMENTEN (94%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (93%); JOURNALISMUS (91%); STAATSANWÄLTE (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); ANKLAGEN (89%); JUSTIZMINISTERIEN (89%); EINIGUNG & VERGLEICH (78%); GERICHTSHÖFE (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); POLITIK (78%); RICHTER (78%); SCHRIFTSTELLER (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); VERURTEILUNGEN (78%); ÜBERWACHUNG (78%); TERRORISMUS (76%); VERHAFTUNGEN (76%); TERRORORGANISATIONEN (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%); SCHRIFTSTELLER (78%); INTERNET-BROADCASTING (73%)

Geographic: CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (78%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: October 8, 2021

Kein Verdacht; Seit Monaten veröffentlicht das rechtsradikale Compact-Magazin zum Fall Lina E.
Ermittlungsinterna mit Klarnamen und unverpixelten Fotos von

End of Document

Gewaltige Vorwürfe; Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen Lina E. erhoben: Sie soll eine linksextremistische Gruppe gegründet und kommandiert haben. Kritiker warnen vor Vorverurteilungen

taz, die tageszeitung

Montag 31. Mai 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1827 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen Lina E. erhoben: Sie soll eine linksextremistische Gruppe gegründet und kommandiert haben. Kritiker warnen vor Vorverurteilungen

Body

Von Konrad Litschko

Diesmal bleibt es vorerst ruhig. Nachdem am Freitagnachmittag die Bundesanwaltschaft die Anklage gegen Lina E. öffentlich machte, folgte kein unmittelbarer Protest. Die Szene war vorbereitet. In den Vorwochen erhielt wohl keine Linke so viel Solidarität wie die inhaftierte 26-jährige Leipzigerin. Free Lina , lautet der Slogan auf Häuserwänden und Stoffbeuteln.

Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft gegen Lina E. und drei weitere Beschuldigte Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. lautet Bildung einer linksextremen kriminellen Vereinigung. In wechselnder Besetzung sollen sie sich seit 2018 an fünf schweren Angriffen auf Rechtsextreme in Leipzig, Wurzen und Eisenach beteiligt haben. Lina E. habe dabei eine herausgehobene Stellung innegehabt, habe Tatorte ausgespäht und bei Übergriffen das Kommando übernommen .

Gegen Lina E. hatte über Monate die 2019 gegründete Soko Linx in Sachsen ermittelt. Bereits am 5. November 2020 wurde die Studentin dann im Leipziger Stadtteil Connewitz festgenommen und mit einem Hubschrauber nach Karlsruhe zum Haftstrichter geflogen. Seitdem sitzt sie in der JVA Chemnitz. Das Vorgehen ist ein Einschnitt: Solch hochrangige Ermittlungen und diese Härte gegen eine Linksradikale gab es lange nicht (siehe Kasten).

Die Sicherheitsbehörden sehen es aber auch als Stopzeichen: Sie warnen schon länger vor einer Radikalisierung in Teilen der linksextremen Szene. Lina E. ist für sie eine der dafür Verantwortlichen. Aber die Behörden verweisen auch auf weitere Übergriffe zuletzt etwa in Thüringen.

Die Vorwürfe

Schon im Oktober 2018 soll sie einen 23-jährigen Rechtsextremen in Wurzen ausgespäht haben, der danach von fünf Vermummten mit Teleskopschlagstöcken, Fäusten und Sprüngen angegriffen, gewürgt und erheblich verletzt worden sei. Im Januar 2019 wurde dann ein Kanalarbeiter in Leipzig-Connewitz von vier Angreifern

Gewaltige Vorwürfe; Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen Lina E. erhoben: Sie soll eine linksextremistische Gruppe gegründet und kommandiert haben. Kritiker....

niedergeschlagen, der eine Mütze mit rechtsextremem Logo trug. Lina E. soll hier Passanten mit einem Reizstoffsprühgerät abgehalten haben, Hilfe zu leisten. Auch dieser Mann wurde laut Anklage massiv verletzt.

Im Oktober 2019 soll die Studentin dann mit rund einem Dutzend Vermummter die Gaststätte Bull's Eye in Eisenach angegriffen haben, die von dem Rechtsextremen Leon R. betrieben wird. Mit Schlagstöcken wurde auf ihn und fünf Gäste eingeschlagen, Inventar zerstört. Zwei Monate später kamen die Autonomen wieder zu Leon R. Diesmal folgten sie ihm bis zu seiner Wohnung und sollen dort mit Stangen, einem Hammer und einem Radschlüssel auf ihn und drei Begleiter eingepackt haben, die sich noch in ein Auto geflüchtet hatten. Lina E. soll den Angriff kommandiert und erneut mit Reizstoff angegriffen haben.

Es war dieser Angriff, der die Ermittler auf die Spur von Lina E. brachte. Denn bei der Heimfahrt stoppte die Polizei ihr Auto und ein weiteres Fahrzeug, beide waren mit gestohlenen Kennzeichen versehen. Und die Ermittler stellten fest: Tags zuvor war Lina E. in einem Leipziger Baumarkt bereits bei einem Diebstahl von zwei Hämtern von einem Sicherheitsmann erwischt worden. Ihm soll sie einen Stoß in den Bauch versetzt haben, wurde aber dennoch kurz darauf gefasst.

Nichtsdestotrotz soll sich Lina E. im Februar 2020 an einem Angriff am Bahnhof Wurzen beteiligt haben. Mit bis zu 20 Personen sollen dort sechs Neonazis mit Schlagstöcken angegriffen worden sein, die von einem Szeneaufmarsch in Dresden zum Gedenken an die Bombardierung der Stadt kamen. Lina E. soll die Rechtsextremen in der Bahn ausgespäht und den Angreifern ihr Auto geliehen haben. Auch hier soll es zu potentiell lebensgefährlichen Verletzungen gekommen sein.

Als im Juni 2020 schließlich das Wohnhaus eines Leipziger Rechtsextremen durch Lina E. und andere ausgekundschaftet worden sei, schritt die Polizei ein. Die Studentin wurde festgenommen, nach wenigen Tagen aber unter Meldeauflagen wieder freigelassen bis die Bundesanwaltschaft den Fall übernahm und sie am 5. November erneut verhaftet ließ. Laut den Anwälten von Lina E. sollen zuvor Telefone und Gespräche in Autos überwacht und Observationen und Finanzermittlungen durchgeführt worden sein.

Die Frage ist: Welche konkreten Beweise liegen vor, dass es tatsächlich Lina E. war, die sich an den Übergriffen der Vermummten beteiligte und gar Anführerin war? Die Bundesanwaltschaft äußert sich hierzu bisher nicht öffentlich. Die Verteidiger von Lina E. halten die Anklage dagegen für mit heißer Nadel gestrickt. Ein erheblicher Teil der Vorwürfe wird sich nicht belegen lassen, erklären Björn Elberling und Erkan Zünbül. Die Beweislage sei teils sehr dünn .

So basiere eine Ausspähung auf einem einzigen Asservat, dessen Zuordnung zu Lina E. mehr als fraglich sei. Eine weitere Tatzuordnung beruhe darauf, dass der Lebensgefährte von Lina E. daran beteiligt gewesen sei. Wir gehen nicht davon aus, dass solche Bonnie-und-Clyde-Logik vor Gericht Bestand haben wird , so die Anwälte. Vor allem aber sei der Vorwurf der kriminellen Vereinigung haltlos: Der Aktenband in der Ermittlungsakte dazu sei komplett leer . Als Beleg für die Vereinigung führten die Ankläger vor allem die linke Einstellung der Beschuldigten, so Zünbül und Elberling. Die Soko Linx und die Bundesanwaltschaft standen politisch unter Druck, endlich auch einmal Ermittlungen gegen Linke zur Anklagereife zu bringen.

Die Soko Linx sieht die Anklage gegen Lina E. dagegen als Erfolg. Denn schon seit Langem häuften sich in Leipzig Brandanschläge und Angriffe auf Polizeiwachen, eine Immobilienmaklerin wurde gar zu Hause aufgesucht und ins Gesicht geschlagen ohne dass Täter ermittelt werden konnten. Mit der Gruppe um Lina E. gibt es nun zumindest für andere Delikte Tatverdächtige.

Die Connewitzer Linken-Landtagsabgeordnete Jule Nagel aber warnt vor einer Vorverurteilung. Ob die Vorwürfe zutreffen, müsse ein rechtsstaatlich faires Verfahren klären, sagt sie der taz. Allerdings lassen der Tatvorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung, die Stilisierung der jungen Frau zur kaltblütigen, linksterroristischen Anführerin und die Inszenierung ihrer Festnahme im November nichts dergleichen vermuten. Auch sei auffällig, wie schnell in dem Fall Anklage erhoben wurde, während die Justiz rechtsextreme Straftaten teils jahrelang verschleppe, so Nagel. Anscheinend sei die Verfolgung von AntifaschistInnen vor der Bundestagswahl ein politisches Anliegen der zuständigen Behörden .

Gewaltige Vorwürfe; Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen Lina E. erhoben: Sie soll eine linksextremistische Gruppe gegründet und kommandiert haben. Kritiker....

Die Sicherheitsbehörden sprechen dagegen von einer deutlich zunehmenden Militanz in Teilen der linksradikalen Szene. Gerade in Leipzig schotteten sich klandestine Kleingruppen ab, deren Straftaten brutaler und persönlicher würden. Der frühere Szenekonsens, Gewalt nur gegen Sachen zu verüben, sei hinfällig.

Aktionen in Thüringen

In der linken Szene wird die Gewalt aber durchaus kontrovers diskutiert. Den Angriff auf die Leipziger Immobilienmaklerin bezeichnete die Interventionistische Linke als daneben , das Bündnis Rassismus tötet sprach von absoluter Scheiße . Im Fall Lina E. aber überwiegt bisher die Solidarität: Für die Szene ist der Fall Teil einer überzogenen Kriminalisierung von AntifaschistInnen.

Die Sicherheitsbehörden verweisen aktuell aber auch auf Thüringen wo derzeit eine Brandserie bei rechtsextremen Objekten läuft. Erst am Freitag brannte es im Keller des Gastrohauses Zum Goldenen Löwen der Szenegroßmeister Tommy Frenck in Kloster Veßra. Auch ein benachbarter Imbiss wurde angezündet. Zuvor gab es bereits Brände beim Kampfsportstudio Barbaria in Schmölln, bei der Szenegaststätte in Sonneberg und der rechtsextremen Gedächtnisstätte in Gutmannshausen. TäterInnen konnten dazu bisher nicht ermittelt werden.

Dazu gab es in der Nacht zu Freitag auch einen Angriff auf den rechtsextremen Kampfsportler Julian F. in Erfurt. Fünf dunkel gekleidete Personen mit Polizei -Aufschrift sollen die Wohnung aufgerammt, den 25-Jährigen geschlagen und auch seine Freundin gefesselt haben. In einem Bekennerschreiben wird die Aktion als Vergeltung für die Teilnahme von Julian F. an einer rechtsextremen Randale 2016 in Connewitz und einem Angriff im Juli 2020 in Erfurt erklärt. Einen ähnlichen Angriff gab es Mitte März in Sachsen: Dort wurde Paul Rzehaczek, Bundeschef der NPD-Jugend, ebenfalls von Personen in Polizeikleidung in seiner Wohnung in Eilenburg überfallen, die Angreifer schlügen auf seine Beine ein.

Für Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer zeigen die persönlichen Angriffe und Brandanschläge eine neue Eskalationsstufe und zunehmenden Enthemmung in Teilen der autonomen Szene, da hier auch der Tod von Menschen in Kauf genommen worden sei. Aufgrund der gezeigten Brutalität und Professionalität bei der Vorbereitung und Durchführung einzelner Gewaltakte durch vermutlich klandestine, straff organisierte und bundesweit agierende Kleingruppen sind deutliche Anzeichen von terroristischen Strukturen in diesem Teil des Linksextremismus erkennbar geworden , so Kramer zur taz. Da nun auch rechtsextreme Racheaktionen zu befürchten seien, könne es zu einem Szenekrieg kommen.

Gerade zu den Bränden in Thüringen aber gibt es noch viele Fragezeichen auch für Kramer. Nicht ausgeschlossen sei, dass einige der Brandstiftungen auch von rechts inszeniert seien, um die Stimmung gegen die linke Szene und linke Parteien im Wahljahr zu manipulieren. Einige der Brandstiftungen passen nicht in die bekannten Modi Operandi , bemerkt Kramer. Auch seien einige Objekte versichert gewesen. Und: Tommy Frenck etwa hatte erst jüngst einen Rechtsstreit um die Weiternutzung seiner Gaststätte verloren.

Lina E. sitzt derweil weiter in der JVA Chemnitz in Haft. Nach der Anklage steht ihr ein Prozess vor dem Oberlandesgericht Dresden bevor. Ihre Anwälte wollen beantragen, diesen nur für einen Teil der Vorwürfe zu eröffnen, insbesondere nicht für den Vereinigungsvorwurf. Ein Prozessaufakt dürfte wohl erst im Herbst zu erwarten sein.

Mitarbeit: Sarah Ulrich

Die Verfolgung von AntifaschistInnen sei wohl ein politisches Anliegen der zuständigen Behörden

Bundesanwaltschaft gegen Links

Anklagen

Anklagen der Bundesanwaltschaft gegen Linksradikale liegen lange zurück. 2008 warf sie drei Männern vor, als militante Gruppe einen Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge geplant zu haben. Das Trio wurde zu bis zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die mg hatte sich zuvor zu rund 25 Brandanschlägen bekannt.

Gewaltige Vorwürfe; Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen Lina E. erhoben: Sie soll eine linksextremistische Gruppe gegründet und kommandiert haben. Kritiker....

Ermittlungen

Seit Jahren ermittelt die Bundesanwaltschaft auch gegen die Revolutionären Aktionszellen , die als Nachfolger der mg Campinggaskartuschen vor staatlichen Gebäuden zündeten und einen Brief samt Patrone an den früheren Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) verschickte. Zu Anklagen kam es dafür bis heute nicht.

Revolutionäre Armee Fraktion

Weiter ermittelt wird auch noch gegen Verdächtige der dritten RAF-Generation, darunter die flüchtigen Ernst-Volker Staub, Burkhard Garweg und Daniela Klette. Sie sollen 1993 die JVA Weiterstadt in die Luft gesprengt und noch zuletzt Geldtransporter überfallen haben. (KO)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: STAATSANWÄLTE (93%); ANKLAGEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); VERHAFTUNGEN (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ERMITTLEMENTEN (77%); DIEBSTAHL (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); RICHTER (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (93%); HUBSCHRAUBER (68%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (56%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: May 30, 2021

End of Document

Applaus vor Gericht; In Dresden beginnt der Prozess gegen Lina E. und drei Mitangeklagte, weil sie Neonazis überfallen haben sollen. Das Publikum begrüßt sie wie eine Heldin, die Anwälte liefern sich erste Wortgefechte mit dem Richter

taz, die tageszeitung

Donnerstag 09. September 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 1296 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: In Dresden beginnt der Prozess gegen Lina E. und drei Mitangeklagte, weil sie Neonazis überfallen haben sollen. Das Publikum begrüßt sie wie eine Heldin, die Anwälte liefern sich erste Wortgefechte mit dem Richter

Body

Aus Dresden Konrad Litschko

Da steht sie nun. Umringt von Polizisten wird Lina E. am Mittwochmorgen in den Saal des Oberlandesgerichts Dresden geführt, ihr Gesicht verbirgt sie hinter einem blauen Heft. Im Publikum brandet Applaus auf, einige drängen sich hinter der Sicherheitsscheibe zum Verhandlungssaal, auch ihre Mutter. Ein Heldinnenempfang. Als die Fotograf:innen abziehen, lächelt Lina E., winkt, Nervosität ist ihr nicht anzumerken. Ihre Mutter nickt zurück, den Tränen nah.

Es ist der erste öffentliche Auftritt von Lina E. seit ihrer Verhaftung im November 2020. Und die 26-Jährige hätte allen Grund zur Nervosität. Mit einem Hubschrauber wurde sie damals zum Haftrichter nach Karlsruhe geflogen. Seitdem ist die 26-Jährige eine Symbolfigur. Die Bundesanwaltschaft sieht in ihr das Gesicht einer radikalierten, linken Gewalt. Boulevardmedien titulierten sie als Chaotin im Minirock und rote Rächerin. Die linke Szene hält sie dagegen für eine unschuldig Verfolgte und organisiert seit Monaten eine Solidaritätskampagne.

Ab diesem Mittwoch nun wird das Oberlandesgericht klären, was davon stimmt. Der formelle Vorwurf: Lina E. habe eine kriminelle, linksextreme Vereinigung angeführt, die sechs schwere Angriffe auf Rechtsextreme verübt. Es ist die heftigste Anklage der Bundesanwaltschaft gegen eine autonome Gruppe seit Jahren.

Das dies kein normaler Prozess ist, zeigt sich auch zum Prozessaufakt. Weitläufig hat die Polizei das Gericht umstellt, ein Hubschrauber kreist am Himmel. Abgefilmt werden rund 100 Linke, die sich zu einer Kundgebung vor dem Gericht sammeln und Free Lina -Banner aufspannen. Eine Rednerin verliest eine Grußbotschaft der Mutter von Lina E.. Ich bin zornig und erschüttert über die Kriminalisierung meiner Tochter und wie sie zur Terroristin stilisiert wird, wird sie zitiert. Die Unschuldsvermutung gelte für Lina nicht, es solle ein Exemplar statuiert werden: Wer sich in Deutschland gegen Nazis organisiert, wird mit aller Härte verfolgt und bestraft.

Applaus vor Gericht; In Dresden beginnt der Prozess gegen Lina E. und drei Mitangeklagte, weil sie Neonazis überfallen haben sollen. Das Publikum begrüßt sie wi....

Im Saal will sich die Mutter nicht weiter äußern, angespannt verfolgt sie die Verhandlung. Mit Lina E. betreten drei Männer den Saal, die ebenfalls Applaus erhalten: Lennart A., Jannis R. und Philipp M., zwei Leipziger und ein Berliner, 26 bis 36 Jahre alt, teils vorbestraft, aktuell auf freiem Fuß. Auch sie sollen Teil der Überfallkommandos gewesen sein, die Behörden rechnen sie der militanten linken Szene zu. Sie verbergen ihre Gesichter teils hinter linken Szenezeitschriften. Zuhörer:innen kommen in Pausen zum Plaudern zum Sicherheitsglas. Wenn du mich fragst, bist du unschuldig , ruft einer Philipp M. zu.

Ihnen gegenüber sitzen zwei einschlägige Anwälte, die vier der angegriffenen Neonazis vertreten, die als Nebenkläger am Prozess teilnehmen: Frank Hannig, der zuletzt den Lübeck-Mörder Stephan Ernst vertrat, und Martin Kohlmann, der 2018 die rechten Unruhen in Chemnitz mit anheizte. Er wolle den Hauch eines Gleichgewichts herstellen , verkündet Kohlmann. Seien doch einige der Verletzten nur mit Glück mit dem Leben davongekommen .

Das freilich bleibt im Prozess zu klären. Noch vor der Anklageverlesung aber kommt es zu Scharmützeln. Die Verteidiger wollen unaufschiebbare Anträge stellen, weil sie die Akten für unvollständig halten oder ihre Arbeit behindert werde. Richter Hans Schlüter-Staats will das zurückstellen, es kommt zu Wortgefechten und einem Befangenheitsantrag. Ulrich von Klinggräff, Anwalt von Lina E., beklagt eine Gängelung, die ich so noch nicht erlebt habe . Das Gericht wolle auf Teufel komm raus voranpreschen .

Dann taucht auf Twitter auch noch ein Foto aus dem Gerichtssaal auf, verbreitet von dem Berliner Neonazi Sebastian Schmidtke. Die Anwälte von Lina E. beschuldigen Nebenklageanwalt Kohlmann, sprechen von einem Skandal und einer erneuten Verletzung der Persönlichkeitsrechte ihrer Mandantin. Richter Schrüter-Staats erwidert, er habe den Betroffenen schon ermahnt. Kohlmann darf weiter mitverhandeln.

Und dann kann die Bundesanwaltschaft doch noch ihre Anklage vortragen, gut eine Stunde dauert es. Lina E. liest auf einem Ausdruck konzentriert mit. Ab August 2018 habe sie sich demnach mit anderen zu einer Gruppe zusammengetan, um Rechtsextreme in Leipzig, Wurzen und Eisenach zu überfallen. Vermummmt und mit Schlagstöcken sollen diese den früheren NPD-Mann Enrico B., den Kampfsportler Cedric S., einen Kanalarbeiter, der eine rechtsextreme Mütze trug, und eine Gruppe Neonazis, die gerade von einem Aufmarsch in Dresden kamen, verprügelt haben. In Eisenach hätten sie die Szenekneipe Bull s Eye samt Gästen angegriffen, später noch einmal den Betreiber Leon R. und drei Bekannte. Lina E. habe hierbei eine herausgehobene Stellung innegehabt, teils das Kommando geführt und einige Opfer zuvor ausgespäht, so die Bundesanwaltschaft. Die Angegriffenen seien teils lebensbedrohlich verletzt worden.

Es war der zweite Angriff in Eisenach, im Dezember 2019, der die Ermittler auf die Spur von Lina E. brachte. Damals stoppte die Polizei sie in einem VW Golf, der vom Tatort flüchtete. In einem zweiten Wagen fasste sie weitere Autonome. In der Folge observierten Ermittler die Gruppe, verwanzten ein Auto und erhoben die Anklage.

Auch Richter Schrüter-Staats spricht von gravierenden Vorwürfen, die nicht so harmlos seien, wie es teils im Vorfeld dargestellt wurde. Die Verteidiger ziehen diese dagegen unisono in Zweifel. Die Ermittlungen seien politisch geleitet , gerade von der in Sachsen eigens gegründeten Soko Linx. Die Bundesanwaltschaft sei für den Fall überhaupt nicht zuständig, da die Taten nicht so schwer seien, dass sie den gesamten Staat bedrohten. Für die Tatbeteiligungen der Angeklagten gebe es statt Beweisen teils nur Mutmaßungen, warum die Angeklagten die vermummten Angreifer gewesen seien. Belege für eine feste Gruppe fehlten gar gänzlich es gebe keinen Namen, keine Kommunikation, keinen Treffort, niemand kenne die Gruppe.

Von Klinggräff kritisiert zudem eine beispiellose Vorverurteilung , gerade von Lina E., die kein faires Verfahren erwarten lasse. Undine Weyers, Anwältin von Philipp M., fasst zusammen: Dieses Verfahren ist ein Experiment: Wie weit kann man gehen?

Schrüter-Staats spricht von interessanten Rechtsfragen . Das LKA und die Soko Linx nimmt er in Schutz, kritisiert unbewiesene Vorwürfe . Die Verteidiger ermahnt er, keine Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen. Den Angeklagten sagt Schrüter-Staats dafür ein faires Verfahren zu. Das kann ich Ihnen versichern.

Applaus vor Gericht; In Dresden beginnt der Prozess gegen Lina E. und drei Mitangeklagte, weil sie Neonazis überfallen haben sollen. Das Publikum begrüßt sie wi....

Lina A. lauscht all dem aufmerksam. Was ihre Rolle bei den Vorwürfen war, wird die zentrale Frage des Prozesses. War sie tatsächlich an allen Angriffen beteiligt? Gar eine Gruppenanführerin?

Tatsächlich ist Lina A. bisher nicht vorbestraft. Für das Studium der Erziehungswissenschaften zog sie nach Leipzig, schrieb ihre Bachelorarbeit über den Umgang mit Rechtsextremen in der Jugendarbeit, am Beispiel des NSU-Trios. Freunde schildern sie nicht als radikal, auch im Gericht wirkt sie nicht so, antwortet freundlich auf die Fragen des Richters nach ihren Personalien. Zu den Vorwürfen aber schweigt sie ebenso wie die anderen Angeklagten.

Die Ermittler aber sehen ein zweites, konspiratives Leben, verweisen auf einen gefälschten Ausweis, eine Vielzahl Handys und Perücken, die bei ihr gefunden wurden, auf einen erwischten Diebstahl von zwei Hämtern aus einem Baumarkt. Und auf ihren Verlobten Johann G., vorbestraft wegen linker Straftaten und derzeit untergetaucht, der sie womöglich radikaliert habe.

Für die VerteidigerInnen sind all das bloße Mutmaßungen, über die Tatbeteiligungen sage dies noch nichts. Der Prozess muss nun Tat für Tat die Beweislage klären. Schon jetzt hat das Gericht Termine bis März 2022 anberaumt.

Die Polizei hat das Gericht umstellt, ein Hubschrauber kreist am Himmel

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: GERICHTSHÖFE (92%); GERICHTSPROZESSE (90%); RICHTER (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); TERRORISMUS (78%); VERHAFTUNGEN (78%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); HUBSCHRAUBER (75%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (58%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (92%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 8, 2021

Vorverurteilt; Lina E. aus Leipzig soll Neonazis angegriffen haben und sitzt deswegen seit Monaten in Untersuchungshaft. Sie wird zur Gallionsfigur eines vermeintlichen Terrorismus gemacht

taz, die tageszeitung

Dienstag 30. März 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 715 words

Byline: Sarah Ulrich

Highlight: Lina E. aus Leipzig soll Neonazis angegriffen haben und sitzt deswegen seit Monaten in Untersuchungshaft. Sie wird zur Gallionsfigur eines vermeintlichen Terrorismus gemacht

Body

talk of the town

Von Sarah Ulrich

Eine Perücke, zwei Hammer und die Messenger-App Signal. Unter dem Hashtag #FreiheitfürLina wurden diese drei Dinge am vergangenen Wochenende zum Symbol für den Fall Lina E., sie sollen Beweise dafür sein, dass sie Teil einer linksextremen Zelle ist. Der Hashtag trendete, nachdem die in einem TextZeit die Erkenntnisse seit der Festnahme von Lina E. im November zusammenfasste.

Denn Lina E., eine 26-jährige Studentin aus Leipzig, sitzt seit fünf Monaten in Untersuchungshaft. Ihr wird vorgeworfen, an zwei Angriffen auf Neonazis im Thüringer Ort Eisenach beteiligt zu sein. Außerdem so die Bundesanwaltschaft, die den Fall an sich gezogen hat soll sie Teil einer kriminellen Vereinigung sein. Grundlage ist der Paragraf 129, der oftmals bei der Vermutung auf einen politischen Hintergrund herangezogen wird.

Im Sommer 2020 sitzt Lina E. schon einmal in Untersuchungshaft, wird kurz darauf freigelassen. Am 5. November 2020 wird sie erneut festgenommen und per Helikopter nach Karlsruhe geflogen, wo sie dem Bundesgerichtshof vorgeführt wird. Die Unschuldsvermutung, die bei Angeklagten immer gilt, scheint für viele zu diesem Zeitpunkt schon keine Rolle mehr zu spielen.

Denn die Beschuldigte ist zur Gallionsfigur eines vermeintlichen Terrorismus und angeblich florierenden Linksextremismus in Leipzig geworden. Für viele Medien gilt sie bereits als linksextreme Täterin, bevor überhaupt eine Anklageschrift existiert. Lina E. ist plötzlich nicht mehr nur eine Beschuldigte in einer Strafermittlung, sondern laut einer Lokalzeitung Deutschlands gefährlichste Linksextremistin. Andere Medien verwenden in ihrer Berichterstattung sexistische Narrative, um Lina E. zu beschreiben.

Aber Perücke, Chat-App und Hammer machen noch lange keine Terroristin. Sehr wohl aber ein gutes Symbol für etwas, für das man schon lange Beweise sucht: Nach Ausschreitungen im zum autonomen Mythos stilisierten Connewitz und einem darauf folgenden Imageschaden der Polizei ist die Festnahme von Lina E. ein gefundenes

Vorverurteilt; Lina E. aus Leipzig soll Neonazis angegriffen haben und sitzt deswegen seit Monaten in Untersuchungshaft. Sie wird zur Gallionsfigur eines vermei....

Fressen für all jene, die in der sächsischen Stadt einen neuen RAF-Terrorismus heranwachsen sehen. Und für die eigens vom sächsischen LKA für die linke Szene eingerichtete Soko Linx eine Möglichkeit, endlich Ermittlungserfolge zu bringen.

Seit 2010 führte diese laut der Dresdner Staatsanwaltschaft fünf Ermittlungsverfahren nach Paragraf 129 doch kein:e einzige:r Beschuldigte:r wurde in den letzten zehn Jahren wegen einer Mitgliedschaft in einer linksextremen kriminellen Vereinigung verurteilt. Meistens dienen die Ermittlungen wohl dazu, Infos über die linke Szene zu sammeln. Vor wenigen Jahren musste das LKA Sachsen starke Kritik einfahren, weil bei Strukturermittlungen im linken Fußballmilieu in Leipzig mehrere hundert Personen ohne Anfangsverdacht abgehört wurden, darunter auch Journalist:innen und Politiker:innen.

Selbst wenn die Beschuldigte an dem Angriff auf die Neonazis in Eisenach beteiligt gewesen sein sollte, wirft der Fall kein gutes Licht auf die sächsischen Ermittlungsbehörden, dass die Beweislage gegen ihre angeblich terroristische Absicht so dünn ist, während andere viel eindeutigere Beweislagen viel weniger vehement ermittelt werden.

Wenn ein KSK-Soldat in Sachsen Waffen und Sprengstoff in seinem Garten versteckt, auf seinem Telefon Kontakte zu Preppern sowie SEK-Beamten gefunden werden und er privat gerne mal Nazi-Devotionalien sammelt, dann wird dieser zu zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt. Wenn Hunderte bewaffnete Neonazis einen Stadtteil zerlegen, dabei zahlreiche Geschäfte und Autos demolieren und Menschen angreifen und es veröffentlichte Chatprotokolle gibt, die eine Absprache über den Angriff belegen, werden hier teils sogar nur Geldstrafen von 900 Euro verhängt. Eine kriminelle Vereinigung sieht hier scheinbar niemand.

Es wirkt albern, dass Lina E. gefährlicher als diese Menschen sein soll. Aber es lässt sich eben gut als Skandal verkaufen, wenn eine 26-Jährige zur Anführerin einer Terrorzelle stilisiert wird. Die Ermittler:innen werden sich den Vorwurf, mit zweierlei Maß zu messen, aber erneut gefallen lassen müssen. Und die Presse wird sich fragen müssen, inwieweit sie dieser Hexenjagd Vorschub geleistet hat.

Eine Perücke, Chat-App und zwei Hammer machen noch lange keine Terroristin

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ANLAGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); TERRORISMUS (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); GERICHTSHÖFE (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); TERRORORGANISATIONEN (78%); BEWEIS (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (76%); VERURTEILUNGEN (76%); JUSTIZMINISTERIEN (74%); POLITIK (74%); AUSSCHREITUNGEN (71%); BEAMTE (67%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); HUBSCHRAUBER (68%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (78%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (94%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (79%); DEUTSCHLAND (58%)

Vorverurteilt; Lina E. aus Leipzig soll Neonazis angegriffen haben und sitzt deswegen seit Monaten in Untersuchungshaft. Sie wird zur Gallionsfigur eines vermei....

Load-Date: March 29, 2021

End of Document

Jetzt Gerichte blockiert; 66 Strafbefehle ergingen gegen Klimaaktivist*innen der Letzten Generation. Nun kommt es zu Prozessen. Die Aktivist*innen wollen diese als Bühne für neuen Protest nutzen

taz, die tageszeitung

Freitag 26. August 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 1105 words

Byline: Gareth Joswig

Highlight: 66 Strafbefehle ergingen gegen Klimaaktivist*innen der Letzten Generation. Nun kommt es zu Prozessen. Die Aktivist*innen wollen diese als Bühne für neuen Protest nutzen

Body

von Gareth Joswig

In 66 Fällen hat das Amtsgericht Tiergarten bisher einen Strafbefehl gegen Klimaaktivist*innen der Letzten Generation ausgesprochen. In zahlreichen Aktionen hatten diese seit dem Frühjahr Straßen und Autobahnauffahrten blockiert und so auch den Berufsverkehr behindert um auf die unbestreitbare Dringlichkeit von Maßnahmen gegen die Klimakrise hinzuweisen. In 24 Verfahren gibt es allerdings Einsprüche von Aktivist*innen, sodass es nächste Woche zu ersten Prozessen kommt. Bislang ist noch kein Strafbefehl rechtskräftig.

In den Verfahren wird den Beschuldigten jeweils Nötigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen. Am 30. August wird das Verfahren gegen den 20-jährigen Nils R. eröffnet, der sich am 29. Juni an einer Straßenblockade im Bereich der Autobahn BAB 100 in Wedding beteiligt haben und sich mit Klebstoff an der Fahrbahn befestigt haben soll. Im Strafbefehl hat die Staatsanwaltschaft 30 Tagessätze beantragt insgesamt soll es um eine Geldstrafe von 450 Euro gehen.

Der 49-jährige Beschuldigte Michael W. wiederum sollte insgesamt 2.500 Euro in 50 Tagessätzen zahlen; sein Prozess soll am 1. September beginnen. Er soll sich an drei Blockaden im Januar in Wedding, Moabit und Pankow beteiligt haben, zweimal davon soll er sich auch an die Fahrbahn geklebt haben. Die Höhe der Tagessätze orientieren sich am Einkommen des Beschuldigten, die Anzahl nach der Schwere des Vergehens.

Die Staatsanwaltschaft beantragt Strafbefehle in der Regel bei leichten Delikten um das Verfahren zu vereinfachen. Bei den Strafen handelt es sich um Geldstrafen, die von der Staatsanwaltschaft beantragt wurden und vom Amtsgericht Tiergarten ohne mündliche Verhandlung erlassen wurden. Laut Gericht hat die Staatsanwaltschaft bisher im Zusammenhang mit der Letzten Generation 116 Strafbefehle beantragt.

Carla Hinrichs, Sprecherin der Letzten Generation, kündigte gegenüber der taz an, in der Regel in allen Fällen Einspruch einzulegen: Wir wollen die Verfahren nutzen und auch vor Gericht klarmachen, dass wir uns in der Klimakrise befinden. Ernten fallen aus, Europa brennt, wir haben nur noch zwei bis drei Jahre Zeit zu handeln das werden wir auch vor Gericht tun!

Jetzt Gerichte blockiert; 66 Strafbefehle ergingen gegen Klimaaktivist*innen der Letzten Generation. Nun kommt es zu Prozessen. Die Aktivist*innen wollen diese

Eine Verurteilung nähmen fast alle in Kauf, die sich an den Aktionen beteiligen: Wir stehen zu allem, was wir gemacht haben. Auch wenn das Gericht entscheidet, die Blockaden seien strafbar, nehmen wir das hin. Wir würden auch ins Gefängnis gehen. Unser Handeln ist gerechtfertigt, weil der Klimanotfall gegeben ist , so Hinrichs.

Nach den Aktionen der Letzten Generation gab es von verschiedenen Seiten Kritik an der Justiz, dass diese nicht schnell genug gegen Aktivist*innen vorgehe, Vorverurteilungen inklusive: Im sozialdemokratischen bis rechtspopulistischen Spektrum von Berlins Law-and-Order-Politik klang es fast so, als wenn Straßenblockaden schlimmer als die Klimakrise selbst seien.

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) sagte: Ich will noch einmal festhalten, dass es gar keinen Zweifel daran gibt, dass es sich um Straftaten handelt , und forderte ein härteres durchgreifen. Innensenatorin Iris Spranger (SPD) sagte, dass sie Anklagen und Verurteilungen erwarte. Die Polizeigewerkschaft GdP sprach von einer Geiselhaft der Autofahrenden die Boulevardpresse sowie die rechtspopulistische Deutsche Polizeigewerkschaft DPolG stimmte ein, ebenso wie die extrem rechte AfD, die gleich von Terror spricht.

Berlins Generalstaatsanwältin Margarete Koppers wies die Kritik zurück und kritisierte ihrerseits Kompetenzüberschreitungen der Regierenden und Innensenatorin sowie die allgemeine Justizschelte vehement. Den Polizeigewerkschaften riet sie gar, sich mal mit dem Rechtsstaatsprinzip auseinanderzusetzen. Verfahren dauerten nun mal ein wenig, zumal es um die sorgfältige Prüfung von Dingen wie Versammlungsrecht und das Freiheitsrecht von Blockierten ginge.

Wohl auch wegen des öffentlichen Drucks war die Polizei gar dazu übergegangen, Gebührenbescheide in Höhe von 241 Euro für das Ablösen von festgeklebten Aktivist*innen an diese selbst zu verschicken. Laut Tagesspiegel hat die Polizei bislang 63 solcher Gebührenbescheide verschickt. Die Letzte Generation reagierte darauf mit einem Spendenaufruf, der bislang rund 17.000 Euro einbrachte ein Vielfaches der erhobenen Gebühren. Auch bei etwaigen Geldstrafen sei es eine Möglichkeit, diese über Spenden zu finanzieren, sagte Hinrichs der taz.

Die Spendenbereitschaft zeigt, dass es auch viele Fürsprecher für die Aktionen gibt. Der Rechtsprofessor Tim Whil etwa hält friedliche Sitzblockaden für ein zivilgesellschaftliches Korrektiv und ungezähmten Ausdruck des demokratischen Prinzips. Verfassungsrechtlich seien Sitzblockaden legitim. Damit setzt Whil zumindest ein Fragezeichen hinter deren Strafbarkeit sowie den Tatbestand der Nötigung. Andere fordern demgegenüber gleich eine Kriminalisierung derjenigen, die den Klimaschutz blockieren.

Die Bewegung hat sich gewissermaßen als radikalere Variante der Fridays-for-Future-Bewegung gegründet. Ihr Motto ist: Wir sind die erste Generation, die den beginnenden Klimakollaps spürt, und die letzte Generation, die noch etwas dagegen tun kann.

Die Proteste und Aktionen gehen unterdessen weiter: Die Aktivist*innen kleben sich derzeit auch an berühmte Gemälde in Galerien. Am Donnerstag etwa in der Berliner Gemäldegalerie an Ruhe auf der Flucht nach Ägypten von Lucas Cranach. Die 19-jährige Aktivistin Lina E. sagte: Wir müssen jetzt unsere Kräfte sammeln, wie Maria auf dem berührenden Gemälde, und uns dafür einsetzen, dass wir und die Kinder dieser Welt wieder hoffnungsvoll in die Zukunft blicken können. Am Mittwoch klebten sich Aktivist*innen in Frankfurt am Main an das Bild Gewitterlandschaft mit Pyramus und Thisbe mit einer ähnlichen Erklärung. Am Dienstag hatten sich Aktivist*innen an Raffaels Sixtinische Madonna in Dresden geklebt.

Repression geht aber auch härter als in Berlin: Nach Angaben der Letzten Generation befinden sich derzeit weitere Aktivisten gar in schwedischer Untersuchungshaft. Kevin H. aus Berlin etwa seit dem 22. August, weil er sich an einer Autobahnblockade in Stockholm beteiligt hatte. Ein anderer Aktivist, Christian B., sitzt seit dem 17. August in U-Haft noch bis mindestens Freitag, ebenfalls wegen einer friedlichen Autobahnblockade , wie es hieß. Sprecherin Hinrichs sagte wiederum dazu: Wir lassen uns nicht durch die Androhung von Gefängnis davon abhalten, alles Notwendige dafür zu tun, um Klimakipppunkte und die Vernichtung unserer Zivilisationen aufzuhalten.

Jetzt Gerichte blockiert; 66 Strafbefehle ergingen gegen Klimaaktivist*innen der Letzten Generation. Nun kommt es zu Prozessen. Die Aktivist*innen wollen diese

Berlins Generalstaatsanwältin kritisierte die Justizschelte vehement

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: GELDSTRAFEN & GELDBUSSEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (90%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (89%); VERURTEILUNGEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (83%); ANKLAGEN (78%); VERGEHEN (78%); PENDLERVERKEHR (72%); BÜRGERMEISTER (60%); GEISELNAHME (60%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (89%); EUROPA (79%)

Load-Date: August 25, 2022

End of Document

Schlag gegen Rechtsextreme; Konrad Litschko über die bundesweiten Razzien bei Neonazis

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. April 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 343 words

Byline: Konrad Litschko

Body

Konrad Litschko über die bundesweiten Razzien bei Neonazis

Es ist tatsächlich ein großer Schlag gegen die rechtsextreme Szene. Bei mehr als 50 Verdächtigen fanden am Mittwoch auf Geheiß der Bundesanwaltschaft bundesweit Razzien statt, mehrere Menschen wurden festgenommen. Gruppen mit gruseligen Namen wie Atomwaffendivision, Combat 18, Knockout 51 oder Sonderkommando 1418 waren das Ziel. Gruppen, die zum Rassenkrieg und zu Anschlägen aufriefen, die für den Kampf gegen Linke trainierten oder bereits schwere Straftaten verübt hatten.

Der Schlag passt zur Ansage der neuen Innenministerin Nancy Faeser, hart gegen die rechtsextreme Szene vorgehen zu wollen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Ermittlungen teils bereits seit 2019 liefen, zu Zeiten ihres Vorgängers Horst Seehofer. Er war es auch, der 2020 Combat 18 verbot. Dass Faeser hier nun aber den Druck verstärkt und die Behörden nachlegen, ist dringend notwendig, wie die aktuellen Fälle zeigen.

Denn diese dokumentieren allesamt, wie gewaltbereit immer noch die rechtsextreme Szene hierzulande ist, wie unverhohlen sie zu Hass und Terror aufruft, wie ungehindert sie sich weiter organisiert, auf der Straße wie im Internet. Trotz des behaupteten oder tatsächlichen Repressionsdrucks. Mehrere der Gruppen waren miteinander vernetzt. Ihren Straßenkampf trainierten sie in einem NPD-Haus, wo sie sich unter einer Hakenkreuzfahne trafen. Combat 18 setzte offenbar trotz Verbots die Treffen und die Aufnahme neuer Mitglieder fort.

Der Hauptverdächtige Leon R. aus Eisenach präsentierte sich und seine Kampfsportgruppe Knockout 51 als harmlos, zuletzt als Zeuge im Prozess gegen die Linke Lina E., der Überfälle auf Neonazis vorgeworfen werden. Spätestens jetzt wird klar, dass hinter den Kulissen alles andere als harmlose Dinge vor sich gingen.

Antifa-Gruppen und Journalist:innen warnten seit Jahren vor der Atomwaffendivision oder der radikalierten rechten Szene in Eisenach. Als die Antifa dort 2019 demonstrierte, war sie damit noch recht verloren. Gut, dass sie endlich nicht mehr alleine ist.

inland

Classification

Schlag gegen Rechtsextreme; Konrad Litschko über die bundesweiten Razzien bei Neonazis

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); KRIEGSWAFFEN (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); ZEUGEN (78%); KAMPFKUNST (77%); MASSENVERNICHUNGSWAFFEN (77%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); STAATSANWÄLTE (77%); POLITISCHE PARTEIEN (76%); ERMITTLEMENTEN (73%); GERICHTSPROZESSE (73%); STRAFTATEN (73%); VERHAFTUNGEN (73%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (70%)

Industry: KRIEGSWAFFEN (89%); MASSENVERNICHUNGSWAFFEN (77%); STAATSANWÄLTE (77%)

Person: HORST SEEHOFER (71%)

Geographic: THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: April 6, 2022

End of Document

Ab wann ist links extrem?; Endlich gibt es die wissenschaftliche Analyse und Präventionsprojekte zum Thema Linksextremismus, die sich die CDU in Niedersachsen immer gewünscht hat. Doch die Ausbeute bleibt mager. Einig sind sich die Experten nicht einmal bei der Definition des Phänomens

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Juli 2022

Copyright 2022 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 832 words

Byline: Nadine Conti

Highlight: Endlich gibt es die wissenschaftliche Analyse und Präventionsprojekte zum Thema Linksextremismus, die sich die CDU in Niedersachsen immer gewünscht hat. Doch die Ausbeute bleibt mager. Einig sind sich die Experten nicht einmal bei der Definition des Phänomens

Body

Von Nadine Conti

Für die niedersächsische CDU ist es ein lang gehegtes Herzensthema: Endlich nicht immer nur über Rechtsextremismus und radikale Islamisten zu reden, sondern auch einmal über gefährliche Linksextreme. Das CDU-geführte Justizministerium hat mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen zum Fachtag Praxiskonzepte zur Prävention des Linksextremismus eingeladen. Es kamen: Polizisten, Juristen und pädagogische Fachberater, die an ganz verschiedenen Stellen mit dem Thema befasst sind.

Auf so eine groß angelegte Befassung mit dem Thema haben die Konservativen in der Regierungskoalition immer wieder gedrängt. Über den Landespräventionsrat und das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte wurden deshalb Fördergelder ausgelobt: für eine wissenschaftliche Analyse und die Entwicklung von Präventionsprojekten.

Schon an der Ausschreibung gab es Kritik, viele zweifelten am akuten Bedarf immerhin zeigen selbst die offiziellen Zahlen der Polizeistatistik, genauso wie die Berichte des Verfassungsschutzes, dass die Gefahr von links eher rückläufig ist oder zumindest auf niedrigem Niveau verharrt, während die Coronakrise den Sicherheitsbehörden reichlich neue Kundschaft aus ganz anderen Richtungen beschert hat.

Folgerichtig bewarben sich kaum Institutionen und Personen auf die Ausschreibung, wie Andreas Schwiegel vom niedersächsischen Justizministerium auf der Fachtagung noch einmal beklagte. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) erbarmte sich schließlich und setzte eine Mitarbeiterin auf das Thema an. Laura Treskow erarbeitete die Analyse zusammen mit Dirk Baier, einem Professor der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Außerdem fanden sich zwei Stellen, die Präventionsprojekte entwickelten. Sie wurden von Carolin Ullrich von der Beratungsstelle Phäno in Berlin und Monika Oberle von der Uni Göttingen vorgestellt.

Ab wann ist links extrem?; Endlich gibt es die wissenschaftliche Analyse und Präventionsprojekte zum Thema Linksextremismus, die sich die CDU in Niedersachsen i....

Die Schwierigkeiten, das betonten die drei Expertinnen unisono, beginnen allerdings schon damit, dass man nicht einmal so richtig definieren kann, was das denn nun eigentlich ist: linksextrem . Es gibt in der Wissenschaft eine lange Debatte darüber, Polizei und Verfassungsschutz verstehen darunter noch einmal etwas anderes. Wo hört die berechtigte Kritik auf und wo fängt der Extremismus an?

Und, so stellt die Studie von Treskow und Baier fest, es hapert nicht nur an den Grundlagen, sondern auch beim Bedarf. Sie haben sowohl bei Experten als auch bei bestehenden Präventionsprojekten aus dem Bereich nachgefragt: Ein dringendes Bedürfnis von Multiplikatoren wie Lehrern oder Sozialarbeitern, sich im Bereich Linksextremismus fortbilden zu lassen, sei nicht feststellbar.

Auch die Projekte, die nun auf diesem Fachtag dem Publikum vorgestellt werden, haben sich also andere Stoßrichtungen gesucht. Wenn man das Thema Linksextremismus nicht direkt bearbeiten kann auch weil man schlicht nicht genug über die Szene weiß, die sich dem Dialog mit Institutionen in der Regel verweigert dann muss man eben bei der Demokratiebildung ansetzen. Wer verstanden hat, wie toll Demokratie ist, so die Logik, geht nachher nicht zur Antifa.

Die Bildungs- und Beratungsstelle Phäno, die zur SPI-Stiftung in Berlin gehört, hat sich dabei der Nachfrage angepasst: Mit Pädagogen bearbeitet sie in Workshops vor allem Themen wie Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen, Fake News und Propaganda in sozialen Medien sowie Funktionsweisen von Verschwörungserzählungen das sind Dinge, die phänomenübergreifend bei Extremisten aller politischen Richtungen und Religionen ähnlich funktionieren.

Die Engführung auf das Thema Linksradikalismus leistet sich die Beratungsstelle nur noch bei Workshops für niedersächsische Polizeibeamte. Mit denen sollen linksextreme Werdegänge, Verhaltensweisen und Strategien aus zivilgesellschaftlicher Perspektive analysiert werden, um dann polizeilich damit besser umgehen zu können, sagt Ullrich.

Die Göttinger Professorin Oberle legt den Fokus dagegen auf Politiklehrer. Die müssten zur Radikalisierungsprävention befähigt werden, Kinder resilient machen gegen die Verlockungen des Extremismus.

Bei so viel Aufweichungen des Themas mit wissenschaftlich fundiertem Wenn und Aber wirkt Udo Baron vom niedersächsischen Verfassungsschutz auf dem Diskussionspodium am Schluss fast frustriert. Der Linksextremismus wird als Problem gelegnet und die Beschäftigung damit ist auch nicht gerade karrierefördernd , wettert er.

Dabei sei doch erkennbar, dass es einen Strategiewandel innerhalb der linksextremen Szene gebe, hin zu konspirativ agierenden Kleingruppen, die sich radikalierten und gezielte Gewalttaten verübten. Das betreffe nicht nur die medial groß aufbereiteten Fälle wie die Gruppe um Lina E. in Leipzig oder den Übergriff auf Coronaleugner bei den Cannstatter Wasen in Stuttgart. Auch in Hannover habe es kürzlich einen Fall gegeben, in dem ein mutmaßlicher Rechtsextremist von Vermummten verprügelt wurde.

Udo Baron vom Verfassungsschutz wirkt fast frustriert. Das Problem werde gelegnet

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: JUSTIZMINISTERIEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); ISLAM & MUSLIME (89%); RELIGION & GLAUBE (89%); POLITIK (78%); POLITISCHE DEBATTEN (78%); STATISTIKEN (78%); KONFERENZEN & KONGRESSE (77%);

Ab wann ist links extrem?; Endlich gibt es die wissenschaftliche Analyse und Präventionsprojekte zum Thema Linksextremismus, die sich die CDU in Niedersachsen i....

FORSCHUNGSBERICHTE (74%); KRIMINALITÄTSRATE (74%); NEGATIVE TECHNOLOGIENACHRICHTEN (74%); PRODUKTION & NACHFRAGE (74%); FORSCHUNGSGINSTITUTE (73%); STIFTUNGEN (73%); ANGESTELLTE IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN (71%); JUGENDLICHE (69%); FAKE NEWS (61%); CORONAVIRUS COVID-19 (53%)

Geographic: ZÜRICH, SCHWEIZ (78%); BERLIN, DEUTSCHLAND (73%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: July 6, 2022

End of Document

Ein Gespenst geht um in Leipzig. Das Gespenst des Linksterrorismus; Steffen Grimberg Flimmern und Rauschen

taz, die tageszeitung

Freitag 03. September 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 17

Length: 455 words

Byline: Steffen Grimberg

Body

Steffen Grimberg

Flimmern und Rauschen

Der Leipziger Stadtteil Connewitz ist der linksextremste Ort Deutschlands. So war es im vergangenen Jahr vor allem in Boulevardmedien zu lesen. Die sächsische Polizei sprach nach den Ausschreitungen zu Silvester 2020 sogar von Linksterrorismus .

Um es klar zusagen: Extremismus ist scheiße, egal aus welcher Richtung. Nur klingen die Begründungen für die kraftvollen Worte in Sachen Connewitz immer so furchtbar dünn. Nun steht das Verfahren gegen die Studentin Lina E. bevor. Auch hier bietet sich das gleiche Bild. Der Studentin wird von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, Anführerin einer linksextremistischen Gruppe zu sein, die Angriffe auf die rechte Szene in Sachsen und Thüringen verübt haben soll.

Obwohl die Beweislage ziemlich dünn ist. Trotzdem schreibt die Leipziger Volkszeitung (LVZ) schon mal munter von der mutmaßlichen Linksterroristin und übernimmt auch sonst brav die Positionen des sächsischen Verfassungsschutzes.

Am 8. September ist Prozessaufakt vor dem Dresdner Oberlandesgericht. Für den 18. September mobilisiert das Bündnis Wir sind alle linx bundesweit zu einer Demonstration nach Leipzig. Die Verfassungsschützer befürchten deshalb linksextreme Straf- und Gewalttaten, berichtet am 27. 8. die LVZ.

Wenngleich zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine entsprechenden Aufrufe zur Begehung von Straftaten zu verzeichnen sind, könnte der gesamte Prozessverlauf grundsätzlich ein Risiko von linksextremistischen Straftaten und Gewalttaten gegen Sachen und Personen mit sich bringen , zitiert das Blatt eine Sprecherin des Verfassungsschutzes als Beleg. Beleg? Das ist Konjunktiv im Doppelpack!

Aber für die Schlagzeile Verfassungsschutz warnt vor Gewalt reicht s. Und schon drei Tage später kann die LVZ Vollzug melden. Am Wochenende ist es zu einer ersten, allerdings noch kleineren Ausschreitung () in Connewitz gekommen.

Ein Gespenst geht um in Leipzig. Das Gespenst des Linksterrorismus; Steffen Grimberg Flimmern und Rauschen

Was war passiert? Rund 300 Menschen waren im wahrsten Wortsinn ausgeschritten. Sie hatten am Sonntag an der Aktion Soli-Sauen für Lina E. teilgenommen und dabei zu später Stunde auf der Straße rumgelungert. Aufgrund der hohen Personenanzahl kam es zu Verkehrsbeeinträchtigungen , zitiert die LVZ die Polizei. Das Blatt schreibt weiter Durch einige Personen seien aber auch Mülltonnen auf die Straße gezogen worden .

Im Fernsehen gibt es Formate mit Scripted Reality. Jetzt ist das wohl Scripted Policy? , meint meine Mitbewohnerin.

Klarer Hinweis auf Terrorismus? Ja leck mich! Egal. Bürger, es steht in der Zeitung: Gefahr droht! Mülltonnenterror in Connewitz!

Steffen Grimberg bringt hier jede Woche Unordnung in die aufgeräumte Medienwelt. Er ist Medienprofi und Vorsitzender des Berlin-Brandenburger Journalistenverbands DJV Berlin JVBB.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); TERRORISMUS (90%); STRAFTATEN (89%); JOURNALISMUS (79%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (77%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); STAATSANWÄLTE (77%); BEWEIS (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (70%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 2, 2021

End of Document

[**was macht die bewegung?: In den vergangenen Jahren häufte**](#)

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Oktober 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 372 words

Body

was macht die bewegung?

In den vergangenen Jahren häuften sich die Meldungen über rechte Netzwerke mit Verbindungen zum Terror in Polizei, Justiz, Militär und Geheimdienstapparaten. Gleichzeitig sollen Gruppen wie der Rote Aufbau Hamburg, antifaschistische Aktivist*nnen wie Lina E. oder beschuldigte Genoss*innen in Frankfurt und Berlin kriminelle Organisationen gegründet haben. Der §129a war seit jeher ein Paragraph zur Verfolgung missliebiger politischer Organisationen. So richtete er sich im Deutschen Reich, der Weimarer Republik und dem deutschen Faschismus gegen staatsfeindliche Verbindungen , heißt es in einer Einladung der Initiative Hände weg vom Wedding. Bei einer Tresenveranstaltung unter dem Titel §129 Ein Paragraph gegen links im gesellschaftlichen Rechtsruck soll es um eine historische und aktuelle Einordnung von staatlichen Repressionen gehen. Donnerstag, 7. Oktober, 20 Uhr, Café Cralle, Hochstädter Straße 10a

Um die Geschichte der anarchistischen Bewegung in Polen ab den 80ern geht es im Zielona Góra. Samstag, 9. Oktober, 19 Uhr, Grünberger Straße 73

Eine Demo von Friedrichshain bis zum Käpi-Wagenplatz soll dazu ermutigen, lang gewachsene und wichtige Strukturen zu unterstützen und diese zu verteidigen auch im Gedenken an die Räumung der Liebig 34 vor einem Jahr. Im Aufruf unter dem Motto Liebig 34 und Käpiplatz in Wut vereint heißt es: Sie können versuchen unser Zuhause zu räumen, aber eine Bewegung können sie nicht beseitigen. Bringt eure Rage, eure Stärke und eure Leute mit! Samstag, 9. Oktober, 18 Uhr, Ecke Rigaer/Liebigstraße

Stress mit der Hausverwaltung? Die Berliner Mietergemeinschaft Prenzlauer Berg bietet eine wöchentliche offene Mieter*innenberatung mit Rechtsanwalt Henrik Solf an. Montag, 11. Oktober, 18.30 Uhr, Schönhauser Allee 26 A

Für den anberaumten Käpi-Räumungstag selbst hat die Interkiezionale eine Tag X -Demo angekündigt. Poster zur Mobilisierung vorab gibt es im Fischladen (Rigaer Straße 83), im Kiezladen (Sonnenallee 154), im Buchladen Schwarze Risse (Gneisenaustraße 2a) und direkt in der Köpenicker Straße 137. Freitag, 15. Oktober, 20 Uhr, Zickenplatz

Weitere Infos und Termine zu und aus den sozialen Bewegungen findet ihr auf Twitter @bewegungsteam

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

was macht die bewegung?; In den vergangenen Jahren häufte

Publication-Type: Zeitung

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); VERANSTALTUNGSKALENDER (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); POLITISCHE ORGANISATIONEN (72%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (89%); FRANKFURT, DEUTSCHLAND (58%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); POLEN (73%)

Load-Date: October 6, 2021

End of Document

Oben, unten, links und rechts; taz sachen

taz, die tageszeitung

Freitag 04. Juni 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 14

Length: 254 words

Byline: Tanja Tricarico

Body

taz sachen

Es ist der letzte Stimmungstest vor der Bundestagswahl. Gruseligste Farbenspiele sind zu erwarten. Menschen, die zuvor kaum einer kannte in der Republik, treten ins Rampenlicht. Die Landtagswahl am kommenden Sonntag in Sachsen-Anhalt verspricht Superlative und Höhenflüge.

Was will uns dieser Seismograf im Osten des Landes nun sagen? Und was heißt das eigentlich alles für die Stimmung im Land? Die taz ist dabei. Logisch, wie immer, ganz nah am Puls der Zeit. In der guten alten Zeitung, in den digitalen Untiefen der sozialen Medien und via taz-Fernsehen aka taz Talk. Aber auch in diesem Format.

Tanja Tricarico alias Free Lina E. und Doris Akrap alias Söder for president liefern sich am 6. Juni ab 17 Uhr die extremistischste Kommentarschlacht aller Kommentarschlachten zur Landtagswahl. Die Statler und Waldorf von der taz sitzen auf dem Logenplatz wohlgerne in coronakonformem Abstand im taz-Live-Ticker und kommentieren für Sie von links und von rechts, von vorne und von hinten das politische Spielfeld. Sie beobachten die allseits beliebten TV-Runden und natürlich Twittertrends. Aber auch Nachbars Garten ist vor ihnen nicht sicher.

Alles wird filetiert, tranchiert, kompostiert. Es wird vorgeprescht und hinterhergerufen, gelästert, gegähnt und genervt. Nebenbei, quasi en passant, dürfen Sie sich top informiert fühlen zu allem, was wichtig ist mit Grafiken, Hochrechnungen, den nackten Zahlen und Fakten. Lust auf den etwas anderen Live-Kommentar?

Zu finden an diesem Sonntag auf taz.de. (taz)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (90%); POLITIK (90%); WAHLEN (90%); WÄHLER & WAHLEN (90%); DEUTSCHER BUNDESTAG (78%); SOCIAL MEDIA (70%); NACHRICHTENÜBERBLICK (69%)

Oben, unten, links und rechts; taz sachen

Industry: SOCIAL MEDIA (70%)

Geographic: SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 3, 2021

End of Document

Innenminister wollen mehr Überwachung; Sicherheitsbehörden sehen eine Radikalisierung in der linken Szene. Der Verfassungsschutz warnt vor Kleingruppen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. Juni 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 562 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Sicherheitsbehörden sehen eine Radikalisierung in der linken Szene. Der Verfassungsschutz warnt vor Kleingruppen

Body

Von Konrad Litschko

Den Innenministern ist die Sache ernst. Bundesweit seien Radikalisierungstendenzen in der linksextremistischen Szene erkennbar, heißt es in einer Beschlussvorlage. Es gebe klandestin agierende Strukturen und eine im Extremfall mögliche Entwicklung hin zum Terrorismus. Deshalb brauche es eine genaue Beobachtung.

Die Beschlussvorlage soll auf der halbjährlichen Innenministerkonferenz verabschiedet werden, die am Mittwochabend in Rust (Baden-Württemberg) begonnen hat. Das Thema Linksextremismus ist dort einer der Schwerpunkte. Und die Barrikaden, die am selben Tag vor dem autonomen Berliner Hausprojekt in der Rigaer Straße 94 brannten, dürften die Minister bestärken.

Schon tags zuvor hatten Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang bei der Vorstellung des neuen Verfassungsschutzberichts vor einer Radikalisierung der linken Szene gewarnt. Diese agiere zunehmend aggressiv und enthemmt, Kleingruppen würden sich abschotten und schwerste Übergriffe auf Neonazis und PolizistInnen begehen.

Insgesamt zählt der Verfassungsschutz 34.300 Linksextreme im Land, 800 mehr als im Vorjahr, etwa durch den starken Zuwachs der Roten Hilfe. 9.600 hält er für gewaltorientiert. Die Zahl der als links eingestuften Straftaten stieg leicht auf 6.632 Delikte. Darunter waren 1.237 Gewalttaten, inklusive fünf versuchter Tötungsdelikte hier ein deutlicher Anstieg von 34 Prozent zum Vorjahr.

Als Hotspots militanter Linke werden Berlin, Hamburg und Leipzig ausgemacht. Gerade letztere Stadt stand zuletzt im Fokus: Hier wurden Polizeiwachen attackiert, brannten Baufahrzeuge und Baukräne, wurde eine Immobilienmaklerin zu Hause aufgesucht und ins Gesicht geschlagen. Inzwischen ermittelt hier auch die Bundesanwaltschaft und ließ im Oktober 2020 die 26-jährige Leipzigerin Lina E. festnehmen. Ihr wird vorgeworfen, mit einer Antifa-Gruppe mehrere Rechtsextreme angegriffen zu haben, im Spätsommer soll der Prozess beginnen.

Innenminister wollen mehr Überwachung; Sicherheitsbehörden sehen eine Radikalisierung in der linken Szene.
Der Verfassungsschutz warnt vor Kleingruppen

Zuletzt sorgten auch zwei Attacken auf Neonazis in Eisenach und Eilenburg für Aufsehen. Hier hatten sich Unbekannte als Polizisten ausgegeben und die Opfer zu Hause mit Hämmern überfallen. Haldenwang wies auch auf eine Brandserie an rechtsextremen Szeneobjekten in Thüringen und an militante Aktionen im Dannenröder Forst hin, wo ein Aktivist angeblich absichtlich Baumstämme auf zwei Polizisten zum Absturz brachte.

Einige Verfassungsschützer sehen manche konspirative autonome Kleingruppen inzwischen auf einer Vorstufe zum Terrorismus: Bei ihren Aktionen würden sie Todesfälle in Kauf nehmen. Der Szenekonsens, keine schwere Gewalt gegen Personen zu verüben, auch weil dies nicht vermittelbar sei, erodiere. Die Angriffe würden zunehmend gewalttätiger, persönlicher und professioneller .

Die Innenminister wollen nun vor allem militante Rädelnsführer in der linken Szene identifizieren. Dass der Verfassungsschutz zuletzt eine länderübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung Hamburgs einrichtet, um die Szene genauer auszuleuchten, wird dort begrüßt. Haldenwang appellierte: Niemand darf linksextremistische Gewalt erklären. In der Szene sieht man dagegen bereits eine breite Überwachungs- und Repressionswelle anrollen.

Die Innenminister wollen nun vor allem militante Rädelnsführer in der linken Szene identifizieren. Dazu soll eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet werden

linke gewalt

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: TERRORISMUS (90%); ÜBERWACHUNG (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%);
BRÄNDE (79%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); STRAFTATEN (78%);
BRANDSTIFTUNG (72%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (72%); TOD & STERBEN (72%);
TÖTUNGSDELIKTE (72%); STAATSANWÄLTE (67%)

Industry: STAATSANWÄLTE (67%)

Person: HORST SEEHOFER (79%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (74%); RIGA, LETTLAND (73%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (70%);
LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); BADEN-WÜRTTEMBERG,
DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: June 17, 2021

Beruhigt euch, das waren doch nur Nazis ; Am Mittwoch fällt das Urteil gegen zwei Männer, die Rechtsradikale in Stuttgart überfallen haben sollen. Nebenklage und Angeklagte machten aus dem Prozess eine Show

taz, die tageszeitung

Mittwoch 13. Oktober 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 988 words

Byline: Benno Stieber

Highlight: Am Mittwoch fällt das Urteil gegen zwei Männer, die Rechtsradikale in Stuttgart überfallen haben sollen. Nebenklage und Angeklagte machen aus dem Prozess eine Show

Body

Aus Stuttgart Benno Stieber

Am 20. Prozesstag, erhebt Joel P., 26, zum ersten Mal seine Stimme. Den ganzen Prozess über hatte der Angeklagte geschwiegen. Aber P. nutzt das Schlusswort nicht, um sich zu entlasten, Schuld einzugeben oder sich zu entschuldigen. Er verliest einen Text, der den brutalen Angriff auf drei rechte Gewerkschafter, wegen dem P. vor Gericht steht, mit den mindestens 187 Todesopfern rechter Gewalt seit den 80er Jahren zu rechtfertigen versucht. Er nennt den Staat und seine Institutionen das politische Werkzeug der Kapitalistenklasse und fordert uneingeschränkte Solidarität unabhängig vom Tatvorwurf. Im Zuschauerraum beginnt seine Schwester zu schluchzen.

Die Rechtfertigungsmuster des 26-jährigen P. erinnern an die RAF-Prozesse, die gleich nebenan im historischen Gerichtssaal von Stammheim vor über 40 Jahren geführt wurden. Aber P.s Pamphlet, das nicht im Sinne seines Anwalts sein kann, erreicht höchstens seine Unterstützer vor dem hermetisch gesicherten Gerichtssaal. Die versuchen seit Wochen für ihn und den mitangeklagten Diyar A., 21, eine ähnliche Solidaritätsaktion zu organisieren, wie sie bei dem Leipziger Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. rollt.

Auch die Stuttgarter Antifa hat zu Beginn des Prozesses einen Solidaritätstext ins Netz gestellt, die den Angriff auf Rechte am Rand einer Querdenker-Demo eine handfeste antifaschistische Intervention nennt. Eine Verharmlosung.

Am 16. Mai 2020 überfällt eine Antifa-Gruppe von mindestens 20 Jugendlichen eine Hand voll Mitglieder des Vereins Zentrum Automobil. Der Verein, gegründet von Andreas Hilburger, früher Mitglied der Neonazi-Band Noie Werte, sieht sich selbst als Gewerkschaft, seine Vertreter sitzen im Betriebsrat von Daimler. Auch andere führende Köpfe von Zentrum Automobil haben klare Verbindungen in die rechtsextreme Szene, allerdings nicht alle.

Die Männer wollen an diesem Tag an einer Querdenker-Demonstration auf dem Cannstatter Wasen teilnehmen. Offenbar sind sie auf Attacken vorbereitet. Eines der späteren Opfer trägt Protektoren. Auch mindestens ein Schlagring, der später gefunden wird, kann anhand von DNA-Spuren den Rechten zugeordnet werden.

Beruhigt euch, das waren doch nur Nazis ; Am Mittwoch fällt das Urteil gegen zwei Männer, die Rechtsradikale in Stuttgart überfallen haben sollen. Nebenklage u....

Doch die plötzliche Attacke trifft die Rechten unvorbereitet. Wie Zeugen vor Gericht berichten, ist der Antifatrupp zahlenmäßig überlegen und mit Reizgas und Flaschen bewaffnet. Sie greifen gezielt und ohne Vorwarnung an. Den Zentrumsleuten bleibt nur die Flucht. Drei von ihnen werden von den Antifas gestellt und zusammengeschlagen. Am schwersten trifft es Andreas Z., 65. Er wird von den Angreifern noch getreten, als er schon am Boden liegt. Z. muss im Krankenhaus wochenlang in ein künstlichen Koma versetzt werden.

Unbeteiligte Zeugen zeigen sich vor Gericht schockiert von der Brutalität des Angriffs. Die Täter hätten sie zu beschwichtigen versucht: Beruhigt euch, das waren doch nur Nazis.

Für die Nebenklage könnte es leicht sein in diesem Prozess. Rechte, die sich sonst so gern als Opfer inszenieren, sind es in diesem Fall tatsächlich. Ihre Verletzungen sind weitgehend unstrittig. Einer der Männer, die als Nebenkläger auftreten, wird leicht verletzt, einer ist auf einem Auge fast blind, und Andreas Z., der Hauptgeschädigte, lebt wohl den Rest seiner Tage mit kognitiven Einschränkungen. Es gibt kaum einen Zweifel, dass ihnen erhebliches Schmerzensgeld zugesprochen wird.

Doch dem Nebenklagevertreter von Andreas Z., dem Freiburger Anwalt Dubravko Mandic, genügt das nicht. Der gescheiterte AfD-Politiker, der selbst wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung verurteilt ist, will den Prozess nutzen, um die ganz große Verschwörungserzählung in Umlauf zu bringen. Die Antifa als die Prügeltruppe der IG Metall, die die missliebige rechte Konkurrenz vom Zentrum Automobil klein halten soll. Das will Mandic mit Beweisanträgen enthüllen. Das Gericht lässt sich nicht darauf ein.

Mandic hält die Kammer von Richter Johannes Steinbach und auch die Staatsanwältin Silke Bosch für befangen, sie wollten die linken Zusammenhänge verdecken. Mandic verschleppt den Prozess mit fast hundertseitigen Beweisanträgen, die er verliest. Fast am Ende des Prozesses behauptet er plötzlich, dass ihm die vollständige Einsicht in die Gerichtsakten verwehrt werde. Als die Kammer ihm nachweist, dass er selbst aus der Akte, die ihm angeblich fehlt, bereits zitiert hat, ist Mandic das erste Mal sprachlos.

Die Mandic-Show lenkt von der eigentlichen Frage ab: Waren tatsächlich Diyar A. und Joel P. unter den Tätern? Zeugen vom Tatort können nicht weiterhelfen, die Täter waren alle schwarz angezogen und verummt. Diyal A., dem das brutalere Vorgehen vorgeworfen wird, belastet ein Haarfund an einer Tierabwehrpistole, die er wie eine Schlagwaffe eingesetzt haben soll.

Auch die Aussage eines V-Manns aus der linken Szene belastet A. Dieser Zeuge tritt allerdings nicht selbst vor Gericht auf, seine Aussage wird von einem Kriminalbeamten vor Gericht vorgetragen. Woher der V-Mann wissen könnte, dass A. an dem Angriff beteiligt war, kann er nicht sagen. Der Informant sei aber sehr zuverlässig, versichert der Beamte. An sichergestellten Handschuhen von Joel P. werden DNA-Spuren von seinem mutmaßlichen Opfer Andreas Z. gefunden.

Die Verteidiger von P. und A. versuchen in ihren Plädoyers, die Beweise zu erschüttern. Sie kritisieren auch den Umgang der Polizei mit Beweismitteln, die auch zu Verunreinigungen der DNA-Proben geführt haben könnten. Die Verteidigung fordert einen Freispruch.

Der Staatsanwaltschaft genügen die Indizien. Sie fordert am letzten Prozesstag fünf Jahre Haft für P. und sechs Jahre für A., wegen gefährlicher Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs. Den Vorwurf des Totschlags lässt Anklägerin Silke Busch dagegen fallen, ein Tötungsvorsatz sei nach der Verhandlung nicht nachzuweisen. Am Mittwoch fällt das Urteil.

Die Nebenklage will den Prozess nutzen, um Verschwörungserzählungen in Umlauf zu bringen

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Beruhigt euch, das waren doch nur Nazis ; Am Mittwoch fällt das Urteil gegen zwei Männer, die Rechtsradikale in Stuttgart überfallen haben sollen. Nebenklage u....

Publication-Type: Zeitung

Subject: GERICHTSPROZESSE (92%); RECHTSKLAGEN (91%); ANKLAGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); ZEUGEN (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (76%); TOD & STERBEN (73%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (64%)

Geographic: STUTTGART, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (57%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: October 12, 2021

End of Document

lina-e.-wetter; Die Ermittlungen nach den Tag X

taz, die tageszeitung

Freitag 09. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 84 words

Body

lina-e.-wetter

Die Ermittlungen nach den Tag X -Protesten zum Lina-E.-Urteil in Leipzig ziehen noch mal an: Die Staatsanwaltschaft Leipzig ermittelt nun wegen versuchten Mordes wegen eines Brandsatzwurfs Richtung Polizisten. Beamte wurden dabei nicht verletzt. Parallel laufen die Ermittlungen gegen gut 1.000 Eingekesselte wegen schweren Landfriedensbruchs weiter. Derweil legten Lina E. und die drei Mitverurteilten Revision gegen ihre mehrjährigen Haftstrafen ein. Wetter in Connewitz: heiße 28 Grad.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ERMITTLEMENTEN (92%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (91%); NEGATIVE NACHRICHTEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); MORD (88%); STAATSANWÄLTE (88%); STRAFZUMESSUNG (88%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (88%)

Geographic: SACHSEN, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: June 8, 2023

gurke der woche; Die Kampfnamenabkürzung ist zurück

taz, die tageszeitung

Samstag 03. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: DIE WAHRHEIT; S. 44

Length: 82 words

Body

gurke der woche

Die Kampfnamenabkürzung ist zurück, seit die linksex-treme Knüpplerin Lina E. ihren abgekürzten Familiennamen werbewirksam als Nom de Guerre vor sich herträgt. Das war mal große Mode, als fast jeder Politfilm einen Namen mit Punkt trug: Umberto D. (1952) oder Wer erschoss Salvatore G.? (1961) oder Warum läuft Herr R. Amok? (1970) oder Bruno S. Die Fremde ist der Tod (2003) oder Der Fall Martha S. (2005). Fehlt nur der Film zum Tag X: Der Knüppel der Lina E.. Punkt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Falscher Vorwurf; korrekturen und klarstellungen

taz, die tageszeitung

Samstag 18. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 22

Length: 97 words

Body

korrekturen und klarstellungen

Am 15. Februar war auf der Medienseite eine Kritik zu dem neuen Podcast Der Fall Lina E. zu lesen. Im Teaser sowie im Text stand fälschlicherweise, Lina E. werde gerichtlich Linksterrorismus vorgeworfen . Tatsächlich lautet der Vorwurf der Bundesanwaltschaft Bildung einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung. Der Podcast von Denise Peikert und Antonie Rietzschel wurde gemeinsam von der Leipziger Volkszeitung (LVZ) und dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) produziert, das wir im Text leider Recherche Netzwerk Deutschland genannt haben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: TERRORISMUS (87%); STAATSANWÄLTE (85%)

Industry: PODCASTING (88%); STAATSANWÄLTE (85%)

Geographic: DEUTSCHLAND (70%)

Load-Date: February 17, 2023

zitat der woche; Wenn der Staat doch wenigstens

taz, die tageszeitung

Samstag 11. September 2021

Copyright 2021 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 37

Length: 58 words

Body

Wenn der Staat doch wenigstens ansatzweise so viel Engagement zeigen würde gegen rechte Straftäter. Die Fälle von als links beschimpften Politikern und Aktivisten, die von Rechten verfolgt und physisch bedroht bis angegriffen wurden (teilweise indirekt über ihre Kinder!), häufen sich.

, Mainzerinauf taz.de zu Applaus für Lina E. , taz vom 8. 9. 21

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Load-Date: September 10, 2021

End of Document

Date and Time: Tuesday, 8. August 2023 16:56:00 CEST

Job Number: 203065585

Documents (95)

1. [Lina E.: Polizei bereitet sich auf Großeinsatz vor](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten

2. [Freilassung von Lina E. verärgert Polizisten Gewerkschaftschef verurteilt Gewalt gegen Beamte nach Urteil](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

3. [Demos und Wirbel um ein Zitat Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

4. [Demos und Wirbel um ein Zitat Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)



5. [Gewaltausbrüche bei Demonstration in Leipzig Sachsen Bei Ausschreitungen von Linksradikalen in der Stadt sind etwa 50 Polizisten verletzt worden. Hintergrund der Proteste ist die Verurteilung der Studentin Lina E. und dreier Mitstreiter.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau

6. [Demos und Wirbel um ein Zitat Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)

7. [Demos und Wirbel um Zitat Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)

8. [Gewalt bei linken Protesten Teils unruhige Nacht nach Urteil gegen Lina E. - Studentin vorerst auf freiem Fuß](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau

9. [Demos und Wirbel um ein Zitat Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)

10. [Demos und Wirbel um Zitat Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)

11. [Ausschreitungen nach Urteil gegen Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten

12. [Fünf Jahre Haft für Lina E. Gericht verurteilt selbst ernannte Neonazi-Jägerin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

13. [Linksextreme Krawalle gegen Polizei Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

14. [Linksextreme Krawalle gegen Polizei Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)

15. [Ein gutes Urteil](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau

16. [Linksextreme Krawalle gegen Polizei Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)

17. [Linksextreme Krawalle Friedliche Demo in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)

18. [Südstadt: Auf Polizistin eingepörgelt Randale nach Urteil gegen Linksextremistin - Anzeigen wegen Körperverletzung](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08,



19. [Linksextreme Krawalle gegen Polizei Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)

20. [Linksextreme Krawalle Friedliche Demo in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)

21. [Weitere Krawalle:Â Leipzig kommt nicht zur Ruhe](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten

22. ["Tag X" wird zur Krawallnacht in Leipzig Nach dem Urteil gegen Lina E. hatten linksradikale Gruppen bundesweit zu einer Demonstration aufgerufen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

23. ["Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen" Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

24. [Wie groß ist die Gefahr von links? Nach dem Urteil gegen Lina E. und linksradikalen Ausschreitungen in mehreren Städten: Wie beurteilt der Verfassungsschutz die Lage in Rheinland-Pfalz ?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)

25. [Der falsche Kampf](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau

26. ["Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen" Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)

27. ["Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen" Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)



28. [Urteil versetzt linke Szene in Aufruhr Haftstrafen nach brutalen Angriffen auf Neonazis - Bundesweiter Aufruf zu Protesten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau

29. ["Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen" Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)

30. ["Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen" Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)

31. [Polizei verteidigt Einsatz bei Leipzig-Randale](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten

32. [Richtiges Zeichen gegen Gewalt Verurteilung von Linksextremen ist angemessen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

33. [KommentarE : Ohne Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

34. ["Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen" Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)

35. [Toxisches Gebilde der Rechten in der Lausitz Politik Rechtsextremisten in der Lausitz und selbsternannte autonome Antifaschisten sind gefährlich für die Demokratie. Die Linke in Cottbus distanziert sich von Gewalt, beklagt aber eine fehlende linke Szene in Brandenburg. Von Kevin Santi](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau

36. [Leipzigs OB besorgt um Sicherheit Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)

37. [Kommentare : Ohne Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)

38. [Leipzig kommt nicht zur Ruhe Tagelange Krawallen von Linksradikalen - Harter Polizeieinsatz sorgt für Kritik](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau

39. [Leipzigs OB besorgt um Sicherheit Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)

40. [Kommentare : Ohne Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)

41. [Heftige Krawalle bei linker Demo in Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten



42. ["Nicht alle Menschen vertrauen der Polizei" Julia Höller, innenpolitische Expertin der Grünen in NRW, will organisierte Kriminalität bekämpfen, wendet sich aber gegen Diskriminierung](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

43. [Leipzigs OB besorgt um Sicherheit Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

44. [Leipzigs OB besorgt um Sicherheit Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)

45. [Lina E. Soli-Kundgebung eskaliert](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau

46. [KommentarE : Ohne Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

Narrowed by



<p>News</p> <p>Client/Matter: -None-</p> <p>Search Terms: "Lina E."</p> <p>Search Type: Natural Language</p> <p>Narrowed by:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Content Type News </td><td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany) </td></tr> </table>	Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)	<p>Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)</p> <p>47. <u>OB besorgt um Sicherheit Gericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei aber vorbereitet</u></p> <p>Client/Matter: -None-</p> <p>Search Terms: "Lina E."</p> <p>Search Type: Natural Language</p> <p>Narrowed by:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Content Type News </td><td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany) </td></tr> </table> <p>48. <u>Gefahr aus allen Richtungen Raimund Neuß zu IS-Razia und Dresdner Linksextremisten</u></p> <p>Client/Matter: -None-</p> <p>Search Terms: "Lina E."</p> <p>Search Type: Natural Language</p> <p>Narrowed by:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Content Type News </td><td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau </td></tr> </table> <p>49. <u>KommentarE : Ohne Gewalt</u></p> <p>Client/Matter: -None-</p> <p>Search Terms: "Lina E."</p> <p>Search Type: Natural Language</p> <p>Narrowed by:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Content Type News </td><td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany) </td></tr> </table> <p>50. <u>OB besorgt um Sicherheit Gericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei aber vorbereitet</u></p> <p>Client/Matter: -None-</p> <p>Search Terms: "Lina E."</p> <p>Search Type: Natural Language</p> <p>Narrowed by:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Content Type News </td><td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany) </td></tr> </table> <p>51. <u>Der Fall Lina E.</u></p> <p>Client/Matter: -None-</p> <p>Search Terms: "Lina E."</p> <p>Search Type: Natural Language</p> <p>Narrowed by:</p>	Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)	Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau	Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)	Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)
Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)										
Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)										
Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau										
Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)										
Content Type News	Narrowed by Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)										

Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten
52. <u>"Arm der Clans reicht bis in die Schulen" CDU-Innenexperte Gregor Golland über ein Jahr Schwarz-Grün, den Einsatz von Tasern und den Umgang mit kriminellen Großfamilien</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger
53. <u>Kommentar : Härte zeigen</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)
54. <u>KommentarE : Ohne Gewalt</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)
55. <u>Urteil Lina E. geht in Revision</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	
Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau
56. <u>Kommentar : Härte zeigen</u>	
Client/Matter: -None-	
Search Terms: "Lina E."	
Search Type: Natural Language	
Narrowed by:	

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)

57. [Kommentare : Härte zeigen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:**Content Type**

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)

58. [Linksextreme: Revision gegen Urteil](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:**Content Type**

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau

59. [Kommentar : Härte zeigen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:**Content Type**

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)

60. [Kommentare : Härte zeigen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:**Content Type**

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)

61. [Radmuttern an Autos von Polizisten gelöst](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten

62. [Organisierte Jagd auf Neonazis](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

63. [Wo Kinder für ihre Eltern haften Kultursommer in Bad Schwalbach: Kabarettist Thomas Reis läuft im Kurpark zu großer Form auf](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

64. [Kommentar : Härte zeigen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)

65. [Fall Lina E. Gericht untersagt Demonstration](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau

66. [Revision im Fall Lina E. eingelebt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)

67. [Bundesanwalt legt Revision im Fall Lina E. ein](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)

68. [Verbot von linker Demo in Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau

69. [Revision im Fall Lina E. eingelegt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)

70. [Bundesanwalt legt Revision im Fall Lina E. ein](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)

71. [Viele Verletzte bei Krawallen in Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten

72. [Faeser rügt Proteste für Lina E. Ausschreitungen nach Verurteilung von Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

73. [Revision im Fall Lina E. eingelebt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

74. [Revision im Fall Lina E. eingelebt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)

75. [Stichwort Ureil gegen Linksextreme](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau

76. [Haftstrafe für Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)

77. [Verdacht lautet auf Mordversuch](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)

78. [Verbot von linker Demo in Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau

79. [Haftstrafe für Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)

80. [Verdacht lautet auf Mordversuch](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)

81. [Tag X"-Demo: Verbot bleibt bestehen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten

82. [Linker Protest in Südstadt eskaliert](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

83. [Haftstrafe für Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

84. [Haftstrafe für Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)

85. [Prozess Haftstrafen für Linksextreme](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau

86. [Verdacht lautet auf Mordversuch](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Bürstädter Zeitung (Germany)

87. [Haftstrafe für Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Oberhessische Zeitung (Germany)

88. [Nach Urteil in Dresden: Polizei löst Demo auf](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölnische Rundschau

89. [Verdacht lautet auf Mordversuch](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lampertheimer Zeitung (Germany)

90. [Haftstrafe für Linksextremistin](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lauterbacher Anzeiger (Germany)

91. [RAF-Anspielung auf Linken-Demo in Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Stuttgarter Nachrichten

92. [50 verletzte Beamte bei Krawall in Leipzig 30 Verdächtige festgenommen - Innenministerin verurteilt "sinnlose Gewalt"](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger

93. [Verdacht lautet auf Mordversuch](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wiesbadener Kurier (Germany)

94. [Verdacht lautet auf Mordversuch](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Wormser Zeitung (Germany)

95. [Sachsen Prozess gegen linke Gruppe](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Lausitzer Rundschau



Lina E.: Polizei bereitet sich auf Großeinsatz vor

Stuttgarter Nachrichten

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: NACH; S. 2

Length: 296 words

Byline: dpa

Highlight: Die Studentin Lina E. ist wegen Angriffen auf Rechtsextreme zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig/Berlin/München Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz in Leipzig im Zusammenhang mit Demonstrationen für die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. vor. Wir haben unsere Gefahrenprognose unabhängig vom Ausgang des Verfahrens erstellt", sagte eine Sprecherin der Polizeidirektion Leipzig am Donnerstag. Die 28 Jahre alte Studentin Lina E. war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden wegen linker Gewalttaten zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt wurden. Das Gericht setzte jedoch den Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug, sodass sie auf freien Fuß kam.

Schon seit Langem sind für diesen Samstag nach der Urteilsverkündung bundesweit Demonstrationen für den sogenannten Tag X angekündigt worden. Allein in Leipzig rechnet die Polizei mit einer Teilnehmerzahl im vierstelligen Bereich und befürchtete die Anreise gewaltbereiter Linker. Die Polizei nimmt Drohungen im Internet ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei gleichfalls zu Haftstrafen verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Auch das Landeskriminalamt Sachsen rechnet mit Resonanzstraftaten" als Folge des Urteils.

Nach dem Schulterspruch hatten Sympathisanten am Mittwochabend in mehreren Städten gegen das Urteil protestiert. Dabei kam es teilweise zu Ausschreitungen und Zusammenstößen. In Leipzig wurde eine Versammlung nach Angaben eines Polizeisprechers für beendet erklärt, nachdem Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden seien. In Bremen gingen laut Polizei rund 350 meist vermummte Menschen auf Einsatzkräfte los. Das Vorgehen der Täter zeichnet sich aus durch ein hohes Maß an Organisation, Planung und Brutalität", sagte Jochen Kopelke, Chef der Gewerkschaft der Polizei. dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Lina E.: Polizei bereitet sich auf Großeinsatz vor

Subject: VERURTEILUNGEN (92%); GERICHTSURTEILE (91%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); GERICHTSHÖFE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERHAFTUNGEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (72%); FÜHRUNGSKRÄFTE (64%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BREMEN, DEUTSCHLAND (58%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Freilassung von Lina E. verärgert Polizisten; Gewerkschaftschef verurteilt Gewalt gegen Beamte nach Urteil

Kölner Stadt-Anzeiger

02. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: ME; HINTERGRUND; S. 4; Ausg. 126

Length: 585 words

Byline: MARKUS DECKER

Highlight: HINTERGRUND

Body

Die jüngsten Krawalle und Angriffe auf Polizisten nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Dresden gegen die Linksextremistin Lina E. und drei Mitangeklagte haben eine kontroverse politische Debatte ausgelöst. In Leipzig wurde eine Versammlung nach Angaben eines Polizeisprechers für beendet erklärt, nachdem Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden waren. In Bremen gingen laut Polizei rund 350 meist verummumpte Menschen auf Einsatzkräfte los. In Köln sollen es etwa 250 Demonstrierende gewesen sein - zwei Polizisten wurden beim Versuch, den Aufmarsch einzukesseln, durch Feuerwerkskörper verletzt. Solidaritätskundgebungen gab es auch in Berlin, Hamburg und Dresden. Die 28 Jahre alte Studentin war wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextremisten der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung für schuldig befunden und zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Drei Mitangeklagte bekamen geringere Haftstrafen. Bis das Urteil rechtskräftig wird, wurde Lina E. auf freien Fuß gesetzt.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke, sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Redaktionsnetzwerk Deutschland): "Die brutalen Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten erschüttern mich. Organisiert, geplant und mit absoluter Brutalität wurden der Rechtsstaat und unsere Polizei gezielt angegriffen - natürlich wie üblich aus Kundgebungen und Versammlungen heraus. Und die verurteilte Lina E. ist gegen Meldeauflagen frei. Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus." Schließlich habe die linksextremistische Szene nach dem Urteilsspruch Vergeltung angekündigt, so Kopelke. Das Gericht verteidigte hingegen die Freilassung von Lina E. und betonte: "Der Haftbefehl ist nicht aufgehoben, sondern außer Vollzug gesetzt."

Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, sagte: "Gewalt kann und darf in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden und muss entsprechende strafrechtliche Konsequenzen haben. Gewaltvolle Proteste und Angriffe auf die Polizei als Reaktion auf das Urteil im Fall Lina E. sind nicht zu tolerieren." Sie fuhr jedoch fort: "Klar ist auch, dass Rechtsextremismus die größte Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Demokratie ist." Der Rechtsextremismus müsse gesamtgesellschaftlich und gewaltfrei, "aber vor allem rechtsstaatlich bekämpft werden".

Freilassung von Lina E. verärgert Polizisten; Gewerkschaftschef verurteilt Gewalt gegen Beamte nach Urteil

Der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, Timon Dzienus, stellte hingegen das Urteil als "skandalös" infrage und verwies auf ein deutlich geringeres Strafmaß für zwei Angeklagte aus der rechtsextremistischen Szene, denen ein Gericht zur Last legte, zwei Journalisten schwer verletzt zu haben. Ein Angeklagter wurde im September 2022 zum Ableisten von 200 Arbeitsstunden verurteilt, der andere zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung. Zur Begründung hieß es, es sei nicht klar, dass die Angeklagten die Angriffen als Pressevertreter erkannt hätten. Sie hätten sie vielmehr als Angehörige der linken Szene identifiziert.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki äußerte sich irritiert. "Es entsteht der fatale Eindruck, dass Teile der Grünen ihre selektive Distanz gegenüber dem Rechtsstaat nie abgelegt haben", sagte der FDP-Politiker. Für eine Partei, die die Geschicke dieses Landes an vorderster Stelle mitbestimme, sei das erschreckend.

MARKUS DECKER

Organisiert, geplant

und mit absoluter Brutalität wurden der Rechtsstaat

und unsere Polizei

gezielt angegriffen

Jochen Kopelke, Gewerkschaft der Polizei

Foto: Sebastian Willnow/dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: GERICHTSURTEILE (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GEWERKSCHAFTEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITIK (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); DEUTSCHER BUNDESTAG (89%); POLITISCHE DEBATTEN (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); RECHTSSTAATLICHKEIT (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (86%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); SKANDALE (78%); VERHAFTUNGEN (78%); STRAFAUSSETZUNG & BEWÄHRUNG (77%); JOURNALISMUS (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); BREMEN, DEUTSCHLAND (58%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Wiesbadener Kurier (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 1

Length: 574 words

Byline: Christian Matz

Body

DRESDEN/WIESBADEN. Nach der Verurteilung der Studentin Lina E. wegen Angriffen auf Rechtsextreme ist es am Mittwochabend in Leipzig und Bremen zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und linksradikalen Demonstranten gekommen. Die Polizei befürchtet eine Eskalation am Samstag, für diesen Tag ruft die linksradikale Szene zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei nimmt Drohungen ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei ebenfalls verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Derweil sorgt eine Äußerung des Co-Chefs der Grünen Jugend, Timon Dzienus, der das Urteil "Quatsch" genannt hatte, für Kritik innerhalb der Grünen selbst, etwa in Hessen.

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Der Generalbundesanwalt warf ihr und drei Männern vor, tatsächliche oder vermeintliche Neonazis brutal zusammengeschlagen zu haben, unter anderem mit Hämtern. Die Bundesanwaltschaft hatte von einer "militant-linksextremistischen Ideologie" gesprochen und acht Jahre Haft gefordert. Die Verteidigung forderte Freisprüche. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde außer Vollzug gesetzt, sie ist gegen Auflagen frei. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil - gegen das Revision möglich ist - rechtskräftig ist. Gründe: Sie sei nicht vorbestraft und sitze seit zweieinhalb Jahren in U-Haft, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats; er sprach im Zuge der Berichterstattung von einer Vorverurteilung, ihre Persönlichkeitsrechte seien verletzt. Zudem sei sie an Rheuma erkrankt. Kritik an der Freilassung kam vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke. "Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus", sagte er dem RND. Mehrere Personen im Umfeld von Lina E. sind untergetaucht. Die linksextremistische Szene habe Vergeltung angekündigt. "Uns Polizisten war klar, dass auch wir damit in den Fokus der Extremisten geraten", sagte er mit Blick auf die Proteste. In Leipzig wurde eine Versammlung für beendet erklärt, nachdem Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden seien. In Bremen gingen laut Polizei rund 350 meist verummigte Menschen auf Einsatzkräfte los.

Unterdessen steht der Co-Chef der grünen Jugendorganisation, Timon Dzienus, auch innerhalb der Partei in der Kritik. Er hatte bei Twitter geschrieben: "Mit einem völlig übertriebenen und auf fragwürdigen Indizien beruhenden Prozess wird mit aller Härte gegen Lina E. und andere Linke vorgegangen. Was für ein Quatsch - deshalb

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

#FreeLina!". Die hessische Kulturministerin Angela Dorn, Grünen-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, schrieb dazu: "Das ist ein fataler Tweet. Er zweifelt einen Prozess im Rechtsstaat an (...) und verharmlost in der Konsequenz (...) schwere Gewalttaten als Ausdruck von politischem Aktivismus." Auf Anfrage ergänzte sie, dass sie sich "wünschen würde, dass er sich mit dem Thema und den Argumenten auseinandersetzt, selbtkritisch ist und dann möglicherweise eine andere Position entwickelt". Die hessische Grünen-Umweltministerin Priska Hinz schrieb: "Selbstjustiz und gewalttätige Übergriffe auf Menschen können doch nicht im Ernst verteidigt werden." Die Grünen-Bundesspitze wollte auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); FÜHRUNGSKRÄFTE (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); RICHTER (78%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); WAHLEN (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STRAFVERTEIDIGUNG (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (73%); WÄHLER & WAHLEN (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (64%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (64%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Wormser Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 1

Length: 574 words

Byline: Christian Matz

Body

DRESDEN/WIESBADEN. Nach der Verurteilung der Studentin Lina E. wegen Angriffen auf Rechtsextreme ist es am Mittwochabend in Leipzig und Bremen zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und linksradikalen Demonstranten gekommen. Die Polizei befürchtet eine Eskalation am Samstag, für diesen Tag ruft die linksradikale Szene zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei nimmt Drohungen ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei ebenfalls verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Derweil sorgt eine Äußerung des Co-Chefs der Grünen Jugend, Timon Dzienus, der das Urteil "Quatsch" genannt hatte, für Kritik innerhalb der Grünen selbst, etwa in Hessen.

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Der Generalbundesanwalt warf ihr und drei Männern vor, tatsächliche oder vermeintliche Neonazis brutal zusammengeschlagen zu haben, unter anderem mit Hämtern. Die Bundesanwaltschaft hatte von einer "militant-linksextremistischen Ideologie" gesprochen und acht Jahre Haft gefordert. Die Verteidigung forderte Freisprüche. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde außer Vollzug gesetzt, sie ist gegen Auflagen frei. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil - gegen das Revision möglich ist - rechtskräftig ist. Gründe: Sie sei nicht vorbestraft und sitze seit zweieinhalb Jahren in U-Haft, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats; er sprach im Zuge der Berichterstattung von einer Vorverurteilung, ihre Persönlichkeitsrechte seien verletzt. Zudem sei sie an Rheuma erkrankt. Kritik an der Freilassung kam vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke. "Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus", sagte er dem RND. Mehrere Personen im Umfeld von Lina E. sind untergetaucht. Die linksextremistische Szene habe Vergeltung angekündigt. "Uns Polizisten war klar, dass auch wir damit in den Fokus der Extremisten geraten", sagte er mit Blick auf die Proteste. In Leipzig wurde eine Versammlung für beendet erklärt, nachdem Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden seien. In Bremen gingen laut Polizei rund 350 meist vermummte Menschen auf Einsatzkräfte los.

Unterdessen steht der Co-Chef der grünen Jugendorganisation, Timon Dzienus, auch innerhalb der Partei in der Kritik. Er hatte bei Twitter geschrieben: "Mit einem völlig übertriebenen und auf fragwürdigen Indizien beruhenden

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Prozess wird mit aller Härte gegen **Lina E.** und andere Linke vorgegangen. Was für ein Quatsch - deshalb #FreeLina!. Die hessische Kulturministerin Angela Dorn, Grünen-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, schrieb dazu: "Das ist ein fataler Tweet. Er zweifelt einen Prozess im Rechtsstaat an (...) und verharmlost in der Konsequenz (...) schwere Gewalttaten als Ausdruck von politischem Aktivismus." Auf Anfrage ergänzte sie, dass sie sich "wünschen würde, dass er sich mit dem Thema und den Argumenten auseinandersetzt, selbtkritisch ist und dann möglicherweise eine andere Position entwickelt". Die hessische Grünen-Umweltministerin Priska Hinz schrieb: "Selbstjustiz und gewalttätige Übergriffe auf Menschen können doch nicht im Ernst verteidigt werden." Die Grünen-Bundesspitze wollte auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); FÜHRUNGSKRÄFTE (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); RICHTER (78%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); WAHLEN (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STRAFVERTEIDIGUNG (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (73%); WÄHLER & WAHLEN (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (64%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (64%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

Gewaltausbrüche bei Demonstration in Leipzig; Sachsen Bei Ausschreitungen von Linksradikalen in der Stadt sind etwa 50 Polizisten verletzt worden. Hintergrund der Proteste ist die Verurteilung der Studentin Lina E. und dreier Mitstreiter.

Lausitzer Rundschau

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: THEMA DES TAGES / POLITIK; S. 2; Band 72; Ausg. 128

Length: 449 words

Body

Leipzig/Berlin. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist empört. „Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen“, lässt sie wissen. „Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.“

Tatsächlich kam es in Leipzig am Wochenende zu erheblichen Gewaltausbrüchen. Die links-autonome Szene hatte bereits seit Wochen Aktionen für den „Tag X“ angekündigt. Gemeint war die nun tatsächlich erfolgte Verurteilung der Studentin **Lina E.**, die mit mindestens drei ebenfalls verurteilten Männern, für schuldig befunden wurde, Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu sein, die wirkliche oder vermeintliche Neonazis überfallen und sie teilweise mit Hämtern und Schlagstöcken zusammengeschlagen hatte.

Nach der Verurteilung kam es in mehreren deutschen Städten zu Protesten. Der vorläufige Höhepunkt waren die Demonstrationen in Leipzig, bei denen es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Linksextremen kam.

Bei der Demonstration am Sonnabend unter dem Motto „Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig“ mit rund 1500 Teilnehmern war nach friedlichem Beginn die Gewalt eskaliert. Barrikaden wurden errichtet und teilweise angezündet. Die Polizei kesselte rund 1000 der Demonstranten ein und sprach von „massiven Ausschreitungen“. Weitere Demonstrationen am Sonntag wurden verboten. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, der mit Innenminister Armin Schuster (beide CDU) am Nachmittag das Lagezentrum besucht hatte, dankte der Polizei für ihren Einsatz. „Das Ziel ist, Menschen und Sachwerte zu beschützen und Gewalttäter festzunehmen“, erklärte der CDU-Politiker am Nachmittag via Twitter.

„Zunehmende Radikalisierung“

„Die gewalttätigen Ausschreitungen in Leipzig erinnern uns alle daran, dass die jahrelangen Hinweise der Sicherheitsbehörden auf etwa 10.000 gewaltorientierte Linksextremisten und eine zunehmende Radikalisierung der Szene sehr ernst zu nehmen sind“, sagt der SPD-Innenpolitiker Sebastian Fiedler dieser Zeitung. „Die Tatsache, dass der Rechtsextremismus die mit Abstand größte Gefahr darstellt und es auch beim Islamismus und

Gewaltausbrüche bei Demonstration in Leipzig; Sachsen Bei Ausschreitungen von Linksradikalen in der Stadt sind etwa 50 Polizisten verletzt worden. Hintergrund d....

islamistischen Terrorismus keinen Grund zur Entwarnung gibt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei Linksextremisten eine zunehmend hohe Gewaltbereitschaft festzustellen ist“, sagte der Bundestagsabgeordnete.

Dagegen wollen die Linken im sächsischen Landtag das Vorgehen der Polizei zum Thema im Innenausschuss machen. Dazu werde ihre Fraktion am Montag eine Sondersitzung beantragen, teilte die Abgeordnete Kerstin Köditz am Sonntag auf Twitter mit.

→André Bochow/mit dpa



[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Graphic

Bei den gewalttätigen Protesten in Leipzig stehen Polizisten hinter einer brennenden Barrikade. →Foto: Robert Michael/dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Gewaltausbrüche bei Demonstration in Leipzig; Sachsen Bei Ausschreitungen von Linksradikalen in der Stadt sind etwa 50 Polizisten verletzt worden. Hintergrund d....

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Subject: AUSSCHREITUNGEN (91%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLITIK (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); DEUTSCHER BUNDESTAG (78%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (78%); TERRORISMUS (78%); GESETZGEBUNGSGRÖSSE (76%); REGIERUNGSKABINETTS (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (71%); STÄDTE (71%); ISLAM & MUSLIME (69%); STAATS- UND REGIERUNGSWERHÄUPTER (66%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Bürstädter Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung *Unsere Zeitung!*

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 574 words

Byline: Christian Matz

Body

DRESDEN/WIESBADEN. Nach der Verurteilung der Studentin Lina E. wegen Angriffen auf Rechtsextreme ist es am Mittwochabend in Leipzig und Bremen zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und linksradikalen Demonstranten gekommen. Die Polizei befürchtet eine Eskalation am Samstag, für diesen Tag ruft die linksradikale Szene zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei nimmt Drohungen ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei ebenfalls verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Derweil sorgt eine Äußerung des Co-Chefs der Grünen Jugend, Timon Dzienus, der das Urteil "Quatsch" genannt hatte, für Kritik innerhalb der Grünen selbst, etwa in Hessen.

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Der Generalbundesanwalt warf ihr und drei Männern vor, tatsächliche oder vermeintliche Neonazis brutal zusammengeschlagen zu haben, unter anderem mit Hämtern. Die Bundesanwaltschaft hatte von einer "militant-linksextremistischen Ideologie" gesprochen und acht Jahre Haft gefordert. Die Verteidigung forderte Freisprüche. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde außer Vollzug gesetzt, sie ist gegen Auflagen frei. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil - gegen das Revision möglich ist - rechtskräftig ist. Gründe: Sie sei nicht vorbestraft und sitze seit zweieinhalb Jahren in U-Haft, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats; er sprach im Zuge der Berichterstattung von einer Vorverurteilung, ihre Persönlichkeitsrechte seien verletzt. Zudem sei sie an Rheuma erkrankt. Kritik an der Freilassung kam vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke. "Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus", sagte er dem RND. Mehrere Personen im Umfeld von Lina E. sind untergetaucht. Die linksextremistische Szene habe Vergeltung angekündigt. "Uns Polizisten war klar, dass auch wir damit in den Fokus der Extremisten geraten", sagte er mit Blick auf die Proteste. In Leipzig wurde eine Versammlung für beendet erklärt, nachdem Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden seien. In Bremen gingen laut Polizei rund 350 meist verummigte Menschen auf Einsatzkräfte los.

Unterdessen steht der Co-Chef der grünen Jugendorganisation, Timon Dzienus, auch innerhalb der Partei in der Kritik. Er hatte bei Twitter geschrieben: "Mit einem völlig übertriebenen und auf fragwürdigen Indizien beruhenden Prozess wird mit aller Härte gegen Lina E. und andere Linke vorgegangen. Was für ein Quatsch - deshalb

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

#FreeLina!". Die hessische Kulturministerin Angela Dorn, Grünen-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, schrieb dazu: "Das ist ein fataler Tweet. Er zweifelt einen Prozess im Rechtsstaat an (...) und verharmlost in der Konsequenz (...) schwere Gewalttaten als Ausdruck von politischem Aktivismus." Auf Anfrage ergänzte sie, dass sie sich "wünschen würde, dass er sich mit dem Thema und den Argumenten auseinandersetzt, selbtkritisch ist und dann möglicherweise eine andere Position entwickelt". Die hessische Grünen-Umweltministerin Priska Hinz schrieb: "Selbstjustiz und gewalttätige Übergriffe auf Menschen können doch nicht im Ernst verteidigt werden." Die Grünen-Bundesspitze wollte auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); FÜHRUNGSKRÄFTE (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); RICHTER (78%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); WAHLEN (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STRAFVERTEIDIGUNG (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (73%); WÄHLER & WAHLEN (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (64%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (64%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Demos und Wirbel um Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Oberhessische Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten

Oberhessische Zeitung

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 459 words

Byline: Christian Matz

Body

DRESDEN/WIESBADEN. Nach der Verurteilung der Studentin Lina E. wegen Angriffen auf Rechtsextreme ist es am Mittwochabend in Leipzig und Bremen zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und linksradikalen Demonstranten gekommen. Die Polizei befürchtet eine Eskalation am Samstag, für diesen Tag ruft die linksradikale Szene zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei nimmt Drohungen ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei ebenfalls verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Derweil sorgt eine Äußerung des Co-Chefs der Grünen Jugend, Timon Dzienus, der das Urteil "Quatsch" genannt hatte, für Kritik innerhalb der Grünen selbst, etwa in Hessen.

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Der Generalbundesanwalt warf ihr und drei Männern vor, tatsächliche oder vermeintliche Neonazis brutal zusammengeschlagen zu haben, unter anderem mit Hämtern. Die Bundesanwaltschaft hatte von einer "militant-linksextremistischen Ideologie" gesprochen und acht Jahre Haft gefordert. Die Verteidigung forderte Freisprüche. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde außer Vollzug gesetzt, sie ist gegen Auflagen frei. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil - gegen die Revision möglich ist - rechtskräftig ist. Gründe: Sie sei nicht vorbestraft und sitze seit zweieinhalb Jahren in U-Haft, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats. Kritik an der Freilassung kam vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke. "Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus", sagte er dem RND. Mehrere Personen im Umfeld von Lina E. sind untergetaucht. Die linksextremistische Szene habe Vergeltung angekündigt.

Unterdessen steht der Co-Chef der grünen Jugendorganisation, Timon Dzienus, auch innerhalb der Partei in der Kritik. Er hatte bei Twitter geschrieben: "Mit einem völlig übertriebenen und auf fragwürdigen Indizien beruhenden Prozess wird mit aller Härte gegen Lina E. und andere Linke vorgegangen. Was für ein Quatsch - deshalb #FreeLina!". Die hessische Kulturministerin Angela Dorn, Grünen-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, schrieb dazu: "Das ist ein fataler Tweet. Er zweifelt einen Prozess im Rechtsstaat an (...) und verharmlost in der Konsequenz (...) schwere Gewalttaten als Ausdruck von politischem Aktivismus." Die hessische Grünen-Umweltministerin Priska Hinz schrieb: "Selbstjustiz und gewalttätige Übergriffe auf Menschen können doch nicht im Ernst verteidigt werden." Die Grünen-Bundesspitze gab auf Anfrage keine Stellungnahme ab.

Demos und Wirbel um Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RICHTER (78%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); WAHLEN (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STRAFVERTEIDIGUNG (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (73%); WÄHLER & WAHLEN (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (64%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); BREMEN, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Gewalt bei linken Protesten; Teils unruhige Nacht nach Urteil gegen Lina E. - Studentin vorerst auf freiem Fuß

Kölnische Rundschau

02. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: POL; S. 4; Ausg. 126

Length: 439 words

Byline: afp; dpa

Body

Berlin. Nach einer Verurteilung von Mitgliedern der linksextremen Szene aus Leipzig haben Sympathisanten dort und in anderen Städten in der Nacht zu Donnerstag teils gewaltsam demonstriert. In Leipzig, Bremen und Hamburg kam es laut Polizei zu Ausschreitungen. Einsatzkräfte wurden demnach von teils vermummten Demonstranten mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik beworfen.

In Bremen nahm die Polizei etwa 70 Verdächtige unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs fest. In Hamburg gab es sieben Fest- und Ingewahrsamnahmen sowie drei verletzte Polizisten. Proteste gab es unter anderem auch in Berlin, wo es laut Polizei zu tätlichen Angriffen auf Ordnungshüter und vereinzelten Sachbeschädigungen kam. An den Solidaritätsdemos der linken Szene beteiligten sich hier demzufolge jeweils mehrere hundert Menschen.

In Leipzig hatten laut Polizei am Mittwochabend rund 800 Menschen an einer Demonstration teilgenommen. Ein geplanter Aufzug sei untersagt worden. Gründe seien unter anderem das teils militante Erscheinungsbild der Demonstrierenden gewesen, die auch "Schutzbewaffnung" mitgeführt hätten. Nach der Versammlung hätten die Teilnehmer versucht, Absperrungen zu durchbrechen. Den Versuch, Barrikaden zu errichten, hätten die Beamten unterbunden. Auch gab es laut Polizei Fälle von Körperverletzung. Vier Einsatzkräfte wurden leicht verletzt, fünf Personen festgenommen.

In einem vielbeachteten Prozess hatte das sächsische Oberlandesgericht in Dresden zuvor die Linksextremistin **Lina E.** und drei weitere Angeklagte wegen gewalttätiger Überfälle auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft vorerst frei: Der Haftbefehl wurde am Abend unter Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Die Reststrafe muss **Lina E.** erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig wird. Strafmildernd wirkte neben dem Umstand, dass sie nicht vorbestraft ist, auch, dass das Gericht ihre Persönlichkeitsrechte durch die mediale Berichterstattung verletzt sah. Die Verteidigung kündigte Revision an.

Die linke Szene hatte bereits im Vorfeld Proteste zur Urteilsverkündung angekündigt. Für Samstag rief sie darüber hinaus zu einer "Tag-X-Demo" in Leipzig auf. Die Polizei befürchtet Ausschreitungen und bereitet einen Großeinsatz vor.

Gewalt bei linken Protesten; Teils unruhige Nacht nach Urteil gegen Lina E. - Studentin vorerst auf freiem Fuß

Bundesinnenministerin Nancy Faeser ügte scharfe Kritik an den Vorfällen bei den Solidaritätskundgebungen. "Selbstjustiz ist nicht erlaubt in unserem Land", stellte die SPD-Politikerin klar. Sie kündigte erneut an, die Sicherheitsbehörden würden keine gewalttätigen Proteste akzeptieren. (afp/dpa)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (89%); ANKLAGEN (78%); GERICHTSHÖFE (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); BEAMTE (72%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (68%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (66%); POLITISCHE PARTEIEN (66%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); BREMEN, DEUTSCHLAND (73%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (73%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (92%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 1

Length: 574 words

Byline: Christian Matz

Body

DRESDEN/WIESBADEN. Nach der Verurteilung der Studentin Lina E. wegen Angriffen auf Rechtsextreme ist es am Mittwochabend in Leipzig und Bremen zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und linksradikalen Demonstranten gekommen. Die Polizei befürchtet eine Eskalation am Samstag, für diesen Tag ruft die linksradikale Szene zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei nimmt Drohungen ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei ebenfalls verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Derweil sorgt eine Äußerung des Co-Chefs der Grünen Jugend, Timon Dzienus, der das Urteil "Quatsch" genannt hatte, für Kritik innerhalb der Grünen selbst, etwa in Hessen.

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Der Generalbundesanwalt warf ihr und drei Männern vor, tatsächliche oder vermeintliche Neonazis brutal zusammengeschlagen zu haben, unter anderem mit Hämtern. Die Bundesanwaltschaft hatte von einer "militant-linksextremistischen Ideologie" gesprochen und acht Jahre Haft gefordert. Die Verteidigung forderte Freisprüche. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde außer Vollzug gesetzt, sie ist gegen Auflagen frei. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil - gegen das Revision möglich ist - rechtskräftig ist. Gründe: Sie sei nicht vorbestraft und sitze seit zweieinhalb Jahren in U-Haft, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats; er sprach im Zuge der Berichterstattung von einer Vorverurteilung, ihre Persönlichkeitsrechte seien verletzt. Zudem sei sie an Rheuma erkrankt. Kritik an der Freilassung kam vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke. "Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus", sagte er dem RND. Mehrere Personen im Umfeld von Lina E. sind untergetaucht. Die linksextremistische Szene habe Vergeltung angekündigt. "Uns Polizisten war klar, dass auch wir damit in den Fokus der Extremisten geraten", sagte er mit Blick auf die Proteste. In Leipzig wurde eine Versammlung für beendet erklärt, nachdem Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden seien. In Bremen gingen laut Polizei rund 350 meist verummumte Menschen auf Einsatzkräfte los.

Unterdessen steht der Co-Chef der grünen Jugendorganisation, Timon Dzienus, auch innerhalb der Partei in der Kritik. Er hatte bei Twitter geschrieben: "Mit einem völlig übertriebenen und auf fragwürdigen Indizien beruhenden

Demos und Wirbel um ein Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Hessische Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Prozess wird mit aller Härte gegen **Lina E.** und andere Linke vorgegangen. Was für ein Quatsch - deshalb #FreeLina!. Die hessische Kulturministerin Angela Dorn, Grünen-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, schrieb dazu: "Das ist ein fataler Tweet. Er zweifelt einen Prozess im Rechtsstaat an (...) und verharmlost in der Konsequenz (...) schwere Gewalttaten als Ausdruck von politischem Aktivismus." Auf Anfrage ergänzte sie, dass sie sich "wünschen würde, dass er sich mit dem Thema und den Argumenten auseinandersetzt, selbtkritisch ist und dann möglicherweise eine andere Position entwickelt". Die hessische Grünen-Umweltministerin Priska Hinz schrieb: "Selbstjustiz und gewalttätige Übergriffe auf Menschen können doch nicht im Ernst verteidigt werden." Die Grünen-Bundesspitze wollte auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LPHZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); FÜHRUNGSKRÄFTE (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); RICHTER (78%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); WAHLEN (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STRAFVERTEIDIGUNG (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (73%); WÄHLER & WAHLEN (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (64%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (64%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

Demos und Wirbel um Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten

Lauterbacher Anzeiger

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 459 words

Byline: Christian Matz

Body

DRESDEN/WIESBADEN. Nach der Verurteilung der Studentin Lina E. wegen Angriffen auf Rechtsextreme ist es am Mittwochabend in Leipzig und Bremen zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und linksradikalen Demonstranten gekommen. Die Polizei befürchtet eine Eskalation am Samstag, für diesen Tag ruft die linksradikale Szene zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei nimmt Drohungen ernst, wonach jedes Jahr Haft gegen Lina E. und drei ebenfalls verurteilte Männer mit einem Sachschaden von einer Million Euro gerächt werden soll. Derweil sorgt eine Äußerung des Co-Chefs der Grünen Jugend, Timon Dzienus, der das Urteil "Quatsch" genannt hatte, für Kritik innerhalb der Grünen selbst, etwa in Hessen.

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig.

Der Generalbundesanwalt warf ihr und drei Männern vor, tatsächliche oder vermeintliche Neonazis brutal zusammengeschlagen zu haben, unter anderem mit Hämtern. Die Bundesanwaltschaft hatte von einer "militant-linksextremistischen Ideologie" gesprochen und acht Jahre Haft gefordert. Die Verteidigung forderte Freisprüche. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde außer Vollzug gesetzt, sie ist gegen Auflagen frei. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil - gegen das Revision möglich ist - rechtskräftig ist. Gründe: Sie sei nicht vorbestraft und sitze seit zweieinhalb Jahren in U-Haft, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats. Kritik an der Freilassung kam vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke. "Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus", sagte er dem RND. Mehrere Personen im Umfeld von Lina E. sind untergetaucht. Die linksextremistische Szene habe Vergeltung angekündigt.

Unterdessen steht der Co-Chef der grünen Jugendorganisation, Timon Dzienus, auch innerhalb der Partei in der Kritik. Er hatte bei Twitter geschrieben: "Mit einem völlig übertriebenen und auf fragwürdigen Indizien beruhenden Prozess wird mit aller Härte gegen Lina E. und andere Linke vorgegangen. Was für ein Quatsch - deshalb #FreeLina!". Die hessische Kulturministerin Angela Dorn, Grünen-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, schrieb dazu: "Das ist ein fataler Tweet. Er zweifelt einen Prozess im Rechtsstaat an (...) und verarmlost in der Konsequenz (...) schwere Gewalttaten als Ausdruck von politischem Aktivismus." Die hessische Grünen-Umweltministerin Priska Hinz schrieb: "Selbstjustiz und gewalttätige Übergriffe auf Menschen können doch nicht im Ernst verteidigt werden." Die Grünen-Bundesspitze gab auf Anfrage keine Stellungnahme ab.

Demos und Wirbel um Zitat; Urteil gegen Lina E.: Polizei rüstet sich für linksradikale Proteste / Ministerinnen kritisieren Grüne-Jugend-Chef

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RICHTER (78%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); WAHLEN (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); STRAFVERTEIDIGUNG (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (73%); WÄHLER & WAHLEN (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (64%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); BREMEN, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Ausschreitungen nach Urteil gegen Lina E.

Stuttgarter Nachrichten

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: NACH; S. 2

Length: 295 words

Byline: dpa

Highlight: Nach dem Urteil gegen die mutmaßliche Linksextremistin kam es Krawallen in Bremen.

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Bremen Nach dem Dresdner Urteil gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. ist es am Mittwochabend zu Ausschreitungen in der Bremer Innenstadt gekommen. Rund 300 meist verummigte Personen hätten sich am Steintor versammelt und seien dann relativ schnell und unvermittelt" auf Einsatzkräfte losgegangen, sagte eine Sprecherin der Polizei. Es seien Glasflaschen und Steine auf Polizisten geworfen worden, auch Pyrotechnik sei gezündet worden. Angaben über mögliche Verletzte konnte die Polizeisprecherin zunächst nicht machen.

Die Ausschreitungen stünden im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. am Oberlandesgericht in Dresden. Das Gericht hatte die 28 Jahre alte Studentin am Mittwoch wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Trotzdem kommt sie nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig wird. Für ihre drei Mitangeklagten verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten.

Nach dem Urteil waren Ausschreitungen befürchtet worden. Laut der Bremer Polizei hatten linksextremistische Gruppierungen bei einer Verurteilung Straftaten und Proteste in mehreren Städten angekündigt, auch in Bremen. Die Polizei hatte zuvor bereits mitgeteilt, daher mit mehr Kräften verstärkt Präsenz zeigen zu wollen.

Parallel zur Urteilsverkündung zogen einige Hundert Demonstranten durch Dresden, auch in Berlin und Hamburg gab es Solidaritätsdemos. Ein Einsatzleiter der Hamburger Polizei sprach in einer ersten Schätzung von etwa 2000 Teilnehmern. dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Ausschreitungen nach Urteil gegen Lina E.

Subject: AUSSCHREITUNGEN (92%); GERICHTSURTEILE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (77%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (77%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Fünf Jahre Haft für Lina E.; Gericht verurteilt selbst ernannte Neonazi-Jägerin

Kölner Stadt-Anzeiger

01. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: PL; S. 6; Ausg. 125

Length: 295 words

Byline: CORINNA SCHWANHOLD (RND)

Body

VON CORINNA SCHWANHOLD (RND)

Dresden. Das Oberlandesgericht Dresden hat die Linksextremistin Lina E. aus Kassel wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Für ihre drei Mitangeklagten verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Unterstützer und Sympathisanten protestierten im Saal lautstark gegen das Urteil. E. kam allerdings nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft vorerst frei. Der Haftbefehl gegen sie werde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, sagte Hans Schlüter-Staats, Vorsitzender Richter, am Mittwochabend zum Abschluss der Urteilsbegründung. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig wird.

Nach Überzeugung der Staatsschutzkammer sind die 28 Jahre alte Studentin und ein gleichaltriger Mitangeklagter der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei von ihnen wurden zudem der gefährlichen Körperverletzung beschuldigt, ein vierter Angeklagter der Beihilfe dazu. Die Staatsschutzkammer blieb damit unter den Strafanträgen der Bundesanwaltschaft.

Die Vorwürfe gegen Lina E. und die anderen Beschuldigten wogen schwer. Der Generalbundesanwalt warf ihnen vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. E. gilt bei der Anklagevertretung als Kopf der Gruppe. In mindestens zwei Fällen soll sie das Kommando geführt haben. Ein Kronzeuge hatte die Beschuldigten belastet. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol, lautete eine Anschuldigung.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: GERICHTSURTEILE (92%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (92%); GERICHTSHÖFE (91%); VERURTEILUNGEN (91%); ANKLAGEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RICHTER (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (77%); VERHAFTUNGEN (77%); ZEUGEN (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

[Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Wiesbadener Kurier (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 1

Length: 574 words

Body

LEIPZIG (dpa). Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend wieder Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

Gewaltbereite Szene rückt näher in den Blick

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Bei den "massiven Ausschreitungen" sind laut Polizei etwa 50 Polizisten verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren. "Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungsstrupps die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei daher richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zu untersagen. Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Sachsen-Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte auf Twitter die "erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage". Den verletzten Polizisten wünschte er schnelle Genesung.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: "So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." Das

Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen

Einsatzkonzept in Leipzig habe Schlimmeres verhindert. "Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt." Die Beschwerden aus linken Kreisen seien zynisch und unglaublich.

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Lina E. eskalieren lassen. Der SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer "provozierende Herangehensweise" der Polizei. Sie sei beim Abdrängen umstehender Menschen mit unnötiger Härte vorgegangen und habe viele Menschen stundenlang eingekesselt. Die Linksfraktion will den Einsatz nun zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); GESETZGEBUNGSGRÄFE (88%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERURTEILUNGEN (77%); BÜRGERMEISTER (76%); REGIERUNGSKABINETTS (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); STÄDTE (63%); RECHTSSTAATLICHKEIT (60%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

[**Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen**](#)

Wormser Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 1

Length: 574 words

Body

LEIPZIG (dpa). Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin **Lina E.** vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend wieder Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

Gewaltbereite Szene rückt näher in den Blick

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Bei den "massiven Ausschreitungen" sind laut Polizei etwa 50 Polizisten verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren. "Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungsstrups die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei daher richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zuvor zu untersagen. Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Sachsen-Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte auf Twitter die "erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage". Den verletzten Polizisten wünschte er schnelle Genesung.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: "So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." Das

Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen

Einsatzkonzept in Leipzig habe Schlimmeres verhindert. "Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt." Die Beschwerden aus linken Kreisen seien zynisch und unglaublich.

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Lina E. eskalieren lassen. Der SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer "provozierende Herangehensweise" der Polizei. Sie sei beim Abdrängen umstehender Menschen mit unnötiger Härte vorgegangen und habe viele Menschen stundenlang eingekesselt. Die Linksfraktion will den Einsatz nun zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); GESETZGEBUNGSGRÄFE (88%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERURTEILUNGEN (77%); BÜRGERMEISTER (76%); REGIERUNGSKABINETTS (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); STÄDTE (63%); RECHTSSTAATLICHKEIT (60%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Ein gutes Urteil

Lausitzer Rundschau

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: THEMA DES TAGES / POLITIK; S. 2; Band 72; Ausg. 125

Length: 279 words

Body

Lina E. und ihre Kampfgefährten seien mehrfach mit Gewalt gegen Rechtsextremisten vorgegangen, hat das Oberlandesgericht Dresden entschieden. Einen direkten Beweis dafür gibt es nicht, aber jede Menge Indizien. Und Urteile, die auf Indizien beruhen, sind legitim. Dass der Kronzeuge ein wegen Vergewaltigungsvorwürfen ausgeschlossenes Mitglied der Gruppe war, hat für das Gericht die Glaubwürdigkeit des Mannes nicht infrage gestellt. Dafür wird es Gründe geben. Trotzdem wird sich die autonome Szene daran festklammern und auch an den Worten der Anwälte, die von einem politischen Prozess sprachen.

Fakt aber ist: In einem fast zweijährigen Verfahren wurden die vorhandenen Beweise von einer unabhängigen Justiz geprüft. Dass die Angeklagten sich vor Gericht nicht äußern wollten, ist ihr Problem. Die Behauptung, sächsische Richter wären immer mal auf dem rechten Auge blind und würden umso härter auf der linken Seite durchgreifen, entbehrt nicht jeder Grundlage. Aber das Oberlandesgericht Dresden hat auch Mitglieder der Nazi-Gruppe „Freital“ verurteilt – zu bis zu zehn Jahren Haft.

Falls es stimmt, dass Lina E. durch die Aufdeckung der NSU-Mordserie politisiert wurde, kann man ihren Antifaschismus verstehen. Antifaschismus ist eigentlich Bürgerpflicht. Aber die Rechtsextremisten teilweise mit Hammer und Schlagstock brutal zu überfallen und zusammenzuschlagen, ist eine schwere Straftat und unmenschlich. Daran ändert nichts, dass die Opfer oft selbst menschenverachtende Täter sind. Niemand hat das Recht, sich über das Recht zu stellen. Das Urteil gegen Lina E. und die anderen linksextremen Schläger ist ein gutes Urteil.



[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Graphic

Andre Bochow.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Subject: GERICHTSHÖFE (92%); GERICHTSBESCHLÜSSE & VERFÜGUNGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); ANKLAGEN (78%); NSU-PROZESS (78%); RICHTER (78%); SEXUALDELIKTE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); TÖTUNGSDELIKTE (78%); VERURTEILUNGEN (78%); ZEUGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

[Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Bürstädter Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung

Unsere Zeitung!

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 574 words

Body

LEIPZIG (dpa). Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linkenradikalen und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend wieder Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

Gewaltbereite Szene rückt näher in den Blick

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Bei den "massiven Ausschreitungen" sind laut Polizei etwa 50 Polizisten verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren. "Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungsstrups die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei daher richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zuvor zu untersagen. Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Sachsen-Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte auf Twitter die "erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage". Den verletzten Polizisten wünschte er schnelle Genesung.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: "So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." Das

Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen

Einsatzkonzept in Leipzig habe Schlimmeres verhindert. "Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt." Die Beschwerden aus linken Kreisen seien zynisch und unglaublich.

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Lina E. eskalieren lassen. Der SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer "provozierende Herangehensweise" der Polizei. Sie sei beim Abdrängen umstehender Menschen mit unnötiger Härte vorgegangen und habe viele Menschen stundenlang eingekesselt. Die Linksfraktion will den Einsatz nun zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); GESETZGEBUNGSGRÄFE (88%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERURTEILUNGEN (77%); BÜRGERMEISTER (76%); REGIERUNGSKABINETTS (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); STÄDTE (63%); RECHTSSTAATLICHKEIT (60%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

[**Linksextreme Krawalle; Friedliche Demo in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen**](#)

Oberhessische Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 571 words

Body

LEIPZIG (dpa). Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linksradikalen und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend wieder Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

Angriffe auf Polizisten

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Bei den "massiven Ausschreitungen" sind laut Polizei etwa 50 Polizisten verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren. "Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungsstruppen die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei daher richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zuvor zu untersagen. Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Sachsen's Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte auf Twitter die "erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage". Den verletzten Polizisten wünschte er schnelle Genesung.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: "So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." Das

Linksextreme Krawalle; Friedliche Demo in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen

Einsatzkonzept in Leipzig habe Schlimmeres verhindert. "Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt." Die Beschwerden aus linken Kreisen seien zynisch und unglaublich.

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Lina E. eskalieren lassen. Der SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer "provozierende Herangehensweise" der Polizei. Sie sei beim Abdrängen umstehender Menschen mit unnötiger Härte vorgegangen und habe viele Menschen stundenlang eingekesselt. Die Linksfraktion will den Einsatz nun zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); GESETZGEBUNGSGRÄFE (88%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERURTEILUNGEN (77%); BÜRGERMEISTER (76%); REGIERUNGSKABINETTS (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); STÄDTE (64%); RECHTSSTAATLICHKEIT (60%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); HESSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Südstadt: Auf Polizistin eingepörgelt; Randale nach Urteil gegen Linksextremistin - Anzeigen wegen Körperverletzung

Kölnerische Rundschau

02. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: KÖLN; S. 22; Ausg. 126

Length: 474 words

Byline: Daniel Taab

Body

Von Daniel Taab

Eine Solidaritätsdemo für die verurteilte Linksextremistin Lina E. ist am Mittwochabend in der Südstadt aus dem Ruder gelaufen. Auf der Severinstraße gab es massive Rangeleien mit Polizisten und teilweise verumummten Demonstranten. Auf Twitter-Videos ist zu sehen, wie zum Beispiel eine Beamtin nach einem Angriff mit einem schmerzverzerrten Gesicht zurückzuckte. Insgesamt gab es zwei verletzte Einsatzkräfte.

Böller auf Beamte geworfen

Eine Beamtin erhielt einen Schlag auf den Kopf. Aus der Gruppe der Demonstranten sei die Polizistin mit einem Stockauf den Kopf geschlagen worden. Die Frau kam ins Krankenhaus und konnte später nach ärztlicher Versorgung das Hospital wieder verlassen. Auch ein Beamter erlitt eine Verletzung.

Die Demonstration sei unangemeldet gegen 18.30 Uhr auf der Severinstraße in der Südstadt gestartet, sagte ein Behördensprecher am Donnerstag. Nach weiteren Angaben der Polizei hätten die Beamten daraufhin versucht, ein Kooperationsgespräch über den Ablauf der Veranstaltung mit den Teilnehmenden zu führen. "Dieses Gespräch verlief wenig kooperativ", betonte ein Polizeisprecher. Woraufhin sich Teilnehmer verumummmt und mit Pyrotechnik geworfen hätten. Außerdem seien Böller gezielt auf die Einsatzkräfte geworfen und anschließend die Polizeikette durchbrochen worden. Eine Gruppe sei durch das Veedel in Richtung Ulrichgasse gelaufen. Dort konnten die Beamten 16 Demonstrierende antreffen und ihre Personalien aufnehmen. Die Teilnehmer der Demonstration erwartet laut Polizei eine Anzeige wegen Landfriedensbruch. Zusätzlich wurden Anzeigen wegen Körperverletzung geschrieben.

Am Mittwochvormittag hatte das Oberlandesgericht Dresden die Linksextremistin Lina E. wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Für ihre drei Mitangeklagten verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten.

Aktivisten, die sich mit der Linksextremistin Lina E. solidarisieren, planen Kundgebungen für den "Tag X". Dieser soll am kommenden Samstag, 3. Juni, stattfinden. Es soll bundesweite Proteste gegen das Urteil geben. Bereits am Mittwochabend hatte es in mehreren deutschen Städten teilweise gewalttätige Protestaktionen mit mehreren Verletzten gegeben.

Südstadt: Auf Polizistin eingeprügelt; Randale nach Urteil gegen Linksextremistin - Anzeigen wegen Körperverletzung

Gewerkschaft sieht Beamte in Gefahr

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht die Polizeibeamten nach der Verurteilung von Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten besonders gefordert und bedroht. "Linksextremisten üben Rache und bereiten sich auf noch mehr Gewalt vor", sagte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke am Donnerstag. Er fügte hinzu: "Wir Polizisten müssen deren Versammlungen schützen. Diese Arbeitsrealität ist bitter." Die Kölner Polizei ist am Samstag in Alarmbereitschaft. Eine Demo ist bisher nicht angemeldet.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GEWERKSCHAFTEN (89%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (76%); GERICHTSHÖFE (73%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (56%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

[Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen](#)

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 1

Length: 574 words

Body

LEIPZIG (dpa). Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linksradikalen und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend wieder Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

Gewaltbereite Szene rückt näher in den Blick

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Bei den "massiven Ausschreitungen" sind laut Polizei etwa 50 Polizisten verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren. "Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungstrupps die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei daher richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zuvor zu untersagen. Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Sachsen-Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte auf Twitter die "erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage". Den verletzten Polizisten wünschte er schnelle Genesung.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: "So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." Das

Linksextreme Krawalle gegen Polizei; Friedliche Demonstration in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen

Einsatzkonzept in Leipzig habe Schlimmeres verhindert. "Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt." Die Beschwerden aus linken Kreisen seien zynisch und unglaublich.

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Lina E. eskalieren lassen. Der SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer "provozierende Herangehensweise" der Polizei. Sie sei beim Abdrängen umstehender Menschen mit unnötiger Härte vorgegangen und habe viele Menschen stundenlang eingekesselt. Die Linksfraktion will den Einsatz nun zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LPHZ

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); GESETZGEBUNGSGRÄFE (88%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERURTEILUNGEN (77%); BÜRGERMEISTER (76%); REGIERUNGSKABINETTS (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); STÄDTE (63%); RECHTSSTAATLICHKEIT (60%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

[**Linksextreme Krawalle; Friedliche Demo in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen**](#)

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 571 words

Body

LEIPZIG (dpa). Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linkstradikalen und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend wieder Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

Angriffe auf Polizisten

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Bei den "massiven Ausschreitungen" sind laut Polizei etwa 50 Polizisten verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren. "Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungsstrupps die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei daher richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zu untersagen. Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte auf Twitter die "erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage". Den verletzten Polizisten wünschte er schnelle Genesung.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: "So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." Das Einsatzkonzept in Leipzig habe Schlimmeres verhindert. "Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt." Die Beschwerden aus linken Kreisen seien zynisch und unglaublich.

Linksextreme Krawalle; Friedliche Demo in Leipzig zu Urteil gegen Lina E. eskaliert / Dutzende Verletzte und Festnahmen

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Lina E. eskalieren lassen. Der SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer "provozierende Herangehensweise" der Polizei. Sie sei beim Abdrängen umstehender Menschen mit unnötiger Härte vorgegangen und habe viele Menschen stundenlang eingekesselt. Die Linksfraktion will den Einsatz nun zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); GESETZGEBUNGSGRÄFTE (88%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERURTEILUNGEN (77%); BÜRGERMEISTER (76%); REGIERUNGSKABINETTS (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); STÄDTE (64%); RECHTSSTAATLICHKEIT (60%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Weitere Krawalle:Â Leipzig kommt nicht zur Ruhe

Stuttgarter Nachrichten

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: POLI; S. 4

Length: 468 words

Byline: dpa

Highlight: In der Nacht zu Sonntag greift die Polizei durch und kesselt rund 1000 Menschen ein. Das Vorgehen rief Lob, aber auch Kritik von Linker und SPD hervor.

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen:Â In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linksradikalen und der Polizei gegeben. Anlass war wieder das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. (fünf Jahre und drei Monate Haft) vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend wieder Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD)Â kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden."

Bei den Ausschreitungen sind laut Polizei etwa 50 Polizisten verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren, damit die Polizei ihre Identitäten registrierte. Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungsgruppen die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Es hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zu untersagen. Sachsen-Innenminister Armin Schuster (CDU)Â lobte die erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage". Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte, der Linksextremismus dürfe nicht weiter als Nebensache betrachtet werden".

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration

Weitere Krawalle: Leipzig kommt nicht zur Ruhe

für die verurteilte **Lina E.** eskalieren lassen. Der SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer provozierende Herangehensweise" der Polizei. Die Linksfraktion will den Einsatz zum Thema einer Sondersitzung im Innenausschuss des Landtags machen.dpa

Bei Protesten gegen das Urteil gegen **Lina E.** brannten Barrikaden.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); MINISTER & STAATSEKRETÄRE (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); BÜRGERMEISTER (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); POLIZEIKRÄFTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); VERURTEILUNGEN (77%); ERMITTLEMENTEN (73%); REGIERUNGSKABINETTS (73%); STÄDTE (64%); SOZIALE NETZWERKE (55%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

"Tag X" wird zur Krawallnacht in Leipzig; Nach dem Urteil gegen Lina E. hatten linksradikale Gruppen bundesweit zu einer Demonstration aufgerufen

Kölner Stadt-Anzeiger

05. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: PL; S. 5; Ausg. 128

Length: 436 words

Byline: "BIRGIT ZIMMERMANN; ANDRÉ JAHNKE; INGA JAHN (RND)"

Body

VON BIRGIT ZIMMERMANN, ANDRÉ JAHNKE UND INGA JAHN (RND)

Leipzig. Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es erneut Auseinandersetzungen zwischen Linksradikalen und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vom vergangenen Mittwoch.

Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik - nicht nur in sozialen Netzwerken.

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Laut Polizei wurden bei den Ausschreitungen etwa 50 Polizisten verletzt. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien zwischen 40 und 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren, damit die Polizei ihre Identitäten registrierte. Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Es sei daher richtig gewesen, zwei andere Demonstrationen zuvor zu untersagen. Polizeipräsident Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren.

"Tag X" wird zur Krawallnacht in Leipzig; Nach dem Urteil gegen Lina E. hatten linksradikale Gruppen bundesweit zu einer Demonstration aufgerufen

Eine für Samstag geplante "Tag X"-Solidaritätsdemonstration, für die bundesweit mobilisiert worden war, hatte die Stadt untersagt.

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Lina E. eskalieren lassen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (78%); GESETZGEBUNGSGRÄFTE (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (77%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); VERURTEILUNGEN (77%); DEUTSCHE LANDTAGE (76%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (76%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (76%); BÜRGERMEISTER (75%); POLITIK (75%); POLIZEIKRÄFTE (73%); STÄDTE (73%); ERMITTLEMENTEN (72%); REGIERUNGSKABINETTS (72%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (72%); SOZIALE NETZWERKE (55%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (72%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt

Wiesbadener Kurier (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 4

Length: 792 words

Byline: Simona Block und Jörg Schurig

Body

DRESDEN. Zu einer langen Haftstrafe verurteilt, aber trotzdem zunächst auf freiem Fuß: Wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme verurteilte das Oberlandesgericht Dresden die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin, die zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß, vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Die Unterstützer von Lina E. brachen in Jubel aus, als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwochabend die Aussetzung des Haftbefehls verkündete. Bei der Verkündung des Strafmaßes am Vormittag war die Stimmung noch ganz anders: Sie skandierten Sprechchöre, erklärten den Vorsitzenden Richter zum "Fascho"-Freund und geißelten die "Scheiß-Klassenjustiz". Die mehr als neun Stunden dauernde Urteilsverkündung wurde wegen kleiner Tumulte mehrfach unterbrochen.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind Lina E. und ein gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer mussten sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen einer Beihilfe dazu.

Strafmaß unter Anträgen der Bundesanwaltschaft

Die Verteidigung von Lina E. kündigte Revision an, das Strafmaß sei viel zu hoch, sagte Verteidiger Ulrich von Klinggräff. "Die Haftverschonung war längst überfällig."

Nach dem Urteil waren zunächst Ausschreitungen befürchtet worden. Parallel zur Urteilsverkündung zogen am Mittwochabend einige Hundert Demonstranten durch Dresden, auch in Berlin und Hamburg gab es Solidaritätsdemos. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl in der Bundeshauptstadt auf rund 500. In Leipzig wurde nach Angriffen auf Polizisten eine Protestversammlung mit mehreren hundert Menschen für beendet erklärt. In der Bremer Innenstadt kam es zu Ausschreitungen.

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Für Samstag war bundesweit zu Demos aufgerufen worden. Im Internet tauchten Drohungen auf, wonach für jedes Jahr Haft in Leipzig ein Sachschaden von einer Million Euro angerichtet werden soll.

Das Gericht blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine "militant- linksextremistische Ideologie" bescheinigt hatte. Für die aus Kassel in Hessen stammende junge Frau hatte sie acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

Der Generalbundesanwalt warf den Beschuldigten Lina E. vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Kronzeuge hatte sie belastet. Er berichtete von regelmäßigen Trainings für die Angriffe. Laut Anklage wurden 13 Menschen verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol, lautete eine weitere Anschuldigung. In seinen Vorbemerkungen ging Schläuter-Staats auf die brutalste Tat ein: Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter, der im Leipziger Szene-Viertel Connewitz arbeitete und nur "die falsche Mütze am falschen Ort trug", wie Schläuter-Staats es ausdrückte. Denn das Label der Mütze ist bei Rechtsextremen beliebt. Der Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen. Die Tat zeige, wohin militanter Antifaschismus führe könne, sagte der Vorsitzende Richter.

Das Gericht sah auch den Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Dafür spreche nicht nur der übergeordnete Zweck der Gruppierung und die fortdauernde Begehung von Straftaten. Es habe auch ein Mindestmaß an verfestigten organisatorischen Strukturen gegeben.

Was Sicherheitsbehörden nun umtreibt, ist nicht zuerst die unmittelbare Reaktion auf das Urteil. Experten befürchten eine Radikalisierung der linken Szene und sehen seit längerem Belege dafür, etwa was das Vorgehen gegen "politische Gegner" betrifft. Laut Verfassungsschutz sinkt die Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt immer mehr, von einer "besorgnisregenden Entwicklung" ist die Rede. Es gehe nicht mehr nur um Sachbeschädigungen, sondern um gezielte Attacken auf Personen. Selbst deren Tod werde in Kauf genommen.

Dirk Münster, Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus- Abwehrzentrums beim Landeskriminalamt Sachsen, misst dem Verfahren gegen Lina E. große Bedeutung zu. "Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen", sagte er kürzlich einer Zeitung. Tatsächlich gibt es Ermittlungen gegen weitere Personen aus dem Umkreis von E. Einige von ihnen sind abgetaucht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: STRAFZUMESSUNG (94%); GERICHTSURTEILE (92%); VERURTEILUNGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RICHTER (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); TOD & STERBEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); ZEUGEN (76%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); BREMEN, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Wie groß ist die Gefahr von links?; Nach dem Urteil gegen Lina E. und linksradikalen Ausschreitungen in mehreren Städten: Wie beurteilt der Verfassungsschutz die Lage in Rheinland-Pfalz?

Wormser Zeitung (Germany)

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: REGION; WORMSER ZEITUNG; S. 5

Length: 753 words

Byline: Christian Matz

Body

MAINZ. Als größte Gefahren für die Demokratie hierzulande haben die rheinland-pfälzischen Verfassungsschützer derzeit Rechtsextremisten, Reichsbürger und "Delegitimierer", die "demokratiefeindliche Propaganda streuen", ausgemacht. Diese bildeten extremistische Allianzen, hinzu kämen hybride Attacken von außen. Dies hat Innenminister Michael Ebling (SPD) jüngst bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2022 bekräftigt. Doch wie sieht es mit der Gefahr von links aus, welche Rolle spielt der Linksextremismus in Rheinland-Pfalz? Und: Gibt es dabei auch hier wie andernorts Versuche, die Klimaschutzbewegung zu unterwandern?

Einen bundesweiten Einblick in linksextreme Strukturen und Gewalttaten hat kürzlich der Prozess gegen Lina E. in Dresden geliefert. Zusammen mit anderen Mittätern wurde die Studentin wegen brutaler Angriffe auf tatsächliche und vermeintliche Rechtsextreme zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. In der Folge kam es in Leipzig und anderen Städten zu linksradikalen Ausschreitungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. In Rheinland-Pfalz hingegen blieb es vergleichsweise ruhig. Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ist dies kein Zufall, denn hier bewege sich "die Mobilisierungsfähigkeit der linksextremistischen gewaltorientierten Szene im Vergleich zu anderen Ländern auf einem eher niedrigen Niveau". Es seien derzeit keine "individuellen Radikalisierungsprozesse" erkennbar. Im "eher ländlich geprägten Rheinland-Pfalz" gebe es also weniger linksextremistische Aktivitäten als in Ballungszentren oder den Stadtstaaten - besonders ausgeprägte gewaltaffine Szenen gebe es insbesondere in Berlin, Bremen, Hamburg und Leipzig. Dort gehe von Linksextremisten eine "erhebliche Gefahr für die Innere Sicherheit aus". Insgesamt werden in Rheinland-Pfalz rund 500 Personen dem Linksextremismus zugeordnet, 20 weniger als 2021. Die Zahl der Gewaltorientierten darunter ist mit rund 120 gleich geblieben, wobei dieses Lager "nahezu deckungsgleich" mit der autonomen Szene sei. Im Bereich der "Politisch motivierten Kriminalität (links)" sei die Zahl der registrierten Straftaten auf 79 (2021: 140) gesunken. Zum Vergleich: 2021 rechnete der Verfassungsschutz bundesweit rund 35.800 Personen dem linksextremen Spektrum zu, darunter knapp 10.300 Gewaltorientierte. Das Fazit Ebings zum Linksextremismus in Rheinland-Pfalz: Dieser sei "In Bezug auf die Häufigkeit wie auch in der Art und Weise erkennbar nicht zu vergleichen mit dem Spektrum des Rechtsextremismus und der Reichsbürger-Szene". Den Rechtsextremisten werden in Rheinland-Pfalz rund 750 Personen (darunter rund 150 Gewaltorientierte) zugeordnet, den Reichsbürgern rund 950 Personen (darunter rund 140 Gewaltorientierte).

Wie groß ist die Gefahr von links?; Nach dem Urteil gegen Lina E. und linksradikalen Ausschreitungen in mehreren Städten: Wie beurteilt der Verfassungsschutz di....

Das wichtigste Aktionsfeld der Linksextremisten ist laut Verfassungsschutz der "Antifaschismus", der sich gegen Rechtsextremismus richtet, aber auch gegen die staatliche Ordnung der Bundesrepublik, die sie als "faschistisches System diffamieren". Die Linksextremisten hätten schon seit Jahren aber auch das Thema Klimaschutz für sich entdeckt. "Sie sehen darin die Chance, sich bürgerlichen Klimaschutzbewegungen anzuschließen, um ihr verfassungsfeindliches Gedankengut öffentlichkeitswirksam zu verbreiten", heißt es in dem Bericht. Ein Beispiel: Die Räumung des Ortes Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier, wo es neben friedlichen Massenveranstaltungen auch Gewalttaten durch Linksextremisten gegeben habe. Auch aus Rheinland-Pfalz hätten "vereinzelt" Linksextremisten an den Protesten teilgenommen. Laut Bundesverfassungsschutz kommt bei solchen Aktionen eine maßgebliche Rolle dem von der "Interventionistischen Linken" beeinflussten Bündnis "Ende Gelände" zu.

Keine Unterwanderung von Klimaschutzgruppen

Es gibt also den Versuch von Linksextremisten, "die Klimaschutzbewegung zu kapern", wie es Elmar May, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium, nannte. Aber: "Das ist nach unserer Beobachtung in Rheinland-Pfalz nicht gelungen". Dies gelte auch für die Gruppe "Letzte Generation", die gerade Aktionen gegen "Reiche" gestartet hat, als die aus ihrer Sicht Hauptverantwortlichen für klimaschädliches Verhalten. Die "Letzte-Generation"-Aktionen in Rheinland-Pfalz bewegten sich bislang "im Wesentlichen im Bereich des zivilen Ungehorsams und der bewussten Provokation", sagte Minister Ebling. Diese Taten würden auch entsprechend verfolgt. Es gebe zwar das "Risiko, dass sich das weiter radikalisieren kann, dafür haben wir aber noch keine Anhaltspunkte", sagte er.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); KRIMINALITÄTSRATE (89%); EINIGUNG & VERGLEICH (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLITIK (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); STRAFTATEN (78%); STRAFZUMESSUNG (76%); STÄDTE (76%); UMWELTSCHUTZBEWEGUNG (75%); GERICHTSPROZESSE (73%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (72%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (72%); VERURTEILUNGEN (71%); GEFÄNGNISSTRAFEN (69%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (76%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); BREMEN, DEUTSCHLAND (71%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); MAINZ, DEUTSCHLAND (59%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); RHEINLAND-PFALZ, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 11, 2023

Der falsche Kampf

Lausitzer Rundschau

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 1; Band 72; Ausg. 128

Length: 201 words

Body

Lina E. und ihre Mitstreiter haben Menschen brutal angegriffen und sie teilweise schwer verletzt. Dass ein erheblicher Teil der Opfer zu rechtsextremen Gewalttätern gehört, ändert selbstverständlich nichts an der Strafbarkeit der Selbstjustiz. Natürlich, es ist unerträglich, dass in Deutschland immer noch und immer wieder Nazis durch die Straßen marschieren, Menschen ermorden, rassistisch hetzen und nach und nach in die Mitte der Gesellschaft einsickern. Wer dagegen etwas unternimmt, verdient Respekt. Aber die Mittel sind nicht beliebig. Überfälle, mit dem Ziel den Faschismus aus der Gesellschaft herauszuprügeln, werden völlig zu Recht bestraft.

Dabei ist es erlaubt, sogar gegen ordentliche Gerichtsurteile zu demonstrieren. Friedlich. Was haben jedoch brennende Barrikaden mit Antifaschismus zu tun? Erstens greifen die vermeintlichen Antifaschisten eben jenen demokratischen Rechtsstaat an, den es doch gegen Nazis zu verteidigen gilt. Und zweitens wird kein einziger Nazi durch Gewalt bekehrt. Im Gegenteil. Aber es ist natürlich viel leichter, eine Schlacht mit der Polizei anzuzetteln, als mühsam mit friedlichen Mitteln die Gesellschaft zu verbessern.



[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Graphic

Andre Bochow

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Der falsche Kampf

Subject: RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); TÖTUNGSDELIKTE (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%)

Geographic: DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt

Bürstädter Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung

Unsere Zeitung!

Section: POLITIK; ; S. 4

Length: 792 words

Byline: Simona Block und Jörg Schurig

Body

DRESDEN. Zu einer langen Haftstrafe verurteilt, aber trotzdem zunächst auf freiem Fuß: Wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme verurteilte das Oberlandesgericht Dresden die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin, die zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß, vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Die Unterstützer von Lina E. brachen in Jubel aus, als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwochabend die Aussetzung des Haftbefehls verkündete. Bei der Verkündung des Strafmaßes am Vormittag war die Stimmung noch ganz anders: Sie skandierten Sprechchöre, erklärten den Vorsitzenden Richter zum "Fascho"-Freund und geißelten die "Scheiß-Klassenjustiz". Die mehr als neun Stunden dauernde Urteilsverkündung wurde wegen kleiner Tumulte mehrfach unterbrochen.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind Lina E. und ein gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer mussten sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen einer Beihilfe dazu.

Strafmaß unter Anträgen der Bundesanwaltschaft

Die Verteidigung von Lina E. kündigte Revision an, das Strafmaß sei viel zu hoch, sagte Verteidiger Ulrich von Klinggräff. "Die Haftverschonung war längst überfällig."

Nach dem Urteil waren zunächst Ausschreitungen befürchtet worden. Parallel zur Urteilsverkündung zogen am Mittwochabend einige Hundert Demonstranten durch Dresden, auch in Berlin und Hamburg gab es Solidaritätsdemos. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl in der Bundeshauptstadt auf rund 500. In Leipzig wurde nach Angriffen auf Polizisten eine Protestversammlung mit mehreren hundert Menschen für beendet erklärt. In der Bremer Innenstadt kam es zu Ausschreitungen.

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Für Samstag war bundesweit zu Demos aufgerufen worden. Im Internet tauchten Drohungen auf, wonach für jedes Jahr Haft in Leipzig ein Sachschaden von einer Million Euro angerichtet werden soll.

Das Gericht blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine "militant- linksextremistische Ideologie" bescheinigt hatte. Für die aus Kassel in Hessen stammende junge Frau hatte sie acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

Der Generalbundesanwalt warf den Beschuldigten Lina E. vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Kronzeuge hatte sie belastet. Er berichtete von regelmäßigen Trainings für die Angriffe. Laut Anklage wurden 13 Menschen verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol, lautete eine weitere Anschuldigung. In seinen Vorbemerkungen ging Schläuter-Staats auf die brutalste Tat ein: Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter, der im Leipziger Szene-Viertel Connewitz arbeitete und nur "die falsche Mütze am falschen Ort trug", wie Schläuter-Staats es ausdrückte. Denn das Label der Mütze ist bei Rechtsextremen beliebt. Der Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen. Die Tat zeige, wohin militanter Antifaschismus führe könne, sagte der Vorsitzende Richter.

Das Gericht sah auch den Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Dafür spreche nicht nur der übergeordnete Zweck der Gruppierung und die fortdauernde Begehung von Straftaten. Es habe auch ein Mindestmaß an verfestigten organisatorischen Strukturen gegeben.

Was Sicherheitsbehörden nun umtreibt, ist nicht zuerst die unmittelbare Reaktion auf das Urteil. Experten befürchten eine Radikalisierung der linken Szene und sehen seit längerem Belege dafür, etwa was das Vorgehen gegen "politische Gegner" betrifft. Laut Verfassungsschutz sinkt die Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt immer mehr, von einer "besorgnisregenden Entwicklung" ist die Rede. Es gehe nicht mehr nur um Sachbeschädigungen, sondern um gezielte Attacken auf Personen. Selbst deren Tod werde in Kauf genommen.

Dirk Münster, Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus- Abwehrzentrums beim Landeskriminalamt Sachsen, misst dem Verfahren gegen Lina E. große Bedeutung zu. "Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen", sagte er kürzlich einer Zeitung. Tatsächlich gibt es Ermittlungen gegen weitere Personen aus dem Umkreis von E. Einige von ihnen sind abgetaucht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Subject: STRAFZUMESSUNG (94%); GERICHTSURTEILE (92%); VERURTEILUNGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RICHTER (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); TOD & STERBEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); ZEUGEN (76%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (74%); BREMEN, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt

Oberhessische Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten

Oberhessische Zeitung

Section: POLITIK; ; S. 4

Length: 792 words

Byline: Simona Block und Jörg Schurig

Body

DRESDEN. Zu einer langen Haftstrafe verurteilt, aber trotzdem zunächst auf freiem Fuß: Wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme verurteilte das Oberlandesgericht Dresden die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin, die zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß, vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Die Unterstützer von Lina E. brachen in Jubel aus, als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwochabend die Aussetzung des Haftbefehls verkündete. Bei der Verkündung des Strafmaßes am Vormittag war die Stimmung noch ganz anders: Sie skandierten Sprechchöre, erklärten den Vorsitzenden Richter zum "Fascho"-Freund und geißelten die "Scheiß-Klassenjustiz". Die mehr als neun Stunden dauernde Urteilsverkündung wurde wegen kleiner Tumulte mehrfach unterbrochen.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängte die Staatschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind Lina E. und ein gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer mussten sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen einer Beihilfe dazu.

Revision angekündigt

Die Verteidigung von Lina E. kündigte Revision an, das Strafmaß sei viel zu hoch, sagte Verteidiger Ulrich von Klinggräff. "Die Haftverschonung war längst überfällig."

Nach dem Urteil waren zunächst Ausschreitungen befürchtet worden. Unklar war am Abend, ob die Aufhebung des Haftbefehls zu einer Entspannung der Lage beiträgt. Parallel zur Urteilsverkündung zogen am Mittwochabend einige Hundert Demonstranten durch Dresden, auch in Berlin und Hamburg gab es Solidaritätsdemos. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl in der Bundeshauptstadt auf rund 500. Die Demonstration sei weitgehend friedlich verlaufen, es habe auch einige Rangeleien gegeben, hieß es. Für Samstag war bundesweit zu Demos aufgerufen worden. Im Internet tauchten Drohungen auf, wonach für jedes Jahr Haft in Leipzig ein Sachschaden von einer Million Euro angerichtet werden soll.

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Das Gericht blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine "militant- linksextremistische Ideologie" bescheinigt hatte. Für die aus Kassel in Hessen stammende junge Frau hatte sie acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

Der Generalbundesanwalt warf den Beschuldigten Lina E. vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Kronzeuge hatte sie belastet. Er berichtete von regelmäßigen Trainings für die Angriffe. Laut Anklage wurden 13 Menschen verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol, lautete eine weitere Anschuldigung. In seinen Vorbemerkungen ging Schlueter-Staats auf die brutalste Tat ein: Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter, der im Leipziger Szene-Viertel Connewitz arbeitete und nur "die falsche Mütze am falschen Ort trug", wie Schlueter-Staats es ausdrückte. Denn das Label der Mütze ist bei Rechtsextremen beliebt. Der Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen. Die Tat zeige, wohin militanter Antifaschismus führe könne, sagte der Vorsitzende Richter.

Das Gericht sah auch den Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Dafür spreche nicht nur der übergeordnete Zweck der Gruppierung und die fortdauernde Begehung von Straftaten. Es habe auch ein Mindestmaß an verfestigten organisatorischen Strukturen gegeben. Was Sicherheitsbehörden nun umtreibt, ist nicht zuerst die unmittelbare Reaktion auf das Urteil. Experten befürchten eine Radikalisierung der linken Szene und sehen seit längerem Belege dafür, etwa was das Vorgehen gegen "politische Gegner" betrifft. Laut Verfassungsschutz sinkt die Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt immer mehr, von einer "besorgniserregenden Entwicklung" ist die Rede. Es gehe nicht mehr nur um Sachbeschädigungen, sondern um gezielte Attacken auf Personen. Selbst deren Tod werde in Kauf genommen.

Dirk Münster, Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus- Abwehrzentrums beim Landeskriminalamt Sachsen, misst dem Verfahren gegen Lina E. große Bedeutung zu. "Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen", sagte er kürzlich einer Zeitung. Tatsächlich gibt es Ermittlungen gegen weitere Personen aus dem Umkreis von E. Einige von ihnen sind abgetaucht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: STRAFZUMESSUNG (93%); GERICHTSURTEILE (92%); VERURTEILUNGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RICHTER (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); TOD & STERBEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (76%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); ZEUGEN (76%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

(74%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Urteil versetzt linke Szene in Aufruhr; Haftstrafen nach brutalen Angriffen auf Neonazis - Bundesweiter Aufruf zu Protesten

Kölnische Rundschau

01. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: POL; S. 4; Ausg. 125

Length: 685 words

Byline: "Simona Block; Jörg Schurig"

Body

Von Simona Block und Jörg Schurig

Dresden. Als das Oberlandesgericht Dresden das Strafmaß gegen Lina E. und drei weitere linke Gewalttäter verkündet, ist die Spannung im Hochsicherheitssaal fühlbar. Das Gericht verurteilte die mutmaßliche Linksextremistin wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Die Unterstützer von Lina E. brachen in Jubel aus, als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwochabend die Aussetzung des Haftbefehls verkündete.

Bei der Verkündung des Strafmaßes am Vormittag ist die Stimmung noch ganz anders: Die Unterstützer skandieren Sprechchöre, erklären den Vorsitzenden Richter zum "Fascho"-Freund und geißeln die "Scheiß-Klassenjustiz". Hans Schlüter-Staats, der Lina E. wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu der Haftstrafe verurteilt, unterbricht die Verhandlung. Bei der Urteilsbegründung haben sich dann die Gemüter beruhigt - bis auf etwas Murren und Meckern.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängt die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind die 28 Jahre alte Studentin und ein gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer müssen sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen Beihilfe dazu.

Nach dem Urteil werden nun auch Ausschreitungen befürchtet. Am Mittwochabend waren Demonstrationen in Dresden, Leipzig und Chemnitz geplant, für Samstag wird bundesweit aufgerufen. Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor.

Das Gericht blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine "militant-linksextremistische Ideologie" bescheinigt hatte. Der Generalbundesanwalt warf ihnen vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Kronzeuge hatte sie belastet. Laut Anklage wurden 13 Menschen

Urteil versetzt linke Szene in Aufruhr; Haftstrafen nach brutalen Angriffen auf Neonazis - Bundesweiter Aufruf zu Protesten

verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol.

Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter, der "die falsche Mütze am falschen Ort trug", wie Schlueter-Staats es ausdrückte. Denn deren Label ist bei Rechtsextremen beliebt. Der Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen, darunter Schädelbrüche. Die Tat zeige, wohin militanter Antifaschismus führe könne, so der Vorsitzende Richter.

Dem Vorwurf der Verteidiger, das Verfahren sei ein "politischer Prozess", stimmte Schlueter-Staats sogar teilweise zu. Die Taten seien aus politischer Motivation begangen worden. Sich Rechtsextremen entgegenzustellen sei ein "achtenswertes Motiv", rechtfertige aber nicht die angeklagten Fälle.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) begrüßte das Urteil. "Wir müssen unsere liberale Demokratie schützen vor ihren Feinden, doch nicht mit Selbstjustiz", schrieb er auf Twitter.

Der Prozess unter hohen Sicherheitsvorkehrungen hatte im September 2021 begonnen. Bis auf Angaben zur Person schwiegen die Angeklagten. Dafür waren Familien, Anwälte und Unterstützer umso lautstärker. "Wir sind entsetzt, wütend und noch immer sprachlos", hieß es in einem Statement der Angeklagten-Mütter. Sie kritisierten, "mit welcher Härte linke Strukturen verfolgt werden", während Neonazis Schonbehandlung erhielten.

Die Verteidigung hatte den Umstand moniert, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen an sich zog. Allein das habe zu höheren Strafanträgen geführt, argumentierten sie in ihren Plädoyers, die auf Freisprüche zielten. (dpa)

Man kann von Glück sagen, dass bisher noch kein Opfer zu Tode gekommen ist.

Thomas Haldenwang

Verfassungsschutzpräsident

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Subject: GERICHTSURTEILE (93%); STRAFZUMESSUNG (92%); GERICHTSHÖFE (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); RICHTER (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); AUSSCHREITUNGEN (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (77%); STRAFVERTEIDIGUNG (77%); ZEUGEN (77%); POLITIK (76%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%); POLITISCHE PARTEIEN (65%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (61%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (60%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (60%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Urteil versetzt linke Szene in Aufruhr; Haftstrafen nach brutalen Angriffen auf Neonazis - Bundesweiter Aufruf zu Protesten

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (78%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 4

Length: 792 words

Byline: Simona Block und Jörg Schurig

Body

DRESDEN. Zu einer langen Haftstrafe verurteilt, aber trotzdem zunächst auf freiem Fuß: Wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme verurteilte das Oberlandesgericht Dresden die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin, die zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß, vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Die Unterstützer von Lina E. brachen in Jubel aus, als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwochabend die Aussetzung des Haftbefehls verkündete. Bei der Verkündung des Strafmaßes am Vormittag war die Stimmung noch ganz anders: Sie skandierten Sprechchöre, erklärten den Vorsitzenden Richter zum "Fascho"-Freund und geißelten die "Scheiß-Klassenjustiz". Die mehr als neun Stunden dauernde Urteilsverkündung wurde wegen kleiner Tumulte mehrfach unterbrochen.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind Lina E. und ein gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer mussten sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen einer Beihilfe dazu.

Strafmaß unter Anträgen der Bundesanwaltschaft

Die Verteidigung von Lina E. kündigte Revision an, das Strafmaß sei viel zu hoch, sagte Verteidiger Ulrich von Klinggräff. "Die Haftverschonung war längst überfällig."

Nach dem Urteil waren zunächst Ausschreitungen befürchtet worden. Parallel zur Urteilsverkündung zogen am Mittwochabend einige Hundert Demonstranten durch Dresden, auch in Berlin und Hamburg gab es Solidaritätsdemos. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl in der Bundeshauptstadt auf rund 500. In Leipzig wurde nach Angriffen auf Polizisten eine Protestversammlung mit mehreren hundert Menschen für beendet erklärt. In der Bremer Innenstadt kam es zu Ausschreitungen.

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Für Samstag war bundesweit zu Demos aufgerufen worden. Im Internet tauchten Drohungen auf, wonach für jedes Jahr Haft in Leipzig ein Sachschaden von einer Million Euro angerichtet werden soll.

Das Gericht blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine "militant- linksextremistische Ideologie" bescheinigt hatte. Für die aus Kassel in Hessen stammende junge Frau hatte sie acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

Der Generalbundesanwalt warf den Beschuldigten Lina E. vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Kronzeuge hatte sie belastet. Er berichtete von regelmäßigen Trainings für die Angriffe. Laut Anklage wurden 13 Menschen verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol, lautete eine weitere Anschuldigung. In seinen Vorbemerkungen ging Schläuter-Staats auf die brutalste Tat ein: Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter, der im Leipziger Szene-Viertel Connewitz arbeitete und nur "die falsche Mütze am falschen Ort trug", wie Schläuter-Staats es ausdrückte. Denn das Label der Mütze ist bei Rechtsextremen beliebt. Der Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen. Die Tat zeige, wohin militanter Antifaschismus führe könne, sagte der Vorsitzende Richter.

Das Gericht sah auch den Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Dafür spreche nicht nur der übergeordnete Zweck der Gruppierung und die fortdauernde Begehung von Straftaten. Es habe auch ein Mindestmaß an verfestigten organisatorischen Strukturen gegeben.

Was Sicherheitsbehörden nun umtreibt, ist nicht zuerst die unmittelbare Reaktion auf das Urteil. Experten befürchten eine Radikalisierung der linken Szene und sehen seit längerem Belege dafür, etwa was das Vorgehen gegen "politische Gegner" betrifft. Laut Verfassungsschutz sinkt die Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt immer mehr, von einer "besorgnisregenden Entwicklung" ist die Rede. Es gehe nicht mehr nur um Sachbeschädigungen, sondern um gezielte Attacken auf Personen. Selbst deren Tod werde in Kauf genommen.

Dirk Münster, Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus- Abwehrzentrums beim Landeskriminalamt Sachsen, misst dem Verfahren gegen Lina E. große Bedeutung zu. "Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen", sagte er kürzlich einer Zeitung. Tatsächlich gibt es Ermittlungen gegen weitere Personen aus dem Umkreis von E. Einige von ihnen sind abgetaucht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LPHZ

Subject: STRAFZUMESSUNG (94%); GERICHTSURTEILE (92%); VERURTEILUNGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RICHTER (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); TOD & STERBEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); ZEUGEN (76%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (74%); BREMEN, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 4

Length: 792 words

Byline: Simona Block und Jörg Schurig

Body

DRESDEN. Zu einer langen Haftstrafe verurteilt, aber trotzdem zunächst auf freiem Fuß: Wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme verurteilte das Oberlandesgericht Dresden die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin, die zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß, vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Die Unterstützer von Lina E. brachen in Jubel aus, als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwochabend die Aussetzung des Haftbefehls verkündete. Bei der Verkündung des Strafmaßes am Vormittag war die Stimmung noch ganz anders: Sie skandierten Sprechchöre, erklärten den Vorsitzenden Richter zum "Fascho"-Freund und geißelten die "Scheiß-Klassenjustiz". Die mehr als neun Stunden dauernde Urteilsverkündung wurde wegen kleiner Tumulte mehrfach unterbrochen.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind Lina E. und ein gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer mussten sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen einer Beihilfe dazu.

Revision angekündigt

Die Verteidigung von Lina E. kündigte Revision an, das Strafmaß sei viel zu hoch, sagte Verteidiger Ulrich von Klinggräff. "Die Haftverschonung war längst überfällig."

Nach dem Urteil waren zunächst Ausschreitungen befürchtet worden. Unklar war am Abend, ob die Aufhebung des Haftbefehls zu einer Entspannung der Lage beiträgt. Parallel zur Urteilsverkündung zogen am Mittwochabend einige Hundert Demonstranten durch Dresden, auch in Berlin und Hamburg gab es Solidaritätsdemos. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl in der Bundeshauptstadt auf rund 500. Die Demonstration sei weitgehend friedlich verlaufen, es habe auch einigen Rangeleien gegeben, hieß es. Für Samstag war bundesweit zu Demos aufgerufen worden. Im Internet tauchten Drohungen auf, wonach für jedes Jahr Haft in Leipzig ein Sachschaden von einer Million Euro angerichtet werden soll.

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Das Gericht blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine "militant- linksextremistische Ideologie" bescheinigt hatte. Für die aus Kassel in Hessen stammende junge Frau hatte sie acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

Der Generalbundesanwalt warf den Beschuldigten Lina E. vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Kronzeuge hatte sie belastet. Er berichtete von regelmäßigen Trainings für die Angriffe. Laut Anklage wurden 13 Menschen verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol, lautete eine weitere Anschuldigung. In seinen Vorbemerkungen ging Schlueter-Staats auf die brutalste Tat ein: Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter, der im Leipziger Szene-Viertel Connewitz arbeitete und nur "die falsche Mütze am falschen Ort trug", wie Schlueter-Staats es ausdrückte. Denn das Label der Mütze ist bei Rechtsextremen beliebt. Der Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen. Die Tat zeige, wohin militanter Antifaschismus führe könne, sagte der Vorsitzende Richter.

Das Gericht sah auch den Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Dafür spreche nicht nur der übergeordnete Zweck der Gruppierung und die fortdauernde Begehung von Straftaten. Es habe auch ein Mindestmaß an verfestigten organisatorischen Strukturen gegeben. Was Sicherheitsbehörden nun umtreibt, ist nicht zuerst die unmittelbare Reaktion auf das Urteil. Experten befürchten eine Radikalisierung der linken Szene und sehen seit längerem Belege dafür, etwa was das Vorgehen gegen "politische Gegner" betrifft. Laut Verfassungsschutz sinkt die Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt immer mehr, von einer "besorgniserregenden Entwicklung" ist die Rede. Es gehe nicht mehr nur um Sachbeschädigungen, sondern um gezielte Attacken auf Personen. Selbst deren Tod werde in Kauf genommen.

Dirk Münster, Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus- Abwehrzentrums beim Landeskriminalamt Sachsen, misst dem Verfahren gegen Lina E. große Bedeutung zu. "Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen", sagte er kürzlich einer Zeitung. Tatsächlich gibt es Ermittlungen gegen weitere Personen aus dem Umkreis von E. Einige von ihnen sind abgetaucht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: STRAFZUMESSUNG (93%); GERICHTSURTEILE (92%); VERURTEILUNGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RICHTER (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); TOD & STERBEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (76%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); ZEUGEN (76%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlügen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

(74%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Polizei verteidigt Einsatz bei Leipzig-Randale

Stuttgarter Nachrichten

Dienstag 6. Juni 2023

Copyright 2023 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: NACH; S. 2

Length: 246 words

Byline: dpa/epd

Highlight: Nach der stundenlangen Einkesselung von rund tausend Menschen wird den Sicherheitskräften überhartes Eingreifen vorgeworfen.

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat Kritik am Vorgehen der Einsatzkräfte bei den Krawallen am Wochenende in Leipzig zurückgewiesen. Ein robustes Vorgehen sei notwendig, man könne als Polizist in solchen Situationen nicht nur spazierend durch die Gegend gehen, sagte der GdP-Chef Jochen Kopelke dem Radiosender SWR Aktuell. Wer sich in eine gewalttätige Lage begibt, Steine und Brandsätze auf Polizisten wirft, darf sich nachher nicht beschweren, wenn er eine Identitätsfeststellung über sich ergehen lassen muss oder als Straftäter festgenommen wird."

Verschiedene Politiker von Linken, Grünen und SPD hatten den Polizeieinsatz kritisiert. Die Polizei habe zur Eskalation beigetragen und sei mit unnötiger Härte vorgegangen, als sie am Samstag rund tausend Menschen einkesselte. Die Feststellung der Identität der Menschen hatte bis Sonntagmorgen gedauert, unter ihnen befanden sich auch Minderjährige.

Auch Leipzigs Polizeipräsident Rene Demmler verteidigte das Vorgehen am Wochenende. Stärke zu zeigen kann auch deeskalierend wirken", sagte er der Leipziger Volkszeitung". Drohungen, Millionenschäden zu verursachen, ließen sich nicht mit klassischen Mitteln der Deeskalation" verhindern. Nach einer bundesweiten Mobilisierung der Szene zum sogenannten Tag X nach der Urteilsverkündung gegen die Linksextremistin Lina E. war die Polizei am Wochenende mit rund 3000 Einsatzkräften und Wasserwerfern in Leipzig präsent.dpa/epd

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Polizei verteidigt Einsatz bei Leipzig-Randale

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (90%); POLITIK (78%); VERHAFTUNGEN (78%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (70%); POLIZEIKRÄFTE (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Richtiges Zeichen gegen Gewalt; Verurteilung von Linksextremen ist angemessen

Kölner Stadt-Anzeiger

01. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: ME; S. 4; Ausg. 125

Length: 249 words

Byline: MARKUS DECKER

Highlight: KOMMENTAR

Body

Die Linksextremistin Lina E. und ihre drei Mitangeklagten sind zu hohen Haftstrafen verurteilt. Ihnen werden brutale Angriffe auf Rechtsextremisten zur Last gelegt - sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.

Auch wenn Lina E. nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft vorerst freikommt, weil der Haftbefehl gegen sie gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt wird: Die Urteile des Oberlandesgerichts Dresden sind angemessen. Physische Gewalt gegen Andersdenkende ist auch dann kein Kavaliersdelikt, wenn es sich dabei selbst um menschenverachtende Extremisten handelt. Überhaupt muss das Gewaltmonopol in einer Demokratie stets beim Staat bleiben. Wer dieses Prinzip angreift, der greift den Staat an.

Überdies gehen die Angriffe ja weiter, weil um Lina E. herum offenbar ein geheimes Netzwerk existiert, das nicht allein Neonazis ins Visier nimmt, sondern ebenso Mitarbeitende von Sicherheitsbehörden oder Unternehmen. Dass Anhänger im Gerichtssaal Parolen skandierten wie "Faschofreunde" und "scheiß Klassenjustiz" verdeutlicht, dass dieser Szene alle Maßstäbe verrutscht sind. Militante Krawalle für den "Tag X" sind längst angekündigt.

Gut möglich, dass sich aus all dem eine regelrechte Terrorzelle entwickelt. Das Ganze passt ins Bild einer polarisierten Gesellschaft, in der manchen die Anwendung von Gewalt als legitim erscheint - so wie Mitgliedern der Reichsbürger-Szene. Eine Zuspitzung ist nicht nur möglich, Sie ist wahrscheinlich.

MARKUS DECKER KSTA-POLITIK@ KSTAMEDIEN.DE

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: VERURTEILUNGEN (91%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); TERRORORGANISATIONEN (78%); LEITARTIKEL & KOMMENTARE (74%); AUSSCHREITUNGEN (73%); GERICHTSHÖFE (73%); VERHAFTUNGEN (72%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

KommentarE : Ohne Gewalt

Wiesbadener Kurier (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 2

Length: 291 words

Byline: Helen-Phoebe Schuckert zum Fall Lina E.

Body

Weil sie und zwei weitere Angeklagte rechtsextreme Personen angriffen und verletzten, wurde die 28-jährige Lina E. aus Kassel vor dem Oberlandesgericht Dresden verurteilt. Als Reaktion auf das Urteil rief die linksextreme Szene zu Protesten auf.

Es sei ein politisch motivierter Prozess gewesen und Lina E. ein Opfer staatlicher Repression. Vor allem letztere Behauptung ist anmaßend. Denn würden Neonazis Antifaschisten angreifen, würden diese wohl auch fordern, dass der Staat mit aller Macht dagegen vorgeht. Der Rechtsstaat besitzt das Gewaltmonopol. Linke Aktivisten von einer Strafe zu verschonen, weil sie Faschismus und Nationalsozialismus mit Gewalt bekämpfen, wäre schlachtweg falsch. Um dieser Auffassung zu sein, muss man nicht Anhänger des rechten Gedankenguts sein. Wir leben in Deutschland in einem Rechtsstaat, und das ist auch gut so. Jeder, der sich nicht an dieses Prinzip hält und Gewalttaten ausübt, seien diese politisch oder religiös motiviert, muss damit rechnen, für seine Taten gradestehen zu müssen. Es muss jedoch gewährt sein, dass Gewalttaten aus den unterschiedlichsten Spektren gleichermaßen streng geahndet werden. Es kann also nicht sein, dass rechter Extremismus vom Staat weniger verfolgt wird als linker. Dass sich die linke Szene nun darstellt, als sei sie Opfer einer Hexenjagd, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die tatsächlich für eine freie Meinungsäußerung kämpfen. Denn wie der Vorsitzende Richter, Hans Schlüter-Staats, bei der Urteilsverkündung betonte, ist es durchaus ehrenwert, gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Das geht aber auch ohne Gewalt, beispielsweise durch Demonstrationen und Präventionsarbeit und indem man die Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und Sprache zur Anzeige bringt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE

KommentarE : Ohne Gewalt

NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); RICHTER (78%); MEINUNGSFREIHEIT (72%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird ausgesetzt

Wormser Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 4

Length: 792 words

Byline: Simona Block und Jörg Schurig

Body

DRESDEN. Zu einer langen Haftstrafe verurteilt, aber trotzdem zunächst auf freiem Fuß: Wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme verurteilte das Oberlandesgericht Dresden die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin, die zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß, vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Die Unterstützer von Lina E. brachen in Jubel aus, als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwochabend die Aussetzung des Haftbefehls verkündete. Bei der Verkündung des Strafmaßes am Vormittag war die Stimmung noch ganz anders: Sie skandierten Sprechchöre, erklärten den Vorsitzenden Richter zum "Fascho"-Freund und geißelten die "Scheiß-Klassenjustiz". Die mehr als neun Stunden dauernde Urteilsverkündung wurde wegen kleiner Tumulte mehrfach unterbrochen.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind Lina E. und ein gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer mussten sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen einer Beihilfe dazu.

Strafmaß unter Anträgen der Bundesanwaltschaft

Die Verteidigung von Lina E. kündigte Revision an, das Strafmaß sei viel zu hoch, sagte Verteidiger Ulrich von Klinggräff. "Die Haftverschonung war längst überfällig."

Nach dem Urteil waren zunächst Ausschreitungen befürchtet worden. Parallel zur Urteilsverkündung zogen am Mittwochabend einige Hundert Demonstranten durch Dresden, auch in Berlin und Hamburg gab es Solidaritätsdemos. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl in der Bundeshauptstadt auf rund 500. In Leipzig wurde nach Angriffen auf Polizisten eine Protestversammlung mit mehreren hundert Menschen für beendet erklärt. In der Bremer Innenstadt kam es zu Ausschreitungen.

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Für Samstag war bundesweit zu Demos aufgerufen worden. Im Internet tauchten Drohungen auf, wonach für jedes Jahr Haft in Leipzig ein Sachschaden von einer Million Euro angerichtet werden soll.

Das Gericht blieb mit dem verhängten Strafmaß unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Angeklagten eine "militant- linksextremistische Ideologie" bescheinigt hatte. Für die aus Kassel in Hessen stammende junge Frau hatte sie acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

Der Generalbundesanwalt warf den Beschuldigten Lina E. vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Kronzeuge hatte sie belastet. Er berichtete von regelmäßigen Trainings für die Angriffe. Laut Anklage wurden 13 Menschen verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Die Beschuldigten hätten den demokratischen Rechtsstaat ebenso abgelehnt wie das staatliche Gewaltmonopol, lautete eine weitere Anschuldigung. In seinen Vorbemerkungen ging Schläuter-Staats auf die brutalste Tat ein: Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter, der im Leipziger Szene-Viertel Connewitz arbeitete und nur "die falsche Mütze am falschen Ort trug", wie Schläuter-Staats es ausdrückte. Denn das Label der Mütze ist bei Rechtsextremen beliebt. Der Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen. Die Tat zeige, wohin militanter Antifaschismus führe könne, sagte der Vorsitzende Richter.

Das Gericht sah auch den Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Dafür spreche nicht nur der übergeordnete Zweck der Gruppierung und die fortdauernde Begehung von Straftaten. Es habe auch ein Mindestmaß an verfestigten organisatorischen Strukturen gegeben.

Was Sicherheitsbehörden nun umtreibt, ist nicht zuerst die unmittelbare Reaktion auf das Urteil. Experten befürchten eine Radikalisierung der linken Szene und sehen seit längerem Belege dafür, etwa was das Vorgehen gegen "politische Gegner" betrifft. Laut Verfassungsschutz sinkt die Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt immer mehr, von einer "besorgnisregenden Entwicklung" ist die Rede. Es gehe nicht mehr nur um Sachbeschädigungen, sondern um gezielte Attacken auf Personen. Selbst deren Tod werde in Kauf genommen.

Dirk Münster, Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus- Abwehrzentrums beim Landeskriminalamt Sachsen, misst dem Verfahren gegen Lina E. große Bedeutung zu. "Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen", sagte er kürzlich einer Zeitung. Tatsächlich gibt es Ermittlungen gegen weitere Personen aus dem Umkreis von E. Einige von ihnen sind abgetaucht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Subject: STRAFZUMESSUNG (94%); GERICHTSURTEILE (92%); VERURTEILUNGEN (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RICHTER (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); AUSSCHREITUNGEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); TOD & STERBEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); ZEUGEN (76%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

"Sogar Tod der Opfer in Kauf genommen"; Sie jagten Rechtsextreme und schlugen zu: Haftstrafen für linksextreme Gewalttäter / Vollzug bei Hauptangeklagter wird a....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (74%); BREMEN, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Toxisches Gebilde der Rechten in der Lausitz; Politik Rechtsextremisten in der Lausitz und selbsternannte autonome Antifaschisten sind gefährlich für die Demokratie. Die Linke in Cottbus distanziert sich von Gewalt, beklagt aber eine fehlende linke Szene in Brandenburg. Von Kevin Santy

Lausitzer Rundschau

Dienstag 18. Juli 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: LOKALES; S. 17; Band 72; Ausg. 165

Length: 935 words

Body

Anfang Juni ist es in Leipzig rund um einen Gerichtsprozess gegen die mutmaßlich linksextreme Studentin Lina E. zu schweren nächtlichen Ausschreitungen gekommen. Bis zum frühen Morgen wurden an die 1000 Menschen festgehalten, ihre Identitäten festgestellt. Diesen Personen, von denen sich viele selbst als „Antifaschisten“ bezeichnen, wird inzwischen schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Unter den Beschuldigten sind auch acht Bürger mit festem Wohnsitz in Brandenburg, bestätigt Josephin Heilmann, die Sprecherin der Polizeidirektion Leipzig.

„Hätten sie geschaut, wer davon in Brandenburg geboren ist, wären das viel mehr gewesen“, sagt Cornelia Meißner, Kreisgeschäftsführerin der Partei Die Linke in Cottbus. Meißner und der Linke-Kreisvorsitzende Christopher Neumann distanzieren sich entschieden von der Gewalt als Mittel des Protestes. Dennoch ist der Kampf gegen rechtsextreme Netzwerke für die beiden ein zentraler Teil der Linkspartei.

Gerade 140 Kilometer von Leipzig entfernt sei die linke Szene in Cottbus aber kaum präsent. Linke wollten offenbar nicht in der Region leben. Mitunter werde es für Menschen mit linker Gesinnung auch gefährlich. Dabei sei der Kampf gegen rechtsextreme Netzwerke wichtig, sagen Neumann und Meißner. Denn die neue Rechte dringt in der Lausitz immer weiter in die Mitte der Gesellschaft vor.

In Südbrandenburg ist seit Jahren ein Netzwerk aus alten und neuen Rechtsextremisten, Kampfsportlern, Unternehmern, Türstehern, Hassmusikern und Hooligans aktiv. Cottbus und Spree-Neiße sind laut Landesverfassungsschutz rechtsextremistische Hochburgen. Jörg Müller, Leiter des Brandenburger Verfassungsschutzes, bezeichnet die gut vernetzte und wirtschaftlich stark aufgestellte Szene als „toxisches Gebilde“. Denn in der Lausitz erschließen sich Rechtsextreme vor allem eines: lukrative, neue Geschäftszweige. Für Neumann ist der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus aber kein linkes oder linksextremistisches Thema. Ihm und Meißner geht es darum, wachsenden rechtsextremen Strukturen in ihrer Heimat etwas entgegenzusetzen. Ohne Gewalt.

Bei den Demos in Leipzig sei einiges schiefgelaufen, auf beiden Seiten, stellt Neumann fest. In der Lausitz stellten sich immer weniger Menschen den Rechtsextremisten entgegen, sagen sie. „Wenn sich das weiter so entwickelt,

Toxisches Gebilde der Rechten in der Lausitz; Politik Rechtsextremisten in der Lausitz und selbsternannte autonome Antifaschisten sind gefährlich für die Demokr....

ziehe ich auch von hier weg“, sagt Meißner. Zu dominant sind ihr die rechtsextremen Strukturen in Südbrandenburg geworden. Wer jung und links ist, zieht eher nach Berlin oder Leipzig. Die linke Szene sei in der Lausitz klein.

Der Politologe Axel Bremermann beobachtet, dass selbst innerhalb Südbrandenburgs ein Gefälle zwischen Stadt und Land herrscht. In Cottbus selbst gibt es sehr wohl eine linke Szene, sagt er. Dabei komme es auch immer darauf an, was man als linke Szene ansehe. Militante Gruppen, wie man sie in Leipzig beobachten konnte, gibt es in der Stadt nicht. Menschen, die sich gegen Rechtsextreme stark machten, aber schon. Beispielsweise habe sich das im Jahr 2015 gezeigt, als die große Flüchtlingswelle auch in Cottbus ankam. Damals haben viele Menschen Initiative gezeigt, den Geflüchteten zu helfen.

Meißner war selbst erst nach den Aufmärschen fremdenfeindlicher Gruppierungen im Jahr 2015 als Teil des Cottbuser Aufbruchs aktiv geworden. Unter dem Motto „Cottbus ist bunt“ versteht sich der Cottbuser Aufbruch als ein parteiübergreifendes und überkonfessionelles Bündnis gegen Rassismus und gegen rechtsextremistische Umtriebe. Meißner sagt, sie habe einfach etwas gegen die menschenverachtenden Parolen unternehmen wollen. Antifaschismus und der Kampf gegen die extreme Rechte aber dürften auf keinen Fall gleichgesetzt werden mit Linksextremismus.

Neumann und Meißner glauben, dass es wichtig bleibt, Signale zu setzen. Aktuelle Politik hole die Menschen nicht ab, die rechtsextremen Gruppierungen hingegen würden zielgerichtet auf Probleme und Missstände reagieren, ohne selbst Lösungen anzubieten. Wie man Menschen, die mit rechtsextremen Narrativen argumentieren, am besten abholen könne, das wissen auch Cornelia Meißner und Christopher Neumann nicht so richtig. Auch mit ihren eigenen Aktionen machten sie sich nicht nur Freunde. Meißner und Neumann berichten von Anfeindungen in Form von Bedrohungen und Beleidigungen, im Umfeld auch in Form extremer körperlicher Gewalt.

Macht man sich heute gegen rechtsextremes Gedankengut stark, wie zwei Lehrer in Burg, gelte man schnell als „Nestbeschmutzer“. Meißner nennt das eine „Täter-Opfer-Umkehr“. Gegen solche festen Strukturen anzugehen, das sei eine Form des Antifaschismus. Linksextremismus hingegen spiele in der Lausitz gar keine Rolle.

Politologe Bremermann spricht von einem starken Spannungsverhältnis. Gut sichtbar wird es an dem „Stickerkampf“ in der Stadt. Überall sehe man rechtsextreme Inhalte in der Stadt angeklebt. Aber auch da gibt es Gegenbewegung“, sagt der Politologe. Als beispielsweise 2015 Sticker auftauchten, auf denen der Cottbuser Krebs mit dem Schriftzug „Cottbus bleibt deutsch“ untertitelt war, folgten bald Sticker mit einem „bunten Krebs“ mit der Aufschrift „Cottbus bleibt bunt“. Dennoch, so Bremermann, gehe von rechts eine Bedrohung und ein Gewaltpotenzial aus, wie man es von links nicht kenne.

Tatsächlich bestätigt auch die Polizeidirektion Süd in Cottbus, dass Linksextremismus in Südbrandenburg eine eher untergeordnete Rolle spielt. „Die größte Gefahr für die Demokratie kommt von rechts. Das gilt nicht nur für Südbrandenburg, sondern für ganz Ostdeutschland und auch für die gesamte Bundesrepublik“, sagt Polizeisprecher Maik Kettlitz.

Toxisches Gebilde der Rechten in der Lausitz; Politik Rechtsextremisten in der Lausitz und selbsternannte autonome Antifaschisten sind gefährlich für die Demokr....



Toxisches Gebilde der Rechten in der Lausitz; Politik Rechtsextremisten in der Lausitz und selbsternannte autonome Antifaschisten sind gefährlich für die Demokr....



[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Graphic

Linke Demonstrationen in Leipzig wurden Anfang Juni von der Polizei aufgelöst. Auch Brandenburger wurden festgenommen.

Kreisgeschäftsführerin Meißner und Kreisvorsitzender Neumann der Linkspartei Cottbus.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Toxisches Gebilde der Rechten in der Lausitz; Politik Rechtsextremisten in der Lausitz und selbsternannte autonome Antifaschisten sind gefährlich für die Demokr....

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); FLÜCHTLINGE & VERTRIEBENE (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); GERICHTSPROZESSE (78%); NEGATIVE GESELLSCHAFTLICHE NACHRICHTEN (78%); POLITIKWISSENSCHAFTEN (78%); POLITISCHE PARTEIEN (70%)

Industry: DRUCKINDUSTRIE (73%)

Geographic: COTTBUS, DEUTSCHLAND (92%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%); BRANDENBURG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Bürstädter Zeitung (Germany)

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung

Unsere Zeitung!

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 309 words

Body

LEIPZIG (dpa). Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich vor dem "Tag X" der linksautonomen Szene um die Sicherheit in der Stadt. "Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien. Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein", sagte der SPD-Politiker am Freitag.

Die für diesen Samstag geplante "Tag X"-Demo nach dem Linksextremismus-Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt allerdings untersagt. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am Freitagabend einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen, teilte ein Gerichtssprecher mit. Insofern erweise sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend. Die Polizei bereitet sich gleichwohl weiterhin auf einen Großeinsatz vor.

Die Stadt Leipzig hatte die geplante "Tag X"-Demo mit dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Laut Polizei gibt es auch Gewaltandrohungen und Aufrufe zur Militanz.

Bei Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz sind bereits am Freitagabend mehrere Fahrzeuge beschädigt worden. Zudem seien Polizisten mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen worden, erklärte eine Sprecherin der Polizei.

Der "Tag X" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und den drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Das Quartett war vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); GERICHTSHÖFE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); POLITIK (79%); AUSSCHREITUNGEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); STRAFZUMESSUNG (77%); VERURTEILUNGEN (77%); VERHAFTUNGEN (76%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); SOCIAL MEDIA (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (72%)

Industry: SOCIAL MEDIA (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Kommentare : Ohne Gewalt

Oberhessische Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten

Oberhessische Zeitung

Section: POLITIK; ; S. 2

Length: 291 words

Byline: Helen-Phoebe Schuckert zum Fall Lina E.

Body

Weil sie und zwei weitere Angeklagte rechtsextreme Personen angriffen und verletzten, wurde die 28-jährige Lina E. aus Kassel vor dem Oberlandesgericht Dresden verurteilt. Als Reaktion auf das Urteil rief die linksextreme Szene zu Protesten auf.

Es sei ein politisch motivierter Prozess gewesen und Lina E. ein Opfer staatlicher Repression. Vor allem letztere Behauptung ist anmaßend. Denn würden Neonazis Antifaschisten angreifen, würden diese wohl auch fordern, dass der Staat mit aller Macht dagegen vorgeht. Der Rechtsstaat besitzt das Gewaltmonopol. Linke Aktivisten von einer Strafe zu verschonen, weil sie Faschismus und Nationalsozialismus mit Gewalt bekämpfen, wäre schlachtweg falsch. Um dieser Auffassung zu sein, muss man nicht Anhänger des rechten Gedankenguts sein. Wir leben in Deutschland in einem Rechtsstaat, und das ist auch gut so. Jeder, der sich nicht an dieses Prinzip hält und Gewalttaten ausübt, seien diese politisch oder religiös motiviert, muss damit rechnen, für seine Taten gradestehen zu müssen. Es muss jedoch gewährt sein, dass Gewalttaten aus den unterschiedlichsten Spektren gleichermaßen streng geahndet werden. Es kann also nicht sein, dass rechter Extremismus vom Staat weniger verfolgt wird als linker. Dass sich die linke Szene nun darstellt, als sei sie Opfer einer Hexenjagd, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die tatsächlich für eine freie Meinungsäußerung kämpfen. Denn wie der Vorsitzende Richter, Hans Schlüter-Staats, bei der Urteilsverkündung betonte, ist es durchaus ehrenwert, gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Das geht aber auch ohne Gewalt, beispielsweise durch Demonstrationen und Präventionsarbeit und indem man die Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und Sprache zur Anzeige bringt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE

Kommentare : Ohne Gewalt

NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); RICHTER (78%); MEINUNGSFREIHEIT (72%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (74%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Leipzig kommt nicht zur Ruhe; Tagelange Krawallen von Linksradikalen - Harter Polizeieinsatz sorgt für Kritik

Kölnische Rundschau

05. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: POL; S. 4; Ausg. 128

Length: 794 words

Byline: dpa

Body

Leipzig. Dutzende Verletzte, brennende Barrikaden und Autos, etwa 30 Festnahmen: In Leipzig hat es das über ganze Wochenende Auseinandersetzungen zwischen Linksradikalen und der Polizei gegeben. Anlass war weiterhin das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vom Mittwoch. Aus einer zunächst friedlichen Demonstration mit weit mehr als 1500 Menschen wurden am Samstagabend Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Die Einsatzkräfte kesselten rund 1000 Demonstranten ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte an, die linksextreme Szene im Blick zu behalten. Doch neben Zustimmung zum Vorgehen der Polizei gab es auch heftige Kritik.

"Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern ist durch nichts zu rechtfertigen", erklärte Faeser am Sonntag. "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden." Die Sicherheitsbehörden würden die gewaltbereite linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter genau im Fokus behalten und konsequent einschreiten, wenn es zu Straf- und Gewalttaten komme.

Verletzte auf beiden Seiten

Bei den "massiven Ausschreitungen" sind laut Polizei etwa 50 Beamte verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben, sagte Leipzigs Polizeipräsident René Demmler - die genaue Zahl konnte er nicht beziffern. Ermittlungen laufen bei der Polizei etwa wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten. Außer den Festnahmen seien 40 bis 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Zudem mussten die Eingekesselten teils über Stunden ausharren, damit die Polizei ihre Identitäten registrierte. "Kurz nach 5 Uhr stellten die Bearbeitungsstrups die letzte Identität fest", hieß es.

Stadtverwaltung und Polizei verteidigten das Vorgehen. Leider hätten sich Gewalttäter unter die friedfertig angekündigte Demonstration gemischt und diese instrumentalisiert, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Demmler sprach von "viel sinnloser, extremer Gewalt". Es sei erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte die "erfolgreiche Einsatzbewältigung in einer besonders herausfordernden Lage".

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: "So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." Das

Leipzig kommt nicht zur Ruhe; Tagelange Krawallen von Linksradikalen - Harter Polizeieinsatz sorgt für Kritik

Einsatzkonzept in Leipzig habe Schlimmeres verhindert. "Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt." Die Beschwerden aus linken Kreisen seien zynisch und unglaublich.

Doch es gab deutliche Kritik am Vorgehen der Polizei. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linken im sächsischen Landtag, Marco Böhme, kritisierte, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" einer Solidaritätsdemonstration eskalieren lassen. SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sprach von einer "provokierenden Herangehensweise" der Polizei. Sie sei beim Abdrängen umstehender Menschen mit unnötiger Härte vorgegangen und habe viele Menschen stundenlang eingekesselt. Die Linksfraktion will den Einsatz nun zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen. "Die Hintergründe der Grundrechtsverletzungen, besonders der Kessel, sind aufklärungsbedürftig."

Anlass für die Krawalle war das Urteil gegen **Lina E.** und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis, bei denen mehrere Menschen teils schwer verletzt worden waren. Die 28-Jährige war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden, kam aber vorerst auf freien Fuß.

Eine für Samstag geplante "Tag X"-Solidaritätsdemonstration, für die bundesweit mobilisiert worden war, hatte die Stadt untersagt. Schon in der Nacht zu Samstag war es in der Stadt zu Auseinandersetzungen Linksradikaler mit der Polizei gekommen. Die Polizei war am Wochenende mit einem Großaufgebot samt Wasserwerfern und Hubschrauber in der Stadt. Der Einsatz dauerte am Sonntag an, die Polizei war auf weitere Störungen eingestellt. (dpa)

"Rote Insel" Leipzig-Connewitz

Schwerpunkt der Krawalle am Wochenende war der Leipziger Stadtteil Connewitz. In den vergangenen Jahren war es hier wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Das Altbauviertel mit gut 20 000 Einwohnern ist zu einem Schutzraum für alternative Lebensentwürfe inklusive Selbsthilfe- und Kulturszene geworden. Viele linksgerichtete junge Leute flohen vor der dominanten rechten Szene aus sächsischen Kleinstädten auf die "rote Insel" Connewitz. Immer wieder marschierten aber auch Neonazis durch das Viertel und machten Jagd auf Andersdenkende. Höhepunkt war ein organisierter Überfall Hunderter Rechtsextremisten im Januar 2016. (EB)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); BÜRGERMEISTER (76%); BEAMTE (74%); ERMITTLEMENTEN (73%); REGIERUNGSKABINETTS (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (65%); STÄDTE (64%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Leipzig kommt nicht zur Ruhe; Tagelange Krawallen von Linksradikalen - Harter Polizeieinsatz sorgt für Kritik

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 1

Length: 309 words

Body

LEIPZIG (dpa). Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich vor dem "Tag X" der linksautonomen Szene um die Sicherheit in der Stadt. "Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien. Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein", sagte der SPD-Politiker am Freitag.

Die für diesen Samstag geplante "Tag X"-Demo nach dem Linksextremismus-Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt allerdings untersagt. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am Freitagabend einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen, teilte ein Gerichtssprecher mit. Insofern erweise sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend. Die Polizei bereitet sich gleichwohl weiterhin auf einen Großeinsatz vor.

Die Stadt Leipzig hatte die geplante "Tag X"-Demo mit dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Laut Polizei gibt es auch Gewaltandrohungen und Aufrufe zur Militanz.

Bei Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz sind bereits am Freitagabend mehrere Fahrzeuge beschädigt worden. Zudem seien Polizisten mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen worden, erklärte eine Sprecherin der Polizei.

Der "Tag X" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und den drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Das Quartett war vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Journal Code: LPHZ

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); GERICHTSHÖFE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); POLITIK (79%); AUSSCHREITUNGEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); STRAFZUMESSUNG (77%); VERURTEILUNGEN (77%); VERHAFTUNGEN (76%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); SOCIAL MEDIA (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (72%)

Industry: SOCIAL MEDIA (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Kommentare : Ohne Gewalt

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 2

Length: 291 words

Byline: Helen-Phoebe Schuckert zum Fall Lina E.

Body

Weil sie und zwei weitere Angeklagte rechtsextreme Personen angriffen und verletzten, wurde die 28-jährige Lina E. aus Kassel vor dem Oberlandesgericht Dresden verurteilt. Als Reaktion auf das Urteil rief die linksextreme Szene zu Protesten auf.

Es sei ein politisch motivierter Prozess gewesen und Lina E. ein Opfer staatlicher Repression. Vor allem letztere Behauptung ist anmaßend. Denn würden Neonazis Antifaschisten angreifen, würden diese wohl auch fordern, dass der Staat mit aller Macht dagegen vorgeht. Der Rechtsstaat besitzt das Gewaltmonopol. Linke Aktivisten von einer Strafe zu verschonen, weil sie Faschismus und Nationalsozialismus mit Gewalt bekämpfen, wäre schlichtweg falsch. Um dieser Auffassung zu sein, muss man nicht Anhänger des rechten Gedankenguts sein. Wir leben in Deutschland in einem Rechtsstaat, und das ist auch gut so. Jeder, der sich nicht an dieses Prinzip hält und Gewalttaten ausübt, seien diese politisch oder religiös motiviert, muss damit rechnen, für seine Taten gradestehen zu müssen. Es muss jedoch gewährt sein, dass Gewalttaten aus den unterschiedlichsten Spektren gleichermaßen streng geahndet werden. Es kann also nicht sein, dass rechter Extremismus vom Staat weniger verfolgt wird als linker. Dass sich die linke Szene nun darstellt, als sei sie Opfer einer Hexenjagd, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die tatsächlich für eine freie Meinungsäußerung kämpfen. Denn wie der Vorsitzende Richter, Hans Schlüter-Staats, bei der Urteilsverkündung betonte, ist es durchaus ehrenwert, gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Das geht aber auch ohne Gewalt, beispielsweise durch Demonstrationen und Präventionsarbeit und indem man die Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und Sprache zur Anzeige bringt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE

Kommentare : Ohne Gewalt

NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); RICHTER (78%); MEINUNGSFREIHEIT (72%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Heftige Krawalle bei linker Demo in Leipzig

Stuttgarter Nachrichten

Montag 20. September 2021

Copyright 2021 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: NACH; S. 2

Length: 290 words

Byline: dpa

Highlight: Demonstranten attackieren Polizeidirektion und Banken. Leipziger OB verurteilt die Ausschreitungen.

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig Bei der größten radikal linken Demonstration seit Jahren in Leipzig ist es am Samstag zu Ausschreitungen gekommen. Während des Aufzugs von der Innenstadt in den Leipziger Süden wurden mehrere Bankgebäude mit Steinen beworfen. Gegen die Fassade der Polizeidirektion Leipzig flogen Flaschen und Böller. Auf einem Banner wurde der Chef der Extremismus-Einheit der sächsischen Polizei bedroht. Nach dem offiziellen Ende entzündeten Vermummte im Stadtteil Connewitz eine große Barrikade und ein weiteres Feuer auf der Straße. An der Demo unter dem Motto „Wir sind alle LinX“ hatten sich mehrere Tausend Menschen beteiligt. Es war bundesweit mobilisiert worden.

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) kritisierte die Demonstration am Sonntag scharf. „Steinwürfe, Brandstiftung, verletzte Polizisten - diese Demonstration war nicht friedlich. Erschreckend: Auf einem Hass-Transparent wird an die Morde der linksterroristischen RAF angespielt. Von dieser Demonstration müssen sich Demokraten distanzieren“, erklärte der SPD-Politiker. Der Generalsekretär der sächsischen CDU, Alexander Dierks, bezeichnete die Ereignisse als „inakzeptabel“. Wieder einmal sei Leipzig „in Geiselhaft von Linksextremen genommen“ worden. Grünen-Chef Robert Habeck sagte, so wie Mordaufrufe auf Plakaten von rechts nicht hinnehmbar seien, könne man auch Morddrohungen gegen Polizisten nicht einfach hinnehmen.

Laut Polizei beteiligten sich in der Spitze bis zu 3500 Menschen an der Demonstration, die Organisatoren sprachen von 6000. Anlass war der Prozess gegen die Leipziger Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Attacken auf mutmaßliche Rechte.dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Heftige Krawalle bei linker Demo in Leipzig

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); BRANDSTIFTUNG (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); TÖTUNGSDELIKTE (78%); POLITIK (75%); GEISELNAHME (73%); GERICHTSPROZESSE (73%); MORD (73%); BÜRGERMEISTER (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 20, 2021

End of Document

"Nicht alle Menschen vertrauen der Polizei"; Julia Höller, innenpolitische Expertin der Grünen in NRW, will organisierte Kriminalität bekämpfen, wendet sich aber gegen Diskriminierung

Kölner Stadt-Anzeiger

10. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: RG; S. 8; Ausg. 132

Length: 961 words

Byline: GERHARD VOGT

Body

Frau Höller, seit einem Jahr gibt es die schwarz-grüne Koalition in NRW. Wie oft hat es in der Innenpolitik mit Innenminister Herbert Reul (CDU) gekracht?

JULIA HÖLLER: Wir diskutieren viel, und es ist klar, dass Grüne und CDU in der Innenpolitik weitere Wege gehen müssen als in anderen Bereichen, um eine gemeinsame Position zu finden. Aber das Miteinander ist gut und wir arbeiten sehr vertrauensvoll zusammen. Ich telefoniere oft mit Herbert Reul, um eine gemeinsame Position zu finden.

Herbert Reul ist wegen seiner Null-Toleranz-Linie für viele Grüne eine Reizfigur. Wie kommen Sie persönlich mit ihm klar?

Ich schätze Herbert Reul. Ich kann mir vorstellen, dass die Diskussionsfreudigkeit der Grünen für ihn sicher oft eine Herausforderung ist. Wir sind diejenigen, die die Perspektive der Bürgerrechte in die Landespolitik einbringen. Die Opposition fällt in dem Thema komplett aus. Am Ende profitieren alle von den gemeinsamen Lösungen. Unsere Innenpolitik ist sachorientiert und baut auf Fakten auf.

Zuletzt gab es unterschiedliche Auffassungen über den Umgang mit der Polizei-Dozentin Bahar Aslan, die Beamten Rassismus vorgeworfen hat ...

Der Tweet von Frau Aslan war nicht gut formuliert und ich kann gut nachvollziehen, wenn Polizistinnen und Polizisten sich pauschal angegriffen fühlen. Aber die Debatte zeigt, dass wir uns dringend mit Rassismus in der gesamten Gesellschaft beschäftigen müssen.

Hat Frau Aslan in der Sache recht?

Menschenfeindliche Einstellung gibt in allen Teilen der Gesellschaft, das macht auch vor der Polizei nicht halt. Deshalb ist es wichtig, Menschen mit Rassismuserfahrungen in die Polizeiausbildung einzubinden. Ich bin froh,

"Nicht alle Menschen vertrauen der Polizei"; Julia Höller, innenpolitische Expertin der Grünen in NRW, will organisierte Kriminalität bekämpfen, wendet sich abe....

dass jetzt Gespräche mit Frau Aslan geführt wurden. Twitter ist nicht der richtige Ort, um differenzierte Rassismusdebatten zu führen.

Bei der Tötung eines 16-jährigen Asylbewerbers durch die Polizei in Dortmund wurde der Polizei von Migrantenvertretern Rassismus unterstellt. Wurden die richtigen Konsequenzen gezogen?

Es ist wichtig, dass alle Menschen der Polizei vertrauen. Das ist offenbar aus unterschiedlichen Gründen nicht bei allen der Fall. Wir begrüßen, dass im Einsatztraining für den Wachdienst ein neuer Schwerpunkt gesetzt wird. Dort wird ein Fokus auf den Umgang mit psychisch Erkrankten gesetzt. Das ist auch wichtig für den Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten im Dienst. Wir werden zudem einen stärkeren Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit Rassismus in der Fortbildung legen. Es ist überdies gut, dass wir künftig einen Polizeibeauftragten beim Landtag haben werden, an den sich Betroffene wenden können, die sich falsch behandelt fühlen - das war ein wichtiges Anliegen der Grünen.

In Dortmund kamen auch Taser zum Einsatz - und waren wirkungslos. Haben Taser bei der Polizei eine Zukunft?

Taser können für Spezialkräfte ein sinnvolles Einsatzmittel sein. In dynamischen Situationen birgt die Verwendung nach meiner Einschätzung mehr Risiken als Nutzen. Deswegen werden wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, 2024 auf Basis einer Evaluierung über die Weiterverwendung entscheiden. Grundsätzlich gilt, dass Kommunikation und Deeskalation Haupteinsatzmittel der Polizei NRW sind. Für Einsätze bei Versammlungen ist dieser Grundsatz in der sogenannten NRW-Linie festgehalten, die bereits seit vielen Jahren erfolgreich angewendet wird. Es ist wichtig, dass die Beamtinnen und Beamten entsprechend geschult werden. Die Polizei muss aber natürlich auch dafür ausgestattet sein, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen.

Die Grünen haben ein Problem mit dem Begriff "Clankriminalität". Warum?

Es kann nicht sein, dass zum Beispiel der Tatbestand des Fahrens ohne gültiges Ticket zur Clankriminalität gezählt wird, weil der Täter einen Nachnamen trägt, der einem bestimmten Familienverband zugerechnet wird. Das verfälscht die Statistik und damit die Analysefähigkeit der Polizei, die ihre Ressourcen gezielt einsetzen muss. Wir erleben, dass Kinder in der Schule aufgrund ihres Namens diskriminiert werden. Das darf nicht passieren. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, pauschale Stigmatisierung zu vermeiden. Um es klar zu sagen: Organisierte Kriminalität muss entschieden bekämpft werden. Wir müssen mehr in Prävention investieren.

In Leipzig gab es Krawalle im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Lina E. Die Polizei steht unter anderem wegen einer Einkesselung in der Kritik. Bei dem Beamten waren auch NRW-Polizisten dabei. Wie sehen Sie den Einsatz?

Mir liegen keine Infos über den konkreten Einsatz in Sachsen vor. Nach meiner Erfahrung gehen die Einheiten aus NRW im Bundesländervergleich eher deeskalierend vor.

Der Chef der Grünen Jugend bezweifelt, dass die Justiz im Fall Lina E rechtsstaatlich gehandelt hat - und fordert "Free Lina" ...

Die Grüne Jugend ist eigenständig und der Vorsitzende hat seine eigenen Einschätzungen. Das bedarf keiner Kommentierung von mir.

Die Ampel-Regierung im Bund will Cannabis legalisieren. Gibt es darüber Streit in der NRW-Koalition?

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass wir ein Bundesgesetz zur kontrollierten Cannabis-Abgabe in NRW selbstverständlich umsetzen werden. Noch liegt aber kein Gesetz vor. Wir Grüne erhoffen uns eine Entlastung für die Ermittlungsbehörden und eine bessere Suchtprävention.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE GERHARD VOOGT

Kinder dürfen nicht aufgrund ihres Namens diskriminiert werden

"Nicht alle Menschen vertrauen der Polizei"; Julia Höller, innenpolitische Expertin der Grünen in NRW, will organisierte Kriminalität bekämpfen, wendet sich abe....

ZUR PERSON

Julia Höller wurde 1982 in Hamm geboren. Sie studierte in Bonn Geografie und promovierte im Bereich Katastrophenschutz.

Dem Landtag gehört sie seit 2022 an. Julia Höller ist Vize-Fraktionsvorsitzende und mit dem Grünen Paul Höller verheiratet, der als Staatssekretär im von Mona Neubaur geführten NRW-Wirtschaftsministerium tätig ist.

Foto: Neele Janssen

Twitter ist nicht der Ort, um über Rassismus zu debattieren

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: POLITIK (92%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); DISKRIMINIERUNG (89%); POLITISCHE DEBATTEN (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (76%); REGIERUNGSKABINETTS (73%); POLIZEIKRÄFTE (60%); BÜRGERRECHTE (54%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); DORTMUND, DEUTSCHLAND (73%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: June 10, 2023

End of Document

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Wiesbadener Kurier (Germany)

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 1

Length: 309 words

Body

LEIPZIG (dpa). Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich vor dem "Tag X" der linksautonomen Szene um die Sicherheit in der Stadt. "Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien. Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein", sagte der SPD-Politiker am Freitag.

Die für diesen Samstag geplante "Tag X"-Demo nach dem Linksextremismus-Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt allerdings untersagt. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am Freitagabend einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen, teilte ein Gerichtssprecher mit. Insofern erweise sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend. Die Polizei bereitet sich gleichwohl weiterhin auf einen Großeinsatz vor.

Die Stadt Leipzig hatte die geplante "Tag X"-Demo mit dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Laut Polizei gibt es auch Gewaltandrohungen und Aufrufe zur Militanz.

Bei Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz sind bereits am Freitagabend mehrere Fahrzeuge beschädigt worden. Zudem seien Polizisten mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen worden, erklärte eine Sprecherin der Polizei.

Der "Tag X" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und den drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Das Quartett war vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); GERICHTSHÖFE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); POLITIK (79%); AUSSCHREITUNGEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); STRAFZUMESSUNG (77%); VERURTEILUNGEN (77%); VERHAFTUNGEN (76%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); SOCIAL MEDIA (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (72%)

Industry: SOCIAL MEDIA (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Wormser Zeitung (Germany)

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 1

Length: 309 words

Body

LEIPZIG (dpa). Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich vor dem "Tag X" der linksautonomen Szene um die Sicherheit in der Stadt. "Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien. Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein", sagte der SPD-Politiker am Freitag.

Die für diesen Samstag geplante "Tag X"-Demo nach dem Linksextremismus-Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt allerdings untersagt. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am Freitagabend einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen, teilte ein Gerichtssprecher mit. Insofern erweise sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend. Die Polizei bereitet sich gleichwohl weiterhin auf einen Großeinsatz vor.

Die Stadt Leipzig hatte die geplante "Tag X"-Demo mit dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Laut Polizei gibt es auch Gewaltandrohungen und Aufrufe zur Militanz.

Bei Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz sind bereits am Freitagabend mehrere Fahrzeuge beschädigt worden. Zudem seien Polizisten mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen worden, erklärte eine Sprecherin der Polizei.

Der "Tag X" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und den drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Das Quartett war vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Leipzigs OB besorgt um Sicherheit; Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei gleichwohl auf Einsatz vorbereitet

Journal Code: WOZ

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); GERICHTSHÖFE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%);
GERICHTSURTEILE (89%); POLITIK (79%); AUSSCHREITUNGEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%);
STRAFZUMESSUNG (77%); VERURTEILUNGEN (77%); VERHAFTUNGEN (76%); DEUTSCHE POLITISCHE
PARTEIEN (74%); SOCIAL MEDIA (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); NEGATIVE SONSTIGE
NACHRICHTEN (72%)

Industry: SOCIAL MEDIA (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND
(89%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Lina E. Soli-Kundgebung eskaliert

Lausitzer Rundschau

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Band 72; Ausg. 126

Length: 85 words

Body

Leipzig. Eine Solidaritätskundgebung für die verurteilte Linksextremistin Lina E. ist in Leipzig eskaliert. Flaschen, Steine und Pyrotechnik seien in Richtung der Einsatzkräfte geworfen worden, teilte die Polizeidirektion mit. Der Versuch, Barrikaden zu errichten, sei durch Beamte unterbunden worden. Die in Leipzig wohnhafte Studentin Lina E. war zuvor vor dem OLG Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden – ist aber vorerst auf freiem Fuß. →epd

[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Subject: VERURTEILUNGEN (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (86%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 1, 2023

KommentarE : Ohne Gewalt

Bürstädter Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung

Unsere Zeitung!

Section: POLITIK; ; S. 2

Length: 291 words

Byline: Helen-Phoebe Schuckert zum Fall Lina E.

Body

Weil sie und zwei weitere Angeklagte rechtsextreme Personen angriffen und verletzten, wurde die 28-jährige Lina E. aus Kassel vor dem Oberlandesgericht Dresden verurteilt. Als Reaktion auf das Urteil rief die linksextreme Szene zu Protesten auf.

Es sei ein politisch motivierter Prozess gewesen und Lina E. ein Opfer staatlicher Repression. Vor allem letztere Behauptung ist anmaßend. Denn würden Neonazis Antifaschisten angreifen, würden diese wohl auch fordern, dass der Staat mit aller Macht dagegen vorgeht. Der Rechtsstaat besitzt das Gewaltmonopol. Linke Aktivisten von einer Strafe zu verschonen, weil sie Faschismus und Nationalsozialismus mit Gewalt bekämpfen, wäre schlichtweg falsch. Um dieser Auffassung zu sein, muss man nicht Anhänger des rechten Gedankenguts sein. Wir leben in Deutschland in einem Rechtsstaat, und das ist auch gut so. Jeder, der sich nicht an dieses Prinzip hält und Gewalttaten ausübt, seien diese politisch oder religiös motiviert, muss damit rechnen, für seine Taten gradestehen zu müssen. Es muss jedoch gewährt sein, dass Gewalttaten aus den unterschiedlichsten Spektren gleichermaßen streng geahndet werden. Es kann also nicht sein, dass rechter Extremismus vom Staat weniger verfolgt wird als linker. Dass sich die linke Szene nun darstellt, als sei sie Opfer einer Hexenjagd, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die tatsächlich für eine freie Meinungsäußerung kämpfen. Denn wie der Vorsitzende Richter, Hans Schlüter-Staats, bei der Urteilsverkündung betonte, ist es durchaus ehrenwert, gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Das geht aber auch ohne Gewalt, beispielsweise durch Demonstrationen und Präventionsarbeit und indem man die Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und Sprache zur Anzeige bringt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE

KommentarE : Ohne Gewalt

NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); RICHTER (78%); MEINUNGSFREIHEIT (72%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

OB besorgt um Sicherheit; Gericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei aber vorbereitet

Oberhessische Zeitung (Germany)

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 256 words

Body

LEIPZIG (dpa). Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich vor dem "Tag X" der linksautonomen Szene um die Sicherheit in der Stadt. "Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien. Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein", sagte der SPD-Politiker am Freitag.

Die für diesen Samstag geplante "Tag X"-Demo nach dem Linksextremismus-Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt allerdings untersagt. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am Freitagabend einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen, teilte ein Gerichtssprecher mit. Insofern erweise sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend. Die Polizei bereitet sich gleichwohl weiterhin auf einen Großeinsatz vor.

Die Stadt Leipzig hatte die geplante "Tag X"-Demo mit dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. Grundlage dafür sind Gefahrenprognosen der Polizei und Lageeinschätzungen des Verfassungsschutzes.

In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Laut Polizei gibt es auch Gewaltandrohungen und Aufrufe zur Militanz.

Der "Tag X" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und den drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); GERICHTSHÖFE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%);

OB besorgt um Sicherheit; Gericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei aber vorbereitet

POLITIK (79%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); SOCIAL MEDIA (73%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (72%)

Industry: SOCIAL MEDIA (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); HESSEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Gefahr aus allen Richtungen; Raimund Neuß zu IS-Razia und Dresdner Linksextremisten

Kölnische Rundschau

01. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: POL; DEBATTE / KOMMENTAR; S. 2; Ausg. 125

Length: 268 words

Byline: RAIMUND NEUSS

Highlight: DEBATTE / KOMMENTAR

Body

Als größte extremistische Gefahr für die Menschen in diesem Land hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser jüngst erneut den Rechtsextremismus bezeichnet. Das trifft nach derzeitiger Datenlage auch zu. Die Razzia gegen Unterstützer der IS-Terrormiliz und der Fall des linksextremistischen Schlägertrupps um die Dresdnerin Lina E. belegen aber, dass unsere Demokratie nach wie vor auch von anderer Seite bedroht wird.

Gerade einmal sechseinhalb Jahre ist der bisher schwerste islamistische Anschlag in Deutschland her, der an der Berliner Gedächtniskirche. Ja, durch die Zerschlagung des bisher vom IS kontrollierten staatsähnlichen Gebildes auf syrischem und irakischem Boden hat der islamistische Terrorismus eine wichtige Basis verloren.

Die Strukturen, über die Geld gesammelt und Personen angeworben werden, sind aber intakt. Ein Geflecht, das - wie die Festnahmen im Rheinland zeigen - bis vor unsere Haustür reicht. Und in Afrika, in der Sahelzone, bahnen sich Festjahre für islamistische Milizen an, befördert durch die von Russland und seine Wagner-Söldner betriebene Destabilisierung.

Umso mehr müssen unsere Sicherheitsbehörden in alle Richtungen blicken, nach rechts, nach links und in die Abgründe der durch religiöse und/oder aus dem Ausland importierte Ideologien motivierten Gewalt. Peinlich, wie sich die Jugendorganisation der Grünen vom Urteil gegen die Linksextremistin E. distanziert. Einseitige Fixierung ist gefährlich, wie die Vergangenheit lehrt: Lange überlagerte der Kampf gegen den Islamismus die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten. So eine Teilblindheit darf nicht wieder vorkommen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Gefahr aus allen Richtungen; Raimund Neuß zu IS-Razia und Dresdner Linksextremisten

Subject: ISLAM & MUSLIME (90%); ISLAMISCHER STAAT IM IRAK UND IN DER LEVANTE (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); TERRORANSCHLÄGE (78%); TERRORISMUS (78%); LEITARTIKEL & KOMMENTARE (73%); PARAMILITÄR & MILIZ (72%); VERHAFTUNGEN (72%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (52%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); IRAK (72%); BERLIN, DEUTSCHLAND (71%); DEUTSCHLAND (59%); SYRIEN (58%); AFRIKA (56%); RUSSISCHE FÖDERATION (54%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

KommentarE : Ohne Gewalt

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 2

Length: 291 words

Byline: Helen-Phoebe Schuckert zum Fall Lina E.

Body

Weil sie und zwei weitere Angeklagte rechtsextreme Personen angriffen und verletzten, wurde die 28-jährige Lina E. aus Kassel vor dem Oberlandesgericht Dresden verurteilt. Als Reaktion auf das Urteil rief die linksextreme Szene zu Protesten auf.

Es sei ein politisch motivierter Prozess gewesen und Lina E. ein Opfer staatlicher Repression. Vor allem letztere Behauptung ist anmaßend. Denn würden Neonazis Antifaschisten angreifen, würden diese wohl auch fordern, dass der Staat mit aller Macht dagegen vorgeht. Der Rechtsstaat besitzt das Gewaltmonopol. Linke Aktivisten von einer Strafe zu verschonen, weil sie Faschismus und Nationalsozialismus mit Gewalt bekämpfen, wäre schlachtweg falsch. Um dieser Auffassung zu sein, muss man nicht Anhänger des rechten Gedankenguts sein. Wir leben in Deutschland in einem Rechtsstaat, und das ist auch gut so. Jeder, der sich nicht an dieses Prinzip hält und Gewalttaten ausübt, seien diese politisch oder religiös motiviert, muss damit rechnen, für seine Taten gradestehen zu müssen. Es muss jedoch gewährt sein, dass Gewalttaten aus den unterschiedlichsten Spektren gleichermaßen streng geahndet werden. Es kann also nicht sein, dass rechter Extremismus vom Staat weniger verfolgt wird als linker. Dass sich die linke Szene nun darstellt, als sei sie Opfer einer Hexenjagd, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die tatsächlich für eine freie Meinungsäußerung kämpfen. Denn wie der Vorsitzende Richter, Hans Schlüter-Staats, bei der Urteilsverkündung betonte, ist es durchaus ehrenwert, gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Das geht aber auch ohne Gewalt, beispielsweise durch Demonstrationen und Präventionsarbeit und indem man die Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und Sprache zur Anzeige bringt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LPHZ

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE

KommentarE : Ohne Gewalt

NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); RICHTER (78%); MEINUNGSFREIHEIT (72%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

OB besorgt um Sicherheit; Gericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei aber vorbereitet

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 256 words

Body

LEIPZIG (dpa). Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich vor dem "Tag X" der linksautonomen Szene um die Sicherheit in der Stadt. "Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien. Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein", sagte der SPD-Politiker am Freitag.

Die für diesen Samstag geplante "Tag X"-Demo nach dem Linksextremismus-Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt allerdings untersagt. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am Freitagabend einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen, teilte ein Gerichtssprecher mit. Insofern erweise sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend. Die Polizei bereitet sich gleichwohl weiterhin auf einen Großeinsatz vor.

Die Stadt Leipzig hatte die geplante "Tag X"-Demo mit dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" am Donnerstag verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. Grundlage dafür sind Gefahrenprognosen der Polizei und Lageeinschätzungen des Verfassungsschutzes.

In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Laut Polizei gibt es auch Gewaltandrohungen und Aufrufe zur Militanz.

Der "Tag X" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und den drei Mitangeklagten wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); GERICHTSHÖFE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%);

OB besorgt um Sicherheit; Gericht bestätigt Verbot der "Tag X"-Demo / Polizei aber vorbereitet

POLITIK (79%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); SOCIAL MEDIA (73%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (72%)

Industry: SOCIAL MEDIA (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Der Fall Lina E.

Stuttgarter Nachrichten

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: POLI; S. 4

Length: 67 words

Byline: dpa

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Â Anlass für die Krawalle war das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis, bei denen mehrere Menschen teils schwer verletzt worden waren.

Die 28-Jährige war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden, kam aber vorerst auf freien Fuß. dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Subject: STRAFZUMESSUNG (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (87%); GERICHTSHÖFE (85%); VERURTEILUNGEN (85%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (54%)

Load-Date: June 4, 2023

"Arm der Clans reicht bis in die Schulen"; CDU-Innenexperte Gregor Golland über ein Jahr Schwarz-Grün, den Einsatz von Tasern und den Umgang mit kriminellen Großfamilien

Kölner Stadt-Anzeiger

15. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: RG; S. 8; Ausg. 136

Length: 814 words

Byline: GERHARD VOGT

Body

Herr Golland, ein Jahr Schwarz-Grün - wie läuft die Zusammenarbeit in der Innenpolitik?

Wir arbeiten gut, reibungslos und konstruktiv zusammen. Ich kann mir vorstellen, dass es bei den Grünen zu Beginn Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit uns gab, weil wir Kriminalität mit konsequenter Innen- und Rechtspolitik bekämpfen. Gerade in der Innenpolitik haben CDU und Grüne unterschiedliche Schwerpunkte, das ist nicht überraschend. Aber wir haben uns trotz mancher Herausforderung nicht auseinanderbringen lassen.

Woran liegt das?

Wir diskutieren schon mal länger, kommen aber in der Sache zu guten Ergebnissen. Ich schätze die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Julia Höller, weil sie durch Ihre Berufserfahrung im Bereich Katastrophenschutz eigenes Fachwissen einbringt. Sie kann ihre Meinung auch innerhalb ihrer eigenen Partei frei äußern, weil sie nicht von Politik abhängig ist. Das begrüße ich grundsätzlich. Ich kann ebenfalls damit leben, dass wir zum Teil von unterschiedlichen ideologischen Ansätzen kommen, zum Beispiel in der Bekämpfung der Clan-Kriminalität.

Die Grünen warnen davor, dass Kinder von Clan-Angehörigen in der Schule stigmatisiert werden . . .

Da habe ich eine andere Sicht auf die Dinge. Der Arm der Clans reicht zum Teil bis in die Schulen hinein, wenn Lehrer und Mitschüler eingeschüchtert und unter Druck gesetzt werden. Wir dürfen die Augen nicht vor der Realität verschließen. Damit treibt man Wähler nur in die Fänge von Radikalen. Es wäre besser, wenn schon viel früher entschlossen gegen kriminelle Clanstrukturen vorgegangen worden wäre. Dann wären diese Strukturen und Probleme heute nicht so groß. Aus falsch verstandener politischer Korrektheit und vermeintlicher Toleranz wurde das Problem lange bewusst ignoriert. Viele Migranten unterstützen aber ausdrücklich unseren Null-Toleranz-Kurs, weil sie fürchten, dass die Clans den Ruf ihrer Communitys insgesamt schädigen, und sie ebenfalls sicher und friedlich leben wollen.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es auch bei der Verwendung von Tasern. Bei dem Polizeieinsatz in Dortmund, bei dem ein 16-Jähriger getötet wurde, waren Taser wirkungslos.

"Arm der Clans reicht bis in die Schulen"; CDU-Innenexperte Gregor Golland über ein Jahr Schwarz-Grün, den Einsatz von Tasern und den Umgang mit kriminellen Gro....

Das Gericht wird aufarbeiten, was bei dem Einsatz schiefgelaufen ist. Der Einzelfall ist für mich kein Beleg dafür, dass der Taser kein gutes Einsatzmittel ist. Fest steht: Seitdem es die Taser gibt, haben wir nachweislich massiv weniger Angriffe auf Polizeibeamte. Er ist ein deeskalatives und enorm wichtiges Einsatzmittel, für das ich persönlich im Landtag lange gekämpft habe.

Die Äußerungen der Polizei-Dozentin Bahar Aslan haben eine Diskussion über Rechtsextremismus bei der Polizei entfacht . . .

Solche Vorwürfe untergraben das Vertrauen in die Polizei. Pauschale und unbelegte Vorwürfe sind zudem völlig unpassend und ungerecht gegenüber den vielen Polizeibeamten mit Migrationshintergrund. Das Fehlverhalten Einzelner muss und wird konsequent geahndet werden. Deshalb darf man die Polizei nicht undifferenziert in eine rechte Ecke stellen.

Sollte Frau Aslan weitere Aufträge von der Polizeihochschule erhalten?

Ich bin strikt dagegen, weil sie in einer anderen Äußerung ausdrücklich mit Linksextremisten sympathisiert hat. Solche Leute sind ungeeignet, Polizisten zu unterrichten.

Die Grünen haben die Einführung eines Polizeiauftragten beim Landtag durchgesetzt. Glauben Sie, dass es viele Beschwerden wegen Rassismus geben wird?

Das muss man abwarten und dann muss es auch bewiesen werden. Fakt ist, dass es schon heute ein funktionierendes Beschwerdemanagement gibt.

Der Chef der Grünen Jugend stellt infrage, dass bei der Verurteilung der linksextremen Aktivistin Lina E. rechtsstaatlich vorgegangen wurde und verlangt "Free Lina". Was sagen sie dazu?

Der Chef der Grünen Jugend ist nicht Mitglied der grünen Landtagsfraktion. Er hat sich damit selbst außerhalb des demokratischen Konsenses ins Abseits gestellt.

Wie ist der Polizeieinsatz in Lützerath aus Ihrer Sicht gelaufen?

Ich habe hohen Respekt davor, dass Mitglieder der Grünen-Fraktion vor Ort waren und so zu einer Deeskalation beigetragen haben. Damit ist es gelungen, die erhitzten Gemüter zumindest teilweise zu beruhigen, und der Einsatz ist insgesamt reibungsloser verlaufen als viele befürchtet haben. Ich selber habe mir auch ein Bild vor Ort gemacht.

Duzen Sie Ihre Fachkollegen von den Grünen?

Ja, schon seit den Koalitionsverhandlungen vor einem Jahr. Als wir nach einem langen Verhandlungsabend das erste Bier miteinander getrunken haben, war das Eis schnell gebrochen.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE GERHARD VOOGT

Seitdem es die Taser gibt, haben wir nachweislich massiv weniger Angriffe auf Polizeibeamte

ZUR PERSON

Gregor Golland (48) sitzt seit 2010 im NRW-Landtag und hat sich als Vertreter eines klaren Null-Toleranz-Kurses profiliert. Der Politiker aus Brühl im Rhein-Erft-Kreis ist stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Golland ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

"Arm der Clans reicht bis in die Schulen"; CDU-Innenexperte Gregor Golland über ein Jahr Schwarz-Grün, den Einsatz von Tasern und den Umgang mit kriminellen Gro....

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); FAMILIE (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (86%); REGIERUNGSKABINETTS (78%); PRIMAR- UND SEKUNDARLEHRER (76%); KATASTROPHENHILFE (75%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (75%); POLIZEIKRÄFTE (67%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); DORTMUND, DEUTSCHLAND (58%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

Kommentar : Härte zeigen

Wiesbadener Kurier (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 2

Length: 300 words

Byline: Jens Kleindienst zum "Tag X" in Leipzig

Body

Mehr als 50 verletzte Polizisten und Demonstranten, 30 Festnahmen, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, etliche angezündete Privatautos, das war bis zum Sonntagabend die unschöne Bilanz von "Tag X" in Leipzig - und es stand zu befürchten, dass es das noch nicht gewesen ist. Man könnte zynisch werden nach den Ereignissen in der sächsischen Metropole: Die gewaltbereiten linken "Antifaschisten" haben geliefert: Nach dem Verbot aller Solidaritätsdemos für die zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte Genossin Lina E. haben sie nicht klein beigegeben, sondern eine Großstadt vorübergehend in Angst und Schrecken versetzt.

Dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazi-Gewalt haben sie damit keinen Dienst erwiesen, im Gegenteil: Sie haben ihn diskreditiert. Wie im Übrigen auch der von Lina E. angeführte Schlägertrupp, der sich laut Gerichtsurteil dazu ermächtigt hatte, Jagd auf echte und vermeintliche Neonazis zu machen. Der Polizei ist es in Leipzig dank eines martialischen Aufgebots wohl gelungen, Schlimmeres zu verhindern. Der Preis dafür war hoch. Faktisch wurde das Demonstrationsrecht in der Stadt für mehrere Tage aufgehoben, mit richterlichem Segen. Die Argumente, dass es dazu keine Alternative gab, haben mehrere 100 Gewaltbereite im Nachgang selbst geliefert. Insofern ist der Leipziger Polizeiführung zuzustimmen, dass es angemessen war, massiv Präsenz zu zeigen. Dennoch ist zu fragen, ob es nötig war, bis zu 1000 Personen für viele Stunden einzukesseln. Machtdemonstrationen dieser Art schweißen die linksautonome Szene zusammen und liefern die nötigen Bilder für die Erzählung vom autoritär-reaktionären Staat. Jedenfalls wünscht man sich von der sächsischen Polizei ein ähnlich entschlossenes Durchgreifen, wenn die nicht weniger gewaltbereite Neonazi-Szene mal wieder aufmarschiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE

Kommentar : Härte zeigen

NACHRICHTEN (78%); RICHTER (76%); STÄDTE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%); STRAFZUMESSUNG (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

KommentarE : Ohne Gewalt

Wormser Zeitung (Germany)

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 2

Length: 291 words

Byline: Helen-Phoebe Schuckert zum Fall Lina E.

Body

Weil sie und zwei weitere Angeklagte rechtsextreme Personen angriffen und verletzten, wurde die 28-jährige Lina E. aus Kassel vor dem Oberlandesgericht Dresden verurteilt. Als Reaktion auf das Urteil rief die linksextreme Szene zu Protesten auf.

Es sei ein politisch motivierter Prozess gewesen und Lina E. ein Opfer staatlicher Repression. Vor allem letztere Behauptung ist anmaßend. Denn würden Neonazis Antifaschisten angreifen, würden diese wohl auch fordern, dass der Staat mit aller Macht dagegen vorgeht. Der Rechtsstaat besitzt das Gewaltmonopol. Linke Aktivisten von einer Strafe zu verschonen, weil sie Faschismus und Nationalsozialismus mit Gewalt bekämpfen, wäre schlichtweg falsch. Um dieser Auffassung zu sein, muss man nicht Anhänger des rechten Gedankenguts sein. Wir leben in Deutschland in einem Rechtsstaat, und das ist auch gut so. Jeder, der sich nicht an dieses Prinzip hält und Gewalttaten ausübt, seien diese politisch oder religiös motiviert, muss damit rechnen, für seine Taten gradestehen zu müssen. Es muss jedoch gewährt sein, dass Gewalttaten aus den unterschiedlichsten Spektren gleichermaßen streng geahndet werden. Es kann also nicht sein, dass rechter Extremismus vom Staat weniger verfolgt wird als linker. Dass sich die linke Szene nun darstellt, als sei sie Opfer einer Hexenjagd, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die tatsächlich für eine freie Meinungsäußerung kämpfen. Denn wie der Vorsitzende Richter, Hans Schlüter-Staats, bei der Urteilsverkündung betonte, ist es durchaus ehrenwert, gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Das geht aber auch ohne Gewalt, beispielsweise durch Demonstrationen und Präventionsarbeit und indem man die Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und Sprache zur Anzeige bringt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RECHTSSTAATLICHKEIT (90%); RICHTER (78%); MEINUNGSFREIHEIT (72%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Urteil Lina E. geht in Revision

Lausitzer Rundschau

Donnerstag 8. Juni 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: THEMA DES TAGES / POLITIK; S. 3; Band 72; Ausg. 131

Length: 84 words

Body

Dresden. Im Dresdner Linksextremismus-Prozess haben Lina E. und drei beschuldigte Männer Revision gegen das vor einer Woche gesprochene Urteil eingelegt. Die Akten würden nun zum Bundesgerichtshof weitergeleitet, teilte eine Sprecherin des Oberlandesgerichtes Dresden am Mittwoch mit. Zuvor müsse jedoch das Urteil des Staatsschutzsenats schriftlich vorliegen. Wie lange das Revisionsverfahren dauern werde, sei offen. Alle vier sind derzeit auf freiem Fuß. →epd

[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); GERICHTSPROZESSE (88%)

Load-Date: June 7, 2023

Kommentar : Härte zeigen

Bürstädter Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung

Unsere Zeitung!

Section: POLITIK; ; S. 2

Length: 300 words

Byline: Jens Kleindienst zum "Tag X" in Leipzig

Body

Mehr als 50 verletzte Polizisten und Demonstranten, 30 Festnahmen, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, etliche angezündete Privatautos, das war bis zum Sonntagabend die unschöne Bilanz von "Tag X" in Leipzig - und es stand zu befürchten, dass es das noch nicht gewesen ist. Man könnte zynisch werden nach den Ereignissen in der sächsischen Metropole: Die gewaltbereiten linken "Antifaschisten" haben geliefert: Nach dem Verbot aller Solidaritätsdemos für die zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte Genossin Lina E. haben sie nicht klein beigegeben, sondern eine Großstadt vorübergehend in Angst und Schrecken versetzt.

Dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazi-Gewalt haben sie damit keinen Dienst erwiesen, im Gegenteil: Sie haben ihn diskreditiert. Wie im Übrigen auch der von Lina E. angeführte Schlägertrupp, der sich laut Gerichtsurteil dazu ermächtigt hatte, Jagd auf echte und vermeintliche Neonazis zu machen. Der Polizei ist es in Leipzig dank eines martialischen Aufgebots wohl gelungen, Schlimmeres zu verhindern. Der Preis dafür war hoch. Faktisch wurde das Demonstrationsrecht in der Stadt für mehrere Tage aufgehoben, mit richterlichem Segen. Die Argumente, dass es dazu keine Alternative gab, haben mehrere 100 Gewaltbereite im Nachgang selbst geliefert. Insofern ist der Leipziger Polizeiführung zuzustimmen, dass es angemessen war, massiv Präsenz zu zeigen. Dennoch ist zu fragen, ob es nötig war, bis zu 1000 Personen für viele Stunden einzukesseln. Machtdemonstrationen dieser Art schweißen die linksautonome Szene zusammen und liefern die nötigen Bilder für die Erzählung vom autoritär-reaktionären Staat. Jedenfalls wünscht man sich von der sächsischen Polizei ein ähnlich entschlossenes Durchgreifen, wenn die nicht weniger gewaltbereite Neonazi-Szene mal wieder aufmarschiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Kommentar : Härte zeigen

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RICHTER (76%); STÄDTE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%); STRAFZUMESSUNG (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Kommentare : Härte zeigen

Oberhessische Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten

Oberhessische Zeitung

Section: POLITIK; ; S. 2

Length: 300 words

Byline: Jens Kleindienst zum "Tag X" in Leipzig

Body

Mehr als 50 verletzte Polizisten und Demonstranten, 30 Festnahmen, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, etliche angezündete Privatautos, das war bis zum Sonntagabend die unschöne Bilanz von "Tag X" in Leipzig - und es stand zu befürchten, dass es das noch nicht gewesen ist. Man könnte zynisch werden nach den Ereignissen in der sächsischen Metropole: Die gewaltbereiten linken "Antifaschisten" haben geliefert: Nach dem Verbot aller Solidaritätsdemos für die zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte Genossin Lina E. haben sie nicht klein beigegeben, sondern eine Großstadt vorübergehend in Angst und Schrecken versetzt.

Dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazi-Gewalt haben sie damit keinen Dienst erwiesen, im Gegenteil: Sie haben ihn diskreditiert. Wie im Übrigen auch der von Lina E. angeführte Schlägertrupp, der sich laut Gerichtsurteil dazu ermächtigt hatte, Jagd auf echte und vermeintliche Neonazis zu machen. Der Polizei ist es in Leipzig dank eines martialischen Aufgebots wohl gelungen, Schlimmeres zu verhindern. Der Preis dafür war hoch. Faktisch wurde das Demonstrationsrecht in der Stadt für mehrere Tage aufgehoben, mit richterlichem Segen. Die Argumente, dass es dazu keine Alternative gab, haben mehrere 100 Gewaltbereite im Nachgang selbst geliefert. Insofern ist der Leipziger Polizeiführung zuzustimmen, dass es angemessen war, massiv Präsenz zu zeigen. Dennoch ist zu fragen, ob es nötig war, bis zu 1000 Personen für viele Stunden einzukesseln. Machtdemonstrationen dieser Art schweißen die linksautonome Szene zusammen und liefern die nötigen Bilder für die Erzählung vom autoritär-reaktionären Staat. Jedenfalls wünscht man sich von der sächsischen Polizei ein ähnlich entschlossenes Durchgreifen, wenn die nicht weniger gewaltbereite Neonazi-Szene mal wieder aufmarschiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE

Kommentare : Härte zeigen

NACHRICHTEN (78%); RICHTER (76%); STÄDTE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%); STRAFZUMESSUNG (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); HESSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Linksextreme: Revision gegen Urteil

Kölnische Rundschau

08. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: POL; S. 5; Ausg. 131

Length: 120 words

Byline: epd

Body

Dresden. Im Dresdner Linksextremismus-Prozess haben Lina E. und drei beschuldigte Männer Revision gegen das vor einer Woche gesprochene Urteil eingelegt. Die Akten würden nun zum Bundesgerichtshof weitergeleitet, so eine Sprecherin des Oberlandesgerichts Dresden. Wie lange das Revisionsverfahren dauern werde, sei offen. Die 28-jährige Lina E. und drei Mitangeklagten waren vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Sie sollen mehrere Rechtsextreme tötlich angegriffen haben. Alle vier sind derzeit auf freiem Fuß. Die Strafen seien nach rechtskräftiger Verurteilung zu verbüßen, hieß es. Falls Fluchtgefahr bestehe, könnten die Haftbefehle aber auch früher geltend gemacht werden. (epd)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); VERURTEILUNGEN (90%);
GERICHTSPROZESSE (88%); STRAFZUMESSUNG (88%); GEFÄNGNISSTRAFEN (71%); VERHAFTUNGEN (68%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); KÖLN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 8, 2023

Kommentar : Härte zeigen

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 2

Length: 300 words

Byline: Jens Kleindienst zum "Tag X" in Leipzig

Body

Mehr als 50 verletzte Polizisten und Demonstranten, 30 Festnahmen, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, etliche angezündete Privatautos, das war bis zum Sonntagabend die unschöne Bilanz von "Tag X" in Leipzig - und es stand zu befürchten, dass es das noch nicht gewesen ist. Man könnte zynisch werden nach den Ereignissen in der sächsischen Metropole: Die gewaltbereiten linken "Antifaschisten" haben geliefert: Nach dem Verbot aller Solidaritätsdemos für die zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte Genossin Lina E. haben sie nicht klein beigegeben, sondern eine Großstadt vorübergehend in Angst und Schrecken versetzt.

Dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazi-Gewalt haben sie damit keinen Dienst erwiesen, im Gegenteil: Sie haben ihn diskreditiert. Wie im Übrigen auch der von Lina E. angeführte Schlägertrupp, der sich laut Gerichtsurteil dazu ermächtigt hatte, Jagd auf echte und vermeintliche Neonazis zu machen. Der Polizei ist es in Leipzig dank eines martialischen Aufgebots wohl gelungen, Schlimmeres zu verhindern. Der Preis dafür war hoch. Faktisch wurde das Demonstrationsrecht in der Stadt für mehrere Tage aufgehoben, mit richterlichem Segen. Die Argumente, dass es dazu keine Alternative gab, haben mehrere 100 Gewaltbereite im Nachgang selbst geliefert. Insofern ist der Leipziger Polizeiführung zuzustimmen, dass es angemessen war, massiv Präsenz zu zeigen. Dennoch ist zu fragen, ob es nötig war, bis zu 1000 Personen für viele Stunden einzukesseln. Machtdemonstrationen dieser Art schweißen die linksautonome Szene zusammen und liefern die nötigen Bilder für die Erzählung vom autoritär-reaktionären Staat. Jedenfalls wünscht man sich von der sächsischen Polizei ein ähnlich entschlossenes Durchgreifen, wenn die nicht weniger gewaltbereite Neonazi-Szene mal wieder aufmarschiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LPHZ

Kommentar : Härte zeigen

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RICHTER (76%); STÄDTE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%); STRAFZUMESSUNG (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Kommentare : Härte zeigen

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 2

Length: 300 words

Byline: Jens Kleindienst zum "Tag X" in Leipzig

Body

Mehr als 50 verletzte Polizisten und Demonstranten, 30 Festnahmen, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, etliche angezündete Privatautos, das war bis zum Sonntagabend die unschöne Bilanz von "Tag X" in Leipzig - und es stand zu befürchten, dass es das noch nicht gewesen ist. Man könnte zynisch werden nach den Ereignissen in der sächsischen Metropole: Die gewaltbereiten linken "Antifaschisten" haben geliefert: Nach dem Verbot aller Solidaritätsdemos für die zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte Genossin Lina E. haben sie nicht klein beigegeben, sondern eine Großstadt vorübergehend in Angst und Schrecken versetzt.

Dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazi-Gewalt haben sie damit keinen Dienst erwiesen, im Gegenteil: Sie haben ihn diskreditiert. Wie im Übrigen auch der von Lina E. angeführte Schlägertrupp, der sich laut Gerichtsurteil dazu ermächtigt hatte, Jagd auf echte und vermeintliche Neonazis zu machen. Der Polizei ist es in Leipzig dank eines martialischen Aufgebots wohl gelungen, Schlimmeres zu verhindern. Der Preis dafür war hoch. Faktisch wurde das Demonstrationsrecht in der Stadt für mehrere Tage aufgehoben, mit richterlichem Segen. Die Argumente, dass es dazu keine Alternative gab, haben mehrere 100 Gewaltbereite im Nachgang selbst geliefert. Insofern ist der Leipziger Polizeiführung zuzustimmen, dass es angemessen war, massiv Präsenz zu zeigen. Dennoch ist zu fragen, ob es nötig war, bis zu 1000 Personen für viele Stunden einzukesseln. Machtdemonstrationen dieser Art schweißen die linksautonome Szene zusammen und liefern die nötigen Bilder für die Erzählung vom autoritär-reaktionären Staat. Jedenfalls wünscht man sich von der sächsischen Polizei ein ähnlich entschlossenes Durchgreifen, wenn die nicht weniger gewaltbereite Neonazi-Szene mal wieder aufmarschiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE

Kommentare : Härte zeigen

NACHRICHTEN (78%); RICHTER (76%); STÄDTE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%); STRAFZUMESSUNG (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Radmuttern an Autos von Polizisten gelöst

Stuttgarter Nachrichten

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: POLI; S. 4

Length: 129 words

Byline: dpa

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig Um die Demos gegen die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. in Leipzig hat es mehrere Anschläge auf Privatautos von Polizisten gegeben. Es wurden Radmuttern gelöst und Reifen angeritzt", sagte Cathleen Martin, Sachsens Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), am Donnerstag. Aus ihrer Sicht sind das versuchte Tötungsdelikte. In Leipzig hatte sich Ende Mai die Situation nach dem Urteil gegen Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten verschärft. Sie eskalierte schließlich am 3. Juni, am Tag X, als Polizisten bei einer Demo angegriffen wurden. Die Einsatzkräfte hatten gut 1000 Menschen eingekesselt, auch Minderjährige. Das Verhalten der Polizei wurde von zahlreichen Parteien und Organisationen kritisiert.dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (88%); TÖTUNGSDELIKTE (88%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 15, 2023

Organisierte Jagd auf Neonazis

Kölner Stadt-Anzeiger

06. Februar 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: RP; Militante / Eine linksradikale Gruppe aus Leipzig soll Rechtsextreme verfolgt und brutal verletzt haben. Der Prozess gegen sie gibt Einblick in eine verschlossene Szene und eine Welt, in der Gewalt als politisches Mittel gilt; S. 12; Ausg. 31

Length: 1763 words

Byline: DENISE PEIKERT (RND)

Highlight: Militante / Eine linksradikale Gruppe aus Leipzig soll Rechtsextreme verfolgt und brutal verletzt haben. Der Prozess gegen sie gibt Einblick in eine verschlossene Szene und eine Welt, in der Gewalt als politisches Mittel gilt

Body

VON DENISE PEIKERT (RND)

Leipzig. An einem Dezemberabend 2019 löst auf einer Autobahn in Thüringen ein Blitzer aus. Er steht in einem Tunnel, höchstens 80 Stundenkilometer schnell dürfen Autos dort sein. Es blitzt oft an dieser Stelle, 128 000-mal im Jahr 2019. Aber so wichtig wie dieses eine Foto aus dem Dezember sind die Bilder für die Polizei selten.

Denn in dem Auto sitzen, so ermitteln es die Beamten später, zwei Männer mit einem Plan. Sie sind unterwegs nach Eisenach, um einen deutschlandweit bekannten Neonazi anzugreifen - und ihn möglichst schwer zu verletzen.

Zweieinhalb Jahre später ist der eine der beiden Männer aus dem Auto auf der Flucht. Er gilt als einer der gefährlichsten Linksextremisten des Landes. Der andere kommt an einem Sommertag in den Hochsicherheitssaal des Oberlandesgerichts Dresden. Er wird begleitet von Polizisten, die sein Leben schützen sollen. Der Mann setzt sich auf den Platz des Zeugen und fängt an zu reden.

Sechs Angriffe, 13 Opfer

Seit Herbst 2021 steht in Dresden eine mutmaßliche linksextreme Bande vor Gericht. Von Leipzig aus soll sie jahrelang Jagd auf vermeintliche und tatsächliche Neonazis gemacht haben. Es geht um sechs teilweise brutale Angriffe mit insgesamt 13 Opfern. Angeklagt sind drei Männer und eine Frau. Die Frau ist Lina E., 27 Jahre alt, in Kassel geboren, zuletzt Studentin in Leipzig. Zusammen mit ihrem inzwischen untergetauchten Verlobten soll sie die linksradikale Gruppe angeführt haben. Seit mehr als zwei Jahren sitzt Lina E. in Untersuchungshaft.

Nach der Festnahme von Lina E. machte der Fall bundesweit Schlagzeilen. Dabei sind Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Gewalttätern nicht neu. Doch dieser Fall ist besonders. Wegen des Mannes aus dem Auto, der vor Gericht redet, während alle anderen schweigen - und weil es Polizei und Staatsanwaltschaft nur

Organisierte Jagd auf Neonazis

selten gelingt, linksextreme Strukturen aufzudecken, eine mutmaßliche radikale Bande vor Gericht zu bringen und Beweise für Straftaten vorzulegen. Der letzte vergleichbare Fall liegt beinahe 20 Jahre zurück.

Beweise, die gibt es im Fall Lina E. Manche davon sind umstritten, die Interpretation abgehörter Gespräche der Gruppe etwa. Einer der Angeklagten hat inzwischen ein Alibi für eine der Taten vorgelegt. Doch es gibt auch DNA-Spuren, die an den Tatorten und an einer Tatwaffe gefunden worden sind. Nach einer Attacke in Thüringen wurden Lina E. und mehrere andere Beschuldigte auf der Flucht vor der Polizei gestellt. Und die Ermittler haben bei Lina E. SIM-Karten gefunden, die auf Personen registriert sind, die es gar nicht gibt. Nur selten wurden diese SIM-Karten benutzt - immer nur kurz vor oder nach den Angriffen auf die Neonazis.

Trotzdem bleibt in dem Prozess lange vieles unklar. Hat es wirklich eine linksextreme Bande gegeben? Wie war sie organisiert? Wie hat sie sich finanziert? Antworten auf diese Fragen sind nötig, wenn das Gericht Lina E. und den anderen nicht nur die Körperverletzungen nachweisen will, die sie begangen haben sollen - sondern wenn es auch ein Urteil wegen des schweren Vorwurfs geben soll, die Angeklagten hätten eine kriminelle Vereinigung gebildet. Immer wieder kritisieren Anwälte der Angeklagten, dass die einzelnen Taten nichts verbinde, Beweise falsch zusammengepuzzelt würden und die ganze Nummer aufgebaut werde.

Dann kommt der Tag, der zum Wendepunkt in dem Prozess werden könnte. Vor Gericht erscheint Johannes D. Er soll beteiligt gewesen sein an den Attacken auf die Neonazis und zur Gruppe um Lina E. gehört haben. Wegen anderer linksextremistischer Straftaten wurde er bereits verurteilt.

Es kommt fast nie vor, dass Linksextremisten mit den Sicherheitsbehörden reden, für die Ermittler ist Johannes D. also ein Glücksfall. Für die linksradikale Szene ist er ein Verräter. Denn er verstößt gegen einen Kodex in der linksradikalen Szene, an den er sich lange selbst gehalten hat: Mit der Polizei, mit Richterinnen und Richtern spricht man nicht. Warum er es trotzdem tut, dazu sagt Johannes D. gleich zu Beginn seiner Aussage vor Gericht selbst etwas.

Er ist in seinen Kreisen schon länger ein Geächteter. Eine Ex-Freundin hat ihn öffentlich der Vergewaltigung bezichtigt. Danach verlor D. jede Unterstützung aus der linksradikalen Szene. Er sagte offenbar schnell zu, als Beamte des Verfassungsschutzes ihn um Zusammenarbeit baten.

Deswegen sitzt er nun also hier, als Zeuge im Prozess gegen Lina E. Und er packt aus, viele Stunden lang. Er erklärt, dass sich die Gruppe über geklaute Kreditkartendaten finanziert habe. Er erzählt, wie man sich über Messengerdienste zu den Attacken verabredet habe, wie man bei den Angriffen sogenannte Wegwerfhandys benutzt und die eigenen Smartphones zu Hause gelassen habe, um digitale Spuren zu vermeiden.

Johannes D. spricht auch davon, wie die Angriffe auf die Neonazis gezielt trainiert worden seien. "Es war schon für den militärischen Straßenkampf", sagt er über diese Trainings. Es sei darum gegangen, aus einer Überzahl heraus anzugreifen. Dabei habe man schnell handeln wollen, um "hohen und langanhaltenden Schaden" bei den Opfern anrichten, aber auch noch "vernünftig entkommen" zu können. Mit Hämtern und Schlagstöcken habe man die Opfer gezielt an Knien, Schienbeinen und Sprunggelenken treffen wollen - und das auch geübt.

Verehrt in der linken Szene

Der Kronzeuge redet also viel im Prozess gegen Lina E. Er macht genaue Angaben, erzählt Details, beschuldigt seine ehemaligen Freunde. Aber es gibt eine Sache, zu der er dann doch fast nichts sagt: dazu, warum er Neonazis angegriffen hat. Da kommen von ihm vor allem Floskeln über den Unterschied zwischen "legalistischer und militanter Politik", die wie auswendig gelernt klingen, aus einem Antifa-Lehrbuch. Johannes D. hat auch nur wenig, so scheint es, darüber nachgedacht, wohin diese ganze Gewalt eigentlich führen soll.

Dabei ist das die entscheidende Frage. Um sie wird gerungen, seit die Gruppe um Lina E. bekannt geworden ist. Für die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen leitet, sind ihre Taten an der Schwelle zum Linksterrorismus. In der linken Szene dagegen wird Lina E. verehrt und verteidigt - auch von Menschen, die keine Autonomen sind. Ihre Lesart: Lina E. habe sich Rechtsextremen in den Weg gestellt, gerade in Ostdeutschland, gerade in Sachsen. Dort

Organisierte Jagd auf Neonazis

also, wo Staat und Sicherheitsbehörden, so sehen das manche, viel zu wenig gegen rechtsradikale Strukturen unternehmen.

Fanartikel mit dem Namen von Lina E. werden verkauft, Graffiti fordern ihre Freiheit. Die Rote Hilfe, ein Verein zur strafrechtlichen Unterstützung bei der linksextremen Szene, hat öffentlich gefordert, die gesamte Linke und die Zivilgesellschaft sollten für die sofortige Freilassung von Lina E. und die Einstellung des Verfahrens eintreten.

All das klingt, als sei sich die Linke, auch die politische, einig in ihrer Unterstützung für Lina E. und die anderen Beschuldigten in dem Verfahren. Dabei ist die Anwendung von Gewalt sogar unter Linksradikalen umstritten.

Moral als Rechtfertigung

Davon kann Alexander Deycke erzählen. Er ist Politik- und Sozialwissenschaftler bei der Bundesfachstelle Linke Militanz an der Universität Göttingen. Er sagt, dass es zwar immer viel Solidarität in der linken Szene gebe, wenn ermittelt werde, "aber das heißt ja nicht, dass alle die, die sich an der Solidarität beteiligen, die Taten selbst genauso begehen würden".

Neonazis, so sehen das jedenfalls manche Linksradikale, dürfen also verprügelt werden. "Wenn Gewalt begründet wird, dann wird meistens auf höherwertige moralische Ziele verwiesen, beispielsweise die Bekämpfung von Neonazismus", sagt Deycke. Aber es gehe auch, wenn man so will, um praktische Gründe. Man hoffe, Rechtsextreme mit solcher Gewalt dazu zu bringen, dass sie ihre Aktivitäten einstellten. Aber: "Man erntet eigentlich immer gesellschaftliche Ablehnung", sagt Deycke. "Und hinzu kommt: Man hat weder den 'NSU' erkannt noch irgendwie verhindern können - noch hat man AfD-Wahlerfolge oder die Radikalisierung der AfD bremsen oder aufhalten können."

Das OLG Dresden hat sich bislang nur am Rande mit Motiven der Gruppe um Lina E. beschäftigt - auch, weil alle Angeklagten zu den Tatvorwürfen schweigen. Im Frühjahr soll das Urteil fallen.

Das Training war schon für den militärischen Straßenkampf Johannes D., Kronzeuge

Neue Qualität politisch Motivierter Straftaten

Berlin. Als das Bundeskriminalamt im vergangenen Sommer die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität in Deutschland im Jahr 2021 vorstellt, meldete die Behörde einen neuen Rekord. Zum ersten Mal seit der Einführung dieser Statistik 20 Jahre zuvor wurde da die Schwelle von 50 000 überschritten. Genau 55 048 Straftaten fasste die Statistik von Bund und Ländern zusammen, mehr als doppelt so viele wie 2012.

Den größten Anteil machten dabei mit etwa 27 Prozent Sachbeschädigungen aus, dicht gefolgt von Propagandadelikten mit rund 25 Prozent. Bei etwas mehr als 15 Prozent der politisch motivierten Straftaten handelte es sich den BKA-Angaben zufolge um Gewalttaten.

Den größten Anteil an den politisch motivierten Straftaten hatten Delikte aus dem "Phänomenbereich rechts" (21 964). Darauf folgen Taten, die das BKA als "nicht zuzuordnen" einstuft (21 339). Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Erkenntnisse über Täterinnen und Täter gibt: In diese Kategorie fällt etwa ein großer Teil von Straftaten aus der Szene der "Querdenker" und Impfgegner. Der Verfassungsschutz hat nach 2021 für dieses Spektrum die neue Kategorie der "Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates" geschaffen. An dritter Stelle folgen die Straftaten aus dem "Phänomenbereich links" (10 113). Weit dahinter kommen "ausländische Ideologie" (1153) und "religiöse Ideologie".

Im Bereich der politisch motivierten Gewalttaten verteilen sich die Delikte dagegen relativ gleichmäßig auf die Bereiche rechts, links und "nicht zuzuordnen". Der letzte "Phänomenbereich", in den etwa zahlreiche Straftaten bei Corona-Protesten fallen, ist mit 1444 Taten am stärksten vertreten. Linke Gewalttaten stehen mit 1203 Taten an zweiter Stelle, rechte mit 1042 an dritter. Als Gewalttaten zählen auch Widerstandsdelikte, die häufig bei Demonstrationen vorkommen. Betrachtet man nur die Körperverletzungen, ergibt sich ein anderer Eindruck: Hier wurden die mit Abstand meisten Straftaten aus dem rechten Spektrum verübt (869), 459 Körperverletzungen stuft das BKA als "nicht zuzuordnen" ein und 438 als links.

Organisierte Jagd auf Neonazis

Bei der Zahl der Todesopfer durch politisch motivierte Gewalt zeigt sich seit Jahrzehnten ein eindeutiges Bild. Die Bundesregierung zählt seit 1990 mindestens 113 Todesopfer rechter Gewalt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); GERICHTSHÖFE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STRAFTATEN (78%); ZEUGEN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (76%); STAATSANWÄLTE (76%); DNA (62%)

Industry: STAATSANWÄLTE (76%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (78%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (94%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (92%)

Load-Date: February 6, 2023

End of Document

Wo Kinder für ihre Eltern haften; Kultursommer in Bad Schwalbach: Kabarettist Thomas Reis läuft im Kurpark zu großer Form auf

Wiesbadener Kurier (Germany)

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: LOKALES; WIESBADENER KURIER - RHEINGAU-KURIER; S. 11

Length: 565 words

Byline: Hendrik Jung

Body

BAD SCHWALBACH. Kabarettistisch hochgradig verdichtet und ausgefeilt präsentiert Thomas Reis beim Kultursommer Bad Schwalbach sein Programm, mit Abstand das Beste. Auf Einladung von Ricarda Schösser von der Waldbühne in Kooperation mit der Stadtverwaltung, L'Opera Piccola und den Gruppen "Das läuft" sowie "So geht's" beweist der Kabarettist, dass er damit nicht zu viel verspricht. Schließlich gelingt es Reis bei seinem Auftritt auf der Bühne am Kurparkweiher, auch Themen neue, schillernde Facetten hinzuzufügen, zu denen sich bereits viele Berufene und noch mehr Unberufene geäußert haben.

Früher selbst Teil der Protestbewegung

"Kinder haften für ihre Eltern", lautet etwa die Überschrift zu seinen Ausführungen zu den Protestaktionen der selbst ernannten letzten Generation. Dabei wirft er die Frage auf, ob Haft-Strafen für die sogenannten Klima-Kleber sinnvoll sein können. Zumal wenn sich entscheidende Führungsfiguren des Volkswagen-Konzerns nach wie vor auf freiem Fuß befinden. Eine Organisation, die der Kabarettist genauso als kriminelle Vereinigung bezeichnet wie die Kirche, den Deutschen Fußball-Bund oder die Werteunion.

Er selber habe sich in seiner Jugend aus Protest angekettet, was immerhin mehr Bewegungsfreiheit biete, um etwa drohende Schläge abzuwehren. "Dabei hatten wir es nur mit deutschen Polizisten zu tun, nicht mit deutschen Autofahrern", betont Reis. Nicht verhältnismäßig sei seiner Ansicht nach auch die verhängte Haftstrafe von fünf Jahren und drei Monaten für die linksextreme Lina E. im Prozess über die Bildung einer kriminellen Vereinigung und schwere Angriffe auf Rechtsextreme. Er halte den Prozess am Oberlandesgericht Dresden nicht nur für einen Schauprozess, er sei auch irritiert über die Aussage, dass es keine gute politische Gewalt gebe. Schließlich sei die "Weiße Rose" nach dem in Nazideutschland herrschenden Rechtsverständnis zwar sicher eine kriminelle Vereinigung gewesen. "Aber ich dachte, es hat sich was geändert", gibt Reis zu bedenken.

Ein Thema, das den Kabarettisten zwangsläufig beschäftigt, ist die Sprache. "Es ist gut, dass wir keine Zigeuner mehr panieren, sondern mobile, ethnische Minderheiten in die Pfanne hauen", mokiert sich Reis. Ein anderes schönes Beispiel für die Bemühungen einer politisch korrekten Sprache liefert der Kabarettist, indem er vorschlägt, den Begriff blöde Kuh durch Rindvieh mit Dyskalkulie zu ersetzen. Wenn man sich zudem Gedanken über das Gendern mache, stelle sich die Frage, warum Bier aus dem Hahn und nicht aus dem Huhn gezapft werde. Dass sich wiederum eine Gruppe namens "Women for Trump" gründe, sei vergleichbar mit einer Vereinigung unter dem Titel "Gänse für Weihnachten". Andere Begriffe wiederum enttarnt Reis als Tautologien, weil dort zwei

Wo Kinder für ihre Eltern haften; Kultursommer in Bad Schwalbach: Kabarettist Thomas Reis läuft im Kurpark zu großer Form auf

bedeutungsgleiche Worte hintereinander verwendet würden. Etwa bei Heiratsschwindel, Russen-Mafia oder Blödmann.

Aufgelockert werden die spitzfindigen Formulierungen unter anderem durch den gelungenen Einsatz von kölschem, schwäbischem und sächsischem Dialekt. Oder durch die vorweggenommenen, religiösen Fan-Gesänge, die der Kabarettist für eine mögliche Fußball-Weltmeisterschaft in Saudi-Arabien entwirft. "Ersteht auf, wenn ihr Christen seid", ruft Reis dabei enthusiastisch. Staunend verfolgen kann man seine an Wendungen reichen Assoziationsketten, die etwa vom Alkoholkonsum in Russland zu einer kleinen polnischen Ente führen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (88%); ETHNISCHE GRUPPEN (77%); PARKS & SPIELPLÄTZE (77%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (75%); NEGATIVE KRIMINAL- UND RECHTSNACHRICHTEN (74%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (74%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); FIFA FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT (72%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (72%); WEIHNACHTEN (72%); SPRACHE (71%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (70%); GEFÄNGNISSTRAFEN (69%); ETHNIEN & VOLKSZUGEHÖRIGKEIT (68%); MINDERHEITEN (67%); SPORTVERANSTALTUNGEN (67%); GERICHTSHÖFE (65%); CHRISTENTUM & CHRISTEN (60%)

Company: VOLKSWAGEN AG (69%)

Ticker: VOW (FRA) (69%)

Industry: NAICS336110 AUTOMOBILE AND LIGHT DUTY MOTOR VEHICLE MANUFACTURING (69%); PARKS & SPIELPLÄTZE (77%); ALKOHOLISCHE GETRÄNKE (60%)

Geographic: WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (56%); BAYERN, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (54%); SAUDI-ARABIEN (78%)

Load-Date: June 11, 2023

Kommentar : Härte zeigen

Wormser Zeitung (Germany)

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 2

Length: 300 words

Byline: Jens Kleindienst zum "Tag X" in Leipzig

Body

Mehr als 50 verletzte Polizisten und Demonstranten, 30 Festnahmen, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, etliche angezündete Privatautos, das war bis zum Sonntagabend die unschöne Bilanz von "Tag X" in Leipzig - und es stand zu befürchten, dass es das noch nicht gewesen ist. Man könnte zynisch werden nach den Ereignissen in der sächsischen Metropole: Die gewaltbereiten linken "Antifaschisten" haben geliefert: Nach dem Verbot aller Solidaritätsdemos für die zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte Genossin Lina E. haben sie nicht klein beigegeben, sondern eine Großstadt vorübergehend in Angst und Schrecken versetzt.

Dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazi-Gewalt haben sie damit keinen Dienst erwiesen, im Gegenteil: Sie haben ihn diskreditiert. Wie im Übrigen auch der von Lina E. angeführte Schlägertrupp, der sich laut Gerichtsurteil dazu ermächtigt hatte, Jagd auf echte und vermeintliche Neonazis zu machen. Der Polizei ist es in Leipzig dank eines martialischen Aufgebots wohl gelungen, Schlimmeres zu verhindern. Der Preis dafür war hoch. Faktisch wurde das Demonstrationsrecht in der Stadt für mehrere Tage aufgehoben, mit richterlichem Segen. Die Argumente, dass es dazu keine Alternative gab, haben mehrere 100 Gewaltbereite im Nachgang selbst geliefert. Insofern ist der Leipziger Polizeiführung zuzustimmen, dass es angemessen war, massiv Präsenz zu zeigen. Dennoch ist zu fragen, ob es nötig war, bis zu 1000 Personen für viele Stunden einzukesseln. Machtdemonstrationen dieser Art schweißen die linksautonome Szene zusammen und liefern die nötigen Bilder für die Erzählung vom autoritär-reaktionären Staat. Jedenfalls wünscht man sich von der sächsischen Polizei ein ähnlich entschlossenes Durchgreifen, wenn die nicht weniger gewaltbereite Neonazi-Szene mal wieder aufmarschiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Kommentar : Härte zeigen

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RICHTER (76%); STÄDTE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (73%); STRAFZUMESSUNG (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Fall Lina E. Gericht untersagt Demonstration

Lausitzer Rundschau

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 1; Band 72; Ausg. 127

Length: 79 words

Body

Leipzig. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung sorgt sich vor dem „Tag X“ der linksautonomen Szene um die Sicherheit in der Stadt. „Gewalt darf aber niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein“, sagte der SPD-Politiker am Freitag. Am Abend wurde bekannt, dass das Verwaltungsgericht Leipzig in einem Eilverfahren die von der Stadt erlassene Verbotsverfügung für eine geplante linke Demonstration bestätigt hat. →dpa/afp

[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Subject: BÜRGERMEISTER (90%); POLITIK (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%);
GERICHTSHÖFE (88%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (87%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 2, 2023

Revision im Fall Lina E. eingelegt

Bürstädter Zeitung (Germany)

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung

Unsere Zeitung!

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 152 words

Body

KARLSRUHE (epd). Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. und drei weiteren Angeklagten Revision eingelegt. Das bestätigte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft am Freitag. Das Oberlandesgericht Dresden hatte am 31. Mai gegen die Studentin Lina E. aus Leipzig und drei Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Im Fall der 28-Jährigen verhängte der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die Angeklagten begingen laut Urteil zwischen 2018 und 2020 mehrere tätliche Angriffe auf Neonazis. Die vier Verurteilten haben bereits Revision eingelegt. Sie sind alle auf freiem Fuß. Den Haftbefehl gegen Lina E. hatte der Senat zunächst unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Die Studentin saß mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); VERHAFTUNGEN (88%); VERURTEILUNGEN (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Bundesanwalt legt Revision im Fall Lina E. ein

Oberhessische Zeitung (Germany)

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten

Oberhessische Zeitung

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 141 words

Body

KARLSRUHE (epd). Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. und drei weiteren Angeklagten Revision eingelebt. Das Oberlandesgericht Dresden hatte am 31. Mai gegen die Studentin Lina E. aus Leipzig und drei Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Im Fall der 28-Jährigen verhängte der Staatschutzenat des Oberlandesgerichtes Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die Angeklagten beginnen laut Urteil zwischen 2018 und 2020 mehrere tätliche Angriffe auf Neonazis. Die vier Verurteilten haben bereits Revision eingelebt. Sie sind alle auf freiem Fuß. Den Haftbefehl gegen Lina E. hatte der Senat zunächst unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Die Studentin saß mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); VERHAFTUNGEN (88%); VERURTEILUNGEN (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Verbot von linker Demo in Leipzig

Kölnische Rundschau

03. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: POL; S. 4; Ausg. 127

Length: 163 words

Byline: afp

Body

Leipzig. Eine nach der Verurteilung von vier Linksextremisten für den heutigen Samstag in Leipzig angekündigte Demonstration der linken Szene bleibt verboten. Das Verwaltungsgericht Leipzig bestätigte gestern die von der Stadt erlassene Verbotsverfügung. Bei der Demonstration ist mit "hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf" auszugehen.

Damit scheiterten die Anmelder der Demonstration mit ihrem Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz. Das Verwaltungsgericht folgte stattdessen der Einschätzung der Versammlungsbehörde und der Sicherheitsbehörden, wonach die öffentliche Sicherheit durch die angekündigten Proteste "unmittelbar gefährdet" werde.

Die linke Szene mobilisiert für heute bundesweit für eine "Tag-X-Demo" in Leipzig. Hintergrund ist ein Urteil des Oberlandesgerichts Dresden, das am Mittwoch Haftstrafen gegen die Linksextremistin Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Gewalt gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten verhängt hatte. (afp)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSHÖFE (90%); VERURTEILUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (88%); STRAFZUMESSUNG (88%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); GERICHTSURTEILE (72%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

Revision im Fall Lina E. eingelebt

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 1

Length: 152 words

Body

KARLSRUHE (epd). Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. und drei weiteren Angeklagten Revision eingelebt. Das bestätigte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft am Freitag. Das Oberlandesgericht Dresden hatte am 31. Mai gegen die Studentin Lina E. aus Leipzig und drei Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Im Fall der 28-Jährigen verhängte der Staatsschutzenat des Oberlandesgerichtes Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die Angeklagten begingen laut Urteil zwischen 2018 und 2020 mehrere tätliche Angriffe auf Neonazis. Die vier Verurteilten haben bereits Revision eingelebt. Sie sind alle auf freiem Fuß. Den Haftbefehl gegen Lina E. hatte der Senat zunächst unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Die Studentin saß mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LPHZ

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); VERHAFTUNGEN (88%); VERURTEILUNGEN (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Bundesanwalt legt Revision im Fall Lina E. ein

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 141 words

Body

KARLSRUHE (epd). Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. und drei weiteren Angeklagten Revision eingelegt. Das Oberlandesgericht Dresden hatte am 31. Mai gegen die Studentin Lina E. aus Leipzig und drei Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Im Fall der 28-Jährigen verhängte der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die Angeklagten beginnen laut Urteil zwischen 2018 und 2020 mehrere tödliche Angriffe auf Neonazis. Die vier Verurteilten haben bereits Revision eingelegt. Sie sind alle auf freiem Fuß. Den Haftbefehl gegen Lina E. hatte der Senat zunächst unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Die Studentin saß mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); VERHAFTUNGEN (88%); VERURTEILUNGEN (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Viele Verletzte bei Krawallen in Leipzig

Stuttgarter Nachrichten

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: TITL; S. 1

Length: 128 words

Byline: AFP/dpa

Highlight: Innenministerin Nancy Faeser kündigt nach sinnloser Gewalt" ein hartes Durchgreifen an.

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig Bei mehrtägigen gewalttätigen Protesten der linken Szene nach einem Hafturteil gegen die Linksextremistin Lina E. in Leipzig sind am Wochenende nach Angaben der Polizei rund 50 Beamte verletzt worden. Zudem habe es auch Verletzte auf Seiten der Demonstranten gegeben. Die Polizei hatte 1000 Menschen eingekesselt und nahm Dutzende Personen fest oder in Gewahrsam.

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sprach von sinnloser Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern". Sie kündigte ein hartes Durchgreifen an. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, mahnte: So richtig der Kampf gegen Rechtsextremismus ist, darf der Linksextremismus nicht weiter als Nebensache betrachtet werden." AFP/dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); VERHAFTUNGEN (88%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); POLIZEIKRÄFTE (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%)

Viele Verletzte bei Krawallen in Leipzig

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Faeser rügt Proteste für Lina E.; Ausschreitungen nach Verurteilung von Linksextremistin

Kölner Stadt-Anzeiger

02. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: PL; S. 1; Ausg. 126

Length: 195 words

Byline: dpa; ksta

Body

München/Köln. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat die Ausschreitungen bei den Solidaritätskundgebungen für die Studentin Lina E. aufs Schärfste kritisiert. "Mein Appell ist noch mal und ich bin da etwas härter: Selbstjustiz ist nicht erlaubt in unserem Land", sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag am Rande eines Besuchs der Bundespolizei am Münchner Flughafen.

Allen, die wegen des Urteils gegen Lina E. gewaltsam protestierten, rief Faeser zu: "Das ist nicht der richtige Weg. Wir leben in einem Rechtsstaat. Dort können Gerichtsurteile überprüft werden. Man kann dagegen vorgehen, wenn man das möchte. Aber mit Gewalt darauf zu reagieren, ist die völlig falsche Antwort."

Die Studentin Lina E. war am Mittwoch wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig gesprochen und zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden - in der Folge war es in Leipzig zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Solidaritätskundgebungen für Lina E. hatte es auch in Köln, Berlin, Hamburg und Dresden gegeben. In der Südstadt kesselte die Polizei Demonstranten ein. (dpa, ksta)

Hintergrund Seite 4

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); MINISTER &

Faeser rügt Proteste für Lina E.; Ausschreitungen nach Verurteilung von Linksextremistin

STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Revision im Fall Lina E. eingelegt

Wiesbadener Kurier (Germany)

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 1

Length: 152 words

Body

KARLSRUHE (epd). Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. und drei weiteren Angeklagten Revision eingelegt. Das bestätigte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft am Freitag. Das Oberlandesgericht Dresden hatte am 31. Mai gegen die Studentin Lina E. aus Leipzig und drei Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Im Fall der 28-Jährigen verhängte der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die Angeklagten begingen laut Urteil zwischen 2018 und 2020 mehrere tätliche Angriffe auf Neonazis. Die vier Verurteilten haben bereits Revision eingelegt. Sie sind alle auf freiem Fuß. Den Haftbefehl gegen Lina E. hatte der Senat zunächst unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Die Studentin saß mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); VERHAFTUNGEN (88%); VERURTEILUNGEN (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Revision im Fall Lina E. eingelegt

Wormser Zeitung (Germany)

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 1

Length: 152 words

Body

KARLSRUHE (epd). Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. und drei weiteren Angeklagten Revision eingelegt. Das bestätigte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft am Freitag. Das Oberlandesgericht Dresden hatte am 31. Mai gegen die Studentin Lina E. aus Leipzig und drei Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Im Fall der 28-Jährigen verhängte der Staatsschutzenat des Oberlandesgerichtes Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die Angeklagten beginnen laut Urteil zwischen 2018 und 2020 mehrere tätliche Angriffe auf Neonazis. Die vier Verurteilten haben bereits Revision eingelegt. Sie sind alle auf freiem Fuß. Den Haftbefehl gegen Lina E. hatte der Senat zunächst unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Die Studentin saß mehr als zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Subject: STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); VERHAFTUNGEN (88%); VERURTEILUNGEN (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Stichwort Ureil gegen Linksextreme

Lausitzer Rundschau

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: THEMA DES TAGES / POLITIK; S. 2; Band 72; Ausg. 125

Length: 161 words

Body

Nach Überzeugung der Staatsschutzkammer des Oberlandesgerichtes Dresden sind die 28 Jahre alte Studentin Lina E. und ein gleichaltriger Mitangeklagter der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig; ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei von ihnen wurden zudem der gefährlichen Körperverletzung beschuldigt, ein vierter Angeklagter der Beihilfe dazu. Die Staatsschutzkammer blieb damit unter den Strafanträgen der Bundesanwaltschaft.

Der Generalbundesanwalt hatte ihnen vorgeworfen, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal attackiert zu haben. E. sei der Kopf der Gruppe. 13 Menschen wurden verletzt. Am Abend wurde überraschend bekannt, dass Lina E. nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft vorerst freikommt. Der Haftbefehl gegen sie werde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. →dpa

[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Subject: ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (88%); RECHTSANWÄLTE (88%); STAATSANWÄLTE (87%); VERHAFTUNGEN (87%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (88%); STAATSANWÄLTE (87%); DRUCKINDUSTRIE (73%)

Geographic: SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Haftstrafe für Linksextremistin

Bürstädter Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung

Unsere Zeitung!

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 116 words

Body

DRESDEN (epd). Das Oberlandesgericht Dresden hat die aus Hessen stammende Studentin Lina E. (28) unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes sah bei der mutmaßlichen Linksextremistin den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als erwiesen an, zum Teil in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Lina E. und drei Mitangeklagten waren tätliche Angriffe auf Rechtsextreme zwischen 2018 und 2020 vorgeworfen worden. Allerdings kommt Lina E. vorerst frei. Nach zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft wurde der Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); VERHAFTUNGEN (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

Oberhessische Zeitung (Germany)

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten

Oberhessische Zeitung

Section: POLITIK; ; S. 4

Length: 127 words

Body

LEIPZIG (dpa). Im Zusammenhang mit den linksautonomen Krawallen zum "Tag X" in Leipzig am vergangenen Samstag ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen die Polizisten, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. In der vergangenen Woche hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. in der Messestadt mehrfach Ausschreitungen gegeben. Am Samstag waren Polizisten mit Steinen und Böllern angegriffen worden. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren waren in Untersuchungshaft gekommen. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie teilweise versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); STAATSANWÄLTE (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (87%); VERHAFTUNGEN (87%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 8, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

End of Document

Verbot von linker Demo in Leipzig

Kölnische Rundschau

03. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: POL; S. 4; Ausg. 127

Length: 164 words

Byline: dpa

Body

Leipzig. Die linksautonome Demonstration zum "Tag X" in Leipzig nach dem Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt verboten. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am Freitag einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt zurück. Es ist eine Beschwerde beim sächsischen Oberverwaltungsgericht in Bautzen möglich.

Die Polizei bereitet weiterhin einen Großeinsatz für den heutigen Samstag vor. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) zeigte sich angesichts zahlreicher Gewaltaufrufe in sozialen Medien besorgt um die Sicherheit in der Messestadt.

Die Stadt hatte die geplante "Tag X"-Demo verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. Grundlage dafür waren Gefahrenprognosen der Polizei und Lageeinschätzungen des Verfassungsschutzes. In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Im Leipziger Stadtteil Connewitz wurde am Abend zu einem "Massencornern" aufgerufen. Verschiedene Antifa- und Anarchie-Accounts warben dafür, sich "die Straßen zu nehmen". (dpa)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSHÖFE (90%); BÜRGERMEISTER (88%); NEGATIVE NACHRICHTEN (87%); SOCIAL MEDIA (73%)

Industry: SOCIAL MEDIA (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

Haftstrafe für Linksextremistin

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 1

Length: 116 words

Body

DRESDEN (epd). Das Oberlandesgericht Dresden hat die aus Hessen stammende Studentin Lina E. (28) unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes sah bei der mutmaßlichen Linksextremistin den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als erwiesen an, zum Teil in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Lina E. und drei Mitangeklagten waren tätliche Angriffe auf Rechtsextreme zwischen 2018 und 2020 vorgeworfen worden. Allerdings kommt Lina E. vorerst frei. Nach zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft wurde der Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LPHZ

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); VERHAFTUNGEN (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 4

Length: 127 words

Body

LEIPZIG (dpa). Im Zusammenhang mit den linksautonomen Krawallen zum "Tag X" in Leipzig am vergangenen Samstag ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen die Polizisten, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. In der vergangenen Woche hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. in der Messestadt mehrfach Ausschreitungen gegeben. Am Samstag waren Polizisten mit Steinen und Böllern angegriffen worden. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren waren in Untersuchungshaft gekommen. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie teilweise versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); STAATSANWÄLTE (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (87%); VERHAFTUNGEN (87%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 8, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

End of Document

Tag X"-Demo: Verbot bleibt bestehen

Stuttgarter Nachrichten

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: POLI; S. 4

Length: 112 words

Byline: dpa

Highlight: Darf die linksautonome Szene am Tag X" in Leipzig demonstrieren oder nicht - diese Entscheidung wird vor Gericht fallen. Die Organisatoren haben gegen das Verbot ihrer Demo geklagt.

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig Die für Samstag geplante Tag X"-Demo nach dem Linksextremismus-Urteil gegen die Studentin Lina E. bleibt untersagt. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Auch wenn es eine Distanzierung von Gewaltaufrufen gegeben habe und zuletzt zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen worden sei, bleibe zu befürchten, dass aus der Versammlung heraus Gewalttätigkeiten begangen würden. Zudem erscheine die angemeldete Teilnehmerzahl von 400 bis 500 nicht ansatzweise realistisch. Es sei mit einer weitaus höheren Teilnehmerzahl zu rechnen, so das Verwaltungsgericht.dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Subject: GERICHTSHÖFE (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Linker Protest in Südstadt eskaliert

Kölner Stadt-Anzeiger

01. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: LO; S. 24; Ausg. 125

Length: 98 words

Byline: red

Body

Bei einer Solidaritätskundgebung in der Südstadt ist es am Mittwochabend zu Ausschreitungen gekommen, in deren Folge mindestens zwei Polizeibeamte verletzt wurden. Nach Angaben der Polizei trafen Demonstrierende und Polizei gegen 18.30 Uhr an der Ecke Severinstraße/St. Katharinen aufeinander. Unter den etwa 250 Teilnehmern sollen Vermummte gewesen sein. Es seien Feuerwerkskörper geworfen worden. Anlass für den Aufmarsch soll das Urteil aus Dresden gegen die Linksextremistin Lina E. gewesen sein. Augenzeugen berichten von Rufen wie "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten". (red)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); ZEUGEN (85%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 1, 2023

Haftstrafe für Linksextremistin

Wiesbadener Kurier (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 1

Length: 116 words

Body

DRESDEN (epd). Das Oberlandesgericht Dresden hat die aus Hessen stammende Studentin Lina E. (28) unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes sah bei der mutmaßlichen Linksextremistin den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als erwiesen an, zum Teil in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Lina E. und drei Mitangeklagten waren tätliche Angriffe auf Rechtsextreme zwischen 2018 und 2020 vorgeworfen worden. Allerdings kommt Lina E. vorerst frei. Nach zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft wurde der Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); VERHAFTUNGEN (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

Haftstrafe für Linksextremistin

Wormser Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 1

Length: 116 words

Body

DRESDEN (epd). Das Oberlandesgericht Dresden hat die aus Hessen stammende Studentin Lina E. (28) unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes sah bei der mutmaßlichen Linksextremistin den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als erwiesen an, zum Teil in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Lina E. und drei Mitangeklagten waren tätliche Angriffe auf Rechtsextreme zwischen 2018 und 2020 vorgeworfen worden. Allerdings kommt Lina E. vorerst frei. Nach zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft wurde der Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); VERHAFTUNGEN (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

Prozess Haftstrafen für Linksextreme

Lausitzer Rundschau

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: THEMA DES TAGES / POLITIK; S. 2; Band 72; Ausg. 125

Length: 79 words

Body

Dresden. Das Oberlandesgericht Dresden hat die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Für ihre drei Mitangeklagten verhängte die Staatschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten. Unterstützer und Sympathisanten protestierten im Saal lautstark gegen das Urteil. →dpa

Kommentar und Stichwort

Link zum PDF-Dokument

Link zum PDF-Dokument

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: May 31, 2023

Prozess Haftstrafen für Linksextreme

End of Document

Verdacht lautet auf Mordversuch

Bürstädter Zeitung (Germany)

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Bürstädter Zeitung

Unsere Zeitung!

Section: POLITIK; ; S. 4

Length: 130 words

Body

LEIPZIG (dpa). Im Zusammenhang mit den linksautonomen Krawallen zum "Tag X" in Leipzig am vergangenen Samstag ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen die Polizisten, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft am Donnerstag. In der vergangenen Woche hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. in der Messestadt mehrfach Ausschreitungen gegeben. Am Samstag waren Polizisten mit Steinen und Böllern angegriffen worden. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren waren in Untersuchungshaft gekommen. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch, tölicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie teilweise versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: BSZE

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); STAATSANWÄLTE (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (87%); VERHAFTUNGEN (87%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 8, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

End of Document

Haftstrafe für Linksextremistin

Oberhessische Zeitung (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten

Oberhessische Zeitung

Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 109 words

Body

DRESDEN (epd). Das Oberlandesgericht Dresden hat die aus Hessen stammende, 28 Jahre alte Studentin Lina E. unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes sah am Mittwoch bei der mutmaßlichen Linksextremistin den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als erwiesen an, zum Teil in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Drei Mitangeklagte erhielten Haftstrafen zwischen zweieinhalb und drei Jahren und drei Monaten. Dem Quartett waren tätliche Angriffe auf Rechtsextreme zwischen 2018 und 2020 vorgeworfen worden.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: OBHE

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: May 31, 2023

Nach Urteil in Dresden: Polizei löst Demo auf

Kölnische Rundschau

01. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: KÖLN; S. 27; Ausg. 125

Length: 171 words

Byline: rue

Body

Nach einem gestern Abend in Dresden ergangenen Gerichtsurteil kam es in der Kölner Südstadt zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstrierenden aus dem politisch linken Spektrum. Ein Polizeisprecher berichtete von Angriffen auf Polizeikräfte aus einer Versammlung an der Severinstraße. Gruppen teils verummelter Demonstrierender hätten eine Polizeikette durchbrochen. Die Polizei setzte einige von ihnen im Bereich Ulrichgasse fest.

Das OLG Dresden hat gestern vier Angeklagte zu jeweils mehrjähriger Haft verurteilt. Laut Gericht waren sie Mitglieder oder Helfende einer linksextremen Gruppe, die brutale Angriffe auf Rechtsextreme verübt hat. Die Studentin Lina E. wurde zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Das Verfahren fand unter hohen Sicherheitsvorkehrungen statt und gilt als umstritten. Die Demonstrierenden in Köln solidarisierten sich mit den Verurteilten. Auch in anderen Städten kam es zu Protesten.

Bei Redaktionsschluss waren noch zahlreiche Polizeikräfte in der Südstadt im Einsatz. (rue)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KRS

Subject: GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ANKLAGEN (88%); GERICHTSPROZESSE (88%); STRAFZUMESSUNG (88%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (59%)

Nach Urteil in Dresden: Polizei löst Demo auf

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Verdacht lautet auf Mordversuch

Lampertheimer Zeitung (Germany)

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; LAMPERTHEIMER ZEITUNG; S. 4

Length: 130 words

Body

LEIPZIG (dpa). Im Zusammenhang mit den linksautonomen Krawallen zum "Tag X" in Leipzig am vergangenen Samstag ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen die Polizisten, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft am Donnerstag. In der vergangenen Woche hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. in der Messestadt mehrfach Ausschreitungen gegeben. Am Samstag waren Polizisten mit Steinen und Böllern angegriffen worden. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren waren in Untersuchungshaft gekommen. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie teilweise versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LPHZ

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); STAATSANWÄLTE (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (87%); VERHAFTUNGEN (87%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 8, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

End of Document

Haftstrafe für Linksextremistin

Lauterbacher Anzeiger (Germany)

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; ; S. 1

Length: 109 words

Body

DRESDEN (epd). Das Oberlandesgericht Dresden hat die aus Hessen stammende, 28 Jahre alte Studentin Lina E. unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes sah am Mittwoch bei der mutmaßlichen Linksextremistin den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als erwiesen an, zum Teil in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Drei Mitangeklagte erhielten Haftstrafen zwischen zweieinhalb und drei Jahren und drei Monaten. Dem Quartett waren tätliche Angriffe auf Rechtsextreme zwischen 2018 und 2020 vorgeworfen worden.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LBAR

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

RAF-Anspielung auf Linken-Demo in Leipzig

Stuttgarter Nachrichten

Montag 20. September 2021

Copyright 2021 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Section: TITL_LO; S. 1

Length: 120 words

Byline: dpa

Highlight: Polizeipräsident: Morddrohung bei „LinX“-Demo wird Konsequenzen haben.

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig Die Morddrohung bei der „Wir sind alle LinX“-Demonstration in Leipzig soll Konsequenzen haben. Die Polizei will mit Videoaufnahmen „die Straftäter“ überführen, so Landespolizeipräsident Horst Kretschmar. Auf einem Transparent stand hinter dem Namen des Chefs des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrums: „Bald ist er aus, Dein Traum, dann liegst Du im Kofferraum“. Das wurde als Anspielung auf den RAF-Mord an Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer gewertet.

Anlass der Demo war der Prozess gegen Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Attacken auf mutmaßliche Rechte. Es wurde die Freilassung der Frau gefordert.dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: STNS

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); TERRORISMUS (89%); TÖTUNGSDELIKTE (89%); MORD (74%); GERICHTSPROZESSE (69%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: September 20, 2021

End of Document

50 verletzte Beamte bei Krawall in Leipzig; 30 Verdächtige festgenommen - Innenministerin verurteilt "sinnlose Gewalt"

Kölner Stadt-Anzeiger

05. Juni 2023

Copyright 2023 M. DuMont Schauberg Alle Rechte vorbehalten



Section: PL; S. 1; Ausg. 128

Length: 197 words

Body

Leipzig. Bei mehrtägigen gewalttätigen Protesten der linken Szene nach einem Hafturteil gegen die Linksextremistin Lina E. in Leipzig sind am Wochenende nach Angaben der sächsischen Polizei rund 50 Beamten und Beamte verletzt worden. Wie schon in der Nacht zu Samstag gab es auch in der Nacht zu Sonntag erneut Ausschreitungen insbesondere im Stadtteil Connewitz. Über das Wochenende nahmen die Einsatzkräfte nach Angaben vom Sonntag insgesamt rund 30 Verdächtige fest.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser sprach am Sonntag von "sinnloser Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern". Die SPD-Politikerin kündigte ein hartes Durchgreifen an: "Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden."

Laut Polizei attackierten Randalierer Einsatzkräfte mit Wurfgeschossen und bauten brennende Barrikaden, die mit Wasserwerfern gelöscht und geräumt wurden. Unter den Protestierenden gab es laut Polizei eine unbekannte Zahl von Verletzten. Die Beamten kesselten nach eigenen Angaben am Samstagabend knapp über 1000 Menschen ein und hielten sie teils über Stunden fest. (afp)

Politik Seite 5

Foto: Sebastian Willnow/dpa

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: KSTA

50 verletzte Beamte bei Krawall in Leipzig; 30 Verdächtige festgenommen - Innenministerin verurteilt "sinnlose Gewalt"

Subject: AUSSCHREITUNGEN (92%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (77%); POLITISCHE PARTEIEN (77%)

Geographic: KÖLN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Verdacht lautet auf Mordversuch

Wiesbadener Kurier (Germany)

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WIESBADENER KURIER STADTAUSGABE; S. 4

Length: 130 words

Body

LEIPZIG (dpa). Im Zusammenhang mit den linksautonomen Krawallen zum "Tag X" in Leipzig am vergangenen Samstag ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen die Polizisten, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft am Donnerstag. In der vergangenen Woche hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. in der Messestadt mehrfach Ausschreitungen gegeben. Am Samstag waren Polizisten mit Steinen und Böllern angegriffen worden. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren waren in Untersuchungshaft gekommen. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie teilweise versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WK

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); STAATSANWÄLTE (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (87%); VERHAFTUNGEN (87%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); WIESBADEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 8, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

End of Document

Verdacht lautet auf Mordversuch

Wormser Zeitung (Germany)

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; WORMSER ZEITUNG; S. 4

Length: 130 words

Body

LEIPZIG (dpa). Im Zusammenhang mit den linksautonomen Krawallen zum "Tag X" in Leipzig am vergangenen Samstag ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen die Polizisten, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft am Donnerstag. In der vergangenen Woche hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. in der Messestadt mehrfach Ausschreitungen gegeben. Am Samstag waren Polizisten mit Steinen und Böllern angegriffen worden. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren waren in Untersuchungshaft gekommen. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie teilweise versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WOZ

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); STAATSANWÄLTE (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (87%); VERHAFTUNGEN (87%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 8, 2023

Verdacht lautet auf Mordversuch

End of Document

Sachsen Prozess gegen linke Gruppe

Lausitzer Rundschau

Donnerstag 9. September 2021

Copyright 2021 LR Medienverlag und Druckerei GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 3; Band 70; Ausg. 210

Length: 81 words

Body

Dresden. Am Oberlandesgericht Dresden hat der Prozess gegen vier mutmaßliche Mitglieder einer linksextremistischen Gruppe aus Leipzig begonnen. Die Gruppe soll zwischen 2018 und 2020 gezielt Menschen aus der rechten Szene in Sachsen und Thüringen brutal zusammengeschlagen haben. Die Hauptangeklagte Lina E. und ihre Mitangeklagten wurden bei ihrer Ankunft im Saal jeweils mit lautem Beifall und Gejohle von den Anhängern im Publikum begrüßt. →dpa

[Link zum PDF-Dokument](#)

[Link zum PDF-Dokument](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: LRCBS

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 8, 2021

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:34:00 CEST

Job Number: 202929026

Documents (16)

1. [Freiheit für Lina E.? Es bleibt riskant](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Die Welt

2. ["An Lina E. wurde Exempel statuiert" Spitzen-Linke kritisiert Innen- und Justizministerien](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Die Welt

3. [Die Grünen, der Fall Lina E. und die Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Die Welt

4. [Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren Haft verurteilt Innenministerin Nancy Faeser \(SPD\) sieht eine zunehmende Gefahr durch linke Gewalttäter](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Die Welt

5. [Tag X hat nichts verändert Ein paar Hundert linksradikale Demonstranten gehen wegen Lina E. in Leipzig auf die Straßen und sehen sich einer übermächtigen Polizei gegenüber](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

6. [An der Schwelle zum Terror](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

7. [Leserbriefe](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

8. [Leserbriefe](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

9. [Auf einen Blick Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona:](#)

[Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E.: Anklage fordert acht Jahre Haft ++ Berlin: Al-Kuds-Marsch abgesagt ++ Außenpolitik ++ Streit über Frankreichs Rentenreform: Regierung setzt auf Dialog ++ Prozess in New York : Trump plädiert auf "nicht schuldig" ++ Nach der Wahl in Bulgarien : Sieger will prowestliche Koalition ++ Schottlands Ex-Regierungschefin Sturgeon: Berichte: Ehemann festgenommen ++ Wissen ++ Corona-Nasenspray: "Besserer Schutz vor Ansteckung" ++ Wissenschaftsausstellung: Schiff tourt durch Deutschland ++ Wirtschaft und Geld ++ IG-Metall-Chef: Vier-Tage-Woche angestrebt ++ Wärmepumpen: Branchenverband will Entlastung ++ Pharmareise Roche : Pläne für ein Comeback ++ Transaktionen von Wohnimmobilien: Deutlich weniger Paketverkäufe ++ Der Tag an der Börse: Leichte Eintrübung ++ Sport ++ Viertelfinale im DFB-Pokal: Bayern -Aus lässt Frankfurt hoffen ++ Hertha BSC im Abstiegskampf: Schwarz darf weitermachen ++ Kultur und Gesellschaft ++ Untersuchung der Benin -Bronzen: Material aus dem Rheinland ++ Initiative in Italiens Parlament: Geldstrafe für Anglizismen ++ Kunstsammlung von Alain Delon: Schauspieler versteigert 81 Werke ++ Einladung zur Krönung von Charles III.: Gattin jetzt offiziell "Queen Camilla" ++ Medienunternehmer Rupert Murdoch: Hochzeit kurzfristig abgesagt ++ Tausende E-Scooter-Unfälle: Ruf nach besserer Infrastruktur ++ In Einrichtung der Kinderhilfe: Zehnjähriges Mädchen tot gefunden](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

10. [Auf einen Blick Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++ Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer Appell für "Bildungswende": 100 Milliarden Euro gefordert ++ Volksentscheide und Bürgerbegehren: Südländer liegen vorn ++ Parteinaher Verein: KlimaUnion hat neuen Vorstand ++ Außenpolitik ++ Russisches Bombardement: Drei Tote in Kiew ++ Nato-Beitritt Schwedens: Druck auf Ankara steigt ++ Europaparlament: Ungarns Ratsvorsitz umstritten ++ Ende des Dauerstreits um Nitratbelastung: EU stellt Verfahren ein ++ Wissen ++ Gefährliche Erreger: Risiko durch invasive Arten wächst ++ Beethovens Spätwerk: Oft zu langsam aufgeführt ++ Wirtschaft und Geld ++ Bezahlung im Staatsdienst: Das verdienen deutsche Beamte ++ Neue Mindestlohnheröhung: Besonders Frauen profitieren ++ Deutsche Verbraucher: Die Rückkehr des Konsums ++ Siemens Healthineers und Wingcopter: Labordiagnostik via Drohne in Afrika ++ 6,1 Prozent: Inflation im Euroraum sinkt deutlich ++ Tag an der Börse: Dax legt leicht zu ++ Sport ++ Weltmeister-Fußballer: Lionel Messi verlässt PSG ++ Oliver Glasner: Letztes Spiel als Frankfurt-Trainer ++ Kultur und Gesellschaft ++ Superhelden-Kino: Die Spider-Männer sind los ++ Unfall in Bayern : Ursache für Zugunglück ermittelt ++ Leitfaden im Pass: Benimmregeln für Bali-Touristen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

11. [Razzia gegen Linksextremisten in Leipzig Umfeld der angeklagten Gruppe um Studentin Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

12. ["Dastehen und Leute abballern" Im größten Verfahren seit Jahren gegen Linksextremisten hat nach Informationen von WELT nun der Generalbundesanwalt Anklage erhoben. Eine Gruppe um die Studentin Lina E. soll politische Gegner ausgespäht und attackiert haben. Den Ermittlern halfen abgehörte Gespräche im Auto](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt



13. [Schnell, klandestin - und kriminell Wer ist Lina E., die eine linksextremistische Gruppe anführen soll? Eine Recherche zeigt, wie sie sich radikalierte. Zuletzt hinterließ sie kaum noch Spuren. Doch die Ermittler waren trickey](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

14. [Linksextreme Zelle steht vor Gericht Prozessaufakt gegen vier Angeklagte in Dresden](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

15. [Verfassungsschutz beobachtet Ausweitung von Antifa-Aktivitäten Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen rechnen mit vermehrten Aktionen aus dem linksradikalen Spektrum. Im Blick haben sie auch eine neue Gruppierung](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt

16. ["Natürlich finden wir es falsch, Autos anzuzünden" Parteichefin Janine Wissler sagt, wie sie ihre Linke aus dem Umfragetief manövriren will. Und gesteht Sahra Wagenknecht zu, dabei eine "entscheidende Frage" zu stellen. Sie grenzt sich von jeder Form von Gewalt ab](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Die Welt



Freiheit für Lina E.? Es bleibt riskant

Die Welt

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; PLATZ DER REPUBLIK; S. 2; Ausg. 105

Length: 496 words

Byline: Lennart Pfahler

Body

Am Mittwoch um 10:35 Uhr ist Lina E. eine verurteilte linksextreme Gewalttäterin. Nur neun Stunden später ist die 28-Jährige auf freiem Fuß. Obwohl das Oberlandesgericht in Dresden der Studentin eine herausgehobene Rolle in einer kriminellen Vereinigung zuspricht und sie zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt hat, darf sie die Nacht in ihrem eigenen Bett verbringen. Das Gericht hat den Haftbefehl gegen Lina E. unter Auflagen aufgehoben.

Die Entscheidung sorgt für Aufregung. Denn im Laufe des Prozesses wurde die enorme Brutalität deutlich, mit der Lina E. und ihre Verbündeten im Osten des Landes gegen mutmaßliche und tatsächliche Rechtsextremisten vorgegangen waren, sie ausgekundschaftet und aus dem Hinterhalt attackiert hatten. Seit November 2020 sitzt Lina E. deshalb in der JVA Chemnitz in Untersuchungshaft. Jetzt soll sie sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden. Sie muss zudem ihren Reisepass und Personalausweis abgeben. Die gegen sie verhängte Haftstrafe muss Lina E. erst antreten, wenn das Urteil rechtskräftig ist. So ist es üblich.

Die Entscheidung des Vorsitzenden Richters ist dennoch bemerkenswert. Denn sie geht davon aus, dass im Falle von Lina E. keine Fluchtgefahr mehr besteht. Dafür gibt es durchaus Argumente. Zweiundhalb Jahre von ihrer Strafe hat Lina E. bereits abgesessen. Bei guter Führung - die sie bislang zeigte - ist es möglich, ein Drittel der Haft auf Bewährung auszusetzen. Es bliebe nur ein weiteres Jahr, das Lina E. hinter Gittern verbringen muss. Den Fluchtanreiz könnte das reduzieren. Lina E. artikulierte vor Gericht den Willen zur Resozialisierung. Sie machte in der Haft eine Lehre zur Tischlerin. Später wolle sie ihr Pädagogikstudium fortsetzen und mit benachteiligten Kindern arbeiten.

Doch es gibt auch Hinweise, die auf ein unverändert hohes Fluchtrisiko hindeuten. Johann G., laut Ermittlern Mittäter der brutalen Angriffsserie und vor Lina E.'s Inhaftierung ihr Lebensgefährte, ist weiter flüchtig. Ihm wird sogar eine andauernde Beteiligung an Attacken auf politische Gegner nachgesagt. Zuletzt wurde gegen Johann G. im Zuge von Angriffen auf Neonazis in Budapest im Februar dieses Jahres ermittelt. Mindestens eine weitere Person, die der Generalbundesanwalt der kriminellen Gruppierung zurechnet, ist abgetaucht, sie soll im Untergrund weiter gegen Rechtsextremisten und den Staat kämpfen.

Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats glaubt: Die größte Hypothek für Lina E. sei "der Heldenstatus", den sie in der linksradikalen Szene erlangt habe. Ob Lina E. das auch so sieht, ist allerdings völlig ungewiss. Während der fast 100 Verhandlungstage grüßte sie die autonomen Unterstützer im Publikum, die "Free Lina" forderten, stets

Freiheit für Lina E.? Es bleibt riskant

mit Handküssen. Aussagen zu ihren Taten verweigerte sie. Ob Lina E. ihr fragwürdiges Image als linksextreme Märtyrerin als Bürde begreift? Dem Weg der Militanz abschwört? Das Gericht scheint darauf zu hoffen. Ein riskantes Unterfangen.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: GERICHTSHÖFE (91%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); RICHTER (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); GERICHTSURTEILE (77%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (77%); STAATSANWÄLTE (77%); STRAFAUSETZUNG & BEWÄHRUNG (77%); PÄSSE & VISA (68%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (78%); STAATSANWÄLTE (77%); PÄSSE & VISA (68%)

Geographic: BUDAPEST, UNGARN (79%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); UNGARN (79%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

"An Lina E. wurde Exempel statuiert"; Spitzen-Linke kritisiert Innen- und Justizministerien

Die Welt

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 105

Length: 464 words

Byline: Hof

Dpa

Body

Nach der Verurteilung der Studentin Lina E. wegen mehrerer Gewalttaten hat die Linkspartei harsche Kritik an den Reaktionen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Justizminister Marco Buschmann (FDP) geübt. "Von Faesers Versprechen progressiver Innenpolitik und eines konsequenten Kampfes gegen die extreme Rechte ist nichts übrig", sagt Daphne Weber, Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstands, WELT. "In Deutschland gibt es eine fünfstellige Anzahl rechter Straftaten, und die Tendenz ist steigend."

Laut Bundesinnenministerium stieg die politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich "rechts" im vergangenen Jahr um sieben Prozent auf mehr als 23.000 Straftaten an. Dem Phänomenbereich "links" wurden knapp 7000 Delikte zugeordnet, ein Rückgang von mehr als 30 Prozent. "Angesichts von rechten Wahlerfolgen, extrem rechten Netzwerken in den Sicherheitsbehörden und zahlreichen neonazistischen Gewalttaten scheint in unserem Land gehörig etwas ins Rutschen zu geraten", so Weber. "An Lina E. wurde ein Exempel statuiert, und auch die 'Letzte Generation' soll eine kriminelle Vereinigung werden. Das ist unverhältnismäßig und autoritär." Statt angesichts der "rechten Bedrohung" für innere Sicherheit zu sorgen, klopfe sich der "Klatschclub von Mitte bis rechts" auf die Schulter und kriminalisiere "soziale Bewegungen".

Innenministerin Faeser hatte nach dem Urteil gegen Lina E. vor einer zunehmenden Gefahr durch linksextreme Gewalttäter gewarnt. "In linksextremistischen Gruppen sind Hemmschwellen gesunken, politische Gegner auch mit äußerster Brutalität anzugreifen", erklärte die Sozialdemokratin am Mittwoch und mahnte, die Radikalisierungs- und Gewaltspirale dürfe sich nicht weiterdrehen. "Unsere Sicherheitsbehörden haben die gewaltbereite linksextremistische Szene sehr genau im Blick und werden weiter konsequent handeln." Die Behörden würden zudem die linksextremistische Szene in den kommenden Tagen und Wochen weiter in den Fokus nehmen. Auch Justizminister Buschmann hatte das Urteil begrüßt. "Extremismus bekämpft man nicht mit Extremismus. Wir müssen unsere liberale Demokratie schützen vor ihren Feinden, doch nicht mit Selbstjustiz", twitterte er. "Recht und Gesetz gelten für alle. Wo die Grenzen der Rechtsordnung überschritten werden, sind Staatsanwaltschaft und Polizei gefordert."

"An Lina E. wurde Exempel statuiert"; Spitzen-Linke kritisiert Innen- und Justizministerien

Linke-Politikerin Weber sieht in en Stellungnahmen eine "Law-and-order-Rhetorik", mit der man Rechten nicht das Wasser abgrabe, sondern ihr Spiel spiele und sich von ihnen treiben lasse. "Faeser sollte ihren Kompass justieren und Buschmann einen entdecken." Als ersten Schritt forderte Weber die Ampel auf, das Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen. Die Studentin Lina E. war zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: POLITISCHE PARTEIEN (91%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); JUSTIZMINISTERIEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); STRAFTATEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (78%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (76%); STAATSANWÄLTE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%)

Geographic: DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Die Grünen, der Fall Lina E. und die Gewalt

Die Welt

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; PLATZ DER REPUBLIK; S. 2; Ausg. 106

Length: 517 words

Byline: Johannes Wiedemann

Body

Eine "Farce" und "skandalös": So ordnete der Co-Bundessprecher der Grünen Jugend, Timon Dzienus, das Urteil gegen die linksextremistische Gewalttäterin Lina E. auf Twitter ein. E. hatte mit ihren Komplizen brutale körperliche Angriffe gegen mutmaßliche sowie tatsächliche Rechtsextremisten verübt und wurde dafür am Mittwoch zu einer mehr als fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Laut Anklage hatte die Gruppe 13 Menschen verletzt - zwei von ihnen potenziell lebensbedrohlich. Brutale Gewalt gegen Rechtsradikale scheint für Dzienus also legitimes Mittel im Kampf für die gute (linke) Sache zu sein. Er ist bei Weitem kein Einzelfall, wie etwa eine Solidaritätsdemonstration für E. in Berlin-Kreuzberg zeigte. Der Thüringer Verfassungsschutzchef Stephan Kramer formulierte es kürzlich im WELT-Interview so: "Das unausgesprochene Agreement in der linken Szene - ,Gewalt gegen Sachen ja, Gewalt gegen Personen nein' - gilt heute so nicht mehr."

Bei der Linkspartei muss man indes nicht mal auf den radikalen Parteinachwuchs Linksjugend solid schauen, um die Empörung über das Urteil gegen Lina E. mitzubekommen: Der geschäftsführende Bundesvorstand befand gegenüber WELT, an E. sei "ein Exempel statuiert worden". Auch watschte die Linke Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) dafür ab, dass sie vor der zunehmenden Gefahr durch gewalttätige Linksextremisten gewarnt hatte. Vor allem ein Satz ließ tief blicken: "Angesichts von rechten Wahlerfolgen, extrem rechten Netzwerken in den Sicherheitsbehörden und zahlreichen neonazistischen Gewalttaten scheint in unserem Land gehörig etwas ins Rutschen zu geraten." Die krude Logik dahinter: Weil hierzulande ja auch Rechtsextremisten ihr Unwesen treiben, ist es falsch, linksextreme Gewalttäter zu bestrafen, die etwas gegen jene Rechtsextremisten tun. Das Gewaltmonopol des Staates scheint in dieser Gedankenwelt in weiter Ferne. Dass die Verurteilung linksextremer Gewalt in weiten Teilen des linken Milieus ein Tabu zu sein scheint, ist nichts Neues.

Ein anderes Schweigen aber ist viel beunruhigender: das der Grünen-Spitze zur Legitimierung von Gewalt gegen politische Gegner durch die Jugendorganisation der Partei. Anders als bei der in der Bedeutungslosigkeit versinkenden Linkspartei handelt es sich bei den Grünen immerhin um eine Partei, die als zweitgrößter Partner in der Bundesregierung sitzt. Zu Dzienus' Einlassungen gab es keinerlei Reaktion von den Bundesvorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour. Zwar ist die Grüne Jugend organisatorisch unabhängig von der Partei und für radikale Töne bekannt. Doch wer sich darauf beruft, macht es sich zu leicht. Immerhin bildet die Jugendorganisation die wichtigste Personalreserve der Partei. Das sieht man nicht zuletzt an der aktuellen Führung: Lang selbst war von Oktober 2017 bis November 2019 Bundessprecherin der Grünen Jugend. Die Führungsspitze präsentiert die Grünen gern als Partei der Mitte, als stabiles Bollwerk gegen Extremismus - wenn

Die Grünen, der Fall Lina E. und die Gewalt

es um Rechtsaußen geht. Wo bleibt dann die unmissverständliche Distanzierung von Gewalt-Legitimierung aus den eigenen Reihen?

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); SKANDALE (90%); VERURTEILUNGEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (79%); POLITIK (79%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (78%); ANKLAGEN (77%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (72%); GEFÄNGNISSTRAFEN (71%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

[Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren Haft verurteilt; Innenministerin Nancy Faeser \(SPD\) sieht eine zunehmende Gefahr durch linke Gewalttäter](#)

Die Welt

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 104

Length: 783 words

Byline: Lennart Pfahler

Body

Der Applaus will gar nicht mehr aufhören, als Lina E. den Gerichtssaal des Oberlandesgerichts im Norden von Dresden betritt. Der Beifall brandet auf und ebbt ab, im Wechsel, wie man es von Theatervorstellungen kennt, die beim Publikum auf besonderen Zuspruch gestoßen sind. Nur rufen die Zuschauer an diesem Mittwochvormittag nicht "bravo". Sie skandieren: "Wir sind alle 129a." 129a: Laut Strafgesetzbuch steht das für die Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Das Publikum, rund 50 Männer und Frauen aus der linksradikalen Szene, ahnt, was der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats in nur wenigen Minuten verkünden wird: Lina E. und ihre drei mitangeklagten Kameraden sind schuldig. Sie haben eine kriminelle Vereinigung gegründet oder unterstützt. Aus dieser linksextremen Vereinigung heraus griffen die Täter zwischen 2018 und 2020 mehrfach mutmaßliche und tatsächliche Rechtsextremisten an - und verletzten diese teilweise schwer.

Unter ihren Opfern waren bekannte Neonazis aus Eisenach und der sächsischen Provinz. Feinde der linksextremen Szene, die sich aufgeschwungen hatte, das Recht - oder das, was sie für das Recht hielt - in die eigene Hand zu nehmen. Die Angeklagten nutzten bei ihren Attacken Hämmer, Schlagstöcke und Pfefferspray. Sie gingen klandestin und arbeitsteilig vor, spähten Wohnadressen aus, trugen Perücken, um ihre Spuren zu verwischen, nutzten Wegwerfhandys und gestohlene Autokennzeichen.

E., 28 Jahre alt, bis zu ihrer Verhaftung Studentin und wohnhaft in Leipzig, muss insgesamt fünf Jahre und drei Monate ins Gefängnis. Angerechnet wird ihr, dass sie sich bereits seit dem November 2020 in Untersuchungshaft befindet. Für die drei mit ihr angeklagten Männer stehen Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und drei Jahren und drei Monaten. Der Schulterspruch markiert den Endpunkt eines rund einhundert Verhandlungstage andauernden Prozesses, dem bedeutendsten gegen die linksextremistische Szene seit Jahren. Die linksradikale Szene hat E. früh zu einer Ikone im Kampf gegen die staatliche Repression idealisiert, Rechte verteuften sie als Terroristin.

Unbeeindruckt davon sezierte das Gericht in ermüdender Kleinteiligkeit Ausspähaktionen, Kampfsporttrainings und Überfälle der Gruppierung. Am Ende standen Indizien, die zumindest weite Teile der immerhin rund 130 Seiten langen Anklageschrift, belegten. Und dennoch bleibt das Urteil für E. deutlich hinter der Forderung der Bundesanwaltschaft zurück. Die Ermittler aus Karlsruhe hatten eine Freiheitsstrafe von acht Jahren gefordert.

Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren Haft verurteilt; Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sieht eine zunehmende Gefahr durch linke Gewalttäter

Richter Schlueter-Staats begründet das auch mit der "erheblichen Verletzung der Persönlichkeitsrechte", die E. nach ihrer Festnahme erlebt habe. Die Studentin war im November 2020 mit dem Helikopter zum Ermittlungsrichter nach Karlsruhe geflogen worden, ein Medienspektakel, dessen Verhältnismäßigkeit für den Richter im Rückblick fragwürdig scheint. Im Verlauf des Verfahrens waren zudem Ermittlungssakten an rechtsextreme Medien wie das "Compact"-Magazin durchgestochen worden, die unverpixelte Fotos der Verdächtigten veröffentlichten. All das habe - so suggeriert es Schlueter-Staats beinahe beiläufig - bereits den Charakter einer Strafe durch Vorverurteilung entfaltet.

Es ist zumindest ein kleines Entgegenkommen des Richters im Ringen mit der Verteidigung. Sie spricht seit Prozessbeginn von einer "Inszenierung", wirft Medien und Ermittlungsbehörden Belastungseifer vor. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hingegen spricht von einer zunehmenden Gefahr durch linksextreme Gewalttäter. "In linksextremistischen Gruppen sind Hemmschwellen gesunken, politische Gegner auch mit äußerster Brutalität anzugreifen", sagte sie in Bezug auf das Urteil. Auch Justizminister Marco Buschmann (FDP) begrüßte das Urteil: "Wir müssen unsere liberale Demokratie schützen vor ihren Feinden, doch nicht mit Selbstjustiz."

In anderen Punkten widerspricht Schlueter-Staats den linken Szeneanwälten, die einen Freispruch forderten. Es sei absurd, wenn die Verteidigung behaupte, das Gericht betreibe eine "Kriminalisierung" von "engagierten Aktivist*Innen". Das sei "sprachliche Camouflage" und "propagandistische Begleitmusik" mit dem Ziel, außerhalb des Gerichtsaals für Verständnis für Gewalttaten zu werben.

Es bleibe dabei: Schwere Straftaten seien schwere Straftaten. Ungeachtet des Motivs. Auch ein gewalttätiger Nazi habe unveräußerliche Rechte. Schlueter-Staats zeigt sich bemüht um eine Einordnung des Prozesses. Die größte Gefahr gehe von rechter Gewalt aus, bekräftigt er. Defizite bei der Strafverfolgung dieser Taten in der Vergangenheit seien beklagenswert. Daraus ergebe sich aber für die linke Szene kein Recht, am Gewaltmonopol des Staates zu rütteln.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); THEATER & DRAMA (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ANKLAGEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); ERMITTLEMENTEN (89%); GERICHTSPROZESSE (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); RICHTER (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); VERHAFTUNGEN (89%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (77%); THEATER (77%); TERRORISMUS (73%); STRAFRECHT (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); HUBSCHRAUBER (60%)

Geographic: KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (73%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG,

Linksextremistin Lina E. zu fünf Jahren Haft verurteilt; Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sieht eine zunehmende Gefahr durch linke Gewalttäter

DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (73%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Tag X hat nichts verändert; Ein paar Hundert linksradikale Demonstranten gehen wegen Lina E. in Leipzig auf die Straßen und sehen sich einer übermächtigen Polizei gegenüber

Die Welt

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 106

Length: 964 words

Byline: Wolfgang Büscher

Body

Es ist ein schöner, sonniger Samstagnachmittag, und es ist das alte Spiel. Der Protest sammelt sich auf dem Alexis-Schumann-Platz in der Leipziger Südstadt. Die einen halten empörte Reden, in denen die Worte Freiheit - gemeint ist ihre unbeschränkte Versammlungsfreiheit - und Demokratie - gemeint ist ihr Recht am öffentlichen Raum - oft fallen. Denn so lautet die Lautsprecherdurchsage der Polizei: Sie dürfen hier auf dem Platz protestieren, aber nicht losziehen. Die anfängliche Schätzung von 1500 Demonstranten wurde später nach oben korrigiert, eine genaue Zahl aber nicht genannt.

Die anderen, die sieht man nur, wenn man die Menge umkreist. Sie sammeln sich abseits unter Parkbäumen, alles an ihnen ist schwarz. Schuhe, Hose, Hoodie, Kappe, Kapuze, Sturmmaske, Sonnenbrille. Sehr uniformiert sehen sie aus. Manche bilden einen Motivationskreis wie Fußballer vor dem Spiel. Die Reden kümmern sie nicht. Sie denken und handeln operativ. Einige hundert sind es.

So geht es eine Weile hin und her. Reden. Polizeidurchsagen. Protestrufe. Stillstand. Dann - als hätte ein heimlicher Regisseur "Action!" gerufen - geht der Tanz los, der schwarze Block zieht los, eröffnet von einer signalhaft hallenden Böllerdetonation. Weitere Detonationen folgen. Dann färbt sich die Luft über dem Platz rot, wie manchmal im Stadion - Pyros. Steine fliegen, auch ein kleiner Molotowcocktail.

Die Polizei ist von einer Präsenz, die fast übertrieben wirkt angesichts der überschaubaren Menge. Um die zehn Wasserwerfer umstellen den Platz. Zwei Räumpanzer. Tausende Polizisten, auch sie ganz in schwarz, mit Helmen und Knüppeln, zusammengezogen aus dem ganzen Land. Bayern, NRW, Hessen, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen. Sachsen sowieso und Bundespolizei.

Es geht schnell mit dem Kessel. Dann sitzt der schwarze Block in der Falle. Nun ist klar, was der Sinn dieser Polizeimacht ist. Beim Militär würde man sagen, eine Show of Force. Mal ein Zeichen setzen, wer hier das Heft in der Hand hat. Ein Zeichen, gesendet in dieses flackernde Viertel Connewitz, diese Hoch- und Fluchtborg der radikalen Linken von Leipzig. Und das ist noch nicht alles. Durchsage der Polizei: "Ich informiere Sie, dass Sie ab sofort Beschuldigte in einem Strafverfahren sind." Einem Verfahren wegen schwerem Landfriedensbruch. Weiter sagt der Mann am Lautsprecher, es folge nun die "Zuführung zur Abarbeitung" und es gehe "gegebenenfalls in

Tag X hat nichts verändert; Ein paar Hundert linksradikale Demonstranten gehen wegen Lina E. in Leipzig auf die Straßen und sehen sich einer übermächtigen Poliz....

Gewahrsam". Die Kriminalpolizei sei hier und erfasse alle im Kessel. Und dies noch: "Widerstand ist versuchte Gefangenbefreiung."

So ist das jetzt, so bleibt es den ganzen Abend, die ganze Nacht. Die letzten verlassen den Kessel, als am anderen Morgen die Sonne aufgeht. Es ist mehr als eine Show of Force. Es ist der Schwarze-Block-Appell von Leipzig. Alle mal aufstellen, alle mal durchzählen, alle Namen, alle Straftaten.

Ein Mann hält aus dem Kessel heraus eine Rede, da ist der Kessel noch jung. "Seit drei Stunden werden wir hier gefangen gehalten. Leute dürfen nicht auf die Toilette, die Bundespolizei jagt sie aus dem Gebüsch. Leute haben Durst und dehydrieren, wir dürfen nichts zu trinken bekommen. Das ist Folter. Das ist die Demokratie, da seht ihr's." In der Tat, ab und zu führen Sanitäter blasses Mädchen aus dem Kessel, verletzt wirken sie nicht, eher fertig und erschöpft. Ein Ausweg ist das aber nicht, eng begleitet wird jede von ihnen von ein paar Polizisten. Und wenn die Sanitäter mit der Erstversorgung fertig sind, beginnen sie mit der Feststellung der Personalien.

Die Wut im und um den Kessel entlädt sich ab und zu. In jähnen Attacken und polizeilichen Gegenattacken. Verbal sowieso. Ein Mann draußen schreit: "Was der Bulle braucht - Hammer auf den Kopf, Sichel in den Bauch!" Der Kessel schreit es zurück. Die Sichel, das ist altkommunistische Symbolik. Hammer und Sichel, Arbeiter und Bauern. Hier ist kein Bauer, auch kaum ein Arbeiter. Aber Hammer auf den Kopf, das ist keine Symbolik. Das kracht und splittert real. Das ist Lina E., die zuschlagende Praxis ihrer Hammerbande. Ihretwegen sind alle hier. Wegen des Urteils gegen sie .

Auch Faschisten sind übrigens nicht hier. Dennoch erschallen immer wieder Parolen gegen sie. "Siamo tutti antifascisti!" Wir sind alle Antifaschisten. Weil aber gar keine da sind, geht es ersatzweise gegen "die Bullen", denn die sind unübersehbar da, und unbesiegbar heute, wie es scheint.

Der Alexis-Schumann-Platz leert sich in die Juni-Nacht. Ein Weilchen ist sie ganz still. Am Connewitzer Kreuz wacht ein einsamer Polizeiwagen. Erst mal was essen, was trinken. Dann geht es los. Es brennt ein bisschen in Connewitz, es fliegen Steine auf die verhasste Polizeistation mitten in der eigenen sozial befreiten Zone. Ein Ritual, wenigstens das.

Eine Polizeisprecherin sagt auf Anfrage später am Abend, es sei ein Toilettenwagen vor Ort gewesen, auch Wasser. "Nicht sofort, das musste organisiert werden, aber beides wurde gebracht." Am nächsten Tag gibt es Zahlen: 30 Festnahmen, die Staatsanwaltschaft prüft Haftanträge. 50 verletzte Polizisten, drei von ihnen sind dienstunfähig.

Dieser 3. Juni wurde, noch bevor er da war, in der linksradikalen Szene zum historischen Datum hochgeraunt. Der 3. Juni - wer dachte da nicht an den 2. Juni 1967, als ein West-Berliner Polizist, der Jahrzehnte später als Stasi-Mann enttarnt wurde, den Studenten Benno Ohnesorg erschoss? Nach seinem Todesdatum benannte sich in den 70er-Jahren eine linksterroristische Gruppe. Vom "größten Black Block in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung" schwärmte der Aufruf, von einem Tag, "bei dem Erfolg oder Misserfolg vielleicht noch Generationen von radikalen Linken prägen werden".

Dass dieses Wochenende irgendetwas geändert hätte, danach sieht es allerdings nicht aus.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Tag X hat nichts verändert; Ein paar Hundert linksradikale Demonstranten gehen wegen Lina E. in Leipzig auf die Straßen und sehen sich einer übermächtigen Poliz....

Uniformiert gegen uniformiert stehen sie sich gegenüber, der schwarze Block von Leipzig und Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Lage ist entschieden

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); POLIZEIKRÄFTE (86%); VORSTÄDTE (79%); EXPLOSIONEN (76%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (76%); GERICHTSPROZESSE (65%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); BAYERN, DEUTSCHLAND (59%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); SCHLESWIG-HOLSTEIN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

An der Schwelle zum Terror

Die Welt

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 104

Length: 341 words

Byline: Wolfgang Büscher

Body

Vor einem Urteil über das Urteil von Dresden ist es gut, sich die Dimension des Falles vor Augen zu führen. Denn sie ist fundamental. Eine Studentin aus Leipzig bildet eine Gruppe, um politische Feinde zu überfallen und zusammenzuschlagen. Die Feinde sind Rechtsextreme aus Sachsen und Thüringen, die Überfälle fanden zwischen 2018 und 2020 statt und gerieten teils brutal. Und die Gruppe, die sich selbst zu dieser Femejustiz ermächtigte, bestand aus Linksextremen. "Propaganda der Tat" hätte Che Guevara das genannt. Nicht reden, zuschlagen.

Als Menschen sich aus dem jahrtausendealten Kreislauf der Rache befreiten, indem sie das Gesetz für höher erachteten als ihren Zorn, da wuchsen sie über ihre Instinkte hinaus, da schufen sie etwas Kostbares - die Idee des Rechts. Dem Recht obliegt es, über kriminelle Taten und Täter zu urteilen. Nicht mir und dir. Nicht einmal dem Opfer einer Tat, und sei sie noch so schwer. Hinter diese Errungenschaft wollte die Gruppe um Lina E. zurück. Mein ist die Rache, sagt Gott im fünften Buch Mose. Mein ist die Justiz, übersetzt das der Rechtsstaat ins Säkulare. Quatsch, mein ist das Gesetz, sagte sich Lina E.

Die heute 28-Jährige stellt sich damit geistig in eine Reihe mit anderen Milieus, die das Recht in die eigene Faust nehmen. Mit Rockerbanden, die Abtrünnige hinrichten. Oder mit Mafia-Gruppen, die archaische Racherituale ausüben. Lina E. und ihre Genossen haben nicht gemordet. Sie beließen es bei - teils schwerer - Körperverletzung. Aber sie haben sich der Schwelle zum Terror so weit genähert wie seit RAF-Zeiten keine linksradikale Gruppe mehr. Solche brutalen Aktionen können leicht entgleiten, dann gibt es kein Zurück. Und ein Verdächtiger der Gruppe ist bereits in den Untergrund abgetaucht - wie geht das weiter?

Es ist richtig, wenn der Rechtsstaat dort eine rote Linie zieht, wo ihm offen sein Gewaltmonopol streitig gemacht wird. Es zu unterlassen, hieße, sich selbst auf- und der Femejustiz einen Anschein von Legitimität zu geben.

forum@welt.de (forum@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: RECHTSSTAATLICHKEIT (89%); TERRORORGANISATIONEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); POLITIK (77%); BANDEN (74%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Donnerstag 8. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 109

Length: 249 words

Body

Beschämend

Zu: "Die Grünen, der Fall Lina E. und die Gewalt" vom 5. Juni

Dass von der Grünen-Spitze keine Reaktion zu vernehmen war zur Haltung ihrer Jugendorganisation im Fall der linksextremistischen Gewalttäterin Lina E., ist mehr als beschämend. Als ob deren Taten legitim gewesen seien, da sie sich gegen Rechtsradikale gerichtet haben. Und als ob Gewalt von der linken Szene, einschließlich der Antifa-Bewegung, die unseren demokratischen Rechtsstaat überwinden möchte, insgesamt akzeptabel sei. Es ist in der Tat beunruhigend, da sich aus dem Schweigen der Parteispitze der Schluss ziehen lässt, dass sie sich offensichtlich selbst schwer damit tut, einzusehen, dass das Gewaltmonopol in einem Rechtsstaat ausschließlich in den Händen des Staates zu liegen hat. Eine Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner kann nach dem demokratischen Grundkonsens allein im verbalen Diskurs erfolgen. Aber damit tun sich bei den Grünen viele schwer, die sich bei bestimmten Themen wie z.B. bei der Migration anmaßen, von einer moralisch und ideologisch überhöhten Position heraus zu bestimmen, was richtig ist. Wer eine Gegenmeinung vertritt, wird gleich in die rechte Ecke gerückt. So geht man einer Diskussion aus dem Weg. Nur gut, dass Innenministerin Faeser, die bisher unter Missachtung der BKA-Kriminalstatistik und damit auch der linken Szene stets betont hatte, dass die größte Gefahr von rechts drohe, jetzt deutliche Worte gefunden hat.

Gerhard Banholzer, per Mail

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Leserbriefe

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); LESERBRIEFE & KOMMENTARE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (72%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (68%); STATISTIKEN (51%)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Mittwoch 7. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 108

Length: 216 words

Body

Fein und präzise

Zu "Meine CDU fischt im falschen Teich" vom 31. Mai

Offenbar hat die CDU aus dem ganzen Rezo-Szenario, als der junge Mann mit den blauen Haaren im Jahr 2018 die Partei vorgeführt hat, noch immer nichts gelernt. Phlegmatisch bewegt sie sich, immer noch weit entfernt von den Problemen und Sorgen der Bürger. Und nun kommt hier ein Abiturient aus Bremerhaven, der in einem von ihm verfassten Kommentar ganz locker erklärt, dass die CDU, der er sich als Mitglied der Jungen Union offenbar verbunden fühlt, im falschen Teich fischt. Der junge Mann begründet das in seinem Kommentar auch noch so schlüssig und nachvollziehbar, dass der Leser sich erstaunt die Augen wischt. Feiner und präziser geht es gar nicht mehr!

Frank Wunderlich, Nöbdenitz/Thüringen

Ideologisch verstrickt

Zu "Die Grünen, der Fall Lina E. und die Gewalt" vom 5. Juni

Wer die Genese der Grünen bis heute verfolgt, weiß: Grüne "Politiker:innen" und "Wähler:innen" sind oft ideologisch wie pragmatisch in den Linksradikalismus verstrickt. Dies müssten CDU, FDP und SPD offen benennen, statt sich - korrekterweise - auf Rechts zu fokussieren, aber ständig die Grünen als möglichen Koalitionspartner zu schonen. Genau dies stärkt den Rechtsradikalismus in Deutschland!

Thomas Jacobs, Wesseling

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); LESERBRIEFE & KOMMENTARE (79%); POLITIK (78%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (71%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona: Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E.: Anklage fordert acht Jahre Haft ++ Berlin: Al-Kuds-Marsch abgesagt ++ Außenpolitik ++ Streit über Frankreichs Rentenreform: Regierung setzt auf Dialog ++ Prozess in New York: Trump plädiert auf "nicht schuldig" ++ Nach der Wahl in Bulgarien: Sieger will prowestliche Koalition ++ Schottlands Ex-Regierungschefin Sturgeon: Berichte: Ehemann festgenommen ++ Wissen ++ Corona-Nasenspray: "Besserer Schutz vor Ansteckung" ++ Wissenschaftsausstellung: Schiff tourt durch Deutschland ++ Wirtschaft und Geld ++ IG-Metall-Chef: Vier-Tage-Woche angestrebt ++ Wärmepumpen: Branchenverband will Entlastung ++ Pharmareise Roche: Pläne für ein Comeback ++ Transaktionen von Wohnimmobilien: Deutlich weniger Paketverkäufe ++ Der Tag an der Börse: Leichte Eintrübung ++ Sport ++ Viertelfinale im DFB-Pokal: Bayern-Aus lässt Frankfurt hoffen ++ Hertha BSC im Abstiegskampf: Schwarz darf weitermachen ++ Kultur und Gesellschaft ++ Untersuchung der Benin-Bronzen: Material aus dem Rheinland ++ Initiative in Italiens Parlament: Geldstrafe für Anglizismen ++ Kunstsammlung von Alain Delon: Schauspieler versteigert 81 Werke ++ Einladung zur Krönung von Charles III.: Gattin jetzt offiziell "Queen Camilla" ++ Medienunternehmer Rupert Murdoch: Hochzeit kurzfristig abgesagt ++ Tausende E-Scooter-Unfälle: Ruf nach besserer Infrastruktur ++ In Einrichtung der Kinderhilfe: Zehnjähriges Mädchen tot gefunden

Die Welt

Donnerstag 6. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 69

Length: 2855 words

Body

Innenpolitik

Gesundheitsminister Lauterbach

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona: Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E.....

Pandemie ist beendet

"Wir haben in Deutschland die Pandemie erfolgreich bewältigt und auch mit einer guten Bilanz": Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sieht die Corona-Pandemie in Deutschland als beendet an. Betrachte man den Stand etwa bei den Virus-Varianten, den Impfungen und den noch vorkommenden Klinikfällen, könne man sagen, dass die Pandemie in Deutschland zu einem Ende gekommen sei, sagte Lauterbach. Er könne zwar verstehen, dass es ein Interesse daran gebe zu fragen, was alles schiefgelaufen sei. Doch sei die Bewältigungsstrategie insgesamt aufgegangen. Am Dienstag war der Corona-Expertenrat der Bundesregierung zum letzten Mal zusammengekommen. Zu Ostern enden nun die staatlichen Schutzvorgaben im Kampf gegen die Pandemie. Am Freitag laufen auch die letzten bundesweiten Maskenpflichten im Gesundheitswesen aus. Ein Gespräch mit der FDP-Politikerin Linda Teuteberg über die Folgen der Pandemie für unser Denken lesen Sie auf Seite 20.

Wegen Corona

Rekord bei Gesundheitsausgaben

Tests, Impfungen, Ausgleichszahlungen: Die Corona-Pandemie hat die Gesundheitsausgaben in Deutschland auf einen Rekordstand getrieben. Laut Statistischem Bundesamt stiegen sie 2021 auf 474,1 Milliarden Euro - das waren 5699 Euro je Einwohner. "Die Gesundheitsausgaben pro Kopf und die Gesundheitsausgaben insgesamt stiegen gegenüber dem Vorjahr um 7,5 Prozent und damit am stärksten seit Beginn der Berechnungen im Jahr 1992", meldete die Behörde. "30,6 Milliarden Euro der Gesundheitsausgaben im Jahr 2021 standen als laufende Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie", berichteten die Statistiker. 2020 waren es nur 18,2 Milliarden Euro gewesen.

Linksextremistin Lina E.

Anklage fordert acht Jahre Haft

Die Leipziger Studentin Lina E. soll Angriffe auf Rechtsextremisten geplant, vorbereitet und durchgezogen haben. Nun hat die Bundesanwaltschaft für die angeklagte mutmaßliche Linksextremistin eine Haftstrafe von acht Jahren gefordert. In ihrem Plädoyer vor dem Oberlandesgericht in Dresden bezeichnete die Anklage die 28-Jährige als Rädelshörerin einer kriminellen Vereinigung. Lina E. sei der gefährlichen Körperverletzung schuldig. Hinzu kämen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und räuberischer Diebstahl. Lina E. sitzt seit mehr als zwei Jahren in Untersuchungshaft. Drei mitangeklagte Männer sollen nach dem Willen der Bundesanwaltschaft zwei Jahre und neun Monate bis drei Jahre und neun Monate ins Gefängnis.

Berlin

Al-Kuds-Marsch abgesagt

Der für den 15. April in Berlin geplante Al-Kuds-Marsch ist abgesagt. Das bestätigte die Polizeipressestelle. Zu der alljährlichen Demonstration von Israelfeinden, Antisemiten und Holocaust-Leugnern waren von einer "Quds AG" 2000 Teilnehmer angemeldet worden. Die Route sollte über den Berliner Kurfürstendamm führen. Zu den Gründen der Absage konnte die Polizei keine Angaben machen. Zwei ebenfalls angemeldete Protestkundgebungen gegen den Aufmarsch wurden noch nicht zurückgezogen. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, erklärte, die Absage der Al-Kuds-Demo durch die Organisatoren sei gut: "Wir sollten uns aber nicht vormachen, dass das Denken und der Hass, der dahintersteht, einfach so verschwindet."

Außenpolitik

Streit über Frankreichs Rentenreform

Regierung setzt auf Dialog

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona: Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E....

Nach den zunehmend gewaltsamen Protesten gegen die bereits verabschiedete Rentenreform hat Frankreichs Premierministerin Elisabeth Borne die Gespräche mit den Gewerkschaften wieder aufgenommen. Sie wurden bereits nach einer Stunde ergebnislos beendet. Die Gewerkschaften nannten den Termin einen "Misserfolg", Borne sprach von einem "wichtigen Schritt". Mehr zu dem Konflikt und zur Gewalt in Frankreich lesen Sie auf Seite 7.

Prozess in New York

Trump plädiert auf "nicht schuldig"

Donald Trump ist als erster ehemaliger Präsident in der US-Geschichte angeklagt worden. In der vor einem Gericht in New York vorgelegten Anklageschrift wird dem Republikaner vorgeworfen, in 34 Fällen Geschäftsunterlagen gefälscht zu haben. Der 76-Jährige plädierte auf nicht schuldig. Die Anklage steht im Zusammenhang mit Schweigegeld-Zahlungen an die Pornodarstellerin Stormy Daniels kurz vor der Wahl im Jahr 2016 und dem Playboy-Model Karen McDougal. Der nächste Gerichtstermin wurde am ersten Prozesstag auf den 4. Dezember angesetzt, weniger als ein Jahr vor der nächsten Präsidentenwahl, bei der Trump antreten will. Mehr zu den Vorgängen lesen Sie auf Seite 7.

Nach der Wahl in Bulgarien

Sieger will prowestliche Koalition

Zur Überwindung der Krise in Bulgarien hat der Sieger der Parlamentswahl am Sonntag, Boiko Borissow, zu einer Regierung der beiden prowestlichen Lager aufgerufen. Der Chef des Mitte-Rechts-Bündnisses GERB-SDS bot dem zweitplatzierten liberal-konservativen Block PP-DP eine gemeinsame Regierung an. "Die natürlichen Partner sind diese politische Kräfte, die die Ukraine und den Beitritt (Bulgariens) zum Schengen-Raum und zur Euro-Zone unterstützen", sagte Borissow, der bis 2021 bereits drei Mal regiert hat. Die in dem EU- und Nato-Mitgliedstaat als prowestlich auftretenden, allerdings rivalisierenden Lager haben bei der fünften Wahl binnen zwei Jahren die beiden ersten Plätze belegt.

Schottlands Ex-Regierungschefin Sturgeon

Berichte: Ehemann festgenommen

Der Ehemann der zurückgetretenen schottischen Regierungschefin Nicola Sturgeon ist im Rahmen von Ermittlungen zu finanziellen Ungereimtheiten in ihrer Partei SNP festgenommen worden. Peter Murrell sei am Mittwochmorgen in Polizeigewahrsam genommen worden, meldeten britische Medien. Die Polizei erklärte nur, sie habe einen 58-Jährigen festgenommen und durchsuche im Rahmen ihrer Ermittlungen eine Reihe von Wohnungen. Die Nachrichtenagentur PA, die BBC und andere Medien identifizierten den Festgenommenen aber als Sturgeons Ehemann. Die SNP versicherte, sie arbeite mit den Ermittlern zusammen. Murrell war Mitte März als SNP-Geschäftsführer zurückgetreten. Hintergrund war, dass die Partei zunächst einen Zeitungsbericht dementiert hatte, demzufolge ihre Mitgliederzahl 2022 von mehr als 100.000 auf etwa 70.000 geschrumpft ist, dann aber zugab, dass der Bericht zutreffe.

Wissen

Corona-Nasenspray

"Besserer Schutz vor Ansteckung"

Wissenschaftler des Max Delbrück Center in Berlin haben einen Impfstoff gegen Corona entwickelt, der wie ein Nasenspray angewendet werden könnte. Die Entwicklung befindet sich noch in einem frühen Stadium, bisher gab es keine Tests am Menschen. Eine aktuelle Studie an Hamstern zeigte jedoch vielversprechende Ergebnisse: Der Stoff liefert demnach einen besseren Schutz als eine zweifache Impfung mit einem mRNA-Vakzin und schützt zusätzlich vor einer Infektion oder Weitergabe des Virus. Carsten Watzl, Immunologe am Leibniz-Institut für

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona: Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E....

Arbeitsforschung, erklärt im Gespräch mit WELT, wie das Mittel funktioniert, wann überhaupt noch mal geimpft werden müsste - und warum eine Zulassung trotzdem unwahrscheinlich ist. Das Interview lesen Sie auf Seite 10.

Wissenschaftsausstellung

Schiff tourt durch Deutschland

Auf einem Ausstellungsschiff können sich Interessierte im Frühjahr und Sommer in vielen deutschen Städten über das Universum informieren. Startort der diesjährigen Tour der "MS Wissenschaft" ist Berlin-Mitte: Dort öffnet die Schau vom 9. Mai an am Schiffbauerdamm, wie die Initiative Wissenschaft im Dialog mitteilte. An Bord seien rund 30 Exponate zum Thema des Wissenschaftsjahres 2023 "Unser Universum". Den Veranstaltern zufolge geht es um die Blickwinkel unterschiedlicher Disziplinen, von Astrophysik bis Kunstgeschichte. Unter anderem werde gezeigt, wie das All mit modernen Teleskopen erforscht wird, wie Satelliten Klimaveränderungen auf der Erde beobachten und wie der Blick in den Weltraum Kunst und Kultur beeinflusste. Das Schiff macht in den folgenden Monaten in mehr als 30 Städten Halt. Die "MS Wissenschaft" ist im Auftrag des Bundesforschungsministeriums unterwegs. Forschungsorganisationen stellen die Ausstellungsstücke zur Verfügung.

Wirtschaft und Geld

IG-Metall-Chef

Vier-Tage-Woche angestrebt

Die IG Metall will ihren Vorstoß zur Einführung einer Vier-Tage-Woche nicht auf die Stahlindustrie beschränken. Die Forderung habe grundsätzlich Ausstrahlung über die Stahlbranche hinaus, sagte Gewerkschaftschef Jörg Hofmann. Allerdings stünden 2023 mit Ausnahme der Kfz-Branche keine größeren Tarifrunden der IG Metall mehr an. Zuvor hatte der IG-Metall-Verhandlungsführer für die nordwestdeutsche Stahlindustrie, Knut Giesler, angekündigt, die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich in der kommenden Tarifrunde zu fordern. "Wir wollen eine echte Entlastung für die Beschäftigten erreichen, ohne dass sie deshalb weniger verdienen", sagte Giesler der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung". Konkret solle die wöchentliche Arbeitszeit in der Branche von 35 auf 32 Stunden abgesenkt werden. Einen Kommentar dazu finden Sie auf Seite 9.

Wärmepumpen

Branchenverband will Entlastung

Mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz soll die Wärmewende eingeleitet werden. Statt auf fossile Brennstoffen wird künftig auf nachhaltige Energiequellen gesetzt - und damit auf Wärmepumpen. Eine erfreuliche Nachricht für den Bundesverband Wärmepumpe. Doch dort sieht man ein großes Problem: den hohen Strompreis. Wo genau die Lobbyisten die Einsparung für Endkunden wünschen und wie realistisch die Forderung ist, lesen Sie auf Seite 11.

Pharmareise Roche

Pläne für ein Comeback

War Roche noch vor wenigen Jahren der Primus der Branche, haben nun andere in der Pharmaindustrie die Nase vorn. Nach mehreren Flops in der Medikamentenentwicklung ist der Aktienkurs im Sinkflug. Kann der neue Vorstandschef Thomas Schinecker für die nötige Revitalisierung sorgen? Seine Pläne verrät er auf Seite 12.

Transaktionen von Wohnimmobilien

Deutlich weniger Paketverkäufe

Die stark gestiegenen Kreditzinsen und die Krisenstimmung hinterlassen am Immobilienmarkt tiefe Spuren. Die Investitionen großer Investoren in Wohnimmobilien sind zum Jahresauftakt eingebrochen, wie der Immobilienspezialist Jones Lang LaSalle (JLL) in Frankfurt mitteilte. Im ersten Quartal gab demnach das

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona: Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E....

Transaktionsvolumen in Deutschland um fast die Hälfte nach - auf rund 2,1 Milliarden Euro. Betrachtet wurden etwa Käufe und Verkäufe von Wohnungsportfolios, also Pakete aus zahlreichen Wohneinheiten. Im Vorjahreszeitraum hatte das Transaktionsvolumen noch bei vier Milliarden Euro gelegen. Käufer und Verkäufer hätten sich noch nicht ganz auf die Folgen der steigenden Zinsen eingestellt, hieß es.

Der Tag an der Börse

Leichte Eintrübung

Schwache Konjunkturdaten in den Vereinigten Staaten haben die zunächst positive Stimmung am deutschen Aktienmarkt am Mittwoch eingetrübt. Dort hatte ein Auftragsminus der US-Industrie am Vortag Rezessionssorgen geschürt. Ganz im Gegensatz zur deutschen Industrie, wo am Morgen eine Zunahme gemeldet worden war. Der Dax verlor zum Xetra-Schluss 0,5 Prozent auf 15.520 Punkte. Weitere Börsendaten finden Sie auf Seite 11.

Sport

Viertelfinale im DFB-Pokal

Bayern-Aus lässt Frankfurt hoffen

Eintracht Frankfurts Trainer Oliver Glasner kann sich nicht vorstellen, wie im Vorjahr Bundesliga-Spiele für eine bessere Titelchance im Pokal hinten anzustellen. "Wir sind mitten im Kampf um die internationalen Plätze. Es gibt überhaupt keinen Grund, etwas abzuschenken", sagte Glasner nach dem 2:0-Erfolg im DFB-Pokal-Viertelfinale gegen Union Berlin. Der Europa-League-Sieger aus Hessen ist nun ein heißer Anwärter auf den Titel, gerade nach dem überraschenden Aus des FC Bayern gegen den SC Freiburg (1:2). Die Halbfinals finden am 2. und 3. Mai statt, das Endspiel am 3. Juni, eine Woche nach dem 34. Bundesliga-Spieltag. Im Vorjahr hatte die Eintracht die letzten Liga-Spiele vor dem internationalen Finale in Sevilla nur abgespielt - und die Glasgow Rangers dann besiegt. Über den Katzenjammer bei den Bayern lesen Sie auf Seite 17.

Hertha BSC im Abstiegskampf

Schwarz darf weitermachen

Hertha-Präsident Kay Bernstein hat Trainer Sandro Schwarz den Rücken gestärkt. "Die Mannschaft hat in Freiburg gezeigt, dass sie den Kampf um den Klassenerhalt mit aller Kraft angeht. Das ist ein Verdienst von Sandro Schwarz", sagte der 42-Jährige der "Sport Bild". Die Berliner hatten beim Champions-League-Kandidaten im Breisgau mit einer guten Leistung ein 1:1 geholt. Die Mannschaft aus den vergangenen sieben Partien nur acht Punkte geholt und steht auf Relegationsplatz 16. Es ist die dritte Spielzeit in Serie, in der Hertha BSC um den Klassenerhalt bangen muss.

Kultur und Gesellschaft

Untersuchung der Benin-Bronzen

Material aus dem Rheinland

Das Material für viele Benin-Bronzen stammt aus dem Rheinland zwischen Köln und Aachen. Das ergab eine Untersuchung von Bleiisotopen in Manillen - Armreifen aus Messing, von denen viele früher für die Herstellung der Hofkunst eingeschmolzen wurden. Ein Vertrag der deutschen Kaufmannsfamilie Fugger mit dem portugiesischen König aus dem Jahr 1548 über die Lieferung von Manillen macht die Analyseergebnisse plausibel. Die entsprechende Studie einer Forschungsgruppe von der Technischen Hochschule Georg Agricola in Bochum ist jetzt in der Fachzeitschrift "Plos One" erschienen. Im Dezember hatte Deutschland zahlreiche Benin-Bronzen, die als Beutekunst nach Europa gekommen waren, an Nigeria zurückgegeben.

Initiative in Italiens Parlament

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona: Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E....

Geldstrafe für Anglizismen

Fabio Rampelli, Parlamentarier der italienischen Regierungspartei Fratelli d'Italia, plant einen Gesetzentwurf zur Beschränkung von Anglizismen. Er zielt auf die Stärkung der Landessprache im offiziellen Sprachgebrauch, also etwa bei Behörden. Die Muttersprache sei durch die Globalisierung in Gefahr, sagte Rampelli dem "Corriere della Sera". Sein Gesetzesentwurf sieht Sanktionen von bis zu 100.000 Euro beim Gebrauch von Anglizismen vor und fordert ein Komitee zur ordentlichen Aussprache und Betonung des Italienischen. Mehr über dieses Vorhaben auf Seite 20.

Kunstsammlung von Alain Delon

Schauspieler versteigert 81 Werke

Vor 16 Jahren hat Alain Delon schon einmal Werke moderner Künstler versteigert, nun sollen noch namhaftere Kunstwerke aus seiner Sammlung unter den Hammer kommen: Wie das Auktionshaus Bonhams-Cornette de Saint Cyr in Paris mitteilte, will der 87-jährige Schauspielstar am 22. Juni 81 Gemälde und Skulpturen sowie Zeichnungen der italienischen Renaissance versteigern. Zu den Werken zählen unter anderem ein Gemälde von Raoul Dufy aus dem Jahr 1906 und eines von Eugène Delacroix von 1825. Der Gesamtwert wird auf vier bis fünf Millionen Euro geschätzt.

Einladung zur Krönung von Charles III.

Gattin jetzt offiziell "Queen Camilla"

Im Rahmen der Einladungen zu der am 6. Mai anstehenden Krönung von König Charles III. und seiner Frau Camilla bezeichnet der Palast Letztere nun offiziell als "Queen Camilla". Der Palast veröffentlichte eine geblümte Einladungskarte mit dem entsprechenden Titel, die an die mehr als 2000 geladenen Gäste verschickt wurde. US-Präsident Joe Biden wird indes an der Zeremonie in London nicht teilnehmen. Das Weiße Haus teilte mit, Biden habe mit Charles telefoniert und ihm mitgeteilt, dass First Lady Jill Biden die Vereinigten Staaten bei den Feierlichkeiten vertreten werde.

Medienunternehmer Rupert Murdoch

Hochzeit kurzfristig abgesagt

Der Medienunternehmer Rupert Murdoch und die 66-jährige Ann Lesley Smith haben ihre erst vor einem Monat bekannt gegebenen Hochzeitspläne kurzfristig abgesagt. Das Vorhaben sei plötzlich gestoppt worden, da Murdoch die religiösen Ansichten der ehemaligen Polizei-Geistlichen gestört hätten, berichtete das Magazin "Vanity Fair". Der 92-jährige Multimillionär, zu dessen NewsCorp-Konzern unter anderem das "Wall Street Journal", der US-Sender Fox und die britischen Zeitungen "The Times" und "The Sun" gehören, hatte kürzlich gesagt, dass Smith und er "die zweite Hälfte unseres Lebens zusammen verbringen" würden. Die Hochzeit sollte im Sommer stattfinden - ein Jahr nach Murdochs Scheidung von seiner vierten Frau, dem Model Jerry Hall.

Tausende E-Scooter-Unfälle

Ruf nach besserer Infrastruktur

Angesichts hoher Unfallzahlen mit Fahrrädern und E-Scootern fordert der TÜV-Verband einen schnelleren Ausbau der Radinfrastruktur. "Räder und E-Scooter brauchen für mehr Sicherheit mehr Straßenfläche", so der TÜV. Notwendig seien durchgängige Radverkehrsnetze in Ballungszentren und Radschnellwege im ländlichen Raum. Laut Unfallstatistik sind im vergangenen Jahr rund 98.000 Fahrradfahrer verunglückt und damit 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei E-Scootern stieg die Zahl um fast die Hälfte auf rund 8200.

In Einrichtung der Kinderhilfe

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona: Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E....

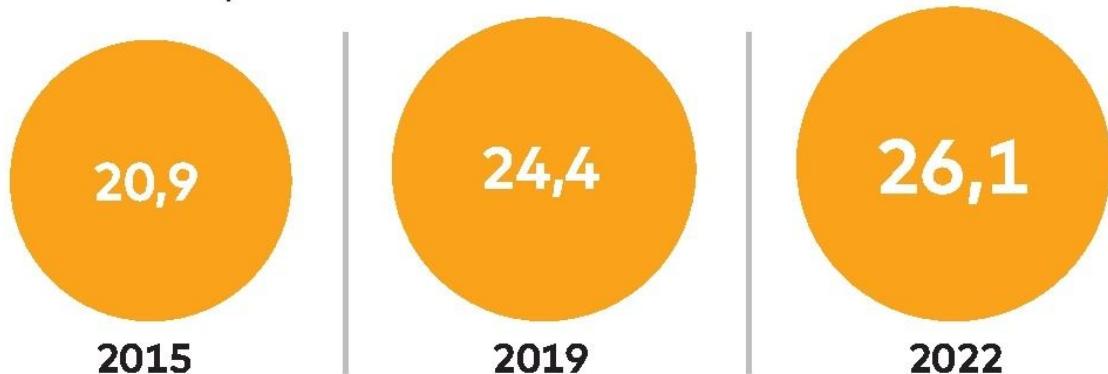
Zehnjähriges Mädchen tot gefunden

Ein zehn Jahre altes Mädchen ist tot in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe im oberfränkischen Wunsiedel gefunden worden. Angestellte der Einrichtung hätten das Kind am Dienstag in seinem Zimmer leblos entdeckt, sagte eine Sprecherin der Polizei am Mittwoch. Die Umstände des Todes seien noch unklar, hieß es. Es gebe allerdings erste Anzeichen für ein Tötungsdelikt. Die Kriminalpolizei bildete eine Sonderkommission. Der "Bild"-Zeitung zufolge stehen zwei Jungen im Alter von elf Jahren und ein 16-Jähriger im Fokus der Ermittler.

ELTERNZEIT

Immer noch ungleich verteilt

Anteil der männlichen Bezieher an allen Elterngeldbeziehern in Deutschland, in Prozent*

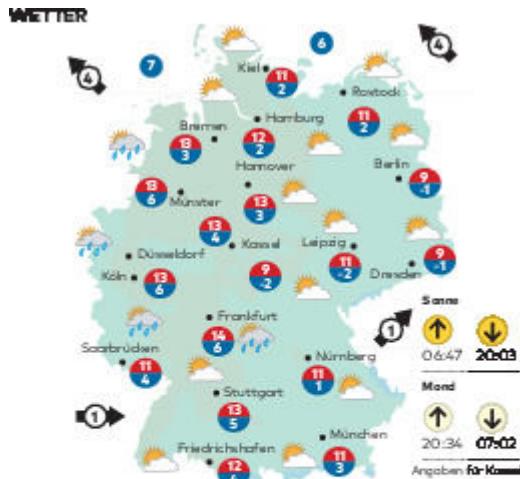


Durchschnittlich beantragte Elternzeit 2022 in Monaten



welt *Gleichstand zwischen Müttern und Vätern würde bei 50 Prozent herrschen; Quelle: Statistisches Bundesamt

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona: Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E....



Freundlich, im Westen später Regen

Hewett: Zunächst ziehen im Westen, später auch im Nord- und Südwesten immer mehr Wolken auf, und im Tagesverlauf fällt gelegentlich Regen. Sonst wechseln sich noch nach sonnigen Begriffen Sonne und Wolken ab, und es bleibt weitgehend trocken. Die Höchstwerte liegen zwischen 6 und 14 Grad. Der Wind weht schwach bis mäßig, an der Nordsee auch frisch mit starker Brise.

schwach bestimmt, so der Monaten auch muss mit seinem Leben. Bleibt dann bei der Werturteile schlafen viele nicht so tief wie sonst. Die Folgen sind Müdigkeit und Abgeschlagenheit. Durchdringt leichten Konzentrations- und Leistungsfähigkeit eingeschränkt sein. Werte - hilflos halten nun an Stärken Körperfähigkeiten und Kreislauft funktionale

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Journal Code: DWBE-HP

Subject: CORONAVIRUS COVID-19 (99%); PANDEMIEN (94%); EPIDEMIEN (93%); POLITIK (92%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GESUNDHEITSMINISTERIEN (90%); GESUNDHEITSPOLITIK (90%); GESUNDHEITSSEKTOR-PERFORMANCE (90%); IMPFSTOFFE (90%); IMPFUNG & IMMUNISIERUNG (90%); KOSTEN IM GESUNDHEITSWESEN (90%); MINISTER & STAATSEKRETÄRE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); ANKLAGEN (88%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (86%); STAATSANWÄLTE (86%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (79%); AUSSENPOLITIK (74%); EIGENTUMSDELIKTE (72%); STATISTIKEN (72%); DIEBSTAHL (69%); GEFÄNGNISSTRAFEN (69%); VERHAFTUNGEN (69%); ANTISEMITISMUS (68%); ZWEITER WELTKRIEG (68%); AUSSCHREITUNGEN (66%); GERICHTSHÖFE (64%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (64%); VÖLKERMORD (64%); HOLOCAUST (63%)

Industry: GESUNDHEITSMINISTERIEN (90%); GESUNDHEITSPOLITIK (90%); GESUNDHEITSSEKTOR-PERFORMANCE (90%); IMPFSTOFFE (90%); IMPFUNG & IMMUNISIERUNG (90%); KOSTEN IM GESUNDHEITSWESEN (90%); STAATSANWÄLTE (86%); GESUNDHEITSWESEN (73%)

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Pandemie ist beendet ++ Wegen Corona:
Rekord bei Gesundheitsausgaben ++ Linksextremistin Lina E....

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (90%); FRANKREICH (79%)

Load-Date: April 5, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++ Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer Appell für "Bildungswende": 100 Milliarden Euro gefordert ++ Volksentscheide und Bürgerbegehren: Südländer liegen vorn ++ Parteinaher Verein: KlimaUnion hat neuen Vorstand ++ Außenpolitik ++ Russisches Bombardement: Drei Tote in Kiew ++ Nato-Beitritt Schwedens: Druck auf Ankara steigt ++ Europaparlament: Ungarns Ratsvorsitz umstritten ++ Ende des Dauerstreits um Nitratbelastung: EU stellt Verfahren ein ++ Wissen ++ Gefährliche Erreger: Risiko durch invasive Arten wächst ++ Beethovens Spätwerk: Oft zu langsam aufgeführt ++ Wirtschaft und Geld ++ Bezahlung im Staatsdienst: Das verdienen deutsche Beamte ++ Neue Mindestlohnerhöhung: Besonders Frauen profitieren ++ Deutsche Verbraucher: Die Rückkehr des Konsums ++ Siemens Healthineers und Wingcopter: Labordiagnostik via Drohne in Afrika ++ 6,1 Prozent: Inflation im Euroraum sinkt deutlich ++ Tag an der Börse: Dax legt leicht zu ++ Sport ++ Weltmeister-Fußballer: Lionel Messi verlässt PSG ++ Oliver Glasner: Letztes Spiel als Frankfurt-Trainer ++ Kultur und Gesellschaft ++ Superhelden-Kino: Die Spider-Männer sind los ++ Unfall in Bayern: Ursache für Zugunglück ermittelt ++ Leitfaden im Pass: Benimmregeln für Bali-Touristen

Die Welt

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 105

Length: 2903 words

Body

Innenpolitik

Nach Urteil im Extremismus-Prozess

Linke Gewalt in Leipzig

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++ Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer....

Eine Solidaritätskundgebung für die verurteilte Linksextremistin Lina E. ist am Mittwochabend in Leipzig eskaliert. Es seien Flaschen, Steine und Pyrotechnik in Richtung der Einsatzkräfte geworfen worden, teilte die Polizeidirektion Leipzig am Donnerstag mit. Der Versuch, Barrikaden zu errichten, wurde unterbunden. Zudem waren zahlreiche Teilnehmer vermummt. Laut Polizei wurde die angemeldete Teilnehmerzahl von 150 "eklatant" überschritten. Die Nacht in Leipzig blieb dann ruhig. Solidaritätskundgebungen für Lina E. hatte es auch in Berlin, Hamburg und Dresden gegeben. Die Studentin war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig. E. ist zunächst noch auf freiem Fuß. Was dahintersteht, erfahren sie oben links auf dieser Seite. Mehr zur Reaktion der Bundesinnenministerin und der Linkspartei bieten wir auf Seite 4.

Haushaltsstreit

Lindner macht konkrete Vorgaben

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) erhöht im langwierigen Haushaltsstreit in der Koalition den Druck: Sein Ressort habe den anderen Ministerien mitgeteilt, "welche Haushaltssmittel ihnen jeweils absolut zur Verfügung stehen", erklärte das Finanzministerium auf AFP-Anfrage. "Die Ressorts sind nun aufgefordert, eigenverantwortlich die Ausgestaltung ihrer jeweiligen Plafonds vorzunehmen." Der Haushalt soll vor der Sommerpause im Kabinett verabschiedet werden - Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nannte den 5. Juli als Termin. Dem "Handelsblatt" zufolge müssen mit Ausnahme des Verteidigungsressorts alle Ministerien Einsparungen vornehmen. Insgesamt solle ein hoher einstelliger Milliardenbetrag eingespart werden. Allerdings würde damit die von Lindner zuletzt auf 20 Milliarden Euro bezifferte Finanzierungslücke nicht geschlossen.

Dramatischer Appell für "Bildungswende"

100 Milliarden Euro gefordert

Angesichts der Probleme im deutschen Bildungssystem haben Gewerkschaften, Bildungsverbände, Eltern- und Schülervertretenen spürbare Investitionen von Bund und Ländern in die Bildung gefordert. In einem veröffentlichten gemeinsamen Appell heißt es, die Gesellschaft erlebe aktuell "eine der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundesrepublik". Die Unterzeichner plädieren für die Bereitstellung eines "Sondervermögens Bildung" von mindestens 100 Milliarden Euro für Kitas und Schulen sowie jährliche Ausgaben von mindestens zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung. Den aktuellsten Daten vom April zufolge lagen die Ausgaben im 2021 bei 351,3 Milliarden Euro, das waren 9,8 Prozent des BIP.

Volksentscheide und Bürgerbegehren

Südländer liegen vorn

Bayern und Baden-Württemberg belegen im bundesweiten Ranking von Volksentscheiden die ersten Plätze. Die Hälfte aller Verfahren habe sich zwischen 1956 und 2022 auf diese beiden Bundesländer konzentriert, teilte der Verband "Mehr Demokratie" am Donnerstag in Berlin mit. In Bayern wurden demnach 40 Prozent (3485) und in Baden-Württemberg etwa zwölf Prozent (1105) aller Verfahren ausgelöst. Die Plätze dahinter belegen Nordrhein-Westfalen mit 943, Schleswig-Holstein mit 591 und Hessen mit 524 Verfahren. Das Gefälle zwischen den Ländern führt der Verein auf die unterschiedlichen Regelwerke zurück, die bürgerschaftliches Engagement erleichtern oder erschweren.

Parteinaher Verein

KlimaUnion hat neuen Vorstand

Die KlimaUnion hat zwei Jahre nach Gründung einen neuen Bundesvorstand gewählt. Mit dem Vorsitzenden Thomas Heilmann und Mark Helfrich gehören jetzt zwei Bundestagsabgeordnete, mit Wiebke Winter und Gudrun Heute-Bluhm zwei langjährige Vorstandsmitglieder der CDU dem achtköpfigen Gremium an. Gewählt wurde auch

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++
Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer....

der frühere Siemens-Manager Frank Anton und die Start-up-Unternehmerin Bianca Praetorius. Der den Unionsparteien nahestehende, will seine Strategie, auf allen Ebenen Lösungskonzepte zu erarbeiten, verstärkt fortsetzen. Die Kompetenz aller Parteien sei ausbaufähig, wie man auch an den jüngsten Klima-Konflikten der Ampel ablesen könne, sagte der KlimaUnion-Vorstand gegenüber WELT.

Außenpolitik

Russisches Bombardement

Drei Tote in Kiew

Russland hat erneut die ukrainische Hauptstadt Kiew angegriffen. Bei den Luftangriffen am Donnerstag wurden nach Angaben der ukrainischen Behörden mindestens drei Menschen getötet und weitere verletzt. Die russischen Streitkräfte griffen Kiew am frühen Morgen an, beschädigten Wohngebäude und eine Klinik. Nach Angaben von Vertretern der Stadt handelte es sich bei zwei der Getöteten um Kinder. Die Zahl der Verletzten variierte in unterschiedlichen Berichten. Zuvor hatte Russland die ukrainische Hauptstadt im Mai Berichten zufolge 17 Mal angegriffen, meistens mit Drohnen. Unterdessen hat sich Russland zu einer Erweiterung der Beobachtermission der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) im von russischen Truppen besetzten ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja bereit erklärt. Der Chef der nationalen Atombehörde Rosatom, Alexej Lichatschow, versprach, "alle Handlungen" des IAEA-Generaldirektors Rafael Grossi zu unterstützen. Dazu gehöre auch ein möglicher abermaliger Besuch des Argentiniers im größten europäischen AKW.

Nato-Beitritt Schwedens

Druck auf Ankara steigt

Vor dem Nato-Gipfel im Juli erhöht das Militärbündnis den Druck auf die Türkei, nach monatelangem Zögern einem Beitritt Schwedens zuzustimmen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte bei einem Treffen der Nato-Außenminister in Oslo, er werde in Kürze nach Ankara reisen, um über einen schnellstmöglichen Beitritt Schwedens zu sprechen. Er sei zuversichtlich, dass auch Ungarn die Aufnahme des Landes ratifizieren werde. Für eine Aufnahme in die Nato müssen alle Nato-Mitglieder zustimmen. Lediglich die Ratifizierung durch die Türkei und Ungarn steht noch aus. Die Türkei hat Schweden vorgeworfen, zu nachsichtig gegenüber Gruppen zu sein, die sie als Terrororganisationen einstuft. Die Gründe für die ungarische Zurückhaltung wurden bislang öffentlich nicht genannt. Alle Nato-Staaten zeigten sich laut Stoltenberg darüber einig, dass die Ukraine dem Bündnis einmal beitreten wird. Zuvor müsse aber sichergestellt werden, dass die Ukraine den russischen Angriffskrieg überlebe und als Gewinnerin daraus hervorgehe

Europaparlament

Ungarns Ratsvorsitz umstritten

Das Europaparlament hat infrage gestellt, ob Ungarn für den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr geeignet ist. Die Abgeordneten verabschiedeten mit großer Mehrheit eine entsprechende Resolution. Angesichts der eingefrorenen EU-Gelder und der zunehmenden Rechtsverstöße Ungarns gegen fundamentale Grundrechte sei es zweifelhaft, ob Ungarn diese wichtige Aufgabe übernehmen könne. Ungarn soll eigentlich turnusmäßig von Juli bis Dezember 2024 die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU blockiert derzeit rund 30 Milliarden Euro an EU-Geldern, die für Ungarn vorgesehen sind. Sie begründet dies damit, dass Justiz und Aufsichtsorgane im Land von Ministerpräsident Orban nicht ausreichend unabhängig seien, um eine korrekte Verwendung der EU-Gelder zu gewährleisten.

Ende des Dauerstreits um Nitratbelastung

EU stellt Verfahren ein

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++
 Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer....

Deutschland entgeht im Streit über nitratbelastetes Wasser einer Millionenstrafe der EU. Wie eine Sprecherin der EU-Kommission bestätigte, stellte die Behörde das entsprechende Verfahren gegen die Bundesrepublik ein. Am Mittwoch waren in Berlin neue, strengere Düngeregeln auf den Weg gebracht worden. Im Fall einer Verurteilung hätte Deutschland eine Strafe in Höhe von mindestens elf Millionen Euro und ein Zwangsgeld von bis zu rund 800 000 Euro täglich gedroht. Das Zwangsgeld hätte demnach rückwirkend ab einem ersten Urteil im Jahr 2018 verhängt werden können. Der Europäische Gerichtshof hatte Deutschland bereits im Juni 2018 wegen Verletzung von EU-Recht verurteilt, weil die Regierung über Jahre zu wenig gegen Nitrate im Grundwasser unternommen hatte. Nitrate stammen meist aus Düngern der Landwirtschaft.

Wissen

Gefährliche Erreger

Risiko durch invasive Arten wächst

Die globale Erwärmung kann in Deutschland künftig das Risiko für Infektionskrankheiten erhöhen. Das geht aus einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht des Robert-Koch-Instituts (RKI) hervor, an dem zahlreiche Wissenschaftler beteiligt sind. Den Autoren zufolge führen höhere Temperaturen dazu, dass krankheitserregende Bakterien sich besser vermehren, und Tiere, die Erreger übertragen können, sich ausbreiten. Schon jetzt wirkten sich gestiegene Temperaturen auf die Verbreitung einiger hierzulande untypischer Tiere aus, sagte Mitautor Klaus Stark. "Bestimmte neue Zeckenarten dringen nach Deutschland vor", sagte der RKI-Epidemiologe. Er nannte die Hyalomma-Zecke, die die bakteriellen Erreger von Fleckfieber übertragen kann. Ein Kommentar dazu finden Sie auf Seite 7.

Beethovens Spätwerk

Oft zu langsam aufgeführt

Die Spätwerke des Komponisten Ludwig van Beethoven (1770-1827) werden in den Konzertsälen oft zu langsam aufgeführt. Darauf verweist ein Bericht der Universität Manchester, an dem auch Marten Noorduin von der Musikhochschule Lübeck (MHL) beteiligt war. Aktuelle Aufführungen der Adagio-Sätze seines Spätwerks würden sich überwiegend auf Tempoangaben von Beethovens Schülern Carl Czerny und Ignaz Moscheles beziehen. Laut Noorduins These wurden die langsamsten Sätze nach Beethovens Tod zunehmend mit seiner Taubheit in Zusammenhang gebracht. In Beethovens eigenen Verweisen fänden sich allerdings regelmäßig sehr hohe Tempi auch für die umstrittenen Adagio-Sätze.

Wirtschaft und Geld

Bezahlung im Staatsdienst

Das verdienen deutsche Beamte

Dass Beamte in der "freien Wirtschaft" viel mehr verdienen würden, ist ein in Beamtenkreisen seit Langem gehegtes Vorurteil. Tatsächlich ist die Bezahlung für die meisten Tätigkeiten im Staatsdienst sehr gut. Es gibt zahlreiche Zuschläge, und es werden bis auf vergleichbar günstige private Krankenversicherungsbeiträge keine Sozialversicherungsbeiträge fällig. Allerdings ist die Besoldung in Tarifstufen unterteilt, deren Bezeichnung den wenigsten etwas sagt. Welche Gehälter in den verschiedenen Beamtenlaufbahnen erreicht werden können, lesen Sie auf Seite 10.

Neue Mindestlohnerhöhung

Besonders Frauen profitieren

Millionen Arbeitnehmer haben von der Erhöhung des Mindestlohns im vergangenen Oktober profitiert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren rund 5,8 Millionen Jobs von der Erhöhung des Mindestlohns

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++
Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer....

betroffen. Somit lagen 14,8 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland vor der Erhöhung im Oktober 2022 rechnerisch unterhalb des Stundenlohns von zwölf Euro. Vor der Erhöhung im Oktober lag der Mindestlohn bei 10,45 Euro pro Stunde. Überdurchschnittlich häufig hätten Frauen von der Mindestlohnernhöhung profitiert. Ihr Anteil machte laut Destatis rund 18 Prozent aus, der Anteil der Männer betrug nur gut 12 Prozent.

Deutsche Verbraucher

Die Rückkehr des Konsums

Der Optimismus kehrt bei Deutschlands Verbrauchern zurück. Das zeigt eine aktuelle Erhebung der Beratungsgesellschaft EY, die WELT exklusiv vorliegt. Demnach achten die Befragten zwar weiterhin sehr genau auf ihre Ausgaben. Insgesamt ist die Konsumbereitschaft jedoch deutlich gestiegen. Gestützt wird die Auswertung durch Zahlen aus dem deutschen Einzelhandel, der sich steigender Umsätze erfreut. Die Gründe für die Rückkehr des Konsums und die Folgen seines Einbruchs haben Carsten Dierig und Jan Klauth analysiert, auf der Seite 9.

Siemens Healthineers und Wingcopter

Labordiagnostik via Drohne in Afrika

Der Medizintechnik-Konzern Siemens Healthineers hat eine Zusammenarbeit mit dem Start-up Wingcopter gestartet. Das südhessische Unternehmen stellt Lasten-Drohnen her, die in der Lage sind, Transportbehälter über weite Strecken zu bewegen. Mithilfe dieser Fluggeräte wollen die beiden Unternehmen in Afrika ein Versorgungsnetz aufzubauen, das moderne Labordiagnostik auch in abgelegenen Regionen verfügbar macht. Die ersten Hilfsflüge sollen noch in diesem Jahr abheben und nach dem sogenannten "Hub & Spoke"-Prinzip funktionieren. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 10.

6,1 Prozent

Inflation im Euroraum sinkt deutlich

Die Inflation im Euroraum hat sich im Mai abgeschwächt, nachdem sie im April überraschend stark gestiegen war. Die Inflationsrate betrug 6,1 Prozent, wie das EU-Statistikamt am Donnerstag in Luxemburg mitteilte. Sie lag damit immer noch deutlich über dem Zweiprozentziel der Europäischen Zentralbank. Im April hatte die Teuerung noch sieben Prozent im Jahresvergleich betragen. Im Oktober vergangenen Jahres hatte die Inflation mit 10,6 Prozent ein Allzeithoch erreicht, danach schwächte sie sich bis zum April zunächst stetig ab. Die Arbeitslosenquote im Euroraum erreichte im April ein Rekordtief. Sie sank im Vergleich zum Vormonat um 0,1 auf jetzt 6,5 Prozent, wie das Statistikamt mitteilte.

Tag an der Börse

Dax legt leicht zu

Nach dem deutlichen Minus zur Wochenmitte hat der deutsche Aktienmarkt zu einer Erholung angesetzt. Am Nachmittag verringerte der Leitindex Dax seine früheren Gewinne kurzzeitig, notierte schließlich zum Börsenschluss allerdings immerhin 1,1 Prozent im Plus bei 15.847 Punkten. Am Tag zuvor war der Index auf das tiefste Niveau seit sieben Wochen gefallen und hatte damit den Monat Mai mit einem Verlust von rund 1,6 Prozent abgeschlossen. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

Weltmeister-Fußballer

Lionel Messi verlässt PSG

Der argentinische Fußball-Superstar Lionel Messi wird Paris Saint-Germain verlassen. PSG-Trainer Christoph Galtier sprach am Donnerstag von Messis "letztem Spiel im Parc des Princes". Der französische Meister trifft am

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++
Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer....

Samstag im letzten Match der Saison in der französischen Ligue 1 auf Clermont Foot Auvergne 63. "Ich hatte das Privileg, den besten Spieler in der Fußballgeschichte zu trainieren", würdigte Galtier Messi. Er wünsche sich, dass der Weltmeister auf bestmögliche Art im Stadion empfangen werde. Der 35-Jährige sei in diesem Jahr immer verfügbar und ein wichtiger Teil des Teams gewesen. Er habe immer im Dienst des Teams und des Spiels gestanden.

Oliver Glasner

Letztes Spiel als Frankfurt-Trainer

Vor seinem letzten Spiel als Trainer von Eintracht Frankfurt zeigt sich Oliver Glasner optimistisch. "Wir sind noch nicht fertig, ich bin noch nicht fertig hier. Wir wollen mit dem DFB-Pokal zurückkommen", sagte der Österreicher mit Blick auf das Pokalendspiel am Samstag gegen RB Leipzig. Rund 50.000 Frankfurter Fans werden am Wochenende in der Hauptstadt erwartet. Für die Eintracht ist es das größte Spiel der Saison und zugleich die Chance, die achterbahnartige Rückserie inklusive Krise, Zerwürfnis in der Führung und angekündigtem Abschied von Glasner doch noch zu retten. "Oliver Glasner soll in seinem zweiten Jahr bei der Eintracht den zweiten Titel gewinnen - und dann durch das große Tor gehen", sagte Sport-Vorstand Markus Krösche. Auch aus diesem Grund erfolgte die Trennung nicht sofort, sondern erst zum Saisonende. Alles zum Pokalfinale erfahren Sie auf Seite 13.

Kultur und Gesellschaft

Superhelden-Kino

Die Spider-Männer sind los

Ein Film, der nicht nur von einem einzigen Spider-Man handelt, sondern von zahlreichen Versionen dieses Comichelden, ja geradezu von der platonischen Idee des Spider-Man - wie schon 2018 in "Spider-Man: Into The Spider-Verse": Das war der Anfang jener Animationsfilm-Trilogie um den neuen Spider-Man Mike Morales, deren zweiten Teil "Spider-Man: Across The Spider-Verse" bildet und jetzt in den Kinos zu sehen ist. Der neue Film geht so weit, dass es nicht nur Spider-Männer gibt, sondern auch eine afroamerikanische Spider-Frau - die schwanger ist. Die Kritik finden Sie auf Seite 16.

Unfall in Bayern

Ursache für Zugunglück ermittelt

Schadhafte Betonschwellen sind die Hauptursache für das schwere Zugunglück mit fünf Toten vor einem Jahr in Garmisch-Partenkirchen gewesen. Wie aus einem am Donnerstag von der Bundesstelle für Eisenbahnunfalluntersuchung (BEU) in Bonn veröffentlichten Zwischenbericht hervorgeht, wiesen die an der Unglücksstelle verlegten Spannbetonschwellen "Beschädigungen auf, die auf einen Verlust der Vorspannung innerhalb der Schwelle schließen ließen". Diese Schäden führten demnach zum Wegbrechen der sogenannten Schienenauflager. Dabei handelt es sich um Flächen, wo der Schienenfuß auf der Betonschwelle aufgelagert wird. Über diese Fläche werden die durch Zugfahrten einwirkenden Kräfte aufgenommen. Die Deutsche Bahn erklärte, dass der Zwischenbericht die eigene Vermutung zur Unfallursache bestätige.

Leitfaden im Pass

Benimmregeln für Bali-Touristen

Nach mehreren Vorfällen unmanierlichen Benehmens von Feriengästen auf Bali hat die Regionalregierung eine spezielle "Touristenkarte" mit den geltenden Verhaltensregeln herausgegeben. Der Leitfaden werde allen ankommenden Reisenden am Flughafen der indonesischen Urlaubsinsel ausgehändigt, teilte Inselgouverneur Wayan Koster am Donnerstag mit. Er werde dort zusammen mit dem Visum in den Reisepass geheftet. Unter anderem geht es um Tempel-Etikette sowie Kleider- und Benimmregeln rund um heilige Wahrzeichen wie etwa die Banyan-Bäume. "Respektieren Sie die Heiligkeit von Tempeln, Pratimas (heiligen Statuen) und religiösen

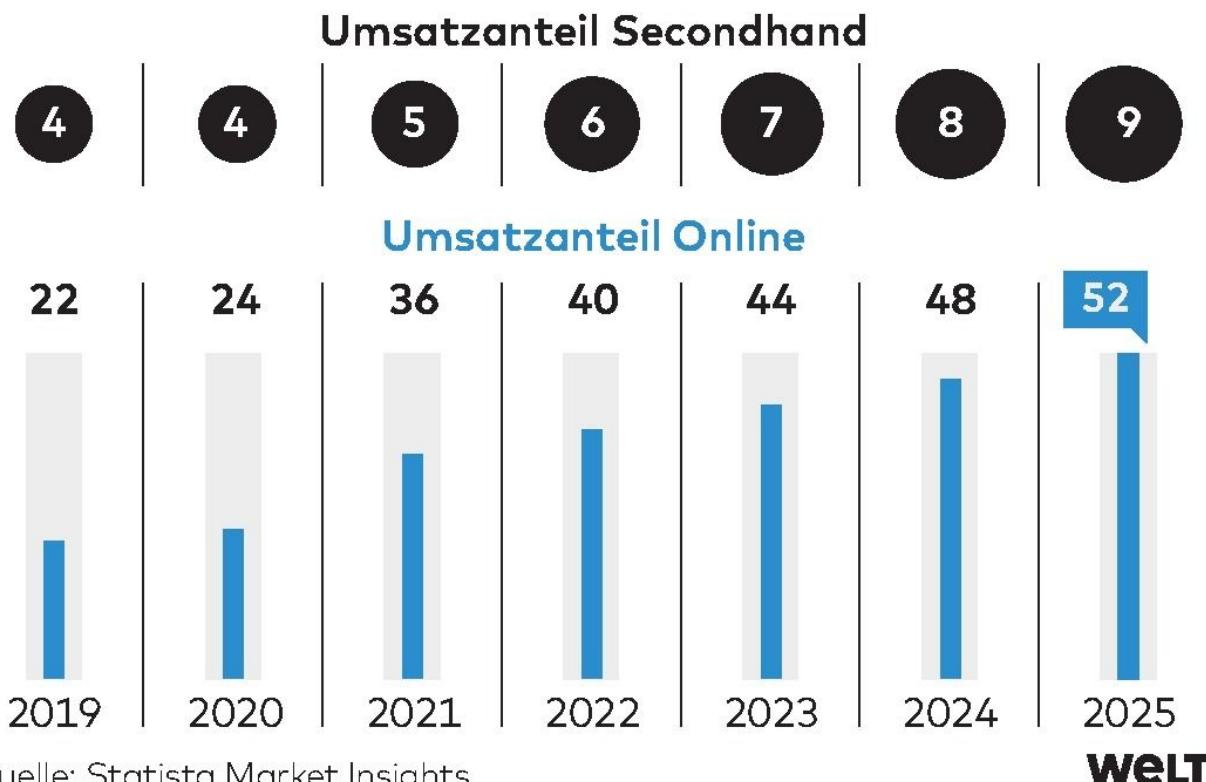
Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++
Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer....

Symbolen", hieß es. Strikt verboten sei es, heilige Orte, Götzen und religiöse Symbole zu verunreinigen, wie etwa durch das Besteigen heiliger Bauwerke.

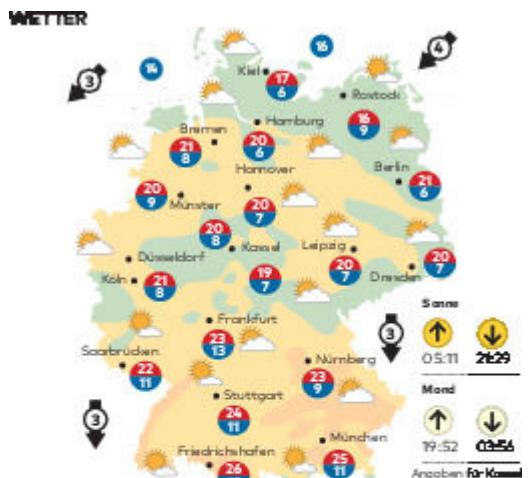
HANDEL MIT TEXTILIEN

Mehr Secondhand- und Online-Käufe

Anteile am Umsatz für Bekleidung in Deutschland, Österreich und der Schweiz in Prozent



Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++
Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer....



Wechselnd bewölkt und meist trocken

Heute: Im Süden schweift häufig die Sonne, aber am Alpenrand wird es wolkiger, es gehen jedoch nur vereinzelt Schauer oder Gewitter nieder. In der Mitte und im Norden beginnt der Tag geblümterweise mit dichten Wällen. Später gärt es aber auch dort für längere Zeit Sonnenschein. Im Norden werden 15 bis 21, im Süden 18 bis 26 Grad erreicht. Dabei weht ein meist schwacher bis mittlerer Wind.

Blauwetter: Der Organismus wird durch die Wetterlage überwiegend positiv beeinflusst. Besonders Personen mit Herz-Kreislauferkrankungen können sich häufig über eine Entlastung freuen. Man fühlt sich ausgeruhrt und ist ausgelassen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: POLITIK (91%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); FINANZMINISTERIEN UND -BEHÖRDEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (89%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (89%); GESUNDHEITSPOLITIK (79%); REFERENDEN (79%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (78%); BRUTTOINLANDSPRODUKT (73%); GERICHTSHÖFE (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); GESUNDHEITSMINISTERIEN (67%); RANGLISTEN (50%); VERÄNDERUNGEN IN VORSTAND & AUFSICHTSRAT (50%)

Company: SIEMENS AG (58%)

Organization: EUROPEAN PARLIAMENT (84%)

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Nach Urteil im Extremismus-Prozess: Linke Gewalt in Leipzig ++
Haushaltsstreit: Lindner macht konkrete Vorgaben ++ Dramatischer....

Ticker: SIE (BIT) (58%); SIE (FRA) (58%); SIN (SWX) (58%)

Industry: NAICS334210 TELEPHONE APPARATUS MANUFACTURING (58%); NAICS334413 SEMICONDUCTOR & RELATED DEVICE MANUFACTURING (58%); NAICS334513 INSTRUMENTS & RELATED PRODS MFG FOR MEASURING, DISPLAYING & CONTROLLING IND PROCESS VARIABLES (58%); NAICS335139 ELECTRIC LAMP BULB AND OTHER LIGHTING EQUIPMENT MANUFACTURING (58%); FINANZMINISTERIEN UND -BEHÖRDEN (90%); GESUNDHEITSPOLITIK (79%); GESUNDHEITSMINISTERIEN (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (74%); BAYERN, DEUTSCHLAND (74%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (74%); SCHLESWIG-HOLSTEIN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (92%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Razzia gegen Linksextremisten in Leipzig; Umfeld der angeklagten Gruppe um Studentin Lina E.

Die Welt

Donnerstag 27. Januar 2022

Copyright 2022 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 19

Length: 414 words

Byline: Ibrahim Naber

Body

In Sachsen ist am Mittwoch seit den frühen Morgenstunden eine Razzia gegen mutmaßliche Linksextremisten gelaufen. Dabei durchsuchten Polizisten ein Objekt in Leipzig-Connewitz und weitere Wohnungen im Stadtgebiet. Deutlich mehr als 100 Beamte waren im Einsatz.

Hintergrund der Durchsuchungen sind nach WELT-Informationen Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Dresden wegen Strafvereitlung, Brandstiftung und Sachbeschädigung. Mehrere Verdächtige sollen dem Umfeld der Gruppe um die Studentin Lina E. angehören, deren Mitglieder seit Monaten in Dresden vor Gericht stehen. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen gezielte Angriffe auf politische Gegner vor. Sie sollen ihre Opfer - darunter szenebekannte Neonazis - ausgespäht und teilweise brutal zusammengeschlagen haben. Es ist das größte Verfahren gegen Linksextremisten in Deutschland seit Jahren.

Zu den aktuellen Durchsuchungen in Leipzig führten Informationen aus weiteren Ermittlungsverfahren. Ermittler gehen zudem Hinweisen auf die Frage nach, wie genau es vor wenigen Jahren zur Erstellung und Veröffentlichung der sogenannten 215er Liste kam. Dabei geht es um Daten der Personen, die am 11. Januar 2016 beim Angriff auf Connewitz dabei waren. An jenem Tag war es einer Gruppe Hooligans und Rechtsextremisten gelungen, den Trubel bei einer Legida-Demonstration im Zentrum Leipzigs zu nutzen, um unbemerkt in das im Süden gelegene Connewitz "einzumarschieren". Der Mob zerschlug Schaufenster, zündete Sprengsätze und demolierte Autos. Die Polizei war schnell zur Stelle und kesselte die Gruppe ein, von jedem Einzelnen wurden Personalien festgehalten - Personalien, die in der "215er Liste" auftauchen. Mehrere Personen, die auf der Liste stehen, wurden in den vergangenen Jahren gezielt aufgesucht und attackiert - mutmaßlich von Linksextremisten.

Neue Erkenntnisse erhofft sich die Polizei auch für die Fahndung nach Johann G. Er gilt als Partner von Lina E. und ist schon länger als vorbestrafter Gewalttäter bekannt. Im ursprünglichen Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Mitglieder führte ihn der Generalbundesanwalt als einen Beschuldigten. Seit mehr als einem Jahr ist G. auf der Flucht. Wie WELT AM SONNTAG berichtete, fahnden Behörden bundesweit nach ihm. G. ist einer von bundesweit derzeit (Stand: 3. Januar 2022) elf sogenannten linksextremen Gefährdern. Dies sind laut Bundeskriminalamt Personen, denen man jederzeit politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung zutraut.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: ANKLAGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); POLIZEIKRÄFTE (89%); BRANDSTIFTUNG (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); STRAFTATEN (78%); EIGENTUMSDELIKTE (77%); GERICHTSPROZESSE (77%); RECHTSANWÄLTE (77%); VANDALISMUS (76%); BOMBENANSCHLÄGE (75%); BOMBEN & SPRENGKÖRPER (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (77%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: January 27, 2022

End of Document

"Dastehen und Leute abballern"; Im größten Verfahren seit Jahren gegen Linksextremisten hat nach Informationen von WELT nun der Generalbundesanwalt Anklage erhoben. Eine Gruppe um die Studentin Lina E. soll politische Gegner ausgespäht und attackiert haben. Den Ermittlern halfen abgehörte Gespräche im Auto

Die Welt

Samstag 29. Mai 2021

Copyright 2021 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Panorama; S. 23; Ausg. 122

Length: 1731 words

Byline: Ibrahim Naber

Lennart Pfahler

Uwe Müller

Manuel Bewarder

Body

Für den Krankenpfleger Jonathan M. schien sein Smart Fortwo ein Ort zu sein, an dem er offen reden konnte. So wie im April 2020. Es mache für ihn keinen Unterschied, sagte der 26-Jährige da, ob er auf Demos einen "Bullen" mit einem Straßenschild verprügele oder einem Nazi den Kiefer breche. M. ist Kampfsportler, er beschrieb, wie genau er zuschlagen wollte. Fest und wuchtig würde er bei Überfällen prügeln, so lange, bis der Gegner am Boden liege.

Was der gebürtige Duisburger offensichtlich nicht wusste: nicht nur Freunde lauschten seinen Ausführungen im Smart, sondern auch die Polizei. Beamte hatten seinen Wagen seit Mitte Februar 2020 mit GPS-und Audiotechnik versehen. Über Monate hörten Ermittler mit, sie zeichneten Gespräche mit Gleichgesinnten auf, sammelten Beweise. Mittlerweile gilt M. als Beschuldigter im bedeutendsten Verfahren gegen deutsche Linksextremisten seit Jahren.

Nach Informationen von WELT hat der Generalbundesanwalt (GBA) in diesen Tagen Anklage gegen Jonathan M. und drei weitere mutmaßliche Mitglieder einer kriminellen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht Dresden erhoben. Die Beschuldigten sollen politische Gegner - darunter szenebekannte Neonazis - ausgespäht und dann brutal attackiert haben.

"Dastehen und Leute abballern"; Im größten Verfahren seit Jahren gegen Linksextremisten hat nach Informationen von WELT nun der Generalbundesanwalt Anklage erho....

Insgesamt werden der bundesweit vernetzten Gruppierung fünf gezielte Angriffe in wechselnder Besetzung zur Last gelegt. Hinzu kommen weitere Straftaten. Die Vorwürfe reichen von gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung über besonders schweren Landfriedensbruch bis hin zu räuberischem Diebstahl.

Das Verfahren, das auf Ermittlungen des Landeskriminalamts Sachsen fußt, ist eine Zäsur. Es ist Jahre her, dass Deutschlands oberste Ermittlungsbehörde zuletzt derart konsequent gegen radikale Linke durchgriff. Zwar beobachten Verfassungsschützer seit ein paar Jahren, dass sich klandestine Gruppen in der Szene abspalten und politische Gegner angreifen. Viele dieser Taten können jedoch nie restlos aufgeklärt werden.

Öffentlich bekannt wurde der aktuelle Fall durch die öffentlichkeitswirksame Festnahme der Studentin Lina E. Ende 2020. Die Bilder, wie die in Kassel geborene Studentin per Hubschrauber zum Haftrichter nach Karlsruhe geflogen wurde, verbreiteten sich schnell. Genauso wie bald darauf ein Appell auf Twitter, tausendfach geteilt: #FreeLina. Freiheit für Lina.

In den Augen linker Aktivisten ist die 26-Jährige zum Opfer eines politischen Schauprozesses geworden. Es gehe darum, so der Vorwurf, die politische Linke zu kriminalisieren.

Nach Ansicht des GBA jedoch steht Lina E. im Zentrum der Anklage - als Kommandogebender bei Attacken. Die Ermittler sprechen ihr eine "herausgehobene Stellung" in der mutmaßlichen Vereinigung um Jonathan M. zu. Neben ihnen sind Lennart A. (26) und Jannis R. (35) angeklagt. Weitere Personen gehören ihrem nahen Umfeld an, sind jedoch kein Teil der aktuellen Anklage. Bis zu einer Verurteilung gilt wie immer die Unschuldsvermutung.

Wie die Angeklagten bei Angriffen offenbar vorgingen, zeigte sich in der Nacht auf den 19. Oktober 2019. Eine maskierte Bande aus mindestens zehn Personen - darunter offenbar Lina E. und Jannis R. - überfielen das "Bull's Eye" in Eisenach. Bereits Ende September soll das Lokal von zwei Personen aus ihrem Umfeld spätabends ausgespäht worden sein. Die Kneipe gilt als Treffpunkt für Rechtsextreme.

Betreiber ist Leon R., dem unter anderem Verbindungen zu der Neonazi-Gruppierung "Atomwaffen Division" nachgesagt werden. Das Lokal wurde bei dem Angriff verwüstet; mit Schlagstöcken oder Faustschlägen droste man auf die Opfer ein. Jannis R. soll gemeinsam mit anderen vor der Kneipe Wache gestanden haben. In einem später abgehörten Gespräch, in dem es mutmaßlich um den Angriff in Eisenach ging, wird R. von einem Eingeweihten scherhaft als schlechter "Spitzel" bezeichnet.

Lina E. wiederum soll in der Kneipe dabei gewesen sein und Reizgas versprüht haben. Auf ihr Kommando hin, so nehmen es die Ermittler an, habe sich die Truppe schließlich wieder aus dem Lokal zurückgezogen. Sie flüchteten - unter anderem in dem auf E.s Mutter zugelassenen VW Golf 4.

Nur zwei Monate später, Mitte Dezember 2019, soll die Gruppierung erneut Leon R. überfallen haben. Dieses Mal lauerten ihm demnach Lina E., Lennart A. und weitere Personen mitten in der Nacht vor dem Haus auf. Als er von Bekannten per Auto nach Hause gebracht wurde, sollen die maskierten Angreifer mit Schlagwerkzeugen auf R. und seine Begleiter losgegangen sein.

R. soll sich gewehrt haben, indem er androhte, ein Teppichmesser als Waffe zu benutzen, das er bei sich hatte. Die Opfer des Angriffs erlitten zum Teil Kopfplatzwunden und mussten notärztlich versorgt werden. Nach dem Überfall sollen die Angreifer in zwei Autos in Richtung Autobahn geflohen sein, verfolgt wurden sie dabei von mehreren Streifenwagen. Der Wagen von Lina E. und Lennart A. konnte noch in Eisenach gestoppt werden. An dem Auto war ein gestohlenes Leipziger Kennzeichen angebracht worden.

Auch an anderen Stellen versuchten die Beschuldigten offenbar, Spuren zu verwischen. Ein Vorwurf des Generalbundesanwalts lautet gar "Fälschung". In der Wohnung von Lennart A., Spitzname "Mio", stellten Beamte einen Ausweisdrucker mit behördlicher Kennzeichnung fest. Dies ist vor allem interessant, weil bei Lina E. ein Personalausweis gefunden wurde, der nicht auf sie ausgestellt war. Name und Geburtsdatum auf dem Ausweis ähnelten jedoch stark ihren eigenen Daten.

"Dastehen und Leute abballern"; Im größten Verfahren seit Jahren gegen Linksextremisten hat nach Informationen von WELT nun der Generalbundesanwalt Anklage erho....

Um ihre Identität zu tarnen, wechselten die Beschuldigten zudem häufig die Kleidung. So zum Beispiel vor einem mutmaßlichen Angriff auf Teilnehmer eines rechten Aufzuges in Wurzen im Februar 2020. Mit Sturmhauben und Kapuzen verummt soll die Vereinigung der Anklage zufolge mehreren Demoteilnehmern aufgelauert haben. Erneut schlugen sie mit Schlagwerkzeugen auf die Köpfe ihrer Opfer ein. Die Attackierten, darunter ein 15-Jähriger, erlitten Platzwunden. Manche von ihnen mussten im Krankenhaus behandelt werden.

Einige Opfer scheinen gezielt von der Vereinigung ausgewählt worden zu sein. Ihre Daten sind auf einer sogenannten "215er" Liste enthalten, die selbst ernannte Antifaschisten unter der Überschrift "Die Täter des 11.01.2016" ins Internet gestellt haben.

An jenem Tag war es einer Horde schwarz bekleideter und verummpter Hooligans und Rechtsextremisten gelungen, den Trubel bei einer Legida-Demonstration im Zentrum Leipzigs zu nutzen, um unbemerkt in das im Süden gelegene Connewitz "einzumarschieren". Der Mob zerschlug Schaufenster, zündete Sprengsätze und demolierte Autos. Die Polizei war schnell zur Stelle und kesselte die Gruppe ein, von jedem Einzelnen wurden Personalien festgehalten - Personalien, die jetzt auf der "215er Liste" stehen.

Dazu gehört auch Cedric S., Neonazi aus Wurzen, der Ende 2018 Opfer eines Angriffs der Gruppe um Lina E. geworden sein soll. Auf dem Weg zum Fußballtraining, in der Nähe seines Wohnhauses, hätten sie ihn laut Anklage abgepasst und dann gezielt attackiert. Bilder zeigen, wie stark das Gesicht von S. durch die Schläge anschwellt.

Einen ähnlichen Angriff planten die Linksextremisten offenbar im Juni 2020. Dort, so der Vorwurf, spähten sie in Leipzig ein mögliches Opfer aus: einen rechtsextremen Kampfsportler, Brian E.. Erneut habe man zunächst akribisch Gewohnheiten des möglichen Opfers nachvollzogen, seinen Wohnort ausgekundschaftet.

Lina E. habe dabei Perücke getragen, ihre Schuhe gewechselt, um nicht aufzufallen. Sie besaß auch verschiedene Brillen. Man fand bei ihr zudem einen als gestohlen gemeldeten Personalausweis einer anderen Frau, in deren Rolle Lina E. mit ein wenig Verkleidungskunst schlüpfen konnte.

Schließlich reisten Vertraute aus Berlin nach Leipzig - zur "Tatvorbereitung", wie die Ermittler annahmen. Unter ihnen Jonathan M., womöglich, weil man mit Gegenwehr des Ausgespähten rechnete. Zu einem Angriff kam es in diesem Fall nicht, da Behörden rechtzeitig eingriffen. Auch Brian E. stand auf der "215er"-Liste.

Das Auftauchen auf der berüchtigten Liste schien für die Vereinigung jedoch nicht das einzige Kriterium bei der Wahl der Ziele zu sein. Teil der Anklage ist auch ein Angriff, der offenbar anders gelagert ist. Im Januar 2019 sollen sie in Leipzig einen Kanalarbeiter konfrontiert haben, der gerade mit einem Arbeitskollegen Dachrinnen reinigte.

Einer der Vermummten habe dem Arbeiter unvermittelt einen Faustschlag ins Gesicht verpasst. Dann habe die Gruppe begonnen, gemeinsam auf den am Boden liegenden Mann einzuprügeln. Eine Frau, bei der es sich um E. handeln soll, habe umstehende Passanten mit Pfefferspray davon abgehalten, einzugreifen. Sinngemäß habe sie gesagt, das Opfer sei ein Nazi und habe die Schläge verdient.

Der bislang vermutete Grund für die Attacke klingt banal: Das Opfer soll eine Mütze der Marke "Greifvogel Wear" getragen haben, die der radikal rechten Szene zugerechnet wird. Der Mann erlitt Platzwunden und einen Bruch des Mittelgesichts; sein Jochbein und die Knochen ums Auge mussten mit Metallplatten fixiert werden.

Der Angriff ereignete sich mutmaßlich nur wenige Gehminuten von Lina E.s Adresse entfernt. An der Zimmertür in ihrer Wohnung stießen Beamte vor Monaten auf Beutel in unterschiedlichen Farben. Darin befanden sich Mobiltelefone, Perücken, Hämmer.

Eine These von Ermittlern ist, dass E. über ihren derzeit flüchtigen Partner Johann G. in radikal-linke Strukturen gelangte. G. fiel, wie WELT AM SONNTAG berichtete, bereits als Jugendlicher mit Straftaten auf und gehörte der autonomen Szene an. Er ist mittlerweile als sogenannter linksextrem Gefährder eingestuft, einer Person also, der Behörden jederzeit politisch motivierte Straftaten von großer Bedeutung zutrauen.

"Dastehen und Leute abballern"; Im größten Verfahren seit Jahren gegen Linksextremisten hat nach Informationen von WELT nun der Generalbundesanwalt Anklage erho....

Das Ermittlungsverfahren des GBA gegen die mutmaßliche Vereinigung umfasste Ende Oktober 2020 noch zehn Beschuldigte. Dass in der jetzigen Anklage nur vier von ihnen eine Rolle spielen, spricht den Rest nicht frei. Entweder könnte eine weitere Anklage des GBA folgen oder aber die Ermittlungen würden zurück an die Bundesländer wandern.

Vieles spricht dafür, dass sich die Angeklagten um Jonathan M. demnächst vor Gericht verantworten müssen. Dort könnte er auch mit seinen Aussagen aus den abgehörten Gesprächen konfrontiert werden.

Im Juni 2020 soll er gesagt haben, dass er bei einem weiteren Erstarken politischer Ideen und Parteien wie der AfD möglicherweise Konsequenzen ziehe. Bei Kundgebungen werde er "dastehen mit der Waffe und Leute abballern".

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Lina E. - hier kurz nach ihrer Festnahme im November 2020 - trägt moderne Sneaker und Nagellack. Beim Kurznachrichtendienst Twitter forderte so mancher die Freilassung der nun angeklagten Studentin

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: ANKLAGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); JUSTIZMINISTERIEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (76%); RAUBÜBERFÄLLE (76%); VERHAFTUNGEN (76%); DIEBSTAHL (75%); NEGATIVE KRIMINAL- UND RECHTSNACHRICHTEN (75%); NEGATIVE NACHRICHTEN (75%); RICHTER (75%); STRAFTATEN (75%); VERURTEILUNGEN (74%); GERICHTSHÖFE (69%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); HUBSCHRAUBER (62%)

Geographic: KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (79%); KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); LIEGE, BELGIEN (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); DUISBURG, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (72%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (72%); DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: May 29, 2021

Schnell, klandestin - und kriminell; Wer ist Lina E., die eine linksextremistische Gruppe anführen soll? Eine Recherche zeigt, wie sie sich radikalierte. Zuletzt hinterließ sie kaum noch Spuren. Doch die Ermittler waren trickreich

Die Welt

Freitag 13. November 2020

Copyright 2020 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Panorama; S. 32; Ausg. 266

Length: 1535 words

Byline: Manuel Bewarder

Uwe Müller

Ibrahim Naber

Lennart Pfahler

Body

Als Lina E. über die Stufen aus dem Polizeihubschrauber heraustritt, mit Sneakers, knallrot lackierten Fingernägeln und im Rock, da hat sie ihr einstiges Leben wohl schon längst hinter sich gelassen. Die Studentin, vor 25 Jahren in Kassel geboren, hatte sich einst von zu Hause aufgemacht, wie so viele andere Abiturienten jedes Jahr. Sie fing an zu studieren, zog nach Leipzig. Irgendwann radikalierte sie sich, schlug einen neuen Weg ein. Vor einer Woche schließlich verhafteten Polizisten E. in ihrer Wohnung. Am nächsten Tag brachten Beamte sie in dem tiefblauen Helikopter nach Karlsruhe, wo ein Ermittlungsrichter den Haftbefehl in Vollzug setzte.

Der Vorgang ist in vieler Hinsicht bemerkenswert. Seit dem Ende der Rote-Armee-Fraktion (RAF) hat der Generalbundesanwalt nur sehr selten Linksextremisten festnehmen lassen. Dann stehen hier erhebliche Vorwürfe im Raum: Lina E. gilt den Ermittlern als Mitglied einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung, die den "bestehenden demokratischen Rechtsstaat" ablehnt. Aus Ermittlerkreisen heißt es, man sehe die Gruppierung gar an der Schwelle zum Terrorismus. Ihnen wird besonders schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Angriffe vor allem auf politische Gegner, also die radikale Rechte.

Knapp zehn Personen sollen zur Vereinigung zählen, sie kommen aus Sachsen, Thüringen und Berlin. Neun werden in diesem Verfahren als Beschuldigte geführt. Die Behörden bezeichnen sie als "aktive und polizeibekannte Linksextremisten". Alle sind in der Vergangenheit mit politisch motivierten Straftaten aufgefallen - bis auf Lina E.. Doch nur sie wurde jetzt verhaftet; und soll laut Generalbundesanwalt sogar eine "herausgehobene Stellung"

Schnell, klandestin - und kriminell; Wer ist Lina E., die eine linksextremistische Gruppe anführen soll? Eine Recherche zeigt, wie sie sich radikalierte. Zule....

eingenommen haben. Bei mehreren Überfällen gilt Lina E., die einen Kleinen Waffenschein besaß, als "Kommandoführerin".

Recherchen von WELT zeigen, dass sich Lina E. offenbar über Jahre leise radikalierte; und sich irgendwann ganz gezielt auf Angriffe vorbereitete. Sie führte ein Leben, das wenig Spuren hinterließ. Mit Akribie observierte sie mögliche Angriffsziele. Und selbst wenn man sie erwischte, machte sie weiter. Ihre Sicht auf die Dinge erfährt man zunächst nicht: Ihr Leipziger Anwalt wollte sich auf Anfrage nicht zu den Vorwürfen äußern.

Lina E. wohnt mitten im Leipziger Szenestadtteil Connewitz, in einem sanierten Altbau. Gleich an der Wohnungstür und neben ihrer Zimmertür fanden Beamten griffbereit Beutel in unterschiedlichen Farben. Darin: Mobiltelefone, Perücken, Hammer. Offiziell gemeldet war E. dort nicht, sie hat bei den Behörden eine Adresse in ihrer Geburtsstadt Kassel angegeben. Für Ermittler ist das einer von vielen Hinweisen, dass sie sich klandestin bewegte. Die Miete zahlte im Wesentlichen die Mutter. Weder Strom noch Telefon wurden über Lina E. abgerechnet. Eine Telefonnummer hatte sie unter einem anderen Namen angemeldet. Sie tauchte ab.

Als sie im Jahr 2013 ihr Abitur in Kassel machte, war sie laut Mitschülern eine junge Frau, die kaum auffiel. Wer sie damals erlebte, spricht heute davon, dass Lina E. zwar vielleicht einen Hang zu radikal-linken Ansichten hatte - aber sonst? Sie habe auf Frauenrechte gepocht, oft auf die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen hingewiesen. Einen Hang zur Antifa habe man bereits verspürt, sie sei auch auf Demos gewesen. Vor allem aber blieb hängen: ein nettes, witziges Mädchen aus geordneten Verhältnissen.

Zum Studieren zog sie weiter an die Martin-Luther-Universität in Halle an der Saale, in Leipzigs Nachbarstadt. Sie interessiert sich für den Rechtsextremismus, schrieb darüber später ihre Bachelorarbeit: "Eine besondere politische Einstellung habe ich nicht bemerkt", erinnert sich ihr Professor. Das Thema, das sich E. vorknöpfte, hat mit einem deutschen Trauma zu tun - mit dem neonazistischen Terror des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU). Die drei NSU-Mitglieder hatten Anfang der 90er-Jahre ihre Freizeit in einem Club verbracht, in dem "akzeptierende" Jugendarbeit praktiziert wurde - das heißt, dass selbst rechtsextreme Ansichten geduldet wurden. Über ihre Bachelorarbeit schrieb Lina E. schließlich den Titel "Zum Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit - Der NSU im Jugendclub Winzerla". Im Jahr 2018 verließ sie womöglich die Universität, fällt dort jedenfalls erst einmal nicht mehr auf. Im Wintersemester 2019 schrieb sie sich für ein Masterstudium ein - doch das erfolgt offenbar nur pro forma. Sie belegte ein obligatorisches Einführungsseminar, beteiligte sich aber kaum. "Im Nachhinein erklärt sich mir nun ihre Passivität und auch die unregelmäßige Teilnahme, die mich aufgrund der guten Bachelorarbeit überrascht hatten", so ihr ehemaliger Professor.

Die Erfahrungen des Professors passen zu den Erkenntnissen, die Ermittler der Soko LinX beim Landeskriminalamt Sachsen im Laufe der Monate zusammengetragen haben. Die Gruppierung soll sich spätestens Anfang 2019 gegründet haben, spätestens im September des Jahres sei E. dazugestoßen. Es sind verschiedene Attacken, die ihr bislang zur Last gelegt werden. Wie aber wurden diese Ziele ausgewählt? Die Daten einiger der tatsächlichen und ausgespähten Opfer sind auf einer sogenannten 215er Liste enthalten, die selbst ernannte Antifaschisten unter der Überschrift "Die Täter des 11.01.2016" ins Internet gestellt haben. Am Rande einer Legida-Demonstration, die im Zentrum Leipzigs stattfand, gelang es damals einer Horde schwarz bekleideter und vermummter Hooligans und Rechtsextremisten, in das im Süden gelegenen Connewitz "einzumarschieren". Der Mob zerschlug Schaufenster, zündete Sprengsätze und demolierte Autos. Die Polizei war schnell zur Stelle und kesselte die Gruppe ein, von jedem Einzelnen wurden Personalien festgehalten - Personalien, die jetzt in der "215er Liste" stehen. Im Sommer 2017 wurden erste Urteile gegen die an dem Gewaltexzess beteiligten Straftäter verhängt, lange Haftstrafen ohne Bewährung. Doch diese staatlichen Sanktionen zählen in der Welt von Lina E. und ihren Gesinnungsgenossen nicht. Vielleicht wollen sie selbst für die Bestrafung sorgen.

Im Oktober 2019 soll sie mit zehn bis 15 Personen einen Anschlag auf den Inhaber und Besucher einer Gaststätte in Eisenach verübt haben. Laut Bundesanwaltschaft war die Kneipe als Treffpunkt der rechten Szene ausgewählt worden. Die Räume wurden verwüstet, die Opfer mit Schlagstöcken oder Faustschlägen attackiert. E. soll dabei Reizgas versprüht haben. Auf ihr Kommando hin, so nehmen die Ermittler an, habe man sich zurückgezogen.

Schnell, klandestin - und kriminell; Wer ist Lina E., die eine linksextremistische Gruppe anführen soll? Eine Recherche zeigt, wie sie sich radikalierte. Zule....

Nur wenige Wochen danach der nächste Vorfall: Zuerst wurde Lina E. in Leipzig erwischt, als sie in einem Baumarkt Hämmer stahl. E. soll dem Sicherheitsmann dann in den Bauch gestoßen haben, schließlich habe sie sich losgerissen. Sie rannte weg, rief um Hilfe wegen einer angeblichen Belästigung und wurde geschnappt. Stoppen konnte sie dies offenbar nicht. Bereits am folgenden Tag schritt ihre Gruppe offenbar zur Tat: Erneut soll der Betreiber der Gaststätte das Ziel gewesen sein. Laut Bundesanwaltschaft verfolgten sie ihn und schlugen auf ihn und seine Begleiter mit Schlagstöcken, Hammer, Stangen und Radschlüssel ein. Die Opfer mussten vom Notarzt versorgt werden. Kurz nach der Tat wurde E. mit ihren Kumpanen nach einer kurzen Verfolgung durch mehrere Streifenwagen gestellt. Sie und die anderen wurden kurzzeitig festgenommen. Von nun an hatten die Ermittler die Gruppe genauer im Blick. Am Auto eines Beteiligten wurde schließlich Technik angebracht, um heimlich den Standort zu ermitteln und Gespräche im Fahrzeug aufzeichnen zu können. Die Observation der radikalen Linken war angelaufen.

Es dauerte ein paar Monate, bis Lina E. erneut aufgefallen sein soll. Im Juni 2020 hätten sie in Leipzig ein mögliches Opfer ausgespählt: einen rechtsextremen Kampfsportler; "zur Vorbereitung eines Anschlags", wie der Generalbundesanwalt ihnen vorwirft. Erneut habe man akribisch Gewohnheiten des möglichen Opfers nachvollzogen, seinen Wohnort ausgekundschaftet. E. habe dabei Perücke getragen, ihre Schuhe gewechselt, um nicht aufzufallen. Sie besaß auch verschiedene Brillen. Man fand bei ihr zudem einen als gestohlen gemeldeten Personalausweis einer anderen Frau, in deren Rolle Lina E. mit ein wenig Verkleidungskunst schlüpfen konnte. Schließlich reisten Vertraute aus Berlin nach Leipzig - zur "Tatvorbereitung", wie die Ermittler annahmen. Unter ihnen ein Kampfsportler, womöglich, weil man mit Gegenwehr des Ausgespähten rechnete. So weit ließen es die Sicherheitsbehörden aber nicht kommen - sie schritten ein, durchsuchten auch die Wohnung von E. Im Anschluss tauchte einer aus der Gruppe, mittlerweile ein Beschuldigter, unter.

Die Ermittler stehen jetzt vor der Aufgabe, die schwerwiegenden Vorwürfe zu untermauern. Die Szene, vor allem die in Leipzig, ist aufgeschreckt. Viele bekunden ihre Solidarität. Die Ermittler überrascht das nicht: Sie halten die Beschuldigten für gut bekannt und vernetzt. Gerade dies habe auch ihre Gefahr ausgemacht: Sie seien in der Lage, schnell auch auswärtige Unterstützer zu mobilisieren. Und vor Gewalt habe niemand zurückgeschreckt: Sie hätten es darauf angelegt, "potentiell lebensbedrohliche (Kopf-)Verletzungen herbeizuführen", haben Ermittler schriftlich festgehalten.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Lina E. kommt bei den Behörden in Karlsruhe an. Sie gilt als Kommandoführerin bei verschiedenen brutalen Attacken

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WE

Subject: JUSTIZMINISTERIEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE

Schnell, klandestin - und kriminell; Wer ist Lina E., die eine linksextremistische Gruppe anführen soll? Eine Recherche zeigt, wie sie sich radikalierte. Zule....

PERSONENNACHRICHTEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); STAATSANWÄLTE (89%); ERMITTLEMENTEN (78%); GLEICHBERECHTIGUNG DER GESCHLECHTER (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); STRAFTATEN (78%); TERRORISMUS (78%); TERRORORGANISATIONEN (76%); RECHTSANWÄLTE (75%); RICHTER (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (68%); LOHNDISKRIMINIERUNG (60%); LOHNGLEICHHEIT (60%); FRAUEN (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); HUBSCHRAUBER (78%); RECHTSANWÄLTE (75%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (78%); BERLIN, DEUTSCHLAND (55%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: November 13, 2020

End of Document

Linksextreme Zelle steht vor Gericht; Prozessaufakt gegen vier Angeklagte in Dresden

Die Welt

Mittwoch 8. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 209

Length: 677 words

Byline: Ibrahim Naber

Lennart Pfahler

Body

Ende August stockte im Leipziger Szenebezirk Connewitz der Verkehr. Mülltonnen blockierten die Fahrbahn der Wolfgang-Heinze-Straße. 300 Personen, so teilte die Polizei später mit, waren zu einem spontanen Protest zusammengekommen. "Soli-Saufen für Lina", lautete das Motto der radikalen Linken. Mit Lina ist Lina E. gemeint. Seit bald einem Jahr sitzt die 26-jährige Studentin in Haft. Bis zu ihrer Festnahme im November 2020 lebte in einem sanierten Altbau unweit vom Ort der Aktion entfernt.

Ermittler halten Lina E. für eine gefährliche Kriminelle - die mutmaßliche Kommandogebierin einer linksextremen Zelle, die gezielt und brutal Jagd auf politische Gegner gemacht haben soll, wie WELT schon mehrfach berichtete. Die Bundesanwaltschaft hat gegen E. und drei junge Männer Anklage erhoben. Ihnen wird die mutmaßliche Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie eine Reihe damit verbundener Straftaten vorgeworfen. Insgesamt soll die bundesweit vernetzte Gruppierung für sechs gezielte Angriffe in wechselnder Besetzung verantwortlich sein. Unter den Opfern: Männer aus dem rechten oder rechtsextremen Spektrum.

Am Mittwoch soll nun der Prozess in einem Sicherheitstrakt des Dresdner Oberlandesgerichts beginnen. Das gesamte Verfahren ist eine Zäsur. Es ist Jahre her, dass Deutschlands oberste Ermittlungsbehörde derart gegen Linksextremisten durchgriff. Besonders macht den Fall auch, dass er Strukturen der radikal-linken Szene offenlegt. Über Monate hatten Ermittler des sächsischen LKA heimlich Gespräche aufgezeichnet und Verdächtige beschattet. Die Sicherheitsbehörden bereiten sich deshalb auch auf mögliche Ausschreitungen vor. Denn für die linksradikale Szene geht es um mehr als eine mögliche Haftstrafe für vier Mitstreiter. Man sieht sich im Kampf gegen einen von Rechtsextremisten durchzogenen Staat. "Dass Nazis und der Staat Hand in Hand laufen, ist nun auch wirklich kein Geheimnis mehr", wurde auf der Plattform "Indymedia" zum Prozessbeginn veröffentlicht. Die Losung der Verfasser: "Nazis hauen? Unbedingt!"

E., geboren in Kassel, schreiben Ermittler eine "herausgehobene Stellung" in der mutmaßlichen Vereinigung zu. Bei Attacken soll sie als Kommandogebierin agiert haben, etwa beim Angriff auf die Eisenacher Kneipe "Bull's Eye", die der rechten Szene zugeschrieben wird, in der Nacht auf den 19. Oktober 2019. Dort soll E. Reizgas versprüht

Linksextreme Zelle steht vor Gericht; Prozessaufakt gegen vier Angeklagte in Dresden

und schließlich das Signal zum Rückzug gegeben haben. Mehrere Beteiligte flüchteten in dem auf E.s Mutter zugelassenen VW Golf.

Interessant werden mit Blick auf den Prozess zwei Fragen: Zum einen, inwiefern und wie konkret der 26-Jährigen tatsächlich eine Stellung als Anführerin in der mutmaßlichen Vereinigung nachgewiesen werden kann. Zum anderen, wann und wie genau Lina E. mit der gewaltorientierten, linksextremistischen Szene in Kontakt kam. Eine These von Ermittlern lautet, dass Lina E. durch ihren damaligen Partner Johann G. (heute flüchtig) herangeführt worden sein könnte. Als E. 2013 ihr Abitur in Kassel machte, sei sie laut Mitschülern noch eine unauffällige junge Frau gewesen. Manche sprechen zwar davon, dass sie einen Hang zu radikal-linken Ansichten gehabt habe und auch auf Antifa-Demos gegangen sei. Als gewaltorientiert nahmen sie Weggefährten damals jedoch nicht wahr. Sie galt als nettes Mädchen aus geordneten Verhältnissen. Auch während ihres Studiums in Halle an der Saale fiel E. nicht durch Krawall auf. "Eine besondere politische Einstellung habe ich nicht bemerkt", erinnerte sich einer ihrer Professoren im Gespräch mit WELT.

Zwischen 2018 und 2019 scheint es zu einem Bruch gekommen zu sein. Zwar schrieb sich E. 2019 noch für ein Masterstudium ein, anwesend war sie laut ihres Professors jedoch nur selten. War E. damals schon mehr mit den mutmaßlichen Angriffen auf politische Gegner beschäftigt? Zeitlich würde das passen. Laut Anklage ereigneten sich die ersten Attacken ab Oktober 2018. Als Polizisten 2020 ihre Wohnung stürmten, entdeckten sie neben der Türe griffbereit mehrere Beutel. Darin: Mobiltelefone, Perücken, Hämmer.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); ERMITTLEMENTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFTATEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: September 8, 2021

Verfassungsschutz beobachtet Ausweitung von Antifa-Aktivitäten; Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen rechnen mit vermehrten Aktionen aus dem linksradikalen Spektrum. Im Blick haben sie auch eine neue Gruppierung

Die Welt

Montag 31. Mai 2021

Copyright 2021 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 123

Length: 1072 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Vor wenigen Tagen ist in den sozialen Medien ein neuer Account aufgetaucht, der auch Verfassungsschützer interessiert. "Mit ‚Antifa.NRW‘ hat sich im Frühjahr ein Zusammenschluss mehrerer Antifa-Gruppen aus #NRW gegründet. Gemeinsam werden wir als Gruppen verlässlich und dauerhaft in einer gemeinsamen Organisation arbeiten", heißt es in einem Eintrag bei Facebook und Twitter.

Die neue Organisation will nach eigenen Angaben "antifaschistische Aktivitäten bündeln, die Schlagkräftigkeit einzelner Gruppen, Aktionen und Zusammenhänge stärken und ihnen ein öffentlichkeitswirksameres Sprachrohr bieten, um so die antifaschistische Bewegung in NRW insgesamt zu stärken". Das Signal ist eindeutig: Die Antifa will mobilisieren, ihren Aktionsradius erweitern und mit einer intensiveren Medienarbeit flankieren.

Ein Sprecher von Antifa NRW erklärt auf WELT-Anfrage, es gehe darum, "eine neue organisatorische Ebene zu erreichen". Vertreter lokaler Gruppen kämen regelmäßig zusammen und erarbeiteten gemeinsame Themen und Strategien, die Gruppen seien aber weiter eigenständig vor Ort aktiv. "Wir haben Kontakt zu etwa 50 Gruppen, aber es gibt Antifaschist:innen in ganz Nordrhein-Westfalen, dazu gehören auch Einzelpersonen, die in Dörfern aktiv sind", teilt der Sprecher mit.

Auch Nordrhein-Westfalens Verfassungsschutz hat das Auftauchen der Antifa NRW registriert. "Sollten sich Hinweise darauf ergeben, dass sich auch vom Verfassungsschutz beobachtete Strukturen an Antifa NRW beteiligen, würden diese innerhalb von Antifa NRW beobachtet", erklärt die Behörde im Landesinnenministerium auf WELT-Anfrage.

Antifaschismus sei "nicht per se extremistisch". Es gehörten "nicht alle Gruppen, die den Namen ‚Antifa‘ tragen, zum extremistischen Spektrum", heißt es im Ministerium in Düsseldorf. Für den Verfassungsschutz seien linksextremistische Akteure relevant: "Hier sind insbesondere die gewaltbereiten autonomen Strukturen problematisch."

Verfassungsschutz beobachtet Ausweitung von Antifa-Aktivitäten; Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen rechnen mit vermehrten Aktionen aus dem linksradikale....

In der Szene hat sich der Verfassungsschutz zuletzt landesweit mit etwa 60 auffälligen Gruppierungen befasst. Dort gibt es erfahrungsgemäß eine hohe Dynamik, undurchsichtige Verbindungen und unterschiedliche Zuschreibungen. "Wie viele Menschen zur Antifa gehören, lässt sich nicht beantworten, weil es 'die Antifa' nicht gibt. Wir sind eine vielfältige Bewegung, die sich nicht immer einig sein muss", sagt der Sprecher von Antifa NRW.

Bei einer Recherche finden sich unter dem Label Antifa selbst ernannte Anarchisten, Antikapitalisten, Antiimperialisten, Globalisierungsgegner, Polizeihasser, Israel-Feinde, Klimaaktivisten und nicht zuletzt auch Gewalttäter, die sich zur "Autonomen Antifa" und dem "Schwarzen Block" zählen.

Das aktuell bundesweit brisanteste Beispiel für Linksextremismus wird gerade in einem Prozess gegen die Studentin Lina E. und mehrere Komplizen vor dem Landgericht Leipzig verhandelt. Die als linksextremistisch kriminell eingestufte Gruppe soll Rechtsextreme ausgespäht und mit Waffen attackiert haben.

In Thüringen geriet vor wenigen Tagen erneut eine Immobilie in Brand, die als Treffpunkt von Rechtsextremisten genutzt wird. Die Polizei ermittelt in alle Richtungen.

Die Autonome Antifa äußert sich dazu in einem aktuellen Statement bei Facebook: Gewalt gegen Faschisten sei "sehr wohl eine politische Haltung und Handlung" und "Faschisten gehören mit allen Mitteln und auf allen Ebenen bekämpft".

In Nordrhein-Westfalen haben die Sicherheitsbehörden eine Ausweitung der Antifa-Aktivitäten wahrgenommen. Nach wie vor stünden Aktionen gegen Rechtsextremisten im Vordergrund. Unter anderem sei mit den Protestbewegungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen eine "weitere Facette des ‚Engagements gegen rechts‘ hinzugekommen", heißt es beim Landesverfassungsschutz.

Die bevorstehende Bundestagswahl im Herbst gilt als weiterer Mobilisierungsfaktor. "Mit dem Bundestagswahlkampf dürften sich Aktionen gegen Parteien verstärken, die seitens des linken Spektrums dem politischen Gegner zugerechnet werden. Im Fokus dürfte hier, wie in der Vergangenheit, die Alternative für Deutschland (AfD) stehen. Abhängig von Äußerungen und programmatischen Aspekten sind aber auch Aktionen gegen weitere Parteien nicht gänzlich auszuschließen", so der Verfassungsschutz.

Ein Sprecher von Antifa NRW bestätigt im Gespräch, der Wahlkampf werde "eines unserer Aktionsfelder sein". Einfluss auf politische Parteien zu nehmen sei nicht unwichtig, man dürfe sich aber auch keine Illusionen machen. "Es sind schon häufig politische Ideale im Parlament verraten worden, das sieht man aktuell ganz gut bei den hessischen Grünen, die sich weigern, die Akten aus dem NSU-Untersuchungsausschuss freizugeben."

Die Antifa NRW setze "auf die Wirkmächtigkeit einer sozialen Bewegung, dazu gehören Aufklärung in der Öffentlichkeit und Protest auf der Straße. Wir sind offen für Bündnisse mit anderen Bewegungen", sagt der Sprecher. Die Antifa zeige sich demnach auch bei Protesten gegen den Braunkohleabbau im Rheinischen Revier oder beim Verhindern von Abschiebungen in Kriegsgebiete.

Ähnliches ist in anderen Bundesländern zu beobachten. In Berlin und anderen Städten etwa beteiligt sich die Antifa an Demos gegen hohe Mieten. "Es ist kein reiner Abwehrkampf gegen rechts. Als Antifaschist:in kämpft man für eine globale Gerechtigkeit, also auch für Klimagerechtigkeit", teilte der Sprecher von Antifa NRW mit.

Auf die Frage, wie man zu Gewalttätern in den eigenen Reihen stehe, weicht Antifa NRW aus und versucht es mit einem Ablenkungsmanöver: "Wir haben keine Lust auf Gewalt, dennoch erleben wir sie durch Angriffe von Faschist:innen und Polizist:innen." Es habe in den vergangenen 30 Jahren mindestens 213 Todesopfer rechter Gewalt gegeben, eine Angabe, die auch die Amadeu Antonio Stiftung dokumentiert.

Das solle man nicht mit Sachbeschädigung durch linke Gewalt gleichsetzen. "Wenn sich Soldat:innen und Polizist:innen in rechten Netzwerken organisieren, sollte man davon nicht ablenken", sagt der Sprecher. Die Antifa sieht nach eigener Auffassung seit Jahrzehnten rechte Tendenzen bei einem großen Teil der deutschen

Verfassungsschutz beobachtet Ausweitung von Antifa-Aktivitäten; Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen rechnen mit vermehrten Aktionen aus dem linksradikale....

Bevölkerung. "Die AfD macht das jetzt alles sichtbarer und rechtsradikale Positionen massentauglicher, und die CDU läuft hinterher", heißt es bei Antifa NRW.

Ob man sich in anderen Bundesländern ähnlich verbünden will, kann der Sprecher nicht sagen - "aber eine weitere Vernetzung bundesweit ist auch unser Ziel". Das dürften auch die Sicherheitsbehörden im Blick haben.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Antifa-Flagge bei einer Kundgebung in Köln

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); POLITIK (79%); SOCIAL MEDIA (78%); GLOBALISIERUNG (74%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (71%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (65%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (65%); GERICHTSPROZESSE (64%)

Company: FACEBOOK INC (58%)

Ticker: FB (NASDAQ) (58%)

Industry: NAICS519130 INTERNET PUBLISHING & BROADCASTING & WEB SEARCH PORTALS (58%); SOCIAL MEDIA (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (71%)

Geographic: DÜSSELDORF, DEUTSCHLAND (79%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%); ISRAEL (59%)

Load-Date: May 31, 2021

"Natürlich finden wir es falsch, Autos anzuzünden"; Parteichefin Janine Wissler sagt, wie sie ihre Linke aus dem Umfragetief manövriert will. Und gesteht Sahra Wagenknecht zu, dabei eine "entscheidende Frage" zu stellen. Sie grenzt sich von jeder Form von Gewalt ab

Die Welt

Mittwoch 16. Juni 2021

Copyright 2021 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 137

Length: 1553 words

Byline: Luisa Hofmeier

Body

Am kommenden Wochenende beschließt die Linke ihr Parteiprogramm, mit dem sie in den Bundestagswahlkampf ziehen will. Derzeit zeichnen Umfragen eine desolates Bild der Lage für die Genossen. WELT trifft Spitzenkandidatin und Linke-Vorsitzende Janine Wissler zum Interview in ihrem Büro im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin.

WELT:

Frau Wissler, Ihre Partei steht in Umfragen bei sechs bis sieben Prozent. Bleibt es dabei, kommt das schlechteste Bundestagswahlergebnis seit mehr als 15 Jahren auf Sie zu. Woran liegt das?

Janine Wissler:

Das vergangene Jahr war kein leichtes für uns. In der Corona-Zeit hatten wir Schwierigkeiten, öffentlich wahrgenommen zu werden. Wir mussten zweimal den Parteitag und damit den Wechsel an der Parteispitze verschieben. Statt eines ganzen Jahres für die Vorbereitung des Wahlkampfes hatte der neue Vorstand nur wenige Monate. Dinge, die wir nicht in der Hand hatten. Aber natürlich kann man nicht sagen, dass man alles richtig gemacht hat, wenn die Umfrage- und Wahlergebnisse unter den eigenen Ansprüchen liegen.

Welche Fehler haben Sie gemacht?

Wir waren in den letzten Jahren zu vielstimmig. Statt Gemeinsamkeiten haben wir die Unterschiede innerhalb der Partei in den Vordergrund gestellt. Wir müssen klarer kommunizieren, wofür wir stehen: bezahlbare Mieten, Umverteilung, bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Wie wollen Sie in den kommenden drei Monaten die Trendwende schaffen?

Die Linke ist eine Partei, die auf direkten Kontakt mit den Menschen setzt, die vor Ort Ansprechpartnerin ist. Durch die Corona-Pandemie mussten wir viele unserer Aktivitäten einstellen. Im Wahlkampf werden wir nicht warten, dass

"Natürlich finden wir es falsch, Autos anzuzünden"; Parteichefin Janine Wissler sagt, wie sie ihre Linke aus dem Umfragetief manövriren will. Und gesteht Sahra....

die Menschen zu uns kommen, sondern sie selbst aufzusuchen und mehr auf Haustürwahlkampf setzen. Wir müssen präsenter sein. Beispielsweise in Wohnvierteln, wo wir früher stark waren. Dort haben uns die Menschen zweimal gewählt, aber einige haben resigniert, weil sich für sie nichts verändert hat.

Weil Sie am Ende dann doch nicht regieren

Und weil wir für sie vielerorts nicht praktisch erlebbar sind. Auch wenn man nicht regiert, kann man vor Ort wichtige Arbeit leisten.

Mitglieder der Linken haben einen Antrag auf ein Parteiausschlussverfahren gegen Ihre ehemalige Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht gestellt. Schadet Ihnen der Streit über sie inzwischen mehr, als Ihnen ihre Bekanntheit nutzt?

Sahra Wagenknecht wird als Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen für uns in den Wahlkampf ziehen. Am Wochenende wird der Parteitag das Wahlprogramm beschließen. Dahinter gilt es sich zu versammeln. Der politische Gegner steht außerhalb der Partei, nicht innerhalb.

Dennoch wird Frau Wagenknecht nicht müde, ihre Kritik an der Linken zu wiederholen. Haben Sie mit ihr gesprochen, damit sie im Wahlkampf das Programm der Linken vertritt - und nicht das Wagenknecht-Programm?

Wir sind natürlich im Austausch. Es gibt einige Differenzen innerhalb unserer Partei. Die können wir diskutieren. Aber jetzt geht es um den Wahlkampf und darum, ein starkes Wahlergebnis zu erzielen.

Wagenknecht beschreibt die Linke als selbstgerecht, abgehoben und weit weg vom eigenen Wähler. Gibt es Punkte, bei denen Sie ihr recht geben?

Ich erlebe die Partei anders. In mindestens 80 Prozent unserer Fraktionsanträge im Bundestag geht es um soziale Fragen. Auf Landes- oder Kreisebene ist das ähnlich. Wir bieten in unseren Büros Beratung für Hartz-IV-Bezieher an, arbeiten in Mieterbündnissen mit und unterstützen gewerkschaftliche Kämpfe. Dass sich die Partei von der sozialen Frage entfernt hätte, entspricht nicht meiner Wahrnehmung. Dennoch stellt Sahra Wagenknecht eine entscheidende Frage: Wie kann die Linke erfolgreich sein und wieder mehr Menschen erreichen? Das treibt uns alle um.

Bleibt Ihr Ziel für die Bundestagswahl, zweistellig zu werden?

2017 haben wir 9,2 Prozent erreicht, wir wollen stärker werden. Wir korrigieren keine Ziele nach unten.

Wie bereiten Sie sich auf den Fall vor, dass Sie an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern?

Das Szenario ist aus meiner Sicht nicht realistisch.

Ihre Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali hat Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock kürzlich Arroganz vorgeworfen, weil sie eine Erhöhung des Benzinpreises gefordert hat. Die Grünen sehen aber auch ein "Energiegeld" vor, mit dem Bürgern der CO2-Preis pro Kopf zurückgezahlt werden soll. Warum reicht Ihnen das nicht als sozialer Ausgleich?

Wir sehen das Konzept skeptisch. Der CO2-Preis soll ein Anreiz sein, Verhalten zu ändern. Aber viele Menschen können das gar nicht, weil es kein ÖPNV-Angebot gibt und sie mit dem Auto zur Arbeit pendeln müssen, auch bei höheren Benzinpreisen. Bei der Industrie habe ich hingegen Zweifel, ob die Bepreisung dazu führt, dass Strukturen verändert werden.

Wer würde den Klimaschutz à la Linkspartei zahlen?

Die Verursacher. Und nicht die, die ohnehin wenig haben. Generell sieht unser Programm eine Umverteilung von Reichtum vor: Vermögensteuer, Erbschaftssteuer, reformierte Einkommensteuer, Finanztransaktionssteuer. Damit

"Natürlich finden wir es falsch, Autos anzuzünden"; Parteichefin Janine Wissler sagt, wie sie ihre Linke aus dem Umfragetief manövriren will. Und gesteht Sahra....

könnte man dann etwa die sozial-ökologische Transformation der Industrie und die Sicherung der Arbeitsplätze finanzieren. Oder den Ausbau des ÖPNV.

Ab welchem Gehalt würden Menschen nach Ihrer Reform der Einkommensteuer denn mehr an den Staat abtreten müssen als jetzt?

Singles ab 80.000 brutto im Jahr. Wir würden damit die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz sogar hochsetzen - derzeit greift er schon ab 58.000 Euro. Für Familien läge der Betrag noch deutlich höher. Und wenn man als Single pro Jahr 80.000 Euro verdient

dann?

ist das schon ganz gut, oder?

Zu viel aus Ihrer Sicht?

Nein, aber wenn jemand so viel verdient, kann er sich dann auch angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen.

Den von Ihnen geforderten bundesweiten Mietendeckel durfte Berlin schon testen. Zwar sanken die Mieten in Berlin. Zugleich stiegen sie aber in den angrenzenden Gemeinden. Außerdem wurden nur halb so viele Wohnungen als frei annonciert. Warum beeindrucken solche Erkenntnisse Sie nicht?

Auch vor dem Mietendeckel war es in Berlin schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Außerdem gab es auch aufgrund der Corona-Krise weniger Fluktuation. Der Mietendeckel ist ein Akt der Notwehr. So schnell kann man gar nicht bauen, wie bezahlbarer Wohnraum verschwindet. Wir wollen die Mieterinnen und Mieter schützen vor steigenden Mieten und Verdrängung.

Die Grünen sagen nicht mehr pauschal Nein zur Anschaffung bewaffneter Drohnen. Ist das der letzte Sargnagel im Projekt linkes Bündnis?

Ich will nicht über Sargnägel reden. Dass gerade die Grünen sich dafür aussprechen, finde ich enttäuschend und völlig falsch.

In Ihrer Partei sehen manche den Bedarf, grundlegend über die außenpolitischen Positionen zu sprechen. Etwa über das Verhältnis zu Autokraten oder das Verhältnis zu Nato und Bundeswehr. Wird es darüber eine Debatte geben?

Linke Programmatik muss sich immer weiterentwickeln, weil sich die Welt verändert. Unsere Grundsätze aber gelten: Abrüstung statt Aufrüstung, keine Militäreinsätze und ein Verbot von Waffenexporten.

Sie wollen den Verfassungsschutz abschaffen und durch eine Beobachtungsstelle ersetzen, die "Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, religiösen Fundamentalismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beobachten und darüber aufklären" soll. Klingt ein bisschen wie ein Verfassungsschutz, nur ohne Überwachung von Linksextremismus.

Der entscheidende Unterschied ist, dass es keine geheimdienstlichen Mittel gäbe. Keine V-Leute zum Beispiel. Geheimdienste haben eine Eigendynamik und entziehen sich der Kontrolle des Parlaments. Das wollen wir ändern. Mit einer Stelle, die Informationen sammelt und Strukturen beleuchtet.

Auch über Linksextremismus?

Wir haben ein Rechtsextremismus-Problem in diesem Land. Ich habe noch nicht gehört, dass eine SEK-Einheit aufgelöst wurde, weil festgestellt wurde, dass ein Drittel der Mitglieder Linksextreme sind.

"Natürlich finden wir es falsch, Autos anzuzünden"; Parteichefin Janine Wissler sagt, wie sie ihre Linke aus dem Umfragetief manövriren will. Und gesteht Sahra....

Dass es eine Bedrohung durch Rechtsextremismus gibt, bestreitet nach dem NSU, Hanau, Halle und dem Mord an Walter Lübcke niemand. Dennoch gibt es auch an konservative Politiker die Erwartung, sich deutlich von Rechtsextremismus zu distanzieren. Warum sträubt sich die Linke dagegen, sich im Gegenzug ebenso von Linksextremisten abzugrenzen?

Weil es töricht ist, das gleichzusetzen. Und natürlich grenzen wir uns von jeder Form von Gewalt ab.

In Ihrer Partei gibt es Bundestagsabgeordnete, die den Verein Rote Hilfe unterstützen.

Die Rote Hilfe ist keine gewalttätige Organisation, sondern organisiert Rechtshilfe.

Unter anderem für Gewalttäter. Die Rote Hilfe vertritt etwa auch Lina E., die kürzlich vom Generalbundesanwalt angeklagt wurde. Die 26-Jährige soll eine linksextreme Gruppe angeführt haben, die politische Gegner brutal attackierte.

Jeder Mensch hat in einem Rechtsstaat das Recht auf anwaltliche Vertretung. Das heißt nicht, dass der Rechtsbeistand die angeklagten Taten gutheißt. Wir wehren uns gegen die Gleichsetzung von linker und rechter Gewalt. Der rechte Terror hat in Deutschland eine lange Tradition und wird verharmlost, indem man immer von Einzeltätern spricht. Ich sage trotzdem noch mal: Wir halten jede Form von Gewalt für falsch.

Auch Vandalismus wie angezündete Autos, die man in Berlin manchmal morgens begutachten kann?

Ja, natürlich finden wir es falsch, Autos anzuzünden.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: DWBE-HP

Subject: POLITISCHE PARTEIEN (91%); DEUTSCHER BUNDESTAG (90%); POLITIK (90%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (90%); WÄHLER & WAHLEN (90%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); GESELLSCHAFTLICHE BELANGE (79%); ÖFFENTLICHE POLITIK (79%); PARTEITAGE (78%); VORSTÄNDE & AUFSICHTSRÄTE (78%); CORONAVIRUS COVID-19 (75%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (75%); TRENDS (71%); PANDEMIEN (70%); VERÄNDERUNGEN IM VORSTAND & MANAGEMENT (69%); VERÄNDERUNGEN IN VORSTAND & AUFSICHTSRAT (69%); EPIDEMIEN (50%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (59%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 16, 2021

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:31:00 CEST

Job Number: 202928971

Documents (29)

1. [Lina E. und Mitangeklagte legen Revision gegen Verurteilung ein Die linksextreme Lina E. und drei Mitangeklagte wurden vorige Woche schuldig gesprochen, Rechtsextreme angegriffen zu haben. Sie gehen nun gegen das Urteil vor.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

2. [Lina E. kommt unter Auflagen vorerst frei Der Haftbefehl gegen die Linksextreme Lina E. wird gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig wird.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

3. [Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt Im Prozess um Attacken auf Neonazis ist die Hauptbeschuldigte Lina E. zu langer Haft verurteilt worden. Auch die drei mit angeklagten Männer müssen ins Gefängnis.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

4. [Festnahmen in Bremen und Leipzig nach Schuldspruch gegen Lina E. Obwohl die Linksextreme Lina E. zunächst nicht in Haft muss, kam es nach dem Urteil zu teils gewaltsamen Protesten. In mehreren Städten gingen Menschen auf die Straße.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online



5. [Gallionsfigur hinter Gittern Die linksextreme Lina E. muss in Haft. Mehrere Städte bereiten sich auf Krawalle ihrer Unterstützer vor. Außerdem: Razzia gegen mutmaßliche IS-Unterstützer in Deutschland](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

6. [Stadt Leipzig verbietet Solidaritätsdemonstration für Lina E. Für Samstag ruft die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Stadt untersagt nun die einzige bekannte angemeldete Versammlung.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

7. ["Lex Duda": Polens Regierung gegen Russland und die Opposition Polens Präsident Andrzej Duda hat ein Gesetz zu russischer Einflussnahme unterzeichnet. Worum geht es ihm tatsächlich? Und: Urteil im Fall Lina E. erwartet.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

8. [Polizisten im schwarzen Block Nach dem Urteil gegen die Linksextreme Lina E. kam es in Leipzig zu Ausschreitungen. Nun zeigt sich: Unter den Vermummten befanden sich auch verdeckte Zivilbeamte.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

9. [Polizei meldet mehrere Verletzte bei Demonstration in Leipzig Bei Protesten gegen das Urteil im Fall Lina E. hat es offenbar Angriffe auf Polizisten gegeben. Die Demo wurde beendet, rund 300 Menschen sollen noch eingekesselt sein.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language



Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

10. [Chef der Grünen Jugend kritisiert Prozess als "völlig übertrieben" Das Urteil gegen die Leipziger Studentin, die brutal gegen Neonazis vorging, wird kontrovers diskutiert. Der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend spricht von einer "Farce".](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

11. [Harmlos sind sie lange nicht mehr In Leipzig wurden vier Linksextreme als kriminelle Vereinigung verurteilt. Die Strafen sind hoch. Vielleicht ändert das endlich den Blick auf die Szene.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

12. [Weitere Krawalle in der Nacht in Leipzig Die Demonstration "Tag X", zu der linke Kreise aufgerufen hatten, eskalierte am späten Samstagnachmittag. Gegen fünf Männer wurde Haftbefehl erlassen.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

13. [Staatsanwaltschaft ermittelt nach "Tag X" wegen versuchten Mordes Die Polizei hat über 100 Straftaten bei den linksautonomen Protesten in Leipzig gezählt. Wegen des Wurfs eines Molotowcocktails wird wegen versuchten Mordes ermittelt.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

14. [Gegner von Corona-Maßnahmen wegen SS-Vergleichs verurteilt Weil er damit gegen die Corona-Auflagen protestieren wollte, hat ein 62-jähriger die Polizei mit der SS verglichen. Dafür muss er nun 400 Euro zahlen.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

15. [Verletzte Polizisten nach Ausschreitungen in Leipzig Die "Tag X"-Demonstration in Leipzig bleibt verboten.](#)
[Die linke Szene hatte am Vorabend zu einem "Massencornern" aufgerufen. Es kam zu Krawallen im Stadtteil Connewitz.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

16. [Linke Demonstration in Leipzig bleibt verboten Die Stadt Leipzig hatte einen Protest der linken Szene verboten, weil sie einen gewalttäglichen Verlauf befürchtete. Ein Verwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

17. [Behörden rechnen mit Gewalt nach Extremismusurteil in Sachsen Am Mittwoch wird ein Urteil gegen eine Frau erwartet, die gewalttätige Linksextreme angeführt haben soll. In der linken Szene wird zum Protest aufgerufen.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

18. ["Sonst hätte ich meine Nieren verkauft" Im derzeitigen Aufnahmestopp wird Afghaninnen trotz gültiger Visa die Einreise nach Deutschland verwehrt. Viele befinden sich dadurch in einer verzweifelten Lage.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

19. [Dresdner Polizei ermittelt gegen eigene Beamte Der Polizeieinsatz am Tag X in Leipzig war in die Kritik geraten. Sachsens Innenministerium wies Vorwürfe zurück. Nun laufen Ermittlungen gegen zwei Polizisten.](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

20. [Sie sagen, sie lehnen Gewalt ab eigentlich Die Tag-X-Demo in Leipzig lief friedlich an, doch dann kam schnell und plötzlich die Eskalation. Kritiker werfen der Polizei vor, dazu beigetragen zu haben.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

21. [Brennende Fahrzeuge und Mülltonnen vor Tag-X-Demo in Leipzig Schon am Nachmittag brennt es: Die Stadt Leipzig bereitet sich auf weitere Unruhen von Linksextremen vor. In Karlsruhe wurde ein Eilantrag gegen das Demoverbot abgelehnt.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

22. [Tragödie beim Ironman: Schwere Vorwürfe gegen Organisatoren Ein Motorradfahrer ist tödlich verunglückt. Außerdem: HSV will heute Abend ein Fußballwunder schaffen, Was aus den Mitgliedern der Lampedusa-Gruppe in Hamburg wurde](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

23. [Zweifel an geplantem Riesentunnel in der Hamburger City Eine Bürgerinitiative rechnet vor, wie groß der Aufwand wirklich ist. Außerdem: Nach Tag X: Neue Gefahr durch linke Szene in Hamburg?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online



24. [Energiepreiserhöhungen, ukrainisches Getreide, gewaltbereite Szene Energieversorger müssen künftig Preiserhöhungen begründen, Russland erntet offenbar in großem Umfang ukrainisches Getreide und im Iran wird das Kopftuchgesetz geprüft.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

25. [Weitere Anklage gegen mutmaßliche Linksextremistin erhoben Lina E. soll einer kriminellen Vereinigung angehört haben, seit Monaten sitzt sie in Untersuchungshaft. Wegen einer konkreten Tat liegt nun eine weitere Anklage vor.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

26. [Mutmaßliche Linksextremisten wegen Überfällen auf Rechte vor Gericht Nach einer Reihe von Angriffen auf Rechtsextreme hat der Prozess gegen vier angebliche Linksextremisten begonnen. Sie sollen mindestens sechs Überfälle begangen haben.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

27. [Sächsische Linken-Chefs verurteilen Gewalt bei Demo in Leipzig Barrikaden brannten, Steine flogen: In Leipzig mündete die größte linksradikale Demonstration seit Jahren in Gewalt. Sachsens Linkspartei hat sich nun davon distanziert.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

28. [Steinwürfe, brennende Barrikaden und eine Drohung Mehrere Tausend Menschen nehmen an der größten linken Demonstration seit langem in Leipzig teil, auch gewaltbereite Vermummte. Ein Soko-Leiter wird mit dem Tod bedroht.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online

29. [Eilantrag gegen Verbot von "Tag X"-Demo in Leipzig eingereicht Die Demonstration zum "Tag X", als Reaktion auf die Verurteilung von Lina E., wurde von der Stadt Leipzig verboten. Nun ist ein Eilantrag gegen das Verbot eingereicht.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: ZEIT-online



Lina E. und Mitangeklagte legen Revision gegen Verurteilung ein; Die linksextreme Lina E. und drei Mitangeklagte wurden vorige Woche schuldig gesprochen, Rechtsextreme angegriffen zu haben. Sie gehen nun gegen das Urteil vor.

ZEIT-online

Mittwoch 7. Juni 2023 3:52 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linksextremismusprozess; Ausg. 1

Length: 361 words

Byline: Anna-Lena Schlitt

Body

Robert Michael

Eine Demonstrantin aus dem linken Spektrum steht vor Beginn der Urteilsverkündung gegen Lina E. und drei Männer vor dem Oberlandesgericht Dresden.

Die Studentin Lina E. und drei weitere Angeklagte haben Revision gegen ihre Verurteilung wegen linksextremer Gewalttaten eingelegt. Sie ziehen vor den Bundesgerichtshof. Das teilte das Oberlandesgericht (OLG) Dresden mit. Die Akten würden dem obersten Gericht übergeben, allerdings müsse das Urteil der Kammer erst schriftlich vorliegen, sagte eine Gerichtssprecherin. Zur voraussichtlichen Dauer des Revisionsverfahrens konnte sie keine Angaben machen.

Lina E. war vergangene Woche zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung für schuldig. Drei mitangeklagte Männer erhielten Strafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten.

Die Bundesanwaltschaft wirft den Verurteilten vor, zwischen 2018 und 2020 Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Lina E. gilt als Kopf der Gruppe, die als kriminelle Vereinigung gehandelt haben soll.

Das Urteil gegen E. blieb deutlich unter der Forderung der Bundesanwaltschaft zurück, die acht Jahre Haft gefordert hatte. Strafmildernd wirkte, dass sie nicht vorbestraft ist und bereits zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft verbracht hat. Der Vorsitzende Richter sah zudem die Persönlichkeitsrechte von E. durch die mediale Berichterstattung verletzt und sprach von einer Vorverurteilung.

Lina E. unter Auflagen frei

Alle vier Verurteilten sind derzeit frei. Die Strafen müssen dem Oberlandesgericht zufolge erst verbüßt werden, sobald das Urteil rechtskräftig ist.

Lina E. und Mitangeklagte legen Revision gegen Verurteilung ein; Die linksextreme Lina E. und drei Mitangeklagte wurden vorige Woche schuldig gesprochen, Rechts....

Der Haftbefehl gegen **Lina E.** wurde am Abend der Urteilsverkündung unter Auflagen außer Kraft gesetzt: Sie muss sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden, darf den in der Akte vermerkten Wohnsitz nur mit Zustimmung des Gerichts wechseln und muss nach ihrem Reisepass auch den Personalausweis abgeben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: GERICHTSHÖFE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); VERHAFTUNGEN (89%); GERICHTSPROZESSE (78%); OBERSTES GERICHT (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); RICHTER (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); PÄSSE & VISA (62%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); PÄSSE & VISA (62%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Lina E. kommt unter Auflagen vorerst frei; Der Haftbefehl gegen die Linksextreme Lina E. wird gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig wird.

ZEIT-online

Mittwoch 31. Mai 2023 6:37 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linksextremismusprozess; Ausg. 1

Length: 708 words

Byline: Alena Kammer;David Rech

Body

Jens Schlueter

Die Angeklagte Lina E. und ihre Anwälte und weitere Angeklagte stehen am 31. Mai 2023 im Gerichtssaal des Oberlandesgerichts Dresden.

Die zu mehreren Jahren Haft schuldig gesprochene Linksextremistin Lina E. kommt vorerst frei. Der Haftbefehl gegen sie werde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, sagte der Vorsitzende Richter der Staatsschutzkammer am Oberlandesgericht Dresden. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig wird.

Sie muss sich nun zweimal wöchentlich bei der Polizei melden, darf den in der Akte vermerkten Wohnsitz nur mit Zustimmung des Gerichts wechseln und muss nach ihrem Reisepass auch den Personalausweis abgeben.

Das Oberlandesgericht hatte Lina E. für die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung für schuldig gesprochen und eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten gegen sie verhängt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sie und zwei weitere Angeklagte zwischen 2018 und 2020 an mehreren Überfällen auf tatsächliche und vermeintliche Neonazis in Wurzen, Leipzig und im thüringischen Eisenach beteiligt waren oder diese zumindest unterstützten. Laut der Anklage wurden durch die Gruppierung 13 Menschen verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Das Gericht ließ Revision zu.

Das Urteil gegen E. blieb deutlich unter der Forderung der Bundesanwaltschaft zurück, die acht Jahre Haft gefordert hatte. Strafmildernd wirkte nicht nur der Umstand, dass sie nicht vorbestraft ist und schon seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft sitzt. Der Vorsitzende Richter sah bei ihr auch die Persönlichkeitsrechte durch die mediale Berichterstattung verletzt und sprach von einer Vorverurteilung.

Jubel im Gerichtssaal nach neun Stunden Urteilsverkündung

Während der Vorsitzende Richter bei der Urteilsverkündung am Mittag noch beschimpft wurde, brach am Abend nach Aussetzung des Haftbefehls Jubel in dem Gerichtssaal aus. Die mehr als neun Stunden dauernde Urteilsverkündung musste wegen der Tumulte mehrfach unterbrochen werden.

Gegen die drei Mitbeschuldigten von Lina E. verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten. Nach Ansicht der Kammer sind Lina E. und ein

Lina E. kommt unter Auflagen vorerst frei; Der Haftbefehl gegen die Linksextreme Lina E. wird gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie verb....

gleichaltriger Mann der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig, ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung. E. und zwei der Männer mussten sich zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, der andere wegen einer Beihilfe dazu.

Die Verteidigung von Lina E. kündigte Revision an. Das Strafmaß sei viel zu hoch und die Haftverschonung längst überfällig, sagte Verteidiger Ulrich von Klinggräff. Für alle Angeklagten hatte die Verteidigung Freisprüche gefordert und das Verfahren als "politischen Prozess" kritisiert.

Demonstrationen in Dresden und Berlin

Noch während am Oberlandesgericht die Urteilsbegründung lief, sind Demonstranten durch die sächsische Landeshauptstadt gezogen. Es waren Transparente mit der Aufschrift "Free Lina" zu sehen. 250 bis 300 Personen sollen unterwegs gewesen sein, Vorkommnissen habe es bislang keine gegeben, sagte ein Polizeisprecher ZEIT ONLINE.

In Leipzig versammelten sich nach Polizeiangaben etwa 500 Menschen. Die Versammlung am Lene-Voigt-Park im Osten der Stadt sei um 21.40 Uhr für beendet erklärt worden, sagte ein Polizeisprecher. Zuvor seien Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen worden.

Auch in der Innenstadt von Bremen ist es zu Ausschreitungen gekommen. Etwa 300 meist vermummte Personen hätten sich am Steintor versammelt und seien dann "relativ schnell und unvermittelt" auf Einsatzkräfte losgegangen, sagte eine Sprecherin der Polizei. Es seien Glasflaschen und Steine auf Polizisten geworfen worden, zudem soll Pyrotechnik gezündet worden sein. Angaben über mögliche Verletzte konnte die Polizeisprecherin zunächst nicht machen. Die Beamten riefen die Bevölkerung auf, den Bereich zu meiden.

In Berlin hatten sich zwischenzeitlich laut der Polizei etwa 500 Menschen versammelt, die Demonstration wurde jedoch vom Versammlungsleiter beendet. Es sei zu kleineren Auseinandersetzungen gekommen, teilte die Polizei ZEIT ONLINE mit.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: GERICHTSHÖFE (92%); GERICHTSURTEILE (92%); VERHAFTUNGEN (91%); ANKLAGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); RICHTER (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); GERICHTSPROZESSE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); PERSÖNLICHKEITSRECHTE (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VERURTEILUNGEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (76%); PÄSSE & VISA (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); PÄSSE & VISA (70%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (73%); BREMEN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Lina E. kommt unter Auflagen vorerst frei; Der Haftbefehl gegen die Linksextreme Lina E. wird gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie verb....

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt; Im Prozess um Attacken auf Neonazis ist die Hauptbeschuldigte Lina E. zu langer Haft verurteilt worden. Auch die drei mit angeklagten Männer müssen ins Gefängnis.

ZEIT-online

Mittwoch 31. Mai 2023 8:48 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linksextremismusprozess; Ausg. 1

Length: 601 words

Byline: Johannes Süßmann

Body

Sebastian Kahnert

Lina E. hält sich vor der Urteilsverkündung am Oberlandesgericht Dresden einen Aktenordner vors Gesicht.

Im Dresdner Linksextremismusprozess ist die Hauptbeschuldigte **Lina E.** zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Die drei weiteren männlichen Angeklagten erhielten vor dem Oberlandesgericht Dresden Haftstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten.

Nach Überzeugung der Staatsschutzkammer sind die 28 Jahre alte Studentin **Lina E.** und ein gleichaltriger Mitangeklagter der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig, ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung.

Unterstützer und Sympathisanten protestierten im Saal lautstark gegen das Urteil. Nach Verkündung des Strafmaßes unterbrach der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats die Verhandlung, weil Zuschauer "Faschofreunde" und "Scheiß Klassenjustiz" in Richtung der Richterbank riefen.

Bundesanwaltschaft forderte acht Jahre Haft

Das Urteil gegen die 28-jährige Studentin blieb deutlich unter der Forderung der Bundesanwaltschaft zurück, die acht Jahre Haft gefordert hatte. Für die zwischen 28 und 37 Jahre alten Männer hatte sie Strafen zwischen zwei Jahren und neun Monaten sowie drei Jahren und neun Monaten verlangt. Die Verteidigung hatte das Verfahren als "politischen Prozess" kritisiert und Freisprüche gefordert.

Die Bundesanwaltschaft wirft den Verurteilten vor, zwischen 2018 und 2020 Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Die Frau gilt als Kopf der Gruppe, die als kriminelle Vereinigung gehandelt haben soll. Sie sitzt seit ihrer Festnahme vor zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft. Die drei Männer befanden sich während des Verfahrens auf freiem Fuß.

Bundesweite Demonstrationen

Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt; Im Prozess um Attacken auf Neonazis ist die Hauptbeschuldigte Lina E. zu langer Haft verurteilt worden.....

Der Prozess hat unter hohen Sicherheitsvorkehrungen im September 2021 begonnen. Bis auf Angaben zur Person schwiegen die Beschuldigten zu den Vorwürfen. Nur Lina E. ergriff das "letzte Wort" und bedankte sich bei ihren Eltern, Angehörigen, allen Unterstützern und Verteidigern. Zu diesem Zeitpunkt war ihr das mögliche Strafmaß bereits bekannt gewesen.

In der linken Szene wurde zu Demonstrationen für die Studentin und ihre Mitstreiter aufgerufen für den Tag der Urteilsverkündung und bundesweit für den kommenden Samstag. Die Behörden befürchten Ausschreitungen und wollen mit einem Großaufgebot der Polizei gerüstet sein.

Verfassungsschutz warnt vor Radikalisierung

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht derzeit bei einigen Linksextremisten ein hohes Radikalisierungsniveau und sinkende Hemmschwellen beim Einsatz von Gewalt. Behördenchef Thomas Haldenwang sagte nach der Urteilsverkündung, besorgniserregend sei auch, "dass eine zunehmende Anzahl gewalttätiger Linksextremisten versucht, sich der Strafverfolgung zu entziehen, und möglicherweise untergetaucht ist".

"Die Schwelle zum Terrorismus sehen wir aktuell noch nicht überschritten, aber wenn sich die Radikalisierungsspirale weiterdreht und die Taten immer brutaler und hemmungsloser werden, dann rückt der Moment näher, in dem man auch von Linksterrorismus sprechen muss", sagte Haldenwang.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes zeigt die mutmaßliche Beteiligung von Linksextremisten aus dem Umfeld von Lina E. an Überfällen am Rande des rechtsextremen sogenannten Tags der Ehre in Budapest im vergangenen Februar, dass die Gruppe "fortbesteht und nicht vor weiteren Angriffen zurückschreckt". Aus übrigen Teilen der Szene sei kaum Widerspruch gegen die hemmungslose Gewalt zu hören, sagte Haldenwang.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: VERURTEILUNGEN (93%); GEFÄNGNISSTRAFEN (92%); GERICHTSURTEILE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); VERHAFTUNGEN (89%); STRAFVERTEIDIGUNG (79%); RICHTER (78%); TERRORISMUS (78%); AUSSCHREITUNGEN (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); BUDAPEST, UNGARN (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (73%); UNGARN (73%)

Load-Date: May 31, 2023

Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt; Im Prozess um Attacken auf Neonazis ist die Hauptbeschuldigte Lina E. zu langer Haft verurteilt worden.....

End of Document

Festnahmen in Bremen und Leipzig nach Schulterspruch gegen Lina E.;
Obwohl die Linksextreme Lina E. zunächst nicht in Haft muss, kam es nach dem Urteil zu teils gewaltsamen Protesten. In mehreren Städten gingen Menschen auf die Straße.

ZEIT-online

Donnerstag 1. Juni 2023 7:49 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linksextremismusprozess; Ausg. 1

Length: 828 words

Byline: Alexander Eydlin

Body

Jan Woitas

Polizisten werden am 31. Mai von Demonstranten aus dem linken Spektrum bei Protesten gegen das Urteil im Prozess gegen Lina E. in einem dunklen Park in Leipzig mit Pyrotechnik angegriffen.

Nach dem Schulterspruch gegen die Studentin Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten ist es in mehreren Großstädten zu Protesten der linken Szene gekommen. Teilweise kam es dabei auch zu Gewalt: Im Leipziger Stadtteil Connewitz brannte ein Auto, in Leipzig und Bremen wurden Polizisten mit Pyrotechnik, Flaschen und Steinen beworfen.

In Leipzig wurden drei Personen festgenommen. In Bremen nahm die Polizei etwa 70 Verdächtige fest, unter anderem wegen Landfriedensbruchs. Auch in Berlin kam es laut einem Polizeisprecher zu tätlichen Angriffen auf Beamte sowie vereinzelten Sachbeschädigungen, Festnahmen gab es dort demnach aber keine.

Polizei untersagte Protestzug in Leipzig

An den Aktionen der linken Szene beteiligten sich aber in den drei Städten je einige hundert Menschen. In Leipzig zählte die Polizei bis zu 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in Berlin bis zu 450 und in Bremen etwa 350.

Angemeldet hatten sich in Leipzig nach Polizeiangaben deutlich weniger Menschen, als tatsächlich zu der Aktion erschienen. Die angezeigte Teilnehmerzahl von 150 sei damit "eklatant überschritten" worden. Aus diesem Grund sei ein geplanter Aufzug untersagt und nur eine stationäre Versammlung zugelassen worden.

Zudem sprach die Polizei von einem verummteten und teils militärischen Erscheinungsbild der Demonstrierenden. Sie hätten beispielsweise "Schutzbewaffnung" wie etwa spezielle Handschuhe mitgeführt. Nach der Versammlung habe sich die Lage angespannt: Teilnehmer versuchten demnach, Absperrungen zu durchbrechen.

Den Versuch, Barrikaden zu errichten, habe die Polizei aber unterbinden können. Bei dem Einsatz seien vier Beamte durch geworfene Gegenstände leicht verletzt worden. Zudem sei ein Laserpointer auf einen Polizeihubschrauber gerichtet worden. Dabei sei der Pilot des Hubschraubers geblendet worden und habe

Festnahmen in Bremen und Leipzig nach Schulterspruch gegen Lina E.; Obwohl die Linksextreme Lina E. zunächst nicht in Haft muss, kam es nach dem Urteil zu teils g....

daraufhin abdrehen müssen. Es werde wegen gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr ermittelt. Insgesamt habe sich die Lage gegen Mitternacht wieder beruhigt.

Behörden erwarten Ausschreitungen am Wochenende

Lina E. war am Mittwoch vor dem Dresdner Oberlandesgericht zu fünf Jahren und drei Monaten Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt worden. Das Urteil gegen die Studentin blieb damit deutlich hinter der Forderung der Staatsanwaltschaft zurück. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr gewaltsame Attacken auf Anhänger der rechten Szene zwischen 2018 und 2020 vor, bei denen es teils zu schweren Verletzungen gekommen sei.

Kurz nach dem Schulterspruch setzte die Staatsschutzkammer am Oberlandesgericht Dresden den Haftbefehl gegen die Verurteilte überraschend außer Vollzug. E., die bereits mehrere Jahre in Untersuchungshaft verbracht hat, kommt demnach unter Auflagen zunächst auf freien Fuß. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, sofern diese rechtskräftig ist.

Sympathisanten der Frau hatten vorab Proteste für den Fall einer Verurteilung angekündigt. Vor allem am kommenden Wochenende rechnet die Polizei in Leipzig mit schweren Ausschreitungen.

Unter anderem kündigten Mitglieder der linken Szene im Internet an, schwere Sachbeschädigungen begehen zu wollen, die Polizei erwartet die Anwesenheit einer "gewaltbereiten oder gewaltsuchenden Klientel". Präventiv hat die Stadt Leipzig für das Wochenende das Versammlungsrecht eingeschränkt: Versammlungen, die nicht bis Mittwoch angekündigt wurden, gelten demnach automatisch als verboten.

"Selbstjustiz ist nicht erlaubt in unserem Land"

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht darin offenbar ein Vorbild für eine bundesweite Regelung. So sprach sie sich für ein "einheitliches, strenges Bundesversammlungsgesetz aus". Der Gewerkschaftsvorsitzende Jochen Kopelke warnte zudem vor Übergriffen gegen Polizisten: "Linksextremisten üben Rache und bereiten sich auf noch mehr Gewalt vor", sagte er. "Wir Polizisten müssen deren Versammlungen schützen. Diese Arbeitsrealität ist bitter."

Auch aus der Politik stießen die Ausschreitungen auf Kritik. "Mein Appell ist noch mal, und ich bin da etwas härter: Selbstjustiz ist nicht erlaubt in unserem Land", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Gewaltsame Proteste seien "nicht der richtige Weg". Deutschland sei ein Rechtsstaat, Gerichtsurteile könnten überprüft werden. "Man kann dagegen vorgehen, wenn man das möchte. Aber mit Gewalt darauf zu reagieren, ist die völlig falsche Antwort."

Im Hinblick auf mögliche weitere Proteste warnte die Sozialdemokratin, dass gewalttätige Ausschreitungen nicht akzeptiert würden. "Das lassen wir nicht zu", sagte Faeser, "wir werden auch mit der Bundespolizei massiv mit Kräften unterstützen."

Anmerkung der Redaktion: Lina E. wurde vor dem Oberlandesgericht Dresden verurteilt nicht dem OLG Leipzig, wie es in einer vorigen Version des Artikels hieß. Wir haben das korrigiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Festnahmen in Bremen und Leipzig nach Schulterspruch gegen Lina E.; Obwohl die Linksextreme Lina E. zunächst nicht in Haft muss, kam es nach dem Urteil zu teils g....

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (93%); VERHAFTUNGEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STÄDTE (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); GERICHTSPROZESSE (89%); STAATSANWÄLTE (89%); VANDALISMUS (89%); BEAMTE (88%); JUSTIZMINISTERIEN (85%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); POLIZEIKRÄFTE (71%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (63%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); FLUGZEUGPILOTEN (68%); HUBSCHRAUBER (68%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); BREMEN, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (72%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (92%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Gallionsfigur hinter Gittern; Die linksextreme Lina E. muss in Haft. Mehrere Städte bereiten sich auf Krawalle ihrer Unterstützer vor. Außerdem: Razzia gegen mutmaßliche IS-Unterstützer in Deutschland

ZEIT-online

Mittwoch 31. Mai 2023 3:27 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Prozess um Lina E.; Ausg. 1

Length: 354 words

Byline: Roland Jodin

Body

Fünf Jahre und drei Monate Haft für Lina E.: Das Dresdner Oberlandesgericht hat heute die Kasseler Studentin Lina E. schuldig gesprochen, einer kriminellen Vereinigung anzugehören. Außerdem soll Lina E. maßgeblich für die Angriffe auf Rechtsextreme verantwortlich gewesen sein. Als Reaktion auf das Urteil sind für die kommenden Tage linke Protestaktionen in mehreren Städten angekündigt. Sympathisanten von Lina E. haben zu Vergeltungstaten aufgerufen. Der Prozess galt als politisch heikel, da die Täterin und die Täter mutmaßlich der linksextremen Szene angehören und die Opfer mutmaßliche Neonazis waren. Anne Hähnig, Leiterin des Leipziger Büros der ZEIT, hat den Prozess begleitet und erklärt, was das Urteil über den Umgang mit politischem Extremismus in Deutschland verrät.

Am Mittwochmorgen hat es mehrere Razzien gegen mutmaßliche Unterstützerinnen und Unterstützer der islamistischen Terrororganisation IS gegeben. Dabei durchsuchte die Polizei Gebäude in zehn Bundesländern und nahm vier Frauen und drei Männer fest. Ihnen wird vorgeworfen, den IS durch Spenden unterstützt zu haben. Ziel der Durchsuchungen sei es gewesen, gegen das Finanzierungsnetzwerk des IS vorzugehen, erklärt Innenministerin Nancy Faeser. Yassin Musharbash aus dem Investigativressort von ZEIT ONLINE ordnet ein, welche Rolle Deutschland für Unterstützer islamistischen Terrors spielt.

Außerdem im Update: Deutschland schränkt den diplomatischen Austausch mit Russland weiter ein. Die deutsche Regierung hat Russland den Betrieb von vier der fünf Generalkonsulaten untersagt. Sie müssen bis zum Ende des Jahres geschlossen werden. Damit reagiert die Bundesregierung auf die Entscheidung Russlands, die Zahl der deutschen Offiziere im Land zu begrenzen und die deutschen Staatsbediensteten auszuweisen.

Was noch? ChatGPT hat eine Rede von Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen geschrieben.

Moderation und Produktion: Roland Jodin

Redaktion: Jannis Carmesin

Mitarbeit: Laurena Erdmann

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier . Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de .

Gallionsfigur hinter Gittern; Die linksextreme Lina E. muss in Haft. Mehrere Städte bereiten sich auf Krawalle ihrer Unterstützer vor. Außerdem: Razzia gegen mu....

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); POLITIK (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); TERRORISMUS (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (78%); TERRORORGANISATIONEN (77%); AUSSCHREITUNGEN (76%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (76%); ISLAM & MUSLIME (74%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (73%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (72%)

Industry: PODCASTING (50%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (90%); RUSSISCHE FÖDERATION (88%); DÄNEMARK (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Stadt Leipzig verbietet Solidaritätsdemonstration für Lina E.; Für Samstag ruft die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig auf. Die Stadt untersagt nun die einzige bekannte angemeldete Versammlung.

ZEIT-online

Donnerstag 1. Juni 2023 5:29 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linksextremismus; Ausg. 1

Length: 397 words

Byline: Sarah Lena Grahn

Body

Jan Woitas

Polizisten gehen über eine mit Glasscherben übersäte Straße nach linken Protesten gegen das Urteil im Prozess gegen Lina E. in Leipzig, am 31. Mai 2023.

Die Stadt Leipzig hat eine für Samstag geplante Solidaritätsdemonstration von Anhängern der wegen linksextremer Gewalttaten verurteilten Lina E. erboten. Das teilte die Versammlungsbehörde des Ordnungsamts mit. Die Demonstration sollte unter dem Motto "United we stand Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" stehen.

Für Samstag ruft die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem großen "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei befürchtet Ausschreitungen und bereitet einen Großeinsatz vor. Die nun verbotene Demonstration war die bisher einzige bekannte angemeldete Versammlung an jenem Tag. Wie viele Teilnehmer angemeldet waren, wurde zunächst nicht mitgeteilt.

Grund für das Verbot seien die Gefahrenprognosen der Polizeidirektion Leipzig, die Lageeinschätzungen des Landesamts für Verfassungsschutz sowie weitere Erkenntnisse der Versammlungsbehörde, hieß es. Die öffentliche Sicherheit sei nach den derzeit erkennbaren Umständen durch die Versammlung unmittelbar gefährdet.

Die Demonstration sollte um 17.00 Uhr im Stadtteil Connewitz beginnen. Im weiteren Verlauf sollten die Teilnehmer durch die Stadt ziehen und mit einer Abschlusskundgebung im Stadtzentrum enden.

Lina E. gilt als Kopf der Gruppe

Lina E. war am Mittwoch im Dresdner Linksextremismusprozess als Hauptbeschuldigte zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Drei weitere männliche Angeklagten erhielten Haftstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten. Nach Überzeugung der Staatsschutzkammer sind die 28 Jahre alte Studentin Lina E. und ein gleichaltriger Mitangeklagter der

Stadt Leipzig verbietet Solidaritätsdemonstration für Lina E.; Für Samstag ruft die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem "Tag X" in Leipzig a....

Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig, ein 37-Jähriger und ein weiterer 28-Jähriger wegen deren Unterstützung.

Die Bundesanwaltschaft wirft den Verurteilten vor, zwischen 2018 und 2020 Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Lina E. gilt als Kopf der Gruppe, die als kriminelle Vereinigung gehandelt haben soll. Sie saß seit ihrer Festnahme vor zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft, der Haftbefehl wurde nach dem Urteil aber unter Auflagen ausgesetzt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (89%); ANKLAGEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); POLIZEIKRÄFTE (74%); STAATSANWÄLTE (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

"Lex Duda": Polens Regierung gegen Russland und die Opposition; Polens Präsident Andrzej Duda hat ein Gesetz zu russischer Einflussnahme unterzeichnet. Worum geht es ihm tatsächlich? Und: Urteil im Fall Lina E. erwartet.

ZEIT-online

Mittwoch 31. Mai 2023 4:03 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Polen; Ausg. 1

Length: 294 words

Byline: Constanze Kainz

Body

Anfang der Woche hat der polnische Staatspräsident Andrzej Duda ein umstrittenes Gesetz zu russischer Einflussnahme unterzeichnet. Das Gesetz ermöglicht der Regierung, eine Sonderkommission zu gründen, die untersuchen soll, ob Russland seit 2007 die Politik Polens beeinflussen konnte. Kritiker werfen der PiS-Partei allerdings vor, dass die Kommission vor allem dazu diene, Donald Tusk zu diskreditieren. Der heutige Oppositionsführer war von 2007 bis 2014 Ministerpräsident Polens, heute ist er der einzige ernst zu nehmende Gegner der PiS. Die Opposition spricht daher von einem fundamentalen Angriff auf die Demokratie in Polen und bezeichnet das Gesetz als "Lex Tusk". Kritik kommt auch von der EU: Didier Reynders, EU-Justizkommissar, bezeichnete das Vorhaben als "besonders beunruhigend". Jörg Lau, außenpolitischer Koordinator im Politikressort der ZEIT, ordnet das umstrittene Gesetz ein.

Das Oberlandesgericht Dresden will heute das Urteil im Fall Lina E. verkünden. Der Generalbundesanwalt wirft der 28-jährigen Studentin und drei weiteren jungen Männern vor, zwischen 2018 und 2020 Mitglieder der rechten Szene brutal zusammengeschlagen und zum Teil schwer verletzt haben. Zudem sind sie wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt, der Kopf der Gruppe soll Lina E. gewesen sein. Anne Hähning, Redakteurin der ZEIT im Osten, erklärt im Podcast, wie politisch aufgeladen der Prozess ist.

Und sonst so? Wie sie riskant Geld anlegen können und trotzdem gut einschlafen.

Moderation und Produktion: Constanze Kainz

Redaktion : Elise Landschek

Mitarbeit: Mathias Peer und Laurena Erdmann

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

"Lex Duda": Polens Regierung gegen Russland und die Opposition; Polens Präsident Andrzej Duda hat ein Gesetz zu russischer Einflussnahme unterzeichnet. Worum ge....

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (92%); STAATSPRÄSIDENTEN (91%); EUROPÄISCHE UNION (90%); POLITIK (90%); JUSTIZMINISTERIEN (78%); INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN (77%); RECHTSANWÄLTE (74%); STAATSANWÄLTE (74%); ANKLAGEN (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); AUSSENPOLITIK (72%); GERICHTSHÖFE (70%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (74%); STAATSANWÄLTE (74%); PODCASTING (66%)

Person: DONALD TUSK (79%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); EUROPÄISCHE MITGLIEDSTAATEN (92%); POLEN (94%); RUSSISCHE FÖDERATION (90%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Polizisten im schwarzen Block; Nach dem Urteil gegen die Linksextreme Lina E. kam es in Leipzig zu Ausschreitungen. Nun zeigt sich: Unter den Vermummten befanden sich auch verdeckte Zivilbeamte.

ZEIT-online

Montag 12. Juni 2023 5:08 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: "Tag X" in Leipzig; Ausg. 1

Length: 1532 words

Byline: Martin Nejehleba

Body

Jan Woitas

Seit dem Urteil im Prozess gegen Lina E. durch das Oberlandesgericht Dresden haben sich die linken Proteste verschärft.

Bei den linksradikalen Ausschreitungen am 3. Juni in Leipzig haben sich offenbar zivile Polizeibeamte unter den gewaltbereiten Demonstranten befunden. Das soll der Leipziger Polizeipräsident René Demmler in einer Sondersitzung des Innenausschusses im Sächsischen Landtag bestätigt haben, wie mehrere Teilnehmende berichten. Nach Recherchen der ZEIT hatten sich am Tag der Demo Beamte in szenetypischer Bekleidung und verummt unter die teils gewalttätigen Demonstrierenden gemischt. Aus der Menge heraus haben maskierte Linksradikale die Polizei unter anderem mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen.

Neben sogenannten Tatbeobachtern, deren Aufgabe es sei, mögliche Straftäter zu "markieren", sie also nach einer eventuellen Festnahme wiederzuerkennen, sollen sich auch vermummte Kriminalpolizisten auf der Demonstration befunden haben. Weitere Details, etwa zur Anzahl der verdeckten Beamtinnen und Beamten im Einsatz, erfuhren die Abgeordneten im Innenausschuss offenbar nicht. Auf eine entsprechende Anfrage der ZEIT schrieb eine Polizeisprecherin zuvor: "Die Polizeidirektion Leipzig wird diese Fragen nicht beantworten. Ich bitte Sie hierfür um Verständnis."

Am 3. Juni war eine Demonstration in der Leipziger Südvorstadt in Gewalt eskaliert. Zuvor war über Monate für diesen sogenannten Tag X mobilisiert worden, der am Samstag nach dem Urteil gegen eine Gruppe Linksextremistinnen und -extremisten stattfinden sollte. Sie wurde vom Staatsschutzenat des Oberlandesgerichts Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Auch drei Mitangeklagte erhielten mehrjährige Haftstrafen. Sie sollen vermeintliche und tatsächliche Neonazis überfallen und sie unter anderem mit Hämtern teils schwer verletzt haben. Die Überfälle wurden laut Überzeugung des Gerichts detailliert und langfristig geplant. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Verdeckter Einsatz parallel zur Demonstration

Polizisten im schwarzen Block; Nach dem Urteil gegen die Linksextreme Lina E. kam es in Leipzig zu Ausschreitungen. Nun zeigt sich: Unter den Vermummten befandt....

Nachdem zuvor in anonymen Aufrufen zu militärischen Aktionen und Angriffen auf staatliche Behörden oder Unternehmen aufgerufen worden war, untersagte die Stadt Leipzig mehrere Kundgebungen zum Urteil. Zwei Gerichte hatten das Verbot bestätigt, in letzter Instanz hatte das Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag abgelehnt. 3.200 Polizistinnen und Polizisten waren daraufhin am vorvergangenen Wochenende im Einsatz, unter anderem mit Wasserwerfern sowie einem Räumpanzer. Nach Informationen der ZEIT lief abseits des Demogeschehens auch ein Einsatz des LKA Sachsen mit verdeckten Ermittlungen und Observationsmaßnahmen.

Unter einer genehmigte Demonstration gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit mischten sich am Nachmittag dann laut Polizei mehrere hundert Gewaltbereite. Nachdem sich rund 200 Teilnehmende vermummt hatten, ließ die Polizei die Kundgebung nicht wie geplant durch die Stadt laufen und forderte die Demonstrierenden auf, die Maskierung abzulegen. Dann eskalierte die Gewalt. Protestierende zündeten Rauchbomben, warfen Steine auf Sicherheitskräfte der Polizei, auch ein Molotowcocktail soll geflogen sein. Nachts brannten im Stadtteil Connewitz mehrere Barrikaden.

Über das gesamte Wochenende seien laut Polizei 48 Beamte im Einsatz verletzt worden, fünf seien daraufhin dienstunfähig gewesen. Man habe mehr als 100 Straftaten registriert, zwölf Haftbefehle erlassen, etwa wegen schweren Landfriedensbruchs, versuchter Körperverletzung oder tätlichen Angriffen auf Beamte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt aufgrund des Molotowcocktails wegen versuchten Mordes.

An diesem Montag haben nun Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) sowie die Chefs der Landespolizei, der Polizeidirektion Leipzig und des Landesamts für Verfassungsschutz die Fragen der Abgeordneten im Innenausschuss in einer nicht öffentlichen Sitzung beantwortet. Der Innenausschuss tagte auf Antrag mehrerer Parteien. Während die AfD eine "vollständige Aufklärung über das linksextremistische Versammlungsgeschehen in Leipzig" gefordert hatte, wollte die Linksfraktion unter anderem das polizeiliche Vorgehen und die Einsatztaktik thematisieren.

In der Kritik stand die Polizei in den vergangenen Tagen vor allem wegen der Einkesselung von etwas mehr als tausend Demonstrierenden. Sie wurden teils über elf Stunden, bis in den frühen Morgen, in einem Park festgehalten. Unter ihnen waren viele an den Taten Unbeteiligte und Minderjährige. Demonstranten und Demonstrantinnen berichteten über angebliche Erniedrigungen und Gewalt durch die Polizei.

"Aus Sicht der Polizeidirektion war diese Massenidentitätsfeststellung eine logistische Herausforderung", heißt es in einer Mitteilung der Leipziger Polizei von vergangenem Freitag. Die Menschen seien den Beamten und Beamtinnen gegenüber "teilweise feindlich" aufgetreten.

Diskutiert wird seitdem auch über ein Foto, das auf Twitter vom "Tag X" kursiert. Es zeigt zwei vermumpte Personen, die sich in den Reihen eines Spezialkommandos befinden sollen. Teilnehmenden des Innenausschusses zufolge bestätigte die Polizei nun, dass es sich dabei um verkleidete Polizeibeamte gehandelt habe. Einer soll Kriminalpolizist sein.

Verdeckter Einsatz soll aufgeklärt werden

Zuvor ergaben auch Recherchen der ZEIT, dass sich Beamte unter die Demonstrierenden im sogenannten schwarzen Block gemischt hatten. Laut mit dem Einsatz betrauten Quellen hätten sie Beweise sichern, Gewalttäter überführen und ihre Festnahme ermöglichen sollen. Wann ein solcher verdeckter Einsatz begann, wie sich die Beamten verhielten und wann sie ihre Vermummung ablegten, ist nicht bekannt. Im Innenausschuss soll eine Videosequenz gezeigt worden sein, die den Wurf des Molotowcocktails dokumentiere. Der vermeintliche Täter soll laut Demmler, so berichten es Teilnehmende der Sitzung, durch einen "Tatbeobachter", also durch einen verdeckten Zivilpolizisten, für die weitere Strafverfolgung "markiert" worden sein.

Albrecht Pallas, Landtagsabgeordneter der SPD und Mitglied des Ausschusses, forderte bereits vor der Sitzung am Montag weitere Aufklärung: "Vielfach wird der Vorwurf erhoben, dass Zivilbeamte dort waren und möglicherweise zu den Straftaten beigetragen haben könnten. Dazu müssen sich der Innenminister und die Polizei erklären." Das Innenministerium wollte auf Anfrage der ZEIT keine Stellungnahme abgeben.

Polizisten im schwarzen Block; Nach dem Urteil gegen die Linksextreme Lina E. kam es in Leipzig zu Ausschreitungen. Nun zeigt sich: Unter den Vermummten befand....

Der SPD-Abgeordnete Pallas war selbst früher bei der Kriminalpolizei und auch eine Zeit lang als Bereitschaftspolizist tätig. Er kennt Einsätze wie den vom 3. Juni aus eigener Erfahrung. Pallas sagt, dass die Polizei bei Demonstrationen mit Gewaltpotenzial mit verdeckten Beamten arbeite, sei keine Seltenheit. "Das Vorhandensein solcher zivilen Kräfte ist nicht das Problem", man dürfe nicht vergessen, dass man es bei der linksradikalen Demonstration mit einer mittleren bis höheren dreistelligen Zahl von Menschen zu tun gehabt habe, die Straftaten begehen wollten. "Da ist es normal und legitim, zivile Kräfte zur Beobachtung einzusetzen. Solange die Grenze zum Agent Provocateur nicht überschritten wird." Also solange die Beamten nicht selbst zu Straftätern würden oder zu Straftaten anstifteten. Die Grenze sei laut Pallas etwa dann erreicht, wenn maskierte Beamte selbst Steine aufhöben oder dazu aufstachelten.

Kerstin Köditz setzt die Grenze zur Fragwürdigkeit eines solchen Einsatzes deutlich früher an. Sie ist Sprecherin für antifaschistische Politik der Linken im sächsischen Landtag und Mitglied im Innenausschuss. Köditz sagt: "Wenn die Polizei einen Demonstrationszug mit der Begründung verbietet, dass Teilnehmer verdeckt sind, und gleichzeitig steht die Polizei selbst verdeckt unter den Teilnehmern, dann ist das für mich ein Zirkelschluss." Man könne auch fragen, ob verdeckte Zivilpolizisten allein durch ihre Anwesenheit andere darin bestärkt haben könnten, trotz der Aufforderungen der Polizei ihr Gesicht bedeckt zu halten.

Fragen wie diese werden nicht zum ersten Mal gestellt.

Auch nach den Massenausschreitungen im Sommer 2017 am Rande des G20-Gipfels in Hamburg sorgte der Einsatz von Zivilpolizisten für Diskussionen. In einem Gerichtsprozess gegen einen der Randalierer sagte ein Polizeibeamter als Zeuge aus und gab an, sich mit drei weiteren Zivilpolizisten als Linksradikale verkleidet und in den schwarzen Block der "Welcome to Hell"-Demo gemischt zu haben. Sie gehörten einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Bereitschaftspolizei Sachsen an. Ihre Aufgabe war es, laut Zeugenaussage, Straftäter aus der Menge an die Kollegen zu melden. Gefährliche Gegenstände habe man nicht mitgeführt oder diese anderen Demonstrierenden auch nicht gereicht.

Vor Gericht beantwortete der Zivilpolizist auch die Frage, wann sie als Tatbeobachter bei einer Straftat hätten einschreiten müssen: "Bei den 'normalen' Straftaten mussten wir nicht einschreiten. Bei den Straftaten Richtung Tod dann schon", zitierte *Spiegel Online* den Zeugen aus dem Gerichtssaal. Ein Sprecher der Hamburger Polizei sagte damals, bei den als linksradikale Gewalttäter verkleideten Beamten handle es sich um ein "legitimes Einsatzmittel".

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); BEAMTE (89%); GERICHTSURTEILE (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); VERHAFTUNGEN (89%); POLIZEIKRÄFTE (88%); OBERSTES GERICHT (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFTATEN (78%); VERURTEILUNGEN (78%); BOMBENANSCHLÄGE (77%); DEUTSCHE LANDTAGE (77%); ERMITTLEMENTEN (77%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); POLITISCHE PARTEIEN (77%); VORSTÄDTE (77%); ÜBERWACHUNG (77%); GESETZGEBUNGSGRÄFTE (76%); JUSTIZMINISTERIEN (74%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); MORD (73%); REGIERUNGSKABINETTS (72%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (71%); POLITIK (70%)

Polizisten im schwarzen Block; Nach dem Urteil gegen die Linksextreme Lina E. kam es in Leipzig zu Ausschreitungen. Nun zeigt sich: Unter den Vermummten befand....

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 12, 2023

End of Document

Polizei meldet mehrere Verletzte bei Demonstration in Leipzig; Bei Protesten gegen das Urteil im Fall Lina E. hat es offenbar Angriffe auf Polizisten gegeben. Die Demo wurde beendet, rund 300 Menschen sollen noch eingekesselt sein.

ZEIT-online

Samstag 3. Juni 2023 4:57 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: "Tag X" in Leipzig; Ausg. 1

Length: 630 words

Byline: Sarah Lena Grahn;Katrin Scheib

Body

Jens Schlueter

Polizisten stehen Demonstranten während eines von linksextremen Aktivisten organisierten "nationalen Aktionstages" am 3. Juni 2023 in Leipzig gegenüber.

Eine Solidaritätsdemonstration für eine verurteilte Linksextremistin in Leipzig ist nach rund einer Stunde beendet worden. Bei der Demonstration in der Südvorstadt wurden nach Polizeiangaben mehrere Einsatzkräfte verletzt. Die Beamten seien von Steinen und anderen Wurfgeschossen getroffen worden, sagte ein Sprecher. Die Polizei sprach in diesem Zusammenhang von schwerem Landesfriedensbruch.

Einsatzkräfte seien von Teilnehmern immer wieder attackiert und unter anderem auch mit einem Brandsatz beworfen worden, teilte die Polizei weiter mit. Der Platz wurde schließlich geräumt, aktuell sind laut Polizei rund 300 Menschen eingekesselt. Die Polizei hat angefangen, die Identitäten der eingekesselten Demonstranten aufzunehmen. Das berichtete ein dpa-Reporter. Die Demonstranten werden dazu an der Karl-Liebknecht-Straße einzeln aus der Gruppe geführt. Scheinwerfer wurden aufgebaut. Unter den Festgesetzten befanden sich nach Polizeiangaben auch mehrere Minderjährige, die zuerst überprüft werden sollten. Vereinzelt sei es zu Ausbruchsversuchen gekommen.

Angemeldet zur Demonstration waren ursprünglich 100 Menschen gewesen, die Polizei schätzte die Zahl der Teilnehmenden jedoch auf 1.500. Rund ein Drittel davon sei "gewaltgeneigt oder gewaltsuchend" gewesen, sagte ein Sprecher. Der Polizei zufolge waren mehrere Wasserwerfer vor Ort, wurden aber nicht eingesetzt.

Zu Beginn der Veranstaltung war die Lage noch friedlich gewesen. Polizisten ließen die Teilnehmer jedoch nicht weiter laufen und forderten sie auf, Vermummungen abzulegen. Die Demonstrierenden kritisierten diese Taktik. Der Vizefraktionschef der Linken in Sachsen, Marco Böhme, twitterte, dass die Polizei entschieden habe, dass die genehmigte Demonstration "nicht laufen darf".

Bundesweit war in linken Kreisen zu Solidaritätsdemonstrationen in Leipzig mobilisiert worden. Anlass ist das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder

Polizei meldet mehrere Verletzte bei Demonstration in Leipzig; Bei Protesten gegen das Urteil im Fall Lina E. hat es offenbar Angriffe auf Polizisten gegeben. D....

tatsächliche Neonazis, bei denen mehrere Menschen teils schwer verletzt wurden. Die Polizei hatte sich seit Tagen auf Unruhen vorbereitet, die von der linken Szene als "Tag X" angekündigt worden waren.

"Angesichts der Gemengelage unverantwortlich"

Grünenstadtrat Jürgen Kasek, der die beendete Demonstration angemeldet hatte, twitterte: "Es ist leider das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten." Die Stadt Leipzig kritisierte Kasek. "Die Anmeldung dieser Demonstration in der Südvorstadt war angesichts der Gemengelage unverantwortlich", warf ihm Stadtsprecher Mathias Hasberg vor.

Die Linken-Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz kritisierte die Entscheidung, die Demonstrierenden nicht laufen zu lassen. "Deeskalation sieht anders aus", schrieb die Politikerin bei Twitter. Das linksgerichtete Bündnis "Dresden Nazifrei" bezeichnete das Auftreten der Polizei als martialisch.

Kretschmer dankt der Polizei

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, der mit Innenminister Armin Schuster (beide CDU) das Lagezentrum besucht hatte, dankte der Polizei für ihren Einsatz. "Das Ziel ist Menschen und Sachwerte zu beschützen und Gewalttäter festzunehmen", twitterte der CDU-Politiker.

Schon am Freitagabend hatten vermummt Menschen Polizisten im Stadtteil Connewitz angegriffen. Die Versammlung war zunächst friedlich verlaufen, dann flogen aus der Menge heraus Steine und pyrotechnische Gegenstände auf die Polizisten und Polizistinnen. Barrikaden aus Mülltonnen und Baustellenabsperren brannten. Die Polizei setzte Tränengas ein und wurde nach eigenen Angaben von Hausdächern aus "mit Gegenständen beworfen".

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (90%); VERURTEILUNGEN (89%); VORSTÄDTE (89%); POLITISCHE PARTEIEN (86%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (84%); AUSSCHREITUNGEN (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); DEUTSCHE LANDTAGE (69%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (64%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (60%); POLIZEIKRÄFTE (50%)

Industry: SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 3, 2023

Polizei meldet mehrere Verletzte bei Demonstration in Leipzig; Bei Protesten gegen das Urteil im Fall Lina E.
hat es offenbar Angriffe auf Polizisten gegeben. D....

End of Document

Chef der Grünen Jugend kritisiert Prozess als "völlig übertrieben"; Das Urteil gegen die Leipziger Studentin, die brutal gegen Neonazis vorging, wird kontrovers diskutiert. Der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend spricht von einer "Farce".

ZEIT-online

Mittwoch 31. Mai 2023 5:42 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Lina E.; Ausg. 1

Length: 548 words

Byline: Dominik Lenze

Body

Jens Schlueter

Gerichtsgebäude des Oberlandesgerichts Dresden vor dem Prozess gegen die Linksextremistin Lina E.

Das Urteil gegen die Linksextreme Lina E. wird in der Politik kontrovers diskutiert. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) mahnten, dass Selbstjustiz nicht tolerabel sei. Linke Politikerinnen und der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, Timon Dzienus, kritisierten das Urteil scharf.

Dzienus bezeichnete das Urteil als "Farce". "Mit einem völlig übertriebenem und auf fragwürdigen Indizien beruhenden Prozess wird mit aller Härte gegen Lina E. und andere Linke vorgegangen", twitterte Dzienus. Er verwies auf ein deutlich geringeres Strafmaß für zwei Neonazis, die zwei Journalisten attackiert und schwer verletzt hatten. Die Angreifer waren zu einer Bewährungsstrafe und zu Sozialstunden verurteilt worden.

Das Oberlandesgericht Dresden hatte Lina E. schuldig gesprochen und sie wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Für ihre drei Mitangeklagten verhängte die Staatsschutzkammer Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten zwischen 2018 und 2020 an mehreren Überfällen in Sachsen und Thüringen beteiligt waren oder diese zumindest unterstützt hatten.

Auch Clara Anne Bünger, Bundestagsabgeordnete der Linken, verwies auf aus ihrer Sicht vergleichsweise milde Urteile gegen Rechtsextreme. Auf Twitter erinnerte sie an den NSU-Unterstützer André Eminger, "der 2018 wegen Unterstützung der rechtsterroristischen Vereinigung nur zu zweieinhalb Jahren verurteilt wurde".

CDU-Abgeordneter wirft Grüner Jugend "Extremismusproblem" vor

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries kritisierte die Äußerungen von Dzienus. "Keine Distanz zur Gewalt und linksextremistischen Straftätern. Ich denke, die Grüne Jugend hat ein echtes Extremismusproblem", twitterte er. "So ein Sprecher wäre in jeder demokratischen Jugendpartei untragbar." Er forderte die Grünen zum Handeln auf.

Chef der Grünen Jugend kritisiert Prozess als "völlig übertrieben"; Das Urteil gegen die Leipziger Studentin, die brutal gegen Neonazis vorging, wird kontrovers....

"Extremismus dürfe nicht mit Extremismus bekämpft werden", schrieb Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) auf Twitter. Selbstjustiz sei in einem Rechtsstaat niemals eine Option: "Wir müssen unsere liberale Demokratie schützen vor ihren Feinden, doch nicht mit Selbstjustiz", teilte er mit.

Weitere Ermittlungen angekündigt

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) warnte in dem Zusammenhang vor Selbstjustiz. "Im demokratischen Rechtsstaat darf es keinen Raum für Selbstjustiz geben", sagte Faeser. "Gegen die Gefahren von Rechtsextremismus gehen die Behörden (...) hart vor. Das haben wir auch schon bewiesen", sagte sie. Die Sicherheitsbehörden würden die linksextreme Szene in den nächsten Tagen genau im Blick behalten.

Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) kündigte Ermittlungen in der linksextremen Szene an: "Wir werden weiter ermitteln, das Netzwerk weiter aufdecken und sind zuversichtlich, weitere Straftäter vor Gericht bringen zu können", sagte Schuster.

Carsten Hütter, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD im sächsischen Landtag, hält das Urteil für zu milde: "Für mich hat deshalb die Justiz in diesem Fall versagt", teilte er mit.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); DEUTSCHER BUNDESTAG (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (89%); ERMITTLEMENTEN (88%); RECHTSSTAATLICHKEIT (88%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (86%); ANKLAGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); DEUTSCHE LANDTAGE (77%); STRAFAUSSETZUNG & BEWÄHRUNG (74%); REGIERUNGSKABINETTS (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (78%)

Load-Date: June 1, 2023

Harmlos sind sie lange nicht mehr; In Leipzig wurden vier Linksextreme als kriminelle Vereinigung verurteilt. Die Strafen sind hoch. Vielleicht ändert das endlich den Blick auf die Szene.

ZEIT-online

Mittwoch 31. Mai 2023 3:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Urteil gegen Lina E.; Ausg. 1

Length: 1199 words

Byline: Anne Hähnig

Body

Sebastian Willnow

Eine linke Demonstration im September 2021 in Leipzig: Hintergrund war auch hier der Prozess gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin.

Wie gefährlich ist der deutsche Linksextremismus? Bis vor einiger Zeit konnte man vielleicht meinen, es handele sich um eine Szene, die allenfalls anlassbezogen zu randalieren beginnt am 1. Mai etwa, bei G20-Gipfeln oder wenn besetzte Häuser geräumt werden. Die Szene galt lange nicht als besorgniserregend.

Nach dem Verfahren gegen vier Linksextreme vor dem Oberlandesgericht Dresden lässt sich das nicht mehr behaupten. Vor Gericht waren vier junge Menschen wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt, darunter die 28-jährige Studentin Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft sitzt. Das Oberlandesgericht Dresden sprach sie am Mittwoch schuldig, in den Jahren 2018 bis 2020 mehrere Male diverse Menschen überfallen und brutal zusammengeschlagen zu haben. Die meisten ihrer Opfer waren Rechtsradikale. Ein weiteres Opfer aber sah nach Ansicht des Gerichts lediglich so aus.

Das Besondere an den Überfällen war, dass sie nicht beiläufig geschahen, also nicht am Rande von Demonstrationen beispielsweise. Sie waren stattdessen lange vorbereitet, die Opfer waren oftmals ausgekundschaftet worden, und die Angreifer und Angreiferinnen hatten extra dafür trainiert.

Juristisch betrachtet macht dies den Unterschied und deswegen wurde Lina E. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt. Allerdings nicht wegen einer Rädelsführerschaft, welche die Polizei bei ihr angenommen hatte. Drei weitere Angeklagte im Alter zwischen 28 bis 37 Jahren müssen ebenfalls für jeweils zwei bis drei Jahre in Haft einer wegen Mitgliedschaft, zwei andere wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

Wie ein selbst ernanntes Sondereinsatzkommando

Damit ist nun mit juristischen Mitteln bewiesen, wovor die Sicherheitsbehörden schon länger warnen: Dass sich innerhalb der linksextremen Szene konspirative Kleingruppen gebildet haben. Kleingruppen, die sich offenbar wie

Harmlos sind sie lange nicht mehr; In Leipzig wurden vier Linksextreme als kriminelle Vereinigung verurteilt.
Die Strafen sind hoch. Vielleicht ändert das endl....

eine Art selbst ernannte Sondereinsatzkommandos begreifen: zu Gewalt bereit, solange es gegen die aus ihrer Sicht Richtigen geht.

Man müsse eben, so lautet die Argumentation von linker Seite, gegen den Rechtsextremismus kämpfen, solange die Polizei das nicht tue.

Aber stimmt das? Der Vorsitzende Richter Hans Schlueter-Staats sagte in seiner Urteilsbegründung, "dass von rechter Gewalt derzeit die größte Gefahr ausgeht". Außerdem beständen bei der Strafverfolgung rechtsextremer Delikte durchaus Defizite, die "beklagenswert" seien.

Damit hat er recht. Allerdings hat es in den zurückliegenden Jahren in Sachsen mehrere Verfahren gegen Mitglieder der rechtsextremistischen Szene gegeben, zum Beispiel gegen die sogenannte Gruppe Freital, die unter anderem ein Flüchtlingsheim überfallen hatte. Oder gegen die Terrorgruppe Revolution Chemnitz. Auch am Tag des Urteils gegen Lina E. verkündete die sächsische Generalstaatsanwaltschaft, gegen eine mutmaßlich kriminelle Vereinigung aus dem Milieu teils rechtsextremer Fußballfans im Erzgebirge vorzugehen.

Die juristischen Erfolge im Kampf gegen Neonazis sind zahlreicher als die Erfolge im Kampf gegen Linksradikale. Das liegt daran, dass die ersten viel zahlreicher und gefährlicher sind. Es liegt aber zu einem kleineren Teil auch daran, dass sich Täter der linksextremen Szene bislang meistens gut versteckt haben. Und dass sie eingebettet sind in eine große, sie offenbar schützende und unterstützende Gemeinschaft.

Das ließ sich auch im Gerichtsaal beobachten: Als Lina E. am Mittwoch den Saal des Oberlandesgerichts betrat, wurde sie wie ein Superstar zweieinhalb Minuten lang beklatscht. Die Zuschauerinnen und Zuschauer offensichtlich der linken Szene angehörig johnten, stampften, jubelten. "Wir sind alle 129er", skandierten einige eine Anspielung auf den Paragraf 129 im Strafgesetzbuch, der die Bildung einer kriminellen Vereinigung unter Strafe stellt. "Weil ihr Faschhofreunde seid", riefen einzelne dann noch hinein. Und: "Scheiß Klassenjustiz!", "Schweinesystem!"

Von Zerknirschung oder Schuldbewusstsein war bei der Angeklagten nichts zu erkennen. Aber das war auch nicht zu erwarten: Schon vor dem Urteil wurden nicht nur diverse Demonstrationen angemeldet, sondern auch Randale versprochen.

Dennoch könnte der Prozess eine mäßigende Wirkung auf einen Teil der Szene haben. Denn die Haftstrafen fallen so hoch aus, dass sich jeder und jede überlegen dürfte, ob er oder sie eine ähnlich hohe Strafe in Kauf nehmen will. Zugleich dürfte für den ohnehin schon gewaltbereiten Teil der Szene das Verfahren wohl eher motivierend wirken. Weiterhin registriert die Polizei neue Taten, die an jene der Gruppe um Lina E. erinnern. Dahinter soll der Verlobte der Angeklagten stecken. Auch er soll Teil der Gruppe gewesen sein, sich aber seit Jahren erfolgreich vor der Polizei verstecken. Die sächsischen Ermittler sind überzeugt davon, dass er im Februar gemeinsam mit anderen Mitstreitern Neonazis in Ungarn überfallen haben soll. Außerdem ermittelt die Bundesanwaltschaft inzwischen gegen weitere 15 Personen aus dem Umfeld von Lina E.

Dass gegen die frisch Verurteilten kaum Beweise vorgelegt hätten, sondern höchstens schwache Indizien und die Aussagen eines angeblich windigen Kronzeugen, wie teilweise kolportiert wurde, stimmt hingegen nicht. Beweise gab es. Nach einem der Überfälle wurde Lina E. gemeinsam mit anderen beispielsweise auf frischer Tat ertappt bei der Flucht im Auto, in dem sich die Tatwerkzeuge befanden.

Aus dem Affekt heraus

Weil einer der Verteidiger den Prozess dennoch als "politisches Verfahren" bezeichnet hatte, konnte sich der Vorsitzende Richter in seiner Urteilsbegründung einen Satz als Reaktion darauf nicht verkneifen: "Ich empfehle einen Besuch in Hohenschönhausen." Außerdem verwies der Richter insbesondere auf eines der Opfer: einen Bauarbeiter, der in dem bei Linksradikalen beliebten Stadtteil Leipzig-Connewitz wohl eher zufällig ins Visier der Gruppe E. geriet.

Harmlos sind sie lange nicht mehr; In Leipzig wurden vier Linksextreme als kriminelle Vereinigung verurteilt.
Die Strafen sind hoch. Vielleicht ändert das endl....

Der Mann trug die Mütze eines rechtsextremen Labels "ohne sich der Bedeutung auch nur bewusst zu sein", wie der Richter sagte. Mag letzteres nun stimmen oder nicht: Schläuter-Staats hat einen Punkt, wenn er darauf verweist, dass diese Tat zeigt, "wohin der militante Antifaschismus führt". In eine Welt nämlich, in der einige aus dem Affekt heraus entscheiden, wer es aus politischen Gründen angeblich verdient hat, mal eben verprügelt und schwer am Kopf verletzt zu werden. Er glaube, sagte der Richter noch, dass über diese Tat auch Menschen erschrocken seien, die vielleicht grundsätzlich bisher kein Problem mit einem gewalttätigen Kampf gegen Rechtsextremismus gehabt hätten. Vielleicht sei der Vorfall auch Anlass für einige, "neu über die Rechtfertigung politischer Gewalt nachzudenken". Also für jene, so Schläuter-Staats, die sich noch nicht in ihrem "ideologischen Schrebergarten" eingerichtet hätten. Aber derzeit sieht leider einiges danach aus, als würde es demnächst wieder Unruhen geben in dem ideologischen Schrebergarten, der Leipzig-Connewitz bisweilen ist.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); VERHAFTUNGEN (89%); RICHTER (79%); STRAFZUMESSUNG (79%); INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN (77%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (76%); STAATSANWÄLTE (76%); FLÜCHTLINGE & VERTRIEBENE (73%); FUSSBALL (72%); TERRORORGANISATIONEN (72%); GEFÄNGNISSTRAFEN (71%); SPORTFANS (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (76%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (72%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Weitere Krawalle in der Nacht in Leipzig; Die Demonstration "Tag X", zu der linke Kreise aufgerufen hatten, eskalierte am späten Samstagnachmittag. Gegen fünf Männer wurde Haftbefehl erlassen.

ZEIT-online

Sonntag 4. Juni 2023 4:35 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Tag X; Ausg. 1

Length: 730 words

Byline: Verena Hözl

Body

Sean Gallup

LEIPZIG, GERMANY - JUNE 03: Police in riot gear walk through pink smoke as they clash with black bloc leftist demonstrators during "Day X" protests on June 03, 2023 in Leipzig, Germany. Protesters took to the streets in Leipzig despite a ban by authorities on their planned gathering to demand freedom for Lina E., who a Dresden court sentenced to five years and three months in prison for organizing and carrying out brutal assaults against neo-Nazis in Saxony and Thuringia between 2018 and 2020. The court handed down lesser sentences to three men associated with Lina E. (Photo by Sean Gallup/Getty Images)

Nach dem Urteil gegen Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten ist es in Leipzig in der Nacht zum Sonntag erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden gekommen. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz. Schon am Samstagnachmittag hatte es Krawalle gegeben. Bis zum späten Abend wurden fünf Haftbefehle erlassen. Den Männern im Alter zwischen 20 und 32 Jahren wird Landfriedensbruch vorgeworfen.

Am späten Nachmittag wurden während einer Demonstration im Leipziger Süden Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen. Laut Polizei haben sich rund 1.500 Teilnehmende zu der Demonstration versammelt, davon der Einschätzung zufolge ein Drittel gewaltbereit. Angemeldet waren lediglich 100 Personen. Mehrere Beamte wurden verletzt. Die Polizei fuhr Wasserwerfer auf, die jedoch nicht gegen die Demonstrierenden zum Einsatz kamen. Die Polizei sprach von "massiven Ausschreitungen" und kesselte nach Angaben vom Sonntagnorgen schätzungsweise 1.000 Menschen ein, um ihre Identitäten festzustellen. Genaue Angaben zur Dauer der Identitätsfeststellungen machte sie zunächst nicht. Noch in den frühen Morgenstunden hielt die Polizei Demonstrierende fest.

Linkenpolitiker kritisieren Polizei

Die Linke übte Kritik am Vorgehen der Polizei. So warf ihr Parlamentsgeschäftsführer im sächsischen Landtag, Marco Böhme, der Polizei bei Twitter vor, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" eskalieren lassen. Zudem kritisierte er, dass die Eingekesselten teils über Stunden festsäßen. Die Polizei erklärte, alle betroffenen Personen seien versorgt worden. Es habe auch die Möglichkeit gegeben, ein mobiles WC zu nutzen.

Weitere Krawalle in der Nacht in Leipzig; Die Demonstration "Tag X", zu der linke Kreise aufgerufen hatten, eskalierte am späten Samstagnachmittag. Gegen fünf M....

Der CDU-Landtagsabgeordnete Sebastian Fischer verteidigte den Einsatz: "Das Gewaltmonopol liegt beim Staat! Wer Gewalt ausübt, spürt die Konsequenzen", twitterte der Politiker. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, der mit Innenminister Armin Schuster (beide CDU) am Nachmittag das Lagezentrum besucht hatte, dankte der Polizei für ihren Einsatz. "Das Ziel ist Menschen und Sachwerte zu beschützen und Gewalttäter festzunehmen", schrieb der CDU-Politiker.

In linken Kreisen war bundesweit für die Demonstration am Samstag mobilisiert worden. Anlass war das Urteil gegen Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis, bei denen mehrere Menschen teils schwer verletzt worden waren. Die 28-Jährige ist am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden.

Bis zum Samstagnachmittag ist die Lage zunächst friedlich geblieben. Trotz des endgültigen Verbots einer großen Tag-X-Demonstration der linksradikalen Szene war die Polizei mit einem Großaufgebot in der Stadt präsent. Zudem fanden in der Stadt das Sachsenpokalfinale, das Stadtfest sowie ein Konzert von Herbert Grönemeyer statt. An Zufahrtswegen in die Stadt sowie am Bahnhof gab es den ganzen Tag Kontrollstellen.

Hundertschaften am Connewitzer Kreuz

Am frühen Samstagnachmittag brannten mehrere Fahrzeuge und Mülltonnen. Am späteren Abend mit Einbruch der Dunkelheit verlagerte sich der Protest in den Stadtteil Connewitz. Dort brannten zahlreiche Barrikaden, die teils mit Wasserwerfern gelöscht wurden. Steine flogen auf die örtliche Polizeiwache an der Wiedebachpassage, herausgerissene Pflastersteine lagen herum. Laut Polizei wurden dabei zwei Beamte verletzt, die das Gebäude bewachten. Die Polizei zog nach eigenen Angaben in der Gegend um das Connewitzer Kreuz mehrere Hundertschaften zusammen.

In dem Stadtteil im Leipziger Süden sollte am Samstagnachmittag eigentlich die Tag-X-Demo stattfinden. Die Stadt Leipzig hatte diese jedoch verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. Mehrere Gerichte bestätigten die Verbote.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); POLITISCHE PARTEIEN (86%); DEUTSCHE LANDTAGE (85%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (79%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (77%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (75%); STRAFZUMESSUNG (75%); VERURTEILUNGEN (75%); GERICHTSHÖFE (69%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (68%); REGIERUNGSKABINETTS (68%); GESETZGEBUNGSGRÄFEN (67%); STAATS- UND REGIERUNGSÖBERHÄUPTER (67%)

Company: GETTY IMAGES INC (57%)

Industry: NAICS518210 COMPUTING INFRASTRUCTURE PROVIDERS, DATA PROCESSING, WEB HOSTING, AND RELATED SERVICES (57%); NAICS541430 GRAPHIC DESIGN SERVICES (57%); NAICS541922

Weitere Krawalle in der Nacht in Leipzig; Die Demonstration "Tag X", zu der linke Kreise aufgerufen hatten, eskalierte am späten Samstagnachmittag. Gegen fünf M....

COMMERCIAL PHOTOGRAPHY (57%); SIC7336 COMMERCIAL ART & GRAPHIC DESIGN SERVICES (57%); SIC7374 COMPUTER PROCESSING & DATA PREPARATION & PROCESSING SERVICES (57%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (79%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (72%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Staatsanwaltschaft ermittelt nach "Tag X" wegen versuchten Mordes; Die Polizei hat über 100 Straftaten bei den linksautonomen Protesten in Leipzig gezählt. Wegen des Wurfs eines Molotowcocktails wird wegen versuchten Mordes ermittelt.

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 2:26 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Leipzig; Ausg. 1

Length: 405 words

Byline: Dominik Lenze

Body

Christian Mang

Ein Demonstrant schiebt eine Mülltonne in die Nähe eines Feuers, während sich linke Demonstranten versammeln, nachdem ein Gericht in Dresden im Fall der 28-jährigen Studentin Lina E., der "schwere Gewalttaten" gegen Rechtsextremisten vorgeworfen werden, fünf Jahre Haft verhängt hat, in Leipzig, Deutschland, 3. Juni 2023.

Im Zusammenhang mit linksautonomen Demonstrationen und Krawallen in Leipzig am vergangenen Samstag hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen versuchten Mordes aufgenommen. Grund ist demnach der Wurf eines Molotowcocktails aus den Reihen der Demonstranten gegen Polizisten.

Nach Angaben der Polizei wurden an dem gesamten Einsatzwochenende 51 Polizisten verletzt. Aktuell registriert sind demnach mehr als 100 Straftaten. Gegen insgesamt zwölf Demonstranten sei Haftbefehl erlassen worden, unter anderem wegen tätlichen Angriffen auf Vollstreckungsbeamte, versuchter gefährlicher Körperverletzung oder schweren Landfriedensbruchs, teilte die Polizei mit. Zur Aufklärung der Ausschreitungen hat die Polizeidirektion Leipzig eine Ermittlungsgruppe mit mehr als 20 Polizistinnen und Polizisten eingerichtet.

Polizei setzte mehr als 1.000 Demonstrierende fest

In der vergangenen Woche hatte es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. in Leipzig mehrfach Ausschreitungen gegeben. Am Samstag dann wurden Polizisten bei einer Demonstration zum sogenannten Tag X mit Steinen und Böllern angegriffen. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren kamen noch am Wochenende in Untersuchungshaft.

Dabei gab es auch Kritik am Vorgehen der Polizei. Zahlreiche Demonstrierende waren über mehrere Stunden im "Kessel", sind also durch Polizeikräfte am Ort der Demonstration festgesetzt worden. Laut Polizei betraf dies über 1.040 Demonstrierende. Laut Medienberichten sollen darunter auch Minderjährige gewesen sein. Die Polizei Leipzig bestätigte, dass sich unter den festgesetzten Demonstrierenden mindestens zwei Kinder befanden. Die weitere Auswertung der Einsatzdokumentation stehe allerdings noch aus.

Staatsanwaltschaft ermittelt nach "Tag X" wegen versuchten Mordes; Die Polizei hat über 100 Straftaten bei den linksautonomen Protesten in Leipzig gezählt. Wege....

Kritik an ihrem Einsatz wies die Polizei schon Anfang der Woche zurück. "Die Lageeinschätzung war einfach die, dass es Androhungen gab, mehrere Millionen Euro Sachschaden zu verursachen. Das lässt sich einfach nicht mit klassischen Mitteln der Deeskalation verhindern", sagte Leipzigs Polizeipräsident René Demmler der *Leipziger Volkszeitung* am Montag.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: KRIMINALERMITTLEMENTEN (92%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); ERMITTLEMENTEN (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); MORD (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFTATEN (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); VERHAFTUNGEN (90%); STRAFZUMESSUNG (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Gegner von Corona-Maßnahmen wegen SS-Vergleichs verurteilt; Weil er damit gegen die Corona-Auflagen protestieren wollte, hat ein 62-jähriger die Polizei mit der SS verglichen. Dafür muss er nun 400 Euro zahlen.

ZEIT-online

Dienstag 27. Juni 2023 4:45 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Justiz; Ausg. 1

Length: 334 words

Byline: Dominik Lenze

Body

Hendrik Schmidt

Polizei begleitet eine Demonstration in Leipzig. Unter dem Motto „Grundrechte gelten auch in Leipzig“ protestieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit rund um den „Tag X“ am Samstag (03.06.). Seit langem wurde in der linken Szene für den sogenannten „Tag X“ mobilisiert. Das Oberlandesgericht Dresden hatte die Studentin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

Ein 62-jähriger Mann aus Paderborn muss eine Geldstrafe zahlen, nachdem er die Polizei bei Facebook mit der SS verglichen hat. Dies bestätigte das Oberlandesgericht in Hamm (NRW), wie eine Gerichtssprecherin sagte. Der Angeklagte muss demnach 400 Euro zahlen. Zuvor war er vom Landgericht Paderborn verurteilt worden.

Der Mann hatte nach Angaben der Sprecherin im November 2020 eine Fotomontage bei Facebook gepostet. Darauf waren demnach ein Bild des Hamburger Polizei-Pressesprechers und ein Bild des SS-Obersturmführers Werner Ostendorff mit Abzeichen und Totenkopf zu sehen. Zudem seien die Sprüche "Wes Brot ich ess, des Lied ich sing" und "Ich führe nur Befehle aus" zu lesen gewesen.

SS-Vergleich sollte Kritik an Corona-Politik sein

Selbst hergestellt habe der Mann die Montage nicht, sie sei im Internet verfügbar gewesen, sagte die Gerichtssprecherin. Mit dem Facebook-Post habe der Mann wohl seinen Protest gegen damals noch geltende Coronamaßnahmen ausdrücken wollen.

Der Vorsitzende Richter Martin Saal sprach von einem unsäglichen Vergleich mit einem SS-Verbrecher. Ein Beitrag zur Meinungsbildung in der Corona-Pandemie sei der Post nicht gewesen, ein direkter Zusammenhang mit den Entscheidungen in der Politik nicht erkennbar.

Das Oberlandesgericht verurteilte den 62-Jährigen wegen des Zeigens verfassungsfeindlicher Kennzeichen, Beleidigung und Verstoßes gegen das Kunstarhebergesetz. Das Urteil ist rechtskräftig. Der 62-Jährige kann jedoch Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einreichen.

Gegner von Corona-Maßnahmen wegen SS-Vergleichs verurteilt; Weil er damit gegen die Corona-Auflagen protestieren wollte, hat ein 62-jähriger die Polizei mit der....

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); CORONA-REGELN (91%); CORONAVIRUS COVID-19 (90%); EINIGUNG & VERGLEICH (90%); GERICHTSHÖFE (90%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); VERFASSUNGSRECHT (89%); OBERSTES GERICHT (79%); RICHTER (79%); STRAFZUMESSUNG (79%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); VERBRECHEN (78%); ANKLAGEN (76%); GELDSTRAFEN & GELDBUSSEN (76%); GESUNDHEITSPOLITIK (76%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); PANDEMIEN (71%); EPIDEMIEN (50%)

Company: META PLATFORMS INC (56%)

Ticker: META (NASDAQ) (56%)

Industry: NAICS516210 MEDIA STREAMING DIST SVCS, SOCIAL NETWORKS, AND OTHER MEDIA NETWORKS AND CONTENT PROVIDERS (56%); SIC7374 COMPUTER PROCESSING & DATA PREPARATION & PROCESSING SERVICES (56%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (90%); INTERNET & WWW (78%); GESUNDHEITSPOLITIK (76%)

Geographic: KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (78%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); PADERBORN, DEUTSCHLAND (73%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: June 27, 2023

End of Document

Verletzte Polizisten nach Ausschreitungen in Leipzig; Die "Tag X"-Demonstration in Leipzig bleibt verboten. Die linke Szene hatte am Vorabend zu einem "Massencornern" aufgerufen. Es kam zu Krawallen im Stadtteil Connewitz.

ZEIT-online

Samstag 3. Juni 2023 3:00 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: "Tag X"-Demonstration; Ausg. 1

Length: 579 words

Byline: Julica Jungehülsing

Body

Sebastian Willnow

Polizisten gehen an einer brennenden Barrikade vorbei. Am Freitagabend ist es im Stadtteil Connewitz zu Ausschreitungen gekommen. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Aufnahmedatum 03.06.2023 Bildnachweis picture alliance/dpa | Sebastian Willnow

Vor einem linksautonomen Solidaritätstag für die verurteilte Studentin Lina E. haben Vermummte in Leipzig Polizisten angegriffen. Eine Versammlung am Wiedebachplatz im Stadtteil Connewitz war zunächst friedlich verlaufen, dann flogen aus einer Menge von mehreren Hundert Vermummten heraus Steine und Pyrotechnik auf Beamte. Sowohl dort als auch in Nebenstraßen brannten Barrikaden aus Mülltonnen und Baustellenabsperrungen. Nachdem sich die Menge gegen 22.25 Uhr in Gruppen aufgeteilt habe, seien Polizisten und Polizeiwagen mit Gegenständen beworfen worden. Die Polizei setzte Tränengas ein und wurde nach eigenen Angaben von Hausdächern "mit Gegenständen beworfen".

Zuvor hatte es in sozialen Netzwerken der linken Szene einen Aufruf zum "Massencornern" gegeben, also zu größeren Versammlungen, um trotz des Verbots der sogenannten Tag-X-Demo am Samstag Solidarität mit der Studentin Lina E. zu zeigen.

Der "Tag X" gilt als Reaktion auf das Urteil gegen die 28-Jährige sowie drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Sie waren am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden wegen Körperverletzung und Mitgliedschaft oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Durch die Ausschreitungen im Stadtteil Connewitz wurden mehrere Polizeibeamte leicht verletzt, einer musste zur Behandlung ins Krankenhaus. Wie die Polizei ebenfalls mitteilte, wurde auch ein Journalist von einer unbekannten Person attackiert und leicht verletzt. Es habe drei vorläufige Festnahmen gegeben. "Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte, Sachbeschädigung sowie eines Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz aufgenommen", so die Polizei. Mehrere Einsatzfahrzeuge wurden den Angaben zufolge beschädigt.

Verletzte Polizisten nach Ausschreitungen in Leipzig; Die "Tag X"-Demonstration in Leipzig bleibt verboten. Die linke Szene hatte am Vorabend zu einem "Massenco....

Hundertschaften aus zwölf Bundesländern

Acuh für diesen Samstag bereitet sich die Polizei angesichts des "Tag X" auf mögliche Ausschreitungen vor. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) zeigte sich angesichts zahlreicher Gewaltaufrufe in sozialen Medien besorgt um die Sicherheit in der Messestadt.

Schon seit Freitag ab 18 Uhr galt in Leipzig ein sogenannter Kontrollbereich, der große Teile des Stadtgebiets im Osten, Süden und Westen umfasst. Dort kann die Polizei ohne besonderen Anlass Menschen anhalten und deren Personalien überprüfen. Auch der Anreiseverkehr auf den Straßen und am Hauptbahnhof werde kontrolliert. Die Polizeidirektion Leipzig wird eigenen Angaben zufolge von Hundertschaften aus zwölf Bundesländern und von der Bundespolizei unterstützt.

Die Stadt Leipzig hatte die "Tag X"-Demo verboten auf Grundlage von Gefahrenprognosen der Polizei und Lageeinschätzungen des Verfassungsschutzes verboten. Das Verwaltungsgericht wies einen Eilantrag dagegen zurück. Es sei mit "hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf" auszugehen.

In Leipzig stehen an diesem Samstag auch etliche andere Großveranstaltungen an. Neben dem Stadtfest und einem Konzert mit 45.000 erwarteten Besuchern spielen die Fußballclubs Lok Leipzig und der Chemnitzer FC um den Sachsenpokal. Eine Absage der Partie war erwogen worden, letztlich aber verworfen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: AUSSCHREITUNGEN (92%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); VERURTEILUNGEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (89%); SOCIAL MEDIA (89%); GERICHTSBESCHLÜSSE & VERFÜGUNGEN (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); VERHAFTUNGEN (78%); GERICHTSHÖFE (77%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); STRAFZUMESSUNG (77%); VANDALISMUS (74%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); SOZIALE NETZWERKE (73%); GERICHTSURTEILE (72%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (71%); ERMITTLEMENTEN (69%); BÜRGERMEISTER (67%); FUSSBALL (60%)

Industry: SOCIAL MEDIA (89%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); SPRENGSTOFFE (50%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 3, 2023

Linke Demonstration in Leipzig bleibt verboten; Die Stadt Leipzig hatte einen Protest der linken Szene verboten, weil sie einen gewaltsamen Verlauf befürchtete. Ein Verwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung.

ZEIT-online

Freitag 2. Juni 2023 4:36 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: "Tag-X"-Demo; Ausg. 1

Length: 550 words

Byline: Katharina Heflik

Body

Sebastian Willnow

Ein Transparent mit der Aufschrift "Demo am Tag X" und "# Free Lina" hängt an der Fassade eines Hauses im Osten der Stadt. Damit soll auf das geplante Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung im Lina-Prozess aufmerksam gemacht werden. Recrop. Leipzig 29.05.2023

Eine am Samstag geplante Demonstration der linken Szene in Leipzig bleibt verboten. Das Verwaltungsgericht Leipzig wies einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt als Versammlungsbehörde zurück. Bei der Demonstration sei mit "hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf" auszugehen, teilte das Gericht mit. Insofern erweise sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend.

Aus Sicht des Verwaltungsgerichts ist besonders zu berücksichtigen, dass sich die Mobilisierung im Internet einschließlich des Demonstrationsaufrufs auch an eine gewaltbereite autonome linksextremistische Szene gerichtet habe. Auch wenn es inzwischen eine Distanzierung von Gewaltaufrufen gegeben habe und zuletzt zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen worden sei, bleibe zu befürchten, dass aus der angemeldeten Versammlung heraus Gewalttätigkeiten begangen würden, hieß es.

Europaweite Mobilisierung der linken Szene

Zudem erscheine die angemeldete Zahl der Teilnehmenden von 400 bis 500 nicht ansatzweise realistisch. Es sei mit einer weitaus höheren Teilnehmerzahl zu rechnen, so das Verwaltungsgericht. Seit Langem wird in der linken Szene für den "Tag X" europaweit mobilisiert. Gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts ist eine Beschwerde beim sächsischen Oberverwaltungsgericht in Bautzen möglich.

Die Demonstration unter dem Motto "United we stand Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. Trotz des Verbots bereitet sich die Polizei auf einen Großeinsatz vor. Auch die Einsatzkräfte erwarten am Samstagnachmittag eine Teilnehmerzahl im vierstelligen Bereich und befürchten die Anreise vieler gewaltbereiter Linker.

Polizei darf anlasslos Identitäten prüfen

Linke Demonstration in Leipzig bleibt verboten; Die Stadt Leipzig hatte einen Protest der linken Szene verboten, weil sie einen gewaltsamen Verlauf befürchtete.....

Lina E. und drei Männer waren vom Oberlandesgericht Dresden wegen verschiedener Gewalttaten an vermeintlichen oder tatsächlichen Neonazis zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Die Studentin, die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei.

Schon seit diesem Freitag gilt in Leipzig ein sogenannter Kontrollbereich, der große Teile des Stadtgebiets im Osten, Süden und Westen umfasst. Dort kann die Polizei ohne besonderen Anlass Menschen anhalten und überprüfen. Auch der Anreiseverkehr auf den Straßen und am Hauptbahnhof solle kontrolliert werden, hatte die Polizei mitgeteilt. Die Polizeidirektion Leipzig wird eigenen Angaben zufolge von zahlreichen Hundertschaften aus zwölf Bundesländern und der Bundespolizei unterstützt.

"Wir sehen mit großer Sorge die offenen, zum Teil hasserfüllten Gewaltaufrufe aus dem anarchistisch-linksextremistischen Milieu in den sozialen Medien", sagte Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). In der Stadt der Friedlichen Revolution von 1989 sei auf die Straße getragene Gewalt vollkommen inakzeptabel. "Ich appelliere an alle, sich den Aufrufen nicht anzuschließen und sich von jeglicher Gewalt unmissverständlich zu distanzieren", sagte Jung.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); GERICHTSHÖFE (91%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); GERICHTSBESCHLÜSSE & VERFÜGUNGEN (78%); SOCIAL MEDIA (78%); BERUFUNGSGERICHTE (76%); BÜRGERMEISTER (76%); NEGATIVE NACHRICHTEN (76%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (76%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); VERURTEILUNGEN (76%); VERHAFTUNGEN (69%)

Industry: SOCIAL MEDIA (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: June 2, 2023

Behörden rechnen mit Gewalt nach Extremismusurteil in Sachsen; Am Mittwoch wird ein Urteil gegen eine Frau erwartet, die gewalttätige Linksextreme angeführt haben soll. In der linken Szene wird zum Protest aufgerufen.

ZEIT-online

Dienstag 30. Mai 2023 6:22 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linksextremismus; Ausg. 1

Length: 536 words

Byline: Alexander Eydlin

Body

Hendrik Schmidt

Blick auf die Justizvollzugsanstalt Chemnitz. In dem Frauengefängnis sind derzeit die verurteilte Rechtsterroristin Zschäpe und die Studentin Lina E. untergebracht.

Vor dem erwarteten Urteil gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. und drei weitere Beschuldigte im Prozess um politisch motivierte Gewalttaten erwarten die Behörden in Sachsen Proteste der linken Szene. Dabei befürchten sie Ausschreitungen und wollen mit einem Großeinsatz der Polizei auf sie reagieren. Bei den Protesten werde eine "gewaltbereite oder gewaltsuchende Klientel" erwartet, sagte Chris Graupner, der Sprecher der Leipziger Polizei.

Am Mittwochvormittag soll ein mehr als anderthalb Jahre andauernder Prozess gegen die Frau und ihre mutmaßlichen Mitstreiter voraussichtlich mit einem Urteilsspruch durch das Oberlandesgericht Dresden enden. Für die Hauptangeklagte fordert die Bundesanwaltschaft wegen einer Reihe von Angriffen auf Rechtsextreme oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene acht Jahre Haft. Für die drei mitangeklagten Männer beantragte sie Haftstrafen von bis zu drei Jahren und neun Monaten.

Anklage sieht kriminelle Vereinigung hinter Angriffen auf Rechtsradikale

Die Bundesanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, zwischen 2018 und 2020 Menschen aus der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach brutal zusammengeschlagen zu haben. Dabei soll es sich um 13 vermeintliche oder tatsächliche Neonazis gehandelt haben, die die Gruppe um die Verdächtige ausgespäht und überfallen haben soll.

Die Gruppe soll als kriminelle Vereinigung gehandelt haben ein besonders schwerer Vorwurf, der zu hohen Haftstrafen führen kann. Die Verteidigung verlangt hingegen Freisprüche für die Angeklagten in dem Verfahren, das sie als "politischen Prozess" kritisiert.

Behörden rechnen mit Gewalt nach Extremismusurteil in Sachsen; Am Mittwoch wird ein Urteil gegen eine Frau erwartet, die gewalttätige Linksextreme angeführt hab....

Bereits für den Tag des erwarteten Urteils wird nach Behördenangaben in der linken Szene zu Ausschreitungen aufgerufen. Am Samstag wollen Tausende Menschen in Leipzig demonstrieren und den Ankündigungen nach Schäden in Millionenhöhe verursachen.

Für "jedes Jahr Knast gibt es ab sofort (eine) Million Sachschaden bundesweit", heißt es etwa in einem Aufruf auf der von Linksradikalen genutzten Plattform Indymedia. Die Aufrufe zu Vergeltungstaten richten sich gegen "Strukturen von Neonazis" sowie "Repressionsbehörden" staatliche Einrichtungen, Parteien und Firmen.

Leipzig schränkt Versammlungsrecht ein

Bei den Protesten erwarte man einen "gewaltsamen Verlauf", sagte Dirk Münster vom sächsischen Landeskriminalamt zuletzt der ZEIT. Bis zu 2.000 Einsatzkräfte stünden bereit, um dem zu begegnen, zudem Hubschrauber und Wasserwerfer.

In Erwartung von Ausschreitungen hat Leipzig zudem das Versammlungsrecht für das kommende Wochenende eingeschränkt. Bis spätestens Mittwoch müssen öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, die sich inhaltlich auf den Prozess beziehen, bei der Versammlungsbehörde angezeigt werden, sonst gelten sie als verboten.

Der Prozess gegen die Angeklagte hatte im September 2021 unter hohen Sicherheitsmaßnahmen begonnen. Zu diesem Zeitpunkt saß sie bereits zehn Monate in Untersuchungshaft. Ihre mutmaßlichen Mitstreiter blieben hingegen auf freiem Fuß. Alle Angeklagten schwiegen zu den Vorwürfen gegen sie.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (91%); ANKLAGEN (90%); GEFÄNGNISSE (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); TERRORISMUS (90%); VERURTEILUNGEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (77%); VERHAFTUNGEN (77%); GERICHTSHÖFE (73%); STRAFVERTEIDIGUNG (73%); POLITISCHE PARTEIEN (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (78%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (92%)

Load-Date: May 30, 2023

"Sonst hätte ich eine meiner Nieren verkauft"; Im derzeitigen Aufnahmestopp wird Afghaninnen trotz gültiger Visa die Einreise nach Deutschland verwehrt. Viele befinden sich dadurch in einer verzweifelten Lage.

ZEIT-online

Mittwoch 24. Mai 2023 6:11 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flucht aus Afghanistan; Ausg. 1

Length: 1912 words

Byline: Lena Reiner

Body

Lina E., hier im Juli 2022, befindet sich in Afghanistan in einer verzweifelten Lage.

Eigentlich sollte es inzwischen systematischen deutschen Schutz vor dem Terror der Taliban geben: Seit 17. Oktober 2022 gibt es das lang angekündigte Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghan*innen (BAP). Die Bilanz? Ernüchternd. Bis dato ist darüber kein einziges Visum erteilt worden, aktuelle Aufnahmen erfolgen über eine Übergangsregelung für akut gefährdete Personen. Obendrein herrscht seit Ende März ein sogenannter Ausreisestopp. Das heißt, die deutsche Seite hilft afghanischen Gefährdeten trotz Aufnahmезusage also durch deutsche Ministerien anerkannte Gefährdung nicht nach Deutschland zu kommen. Was das für zwei Frauen und deren Familien bedeutet, zeigen hier zwei Fallbeispiele aus Afghanistan und Iran.

Lina E. ist eine junge Afghanin, die noch im Land lebt. Sie hatte sich für das Bundesaufnahmeprogramm registriert, wollte nach Deutschland ausreisen und bekam eine Zusage. Als ich mit ihr spreche, erklärt sie, was die Entscheidungen der deutschen Politik für sie persönlich bedeuten: "Ich glaube, die deutsche Regierung weiß nicht, welche Wirkung der Aufnahmestopp auf uns hat: Wir leben jeden Tag wie in einem Albtraum."

Lina E. hat Angst und verlässt das Versteck im Haus ihres Onkels nicht, in dem sie sich mit Eltern und Geschwistern derzeit ein Zimmer teilt. Sie war als 15-Jährige verheiratet worden, bis sie sich eine Scheidung gegen alle gesellschaftlichen Zwänge erstritt. Die Entscheidung wurde ihr nicht leicht gemacht: Im Scheidungsvertrag stand, dass sie ihren Sohn nicht mehr sehen darf. Nach der Scheidung setzte sie sich ehrenamtlich für Frauen ein, die ihr Schicksal teilten, und studierte Germanistik. Seit der Machtübernahme der Taliban hat ihr Ex-Mann wieder mehr Einfluss auf ihr Leben gewonnen: Staatliche Strukturen, die sie schützen könnten, gibt es nicht mehr. "Ich kann das Haus kaum noch verlassen, einen Beruf auszuüben, wäre auch viel zu gefährlich", schildert sie. Zuvor hatte sie unter anderem für die Lokalregierung gearbeitet, außerdem für die NGO War Child. Sie protestierte auch immer wieder mal auf Demos, mal im Kontakt mit Familien gegen Zwangsehe und zu Beginn der Taliban-Zeit auch gegen Zwangsvorschleierung. Für Letzteres erhielt sie eine direkte Verwarnung der Taliban.

"Sonst hätte ich eine meiner Nieren verkauft"; Im derzeitigen Aufnahmestopp wird Afghaninnen trotz gültiger Visa die Einreise nach Deutschland verwehrt. Viele b....

Zusätzlich zu den persönlichen Drohungen gegen sie kommen die Repressionen der Taliban, die sich gegen alle Frauen richten. Parks und Freizeiteinrichtungen dürfen sie nicht besuchen, öffentliche Bäder ebenso wenig, die meisten Berufe sind untersagt auch die Mitarbeit in NGOs. Bei Verstoß drohen nicht nur den Frauen drakonische Maßnahmen wie öffentliches Auspeitschen. Meist bestrafen die Taliban männliche Familienmitglieder stellvertretend oder zusätzlich, da diese die Frauen beaufsichtigen sollen. Ohne einen solchen Verwandten als "Aufpasser" offiziell Mahram genannt dürfen Frauen sich auch nicht weitere Strecken fortbewegen oder gar das Land verlassen.

Da Lina E. aufgrund all dessen um ihre Sicherheit und ihr Leben fürchtete, wandte sie sich in E-Mails an das Auswärtige Amt (AA) kurz nach der Machtergreifung der Taliban kursierten die Krisenmailadressen für Gefährdete. Schließlich, nach mehr als einem Jahr des Bangens, erkannten die zuständigen Ministerien AA und Bundesministerium des Innern (BMI) die von ihr geschilderte Gefährdungslage als Gründe für ein humanitäres Visum an. Kurze Zeit später konnte sie dann auch für ihre Eltern und Geschwister Aufnahmezusagen erhalten. Auf die große Freude folgte sogleich die nächste Hürde: Ihre Geschwister hatten keine gültigen Reisepässe und die Passämter waren unter Kontrolle der Taliban. Das bedeutet, dass sie zwar offiziell geöffnet sind und man online einen Termin beantragen kann. Aber sowohl bei der Terminvergabe, der Ausstellungsdauer und den Passgebühren herrscht Willkür. "Obwohl die zuständigen Mitarbeiter des Programms von den Zuständen auf den von den Taliban kontrollierten Passämtern wussten, bestanden sie darauf, dass wir Pässe brauchen", sagt sie und führt aus: "Die einzige Möglichkeit, einen Pass zu bekommen, war eine riesige Summe Geld zu bezahlen. So mussten wir unser Haus mit all seinen Möbeln verkaufen, um die Pässe zu bekommen."

Umgerechnet 6.000 Euro hätten sie bezahlt. "Ich war sehr glücklich, dass wir ein Haus haben, denn hätten wir kein Haus gehabt, hätte ich eine meiner Nieren verkauft, damit meine Familie und ich ein Leben in Frieden und Freiheit führen dürfen." Auch werde sie den Tag nie vergessen, an dem ihr Bruder in der Schlange zum Passamt in Kabul von den Taliban ausgepeitscht worden sei.

Als sie dann der Iran Taskforce mitteilte (einem Dienstleister der deutschen Regierung, der für die Unterstützung von Ausreisen gefährdeten Afghan*innen via Iran zuständig ist), dass sie die Pässe bekommen hätten und alle reisefertig seien, erhielt sie erst gar keine Nachricht und fünf Tage später die Information über den Ausreisestopp. "Das war der schlimmste Tag", sagt sie, "ich konnte nicht aufhören zu weinen. Zwei Tage lang habe ich mich nicht getraut, meiner Familie die Nachricht zu überbringen." Seit der erschütternden Nachricht Anfang April gehe es ihnen jeden Tag schlechter. Sie hielten sich entfernt von ihrer Heimatstadt im Haus ihres Onkels auf, um nicht entdeckt zu werden. Denn spätestens seit dem Hausverkauf sei für die Taliban klar, dass sie das Land verlassen wollten; ihre Gefährdung habe sich dadurch verschärft, denn wer gehen will, gilt als Verräter: "Wir sterben innerlich jeden Tag mehr."

Welche Sicherheitsprobleme zu dieser drastischen Maßnahme geführt haben? Während das Bundesinnenministerium auf Anfragen erst gar nicht reagiert, verweist das Auswärtige Amt auch einen Monat später noch auf die Regierungspresso-Konferenz vom 5. April. Dort erklärte Sprecher Cristofer Burger: "Es ist richtig, dass es in den vergangenen Wochen vereinzelte Hinweise auf mögliche Missbrauchsversuche gegeben hat." Missbrauch heiße in fast allen Fällen, dass sich eine Person beispielsweise in der Zwischenzeit in einen sicheren Drittstaat begeben habe. Oder es habe unklare Familienstrukturen gegeben: "Es hat zum Beispiel jemand eine Nichte als Tochter ausgegeben, damit sie im Rahmen der Kernfamilie mitberücksichtigt würde." Diese Art von Missbrauchsfällen und überhaupt Betrugsversuche seien "für uns an unseren Visastellen weltweit, ehrlich gesagt, unser täglich Brot."

Journalistin und Aktivistin Theresa Breuer, die sich als Mitgründerin der Kabul Luftbrücke eineinhalb Jahre lang für das BAP und dessen gerechte Ausgestaltung eingesetzt hat, zeigt sich wenig überrascht über den Stopp und kritisiert die Vorgehensweise grundsätzlich. Ohne zentrale Anlaufstelle für Betroffene und geheim gehaltene beteiligte Organisationen handle es sich um ein "Buddies von"-Programm statt um einen humanitären Auswahlprozess. Über die noch oder vormals am BAP beteiligten Organisationen wie zum Beispiel Kabul Luftbrücke sagt sie: "Wir hätten hier die Türsteher Deutschlands werden sollen." Die Vorgehensweise habe

"Sonst hätte ich eine meiner Nieren verkauft"; Im derzeitigen Aufnahmestopp wird Afghaninnen trotz gültiger Visa die Einreise nach Deutschland verwehrt. Viele b....

obendrein vorhersehbar ins Chaos geführt. Daher habe sie sich schließlich aus der Arbeit zurückgezogen: "Es macht für mich keinen Sinn, mich weiter zu einer Komplizin dieser Farce zu machen."

Auf die konkrete Frage zu vorübergehenden Schutzmaßnahmen für Afghan*innen mit Aufnahmезusagen, die nun doch nicht ausreisen dürfen, antwortet das Auswärtige Amt nicht. Allgemein heißt es: "Bis zur Etablierung zusätzlicher Sicherheitsmechanismen finden keine Einreisen von aufgenommenen afghanischen Staatsangehörigen nach Deutschland statt. Hierbei erfolgt keine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Aufnahmeverfahren." Damit sei aber kein Stopp der Aufnahmen oder des Bundesaufnahmeprogramms verbunden. Schritte, die unabhängig vom Ausreiseverfahren erfolgen könnten, insbesondere die Meldung und Erfassung neuer Fälle akut gefährdeter Personen, würden fortgesetzt. Auch dazu, ob es irgendeine Form der Unterstützung wie etwa Safe Houses für Menschen gebe, die sich durch das Outen als Ausreisewillige etwa durch die Pass- und Drittlandvisumsbeschaffung zusätzlich gefährdet hatten, gibt es keine Auskunft. Zu den in Afghanistan verbliebenen Menschen mit Schutzzusage heißt es lediglich: "Sowohl die unterstützte Ausreise als auch Visabearbeitung für afghanische Staatsangehörige, denen eine Aufnahme in Deutschland zugesagt wurde, sind von der Aussetzung umfasst."

Dass Menschen, die auf eigene Faust ausreisen, mit einer solchen Unterstützung nicht zu rechnen haben, wird in einer Antwort des Amtes zu diesem Personenkreis implizit deutlich: "Die Bundesregierung stellt für die [vom Ausreisestopp] betroffenen Personen, die bereits in Absprache beziehungsweise mit Unterstützung der Bundesregierung in einen der Nachbarstaaten ausgereist sind, eine vorübergehende Unterkunft und etwaig erforderliche medizinische Versorgung sicher."

Konkret erlebt hat das Fatima Key, eine der Autorinnen aus der *10-nach-8 -Reihe Frauen in Afghanistan*. Sie sei sofort selbstständig in den Iran ausgereist, nachdem sie die Aufnahmезusagen für sich und ihre Familien erhalten habe. "Es war zu gefährlich, im Land zu bleiben", erklärt sie, "auch hatte ich große Angst, dass die Taliban den Frauen irgendwann verbieten würden, überhaupt noch auszureisen. Sie verbieten uns alles."

Im Nachbarland seien sie und ihre Schwester dann zunächst komplett auf sich allein gestellt gewesen. "In der E-Mail, die ich bekam, stand, dass man erst eine Woche vor dem Termin in der deutschen Botschaft in Teheran eine Unterkunft im Iran gestellt bekommt, deshalb erwartete ich keine Unterstützung von Deutschland", sagt sie. Sie habe mehrfach versucht, einen Botschaftstermin zu erhalten, aber man habe sie abgewiesen. Die Nachricht über den Ausreisestopp habe sie erst später per E-Mail erreicht und die Situation zumindest etwas erklären können, denn die Botschaft habe ihr lediglich gesagt, dass ein Termin nicht möglich sei. "In der Mail stand auch, dass wir nicht in den Iran ausreisen sollten, sondern abwarten, und dass unsere Visa in Pakistan ausgestellt werden würden. Das machte mich sehr hoffnungslos", schildert sie. Immerhin war sie zu diesem Zeitpunkt ja bereits im anderen Nachbarland und völlig mittellos. "Ich habe all mein Ersparnis ausgegeben."

Einige Tage nach dem Interview meldet sich Fatima erneut; mit guten Neuigkeiten. Sie ist nun doch in einer von Deutschland finanzierten Unterkunft untergebracht worden. Unklar bleibt allerdings weiterhin, wie die Visa nach Pakistan finanziert werden sollen. Fatima und Lina E. hat die Aufnahmезusage von Deutschland bisher vor allem neue Unsicherheiten gebracht. Unklar ist bisher etwa, ob und wie Fatima Key ein Pakistan-Visum beantragen kann, ohne nach Afghanistan zurückzukehren denn üblicherweise müssen Visa vom dauerhaften Wohnsitz aus beantragt werden. Zu befürchten ist auch, dass ihre düstere Zukunftsvision vom kompletten Reiseverbot für Frauen innerhalb Afghanistans und an seinen Grenzen eintritt, bevor Lina E., ihre Schwestern und ihre Mutter das Land verlassen können. Schon jetzt haben die Taliban Freiheitsbeschränkungen umgesetzt, die in keinem anderen Land dieser Welt gelten: das Schulverbot für Mädchen ab der sechsten Klasse etwa.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

"Sonst hätte ich eine meiner Nieren verkauft"; Im derzeitigen Aufnahmestopp wird Afghaninnen trotz gültiger Visa die Einreise nach Deutschland verwehrt. Viele b....

Journal Code: zede

Subject: PÄSSE & VISA (90%); TALIBAN (89%); TERRORORGANISATIONEN (89%); EHESCHEIDUNG & EHEAUFLÖSUNG (87%); AUSWÄRTIGE ÄMTER & DIPLOMATISCHE DIENSTE (71%); EHRENAMT & FREIWILLIGENDIENSTE (64%)

Industry: PÄSSE & VISA (90%)

Geographic: AFGHANISTAN (90%); DEUTSCHLAND (88%); IRAN (58%)

Load-Date: May 24, 2023

End of Document

Dresdner Polizei ermittelt gegen eigene Beamte; Der Polizeieinsatz am Tag X in Leipzig war in die Kritik geraten. Sachsens Innenministerium wies Vorwürfe zurück. Nun laufen Ermittlungen gegen zwei Polizisten.

ZEIT-online

Mittwoch 14. Juni 2023 9:36 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Tag-X-Demonstration; Ausg. 1

Length: 349 words

Byline: Katharina Heflik

Body

Sebastian Willnow

Polizisten bereiten sich am Tag X in Leipzig auf einen Einsatz vor.

Im Zusammenhang mit der Tag-X-Demonstration Anfang Juni in Leipzig ermittelt die Dresdner Polizei gegen zwei Beamte. Es bestehe der Anfangsverdacht einer Straftat durch Polizisten, teilte das sächsische Innenministerium mit.

Zudem sollen durch die Leipziger Polizei zu zwei weiteren Sachverhalten sogenannte Prüfvorgänge angelegt worden sein, bei denen eine abschließende rechtliche Würdigung noch ausstehe. Auch deren weitere Bearbeitung erfolgt durch die Dresdner Kriminalpolizei.

Am 3. Juni war es bei einer Demonstration in Solidarität zur verurteilten Linksextremistin Lina E. zu Ausschreitungen gekommen. Dabei gab es auch Kritik am Vorgehen der Polizei. Mehr als 1.000 Demonstrierende darunter auch Minderjährige wurden über mehrere Stunden von den Polizisten eingekesselt und festgesetzt.

Landesinnenministerium hält Einsatz für angemessen

Das sächsische Innenministerium wies Kritik zurück und teilte Anfang der Woche mit, es habe während der Einsätze keine grundsätzlichen taktischen Fehler gegeben. "Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Einsatzführung die verhältnismäßigste Möglichkeit war, in Leipzig keine Scherbendemo zu haben", sagte Landesinnenminister Armin Schuster (CDU).

Die Versammlungsbehörde und die Polizei haben aus Sicht des Ministers auf die angemeldete Versammlung mit Aufzug nicht brachial reagiert, sondern so angemessen und kooperativ reagiert wie immer. "Man hat versucht, diese Versammlung stattfinden zu lassen, indem man gesagt hat: kein Aufzug, aber eine stationäre Versammlung." Dass diese komplett aus dem Ruder gelaufen ist, habe nicht an der Polizei gelegen, sondern an den Übergriffen einiger gewaltbereiter Demonstranten.

Im Zusammenhang mit den Protesten wurden mehr als 100 Straftaten registriert. Gegen insgesamt zwölf Demonstranten wurde nach Angaben der Polizei Haftbefehl erlassen, unter anderem wegen tätlicher Angriffe auf

Dresdner Polizei ermittelt gegen eigene Beamte; Der Polizeieinsatz am Tag X in Leipzig war in die Kritik geraten. Sachsens Innenministerium wies Vorwürfe zurück....

Vollstreckungsbeamte, versuchter gefährlicher Körperverletzung oder schweren Landfriedensbruchs. Demnach wurden 51 Beamte verletzt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: KRIMINALERMITTLEMENTEN (92%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); BEAMTE (90%); ERMITTLEMENTEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); POLITIK (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); STRAFTATEN (77%); POLIZEIKRÄFTE (76%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 14, 2023

End of Document

Sie sagen, sie lehnen Gewalt ab eigentlich; Die Tag-X-Demo in Leipzig lief friedlich an, doch dann kam schnell und plötzlich die Eskalation. Kritiker werfen der Polizei vor, dazu beigebracht zu haben.

ZEIT-online

Sonntag 4. Juni 2023 7:27 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Leipzig; Ausg. 1

Length: 1670 words

Byline: Valerie Schönian;Martin Nejezchleba;Henrik Merker

Body

Sean Gallup

Demonstranten bei der "Tag X" Demonstration in Leipzig am 03.Juni 2023

Manchmal entsteht Spannung gerade dann, wenn man eigentlich schon weiß, was passieren wird. Der Moment, den viele befürchtet und viel mehr noch erwartet haben, passiert in Leipzig am Samstag kurz nach 18 Uhr in einer Nebenstraße.

Nachdem sich Linksradikale und Polizisten stundenlang gegenübergestanden haben, zuletzt nur 30 Meter voneinander entfernt, ist das der Moment, in dem sie aufeinander zustürmen. Es wird unübersichtlich. Flaschen fliegen, Steine, Raketen. Die Straße eine einzige schwarze Masse, bestehend aus den Regenjacken der Vermummten und den Schutzanzügen der Polizei. Über ihnen eine rote Rauchwolke. Es sind Bilder, die kurz an die Hamburger Proteste rund um den G20-Gipfel erinnern und damit an das Szenario, das die Behörden hier auf jeden Fall verhindern wollen.

Seit Monaten haben linksradikale Gruppen für Samstag nach Leipzig mobilisiert für den sogenannten Tag X. Hintergrund ist der Prozess gegen Lina E., der am Mittwoch zu Ende ging. Lina E., 28 Jahre alt, Studentin, wurde vor dem Oberlandesgericht in Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Nach Überzeugung der Richter ist E. der Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung schuldig und hat mit dieser in den Jahren 2018 bis 2020 mehrere Menschen überfallen und brutal zusammengeschlagen, Rechtsextreme oder solche, die sie dafür hielten. Neben ihr wurden noch drei weitere Männer zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

In den Aufrufen zum Tag X hieß es zuvor unter anderem, man wolle "für jedes Jahr Knast", das Linke bekämen, für eine Million Euro Sachschaden sorgen. Dementsprechend groß war das Aufgebot der Sicherheitsbehörden. Im Vorfeld hatte man sich in der Polizeidirektion Leipzig auf viele Szenarien eingestellt. Auf eine "Massenmilitanz", Brandanschläge und eine "Fortsetzung klandestiner Aktionen", womit Überfälle nach dem Vorbild jener Taten gemeint waren, für die Gruppe um Lina E. verurteilt wurde. Und ja, im Innenministerium wurde auch vor Ausschreitungen wie beim Hamburger G20-Gipfel 2017 gewarnt.

Die politische Bedeutung, die dem Tag im Vorfeld zugemessen wurde, zeigt auch der Besuch von Ministerpräsident Michael Kretschmer und Innenminister Armin Schuster (beide CDU). Sie sind am Samstagnachmittag in der

Sie sagen, sie lehnen Gewalt ab eigentlich; Die Tag-X-Demo in Leipzig lief friedlich an, doch dann kam schnell und plötzlich die Eskalation. Kritiker werfen der....

Polizeidirektion Leipzig, um sich dort ein Bild von der Lage zu machen. Innenminister Schuster formuliert es da so: Friedlichen Demonstranten biete man die ausgestreckte Hand, "aber wer reinschlägt, kriegt die Antwort".

Plötzlich fliegen Pyrotechnik und Steine

Im Vorfeld sind in Leipzig mehrere Versammlungen verboten worden. Die eine, die letztlich stattfinden darf, trägt den Titel *Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig* und findet statt am Alexis-Schumann-Platz im Leipziger Süden.

Dort versammelt sich am Samstagnachmittag eine Menge, laut Polizeiangaben sind es rund 1.500 Menschen. Die Sonne scheint, der Himmel ist blau, Menschen sitzen im grünen Gras, oft in kurzen Hosen und T-Shirts. Zunächst ist alles friedlich. Doch als die Versammlung kurz darauf loslaufen soll, verändert sich das Bild. Am Rande des Platzes beginnen etwa 200 Leute sich zu vermummen, in einheitlicher Montur: Regenjacke, Turnschuhe, Handschuhe, Skimasken, Mützen, alles in Schwarz.

Die Polizei will die Versammlung deswegen nicht loslaufen lassen. Als sich andeutet, dass sich nichts bewegen wird, heizt sich die Stimmung immer mehr auf. "Alle Bullen sind Schweine!", wird gerufen, ein Hubschrauber kreist über der Menge, der ganze Platz mit Hunderten Beamten umstellt.

Das Losstürmen der vermummten Menge in die Nebenstraße wird ausgelöst durch eine erste Rakete, dann die Pyrotechnik und die Steine. Doch wegen des großen Polizeiaufgebots kommt sie dort nicht weiter. Die Menge kehrt deswegen um und stürmt in die andere Richtung, auf eine doppelspurige Straße, über die sie den Platz verlassen will. Noch mehr Pyrotechnik, roter Rauch, Steine. Doch vor allem auch: noch mehr Polizisten. Auf einmal geht alles ganz schnell. Am Rande des Parks wird ein Großteil der vermummten Menge festgesetzt nicht einmal zehn Minuten nach dem Zünden der ersten Rakete. Es sind laut Polizei um die 500 Menschen. Von ihnen allen werden Personalien aufgenommen der Vorwurf: Landfriedensbruch. Die ganze Aktion zieht sich bis tief in die Nachtstunden.

Doch nicht alle aus der Menge sind im Kessel gelandet. Eine Kleingruppe von fünf Männern zum Beispiel entchlüpft den Polizisten und sammelt sich dann in einer Ecke: Eben noch komplett schwarz gekleidet, holen sie helle T-Shirts, Pullis, sogar Hemden aus ihren Rucksäcken und ziehen sich um. Dabei einander die Jacken vorhaltend, sodass es niemand sieht. Dann verschwinden sie über den Platz in eine der Seitenstraßen.

3.200 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz

Von allen Seiten rücken Wasserwerfer an, dazu Räumungsfahrzeuge. Die Mitte der Straße wird nach und nach komplett mit Polizeiwagen zugeparkt. An jeder Ecke, jedem Bordstein, jedem Fleckchen Wiese ist nun Polizei. Insgesamt sind an diesem Tag 3.200 Polizistinnen und Polizisten aus zwölf Bundesländern im Einsatz.

Über Stunden harren auf der anderen Straßenseite die Unterstützer des Kessels aus. "Ihr seid nicht allein!", rufen sie immer wieder. Erst in der Nacht um kurz vor ein Uhr, als der Platz von der Polizei geräumt wird, verschwinden sie. Sie trinken Bier, es gibt Musik, zwischendurch wird Kraftklub gespielt, Ton Steine Scherben oder Techno, das Ganze wirkt fast wie auf einer Party. Doch am Rande kommt es immer wieder zu vereinzelten Handgemengen mit Polizisten, auch zu verbalen Angriffen: "Kaufland sucht Leute, ihr müsst keine Bullen sein!", ruft einer.

Versucht man, mit Demoteilnehmern ins Gespräch zu kommen, wollen viele nicht reden. Die, die es tun, sind die das sagen sie zumindest, die Gewalt eigentlich ablehnen. Da ist zum Beispiel Moritz, 20, eigentlich bei Fridays for Future engagiert. In dem Moment, als die erste Rakete gezündet wird, steht er gerade auf der anderen Straßenseite und sagt: "Ich weiß nicht, ob das sein muss."

Und doch sagt er eben auch: Er verstehe den Hass. Er lebe hier in Sachsen in einer Region, in der ernsthaft die Demokratie gefährdet sei, und zwar von rechts. Trotzdem stünden vor allem Linke im Visier. "Wenn man den Pflasterstein symbolisch versteht, finde ich nicht, dass Linke den ersten Stein geworfen haben", sagt er.

Sie sagen, sie lehnen Gewalt ab eigentlich; Die Tag-X-Demo in Leipzig lief friedlich an, doch dann kam schnell und plötzlich die Eskalation. Kritiker werfen der....

So ist das in eigentlich allen Gesprächen, die zustande kommen: Gewalt wird abgelehnt, aber verstanden. Sie seien hier wegen Lina E. und wegen des Versammlungsverbotes, das ein Eingriff in die Grundrechte sei. Eine Frau formuliert es so: Sonst werde man ja nicht gehört. Eine andere sagt: Sie sei hier wegen der Wut über die Unverhältnismäßigkeit, mit der der Demo begegnet worden sei, und nun fassungslos über die Größe des Einsatzes.

Auch in anderen Teilen der Stadt kommt es zu Ausschreitungen, vor allem in Connewitz. Am Abend haben sich hier zunächst mehrere Hundert versammelt und friedlich gefeiert. Doch gegen 22.30 Uhr zünden sie eine Feuerwerksbatterie, die Polizei rückt vor. Vermummte laufen auf sie zu, Steine und Flaschen fliegen. Die Beamten ziehen sich zunächst zurück. Die Vermummten holen Mülltonnen aus den Hinterhöfen, zünden sie an. An den brennenden Mülltonnen zünden andere später zum Spaß ihre Zigaretten an.

Die nächsten Stunden wird auch in Connewitz jeder Fleck mit Polizei vollgestellt. Hundertschaften ziehen durch den Stadtteil. Anfangs werden von linken Gruppen Barrikaden errichtet, mit Straßenabsperrungen und -schildern, ein Bauwagen wird umgekippt, Pflastersteine werden herausgerissen. Doch viele Brände kann die Polizei auch verhindern.

Auch die Polizeistation, die in dem Stadtteil liegt, wird angegriffen: mit Farbbeuteln und Steinen, Fenster gehen zu Bruch. Dabei werden laut Polizei zwei Beamte verletzt, die dort mit Objektschutzaufgaben betraut waren. In einer dieser Nebenstraßen, unweit eines Spätis, den die Polizei geschlossen hat, steht auch noch einmal Moritz von Fridays for Future. Er schaut auf das Treiben und lächelt dabei. Es sei eben absurd, dieser Einsatz, sagt er. Außerdem sei es einfach amüsant, dem Ganzen zuzuschauen.

Ist er immer noch solidarisch mit der Aktion? Wenn die Gewalt doch nur dafür sorgt, dass sich viele darin bestätigt sehen, wie gefährlich Linksradikale sind? Moritz sagt, er halte die Debatte ohnehin schon für völlig verschoben und ihm sei nicht klar, was sie hätten anders machen sollen, damit das nicht so komme. Es klingt ein bisschen wie: Am Ende wird man ohnehin gegen uns sein. Dann soll man wenigstens ein wenig Ärger machen. Viele hier, so scheint es, sehen den Protest trotz brennender Barrikaden auch in ihrem eigenen Viertel weiterhin positiv.

Kritik am Polizeieinsatz

Der Kessel, in dem die 500 Demonstranten festgesetzt wurden, bleibt bis spät in die Nacht bestehen. Eine halbe Stunde vor Mitternacht hat die Polizei laut eigenen Angaben bereits die Personalien von 300 Leuten aufgenommen. Um kurz nach Mitternacht rufen die Menschen noch immer "Antifascista!" und klatschen.

Der ganze Tag war eine Eskalation mit Ansage. Doch auch wenn Fenster zu Bruch gehen und Barrikaden brennen: Die größten Befürchtungen, die mit dem Tag X einhergegangen waren, sind offenbar nicht eingetreten. Insgesamt wirkt es so, als habe die Polizei die Lage weitgehend im Griff darauf war das bundesweit organisierte Großaufgebot auch ausgelegt. Fünf Männer werden am Ende vorläufig festgenommen, wegen schweren Landfriedensbruchs.

Es gibt trotzdem Kritik am Polizeieinsatz, etwa von der Linkenlandtagsabgeordneten Juliane Nagel, die zwei Tage zuvor trotz parlamentarischer Immunität selbst am Rande einer Demo kurzzeitig in Gewahrsam genommen wurde. Sie wirft den Entscheidungsträgern für den Einsatz vor, die Sache eskaliert zu haben, weil die Demo nicht loslaufen durfte. Ob sie wirklich glaubt, dass es sonst ruhig geblieben wäre? Es seien Einzelne gewesen, von denen das Gewaltpotenzial ausgegangen sei, behauptet Nagel. Das Bild auf der Straße lässt andere Schlüsse zu.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Sie sagen, sie lehnen Gewalt ab eigentlich; Die Tag-X-Demo in Leipzig lief friedlich an, doch dann kam schnell und plötzlich die Eskalation. Kritiker werfen der....

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); GESPRÄCHE & TREFFEN (88%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (88%); POLITIK (88%); VERURTEILUNGEN (87%); AUSSCHREITUNGEN (78%); BRANDSTIFTUNG (76%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (76%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (75%); PERSÖNLICHE SCHUTZAUSRÜSTUNG (75%); RICHTER (75%); GERICHTSPROZESSE (73%); GERICHTSURTEILE (73%); GERICHTSHÖFE (72%); GEFÄNGNISSTRAFEN (71%); POLITISCHE PARTEIEN (69%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (61%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (61%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Brennende Fahrzeuge und Mülltonnen vor Tag-X-Demo in Leipzig; Schon am Nachmittag brennt es: Die Stadt Leipzig bereitet sich auf weitere Unruhen von Linksextremen vor. In Karlsruhe wurde ein Eilantrag gegen das Demoverbot abgelehnt.

ZEIT-online

Samstag 3. Juni 2023 1:09 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linksextremismus; Ausg. 1

Length: 350 words

Byline: Tina Groll

Body

Hendrik Schmidt

Ein Auto mit gesplitterter Frontscheibe steht im Stadtteil Connewitz in Leipzig in einer Straße, an der es am Vorabend Krawallen kam.

In Leipzig haben bereits vor den angekündigten Solidaritätsprotesten der linksradikalen Szene mehrere Fahrzeuge und Mülltonnen in Leipzig gebrannt. Eine Sprecherin der Polizei sprach von einer einstelligen Zahl an Bränden vor allem im Süden und Südwesten der Stadt. Bundesweit war in linken Kreisen zu Demonstrationen in Leipzig mobilisiert worden, die am Samstag um 17 Uhr beginnen sollte.

Anlass ist das Urteil gegen Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis. Die 28-Jährige war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden wegen linker Gewalttaten zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Bei Krawallen in der Nacht zu Samstag war bereits erheblicher Schaden entstanden. So wurden 17 Einsatzfahrzeuge beschädigt und weitere Fahrzeuge von Unbeteiligten in Brand gesetzt.

Eilantrag in Karlsruhe abgelehnt

Auch an einer Bankfiliale sei Schaden "in hoher fünfstelliger Summe" verursacht worden, wie die Polizei mitteilte. Außerdem wurden 23 Polizisten und ein Journalist verletzt. Ermittelt wird unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs. Den Angaben zufolge wurden fünf Tatverdächtige festgenommen, drei Menschen kamen in Gewahrsam.

Unterdessen ist ein Eilantrag gegen das Verbot der "Tag-X"-Demonstration beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe abgelehnt worden. Der Eilantrag mit einer Verfassungsbeschwerde sei nicht zur Entscheidung angenommen worden und damit für das Gericht gegenstandslos, teilte ein Sprecher in Karlsruhe mit. Damit bleiben die Beschlüsse des Verwaltungs- und dem Oberverwaltungsgericht in Sachsen bestehen, denen zufolge das Verbot rechtmäßig ist.

Brennende Fahrzeuge und Mülltonnen vor Tag-X-Demo in Leipzig; Schon am Nachmittag brennt es: Die Stadt Leipzig bereitet sich auf weitere Unruhen von Linksextrem....

Die Stadt Leipzig hatte die Demonstration unter dem Motto "United we stand Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" verboten. Grund waren Gewaltandrohungen in sozialen Netzwerken, die Gefahrenprognose der Polizei und Einschätzungen des Verfassungsschutzes.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: AUSSCHREITUNGEN (92%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); BRÄNDE (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); SOCIAL MEDIA (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); BRANDSTIFTUNG (77%); VERHAFTUNGEN (77%); OBERSTES GERICHT (75%); STRAFZUMESSUNG (75%); VERURTEILUNGEN (75%); SOZIALE NETZWERKE (73%)

Industry: SOCIAL MEDIA (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); BANKFILIALEN (53%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (92%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

[**Tragödie beim Ironman: Schwere Vorwürfe gegen Organisatoren; Ein Motorradfahrer ist tödlich verunglückt. Außerdem: HSV will heute Abend ein Fußballwunder schaffen, Was aus den Mitgliedern der Lampedusa-Gruppe in Hamburg wurde**](#)

ZEIT-online

Montag 5. Juni 2023 8:00 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Schwerer Unfall beim Ironman; Ausg. 1

Length: 1850 words

Byline: Christoph Heinemann

Body

Georg Wendt

Der Ironman-Lauf ist gestern von einem schweren Unfall überschattet worden.

Liebe Leserin, lieber Leser,

manchmal kommt ein trauriges Ereignis und trübt ein Wochenende des Frühsommers ein. Vielleicht haben Sie die Bilder vom Ironman-Lauf in Hamburg am Sonntag bereits gesehen.

Als die Triathleten gestern gegen 8.40 Uhr über den Spadenländer Hauptdeich in Ochsenwerder fuhren, kam es zu einem Unfall, ein Begleitmotorrad stieß mit hohem Tempo frontal mit einem Fahrradfahrer zusammen. Der 70 Jahre alte Motorradfahrer verstarb noch am Unfallort, sein Beifahrer, ein Kameramann, erlitt einen Schock. Der 26 Jahre alte Triathlet, der auf dem Fahrrad gesessen hatte, wurde schwer verletzt ins AK St. Georg gebracht, dort mussten die Ärztinnen und Ärzte ihn operieren.

Ich hörte gestern am späten Vormittag von der Tragödie, sah, dass in der ARD keine Livebilder des Sportereignisses mehr liefen, und ich dachte: Es war die richtige Entscheidung, den Ironman-Lauf unter diesen Eindrücken abzubrechen. Aber tatsächlich wurde das Rennen schließlich zu Ende geführt, beinahe so, als wäre nichts geschehen. In einem Livestream bei YouTube, wo auch die Kollision schon zu sehen gewesen war, kommentierten zwei Stimmen am Mittag noch den Kampf um die vorderen Plätze, Tausende jubelten weiter an der Strecke, erst kurz vor dem Zieleinlauf wurde am Rathausmarkt die Partymusik heruntergedreht, und auch das nur vorübergehend. Wenigstens gab es noch eine Schweigeminute vor der Siegerehrung.

Vielleicht widersprechen Sie mir und sagen, es sei das Wesen des Sports, selbst in einem Moment der Trauer die Menschen verbinden und trösten zu können. Leider lässt die Reaktion der Organisatoren auch andere Motive vermuten. Erst anderthalb Stunden nach dem Unfall äußerte sich ein Ironman-Sprecher, aber wälzte die Verantwortung auf den Mutterkonzern der Ironman-Ereignisse ab, im fernen Tampa, Florida, wo es zum Unfallzeitpunkt kurz vor 3 Uhr morgens war. Am Nachmittag verbreitete "Ironman Germany" dann selbst eine Stellungnahme, aber sie klang neben einigen Sätzen der Anteilnahme kalt. "Ironman arbeitet weiterhin mit den örtlichen Behörden an der Lösung der Situation", hieß es. Man wolle "weiterhin eine möglichst sichere

Tragödie beim Ironman: Schwere Vorwürfe gegen Organisatoren; Ein Motorradfahrer ist tödlich verunglückt.
Außerdem: HSV will heute Abend ein Fußballwunder schaffen....

Veranstaltung organisieren". Der Hamburger Sportstaatsrat Christoph Holstein (SPD) betonte später im NDR, dass die Behörden keine Möglichkeit gehabt hätten, das Rennen zu beenden.

So konnten alle anderen Triathleten den Ironman-Lauf absolvieren, aber währenddessen häuften sich Vorwürfe, dass die Sicherheit bei diesem Ereignis von Anfang an mangelhaft gewesen sein könnte. "Rein sportlich gesehen war es nicht fair, weil die Motorräder einfach viel zu nahe dran waren", sagte der dreifache Triathlon-Weltmeister Jan Frodeno. "Das war eine völlige Farce". Es sei unfassbar eng gewesen, "da dürfen keine Motorräder sein", so Frodeno weiter.

Warum sie es doch waren und wie es zu der Tragödie kam, dies ermittelt nun die Polizei. Fest steht: Über diese Veranstaltung wird noch zu reden sein. Auch wir sind in Gedanken bei den Angehörigen des Verstorbenen und wünschen den Verletzten eine schnelle Genesung.

Ich hoffe, Sie haben einen guten Start in die neue Woche,

Ihr Christoph Heinemann

Wollen Sie uns Ihre Meinung sagen, wissen Sie etwas, worüber wir berichten sollten? Schreiben Sie uns eine E-Mail an hamburg@zeit.de

Wenn Sie mögen, leiten Sie die Elbvertiefung gern an Ihre Familie, Freunde sowie Kollegen weiter. Haben Sie diese Ausgabe weitergeleitet bekommen, können Sie den Newsletter kostenlos hier abonnieren.

WAS HEUTE WICHTIG IST

Jonas Walzberg

Bürgermeister Peter Tschentscher und Bundeskanzler Olaf Scholz haben die Hamburger SPD auf die Wahlen der Bezirksversammlungen im Jahr 2024 und die Bürgerschaftswahl 2025 eingestimmt. Tschentscher sagte, die SPD müsse wieder darüber reden, was den Leuten wirklich wichtig sei: "zum Beispiel der Wohnungsbau". Insgesamt müssten die Sozialdemokraten "lauter" über das bereits Erreichte sprechen. Scholz betonte die Wichtigkeit des Klimaschutzes. "Wenn wir das nicht anpacken, dann wird diese Welt kein lebenswerter Ort bleiben", warnte er. Für die Hansestadt versprach er: "Wir werden dafür sorgen, dass hier in Hamburg niemand überfordert wird."

Der **HSV** versucht heute Abend ab 20.45 Uhr, beim Relegations-Rückspiel gegen den VfB Stuttgart ein Fußballwunder zu schaffen und noch in die Bundesliga aufzusteigen. HSV-Trainer Tim Walter verspricht zumindest eine aufopferungsvolle Leistung. "Wir haben Comeback-Qualitäten", sagte Walter am Sonntag. "Wir kriegen vielleicht nicht immer unsere beste Leistung auf den Platz, aber wir werden bis zum Ende kämpfen." Das Hinspiel hatte der HSV am vergangenen Donnerstag mit 0:3 verloren. Somit ist im Rückspiel ein 4:0-Sieg nötig.

Bei einem Brand ist am Freitagabend eine **82 Jahre alte Billstedterin verstorben**. "Nach den bisherigen Erkenntnissen hatten Anwohner das Feuer auf der Terrasse ihrer Nachbarin bemerkt und daraufhin die Rettungskräfte verständigt", hieß es in einer Mitteilung der Polizei. "Diese fanden die Frau auf der Terrasse, für sie kam jedoch jede Hilfe zu spät." Die Ermittlungen zur Brandursache dauern noch an. Es gebe jedoch keine Hinweise auf ein Fremdverschulden.

In aller Kürze

- Ein herrenloser Wecker in einem Flugzeug aus Zürich hat am Sonntag für einen **Einsatz der Bombenentschärfer** am Hamburger Flughafen gesorgt. Die Experten konnten allerdings schnell Entwarnung geben
- Ein **E-Scooter-Fahrer** ist in der Nacht zum Sonntag bei einem Sturz an der Osterfeldstraße in Lokstedt schwer verletzt worden. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht
- Hamburgs **Wirtschaftssenatorin Melanie Leonhard (SPD)** reist am heutigen Montag mit einer rund 40-köpfigen Delegation nach Norwegen und

Tragödie beim Ironman: Schwere Vorwürfe gegen Organisatoren; Ein Motorradfahrer ist tödlich verunglückt.
Außerdem: HSV will heute Abend ein Fußballwunder schaff....

Dänemark. Im Mittelpunkt der Reise stehen Gespräche rund um die Produktion erneuerbarer Energien und den Handel mit Energieträgern wie beispielsweise Wasserstoff

AUS DER HAMBURG-AUSGABE

Wie geht es ihnen heute?

Etwa 300 Menschen flüchteten im Jahr 2013 über die italienische Insel Lampedusa nach Hamburg. Ihre Ankunft veränderte die Stadt bis heute. Einige kehrten inzwischen in ihre Heimat zurück. Doch die meisten sind geblieben.

Wer ins Thalia Theater am Alstertor möchte, muss an Mutari Haruna vorbei. Regelmäßig steht der 44-Jährige abends vor dem Eingang zum Foyer und begrüßt die Besucher, "Hallo!", wartet, bis sie ihre Eintrittskarte hervorgekramt oder auf dem Handy gefunden haben, scannt den QR-Code, grüner Haken auf dem Display, "Bitte unten rechts lang. Viel Spaß!".

Seinen langen Tag lässt sich Mutari Haruna nicht anmerken. Dass er vor seiner Schicht im Thalia bei seinem anderen Job war, Stapler fahren bei einem Lebensmittelgroßhändler. Danach schnell in die Wohnung nach Mümmelmannsberg, keine Zeit zu essen, nur umziehen, schwarzes Hemd, schwarze Hose, "Hallo! Bitte oben lang".

Im Thalia Theater arbeitet Haruna schon seit dem Jahr 2015, er sagt, das sei viel besser als in den Lagerhallen eines Modekonzerns, wo er eine Weile lang gleichzeitig jobbte, Kartons packen, Zeitarbeit. Doch am liebsten wäre Haruna Tischler. In seiner Heimat Ghana habe er Häuser gebaut, habe sich auch in Hamburg um eine Lehrstelle bemüht, vergeblich. Inzwischen könnte er von einem Ausbildungsgehalt nicht mehr leben, sagt er. Haruna hat zwei Töchter, ist alleinerziehend. Darum also morgens Stapler, abends Scanner.

Anders als in der Welt des Theaters gibt es im echten Leben keine zugewiesenen Plätze und erst recht niemanden, der hilft, hinzufinden. Das weiß Mutari Haruna nur zu gut: Er ist einer der etwa 300 Geflüchteten, die im Frühjahr 2013 nach Hamburg kamen und ein kollektives Bleiberecht einforderten. Als sogenannte Lampedusa-Gruppe wurden sie über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Zum Symbol wurde die St. Pauli Kirche, in der mehr als 80 von ihnen unterkamen.

Wie erinnern sich die Menschen aus der Lampedusa-Gruppe an diese Zeit? Welche ihrer Hoffnungen haben sich erfüllt, welche Ziele haben sie heute?

Einige erzählten unserer Redakteurin, wie es ihnen in der Zwischenzeit ergangen ist. Ihre Erfahrungsberichte lesen Sie im vollständigen Artikel von Viola Diem.

Zum vollständigen Artikel

DER SATZ

Sean Gallup

"Der ganze Tag war eine Eskalation mit Ansage"

Die Sorgen vor Szenen wie beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg waren groß: Für den Samstag an diesem Wochenende hatten Linksradikale zum "Tag X" aufgerufen, um gegen eine angebliche Kriminalisierung von Antifaschisten durch das Urteil im Fall der Dresdnerin Lina E. zu protestieren. Dazu reisten nicht nur Hamburger Linksextremisten, sondern auch behelmte Hundertschaften der Polizei aus der Hansestadt nach Leipzig. Dort kam es wie erwartet zu teilweise heftigen Zusammenstößen und brennenden Barrikaden. Während Kritiker der Polizei vorwerfen, die Eskalation befeuert zu haben, wird in Kreisen der Linksradikalen erneut über die Frage von Gewalt als Protestmittel diskutiert.

Tragödie beim Ironman: Schwere Vorwürfe gegen Organisatoren; Ein Motorradfahrer ist tödlich verunglückt.
Außerdem: HSV will heute Abend ein Fußballwunder schaff....

Warum Teilnehmende der Proteste zwar angeben, Gewalt abzulehnen, aber sie gleichzeitig als verständlich bezeichnen, und wie nah die Geschehnisse tatsächlich an dem Schrecken von G20 in Hamburg lagen, lesen Sie bei ZEIT ONLINE.

Zum vollständigen Artikel

DARAUF KÖNNEN SIE SICH FREUEN

Am kommenden Montag ist der Pianist und Dirigent Christoph Eschenbach zusammen mit dem Cellisten Claudio Bohórquez zu Besuch beim NDR und spielt in der Reihe der Foyerkonzerte. Durch den Abend führt Kultur-Redakteur Ludwig Hartmann. Die Eintrittskarten für diese Konzertreihe können nicht gekauft, sondern nur gewonnen werden.

Wir verlosen viermal zwei Karten für das "NDR Kultur Foyerkonzert" am Montag, den 12. Juni ab 18 Uhr, auf dem Gelände des NDR. Schicken Sie uns bis morgen, 12 Uhr, eine E-Mail mit dem Betreff "Foyerkonzert" an hamburg@zeit.de. Viel Glück!

MEINE STADT

Großmarkt bei Nacht (von der Promenade am Oberhafen aus fotografiert)

HAMBURGER SCHNACK

Im Drogeriemarkt mit den acht roten Buchstaben. Eine Frau fragt beim Bezahlung: "Wo genau ist denn der Scanner für meine Kundenkarte?" Die Kassiererin zieht beim Blick auf das blaue Kärtchen die Augenbrauen hoch: "Der? Der steht bei der Konkurrenz."

Gehört auf dem Tibarg von Sven H. Philippse

DIE HEUTIGE AUSGABE ZUM VERTIEFTEN LESEN

Lampedusa auf St. Pauli Wie der Kampf von afrikanischen Flüchtlingen für ein Aufenthaltsrecht in Hamburg eskaliert ist

Wie geht es ihnen heute? (Z+) Etwa 300 Menschen flüchteten im Jahr 2013 über die italienische Insel Lampedusa nach Hamburg. Ihre Ankunft veränderte die Stadt bis heute. Einige kehrten inzwischen in ihre Heimat zurück. Doch die meisten sind geblieben.

Sie sagen, sie lehnen Gewalt ab eigentlich(Z+) Die "Tag-X"-Demo in Leipzig lief friedlich an, doch dann kam schnell und plötzlich die Eskalation. Kritiker werfen der Polizei vor, dazu beigetragen zu haben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: TOD & STERBEN (90%); FUSSBALL (89%); SPORT & FREIZEITAKTIVITÄTEN (88%); MUTTERKONZERNE (50%)

Tragödie beim Ironman: Schwere Vorwürfe gegen Organisatoren; Ein Motorradfahrer ist tödlich verunglückt.
Außerdem: HSV will heute Abend ein Fußballwunder schaff....

Geographic: HAMBURG, DEUTSCHLAND (91%); TAMPA, FL, USA (55%); FLORIDA, USA (53%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Zweifel an geplantem Riesentunnel in der Hamburger City; Eine Bürgerinitiative rechnet vor, wie groß der Aufwand wirklich ist. Außerdem: Nach Tag X: Neue Gefahr durch linke Szene in Hamburg?

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 8:00 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Geplanter S-Bahn-Tunnel; Ausg. 23

Length: 1976 words

Byline: Christoph Heinemann

Body

Angelika Warmuth

Die S-Bahn soll auf der Strecke zwischen Hamburger Hauptbahnhof und Altona in Zukunft unterirdisch fahren.

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hatte ein Déjà-vu der nicht so schönen Art, vielleicht wissen Sie auch noch, wie sich die Tage des G20-Gipfels in Hamburg vor sechs Jahren angefühlt haben. Bei jedem, der damals in der Stadt war, brannten sich einige Eindrücke besonders ein, in meinem Fall: der Schweiß-Sonne-Rauch-Geruch bei der Demo "Welcome to Hell", das elende Helikopterknattern, der Balkon einer Kollegin am Schulterblatt, auf den wir uns retteten, als die Flammensäulen in der Schanze standen und der Mob auf der Straße herrschte. Irgendwann rochen wir Tränengas und gingen hinein. Dort hörten wir Trippelgeräusche durch die Decke, es waren Spezialeinheiten der Polizei auf dem Dach.

Die linke Szene, und das war der Grund für meinen Flashback, ist wieder wütend. Sehr sogar. Nach dem Urteil gegen die Studentin Lina E. fürchten ihre Mitglieder eine Welle der Repression, werfen dem Staat vor, nicht nur zu wenig gegen Rechtsextreme zu unternehmen, sondern auch jene zu verfolgen, die genau das tun. Sogar linke Gruppen, die sich sonst leidenschaftlich verachten und manchmal prügeln, marschieren gemeinsam. Nach G20 war die Szene in Hamburg zersplittert, aber nun, sagten mir mehrere Führungsfiguren, sei die Einigkeit zurück.

So machten sich am Wochenende nicht nur Polizisten aus Hamburg auf den Weg zum "Tag X" nach Leipzig, sondern auch Aktivisten, obwohl längst ein Demonstrationsverbot verhängt worden war (auch das könnte Ihnen bekannt vorkommen). Wir wollten wissen, wieso junge Menschen sich mit Anlauf in diesen Straßenkampf werfen, woher ihr Zorn kommt, und wir fanden einen Linksradikalen, der uns davon erzählte: Sebastian, 23 Jahre alt, seit zwei Jahren Mitglied der als extremistisch eingestuften Gruppe "Interventionistische Linke" in Hamburg. Mehrfach trafen wir ihn vor Ort, und wir begleiteten Polizisten, die für ihn zu Gegnern geworden sind, gar zu Feinden.

Um so viel vorwegzunehmen: Sebastian ist anders, als wir erwartet hatten, ein ruhiger, umgänglicher Philosophiestudent, der sich selbst nicht als "Fan von Gewalt" bezeichnet, aber sich mit Gewalttätern gemein macht (50 Polizisten in Leipzig wurden verletzt). Wir sprachen weniger über Wut und mehr über das Gefühl, sich alleingelassen zu wähnen. Den Artikel finden Sie auf Seite 3 der aktuellen ZEIT und hier bei ZEIT ONLINE.

Zweifel an geplantem Riesentunnel in der Hamburger City; Eine Bürgerinitiative rechnet vor, wie groß der Aufwand wirklich ist. Außerdem: Nach Tag X: Neue Gefahr....

Nach seiner Rückkehr fragten wir Sebastian, ob es noch eine Chance für den Staat gebe, ihn zurückzugewinnen. Seine Antwort: Nein. Ich möchte Ihnen überlassen, ob Sie Menschen wie Sebastian für eine Gefahr halten. Anzunehmen ist aber, dass wir alle wieder mehr von der linken Szene in Hamburg hören werden.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag!

Ihr Christoph Heinemann

Wollen Sie uns Ihre Meinung sagen, wissen Sie etwas, worüber wir berichten sollten? Schreiben Sie uns eine E-Mail an hamburg@zeit.de

Wenn Sie mögen, leiten Sie die Elbvertiefung gern an Ihre Familie, Freunde sowie Kollegen weiter. Haben Sie diese Ausgabe weitergeleitet bekommen, können Sie den Newsletter kostenlos hier abonnieren.

WAS HEUTE WICHTIG IST

Nach dem tödlichen **Messerangriff in einem Regionalzug bei Brokstedt** fordern Hamburg und Schleswig-Holstein mehr Sicherheit in Zügen und an Bahnhöfen durch weitere Waffenverbote. Eine entsprechende Vorlage wollen beide Länder in die Innenministerkonferenz einbringen. Die Präsenz der Polizei in Zügen soll erhöht werden, indem auch Polizeibeamte in Zivil die Erlaubnis erhalten sollen, den Fern- und Nahverkehr kostenlos zu nutzen. Außerdem fordern Hamburg und Schleswig-Holstein ein automatisches Mitteilungssystem zwischen Ausländer-, Polizei-, Justiz- und Justizvollzugsbehörden. Im Hamburger Justizvollzug gab es als Lehre aus dem Messerangriff bereits erste Änderungen.

Daniel Reinhardt

Nach dem **Tod des Hamburger Reeders Bertram Rickmers** nehmen Familie, Freunde und Wegbegleiter heute ab 13.30 Uhr bei einem Trauergottesdienst im Michel Abschied. Der 71-Jährige war in der Nacht zum 22. Mai überraschend gestorben, wie es in einer Mitteilung der Geschäftsleitung des Unternehmens Asian Spirit Steamship Company an die Belegschaft hieß. Der in Bremerhaven geborene Geschäftsmann war Chef des Schifffahrtsunternehmens. Aus Unternehmenskreisen war von einem tragischen Unfall die Rede. Nach Angaben einer Sprecherin der Hauptkirche St. Michaelis wird der Trauergottesdienst von Hauptpastor Alexander Röder geleitet. Erwartet werden bis zu 1000 Gäste.

Die **Hamburger Optikerkette Fielmann** wagt mit zwei Übernahmen den Sprung in die USA. Die Gesellschaft kauft dazu den US-Augenoptiker SVS Vision mit mehr als 80 Geschäften und das kanadische Unternehmen Eyevious Style mit dessen Online-Plattform Befitting, wie sie am Mittwoch in Hamburg mitteilte. Dabei werde SVS Vision mit umgerechnet rund 105 Millionen Euro bewertet, Eyevious Style mit etwa 35 Millionen Euro jeweils ohne Barmittel und Schulden. Während die Eyevious-Übernahme umgehend vollzogen werden soll, will Fielmann den Kauf von SVS Vision bis zum 31. August unter Dach und Fach haben. So müssen Behörden dem Deal noch zustimmen.

In aller Kürze

- Die CDU-, FDP- und AfD-Opposition in der **Hamburgischen Bürgerschaft** hat dem Senat schwere Versäumnisse bei der inneren Sicherheit vorgeworfen. "Die Situation in unserer Stadt ist an manchen Orten unerträglich geworden", sagte CDU-Fraktionschef Dennis Thering in einer Aktuellen Stunde des Parlaments unter Verweis auf die Drogenszene am Hauptbahnhof. Innensenator Andy Grote (SPD) wies die Vorwürfe zurück: "Die Kriminalitätsbelastung ist so niedrig wie seit 40 Jahren nicht mehr." - Schülerinnen an zunächst 20 Hamburger Schulen sollen vom kommenden Schuljahr an **kostenlos Tampons und Binden** erhalten. Die Hamburgische Bürgerschaft beschloss einen Antrag von SPD und Grünen für das Pilotprojekt - Das **Internationale Musikfest Hamburg** ist mit einem Besucherrekord zu Ende gegangen. Das fünfjährige Festival zog rund 92.000 Zuschauer an, die große Orchester und Solisten, Weltmusik, Musiktheaterprojekte und einen Chanson-Schwerpunkt erleben konnten

Zweifel an geplantem Riesentunnel in der Hamburger City; Eine Bürgerinitiative rechnet vor, wie groß der Aufwand wirklich ist. Außerdem: Nach Tag X: Neue Gefahr....

THEMA DES TAGES

Christian Charisius

Zweifel am Monstertunnel

Die S-Bahn-Strecke zwischen dem Hamburger Hauptbahnhof und Altona soll unter die Erde verlegt werden. Eine Bürgerinitiative rechnet vor, wie groß der Aufwand wirklich ist.

Dass die Lektüre eines Textes "nicht vergnügungssteuerpflichtig" sei, ist ein Lieblingsscherz von Michael Jung. Jung, Jahrgang 1950, ist Sprecher der Bürgerinitiative Prellbock Altona, die sich gegründet hat, um die Verlagerung des Altonaer Bahnhofs zum Diebsteich zu verhindern. Sie besteht aus einer Handvoll meist älterer Herren, einige davon haben früher selbst bei der Bahn gearbeitet. Jung ist studierter Geograf und hat als ehemaliger Bankmanager auch die Finanzierung von Bahnprojekten begleitet.

Die schärfste Waffe der streitlustigen Herren? Sie sind in Rente und haben Zeit. Viel Zeit, um Bahngutachten von Hunderten von Seiten "nicht vergnügungssteuerpflichtig" detailgenau zu studieren. Und dabei Dinge zu entdecken, die man bei flüchtiger Lektüre überblättert. 2018 sorgten sie auf diese Weise mit einer erfolgreichen Klage gegen den Umzug des Bahnhofs Altona für Aufsehen. Ihnen war aufgefallen, dass die Bahn ohne die Verlegung der Autozug-Station geplant hatte, was sie aus europarechtlichen Gründen nicht machen dürfen. Die Nachbesserung hat die Bahn eine Planungsverzögerung von etwa zwei Jahren gekostet.

Inzwischen haben Jung und seine Mitstreiter die Kampfzone ausgeweitet: Sie nehmen Großprojekte und Planungen ins Visier, analysieren Pleiten, Pech und Pannen und weil es von denen reichlich gibt bei der Deutschen Bahn, kommt fast wöchentlich eine neue Pressemitteilung. "Wir lieben die bessere Bahn", sagt Michael Jung bei einer Pressekonferenz am Dienstagvormittag in Altona. Dieses Mal geht es um den Verbindungsbahn-Entlastungstunnel, kurz VET, den die Bahn, die Bundesregierung und inzwischen auch die Hamburger Politik durch Hamburg buddeln möchten.

Die S-Bahn, die bislang oberirdisch zwischen Hauptbahnhof und Altona fährt, soll unter die Erde verlegt werden. Dadurch sollen zwei zusätzliche Gleise für den Fern- und Regionalverkehr frei werden, sprich: Die Verbindungsbahn zwischen Altona und Hauptbahnhof soll entlastet werden, daher der Name.

Zu welchen Ergebnissen die Initiative bezüglich der Machbarkeitsstudie für den VET kommt und was die Deutsche Bahn zur Kritik der Bürgerinitiative sagt, lesen Sie im vollständigen Artikel von Christoph Twickel.

Zum vollständigen Artikel

DER SATZ

Georg Wendt

"Osterburg verbreitete durch herrisches und unberechenbares Auftreten eine Atmosphäre der Furcht"

Der Strafprozess gegen den Ex-Grünen-Fraktionschef im Bezirk Mitte, Michael Osterburg, wegen Selbstbereicherung und des Missbrauchs von Fraktionsgeldern sorgte für viel Aufregung: Osterburg diente vielen als Beleg ihrer Ansichten über eine "angeblich korrupte politische Klasse", wie es der Kammerpräsident am Landgericht, André Hienzsch, nannte. Aber was bleibt von der Aufarbeitung der Affäre neben einer Freiheitsstrafe von eineinhalb Jahren auf Bewährung für Osterburg wirklich? Offenbar gelang es Osterburg mit krimineller Energie und einer harten Hand, seine Partei zum eigenen Vorteil zu täuschen. Seine ehemalige Lebensgefährtin, die heutige Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne), dürfte zwar materiell von den Straftaten profitiert haben, gilt am Ende aber eher als Opfer.

Zweifel an geplantem Riesentunnel in der Hamburger City; Eine Bürgerinitiative rechnet vor, wie groß der Aufwand wirklich ist. Außerdem: Nach Tag X: Neue Gefahr....

Warum Michael Osterburg zwar 151 strafbare Einzeltaten begangen hat, aber im Vergleich zu anderen Korruptionsfällen ein kleiner Gauner ist, lesen Sie im Artikel von ZEIT:Hamburg-Redakteur Frank Drieschner.

Zum vollständigen Artikel

DARAUF KÖNNEN SIE SICH FREUEN

"48H Wilhelmsburg" ist als Nachbarschaftsfestival entstanden, und noch immer kommen alle KünsterInnen von den Elbinseln: ca. 140 Bands an 50 Orten. Gespielt wird dort, wo gelebt wird: in Ateliers, Buchläden, leer stehenden Räumen, in Friseursalons, auf Balkonen, manchmal gibt es auch eine Bühne.

"48H Wilhelmsburg", 9.11. Juni, Freitagabend 18 Uhr bis Sonntagabend 18 Uhr; Eintritt frei

MEINE STADT

Und abends durch die Wüste!? (Grasbrook auf dem Weg von Wilhelmsburg nach Hohenfelden)

HAMBURGER SCHNACK

Auf dem Oberdeck der Fähre nach Wedel am Anleger Lühe. Ein Mädchen im Vorschulalter weist aufgeregt auf eine auf dem Wartehäuschen brütende Möwe: "Papa, da, da, komm schnell."

Vater: "Was siehst du denn da?"

"Da, da, Papa!"

"Oh ja, da brütet eine Möwe."

Darauf die Tochter mit großen Augen, bewegt und feierlich den Vater aufklärend: "Papa, die ist schwanger! Und der Mann holt grade das Essen!"

Gehört von Hans-Christoph Ladwig

DIE HEUTIGE AUSGABE ZUM VERTIEFTEN LESEN

Roter Rauch (Z+) Unterwegs mit einem Linksradikalen zu den Protesten am vergangenen Wochenende in Leipzig

Reicht das? (Z+) Vier Monate nach der Messerattacke von Brokstedt beraten die Justizminister, wie sich solche Taten künftig verhindern lassen. Einzelne Ideen sind sogar schon umgesetzt.

Zweifel am Monstertunnel (Z+) Die S-Bahn-Strecke zwischen Hamburger Hauptbahnhof und Altona soll unter die Erde verlegt werden. Eine Bürgerinitiative rechnet vor, wie groß der Aufwand wirklich ist.

Die Besserwisser Bahn hat ihre Rechnung ohne ein paar Bürger gemacht, die jetzt sachkundig einen Baustopp erstritten haben.

Ein kleiner Gauner (Z+) Verrät der Fall des korrupten Ex-Grünen-Politikers Michael Osterburg etwas über seine Partei? Eher nicht.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Zweifel an geplantem Riesentunnel in der Hamburger City; Eine Bürgerinitiative rechnet vor, wie groß der Aufwand wirklich ist. Außerdem: Nach Tag X: Neue Gefahr....

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (73%); GESPRÄCHE & TREFFEN (72%)

Industry: HUBSCHRAUBER (70%)

Geographic: HAMBURG, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (71%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (72%)

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Energiepreiserhöhungen, ukrainisches Getreide, gewaltbereite Szene; Energieversorger müssen künftig Preiserhöhungen begründen, Russland erntet offenbar in großem Umfang ukrainisches Getreide und im Iran wird das Kopftuchgesetz geprüft.

ZEIT-online

Sonntag 4. Dezember 2022 8:01 AM GMT

Copyright 2022 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: "Was jetzt?"-Newsletter; Ausg. 1

Length: 437 words

Byline: Michael Stürzenhofecker

Body

Sie lesen den Nachrichtennewsletter "Was jetzt?" vom 4. Dezember 2022. Um den Newsletter von Sonntag bis Freitag per Mail zu erhalten, melden Sie sich hier an.

1

Die Bundesregierung will den Missbrauch bei Energiepreiserhöhungen unterbinden. Versorger sollen künftig Preissteigerungen sachlich rechtfertigen müssen.

Wie ist es bei Ihnen? Wie stark sind Ihre Energiekosten gestiegen, können Sie sich das Heizen noch leisten? Machen Sie mit bei unserer Umfrage.

2

Russland hat nach Angaben der Nasa Getreide im Wert von einer Milliarde Euro in der Ukraine geerntet. Die Ukraine hält den von der G7 beschlossenen Preisdeckel für russisches Öl für zu niedrig.

3

Das iranische Parlament und die dortige Justiz überprüfen nach Angaben des Generalstaatsanwalts das Gesetz, das Frauen zur Kopfbedeckung verpflichtet.

4

Die EU droht Twitter mit Abschaltung, sollte der Dienst sich nicht an europäische Regeln halten.

Bemerkswert

Bleiben Sie noch kurz, das könnte Sie ebenfalls interessieren.

1

Energiepreiserhöhungen, ukrainisches Getreide, gewaltbereite Szene; Energieversorger müssen künftig Preiserhöhungen begründen, Russland erntet offenbar in große....

Das Unternehmen OpenAI macht seine künstliche Intelligenz zur Generierung von Texten öffentlich zugänglich. Wir haben sie gebeten, einen Text zu schreiben, über künstliche Intelligenz natürlich und sind über das Ergebnis ziemlich erstaunt. Aber lesen Sie selbst.

2

Wir haben den zweiten Advent, die Glühweinzeit hat definitiv begonnen. Immer öfter gibt es auch Alkoholfreies im Angebot. Unser Wochenmarkt -Team hat sich durch das Sortiment gekostet.

Aline Belogolova

Auf Weihnachtsmärkten noch die Ausnahme, in den Supermärkten angekommen: alkoholfreie Glühweinvarianten

3

Weil sie Rechtsradikale überfallen haben sollen, stehen Lina E. und drei Männer vor Gericht. Nun liefert ein Kronzeuge Einblicke in die gewaltbereite linksextreme Szene.

4

Wenn die psychischen Probleme der Angestellten im Netz landen: Der deutsche Autozulieferer Continental wird seit einem Cyberangriff erpresst, im Netz kursiert eine Liste mitbrisanten Dateinamen.

Wollen Sie uns hören?

Im Schwesterpodcast dieses Newsletters Was jetzt? sprechen wir heute über die Pläne der Bundesregierung, Energiepreiserhöhungen zu stoppen. Außerdem geht es um einen neuen Einsatz der Bundeswehr in Westafrika.

Wir wünschen einen guten Tag!

Redaktionsschluss unseres sonntäglichen Morgennewsletters war um 6.30 Uhr. Wir halten ihn so kurz wie möglich, damit Sie beim ersten Kaffee oder Tee informiert sind. Was gefällt Ihnen, was stört Sie, was fehlt? Über Ihr Feedback in diesem Formular würden wir uns freuen.

Leiten Sie diesen Newsletter gerne weiter. Er lässt sich hier abonnieren.

In Berlin ist gestern der Schlitten zu seinem ersten Einsatz gekommen, wir hoffen auf einen weiteren heute.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PREISE (93%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); POLITIK (90%); PREISERHÖHUNGEN (90%); PREISÄNDERUNGEN (90%); VERSORGUNGSTARIFE (90%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); CYBERCRIME (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); GESETZGEBUNGSORGANE (77%); ÖL- UND GASPREISE (77%); INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN (75%); RECHTSANWÄLTE (74%); STAATSANWÄLTE (74%); KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (73%); EUROPÄISCHE UNION (70%); GERICHTSPROZESSE (65%); ERPRESSUNG (64%); ZEUGEN (64%)

Energiepreiserhöhungen, ukrainisches Getreide, gewaltbereite Szene; Energieversorger müssen künftig Preiserhöhungen begründen, Russland erntet offenbar in große....

Industry: PREISERHÖHUNGEN (90%); PREISÄNDERUNGEN (90%); VERSORGUNGSTARIFE (90%); CYBERCRIME (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); VERSORGUNGSINDUSTRIE (77%); ÖL- UND GASPREISE (77%); RECHTSANWÄLTE (74%); STAATSANWÄLTE (74%); KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (73%); LEBENSMITTELLÄDEN & SUPERMÄRKTE (72%); AUTOMOBILZULIEFERER (63%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); WESTAFRIKA (58%); UKRAINE (91%); RUSSISCHE FÖDERATION (88%); IRAN (72%); EUROPA (58%)

Load-Date: December 4, 2022

End of Document

Weitere Anklage gegen mutmaßliche Linksextremistin erhoben; Lina E. soll einer kriminellen Vereinigung angehört haben, seit Monaten sitzt sie in Untersuchungshaft. Wegen einer konkreten Tat liegt nun eine weitere Anklage vor.

ZEIT-online

Montag 9. August 2021 9:35 AM GMT

Copyright 2021 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Lina E.; Ausg. 1

Length: 235 words

Byline: Johannes Süßmann

Body

Christoph Schmidt

Sitz der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe

Die Bundesanwaltschaft hat eine weitere Anklage gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. erhoben. Neben der Mitgliedschaft in einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung werde ihr nun auch eine gemeinschaftlich begangene gefährliche Körperverletzung vorgeworfen, teilte die Behörde in Karlsruhe mit. E. soll demnach 2018 zusammen mit drei anderen eine "der rechten Szene zuzuordnende Person" angegriffen und verletzt haben.

Die Studentin war im November in Leipzig festgenommen worden und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Sie soll eine linksextreme Gruppe angeführt haben, die den bestehenden demokratischen Rechtsstaat ablehnt. Zusammen mit anderen soll sie mehrmals Angehörige der rechten Szene angegriffen haben. Schon im Mai erhab die Bundesanwaltschaft Anklage gegen sie und drei weitere mutmaßliche Mitglieder der Gruppe wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und der Beteiligung an körperlichen Übergriffen.

In dem konkreten Fall, der nun zur Anklage gebracht wurde, sollen E. und drei weitere Angreifer ihr Opfer mit Tritten zu Fall gebracht und dann weiter zugetreten und -geschlagen haben. Der Geschädigte habe dabei Verletzungen im Gesicht und einen Kniestiegenbruch erlitten. Über die Eröffnung des Hauptverfahrens entscheidet das Oberlandesgericht Dresden. Die Anklage wurde demnach bereits Ende Juli erhoben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Weitere Anklage gegen mutmaßliche Linksextremistin erhoben; Lina E. soll einer kriminellen Vereinigung angehört haben, seit Monaten sitzt sie in Untersuchungsha....

Subject: ANKLAGEN (92%); STAATSANWÄLTE (92%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); VERHAFTUNGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); GERICHTSHÖFE (73%); RECHTSSTAATLICHKEIT (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (92%)

Geographic: KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (56%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (53%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: August 9, 2021

End of Document

Mutmaßliche Linksextremisten wegen Überfällen auf Rechte vor Gericht; Nach einer Reihe von Angriffen auf Rechtsextreme hat der Prozess gegen vier angebliche Linksextremisten begonnen. Sie sollen mindestens sechs Überfälle begangen haben.

ZEIT-online

Mittwoch 8. September 2021 2:10 PM GMT

Copyright 2021 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Leipzig; Ausg. 1

Length: 850 words

Byline: Alena Kammer

Body

Jens Schlüter

Demonstrators hold banners reading among others "Free Lina" as they stand in front of the courthouse of the higher regional court in Dresden, eastern Germany, on September 8, 2021, where a trial started against Lina E. and three co-defendants. - Main defendant Lina E. and three co-defendants are accused of having committed several violent attacks against right-wing extremists, of grievous bodily harm and of being members of a left-wing extremist criminal group. (Photo by JENS SCHLUETER / AFP) (Photo by JENS SCHLUETER/AFP via Getty Images)

Eine militante linksextremistische Gruppe aus Leipzig soll zwischen 2018 und 2020 Menschen aus der rechten Szene überfallen und zusammengeschlagen haben. Am Oberlandesgericht (OLG) Dresden hat der Prozess gegen vier mutmaßliche Mitglieder begonnen, die der Anklage zufolge ideologisch motiviert, organisiert und brutal gehandelt haben sollen. Wie Bundesanwalt Bodo Vogler sagte, "war und ist" es das Ziel der Vereinigung, tatsächliche und mutmaßliche Angehörige der rechten Szenen anzugreifen und mit Schlagwerkzeugen zu verletzen. Nach Überzeugung der Anklage führte die Studentin Lina E. in mindestens zwei Fällen das Kommando und bereitete die Angriffe in Leipzig, Wurzen und Eisenach vor.

Die 26-Jährige, ein gleichaltriger Mann und ein 36-Jähriger aus Leipzig sowie ein 26-Jähriger aus Berlin sind wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung sowie teils auch Sachbeschädigung angeklagt.

Die spätestens im August 2018 "in und um Leipzig" gegründete Vereinigung basiere auf "einer militant-linksextremistischen Ideologie" und sei auf die Begehung politisch motivierter Straftaten ausgerichtet gewesen, sagte Vogler. Ihre Mitglieder lehnten den bestehenden demokratischen Rechtsstaat ebenso ab wie das staatliche Gewaltmonopol. Lina E. habe darin von Anfang an "eine herausgehobene Stellung" eingenommen, Aktionen aktiv vorbereitet und sei durch das Ausspähen des Umfeldes auch an der Auswahl der Opfer beteiligt gewesen.

Die aus dem hessischen Kassel stammende Studentin ist seit Anfang November 2020 in Untersuchungshaft, die drei Männer nicht. E. hat der Anklage zufolge auch Handys, teils anonymisierte Sim-Karten und Tatwerkzeuge

Mutmaßliche Linksextremisten wegen Überfällen auf Rechte vor Gericht; Nach einer Reihe von Angriffen auf Rechtsextreme hat der Prozess gegen vier angebliche Lin....

vorgehalten. Ihr gesondert verfolgter langjähriger Lebensgefährte habe für die Verstärkung der Gruppe bei Gewalttaten gesorgt und sei selbst bei Anschlägen dabei gewesen.

"Gravierende Körperverletzungsdelikte"

Es geht um sechs Attacken, die jeweils in Überzahl erfolgten. Insgesamt 13 Menschen wurden verletzt, zwei davon potenziell lebensbedrohlich. Ein Geschädigter wurde der Anklage nach durch Sprünge in den Rücken zu Fall gebracht, gewürgt, mit Fäusten und Teleskopschlägern geschlagen. In einem anderen Fall soll E. unbeteiligte Anwesende davon abgehalten haben, einem durch Schläge gegen Kopf und Rumpf schon Bewusstlosen zu helfen. Der Wirt eines rechten Szenelokals in Eisenach wurde mit Hammer, Radschlüssel und Stangen attackiert. Der Überfall im Dezember 2019 hatte die Ermittlungen ausgelöst, die später der Generalbundesanwalt übernahm.

Der Vorsitzende des Staatsschutzenats, Hans Schlüter-Staats, sprach von "schwerwiegenden Vorwürfen" und "gravierenden Körperverletzungsdelikten". Dispute unter anderem über die Behauptung der Verteidiger, die Akten seien unvollständig, hatten den Beginn der Verhandlung verzögert. Die Rechtsanwälte warfen dem Gericht Gängelung und unfaire Behandlung vor. Einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter stellte dieser zurück.

Vor dem Gebäude bekundeten Dutzende Demonstranten Solidarität mit den Angeklagten. Als Lina E. und ihre Mitangeklagten in den Saal kamen, wurden sie mit lautem Beifall und Gejohle von Anhängern im Publikum begrüßt.

Verteidiger kritisieren Verfahren

In einer gemeinsamen Erklärung stellten alle Verteidiger zunächst die Zuständigkeit der Generalbundesanwaltschaft (GBA) als Anklagevertretung infrage. Es handle sich bei den Vorwürfen um einzelne Auseinandersetzungen und nicht um einen Angriff auf den Staat. Von einer kriminellen Vereinigung könne keine Rede sein. Für die GBA sei das Verfahren ein "Experiment", wie weit man mit dem Paragrafen 129 gehen könne. Sie habe selbst einräumen müssen, dass ihr weder ein Gründungsdatum der Vereinigung noch Umstände der Gründung bekannt seien. "Die Bundesanwaltschaft hat nicht genügend Beweise für eine Vereinigung", sagte ein Verteidiger.

Zudem sagten die Anwälte, dass in einem Hochsicherheitssaal verhandelt werde, der für Prozesse mit Terrorverdacht geschaffen wurde. Die Art des Verfahrens bringe ihre Mandanten in die Nähe von Terroristen. Eine weitere Kritik betraf den Umstand, dass vor Prozessbeginn Unterlagen, Dokumente und personenbezogene Daten an Medien lanciert worden seien, darunter an das in der rechten Szene beliebte *Compact*-Magazin. Die Anklage sei nicht das Endergebnis von Ermittlungen, sondern resultiere aus einem Wunsch der GBA. "Was nicht passt, wird passend gemacht. Stand jetzt so befürchte ich ist ein faires Verfahren nicht zu erwarten", erklärte einer der Anwälte.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); STAATSANWÄLTE (89%); ERMITTLEMENTEN (76%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (76%); NEGATIVE NACHRICHTEN (76%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (76%); RECHTSANWÄLTE (76%);

Mutmaßliche Linksextremisten wegen Überfällen auf Rechte vor Gericht; Nach einer Reihe von Angriffen auf Rechtsextreme hat der Prozess gegen vier angebliche Lin....

RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); STRAFTATEN (76%); STRAFVERTEIDIGUNG (76%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (70%)

Company: GETTY IMAGES INC (57%)

Industry: NAICS541922 COMMERCIAL PHOTOGRAPHY (57%); NAICS541430 GRAPHIC DESIGN SERVICES (57%); NAICS518210 DATA PROCESSING, HOSTING & RELATED SERVICES (57%); SIC7374 COMPUTER PROCESSING & DATA PREPARATION & PROCESSING SERVICES (57%); SIC7336 COMMERCIAL ART & GRAPHIC DESIGN SERVICES (57%); STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (76%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); KASSEL, DEUTSCHLAND (72%); BERLIN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); HESSEN, DEUTSCHLAND (58%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 8, 2021

End of Document

Sächsische Linken-Chefs verurteilen Gewalt bei Demo in Leipzig; Barrikaden brannten, Steine flogen: In Leipzig mündete die größte linksradikale Demonstration seit Jahren in Gewalt. Sachsens Linkspartei hat sich nun davon distanziert.

ZEIT-online

Montag 20. September 2021 7:40 AM GMT

Copyright 2021 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Demonstration in Leipzig; Ausg. 1

Length: 509 words

Byline: Johannes Süßmann

Body

Jan Woitas

Ein Wasserwerfer und ein Räumpanzer reißen eine von Demonstranten errichtete Barrikade im Leipziger Stadtteil Connewitz ein.

Nach den Ausschreitungen bei einer linksextremen Demonstration am Samstag in Leipzig haben sich die sächsischen Vorsitzenden der Linkspartei, Susanne Schaper und Stefan Hartmann, von Gewalt distanziert. "Gewalt ist für uns kein akzeptables Mittel der politischen Auseinandersetzung. Das haben wir immer wieder klar gemacht und werden das auch weiterhin tun", teilten Schaper und Hartmann am Sonntagabend mit. Auch Sprüche oder Transparente, mit denen menschenfeindliche Botschaften transportiert werden oder auf denen zu Gewalt aufgerufen wird, lehne man entschieden ab.

In Leipzig waren am Samstag unter dem Motto #FreeLina mehrere Tausend Menschen zu einer Demonstration zusammengekommen. Bundesweit dazu aufgerufen hatte das Bündnis "Wir sind alle Antifaschist:innen Wir sind alle LinX". Anmelderin der Demonstration war die Leipziger Linken-Landtagsabgeordnete Julianne Nagel, die wegen der Ausschreitungen bereits am Wochenende in die Kritik geraten war.

Die größte radikal linke Demonstration in Leipzig seit mehreren Jahren war zunächst weitgehend friedlich verlaufen. Jedoch liefen von Beginn an auch Vermummte mit, immer wieder wurde Pyrotechnik gezündet, ein sächsischer LKA-Beamter wurde auf einem Banner bedroht.

Als der Demonstrationszug in dem linksalternativen Viertel Connewitz ankam, begann die Lage zu eskalieren. Eine Polizeiwache wurde mit Steinen, Flaschen und roter Farbe beworfen. Auch zwei Bankfilialen in der Nähe wurden mit Steinen und Flaschen attackiert. Am Connewitzer Kreuz errichteten Demonstrantinnen und Demonstranten Barrikaden und zündeten sie an. Pflastersteine wurden aus dem Gehweg gerissen und teils in Richtung der Polizei geworfen. Die Polizei, die mit etwa 1.000 Kräften, einem Helikopter, Wasserwerfern und einem Räumpanzer im Einsatz war, ging zunehmend brachialer gegen die Randalierer vor. Einem jungen Mann wurde ein Zahn ausgeschlagen.

Lina E. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt

Sächsische Linken-Chefs verurteilen Gewalt bei Demo in Leipzig; Barrikaden brannten, Steine flogen: In Leipzig mündete die größte linksradikale Demonstration se....

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) verurteilte die Gewalt. Demo-Anmelderin Julianne Nagel lobte den Polizeieinsatz als deeskalierend. Zugleich erklärte sie: "Die Wut der Leute ist auch berechtigt, die lassen sie hier gerade raus. Die sind sauer auf rechte Verstrickungen in Polizeibehörden, jedoch ist das Mittel, das hier gerade verwendet wird, falsch."

Das Demonstrationsmotto #FreeLina nahm Bezug auf den Fall Lina E. Gegen die Leipziger Studentin läuft derzeit ein Prozess vor dem Oberlandesgericht Dresden: Die Bundesanwaltschaft hat die 26-Jährige, zwei gleichaltrige Männer sowie einen 36-Jährigen wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung sowie teils auch wegen Sachbeschädigung angeklagt. Die Gruppe soll unter anderem Mitglieder der rechten Szene überfallen und verprügelt haben. Lina E. wird vorgeworfen, in der Gruppe "eine herausgehobene Stellung" eingenommen zu haben.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); ANKLAGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); VERURTEILUNGEN (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (76%); BÜRGERMEISTER (72%); POLIZEIKRÄFTE (72%); GERICHTSHÖFE (71%); STAATSANWÄLTE (71%); VANDALISMUS (71%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (71%); BANKFILIALEN (51%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 20, 2021

End of Document

Steinwürfe, brennende Barrikaden und eine Drohung; Mehrere Tausend Menschen nehmen an der größten linken Demonstration seit langem in Leipzig teil, auch gewaltbereite Vermummte. Ein Soko-Leiter wird mit dem Tod bedroht.

ZEIT-online

Samstag 18. September 2021 7:48 PM GMT

Copyright 2021 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Linksradikale Demonstration; Ausg. 1

Length: 774 words

Byline: Henrik Merker

Body

Jan Woitas

Teilnehmer einer linken Demonstration gehen durch den Dunst gezündeter Pyrotechnik. Für die Demo hat das Kampagnenbündnis «Wir sind alle Linx» bundesweit mobilisiert. Laut Stadt sind 3000 Teilnehmer angemeldet worden. Die Veranstalter erklärten, dass sie sich gegen «eine Kriminalisierung von Antifaschismus als Ganzes» wenden. Hintergrund ist der Prozess gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin.
18/09/2021

Es ist die größte linksradikale Demonstration in Leipzig seit anderthalb Jahren. Am Samstag versammelten sich dort schätzungsweise 3.000 bis 4.000 Menschen, zunächst am Johannisplatz, danach ging es quer durch die Stadt bis in den linksalternativen Kiez Connewitz. Aufgerufen zu der Demonstration hatte das Bündnis "Wir sind alle Antifaschist:innen Wir sind alle LinX", das Motto lautete #Free Lina.

Gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte läuft derzeit ein Prozess am Dresdner Oberlandesgericht. Die Generalbundesanwaltschaft wirft ihnen unter anderem mehrere brutale Angriffe vor, auch auf Personen aus der rechtsextremen Szene.

Für die Demonstration wurde bundesweit mobilisiert. "Mit dem Prozessbeginn im Antifa-Ost Verfahren und kurz vor der Bundestagswahl werden wir antifaschistische Solidarität auf die Straße tragen und die Verstrickungen zwischen Nazis und deutschen Sicherheitsbehörden endlich zu dem Skandal machen, der er eigentlich ist", erklärte eine Sprecherin des Bündnisses vorab. Man fordere "die Entnazifizierung der deutschen Sicherheitsbehörden, die Auflösung der Soko Linx und Freiheit für alle AntifaschistInnen". Willkommen seien alle, die "sich als Antifaschist:innen verstehen egal ob Lichterkerze, Sitzblockade oder militanter Selbstschutz".

Sebastian Willnow

Maskierte Teilnehmer stehen hinter einer Barrikade. Nach dem offiziellen Ende der «Wir sind alle LinX»-Demonstration sind im Leipziger Stadtteil Connewitz Barrikaden errichtet und angezündet worden. +++ dpa-Bildfunk +++

Steinwürfe, brennende Barrikaden und eine Drohung; Mehrere Tausend Menschen nehmen an der größten linken Demonstration seit langem in Leipzig teil, auch gewaltb....

Die Polizei war mit einem Großaufgebot vor Ort. Es waren knapp 1.000 Polizistinnen und Polizisten aus Sachsen, aus anderen Bundesländern und von der Bundespolizei im Einsatz. Ein Helikopter flog immer wieder über die Menge. Wasserwerfer und ein Räumpanzer standen bereit. Teile der Strecke waren mit Gittern abgesperrt.

Zunächst war die Lage verhältnismäßig ruhig, auch wenn bereits zu Beginn der Demonstration Rauchschwaden über die Menge zogen, immer wieder Pyrotechnik gezündet wurde. Es gab einige Zwischenkundgebungen, dort sprach auch die Mutter von Lina E. Der Demozug war in mehrere Blöcke gegliedert, in der Menge auch viele vermummte Personen.

Im sogenannten "Revolutionären Block" wurde ein großes Banner getragen, darauf wurde der Leiter der Soko Linx, einer Ermittlungskommission des Sächsischen Landeskriminalamts, bedroht: "Dirk Münster, bald ist er aus dein Traum, dann liegst du im Kofferraum".

Hammerbande

Im Laufe des Nachmittags wurde die Stimmung aggressiver, immer wieder kam es zu Eskalationen. Eine Polizeiwache wurde mit Steinen, Flaschen und roter Farbe beworfen. Auch zwei Bankfilialen in der Nähe wurden mit Steinen und Flaschen attackiert. Die Polizei hielt sich zunächst zurück.

Als die Demonstration zum Schluss am Connewitzer Kreuz ankam, kam es zum chaotischen Finale. Vermummte bauten Barrikaden und zündeten sie an. Pflastersteine wurden aus Gehwegen gerissen und teils auch in Richtung der Polizisten geworfen. Die Polizei ging nun schärfer, teils rabiat gegen die Demonstranten vor. Wasserwerfer wurden eingesetzt. Einige Polizisten überrannten Menschen, die vor einem Spätkauf standen. Einem jungen Mann, der offensichtlich unbeteiligt am Rand stand, wurde dabei ein Zahn ausgeschlagen.

Begleitet hatten die Demonstration auch Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien, zum Beispiel von den Grünen, der SPD und den Linken. Anmelderin der Demonstration war die Leipziger Linken-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel. "Der Polizeieinsatz war super deeskalierend", sagt sie, als die Demonstration in Connewitz angekommen ist und dort Barrikaden brennen. "Die Wut der Leute ist auch berechtigt, die lassen sie hier gerade raus. Die sind sauer auf rechte Verstrickungen in Polizeibehörden, jedoch ist das Mittel, das hier gerade verwendet wird, falsch."

Das Banner mit der Drohung gegen den Soko-Linx-Chef hatte frühzeitig Aufmerksamkeit auf Twitter und in den Medien erregt, wurde aber nicht aus dem Demoblock entfernt. Am Abend gab Nagel dazu auf Twitter ein Statement ab: "Wenn Pyrotechnik nun die Gemüter erhitzt, ist das schief. Was nicht geht, sind krude Drohungen gegen Personen."

Mitarbeit: Doreen Reinhard

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); JUSTIZMINISTERIEN (77%); WÄHLER & WAHLEN (74%); DEUTSCHER BUNDESTAG (73%); STAATSANWÄLTE (73%); ERMITTLEMENTEN (68%); RECHTSANWÄLTE (68%); SKANDALE (68%); POLIZEIKRÄFTE (62%)

Steinwürfe, brennende Barrikaden und eine Drohung; Mehrere Tausend Menschen nehmen an der größten linken Demonstration seit langem in Leipzig teil, auch gewaltb....

Industry: STAATSANWÄLTE (73%); RECHTSANWÄLTE (68%); HUBSCHRAUBER (62%); BANKFILIALEN (50%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 18, 2021

End of Document

[**Eilantrag gegen Verbot von "Tag X"-Demo in Leipzig eingereicht; Die Demonstration zum "Tag X", als Reaktion auf die Verurteilung von Lina E., wurde von der Stadt Leipzig verboten. Nun ist ein Eilantrag gegen das Verbot eingereicht.**](#)

ZEIT-online

Freitag 2. Juni 2023 8:23 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Nach Verurteilung von Lina E.; Ausg. 1

Length: 161 words

Byline: Iven Fenker

Body

Jan Woitas

Ein Graffiti „Free Lina 3.6. Tag X“ prangt am 30. Mai an einem Wohnhaus im Leipziger Süden.

Die Organisatoren der "Tag X"-Demonstration in Leipzig wehren sich juristisch gegen das Verbot durch die Stadt. Es sei ein Eilantrag gegen das Verbot eingegangen, sagte der Sprecher des Verwaltungsgerichts Leipzig, Dirk Tolkmitt. Der zuständige Senat werde im Laufe des Tages darüber entscheiden. Kläger sei eine Privatperson, der Anmelder der Demo.

Die Stadt Leipzig hat die für kommenden Samstag geplante Demonstration mit dem Motto "United we stand" Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. Von linken Aktivistinnen war bundesweit dafür mobilisiert worden. Der "Tag X" ist eine Reaktion auf die Verurteilung der Studentin Lina E. und drei Mitangeklagter wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis.

Diese Meldung wird weiter aktualisiert.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: zede

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); GERICHTSHÖFE (73%)

Eilantrag gegen Verbot von "Tag X"-Demo in Leipzig eingereicht; Die Demonstration zum "Tag X", als Reaktion auf die Verurteilung von Lina E., wurde von der Stadt....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (88%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:37:00 CEST

Job Number: 202929088

Documents (30)

1. [Rechtsradikale angegriffen - Haftstrafe, aber Lina E. kommt trotzdem frei](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

2. [Nachrichten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

3. [Anschläge und Randale erwartet-Polizei bewacht sich jetzt auch selbst](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

4. [Nachrichten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

5. [15000 Beamte! Sachsens Polizei stockt kräftig auf](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

Narrowed by



6. [Schuster vergleicht linke Szene mit den Mördern von NSU und RAF](#)**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost7. [?Tag X?-Aktionen: Leipzig wird Sonderkontrollzone](#)**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost8. [Krawalle und Feuer in Leipzig](#)**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost9. [Demoverbot bestätigt! 3000 Polizisten sollen Leipzig vor Militanten schützen](#)**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost10. [Entscheidung erst Freitag?](#)**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost11. [Heiße Nacht in Leipzig: Viel Arbeit für die Polizei-aber ihre Taktik ging auf](#)**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

12. [Der Fall Lina E.: Packt heute der Kronzeuge aus?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

13. [Der Fall Lina E.: Packt heute der Kronzeuge aus?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

14. [Neonazi muss 1200 Euro zahlen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

15. [Nachrichten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

16. [Staatsanwaltschaft ermittelt in sieben Extremismusfällen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

17. [Nachrichten](#)

Client/Matter: -None-



Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

18. [Neonazi schickte Botschaft in Chemnitzer Frauenknast](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

19. [Vorerst kein Hochsicherheitstrakt für Terror-Prozesse in Sachsen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

20. [Linke Anschlagsserie erschüttert Sachsen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

21. [Kronzeuge plaudert aus dem Nähkästchen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

22. [Kronzeuge plaudert aus dem Nähkästchen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost



23. [Nachrichten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

24. [Nachrichten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

25. [Ex-Linker hat gegen ?Hammerbande? ausgepackt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

26. [Großrazzia in Connewitz nach Anschlägen auf Bagger& Co.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

27. [DRESDNER MORGENPOST](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

28. [Innenminister warnt vor linken Extremisten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

29. [Prozess gegen Linksextremistin vor dem Abschluss](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost

30. [Fackel-Aufmarsch in der Neustadt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Dresdner Morgenpost



Rechtsradikale angegriffen - Haftstrafe, aber Lina E. kommt trotzdem frei

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 12

Length: 449 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Das vorläufige Ende eines turbulenten Prozesses: Gestern verurteilte das Dresdner Oberlandesgericht Lina E. (28) zu fünf Jahren und drei Monaten, Lennart A. (28) zu drei Jahren, Jannis R. (37) zu zwei Jahren und fünf Monaten sowie Jonathan M. (28) mit einer Vorstrafe zu drei Jahren und fünf Monaten Haft. In 98 Verhandlungstagen sieht es das Gericht als erwiesen an, dass die ersten drei Mitglieder einer kriminellen Vereinigung waren und Jonathan M. diese unterstützt hat. Der Richter leitete seine Urteilsbegründung grundsätzlich ein: ?

Der Gegenstand waren mehrere gewalttätige Angriffe auf tatsächliche und mutmaßliche Rechtsextremisten?, sagte Hans Schlueter-Staats (61) und betonte die Probleme in der Gesellschaft mit Rechtsextremismus. ?Aber auch ein achtenswertes Motiv lässt die Strafbarkeit nicht entfallen?, sagte er. ?Es bleiben schwere Straftaten.? Bei Lina E. blieb das Gericht unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft nach acht Jahren Haft. Schlueter-Staats gestand ihr zwar eine gehobene Stellung in der Gruppe, jedoch keine Rädelsherrerschaft zu. So soll sie bei beiden Überfällen auf den Eisenacher Neonazi Leon R. (25) mit Pfefferspray dabei gewesen sein und Kommandos gegeben haben. Jonathan M. wiederum soll sein Auto für einen der Überfälle zur Verfügung gestellt haben. Auch soll er sich zusammen mit Jannis R. an einem Überfall auf Neonazis in Wurzen beteiligt haben, die gerade von einer Demo in Dresden wiederkamen. Lina E. und ihr mittlerweile untergetauchter Verlobter sollen den Trupp ausspioniert haben. Vor dem Gericht sammelten sich Sympathisanten, demonstrierten gegen den Prozess. Auch im Gericht applaudierten Anhänger des Quartetts bei deren Be treten des Saals und skandierten: ?Wir sind alle 129a?, eine Anspielung auf den Paragrafen zur kriminellen Vereinigung. Am Abend kam es in mehreren Städten zu Solidaritätsdemos für die Verurteilten. Kurz vor 20 Uhr war die Verhandlung dann beendet. Das Gericht entschied mit letztem Beschluss, dass der Haftbefehl gegen Lina E. unter Auflagen außer Vollzug gesetzt wird. Sie durfte das Gericht auf freiem Fuß verlassen. Haftverschonung wegen guter Führung und weil sie bereits mehr als die Hälfte der Haft abgesessen hat. Bildunterschrift: Studentin Lina E. (28, zwischen ihren Anwälten, von einer Aktenmappe verborgen) hatte eine gehobene Stellung in der Vereinigung. Vor Gericht gab es eine Solidaritäts-Kundgebung.

Rechtsradikale angegriffen - Haftstrafe, aber Lina E. kommt trotzdem frei

Lennart A. (28) forderte plakativ Freiheit für Lina. Einer der Angeklagten verbarg sein Gesicht hinter einer Laptopschale. ?Freiheit für alle Antifas?, lautete die Forderung dieses Verurteilten. Im Saal gab es Standing Ovations für das Quartett.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: GERICHTSHÖFE (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); ANKLAGEN (78%); GERICHTSURTEILE (78%); RICHTER (78%); STAATSANWÄLTE (78%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (73%); STRAFTATEN (73%); VERHAFTUNGEN (71%); NEGATIVE GESELLSCHAFTLICHE NACHRICHTEN (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Nachrichten

Dresdner Morgenpost

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 354 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Sachsens Seen sauber DRESDEN-Fast alle untersuchten Badegewässer in Sachsen haben in einem Bericht der Europäischen Umweltagentur EEA beste Noten für ihre Wasserqualität erhalten. Bis auf zwei nicht klassifizierte Gewässer wiesen alle im Jahr 2022 im Freistaat analysierten Badestellen eine ausgezeichnete Wasserqualität auf, hieß es in dem gestern veröffentlichten Bericht der EEA. Revision im Fall Lina E. LEIPZIG-Im Fall der Linksextremistin Lina E. hat auch die Bundesanwaltschaft Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden eingelegt.

Das sagte eine Sprecherin in Karlsruhe. Lina E. und drei mit ihr verurteilte Männer haben ebenfalls Revision eingelegt. Das OLG war vor allem bei der 28-jährigen Studentin deutlich unter der Forderung der Bundesanwaltschaft geblieben. Das Oberlandesgericht hatte das Quartett am 31. Mai wegen Überfällen auf Neonazis in Leipzig, Wurzen und Eisenach verurteilt. Glücks-Elefant getauft LEIPZIG-Der jüngste Nachwuchs in der Elefantenherde im Zoo Leipzig heißt fortan Zaya. Gestern wurde das am 29. April geborene Elefanten-Mädchen offiziell getauft. Nach Angaben des Zoos bedeutet Zaya auf Burmesisch ?das Glück?. Käfer-Vielfalt auf der Spur BAD SCHANDAU-Bei einer Exkursion in der Sächsischen Schweiz haben Spezialisten mehr als 200 Käferarten aufgespürt. Mit der viertägigen Aktion sollte ermittelt werden, welche tag-und nachtaktiven Arten in den verschiedenen Lebensräumen des Nationalparks vorkommen. Die Erkenntnisse werden nun in die Datenbank des Nationalparks aufgenommen und sollen bei Maßnahmen zum Schutz der Lebensräume der Käfer herangezogen werden. Talsperre erhält Kur NIESKY-Die Talsperre Quitzdorf in Ostsachsen soll in den kommenden Jahren mit Millionenaufwand auf Vordermann gebracht werden. Nach fast 50 Jahren Dauerbetrieb bestehe Handlungsbedarf, informierte die Landestalsperrenverwaltung. Die Kur soll auch zu einer besseren Wasserqualität führen und das sommerliche Blaualgenproblem verringern. Die Bauarbeiten sollen Anfang 2024 beginnen und Ende 2026 abgeschlossen sein. Kosten: 20 Millionen Euro.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: ARTENSCHUTZ (90%); WASSERQUALITÄT (90%); ÖKOSYSTEME & LEBENSRÄUME (90%); WASSERRESSOURCENMANAGEMENT (78%); PARKS & SPIELPLÄTZE (77%); GERICHTSHÖFE (76%); GERICHTSURTEILE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION (73%); TIERE (73%)

Industry: PARKS & SPIELPLÄTZE (77%); STAATSANWÄLTE (76%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); EUROPA (58%)

Load-Date: June 10, 2023

End of Document

Anschläge und Randale erwartet-Polizei bewacht sich jetzt auch selbst

Dresdner Morgenpost

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 12

Length: 426 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

LEIPZIG-Heute fällt im Dresdner Staatsschutz-Prozess das Urteil gegen Lina E. (28) und Kombattanten. Die Polizei rechnet mit gewalttätigen Reaktionen der linken Szene. Vor allem Leipzig ist im Fokus der Extremisten, die europaweit für eine ?

TagX-Demo? am Samstag mobilisieren. Aus Angst vor Anschlägen bewacht sich die Polizei nunmehr auch selbst. Die Gefahrenanalysen der sächsischen Sicherheitsbehörden sind alarmierend. Sollten im Dresden Prozess Haftstrafen ausgesprochen werden, sei noch am selben Tag mit Angriffen auf staatliche Einrichtungen und Unternehmen, die für den Staat arbeiten, zu rechnen, heißt es in einem internen Papier. Schon gestern früh wurden in Leipzig Maschinen einer Firma angezündet, die am Bau der neuen Justizvollzugsanstalt Zwickau beteiligt ist. In der Analyse sind 50 mögliche Anschlagsobjekte aufgeführt. Darunter Polizeireviere, das Gelände der Bereitschaftspolizei, Gerichtsgebäude und das Haus des Jugendrechts. Ihre gefährdeten Gebäude lässt die Behörde nunmehr selbst bewachen, unter anderem von Polizeischülern. Für Sachsens obersten Staatsschützer Dirk Münster (50) und seine Chef-Ermittler im Lina-E.-Verfahren gibt es Personenschutz. Auch auf das Szenario einer möglichen Gefangenbefreiung bei der Überführung von Lina E. von Dresden zur JVA Chemnitz haben sich die Behörden vorbereitet, wie aus Polizeikreisen zu erfahren war. Zur ?TagX-Demo? am Samstag hat das Innenministerium insgesamt 23 Polizei-Hundertschaften aus ganz Deutschland angefordert, dazu Hubschrauber, Drohnen, Hunde- und Reiterstaffeln. Hintergrund sind europaweite Aufrufe der linksradikalen Szene, in Leipzig den größten Schwarzen Block seit der Wiedervereinigung formieren zu wollen. Zuvor tauchten auf Szene-Portalen bereits Drohungen auf, dass für jedes in Dresden ausgesprochene Jahr Freiheitsstrafe eine Million Euro an Schaden angerichtet werde. Was die Lage in Leipzig verschärft: Neben der ?TagX-Demo? finden zeitgleich noch ein großes Stadtfest, ein Konzert von Herbert Grönemeyer (40 000 Fans) und das sächsische Fußball-Pokalfinale zwischen Lok Leipzig und dem Chemnitzer FC statt. Auch diese Veranstaltungen muss die Polizei absichern.-bi.-Bildunterschrift: Die Polizei erwartet nach dem Urteil Anschläge und Gewalt auf der ?TagX-Demo?. Die

Anschläge und Randale erwartet-Polizei bewacht sich jetzt auch selbst

linksextreme Szene hat den 3. Juni zum ?TagX? ausgerufen. In Leipzig will dann der Schwarze Block aufmarschieren. Ikone der extremen Linken: Die wegen schwerer politischer Gewalttaten angeklagte Lina E. (28) erwartet heute ihr Urteil.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (89%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); ANKLAGEN (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); VERANSTALTUNGSKALENDER (78%); GEFÄNGNISSE (77%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (72%); POLIZEIKRÄFTE (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (73%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); EUROPA (92%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Nachrichten

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 8. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 10

Length: 219 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Lina E. in Revision DRESDEN/LEIPZIG-Die Studentin Lina E. (28) und drei weitere Angeklagte haben Revision gegen ihre Verurteilung wegen linksextremer Gewalttaten eingelegt. Die Angeklagten waren vor einer Woche zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Die voraussichtliche Dauer des Revisionsverfahrens ist noch nicht absehbar. Mehr E-Ladesäulen LEIPZIG-Siemens plant einen Ausbau seiner Produktion von Schnellladesäulen für E-Autos in Leipzig. Pro Jahr soll nun eine vierstellige Anzahl der ?Sicharge D? genannten Systeme hergestellt werden. Gestern wurde die 1 000. in Leipzig hergestellte Säule an die Stadtwerke übergeben. Steighilfe für Fische BAUTZEN-Das Verteilerwehr Spreewiese im Kreis Bautzen hat für rund 2,3 Millionen Euro eine Fischaufstiegsanlage erhalten. Damit ist laut Landestalsperrenverwaltung nun an Spree und Kleiner Spree die ökologische Durchgängigkeit für Fische und andere Wasserlebewesen hergestellt. Hilfe für Härtefallhilfen DRESDEN-Die Unterstützung der Verbraucherzentrale Sachsen bei der Beantragung von Härtefallhilfen für Heizkosten wird gut nachgefragt. Seit dem Antragsstart Anfang Mai haben die Verbraucherschützer in fast 600 Fällen Ansprüche geprüft und bei der Ausfüllung der Anträge geholfen. Der Service ist gratis.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSURTEILE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); ELECTRIC VEHICLE READINESS (76%); WASSERRESSOURCENMANAGEMENT (74%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); GERICHTSPROZESSE (73%); ELEKTRO-FAHRZEUGE (71%); VERSORGUNGSTARIFE (68%); VERBRAUCHERSCHUTZ (67%)

Company: SIEMENS AG (56%)

Ticker: SIE (BIT) (56%); SIE (FRA) (56%); SIN (SWX) (56%)

Industry: NAICS334210 TELEPHONE APPARATUS MANUFACTURING (56%); NAICS334413 SEMICONDUCTOR & RELATED DEVICE MANUFACTURING (56%); NAICS334513 INSTRUMENTS & RELATED PRODS MFG FOR MEASURING, DISPLAYING & CONTROLLING IND PROCESS VARIABLES (56%); NAICS335139 ELECTRIC LAMP BULB AND OTHER LIGHTING EQUIPMENT MANUFACTURING (56%); ELECTRIC VEHICLE READINESS (76%); ELEKTRO-FAHRZEUGE (71%); VERSORGUNGSTARIFE (68%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

15000 Beamte! Sachsens Polizei stockt kräftig auf

Dresdner Morgenpost

Montag 17. Juli 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 10

Length: 360 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

DRESDEN-Großdemos, Extremismus, Kinderpornografie: Die Aufgabenfelder der Polizei werden nicht nur anspruchsvoller, sondern auch personalintensiver. Sachsen will deshalb die Kapazitäten aufstocken. Die Forderung von Sachsens Polizeipräsident Jörg Kubiessa (58) ist deutlich.

Er will, dass die Zahl der Polizeibeamten und-beamtinnen im Freistaat so schnell wie möglich auf 15 000 anwächst. Derzeit stehen gerade einmal 11 634 Einsatzkräfte bei der Polizei im Freistaat unter Vertrag. Dann sollen auch mehr Frauen bei der Polizei Dienst tun. Denn die Quote erhöhte sich in den vergangenen fünf Jahren von 24,6 auf 27,4 Prozent nur leicht. In Mitteldeutschland ist der Frauenanteil in Sachsen-Anhalt mit knapp 30 Prozent am höchsten. In Thüringen liegt er ähnlich niedrig (25 Prozent) wie in Sachsen. Bei Großlagen unterstützen sich die Bundesländer gegenseitig. Dabei wird überprüft, inwiefern die Verwendung der Polizeikräfte im eigenen Bundesland dringender ist als die Unterstützung der Polizeikräfte des anderen Bundeslandes. Auch Spezialfahrzeuge wie Wasserwerfer werden regelmäßig ?ausgeliehen?. Die zusätzlichen Stellen werden für die Bereiche Extremismus, Einwanderung, Organisierte Kriminalität, Cybercrime-Delikte, Kinderpornografie und Hasskriminalität, aber auch für den Verkehrsbereich benötigt. Der Gesamtstellenbedarf orientiere sich dabei weniger an der Einwohnerzahl, so eine Sprecherin des Innenministeriums in Dresden. Ausschlaggebend seien vielmehr veränderte polizeiliche Lagen oder gesetzliche Vorgaben. Ein Bericht einer Fachkommission zu den einzelnen Bedarfen soll Ende des Jahres vorliegen, so die Sprecherin. sdt Bildunterschrift: Steigende Komplexität: Der Polizeieinsatz zu den sogenannten ?Tag X?-Demos im Juni in Leipzig im Zusammenhang mit dem Urteil gegen die Linksextreme Lina E. sorgten bundesweit für Schlagzeilen. Im vergangenen November legten 600 Polizeianwärter ihren Eid ab, 445 neue Azubis kamen neu hinzu. Aber das reicht nicht. Sachsens Innenminister Armin Schuster (62, CDU, F.) ist noch vor Polizeipräsident Jörg Kubiessa (58) für die Polizei in Sachsen zuständig.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: KINDERPORNOGRAPHIE (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); SEXUALDELIKTE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (76%); CYBERCRIME (73%); BEVÖLKERUNGSGRÖSSE (72%); POLITIK (70%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (63%); FRAUEN (55%)

Industry: CYBERCRIME (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (59%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Schuster vergleicht linke Szene mit den Mördern von NSU und RAF

Dresdner Morgenpost

Mittwoch 7. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 10

Length: 444 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

DRESDEN/LEIPZIG- Die Auswertung der Ereignisse rund um die Verurteilung der Studentin Lina E. (28) in Dresden beschäftigte die Staatsregierung und den Landtag. Innenminister Armin Schuster (62, CDU) erklärte gestern mit Blick auf die Ausschreitungen zum ?Tag X?

in Leipzig: ?Wir wollen nicht, dass in Leipzig in schöner Regelmäßigkeit solche Events stattfinden.? Sachsen benötigt eine Linksextremismus-Strategie, meint Schuster. Er sagt: ?Das Thema wird unterschätzt.?Seiner Ansicht nach müssen Bund und Länder sich dort gemeinsam mehr engagieren. Er beobachtet mit Sorge, dass aus der Szene Personen (?zu viele?, so Schuster) professionell untergetaucht sind. Der Innenminister zieht an dieser Stelle sogar den Vergleich zum sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) oder zur einstigen linksextremen Terrorgruppe Rote Armee Fraktion (RAF). Was der Minister dabei übersieht: Die von ihm angeführten Gruppierungen hatten über Jahre gezielte Mordserien angezettelt. Derartiges ist von den Linken weder in Leipzig noch sonst wo bekannt. Laut dem Bericht des Verfassungsschutzes lebten 2021 in Sachsen 520 gewaltorientierte Linksextremisten/Autonome (2020: 465). Die Zahl der Linksextremisten insgesamt wird mit 850 angegeben. Der konservative Politiker Schuster machte keinen Hehl daraus, dass es ihn arg stört, dass neben Berlin und Hamburg immer wieder Leipzig mit genannt wird, wenn Hotspots der linksextremistischen Szene in Deutschland aufgezählt werden. Dieses Image Sachsens ?will ich loswerden?, erklärte Armin Schuster entschlossen. Niedersachsen und seine Landeshauptstadt Hannover sind ihm dabei Inspiration und Vorbild. Ab 1983 fanden dort Treffen von Punks statt, bei denen es teilweise heftige Ausschreitungen und Straßenschlachten mit der Polizei gab. Als ?Chaostage? brannten sich diese Treffen ins kollektive Gedächtnis ein. Das Leipziger Demo-Geschehen und das Einschreiten der Polizei am vergangenen Wochenende (Tag X) wird am kommenden Montag im Landtag aufgearbeitet werden. Dann trifft sich der Innenausschuss zu einer Sondersitzung. Bildunterschrift: Innenminister Armin Schuster (62, CDU) bei der gestrigen Kabinets-Pressekonferenz in der Sächsischen Staatskanzlei. Bei Protesten gegen das Urteil im Prozess gegen Lina E. in Leipzig stehen Polizisten hinter einer brennenden Barrikade. Das

Schuster vergleicht linke Szene mit den Mördern von NSU und RAF

Oberlandesgericht Dresden hatte die Studentin Lina E. (28) zu fünf Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die Ereignisse am ?Tag X? und das stundenlange Einkesseln von Demonstranten durch die Polizei- beides wird am Montag in der Sondersitzung des Innenausschusses Thema sein.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (90%); GESETZGEBUNGSORGANE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); REGIERUNGSKABINETTS (90%); TERRORORGANISATIONEN (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); AUSSCHREITUNGEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); VERURTEILUNGEN (89%); GERICHTSPROZESSE (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); GERICHTSHÖFE (73%); PRESSEKONFERENZEN (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); HANNOVER, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

?Tag X?-Aktionen: Leipzig wird Sonderkontrollzone

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 13

Length: 206 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

LEIPZIG-Einschränkung des Versammlungsrechts und Sonderkontrollzonen-nach der Verurteilung der linken Gewalttäterin Lina E. (28) rüstet sich Leipzig für die von der linksextremen Szene ausgerufenen ?Tag X?-Aktionen. Um den Überblick über die am Wochenende zu erwartenden Demonstrationen und Versammlungen zu behalten, schränkte die Stadt Leipzig per Allgemeinverfügung das Versammlungsrecht ein. Demnach ist am Wochenende das Veranstalten von und die Teilnahme an Versammlungen mit Bezug auf das Staatsschutzverfahren gegen Lina E. verboten, wenn diese nicht bis gestern Mitternacht der Stadt angezeigt wurden. Das Innenministerium richtete zudem einen großen Kontrollbereich ein, der die komplette Innenstadt sowie im Westen, Osten und Süden angrenzende Stadtteile umfasst. In diesen Sektoren kann von Freitagabend bis Sonntagabend jedermann ohne Anlass von der Polizei festgehalten und durchsucht werden. Zudem soll es an Einfallstraßen und Bahnhöfen Einreisekontrollen geben. Bildunterschrift: Brennende Straßen: Solche Bilder will die Polizei am Wochenende in Leipzig durch massive Kontrollen verhindern. ?Solidarität?: Auch an Hauswänden mobilisiert die linke Szene für den ?Tag X?.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

?Tag X?-Aktionen: Leipzig wird Sonderkontrollzone

Journal Code: MopoDMP

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); GRENZKONTROLLEN (69%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Krawalle und Feuer in Leipzig

Dresdner Morgenpost

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 12

Length: 346 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

LEIPZIG-Die Nacht nach dem Urteil gegen Lina E. (28) hat in Leipzig einen Vorgeschmack auf die von den Behörden befürchteten Krawalle zu den ?Tag X?-Aktionen am Samstag gegeben.

Rund um eine Antifa-Demo gab es massive Angriffe auf Polizisten, in Connewitz wurde ein Cabrio abgefackelt. Im Lene-Voigt-Park hatte die Gruppierung ?Antifaschistische Vernetzung Leipzig? zur nächtlichen Protest-Demo aufgerufen. Weil statt der angemeldeten 150 Teilnehmer rund 800 erschienen, viele davon verummt und einige mit Quarzhandschuhen ausgestattet, verfügte die Versammlungsbehörde eine Standkundgebung statt der Demo. Daraufhin flogen Steine, Flaschen und Pyrotechnik auf die absichernden Polizisten. Die Versammlung wurde nach kurzer Zeit aufgelöst. Zwei mutmaßliche Steinewerfer (31,32) wurden festgenommen. Was folgte, waren Scharmützel zwischen militärischen Linken und der Polizei. Immer wieder versuchten Chaoten, Barrikaden zu errichten. Ein Polizeihubschrauber wurde beim Anflug mit Laser geblendet, sodass er abdrehen musste. In Connewitz fackelte ein Mini Cooper ab. Ein Fährtenhund führte die Beamten noch in Tatortnähe zu den mutmaßlichen Brandstiftern. Die Verdächtigen (34,28,26), die aus Bayern und Bremen stammen, wurden gestern dem Haftrichter vorgeführt-der sie in die Freiheit entließ. Angesichts der Gewalt und der auf der Demo skandierten Morddrohungen gegen Polizisten (?Gebt dem Bullen was er braucht-9 Mill meter in den Bauch?)fo derte die Gewerksch der Polizei (GdP) gest mehr Schutz vor linker walt. ?Linksextremisten Rache und bereiten si noch mehr Gewalt vor?, der GdP-Vorsitzende J Kopelke. Auf Grundlag Gefahrenprognose der verbot die Stadt Leipzi tern bereits die wohl ?Tag X?-Demo, die morg Connewitz in die Inne führen sollte. Bildunterschrift: Obwohl Lina E. (28) am Mittwoch freigelassen wurde, machten ihre Anhänger in Leipzig Randale. Mit Pyrotechnik auf Polizisten-im Leipziger Osten eskalierte Mittwochnacht eine Antifa-Demo. Polizeibeamte beseitigen eine von Linksextremisten errichtete Barrikade.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); BRÄNDE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); BEAMTE (89%); BRANDSTIFTUNG (78%); VERHAFTUNGEN (77%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (74%); RICHTER (73%); POLIZEIKRÄFTE (69%)

Industry: HUBSCHRAUBER (53%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); BAYERN, DEUTSCHLAND (54%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Demoverbot bestätigt! 3000 Polizisten sollen Leipzig vor Militanten schützen

Dresdner Morgenpost

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 10

Length: 208 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Nach dem Verbot der für heute geplanten großen ?Tag X?-Demo durch die Stadt Leipzig hat die linksextreme Szene zum Widerstand aufgerufen. Die Polizei will mit 30 Einsatzhundertschaften aus zwölf Bundesländern die Ordnung in der Messestadt aufrechterhalten. Mit Sitzblockaden Polizeikräfte binden, ?um anderswo militante Kleingruppen oder Mobs Räume für Offensiven zu schaffen?, so lautet die auf der Szene-Plattform ?indymedia? ausgegebene Strategie der Linksextremisten. Die Polizei will mit einem Großaufgebot von mehr als 3000 Polizisten dagegenhalten. Seit gestern Abend gibt es eine Sonderkontrollzone, werden Einfallstraßen und Bahnhöfe überwacht. Um den Bau von Barrikaden zu erschweren, forderte die Stadt die Bürger auf, keine Mülltonnen vor den Häusern stehenzulassen. Gestern Nachmittag hatte das Leipziger Verwaltungsgericht die vom Anmelder der ?Tag X?-Demo im Eilverfahren angegriffene Verbotsverfügung der Stadt bestätigt. Es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen, so die Begründung.-bi.- Bildunterschrift: Trotz des Verbotes wollen tausende Linksextremisten heute in Leipzig gegen das Urteil im Fall Lina E. (28) protestieren.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Demoverbot bestätigt! 3000 Polizisten sollen Leipzig vor Militanten schützen

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); ÜBERWACHUNG (78%); GERICHTSHÖFE (69%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

Entscheidung erst Freitag?

Dresdner Morgenpost

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sport; S. 17

Length: 249 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

LEIPZIG -Die Austragung des Sachsenpokalfinals zwischen Lok Leipzig und dem Chemnitzer FC am Sonnabend (16.15 Uhr) steht auf der Kippe. Die gestrige Sicherheitskonferenz brachte noch keine Entscheidung. Die Stadt Leipzig muss entscheiden. Wann diese Entscheidung fällt, ist unklar. ?Das kann sich bis Freitag hinziehen?, sagte Lok-Geschäftsführer Martin Mieth. Bislang wurden schon über 9 000 Eintrittskarten für das Spiel im Bruno-Plache-Stadion verkauft. Grund für die Überlegungen, das Finale auf einen anderen Termin zu verschieben, sind fehlende Personalkapazitäten der Sicherheits- und Ordnungsbehörden. Viele Polizeieinsatzkräfte sind am Sonnabend beim DFB-Pokal-Finale zwischen RB Leipzig und Eintracht Frankfurt in Berlin zusammengezogen, in Leipzig stehen zudem das Stadtfest und ein Konzert von Herbert Grönemeyer auf dem Programm. Darüber hinaus mobilisiert die linke Szene als Reaktion auf das anstehende Urteil im Prozess um Lina E. für Sonnabend bundesweit zum ?Tag X? nach Leipzig. Sollte die Partie abgesagt werden, will der Sächsische Fußball-Verband rechtliche Schritte dagegen einlegen. SFV-Sprecher Alexander Rabe: ?Wir würden natürlich versuchen, möglichst alle Strohhälme zu greifen, um die wirtschaftlichen Konsequenzen für die Vereine und den Verband so gering wie möglich zu halten.? Bildunterschrift: Weil es am Sonnabend nicht genug Polizei gibt, steht das Sachsenpokalfinale in Leipzig-Probstheida auf der Kippe.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Entscheidung erst Freitag?

Journal Code: MopoDMP

Subject: FUSSBALL (90%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (90%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); GERICHTSPROZESSE (68%); POLIZEIKRÄFTE (55%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (92%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); FRANKFURT, DEUTSCHLAND (70%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Heiße Nacht in Leipzig: Viel Arbeit für die Polizei- aber ihre Taktik ging auf

Dresdner Morgenpost

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 12

Length: 606 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

LEIPZIG-Mit bangem Blick schauten viele am Wochenende nach Leipzig: Die radikale Linke hatte für den Sonnabend nach dem Urteil gegen Lina E. (28) zum ?Tag X? aufgerufen.

Zwar kam es tatsächlich zu Ausschreitungen, doch das zuvor beschworene ?zweite G20? blieb aus. Die Organisatoren der ?Tag X?-Demo hatten es durch alle Instanzen versucht, doch die Gerichte bestätigten das Versammlungsverbot durch die Stadt Leipzig. Jedoch blieb eine Versammlung des ?Say it loud e.V.? die sich gegen das Verbot richtete, vorerst noch erlaubt. Zu dieser erschien jedoch fast das Zehnfache der angemeldeten 200 Teilnehmer, darunter Hunderte, die anfingen, sich zu vermummen. Der Versammlungsleiter und Grünen-Stadtrat Jürgen Kasek (42) rief die Demonstranten noch dazu auf, nicht zur Eskalation beizutragen. Kurz drauf gab die Polizei bekannt, dass statt eines Aufzugs nur noch eine stationäre Kundgebung erlaubt sei. Der Platz war bereits durch ein Großaufgebot der Polizei umstellt. Kurz nach 18 Uhr versuchte ein schwarzer Block mit Flaschen und Steinwürfen den Durchbruch Richtung Scharnhorststraße, wurde jedoch zurückgedrängt. Ein zweiter Versuch erfolgte über die Karl-Liebknecht-Straße Richtung Connewitz, doch auch hier hielt die Polizeikette. Stattdessen wurden Hunderte Demonstranten auf dem Heinrich-Schütz-Platz eingekesselt. Die Polizei sprach gestern von 1000 Teilnehmern, die nach und nach ihre Personalien abgeben mussten. Für Kritik sorgte, dass diese Maßnahme bis 5 Uhr am nächsten Morgen andauerte. Die Linken-Abgeordnete Kerstin Köditz (56) will dazu eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragen: ?Die Hintergründe der Grundrechtsverletzung gen, besonders der Kessel, sind aufklärungsbedürftig?, so die Politikerin. Unterdessen gingen gegen 22.30 Uhr in der Connewitzer Wolfgang-Heinze-Straße Barrikaden in Flammen auf, waren zudem Pflastersteine zurechtgelegt. ?Zur Bullenwache!?, schrie einer, woraufhin mehrere Vermummte in die Biedermannstraße rannten, den Polizeiposten dort attackierten. Auch hier wurden Barrikaden errichtet und angezündet, ein Bauwagen quer über die Straße gekippt. Als über die Herderstraße allerdings die Polizei angerannt kam, flohen die Krawalllos nach einigen Pyrotechnik-Würfen. Gegen 23 Uhr begann der Wasserwerfer, Barrikade um Barrikade zu löschen, nach

Heiße Nacht in Leipzig: Viel Arbeit für die Polizei-aber ihre Taktik ging auf

Mitternacht erloschen die letzten Feuer und es kehrte Ruhe in der Stadt ein. Für gestern Abend war erneut eine Versammlung im Herderpark angekündigt. Bilanz der Chaostage LEIPZIG-Die Polizei zog gestern Bilanz zum Geschehen in der Messestadt: Demnach kam es bei den Ausschreitungen zu 50 verletzten Polizisten, drei davon waren gestern noch dienstunfähig. Auch Demonstranten wurden verletzt, zu deren Zahl konnte die Polizei jedoch keine Angaben machen. In dem umstrittenen Kessel am Heinrich-SchützPlatz wurden rund 1000 Identitäten festgestellt, begründet wurde die Maßnahme mit dem Verdacht des schweren Landfriedensbruchs und tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte. 50 Personen landeten in Gewahrsam, der Letzte kam gestern Mittag frei. Dazu wurden 30 Personen festgenommen, bei denen die Staatsanwaltschaft jetzt einen Haftantrag prüft. eho Bildunterschrift: Autonome bewarfen schon am Nachmittag die Polizei mit Flaschen und Steinen. Immer wieder kam es auch zu Festnahmen. Am Heinrich-Schütz-Platz wurden rund 1 000 Demonstranten eingekesselt, mussten dort teilweise bis zum nächsten Morgen verharren. Grünen-Stadtrat Jürgen Kasek (42) war der Leiter der Versammlung am Alexischumann-Platz. In der Wolfgang-Heinze-Straße löschte der Wasserwerfer eine Barrikade nach der anderen.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (89%); VERHAFTUNGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); STAATSANWÄLTE (77%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); STÄDTE (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Der Fall Lina E.: Packt heute der Kronzeuge aus?

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 28. Juli 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Dresden; S. 8

Length: 308 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Kommt jetzt Bewegung in den Prozess um Lina E. (27)? Die Studentin für Erziehungswissenschaften und ihre drei Mitangeklagten (27-37) sollen Mitglieder eines militanten linken Schlägertrupps gewesen sein.

Seit einem Jahr läuft der Prozess im Hochsicherheitsgericht am Hammerweg. Heute soll erstmals ein Kronzeuge aussagen. Aussteiger Johannes D. (30) hatte jüngst bei der Polizei geplaudert. Nun wollen ihn die Richter hören. Der Trupp, dessen Anführerin Lina gewesen sein soll, verübte laut Generalbundesanwalt Angriffe auf 13 Personen aus der rechten Szene. Jahrelang ermittelten Soko Linx und LKA, ehe die Studentin im November 2020 in U-Haft kam. Doch der Prozess zieht sich: Anträge, Unterbrechungen, Diskussionen, neuerliche Akteneinsichten, mehrfaches Einbestellen von Zeugen zeigen, wie dünn die Beweislage und wie strittig die einzelnen Punkte sind. Doch im Frühjahr machte plötzlich Johannes D., ebenfalls mutmaßliches Mitglied der Schlägertruppe, gegen den noch ermittelt wird, umfangreiche Angaben zur linken Szene bei der Polizei. Laut Gericht umfassen die Aussagen insgesamt 140 Seiten! Das führte sogar dazu, dass es im Juni erneut eine Razzia in Connewitz gab. Nun soll Johannes im Zeugenstand reden. Wenn er denn zu Wort kommt. Es ist anzunehmen, dass die Anwälte der Angeklagten seine Aussage wenigstens relativieren wollen. Wohlweislich hat die Kammer gleich mehrere Tage für die Zeugenvernehmung geplant. Bildunterschrift: Unterstützer fordern vor Gericht auf Plakaten die Freilassung von Lina. Der Prozess findet unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen statt. Lina E. (27, M., hinter dem Aktendeckel) soll Anführerin einer Schlägertruppe gewesen sein, die Jagd auf Rechtsradikale machte. Vor Gericht gibt sie sich selbstbewusst und kämpferisch. Lodernde Krawalle in Leipzig-Connewitz

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Der Fall Lina E.:Packt heute der Kronzeuge aus?

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: ZEUGEN (93%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (89%); ANKLAGEN (78%); RICHTER (78%); RECHTSANWÄLTE (77%); STAATSANWÄLTE (77%); POLIZEIKRÄFTE (76%); VERHAFTUNGEN (76%); AUSSCHREITUNGEN (71%); BEWEIS (69%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (77%); STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: August 26, 2022

End of Document

Der Fall Lina E.: Packt heute der Kronzeuge aus?

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 28. Juli 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Dresden; S. 8

Length: 308 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Kommt jetzt Bewegung in den Prozess um Lina E. (27)? Die Studentin für Erziehungswissenschaften und ihre drei Mitangeklagten (27-37) sollen Mitglieder eines militanten linken Schlägertrupps gewesen sein.

Seit einem Jahr läuft der Prozess im Hochsicherheitsgericht am Hammerweg. Heute soll erstmals ein Kronzeuge aussagen. Aussteiger Johannes D. (30) hatte jüngst bei der Polizei geplaudert. Nun wollen ihn die Richter hören. Der Trupp, dessen Anführerin Lina gewesen sein soll, verübte laut Generalbundesanwalt Angriffe auf 13 Personen aus der rechten Szene. Jahrelang ermittelten Soko Linx und LKA, ehe die Studentin im November 2020 in U-Haft kam. Doch der Prozess zieht sich: Anträge, Unterbrechungen, Diskussionen, neuerliche Akteneinsichten, mehrfaches Einbestellen von Zeugen zeigen, wie dünn die Beweislage und wie strittig die einzelnen Punkte sind. Doch im Frühjahr machte plötzlich Johannes D., ebenfalls mutmaßliches Mitglied der Schlägertruppe, gegen den noch ermittelt wird, umfangreiche Angaben zur linken Szene bei der Polizei. Laut Gericht umfassen die Aussagen insgesamt 140 Seiten! Das führte sogar dazu, dass es im Juni erneut eine Razzia in Connewitz gab. Nun soll Johannes im Zeugenstand reden. Wenn er denn zu Wort kommt. Es ist anzunehmen, dass die Anwälte der Angeklagten seine Aussage wenigstens relativieren wollen. Wohlweislich hat die Kammer gleich mehrere Tage für die Zeugenvernehmung geplant. Bildunterschrift: Unterstützer fordern vor Gericht auf Plakaten die Freilassung von Lina. Der Prozess findet unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen statt. Lina E. (27, M., hinter dem Aktendeckel) soll Anführerin einer Schlägertruppe gewesen sein, die Jagd auf Rechtsradikale machte. Vor Gericht gibt sie sich selbstbewusst und kämpferisch. Lodernde Krawalle in Leipzig-Connewitz

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Der Fall Lina E.:Packt heute der Kronzeuge aus?

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: ZEUGEN (93%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (89%); ANKLAGEN (78%); RICHTER (78%); RECHTSANWÄLTE (77%); STAATSANWÄLTE (77%); POLIZEIKRÄFTE (76%); VERHAFTUNGEN (76%); AUSSCHREITUNGEN (71%); BEWEIS (69%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (77%); STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: February 15, 2023

End of Document

Neonazi muss 1200 Euro zahlen

Dresdner Morgenpost

Freitag 24. Februar 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 15

Length: 280 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

CHEMNITZ-Linksextremistin Lina E. (28), aktuell wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht Dresden, polarisiert bei Linken und Rechten zugleich. Die rechte Szenegroße Sven L. (52) fuhr im Mai 2021 mit Bekannten zum Chemnitzer Frauenknast, wo E. in U-Haft sitzt, und stiftete Mitinsassen zu Gewalttaten gegen die Leipzigerin an.

Der Fall landete am Amtsgericht Chemnitz. ?Gebt Lina E. eine Abreibung. Sie darf nie wieder dieses Gefängnis als lebende Person verlassen?, schrie Sven E. durch einen Leitkegel in Richtung JVA. Drei Begleiter waren ebenfalls vor Ort, filmten die Aktion. Ein Video landete anschließend auf Telegram. Die rechte Truppe will nach einer Corona-Demo spontan zum Frauenknast gefahren sein. Es ging um ein ?lustiges Video?. Zentrale Frage im Verfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten: Was war im Knast tatsächlich zu verstehen? Ein Gutachten brachte keine klare Erkenntnis. Auf dem Video zu hören ist, wie Insassen zurückrufen, den Wortlaut wohl aber nicht verstehen konnten. Lina E.s Anwälte wandten sich besorgt ans Gericht und werteten den Aufruf als ?Morddrohung?. Das Quartett kam mit einem blauen Auge davon. Sven L. muss 1 200 Euro Geldauflage zahlen, dann wird das Verfahren gegen ihn eingestellt. Die anderen Angeklagten bleiben nach Verfahrenseinstellung nur auf ihren Anwaltskosten sitzen. Bildunterschrift: F Lina E. (28) wird am Oberlandesgericht Dresden aktuell der Prozess gemacht. F Oft auf rechten Demos oder der Anklagebank zu finden: Sven L. (52) aus Sachsen-Anhalt. G Die vierköpfige Truppe sorgte vor der JVA an der Reichenhainer Straße für Ärger.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: February 24, 2023

End of Document

Nachrichten

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 6. April 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 12

Length: 268 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Lange Haft gefordert DRESDEN-Im Prozess gegen eine linksextremistische Gruppe hat die Bundesanwaltschaft mehrjährige Freiheitsstrafen für vier Angeklagte gefordert. Sie wirft der Gruppierung vor, Angriffe auf Angehörige der rechten Szene trainiert, vorbereitet und ausgeführt zu haben. Für Rädelsführerin Lina E. (28) wurden acht Jahre Haft gefordert. Der Prozess wird Mitte April fortgesetzt. Termine zur Blutspende DRESDEN-Das DRK ruft in Sachsen mit Sonderterminen zum Blutspenden auf. Die aus Spenderblut hergestellten Präparate seien nur wenige Tage haltbar, teilte der Blutspendedienst mit. Um auch über Ostern die Versorgung lückenlos gewährleisten zu können, biete man deshalb Termine heute oder Samstag an. Infos: blutspendenordost.de/blutspendetermine Vietnamese vor Abschiebung CHEMNITZ-Die Ausländerbehörde der Stadt Chemnitz hat ein Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen für den Vietnamesen Pham Phi Son abgelehnt. Die Entscheidung sei aufgrund der aktuellen Rechtslage getroffen worden, erklärte ein Stadtsprecher. Wegen eines längeren Aufenthalts in Vietnam 2015/16 hatte er sein Bleiberecht verloren und gilt samt Familie nur noch als geduldet. Medaille für Thomanerchor LEIPZIG-Der Thomanerchor wird im Juni mit der Bach-Medaille der Stadt Leipzig ausgezeichnet. Der Knabenchor werde für seine regelmäßigen Aufführungen von Bachs Kantaten, Passionen, Oratorien und Motetten geehrt, mit denen er international Maßstäbe setzte. Kein anderes Ensemble habe sich so sehr um die Pflege und Verbreitung von Bachs Kirchenmusik verdient gemacht.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: BLUTBEREITSTELLUNG (91%); ANKLAGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%);
GERICHTSPROZESSE (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VERANSTALTUNGSKALENDER (76%); KLASSISCHE
MUSIK (72%); MUSIK (72%); OSTERN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%); HERSTELLUNG PHARMAZEUTISCHER PRODUKTE (56%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (71%); CHEMNITZ,
DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); VIETNAM (69%)

Load-Date: April 6, 2023

End of Document

Staatsanwaltschaft ermittelt in sieben Extremismusfällen

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 2. Februar 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 11

Length: 224 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

DRESDEN-Bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden werden aktuell sieben Ermittlungsverfahren mit Verdacht auf Linksextremismus geführt: Offenbar steht auch ein weiterer Prozess bevor. Zwei Verfahren beschäftigen sich mit Attacken auf das Eisenacher Lokal ?Bulls Eye? sowie Überfälle in Eilenburg und Erfurt. Zudem laufen je zwei Ermittlungsverfahren wegen jeweils vermutlich linksmotivierter Angriffe auf vermeintlich politische Gegner im Jahr 2019 in Leipzig sowie gegen zwei Deutsche wegen des Vorwurfs der Strafvereitelung. Darüber hinaus wird nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft gegen eine Frau ermittelt, die die Generalstaatsanwaltschaft Naumburg wegen Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz verfolgt. Da bestehe der Verdacht einer Datenabfrage im Zusammenhang mit mutmaßlich linksmotivierten Überfällen in Sachsen. Zudem stehe der Vorwurf der Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung im Raum. Die ?Leipziger Volkszeitung? hatte unlängst darüber berichtet, dass mindestens vier weitere Personen aus dem Umfeld von der bekannten Linksextremistin Lina E. (28) vor Gericht gestellt werden sollen, darunter eine Frau. Die Bundesanwaltschaft wollte sich nicht dazu äußern. Bildunterschrift: Im Unterstützer-Umfeld von Linksextremistin Lina E. (28) soll es bald neue Prozesse geben.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: STAATSANWÄLTE (94%); ERMITTLEMENTEN (92%); GERICHTSPROZESSE (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); DATENSCHUTZGESETZGEBUNG (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (94%); DATENSCHUTZGESETZGEBUNG (70%); DATENSICHERHEIT (70%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); ERFURT, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (71%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: February 24, 2023

End of Document

Nachrichten

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 9. März 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 10

Length: 227 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Jobmaschine Flughafen LEIPZIG/DRESDEN-Die Zahl der Mitarbeiter an den Flughäfen Dresden und Leipzig ist gestiegen. Zum Ende des vergangenen Jahres waren dort insgesamt 17 142 Menschen in den ansässigen Unternehmen und Behörden beschäftigt, 6,3 Prozent mehr als im Vorjahr. An den beiden Flughäfen sind insgesamt 226 Unternehmen angesiedelt. Welterbe-Besucherzentren ANNABERG-BUCHHOLZ-Für Besucher der Welterberegion Erzgebirge/Krušnohoří sollen künftig auch auf tschechischer Seite Anlaufpunkte entstehen. Vorgeschlagen wurde, in Jáchymov (St. Joachimsthal) und Krupka (Graupen) Besucherzentren einzurichten. In Boří Dar (Gottesgab) soll es darüber hinaus einen Infopunkt geben. Campus von SAP DRESDEN-Der Softwarekonzern SAP hat einen Campus in der Dresdner Innenstadt eröffnet. Das neue Bürogebäude ergänzt bereits bestehende Räume und bietet Platz für weitere 400 Mitarbeiter. Prozess vor Abschluss DRESDEN-Der Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (28) und Mitangeklagte steht vor dem Abschluss. Möglicherweise wird die Beweisaufnahme heute abgeschlossen, das Urteil könnte noch vor Ostern fallen. Neben der Studentin müssen sich drei Männer aus Leipzig und Berlin vor Gericht verantworten. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen vor, Angehörige der rechten Szene zusammengeschlagen zu haben.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: GERICHTSPROZESSE (73%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); STAATSANWÄLTE (66%)

Industry: COMPUTERSOFTWARE (69%); SOFTWARE-HERSTELLER (69%); STAATSANWÄLTE (66%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); TSCHECHISCHE REPUBLIK (59%)

Load-Date: March 9, 2023

End of Document

Neonazi schickte Botschaft in Chemnitzer Frauenknast

Dresdner Morgenpost

Freitag 23. Dezember 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Dresden; S. 10

Length: 347 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

CHEMNITZ-? Lina E., mögest du im Knast verrecken!?, rief der bekannte Neonazi Sven L. (52) im Mai 2021 in Richtung Chemnitzer Frauenknast. Drei Komplizen fuhren gemeinsam mit dem Hallenser vor die JVA und filmten die Aktion.

Die Staatsanwaltschaft sieht darin einen an Mitgefahrene gerichteten Aufruf zu körperlichen Angriffen gegen die Linksextremistin Lina E., die mit Angriffen auf politische Widersacher bundesweit Schlagzeilen gemacht hatte. Alle vier Angeklagten müssen sich wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Hausfriedensbruch verantworten. Hauptangeklagter Sven L. sprach im Amtsgericht gestern von einer spontanen Aktion für ein ?witziges Telegram-Video?. Das Quartett besuchte zuvor Anti-Corona-Demos in Freiberg und Zwönitz. Auf dem Rückweg machte man an der JVA Chemnitz halt. Einen konkreten Plan will niemand gehabt haben. Etwa 150 Meter vom Gefangenentrakt entfernt schrie Sven L. durch einen Leitkegel: ?Gebt Lina E. eine Abreibung. Sie darf nie wieder dieses Gefängnis als lebende Person verlassen.? Der Leipzigerin wird am OLG Dresden wegen Mitgliedschaft in einem linken Schlägertrupp gerade der Prozess gemacht. Laut Verteidigern seien die Sätze nur als schärfere Ansprache und nicht als Anstiftung zu verstehen. Die Anwälte von Lina E. hingegen sehen den Aufruf als ?Morddrohung gegen unsere Mandantin?. Im Video sind auch Rufe von Insassen zu hören. Caroline K. (26) filmte den Clip, der später im Netz landete. Markus J. (50) filmte ebenfalls, aber ohne Veröffentlichung. Steffen Z. (45) will nur Fahrer gewesen sein. Alle drei stammen aus Halle und sind der rechtsextremen Szene zuzuordnen. Der erste Prozesstag blieb ergebnislos. Die Anwälte stellten Beweisanträge für einen linguistischen Gutachter, der die Bedeutung von ?Abreibung? erklären soll. Außerdem sollen Wachpersonal und Gefahrene gehört werden. Fortsetzung folgt im Februar. Bildunterschrift: Caroline K. (26) ist in der Vergangenheit schon bei rechten Demos in Erscheinung getreten. Sven L. (52) ist der Hauptangeklagte im Prozess.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: ANKLAGEN (77%); GERICHTSPROZESSE (77%); STAATSANWÄLTE (77%); GERICHTSHÖFE (72%); BEWEIS (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); HALLE, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (79%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: December 23, 2022

End of Document

Vorerst kein Hochsicherheitstrakt für Terror-Prozesse in Sachsen

Dresdner Morgenpost

Montag 20. März 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 10

Length: 461 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

DRESDEN-Gefährdet die Landespolitik die Sicherheit der sächsischen Justiz? Nachdem der Neubau eines Hochsicherheitsgebäudes für Terror-und Mafia-Prozesse in Dresden verschoben wurde, schlägt der Präsident des Oberlandesgerichts (OLG), Leon Ross (54), Alarm. Die Justiz stoße bei sicherheitsrelevanten Großverfahren an Grenzen.

Kugelsichere Scheiben, Sicherheitsschleusen, aufwendige Videokommunikation und einen unterirdischen Gang zur Justizvollzugsanstalt für die Zuführung der Angeklagten-so sollte der neue Hochsicherheitstrakt für Staatsschutz-Prozesse des OLG ausgestattet sein. Doch der Neubau, der ursprünglich 2024 fertig sein sollte, ist auf unbestimmte Zeit verschoben, wie OLG-Präsident Leon Ross dem aktuellen Doppelhaushalt entnommen hat. Das Projekt sei nur noch als Planungsvorhaben verzeichnet-ohne konkrete Summe, berichtet der Spitzenjurist verärgert. Im Haushalt davor habe es noch als Realisierungsvorhaben gestanden-mit Baukosten in Höhe von 38 Millionen Euro. Die Flächen dafür seien längst beräumt, die Planung abgeschlossen und an die zwei Millionen Euro investiert worden. ?Praktisch alle Bundesländer haben solche Säle, bauen solche Säle oder suchen solche Säle, und das aus gutem Grund?, sagt Ross. Er appelliert an die Landespolitik: ?Der Bedarf ist akut, wir sind darauf angewiesen, dass endlich gebaut wird.? Seit 2017 verhandelt der OLG-Staatsschutzsenat Extremismus- und Terrorverfahren in der zum Hochsicherheitssaal umgebauten Mensa eines Flüchtlingsheims. Bisher liegen 19 Prozesse, auch besonders sicherheitsrelevante Verfahren, die laut Ross die Landgerichte stark belasten. ?Bundesweit wird es immer schwieriger, solche Verfahren mit vielen Angeklagten und entsprechend auch Verteidigern mit dem vorhandenen Personal in einer angemessenen Zeit abzuschließen.? Der Neubau soll zudem neben dem großen, teilbaren Saal über einen zweiten verfügen, der für sicherheitsrelevante Verfahren etwa der Bandenkriminalität vom Landgericht genutzt werden kann. Die würden bei gleichzeitigen Verfahren dieser Art an ihre Grenzen stoßen, weiß Ross. Und fordert: ?Das neue Prozessgebäude ist ein unentbehrlicher Baustein für die Sicherheit in der sächsischen Justiz-die Entscheidung, den Bau zu verschieben, sollte revidiert werden.? Bildunterschrift: Fordert

Vorerst kein Hochsicherheitstrakt für Terror-Prozesse in Sachsen

den schnellen Neubau eines Hochsicherheitstrakts für Terror-und Mafia-Prozesse: der Präsident des Oberlandesgerichts, Leon Ross (54). Das Provisorium: die Außenstelle des OLG am Hammerweg während des Prozesses gegen die Hammerbande der Linksextremistin Lina E. (28). Sachsens Staatsschutz-Prozesse, wie hier der gegen die ?Gruppe Freital?, finden bislang in einer zum Hochsicherheitssaal umgebauten Mensa eines Flüchtlingsheims statt.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: BERUFUNGSGERICHTE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); TERRORISMUS (90%); TERRORISMUSBEKÄMPFUNG (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); BANDEN (78%); FLÜCHTLINGE & VERTRIEBENE (78%); GEFÄNGNISSE (78%); STAATSBUDGETS (76%); BAUKOSTEN (68%)

Organization: AMERICAN MENSA (54%)

Industry: BAUINDUSTRIE (78%); STAATSBUDGETS (76%); BUDGETS (75%); BAUKOSTEN (68%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: March 20, 2023

End of Document

Linke Anschlagsserie erschüttert Sachsen

Dresdner Morgenpost

Samstag 25. März 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 479 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Der Großbrand am einem Leipziger haus-es war ein tischer Anschlag! Dam die Radikalen ihre Dro machen, auf Polizei-R die Szene mit ?Million reagieren zu wol Sachsens T zentrum bleibt d Politik wert wölf Autos vernnt, sieben wer beschädigt as war die Binz des jüngsten andanschlages on Linksextremisten.

Dass sie das Skoda-Autohaus wählten, begründeten die Täter in einem gestern auf der Szene-Plattform ?indymedia? veröffentlichten Bekennerschreiben mit dem Engagement des tschechischen Autobauers bei der Ausstattung von Polizeibehörden weltweit und verlinkten die entsprechende Unternehmensseite. Konkreter Anlass der zerstörerischen Aktion sollen demnach die Razzien gegen Linksextremisten am 15. März (MOPO berichtete) gewesen sein. In dem erst zwölf Wochen alten Jahr war es nunmehr der fünfte große Brandanschlag. Zuvor brannten bereits Fahrzeuge der Vermietung Hertz, der Post, vom Sachsenforst und erst am 15. März drei Streifenwagen der Polizei. Insgesamt 37 Autos und Laster-der Schaden liegt inzwischen bei weit über einer Million Euro. Bereits Anfang Februar hatten Linksextremisten Staat und Gesellschaft im Netz den Krieg erklärt. In der Kampfschrift ?The Price For Our Freedom? kündigten sie mit Blick auf den Dresdner Hammerbanden-Prozess um Lina E. an, dass es für jedes Jahr Gefängnis, zu dem ein Gleichgesinnter verurteilt würde, und für jede Razzia gegen linke Strukturen ?eine Million Sachschaden bundesweit? gebe. Zu dieser nun offenbar eingelösten Drohung ermittelt inzwischen Sachsens Generalstaatsanwaltschaft. Aus der sächsischen Politik kamen gestern keinerlei Reaktionen. Weder Ministerpräsident Michael Kretschmer (47, CDU) noch Innenminister Armin Schuster (61, CDU) oder Justizministerin Katja Meier (43, Grüne) äußerten Bereits in der am Dienstag vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik Sachsen (PKS) für 2022 war ein massiver Anstieg linker Gewaltkriminalität um 60 Prozent (185 Fälle) aufgeführt. Zum Vergleich: Laut PKS gab es im selben Zeitraum 84 rechte und 13 religiöse Gewalttaten. Zur Präsentation der Zahlen hatte Innenminister Schuster jedoch nur den Kampf gegen Rechtsextremismus als Kernaufgabe der sächsischen Innenpolitik genannt.-bi.- Bildunterschrift: Auch die Polizei selbst wurde heuer schon zum Opfer. Am 15. März zündeten Unbekannte drei im Hof einer Leipziger Wache geparkte Streifenwagen an.

Linke Anschlagsserie erschüttert Sachsen

Sprachlos: Innenminister Armin Schuster (61, CDU) äußerte sich bislang weder zu der linksextremen Gewaltwelle noch zu den Drohungen gegen Staat und Gesellschaft. sich zu Angriffen und Bedrohungslage. Politisch motivierte Gewaltdelikte steigen in Sachsen seit Jahren an-begangen vor allem von linken Extremisten. Die ausgebrannten Neu-und Gebrauchtwagen stehen auf dem Außengelände des Leipziger Skoda-Autohauses. Gestern bekannten sich Linksextremisten zu dem Anschlag.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: BRÄNDE (90%); KATASTROPHENHILFE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); JUSTIZMINISTERIEN (89%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); POLITIK (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); BRANDSTIFTUNG (78%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (78%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); VERBRECHEN GEGEN PERSONEN (78%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (77%); STATISTIKEN (76%); POLIZEIKRÄFTE (75%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); STAATSANWÄLTE (73%); EINIGUNG & VERGLEICH (71%); GEWALTKRIMINALITÄTS-STATISTIKEN (68%); KRIMINALSTATISTIKEN (68%)

Industry: AUTOMOBIL-HERSTELLUNG (90%); FAHRZEUGSEKTOR-ÜBERSICHT (90%); KRAFTFAHRZEUGE (90%); FAHRZEUGINDUSTRIE (77%); STAATSANWÄLTE (73%); AUTOBAUER (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); TSCHECHISCHE REPUBLIK (79%)

Load-Date: March 25, 2023

End of Document

Kronzeuge plaudert aus dem Nähkästchen

Dresdner Morgenpost

Freitag 29. Juli 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 13

Length: 387 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

DRESDEN-Hubschrauber, Personenschützer und ein Großaufgebot der Polizei: Die Aussage von Johannes D. (30) im Prozess gegen Lina E. (27) fand unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen statt. Dass Mitglieder der militärischen linksradikalen Szene über ihre und die Taten ihrer Kampfgefährten auspacken, genießt Seltenheitswert, sorgt für Wut in der Szene. Trotzdem sagte der Erzieher gestern umfassend aus.

Jahrelang will Johannes D. eigenen Angaben zufolge in der militärischen Szene mitgemischt haben, betrachtete Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Nach Vergewaltigungsvorwürfen kam es zwischen ihm und der Szene zum Bruch, trotz des eingestellten Verfahrens. Als er dann in Warschau seinen neuen Job verlor, entschied er sich, auszupacken. ?Ich hatte mit Johann G. über Jabber geschrieben?, sagt er. Gemeint ist der untergetauchte Freund der Angeklagten Lina E., bei Jabber handelt es sich um ein verschlüsseltes Nachrichtenprogramm. ?Er hatte mich für ein Projekt in Eisenach angefragt.? Das ?Projekt? beinhaltete, den Neonazi Leon R. (24) am 13. Dezember 2019 anzugreifen. ?Es sollten Gegenstände zum Einsatz kommen?, so der Zeuge. ?Es war von Hämtern die Rede. Es ging darum, nachhaltigen Schaden zu hinterlassen, aber nicht darum, bewusst zu töten.? Es sei nicht das erste ?Projekt? gewesen, an dem sich Johannes D. beteiligt habe. Die Absprache soll schon Wochen vor der Aktion stattgefunden haben. Johannes D. sollte dabei eine Kneipe überwachen, Besitzer Leon R. nach Feierabend verfolgen und einer ?Zugriffseinheit? Bescheid geben, wenn dieser an seiner Wohnadresse ankommt. Der zweite Trupp soll unter anderem aus Johann G., Lina E. und einer Gruppe aus Weimar bestanden haben. Kommuniziert wurde über Prepaid-Handys, sein privates Handy ließ Johannes D. zu Hause, damals Berlin. Von dort aus will er direkt nach der Weihnachtsfeier in einer Kita, in der er arbeitete, aufgebrochen sein. Der Prozess wird fortgesetzt. Dann soll auch geklärt werden, wie der Kontakt zwischen Johannes D. und den Sicherheitsbehörden zustande kam. Bildunterschrift: Die Polizei sicherte gestern das Gericht mit einem Großaufgebot. Für die Unterstützer der Angeklagten ist der Kronzeuge ein Verräter. Gestern startete der 60. Verhandlungstag gegen Lina E. (27).

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); ZEUGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); SEXUALDELIKTE (78%); ÜBERWACHUNG (78%); WEIHNACHTEN (65%)

Industry: MOBILTELEFONE (64%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); WARSCHAU, POLEN (74%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (89%); POLEN (74%)

Load-Date: August 26, 2022

End of Document

Kronzeuge plaudert aus dem Nähkästchen

Dresdner Morgenpost

Freitag 29. Juli 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 13

Length: 387 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

DRESDEN-Hubschrauber, Personenschützer und ein Großaufgebot der Polizei: Die Aussage von Johannes D. (30) im Prozess gegen Lina E. (27) fand unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen statt. Dass Mitglieder der militärischen linksradikalen Szene über ihre und die Taten ihrer Kampfgefährten auspacken, genießt Seltenheitswert, sorgt für Wut in der Szene. Trotzdem sagte der Erzieher gestern umfassend aus.

Jahrelang will Johannes D. eigenen Angaben zufolge in der militärischen Szene mitgemischt haben, betrachtete Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Nach Vergewaltigungsvorwürfen kam es zwischen ihm und der Szene zum Bruch, trotz des eingestellten Verfahrens. Als er dann in Warschau seinen neuen Job verlor, entschied er sich, auszupacken. ?Ich hatte mit Johann G. über Jabber geschrieben?, sagt er. Gemeint ist der untergetauchte Freund der Angeklagten Lina E., bei Jabber handelt es sich um ein verschlüsseltes Nachrichtenprogramm. ?Er hatte mich für ein Projekt in Eisenach angefragt.? Das ?Projekt? beinhaltete, den Neonazi Leon R. (24) am 13. Dezember 2019 anzugreifen. ?Es sollten Gegenstände zum Einsatz kommen?, so der Zeuge. ?Es war von Hämtern die Rede. Es ging darum, nachhaltigen Schaden zu hinterlassen, aber nicht darum, bewusst zu töten.? Es sei nicht das erste ?Projekt? gewesen, an dem sich Johannes D. beteiligt habe. Die Absprache soll schon Wochen vor der Aktion stattgefunden haben. Johannes D. sollte dabei eine Kneipe überwachen, Besitzer Leon R. nach Feierabend verfolgen und einer ?Zugriffseinheit? Bescheid geben, wenn dieser an seiner Wohnadresse ankommt. Der zweite Trupp soll unter anderem aus Johann G., Lina E. und einer Gruppe aus Weimar bestanden haben. Kommuniziert wurde über Prepaid-Handys, sein privates Handy ließ Johannes D. zu Hause, damals Berlin. Von dort aus will er direkt nach der Weihnachtsfeier in einer Kita, in der er arbeitete, aufgebrochen sein. Der Prozess wird fortgesetzt. Dann soll auch geklärt werden, wie der Kontakt zwischen Johannes D. und den Sicherheitsbehörden zustande kam. Bildunterschrift: Die Polizei sicherte gestern das Gericht mit einem Großaufgebot. Für die Unterstützer der Angeklagten ist der Kronzeuge ein Verräter. Gestern startete der 60. Verhandlungstag gegen Lina E. (27).

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); ZEUGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); SEXUALDELIKTE (78%); ÜBERWACHUNG (78%); WEIHNACHTEN (65%)

Industry: MOBILTELEFONE (64%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); WARSCHAU, POLEN (74%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (89%); POLEN (74%)

Load-Date: February 15, 2023

End of Document

Nachrichten

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 18. August 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 10

Length: 261 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Parteibüro angegriffen LEIPZIG-Im Leipziger Stadtteil Plagwitz ist in der Nacht zu gestern ein Parteibüro der Grünen attackiert worden. Zwei Fensterscheiben und die Türverglasung des Büros der Landtagsabgeordneten Claudia Maicher (44) wurden beschädigt. Der Staatsschutz ermittelt. Fall Linda E.-weitere Razzia DRESDEN-Im Zusammenhang mit dem Dresdner Prozess gegen mutmaßliche Linksextreme um die Studentin Lina E. hat die Bundesanwaltschaft die Wohnung einer weiteren Beschuldigten durchsuchen lassen. Nach einem Bericht des Nachrichtenportals ?t-online? (Mittwoch) ist die Beschuldigte eine Frau, die im Prozess als Zeugin auftrat. Durchsuchung nach Angriff SCHNEEBERG/CROTTENDORF-Nach dem massiven Angriff auf fünf Polizisten im vergangenen Dezember hat es weitere Durchsuchungen in Schneeberg und Crottendorf (Erzgebirgskreis) gegeben. Dabei wurden gestern früh die Wohnungen und Fahrzeuge von drei Beschuldigten im Alter von 22 und 24 Jahren inspiziert. Die Angreifer hatten im Dezember trotz Corona-Verboten illegal Party gemacht, bei Kontrollen die Beamten attackiert und einen von ihnen schwer verletzt. Tag des offenen Denkmals LEIPZIG-Der Tag des offenen Denkmals wird in diesem Jahr am 11. September in Leipzig eröffnet. Die Messestadt wurde aufgrund des reichen Denkmalbestandes bis in jüngste Zeit und der konsequenten Bewahrung und Weiterentwicklung dieser wertvollen Bausubstanz gewählt, so die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Bundesweit können mehr als 5 000 Bauwerke und Denkmale erlebt werden.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: ZEUGEN (78%); DEUTSCHE LANDTAGE (77%); GERICHTSPROZESSE (71%); STAATSANWÄLTE (56%)

Industry: ONLINE-INHALTE & INFORMATIONSDIENSTLEISTUNGEN (78%); STAATSANWÄLTE (56%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: February 15, 2023

End of Document

Nachrichten

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 18. August 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 10

Length: 261 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Parteibüro angegriffen LEIPZIG-Im Leipziger Stadtteil Plagwitz ist in der Nacht zu gestern ein Parteibüro der Grünen attackiert worden. Zwei Fensterscheiben und die Türverglasung des Büros der Landtagsabgeordneten Claudia Maicher (44) wurden beschädigt. Der Staatsschutz ermittelt. Fall Linda E.-weitere Razzia DRESDEN-Im Zusammenhang mit dem Dresdner Prozess gegen mutmaßliche Linksextreme um die Studentin Lina E. hat die Bundesanwaltschaft die Wohnung einer weiteren Beschuldigten durchsuchen lassen. Nach einem Bericht des Nachrichtenportals ?t-online? (Mittwoch) ist die Beschuldigte eine Frau, die im Prozess als Zeugin auftrat. Durchsuchung nach Angriff SCHNEEBERG/CROTTENDORF-Nach dem massiven Angriff auf fünf Polizisten im vergangenen Dezember hat es weitere Durchsuchungen in Schneeberg und Crottendorf (Erzgebirgskreis) gegeben. Dabei wurden gestern früh die Wohnungen und Fahrzeuge von drei Beschuldigten im Alter von 22 und 24 Jahren inspiziert. Die Angreifer hatten im Dezember trotz Corona-Verboten illegal Party gemacht, bei Kontrollen die Beamten attackiert und einen von ihnen schwer verletzt. Tag des offenen Denkmals LEIPZIG-Der Tag des offenen Denkmals wird in diesem Jahr am 11. September in Leipzig eröffnet. Die Messestadt wurde aufgrund des reichen Denkmalbestandes bis in jüngste Zeit und der konsequenten Bewahrung und Weiterentwicklung dieser wertvollen Bausubstanz gewählt, so die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Bundesweit können mehr als 5 000 Bauwerke und Denkmale erlebt werden.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: ZEUGEN (78%); DEUTSCHE LANDTAGE (77%); GERICHTSPROZESSE (71%); STAATSANWÄLTE (56%)

Industry: ONLINE-INHALTE & INFORMATIONSDIENSTLEISTUNGEN (78%); STAATSANWÄLTE (56%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: August 26, 2022

End of Document

Ex-Linker hat gegen ?Hammerbande? ausgepackt

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 16. Juni 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 12

Length: 284 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

LEIPZIG-Die Generalbundesanwaltschaft hat unverhofft tiefe Einblicke in das Innenleben der linken ?Hammerbande? bekommen. Während deren mutmaßliche Anführerin Lina E. (27) derzeit mit drei Komplizen wegen mehrerer Anschläge und Bildung einer Kriminellen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht (OLG) steht, schüttete ein ehemaliger Mitläufer bei der Polizei sein Herz aus. Eine Razzia in Connewitz schreckte gestern Leipzigs linke Szene auf. Vermummte Polizisten stürmten zwei Gebäude, Ermittler sicherten mögliches Beweismaterial. Wie die Morgenpost aus Justizkreisen erfuhr, galt die Aktion einem Mann und einer Frau, die Teil des linken Gewalt-Netzwerkes sein sollen. Auf die Spur soll die Ermittler Johannes D. (30) gebracht haben, gegen den als ehemaliges Mitglied der ?Hammerbande? selbst ermittelt wird. Inzwischen soll sich der Franke aber von seinen einstigen Genossen abgewandt und bei der Polizei umfangreich zu Struktur und Mitgliedern der Bande ausgesagt haben. Möglicher Hintergrund: Seit letztem Herbst gilt D. in der linken Szene als ?Unperson?-mehrere Frauen hatten ihm sexuelle Übergriffe vorgeworfen. Vor dem OLG beantragte die Generalbundesanwaltschaft gestern, den Aussteiger als Zeugen einzuführen. Zu seiner Sicherheit bekam Johannes D. inzwischen eine neue Identität und umfangreichen Zeugenschutz.-bi.- Bildunterschrift: Razzia in der Leipziger Brandstraße. Ein von der Polizei ?gedrehtes? Mitglied der ?Hammerbande? soll die Ermittler auf die Spur der jetzt Verdächtigen gebracht haben. Vermummte Spezialbeamte stehen in einem Hinterhof in Leipzig-Connewitz, während Ermittler Wohnungen mutmaßlicher linker Gewalttäter durchsuchen.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: JUSTIZMINISTERIEN (90%); KRIMINALERMITTLUNGEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ZEUGEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); SEXUALDELIKTE (76%); BEWEIS (71%); SEXUELLE BELÄSTIGUNG (71%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 16, 2022

End of Document

Großraazzia in Connewitz nach Anschlägen auf Bagger& Co.

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 27. Januar 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 13

Length: 243 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

LEIPZIG-In Leipzig-Connewitz hat die Polizei gestern mal wieder ?Weckdienst? gespielt. Bei einer Razzia in mehreren Häusern suchten die Fahnder nach Beweismaterial für einen Brandanschlag, den Angriff auf eine Zeitungsredaktion sowie für Strafvereitelung im Fall der in Dresden vor Gericht stehenden Linksextremistin Lina E. Kurz vor sechs Uhr morgens flogen an vier Häusern im linken Kiez die Türen auf. Mehr als 100 überwiegend verummumpte Polizeibeamte bahnten sich den Weg zu Wohnungen, Kellern und Dachkammern. ?Der Einsatz dient der Erlangung von Beweismitteln, welche in mehreren Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft Dresden und der Staatsanwaltschaft Leipzig eine Rolle spielen können?, erklärte ein Sprecher des Landeskriminalamtes. Vor Ort war zu erfahren, dass es unter anderem um einen Brandanschlag auf einen Bagger 2019 in Connewitz geht. Ferner um den Angriff von Linksextremisten auf die Leipziger Redaktion der ?Bild? im Sommer 2021 sowie um mögliche Strafvereitelung bei den Ermittlungen gegen die ?Hammerbande? von Lina E. Die von der linksextremen Szene inzwischen zur Ikone erhobene Studentin steht aktuell mit drei Gesinnungsgenossen vor dem Oberlandesgericht. Dem Quartett wird die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie die Beteiligung an Anschlägen vorgeworfen.-bi.- Bildunterschrift: Gegen 6 Uhr morgens starteten mehr als 100 Polizisten eine Razzia in Connewitz.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: BEWEIS (90%); BRANDSTIFTUNG (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); GERICHTSHÖFE (77%); ERMITTLEMENTEN (73%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: February 14, 2022

End of Document

DRESDNER MORGENPOST

Dresdner Morgenpost

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titelseite; S. 1

Length: 75 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die letzten Bahnen rollen ins Museum Nach 56 Jahren Tschüss Tatra! S. 4/5 Ullersdorfer Platz 30 Jahre Planung und kein Ende S. 4/5 OB Hilbert Neuer Ärger mit Dienstreise S. 6 Virtuelle Festung Schauspieler führt auf Königstein S. 7 Wende nach Urteil Lina E. vorerst wieder frei S. 12/13 Dynamo Dresden Sportchef Becker: ?Aufstieg ist Pflicht? S. 18 Dresdner SC Karriereende für Top-Talent Wesser S. 25

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: FÜHRUNGSKRÄFTE (84%)

Industry: MUSEEN & GALERIEN (88%)

DRESDNER MORGENPOST

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Innenminister warnt vor linken Extremisten

Dresdner Morgenpost

Samstag 27. Mai 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 130 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

PETROVICE-Im Vorfeld der Urteilsverkündung im Fall der Leipziger Linksextremistin Lina E. (31. Mai) bereitet sich das Innenministerium auf ein hartes Wochenende vor. ?Was wir an diesem Samstag erwarten, ist die Anreise sehr gewaltbereiter Aktivisten und Extremisten?, sagte Innenminister Armin Schuster (62, CDU) am Rande eines Treffens mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser (52, SPD). Die sächsische Polizei mobilisiere schon jetzt zahlreiche Kräfte aus ganz Deutschland in den gesamten Freistaat. Verschiedenste Gruppierungen auch aus dem Ausland rufen seit Wochen zu Protesten gegen das Gerichtsurteil auf. Eine autonome Demo ist bereits angemeldet. Der Innenminister rät ?gewissen Gruppen?,keinen Gegenprotest zu starten. toe

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (88%)

Innenminister warnt vor linken Extremisten

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 27, 2023

End of Document

Prozess gegen Linksextremistin vor dem Abschluss

Dresdner Morgenpost

Freitag 31. März 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 13

Length: 185 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

DRESDEN-Spannender als Netflix! Bei Serien wird an entscheidenden Stellen der Film beendet, damit die Zuschauer beim nächsten Mal wieder einschalten. Im Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. (28) und drei Mitangeklagte am Hochsicherheitsgericht in Dresden gab es gestern eine ähnliche Situation. Die Bundesanwaltschaft plädierte über sechs Stunden. Ihre Strafmaßforderung wollen die Juristen aber erst am kommenden Prozesstag verraten. Nach 92 Verhandlungstagen plädierte die Staatsanwältin. Demnach sei erwiesen, dass Lina und ihre Mitstreiter als kriminelle Vereinigung zwischen 2018 und 2020 Überfälle auf Angehörige der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach geplant und ausgeführt haben. Lina habe innerhalb der Gruppe eine herausgehobene und bestimmende Position gehabt. Sie hat unmittelbar aktiv an allen bislang bekannten Überfällen mitgewirkt, so die Staatsanwältin in ihrem bisher unvollendeten Plädoyer. Der Prozess wird fortgesetzt. Bildunterschrift: Lina E. (28) versteckte ihr Gesicht im Gerichtssaal hinter einer Mappe.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%)

Company: NETFLIX INC (58%)

Ticker: NFLX (NASDAQ) (58%)

Industry: NAICS532282 VIDEO TAPE & DISC RENTAL (58%); SIC7841 VIDEO TAPE RENTAL (58%); STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: March 31, 2023

End of Document

Fackel-Aufmarsch in der Neustadt

Dresdner Morgenpost

Mittwoch 9. März 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Dresden; S. 9

Length: 129 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Rund zwei Dutzend Menschen formierten sich am Montag gegen 21 Uhr mit Nebeltöpfen und bengalischen Fackeln am Königsbrücker Platz zu einem Aufzug. Als die von Passanten gerufene Polizei eintraf, flogen eine Flasche und Gegenstände in Richtung Funkstreifenwagen. Außerdem zündeten die Demonstranten Mülltonnen an, die sie auf die Straße rollten, und ließen dann in alle Richtungen davon. Von neun Personen wurden die Personalien erfasst, wobei unklar ist, ob es sich um Teilnehmer handelt. ?Wir gehen davon aus, dass der Aufzug im Zusammenhang zu dem Prozess um Linksextremistin Lina E. steht?, so Polizeisprecher Marko Laske (48). Der Staatsschutz ermittelt. am Bildunterschrift: Demonstranten attackierten ein Polizeiauto.

<https://www.tag24.de/Dresden>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: MopoDMP

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%)

Fackel-Aufmarsch in der Neustadt

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: March 9, 2022

End of Document

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:30:00 CEST

Job Number: 202928951

Documents (84)

1. [Urteil gegen Lina E. am 31. Mai](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

2. [Wegen Lina E.: Polizei sagt Tag der offenen Tür ab](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

3. [Vor dem Lina-E.-Urteil: Leipzigs Sorge vor Tag X](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

4. [Lina E. zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

5. [?Der Prozess um Lina E. war nur der Anfang?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

6. [Anwälte erheben im Fall Lina E. schwere Vorwürfe gegen Ankläger](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

7. [Urteil gegen Lina E. nicht vor Ostern](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

8. [Innenminister verteidigt Vermummung eines Staatsanwalts im Einsatz](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

9. [Juristischer Ärger um Verfassungsschutz-Aufsicht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

10. [Neuer Ärger für Dresdner Ex-Anwalt Frank Hannig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

11. [Keine Legitimation für linke Selbstjustiz](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

12. [Polizei bereitet Großeinsatz in Leipzig vor](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

13. [Mit Kusshand ins Gericht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

14. [Leipzig im Belagerungszustand](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

15. [Leipzig im Belagerungszustand](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

16. [Leipzig im Belagerungszustand](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

17. [Leipzig im Belagerungszustand](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

18. [Gewalt ersetzt keine Argumente](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

19. [?Die Taten werden bedrohlicher ?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

20. [Lina-E.-Prozess: Kronzeuge wird weiter befragt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

21. [Plädoyers unterbrochen](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

22. [Eine turbulente Urteilsverkündung](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

23. [Reichsbürger haben in Sachsen immer mehr Zulauf](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

24. [Ermittlungen gegen zwei Polizisten nach Tag X](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

25. [Ausschreitungen von Linksradikalen in Leipzig](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

26. [80 Jugendliche und zwei Kinder im Polizeikessel](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

27. [Bundesanwaltschaft befürchtet schwere Krawalle nach Urteil](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

28. [Die Motive des Kronzeugen im Prozess um Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

29. [Nach Tag X: Kritik an Polizei](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

30. [?Das wäre eine Schlacht geworden?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

31. [?Es gibt keine gute Gewalt?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

32. [Linke Gewalt verändert ihr Gesicht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

33. [Razzia im Fall Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

34. [?Nur mit Schneebällen macht es keinen Sinn?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

35. [Prozess um Lina E: Mitangeklagter hat angeblich Alibi](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

36. [Lina E.-Verhandlung soll wegen eines weiteren Prozesses unterbrochen werden](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

37. [Prozess um Lina E. zeigt Grenzen von Phantombildern](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

38. [Opfer eines Angriffs entlastet Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

39. [Opfer eines Angriffs entlastet Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

40. [Opfer eines Angriffs entlastet Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

41. [Prokuristin überfallen: Spur führt zu Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

42. [Große Prozesse und Massenverfahren belasten Gerichte](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

43. [Weitere Anklage gegen Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

44. [Weitere Anklage gegen Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

45. [Die zwei Geschichten der Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

46. [Die zwei Geschichten der Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

47. [3.000 Menschen bei Demo für Lina E. erwartet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

48. [Von der Dorf-Antifa nach Connnewitz](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

49. [Komplize und Kronzeuge](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

50. [Wer das Schweigen bricht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

51. [Fall Lina E.: Kritik von Verteidigern](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

52. [Angriff in Überzahl](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

53. [Der Kronzeuge](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

54. [Bekennerschreiben nach Angriff auf Landesvertretung](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

55. [Belastende Aufnahmen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

56. [Belastende Aufnahmen](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

57. [Gruppe E. vor Gericht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

58. [Platzmangel im Gericht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

59. [Prozess gegen die Antifa](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

60. [Geplante und spontane Überfälle](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

61. [Geplante und spontane Überfälle](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

62. [Mutmaßliche Linksextremisten in Dresden vor Gericht](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

63. [Leipziger Linx-Demo läuft aus dem Ruder](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

64. [Ermittlungen nach ?LinX?-Demo](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

65. [Ermittlungen nach ?LinX?-Demo](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

66. [?Umkrempeln können wir sie nicht?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

67. [Leipziger Demo erhitzt Gemüter](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

68. [Stromausfall in Dresden und Umgebung](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

69. [Urteil gegen Lina E. wird überprüft](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

70. [Die überraschende Wende im Fall Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

71. [Wegen Lina E.: Polizei sagt Tag der offenen Tür ab](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

72. [Soli-Konzert verläuft friedlich](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

73. [Polizei sucht online Zeugen zu ?Tag X?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

74. [Innenministerin verurteilt Proteste](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

75. [Mordversuch am ?Tag X?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

76. [Fußball-Pokalfinale findet statt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

77. [Polizei rechnet mit Gewalt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

78. [Vier Anklagen wegen Überfall auf Rechtsextremisten](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung Regionalausgaben

79. [NPD-Mann Zeuge im Prozess gegen Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

80. [NPD-Mann Zeuge im Prozess gegen Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

81. [Angriff auf Prokuristin: Ermittlungen eingestellt](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

82. [Linksextremen-Prozess](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

83. [Gerichtsgebäude mit Farbe beschmiert](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung
Regionalausgaben

84. [Gerichtsgebäude mit Farbe beschmiert](#)



Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Sächsische Zeitung

Regionalausgaben



Urteil gegen Lina E. am 31. Mai

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 25. Mai 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 208 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. In einem der größten Strafprozesse wegen linksextremistischer Straftaten bundesweit soll am nächsten Mittwoch das Urteil verkündet werden. Damit beendet das Oberlandesgericht Dresden nach fast zwei Jahren das Verfahren gegen die vier Angeklagten. Ihnen wird Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährliche Körperverletzung und Landfriedensbruch vorgeworfen. Sie sollen Überfälle auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen verübt haben.

Die Hauptangeklagte Lina E. bedankte sich am Mittwoch bei ihren Eltern, Freunden und ihren beiden Verteidigern für die Unterstützung während des Verfahrens. Die Leipziger Studentin sitzt seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft. Sie hatte sich wie die Mitangeklagten nicht zu den Vorwürfen geäußert.

Die Bundesanwaltschaft sieht Lina E. als Rädelsführerin einer kriminellen Vereinigung und beantragte acht Jahre Freiheitsstrafe. Die Verteidiger plädierten auf Freispruch. Es sei der Anklagebehörde im Prozess nicht gelungen, handfeste Nachweise für die Taten vorzulegen, argumentierten die Anwälte. Zugleich warfen sie Justiz und Polizei Nachlässigkeit und Milde gegenüber rechtsextremistischer Gewalt in Ostdeutschland vor. (SZ/lot)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (92%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STRAFTATEN (90%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE

Urteil gegen Lina E. am 31. Mai

SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%);
STRAFZUMESSUNG (78%); VERHAFTUNGEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND
(90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 24, 2023

End of Document

Wegen Lina E.: Polizei sagt Tag der offenen Tür ab

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 27. Mai 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 203 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Mit dem Urteil gegen die mutmaßliche Linksextremistin werden Randale erwartet.

Leipzig. Wegen des angekündigten autonomen ?Tag X? am Samstag nach dem Urteil im Extremismus-Prozess gegen Lina E. hat die Leipziger Polizei ihren Tag der offenen Tür abgesagt. Das teilte ein Sprecher der Polizeidirektion am Donnerstag auf Anfrage mit. Der Tag der offenen Tür war am 3. Juni geplant. Das Urteil gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte soll am 31. Mai fallen. Ihnen werden Angriffe auf mutmaßliche Neonazis in Leipzig, Wurzen und Eisenach vorgeworfen. In linken Kreisen wird seit langem bundesweit für den ?Tag X? mobilisiert. Angekündigt ist eine autonome Demo. Die Aufrufe dazu werden unter anderem von einem Solidaritätsbündnis Antifa Ost im Internet und in sozialen Netzwerken verbreitet. Die Polizei stelle sich am 3. Juni auf einen Großeinsatz ein, sagte der Sprecher. Dazu sei auch Unterstützung aus anderen Bundesländern angefragt worden. Beim Tag der offenen Tür sollte es auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Leipzig unter anderem Vorführungen der Reiterstaffel, Einblicke in die Polizeiarbeit und ein Konzert des Polizeiorchesters geben. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZDBA

Subject: GERICHTSPROZESSE (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); SOCIAL MEDIA (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); POLIZEIKRÄFTE (77%); SOZIALE NETZWERKE (69%)

Wegen Lina E.: Polizei sagt Tag der offenen Tür ab

Industry: SOCIAL MEDIA (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: May 26, 2023

End of Document

Vor dem Lina-E.-Urteil: Leipzigs Sorge vor Tag X

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 826 words

Byline: Sven Heitkamp, Leipzig

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Nach dem Urteil gegen die mutmaßliche Linksextremistin plant die radikale Szene in Leipzig gewaltbereite Aufzüge. Die Polizei bereitet einen Großeinsatz vor.

Samstag nach dem Urteil ist Tag X?: Drohende Plakate dieser Art sind in Leipzig-Connewitz derzeit allgegenwärtig. Die radikale linke Szene mobilisiert seit Monaten zu einer Großdemo, sobald ihre Galionsfigur Lina E. vom Oberlandesgericht in Dresden verurteilt wurde. Diese Woche dürfte es nun so weit sein: Wenn am Mittwoch im Dresdner Staatsschutzenat wie erwartet ein Urteil fällt, sind Samstag in Leipzig auch gewaltbereite Aufmärsche fällig.

Nach einer Kundgebung gegen 17 Uhr auf der Wolfgang-Heinze-Straße in Connewitz soll die Demo entlang der Innenstadt bis zum Hauptbahnhof führen ? ausgerechnet am Stadtfest-Wochenende. Dass es dabei friedlich bleibt, ist kaum zu erwarten. Die bundesweiten Aufrufe der radikalen Szene lassen kaum Deutlichkeit vermissen. Für jedes Jahr verhängte Haft gegen Lina E. und ihre drei Mitangeklagten seien am ?Tag X? eine Million Euro Sachschaden fällig, hieß es bereits in Online-Aufrufen. Und die Bundesanwaltschaft hat allein für Lina E. acht Jahre Gefängnisstrafe gefordert. Entsprechend groß sind im Vorfeld die Sorgen der Sicherheitsbehörden.

Die Studentin Lina E., die in Connewitz wohnte und dort im November 2020 verhaftet wurde, sowie die anderen drei Männer auf der Anklagebank sollen mehr als zwei Jahre lang brutale Übergriffe auf Neonazis in Leipzig, Wurzen und Eisenach verübt haben. Die Bundesanwaltschaft wirft Lina E. vor, dabei die Rädelsführerin einer kriminellen Vereinigung gewesen zu sein.

Seit ihrer Verhaftung wird sie in der linken Szene als Aktivistin verehrt und zugleich zum Opfer von Staatsrepression stilisiert. ?Es handelt sich um den größten staatlichen Angriff auf Strukturen der radikalen Linken seit Jahren, wenn nicht gar seit Jahrzehnten?, heißt es auf dem Portal Indymedia. Der ?Attacke des Systems? müsse nun ein deutliches, militantes Zeichen entgegengesetzt und der Justiz und Polizei in Sachsen der Preis dafür in ?kollektiver militanter Praxis? präsentiert werden: ?Wir kommen am Tag X alle nach Leipzig, um dem Repressionsapparat unseren blanken Hass in seine widerwärtige Fratze zu spucken.? Dabei werden auch Parallelen zum G20-Gipfel in Hamburg gezogen, als es im Juli 2017 tagelang zu massiven Ausschreitungen gekommen war.

Vor dem Lina-E.-Urteil: Leipzigs Sorge vor Tag X

Auch über ein mögliches Verbot der Demo wird mittlerweile spekuliert. ?Der Staat und die Medien zeichnen bereits jetzt völlig überzogene Schreckensszenarien?, heißt es in einem Twitter-Kanal der ?Antifaschisten Aktion?. Daher möge man sich auch auf die Möglichkeit eines Demo-Verbots einstellen. Gemäßigtere Kreise der Autonomen warnen zugleich vor einem ?plumpen Verbalradikalismus? ihrer Gefährtinnen und mutmaßen, dass der aggressive Aufruf ?von den Behörden selber getippt wurde?. Sie appellieren zugleich, dass Leipzig und Connewitz nicht ?zerkloppt? werden mögen.

Die Leipziger Polizei bereitet sich auf jeden Fall auf einen Großeinsatz vor und hat bereits Unterstützung der Bundespolizei und aus anderen Bundesländern angefordert. Genaue Zahlen werden noch nicht genannt, aber klar ist, dass neben mehreren Hundertschaften auch Hubschrauber und Wasserwerfer im Einsatz sein werden. Die Polizeidirektion Leipzig sehe sich vor dem größten Polizeieinsatz der letzten beiden Jahre, sagt Polizeisprecher Olaf Hoppe.

Da immer wieder Aufrufe zu Militanz und zum Teil massive Gewaltankündigungen zu verzeichnen seien, rechne man damit, ?dass auch gewaltbereite und gewaltsuchende Personen nach Leipzig reisen und Straftaten begehen werden?, so Hoppe. Die Sicherheitskräfte würden sich auf einen ?teilweise unfriedlichem Verlauf mit hohem Schadenspotenzial? einstellen und sich eng mit der Stadt Leipzig als Versammlungsbehörde und den Demo-Anmeldern abstimmen. Auch ein Verbot der Aufzüge sei dabei immer noch möglich. Vor dem Hintergrund der befürchteten Ausschreitungen hat die Stadt Leipzig das Versammlungsrecht für das kommende Wochenende eingeschränkt. Laut Allgemeinverfügung sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, die sich inhaltlich auf den Prozess oder Angeklagte beziehen und nicht bis Mitternacht des 31. Mai bei der Versammlungsbehörde angezeigt wurden, und die Teilnahme daran untersagt, wie die Stadt am Dienstag mitteilte.

Außerdem habe man in einem Sicherheitsgespräch mitgeteilt, dass das Sachsenpokalfinale zwischen dem 1. FC Lok Leipzig und dem Chemnitzer FC voraussichtlich verlegt werden müsse. Die Leipziger Polizei wird schon seit einigen Tagen von einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei unterstützt, um unter anderem Brandanschläge und Angriffe auf Behörden zu verhindern. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) hatte schon vor einigen Tagen angekündigt, dass die Polizei sehr viele Kräfte aus ganz Deutschland in Leipzig brauchen werde, um die Lage zu beherrschen. ?Und wir bekommen sie auch.?

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ANKLAGEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (78%); BERUFUNGSGERICHTE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); VERURTEILUNGEN (78%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (77%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); GERICHTSHÖFE (73%); POLIZEIKRÄFTE (61%); GESPRÄCHE & TREFFEN (50%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (77%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: May 30, 2023

End of Document

Lina E. zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 453 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Das Gericht verhängte Freiheitsstrafen gegen die linksextreme Gruppe. Die Angeklagte kam überraschend auf freien Fuß.

Dresden. Das Oberlandesgericht Dresden hat die linksextremistische Gruppe um die Studentin Lina E. zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der Staatsschutzenat verhängte am Mittwoch nach einer Prozessdauer von anderthalb Jahren eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren und drei Monaten für die 28-Jährige. Sie habe sich der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung sowie der gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht. Eine Rädelsführerin der Vereinigung ist sie dem Urteil zufolge nicht.

Das Gericht setzte noch am Abend nach knapp zehnstündiger Urteilsbegründung den Haftbefehl gegen Lina E. überraschend außer Vollzug. Die Reststrafe muss sie nach Rechtskraft des Urteils verbüßen. Bis dahin gilt eine strenge Meldeauflage. E. habe durch die lange Untersuchungshaft die Strafe zum großen Teil verbüßt, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlueter-Staats.

Die drei Mitangeklagten müssen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten in Haft. Die Gruppe hat nach Überzeugung des Gerichts zwischen 2018 und 2020 sechs gewalttätige Überfälle auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen begangen.

Das Strafverfahren, das am Mittwoch nach fast 100 Prozesstagen zu Ende ging, gilt als eines der größten gegen Linksextremisten in jüngster Zeit. Schlueter-Staats sagte, auch wenn sich die Angeklagten auf achtenswerte Motive beriefen, hätten sie gravierende Straftaten begangen. Am schwersten habe es einen Kanalarbeiter getroffen, der laut Gericht nur wegen der Marke seiner Mütze zum Opfer wurde. Die schwerwiegenden Folgen für den Mann hätten auch jene erschreckt, die durchaus Sympathie für diese Art der Gewalt hegten.

Innenminister Armin Schuster (CDU) nannte das Urteil einen wichtigen Erfolg für das Landeskriminalamt: ?Dieser Fall gehört mit zu den größten Ermittlungserfolgen Deutschlands im Kampf gegen die linksextreme Szene.? Er appellierte an die linksextreme Szene, nicht unterzutauchen und die Gewaltspirale nicht weiterzudrehen. Die Urteilsverkündung wurde mehrfach unterbrochen von Störungen und tumultartigen Szenen. Das Gericht verhängte Hausverbote. Zuhörer hatten die Verhandlung mit Sprechchören kurzzeitig unterbrochen und die Richter unter

Lina E. zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt

anderem als ?Faschofreunde? beleidigt. Nach einem kurzen Handgemenge zwischen Unterstützern und Justizbediensteten setzte das Gericht die Urteilsverkündung fort.

Die linksextreme Szene hat für Sonnabend in Leipzig und anderen Städten zu Protestdemonstrationen aufgerufen. Die Polizei bereitet sich auf einen ihrer größten Einsätze der vergangenen Jahre vor. Kommentar

Sachsen

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (91%); GERICHTSHÖFE (91%); GERICHTSURTEILE (91%); VERURTEILUNGEN (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); BERUFUNGSGERICHTE (89%); RICHTER (89%); VERHAFTUNGEN (89%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); STRAFTATEN (78%); POLITIK (77%); ERMITTLEMENTEN (74%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (64%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (64%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

?Der Prozess um Lina E. war nur der Anfang?

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 28. April 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 1278 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dirk Münster ist Leiter der Staatsschutzabteilung des LKA. Er warnt vor einem harten Kern linksextremistischer Gewalttäter.

Herr Münster, die Zugangskontrollen zum Gelände des Landeskriminalamtes und des Landesamtes für Verfassungsschutz in Dresden sind verschärft worden. Was ist passiert?

Mit Blick auf die bevorstehende Urteilsverkündung im Prozess gegen die Gruppe um Lina E. haben wir eine umfangreiche Sicherheitsanalyse vorgenommen. Wir befürchten, dass es zu Straftaten kommen wird, unter anderem gegen Liegenschaften und Mitarbeiter der Polizei. Deshalb sind die Sicherheitsvorkehrungen für die Gebäude nicht nur der Polizei, sondern auch der Justiz maßgeblich erhöht worden. In Leipzig hat es in der Vergangenheit bereits koordinierte Angriffe gegeben, bei denen die Täter Zäune überwunden haben, in Gebäude eingedrungen sind und Brandsätze geworfen haben. Von diesem Szenario gehen wir aus und richten unsere Maßnahmen danach aus, um die Menschen zu schützen, die hier arbeiten, aber auch die Sachwerte, die Akten und die Beweismittel, die hier lagern.

Betrifft dies auch das Gericht, in dem demnächst das Urteil verkündet wird?

Das Gebäude ist speziell für solche Prozesse hergerichtet worden. Es wird aber zusätzliche Interventionskräfte geben, die jegliche Störungen unterbinden.

Die linksextremistische Szene ruft zu Demonstrationen am Tag X, dem Sonnabend nach der Urteilsverkündung, auf. Für jedes Jahr Freiheitsstrafe gegen die vier Angeklagten soll ein Sachschaden in Höhe von einer Million Euro angerichtet werden. Wie ernst nehmen Sie diese Aufrufe?

Wir nehmen die Drohungen sehr ernst. Die Bewertung richtet sich nach vergleichbaren Ereignissen in der Vergangenheit, als sich mehr als 1.500 Demonstranten an Ausschreitungen beteiligt haben. Wir haben uns deshalb angesehen, welche Firmen, welche Orte und Liegenschaften potenziell gefährdet sein könnten. Das ist allerdings schwierig, weil die Szene ihre Angriffe mit beliebigen Begründungen versieht. Ein Anschlag auf ein Skoda-Autohaus in Leipzig ist beispielsweise gerechtfertigt worden mit dem Hinweis, dass die Firma Skoda in verschiedenen Ländern Autos an die Polizei liefert. Wir müssten also alles schützen, was faktisch unmöglich ist. Deshalb sind die Polizeidirektionen sowie das Wirtschaftsministerium gebeten worden, gefährdete Unternehmen

?Der Prozess um Lina E. war nur der Anfang?

und andere potenzielle Angriffsobjekte zu informieren. Wenn es das Ziel ist, mehrere Millionen Euro Sachschaden anzurichten, müssen wir davon ausgehen, dass es nicht nur Polizeigebäude treffen soll.

Trifft es zu, dass der Vorsitzende Richter des Staatsschutzenats und die Vertreterin der Bundesanwaltschaft im Verfahren gegen Lina E. besonderen polizeilichen Schutz erhalten?

Es gibt von Anfang an für alle Akteure des Verfahrens eine Gefährdungsbewertung. Danach haben die jeweils zuständigen Dienststellen entsprechende Maßnahmen ergriffen, damit die Akteure in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen können.

Laut Kriminalstatistik ist die Zahl politisch motivierter Gewalttaten im Bereich Links gestiegen und liegt deutlich über dem Bereich Rechts. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus?

Diese Entwicklung ist nicht neu. In Sachsen begehen Linksextremisten erheblich mehr Gewaltdelikte als Rechtsextremisten. Die Gründung der Soko Linx (die Abkürzung steht für Linksextremismus, d.R.) im Jahr 2019 war eine Folge dieser Gewaltexzesse. Deshalb tun wir alles, um die Zahl politisch motivierter Gewalttaten insgesamt, aber vor allem im Bereich Links zu verringern. Wenn wir es schaffen, die Zahl linksmotivierter Gewaltdelikte ähnlich stark zu senken, wie uns das im rechten Spektrum gelungen ist, wären wir zufrieden. Polizei und Justiz in Sachsen haben es durch gute Arbeit in den vergangenen Jahren geschafft, dass weniger rechtsextremistische Gewalttaten begangen werden. Das wollen wir bei Links auch schaffen.

Innenminister Armin Schuster (CDU) betont stets, dass die größte Gefahr in Sachsen vom Rechtsextremismus ausgeht. Wie sehen Sie das?

Die Einschätzung der Politik zum Rechtsextremismus bezieht sich hier mehr auf die Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie. Das ändert nichts an der fachlichen Einschätzung der Polizei, die auf den aktuellen Zahlen zur politisch motivierten Gewaltkriminalität basieren.

Richten die Gewalttäter der linken Szene nicht vornehmlich Sachschäden an?

Ich bitte Sie, nein! Gezielte Gewalttaten gegen politische Gegner sind ein typisches Merkmal der Szene. Die Darstellung, dass deren Straftaten nur spontane Reaktionen auf rechte Demonstrationen sind, stimmt mit der Realität schlicht nicht überein. Ich lasse die uns vorliegenden Falldaten zum Beispiel auch von Wissenschaftlern auswerten und kann das daher sehr gut belegen. Es gibt keinen guten Extremismus und es gibt auch keine legitime extremistisch motivierte Gewalt. Wir als Polizei haben einen gesetzlichen Auftrag, Kriminalität und Gewalt zu verfolgen und das ist genau das, was wir tun. Es geht nicht an, dass jemand zusammengeschlagen wird, weil er sich politisch äußert oder als Szeneangehöriger erkennbar ist!

Wie groß ist der harte Kern linksextremistischer Gewalttäter?

Die Soko Linx hat einen Personenpool im Blick, der etwa 150 Personen umfasst. Dies sind Personen, die dringend tatverdächtig sind, Gewalttaten begangen oder anderen dabei Unterstützung geleistet zu haben.

Es hat in jüngster Zeit erneut Angriffe auf Rechtsextremisten gegeben, unter anderem in Erfurt und in Budapest. Ein Verdächtiger, der zur Gruppe um Lina E. gehören soll, sitzt in Ungarn in Untersuchungshaft. Gibt es gefestigte Täterstrukturen in diesem Bereich?

Das ist schwer zu sagen. Fakt ist, dass nach den Überfällen in Erfurt und in Budapest mehrere Linksextremisten untergetaucht sind. Wir fahnden sehr intensiv nach ihnen. Wenn man davon ausgeht, dass diese Personen alle Brücken hinter sich abgebrochen haben, um sich zu verstecken, könnte man davon sprechen, dass sich ein harter Kern noch weiter radikalisiert hat. Diese Besorgnis gibt es.

Der Strafprozess gegen Lina E. und ihre drei Mitangeklagten hat eine große Solidarisierungswelle in der linken Szene ausgelöst. Bewirkt das Strafverfahren womöglich das Gegenteil von dem, was erreicht werden sollte?

?Der Prozess um Lina E. war nur der Anfang?

Der Strafprozess hat die Gewalt, die durch die Gruppe verübt worden ist, offengelegt und ich hoffe, dass dadurch innerhalb der Szene differenzierter nachgedacht und gehandelt wird. Ich bewerte nicht die politische Meinung der Täter, aber sie haben eindeutig rote Linien überschritten. Der Kreis um Lina E. ist größer als vier Personen, es wird weitere Ermittlungen und Strafverfahren geben. Das Verfahren gegen Lina E. ist für das LKA schon jetzt von großer Bedeutung, aber im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen. Politische Auseinandersetzungen müssen geführt werden, ohne dass sich die Menschen gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Warum sind die Ermittlungsverfahren zu den Brandanschlägen auf die Baufahrzeuge einer ostsächsischen Firma eingestellt worden?

Die Ermittlungen bei Brandanschlägen sind nie einfach. Die Spurenträger sind durch die Tat häufig vollständig vernichtet worden. Hinzu kommt, dass die Ermittler es mit Tätern zu tun haben, die Einblick in Ermittlungsakten bekommen und dadurch Fehler minimieren können. Sie verzichten auf Kommunikationstechnik und wissen, wie man es vermeidet, auf Brandsätzen DNA-Spuren zu hinterlassen. Allerdings ist die Zahl der Brandanschläge in Leipzig seit 2019 zurückgegangen. Das zeigt mir, dass wir bei unseren Ermittlungen die richtigen Leute im Fokus hatten. Aber es ist ein mühsames und schwieriges Geschäft.

Das Gespräch führte Karin Schlottmann.

Foto: dpa/Ronald Bonß

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GERICHTSURTEILE (89%); KRIMINALSTATISTIKEN (89%); POLIZEIKRÄFTE (89%); ANKLAGEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (78%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); RICHTER (78%); GERICHTSHÖFE (77%); STAATSANWÄLTE (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); BEWEIS (71%); GEFÄNGNISSTRAFEN (71%); STATISTIKEN (71%); GEWALTKRIMINALITÄTS-STATISTIKEN (63%)

Industry: STAATSANWÄLTE (76%); FAHRZEUGSEKTOR-ÜBERSICHT (68%); FAHRZEUGINDUSTRIE (63%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: April 27, 2023

Anwälte erheben im Fall Lina E. schwere Vorwürfe gegen Ankläger

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 20. April 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 582 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Im Staatsschutz-Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin halten die Verteidiger die Vorwürfe für nicht bewiesen. In ihrem Plädoyer kritisieren sie eine ?Vorverurteilung? und eine ?politische Justiz.?

Dresden. Die Verteidiger der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. fordern Freispruch von nahezu allen Anklagevorwürfen und die Aufhebung des Haftbefehls gegen die Angeklagte. Es sei der Bundesanwaltschaft trotz des ?unbedingten Verfolgungseifers? nicht gelungen, ihr die Beteiligung an den Überfällen auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen nachzuweisen. Einen konkreten Strafantrag stellten sie nicht.

Da Lina E. an Rheuma erkrankt sei und enge familiäre Bindungen pflege, bestehe keine Fluchtgefahr, sagte Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff am Mittwoch vor dem Oberlandesgericht Dresden. Ein Leben in der Illegalität käme für sie, anders als für ihren Lebensgefährten, nicht infrage, beteuerte der Anwalt.

Klinggräff warf der Bundesanwaltschaft die Inszenierung eines politischen Verfahrens und dem Oberlandesgericht mangelnden Aufklärungswillen vor ? nach über 90 Verhandlungstagen. Durch die strengen Sicherheitsmaßnahmen und die ?aufgeblähten Polizeieinsätze? während des Transports der Angeklagten von der Untersuchungshaft in Chemnitz zum Prozess nach Dresden sei ein ?politischer Popanz? aufgebaut worden, der sonst nur in Terrorismus-Prozessen üblich sei.

Klinggräf kritisierte zudem, dass die Bundesanwaltschaft das Verfahren an sich gezogen und Anklage beim Staatsschutzenat des Oberlandesgerichts erhoben habe. Der Strafantrag der Anklagebehörde falle massiv aus dem Rahmen und diene nur dazu, das Gericht zu beeindrucken. Die Vertreterin der Behörde hatte wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schwerer Körperverletzung, räuberischen Diebstahls und Urkundenfälschung eine achtjährige Freiheitsstrafe gefordert.

Es sei falsch, immer dann die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung anzuklagen, wenn bei Straftaten politische Motive eine Rolle spielten, sagte Co-Verteidiger Erkan Zünbül. Die Bundesanwaltschaft wolle offenbar testen, wie weit sie gehen könne. Nach diesem Prinzip könnten demnächst auch die sogenannten Klima-Kleber als kriminelle Vereinigung vor Gericht kommen. Die Angeklagten in diesem Verfahren hätten jedenfalls keineswegs ein gemeinsames politisches Ziel.

Anwälte erheben im Fall Lina E. schwere Vorwürfe gegen Ankläger

Die Anwälte kritisierten, dass das ?Versagen des Staates bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus? im Prozess keine Rolle gespielt habe. Gleiches gelte für die Bedeutung der AfD in Sachsen und die hohe Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Thüringen. Den vier Angeklagten aus Leipzig und Berlin wird vorgeworfen, mehrere Überfälle auf Rechtsextremisten begangen zu haben. Die schwersten Verletzungen erlitt ein Arbeiter in Leipzig, den die Täter wegen seiner Mütze fälschlicherweise für einen Neonazi hielten. Lina E. und weitere Mittäter waren bei einem Angriff auf einen Gastwirt in Eisenach gefasst worden. Nur für diese Tat könne sie allenfalls mit einer Bewährungsstrafe belangt werden, forderten die Verteidiger.

Den fünf Berufsrichtern warfen die Anwälte eine ?innere Verbundenheit? mit der Ermittlungsbehörde vor. Das Gericht habe sich in Konfliktsituationen schützend vor die Staatsanwältin und die Beamten des Landeskriminalamtes gestellt, gaben die Verteidiger an. Der Prozess wird am Donnerstag mit den Plädoyers der weiteren Verteidiger fortgesetzt. Mit einer Urteilsverkündung wird Anfang Mai gerechnet.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (92%); ANKLAGEN (91%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE KRIMINAL- UND RECHTSNACHRICHTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); RAUBÜBERFÄLLE (89%); STRAFTATEN (89%); ERMITTLEMENTEN (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); GERICHTSURTEILE (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); VERHAFTUNGEN (78%); DIEBSTAHL (77%); STRAFAUSSETZUNG & BEWÄHRUNG (77%); KRANKHEITEN & GESUNDHEITLICHE BESCHWERDEN (75%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); TERRORISMUS (72%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (70%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (70%); BETRUG & FINANZKRIMINALITÄT (68%); FÄLSCHEN (68%); POLIZEIKRÄFTE (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (79%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: April 19, 2023

End of Document

Urteil gegen Lina E. nicht vor Ostern

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 16. März 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 238 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Im Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. und weitere Angeklagte wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung wird ein Urteil nicht vor Ostern erwartet. Nach einem weiteren richterlichen Hinweis des Vorsitzenden Richters Hans Schlüter-Staats beantragten die Verteidiger am Mittwoch die Unterbrechung des Verfahrens für die Dauer von zwei Wochen. Einem der Angeklagten drohe eine deutlich höhere Strafe, begründeten sie ihr Vorgehen kurz vor Ende der Beweisaufnahme. Neue Beweisanträge seien nicht ausgeschlossen.

Das Gericht hatte darauf hingewiesen, dass die mögliche kriminelle Vereinigung schon etwa zwei Jahre früher als angenommen gegründet worden sein könnte. Dies ergebe sich aus der Aussage des Kronzeugen, der früher selbst der linksextremistischen Szene angehört und sich im vorigen Jahr der Bundesanwaltschaft als Zeuge zur Verfügung gestellt hatte. Der Aussteiger hatte unter anderem über Szenarien-Trainings in Leipzig berichtet, mit denen sich die Angeklagten auf ihre minutiös geplanten Überfälle auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen vorbereitet hatten.

Das Strafverfahren vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden hat vor anderthalb Jahren begonnen. Lina E. sitzt als mutmaßliche Anführerin seit mehr als drei Jahren in Untersuchungshaft. Ihre drei Mitangeklagten aus Berlin und Leipzig sind auf freiem Fuß. (SZ/Iot)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); RICHTER (90%); ZEUGEN (90%); BEWEIS (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); BERLIN, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: March 16, 2023

End of Document

Innenminister verteidigt Vermummung eines Staatsanwalts im Einsatz

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Mittwoch 2. August 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 354 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Wegen der Gewaltbereitschaft politischer Extremisten hat ein Staatsanwalt in Leipzig sein Gesicht verhüllt ? offenbar aus gutem Grund.

Dresden. Innenminister Armin Schuster (CDU) hat den Gesichtsschutz eines Staatsanwalts während einer Wohnungsdurchsuchung in Leipzig verteidigt. Es gebe keine Vorschrift, die es Strafverfolgern verbiete, während eines Einsatzes zum eigenen Schutz das Gesicht zu verhüllen, entgegnete Schuster Kritik der Abgeordneten Juliane Nagel (Linkspartei).

Bei Ermittlungshandlungen wie in diesem Fall einer Wohnungsdurchsuchung komme es häufig zu Behinderungen, Störungen und Widerstandshandlungen. Bei der Razzia am 12. Januar in Leipzig sei es um eine mutmaßlich politisch motivierte Straftat gegangen, durch die ein Schaden von bis zu 70.000 Euro verursacht worden sein soll, heißt es in der Antwort Schusters auf eine Anfrage Nagels. Bei Ermittlungen gegen politisch motivierte Kriminalität stünden die Ermittler einer wachsenden Aggressivität und potenzieller Gewaltbereitschaft der Szene gegenüber. Es müsse immer damit gerechnet werden, dass Einsatzkräfte der Polizei sowie Staatsanwälte von Szene-Angehörigen fotografiert und dadurch gefährdet würden, heißt es in der Antwort des Ministers.

Bei der Durchsuchung im vorigen Januar hatte ein Staatsanwalt mit einer Art Sturmhaube seine Identität geschützt, um das Fotografieren und eine mögliche digitale Verbreitung der Bilder zu verhindern. Tatsächlich gab es später Aufnahmen von dem Einsatz, die über die sozialen Medien veröffentlicht wurden, erläuterte Schuster.

Nach einem ähnlichen Vorfall im Zusammenhang mit den Solidaritäts-Demonstrationen für die Linksextremistin Lina E. hatte die Generalstaatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen einen Sozialarbeiter aus Grimma eingeleitet. Der Mann hatte ein Bild sowie persönliche Daten eines Staatsanwalts auf Twitter mit der unterschwelligen Drohung (...) falls er Euch in den Gassen Grimmas mal über den Weg läuft? verbreitet. Die Verbreitung persönlicher Daten ist, wenn sie Menschen in Gefahr bringen kann, inzwischen eine Straftat.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Innenminister verteidigt Vermummung eines Staatsanwalts im Einsatz

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: STAATSANWÄLTE (93%); ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); JUSTIZMINISTERIEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); STRAFTATEN (77%); SOCIAL MEDIA (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (93%); RECHTSANWÄLTE (78%); SOCIAL MEDIA (71%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: August 1, 2023

End of Document

Juristischer Ärger um Verfassungsschutz-Aufsicht

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 25. Juli 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 328 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Ein LKA-Spitzenbeamter soll die Rechtsaufsicht über den Verfassungsschutz übernehmen. Doch die Stellenbesetzung war möglicherweise fehlerhaft.

Dresden. Die Personalie war längst kein Geheimnis mehr: Dirk Münster, Leiter der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes, sollte zum Referatsleiter im Innenministerium befördert werden und dort die Rechtsaufsicht über den Verfassungsschutz übernehmen.

Doch das Besetzungsverfahren ist möglicherweise rechtsfehlerhaft. Seit Mitte Juni befasst sich das Verwaltungsgericht Dresden mit dem Vorgang. Ein Mitbewerber habe einen Eilantrag eingereicht, teilte eine Sprecherin mit. Die Personalabteilung habe ihm mitgeteilt, dass seine Bewerbung nicht berücksichtigt werden könne, da das Verfahren aus sachlichen Gründen abgebrochen worden sei. Der Dienstposten sei nicht mehr verfügbar. Der Eilantrag richtet sich gegen den Abbruch des Verfahrens. Ein Gerichtsbeschluss wird in den nächsten Wochen erwartet.

Seit drei Jahren ist die Stelle des Referatsleiters für ?Verfassungsschutz, Geheimschutz? im Innenministerium unbesetzt. Der frühere Referatsleiter, Dirk-Martin Christian, wurde 2020 zum Verfassungsschutz-Präsidenten ernannt. Das Ministerium regelte seine Nachfolge nicht, bis die Personalabteilung Anfang des Jahres in einer Ausschreibung nach einem Juristen für diese Position suchte. Sachsens oberster Staatsschützer Dirk Münster ist Polizist mit langjähriger Erfahrung im Bereich ?Politisch motivierte Kriminalität?. Seine Abteilung ist unter anderem zuständig für die Verfolgung von Rechts- und Linksextremismus sowie für den Personenschutz. Die Ermittlungen im Verfahren gegen die Leipziger Linksextremistin Lina E. führten dazu, dass er zeitweise selbst unter Polizeischutz stand.

In der Landesregierung genießt Münster hohes Ansehen. Er stehe für eine Reihe von Erfolgen, ohne die das Land anders aussehen würde, sagte Innenminister Armin Schuster (CDU) kürzlich.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); PERSONALWIRTSCHAFT (90%); POLITIK (90%);
GERICHTSBESCHLÜSSE & VERFÜGUNGEN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (77%); MINISTER &
STAATSSEKRETÄRE (77%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (77%); POLITISCHE PARTEIEN
(73%); STRAFTATEN (73%); NEGATIVE NACHRICHTEN (71%); ERMITTLEMENTEN (66%); DEUTSCHE
POLITISCHE PARTEIEN (64%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (88%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND
(59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: July 24, 2023

End of Document

Neuer Ärger für Dresdner Ex-Anwalt Frank Hannig

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 773 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Nach einer Anklage wegen Anlagebetruges nun eine weitere wegen Untreue: Frank Hannig soll einem Mandanten Geld vorenthalten haben.

Der ehemalige Dresdner Rechtsanwalt und Stadtrat (Freie Wähler) Frank Hannig steht unter dem Verdacht, Mandantengelder veruntreut zu haben. Der 52-Jährige war erst im März wegen Betruges angeklagt worden, nun legte die Staatsanwaltschaft Dresden eine weitere Anklageschrift gegen den schillernden Dresdner Politiker vor.

Anfang April veröffentlichte die Sächsische Zeitung Betrugsvorwürfe gegen Hannig, eine Anklage vor dem Landgericht Dresden. Als Rechtsanwalt soll Hannig etwa zwischen 2018 und 2020 von Mandanten rund fünf Millionen Euro eingesammelt und abzüglich seiner Provision von knapp 200.000 Euro ins Ausland weitergeleitet haben. Der Vorwurf lautet gemeinschaftlicher Betrug in mehr als 100 Fällen.

Zurzeit läuft das sogenannte Zwischenverfahren, in dem die Wirtschaftskammer die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft Dresden überprüft und darüber entscheidet, ob sie das Hauptverfahren eröffnet. So weit, so normal. Doch es gibt neuen Ärger des Juristen und Stadtpolitikers mit der Justiz.

In einer weiteren Anklage wirft die Staatsanwaltschaft Hannig jetzt auch Untreue vor. Nach SZ-Informationen soll der 52-Jährige einem Mandanten eine vierstellige Summe, angeblich mehr als 3.000 Euro, vorenthalten haben. Es geht demnach um ein Zivilverfahren, in dem Hannigs Mandant mehr als 20.000 Euro zugesprochen wurden. Das schöne Geld habe der Anwalt jedoch angeblich nicht in voller Höhe an seinen Mandanten weitergeleitet und, auch das für einen Anwalt ungewöhnlich, nicht über ein sogenanntes Anderkonto abgewickelt. Anderkonten sind eigens für solche Transaktionen vorgesehen, um das Geld nicht zu gefährden -? etwa im Falle einer Insolvenz des Anwalts.

Interessant ist der Zeitpunkt der, wie Juristen sagen, ?nicht ausgekehrten Summe?: ab Mitte 2021. Hannig war damals als parteiunabhängiger Dresdner Kandidat mitten im Bundestagswahlkampf und gern gesehener Redner auf Querdenker-Bühnen. Kurz zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Dresden Hannigs Kanzlei und Wohnung wegen der Anlagebetrugsvorwürfe durchsucht, worüber Wahlkämpfer Hannig selbst recht offen informierte.

Neuer Ärger für Dresdner Ex-Anwalt Frank Hannig

Das Amtsgericht Dresden bestätigte der SZ den Eingang der Anklage mit dem Untreuevorwurf, ohne jedoch Details zu nennen. Ähnlich reagierte Hannigs Strafverteidiger Ronald Mayer. Er habe noch keine Gelegenheit gehabt, sich mit seinem Mandanten auszutauschen. Die Anklage stamme vom 5. Mai, sagte der Freitaler Strafverteidiger. Wie das Amtsgericht nun mit dem zweiten Verfahren umgehen wird, ist offen. Zunächst steht auch hier die Überprüfung durch den Richter an.

Insolvenz und Fraktionsrauswurf Frank Hannig kommt nicht aus den Schlagzeilen heraus. Im Herbst 2022 bestätigte er gegenüber der SZ, er habe seine Rechtsanwaltszulassung aus gesundheitlichen Gründen zurückgegeben. Monatelang war er zuvor in einem Prozess am Landgericht Dresden, wo er einen wegen Menschenhandels angeklagten Zuhälter verteidigt hatte, für das Gericht nicht erreichbar gewesen. Ende des Jahres wurde Hannigs Insolvenz bekannt und schließlich hatte sich auch noch die Fraktion der Freien Wähler/Freie Bürger im Dresdner Stadtrat von dem 52-jährigen getrennt, wohl wegen Unzuverlässigkeit.

Hannig war monatelang nicht mehr öffentlich aufgetreten. Am vergangenen Montag jedoch stand er überraschend wieder als Redner auf der Bühne einer corona-kritischen Initiative namens ?Dresden vereint? und berichtete etwa von einem längeren USA-Aufenthalt. Darüber hinaus machte er die sächsische Justizministerin Katja Meier (Grüne) dafür verantwortlich, dass die Linksextremistin **Lina E.** Ende Mai angeblich nur mild verurteilt wurde.

Laut Hannig liege das daran, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden sei. Dabei unterschlug er, dass die Anklagen sowohl gegen die Gruppe um **Lina E.** als auch gegen die Rechtsterroristen der Gruppe Freital nicht von sächsischen Staatsanwälten, sondern von der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe erhoben wurden. Hinzu kommt, dass Justizminister generell keinen Einfluss auf konkrete Anklagen nehmen.

Zuletzt sei **Lina E.** laut Hannig auch noch aus der Untersuchungshaft entlassen worden: ?Und was macht sie? Sie geht nach Leipzig, zündet Polizeiautos an, verletzt Beamte und errichtet Barrikaden.? Tatsächlich gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass sich **Lina E.** in irgendeiner Form aktiv an den Ausschreitungen am 3. Juni in Leipzig beteiligt hat. Frank Hannig, so viel ist klar, bleibt auch ohne Rechtsanwaltszulassung und als mehrfach Angeklagter ein streitbarer Kommunalpolitiker.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ANLAGEN (91%); BETRUG & FINANZKRIMINALITÄT (90%); STAATSANWÄLTE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); GERICHTSHÖFE (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); RECHTSANWÄLTE (89%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); STÄDTE (89%); WÄHLER & WAHLEN (89%); GERICHTSPROZESSE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RICHTER (78%); UNTERSCHLAGUNG (78%); UNTERSCHLAGUNG & VERUNTREUUNG (78%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (77%); MENSCHENHANDEL (76%); DEUTSCHER BUNDESTAG (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); RECHTSANWÄLTE (89%)

Neuer Ärger für Dresdner Ex-Anwalt Frank Hannig

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 11, 2023

End of Document

Keine Legitimation für linke Selbstjustiz

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 365 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren und drei Monaten ist der Prozess gegen Mitglieder einer linksextremen Schlägerbande zu Ende gegangen. Die Strafen sind hart, aber, folgt man der Argumentation des Gerichts, nur konsequent. Die Gefahr, die von der Gruppe um Lina E. ausging, richtete sich zwar in erster Linie gegen Funktionäre und Mitglieder rechtsextremer Parteien und Organisationen. Darüber hinaus stellen die Antifa-Kämpfer aber vor allem das staatliche Gewaltmonopol infrage. Wenn der Staat nicht genug gegen rechtsextremistische Gewalt unternimmt, so deren Logik, müssten selbsternannte Rollkommandos die Aufgabe in die Hand nehmen. Da aus solchen gruppendiffusiven Prozessen eine äußerst gefährliche Eskalation entstehen kann, haben Polizei und Justiz ein deutliches Stopnzeichen gesetzt.

In den 1990-er Jahren sind insbesondere in Ostdeutschland schwere Versäumnisse begangen worden, die das Erstarken rechtsextremistischer Gewalt ermöglicht haben. Die Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), die zehn Menschen getötet hat, ist in Thüringen entstanden und in Sachsen untergetaucht. Die damaligen Versäumnisse der Politik waren folgenreich. Doch seitdem hat sich vieles geändert. Politik, Justiz und Gesellschaft haben längst erkannt, welche Gefahr vom Rechtsextremismus ausgeht. Zivilgesellschaftliche Gruppen erhalten Steuergeld in Millionenhöhe für Projekte gegen Rassismus und für Demokratieförderung. Für die Annahme der linken Straßenkämpfer, Selbstjustiz sei legitim, gibt es keine akzeptable Begründung.

Deren Selbstermächtigung hat sich, wie es die Bundesanwaltschaft nannte, inzwischen zu einer Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entwickelt. Nach dem Beispiel der Gruppe um Lina E. haben sich weitere Zellen gebildet, die den Weg in die Illegalität nicht scheuen. In Aufrufen zu Protestdemonstrationen werden Sachschäden in Millionenhöhe angedroht. Ein größeres Fußballspiel muss womöglich ausfallen, Firmen fürchten um ihr Eigentum. Mit dem Urteil gegen Lina E. haben Polizei und Justiz ihre Aufgaben gegen den Links-extremismus noch längst nicht erledigt.

Karin.Schlottmann@saechische.de

<https://www.saechische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); STRAFZUMESSUNG (89%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (76%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); TERRORORGANISATIONEN (73%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (73%); FUSSBALL (71%); POLITISCHE PARTEIEN (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Polizei bereitet Großeinsatz in Leipzig vor

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 3. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 417 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Oberbürgermeister Burkhard Jung äußert sich besorgt wegen der Gewaltaufrufe militanter Gruppen. Das Verbot der Demo am Sonnabend werde durchgesetzt.

Leipzig. Der Oberbürgermeister von Leipzig, Burkhard Jung (SPD), hat sich nach dem Verbot der Demonstration linksextremistischer Gruppen besorgt über die teils hasserfüllten Gewaltaufrufe geäußert. Gewalt dürfe niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein, sagte er am Freitag. ?Ich appelliere an alle, sich den Aufrufen nicht anzuschließen und sich von Gewalt unmissverständlich zu distanzieren.?

Die Stadt Leipzig hat für das bevorstehende Wochenende auf Grundlage einer Gefahrenprognose der Polizei das Versammlungsrecht in Teilen eingeschränkt. Eine Unterstützer-Demonstration für die Linksextremistin Lina E. wurde untersagt.

Die Polizei bereitet sich unterdessen auf einen Großeinsatz vor. Schon seit Freitag 18 Uhr gilt ein Kontrollbereich, der große Teile des Stadtgebiets umfasst. Dort kann die Polizei ohne besonderen Anlass Menschen anhalten und kontrollieren.

Die Stadt hatte die Demonstration mit dem Motto ?United we stand ? Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!? untersagt, weil sie einen unfriedlichen Verlauf befürchtet. Die Organisatoren der ?Tag X?-Demo wehren sich juristisch gegen das Verbot. Einen Eilantrag lehnte das Verwaltungsgericht Leipzig aber am Freitagabend ab und begründete die Entscheidung damit, ?dass mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen? sei.

Die Demonstranten wollen gegen die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. und drei Mitangeklagten wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung protestieren. Das Quartett ist wegen mehrerer Überfälle auf Neonazis zu Haftstrafen verurteilt worden. Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei. An diesem Wochenende finden in Leipzig zudem weitere Veranstaltungen statt. Es ist Stadtfest, Herbert Grönemeyer gibt ein Konzert, Lok Leipzig und der Chemnitzer FC spielen um den Sachsenpokal. Eine Absage war überlegt, aber dann verworfen worden.

Die Polizei hat gegen die Linke-Abgeordnete Julianne Nagel nach einer Demonstration Anzeige erstattet. Ein Polizeisprecher sagte, sie sei nicht festgenommen worden. Nagel sei ?Teil einer polizeilichen Maßnahme

Polizei bereitet Großeinsatz in Leipzig vor

geworden?. Es stehe der Vorwurf eines tatsächlichen Angriffs auf Polizeibeamte im Raum. Die genauen Umstände würden derzeit ermittelt. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZHOY

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); BÜRGERMEISTER (91%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); VERHAFTUNGEN (89%); VERURTEILUNGEN (87%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSKLAGEN (78%); VERANSTALTUNGSKALENDER (78%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (77%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); GERICHTSURTEILE (72%); STRAFZUMESSUNG (72%); GERICHTSHÖFE (67%); POLIZEIKRÄFTE (62%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Mit Kusshand ins Gericht

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 30. Mai 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Seite3; S. 3

Length: 1808 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die Anklägerin hält Lina E. für die Rädelsführerin einer linken Schlägertruppe. Im Prozess wirkt sie eher wie eine nette Studentin von nebenan. Am Mittwoch fällt in Dresden das Urteil.

Den schwarzen Lina-Beutel aus Baumwolle gibt es im Online-Shop schon für zehn Euro. Der Kapuzenpulli mit aufgedrucktem Pfeffersprayer und Hammer kostet immerhin schon 47 Euro. Im Angebot sind Free-Lina-Aufkleber und Lina-Shirts mit ?Feuer und Flamme?-Schriftzug. Lina E., ?unsere Freundin und Genossin?, wie Unterstützer sie nennen, ist eine Heldenin in der linken Szene in ganz Deutschland.

Seit zweieinhalb Jahren sitzt die Studentin im Frauengefängnis in Chemnitz in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihr vor, Rädelsführerin einer kriminellen Vereinigung zu sein, die in Sachsen und Thüringen systematisch Rechtsextremisten und Menschen, die sie dafür hielt, überfiel und mit Schlagstöcken, Hammer, Stangen und Reizgas schwer verletzte.

An diesem Mittwoch, nach fast 100 Prozesstagen, will der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden sein Urteil gegen die 28-Jährige und ihre drei Kampfgefährten verkünden. Wenn es nach der Anklage geht, bleibt Lina E. acht Jahre in Haft.

Das Auftreten der Angeklagten in ihrem Prozess und das Bild, das sich aus der langen Beweisaufnahme ergibt, passen auf den ersten Blick nicht recht zusammen. Mit einer Schleife im Haar und fröhlichem Lächeln winkt sie ihren Unterstützern zu. Sie wirft Kusshände in die Runde, wenn sie morgens in den Saal kommt. Schwer zu sagen, ob das Bild der netten Lina echt ist oder ob es einer Inszenierung dient. Sich der ?Repression? bloß nicht beugen, fordern ihre Leute in den einschlägigen Internet-Portalen.

Während sich ihre meist in schwarz gekleideten Freunde und Angehörigen, darunter stets ihre Mutter, auf den Zuhörerplätzen mit Zwischenrufen oder Klatschen bemerkbar machen, sitzt die Angeklagte schweigend da ? fast unscheinbar. Sie erzählt dem Gericht über ihre Kindheit in Kassel, Schule und Studium in Halle, die Arbeit als Sozialpädagogin mit Kindern und Jugendlichen. Die Mutter ist ebenfalls Sozialpädagogin, der Vater Oberstudienrat. Zu den schwerwiegenden Vorwürfen der Bundesanwaltschaft sagt Lina E. zweieinhalb Jahre lang kein Wort. Ihre letzten Worte vor der Urteilsverkündung nutzt sie nicht etwa für eine politische Erklärung, sondern für Dankesworte an ihre Eltern, ?die Omis?, ihre Freunde und die Anwälte.

Mit Kusshand ins Gericht

Staatsanwältin Alexandra Geilhorn zeichnet dagegen ein anderes Bild von der Angeklagten. Lina E. ist nach ihrer Überzeugung mit ihrem Freund Johann G. die treibende Kraft einer kriminellen Vereinigung selbst ernannter Nazi-Jäger gewesen. Sie beide hätten Opfer ausgewählt und Gruppenziele bestimmt. Linas Aufgabe sei es gewesen, Mittäter auszusuchen und für die Attacken zu gewinnen. Als sogenannte Überblicksperson habe sie die Schlägereien abgesichert und im Notfall den Rückzug angeordnet. Lina E. sei diejenige gewesen, die Zugang hatte zu einem Versteck mit den Tatwerkzeugen. Elf sichere Handys wurden in ihrer Wohnung sichergestellt.

Lina E. lebte in Leipzig-Connewitz, bevor sie im November 2020 verhaftet und mit dem Hubschrauber zum Ermittlungsrichter nach Karlsruhe geflogen wird. Ihr Freund ist zu diesem Zeitpunkt untergetaucht. Spätestens im August 2018 haben sich, davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt, Lina und Johann mit anderen in Leipzig zusammenschlossen und bis etwa Anfang 2020 Rechtsextremisten verprügelt. Die Angeklagten passten sie auf dem Weg zur Arbeit ab oder, wie in einem Fall, nach einer Neonazi-Demonstration in Dresden am Bahnhof in Wurzen. Einen Wirt in Eisenach, der inzwischen selbst in Untersuchungshaft sitzt, überfielen sie einmal in seiner Kneipe und einmal vor seiner Wohnung. Nach und nach wollten sie all jenen eine Lektion erteilen, die Anfang 2016 bei rechten Ausschreitungen, dem sogenannten Sturm auf Connewitz, dabei gewesen waren. Ein ehrgeiziger Plan: Die Liste von damals umfasste 215 Personen.

Am schlimmsten erwischte es einen Arbeiter in Leipzig, den verummigte Täter aufgrund seiner Mütze fälschlicherweise für einen Nazi hielten. Sie verprügeln den Mann am helllichten Tag auf seiner Baustelle mitten in der Stadt so heftig, dass er mehrere Brüche am Schädel erlitt. Seine Augenhöhle konnte nur mit Metallplatten zusammengehalten werden. Der Familienvater leidet bis heute unter Schmerzen und Angstzuständen.

Die Angeklagten hätten sich aufgrund ihrer eigenen Definition von Antifaschismus für ermächtigt gehalten, mit Gewalt gegen den politischen Gegner vorzugehen, kritisiert Staatsanwältin Geilhorn dieses Vorgehen. Die Spirale der Gewalt sei eine Belastung für die Innere Sicherheit im Land und müsse unterbrochen werden, mahnt die Staatsanwältin. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit hänge nicht von der politischen Gesinnung ab. Der Zweck heilige eben nicht die Mittel. ?Es gibt keine gute politische Gewalt.?

Ihre Sichtweise empört das linke Publikum ebenso wie die insgesamt acht Verteidiger. Es sei genau diese historisch falsche Parallele zu den sogenannten Weimarer Verhältnissen, die dazu geführt habe, dass Karlsruhe das Verfahren an sich gezogen und nicht etwa einem normalen Schöffengericht überlassen habe, entgegnen die Anwälte. Damals, in der Zeit der Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, sei wie heute die tödliche Gewalt vor allem von rechts ausgegangen, sagt Rechtsanwalt Einar Aufurth. Er und seine Kollegen werfen der Bundesanwaltschaft ?Geschichtsblindheit? und ?unbedingten Verfolgungseifer? vor.

Die Angeklagten vertrauten nach den rechtsextremen Anschlägen in den letzten Jahren, dem Versagen von Polizei und Justiz und den milden Strafen dem Staat nicht mehr, argumentieren die Anwälte. Man müsse offenbar Nazi sein, um eine Bewährungsstrafe zu bekommen, höhnt Aufurths Kollegin Rita Belter unter dem lauten Beifall der Zuhörer. Linksextremisten formulieren es in ihren Foren noch drastischer: Der Staat sei, egal wie er sich selbst sehe, nichts anderes als ein Förderer, Beschützer und Verteidiger von Faschisten und Nationalsozialisten.

Doch so vehement, wie Verteidiger die linke Selbstjustiz verteidigen, so heftig bestreiten sie, dass die Angeklagten mit den konkreten Straftaten etwas zu tun hatten. Die Beweiskette sei brüchig. Die Angeklagten schweigen in ihrem langen Prozess zu den Gewalttaten.

Tatsächlich musste auch die Bundes-anwaltschaft einräumen, dass es keine ?smoking gun? gibt, also nicht den einen eindeutigen Beweis für die Schuld der Angeklagten. Ausgerechnet im Fall des schwer verletzten Kanalarbeiters ist die Beweislage gegen Lina E. besonders dünn. Die Anklägerin beruft sich bei den Taten auf Indizien, DNA-Spuren, Abhörmaßnahmen, Zeugenaussagen und auf den Kronzeugen ? ein Antifa-Kämpfer und früherer Freund von Lina und Johann. Sein überraschendes Auftauchen muss sie schwer getroffen haben. Ein Verräter in ihren Reihen, das hätte in der Szene, in der Abschottung nach außen zum kleinen Einmaleins gehört, wohl keiner für möglich gehalten.

Der Kronzeuge geht nicht nur auf Distanz zu den politischen Motiven seiner ehemaligen Freunde. Er gibt tiefe Einblicke in die Strukturen der Connewitzer Szene. So beschreibt er anschaulich die Trainingseinheiten in einer

Mit Kusshand ins Gericht

Sporthalle, mit denen sich die Gruppe auf die Attacken vorbereitet haben soll. Und, was für sie noch schlimmer ist: Er nennt Namen von Tätern und Unterstützern.

Fast 100 Verhandlungstage verhandelt der Staatsschutzenrat unter Vorsitz von Hans Schlueter-Staats. Oft gibt es laute Wortwechsel zwischen Verteidigern und dem Vorsitzenden. Bis ins Kleinste wird über die Fragen an Zeugen und deren Bewertung gestritten. Als eine Verteidigerin nach Schluss der Beweisaufnahme in ihrem Plädoyer die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen anzweifelt, lädt Schlueter-Staats kurzerhand noch einmal zwei Zeugen, um ihre Behauptung zu überprüfen.

Im April beantragt Staatsanwältin Geilhorn Haftstrafen zwischen zwei Jahren und neun Monaten sowie acht Jahren. Die Angeklagten wirken geschockt. Es scheint, als hätten sie das nicht erwartet. Die Unterstützer im Publikum gehen nun häufiger auf Konfrontation mit dem Gericht. Einmal droht Schlueter-Staats ihnen Ordnungsgeld an, sollten sie die Worte der Verteidiger noch einmal laut beklatschen. ?Sehr gerne?, ruft ein Mann zurück. Viele bleiben demonstrativ sitzen, wenn die fünf Berufsrichter hereinkommen. Sie wissen, irgendwie muss der Richter auf ihre Spielchen reagieren. An einem Tag sollen die Justizwachtmeister Personalien aufnehmen, was die Beamten aber nicht schnell genug mitbekommen. Ein anderes Mal sagt Schlueter-Staats, er werde nicht über jedes Stöckchen springen, droht aber, beim nächsten Mal die Sitzenbleiber fotografieren zu lassen.

Während im Gerichtssaal verhandelt wird, begehen Aktivisten weiter Anschläge auf eine Polizeiwache in Bremen, auf Fahrzeuge in Leipzig und auf die Geräte einer sächsischen Baufirma ? im Namen der Solidarität mit inhaftierten Genossinnen und Genossen. Am Tag der Urteilsverkündung wollen Autonome in Dresden, Leipzig, Hamburg und Berlin ihrer Wut Luft verschaffen, wie es in einem Aufruf heißt. Am Sonnabend ist eine große Demonstration in Leipzig geplant, für die bundesweit mobilisiert wird. In anonymen Aufrufen drohen die Autonomen Sachschäden in Millionenhöhe an. Die Polizei nimmt die Sache ernst. Sie bereitet sich seit Wochen auf den Tag X vor. Ihren Tag der offenen Tür in Leipzig sagt sie kurzfristig ab.

Eines steht fest: Nach einem Urteil gegen Lina E., Philipp M., Lennart A. und Jannis R. werden weitere Verfahren folgen. Die sächsische Justiz geht davon aus, dass sich inzwischen neue Zellen gebildet haben. Ein harter Kern habe sich weiter radikaliert, heißt es. Linas Freund Johann ist vorbestraft, er wird mit Haftbefehl gesucht. Er soll im Winter mit anderen Tatverdächtigen aus Leipzig an Anschlägen auf Rechte in Budapest beteiligt gewesen sein.

Mit großer Sorge beobachten Ermittler, dass die Täter immer jünger werden. Einige der nach den Vorfällen in Ungarn Gesuchten sind erst Anfang 20, darunter auch zwei junge Frauen. Sie haben offenbar alle Brücken hinter sich abgebrochen. Bis heute konnten sie sich vor den Fahndern verstecken. Ermittler fragen sich, wie viel Unterstützung sie bekommen, um im Untergrund überleben zu können.

Vor wenigen Tagen vermelden die Generalstaatsanwaltschaft und das Landeskriminalamt Sachsen einen Erfolg. Sie nehmen einen 24-Jährigen in Jena fest, der einen NPD-Mann in dessen Wohnung mit Notfallhämfern malträtiert haben soll. Einem Bericht der Welt zufolge hat sich der Mittäter einer terroristischen Vereinigung in Syrien, vermutlich der PKK, angeschlossen. ?Das Verfahren gegen Lina E. ist für das LKA von großer Bedeutung, sagt Dirk Münster, Leiter der Staatsschutzabteilung in einem SZ-Interview. ?Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen?.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); STAATSANWÄLTE (89%); GERICHTSPROZESSE (78%); RICHTER (78%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (77%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (76%); ERMITTLEMENTEN (74%); VERHAFTUNGEN (74%); INTERNET-EINZELHANDEL (72%); GEFÄNGNISSE (69%); BEWEIS (67%); JUGENDLICHE (67%); KINDER & JUGENDLICHE (67%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); INTERNET-EINZELHANDEL (72%); WEBSITES & WEBPORTALE (72%); HUBSCHRAUBER (60%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (73%); KASSEL, DEUTSCHLAND (73%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); HALLE, DEUTSCHLAND (53%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (59%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Leipzig im Belagerungszustand

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 1013 words

Byline: Sven Heitkamp, Erik-Holm Langhof, Leipzig

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Nach den Urteilen gegen die Linksextremistin Lina E. treffen Tausende Polizisten und Autonome aufeinander, Barrikaden brennen. Doch die befürchtete Eskalation der Gewalt bleibt aus.

Am Sonntagmorgen nach dem befürchteten ?Tag X? hat sich die Szenerie in Leipzig-Connewitz komplett gedreht: Eine summende Kehrmaschine der Stadtreinigung hat das notorische Dröhnen des Polizeihubschraubers abgelöst, vor einem Bäcker frühstückten Menschen in der Sonne, aus einem Park tönt Countrymusik. Nur Ascheflecken im Asphalt, lose Pflastersteine im Bordstein und kaputte Scheiben am Polizeiposten erinnern an die aufgeregte Nacht zuvor.

Die militante linksextreme Szene hatte für Sonnabend in Leipzig zum Sturm auf den Staat geblasen, um Lina E. und ihre drei Mitangeklagten zu rächen. Sie waren am Mittwoch vom Oberlandesgericht in Dresden wegen gewalttätiger Überfälle auf Rechtsextremisten zu insgesamt mehr als zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Dass Lina E. vorübergehend aus der Haft entlassen wurde, hat an dem Protestaufruf nichts geändert.

Die Stadt Leipzig hatte die ?Tag X?-Demo zwar verboten, und ihre Entscheidung hat am Samstag vor den Gerichten auch Bestand, dennoch belagern sich bis zum frühen Sonntagmorgen Tausende Polizeikräfte aus dem Bundesgebiet und Tausende Anhänger der linken Szene. Immer wieder gibt es Scharmützel und Handgemenge, fliegen Flaschen und Steine und sogar Brandsätze. In mehreren Straßen von Connewitz brennen Barrikaden und werden von Wasserwerfern der Polizei wieder gelöscht ? wie schon am Freitagabend. Eine Demonstration am Alexis-Schumann-Platz am Nachmittag in der Südvorstadt darf indessen wegen Verstößen gegen das Vermummungsverbot nicht laufen, die stationäre Kundgebung wird bis morgens um 5 Uhr eingekesselt. Doch die großen Straßenschlachten und Millionenschäden, die nach militanten Aufrufen zu befürchten waren, blieben aus.

?Viel sinnlose, extreme Gewalt? Nur am Samstagabend kurz nach 18 Uhr droht die Lage am Alexis-Schumann-Platz für einen Augenblick aus dem Ruder zu laufen: Auf das szenetypische Signal von zwei Böllern hin stürmt der schwarze Block konzertiert los, greift im rückwärtigen Bereich des Platzes Polizeiwagen an, kommt aber nicht weit. Eine Polizeikette und ein Wasserwerfer stehen ihnen im Weg. Der Block stürmt zurück, kommt aber auch an der nächsten Ecke nicht weiter. Flaschen fliegen auf eine Polizeikette, dann wird es wieder ruhiger. Der Platz mit mehr

Leipzig im Belagerungszustand

als 1.000 Menschen ist von Hunderten Polizisten, zehn Wasserwerfern und zwei Räumpanzern umzingelt, zeitweise rücken sie bedrohlich nah zusammen, räumen den Platz aber nicht.

Stattdessen werden mehrere Hundert Autonome und andere Demonstranten auf einem Bürgersteig eingekesselt und zur Identitätsfeststellung eingeschlossen, einige im Laufe des Abends in Gefangenewagen abtransportiert. Die Polizei spricht von rund 500 Personen, die ?augenscheinlich dem gewaltbereiten Spektrum zuzuordnen waren? ? und sie lässt sich alle Zeit der Welt: Bis morgens um 5 Uhr werden mehr als 1.000 Personalien aufgenommen. Am Sonntag berichtet Polizeipräsident René Demmler, es habe fast 30 Festnahmen gegeben, bei denen nun Haftantrag geprüft werde. Zudem seien bis zu 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Demmler spricht von ?viel sinnloser, extremer Gewalt?. Deshalb sei es erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Reihenweise Strafverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten werden eingeleitet. Unter den Festgenommenen soll nach SZ-Informationen auch eine Person gewesen sein, die im Zuge des Lina-E.-Verfahrens gesucht wurde. Etwa 50 Polizeibeamte seien bei den Einsätzen verletzt worden, drei von ihnen seien derzeit nicht mehr dienstfähig. Aber auch Demonstranten seien verletzt worden, räumt Demmler ein. Rund 20 Einsatzfahrzeuge wurden beschädigt, auch mehrere Autos im Stadtgebiet brannten. An einer Sparkassenfiliale in Stötteritz sei immenser Schaden entstanden.

Die Kundgebung in der Südvorstadt unter dem Motto ?Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig? war von dem Leipziger Grünen-Politiker und Rechtsanwalt Jürgen Kasek angemeldet worden. Er kritisierte, wenn Zigtausend Corona-Leugner, Querdenker und Rechtsextremisten in der Pandemie 2020 hätten um den Ring marschiert dürfen, nicht aber eine Demo für die Versammlungsfreiheit, werde ?mit zweierlei Maß gemessen?. Die Demo-Teilnehmer sollten dennoch weder provozieren noch sich provozieren lassen. Als um kurz nach 18 Uhr die Lage außer Kontrolle gerät, erklärt Kasek die Kundgebung in Gesprächen mit der Polizei für beendet. Seitdem galt nicht mehr das liberale Versammlungsrecht, sondern strenges Polizeirecht. Linken-Politikerin Julian Nagle kritisierte zugleich das Verbot der weiteren Demonstrationen. Damit werde ?die Arbeit von Antifaschisten kriminalisiert?.

Als am Samstagabend die Dunkelheit über Leipzig hereinbricht, verlagert sich das Geschehen einmal mehr nach Connewitz. Auf der Wolfgang-Heinze-Straße und der Bornaischen Straße werden Mülltonnen und Baustellenmaterial zu Barrikaden aufgeschichtet und angezündet, auch Böller und Bengalos fliegen durch die Nacht. Die Polizeiwache in der Biedermannstraße, deren große Scheiben vernagelt sind, werden mit Steinen beworfen. Einzelne Fenster gehen zu Bruch. Nebenan wird ein Baustellenwagen umgeworfen. Die Polizei rückt mit Wasserwerfern vor, löscht die Feuer und besetzt die Hauptstraßen mit einem Großaufgebot an Einsatzfahrzeugen und Hundertschaften. Einzelne Randalierer werden festgenommen. Der Einsatz, so berichtet die Polizei, sei die ganze Nacht über fortgesetzt worden.

Am Samstagnachmittag hatten Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und Innenminister Armin Schuster (beide CDU) das Lagezentrum der Polizei besucht. Schuster wird nun mit dem Satz zitiert: ?Wer reinschlägt, bekommt die Antwort.?

SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas kündigte mittlerweile an, den Minister damit im Innenausschuss zu konfrontieren. Die Äußerung habe, so Pallas, ?nicht zur Beruhigung beigetragen?.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZHOY

Leipzig im Belagerungszustand

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); VORSTÄDTE (78%); POLIZEIKRÄFTE (76%); STRAFZUMESSUNG (74%); VERURTEILUNGEN (74%); GERICHTSHÖFE (73%); MUSIK (71%)

Industry: HUBSCHRAUBER (56%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Leipzig im Belagerungszustand

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 1013 words

Byline: Sven Heitkamp, Erik-Holm Langhof, Leipzig

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Nach den Urteilen gegen die Linksextremistin Lina E. treffen Tausende Polizisten und Autonome aufeinander, Barrikaden brennen. Doch die befürchtete Eskalation der Gewalt bleibt aus.

Am Sonntagmorgen nach dem befürchteten ?Tag X? hat sich die Szenerie in Leipzig-Connewitz komplett gedreht: Eine summende Kehrmaschine der Stadtreinigung hat das notorische Dröhnen des Polizeihubschraubers abgelöst, vor einem Bäcker frühstücken Menschen in der Sonne, aus einem Park tönt Countrymusik. Nur Ascheflecken im Asphalt, lose Pflastersteine im Bordstein und kaputte Scheiben am Polizeiposten erinnern an die aufgeregte Nacht zuvor.

Die militante linksextreme Szene hatte für Sonnabend in Leipzig zum Sturm auf den Staat geblasen, um Lina E. und ihre drei Mitangeklagten zu rächen. Sie waren am Mittwoch vom Oberlandesgericht in Dresden wegen gewalttätiger Überfälle auf Rechtsextremisten zu insgesamt mehr als zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Dass Lina E. vorübergehend aus der Haft entlassen wurde, hat an dem Protestaufruf nichts geändert.

Die Stadt Leipzig hatte die ?Tag X?-Demo zwar verboten, und ihre Entscheidung hat am Samstag vor den Gerichten auch Bestand, dennoch belagern sich bis zum frühen Sonntagmorgen Tausende Polizeikräfte aus dem Bundesgebiet und Tausende Anhänger der linken Szene. Immer wieder gibt es Scharmützel und Handgemenge, fliegen Flaschen und Steine und sogar Brandsätze. In mehreren Straßen von Connewitz brennen Barrikaden und werden von Wasserwerfern der Polizei wieder gelöscht ? wie schon am Freitagabend. Eine Demonstration am Alexis-Schumann-Platz am Nachmittag in der Südvorstadt darf indessen wegen Verstößen gegen das Vermummungsverbot nicht laufen, die stationäre Kundgebung wird bis morgens um 5 Uhr eingekesselt. Doch die großen Straßenschlachten und Millionenschäden, die nach militanten Aufrufen zu befürchten waren, blieben aus.

?Viel sinnlose, extreme Gewalt? Nur am Samstagabend kurz nach 18 Uhr droht die Lage am Alexis-Schumann-Platz für einen Augenblick aus dem Ruder zu laufen: Auf das szenetypische Signal von zwei Böllern hin stürmt der schwarze Block konzertiert los, greift im rückwärtigen Bereich des Platzes Polizeiwagen an, kommt aber nicht weit. Eine Polizeikette und ein Wasserwerfer stehen ihnen im Weg. Der Block stürmt zurück, kommt aber auch an der nächsten Ecke nicht weiter. Flaschen fliegen auf eine Polizeikette, dann wird es wieder ruhiger. Der Platz mit mehr

Leipzig im Belagerungszustand

als 1.000 Menschen ist von Hunderten Polizisten, zehn Wasserwerfern und zwei Räumpanzern umzingelt, zeitweise rücken sie bedrohlich nah zusammen, räumen den Platz aber nicht.

Stattdessen werden mehrere Hundert Autonome und andere Demonstranten auf einem Bürgersteig eingekesselt und zur Identitätsfeststellung eingeschlossen, einige im Laufe des Abends in Gefangenewagen abtransportiert. Die Polizei spricht von rund 500 Personen, die ?augenscheinlich dem gewaltbereiten Spektrum zuzuordnen waren? ? und sie lässt sich alle Zeit der Welt: Bis morgens um 5 Uhr werden mehr als 1.000 Personalien aufgenommen. Am Sonntag berichtet Polizeipräsident René Demmler, es habe fast 30 Festnahmen gegeben, bei denen nun Haftantrag geprüft werde. Zudem seien bis zu 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Demmler spricht von ?viel sinnloser, extremer Gewalt?. Deshalb sei es erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Reihenweise Strafverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten werden eingeleitet. Unter den Festgenommenen soll nach SZ-Informationen auch eine Person gewesen sein, die im Zuge des Lina-E.-Verfahrens gesucht wurde. Etwa 50 Polizeibeamte seien bei den Einsätzen verletzt worden, drei von ihnen seien derzeit nicht mehr dienstfähig. Aber auch Demonstranten seien verletzt worden, räumt Demmler ein. Rund 20 Einsatzfahrzeuge wurden beschädigt, auch mehrere Autos im Stadtgebiet brannten. An einer Sparkassenfiliale in Stötteritz sei immenser Schaden entstanden.

Die Kundgebung in der Südvorstadt unter dem Motto ?Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig? war von dem Leipziger Grünen-Politiker und Rechtsanwalt Jürgen Kasek angemeldet worden. Er kritisierte, wenn Zigtausend Corona-Leugner, Querdenker und Rechtsextremisten in der Pandemie 2020 hätten um den Ring marschiert dürfen, nicht aber eine Demo für die Versammlungsfreiheit, werde ?mit zweierlei Maß gemessen?. Die Demo-Teilnehmer sollten dennoch weder provozieren noch sich provozieren lassen. Als um kurz nach 18 Uhr die Lage außer Kontrolle gerät, erklärt Kasek die Kundgebung in Gesprächen mit der Polizei für beendet. Seitdem galt nicht mehr das liberale Versammlungsrecht, sondern strenges Polizeirecht. Linken-Politikerin Julian Nagle kritisierte zugleich das Verbot der weiteren Demonstrationen. Damit werde ?die Arbeit von Antifaschisten kriminalisiert?.

Als am Samstagabend die Dunkelheit über Leipzig hereinbricht, verlagert sich das Geschehen einmal mehr nach Connewitz. Auf der Wolfgang-Heinze-Straße und der Bornaischen Straße werden Mülltonnen und Baustellenmaterial zu Barrikaden aufgeschichtet und angezündet, auch Böller und Bengalos fliegen durch die Nacht. Die Polizeiwache in der Biedermannstraße, deren große Scheiben vernagelt sind, werden mit Steinen beworfen. Einzelne Fenster gehen zu Bruch. Nebenan wird ein Baustellenwagen umgeworfen. Die Polizei rückt mit Wasserwerfern vor, löscht die Feuer und besetzt die Hauptstraßen mit einem Großaufgebot an Einsatzfahrzeugen und Hundertschaften. Einzelne Randalierer werden festgenommen. Der Einsatz, so berichtet die Polizei, sei die ganze Nacht über fortgesetzt worden.

Am Samstagnachmittag hatten Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und Innenminister Armin Schuster (beide CDU) das Lagezentrum der Polizei besucht. Schuster wird nun mit dem Satz zitiert: ?Wer reinschlägt, bekommt die Antwort.?

SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas kündigte mittlerweile an, den Minister damit im Innenausschuss zu konfrontieren. Die Äußerung habe, so Pallas, ?nicht zur Beruhigung beigetragen?.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZRBG

Leipzig im Belagerungszustand

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); VORSTÄDTE (78%); POLIZEIKRÄFTE (76%); STRAFZUMESSUNG (74%); VERURTEILUNGEN (74%); GERICHTSHÖFE (73%); MUSIK (71%)

Industry: HUBSCHRAUBER (56%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Leipzig im Belagerungszustand

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 1013 words

Byline: Sven Heitkamp, Erik-Holm Langhof, Leipzig

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Nach den Urteilen gegen die Linksextremistin Lina E. treffen Tausende Polizisten und Autonome aufeinander, Barrikaden brennen. Doch die befürchtete Eskalation der Gewalt bleibt aus.

Am Sonntagmorgen nach dem befürchteten ?Tag X? hat sich die Szenerie in Leipzig-Connewitz komplett gedreht: Eine summende Kehrmaschine der Stadtreinigung hat das notorische Dröhnen des Polizeihubschraubers abgelöst, vor einem Bäcker frühstückten Menschen in der Sonne, aus einem Park tönt Countrymusik. Nur Ascheflecken im Asphalt, lose Pflastersteine im Bordstein und kaputte Scheiben am Polizeiposten erinnern an die aufgeregte Nacht zuvor.

Die militante linksextreme Szene hatte für Sonnabend in Leipzig zum Sturm auf den Staat geblasen, um Lina E. und ihre drei Mitangeklagten zu rächen. Sie waren am Mittwoch vom Oberlandesgericht in Dresden wegen gewalttätiger Überfälle auf Rechtsextremisten zu insgesamt mehr als zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Dass Lina E. vorübergehend aus der Haft entlassen wurde, hat an dem Protestaufruf nichts geändert.

Die Stadt Leipzig hatte die ?Tag X?-Demo zwar verboten, und ihre Entscheidung hat am Samstag vor den Gerichten auch Bestand, dennoch belagern sich bis zum frühen Sonntagmorgen Tausende Polizeikräfte aus dem Bundesgebiet und Tausende Anhänger der linken Szene. Immer wieder gibt es Scharmützel und Handgemenge, fliegen Flaschen und Steine und sogar Brandsätze. In mehreren Straßen von Connewitz brennen Barrikaden und werden von Wasserwerfern der Polizei wieder gelöscht ? wie schon am Freitagabend. Eine Demonstration am Alexis-Schumann-Platz am Nachmittag in der Südvorstadt darf indessen wegen Verstößen gegen das Vermummungsverbot nicht laufen, die stationäre Kundgebung wird bis morgens um 5 Uhr eingekesselt. Doch die großen Straßenschlachten und Millionenschäden, die nach militanten Aufrufen zu befürchten waren, blieben aus.

?Viel sinnlose, extreme Gewalt? Nur am Samstagabend kurz nach 18 Uhr droht die Lage am Alexis-Schumann-Platz für einen Augenblick aus dem Ruder zu laufen: Auf das szenetypische Signal von zwei Böllern hin stürmt der schwarze Block konzertiert los, greift im rückwärtigen Bereich des Platzes Polizeiwagen an, kommt aber nicht weit. Eine Polizeikette und ein Wasserwerfer stehen ihnen im Weg. Der Block stürmt zurück, kommt aber auch an der nächsten Ecke nicht weiter. Flaschen fliegen auf eine Polizeikette, dann wird es wieder ruhiger. Der Platz mit mehr

Leipzig im Belagerungszustand

als 1.000 Menschen ist von Hunderten Polizisten, zehn Wasserwerfern und zwei Räumpanzern umzingelt, zeitweise rücken sie bedrohlich nah zusammen, räumen den Platz aber nicht.

Stattdessen werden mehrere Hundert Autonome und andere Demonstranten auf einem Bürgersteig eingekesselt und zur Identitätsfeststellung eingeschlossen, einige im Laufe des Abends in Gefangenewagen abtransportiert. Die Polizei spricht von rund 500 Personen, die ?augenscheinlich dem gewaltbereiten Spektrum zuzuordnen waren? ? und sie lässt sich alle Zeit der Welt: Bis morgens um 5 Uhr werden mehr als 1.000 Personalien aufgenommen. Am Sonntag berichtet Polizeipräsident René Demmler, es habe fast 30 Festnahmen gegeben, bei denen nun Haftantrag geprüft werde. Zudem seien bis zu 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Demmler spricht von ?viel sinnloser, extremer Gewalt?. Deshalb sei es erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Reihenweise Strafverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten werden eingeleitet. Unter den Festgenommenen soll nach SZ-Informationen auch eine Person gewesen sein, die im Zuge des Lina-E.-Verfahrens gesucht wurde. Etwa 50 Polizeibeamte seien bei den Einsätzen verletzt worden, drei von ihnen seien derzeit nicht mehr dienstfähig. Aber auch Demonstranten seien verletzt worden, räumt Demmler ein. Rund 20 Einsatzfahrzeuge wurden beschädigt, auch mehrere Autos im Stadtgebiet brannten. An einer Sparkassenfiliale in Stötteritz sei immenser Schaden entstanden.

Die Kundgebung in der Südvorstadt unter dem Motto ?Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig? war von dem Leipziger Grünen-Politiker und Rechtsanwalt Jürgen Kasek angemeldet worden. Er kritisierte, wenn Zigtausend Corona-Leugner, Querdenker und Rechtsextremisten in der Pandemie 2020 hätten um den Ring marschierten dürfen, nicht aber eine Demo für die Versammlungsfreiheit, werde ?mit zweierlei Maß gemessen?. Die Demo-Teilnehmer sollten dennoch weder provozieren noch sich provozieren lassen. Als um kurz nach 18 Uhr die Lage außer Kontrolle gerät, erklärt Kasek die Kundgebung in Gesprächen mit der Polizei für beendet. Seitdem galt nicht mehr das liberale Versammlungsrecht, sondern strenges Polizeirecht. Linken-Politikerin Julian Nagle kritisierte zugleich das Verbot der weiteren Demonstrationen. Damit werde ?die Arbeit von Antifaschisten kriminalisiert?.

Als am Samstagabend die Dunkelheit über Leipzig hereinbricht, verlagert sich das Geschehen einmal mehr nach Connewitz. Auf der Wolfgang-Heinze-Straße und der Bornaischen Straße werden Mülltonnen und Baustellenmaterial zu Barrikaden aufgeschichtet und angezündet, auch Böller und Bengalos fliegen durch die Nacht. Die Polizeiwache in der Biedermannstraße, deren große Scheiben vernagelt sind, werden mit Steinen beworfen. Einzelne Fenster gehen zu Bruch. Nebenan wird ein Baustellenwagen umgeworfen. Die Polizei rückt mit Wasserwerfern vor, löscht die Feuer und besetzt die Hauptstraßen mit einem Großaufgebot an Einsatzfahrzeugen und Hundertschaften. Einzelne Randalierer werden festgenommen. Der Einsatz, so berichtet die Polizei, sei die ganze Nacht über fortgesetzt worden.

Am Samstagnachmittag hatten Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und Innenminister Armin Schuster (beide CDU) das Lagezentrum der Polizei besucht. Schuster wird nun mit dem Satz zitiert: ?Wer reinschlägt, bekommt die Antwort.?

SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas kündigte mittlerweile an, den Minister damit im Innenausschuss zu konfrontieren. Die Äußerung habe, so Pallas, ?nicht zur Beruhigung beigetragen?.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Leipzig im Belagerungszustand

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); VORSTÄDTE (78%); POLIZEIKRÄFTE (76%); STRAFZUMESSUNG (74%); VERURTEILUNGEN (74%); GERICHTSHÖFE (73%); MUSIK (71%)

Industry: HUBSCHRAUBER (56%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Leipzig im Belagerungszustand

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 1013 words

Byline: Sven Heitkamp, Erik-Holm Langhof, Leipzig

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Nach den Urteilen gegen die Linksextremistin Lina E. treffen Tausende Polizisten und Autonome aufeinander, Barrikaden brennen. Doch die befürchtete Eskalation der Gewalt bleibt aus.

Am Sonntagmorgen nach dem befürchteten ?Tag X? hat sich die Szenerie in Leipzig-Connewitz komplett gedreht: Eine summende Kehrmaschine der Stadtreinigung hat das notorische Dröhnen des Polizeihubschraubers abgelöst, vor einem Bäcker frühstücken Menschen in der Sonne, aus einem Park tönt Countrymusik. Nur Ascheflecken im Asphalt, lose Pflastersteine im Bordstein und kaputte Scheiben am Polizeiposten erinnern an die aufgeregte Nacht zuvor.

Die militante linksextreme Szene hatte für Sonnabend in Leipzig zum Sturm auf den Staat geblasen, um Lina E. und ihre drei Mitangeklagten zu rächen. Sie waren am Mittwoch vom Oberlandesgericht in Dresden wegen gewalttätiger Überfälle auf Rechtsextremisten zu insgesamt mehr als zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Dass Lina E. vorübergehend aus der Haft entlassen wurde, hat an dem Protestaufruf nichts geändert.

Die Stadt Leipzig hatte die ?Tag X?-Demo zwar verboten, und ihre Entscheidung hat am Samstag vor den Gerichten auch Bestand, dennoch belagern sich bis zum frühen Sonntagmorgen Tausende Polizeikräfte aus dem Bundesgebiet und Tausende Anhänger der linken Szene. Immer wieder gibt es Scharmützel und Handgemenge, fliegen Flaschen und Steine und sogar Brandsätze. In mehreren Straßen von Connewitz brennen Barrikaden und werden von Wasserwerfern der Polizei wieder gelöscht ? wie schon am Freitagabend. Eine Demonstration am Alexis-Schumann-Platz am Nachmittag in der Südvorstadt darf indessen wegen Verstößen gegen das Vermummungsverbot nicht laufen, die stationäre Kundgebung wird bis morgens um 5 Uhr eingekesselt. Doch die großen Straßenschlachten und Millionenschäden, die nach militanten Aufrufen zu befürchten waren, blieben aus.

?Viel sinnlose, extreme Gewalt? Nur am Samstagabend kurz nach 18 Uhr droht die Lage am Alexis-Schumann-Platz für einen Augenblick aus dem Ruder zu laufen: Auf das szenetypische Signal von zwei Böllern hin stürmt der schwarze Block konzertiert los, greift im rückwärtigen Bereich des Platzes Polizeiwagen an, kommt aber nicht weit. Eine Polizeikette und ein Wasserwerfer stehen ihnen im Weg. Der Block stürmt zurück, kommt aber auch an der nächsten Ecke nicht weiter. Flaschen fliegen auf eine Polizeikette, dann wird es wieder ruhiger. Der Platz mit mehr

Leipzig im Belagerungszustand

als 1.000 Menschen ist von Hunderten Polizisten, zehn Wasserwerfern und zwei Räumpanzern umzingelt, zeitweise rücken sie bedrohlich nah zusammen, räumen den Platz aber nicht.

Stattdessen werden mehrere Hundert Autonome und andere Demonstranten auf einem Bürgersteig eingekesselt und zur Identitätsfeststellung eingeschlossen, einige im Laufe des Abends in Gefangenewagen abtransportiert. Die Polizei spricht von rund 500 Personen, die ?augenscheinlich dem gewaltbereiten Spektrum zuzuordnen waren? ? und sie lässt sich alle Zeit der Welt: Bis morgens um 5 Uhr werden mehr als 1.000 Personalien aufgenommen. Am Sonntag berichtet Polizeipräsident René Demmler, es habe fast 30 Festnahmen gegeben, bei denen nun Haftantrag geprüft werde. Zudem seien bis zu 50 Personen in Gewahrsam genommen und bis Sonntagmittag wieder entlassen worden. Demmler spricht von ?viel sinnloser, extremer Gewalt?. Deshalb sei es erforderlich gewesen, auch durch Stärke zu deeskalieren. Reihenweise Strafverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs und Angriffen auf Polizisten werden eingeleitet. Unter den Festgenommenen soll nach SZ-Informationen auch eine Person gewesen sein, die im Zuge des Lina-E.-Verfahrens gesucht wurde. Etwa 50 Polizeibeamte seien bei den Einsätzen verletzt worden, drei von ihnen seien derzeit nicht mehr dienstfähig. Aber auch Demonstranten seien verletzt worden, räumt Demmler ein. Rund 20 Einsatzfahrzeuge wurden beschädigt, auch mehrere Autos im Stadtgebiet brannten. An einer Sparkassenfiliale in Stötteritz sei immenser Schaden entstanden.

Die Kundgebung in der Südvorstadt unter dem Motto ?Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig? war von dem Leipziger Grünen-Politiker und Rechtsanwalt Jürgen Kasek angemeldet worden. Er kritisierte, wenn Zigtausend Corona-Leugner, Querdenker und Rechtsextremisten in der Pandemie 2020 hätten um den Ring marschiert dürfen, nicht aber eine Demo für die Versammlungsfreiheit, werde ?mit zweierlei Maß gemessen?. Die Demo-Teilnehmer sollten dennoch weder provozieren noch sich provozieren lassen. Als um kurz nach 18 Uhr die Lage außer Kontrolle gerät, erklärt Kasek die Kundgebung in Gesprächen mit der Polizei für beendet. Seitdem galt nicht mehr das liberale Versammlungsrecht, sondern strenges Polizeirecht. Linken-Politikerin Julian Nagle kritisierte zugleich das Verbot der weiteren Demonstrationen. Damit werde ?die Arbeit von Antifaschisten kriminalisiert?.

Als am Samstagabend die Dunkelheit über Leipzig hereinbricht, verlagert sich das Geschehen einmal mehr nach Connewitz. Auf der Wolfgang-Heinze-Straße und der Bornaischen Straße werden Mülltonnen und Baustellenmaterial zu Barrikaden aufgeschichtet und angezündet, auch Böller und Bengalos fliegen durch die Nacht. Die Polizeiwache in der Biedermannstraße, deren große Scheiben vernagelt sind, werden mit Steinen beworfen. Einzelne Fenster gehen zu Bruch. Nebenan wird ein Baustellenwagen umgeworfen. Die Polizei rückt mit Wasserwerfern vor, löscht die Feuer und besetzt die Hauptstraßen mit einem Großaufgebot an Einsatzfahrzeugen und Hundertschaften. Einzelne Randalierer werden festgenommen. Der Einsatz, so berichtet die Polizei, sei die ganze Nacht über fortgesetzt worden.

Am Samstagnachmittag hatten Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und Innenminister Armin Schuster (beide CDU) das Lagezentrum der Polizei besucht. Schuster wird nun mit dem Satz zitiert: ?Wer reinschlägt, bekommt die Antwort.?

SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas kündigte mittlerweile an, den Minister damit im Innenausschuss zu konfrontieren. Die Äußerung habe, so Pallas, ?nicht zur Beruhigung beigetragen?.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZSEB

Leipzig im Belagerungszustand

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); VORSTÄDTE (78%); POLIZEIKRÄFTE (76%); STRAFZUMESSUNG (74%); VERURTEILUNGEN (74%); GERICHTSHÖFE (73%); MUSIK (71%)

Industry: HUBSCHRAUBER (56%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Gewalt ersetzt keine Argumente

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Mittwoch 28. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 309 words

Byline: Gunnar Saft

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Sachsens Verfassungsschützer listen in ihrem Jahresbericht über 200 Seiten lang Gefahrenquellen auf ? zuallererst für den Freistaat selbst und damit in der Konsequenz aber auch für jeden Bürger. Trotz der zahlreichen Warnungen, die von den Aktivitäten selbst ernannter Reichsbürger bis zur staatlich organisierten Spionage durch Russland oder China reichen, ist es aber erneut ein Bereich, der alle anderen dominiert: politischer Extremismus.

Tatsächlich bleibt es dabei ? und das ist keine gute Nachricht ?, dass auch in Sachsen die Auseinandersetzungen um den politischen Kurs dieses Landes oft genug ohne Argumente, dafür aber umso mehr mit Gewalt geführt werden. Am stärksten, so das Fazit der Experten, geht diese weiter von der rechten Szene aus, der man heute weit über 4.000 Extremisten zurechnet. Wohlgemerkt nur in Sachsen. Und es tut sich dort etwas, wird gewarnt. So sickere rechtsextreme Ideologie zunehmend in andere Protestmilieus ein. Als Beispiel nennt der Verfassungsschutz die Corona-Proteste. Zudem würden die Bestrebungen einer Vernetzung der rechten Szene spürbar zunehmen.

Aber auch im Bereich Linksextremismus zählt Gewalt häufig mehr als Argumente, wie jüngst der Prozess gegen die nunmehr verurteilte Lina E. anschaulich zeigte. Die Taten in diesem Bereich werden bedrohlicher, warnt der Bericht. Einige Übergriffe hätten zuletzt am Rande von versuchten Tötungsdelikten gelegen. Eine beunruhigende Eskalation.

Als Bürger hat man persönlich wenig Einfluss auf diese Entwicklung. Ganz -außen vor ist aber niemand. Extremismus ist immer das Ende einer langen Fehlerkette, die unscheinbar damit beginnt, dass es keine Bereitschaft zur Diskussion und zum Abwägen von Argumenten gibt. Wer genau das weiterhin beherzigt, hat den wichtigsten Schritt schon gemacht.

Gunnar.Saft@saechsische.de

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); JAHRESBERICHTE (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); GERICHTSPROZESSE (68%); TÖTUNGSDELIKTE (67%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); CHINA (57%); RUSSLAND (57%)

Load-Date: June 27, 2023

End of Document

?Die Taten werden bedrohlicher ?

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Politik; S. 2

Length: 1112 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die linksextreme Szene in Leipzig ist jünger und gewaltbereiter geworden, sagt Verfassungsschutzpräsident Dirk-Martin Christian.

Herr Christian, seit dem Urteil gegen die Studentin Lina E. wird über die linksextreme Szene in Sachsen gesprochen. Wie groß ist das Gewaltpotenzial?

2022 sind 742 Straf- und 174 Gewalttaten festgestellt worden. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr, als es 114 Gewalttaten waren.

Wie bewertet der Verfassungsschutz diese Entwicklung?

Es gibt nicht nur einen Anstieg der Gewalttaten im Bereich Links, die Taten werden auch bedrohlicher. Einige Übergriffe bewegen sich am Rande von versuchten Tötungsdelikten. Das hat eine neue Qualität angenommen. Wir sehen auch, dass die Begehungsweisen professioneller geworden sind. Inzwischen sind einige Täter untergetaucht, was uns im großen Maße besorgt. Es formiert sich womöglich eine Gruppierung, die sich von der Szene gelöst hat, sich verselbstständigt und schwerste Straftaten planen könnte. Im Untergrund dreht sich erfahrungsgemäß die Spirale der Radikalisierung schneller. Darauf müssen wir uns einstellen. Dank des Polizeieinsatzes ist es am 3. Juni nicht zu der seitens der Szene angekündigten flächendeckenden Militanz auf den Straßen Leipzigs gekommen. Diese Niederlage muss dort erst einmal verarbeiten werden. Es gibt nach ihrem Misserfolg viel Kritik untereinander. Nach einer Phase der Aufarbeitung werden wir aber wieder von ihnen hören. Davon ist auszugehen.

Wie geht die linksextreme Szene in Leipzig mit der Niederlage um?

Es wird Selbstkritik geübt, aber auch schwere Vorwürfe gegen die Organisatoren werden erhoben. Es hatte zuvor vereinzelt auch mahnende Stimmen gegeben, die zur Mäßigung aufgerufen haben. Diese sind aber weitgehend untergegangen. Ich habe auch am 3. Juni keine Abgrenzung oder Distanzierung von Gewaltbereitschaft feststellen können. Wir müssen jetzt schauen, ob wirklich ein Riss durch die Szene geht, also ob sich jene abspalten, die den gewaltbereiten Kurs nicht mehr mittragen wollen. Bei der Frage, welche neuen Strategien die Autonomen künftig entwickeln, kommt es auch darauf an, welche Rolle die Untergetauchten spielen.

?Die Taten werden bedrohlicher ?

Drei der Untergetauchten, die von der Polizei gesucht werden, sind erst 21 Jahre alt. Was treibt junge Menschen an, den Weg in die Illegalität zu wählen?

Wir beobachten seit einiger Zeit, dass sich die Leipziger Szene verjüngt. Die Protagonisten sind fast schon hemmungslos gewaltbereit und gehen eher persönliche Risiken ein. Das haben wir bei den ?älteren? Autonomen so nicht erlebt. Es gibt Stimmen, die sagen, vielfach sei Spaß ein wichtiger Faktor. Ich wäre vorsichtig, die Vorgänge zu banalisieren. Uns fällt auf, dass private Kampfsportstudios in Leipzig gerade sehr beliebt sind bei jungen Linksextremisten. Sie trainieren dort gezielt Kampftechniken und Kampfsport.

Was ist ihr Motiv?

Es ist vor allem der Hass auf diesen Staat, der angeblich nicht entschieden genug gegen Faschisten vorgeht. Feindbilder sind neben der Polizei und der Justiz auch der politische Gegner und der Kapitalismus schlechthin. Alles, was in ihrer Welt Faschismus, Repression, Wohlstand und Reichtum symbolisiert, wird aggressiv bekämpft.

Gibt es Hinweise, ob sich die Gesuchten im Ausland verstecken?

Erlauben Sie mir eine rhetorische Gegenfrage: Warum könnten sie sich nicht in Leipzig aufhalten? Dort sind über viele Jahre linksextremistische Strukturen entstanden. Hier leben viele Sympathisanten, es gibt Netzwerke und Helfer. Das scheint in Teilen sehr gut organisiert zu sein. Es gab Haftbefehle und Durchsuchungen. Und trotzdem reist, wie vor einigen Monaten geschehen, eine Gruppe nach Budapest, um dort Rechtsextremisten anzugreifen ? Straftaten vergleichbar mit denen in Erfurt, Leipzig und Wurzen. Sie haben offenbar überhaupt keine Angst vor staatlichen Zugriffen. Das zeigt sehr deutlich, wie ernst wir dies nehmen müssen.

Wo beginnt nach Ihrer Auffassung die Grenze zum Terrorismus?

Terrorismus beginnt, wenn sich Zellen bilden, die aus dem Untergrund heraus schwerste Straftaten wie Mord und Totschlag begehen. In Leipzig wurde diese rote Linie aber bisher nicht überschritten. Doch wenn man sich die Bilder der von Lina E. und ihrer Gruppe attackierten Personen ansieht, dann muss man sagen, es war wohl nur Glück, dass den Opfern nicht mehr zugestoßen ist. Teile der Szene sind offenbar zum Äußersten entschlossen. Das besorgt uns. Deshalb müssen wir uns darauf konzentrieren, die künftige Strategie der Szene weiter aufzuklären.

Demonstrationen haben spätestens jetzt für den schwarzen Block offenbar keinen Sinn mehr. Mit welchen neuen Aktionsformen rechnet Ihre Behörde?

Was wir verstärkt erleben, sind Straftaten von Kleinstgruppen und Einzeltätern, die im Verborgenen agieren. Die Opfer werden gezielt ausgewählt, die Übergriffe genau geplant. Dieses Vorgehen erleben wir seit einiger Zeit. Das hat sich für die Angreifer auch deshalb als erfolgreich herausgestellt, weil der personelle Aufwand geringer ist als bei einer Demonstration mit Hunderten Menschen. Es drohen also auch in Zukunft vor allem Übergriffe auf Menschen, also Körperverletzungen, aber auch Brandstiftungen. Prominente Tage wie der 1. Mai spielen eine immer geringere Rolle für Ausschreitungen. Es kommt inzwischen auf eine günstige Gelegenheit an.

Der Tag X ist, wie Sie sagen, an der Polizei gescheitert. Aber womöglich haben sich diejenigen, die nach dem Urteil gegen Lina E. zu der Demonstration mit hohen Sachschäden aufgerufen haben, einfach überschätzt?

Die auf den einschlägigen Plattformen verbreiteten Aufrufe waren klar und deutlich, und es gab auch mehrere Aufforderungen, Sachschaden in Millionenhöhe anzurichten. Wir haben aufgrund der Mobilisierungsaufrufe und unserer Erfahrungen mit sehr viel mehr Personen gerechnet. Möglicherweise hat der große Polizeieinsatz abgeschreckt. Das müssen wir ergebnisoffen analysieren.

Die Letzte Generation macht ziemlich viel Wirbel mit ihren Straßenblockaden. Sind die Klimaaktivisten eine Konkurrenz für die linksextreme Antifa?

Wir beobachten, dass Linksextremisten zunehmend versuchen, sich an die Klimaschutzbewegung anzudocken und diese für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu instrumentalisieren. Die Klimaaktivisten begreifen sich eben auch zu

?Die Taten werden bedrohlicher ?

großen Teilen als antikapitalistisch und antifaschistisch. Ihre Abgrenzung von Linksextremisten ist bisher ausgeblieben

Wie reagieren die Rechtsextremisten in Sachsen auf die Übergriffe? Gibt es Konfrontationen?

Die Rechtsextremisten beobachten die Vorgänge. Wir müssen uns darauf einstellen, dass sie darauf irgendwann und in irgendeiner Weise reagieren könnten.

Das Gespräch führte Karin Schlottmann

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: TÖTUNGSDELIKTE (78%); GEWALTKRIMINALITÄTS-STATISTIKEN (72%); POLIZEIKRÄFTE (67%); KAMPFKUNST (64%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

Lina-E.-Prozess: Kronzeuge wird weiter befragt

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 13. Oktober 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 326 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Nach einer coronabedingten Unterbrechung wurde im Prozess gegen Lina E. und ihre Mitangeklagten am Oberlandesgericht Dresden (OLG) die Vernehmung des Kronzeugen fortgesetzt. Der 30-jährige Erzieher ist ein mutmaßlicher Mittäter der vermeintlich linksextremen Gruppe, die gezielt Anschläge auf Neonazis begangen haben soll. Der Zeuge wird bereits seit Juli vernommen. Nach dem Gericht und der Bundesanwaltschaft haben seit gestern die Verteidiger das Fragerrecht. Sie dürften versuchen, die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen, der sowohl Lina E. als auch ihre Gruppe belastet hat, zu erschüttern.

Der Mann, der sich im April freiwillig den Behörden gestellt hat, räumte ein, im Rahmen des Zeugenschutzprogramms monatlich 1.500 Euro zu erhalten. Das entspreche seinem letzten Netto-Einkommen in einer Kita in Warschau. Andere finanzielle Zusagen seien ihm nicht gemacht worden. Er hoffe, eines Tages nach Abschluss aller Verfahren, auch seiner eigenen, wieder einer selbstbestimmten Erwerbstätigkeit nachgehen zu können.

In der langen Befragung durch einen von E.s Verteidigern ging es um die Kontakte des Kronzeugen zum Verfassungsschutz und die sieben Zeugenvernehmungen mit Ermittlern des Landeskriminalamtes Sachsen, die alle im Monat Mai stattgefunden hatten. Darüber hinaus habe es Treffen mit Beamten des Zeugenschutzprogramms gegeben, um organisatorische Dinge zu besprechen, so der Kronzeuge. Er betonte erneut, dass ihm für seine Aussagen keine Versprechungen gemacht worden seien. Doch genau das bezweifeln die Verteidiger ganz offensichtlich. Nach gegenwärtigen Angaben der Verteidiger dürften die drei Sitzungstage bis Freitag nicht genügen für ihre Fragen an den 30-Jährigen.

Der Prozess gegen die mutmaßliche links-militante Gruppe, der neben Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung auch die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wird, läuft seit September 2021. (SZ/lex)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ZEUGEN (95%); GERICHTSPROZESSE (91%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); GERICHTSHÖFE (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); WARSCHAU, POLEN (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); POLEN (74%)

Load-Date: October 12, 2022

End of Document

Plädoyer unterbrochen

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 21. April 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 304 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Im Prozess gegen Lina E. hat das Gericht überraschend die Beweisaufnahme wieder aufgenommen. Erneut ging es um den Kronzeugen.

Dresden. Nach dem Plädoyer einer Verteidigerin im Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. hat das Gericht überraschend die Beweisaufnahme wieder aufgenommen. Die Anwältin eines der Mitangeklagten hatte am Donnerstag gesagt, der Kronzeuge habe in einem Strafverfahren vor dem Landgericht Meiningen eine andere Aussage gemacht als vor dem Dresdner Staatsschutzverfahren gegen Lina E. Wenn die Behauptung der Anwältin stimme, bestünden ernsthafte Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Kronzeugen, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats. Deshalb müsse das Gericht diese Angaben überprüfen.

Der Kronzeuge war Teil der Gruppierung um Lina E., die sich seit anderthalb Jahren mit drei Mitangeklagten vor dem Oberlandesgericht Dresden wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schwerer Körperverletzung und räuberischen Diebstahls verantworten muss. Der Zeuge hatte sich später von der Gruppe abgewandt und als Kronzeuge gegen die Angeklagten ausgesagt.

In seiner mehrtägigen Aussage in Dresden hatte er berichtet, die Gruppe habe sich mit Kampftrainings in Leipzig gezielt auf Überfälle auf Neonazis vorbereitet. Einige Monate später soll er als Angeklagter vor dem Landgericht Meiningen nur von ?Spaß, Spiel und sozialen Kontakten? gesprochen haben. Ein Prozessbeobachter, der für die linke Szene ein Protokoll angefertigt hatte, bestätigte die Angaben der Anwältin, äußerte sich aber widersprüchlich. Das Gericht ließ es offen, ob es der Version des Mannes glaubt. Am nächsten Prozesstag sollen die Richter und der Staatsanwalt aus Meiningen als Zeugen aussagen. Die Urteilsverkündung wird sich dadurch verzögern.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ZEUGEN (95%); GERICHTSHÖFE (92%); ANKLAGEN (90%); BEWEIS (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); RICHTER (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); GERICHTSURTEILE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); DIEBSTAHL (73%); RAUBÜBERFÄLLE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: April 20, 2023

End of Document

Eine turbulente Urteilsverkündung

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 891 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Trotz Defiziten gegen Rechtsextremismus bestehe kein Recht zur Selbsthilfe, urteilt das Gericht im Prozess gegen vier Linksextremisten um Lina E.

Es wurde eine der längsten und auch eine der turbulentesten Urteilsverkündigungen eines sächsischen Gerichts. Im Prozess gegen die Linksextremistin Lina E. sei es in den fast 100 Verhandlungstagen nicht darum gegangen, ob Menschen durch gewalttätige Angriffe verletzt wurden, sondern ob die vier Angeklagten die Taten begangen haben, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats am Mittwoch. Er begründete ausführlich und sehr detailliert, warum das Gericht im Gegensatz zu den Verteidigern die vier Angeklagten in den meisten Punkten für schuldig hielt.

Wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung sowie Diebstahls und Nötigung verurteilten die fünf Berufsrichter die Hauptangeklagte Lina E. zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Das Gericht blieb damit unter dem Antrag der Bundesanwaltschaft.

Die drei Mitangeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten. Nach Überzeugung des Gerichts hat die Gruppe zwischen 2018 und 2020 Überfälle auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen begangen. Das Gericht berief sich dabei unter anderem auf Zeugen, auf die Aussagen der Opfer aus dem rechtsextremistischen Milieu, DNA-Spuren, Indizien sowie auf einen Aussteiger aus der linken Szene.

Störer bei Urteilsverkündung

Nach den Ankündigungen der linksextremistischen Szene, am nächsten Sonnabend mit gewalttätigen Ausschreitungen in Leipzig gegen das Urteil zu protestieren, war mit einer angespannten Atmosphäre im Gericht gerechnet worden. Tatsächlich musste die Urteilsverkündung wegen Störungen mehrfach unterbrochen werden. Schon kurz nachdem Schläter-Staats das Strafmaß verkündet hatte, unterbrachen Zuhörer ihn mit Sprechchören wie ?129, das kennen wir schon, Feuer und Flamme der Repression?. Der Paragraph 129 Strafgesetzbuch stellt Bildung, Mitgliedschaft und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung unter Strafe. Nach weiteren lautstarken Zwischenrufen wie ?Faschofreunde? und ?Scheißsystem? führten Justizwachtmeister zwei Zuhörer aus dem Saal und erteilten ihnen Hausverbot.

Eine turbulente Urteilsverkündung

Als Schläuter-Staats über den Überfall auf einen Kneipenwirt in Eisenach Ende 2019 sprach, reagierten die zahlreichen Unterstützer mit weiteren Unmutsbekundungen. Der Richter sagte, der Senat gehe unter anderem auch deshalb von einer Beteiligung der Hauptangeklagten aus, weil ihr Freund Johann G. ebenfalls am Tatort gewesen sei. Er solle sich schämen, rief eine Frau durch die Trennscheibe Richtung Richtertisch. Justizwachtmeister forderten eine Zwischenruferin auf, den Saal zu verlassen. Sie rief ?Beweislastumkehr?, ließ sich zu Boden fallen und wurde hinausgebracht. Die Situation eskalierte Augenblicke später. Justizbedienstete und rund 40 Polizisten liefen unter lautem Protest und Schreien von Zuhörern in den Saal. Zwei weitere Zuschauer wurden hinausgebracht, der Vater eines der Angeklagten durfte in den Saal zurückkehren.

Schläuter-Staats sagte, der Überfall auf einen Kanalarbeiter in Leipzig steche nicht nur wegen der schwerwiegenden Folgen für das Opfer besonders hervor. An der brutalen Tat könne man sehen, wohin es führe, wenn allein das Tragen einer bestimmten Mütze genüge, um ein Leben lang mit den Folgen von Schlägen und Tritten leben zu müssen. Er hoffe, dass diese Attacke Anlass sein könnte, über politisch motivierte Gewalt nachzudenken. Aber wer sich in seinen ?ideologischen Schrebergarten? eingrabe, sei wohl nicht mehr zugänglich für solche Anregungen, sagte er unter dem Gejohle von Zuschauern.

Keine Bagatellen, sondern Straftaten

Es sei durchaus ein achtenswertes Motiv, Rechtsextremismus entgegenzutreten, räumte Schläuter-Staats ein. Aber dennoch handele es sich bei den Angriffen um Straftaten und nicht um Bagatellen. Jeder Mensch genieße unveräußerliche Rechte unabhängig von seiner politischen Ideologie, dies sei ein zentraler Wert des Grundgesetzes und ein Resultat der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft.

Der Prozess, der einer der größten bundesweit gegen Mitglieder der linksextremen Szene war, war auch nach Ansicht des Gerichts ein politisches Verfahren. Schläuter-Staats begründete dies mit dem Motiv der Täter und mit dem seiner Meinung nach erkennbaren Bemühen der Verteidiger, die Angeklagten fälschlicherweise zu Opfern von Polizei und Justiz zu erklären. Trotz der in Teilen nachvollziehbaren Kritik an den Mängeln der Strafverfolgung von Rechtsextremisten bestehne keine Notwehrlage, die die Angeklagten zu ihrem Handeln berechtigen würde, wie es die Verteidiger suggeriert hätten, kritisierte Schläuter-Staats. Deren Vorwurf eines kompletten Versagens im Kampf gegen rechts sei falsch. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts habe selbst in mehreren Prozessen hohe Haftstrafen gegen rechtsextremistische Vereinigungen verhängt.

Die Behauptung, die Justiz wolle mit diesem Verfahren die juristischen Grenzen testen, wie weit der Begriff der kriminellen Vereinigung ausgedehnt werden könnte, sei ?bestenfalls falsch?. Ziel dieser Verteidigerstrategie sei es offenbar, die Basis für die Akzeptanz dieser Art von Straftaten zu verbreitern, warf er den Anwälten vor.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); RICHTER (89%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%);

Eine turbulente Urteilsverkündung

STAATSANWÄLTE (78%); VERURTEILUNGEN (78%); ZEUGEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (76%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); DIEBSTAHL (72%); STRAFRECHT (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Reichsbürger haben in Sachsen immer mehr Zulauf

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Mittwoch 28. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 444 words

Byline: Thilo Alexe

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Verfassungsschutz stellt Bericht vor. Innenminister sieht Rechtsextreme als größte Gefahr.

Dresden. Der Verfassungsschutz rechnet den sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern in Sachsen inzwischen rund 2.500 Personen zu. Das sind rund 600 mehr als im Jahr zuvor. In der inhomogenen Reichsbürgerszene gab es nach Angaben von Innenminister Armin Schuster (CDU) ?umfangreiche Waffenfunde?. Sie machte zudem Schlagzeilen etwa durch die vereiterten Umsturzplanungen um den Prinzen zu Reuß, die auch zu Durchsuchungen in Sachsen führten.

Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Dirk-Martin Christian, wies bei der Vorstellung seines Jahresberichtes für 2022 am Dienstag auf das sogenannte ?Königreich Deutschland? und dessen Initiator Peter Fitzek hin. Geplante ?Gemeinwohldörfer? seien Ausdruck für die Ablehnung und Überwindung der Bundesrepublik Deutschland. Reichsbürger leugnen die Existenz des Staates. ?Ich bin fest entschlossen, so offensiv wie nur möglich vorzugehen?, sagte Minister Schuster. Er erwäge, ein Expertenteam in der Verwaltung auszuweiten.

Den Anstieg der Zahlen führt er auch darauf zurück, dass Kommunen den Verfassungsschutz verstärkt über Aktionen wie etwa die Rückgabe von Personalausweisen durch Reichsbürger informierten. Um die Aktivitäten der Szene einzudämmen, sei ein enger Kontakt zwischen Regierung und Kommunen nötig. Schuster: ?Wir brauchen kurze Drähte, um schnell zu sein.?

Generell seien die Gefahren durch vielfältige Bedrohungen der Demokratie gewachsen. Die größte darunter sei der Rechtsextremismus. Sachsen sei im vergangenen Jahr das Bundesland mit den meisten rechtsextremistischen Demonstrationen gewesen ? von 145 deutschlandweit hätten 94 in Sachsen stattgefunden.

Der Großteil sei von den Freien Sachsen organisiert worden. Der Partei mit rund 1.000 Mitgliedern gehe es ?um den Sturz und die Ablösung dieses Gesellschaftssystems?, sagte Verfassungsschutzchef Christian. Sie wolle 2024 bei den Kommunalwahlen antreten. Rund 4.350 Personen rechnet der Nachrichtendienst der rechtsextremistischen Szene zu ? so viele wie im Vorjahr. Die AfD gilt in Sachsen als Verdachtsfall, anders als im Bund berichtet der Landesverfassungsschutz nicht über sie.

Reichsbürger haben in Sachsen immer mehr Zulauf

Die Zahl der Linksextremisten ist um 40 auf 890 gestiegen. Einige davon seien zum Äußersten entschlossen, sagte Schuster auch mit Blick auf Proteste im Zuge des Urteils gegen die Linksextremistin Lina E. Er kündigte eine Strategie gegen Extremismus von links an. Zudem beobachte der Dienst russische Desinformationskampagnen, die das Ziel hätten, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Kommentar, Feuilleton

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); JAHRESBERICHTE (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (75%); STAATSPRÄSIDENTEN (75%); WÄHLER & WAHLEN (73%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (71%); WAHLEN (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (74%); RUSSLAND (58%)

Load-Date: June 27, 2023

End of Document

Ermittlungen gegen zwei Polizisten nach Tag X

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 15. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 319 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Nach den Ausschreitungen in Leipzig prüft die Polizei Anzeigen von Demonstranten.

Dresden. Nach dem Einsatz der Polizei am sogenannten Tag X in Leipzig sind zwei Strafanzeigen gegen Beamte eingegangen. Die Strafanzeigen seien direkt bei der Polizei erstattet worden, teilte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Leipzig, Vanessa Fink, mit. Beide Verfahren werden den Angaben zufolge derzeit gegen unbekannt geführt. Die Ermittlungen habe nicht die bei der Polizeidirektion Leipzig eingerichtete Ermittlungsgruppe übernommen, sondern die Kriminalpolizeiinspektion Dresden. Darüber hinaus habe die Staatsanwaltschaft Leipzig im Zusammenhang mit den gegen die Polizei erhobenen Vorwürfen von Amts wegen einen Prüfvorgang angelegt.

Die Polizei hatte während einer Demonstration gegen die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. rund 1.000 Teilnehmer festgesetzt, um deren Personalien aufzunehmen. Grund seien gewalttätige Angriffe gegen Beamte gewesen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Landfriedensbruchs. Der Polizeikessel zog sich bis in die frühen Morgenstunden hin, weil die Demonstranten nach Angaben der Polizei nicht kooperiert hatten.

Kritiker des Einsatzes, darunter Landtagsabgeordnete von SPD, Grünen und Linkspartei, haben der Polizeiführung vorgeworfen, die Grundrechte der Demonstranten verletzt zu haben. Außerdem sei deren Versorgung während der Festsetzung mangelhaft gewesen, es hätte mehr Personal für die Identitätsfeststellung zur Verfügung stehen müssen.

Die Polizei, die sich ihr Vorgehen von Staatsanwaltschaft und einem Richter absegnen ließ, beruft sich auf Paragraph 163 b und c der Strafprozeßordnung. Danach dürfen nicht nur Tatverdächtige zur Identitätsfeststellung festgehalten werden, sondern auch nicht verdächtige Personen, soweit es zur Aufklärung nötig ist. Die Festsetzung darf nicht länger dauern als zwölf Stunden. (SZ/lot)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ERMITTLEMENTEN (91%); STAATSANWÄLTE (91%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE KRIMINAL- UND RECHTSNACHRICHTEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (79%); RICHTER (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (77%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (68%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 14, 2023

End of Document

Ausschreitungen von Linksradikalen in Leipzig

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 251 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Nach dem Urteil gegen Lina E. wegen- linksextremistischer Gewalttaten gab es in Leipzig am Wochenende Proteste und Ausschreitungen. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz, an mehreren Orten im Stadtteil Connewitz brannten Barrikaden. Bis zum Samstagabend wurden fünf Haftbefehle erlassen, den Männern im Alter- zwischen 20 und 32 Jahren wird Landfriedensbruch vorgeworfen.

Am Nachmittag waren bei einer Demonstration Steine, Flaschen und ein Brandsatz auf Polizisten geworfen worden. Mehrere Beamte wurden verletzt. Die Polizei kesselte einen Teil der Demonstranten ein und sprach von ?massiven Ausschreitungen?. Rund 1.500 Teilnehmer hatten sich laut Polizei versammelt, davon der Einschätzung zufolge ein Drittel gewalt-bereite. Angemeldet waren- 100. Nach Angaben einer Polizeisprecherin wurden etwa 1.000 Menschen eingekesselt, um ihre Identitäten festzustellen.

Die Linke kritisierte das Vorgehen der Behörden. So meinte ihr Parlamentsgeschäftsführer im Landtag, Marco-Böhme, die Polizei habe die Lage durch das ?faktische Verbot? eskalieren lassen. Die Linksfraktion will den Einsatz zum Thema im Innenausschuss des Landtags machen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Sebastian Fischer-sagte: ?Das Gewaltmonopol liegt beim Staat! Wer Gewalt ausübt, spürt die Konsequenzen.? Die Stadt Leipzig hatte die ?Tag X?-Demo verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. Mehrere Gerichte bestätigten die Verbote. (dpa)

Kommentar

Sachsen

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (90%); GESETZGEBUNGSGRÄNDE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); BEAMTE (76%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); POLITIK (74%); POLITISCHE PARTEIEN (74%); REGIERUNGSKABINETTS (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

80 Jugendliche und zwei Kinder im Polizeikessel

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 7

Length: 314 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Von über 1.000 Personen, die die Polizei festsetzte, kam über die Hälfte nicht aus Sachsen.

Leipzig. Die Polizei hat die mehrstündige Festsetzung von über 1.040 Personen während ihres Einsatzes am vorigen Wochenende in Leipzig verteidigt. Die Identitätsfeststellungen dieser großen Personengruppe sei eine logistische Herausforderung gewesen, teilte die Polizeidirektion mit. Außerdem seien die Menschen im sogenannten Polizeikessel bis auf wenige Ausnahmen nicht kooperationsbereit gewesen. Aus einer Gruppe heraus habe es Versuche gegeben, den Kessel zu durchbrechen. Auch aus diesem Grund habe sich der Einsatz anlässlich des Protestes gegen die Verurteilung der Linksextremistin Lina E. bis Sonntag 5 Uhr hingezogen.

Nach Angriffen auf Beamte und Sachbeschädigungen war im Süden der Stadt eine große Personengruppe von Einsatzkräften umschlossen worden. Nach Absprache mit der Staatsanwaltschaft und mit richterlicher Genehmigung seien diese zur Identitätsfeststellung festgehalten worden, um eine Strafverfolgung wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Körperverletzung vorzubereiten.

Eltern hatten kritisiert, dass auch Jugendliche über mehrere Stunden eingeschlossen wurden. Die Polizei gibt ihre Zahl mit 80 an, sie seien strafmündig gewesen, wie sie betont. Auch zwei Kinder seien aufgefunden worden, sie wurden vor Mitternacht entlassen.

Nach Auswertung der Identitätsfeststellungen teilte die Polizei weiter mit, dass mehr als die Hälfte der festgesetzten Personen nicht aus Sachsen kam. Auch die im Zusammenhang mit den gewalttätigen Ausschreitungen am Alexis-Schumann-Platz sechs verhafteten Beschuldigten hätten keine Meldeanschrift in Sachsen gehabt. Am Montag wird sich der Innenausschuss des Landtags in einer Sondersitzung mit den Demonstrationen und dem Polizeieinsatz befassen.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: JUGENDLICHE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (79%); AUSSCHREITUNGEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); RICHTER (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VANDALISMUS (78%); VERHAFTUNGEN (78%); VERURTEILUNGEN (75%); POLIZEIKRÄFTE (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Bundesanwaltschaft befürchtet schwere Krawalle nach Urteil

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 6. April 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 627 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Im Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. fordert die Anklage eine Gefängnisstrafe von acht Jahren. Die Szene droht mit heftigen Ausschreitungen.

Dresden. Die Bundesanwaltschaft hat im Prozess gegen eine linksextremistische Vereinigung für die Hauptangeklagte Lina E. eine Haftstrafe von acht Jahren gefordert. Die Studentin aus Leipzig sei die Rädelsführerin einer Gruppe gewesen, die innerhalb von knapp zwei Jahren mehrere Überfälle und schwere Körperverletzungen begangen habe, sagte Alexandra Geilhorn am Mittwoch vor dem Oberlandesgericht Dresden. Sie wirft ihr Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schwere und gefährliche Körperverletzung, Sachbeschädigung, räuberischen Diebstahl und Landfriedensbruch vor. Die folgenreichsten Schläge habe ein bis heute schwer gezeichneter Kanalarbeiter in Leipzig erlitten, den die Täter nur aufgrund seiner Mütze für einen Rechtsextremisten gehalten hatten. Diese Tat weise eine erhebliche Nähe zu einem versuchten Tötungsdelikt auf, sagte die Anklägerin. Für die drei Mitangeklagten beantragte die Karlsruher Behörde Freiheitsstrafen zwischen 33 und 45 Monaten.

Nach Überzeugung der Bundesanwaltschaft ist die 28-Jährige gemeinsam mit ihrem untergetauchten Verlobten Johann G. die treibende und steuernde Kraft der kriminellen Vereinigung gewesen. Sie hätten bei der Auswahl der Opfer und der Bestimmung der Gruppenziele Führungsverantwortung übernommen, sagte Geilhorn in ihrem Plädoyer. Ihre Aufgabe sei es zudem gewesen, für die einzelnen Überfälle Mittäter anzusprechen und zu gewinnen. Als sogenannte Überblicksperson habe sie an den Tatorten die Schlägereien abgesichert und bei Gefahren von außen den Rückzug angeordnet. Selbst wenn sie nicht vor Ort gewesen sei, habe sie durch Ausspähaktionen oder Beschaffung von Werkzeugen wie Hammer und Reizgas einen erheblichen Beitrag geleistet.

Lina E. habe zudem Zugang zu dem Tatmitteldepot auf dem Dachboden eines von Linksextremisten in Leipzig bewohnten Hauses gehabt sowie zahlreiche Handys und Sim-Karten mit gefälschten Personalien bei sich aufbewahrt. Geilhorn beschrieb die vier Angeklagten als gut eingespieltes Team, die, wenn auch nur mit rudimentären Organisationsstrukturen ausgestattet, mit einem außergewöhnlichen Maß an krimineller Energie vorgingen. Das gezielte Training mit einem abgeschlossenen Personenkreis, der hohe zeitliche und finanzielle Aufwand sowie die Abschottung und Konspiration seien Anhaltspunkte für das Bestehen der Vereinigung.

Bundesanwaltschaft befürchtet schwere Krawalle nach Urteil

Die aus Kassel stammende Lina E. sitzt seit November 2020 in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft forderte in ihrem Plädoyer die Aufrechterhaltung des Haftbefehls und begründete dies mit hoher Fluchtgefahr. Die Angeklagte habe ihre Tatmotive weder aufgegeben noch infrage gestellt. Zu ihrem untergetauchten Verlobten habe sie sogar während der Untersuchungshaft Kontakt gehabt.

Geilhorn sagte, es sei davon auszugehen, dass auch Lina E. den Weg in die Illegalität gehen würde, wenn das Gericht sie auf freien Fuß setzen würde. Sie könne dabei Unterstützung ihres linksextremen Unterstützerkreises erhalten, der den Strafprozess intensiv begleitet habe.

Die Vertreterin der Bundesanwaltschaft verwies zudem auf die Drohung der linken Szene, mit erheblichen Krawallen auf das Urteil zu reagieren. In einem Demonstrationsaufruf für den Tag X heißt es, jedes Jahr Freiheitsstrafe solle in Leipzig oder anderen Städten mit einer Million Euro Sachschaden vergolten werden. Angriffsziele könnten rechtsextreme Strukturen, Polizei, Justiz, Baufirmen und Parteien seien.

Am 19. April beginnen die Plädoyers der Verteidiger, die keine Beweise für eine Strafbarkeit ihrer Mandanten sehen. Das Urteil soll Anfang Mai verkündet werden.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: STAATSANWÄLTE (92%); ANKLAGEN (90%); AUSSCHREITUNGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); RAUBÜBERFÄLLE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERHAFTUNGEN (89%); DIEBSTAHL (78%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); GERICHTSHÖFE (78%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); TÖTUNGSDELIKTE (78%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (92%); BAUINDUSTRIE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (72%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: April 5, 2023

Die Motive des Kronzeugen im Prozess um Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 23. September 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten

Sächsische Zeitung

Was uns verbindet.

Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 405 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Johannes D. ist der wichtigste Zeuge im Verfahren. Was bewegt den Szene- Aussteiger zum Reden?

Dresden. Im Prozess gegen die mutmaßliche links-militante Gruppe um Lina E. ist die Vernehmung des Kronzeugen Johannes D. am Donnerstag fortgesetzt worden. Der 30-jährige Erzieher, ein früherer Mittäter der Gruppe, sagte vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden, Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz hätten noch in Polen zu ihm Kontakt aufgenommen. Er sei im März dieses Jahres vor der Warschauer Kita, in der er gearbeitet hatte, angesprochen worden. Die Beamten hätten ihn mit seiner Vergangenheit und seinen Strafverfahren konfrontiert und ihm zwei Tage Bedenkzeit eingeräumt, ob er sich ihnen und den Ermittlungsbehörden anvertrauen wolle. Ihm sei zu dem Zeitpunkt noch kein Kontakt zum Zeugenschutzprogramm oder gar eine neue Identität angeboten worden.

Es sei damals ?Schlag auf Schlag? gegangen, denn nur wenige Tage später im April sei er überraschend entlassen worden. Grund waren die Vergewaltigungsvorwürfe gegen ihn sowie seine Vergangenheit in der linksextremen Szene. Für ihn habe im Mittelpunkt gestanden, auch künftig ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, so D. Schon zu Beginn seiner Vernehmung Ende Juli hatte er berichtet, wie er im Herbst 2021 in seiner Szene unter Druck geraten war, weil er Jahre zuvor angeblich seine Partnerin vergewaltigt haben soll. Das seien hältlose Vorwürfe, so der Zeuge. Am 4. März 2022 hat die Staatsanwaltschaft Berlin die Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Dennoch sei er von der Szene in Berlin, Nürnberg und Leipzig zur unerwünschten Person erklärt worden, habe ?Stadtverbot? bekommen.

Offenbar hatte es nach dem Erstkontakt mit dem deutschen Verfassungsschutz mehrere Gespräche in Polen gegeben, ehe er Ende April nach dem Verlust seiner Stelle seine Zelte abbrach. Anfang Mai habe er sich an die Ermittlungsbehörden gewandt. D. bestätigte, dass er im Zeugenschutzprogramm sei. Ihm seien für seine Aussage keine finanziellen Anreize gemacht worden.

Die Leipziger Studentin Lina E. und drei Männer müssen sich seit einem Jahr wegen gefährlicher Körperverletzung und Bildung einer kriminellen Vereinigung verantworten. Die Generalbundesanwaltschaft wirft ihnen ein halbes Dutzend gewalttätiger Überfälle auf tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten in Leipzig, Wurzen und Eisenach vor. (SZ/lex)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ZEUGEN (93%); GERICHTSPROZESSE (92%); STAATSANWÄLTE (89%); ERMITTLEMENTEN (88%); JUSTIZMINISTERIEN (88%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (75%); SEXUALDELIKTE (74%); GERICHTSHÖFE (71%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); WARSCHAU, POLEN (74%); NÜRNBERG, DEUTSCHLAND (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (72%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); POLEN (89%)

Load-Date: September 22, 2022

End of Document

Nach Tag X: Kritik an Polizei

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 6. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 521 words

Byline: Sven Heitkamp, Leipzig

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Bei den Ausschreitungen in Leipzig am vergangenen Wochenende wurden über 1.000 Demonstranten stundenlang eingekesselt. Kritiker rügen das als rechtswidrig.

Nach den schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und linken Demonstranten am Wochenende in Leipzig reißt die Kritik am Vorgehen der Einsatzleitung und einzelner Beamter nicht ab. Am Rande einer Kundgebung gegen Demonstrationsverbote am Sonnabend in der Südvorstadt waren von der Polizei mehr als 1.000 Menschen eingekesselt und stundenlang festgehalten worden, um die Identitäten festzustellen. Die Polizeiaktion dauerte von kurz nach 18 Uhr bis 5 Uhr am Sonntagmorgen. Unter den Betroffenen seien auch einige Minderjährige gewesen, hieß es.

Die linke Szene hatte nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. am vergangenen Wochenende für eine Demo in Leipzig mobilisiert. Trotz eines Verbots waren Tausende Anhänger in der Stadt. Die Polizei war mit etwa 3.000 Einsatzkräften und Wasserwerfern präsent. Die Initiative ?Eltern gegen Polizeigewalt? will Vorfälle mit Minderjährigen sammeln, bündeln und aufarbeiten. Auch Landtagsabgeordnete von SPD, Grünen und Linken hatten das Vorgehen der Polizei teilweise kritisiert.

Der Leipziger Grünen-Politiker und Jurist Jürgen Kasek berichtete am Montag der SZ, manche Eltern hätten bis in die Nacht vor dem Kessel und der Polizeidirektion auf ihre Kinder gewartet, ohne ausreichende Informationen zu erhalten. Dies sei rechtswidrig. Mehrere Jugendliche seien sogar im Polizeikessel verletzt worden und mit Verdacht auf Knochenbrüchen im Krankenhaus gewesen. Auch die Staatsanwaltschaft habe rechtswidrige Anordnungen getroffen. ?Das werden wir der Staatsanwaltschaft nicht durchgehen lassen?, so Kasek.

Am Montagabend demonstrierten nach Angaben der Veranstalter rund 2.000 Menschen in Leipzig. ?Wir sind wütend, sauer und schockiert über die Geschehnisse von Samstagabend und froh endlich wieder demonstrieren zu können?, sagte eine Sprecherin der Initiative ?Leipzig nimmt Platz?. Die Veranstaltung richtete sich ihren Angaben zufolge gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit und hatte das Motto ?Grundrechte gelten auch in Leipzig?. Die Veranstalter riefen die Teilnehmer zu einem friedlichen Verlauf auf und dazu, auf Wurfgeschosse sowie Vermummung zu verzichten.

Nach Tag X: Kritik an Polizei

Leipzigs Polizeipräsident René Demmler hatte am Wochenende betont, Minderjährige seien von den Beamten mit Priorität erkennungsdienstlich behandelt worden, damit sie schneller gehen könnten. Er verteidigte das harte Vorgehen bei schweren Ausschreitungen der linken Szene: ?Stärke zu zeigen kann auch deeskalierend wirken?, sagte er der Leipziger Volkszeitung. Mit den Vorfällen beschäftige sich jetzt der Innenausschuss des Landtages, sagte ein Polizeisprecher.

Auch wenn die Aufarbeitung noch dauern wird, ist inzwischen klar: Im Zusammenhang mit den Krawallen zum ?Tag X? in Leipzig sind zehn Männer in Untersuchungshaft genommen worden. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch, tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte sowie versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. (mit dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); POLITISCHE PARTEIEN (88%); JUGENDLICHE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); POLIZEIBRUTALITÄT (78%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VERHAFTUNGEN (78%); VORSTÄDTE (78%); POLIZEILICHER AMTSMISSBRAUCH (73%); POLITIK (72%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

?Das wäre eine Schlacht geworden?

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 13. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 615 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

In Leipzig sei am 3. Juni die Versammlungsfreiheit ausgehebelt worden, sagen Kritiker. Der Innenminister hält das Vorgehen der Polizei dagegen für alternativlos.

Etwa sechs Stunden dauerte die Sitzung des Landtags-Innenausschusses zum Demonstrationsgeschehen und dem Einsatz der Polizei am 3. Juni. Die Abgeordneten diskutierten vor allem über die Rechtmäßigkeit des sogenannten Polizeikessels ? wie immer hinter verschlossenen Türen.

Abgeordnete von Grünen, SPD und Linkspartei blieben auch nach der Sitzung bei ihrer Kritik: Die Einkesselung von rund 1.000 Personen, darunter Unbeteiligte und Minderjährige, sei nicht verhältnismäßig gewesen. Die Polizei hatte die Menge bis zum frühen Morgen festgesetzt, um die Identitäten festzustellen. Grund hierfür war der Verdacht des Landfriedensbruchs.

Vorausgegangen war der bundesweite Aufruf zu einer gewalttätigen Demonstration nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. und drei weitere Angeklagte zu Haftstrafen. Die Demonstration war untersagt worden, weil die linksextreme Szene Sachschäden in Millionenhöhe angedroht hatte. Nach dem Verbot sollte am gleichen Wochenende ursprünglich eine weitere Versammlung stattfinden.

Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte den Einsatz der Polizei als sehr erfolgreich. Der ?sehr professionelle Einsatz? habe sich über drei Tage hingezogen. In ?hervorragender Zusammenarbeit? mit der Stadt sei es möglich geworden, an dem Wochenende trotz der angekündigten Krawalle ein Stadtfest, ein großes Konzert, ein Pokalspiel und weitere Veranstaltungen stattfinden zu lassen.

Die Umschließung, wie Schuster den Polizeikessel nannte, sei die Folge von Straftaten gewesen, darunter auch ein Angriff auf einen Beamten, den die Staatsanwaltschaft als versuchten Mord einstuft. Die Festsetzung der rund 1.000 Personen sei mit Lautsprecheransagen angekündigt worden. Es habe die Möglichkeit bestanden zu gehen oder sich zu distanzieren.

Auch später wäre es jederzeit möglich gewesen, den Platz nach Angabe der Personalien sofort zu verlassen. Von dieser Möglichkeit habe jedoch niemand Gebrauch gemacht. Wegen der mangelnden Kooperation habe sich das

?Das wäre eine Schlacht geworden?

Prozedere etwa elf Stunden hingezogen, sagte Schuster. Laut Strafprozessordnung darf eine Freiheitsentziehung zum Zwecke der Identitätsfeststellung die Dauer von zwölf Stunden nicht überschreiten.

Schuster zufolge wäre es keine Alternative gewesen, die Demonstration laufen zu lassen und die circa 300 Gewalttäter gezielt herauszugreifen. ?Das wäre eine Schlacht geworden.? Straftäter aus einer Menge zu holen, sei eine maximale Provokation, die zu massiven Ausschreitungen und einer ?Scherbendemo? geführt hätte.

Der Grünen-Innenpolitiker Valentin Lippmann kritisierte die Missachtung der Demonstrationsfreiheit, wie er sagte. Die Stadt Leipzig habe durch ihr Vorgehen zum Ausdruck gebracht, dass man an dem Wochenende lieber seine Ruhe haben wollte. Die Polizeiführung habe im Innenausschuss zugegeben, dass der Einsatzleitung die hohe Zahl der umschlossenen Menschen zunächst nicht bekannt sei. Die Einsatzleitung habe über die Zustände auf dem Platz nichts gewusst, kritisierte auch die Linke-Abgeordnete Kerstin Köditz. Lippmann: ?Ich erwarte von der Polizei auch in schwierigen Lagen besonnenes Handeln?.

Albrecht Pallas (SPD) sagte, Kollateralschäden dürften nicht billigend in Kauf genommen werden. Auch eine fehlende Mitwirkung von Beschuldigten könne nicht dazu führen, dass Menschen ohne ausreichende sanitäre Versorgung bei Temperaturen um die sieben Grad elf Stunden festgehalten würden. Das sei offensichtlich unverhältnismäßig.

Der Innenausschuss will die Beratungen in der nächsten Woche fortsetzen.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (90%); GESETZGEBUNGSGRÄFTE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); POLIZEIKRÄFTE (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STRAFTATEN (78%); VERANSTALTUNGSKALENDER (78%); GERICHTSPROZESSE (74%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (74%); STRAFZUMESSUNG (74%); ANKLAGEN (73%); GEFÄNGNISSTRAFEN (73%); MORD (73%); STAATSANWÄLTE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 12, 2023

?Es gibt keine gute Gewalt?

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 31. März 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 688 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die Bundesanwaltschaft macht die linksextremistische Gruppe um Lina E. verantwortlich für eine Eskalation der Gewalt. Sie hält die Vorwürfe für bewiesen.

Den Kanalarbeiter in Leipzig hatte es besonders schlimm erwischt. Am helllichten Tag war er während eines Arbeitseinsatzes im Leipziger Stadtteil Connewitz von einer fünfköpfigen Gruppe schwarz gekleideter Schläger verprügelt worden. Er erlitt mehrere Brüche des Schädelns und musste Metallplatten im Gesicht tragen. Unerträgliche Schmerzen und Angstzustände dauern bis heute an. Eine Strickmütze mit einem Logo aus der Kampfsportszene, die der Mann an diesem Tag zufällig aufgesetzt hatte, habe die Angreifer auf ihr Opfer aufmerksam gemacht. So schildert es Alexandra Geilhorn, Staatsanwältin beim Generalbundesanwalt, am Donnerstag in ihrem Plädoyer vor dem Oberlandesgericht Dresden.

Die Bundesanwaltschaft sieht es als erwiesen an, dass dieser Überfall wie fünf weitere Taten der Gruppe um die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. zuzurechnen sind. Anderthalb Jahre nach Beginn des Strafverfahrens gegen insgesamt vier Angeklagte sieht sie sämtliche Vorwürfe als bewiesen an. Die Gruppe habe sich spätestens im August 2018 als kriminelle Vereinigung zusammengeschlossen und sei mindestens 21 Monate aktiv gewesen.

Sie hätten sich aufgrund ihrer eigenen Definition von Antifaschismus für ermächtigt gehalten, mit Gewalt gegen den politischen Gegner vorzugehen, sagte Geilhorn in ihrem mehrstündigen Schlussvortrag. Ziel sei es gewesen, Rechtsextremisten nachhaltig Schaden zuzufügen, sie psychisch zu brechen und andere abzuschrecken. In den vergangenen Jahren hätten die Auseinandersetzungen zwischen den links- und den rechtsextremistischen Lagern zugenommen. Dies gehe mit massiver Gewalt und Verletzungen einher. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit hänge aber nicht von der politischen Gesinnung ab, mahnte Geilhorn. ?Es gibt keine gute politische Gewalt.? Es sei Aufgabe dieses Gerichtsverfahrens, den Belastungen für die Innere Sicherheit wirksam zu begegnen und die Spirale der Gewalt zu unterbrechen.

Die Staatsanwältin ordnete der Gruppe insgesamt sechs Taten zu, die in wechselnder Zusammensetzung begangen worden seien. Lina E. habe gemeinsam mit ihrem Verlobten Johann G. eine herausgehobene Stellung eingenommen. Die beiden hätten den Hut aufgehabt, wie es der Kronzeuge der Anklagebehörde formulierte.

?Es gibt keine gute Gewalt?

G. ist anders als Lina E. die Flucht gelungen, er wird mit Haftbefehl gesucht. Geilhorn ist überzeugt, dass die Hauptangeklagte an allen Taten beteiligt gewesen ist, und zwar in der selbst gewählten Rolle als ?Überblicksperson?. In dieser Funktion habe sie die Taten mit geplant, die Tatorte abgesichert, die Opfer mit Pfefferspray in Schach gehalten und je nach Lage vor Ort den Rückzug angeordnet. Zu den angeklagten Taten gehören Überfälle auf NPD-Funktionäre, auf eine Gruppe rechtsextremistischer Demonstranten in Wurzen sowie auf einen Kneipenwirt aus der Kampfsportszene in Eise- nach. Die Gruppe habe sich zum Ziel gesetzt, möglichst sämtliche Teilnehmer eines rechtsextremen Aufmarsches in Leipzig-Connewitz im Jahr 2016 ausfindig zu machen und zu verprügeln.

Die Vereinigung habe weder einen Namen noch ein Kassenbuch oder eine Satzung, sagte Geilhorn. Es habe auch keine feste Aufgabenverteilung gegeben. Für eine Verurteilung wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung komme es darauf aber nicht an. Das konspirative Vorgehen, das gezielte Training, das ausgeprägte ?Wir?-Gefühl und die Abschottung nach außen habe die Gefährlichkeit der Gruppe ausgemacht.

Geilhorn räumte ein, dass die Beweislage für die Teilnahme an den einzelnen Taten nicht klar auf der Hand liege. Es gebe keine ?smoking gun?. Sie halte die Angeklagten aufgrund vieler Beweise dennoch für überführt, darunter die Aussagen der Geschädigten, eine Abhöraktion in einem Fahrzeug, Chatauswertungen und die Aussage des Kronzeugen, den der Verfassungsschutz im Sommer präsentierte.

In der nächsten Woche wird die Anklägerin ihr Plädoyer fortsetzen. Anschließend werden die Schlussvorträge der acht Verteidiger erwartet.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: STAATSANWÄLTE (92%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); ANKLAGEN (89%); -
GERICHTSPROZESSE (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -
VERFAHREN (88%); ZEUGEN (78%); KAMPFKUNST (75%); GERICHTSHÖFE (74%); JUSTIZMINISTERIEN
(74%); RECHTSANWÄLTE (74%); VERURTEILUNGEN (74%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (73%);
ANGSTSTÖRUNGEN (71%); VERHAFTUNGEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (92%); RECHTSANWÄLTE (74%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: March 30, 2023

Linke Gewalt verändert ihr Gesicht

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Mittwoch 28. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Feuilleton; S. 7

Length: 1378 words

Byline: Tom Mannewitz

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Rechtsextremismus bleibt die größte Bedrohung, doch militanter Antifaschismus wandelt sich bedenklich. Auch hier muss die Demokratie wachsam sein.

Zwei Zahlen ? 113 zu 4 ? zeigen, wo die Gefahr für die Gesellschaft herrührt. 113 ? das ist die Zahl derer, die das Bundeskriminalamt zwischen 1990 und 2020 als Todesopfer rechtsextremer Gewalt dokumentiert hat. Zivilgesellschaftliche Stiftungen kommen zum Teil sogar zu doppelt so hohen Zahlen. 4 ? so viele Menschen sind laut offiziellen Angaben durch ?linke Gewalt? ums Leben gekommen. Die Bedrohung geht demnach eindeutig vom Rechts-, nicht vom Linksextremismus aus ? auf den ersten Blick. Auf den zweiten ist die Lage komplexer.

Rückschau auf das letzte Jahr: 23.493 ?rechte? Straftaten stehen 6.976 ?linken? gegenüber, 14.000 gewaltorientierte Rechtsextremisten 10.800 gewaltorientierten Linksextremisten. 2022 war kein Ausnahmejahr: Seit Langem gibt es mehr ?rechte? Straftaten als ?linke?, mehr gewaltorientierte Rechts- als Linksextremisten. Der NSU, Hanau, Halle, Kassel, München ? all dies unterstreicht die rechts-extremistische (nicht: rechte) Gefahr für Leib und Leben. Doch auch die Demokratie als politische Lebensform ist bedroht: Entführungs- und Staatsstreichpläne aus dem Reichsbürgermilieu, eine AfD, die sich seit Jahren radikalisiert und in bundesweiten Umfragen an zweiter Stelle steht (im Osten bisweilen an erster), rechtsextremistische Vorfälle in den Sicherheitsbehörden.

Es gab im letzten Jahr aber auch erstmals seit vielen Jahren mehr ?rechte? Gewalttaten als ?linke?, nämlich 1.170 (Tendenz steigend) versus 842 (Tendenz fallend) ? mehrheitlich Körperverletzungen. Als ?extremistisch? wird indes nur ein Bruchteil (1.016 zu 602) gewertet. Das ist nicht ganz unproblematisch, zeigt doch, wer politisch motivierte Gewalt ausübt, dass er oder sie immer auch das Gewaltmonopol des Staates infrage stellt.

Das Gefälle bei den Straftaten hängt wesentlich mit der Verfolgung von Propagandadelikten zusammen, von denen die verschiedenen rechtsextremistischen Lager mehr sowie mehr eindeutige haben als ?der? Linksextremismus. Unzählige NS-Symbole, Runen, Hakenkreuzvariationen, Lieder und Rufe sind ?rechts? verboten ? im ?linken? Bereich steht so viel nicht unter Strafe.

Die Gewaltstatistiken sind wiederum vom Anzeigeverhalten der jeweiligen Opfergruppen abhängig. Migrantinnen und Migranten, die ?Hauptzielgruppe? rechtsextremistischer Gewalt, dürften (etwa aufgrund von Sprachbarrieren

Linke Gewalt verändert ihr Gesicht

oder schlechten Erfahrungen mit Sicherheitsbehörden) weniger zu einer Anzeige neigen als juristisch geschulte Polizeibeamtinnen und -beamte, die seit Jahren die zentrale Opfergruppe ?linker? Massenmilitanz darstellen und bei denen schon die Dienstpflicht eine Anzeige gebietet. ?Rechte? Gewalt wird also- im Vergleich zur ?linken? durch die Statistiken unterschätzt ? und liegt dennoch erstmals ?vorne?.

Zwei Trends sollten dabei nicht über-sehen werden: Da wäre erstens der Anstieg gewaltorientierter Linksextremisten. Gemeint sind damit nicht nur Personen, die selbst Gewalt ausüben, sondern auch solche, die darin ein legitimes politisches Mittel sehen und es darum bei Gleichgesinnten zumindest dulden. Zwischen 2014 und 2022 ging deren Zahl von 7.600 auf 10.800 hoch. Die Hotspots: Berlin, Hamburg ? und Leipzig. Gemessen an der Einwohnerzahl gibt es in der sächsischen Messe-stadt so viele gewaltorientierte Linksextremisten wie sonst nirgendwo.

Zweitens verändert die ?linke? Gewalt ihr Gesicht: Zwar gibt es immer noch die ?klassische? Massenmilitanz (gegen politische Gegner wie die Polizei) sowie Brand- und Sprengstoffanschläge auf öffentliche Infrastruktur, Behörden und Symbole des Kapitalismus. Recht neu ist jedoch das Phänomen von Tatserien durch abgeschottete, konspirativ agierende Kleingruppen ? vor allem in Sachsen und in Thüringen.

Die sechs Angriffe zwischen 2018 und 2020, deretwegen die Gruppe um Lina E. verurteilt wurde, sind hierfür nicht die einzigen Beispiele. In der ersten Jahreshälfte 2021 erfasste eine Reihe von neun Anschlägen mit Brand- und Sprengsätzen, mit Bitumen und Buttersäure Immobilien von tatsächlichen wie vermeintlichen Rechts-extremisten. In dieselbe Zeit fallen auch zwei Überfälle auf den Vorsitzenden der Jungen Nationalisten in Eilenburg und auf einen polizeibekannten Hooligan in Erfurt. In beiden Fällen gaben sich die Angreifer als Polizei aus, um in die Wohnung der Opfer- einzudringen und ihnen dort unter anderem mit einem Hammer die Fuß-gelenke zu zertrümmern bzw. das Bein zu brechen. An einem Samstagvormittag im April 2022 folgten ? offenkundig konzertierte ? Angriffe auf Thor-Steinar-Läden in Magdeburg, Halle, Erfurt und Schwerin. In Erfurt hatten die Angreifer mehrfach mit einem Schlagstock auf die Beine, Füße und den Kopf der Verkäuferin eingeschlagen, ehe sie ihr Pfefferspray ins Gesicht sprühten-.

2023: Noch vor den Angriffen im Umfeld des Budapester ?Tags der Ehre? im Februar (ein historisches Datum für Europas Rechtsextremisten) gab es im Januar einen Angriff auf zwei Neonazis durch eine Gruppe von acht Personen mit einer Axt, Totschlägern und Pfefferspray. Die Liste der Opfer aus den letzten Jahren liest sich zum Teil wie das ?Who is who? des deutschen Neonazismus, nicht wenige waren mutmaßlich an den Übergriffen in Connewitz im Januar 2016 beteiligt. Es ging offenkundig darum, Zeichen zu setzen.

Wir haben es also im Linksextremismus zu tun mit einem wachsenden gewaltorientierten Milieu und einem Trend hin zu konspirativ geplanter Gewalt vornehmlich gegen (meist: tatsächliche) Rechts-extremisten durch Szeneangehörige, von denen einige in den Untergrund gehen. Das sind recht günstige Ausgangsbedingungen für eine Radikalisierung. Vergleiche zur RAF sind übertrieben (und in vielerlei Hinsicht schief), aber ein Trend hin zum Terrorismus (im sozialwissenschaftlichen Sinne systematischer politischer Gewalt von hoher Intensität durch nicht staatliche Akteure mit dem Ziel, den Gegner einzuschüchtern) ist unverkennbar.

Auch die Rahmenbedingungen ? AfD-Mandatsgewinne und ein wachsendes Milieu- gewaltorientierter Rechtsextremisten, Reichsbürger und Selbstverwalter ? deuten auf Eskalation. Denn ?antifaschistische Militanz? war, das zeigen Zahlen zu Resonanzstraftaten und Konfrontations-gewalt, immer schon eine Reaktion auf die Zunahme des Rechtsextremismus und dessen hohe mediale Präsenz. So war es Anfang der Neunziger nach Hoyerswerda, Solingen, Mölln, Rostock, so war es 2015 bei den rassistischen Ausschreitungen während der ?Flüchtlingskrise? und so war es jüngst im Zuge der vielen ?Querdenker?-Proteste.

Wo die Welle des Rechtsextremismus anbrandet, ist die des Linksextremismus meist schon zu hören. Die rechts-extreme Szene schämt zwar angesichts der Gewalt gegen sie, Gegenschläge blieben aber (bislang) aus, so wie überhaupt in der Vergangenheit der Kampf gegen Rechtsextremisten für den Linksextremismus eine grö-ßere Rolle spielte als umgekehrt (gemessen an den Zahlen). Was aktuell noch hinzukommen mag: ein Organisations- und Informationsgefälle zugunsten der ?Antifa?.

Linke Gewalt verändert ihr Gesicht

Repression und Prävention müssen Hand in Hand gehen ? bei allen demokratifeindlichen Bestrebungen. Nur gibt es eine- ausgefächerte Präventionslandschaft im Linksextremismus nicht ? Ansätze, die ?rechts? funktionieren, fruchten ?links? eher nicht, sei es wegen der geringen Bereitschaft, mit ?Externen? zu reden, sei es wegen anderer Sozialdynamiken. Zudem ist ein Mangel an Sensibilität für das Problem von Selbstjustiz zu konstatieren, der über die gewaltorientierte linksextremistische Szene hinausgeht. Man denke nur an das fragwürdige Verständnis für ?antifaschistische Militanz? in Teilen von Politik und Gesellschaft. Und man denke an Bürgerwehren à la ?Gruppe Freital?, die zwar mit Antifaschismus nichts zu tun haben, aber ebenfalls mit Selbstjustiz argumentieren.

Deutschland hat ein Problem mit Rechtsextremismus. Es braucht hierfür den Staat und die Gesellschaft. Bloß: Wo ?Antifaschismus? keine demokratische Gegenpositionierung zum Rechtsextremismus mehr meint, sondern mit Gewalt oder dem Kampf gegen die Demokratie einhergeht, braucht es neben Repression und Prävention eine nachhaltige Debatte darüber, wo Demokratie aufhört und wo Extremismus beginnt, rechter wie linker.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); STRAFTATEN (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); STATISTIKEN (89%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); BEVÖLKERUNGSGRÖSSE (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); TOD & STERBEN (77%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: June 27, 2023

End of Document

Razzia im Fall Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 16. Juni 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 665 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die Ermittler hüllen sich in Schweigen, doch offenbar gibt es einen Aussteiger der linken Szene, der nun als Kronzeuge ausgesagt hat.

Die Leipziger Studentin Lina E. sitzt bereits seit gut eineinhalb Jahren in Untersuchungshaft. Seit zehn Monaten läuft der Prozess der 27-Jährigen vor dem Oberlandesgericht Dresden. Doch erst am Mittwoch hat die Polizei wieder zu einem Schlag gegen die linksextreme Szene Leipzigs ausgeholt. Die Uniformierten durchsuchten mehrere Wohnungen Verdächtiger im Stadtteil Connewitz, möglicherweise auch anderswo. Es soll Verbindungen zu der Gruppe um die Studentin geben, die sich seit September 2021 etwa wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruchs und Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht Dresden verantworten muss.

Die Generalbundesanwaltschaft wirft ihr mehrere gezielte gewalttätige Überfälle auf Rechtsextremisten vor und sieht die angehende Erziehungswissenschaftlerin als Kopf einer militant-linksextremen Vereinigung, die sie ?Gruppe E.? nennt. Mitangeklagt sind drei Männer aus Leipzig und Berlin, die ebenfalls der ?Gruppe E.? zugerechnet werden. Bislang haben sich die Angeklagten nicht zu den Vorwürfen geäußert, ihre Verteidiger nutzen alle Möglichkeiten, das Verfahren als politischen Prozess darzustellen. Lina E. sei nicht zuletzt auch ein Opfer übereifriger Ermittler, die den Verdacht einer kriminellen Vereinigung konstruiert hätten, um die Szene mit weitgehenden Überwachungen und Abhörmaßnahmen aushorchen zu können.

Während also die Prozessbeteiligten am Mittwochmorgen nach einer mehrwöchigen Unterbrechung von Richter Hans Schlüter-Staats, dem Vorsitzenden des Staatsschutzenats, erfahren, dass die Hauptverhandlung erneut um mehrere Monate verlängert werden muss, haben Dutzende Durchsuchungsbeamte in Leipzig bereits einen Großteil ihrer Arbeit hinter sich. Das Landeskriminalamt Sachsen (LKA) bestätigt am Vormittag die Einsatzmaßnahmen, ohne Einzelheiten zu nennen. Ein Behördensprecher verweist auf die Bundesanwaltschaft als Herrin des Verfahrens. Und auch in Karlsruhe sind keine weiteren Hintergründe des Einsatzes zu erfahren. Dabei könnten die Ermittler einen unerwarteten Jackpot geknackt haben.

Nach Recherchen der Leipziger Volkszeitung soll ein mutmaßliches Mitglied der ?Gruppe E.? ausgepackt haben. Ein Szene-Aussteiger, der nun Kronzeuge ist. Das allein ist höchst ungewöhnlich. Das hohe Maß an Konspiration

Razzia im Fall Lina E.

gerade in Leipzig war bislang der Hauptgrund, warum die Polizei so gut wie keine Chance hatte, Straftaten der linksextremen Szene aufzuklären. So ist es oft in Ermittlerkreisen zu hören.

Das führt nun wieder zu dem Prozess in Dresden. Denn der Anlass für die nun notwendig gewordenen weiteren Sitzungstage sind stetig wachsende neue Erkenntnisse in dem Verfahren, die auch damit zusammenhängen, weil auch in anderen Bundesländern wie etwa Thüringen Parallelverfahren und -ermittlungen laufen, so ein Prozessbeobachter gegenüber der SZ.

Der Vorsitzende berichtet von einem Zeugen und Aussagematerial von ?sieben mal zwanzig Seiten Polizeivernehmungen?. Da der Mann, gegen den auch ermittelt wird, seinen Verteidiger gewechselt habe, könne er erst im August angehört werden. Der neue Verteidiger des ? mutmaßlichen ? Kronzeugen sagte, er werde sich zu dem ganzen Prozedere nicht äußern.

Ansonsten läuft der Lina-Prozess auch nach der Pause wie zuvor. Immer wieder kommt es zu Wortgefechten. Nun etwa, weil der Vorsitzende sich wunderte, dass die Verteidiger die vorgespielten Tonaufnahmen mehrerer in Autos aufgezeichneter Gespräche nicht verstanden haben. Er selbst sagt, er lese die verschrifteten Dialoge mit, so sei es möglich, sich ein Bild zu machen. Auch das sorgt für Kritik. Die Verteidiger behaupten, man habe Mitschnitte ?unvoreingenommen? prüfen. Schlueter-Staats entgegnet, er glaube nicht, dass Verteidiger tatsächlich nicht wüssten, was in den Autos gesprochen worden sein soll. Der Prozess wird fortgesetzt.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); ZEUGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (89%); STAATSANWÄLTE (89%); ERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RICHTER (78%); VERHAFTUNGEN (78%); ÜBERWACHUNG (78%); ANKLAGEN (77%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (77%); STRAFTATEN (77%); VERSCHWÖRUNG (77%); BEAMTE (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: June 15, 2022

?Nur mit Schneebällen macht es keinen Sinn?

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 7

Length: 860 words

Byline: Annette Binninger

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

In der Ukraine-Frage plädiert Linksfraktionschef Rico Gebhardt klar für die Lieferung von Verteidigungswaffen.

Ein halbes Leben in der Politik, ein halbes Leben in der DDR, ein halbes im vereinigten Deutschland. Aber mitregieren durfte er mit der Linkspartei in Sachsen noch nie. Rico Gebhardt ist es gewohnt, auf der harten Oppositionsbank zu sitzen. Seit 2012 ist er Chef der Linksfraktion im sächsischen Landtag, war zuvor einige Jahre Landesvorsitzender der Partei, deren Zustimmungswerte in Bund und Land eher bröckeln. ?Politik ist das Bohren von dicken Brettern. Das gehört nun mal dazu, wenn man Opposition ist. Ich heul? da nicht rum, dass meine Anträge nicht beschlossen werden.? Natürlich sei das auch frustrierend.

Zu Problemen der Linkspartei

Aber die Partei habe eben auch Fehler gemacht, sei unklar in manchen ihrer Positionen, etwa zu Einwanderung und Europa, sowie ihrer Zielgruppe. ?Welches Milieu willst Du ansprechen? Bist Du für die Großstadt oder bist Du eher für den ländlichen Raum?? Die Linkspartei habe ?einige Problemchen? nicht gelöst in den letzten Jahren. Auch dadurch konnte die AfD in die frei werdende Lücke als Protestpartei aufrutschen. Die Menschen spürten einen gewissen ?Kontrollverlust?, dass sie nicht mehr selbst darüber bestimmen können, wie ihr Leben funktioniert. ?Ich glaube, dass man da einen Teil wieder zurückholen kann, die sich dann auch wieder in die demokratischen Prozesse einbeziehen lassen?, sagt Gebhardt. ?Ich glaube, das ist eine Verantwortung, die wir alle haben.?

Zu Sahra Wagenknecht

Und dann der Dauer-Ärger mit Sahra Wagenknecht. Da steigt der Puls und die Stimme wird lauter von Rico Gebhardt. ?Es gibt zwei Alternativen: Entweder ich kämpfe in meiner Partei für andere Mehrheiten und meine Position oder ich gehe und sage, ich such? mir eine andere Heimat?, empört sich Gebhardt. ?Aber in meiner Partei aus ihren Ressourcen eine Gegenbewegung aufzubauen und sie dann auch noch permanent zu erpressen, das finde ich echt komisch.? Da spielt es überhaupt keine Rolle, ob und welche Verdienste Sahra Wagenknecht für die Partei habe oder nicht. Dass ausgerechnet Wagenknecht mit ihren Äußerungen zu Ukraine-Krieg und Asyl-Kurs wieder beginnt, Protest-Stimmen im Osten von allen Parteien einzusammeln, ärgert Gebhardt.

?Nur mit Schneebällen macht es keinen Sinn?

Zum Ukraine-Krieg

Auch zum Ukraine-Krieg gibt es höchst unterschiedliche Stimmen in der Linkspartei? im Hintergrund schwingt noch immer bei vielen die alte Russland-Verbundenheit mit. Er habe da eine ganz klare Position, sagt Rico Gebhardt, die unterscheide sich auch? nicht so ganz groß? von der Gesamtpartei. ?Putin ist der Aggressor. Er hat die Ukraine überfallen. Und da gibt es kein Wenn und Aber.? Auch wenn manche da auf eine ?Vorgeschichte? hinwiesen. ?Natürlich gibt es zu jedem Krieg eine Vorgeschichte. Aber es gibt für mich in der heutigen Zeit keine Berechtigung mehr, ein anderes Land zu überfallen.? Und außerdem habe die Ukraine das Recht, weil sie überfallen worden ist, sich zu verteidigen.? Doch wie? ?Ich habe intern immer gesagt: ?Nur mit Schneebällen macht es keinen Sinn? ? sie brauchen zumindest Waffen für die Verteidigung.? Er verstehe aber auch alle, die genau das Gegenteil sagen; die Sorge vieler Menschen, dass Deutschland zur Kriegspartei werde, dass es Vergeltungsaktionen geben könnte. Doch er persönlich sei für die Lieferung von Verteidigungswaffen an die Ukraine ? beispielsweise von Raketenabwehrsystemen, die zivile Einrichtungen schützen. ?Bei Panzern hört es auf, denn das ist für mich eine Angriffswaffe.?

Zu den Leipziger Ausschreitungen

Die Linkspartei und die Gewalt? auch bei den jüngsten Ausschreitungen in Leipzig wird der Partei mangelhafte Distanzierung unterstellt. ?Ich habe mehrfach auch im Landtag gesagt, dass Menschen, die Sachschäden anrichten, die bei Demonstrationen auf Menschen losgehen? da gehören dann für mich auch Polizisten dazu? dass die all meine Solidarität verspielt haben.?

Das Verbot der Großdemonstrationen in Leipzig nach dem Urteil gegen Lina E. halte er für richtig. Es habe zu viele, klare Gewaltaufrufe gegeben. Aber es hätte nicht alles verboten werden dürfen. Auch die Umstände der Einkesselung von 1.000 Menschen? darunter viele Minderjährige? hinterfragt Gebhardt. ?Ich glaube, die Einsatztaktik war zumindest an dieser Stelle nicht die klügste und die beste.? Am Montag gibt es auf Antrag der Linkspartei zu Leipzig eine Sondersitzung des Innenausschusses im Landtag. ?Dass man gegen jeden Extremismus vorgehen muss, steht außer Frage?, sagt Rico Gebhardt noch.

Persönliche Zukunft

Die Lust vergangen an Politik ist dem 60-jährigen gelernten Koch noch längst nicht. Er sei von den beiden Landeschefs gebeten worden, nochmal zu kandidieren, verrät er. ?Ich bin weder amtsmüde, noch habe ich meinen Kopf in den letzten Wochen und Monaten in den Sand gesteckt? trotz der großen Probleme.?

Der Sächsische.de-Podcast ?Politik in Sachsen?

Die ganze Folge ?Politik in Sachsen? Der Podcast? mit Linksfraktionschef Rico Gebhardt hören Sie, indem Sie mit Ihrem Smartphone den QR-Code rechts scannen. Oder Sie besuchen die folgende Website:

www.szlink.de/PolitikPodcast

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

?Nur mit Schneebällen macht es keinen Sinn?

Subject: POLITISCHE PARTEIEN (90%); 2022 RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG (89%); LÄNDLICHE GEMEINDEN (79%); DEUTSCHE LANDTAGE (74%); REGIERUNGSKABINETTS (73%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (72%); FÜHRUNGSKRÄFTE (71%)

Organization: EUROPEAN UNION (56%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); UKRAINE (93%); RUSSLAND (79%); EUROPA (78%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Prozess um Lina E: Mitangeklagter hat angeblich Alibi

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 17. März 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 5

Length: 299 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Im Verfahren des Oberlandesgerichtes Dresden um Angriffe mutmaßlicher Linksextremer auf politische Gegner hat am Mittwoch die Vereidigung des Berliner Angeklagten ein Alibi für ihren Mandanten zum ersten Überfall in Eisenach vorgebracht. Aufnahmen einer Videokamera und Geodaten eines Mobiltelefons würden belegen, dass er am 18. Oktober 2019 seinen Wohnort überhaupt nicht verlassen habe. ?Herr M. hat sich einen netten Abend unter Freunden in Berlin gemacht?, lautete die Schlussfolgerung seines Verteidigers. Es gebe gewichtige Anhaltspunkte für eine fehlerhafte Arbeit der Ermittlungsbehörden. Interpretationen abgehörter Gespräche würden sich teilweise widersprechen. Die Generalbundesanwaltschaft wirft der aus Kassel stammenden Studentin Lina E. sowie drei Männern aus Leipzig und Berlin vor, zwischen 2018 und 2020 Leute aus der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach attackiert und zusammengeschlagen zu haben. In Lina E. wird die Anführerin gesehen. Die junge Frau sitzt in Untersuchungshaft, die drei Männer ? zwei von ihnen sind 27 Jahre alt, einer 36 ? sind auf freiem Fuß. Sie schwiegen bisher zu den Vorwürfen.

Am Mittwoch kam auch ein Rechtsextremist aus Eisenach zu Wort. Der 28-Jährige betreibt in der thüringischen Stadt das Szenelokal ?Bull? Eye?, das 2019 zwei Mal zum Schauplatz von Überfällen wurde. Damals hatten bis zu 15 Angreifer die Kneipe angegriffen und Gäste verletzt. Der Zeuge gab unter anderem an, dass er beim ersten Angriff in der Nacht zum 19. Oktober mit einem Teleskopschlagstock attackiert wurde und sich gewehrt habe, indem er mit einem Bierglas auf einen Angreifer einschlug und schließlich auch mit Gläsern warf. Eine Frau habe Pfefferspray versprüht und auch zum Rückzug gerufen. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Prozess um Lina E: Mitangeklagter hat angeblich Alibi

Subject: ANKLAGEN (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); ERMITTLEMENTEN (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); STAATSANWÄLTE (78%); ZEUGEN (78%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (78%); STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); BERLIN, DEUTSCHLAND (88%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: March 16, 2022

End of Document

Lina E.-Verhandlung soll wegen eines weiteren Prozesses unterbrochen werden

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 4. März 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 219 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Nach einer coronabedingt längeren Unterbrechung wurde der Prozess gegen die Leipziger Studentin Lina E. und drei Männer diese Woche fortgesetzt. Dem Quartett, das laut Anklage einer militant-linksextremistischen Vereinigung angehören soll, werden sechs massive Überfälle auf Rechtsextreme vorgeworfen.

Die Verhandlung vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden (OLG) läuft seit September 2021. Obwohl ein Ende nicht absehbar ist, kündigte der Senat für Mai/Juni Pläne einer mehrwöchigen Unterbrechung an. Anlass ist der Prozess gegen einen Leipziger Geschäftsmann, dem Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz bei Russland-Geschäften vorgeworfen werden. Der 56-Jährige sitzt bereits seit Mai 2021 in Untersuchungshaft.

Im Lina E.-Prozess vernahm das OLG weitere Geschädigte und Zeugen eines Angriffs auf eine Eisenacher Kneipe im Oktober 2019. Ein 48-jähriger Gast berichtete, wie plötzlich zehn bis 15 dunkel gekleidete Vermummte in das Lokal stürmten. Er habe jemanden ?Die Antifa ist hier!? rufen hören ? dann sei er mit Reizgas besprühnt und niedergeschlagen worden. Der Kneipeninhaber soll im Dezember 2019 erneut von der ?Gruppe E.? überfallen worden sein. Er soll Mitte März als Zeuge aussagen. (SZ/lex)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Lina E.-Verhandlung soll wegen eines weiteren Prozesses unterbrochen werden

Subject: GERICHTSPROZESSE (92%); ZEUGEN (90%); GESETZGEBUNGSSORGANE (79%); ANKLAGEN (78%); GERICHTSHÖFE (72%); KRIEGSWAFFEN (70%)

Industry: KNEIPEN (74%); KRIEGSWAFFEN (70%); RÜSTUNGSSEKTOR-REGULIERUNG (55%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: March 3, 2022

End of Document

Prozess um Lina E. zeigt Grenzen von Phantombildern

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 7. Januar 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 529 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Seit September 2021 beschäftigt sich das Gericht mit Angriffen auf Neonazis aus Sachsen und Thüringen. Ein Ende des Prozesses ist nicht absehbar.

Dresden. Der Prozess gegen vier mutmaßliche Gewalttäter aus der linken Szene ist am Donnerstag am Oberlandesgericht Dresden mit einer weiteren Zeugenbefragung fortgesetzt wurden. Eine Mitarbeiterin der Polizeidirektion Leipzig gab detailliert Auskunft, wie Phantombilder am Computer erstellt werden und welche Möglichkeiten den Beamten dabei zur Verfügung stehen. Das Phantombild einer an den Taten beteiligten Frau blieb damals allerdings unvollendet. Eine Zeugin hatte weder über Nase noch Mund der Tatverdächtigen Aussagen treffen können und war sich auch bei deren Augen nicht ganz sicher.

Die Generalbundesanwaltschaft wirft der aus Kassel stammenden Studentin Lina E. und drei Männern aus Leipzig und Berlin vor, zwischen 2018 und 2020 Leute aus der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach gezielt attackiert und zusammengeschlagen zu haben. Zudem ist die Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Lina E. soll die Anführerin sein. Sie sei in mindestens zwei Fällen Kommandogebieterin bei der Tat gewesen und habe ihr Auto als Fluchtfahrzeug zur Verfügung gestellt. Die Generalbundesanwaltschaft geht davon aus, dass die Gruppe eine gemeinsame militant-linksextremistische Weltanschauung verfolgt, die sich gegen die bestehende rechtsstaatliche Ordnung, insbesondere gegen das staatliche Gewaltmonopol, richtet. Antifaschismus und Antirepression waren demnach die Hauptzielrichtung.

Die Angeklagte sitzt seit mehr als einem Jahr in Untersuchungshaft, die drei Männer ? zwei von ihnen sind 27 Jahre alt, einer 36 ? sind auf freiem Fuß. Sie schwiegen bisher zu den Vorwürfen. Bis Ende 2021 gab es 21 Verhandlungstage. Das Gericht hat zunächst bis Ende März weitere Termine anberaumt.

Die Verteidigung wirft der damals mit den Ermittlungen beauftragten Sonderkommission Linksextremismus (Soko LinX) im Landeskriminalamt Sachsen vor, ?aus einer Anzahl von Körperverletzungshandlungen eine kriminelle Vereinigung zu konstruieren? und spricht von einem ?politisierten Verfahren?.

Behauptungen, Ermittler hätten Details aus den Ermittlungsverfahren an ein rechtes Magazin durchgestochen, haben sich inzwischen als falsch erwiesen. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen einen Beamten wurden eingestellt. Im November 2021 wurden Ermittlungen gegen Lina E. im Zusammenhang mit einem Überfall auf eine Leipziger Prokuristin 2019 mangels hinreichenden Tatverdachts beendet.

Prozess um Lina E. zeigt Grenzen von Phantombildern

Am Donnerstag erhielt das Publikum einen Einblick in die Arbeit der Polizei. Eine für Phantomzeichnungen zuständige Mitarbeiterin der Polizeidirektion Leipzig schilderte dem Gericht, wie mit dem Computerprogramm ?Facette? Bilder Tatverdächtiger entstehen.

Dabei kann der Nutzer beispielsweise aus mehr als 300 Gesichtsformen und 534 verschiedene Nasen wählen, die zudem verändert werden können. Allein für Frauen im Alter zwischen 20 und 35 stehen 584 verschiedene Augenpaare zur Auswahl. In der Regel dauere die Erstellung eines Phantombildes eine Stunde, gab die Mitarbeiterin zu Protokoll. (SZ/dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ZEUGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); POLIZEIKRÄFTE (89%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); VERANSTALTUNGSKALENDER (78%); VERHAFTUNGEN (77%); RECHTSSTAATLICHKEIT (73%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); KASSEL, DEUTSCHLAND (73%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: January 6, 2022

End of Document

Opfer eines Angriffs entlastet Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 23. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 430 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Am sechsten Verhandlungstag um eine kriminelle linksextreme Vereinigung berichtet ein früherer Kopf der Leipziger NPD von einem Überfall.

Dresden. Im Prozess gegen die mutmaßlich linksextremistische kriminelle Vereinigung vorm Oberlandesgericht Dresden hat eines der Opfer am Mittwoch die Angeklagte Lina E. indirekt entlastet. Der frühere Leipziger NPD-Stadtrat und Parteichef Enrico B. beschrieb am sechsten Verhandlungstag, er sei seiner Erinnerung nach am Morgen des 2. Oktober 2018 von Männern überfallen worden. ?Es waren vier männliche Täter?, sagte B. vor Gericht.

Auf Nachfrage sprach der 38-Jährige dann nur noch von kräftigen, sportlichen Gestalten, die wie Kampfsportler agierten und ?ein Stück? größer gewesen seien als er. ?Ich habe sie als männlich empfunden.? Den schweren Angriff auf B. wirft die Bundesanwaltschaft allerdings bisher nur der Leipziger Studentin Lina E. vor.

Detailliert schilderte Enrico B., der im Verfassungsschutzbericht 2018 als Neonationalsozialist erwähnt wurde, den Morgen des Überfalls. Er habe gegen 7.15 Uhr sein Haus verlassen. Als er auf dem Bürgersteig zu seinem Auto gehen wollte, seien vier Maskierte mit Sturmhauben auf ihn zugelaufen. Während er zwischen parkenden Autos Schutz suchen wollte, sei er geschlagen, gegen die Knie getreten und mit Pfefferspray attackiert worden. Auch auf dem Boden liegend sei er ?mit höchster Effizienz? mehrfach gegen seinen Kopf und sein linkes Knie getreten worden, das Knie habe multiple Brüche erlitten. Einer der Männer habe gerufen, man solle gegen den Kopf treten. B., der auch Nebenkläger ist, hat indes selbst zahlreiche Vorstrafen.

Die Bundesanwaltschaft wirft Lina E. und drei Angeklagten teils lebensgefährliche Übergriffe auf Rechtsextremisten vor, die zwischen 2018 und 2020 in Leipzig, Wurzen und Eisenach verübt worden seien. Der Prozess gilt als eines der bedeutendsten Verfahren gegen linksautonome Gruppierungen. Neue Rätsel gibt seit Dienstag ein von der Polizei abgehörtes Gespräch auf einer Autofahrt auf.

Dabei unterhalten sich drei junge Männer über den Angriff auf einen Kanalarbeiter in Leipzig-Connewitz Anfang 2019, der der Gruppierung um Lina E. zugerechnet wird. ?Das waren wir?, soll einer der jungen Männer gesagt haben. Der Verteidiger Erkan Zünbul erklärte, das mitgeschnittene Gespräch belege nur, dass die Beschuldigten vieles gar nicht voneinander wüssten ? dies spreche gegen eine kriminelle Vereinigung. Zudem bleibe unklar, wer mit ?wir? gemeint gewesen sei. Der Mitschnitt sei unergiebig und uneindeutig. (svh)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZRBG

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); GERICHTSHÖFE (77%); STÄDTE (72%); KAMPFKUNST (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Opfer eines Angriffs entlastet Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 23. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 430 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Am sechsten Verhandlungstag um eine kriminelle linksextreme Vereinigung berichtet ein früherer Kopf der Leipziger NPD von einem Überfall.

Dresden. Im Prozess gegen die mutmaßlich linksextremistische kriminelle Vereinigung vorm Oberlandesgericht Dresden hat eines der Opfer am Mittwoch die Angeklagte Lina E. indirekt entlastet. Der frühere Leipziger NPD-Stadtrat und Parteichef Enrico B. beschrieb am sechsten Verhandlungstag, er sei seiner Erinnerung nach am Morgen des 2. Oktober 2018 von Männern überfallen worden. ?Es waren vier männliche Täter?, sagte B. vor Gericht.

Auf Nachfrage sprach der 38-Jährige dann nur noch von kräftigen, sportlichen Gestalten, die wie Kampfsportler agierten und ?ein Stück? größer gewesen seien als er. ?Ich habe sie als männlich empfunden.? Den schweren Angriff auf B. wirft die Bundesanwaltschaft allerdings bisher nur der Leipziger Studentin Lina E. vor.

Detailliert schilderte Enrico B., der im Verfassungsschutzbericht 2018 als Neonationalsozialist erwähnt wurde, den Morgen des Überfalls. Er habe gegen 7.15 Uhr sein Haus verlassen. Als er auf dem Bürgersteig zu seinem Auto gehen wollte, seien vier Maskierte mit Sturmhauben auf ihn zugelaufen. Während er zwischen parkenden Autos Schutz suchen wollte, sei er geschlagen, gegen die Knie getreten und mit Pfefferspray attackiert worden. Auch auf dem Boden liegend sei er ?mit höchster Effizienz? mehrfach gegen seinen Kopf und sein linkes Knie getreten worden, das Knie habe multiple Brüche erlitten. Einer der Männer habe gerufen, man solle gegen den Kopf treten. B., der auch Nebenkläger ist, hat indes selbst zahlreiche Vorstrafen.

Die Bundesanwaltschaft wirft Lina E. und drei Angeklagten teils lebensgefährliche Übergriffe auf Rechtsextremisten vor, die zwischen 2018 und 2020 in Leipzig, Wurzen und Eisenach verübt worden seien. Der Prozess gilt als eines der bedeutendsten Verfahren gegen linksautonome Gruppierungen. Neue Rätsel gibt seit Dienstag ein von der Polizei abgehörtes Gespräch auf einer Autofahrt auf.

Dabei unterhalten sich drei junge Männer über den Angriff auf einen Kanalarbeiter in Leipzig-Connewitz Anfang 2019, der der Gruppierung um Lina E. zugerechnet wird. ?Das waren wir?, soll einer der jungen Männer gesagt haben. Der Verteidiger Erkan Zünbul erklärte, das mitgeschnittene Gespräch belege nur, dass die Beschuldigten vieles gar nicht voneinander wüssten ? dies spreche gegen eine kriminelle Vereinigung. Zudem bleibe unklar, wer mit ?wir? gemeint gewesen sei. Der Mitschnitt sei unergiebig und uneindeutig. (svh)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZNIE

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); GERICHTSHÖFE (77%); STÄDTE (72%); KAMPFKUNST (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Opfer eines Angriffs entlastet Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 23. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 430 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Am sechsten Verhandlungstag um eine kriminelle linksextreme Vereinigung berichtet ein früherer Kopf der Leipziger NPD von einem Überfall.

Dresden. Im Prozess gegen die mutmaßlich linksextremistische kriminelle Vereinigung vorm Oberlandesgericht Dresden hat eines der Opfer am Mittwoch die Angeklagte Lina E. indirekt entlastet. Der frühere Leipziger NPD-Stadtrat und Parteichef Enrico B. beschrieb am sechsten Verhandlungstag, er sei seiner Erinnerung nach am Morgen des 2. Oktober 2018 von Männern überfallen worden. ?Es waren vier männliche Täter?, sagte B. vor Gericht.

Auf Nachfrage sprach der 38-Jährige dann nur noch von kräftigen, sportlichen Gestalten, die wie Kampfsportler agierten und ?ein Stück? größer gewesen seien als er. ?Ich habe sie als männlich empfunden.? Den schweren Angriff auf B. wirft die Bundesanwaltschaft allerdings bisher nur der Leipziger Studentin Lina E. vor.

Detailliert schilderte Enrico B., der im Verfassungsschutzbericht 2018 als Neonationalsozialist erwähnt wurde, den Morgen des Überfalls. Er habe gegen 7.15 Uhr sein Haus verlassen. Als er auf dem Bürgersteig zu seinem Auto gehen wollte, seien vier Maskierte mit Sturmhauben auf ihn zugelaufen. Während er zwischen parkenden Autos Schutz suchen wollte, sei er geschlagen, gegen die Knie getreten und mit Pfefferspray attackiert worden. Auch auf dem Boden liegend sei er ?mit höchster Effizienz? mehrfach gegen seinen Kopf und sein linkes Knie getreten worden, das Knie habe multiple Brüche erlitten. Einer der Männer habe gerufen, man solle gegen den Kopf treten. B., der auch Nebenkläger ist, hat indes selbst zahlreiche Vorstrafen.

Die Bundesanwaltschaft wirft Lina E. und drei Angeklagten teils lebensgefährliche Übergriffe auf Rechtsextremisten vor, die zwischen 2018 und 2020 in Leipzig, Wurzen und Eisenach verübt worden seien. Der Prozess gilt als eines der bedeutendsten Verfahren gegen linksautonome Gruppierungen. Neue Rätsel gibt seit Dienstag ein von der Polizei abgehörtes Gespräch auf einer Autofahrt auf.

Dabei unterhalten sich drei junge Männer über den Angriff auf einen Kanalarbeiter in Leipzig-Connewitz Anfang 2019, der der Gruppierung um Lina E. zugerechnet wird. ?Das waren wir?, soll einer der jungen Männer gesagt haben. Der Verteidiger Erkan Zünbul erklärte, das mitgeschnittene Gespräch belege nur, dass die Beschuldigten vieles gar nicht voneinander wüssten ? dies spreche gegen eine kriminelle Vereinigung. Zudem bleibe unklar, wer mit ?wir? gemeint gewesen sei. Der Mitschnitt sei unergiebig und uneindeutig. (svh)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); KRIMINALITÄTSRATE (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); GERICHTSHÖFE (77%); STÄDTE (72%); KAMPFKUNST (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Prokuristin überfallen: Spur führt zu Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 12. Oktober 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 202 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden/Leipzig. Nach dem Angriff auf die Prokuristin einer Immobilienfirma 2019 in Leipzig führt offensichtlich eine Spur zur mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. Gegen sie werde in diesem Fall wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, teilte am Montag die Generalstaatsanwaltschaft Dresden mit. Zudem werde gegen eine ehemalige Mitarbeiterin einer Klinik in Magdeburg wegen Beihilfe ermittelt. Sie werde verdächtigt, die Meldeadresse des Opfers abgefragt zu haben.

Vermummte hatten die Prokuristin im November 2019 in ihrer Wohnung überfallen und mit Faustschlägen erheblich verletzt. In einem im Internet veröffentlichten Schreiben wurde der Angriff als Reaktion auf einen Neubau im Leipziger Stadtteil Connewitz dargestellt, für den die Firma der Frau verantwortlich ist.

Lina E. wird seit Anfang September zusammen mit drei Männern vor dem Oberlandesgericht Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und schweren Landfriedensbruchs der Prozess gemacht. Laut Anklage ist sie Anführerin einer militanten Gruppe, deren Ziel es war, tatsächliche und mutmaßliche Angehörige der rechten Szene anzugreifen und zu verletzen. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ANKLAGEN (90%); STAATSANWÄLTE (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (76%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); GERICHTSHÖFE (68%)

Prokuristin überfallen: Spur führt zu Lina E.

Industry: STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); MAGDEBURG, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: October 11, 2021

End of Document

Große Prozesse und Massenverfahren belasten Gerichte

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Mittwoch 1. Februar 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 391 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Aufwendige Prozesse im Zuge des VW-Abgasskandals bestimmen weiterhin die Arbeit sächsischer Gerichte. Daneben gibt es weitere Herausforderungen.

Dresden/Leipzig. Strafverfahren mit zig Beteiligten und komplexen Sachverhalten erschweren die Arbeit an Gerichten in Sachsen ebenso wie Massenverfahren, die Einführung der elektronischen Akte (e-Akte), hoher Altersdurchschnitt und Krankenstände. Am Oberlandesgericht (OLG) Dresden seien es besonders Verfahren in Diesel-Abgas-Streitigkeiten, die Zahl der Neueingänge 2022 lag bei fast 1.100, wie eine Sprecherin sagt. Dazu kommen Zivilverfahren zu Beitragsanpassungen in privaten Krankenversicherungen, in denen sich Versicherte, meist vertreten durch darauf spezialisierte Rechtsanwaltskanzleien, gegen Tariferhöhungen wendeten. In vielen anderen Verfahren geht es um Verträge über fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen, die nicht mit einer ordnungsgemäßen Belehrung über das Widerrufsrecht versehen gewesen und daher unwirksam sein sollten.

Der Staatsschutzsenat indes ist seit über einem Jahr durch den Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin **Lina E.** und drei Mitangeklagte gebunden, der derzeit terminiert ist bis Ende Mai. Die Verhandlung im Hochsicherheitssaal des OLG am Stadtrand fordert auch das Wachpersonal, unter anderem wegen der zeitweise hohen Personalausfälle durch Corona, sagt OLG-Präsident Leon Ross.

Krankheitsfälle führten auch im Prozess zum Juwelendiebstahl aus dem Grünen Gewölbe am Landgericht Dresden zu Verzögerungen, der ebenfalls in dem speziellen OLG-Saal verhandelt wird ? mit sechs Angeklagten, 14 Verteidigern, drei Staatsanwälten sowie zig Gutachtern und Zeugen. Bei der Wirtschaftsstrafkammer läuft seit Juni 2021 eine umfangreiche Steuerstrafsache, wie ein Gerichtssprecher sagt. Auch da mussten mehrfach Termine wegen Corona verschoben werden.

Im Zivilbereich nahmen 2022 Verfahren zu, in denen es um die Ausweitung des Dieselskandals auf Wohnmobile geht, sowie Verfahren zu Architektenhonoraren, in denen mehr als 500.000 Euro eingeklagt werden. Allgemein gebe es dort immer wieder Schwierigkeiten mit der E-Akte, wegen nicht funktionierender Technik komme es häufiger zu mehrstündigen Unterbrechungen. Der Gerichtssprecher erwartet, dass es ?bei der sehr hohen Arbeitsbelastung? bleiben werde. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZSEB

Subject: GERICHTSPROZESSE (92%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (90%); SKANDALE (90%); ANKLAGEN (78%); ARBEITNEHMER-FEHLZEITEN (78%); KRANKHEITSURLAUB (78%); RECHTSKLAGEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VW-ABGASSKANDAL (78%); ZEUGEN (78%); VERSPÄTUNGEN & VERZÖGERUNGEN (73%); STEUERBETRUG (72%); DIEBSTAHL (66%); STEUERN & BESTEUERUNG (65%)

Industry: KRAFTFAHRZEUGE (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VW-ABGASSKANDAL (78%); KRANKENVERSICHERUNG (76%); LEBENSVERSICHERUNG (75%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%)

Load-Date: February 24, 2023

End of Document

Weitere Anklage gegen Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 10. August 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 221 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die Bundesanwaltschaft wirft der mutmaßlichen Linksextremistin aus Leipzig einen Überfall vor.

Karlsruhe. Eine bereits angeklagte mutmaßliche Linksextremistin aus Leipzig muss sich wegen eines weiteren Überfalls auf einen Mann aus der rechten Szene vor Gericht verantworten. Die Bundesanwaltschaft hat gegen die junge Frau inzwischen noch eine Anklage wegen einer Tat Anfang Oktober 2018 erhoben, wie die Karlsruher Behörde am Montag mitteilte. Die beschuldigte Lina E., die eine Gruppe militanter Linker in Leipzig angeführt haben soll, sitzt seit Anfang November in Untersuchungshaft. Ihr und drei mitangeklagten Männern soll am Oberlandesgericht Dresden der Prozess gemacht werden.

Die vier sollen zu einer größeren militant-linksextremistischen Gruppe gehört haben, die die Ermittler als kriminelle Vereinigung einstufen. Ihre Mitglieder sollen gezielt Personen aus der rechten Szene überfallen und brutal zusammengeschlagen haben. Manche Opfer wurden potenziell lebensbedrohlich verletzt. Bei dem Vorfall, der nun noch dazugekommen ist, war ein Mann im Leipziger Stadtteil Gohlis am frühen Morgen beim Verlassen seiner Wohnung von vier Angreifern zu Fall gebracht, geschlagen und getreten worden. Die Frau ist nach früheren Medienberichten eine Studentin Mitte zwanzig. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Weitere Anklage gegen Lina E.

Subject: ANKLAGEN (92%); STAATSANWÄLTE (90%); GERICHTSHÖFE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (75%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Weitere Anklage gegen Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 10. August 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 221 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die Bundesanwaltschaft wirft der mutmaßlichen Linksextremistin aus Leipzig einen Überfall vor.

Karlsruhe. Eine bereits angeklagte mutmaßliche Linksextremistin aus Leipzig muss sich wegen eines weiteren Überfalls auf einen Mann aus der rechten Szene vor Gericht verantworten. Die Bundesanwaltschaft hat gegen die junge Frau inzwischen noch eine Anklage wegen einer Tat Anfang Oktober 2018 erhoben, wie die Karlsruher Behörde am Montag mitteilte. Die beschuldigte Lina E., die eine Gruppe militanter Linker in Leipzig angeführt haben soll, sitzt seit Anfang November in Untersuchungshaft. Ihr und drei mitangeklagten Männern soll am Oberlandesgericht Dresden der Prozess gemacht werden.

Die vier sollen zu einer größeren militant-linksextremistischen Gruppe gehört haben, die die Ermittler als kriminelle Vereinigung einstufen. Ihre Mitglieder sollen gezielt Personen aus der rechten Szene überfallen und brutal zusammengeschlagen haben. Manche Opfer wurden potenziell lebensbedrohlich verletzt. Bei dem Vorfall, der nun noch dazugekommen ist, war ein Mann im Leipziger Stadtteil Gohlis am frühen Morgen beim Verlassen seiner Wohnung von vier Angreifern zu Fall gebracht, geschlagen und getreten worden. Die Frau ist nach früheren Medienberichten eine Studentin Mitte zwanzig. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZSEB

Weitere Anklage gegen Lina E.

Subject: ANKLAGEN (92%); STAATSANWÄLTE (90%); GERICHTSHÖFE (78%); GERICHTSPROZESSE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (75%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (73%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Die zwei Geschichten der Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 8. Mai 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 966 words

Byline: Sven Heitkamp

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Eine Leipziger Studentin soll brutale Übergriffe auf Neonazis verübt haben. Doch es gibt auch ein anderes Bild von ihr.

Eine junge Frau mit Handschellen, roten Fingernägeln und schwarzen Sportschuhen steigt aus einem Polizeihubschrauber, streng bewacht von bewaffneten Polizisten mit schwarzen Sturmhauben. Das Bild entsteht am 5. November am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, an jenem Tag, als Lina E. dem Haftrichter vorgeführt wird. Ihr Name steht seither in Leipzig-Connewitz an unzähligen Hausfassaden und in den sozialen Medien: Free Lina!

Am Tag zuvor haben Beamte des Landeskriminalamtes die Studentin der Erziehungswissenschaften in ihrer Connewitzer Wohnung verhaftet und die Zimmer durchsucht. Doch die Vorwürfe der Soko Linx scheinen nicht zum Foto der jungen Frau zu passen, die da gebückt aus dem Hubschrauber steigt: Es geht um brutale Übergriffe auf Rechtsextremisten, um Bildung einer kriminellen Vereinigung, gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, besonders schweren Landfriedensbruch. Seit genau sechs Monaten sitzt Lina E. nun in Untersuchungshaft in Chemnitz.

Doch je länger die Beschuldigte inhaftiert ist, umso mehr verfestigen sich zwei verschiedene Geschichten einer jungen Frau, die unterschiedlicher kaum sein könnten: Der Generalbundesanwalt zeichnet das Bild einer linksradikalen Kriminellen. Spätestens im September 2019 habe sich Lina E. einer linksextremistischen Vereinigung angeschlossen, der ?Gruppe E.? Die Mitglieder hätten eine militante Ideologie vertreten und Menschen aus der rechtsextremen Szene angegriffen ? darunter im Oktober 2019 das Lokal ?Bull?s Eye? in Eisenach, das als Nazi-Treff gilt.

Lina E. und ihre Gruppe hätten den Inhaber und seine letzten Gäste mit Schlagstöcken, Reizgas und Faustschlägen attackiert, ihnen schwere Verletzungen zugefügt und Scheiben zertrümmert. Für einen weiteren Angriff auf den jungen Kneipier aus der rechten Szene, Leon R., habe sie zwei Hämmer in einem Baumarkt klauen wollen. Als sie ertappt wurde, habe sie dem Mann vom Sicherheitsdienst einen Stoß in den Bauch versetzt. Den Wirt habe die Gruppe weiter observiert und ihn nahe seiner Wohnung angegriffen. Lina E. habe Reizgas gesprührt, die mutmaßlichen Mittäter mit Schlagstöcken, Hämfern und Stangen auf ihn eingeschlagen. An anderen Orten habe es ähnliche Fälle gegeben, heißt es. Schließlich habe Lina E. im Juni die Anschrift eines Kampfsportlers aus

Die zwei Geschichten der Lina E.

dem rechtsextremen Umfeld publik gemacht. Einen Anschlag habe die Polizei vereitelt. Von Beginn an habe Lina E. eine ?herausgehobene Stellung? in der kriminellen Vereinigung eingenommen, so die Ermittler. Sie habe Anschläge vorbereitet und das Kommando übernommen. Weil die Miete von den Eltern gezahlt wurde, sie Prepaidkarten statt eines Handyvertrags nutzte und eine Perücke besaß, bezeichnet die Bundesanwaltschaft ihre Lebensweise als ?klandestin? ? als geheim.

Auch am Auto von Lina E. seien geklaute Kennzeichen gewesen. Auf Nachfrage teilt Sprecher Markus Schmitt nur mit, die Ermittlungen gegen Lina E. und andere Beschuldigte dauerten an. Wegen der besonderen Bedeutung des Falles habe der Ermittlungsrichter die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft bestätigt. Die Zeitung die Welt veröffentlichte indes die Erweiterung des Haftbefehls und zitierte aus den Akten neue Vorwürfe der Ermittler ? etwa den Angriff auf einen Arbeiter, der in Connewitz eine Mütze der Marke ?Greifvogel Wear? trug, die mit ihrer Adler-Symbolik und der Verehrung von Kampf, Disziplin und Stärke der rechten Szene zugeordnet wird. Der Mann soll krankenhausreif geschlagen worden sein.

Laut der Wochenzeitung Die Zeit hatte die Soko Linx Mitglieder der ?Gruppe E.? observiert, Autos mit Peilsendern verfolgt, Gespräche abgehört und Konten überwacht. Klar ist: Die 26-Jährige, die nicht vorbestraft ist, war nach dem Abitur 2013 aus Kassel nach Leipzig gezogen. Sie hat in Halle Erziehungswissenschaften studiert und nach ihrer Bachelorarbeit über Neonazismus in der Jugendarbeit am Beispiel des NSU im Jugendclub Jena-Winzerla das Masterstudium begonnen. Überhaupt zeichnen Freunde und Kommilitonen in Zeitungsinterviews eher das Bild einer guten Studentin, die gern kletterte, Popmusik und ?Herr der Ringe? mochte.

Laut Freunden habe sie in der Jugendhilfe arbeiten wollen ? im Dienst des Staates. Die Heimatzeitung von Lina E., die HNA, hat ihre Anwälte interviewen können. Darin äußern Erkan Zünbul und Björn Elberling massive Zweifel und starke Vorwürfe gegen die Version der Ermittler. Die These der Bundesanwaltschaft über die besondere Brutalität werde in den Akten nicht bestätigt. Eindrucksvoll zeige sich das in einem Fall, in dem sich die Geschädigten nach einer ambulanten Behandlung beim Supermarkt auf ein Bier trafen. ?Die genutzten Begrifflichkeiten sind ein Versuch der Bundesanwaltschaft, eine besondere Gefährlichkeit der vermeintlichen Organisation herbeizuschreiben, die sich in der Akte nicht wiederfindet?, so Elberling. Auch die führende Rolle von Lina E. sei in einem anderen Licht zu sehen: Sie habe laut Akte ihre Mitstreiter gerade aufgefordert, einen Angriff zu abzubrechen. Darauf habe sich die Gruppe tatsächlich zurückgezogen. Bemerkenswert ist, dass alle Beschuldigten in dem Fall schon mit politisch motivierten Straftaten auffielen ? bis auf Lina E.. Sie aber sitzt nun in U-Haft.

Möglicherweise hat auch alles zu tun mit dem Angriff von 215 Rechtsextremisten auf Connewitz Anfang 2016. Vielleicht hat es auch mit Johann G. zu tun, mit dem Lina E. verlobt gewesen sein soll. Er war schon länger in der linksextremen Szene aktiv, wurde unter anderem wegen Landfriedensbruch und einer Schlägerei bei einer Legida-Demo verurteilt, saß in Haft und hat auf seine Finger ?Hate Cops? tätowiert. Mittlerweile ist er abgetaucht. Die Rätsel bleiben.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); RICHTER (89%); STAATSANWÄLTE (89%); DIEBSTAHL (77%); NEGATIVE

Die zwei Geschichten der Lina E.

NACHRICHTEN (77%); POLIZEIKRÄFTE (77%); SOCIAL MEDIA (76%); KAMPFKUNST (72%); GERICHTSHÖFE (71%); RECHTSANWÄLTE (71%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (65%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); SOCIAL MEDIA (76%); HUBSCHRAUBER (72%); RECHTSANWÄLTE (71%); PREPAID-KARTEN (60%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (59%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Die zwei Geschichten der Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 8. Mai 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 966 words

Byline: Sven Heitkamp

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Eine Leipziger Studentin soll brutale Übergriffe auf Neonazis verübt haben. Doch es gibt auch ein anderes Bild von ihr.

Eine junge Frau mit Handschellen, roten Fingernägeln und schwarzen Sportschuhen steigt aus einem Polizeihubschrauber, streng bewacht von bewaffneten Polizisten mit schwarzen Sturmhauben. Das Bild entsteht am 5. November am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, an jenem Tag, als Lina E. dem Haftrichter vorgeführt wird. Ihr Name steht seither in Leipzig-Connewitz an unzähligen Hausfassaden und in den sozialen Medien: Free Lina!

Am Tag zuvor haben Beamte des Landeskriminalamtes die Studentin der Erziehungswissenschaften in ihrer Connewitzer Wohnung verhaftet und die Zimmer durchsucht. Doch die Vorwürfe der Soko Linx scheinen nicht zum Foto der jungen Frau zu passen, die da gebückt aus dem Hubschrauber steigt: Es geht um brutale Übergriffe auf Rechtsextremisten, um Bildung einer kriminellen Vereinigung, gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, besonders schweren Landfriedensbruch. Seit genau sechs Monaten sitzt Lina E. nun in Untersuchungshaft in Chemnitz.

Doch je länger die Beschuldigte inhaftiert ist, umso mehr verfestigen sich zwei verschiedene Geschichten einer jungen Frau, die unterschiedlicher kaum sein könnten: Der Generalbundesanwalt zeichnet das Bild einer linksradikalen Kriminellen. Spätestens im September 2019 habe sich Lina E. einer linksextremistischen Vereinigung angeschlossen, der ?Gruppe E.? Die Mitglieder hätten eine militante Ideologie vertreten und Menschen aus der rechtsextremen Szene angegriffen ? darunter im Oktober 2019 das Lokal ?Bull?s Eye? in Eisenach, das als Nazi-Treff gilt.

Lina E. und ihre Gruppe hätten den Inhaber und seine letzten Gäste mit Schlagstöcken, Reizgas und Faustschlägen attackiert, ihnen schwere Verletzungen zugefügt und Scheiben zertrümmert. Für einen weiteren Angriff auf den jungen Kneipier aus der rechten Szene, Leon R., habe sie zwei Hämmer in einem Baumarkt klauen wollen. Als sie ertappt wurde, habe sie dem Mann vom Sicherheitsdienst einen Stoß in den Bauch versetzt. Den Wirt habe die Gruppe weiter observiert und ihn nahe seiner Wohnung angegriffen. Lina E. habe Reizgas gesprührt, die mutmaßlichen Mittäter mit Schlagstöcken, Hämfern und Stangen auf ihn eingeschlagen. An anderen Orten habe es ähnliche Fälle gegeben, heißt es. Schließlich habe Lina E. im Juni die Anschrift eines Kampfsportlers aus

Die zwei Geschichten der Lina E.

dem rechtsextremen Umfeld publik gemacht. Einen Anschlag habe die Polizei vereitelt. Von Beginn an habe Lina E. eine ?herausgehobene Stellung? in der kriminellen Vereinigung eingenommen, so die Ermittler. Sie habe Anschläge vorbereitet und das Kommando übernommen. Weil die Miete von den Eltern gezahlt wurde, sie Prepaidkarten statt eines Handyvertrags nutzte und eine Perücke besaß, bezeichnet die Bundesanwaltschaft ihre Lebensweise als ?klandestin? ? als geheim.

Auch am Auto von Lina E. seien geklaute Kennzeichen gewesen. Auf Nachfrage teilt Sprecher Markus Schmitt nur mit, die Ermittlungen gegen Lina E. und andere Beschuldigte dauerten an. Wegen der besonderen Bedeutung des Falles habe der Ermittlungsrichter die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft bestätigt. Die Zeitung die Welt veröffentlichte indes die Erweiterung des Haftbefehls und zitierte aus den Akten neue Vorwürfe der Ermittler ? etwa den Angriff auf einen Arbeiter, der in Connewitz eine Mütze der Marke ?Greifvogel Wear? trug, die mit ihrer Adler-Symbolik und der Verehrung von Kampf, Disziplin und Stärke der rechten Szene zugeordnet wird. Der Mann soll krankenhausreif geschlagen worden sein.

Laut der Wochenzeitung Die Zeit hatte die Soko Linx Mitglieder der ?Gruppe E.? observiert, Autos mit Peilsendern verfolgt, Gespräche abgehört und Konten überwacht. Klar ist: Die 26-Jährige, die nicht vorbestraft ist, war nach dem Abitur 2013 aus Kassel nach Leipzig gezogen. Sie hat in Halle Erziehungswissenschaften studiert und nach ihrer Bachelorarbeit über Neonazismus in der Jugendarbeit am Beispiel des NSU im Jugendclub Jena-Winzerla das Masterstudium begonnen. Überhaupt zeichnen Freunde und Kommilitonen in Zeitungsinterviews eher das Bild einer guten Studentin, die gern kletterte, Popmusik und ?Herr der Ringe? mochte.

Laut Freunden habe sie in der Jugendhilfe arbeiten wollen ? im Dienst des Staates. Die Heimatzeitung von Lina E., die HNA, hat ihre Anwälte interviewen können. Darin äußern Erkan Zünbul und Björn Elberling massive Zweifel und starke Vorwürfe gegen die Version der Ermittler. Die These der Bundesanwaltschaft über die besondere Brutalität werde in den Akten nicht bestätigt. Eindrucksvoll zeige sich das in einem Fall, in dem sich die Geschädigten nach einer ambulanten Behandlung beim Supermarkt auf ein Bier trafen. ?Die genutzten Begrifflichkeiten sind ein Versuch der Bundesanwaltschaft, eine besondere Gefährlichkeit der vermeintlichen Organisation herbeizuschreiben, die sich in der Akte nicht wiederfindet?, so Elberling. Auch die führende Rolle von Lina E. sei in einem anderen Licht zu sehen: Sie habe laut Akte ihre Mitstreiter gerade aufgefordert, einen Angriff zu abzubrechen. Darauf habe sich die Gruppe tatsächlich zurückgezogen. Bemerkenswert ist, dass alle Beschuldigten in dem Fall schon mit politisch motivierten Straftaten auffielen ? bis auf Lina E.. Sie aber sitzt nun in U-Haft.

Möglicherweise hat auch alles zu tun mit dem Angriff von 215 Rechtsextremisten auf Connewitz Anfang 2016. Vielleicht hat es auch mit Johann G. zu tun, mit dem Lina E. verlobt gewesen sein soll. Er war schon länger in der linksextremen Szene aktiv, wurde unter anderem wegen Landfriedensbruch und einer Schlägerei bei einer Legida-Demo verurteilt, saß in Haft und hat auf seine Finger ?Hate Cops? tätowiert. Mittlerweile ist er abgetaucht. Die Rätsel bleiben.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZRIE

Subject: RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); RICHTER (89%); STAATSANWÄLTE (89%); DIEBSTAHL (77%); NEGATIVE

Die zwei Geschichten der Lina E.

NACHRICHTEN (77%); POLIZEIKRÄFTE (77%); SOCIAL MEDIA (76%); KAMPFKUNST (72%); GERICHTSHÖFE (71%); RECHTSANWÄLTE (71%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (65%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); SOCIAL MEDIA (76%); HUBSCHRAUBER (72%); RECHTSANWÄLTE (71%); PREPAID-KARTEN (60%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (59%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

3.000 Menschen bei Demo für Lina E. erwartet

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 17. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 7

Length: 319 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Vor der Bundestagswahl wollen mehrere tausend Menschen in Leipzig demonstrieren. Hilfe gibt es aus der Politik.

Leipzig. Bei der geplanten Demonstration der linken Initiative ?Wir sind alle LinX? am Samstag in Leipzig erwarten die Organisatoren laut Angaben der Stadt 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Eine Mobilisierung erfolge deutschlandweit, teilte eine Sprecherin der Stadt Leipzig am Donnerstag mit. Zunächst hatte die Leipziger Volkszeitung berichtet.

Das Motto der Veranstaltung ist demnach ?Wir sind alle Antifaschist:innen - Wir sind alle LinX?. Hintergrund der Demonstration ist der Prozess gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin. Die Generalbundesanwaltschaft wirft ihnen vor, zwischen 2018 und 2020 gezielt Menschen aus der rechten Szene in Leipzig und Wurzen sowie in Eisenach attackiert und brutal zusammengeschlagen zu haben.

Das Bündnis ?Wir sind alle LinX? solidarisiert sich ausdrücklich mit Lina E. und fordert ein Ende der ?Diffamierungskampagnen gegen linkes und antifaschistisches Engagement?, wie es auf der Internetseite des Bündnisses heißt. Auch die sächsische Linke fühle sich dem Anliegen verbunden, teilte sie am Donnerstag mit. Es solle ein starkes Zeichen gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck, gegen rechte Hetze auf der Straße und in den Parlamenten und rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden gesetzt werden.

Der Vorsitzende der Leipziger Linken, Adam Bednarsky, sagte laut Mitteilung, dass immer wieder Mitglieder und Mandatsträger der Partei von Neonazis angegriffen und bedroht würden. ?Allein das Büro des im Leipziger Süden direkt gewählten Bundestagsabgeordneten, Sören Pellmann, wurde 32-mal angegriffen und sein Wahlkreis-Auto angezündet.? Die Linke begrüße, dass es vor der Bundestagswahl in Leipzig noch ein starkes Zeichen gegen den Rechtsruck geben werde. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

3.000 Menschen bei Demo für Lina E. erwartet

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZWSW

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); DEUTSCHER BUNDESTAG (90%); POLITIK (90%); WAHLEN (90%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (90%); ÖFFENTLICHE POLITIK (90%); WÄHLER & WAHLEN (89%); GESETZGEBUNGSSORGANE (79%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); GERICHTSPROZESSE (70%); RECHTSANWÄLTE (70%); STAATSANWÄLTE (55%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (70%); STAATSANWÄLTE (55%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Von der Dorf-Antifa nach Connewitz

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 5. August 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 359 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Bei ihren Aktionen sei es der linken Szene in Leipzig nicht nur um politischen Kampf, sondern auch um Erlebnisorientiertheit gegangen, sagte der Kronzeuge im Prozess gegen Lina E.

Dresden. Ein früheres Mitglied der linksextremistischen Szene hat im Prozess gegen Lina E. das Konzept von ?militanter Politik? mit dem Wunsch nach tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderung begründet. Zur Durchsetzung politischer Interessen seien Straftaten nach seinem damaligen Verständnis legitim gewesen, sagte der Zeuge am Donnerstag vor dem Oberlandesgericht Dresden. Es sei darum gegangen, so zu handeln, ?wie wir es als notwendig empfunden haben?.

?Heute finde ich das befremdlich? sagte der Mann, der sich im Frühjahr den Sicherheitsbehörden als Kronzeuge gegen Lina E. und weitere Mitangeklagte zur Verfügung gestellt hat. Nachhaltige Veränderung sei nie eingetreten. In dem Staatsschutz-Prozess geht es um Bildung einer kriminellen Vereinigung und Körperverletzungen.

Auf die Frage des Vorsitzenden Richters Hans Schlüter-Staats, warum sich die Gruppierung unter anderem einen Thüringer Neonazi als Ziel gewalttätiger Aktionen ausgesucht habe, verwies der Zeuge darauf, dass kleine und klandestine Aktionen nach seiner damaligen Auffassung wirksamer seien als die Teilnahme an Antifa-Demonstrationen, die mit einer Festnahme enden könnten. Es sei darum gegangen, Rechtsextremisten direkt zu schädigen und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Ideologie auszuleben. Allerdings habe auch ?Erlebnisorientiertheit? bei Aktionen der linken Szene immer eine gewisse Rolle gespielt.

Der wegen Landfriedensbruchs vorbestrafte Zeuge ist nach seiner Darstellung über die ?Dorf-Antifa? in Bayern in die linksextremistische Szene nach Berlin gekommen. Bei politischen Aktionen habe er Johann G. sowie dessen Freundin, die Angeklagte Lina E., in Leipzig kennengelernt. ?Menschlich und politisch hat es gut gepasst?. Johann G. gilt als einer der Hauptakteure der Gruppe, die mehrere Überfälle auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen verübt haben soll. Nachdem Lina E. und andere festgenommen wurden, tauchte er unter.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZNIE

Subject: ZEUGEN (92%); GERICHTSPROZESSE (90%); ANKLAGEN (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); RICHTER (77%); STRAFTATEN (77%); VERHAFTUNGEN (76%); GERICHTSHÖFE (71%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); BERLIN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); BAYERN, DEUTSCHLAND (57%)

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Komplize und Kronzeuge

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 28. Juli 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 5

Length: 793 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Der Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. steht vor einer neuen Situation ? wenn nicht sogar vor einem Wendepunkt.

Schon seit Wochen ist die Polizeipräsenz vor dem Hochsicherheits-Gerichtsgebäude am Dresdner Hammerweg sichtbar erhöht. Schwer bewaffnete Beamte tragen selbst in der größten Hitze ihre schwarzen Uniformen, manche sogar Masken. Sie sichern den Prozess gegen Lina E. und drei Mitangeklagte ab, eine vermeintlich gewaltbereite linksextreme Gruppe aus Leipzig. An diesem Donnerstag könnten es noch mehr werden, egal, wie heiß es ist.

Der Grund ist ein Kronzeuge, der erstmals aussagen soll ? und von dem es abhängen kann, wie der spektakuläre Prozess gegen die Leipziger Linken weitergeht. Vorerst sechs Tage sind für die Vernehmung des Szeneaussteigers reserviert.

Seit September 2021 verhandelt das Oberlandesgericht Dresden (OLG) gegen das Quartett, das mit weiteren Komplizen über Jahre gezielt Neonazis ausspioniert, angegriffen und teils schwer verletzt haben soll ? in Leipzig, in Wurzen und in Eisenach. Der Name der Hauptbeschuldigten ist längst zum Symbol geworden: Lina E.

Die Studentin der Erziehungswissenschaften ist für die Generalbundesanwaltschaft Kopf einer ?militanten, linksextremistischen Vereinigung?. Die 27-Jährige sitzt schon seit November 2020 in Untersuchungshaft. Als Einzige der vier Angeklagten. Wenn sie zum Gericht gebracht wird, kreist noch immer manchmal der Polizeihubschrauber über ihrem Konvoi. Der Staat zeigt Zähne.

Ursprünglich hatte der Staatsschutz-Senat geplant, die Hauptverhandlung noch 2021 abschließen zu können. Doch auch ein Dreivierteljahr und 59 Sitzungstage später ist kein Ende absehbar. Das liegt vor allem an der Arbeit und dem gemeinsamen Agieren der Verteidiger. Kein Angeklagter ? neben der nicht vorbestraften Lina E. drei polizeibekannte Linksextreme aus Leipzig und Berlin ? hat sich zu den Vorwürfen geäußert. Die Anwälte halten die Vorwürfe für konstruiert, überzogen und vor allem: politisch motiviert. Dass dem Quartett neben gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch auch Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wird, werten sie als Beleg dafür.

Komplize und Kronzeuge

Die Beweislage stellt sich Beobachtern bisher, gelinde gesagt, durchwachsen dar. So wurden bei der Festnahme von Lina E. etwa anonyme Handys sichergestellt, Fotos, die den Weg zu einem Tatort zeigen. Sie wurde auch nach einem Überfall in Eisenach nach einer Verfolgungsfahrt von der Polizei gestellt ? im VW Golf ihrer Mutter, an dem falsche Kennzeichen hingen. Die echten lagen im Wagen. Es soll auch DNA-Spuren geben, die E. belasten.

Ein Insider, der auspackt?

Andererseits hat kein Geschädigter Lina E. wiedererkannt, auch keinen Mitangeklagten. Erst letzte Woche teilte der Senat mit, er gehe ? anders als die Bundesanwaltschaft ? nicht davon aus, dass der Angeklagte aus Berlin an einer der angeklagten Überfälle beteiligt war. Seine Verteidiger konnten ein Alibi nachweisen ? ausgerechnet mit Observationsmaterial der Bundesanwältin. Der Verdächtige war fast lückenlos in Berlin überwacht worden, sein Hauseingang gefilmt, seine Telefonate abgehört ? während er laut Anklage in Eisenach gewesen sein soll. Und als wäre das nicht genug, haben mobile Einsatzteams der Polizei nichts voneinander gewusst und sich mehr oder weniger gegenseitig beschattet, wie die Beamten selbst einräumen mussten. Das alles trägt nicht zum Vertrauen in die Arbeit der Ermittler bei.

Doch seit Mitte Juni gibt es eine neue Lage. Da wurde bekannt, dass ein Verdächtiger, mutmaßlicher Komplize und langjähriger Weggefährte der Angeklagten, als Kronzeuge aussagen will. Ein Insider, der auspackt. Etwas Schlimmeres konnte aus Sicht der Angeklagten nicht passieren.

?Verräter? ist noch eine der mildernden Vokabeln, mit denen der Mann von seiner früheren Szene bedacht wird. Es soll auch Morddrohungen geben. Daher haben Polizei und Justiz die Sicherheitsvorkehrungen vor und in dem Prozessgebäude nochmals verschärft. An diesem Donnerstag soll die mehrtägige Vernehmung beginnen ? begleitet von einer ?Soli-Demo? und zahlreichen Sympathisanten, die bislang an jedem Sitzungstag im Saal waren.

Doch zunächst dürfte der Senat über den Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten haben. Das fordert Anwalt Michael Stefan, der Rechtsbeistand des Kronzeugen. Bereits am Mittwoch sagte der Vorsitzende Richter in der Verhandlung, dem Senat sei bewusst, dass die Sicherheit des Zeugen nicht nur im Gerichtssaal gefährdet sei, sondern sich seine Gefährdung auch durch das, was er sagt, verschärfen könnte.

Die bittere Ironie ist, dass der Prozess ohne das engagierte Auftreten der Verteidiger wohl längst abgeschlossen wäre ? lange, bevor sich der Kronzeuge im April an die Behörden wandte.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZNIE

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); ZEUGEN (90%); ANKLAGEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); VERHAFTUNGEN (89%); ÜBERWACHUNG (89%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); TELEKOMMUNIKATIONSÜBERWACHUNG (77%); GERICHTSHÖFE (74%); TELEFON-HACKING (73%); BEWEIS (71%); POLIZEIKRÄFTE (71%)

Komplize und Kronzeuge

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); RECHTSANWÄLTE (78%); TELEFON-HACKING (73%); HUBSCHRAUBER (51%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); BERLIN, DEUTSCHLAND (87%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Wer das Schweigen bricht

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 11. August 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Seite3; S. 3

Length: 1841 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Der Kronzeuge im Prozess gegen die Linksextremistin Lina E. gibt tiefe Einblicke in die gewaltbereite linke Szene in Leipzig-Connewitz. Dort herrschen blanke Wut und Angst vor den Folgen des Verrats.

An dem Ritual hat sich nichts geändert. Wenn Lina E. in den Gerichtssaal gebracht wird, winkt sie Freunden und Unterstützern im Saal fröhlich zu, bevor sie sich zwischen ihre beiden Verteidiger setzt.

Vier Tage lang hat der Kronzeuge geredet. Und das Gericht ist immer noch nicht fertig mit ihm. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und zahlreiche Körperverletzungen wirft die Bundesanwaltschaft Lina E. und ihren drei Mitangeklagten vor. Sie geben sich von außen betrachtet unbeeindruckt. Eine Zuhörerin im Saal nimmt die Sache entschieden emotionaler auf. ?Du hast uns alle verraten, Johannes, du wirst einsam sterben?, ruft sie ihm durch die große Trennscheibe zu, bevor sie, begleitet von einer Justizbeamten, hinausläuft. Das war vorigen Freitag kurz vor dem Ende des Prozesstages.

Es war nicht der erste Gefühlsausbruch im Saal, seit Johannes D. sich bei den -Sicherheitsbehörden als Kronzeuge angeboten hat und auspackt. Tränenausbrüche gibt es immer mal wieder seit Beginn seiner Vernehmung durch das Gericht. ?Ich hasse ihn so krass, ich hasse ihn?, flüstert eine Frau in ihr Taschentuch. Hass scheint ein Lieblingswort der linksextremistischen Szene zu sein, insbesondere, wenn es um Johannes D. geht. ?Voller Hass haben wir den ersten Aussagetermin verfolgt?, beginnt ein Kommentar auf der Online-Plattform Indymedia zum Verfahren ? selbstverständlich anonym. Dass er verrecken möge, wünschen ihm frühere Genossen per Graffiti auf einer Wand in der Nähe des Gerichtsgebäudes.

Andere schicken ihm öffentlich diesen anonymen Gruß hinterher: ?Hoffentlich ist dir das klar, hoffentlich wirst du mit Einsamkeit für deinen Verrat bestraft, hoffentlich fühlst du dich damit richtig beschissen. Wir vergessen dich nicht.? Den ?Ver-räter? möge eine Kugel treffen, lautet eine weitere Drohung, die vor zwei Wochen im Netz kursierte.

Wer sich aus dieser linksextremen -Szene verabschiedet und mit Sicherheitsbehörden kooperiert, darf nicht ängstlich sein. Möglich, dass es sich bei den Drohungen um typische verbale Kraftmeierei handelt. Das Landeskriminalamt nimmt die Drohungen ernst. Es hat Johannes D. in das Zeugenschutzprogramm aufgenommen. Sechs Personenschützer sind an jedem Tag, an dem das Gericht ihn in öffentlicher -Sitzung vernimmt, an seiner

Wer das Schweigen bricht

Seite. Zwei beobachten ununterbrochen das Publikum, einer hat die Angeklagten im Blick, die übrigen sitzen in unmittelbarer Nähe.

Johannes D. wirkt, wenn er spricht, nicht sonderlich beunruhigt durch das Drumherum. Die regelmäßige Aufforderung aus dem Publikum, lauter zu sprechen, nimmt er ebenso gelassen hin wie den Zuruf eines Verteidigers, ihm sei der Verrat wohl peinlich. Nein, antwortet er -gelassen, er rede nun mal leise und entspannt.

Der 30-Jährige ist Erzieher von Beruf. Er ist fast zwei Meter groß, betreibt Kampf- und Kraftsport. Manchmal klingt es so, als sei dem früheren Straßenkämpfer der Spaß daran wichtiger gewesen als Theorie-Debatten über Kapitalismus, Faschismus und Repression. ?Vielleicht bin ich zu unpolitisch?, sagt er an einer Stelle. Häufiger als nötig streut er das Fremdwort ?Kontextualisieren? ein. Seine Erklärungen, -warum er sich einst den Linksextremisten angeschlossen hatte, bleiben dagegen vage.

Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats hakt nach. Warum sich die Gruppe ausgerechnet einen Eisenacher Rechtsextremisten als Opfer ausgesucht habe, wenn es ihr darum gehe, die Gesellschaft zu verändern, fragt er. Sei dieser nicht zu unbedeutend? Der Zeuge erklärt, Menschen wie der Thüringer Kneipenwirt sollten direkt geschädigt werden, sie sollten ihre Ideologie nicht ausleben können. Militante Politik heiße, den Staat anzugreifen, wenn es als notwendig erachtet wird.

Viele Jahre war Johannes D. mittendrin. Aufgewachsen in Nürnberg, kam er von der ?Dorf-Antifa? nach Berlin und Leipzig-Connewitz. Er sei ein enger und langjähriger Freund von Lina E. und deren Lebensgefährten Johann G. gewesen. ?Wir hatten ein gutes Verhältnis, nicht nur politisch?, sagt der Zeuge. Lina kenne er etwa seit 2013. Wenn seine Schilderungen zutreffen, dürfte Johann G. die Führungsfigur der Gruppierung gewesen sein, die Rechts-extremisten in Sachsen und Thüringen ausspionierte und verprügelte.

Johann G. sitzt nicht mit auf der Anklagebank in Dresden. Während Lina E. im November 2020 verhaftet wurde, konnte ihr Freund rechtzeitig untertauchen. Er lebt seitdem auf der Flucht vor der Polizei.

Vier Prozesstage hat das Gericht dem Aussteiger bereits zugehört. Weitere Termine sind ab Ende August für ihn reserviert. Schonungslos nennt er Namen, identifiziert Personen, erklärt, wer am Training für die Schlägereien teilnahm und wie das Gruppentraining ablief. Gut möglich, dass der Kronzeuge auch etwas sagen wird zum Überfall auf die Prokuristin einer Leipziger Immobilienfirma in deren Wohnung. Die Attacke hatte in der Öffentlichkeit enorme Empörung ausgelöst. Ermittlungen gegen Lina E. wegen dieser Tat wurden vor einiger Zeit eingestellt.

Ziel sei es gewesen, bei den Übergriffen auf Rechtsextremisten das Überraschungsmoment zu nutzen und möglichst in Überzahl das Opfer schwer zu verletzen. Und Lina E., so stellt es der Zeuge dar, war häufig dabei. Ihre Aufgaben sei die der ?Übersichtsperson? gewesen. Während die Gruppe das Opfer bearbeitete, sollte sie die Angreifer absichern und vor Gefahren warnen. Ihr Arbeitsmittel war Pfefferspray, im Jargon des Zeugen der ?Löscher? oder die ?Löschkanne?. Es sind wichtige Hinweise für die Frage, ob Lina E. bei den Anschlägen das Kommando geführt hat, wie der Generalbundesanwalt meint.

Wichtiger Ansprechpartner sei, so der Zeuge, Johann G. gewesen, aber auch Lina habe ihn hin und wieder gebeten, vor den Überfällen die Rolle des Scouts zu übernehmen. Als Scout beobachtete der Zeuge in der Bahn, wo Teilnehmer von rechtsextremistischen Demonstrationen einstiegen, damit die Angreifer wussten, wo sie sich während der Rückfahrt postieren mussten.

Johannes D. war nur an einer der angeklagten Taten selbst beteiligt. Es geht um den zweiten Überfall in Eisenach auf den Rechtsextremisten und Kneipier Leon R. Die Aktion war im Sinne der Gruppe wenig erfolgreich und führte schließlich zu den ersten Festnahmen. Bei weiteren Überfällen war der Zeuge nicht an den Tatorten. Wer mitgemacht hat, weiß er nicht aus eigener Anschauung. Allerdings gibt es für diese Taten andere Beweismittel, darunter die Aussagen der Opfer.

Es gelingt der Polizei so gut wie nie, in diesem Milieu einen Insider zum Reden zu bringen. Verschwiegenheit ist oberstes Gebot. Dieser Umstand macht den Kronzeugen so wertvoll für diesen Prozess und die

Wer das Schweigen bricht

Ermittlungsbehörden. Für den Staatsschutz beim LKA in Sachsen ist seine umfassende Aussage ein großer Erfolg. In der Szene herrscht blanke Wut auf den ?Verräter?. Viele, die noch nicht in die Illegalität abgedriftet sind, haben Angst, nun ebenfalls ins Visier der Ermittler zu geraten. Der Schaden ist gewaltig, räumen linke Gruppen in ihren Statements ein.

Johannes D. gewährt umfassende Einblicke in Strukturen und Vorgehen der Gruppierung. Dazu gehören Namen und Daten, aber auch Details zu den Tatwerkzeugen, die Tarnung, Szene-typische Codes sowie die interne Kommunikation. Für die Frage, ob die Gruppe um Lina E. eine kriminelle Vereinigung war, können seine Angaben von erheblicher Bedeutung sein. Sollten die Angeklagten und ihre Verteidiger die leise Hoffnung gehegt haben, dass von den schweren Vorwürfen der Bundesanwaltschaft mangels Beweisen am Ende nicht viel übrig bleiben würde, war dies ? so viel steht jetzt schon fest ? verfrüht.

Dem Treiben von früher steht Kronzeuge Johannes D. mit Distanz gegenüber. So sagt er es jedenfalls. Die Sichtweise, dass militante -Politik legitim sein könne, finde er inzwischen befremdlich. Rückblickend sei es ?völliger Quatsch?, anzunehmen, dass sich auf diese Weise nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen einstellen könnten. Die Straftaten hätten alle auch eine hohe Selbstwirksamkeit gehabt; will sagen, es sei darum gegangen, dem Staat zu zeigen, was man kann. ?Erlebnisorientiertheit? habe immer eine Rolle gespielt, sagt er.

Seine Motive hat Johannes D. auf eigenen Wunsch gleich am ersten Tag seiner langen Vernehmung offen gelegt. Auslöser sei für ihn eine Bestrafungsaktion gewesen, die wiederum einen interessanten Einblick in die abgeschirmte Welt der links-extremistischen Szene bietet. Im Herbst 2021 hatte seine Ex-Freundin ihn öffentlich der Vergewaltigung bezichtigt, berichtet er. Eine Anzeige bei der Polizei gab es zunächst nicht. Sein Name, Fotos, eine steckbriefartige Personenbeschreibung und eine Darstellung der Ereignisse aus Opfersicht sollten sicherstellen, dass er sich in der Szene nirgends mehr blicken lassen kann ? eine folgenschwere Entscheidung.

Johannes D. bestreitet die Anschuldigungen seiner Ex-Freundin. Die Staats-anwaltschaft stellt die Ermittlungen im Frühjahr 2022 gegen ihn ein. Trotzdem hat das Outing Folgen. Er habe jede Unterstützung in der linken Szene verloren und sei durch ?Aufenthaltsverbote? etwa für Berlin, Leipzig und Nürnberg isoliert worden, sagt Johannes D. Er zog nach Warschau und arbeitete als Erzieher. Doch ein normales Leben sei nicht möglich gewesen. Auf einer Demo sei er infolge des Outings von Neo-nazis erkannt und verfolgt worden. Der neue Arbeitgeber, ein Kindergarten, habe ihn wegen der Vergewaltigungsvorwürfe entlassen. Er habe selbstbestimmt leben wollen, sich deshalb entschieden, reinen Tisch zu machen. Wenn er sich für die Ächtung -rächen wollte, dürfte sein Plan aufgegangen sein. Oder erhofft er sich Hilfe vom Staat für ein neues Leben in Anonymität?

Die Verteidiger haben dem Kronzeugen bisher kaum Fragen zu den angeklagten Taten gestellt. Sie haben angedeutet, sich in den nächsten Prozesstagen ab Ende August ausführlich mit ihm beschäftigen zu wollen, wenn das Gericht seinen Fragenkatalog abgearbeitet hat. Es könnte dabei vor allem um das kriminelle Vorleben des Zeugen gehen, der sich selbst strafbar gemacht hat und bereits wegen Landfriedensbruchs in Frankfurt/Main verurteilt worden war. Auch in Frankreich wartet möglicherweise noch ein Prozess auf ihn.

Noch interessanter dürften aus Sicht der Anwälte die Details der Kooperation des 30-Jährigen mit Verfassungsschutz und Polizei sein. Wurden Zusagen für eine Strafmilderung in seinen eigenen Verfahren gemacht? Wer stellte den Kontakt zu den Sicherheitsbehörden her? Seine Aus-sagen können aus Verteidigersicht ohne dieses Wissen nicht korrekt bewertet werden. Und weil Unterlagen des Verfassungsschutzes nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, könnte es demnächst wieder laut werden in Sitzungssaal 1.

Ob es der Verteidigung gelingt, Zweifel an der Glaubwürdigkeit zu säen, wird sich spätestens ab Ende August zeigen, wenn -Johannes D. wieder im Zeugenstand sitzt ? umringt von einem Rechtsanwalt und sechs Personenschützern.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZNIE

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ZEUGEN (91%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); ANKLAGEN (78%); STAATSANWÄLTE (77%); VANDALISMUS (76%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (77%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Fall Lina E.: Kritik von Verteidigern

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 1. Juni 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 248 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Nach der Anklage einer jungen Frau als Anführerin einer Gruppe von Linksextremisten haben die Verteidiger die Bundesanwaltschaft kritisiert. Die Anklage sei ?mit heißer Nadel gestrickt?, ein ?erheblicher Teil? der Vorwürfe nicht haltbar, teilten die beiden Rechtsanwälte aus Leipzig und Kiel (Schleswig-Holstein) am Montag mit. Aus ihrer Sicht gibt es für die Mitgliedschaft in einer ?kriminellen Vereinigung? keine Belege in den Ermittlungsakten. Auch die weiteren Vorwürfe basierten ?zum Teil auf sehr dünner Beweislage? ? etwa der Vorwurf der ?Ausspähung? eines später angegriffenen Neonazis.

Die Bundesanwaltschaft hat die Frau und drei Männer als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung und weiterer Delikte angeklagt. Der jungen Frau wirft sie zudem gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung und besonders schweren Landfriedensbruch vor. Die militant-linksextremistische Gruppe soll unter ihrem Kommando zwischen 2018 und 2020 gezielt Personen aus der rechten Szene in Sachsen und Thüringen überfallen und zusammengeschlagen haben. Die Frau ist seit Anfang November 2020 in Untersuchungshaft. Die Anklage sei unter politischem Druck entstanden, erklärten die Verteidiger. Sie wollen erreichen, dass das Hauptverfahren nur wegen eines Teils der Vorwürfe und an einem örtlich zuständigen Schöffengericht eröffnet wird. Wann das OLG über die Zulassung der Anklage entscheidet, ist nach Angaben einer Sprecherin offen. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ANKLAGEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ERMITTLEMENTEN (78%); BEWEIS (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); KIEL, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); SCHLESWIG-HOLSTEIN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Angriff in Überzahl

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 4. August 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 333 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Im Prozess gegen Lina E. gibt der Kronzeuge dem Gericht wichtige Einblicke in die Vorgehensweise der linksextremistischen Szene.

Dresden. Im Staatsschutz-Prozess gegen mutmaßliche Linksextremisten hat der Kronzeuge weitere Einblicke in die Vorgehensweise der Gruppe gegeben. Vor dem Oberlandesgericht Dresden berichtete er unter anderem über das Training, mit dem die Angeklagten die gewalttätigen Angriffe gegen Rechtsextremisten geübt haben sollen. Da sie keine Kampfsportler gewesen seien, sei es wichtig gewesen, bei den Attacken in Überzahl aufzutreten. Schlagwerkzeuge und Reizgas hätten zur Ausstattung gehört, konspirative Absprachen seien Teil der Vorbereitung gewesen.

Lina E. sowie drei weitere Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin sollen als kriminelle Vereinigung Überfälle auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen begangen und dabei auch schwere Verletzungen in Kauf genommen haben.

Der Kronzeuge, der an einer Reihe von Taten ebenfalls beteiligt war und entsprechend vorbestraft ist, hatte sich während des laufenden Strafverfahrens den Sicherheitsbehörden als Informationsquelle zur Verfügung gestellt. Seine Aussage, die zahlreiche Prozesstage in Anspruch nehmen wird, findet unter großen Sicherheitsvorkehrungen statt.

Am Mittwoch, dem zweiten Tag seiner Vernehmung, schilderte er dem Gericht die Überfälle auf einen Neonazi in Eisenach. Sie gelten aus Sicht der Täter als missglückt. Bei dem ersten Angriff sei möglicherweise eine DNA-Spur hinterlassen worden, bei dem zweiten mussten die Täter vor der Polizei fliehen.

Ein Hammer, den sie zu einem der Überfälle mitgenommen hatten, sei wohl zu klein gewesen, um den Gastwirt hinreichend zu verletzen. Zwar habe es keine genauen Absprachen gegeben, welche Körperteile konkret geschädigt werden sollten. Aber es sei generell um einen nachhaltigen Schaden gegangen, sagte der Zeuge. ?Das nächste Mal bringen wir ihn um?, habe einer der Mittäter später im Kreis der Gruppe gerufen.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZNIE

Subject: ZEUGEN (92%); GERICHTSPROZESSE (90%); ANKLAGEN (78%); GERICHTSHÖFE (78%);
GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%);
KAMPFKUNST (72%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (69%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND
(58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Der Kronzeuge

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 29. Juli 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 969 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Ein früherer Mittäter könnte den Prozess gegen Lina E. voranbringen. Der 30-Jährige sagt, er sei lange in der linken Szene unterwegs gewesen, auch durchaus gewaltbereit.

Kurz nach zehn Uhr betritt an diesem Donnerstag der Kronzeuge erstmals in den Gerichtssaal. Seine mögliche Aussage bestimmt seit Wochen den Prozess gegen die Leipziger Studentin Lina E. und ihre drei Mitangeklagten. Der Mann wird von sieben Zivilbeamten begleitet, die sich jetzt im Saal verteilen. Sie tragen Basecaps, karierte Hemden über ihrer Schutzweste und eine neongelbe Armbinde: ?Polizei?. Drei nehmen direkt hinter dem Zeugentisch Platz und behalten Zuschauer und die Reihen der Angeklagten im Auge.

Auch vor dem Gebäude am Dresdner Hammerweg ist die Polizeipräsenz deutlich verschärft. Dutzende Uniformierte stehen bereit, am Himmel dröhnt ein Polizeihubschrauber. ?Sollte der nicht besser in der Sächsischen Schweiz Waldbrände löschen??, wundert sich eine Frau, die an der Demo vor dem Gericht teilnimmt. Schon ab 8 Uhr wurden dort Transparente wie ?Free Lina? gespannt ? Freiheit für Lina. Auch die rund 30 Demonstranten sind wegen des Zeugen da, den sie in ihren Redebeiträgen ?Verräter? nennen.

Das Oberlandesgericht Dresden (OLG) verhandelt seit September 2021 gegen die Angeklagten im Alter von 27 bis 36 Jahren. Die Generalbundesanwaltschaft wirft ihnen gezielte und brutale Überfälle auf Rechtsextremisten vor ? als kriminelle Vereinigung. Der 27-jährigen Studentin soll eine herausgehobene Rolle in der Gruppe innegehabt haben. Sie sitzt als Einzige bereits seit November 2020 in Untersuchungshaft.

Der nun mit Spannung erwartete Zeuge hat den Prozess in den Fokus gerückt. Erst Ende April hatte sich der Aussteiger an die Polizei gewandt ? ein Insider, der sein Wissen mit verschiedenen Polizeibehörden teilt. Hunderte Seiten an Vernehmungsprotokolle soll er schon gefüllt haben. Er wird von Rechtsanwalt Michael Stephan begleitet, seinem Beistand. Der fordert den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Dauer der Vernehmung seines Mandanten ? selbst die Begründung seines Antrags sei nichts für eine öffentliche Erörterung.

Es geht um die Sicherheit des Aussteigers. Schon am Vortag wurden in dem Prozess vermeintliche Morddrohungen diskutiert. Von einem Video ist die Rede, in dem ?Neun Millimeter? für einen ?31-er? gefordert wurden. Man kann das mit ?eine Kugel für den Kronzeugen? übersetzen. Eineinhalb Stunden warten die

Der Kronzeuge

Zuschauer draußen. Um 11.40 Uhr verkündet der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats, der Zeuge werde nun in öffentlicher Sitzung vernommen, der Antrag sei vom Tisch.

Der fast zwei Meter große, athletische Mann trägt ein hellblaues Hemd. Er spricht auffallend ruhig, anfangs wohl aus Aufregung etwas fahrig. Er sei ausgebildeter Erzieher, der zuletzt in Warschau gelebt und in einer Kita gearbeitet hatte. Doch als er im Herbst 2021 von einer Ex-Partnerin ?geoutet? wurde, habe sich sein Leben verändert. Die Frau habe ihn in einem linken Internetforum als ?Vergewaltiger? bezichtigt. Er habe daraufhin den Rückhalt in seiner Szene verloren. Die habe ihm Aufenthaltsverbote etwa für Berlin, Leipzig und Nürnberg ausgesprochen. Im November sei er in Polen angegriffen worden ? offenbar auch wegen dieser Vorwürfe. Später habe er deswegen auch seinen Arbeitsplatz verloren.

Er habe nicht vorgehabt, ?jemanden an den Karren zu fahren?, sagt er. Aber ein normales, selbstbestimmtes Leben führen wollen. Das sei jedoch nicht mehr möglich gewesen. Auch nachdem sein Ermittlungsverfahren wegen der angeblichen sexuellen Übergriffe ? sie sollen sich 2017 zugetragen haben ? im März eingestellt wurde. ?Es gab keine körperliche Gewalt?, sagt er mehrfach. Es sei ihm wichtig zu sagen, ?warum wir heute hier sitzen?.

Dann berichtet der Kronzeuge von einem Angriff, an dem er selbst beteiligt gewesen sei, der zweite Überfall auf einen bekannten Eisenacher Rechtsextremisten am 14. Dezember 2019. Der Zeuge sagt, er sei von Lina E.s Verlobten wenige Wochen zuvor in einem verschlüsselten Chat gefragt worden, ob er als ?Scout? mitmacht. Es sei nicht das erste und nicht das letzte Mal gewesen. Der Verlobte habe von einem missglückten ersten Überfall auf die Kneipe ?Bull?s Eye? im Oktober 2019 gesprochen. Es sei da nicht gelungen, den Wirt nachhaltig zu verletzen. Beide Überfälle sind Taten, die den Angeklagten vorgeworfen werden.

Man habe Details abgesprochen, sagt der Zeuge, Tatwerkzeuge, sichere Handys, Anfahrt. Wegen einer einschlägigen Bewährungsstrafe, zu der er 2015 in Frankfurt/Main verurteilt worden war, sei die Rolle eines Beobachters für ihn weniger gefährlich. Er sollte das ?Bull?s Eye? im Auge behalten, den Wirt verfolgen und melden, wenn er zu Hause eintrifft. Dort hätten der Verlobte und weitere Komplizen aus Berlin, Leipzig und Weimar gewartet. Auch Lina E. sei dabei gewesen.

Der Zeuge berichtet, er habe sich oft an Angriffen auf Nazis beteiligt. Auch gewalttätig, das habe dazugehört. Bei Demos habe es angefangen, dafür sei er verurteilt worden. Später sei er ?Klandestiner? vorgegangen. Der 30-Jährige bleibt bis zum Ende entspannt und ruhig, er scheint sich selbst nicht zu schützen und andere nicht mit Eifer zu belästigen ? auch wenn die Sympathisanten im Saal das sicher anders sehen.

Die Vernehmung wird häufig von Verteidigern unterbrochen, die dem Richter vorwerfen, er mache falsche Vorhalte oder lasse den Zeugen spekulieren. Mehrfach kommt es zu hitzigen Angriffen auf Schlüter-Staats. Schon vor der Mittagspause sagt der Richter, man könnte den Eindruck haben, es ginge den Verteidigern mehr darum, den Zeugen zu unterbrechen, als ihn reden zu lassen. Später wird er bemerken, sie könnten doch nun sehen, dass sich der Zeuge nicht verunsichern lasse.

Für die Vernehmung des Zeugen sind noch etwa fünf Sitzungstage angesetzt.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZNIE

Der Kronzeuge

Subject: ZEUGEN (92%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); GERICHTSHÖFE (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); RECHTSANWÄLTE (78%); RICHTER (78%); ÖFFENTLICHE ANHÖRUNGEN (78%); STAATSANWÄLTE (77%); PERSÖNLICHE SCHUTZAUSRÜSTUNG (75%); VERHAFTUNGEN (75%); JUSTIZMINISTERIEN (71%); BRÄNDE (70%); WALDBRÄNDE (68%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (78%); STAATSANWÄLTE (77%); HUBSCHRAUBER (54%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); WARSCHAU, POLEN (59%); NÜRNBERG, DEUTSCHLAND (58%); BERLIN, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); POLEN (74%)

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Bekennerschreiben nach Angriff auf Landesvertretung

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 10. Juni 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 212 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Berlin/Dresden. Nach der Zerstörung mehrerer Glasscheiben der sächsischen Landesvertretung in Berlin ist ein Bekennerschreiben aus der linksextremen Szene aufgetaucht. Darauf sagte am Donnerstag der Leiter der Landesvertretung, Conrad Clemens. Die Polizei in Berlin war am Donnerstag zunächst nicht zu erreichen.

?Wer rohe Gewalt einsetzt, um Positionen in den politischen Diskurs einzubringen, hat das demokratische Spektrum verlassen?, so Clemens. Das Bekennerschreiben der Linksextremen zeige, dass es sich um einen ?bewussten Angriff? auf Staat und Justiz gehandelt habe. ?Dieses Verhalten ist durch nichts zu entschuldigen.? Der Rechtsstaat werde die Tat verfolgen, die Täter müssten sich ihrer Verantwortung stellen, erklärte Clemens. Das Bekennerschreiben legt nahe, dass die Tat im Zusammenhang mit dem Prozess gegen eine Gruppe mutmaßlicher Linksextremisten am Oberlandesgericht Dresden steht. In dem Brief wird unter anderem Solidarität mit der Hauptangeklagten Lina E. gefordert.

Unbekannte hatten in der Nacht zum Sonntag mehrere Glasscheiben der Landesvertretung zerstört und die Fassade großflächig mit schwarzer Farbe besprüht. Zeugen alarmierten die Polizei. Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); ZEUGEN (78%);

Bekennerschreiben nach Angriff auf Landesvertretung

KRIMINALERMITTLUNGEN (77%); RECHTSSTAATLICHKEIT (76%); GERICHTSPROZESSE (75%);
ERMITTLEMENTEN (73%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); BERLIN, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 9, 2022

End of Document

Belastende Aufnahmen

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 6. November 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 7

Length: 919 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die Leipziger Studentin Lina E. soll der Kopf einer linksextremen Gruppe sein. Vor Gericht wurden jetzt Fotos gezeigt, die das beweisen könnten.

Das Publikum im Prozess gegen Lina E. klatscht gerne Beifall. Immer wenn die inhaftierte 26-Jährige morgens in den Verhandlungssaal des Oberlandesgerichts Dresden geführt wird, geben sich ihre Unterstützer lautstark zu erkennen. Doch an diesem Donnerstag spenden die Zuschauer aus einem anderen Grund Beifall. Lina E.s drei Mitangeklagte erscheinen in T-Shirts mit dem Aufdruck ?Free Lina? (Freiheit für Lina) auf der Brust. Seit genau einem Jahr sitzt die Studentin in Untersuchungshaft, als Einzige der vier Angeklagten. Das Gericht macht den Verteidigern hinter verschlossenen Türen klar, dass der Saal kein Ort für politische Statements dieser Art ist.

Es ist nicht die einzige Solidaritätserklärung dieses Tages. Am Nachmittag demonstrieren rund 50 Unterstützer vor dem Prozessgebäude am Hammerweg und kritisierten ebenfalls Linas lange Haft. Ein Leipziger Soli-Bündnis betont, Lina E. leide an einer rheumatischen Arthritis und werde in der Haft nicht ausreichend medizinisch behandelt. Hinzu kämen weitere ?Schikanen? wie eine 14-tägige Dauerbeleuchtung ihrer Zelle und anderes. Der Hauptvorwurf an die Justiz ist, dass sie die Angeklagten der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Paragraf 129, verdächtigte. Sie nennen das haltlos und durch nichts belegt.

Einen Großteil dieser Kritik teilen alle Verteidiger. Immer wieder fragen sie die Ermittler im Zeugenstand zum Hintergrund des Verfahrens, wie die Soko LinX zu dem Tatvorwurf gekommen sei und auf welcher Grundlage ein solches ?Strukturverfahren? eingeleitet worden sei. Die Anwälte fühlen sich in ihrer harschen Kritik bestätigt, wenn die Beamten ihren Fragen ausweichend antworten, auf eine Aussagegenehmigung verweisen oder, wie in einem Fall, ein Beamter nicht antwortete, weil gegen ihn ermittelt werde. Auch nach zwei Monaten ist die Stimmung im Saal hitzig wie am ersten Tag. Alle acht Verteidiger ziehen an einem Strang, springen sich gegenseitig sofort bei, wenn ein Kollege mit Richter Hans Schlüter-Staats, dem Vorsitzenden des Staatsschutzenats, aneinandergerät.

Doch dieser Donnerstag ist aus einem weiteren Grund bemerkenswert. Erstmals geht es um Beweise, die Lina E. persönlich schwer belasten dürften. Im Juni 2020 hat die Polizei ihre Wohnung durchsucht und mehrere Handys und anonymisierte SIM-Karten und zahlreiche Datenträger in einer Tüte sichergestellt. Auf einem fanden sich Fotos, die aus Sicht der Soko für einen ganz engen Zusammenhang zu dem Überfall auf einen 20-jährigen NPD-

Belastende Aufnahmen

Aktivisten in Wurzen sprechen. Der junge Mann war am 30.Oktober 2018 auf dem Weg zum Fußballtraining von mehreren Tätern abgepasst und zusammengeschlagen worden.

Die fünf Fotos auf dem Datenträger waren am Abend des 7. August 2018 aufgenommen worden und zeigen den Weg von der Bundesstraße 6 aus Richtung Leipzig bis zum Tatort in der Nordstraße des Wurzener Ortsteils Kühren. Knapp zwei Stunden berichtet der Auswerter, ein 28-jähriger Polizeiobermeister, über die Fotos und den möglichen Zusammenhang mit der Tat Monate später. Ein anderer Grund für die Aufnahmen als ein Ausspähen sei nicht erkennbar, sagte er. Die Aufnahmen waren mit einem Panasonic-Fotoapparat erstellt worden. Mit diesem Kameratyp, belegt durch eine Seriennummer in den digitalen Foto-Informationen, waren auch zahlreiche private Fotos von Lina E. aufgenommen worden. Diese hatte das Gericht bereits am Tag zuvor begutachtet.

Auch zu einer weiteren Tat, den Überfall auf einen Eisenacher Rechtsextremisten im Dezember 2019, wurden Beweise sichergestellt, die Lina E. belasten. Sie war nach einer Verfolgungsfahrt in Eisenach gestellt worden ? im VW von Lina E.s Mutter, an dem falsche Kennzeichen prangten. Die Originale lagen in dem Golf. Weiter fanden die Ermittler mehrere Schlüssel. Eine Soko-Ermittlerin berichtet, zwei Schlüssel konnten der Hauseingangstür und dem Keller von Lina E.s Wohnhaus in Leipzig zugeordnet werden, sagte eine Ermittlerin.

Dann eskaliert die angespannte Situation erneut, als die Verteidiger auch diese Zeugin dazu befragen wollen, wie die Soko auf den 129er-Vorwurf und die ?angeblich einheitliche? Vorgehensweise, den Modus Operandi, gekommen sei. Doch der Vorsitzende lässt die Fragen nun nicht mehr zu und sagt, es sei irrelevant, was die Polizei dazu bewogen habe. Die Verteidiger argumentieren, es sei ihre Aufgabe, das Verfahren und die Polizeiarbeit zu kontrollieren, und fordern einen Beschluss über die Ablehnung ihrer Fragen. Die Polizei habe Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täter ?wahllos? den hier Angeklagten zugeordnet, fürchten sie. Vor dem Beschluss beendet der Senat den Sitzungstag.

Als Lina E. um 17.30 Uhr in einem Polizei-Konvoi zurück ins Chemnitzer Gefängnis gebracht wird, applaudieren ihr die Demonstranten zu, die Stunden vor dem Gericht ausgeharzt hatten. Laut Anklage ist Lina E. Anführerin einer größeren militänten Gruppe, deren Ziel es war, tatsächliche und mutmaßliche Angehörige der rechten Szene anzugreifen und zu verletzen. Die 26-Jährige soll bei mindestens zwei von sechs Anschlägen in Leipzig, Wurzen und Eisenach das Kommando geführt haben.

Am Freitag teilen die Verteidiger mit, ihre Mandanten hätten den Vorsitzenden Richter als befangen abgelehnt. Er sehe es als seine Aufgabe an, Ermittlungsergebnisse unhinterfragt in den Prozess einzuführen, und habe ?sogar der Verteidigung das Hinterfragen untersagt?.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); VERHAFTUNGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RICHTER (78%); ZEUGEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (75%); RHEUMA-ERKRANKUNGEN (72%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (72%); ARTHRITIS (67%)

Belastende Aufnahmen

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: November 6, 2021

End of Document

Belastende Aufnahmen

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 6. November 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 7

Length: 919 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Die Leipziger Studentin Lina E. soll der Kopf einer linksextremen Gruppe sein. Vor Gericht wurden jetzt Fotos gezeigt, die das beweisen könnten.

Das Publikum im Prozess gegen Lina E. klatscht gerne Beifall. Immer wenn die inhaftierte 26-Jährige morgens in den Verhandlungssaal des Oberlandesgerichts Dresden geführt wird, geben sich ihre Unterstützer lautstark zu erkennen. Doch an diesem Donnerstag spenden die Zuschauer aus einem anderen Grund Beifall. Lina E.s drei Mitangeklagte erscheinen in T-Shirts mit dem Aufdruck ?Free Lina? (Freiheit für Lina) auf der Brust. Seit genau einem Jahr sitzt die Studentin in Untersuchungshaft, als Einzige der vier Angeklagten. Das Gericht macht den Verteidigern hinter verschlossenen Türen klar, dass der Saal kein Ort für politische Statements dieser Art ist.

Es ist nicht die einzige Solidaritätserklärung dieses Tages. Am Nachmittag demonstrieren rund 50 Unterstützer vor dem Prozessgebäude am Hammerweg und kritisierten ebenfalls Linas lange Haft. Ein Leipziger Soli-Bündnis betont, Lina E. leide an einer rheumatischen Arthritis und werde in der Haft nicht ausreichend medizinisch behandelt. Hinzu kämen weitere ?Schikanen? wie eine 14-tägige Dauerbeleuchtung ihrer Zelle und anderes. Der Hauptvorwurf an die Justiz ist, dass sie die Angeklagten der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Paragraf 129, verdächtigte. Sie nennen das haltlos und durch nichts belegt.

Einen Großteil dieser Kritik teilen alle Verteidiger. Immer wieder fragen sie die Ermittler im Zeugenstand zum Hintergrund des Verfahrens, wie die Soko LinX zu dem Tatvorwurf gekommen sei und auf welcher Grundlage ein solches ?Strukturverfahren? eingeleitet worden sei. Die Anwälte fühlen sich in ihrer harschen Kritik bestätigt, wenn die Beamten ihren Fragen ausweichend antworten, auf eine Aussagegenehmigung verweisen oder, wie in einem Fall, ein Beamter nicht antwortete, weil gegen ihn ermittelt werde. Auch nach zwei Monaten ist die Stimmung im Saal hitzig wie am ersten Tag. Alle acht Verteidiger ziehen an einem Strang, springen sich gegenseitig sofort bei, wenn ein Kollege mit Richter Hans Schlüter-Staats, dem Vorsitzenden des Staatsschutzenats, aneinandergerät.

Doch dieser Donnerstag ist aus einem weiteren Grund bemerkenswert. Erstmals geht es um Beweise, die Lina E. persönlich schwer belasten dürften. Im Juni 2020 hat die Polizei ihre Wohnung durchsucht und mehrere Handys und anonymisierte SIM-Karten und zahlreiche Datenträger in einer Tüte sichergestellt. Auf einem fanden sich Fotos, die aus Sicht der Soko für einen ganz engen Zusammenhang zu dem Überfall auf einen 20-jährigen NPD-

Belastende Aufnahmen

Aktivisten in Wurzen sprechen. Der junge Mann war am 30.Oktober 2018 auf dem Weg zum Fußballtraining von mehreren Tätern abgepasst und zusammengeschlagen worden.

Die fünf Fotos auf dem Datenträger waren am Abend des 7. August 2018 aufgenommen worden und zeigen den Weg von der Bundesstraße 6 aus Richtung Leipzig bis zum Tatort in der Nordstraße des Wurzener Ortsteils Kühren. Knapp zwei Stunden berichtet der Auswerter, ein 28-jähriger Polizeiobermeister, über die Fotos und den möglichen Zusammenhang mit der Tat Monate später. Ein anderer Grund für die Aufnahmen als ein Ausspähen sei nicht erkennbar, sagte er. Die Aufnahmen waren mit einem Panasonic-Fotoapparat erstellt worden. Mit diesem Kameratyp, belegt durch eine Seriennummer in den digitalen Foto-Informationen, waren auch zahlreiche private Fotos von Lina E. aufgenommen worden. Diese hatte das Gericht bereits am Tag zuvor begutachtet.

Auch zu einer weiteren Tat, den Überfall auf einen Eisenacher Rechtsextremisten im Dezember 2019, wurden Beweise sichergestellt, die Lina E. belasten. Sie war nach einer Verfolgungsfahrt in Eisenach gestellt worden ? im VW von Lina E.s Mutter, an dem falsche Kennzeichen prangten. Die Originale lagen in dem Golf. Weiter fanden die Ermittler mehrere Schlüssel. Eine Soko-Ermittlerin berichtet, zwei Schlüssel konnten der Hauseingangstür und dem Keller von Lina E.s Wohnhaus in Leipzig zugeordnet werden, sagte eine Ermittlerin.

Dann eskaliert die angespannte Situation erneut, als die Verteidiger auch diese Zeugin dazu befragen wollen, wie die Soko auf den 129er-Vorwurf und die ?angeblich einheitliche? Vorgehensweise, den Modus Operandi, gekommen sei. Doch der Vorsitzende lässt die Fragen nun nicht mehr zu und sagt, es sei irrelevant, was die Polizei dazu bewogen habe. Die Verteidiger argumentieren, es sei ihre Aufgabe, das Verfahren und die Polizeiarbeit zu kontrollieren, und fordern einen Beschluss über die Ablehnung ihrer Fragen. Die Polizei habe Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täter ?wahllos? den hier Angeklagten zugeordnet, fürchten sie. Vor dem Beschluss beendet der Senat den Sitzungstag.

Als Lina E. um 17.30 Uhr in einem Polizei-Konvoi zurück ins Chemnitzer Gefängnis gebracht wird, applaudieren ihr die Demonstranten zu, die Stunden vor dem Gericht ausgeharzt hatten. Laut Anklage ist Lina E. Anführerin einer größeren militänten Gruppe, deren Ziel es war, tatsächliche und mutmaßliche Angehörige der rechten Szene anzugreifen und zu verletzen. Die 26-Jährige soll bei mindestens zwei von sechs Anschlägen in Leipzig, Wurzen und Eisenach das Kommando geführt haben.

Am Freitag teilen die Verteidiger mit, ihre Mandanten hätten den Vorsitzenden Richter als befangen abgelehnt. Er sehe es als seine Aufgabe an, Ermittlungsergebnisse unhinterfragt in den Prozess einzuführen, und habe ?sogar der Verteidigung das Hinterfragen untersagt?.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZWSW

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (89%); VERHAFTUNGEN (89%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RICHTER (78%); ZEUGEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (75%); RHEUMA-ERKRANKUNGEN (72%); SKELETTMUSKELKRANKHEITEN (72%); ARTHRITIS (67%)

Belastende Aufnahmen

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: November 6, 2021

End of Document

Gruppe E. vor Gericht

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 9. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Seite3; S. 3

Length: 1907 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Vor dem Oberlandesgericht in Dresden sitzt seit Mittwoch eine Gruppierung um die Studentin Lina E. auf der Anklagebank. Sie soll schwere, gut geplante Übergriffe auf Rechtsextremisten verübt haben.

Am frühen Mittwochmorgen herrscht Alarmstimmung vor dem Hochsicherheitsgebäude des Dresdner Oberlandesgerichts. Vor den hohen Zäunen mit Stacheldraht am Hammerweg stehen rund 50 junge Leute aus der linken Szene, mit Mund-Nasen-Schutz maskiert. Um sie herum hat die Polizei bewaffnete Posten und Mannschaftswagen aufgestellt. Auf Plakaten steht ?Feuer und Flamme der Repression? und ?Free Lina?. Die Leipziger Studentin -Lina E. und drei junge Männer, die mit ihr vor Sachsens oberstem Gerichtshof angeklagt sind, sollen eine linksextremistische, kriminelle Vereinigung gegründet und in mindestens sechs Fällen brutale Übergriffe auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen verübt haben ? mit teils lebens-bedrohlichen Folgen für die Opfer. So sieht es der Generalbundesanwalt.

Mittlerweile ist Lina E. bundesweit zu einer Art Symbolfigur der linksextremen Szene geworden. Ihr Name ist an viele Häuserwände ? nicht nur in Leipzig ? gesprüht, es gibt Demos und Spendenaktionen, bedruckte T-Shirts, Taschen und Socken wie bei einem Merchandising. Der Prozess gilt inzwischen als einer der bedeutendsten gegen linksautonome Gruppierungen in Deutschland seit vielen Jahren ? zumal bei Straftaten der linken Szene die Aufklärungsquote äußerst gering ist.

Als Lina E. kurz nach 10 Uhr von drei Justiz-Wachtmeistern in den gut abgeschirmten Gerichtssaal geführt wird, brandet bei ihren Unterstützern im Zuschauerbereich hinter Plexiglasscheiben Beifall auf ? die Gerichtsordner lassen die ungewöhnliche Situation kurze Zeit zu. Lina E. trägt ein graues Oberteil, schwarze Hosen und schulterlange Locken. Doch das Gesicht hat sie hinter einer blauen Aktenmappe verborgen, bis die Fotografen und Kamera-leute aus dem Saal geschickt werden. Dann lächelt sie und winkt von der Anklagebank den Besuchern und ihrer Mutter zu.

Zuschauer und Journalisten müssen, um überhaupt in das Gerichtsgebäude zu gelangen, akribische Personenkontrollen passieren und sogar ihre Schuhe durchleuchten lassen. Handys, Getränke-flaschen, Feuerzeuge und andere Utensilien sind nicht gestattet. Einsatzgruppen der Justiz wachen auf den Fluren über die Einhaltung der Regeln.

Gruppe E. vor Gericht

Lina E. war am 5. November 2020 in ihrer Wohnung in Leipzig-Connewitz festgenommen und symbolträchtig mit dem Hubschrauber zum Bundesgerichtshof nach Karlsruhe abtransportiert worden. Seither sitzt sie in Untersuchungshaft in Chemnitz und bekommt massive Aufmerksamkeit diverser Medien und der linken Szene. Während Lina E. nicht vorbestraft ist, sind die mitangeklagten Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. polizei bekannte Linksextremisten ? aber auf freiem Fuß. Lina E. war nach ihrem Abitur 2013 aus Kassel nach Leipzig gezogen. Sie studierte in Halle Erziehungswissenschaften und schrieb ihre Bachelor-Arbeit über Neonazismus in der Jugendarbeit am Beispiel des NSU im Jugendclub Jena-Winzerla. Danach begann sie ein Masterstudium in Leipzig und habe dann in der Jugend-hilfe arbeiten wollen ? im Staatsdienst. Ihr Freundeskreis beschreibt Lina E. als fröhliche, lebenslustige Frau mit offener Ausstrahlung. Und genauso wirkt sie auch, wenn sie nun im Gerichtssaal mit Anwälten oder Begleitern spricht.

Der Generalbundesanwalt, der das Verfahren führt, spricht indes eine andere Sprache: Die 26-jährige Studentin Lina E. soll in der Ver-einigung ?eine herausgehobene Stellung? gehabt haben, sie habe gezielt Opfer ausgespäht, sich mit Perücken getarnt, ihr Auto als Fluchtfahrzeug zur Verfügung gestellt, gestohlene Autokennzeichen und gefälschte Ausweise benutzt und bei mehreren Übergriffen das Kommando geführt. Der Bundesanwalt spricht von einer straff organisierten, aber keiner streng hierarchischen Bande. Spätestens im August 2018 habe sich Lina E. dieser Gruppe angeschlossen. Verbindend sei ihre ?militante linksextremistische Ideologie? gewesen. ?Die Vereinigung hat versucht, ihre politischen Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen?, formuliert Bundesanwalt Bodo Vogler. ?Indem sie ihre Gegner körperlich angreifen, tragen sie den Meinungskampf hinein in die Eskalation und rütteln an -einem Grundpfeiler unseres demokratischen Rechtsstaates.? Die Anklage, die erst nach einigen Wortgefechten und Anträgen der Verteidigung vorgetragen werden kann, wirft der ?Gruppe E.? ein halbes Dutzend brutaler Übergriffe vor, die sich mitunter lesen wie ein ?Tatort?-Drehbuch. Unter anderem habe die junge Frau zusammen mit drei anderen Tätern Anfang Oktober 2018 einen Rechtsextremisten in Leipzig-Gohlis überfallen. Sie hätten ihn am frühen Morgen vor seiner Wohnung abgepasst, auf ihn eingetreten und Pfefferspray eingesetzt. Er habe Verletzungen im Gesicht und einen Kniescheiben-Bruch erlitten.

Im Januar 2019 sollen sie einen Handwerker in Leipzig-Connewitz verprügelt haben, der eine Mütze des Labels Greif-vogel Wear trug, das der rechten Szene zugeordnet wird. Der Mann erlitt mehrere Frakturen im Gesicht.

Als exemplarisch steht ein nächtlicher Angriff am 19. Oktober 2019 auf das Eise-nacher Lokal Bull?s Eye, das als Nazi-Treff galt. Lina E. und eine Gruppe von zehn bis 15 Angreifern hätten kurz nach Mitternacht den Inhaber und fünf seiner Gäste in der Kneipe mit Schlagstöcken, Reizgas, Pfefferspray und Faustschlägen traktiert, ihnen Verletzungen im Gesicht zugefügt, Scheiben und Mobiliar zertrümmert.

Acht Wochen später überfielen sie den jungen Kneipier, den Rechtsextremisten Leon R., laut der Anklage noch einmal. So hätten sie ihm nachts gegen 3.15 Uhr vor seiner Wohnung maskiert aufgelauert und mit Hammer, Stangen und Radschlüssel -attackieren wollen, als er von Freunden zu Hause abgesetzt wurde. Lina E. habe Reizgas gesprührt, doch Leon R. habe die Angreifer mit Pfefferspray und einem Teppichmesser abwehren können. Danach schlugen Lina E. und ihre Bande auf das Auto der Freunde ein, zertrümmerten Scheiben, Türen und Spiegel, sprühten Reizgas, schlugen auf die Insassen ein und rasten schließlich mit zwei Autos in die Nacht davon.

Die Flucht vor der alarmierten Polizei muss zu einer Verfolgungsjagd durch Eisenach geworden sein. Die Angreifer aus Leipzig wurden von mehreren Streifen-wagen gejagt. Als sie noch vor der Autobahn A?4 gestellt wurden, hingen am silbernen Golf, der Linas Mutter gehört, gestohlene Kennzeichen. Die Originalkennzeichen lagen auf der Rückbank. Seit jener Nacht hatten die Ermittler eine Spur.

Schon als Lina E. einen Tag zuvor zwei Hämmer in einem Baumarkt stehlen wollte, wurde sie von einem Ladendetektiv ertappt. Sie habe dem Mann vom Sicherheitsdienst noch einen Stoß in den Bauch versetzt und sei weg-gelaufen, konnte nach kurzer Flucht aber gestellt werden.

Auch jetzt waren die Angriffe nicht zu Ende. Am Abend des 15. Februar 2020 überfielen 15 bis 20 linke Schläger am Bahnhof Wurzen mit Sturmhauben, Schlagstöcken und Bier-flaschen sechs Neonazis, die an einem Gedenkmarsch in Dresden zum 75. Jahrestag der Bombardierung der Stadt mitgelaufen waren. Anfang Juni 2020 habe Lina E. schließlich den Rechtsreferendar und Kampfsportler Brian E. aus dem rechts-extremen Umfeld

Gruppe E. vor Gericht

tagelang observiert. Von einem Anschlag hätten sie in letzter Minute nur abgelaufen, weil sie Schutzvorkehrungen der Polizei beobachteten, die die Gruppierung bereits auf dem Schirm hatte. Einen Monat später wurde Lina E. das erste Mal verhaftet, allerdings nach einigen Tagen noch einmal freigelassen. Seit Anfang November sitzt sie ununterbrochen in Untersuchungshaft. Zu der Gruppe soll auch ihr Verlobter gehört haben: der vorbestrafte Johann G., der schon länger in der linksextremen Szene aktiv war. Er wurde unter anderem wegen Landfriedensbruchs und einer Schlägerei am Rande einer Legida-Demonstration verurteilt. Auf seine Finger, so heißt es, habe er acht Buchstaben tätowiert, die seine Wut auf Polizisten dokumentieren: ?Hate Cops?. Seit einem Jahr gilt der Mann als abgetaucht.

Auf der Liste der angeklagten Straftaten stehen nun auch gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch, räuberischer Diebstahl und Sachbeschädigung. Die Beweisführung gegen die Angeklagten dürfte allerdings langwierig werden. Der Strafsenat unter dem Vorsitzenden Hans Schlüter-Staats hat vorsorglich mehr als 50 Prozesstage bis Ende März 2022 terminiert. 48 Zeugen und drei Sachverständige sind bisher geladen. Drei Geschädigte nehmen in dem Verfahren als Nebenkläger teil. Sie werden von Anwälten vertreten, die man als Szeneanwälte bezeichnen könnte. Unter ihnen ist etwa Pro-Chemnitz-Chef Martin Kohlmann. Ihm wurde gestern kurz nach Beginn der Hauptverhandlung vorgeworfen, trotz strengen Verbots Fotos im Gerichtssaal gemacht zu haben, die kurz darauf auf Twitter veröffentlicht wurden.

Die Verteidiger von Lina E. und ihrer Mitangeklagten tragen am Mittag eine lange Erklärung vor ? und bezweifeln die Anklage massiv. Für den Generalbundes-anwalt sei der Prozess offenkundig ein Experiment, wie weit man mit dem Vorwurf der kriminellen Vereinigung gehen könne. ?Die Bundesanwaltschaft hat nicht genügend Beweise für eine kriminelle Vereinigung?, sagt einer der Anwälte. Viele Vorwürfe würden sich keineswegs bestätigen lassen. Einige Wertungen der Ermittler seien schlicht ?abenteuerlich?.

Doch klar ist auch: Die Überfälle geschahen nicht im luftleeren Raum. Die Serie der Übergriffe hat auch etwas zu tun mit einem Angriff von Rechtsextremisten auf Connewitz: Am 11. Januar 2016 waren rund 250 gewaltbereite und vermummte Neonazis mit Eisenstangen, Steinen, Schlagstöcken, Feuerwerkskörpern und Holzlatten durch eine Hauptstraße des alternativen Stadtteils gezogen. Bei ihrem ?Sturm auf Connewitz? zerstörten sie Läden, Bars und Autos von alteingesessenen Leipzigern ebenso wie von arabischen Imbissbesitzern und legten Feuer. Die Polizei setzte in jener Nacht 215 Täter fest. Die Prozesse gegen sie laufen noch immer.

Die Antifa kündigte seinerzeit in Internetforen Rache an: ?Freut euch nicht zu sehr, Ihr dreckigen Faschisten. Der feige Angriff wird auf euch zurückkommen!?. Im Dezember 2016 wurden die Namen und Fotos aller 215 Neonazis und rechten Hooligans auf einer Szene-Webseite gepostet. Die mutmaßlichen Angriffe der Gruppe um Lina E. könnten daher auch als Rachefeldzug gedeutet werden.

Die Kundgebung am Morgen vor dem Gericht hat das selbst ernannte ?Solidaritätsbündnis Antifa Ost? organisiert. Der Prozess sei ?eindeutig politisch motiviert?, sagt die Sprecherin des Solidaritätsbündnisses, Marta Zioneck. ?Für uns steht fest, dass wir keinen fairen Prozess erwarten dürfen.? Seit Monaten würden ?rechts unterwanderte Sicherheitsbehörden? versuchen, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit eine Vorverurteilung der Angeklagten zu erreichen. Auch Lina E.s Mutter, die den Prozess begleitet, lässt während der Kundgebung eine Grußbotschaft verlesen. Sie steht voll und ganz hinter ihrer Tochter: An Lina solle ein Exempel statuiert werden, sagt sie. Sie wünsche ihr viel Kraft und eine baldige Freilassung aus der Untersuchungshaft. ?Danke für eure Unterstützung.? Zurzeit mobilisiert ein Bündnis unter dem Namen ?Wir sind alle linx? für den 18. September zu einer Großdemonstration in Leipzig. Am Tag der Urteilsverkündung gegen Lina E., so wird schon jetzt befürchtet, könnte es wieder Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz geben ? je nachdem, wie das Urteil ausfällt.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); JUSTIZMINISTERIEN (89%); RECHTSANWÄLTE (89%); STAATSANWÄLTE (89%); VERHAFTUNGEN (89%); OBERSTES GERICHT (78%); STRAFTATEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); JUGENDLICHE (76%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (76%); INSPEKTIONEN (69%); AUFKLÄRUNGSQUOTE (66%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (89%); STAATSANWÄLTE (89%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (59%); JENA, DEUTSCHLAND (58%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (58%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); HALLE, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Platzmangel im Gericht

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 24. Mai 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen ppi-Kopf; S. 6

Length: 451 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dem Landgericht in Dresden gehen die Gerichtssäle aus. Nun muss ein Prozess sogar nach Chemnitz verlegt werden.

Dresden. Wegen akuter Platznot muss eine Kammer des Landgerichts Dresden den Fortsetzungstermin einer Hauptverhandlung am Landgericht Chemnitz verhandeln. Der Grund sind Bauarbeiten im Justizzentrum Dresden ? die Ertüchtigung von Verhandlungssälen, um dort mit der elektronischen Akte arbeiten zu können. Weil mehrere Säle für die angesetzten Hauptverhandlungen nicht zur Verfügung standen, wurde am Montag erstmals der Fortsetzungstermin eines Prozesses in das Landgericht Chemnitz ausgelagert. Das bestätigte Landgerichtssprecher Thomas Ziegler gegenüber der SZ.

Bis die elektronische Akte eines Tages die Arbeit der Justiz erleichtert, muss noch manche Hürde genommen werden. Dem altehrwürdigen Justizstandort gehen die Gerichtssäle aus. Die Lage ist schon seit Jahren angespannt, schon weil Hauptverhandlungen in Strafsachen immer länger dauern. In dem Justizzentrum in der Dresdner Johannstadt befinden sich das Amts- und das Landgericht. Täglich finden dort Dutzende Hauptverhandlungen statt. Zurzeit jedoch verknappen Bauarbeiten das zur Verfügung stehende zu geringe Raumangebot zusätzlich. Handwerker verkabeln die Prozesssäle, installieren Monitore und die für den digitalen Umgang erforderliche Computertechnik. So fallen einzelne Säle für Wochen aus. Das erschwert nun die Planungen, welche Hauptverhandlung oder Haftprüfung wann in welchem Gerichtssaal stattfinden kann.

Erst vergangene Woche musste eine Strafkammer für einen Fortsetzungstermin in einem Drogenverfahren, das bereits seit März läuft, vom Justizzentrum am Sachsenplatz in den Gerichtssaal des Oberlandesgerichts (OLG) am Hammerweg im Dresdner Norden umziehen. Dort verhandelt das OLG bereits seit September 2021 gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte, die einer links-militanten kriminellen Vereinigung aus Leipzig angehören sollen. Außerdem müssen sich in dem Hochsicherheits-Prozessgebäude im Schatten der Dresdner Justizvollzugsanstalt seit Januar sechs Männer aus Berlin für den Schmuckdiebstahl aus dem Grünen Gewölbe verantworten. Schon das ist ein von Landgericht ausgelagertes Verfahren.

Für Verteidiger, Zeugen, Sachverständige, Protokollanten, Staatsanwälte und Richter ist der Umzug recht aufwendig ? allerdings kein Vergleich zu einem ?Ausflug? in das rund 80 Kilometer entfernte Landgericht Chemnitz.

Platzmangel im Gericht

Dem Angeklagten wird räuberische Erpressung vorgeworfen. Ob es sich bei dem Gastspiel um einen Einzelfall handelt, ist offen. Dresdner Richter fragen sich, was wird, wenn dort noch im Sommer eine zusätzliche Strafkammer ihre Prozesse ansetzt.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (90%); GERICHTSPROZESSE (89%); RICHTER (89%); ANKLAGEN (78%); DIEBSTAHL (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); ZEUGEN (78%); GEFÄNGNISSE (77%); ERPRESSUNG (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: May 23, 2022

End of Document

Prozess gegen die Antifa

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 6. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 881 words

Byline: Sven Heitkamp

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

In Dresden beginnt der Prozess gegen Lina E. und drei Mitstreiter. Sie sollen brutale Übergriffe auf Neonazis verübt haben.

Am 2. Juni fasst der Bundesgerichtshof eine klare Entscheidung: Die Beschuldigte Lina E. aus Leipzig-Connewitz bleibt im Gefängnis. Sieben Monate zuvor war die Studentin der Erziehungswissenschaften in ihrer Wohnung festgenommen und mit dem Hubschrauber nach Karlsruhe abtransportiert worden, unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung, räuberischen Diebstahls und brutaler Übergriffe auf Neonazis. Seither sitzt die 26-Jährige in Untersuchungshaft und bekommt bundesweit Aufmerksamkeit der Medien und der linken Szene. Eine von ihr geforderte Haftprüfung, so der BGH, sei aber ?nicht veranlasst?. Zudem bestehe der Haftgrund der Fluchtgefahr.

Bemerkenswert an dem Beschluss ist die Begründung: Auf 34 Seiten breitet der Strafsenat unter dem Aktenzeichen AK 33/21 eine Reihe von Straftaten und Gewaltdelikten gegen Rechtsextremisten aus, die der jungen Frau aus Connewitz und einigen jungen Männern vorgeworfen werden. Ende Juli folgte eine weitere Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung. Am kommenden Mittwoch beginnt um 10 Uhr der Prozess gegen Lina E. und die drei weiteren Angeklagten vor dem Oberlandesgericht Dresden unter verschärften Sicherheitsbedingungen: Verhandelt wird im Prozessgebäude für Staatsschutzverfahren am Hammerweg, mit speziellen Sicherheitskontrollen, Einsatzgruppen der Justiz und Polizeikräften auf der Straße. Besuchern sind nicht einmal Handys, Getränkeflaschen oder Feuerzeuge gestattet.

Protest gegen das Verfahren

Ein selbst ernanntes ?Solidaritätsbündnis Antifa Ost? hat eine Protestkundgebung ab 7 Uhr in der Früh angekündigt. ?Angesichts der Vorwürfe stehen wir solidarisch hinter den Angeklagten?, sagt die Sprecherin Marta Zioneck. ?Antifaschismus ist kein Verbrechen, sondern legitim und notwendig.? Der Prozess und die Ermittlungen des Landeskriminalamts Sachsen, insbesondere der Soko Linx, seien ?klar politisch motiviert?. Schon die Übernahme der Ermittlungen durch die Bundesanwaltschaft sei ein politisches Statement. Auf Fotos posiert die Gruppe mit einem Transparent: ?Freiheit für Lina!? Sie ist zu einem Aushängeschild der Szene geworden.

Prozess gegen die Antifa

Die junge Protagonistin und ihre Anwälte halten sich indessen bedeckt. Der Leipziger Strafverteidiger Erkan Zünbül lässt auf Nachfrage offen, ob sich Lina E. zum Prozessaufakt vor Gericht äußern wird oder nicht. Viele Fragen seien zu klären, so Zünbül, man warte die Beweisaufnahme ab. Und die könnte dauern. Das OLG hat vorsorglich Verhandlungstermine bis Ende März festgelegt. Während der Freundeskreis Lina E., die aus Kassel stammt, als lebenslustige, sympathische Studentin beschreibt, zeichnet der Generalbundesanwalt das Bild einer gut organisierten Kriminellen: Spätestens im September 2019 habe sich Lina E. der linksextremistischen Gruppe angeschlossen, die schon seit August 2018 bestand. Die Mitglieder würden für eine militante linksextremistische Ideologie eintreten und hätten Menschen aus der rechtsextremen Szene planvoll und organisiert angegriffen. Zur Gruppe soll zeitweise auch ihr Verlobter gehört haben, der ebenfalls beschuldigte und vorbestrafte Johann G., der seit einem Jahr als untergetaucht gilt. Laut der jüngsten Anklage von Ende Juli verübte die junge Frau zusammen mit drei anderen Tätern am 2. Oktober 2018 eine Attacke auf einen Rechtsextremisten in Leipzig-Gohlis. Sie hätten ihn am frühen Morgen vor seiner Wohnung abgepasst, mit Tritten zu Fall gebracht, Pfefferspray eingesetzt und auf ihn eingetreten. Er habe Verletzungen im Gesicht und einen Kniescheibenbruch erlitten. Als exemplarisch gilt ein Angriff im Oktober 2019 auf das Eisenacher Lokal ?Bull?S Eye?, das als Nazi-Treff galt. Lina E. und ihre Gruppe hätten am 19. Oktober 2019 kurz nach Mitternacht den Inhaber und seine Gäste mit Schlagstöcken, Reizgas und Faustschlägen attackiert, ihnen schwere Verletzungen zugefügt und Scheiben zertrümmert. Ein anderes Mal sollen sie einen Handwerker in Connewitz verprügelt haben, weil er bei der Arbeit eine Mütze eines Mode-Labels trug, das auch in der rechten Szene beliebt ist. Er erlitt Platzwunden und mehrfache Frakturen im Gesicht.

Ermittler: Tarnung mit Perücken

Lina E., so die Ermittler, habe innerhalb der Vereinigung ?eine gewichtige Stellung? gehabt. Sie habe Opfer ausgekundschaftet und sich dabei mit Perücken getarnt, sie habe als Kommandogebieterin fungiert, ihr Auto als Fluchtfahrzeug zur Verfügung gestellt und gestohlene Autokennzeichen benutzt. Als sie einmal zwei Hämmer in einem Baumarkt stehlen wollte, wurde sie von einem Ladendetektiv ertappt und nach kurzer Flucht gestellt. Zur Liste der angeklagten Straftaten gehören nun auch: gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch, räuberischer Diebstahl, Sachbeschädigung, Urkundenfälschung.

Während sie nicht vorbestraft ist, sollen die mitangeklagten jungen Männer laut der Anklage polizeibekannte Linksextremisten sein. Sie sollen bei ihren Übergriffen auch Teleskopschlagstöcke, Quarzhandschuhe und andere Waffen und Schlagwerkzeuge genutzt haben. Bisher sind sie allerdings auf freiem Fuß.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); NEGATIVE NACHRICHTEN (89%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (89%); RECHTSANWÄLTE (89%); STAATSANWÄLTE (89%); STRAFVERTEIDIGUNG (78%); VERBRECHEN (78%); DIEBSTAHL (77%); JUSTIZMINISTERIEN (76%); POLIZEIKRÄFTE (76%); STRAFTATEN (76%); BEWEIS (72%)

Prozess gegen die Antifa

Industry: RECHTSANWÄLTE (89%); STAATSANWÄLTE (89%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (78%); KASSEL, DEUTSCHLAND (75%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (92%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Geplante und spontane Überfälle

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 21. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 627 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Am Dienstag wird der Prozess gegen Lina E. und ihre Mittäter fortgesetzt. Im Fokus steht ein früherer NPD-Stadtrat ? an dessen Glaubwürdigkeit es Zweifel gibt.

Dresden. Die ersten vier Verhandlungstage im Prozess gegen eine vermeintliche militant-linksextreme Gewaltgruppe um die Hauptangeklagte Lina E. aus Leipzig wurden überschattet von Verteidiger-Kritik an dem Verfahren und den ersten Zeugen der beginnenden Beweisaufnahme. Seit Mittwoch, 8. September, müssen sich vier Angeklagte im Alter von 26 bis 32 Jahren vor dem Oberlandesgericht Dresden unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und gefährlicher Körperverletzung verantworten. Ab dem Jahr 2018 sollen sie unter anderem in Leipzig und Eisenach sechs Überfälle auf bekannte Rechtsextremisten und solche, die sie dafür hielten, begangen haben. Mehrere der rund ein Dutzend Opfer wurden dabei zum Teil schwer, wenn nicht sogar lebensbedrohlich verletzt. Nach Ansicht der Generalbundesanwaltschaft sollen die Angeklagten das Gewaltmonopol des Staates nicht akzeptiert haben.

Als einer der ersten Zeugen wollte das Gericht am zweiten Sitzungstag den früheren Leipziger NPD-Stadtrat Enrico B. vernehmen, der im Oktober 2018 nachts vor seinem Haus überfallen worden war. Da mehrere Verteidiger den Geschädigten aufgrund dessen zahlreicher Vorstrafen und Strafverfahren für nicht glaubwürdig hielten, wurde B. wieder nach Hause geschickt. Seine Vernehmung ist nun am Mittwoch dieser Woche geplant.

Etwas aus der Reihe der übrigen Tatvorwürfe fällt der Angriff auf einen 34-jährigen Kanalarbeiter an einem Vormittag Anfang Januar 2019 im alternativen Leipziger Stadtteil Connewitz. Während andere Geschädigte zuvor aufwendig ausgespäht worden sein sollen, muss es sich nach allem, was bislang bekannt ist, in diesem Fall um einen spontanen Überfall gehandelt haben. Der Arbeiter hatte erst am Morgen des Tattages erfahren, wohin ihn seine Route führen und mit wem er zusammen unterwegs sein würde.

Er soll von Lina E. und weiteren Angeklagten gegen 11 Uhr auf offener Straße massiv zusammengeschlagen worden sein. Während E. einen Arbeitskollegen des Geschädigten mit Reizgas in Schach hielt, so der Vorwurf, sei der 34-Jährige von mindestens vier mit Sturmhauben vermummten Männern zusammengeschlagen worden. Er erlitt mehrfache Schädelbrüche, wurde in eine Klinik gebracht.

Geplante und spontane Überfälle

Vergangene Woche berichtete das Opfer, dass er sich die Tat bis heute nicht erklären könne. Er habe eine Mütze von ?Greifvogel Wear? getragen. Dass es sich dabei um ein bei Rechtsextremen beliebtes Modelabel handle, habe er nicht gewusst. Er habe die Kopfbedeckung von einem Kumpel geschenkt bekommen, seine Frau habe sie ihm an dem Tag mitgegeben, weil es kalt gewesen sei. Er berichtete, dass er erst wenige Wochen für die Firma gearbeitet habe. Mit seinem Kollegen war er an dem Tag das erste Mal unterwegs.

Der 34-Jährige sagte aus, dass er als Jugendlicher der rechten Szene angehört habe, auch wegen Körperverletzung und Verwendens von Nazi-Symbolen zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Noch als Jugendlicher sei er jedoch aus der Szene ausgestiegen.

Diese Woche, verhandelt wird am Dienstag und am Mittwoch, will sich das Gericht weiter mit der Tat gegen Enrico B. befassen. Der Geschädigte selbst soll am Mittwoch vernommen werden. Ursprünglich sollten in dieser Woche die beiden Taten aus Eisenach vom Oktober und Dezember 2019 im Mittelpunkt der Beweisaufnahme stehen. Bei der zweiten Tat wurden mehrere Verdächtige nach einer Verfolgungsfahrt von der Polizei noch in Eisenach gestellt ? im VW Golf von Lina E.s Mutter, an dem gestohlene Kennzeichen angebracht waren. Die Original-Kennzeichentafeln fanden die Beamten auf dem Rücksitz.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZWSW

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); STÄDTE (90%); ZEUGEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); VERURTEILUNGEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); RECHTSANWÄLTE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); GERICHTSURTEILE (73%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); BEWEIS (71%); GEFÄNGNISSTRAFEN (71%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (68%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); BEKLEIDUNGSMARKEN (50%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

Geplante und spontane Überfälle

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 21. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 627 words

Byline: Alexander Schneider

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Am Dienstag wird der Prozess gegen Lina E. und ihre Mittäter fortgesetzt. Im Fokus steht ein früherer NPD-Stadtrat ? an dessen Glaubwürdigkeit es Zweifel gibt.

Dresden. Die ersten vier Verhandlungstage im Prozess gegen eine vermeintliche militant-linksextreme Gewaltgruppe um die Hauptangeklagte Lina E. aus Leipzig wurden überschattet von Verteidiger-Kritik an dem Verfahren und den ersten Zeugen der beginnenden Beweisaufnahme. Seit Mittwoch, 8. September, müssen sich vier Angeklagte im Alter von 26 bis 32 Jahren vor dem Oberlandesgericht Dresden unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und gefährlicher Körperverletzung verantworten. Ab dem Jahr 2018 sollen sie unter anderem in Leipzig und Eisenach sechs Überfälle auf bekannte Rechtsextremisten und solche, die sie dafür hielten, begangen haben. Mehrere der rund ein Dutzend Opfer wurden dabei zum Teil schwer, wenn nicht sogar lebensbedrohlich verletzt. Nach Ansicht der Generalbundesanwaltschaft sollen die Angeklagten das Gewaltmonopol des Staates nicht akzeptiert haben.

Als einer der ersten Zeugen wollte das Gericht am zweiten Sitzungstag den früheren Leipziger NPD-Stadtrat Enrico B. vernehmen, der im Oktober 2018 nachts vor seinem Haus überfallen worden war. Da mehrere Verteidiger den Geschädigten aufgrund dessen zahlreicher Vorstrafen und Strafverfahren für nicht glaubwürdig hielten, wurde B. wieder nach Hause geschickt. Seine Vernehmung ist nun am Mittwoch dieser Woche geplant.

Etwas aus der Reihe der übrigen Tatvorwürfe fällt der Angriff auf einen 34-jährigen Kanalarbeiter an einem Vormittag Anfang Januar 2019 im alternativen Leipziger Stadtteil Connewitz. Während andere Geschädigte zuvor aufwendig ausgespäht worden sein sollen, muss es sich nach allem, was bislang bekannt ist, in diesem Fall um einen spontanen Überfall gehandelt haben. Der Arbeiter hatte erst am Morgen des Tattages erfahren, wohin ihn seine Route führen und mit wem er zusammen unterwegs sein würde.

Er soll von Lina E. und weiteren Angeklagten gegen 11 Uhr auf offener Straße massiv zusammengeschlagen worden sein. Während E. einen Arbeitskollegen des Geschädigten mit Reizgas in Schach hielt, so der Vorwurf, sei der 34-Jährige von mindestens vier mit Sturmhauben vermummten Männern zusammengeschlagen worden. Er erlitt mehrfache Schädelbrüche, wurde in eine Klinik gebracht.

Geplante und spontane Überfälle

Vergangene Woche berichtete das Opfer, dass er sich die Tat bis heute nicht erklären könne. Er habe eine Mütze von ?Greifvogel Wear? getragen. Dass es sich dabei um ein bei Rechtsextremen beliebtes Modelabel handle, habe er nicht gewusst. Er habe die Kopfbedeckung von einem Kumpel geschenkt bekommen, seine Frau habe sie ihm an dem Tag mitgegeben, weil es kalt gewesen sei. Er berichtete, dass er erst wenige Wochen für die Firma gearbeitet habe. Mit seinem Kollegen war er an dem Tag das erste Mal unterwegs.

Der 34-Jährige sagte aus, dass er als Jugendlicher der rechten Szene angehört habe, auch wegen Körperverletzung und Verwendens von Nazi-Symbolen zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Noch als Jugendlicher sei er jedoch aus der Szene ausgestiegen.

Diese Woche, verhandelt wird am Dienstag und am Mittwoch, will sich das Gericht weiter mit der Tat gegen Enrico B. befassen. Der Geschädigte selbst soll am Mittwoch vernommen werden. Ursprünglich sollten in dieser Woche die beiden Taten aus Eisenach vom Oktober und Dezember 2019 im Mittelpunkt der Beweisaufnahme stehen. Bei der zweiten Tat wurden mehrere Verdächtige nach einer Verfolgungsfahrt von der Polizei noch in Eisenach gestellt ? im VW Golf von Lina E.s Mutter, an dem gestohlene Kennzeichen angebracht waren. Die Original-Kennzeichentafeln fanden die Beamten auf dem Rücksitz.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); ANKLAGEN (90%); STRAFVERTEIDIGUNG (90%); STÄDTE (90%); ZEUGEN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); VERURTEILUNGEN (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); RECHTSANWÄLTE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); GERICHTSURTEILE (73%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%); BEWEIS (71%); GEFÄNGNISSTRAFEN (71%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (68%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (76%); STAATSANWÄLTE (76%); BEKLEIDUNGSMARKEN (50%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

Mutmaßliche Linksextremisten in Dresden vor Gericht

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 9. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 256 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Eine militante linksextremistische Gruppe aus Leipzig soll zwischen 2018 und 2020 Menschen aus der rechten Szene überfallen und zusammengeschlagen haben-. Am Oberlandesgericht (OLG) Dresden begann am Mittwoch der Prozess gegen vier mutmaßliche Mitglieder, die laut Anklage ideologisch motiviert, organisiert und brutal gehandelt haben sollen-.

Bundesanwalt Bodo Vogler sagte, Ziel der Vereinigung ?war und ist? es, tatsächliche und mutmaßliche Angehörige der rechten Szenen anzugreifen und mit Schlagwerkzeugen zu verletzen. Nach Überzeugung der Anklage führte die Studentin Lina E. in mindestens zwei Fällen das Kommando und bereitete die Angriffe in Leipzig, Wurzen und Eisenach vor.

Die 26-Jährige, ein gleichaltriger Mann und ein 36-Jähriger aus Leipzig sowie ein 26-Jähriger aus Berlin sind wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung sowie teils auch Sachbeschädigung angeklagt. Die ?in und um Leipzig? gegründete Vereinigung basiere auf ?einer militant-linksextremistischen Ideologie? und sei auf die Begehung politisch motivierter Straftaten ausgerichtet gewesen, so Vogler. Ihre Mitglieder lehnten den demokratischen Rechtsstaat ebenso ab wie das staatliche Gewaltmonopol.

Vor dem Gebäude bekundeten Dutzende Demonstranten Solidarität mit den Angeklagten. Als Lina E. und ihre Mitangeklagten in den Saal kamen, wurden sie mit lautem Beifall und Gejohle von Anhängern im Publikum begrüßt. (dpa)

Seite Drei

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); RECHTSSTAATLICHKEIT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); STRAFTATEN (78%); VANDALISMUS (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Leipziger Linx-Demo läuft aus dem Ruder

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 20. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 888 words

Byline: Sven Heitkamp

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Unter dem Motto ?Wir sind alle LinX? sind in Leipzig Tausende Menschen auf die Straße gegangen. Es kam zu Gewalt.

Am frühen Sonnabendabend läuft die Leipziger ?Wir sind alle LinX?-Großdemo mit mehreren Tausend Menschen dann doch genauso aus dem Ruder, wie es viele befürchtet hatten. Während gegen 17.30?Uhr am Connewitzer Kreuz die Abschlusskundgebung gegen Faschismus und Rassismus läuft und der Todesopfer rechter Gewalt gedacht wird, rücken kaum hundert Meter weiter einige schwarz gekleidete Antifa-Kämpfer Mülltonnen, Baustellenabsperrungen, Europaletten und Grünzeug auf die Wolfgang-Heinze-Straße und zünden sie an. Andere munitionieren sich mit Pflastersteinen aus dem Gehweg auf.

Die Polizei, die sich den ganzen Nachmittag in Seitenstraßen zurückgehalten hatte, schaut sich das Treiben nicht lange an. Mit Wasserwerfern und Räumpanzer rücken sie die Wolfgang-Heinze-Straße hoch, löschen die lodernden Barrikaden und schieben die dampfenden Haufen beiseite. Zugleich sprühen sie nach kurzer Vorwarnung die Menschen von der Straße, egal, ob sie Steine auf die Einsatzfahrzeuge werfen oder ? deutlich erkennbar ? für die Presse Fotos machen. Später wird auch noch Reizgas eingesetzt, das auch harmlose Passanten trifft. Die Reaktionen auf den Demotag folgen auf dem Fuß. SPD-Oberbürgermeister Burkhard Jung fordert: ?Von dieser Demonstration müssen sich Demokraten distanzieren.? Besonders erschreckend sei, dass auf einem Transparent auf die Morde der linksterroristischen RAF angespielt wurde. Namentlich gegen Dirk Münster, den Leiter des Polizeilichen Staatsschutzes im Landeskriminalamt, hieß es. ?Bald ist er aus, dein Traum, dann liegst du im Kofferraum.? Münster hatte erst kürzlich Leipzig als Hochburg linksextremer Gewalt kritisiert.

Auch Grünen-Chef Robert Habeck verurteilt die Drohgebärden: ?Morddrohungen sind widerwärtig.? Selbst die Demo-Organisatoren distanzieren sich Sonntagmittag per Twitter von der Drohung: ?Das Transparent war nicht vom Demokonsens gedeckt und hätte entfernt werden müssen!? Landespolizeipräsident Horst Kretzschmar betont, die Polizei habe das Transparent gefilmt. ?Wir werden alles dafür tun, durch Auswertung der Videos die Straftäter zu überführen.?

Nach der ?Wir sind alle LinX?-Demo in Leipzig steht Linken-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel als Anmelderin in der Kritik. Innenminister Roland Wöller (CDU) erklärte, es sei eine Grenze überschritten, wenn auf einer Demo, die

Leipziger Linx-Demo läuft aus dem Ruder

Nagel angemeldet und angeführt habe, Gewalt ausgeübt und offen Morddrohungen gegen Ermittler gezeigt würden. Die Partei solle sich umgehend von ihrer Landtagsabgeordneten distanzieren. Nagel war am Sonnabend bei der Demo mitgelaufen. Am Abend hatte sie ein Statement auf Twitter gepostet: ?Festzuhalten bleibt: Es waren 5.000 Antifaschisten gegen Rechtsruck, Neonazis, rechte Netzwerke in Behörden auf der Straße. Wenn Pyrotechnik nun die Gemüter erhitzt, ist das schief. Was nicht geht, sind krude Drohungen gegen Personen.? Die Demo, die um 15 Uhr am Rande der Innenstadt friedlich begonnen hatte, war in ihrem Verlauf immer aggressiver geworden. Erst wurden Bengalos entzündet, dann wurden aus dem schwarzen Block im hinteren Teil des Zuges auf die Polizeidirektion und einzelne Polizeieinheiten immer mehr Flaschen mit Farbe, Böller und Pyrotechnik geworfen. Eine unbeteiligte Mutter, die vor der Tür der Polizeidirektion stand, musste mit ihrem Kinderwagen fluchtartig davonrennen. Scheiben von mehreren Bankfilialen und der Deutschen Bundesbank an der Karl-Liebknecht-Straße wurden mit Pflastersteinen zersplittet, auch ein Haus mit hochpreisigen Studenten-Appartements und ein Elektroauto wurden attackiert. Die Polizei hielt sich dennoch lange Zeit bedeckt und war auf der Demostrecke nur mit Kommunikationsteams zu sehen. Sie begleitete den Demonstrationszug aber mit rund 1.000 Kräften und Verstärkung aus Berlin, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen entlang der Parallelstraßen. Auch ein Hubschrauber kreiste über dem Aufzug.

Die Veranstalter sprachen am Abend von 6.000 Teilnehmern, die Polizei von bis zu 3.500. Für die Demonstration war in der linken Szene bundesweit mobilisiert worden, so waren unter anderem Teilnehmer aus Dresden, Chemnitz, Berlin, Hamburg und Stuttgart dabei. ?Wir sind alle Linx? versteht sich als ?Kampagne gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus?, und sie fordert die Freilassung der Connewitzer Studentin Lina E. Die 26-Jährige steht seit voriger Woche mit drei weiteren Angeklagten wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung und brutaler Übergriffe auf Rechtsextremisten vor dem Oberlandesgericht in Dresden und sitzt in Untersuchungshaft. ?Solidarität ist der Hammer ? Free Lina? stand auf einem Transparent. Auch eine Botschaft der Mutter von Lina E. wurde verlesen. Sie wirft den Ermittlungsbehörden vor, an ihrer Tochter solle ein Exempel statuiert werden. Die linke Szene sei wegen des Verfahrens gegen Lina E. ?hoch emotionalisiert?, heißt es in Sicherheitskreisen. Laut Polizei wurden sieben Beamte leicht verletzt und diverse Ermittlungsverfahren unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung eingeleitet. Zwei Verdächtige wurden laut einer Polizeisprecherin festgenommen, aber noch am Abend wieder freigelassen. (mit dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (89%); POLITISCHE PARTEIEN (87%); POLIZEIKRÄFTE (86%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (78%); TOD & STERBEN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (74%); TÖTUNGSDELIKTE (74%); MORD (73%); POLITIK (71%); BÜRGERMEISTER (66%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (71%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Ermittlungen nach ?LinX?-Demo

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 21. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 216 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Die Staatsanwaltschaft Leipzig stuft das Drohplakat gegen den Extremismus-Chefermittler der sächsischen Polizei, das bei der ?Wir sind alle LinX?-Demo gezeigt worden war, als Straftat ein. Ermittelt werde gegen unbekannt wegen der Störung des öffentlichen Friedens, teilte ein Behördensprecher am Montag mit. Auf dem Plakat stand hinter dem Namen des hochrangigen Polizisten: ?Bald ist er aus Dein Traum, dann liegst Du im Kofferraum.? Das ist aus Sicht der Staatsanwaltschaft keine Meinungsäußerung, die vom Grundgesetz geschützt wäre. Mit der Parole werde offensichtlich auf den RAF-Mord an Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer 1977 angespielt. Es sei ?unzweifelhaft?, dass damit der Extremismus-Chefermittler bedroht wurde.

Die Demo mit mehreren Tausend Teilnehmern war am Samstag nicht friedlich geblieben. Aus dem Aufzug flogen unter anderem Steine gegen Bankgebäude, später wurden im Stadtteil Connewitz eine große Barrikade und ein kleineres Feuer auf der Straße entzündet. ?Wir sind alle Linx? versteht sich als ?Kampagne gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus?, und sie fordert die Freilassung der Connewitzer Studentin Lina E. Die mutmaßliche Linksextremistin ist wegen mehrerer Gewaltverbrechen angeklagt. (dpa/SZ)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (78%); VERBRECHEN

Ermittlungen nach ?LinX?-Demo

(78%); VERBRECHEN GEGEN PERSONEN (78%); STRAFRECHT (77%); MORD (73%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (73%); TÖTUNGSDELIKTE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Ermittlungen nach ?LinX?-Demo

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 21. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 216 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Die Staatsanwaltschaft Leipzig stuft das Drohplakat gegen den Extremismus-Chefermittler der sächsischen Polizei, das bei der ?Wir sind alle LinX?-Demo gezeigt worden war, als Straftat ein. Ermittelt werde gegen unbekannt wegen der Störung des öffentlichen Friedens, teilte ein Behördensprecher am Montag mit. Auf dem Plakat stand hinter dem Namen des hochrangigen Polizisten: ?Bald ist er aus Dein Traum, dann liegst Du im Kofferraum.? Das ist aus Sicht der Staatsanwaltschaft keine Meinungsäußerung, die vom Grundgesetz geschützt wäre. Mit der Parole werde offensichtlich auf den RAF-Mord an Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer 1977 angespielt. Es sei ?unzweifelhaft?, dass damit der Extremismus-Chefermittler bedroht wurde.

Die Demo mit mehreren Tausend Teilnehmern war am Samstag nicht friedlich geblieben. Aus dem Aufzug flogen unter anderem Steine gegen Bankgebäude, später wurden im Stadtteil Connewitz eine große Barrikade und ein kleineres Feuer auf der Straße entzündet. ?Wir sind alle Linx? versteht sich als ?Kampagne gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus?, und sie fordert die Freilassung der Connewitzer Studentin Lina E. Die mutmaßliche Linksextremistin ist wegen mehrerer Gewaltverbrechen angeklagt. (dpa/SZ)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZWSW

Subject: ERMITTLEMENTEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); NEGATIVE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (78%); VERBRECHEN

Ermittlungen nach ?LinX?-Demo

(78%); VERBRECHEN GEGEN PERSONEN (78%); STRAFRECHT (77%); MORD (73%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (73%); TÖTUNGSDELIKTE (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

?Umkrempeln können wir sie nicht?

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 21. Dezember 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 1223 words

Byline: Karin Schlottmann

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Sachsens Frauengefängnis soll Häftlinge auf ein geregeltes Leben vorbereiten. Fehlschläge wollen die Mitarbeiter nicht persönlich nehmen.

Schon von Weitem sind die hellen Gebäudeklötze im Süden der Stadt zu sehen. Je näher man kommt, desto beklemmender wirkt das Areal auf Besucher. Das muss wohl auch so sein. Sicherheit hat an diesem Ort Priorität und die abschreckende Wirkung ist durchaus beabsichtigt. Wer hier in der Justizvollzugsanstalt für Frauen in Chemnitz eine Strafe verbüßt, soll möglichst nicht mehr wiederkommen.

?Von einem Tag Erzwingshaft bis lebenslänglich haben wir alles hier?, sagt Anstaltsleiterin Eike König-Bender. Die Fluktuation ist hoch. ?Es ist ein Kommen und Gehen.? Frauen verbüßen in der Regel geringere Freiheitsstrafen als Männer. Sie sitzen häufig wegen Diebstahls, Untreue, Betrugs oder Drogenhandels ein. Gewalttaten sind eine Männerdomäne.

Vollzug heißt, hier wird Strafe umgesetzt. Die Umstände und die Ursachen einer Tat spielen erst einmal keine Rolle mehr. Strafhaft heißt aber auch, die Insassinnen vom ersten Tag an auf die Rückkehr in ein möglichst geregeltes Leben vorzubereiten. Und dafür wird tatsächlich viel getan: Schulunterricht, Ausbildung, Sport, Therapie- und Freizeitangebote.

Mia, die eigentlich anders heißt, hat kürzlich in der Haft ihre Ausbildung zur Modenäherin abgeschlossen. Sie erzählt gern über die Arbeit mit Stoff und Nähmaschine. Ihre Abschlussarbeit war eine Regenjacke. Sie erklärt die Werkstatt, die Tücken der großen Zuschneidemaschine und führt die zwei Nähstuben mit je sieben Nähmaschinen vor. Auf der Fensterbank in einer Nähstube stehen Pflanzen und ein Radio, an den Wänden hängen eine Patchworkdecke, sie ist das Ergebnis einer Gruppenarbeit, und Fotos von Robert Lewandowski und Mario Götze. Die Frauen hier haben schon für ein Tanzstudio und sogar für die Semperoper genäht. Als Näherin bei der Semperoper arbeiten, das wäre Mias Traum für später.

Nur rund sechs Prozent aller Inhaftierten in Deutschland sind Frauen. Sachsen hat sich 2009 entschieden, einen reinen Frauen-Vollzug einzurichten. Sie sei froh darüber, sagte König-Bender. In Männergefängnissen mit einer Frauenabteilung kommen die Frauen zu kurz, auf sie zugeschnittene Freizeit-, aber auch Aus- und Fortbildungsangebote fallen unter den Tisch.

?Umkrempeln können wir sie nicht?

Putzplan auf der Jugendstation Es gibt auch sonst viele Unterschiede. ?Besuchern, die schon in Männeranstalten waren, fällt als Erstes auf, wie sauber es ist?, sagt König-Bender. In ihren Hafträumen bemühen sich die meisten Frauen um etwas Wohnlichkeit. In der Zelle einer 76-Jährigen, die derzeit älteste Insassin in Chemnitz, liegt eine Häkelarbeit auf dem Tisch. Im Regal stehen Bildbände über Pflanzen, es hängen Fotos und Zeichnungen an der Wand. Wie alle durfte sie einen großen Spiegel mitbringen. Telefonate sind in der Freizeit möglich, bis zu zehn Telefonnummern dürfen angemeldet werden.

Gewalttätige Übergriffe auf Bedienstete und Mithäftlinge sind seltener als bei den Männern. Ein Streit wird aber auch mal mit einem Faustschlag, an den Haaren ziehen, oder verbalen Beleidigungen ausgetragen. Zwei Spezialräume sind dafür da, besonders aggressive oder suizidgefährdete Gefangene für einige Tage zu überwachen. Streit und schlechte Stimmung entstehen durch Gerüchte, zum Beispiel über angebliche Vorzugsbehandlungen für andere. Frauen, die wegen sexuellen Missbrauchs oder Totschlags von Kindern einsitzen, müssen damit rechnen, ausgegrenzt zu werden. Es ist Aufgabe der Mitarbeiterinnen, mit Gesprächen für Ausgleich zu sorgen, erklärt die Juristin.

Es sind, sagt eine Stationsbedienstete, unschöne Momente, wenn Häftlinge ?austicken?. Diese Situationen in den Griff zu bekommen, fordert sie ganz schön heraus. Zwei Drittel der rund 200 Mitarbeiter sind Frauen. Sie schätzen die Abwechslung ihres Arbeitsalltags, berichten Mitarbeiterinnen. Aber es sei nützlich, sich einen Panzer zuzulegen. Die Enttäuschung, wenn eine Frau nach verbüßter Haftstrafe wieder zurückkehren müsse, dürfe man nicht zu nahe an sich heranlassen. ?Umkrempeln können wir sie nicht.? Viele Gefangene vertrauen den Bediensteten Privates an, zum Beispiel von den Kindern. ?Es kommt darauf an, auf Distanz zu bleiben und nicht zu viel von sich selbst preiszugeben?, sagt eine Abteilungsdienstleiterin.

243 Haftplätze sind derzeit belegt. Thüringen bringt seine weiblichen Gefangenen ebenfalls nach Chemnitz. Die meisten sitzen im geschlossenen Vollzug, 39 verbüßen eine Ersatzfreiheitsstrafe, das heißt, sie haben ihre Geldstrafe nicht bezahlt. 80 Frauen sind im offenen Vollzug, 15 im Jugendarrest. Über 70 Prozent arbeiten oder sind in einem Ausbildungslehrgang.

Sieben Frauen sind auf der Jugendstation untergebracht. Sport ist Pflichtprogramm ebenso wie Sauberkeit. Am Schwarzen Brett hängen zwei Listen: Ordnungsdurchgang und Großputzplan. Der Ordnungsdurchgang gibt fein säuberlich und für alle auf der Station nachlesbar die Ergebnisse der täglichen Zellenkontrolle wieder. 16 Kriterien werden geprüft.

Bewertet wird mit Plus- und Minuszeichen. ?Und, wie sieht es aus??, fragt König-Bender die junge Mitarbeiterin auf der Jugendstation. ?Diese Woche war nicht so toll?, antwortet sie. Ordnung und Sauberkeit wird belohnt: Film anschauen, Playstation spielen, Wii-Party feiern. Die gegenseitige Kontrolle funktioniert. ?Wenn die Jugendlichen nachmittags von der Arbeit oder von der Schule zurückkehren, gehen sie als Erstes ans Schwarze Brett und gucken auf die Ergebnisse.?

2018 hat die JVA eine Mutter-Kind-Wohngruppe eingerichtet. Höchstens vier Mütter haben hier Platz, die Kinder dürfen nicht älter sein als drei Jahre. Die Kleinen sehen Uniformen und Einschränkungen noch nicht als Bedrohung. Die Räume sind hell und freundlich. Frauen, die ihre Strafe hier verbüßen wollen, müssen sich bewerben. Die Leiterin der Abteilung Offener Vollzug, Uta Förster, arbeitet seit 1987 im Vollzug. Bei der kleinen Weihnachtsfeier zieht sie sich ein Elfenkostüm an. ?Das macht mir auch mal großen Spaß.?

Sie und ihre Kollegin sind auch Beraterinnen. Sie begleiten die Mütter bei Spaziergängen mit dem Kind, gehen in den Tierpark oder feiern Kindergeburtstag. Manche Bewohnerinnen müssen erst lernen, sich mit ihrem Kind zu beschäftigen. Zwischen den Bediensteten und den Kindern entstehen oft enge Bindungen. Aber es gibt Grenzen. König-Bender: ?Wir sind nicht verantwortlich für die Kinder.? Im Notfall, wenn die Probleme zwischen Mutter und Kind unlösbar werden, kümmert sich das Jugendamt. Es kommt vor, dass Frauen, die längst wieder draußen sind, im Mutter-und-Kind-Haus anrufen, weil sie einen Rat wollen, obwohl hier eigentlich niemand mehr zuständig für sie ist.

?Umkrempeln können wir sie nicht?

Bekannte Häftlinge: Die bekannteste Gefangene ist die NSU-Terroristin Beate Zschäpe. Zschäpe hatte um Verlegung nach Chemnitz gebeten. Sie sitzt dort ebenso in U-Haft wie die mutmaßliche Linksextremistin Lina E.

Trennung: Die Anstalt sorgt dafür, dass sich beide Frauen nicht begegnen. Auch für eine syrische IS-Terroristin, die hier zeitweise in U-Haft saß, galt ein striktes Trennungsgebot.

Soli-Demo: Der Staatsschutz-Prozess gegen Lina E, wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ist noch im Gange. Vorigen Mittwoch versammelte sich eine Mini-Soli-Gruppe vor der Anstaltsmauer und hielt Transparente in den Nieselregen.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GEFÄNGNISSE (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (89%); SELBSTMORD (78%); ÜBERWACHUNG (77%); MISSHANDLUNG & VERNACHLÄSSIGUNG (76%); NEGATIVE NACHRICHTEN (76%); DROGENMISSBRAUCH (74%); TÖTUNGSDELIKTE (74%); MÄNNERGESUNDHEIT (72%); DROGENKRIMINALITÄT (71%); SEXUALDELIKTE (71%); TOTSCHLAG (71%); VERHAFTUNGEN (71%); DIEBSTAHL (69%); DROGENHANDEL (69%)

Geographic: CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: December 20, 2021

End of Document

Leipziger Demo erhitzt Gemüter

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 1. Oktober 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 370 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Bei einer Diskussion um Ausschreitungen bei der jüngsten Linken-Demonstration in Leipzig gibt es im Landtag heftige Wortgefechte.

Dresden. Die von Ausschreitungen überschattete Linken- Demonstration in Leipzig erhitzt weiter die Gemüter. Bei einer von der AfD beantragten Debatte lieferten sich Abgeordnete am Donnerstag lautstarke Wortgefechte und sparten nicht mit gegenseitigen Schuldzuweisungen. Die Innenpolitiker von AfD und CDU, Sebastian Wippel und Rico Anton, machten die Linke-Abgeordnete Juliane Nagel als Anmelderin und Versammlungsleiterin der Demonstration für deren Verlauf mitverantwortlich. Anton forderte die Linksfraktion zu personellen Konsequenzen auf. Die Linken müssten Nagel Einhalt gebieten. ?Schmeißen Sie sie aus ihrer Fraktion?, rief er in Richtung der Linken. Linksfraktionschef Rico Gebhardt wies das zurück.

Bei der Demonstration am 18. September hatten mehrere Tausend Menschen nicht nur aus Sachsen unter dem Motto ?Wir sind alle LinX? für einen konsequenten Antifaschismus und die Freilassung der wegen linker Gewalt angeklagten Studentin Lina E. demonstriert. Bankgebäude wurden mit Steinen beworfen. Auf einem Banner gab es eine Morddrohung gegen den Chef der polizeilichen Sonderkommission für Linksextremismus. Vermummte entzündeten im Stadtteil Connewitz eine Barrikade. Sieben Polizisten wurden verletzt.

Wippel sprach von einer ?Machtdemonstration der linksextremen Szene?. Sie habe mit ihrem uniformierten Auftreten ein martialisches Bild vermittelt. Die Partei Die Linke habe die Demo unterstützt. So eine Demo zu veranstalten, sei für Demokraten ein Unding. Zudem kritisierte er die Lagebeurteilung der Polizei und der Stadt Leipzig. Man habe Linksradikalen Raum zur Entfaltung gegeben.

CDU-Innenpolitiker Anton verurteilte die Morddrohung gegen den Chef des Soko LinX, Dirk Münster, als abscheulich. ?Wir haben ein massives Problem mit Linksextremismus, besonders in Leipzig?, sagte er.

Valentin Lippmann (Grüne) warf der AfD eine ?Hetzjagd? auf Juliane Nagel vor. Es gebühre der Anstand von Demokraten, so etwas zu unterlassen. Die AfD sei keinen Deut besser als jene, die das Plakat mit der Morddrohung hochgehalten hätten. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (90%); DEUTSCHE LANDTAGE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GESETZGEBUNGSGRÄNE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); POLITISCHE DEBATTEN (78%); REGIERUNGSKABINETTS (78%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (54%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: October 1, 2021

End of Document

Stromausfall in Dresden und Umgebung

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 14. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 387 words

Byline: Fabian Deicke

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Ab 14 Uhr fuhren keine Bahnen mehr, Ampeln fielen aus, Aufzüge blieben stecken. Die Kripo ermittelt.

Dresden. In Dresden und Umgebung ging kurz nach 14 Uhr am Montag fast nichts mehr: In der gesamten Landeshauptstadt fiel der Strom aus. Betroffen waren zudem viele umliegende Städte und Gemeinden.

?Es gab eine größere Störung?, bestätigte eine Sprecherin des Versorgers Sachsen-Energie. Die Ursache sei der Ausfall einer Hochspannungsanlage im Umspannwerk Dresden-Süd um 13.53 Uhr gewesen. Seit dem späten Montagabend ermittelt die Kriminalpolizei: Auf dem Gelände des Umspannwerkes wurden verdächtige Objekte gefunden. Wie der Betreiber Sachsen-Energie mitteilte, soll es sich um die verschmorten Reste eines metallbeschichteten Ballons handeln. Dieser wird für den Defekt des Werkes verantwortlich gemacht. Unklar war am Montagabend noch, ob das Flugobjekt versehentlich dort landete oder gezielt dahin gesteuert wurde.

Vorübergehend waren 300.000 Haushalte ohne Strom. Am Abend meldete die Dresdner Feuerwehr insgesamt 34 Einsätze durch den Stromausfall, 24 davon wegen feststeckender Aufzüge. Das Netz sei schnell wieder aufgebaut worden, so die Sprecherin weiter. Ab 15 Uhr seien 95 Prozent wiederhergestellt gewesen, um 16 Uhr die letzte Störung behoben worden.

Die Folgen waren laut Dresdner Verkehrsbetriebe kurzzeitig stehende Straßenbahnen. Das gleiche Bild gab es auf den Straßen: Die meisten Ampeln in der Stadt fielen aus, an zentralen Kreuzungen staute sich der Verkehr. An Bahnhöfen schalteten sich die Anzeigetafeln aus und die Preistafeln von Tankstellen vermeldeten Spritpreise von 0,00 Euro.

Wer telefonieren wollte ? egal ob Festnetz oder Handy ? hatte es auch schwer, ebenso betroffen war das mobile Internet. Am Landgericht musste der Prozess gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. kurzzeitig unterbrochen werden.

In eigener Sache: Auch SZ vom Blackout betroffen

Liebe Leserinnen und Leser, auch die DDV-Mediengruppe hatte am Montag durch Systemprobleme und den Stromausfall mit großen technischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Neben der Abo-Hotline war auch die Leitung zu

Stromausfall in Dresden und Umgebung

SZ Ticket, SZ Reisen und DDV Commerce unterbrochen. Auch die Produktion der Sächsischen Zeitung war zeitweilig gefährdet. Für alle Unannehmlichkeiten bitten wir um Entschuldigung.

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZWSW

Subject: KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (78%); GERICHTSPROZESSE (75%); STÄDTE (72%); ÖL- UND GASPREISE (65%)

Industry: STROMAUSFÄLLE (90%); ZÜGE (78%); ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL (71%); ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR (71%); TANKSTELLEN (70%); FAHRZEUGKRAFTSTOFFE (65%); ÖL- UND GASPREISE (65%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Urteil gegen Lina E. wird überprüft

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 8. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 146 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Die Urteile gegen die Linksextremistin Lina E. und drei Mitangeklagte werden überprüft. Die Verurteilten und die Bundesanwaltschaft haben Revision eingelegt, teilte das Oberlandesgericht (OLG) am Mittwoch mit. Wann der Bundesgerichtshof sich mit dem Fall befasst, ist offen.

Der Staatsschutzenat des OLG hatte Lina E. am 31. Mai wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und gefährlicher Körperverletzung zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt. Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die drei Mitangeklagten müssen ebenfalls Freiheitsstrafen verbüßen. Sie betragen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten. Die Gruppe hat Überfälle auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen begangen. (SZ/lot)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (88%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (72%); VERHAFTUNGEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Urteil gegen Lina E. wird überprüft

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Die überraschende Wende im Fall Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 56 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Warum die verurteilte Linksextremistin plötzlich freikam. Was aus der Demo ihrer Unterstützer in Leipzig wird Sachsen

Lina E. verbirgt ihr Gesicht hinter einem Aktenordner. Minuten später verließ sie das streng gesicherte Gerichtsgebäude am Dresdner Hammerweg.

Foto: Bild Dresden/Picxell

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 1, 2023

Wegen Lina E.: Polizei sagt Tag der offenen Tür ab

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 27. Mai 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 129 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Wegen des angekündigten autonomen ?Tag X? am Samstag nach dem Urteil im Extremismus-Prozess gegen Lina E. hat die Leipziger Polizei ihren Tag der offenen Tür abgesagt. Das teilte ein Sprecher der Polizeidirektion am Donnerstag auf Anfrage mit. Der Tag der offenen Tür war am 3. Juni geplant. Das Urteil gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte soll am 31. Mai fallen. Ihnen werden Angriffe auf mutmaßliche Neonazis in Leipzig, Wurzen und Eisenach vorgeworfen. In linken Kreisen wird seit langem bundesweit für den ?Tag X? mobilisiert. Angekündigt ist eine autonome Demo. Die Aufrufe dazu werden unter anderem von einem Solidaritätsbündnis Antifa Ost im Internet und in sozialen Netzwerken verbreitet. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZFRE

Subject: GERICHTSPROZESSE (88%); SOCIAL MEDIA (88%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (88%); SOZIALE NETZWERKE (68%)

Industry: SOCIAL MEDIA (88%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (88%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Wegen Lina E.: Polizei sagt Tag der offenen Tür ab

Load-Date: May 26, 2023

End of Document

Soli-Konzert verläuft friedlich

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 24. Juli 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 170 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Das Solidaritätskonzert für die rund 1.000 vor sieben Wochen eingekesselten Demonstranten in Leipzig ist nach Angaben der Polizei friedlich verlaufen. Beim Konzert am Sonnabend habe es keine besonderen Zwischenfälle gegeben, teilte eine Sprecherin der Polizei in Leipzig mit. Bis zu 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren bei dem Konzert dabei. Die Veranstalter hatten unter dem Motto ?Kesselmusik? auf den Alexis-Schumann-Platz in Leipzig eingeladen.

Hintergrund waren die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten am sogenannten ?Tag X? am 3. Juni in der Messestadt. Nach dem Urteil gegen Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten war die Situation während einer Demonstration eskaliert, als Polizisten mit Steinen, Flaschen, Böllern und einem Molotowcocktail attackiert worden waren. Die Polizei hatte mehr als 1.000 Menschen über Stunden eingekesselt, darunter auch Minderjährige. Der Polizeieinsatz geriet daraufhin in die Kritik. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (52%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Soli-Konzert verläuft friedlich

Load-Date: July 23, 2023

End of Document

Polizei sucht online Zeugen zu ?Tag X?

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Samstag 8. Juli 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 162 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Über ein Onlineportal sucht die Polizei in Leipzig nach Hinweisen zu den Geschehnissen am sogenannten ?Tag X?. An diesem Tag, dem 3. Juni, kam es während der linksextremistischen Proteste in Leipzig zu einer Vielzahl von Straftaten. Darunter seien auch zielgerichtete Gewaltstraftaten gegen Polizeibeamte gewesen, erklärten Polizei und Staatsanwaltschaft in Leipzig am Freitag. Bürger sollen über das Portal Videomaterial, Fotos und sonstige Hinweise übermitteln. Persönliche Hinweise können bei der Leipziger Kriminalpolizeiinspektion gegeben werden.

Die Demonstrationen am ersten Juni-Wochenende waren eine Reaktion auf das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten. Am Samstag nach Verkündung des Urteils waren Polizisten in Leipzig mit Steinen und Böllern angegriffen worden. Mehr als 1.000 Demonstrierende wurden in einem Polizeikessel festgehalten. (dpa)

www.sn.hinweisportal.de

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); ZEUGEN (90%); GERICHTSURTEILE (87%); STAATSANWÄLTE (73%)

Polizei sucht online Zeugen zu ?Tag X?

Industry: WEBSITES & WEBPORTALE (90%); STAATSANWÄLTE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: July 7, 2023

End of Document

Innenministerin verurteilt Proteste

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 194 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

München. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat jegliche Ausschreitungen bei den Solidaritätskundgebungen für die Studentin Lina E. aufs Schärfste kritisiert. ?Mein Appell ist noch mal und ich bin da etwas härter: Selbstjustiz ist nicht erlaubt in unserem Land?, sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag am Rande eines Besuchs der Bundespolizei in München.

Allen, die wegen des Urteils gegen Lina E. nun auf die Straße gingen und dort gewaltsam protestierten, rief Faeser zu: ?Das ist nicht der richtige Weg. Wir leben in einem Rechtsstaat. Dort können Gerichtsurteile überprüft werden. Man kann dagegen vorgehen, wenn man das möchte. Aber mit Gewalt darauf zu reagieren, ist die völlig falsche Antwort?, betonte Faeser.

Faeser kündigte erneut an, die Sicherheitsbehörden in Deutschland würden keine gewalttätigen Ausschreitungen akzeptieren: ?Und da kann ich auch nur sagen, wir werden als Rechtsstaat entschieden entgegentreten, überall auf der Straße. Wir werden auch mit der Bundespolizei massiv mit Kräften unterstützen. Das lassen wir nicht zu. Selbstjustiz, wie gesagt, ist in unserem Land nicht erlaubt.? (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); BAYERN, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Mordversuch am ?Tag X?

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 74 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Im Zusammenhang mit linksautonomen Krawallen zum ?Tag X? in Leipzig am vergangenen Samstag ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen versuchten Mordes gegen Unbekannt. Grund sei der Wurf eines Molotowcocktails aus Reihen der Demonstranten gegen Polizisten, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Die Ausschreitungen gab es nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: AUSSCHREITUNGEN (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (90%); MORD (90%); TÖTUNGSDELIKTE (90%); ERMITTLEMENTEN (88%); STAATSANWÄLTE (88%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (87%)

Industry: STAATSANWÄLTE (88%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 8, 2023

Mordversuch am ?Tag X?

End of Document

Fußball-Pokalfinale findet statt

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 193 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Das Finale um den Sächsischen Fußball-Pokal zwischen dem 1. FC Lok Leipzig und dem Chemnitzer FC kann wie geplant am Samstag stattfinden. Das gaben die Vereine am Donnerstag bekannt, nachdem bis zuletzt wegen Sicherheitsbedenken die Austragung auf der Kippe stand. ?Wir haben genügend Kräfte da, um auch das Fußballspiel absichern zu können?, bestätigte Olaf Hoppe, Sprecher der Polizeidirektion Leipzig, am Donnerstag dem MDR. Vorausgegangen waren tagelange Besprechungen der Stadt Leipzig und des sächsischen Innenministeriums.

Das Ministerium hatte die Stadt Leipzig ersucht, das Endspiel abzusagen. Als Grund wurde zunächst genannt, dass sich die Sicherheitsbehörden nicht in der Lage sehen, die Partie an diesem Tag abzusichern. Viele Sicherheitskräfte sind am 3. Juni beim DFB-Pokal-Finale in Berlin zusammengezogen, in Leipzig gibt es das Stadtfest sowie ein Konzert von Herbert Grönemeyer. Hinzu kommt, dass der 3. Juni aus der linken Szene bundesweit zum ?Tag X? als Reaktion auf das Urteil im Prozess um Lina E. ausgerufen wurde und in diesem Zusammenhang mit Protesten gerechnet wird. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: FUSSBALL (90%); SPORTVERANSTALTUNGEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (71%); GERICHTSPROZESSE (67%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (92%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); BERLIN, DEUTSCHLAND (76%)

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Polizei rechnet mit Gewalt

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 28. April 2023

Copyright 2023 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 75 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Die Polizei rechnet bei angekündigten Demonstrationen nach dem Urteil gegen Lina E. und andere mit Straftaten gegen Liegenschaften und Mitarbeiter von Polizei und Justiz sowie gegen Firmen. ?Wir nehmen die Drohungen sehr ernst?, sagte Dirk Münster, Leiter der Staatsschutzabteilung des LKA der SZ. Die Gruppe soll eine linksextremistische kriminelle Vereinigung gegründet haben. (SZ) Sachsen

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (86%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (86%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); MÜNSTER, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: April 27, 2023

Vier Anklagen wegen Überfall auf Rechtsextremisten

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 11. November 2022

Copyright 2022 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 5

Length: 177 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Gera. Die Geraer Staatsanwaltschaft hat vier Männer aus dem direkten Umfeld der vor Gericht stehenden mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. angeklagt. Die Männer im Alter von 22 bis 30 Jahren sollen im Dezember 2019 an einem Überfall auf einen Rechtsextremisten in Eisenach beteiligt gewesen sein, bestätigte Oberstaatsanwalt Thomas Riebel am Donnerstag einen entsprechenden MDR-Bericht.

Der Rechtsextremist war damals vor seinem Wohnhaus in Eisenach angegriffen und laut Staatsanwaltschaft unter anderem mit Fäusten und Pfefferspray traktiert worden. Den Beschuldigten wird unter anderem gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung vorgeworfen. Die Anklagen seien vor der Jugendkammer und der Großen Strafkammer des Landgerichts Meiningen erhoben worden. Einer der Beschuldigten hat laut MDR bisher als Kronzeuge im Prozess gegen Lina E. (27) ausgesagt. In dem Verfahren vor dem Oberlandesgericht Dresden stehen die aus Kassel stammende Studentin sowie drei Männer aus Leipzig und Berlin vor Gericht. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); STAATSANWÄLTE (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); RECHTSANWÄLTE (78%); ZEUGEN (78%)

Industry: STAATSANWÄLTE (91%); RECHTSANWÄLTE (78%)

Vier Anklagen wegen Überfall auf Rechtsextremisten

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); BERLIN, DEUTSCHLAND (58%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: November 10, 2022

End of Document

NPD-Mann Zeuge im Prozess gegen Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 30. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 192 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Im Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder einer linksextremen militanten Gruppe aus Leipzig hat ein weiteres Opfer am Mittwoch über seine Verletzungen berichtet. Der 23-Jährige war in der NPD-Jugendorganisation aktiv und ist nach eigenen Angaben wegen seiner Beteiligung an gewalttätigen Ausschreitungen in Leipziger Connewitz verurteilt worden.

Vermutlich aus Rache überfielen linke Schläger den Mann im Oktober 2018 in Wurzen und verletzten ihn schwer. Er erhielt Tritte und Schläge unter anderem mit einem Baseballschläger. Wegen Rücken- und Kopfverletzung habe er ein halbes Jahr nicht arbeiten können, sagte er vor dem Oberlandesgericht. Anders als bei der Polizei, wo er von fünf Schlägern sprach, gab er vor Gericht an, es seien vier Tatbeteiligte gewesen, darunter eine weibliche Person.

Die Bundesanwaltschaft wirft der Hauptangeklagten Lina E. sowie den drei Mitangeklagten Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung vor. Die Bande soll vor allem Mitglieder der rechten Szene gezielt ausgewählt und verprügelt haben. (SZ)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZWSW

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); AUSSCHREITUNGEN (76%); GERICHTSHÖFE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

NPD-Mann Zeuge im Prozess gegen Lina E.

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Donnerstag 30. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 8

Length: 192 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Im Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder einer linksextremen militanten Gruppe aus Leipzig hat ein weiteres Opfer am Mittwoch über seine Verletzungen berichtet. Der 23-Jährige war in der NPD-Jugendorganisation aktiv und ist nach eigenen Angaben wegen seiner Beteiligung an gewalttätigen Ausschreitungen in Leipziger Connewitz verurteilt worden.

Vermutlich aus Rache überfielen linke Schläger den Mann im Oktober 2018 in Wurzen und verletzten ihn schwer. Er erhielt Tritte und Schläge unter anderem mit einem Baseballschläger. Wegen Rücken- und Kopfverletzung habe er ein halbes Jahr nicht arbeiten können, sagte er vor dem Oberlandesgericht. Anders als bei der Polizei, wo er von fünf Schlägern sprach, gab er vor Gericht an, es seien vier Tatbeteiligte gewesen, darunter eine weibliche Person.

Die Bundesanwaltschaft wirft der Hauptangeklagten Lina E. sowie den drei Mitangeklagten Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung vor. Die Bande soll vor allem Mitglieder der rechten Szene gezielt ausgewählt und verprügelt haben. (SZ)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); WUNDEN & VERLETZUNGEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); STAATSANWÄLTE (78%); AUSSCHREITUNGEN (76%); GERICHTSHÖFE (76%); VERURTEILUNGEN (76%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Angriff auf Prokuristin: Ermittlungen eingestellt

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Dienstag 9. November 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Sachsen; S. 6

Length: 85 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Leipzig. Die Generalstaatsanwaltschaft Dresden hat die Ermittlungen gegen die Studentin Lina E. im Zusammenhang mit einem Überfall auf eine Prokuristin einer Leipziger Immobilienfirma eingestellt. Es fehle ein hinreichender Tatverdacht. Lina E. habe eine Tatbeteiligung nicht mit der nötigen Sicherheit nachgewiesen werden können, teilte die Anklagebehörde am Montag mit. Auch die Ermittlungen gegen einen zweiten Verdächtigen seien eingestellt worden. (dpa)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: NEGATIVE NACHRICHTEN (92%); ERMITTLEMENTEN (91%); STAATSANWÄLTE (88%); ANKLAGEN (86%); KOMMANDITGESELLSCHAFTEN (86%)

Industry: STAATSANWÄLTE (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: November 8, 2021

End of Document

Linksextremen-Prozess

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Freitag 10. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Titel; S. 1

Length: 74 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Dresden. Die vier Beschuldigten im Dresdner Prozess um linksextreme Gewalt wollen vorerst schweigen. Ihre Verteidiger ließen am Donnerstag am Oberlandesgericht aber offen, ob sie später eine Erklärung abgeben. Die Generalbundesanwaltschaft wirft Studentin Lina E. (26) und drei Mitangeklagten vor, Menschen aus der rechten Szene attackiert und brutal zusammengeschlagen zu haben. (dpa) Sachsen

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZZIT

Subject: NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); RECHTSANWÄLTE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (88%); STAATSANWÄLTE (88%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (90%); STAATSANWÄLTE (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Gerichtsgebäude mit Farbe beschmiert

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 20. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Lokales; S. 12

Length: 109 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Ein junger Mann hat das Sächsische Ständehaus am Dresdner Schloßplatz am Wochenende mit Farbe beschmiert. Der 20-jährige Deutsche war am Samstagnachmittag vom Sicherheitsdienst dabei beobachtet worden, wie er ein 45 mal 50 Zentimeter großes Antifa-Symbol mit silberner Farbe an die Fassade sprühte.

Der Tatverdächtige wurde gestellt und muss sich jetzt wegen Sachbeschädigung verantworten. Am Oberlandesgericht findet derzeit der Extremismus-Prozess gegen die mutmaßliche linke Gewalttäterin Lina E. statt. (SZ)

Ob die Farbattacke auf das Ständehaus mit diesem Prozess in Verbindung steht, ist unklar. (SZ)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZMEI

Subject: GERICHTSPROZESSE (88%); VANDALISMUS (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: September 30, 2021

Gerichtsgebäude mit Farbe beschmiert

End of Document

Gerichtsgebäude mit Farbe beschmiert

Sächsische Zeitung Regionalausgaben

Montag 20. September 2021

Copyright 2021 Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Regionalausgabe ; Lokales; S. 7

Length: 158 words

Body

PDF-Datei dieses Dokuments

Ein junger Mann soll ein linkes Symbol auf das Dresdner Ständehaus gesprüht haben.

Dresden. Ein junger Mann hat das Sächsische Ständehaus am Dresdner Schloßplatz am Wochenende mit Farbe beschmiert. Der 20-jährige Deutsche war am Samstagnachmittag vom Sicherheitsdienst dabei beobachtet worden, wie er ein 45 mal 50 Zentimeter großes Antifa-Symbol mit silberner Farbe an die Fassade sprühte.

Der Tatverdächtige wurde gestellt und muss sich jetzt wegen Sachbeschädigung verantworten. Am Oberlandesgericht findet derzeit der Extremismus-Prozess gegen die mutmaßliche linke Gewalttäterin Lina E. statt. Ihr und den drei Mitbeschuldigten wird vorgeworfen, mehrere Überfälle auf Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen verübt zu haben. Die Verhandlung findet im Hochsicherheitsgerichtsgebäude am Hammerweg statt.

Ob die Farbattacke auf das Ständehaus mit diesem Prozess in Verbindung steht, ist unklar. (SZ)

<https://www.saechsische.de>

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: SZRBG

Subject: GERICHTSPROZESSE (88%); VANDALISMUS (88%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%)

Gerichtsgebäude mit Farbe beschmiert

Load-Date: September 30, 2021

End of Document

Date and Time: Sunday, 6. August 2023 19:32:00 CEST

Job Number: 202928987

Documents (25)

1. Urteil zu Lina E.

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

2. Urteil gegen Lina E.

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

3. Nach dem Urteil gegen Lina E.

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

4. Heldin der linken Szene

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

5. „Äußerste Brutalität“

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

Narrowed by



6. „Tag X“ in Leipzig**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel7. + Olympia 2036 würde 16 Milliarden mal X kosten + AfD keilt gegen Linke-Abgeordneten + Katholische Kirche: so viele Austritte wie noch nie +**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel8. Linksextreme in Leipzig**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel9. Randale in Leipzig**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel10. Mit aller Gewalt Schlagstöcke, Reizgas, Faustschläge - über Jahre soll die Studentin Lina E. planmäßig und brutal Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen überfallen haben. Als Teil einer kriminellen Vereinigung. Nun beginnt in Dresden der Prozess gegen sie**Client/Matter:** -None-**Search Terms:** "Lina E."**Search Type:** Natural Language**Narrowed by:****Content Type**
News**Narrowed by**
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel11. NACHRICHTEN

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

12. [Aufmarsch der Autonomen Tausende Linksradikale in Leipzig erwartet](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

13. [NACHRICHTEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

14. [Militante Offensive Seit Silvester vier linksextreme Anschläge mit Brandsätzen und Sprengstoff](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

15. [Angriff der Autonomen In Sachsen haben Linksextremisten seit 2017 mehr als 130 Brandanschläge verübt - die Polizei kann kaum Täter ermitteln](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

16. [NACHRICHTEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

Narrowed by



News

Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

17. [Radikal militant Terror von rechts, Gewalt von links, islamistische Anschläge und aggressive Corona-Leugner: Welche Gefahren drohen im kommenden Jahr?](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

18. [Im Fall Lina E.](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

19. [Linksextremismus](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

20. [In dieser Ausgabe](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

21. [In dieser Ausgabe](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

22. [Artikel 8 GG](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."



Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

23. [Linksextremismus](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

24. [NACHRICHTEN](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel

25. [No Headline In Original](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by
Sprache: German; Quellen: Der Tagesspiegel



Urteil zu Lina E.

Der Tagesspiegel

Montag 05. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6

Length: 377 words

Body

Das Urteil in einem Strafprozess wird selten als das bewertet, was es ist: ein Urteil in einem Strafprozess. So ist es auch und vor allem bei Urteilen zu Taten, die als politisch verstanden werden. Daher teilen sich auch im Fall der in Dresden verurteilten Lina E. samt ihrer Mitangeklagten die Meinungen.

Lina E. hat nach den Feststellungen des Gerichts Gewalttaten gegen Nazis oder vermeintliche Nazis begangen und erhielt eine Strafe von fünf Jahren und drei Monaten unter anderem wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung und mehrfacher gefährlicher Körperverletzung.

In einem Teil des Spektrums wird falsche Milde kritisiert, weil die Strafe unterhalb der von der Bundesanwaltschaft geforderten acht Jahren liegt und Lina E. den Gerichtssaal als freie Frau verließ - ihr Haftbefehl wurde außer Vollzug gesetzt.

In einem anderen Teil des Spektrums ist von einem Fehlurteil die Rede. Der Bundessprecher der Grünen-Jugendorganisation sprach davon, der Prozess sei „übertrieben“ und beruhe auf „fragwürdigen Indizien“. Ein Berliner Linke-Abgeordneter meinte: „Wer sich gegen Nazis organisiert, ist nicht kriminell, sondern wird kriminalisiert“.

Das Gericht muss etwas richtig gemacht haben, wenn die Positionen derart auseinandergehen. Tatsächlich erscheint die Entlassung aus der Untersuchungshaft folgerichtig. Lina E. befand sich mehr als zweieinhalb Jahre darin, und Strafhaft wird bei guter Führung regelmäßig um ein Drittel gekürzt. Viel ist nicht mehr zu erwarten.

Härter strafen geht fast immer. Aber wäre das schuldangemessen? Das wird im Streit ausgeblendet. Wen kümmern schon Einzelheiten, wenn man auf der richtigen Seite steht?

Einige dieser Einzelheiten sind im Schädel eines Mannes fixiert, der zum Opfer wurde, weil er eine Strickmütze trug, die ihn für die Bande als Nazi auswies. Dort hält jetzt eine Metallplatte zusammen, was von den Gesichtsknochen übrig blieb. Entfernt werden kann sie nicht, es droht Erblindung.

In solchen Zusammenhängen redliche Motive zu rühmen, wirkt irritierend. So sagte auch der Vorsitzende Richter, es sei „achtenswert“, Rechtsextremismus entgegenzutreten. Dieser Satz wäre überall richtig gewesen, nur nicht in diesem Urteil. Ein Fehler des Gerichts, hoffentlich der einzige.

Classification

Urteil zu Lina E.

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: GERICHTSPROZESSE (91%); GERICHTSVERHANDLUNGEN UND -VERFAHREN (90%); GERICHTSHÖFE (89%); GERICHTSURTEILE (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); RICHTER (78%); STAATSANWÄLTE (78%); VERURTEILUNGEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (75%); VERHAFTUNGEN (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Urteil gegen Lina E.

Der Tagesspiegel

Donnerstag 01. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WAS KOMMT; S. 32

Length: 702 words

Body

Die fünf Jahre Haft stehen in einem Missverhältnis zu unzähligen ungesühnten rechtsradikalen Attacken

Innerhalb der linken Szene sind die Taten, die Lina E. und ihren Mitstreitern zugeordnet werden, umstritten. Während die Mittel auf Kritik stoßen, zweifeln wenige an den Motiven: In vielen Orten Thüringens und Sachsen, in denen die Gruppe aktiv gewesen sein soll, terrorisieren Neonazis seit Jahren die Anwohnenden und greifen ihre selbsterklärten „Feinde“ zum Teil auch mit Waffen an. Strafrechtliche Konsequenzen müssen sie dafür kaum befürchten. Für viele sind die mutmaßlichen Aktionen der Gruppe rund um Lina E. daher eine Art Selbstverteidigung - erwachsen aus dem Gefühl, dass militänen Neonazis sonst niemand entgegentritt. Das Urteil bestärkt diesen Eindruck: Mehr als fünf Jahre Haft für Lina E. stehen in einem auffälligen Missverhältnis zu unzähligen ungesühnten rechtsradikalen Attacken. Bei vielen Linken sorgt das für ein Gefühl der Ohnmacht: Sie fühlen sich der staatlichen Repression ausgeliefert, halten lieber erstmal die Füße still. Auf Dauer kann genau das aber gefährlich sein - und das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen vollends beschädigen. Madlen Haarbach

In Teilen der ostdeutschen Provinz verschließt der Staat die Augen vor dem Rechtsextremismus.

Leipzig gilt als linksradikale Hochburg. Auch Lina E. hat hier gewohnt. Am Sonnabend könnte es knallen, die Szene kommt aus ganz Europa, um auf das Urteil zu reagieren. Wer hierin jedoch den Auftakt einer bundesweiten Welle der linken Gewalt sieht, liegt vermutlich falsch. Seit Jahren lässt sich eine Entwicklung ausmachen. In den ehemaligen linksradikalen Hochburgen Berlin und Hamburg verlieren die Militanten stetig an Zugkraft, besonders aktiv sind sie dort, wo es die stärkste Gegenwehr von Rechts gibt. In den ländlichen Gegenden Thüringens und Sachsen. Hier war auch die Gruppe um Lina E. aktiv und hier gehen die Angriffe gegen Neonazis weiter. Während in Dresden verhandelt wurde, kam es zu brutalen Attacken gegen Rechtsextremisten in Eilenburg und Erfurt. Solange der Staat in Teilen der ostdeutschen Provinz vor dem Gift des Rechtsextremismus die Augen verschließt, werden Linke dort weiter eigenmächtig handeln. Das Urteil gegen Lina E. könnte diese Entwicklung weiter bestärken. Die 28-Jährige hat in der Szene längst einen Heldenstatus erreicht. Julius Geiler

Die linksextremistische Szene könnte durch Untergetauchte neue Vorbilder und Märtyrer bekommen

Nach dem Dresdner Urteil gegen Lina E. riefen verschiedene Gruppen schon zu mehr Militanz auf. Einige Linksextremisten sind wegen des Verfahrens bereits untergetaucht, sie entziehen sich dem von ihnen verhassten Staat. Das Muster ist bekannt: Im selbst gewählten Untergrund radikalisieren sich ohnehin schon Radikale immer weiter, wähnen sich im ultimativen Kampf. Hier liegt die größte Gefahr. Auch wenn die linksextremistische Szene wie am 1. Mai verbal noch aufmuskelt, so reicht sie doch nicht mehr an ihre frühere Schlagkraft heran. Zellen im

Urteil gegen Lina E.

Untergrund könnten das ändern und sich zu einem nicht abschätzbaren Risiko für die innere Sicherheit entwickeln. Anschläge auf Bahnstrecken gab es schon zu Genüge, die kritische Infrastruktur ist besonders sensibel für Attacken. Die Szene könnte durch die Untergetauchten neue Vorbilder und Märtyrer bekommen, die Ansporn bieten. Auch für die Gewaltbereitschaft. Die Hemmschwelle selbst für schwerste Angriffe ist schon gesunken. Alexander Fröhlich

Mit „Free Lina“-Socken drücken Unterstützer ihre Solidarität für die Verurteilte aus.

Autorenprofil

Madlen Haarbach ist Redakteurin im Berlin-Ressort des Tagesspiegel. Sie sagt, die fünf Jahre Haft stehen in einem Missverhältnis zu unzähligen ungesühnten rechtsradikalen Attacken.

Autorenprofil

Julius Geiler ist Reporter beim Tagesspiegel. Er findet, in Teilen der ostdeutschen Provinz verschließt der Staat die Augen vor dem Rechtsextremismus.

Autorenprofil

Alexander Fröhlich ist stellvertretender Ressortleiter Berlin-Brandenburg. Er meint, die linksextremistische Szene könnte durch Untergetauchte neue Vorbilder und Märtyrer bekommen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: STRAFZUMESSUNG (90%); GERICHTSPROZESSE (78%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); TERRORANSCHLÄGE (78%); LÄNDLICHE GEMEINDEN (77%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (77%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (76%)

Organization: EUROPEAN UNION (55%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); ERFURT, DEUTSCHLAND (58%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (92%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: May 31, 2023

Nach dem Urteil gegen Lina E.

Der Tagesspiegel

Freitag 02. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4

Length: 704 words

Body

Das Urteil gegen die Linksextremistin **Lina E.**, das vom Oberlandesgericht Dresden am Mittwoch nach fast 100 Verhandlungstagen gesprochen wurde, hat hohe Wellen geschlagen. Fünf Jahre und drei Monate soll die 28-jährige Studentin ins Gefängnis. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bezeichnete im Anschluss linksextreme Gewalt als zunehmende Gefahr. In linksextremistischen Gruppen seien Hemmschwellen gesunken, politische Gegner auch mit äußerster Brutalität anzugreifen.

Die Zahlen des Bundeskriminalamts sprechen auf den ersten Blick eine andere Sprache: In einer Statistik zu politisch motivierten Kriminalität nahm die Zahl der linksmotivierten Straftaten von 10.113 auf 6976 um 31 Prozent ab, während die rechtsmotivierten Straftaten von 21.964 auf 23.493 um sieben Prozent stiegen.

Rechte Propagandastraftaten

Der Grund für die deutlich höhere Zahl rechtsmotivierter Straftaten seien die Propagandastraftaten, die es nur auf der rechten Seite gebe, sagt Hendrik Hansen, Extremismusforscher und Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, dem Tagesspiegel. „Wer den Hitlergruß zeigt oder ein Hakenkreuz irgendwohin schmiert, der macht sich im Sinne des Strafgesetzbuches strafbar“, erklärt der Professor. „Ein roter Stern als Zeichen für den Kommunismus ist hingegen keine Straftat.“ Wenn man solche Delikte herausrechne und sich auf die Gewalttaten konzentriere, „liegen Rechtsextremismus und Linksextremismus im Durchschnitt ungefähr gleich auf“, sagt Hansen.

Laut dem Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2021 ist das linksextremistische Personenpotenzial in Deutschland um 1,2 Prozent auf 34.700 Personen gestiegen - mehr als jeder vierte Linksextremist sei als gewaltorientiert einzustufen, heißt es weiter. Das rechtsextremistische Personenpotenzial liegt bei 33.900 Personen, von denen 13.500 als gewaltorientiert gelten. Anders als durch rechtsextreme Gewalt sind durch linksextreme Gewalt seit der RAF keine Menschen mehr zu Tode gekommen. Hansen spricht aber von einer neuen Qualität der Gewalttaten. Früher sei von Links vor allem ereignisbezogene Gewalt ausgegangen, etwa auf Demonstrationen.

„Inzwischen werden die Opfer systematisch ausgewählt, Menschen gezielt über Tage lang ausgespäht, Teams gebildet, Kampfsport trainiert, Perücken genutzt, Wegwerfhandys, falsche Kennzeichen“, sagt Hansen. „Einer spricht die Zielperson an, wenn er abgelenkt ist, greift der Rest der Gruppe an - diese kaltblütige Brutalität ist neu.“ Ähnlich dürften auch **Lina E.** und ihre Mittäter bei mindestens sechs Überfällen auf Rechtsextreme vorgegangen sein.

Nach dem Urteil gegen Lina E.

Woher röhrt die erhöhte Gewaltbereitschaft? „Man argumentiert damit, dass der Staat aktuelle Probleme nicht zielführend lösen kann, wodurch die Tendenz entsteht, das Recht in die eigene Hand zu nehmen und entsprechend zu handeln“, sagt Felix Neumann, Sicherheitsexperte bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nicht zu vernachlässigen sei auch die Rolle der sozialen Medien mit ihren Echokammern.

Immer mehr tauchen unter

Nach der Urteilsverkündung äußerte sich Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang besorgt darüber, dass eine zunehmende Anzahl gewalttätiger Linksextremisten versuche, sich der Strafverfolgung zu entziehen und möglicherweise untergetaucht sei. So vermutlich auch der Partner von Lina E. Hansen sieht hier eine mögliche Parallele zum NSU und der RAF. „Wer untertaucht, verschwindet absolut in der radikalen Szene, trifft nur noch auf Extremisten“, erklärt Hansen. „Das ist sehr gefährlich.“

Haldenwang sieht die Schwelle zum Terrorismus noch nicht überschritten, sprach aber von einer Radikalisierungsspirale. „Wenn die sich weiterdreht und die Taten immer brutaler und hemmungsloser werden, dann rückt der Moment näher, in dem man auch von Linksterrorismus sprechen muss.“

Experten sprechen inzwischen von einer neuen Qualität der Gewalttaten von Linksextremisten.

Zitat

Inzwischen werden die Opfer systematisch ausgewählt, Menschen gezielt über Tage lang ausgespäht, Teams gebildet, Kampfsport trainiert, Perücken genutzt, Wegwerfhandys, falsche Kennzeichen.

Hendrik Hansen, Extremismusforscher und Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: STRAFTATEN (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); TERRORORGANISATIONEN (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (79%); POLITISCHE PARTEIEN (79%); GERICHTSHÖFE (78%); TERRORISMUS (78%); KRIMINALITÄTSRATE (77%); KRIMINALSTATISTIKEN (76%); STATISTIKEN (76%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (73%); STRAFRECHT (70%); STIFTUNGEN (68%); TOD & STERBEN (66%); KAMPFKUNST (62%); SPORT & FREIZEITAKTIVITÄTEN (62%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 1, 2023

Heldin der linken Szene

Der Tagesspiegel

Donnerstag 01. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6

Length: 886 words

Body

Es wurde eine der längsten und auch eine der turbulentesten Urteilsverkündigungen eines sächsischen Gerichts. Im Prozess gegen die Linksextremistin **Lina E.** sei es in den fast 100 Verhandlungstagen nicht darum gegangen, ob Menschen durch gewalttätige Angriffe verletzt wurden, sondern ob die vier Angeklagten die Taten begangen haben, sagte der Vorsitzende Richter Hans Schlueter-Staats am Mittwoch. Er begründete ausführlich und sehr detailliert, warum das Oberlandesgericht Dresden im Gegensatz zu den Verteidigern die vier Angeklagten in den meisten Punkten für schuldig hielt.

Wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Diebstahl verurteilten die fünf Berufsrichter die Hauptangeklagte **Lina E.**, die ursprünglich aus Kassel stammt und vor ihrer Verhaftung in Leipzig-Connewitz lebte, zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Das Gericht blieb damit unter dem Strafantrag der Bundesanwaltschaft. Die drei Mitangeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahre und drei Monaten.

Zeugen aus der Szene

Nach Überzeugung des Gerichts hat die Gruppe zwischen 2018 und 2020 sechs Überfälle auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen begangen. Das Gericht berief sich dabei unter anderem auf Zeugen, auf die Aussagen der Opfer aus dem rechtsextremistischen Milieu, DNA-Spuren, Indizien sowie auf einen Aussteiger aus der linken Szene. Nach Verkündung des Strafmaßes unterbrach der Vorsitzende Richter Hans Schlueter-Staats die Verhandlung, weil Zuschauer „Faschofreunde“ und „Scheiß Klassenjustiz“ zur Richterbank skandierten. Daraufhin führten Justizwachtmeister Zuhörer aus dem Saal und nahmen die Personalien auf.

Am Ende des langen Verhandlungstages verkündet Schlueter-Staats schließlich am Abend unter dem Jubel der linken Aktivisten die Aussetzung des Haftbefehls gegen **Lina E.**. Die junge Frau, die seit zweieinhalb Jahren in U-Haft sitzt, kann das Gefängnis unter Auflagen vorerst verlassen, bis das Urteil rechtskräftig ist.

Die 28 Jahre alte Studentin muss sich nun zweimal wöchentlich bei der Polizei melden, darf den in der Akte vermerkten Wohnsitz nur mit Zustimmung des Gerichts wechseln und muss nach ihrem Reisepass auch den Personalausweis abgeben.

Kanalarbeiter für Nazi gehalten

Lina E. wurde während ihrer Zeit im Frauengefängnis in Chemnitz zur Heldin der linken Szene in Deutschland. Sogar Merchandise-Ware wie Socken und Stoffbeutel mit „Free Lina“-Schriftzug gibt es in Dresden zu sehen.

Heldin der linken Szene

Lina E. wurde im November 2020 verhaftet und zum Ermittlungsrichter nach Karlsruhe geflogen. Ihr Freund war zu diesem Zeitpunkt untergetaucht. Spätestens im August 2018 haben sich, davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt, Lina und er mit anderen in Leipzig zusammengeschlossen und bis etwa Anfang 2020 Rechtsextremisten verprügelt. Sie wollten all jenen eine Lektion erteilen, die Anfang 2016 bei rechten Ausschreitungen, dem sogenannten Sturm auf Connewitz, dabei gewesen waren. Ein ehrgeiziger Plan: Die Liste von damals umfasste 215 Personen.

Am schlimmsten erwischte es einen Kanalarbeiter in Leipzig, den verummigte Täter aufgrund seiner Mütze fälschlicherweise für einen Nazi hielten. Sie verprügeln ihn am helllichten Tag auf seiner Baustelle so heftig, dass er mehrere Brüche am Schädel erlitt. Schlüter-Staats sagte, dieser Überfall steche nicht nur wegen der schwerwiegenden Folgen für das Opfer besonders hervor.

„Ein achtenswertes Motiv“

An der brutalen Tat könne man sehen, wohin es führe, wenn allein das Tragen einer bestimmten Mütze genüge, um ein Leben lang mit den Folgen von Schlägen und Tritten leben zu müssen. Wer sich in seinen „ideologischen Schrebergarten“ eingrabe, sei wohl nicht mehr zugänglich für solche Anregungen, sagte der Richter.

Es sei durchaus ein achtenswertes Motiv, Rechtsextremismus entgegen zu treten, räumte Schlüter-Staats ein. Aber dennoch handele es sich bei den Angriffen um Straftaten und nicht um Bagatellen. Jeder Mensch genieße unveräußerliche Rechte unabhängig von seiner politischen Ideologie, dies sei ein zentraler Wert des Grundgesetzes.

Die Reaktionen aus der Politik unterschieden sich, wenig überraschend, von denen im Gerichtsaal. „Im demokratischen Rechtsstaat darf es keinen Raum für Selbstjustiz geben“, teilte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit. Kein Ziel rechtfertige politische Gewalt. Auch Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) begrüßte das Urteil. „Extremismus bekämpft man nicht mit Extremismus“, twitterte der Politiker am Mittwoch: „Wo die Grenzen der Rechtsordnung überschritten werden, sind Staatsanwaltschaft & Polizei gefordert.“ (mit dpa)

Die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. kam vorerst frei. Die Reststrafe muss sie verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig wird.

Infobox

Die linksextremistische Szene kündigte an, am nächsten Sonnabend mit gewalttätigen Ausschreitungen in Leipzig gegen das Urteil zu protestieren. Tatsächlich musste die Urteilsverkündung wegen Störungen mehrfach unterbrochen werden. Hier stehen Demonstranten aus dem linken Spektrum in vor Beginn der Urteilsverkündung in Dresden.

Zahl des Tages

Überfälle auf Rechtsextremisten hat die Gruppe nach Überzeugung des Gerichts begangen.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Heldin der linken Szene

Subject: ANKLAGEN (90%); GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); RICHTER (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); ZEUGEN (90%); GEFÄNGNISSTRAFEN (89%); STAATSANWÄLTE (89%); VERHAFTUNGEN (89%); EIGENTUMSDELIKTE (78%); NEGATIVE KRIMINAL- UND RECHTSNACHRICHTEN (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (78%); VERURTEILUNGEN (78%); AUSSCHREITUNGEN (77%); GEFÄNGNISSE (77%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (75%); DIEBSTAHL (73%); ERMITTLEMENTEN (72%); PÄSSE & VISA (61%)

Industry: STAATSANWÄLTE (89%); PÄSSE & VISA (61%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); KASSEL, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

„Äußerste Brutalität“

Der Tagesspiegel

Donnerstag 01. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; Titel; S. 1

Length: 255 words

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sieht eine zunehmende Gefahr durch linksextreme Gewalttäter. „Die Hemmschwellen sind gesunken, politische Gegner auch mit äußerster Brutalität anzugreifen“, sagte sie nach dem Urteil gegen die mutmaßlich linksextreme Lina E. am Mittwoch. Kein Ziel rechtfertige politische Gewalt. Ähnlich äußerte sich Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) auf Twitter: „Wir müssen unsere liberale Demokratie schützen vor ihren Feinden, doch nicht mit Selbstjustiz.“

Das Oberlandesgericht Dresden verurteilte die aus Kassel stammende Studentin am Mittwoch wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Für die drei Mitangeklagten gab es Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten.

Vorerst kommt Lina E. nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft aber frei. Der Haftbefehl gegen sie werde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, sagte der Vorsitzende Richter zum Abschluss der Urteilsbegründung. Die Reststrafe muss sie verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig wird.

Nach Polizeiangaben demonstrierten am Mittwochabend rund 500 Personen in Leipzig gegen die Verurteilung. Es flogen dabei Flaschen und Pyrotechnik in Richtung der Beamten, die sich vor allem auf Samstag, den sogenannten „Tag X“, konzentrieren. Für diesen Tag werde bereits seit zwei Jahren zu Demonstrationen und auch Gewalttaten aufgerufen. Die Leipziger Polizei rechnet mit der Anreise gewaltbereiter Personen. (mit dpa)

Seiten 6 und 32

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER &

„Äußerste Brutalität“

STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (79%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); POLITIK (78%); GERICHTSHÖFE (77%); RICHTER (77%); STRAFZUMESSUNG (77%); GEFÄNGNISSTRAFEN (76%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (78%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (56%)

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

„Tag X“ in Leipzig

Der Tagesspiegel

Sonntag 04. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5

Length: 571 words

Body

In Leipzig hat es am Samstag nach dem Urteil gegen Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten erneut Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gegeben. Bei einer Demonstration am Alexis-Schumann-Platz gab es Böllerschüsse. Steine, Flaschen und ein Brandsatz wurden auf Polizisten geworfen. Die Polizei kesselte einen Teil der Demonstranten ein und sprach von „massiven Ausschreitungen“ im Leipziger Süden. Mehrere Wasserwerfer seien zwar in Stellung gebracht worden, aber nicht zum Einsatz gekommen, sagte ein Sprecher.

Rund 1500 Teilnehmer hatten sich laut Polizei am Samstagnachmittag zu der Demonstration versammelt, davon nach diesen Angaben ein Drittel gewaltbereite. Angemeldet waren 100 Demonstranten, die unter dem Motto „Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig“ protestierten. Die Versammlung blieb zunächst friedlich, eskalierte dann aber.

Tag X-Demo wurde von der Stadt verboten

Eine andere, große linke Demonstration zum „Tag X“ ab 17 Uhr hatte die Stadt verboten. Dazu hatten linke Kreisen bundesweit mobilisiert. Anlass war das Urteil gegen Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis, bei denen mehrere Menschen teils schwer verletzt worden waren. Die 28-Jährige war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden.

Trotz des endgültigen Verbots einer großen „Tag X“-Demonstration der linksradikalen Szene war die Polizei mit einem Großaufgebot in der sächsischen Stadt präsent. Zudem fanden in der Stadt das Sachsenpokal-Finale, das Stadtfest sowie ein Konzert von Herbert Grönemeyer statt. An Zufahrtswegen in die Stadt sowie am Bahnhof gab es den ganzen Tag Kontrollstellen.

Linke kritisiert Demonstrationsverbot

Nach den Krawallen gab es Kritik der Linken am Vorgehen der Polizei. Ihr Parlamentsgeschäftsführer im sächsischen Landtag, Marco Böhme, warf der Polizei bei Twitter vor, sie habe die Lage durch das „faktische Verbot“ eskalieren lassen. Die Linken-Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz kritisierte die Entscheidung, die Demonstranten nicht laufen zu lassen. „Deeskalation sieht anders“, so die Politikerin bei Twitter. Das linksgerichtete Bündnis „Dresden Nazifrei“ bezeichnete das Auftreten der Polizei als „martialisch“.

Bereits am Freitagabend hatte es in Connewitz Randale gegeben. Vermummte hatten Polizisten angegriffen. Nach dem zunächst friedlichen Verlauf einer Versammlung in dem Stadtteil wurden aus einer Menge von bis zu 700 Vermummten heraus Steine geworfen und Pyrotechnik gezündet. Sowohl dort als auch in Nebenstraßen brannten Barrikaden aus Mülltonnen und Baustellenabsperrungen. Die Polizei setzte Tränengas ein und wurde nach eigenen Angaben von Hausdächern mit Gegenständen beworfen.

Am frühen Abend kam es am Samstag bei einer genehmigten Demonstration zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Infobox

Die Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das Verbot der linksradikalen „Tag X“-Demonstration in Leipzig war gescheitert. Der Eilantrag mit einer Verfassungsbeschwerde sei mit Beschluss vom Samstag nicht zur Entscheidung angenommen worden und damit für das Gericht gegenstandslos, hatte ein Sprecher in Karlsruhe mitgeteilt. Damit blieben die Beschlüsse des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts und des Verwaltungsgerichts Leipzig vom Freitag bestehen, denen zufolge das Verbot rechtmäßig war.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); AUSSCHREITUNGEN (89%); GERICHTSHÖFE (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (87%); POLITIK (79%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); GESETZGEBUNGSGRÄFTE (74%); REGIERUNGSKABINETTS (74%); VERURTEILUNGEN (73%); OBERSTES GERICHT (71%); POLIZEIKRÄFTE (50%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

+ Olympia 2036 würde 16 Milliarden mal X kosten + AfD keilt gegen Linke-Abgeordneten + Katholische Kirche: so viele Austritte wie noch nie +

Der Tagesspiegel

Freitag 30. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: CHECKPOINT; S. B2

Length: 596 words

Body

Im Jahr 2036 könnte die Welt auf Berlin schauen - und Berlin auf ein Milliardenloch im Haushalt. Die Hauptstadt möchte (mal wieder) die Olympischen Spiele ausrichten. Hätte die Bewerbung (anders als die vorangegangenen sechs) Erfolg, könnte das teuer werden. „Nach heutiger Betrachtung dürften sich die Ausrichtungskosten für olympische Spiele 2036 in Berlin auf circa 16 Mrd. (EURO) (zzgl. Inflationsaufschlag) belaufen“, heißt es in einem Schreiben der Finanzverwaltung, das dem Checkpoint vorliegt. Damit ist für 2036 viermal mehr veranschlagt als für Berlins Olympia-2024-Bewerbung (vier Milliarden) und knapp doppelt so viel wie für Paris 2024. „Die aufgenommenen Schulden würden Berlin noch jahrelang belasten“, sagt Klara Schedlich, Sport-Sprecherin der Berliner Grünen. Hinzu kommt: Dass es bei 16 Milliarden bleibt, ist unwahrscheinlich. Oxford-Forscher fanden 2014 heraus, dass Olympische Spiele üblicherweise zweieinhalbmal so teuer werden wie geplant. Immerhin damit könnte Berlin bei der Bewerbung punkten. Erfahrung mit Budget-Vervielfachungen bei Großprojekten hat man hier ja.

Keine Schlangen vorm Büro erwarten sollte die AfD, in deren Fraktionsgeschäftsstelle momentan ein Antrag zur Absetzung des Linke-Abgeordneten Ferat Kocak aus dem Präsidium des Abgeordnetenhauses ausliegt. Um ihn ins Plenum einbringen zu können, müsste eine Mehrheit der Abgeordneten ihn unterzeichnen. Was hat Kocak nach AfD-Meinung verbrochen? Am 31. Mai auf Twitter [Lina E.](#) verteidigt, verurteilt wegen brutaler Angriffe auf mutmaßliche Neonazis. AfD: „Diese Billigung von Gewalt gegen Andersdenkende stellt einen schweren Verstoß gegen die Grundsätze unserer demokratischen Gesellschaftsordnung dar.“ Könnte stimmen, das Problem ist: Von der Partei, die wegen sehr ähnlicher Verstöße als Verdachtsfall vom Verfassungsschutz beobachtet wird, will das niemand hören. Und AfD-Abgeordnete im Präsidium? Die will auch keiner - ein entsprechender Antrag der Fraktion fand am Donnerstag wieder keine Mehrheit.

Wieso eigentlich gibt es in Berlin keine Wasser-Vernebler an öffentlichen Plätzen, um sich zu erfrischen? Das fragte uns ein nach einer Reise nach Vilnius (wasser-)benebelter und trotzdem inspirierter Leser. Wir reichten die Frage pflichtbewusst an die Wasserbetriebe weiter. Dort könne Wasserbetriebe-Sprecher Stephan Natz nur „seufzen angedenk der schönen Erinnerungen“ an die Loveparade-Raverdusche und den Fußball-Fanmeilen-Sprüher. Man setze solcher Geräte aber nicht mehr ein, plane es auch nicht: Legionellengefahr. Sowieso: Wer braucht schon Aerosol, wenn man in Berlin gleich den ganzen Wasserstrahl haben kann?! Die Berliner Spring- und Trinkbrunnen seien schließlich auch „Horte der Erfrischung“. Benebeln können sich die Berliner auch ohne Wasser.

+ Olympia 2036 würde 16 Milliarden mal X kosten + AfD keilt gegen Linke-Abgeordneten + Katholische Kirche:
so viele Austritte wie noch nie +

Der Kreuzberger Wein hingegen, gekeltert aus Trauben, die auf Bezirksgelände wachsen, hat endlich einen neuen Namen! Eine Beteiligungsaktion und eine Jury-Abstimmung haben zum Sieger gekrönt: „Weinungsfreiheit!“ Team Checkpoint sagt puh - dem Vernehmen nach auch das Geräusch, das man nach dem ersten Schluck dieses Gärsafts macht.

So viele Menschen wie noch nie sind 2022 aus der katholischen Kirche im Erzbistum Berlin ausgetreten: 13.007 waren es im Jahr 2022 und damit 21 Prozent mehr als im Vorjahr (10.748). Auch das war schon die höchste Austrittszahl gewesen. Zudem gab es bundesweit einen Rekord: Mehr als eine halbe Million Menschen traten 2022 aus der katholischen Kirche aus. Gott vergeb's.

Gutes zum Schluss: Ab dem 28. August fährt die U2 endlich wieder durch -nach schlappen neun Monaten Sperrung.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: OLYMPISCHE SPIELE (90%); OLYMPISCHE SOMMERSPIELE (89%); DEUTSCHE LANDTAGE (78%); GESETZGEBUNGSGRÄNE (76%); POLITISCHE PARTEIEN (76%); INFLATION (72%); FESTUMZÜGE & PARADEN (71%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (70%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (98%); PARIS, FRANKREICH (73%)

Load-Date: June 29, 2023

End of Document

Linksextreme in Leipzig

Der Tagesspiegel

Samstag 03. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5

Length: 511 words

Body

Leipzig wappnet sich für heftige Proteste. Die linksradikale Szene ruft angesichts des Demo-Verbots für die „Tag-X“-Demonstration in Leipzig zu „dezentralen Aktionen“ auf. Das Verwaltungsgericht bestätigte am Freitagabend zwar das Demonstrationsverbot der Stadt, Expert:innen rechnen nun aber erst recht mit erheblichem Zulauf - frei nach dem Motto „Jetzt erst recht“.

Die angekündigte Demonstration ist eine Reaktion auf das Urteil gegen die Leipziger Studentin Lina E. und drei ihrer mutmaßlichen Mitstreiter, die am Mittwoch zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Ihnen wird vorgeworfen, eine kriminelle Vereinigung gegründet oder unterstützt zu haben, die unter anderem mehrere gewalttätige Überfälle auf Neonazis begangen hat.

Das Urteil hat in der linken Szene deutschlandweit für Wut und Empörung gesorgt. Seit Wochen mobilisieren linksradikale Gruppen für diesen Samstag daher in Reaktion darauf nach Leipzig. Dabei kündigten verschiedene Gruppierungen unter anderem an, für jedes Jahr Haftstrafe einen Sachschaden in Millionenhöhe verursachen zu wollen. Die Gruppe ruft unter anderem dazu auf, auch das parallel stattfindene Stadtfest und das Konzert von Herbert Grönemeyer „als Ausgangspunkt für Aktionen zu nutzen“. Durch die vielen Veranstaltungen werde die Lage in der Stadt unübersichtlich sein und es würden sich „Möglichkeiten bieten, unserer Wut auf Repression und Kriminalisierung Ausdruck zu verleihen“.

Auch die Berliner Polizei ist in Bereitschaft

Expert:innen in Sachsen befürchten, dass sich das Blatt dieses Wochenende wenden könnte: Der 1. FC Lok Leipzig spielt am Samstag in der Stadt gegen den Chemnitzer FC, beide Clubs werden mit einer großen Hooligan-Szene in Verbindung gebracht. Rechtsextreme Fußballfans könnten die explosive Stimmung noch verschärfen. Die Polizei hat derweil, parallel zum Demonstrationsverbot, eine Kontrollzone im Stadtzentrum verhängt. Von Freitag, 18 Uhr an kann die Polizei für 48 Stunden lang Menschen innerhalb des Gebietes anlasslos kontrollieren. Die Polizeidirektion Leipzig steht vor ihrem größten Polizeieinsatz der letzten beiden Jahre.

Auch die Berliner Behörden haben die Entwicklungen in Sachsen im Blick. Wie groß die Resonanz ist der Berliner Szene ist, sei aber aus Sicht der Sicherheitsbehörden unklar.

Im Netz wird vermeldet, dass die Berliner Polizei präventiv Wohnungen besuche und Meldeauflagen erteile, um Linksextreme an einer Teilnahme an der Demo in Leipzig zu hindern. Die Polizei Sachsen hat mehrere Bundesländer um Unterstützung ersucht.

In Leipzig wird mit heftigen Protesten der linksextremen Szene gerechnet.

Infobox

Die sächsische Linken-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel war bei einer Demonstration am Freitag kurzzeitig festgesetzt worden. Laut Polizei stand „die Störung einer Amtshandlung“ im Raum. Nach Feststellung ihrer Identität wurde Nagel entlassen. Videobilder des Vorgehens lösten eine Kritik-Welle aus. Am Freitag gab es ein Gespräch zwischen Nagel, dem Leipziger Polizeipräsidenten und Sachsens Innenminister.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); GERICHTSURTEILE (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (79%); POLITIK (79%); GEFÄNGNISSTRAFEN (77%); GERICHTSHÖFE (77%); VERANSTALTUNGSKALENDER (77%); VERURTEILUNGEN (77%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (75%); DEUTSCHE LANDTAGE (71%); FUSSBALL (65%); POLIZEIKRÄFTE (62%); SPORTFANS (50%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (94%)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Randale in Leipzig

Der Tagesspiegel

Montag 05. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6

Length: 837 words

Body

Strahlender Sonnenschein, Helikopter kreisen über der Stadt, dazu der Geruch nach verbranntem Gummi, denn schon in der vergangenen Nacht haben hier etliche Mülltonnen gebrannt, in anderen Teilen der Stadt waren es Autos. Am Samstagnachmittag ist es noch ruhig in Leipzigs linkem Stadtteil Connewitz, wo trotz Verbots wieder etliche Demonstrierende erwartet werden.

Aktionen zum „Tag X“ sollen der linksextremen Szene zufolge dezentral stattfinden. Die Autonomen wollen demonstrieren gegen das Urteil gegen die gewalttätige linksextreme Studentin Lina E., die am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden war.

Viele junge Leute, die durchs Viertel streifen und auf der Straße herumlungern, wirken so, als warteten sie nur darauf, dass etwas passiert, dass es endlich losgeht. Die Polizei ist überall, in Kohorten fährt sie durch die Straßen und zeigt Präsenz, an fast jeder Straße stehen Einsatzwagen. Noch ist kaum etwas zu tun, die Einsatzkräfte schauen auf ihre Handys, rauchen. Wird eine Gruppe zu groß oder wirkt sie verdächtig, etwa durch komplett schwarze Kluft, greifen sie beherzt ein und setzen Leute fest, so wie immer wieder hier vor einem Supermarkt am Connewitzer Kreuz.

Entsetzte Anwohner

In einer ruhigen Seitenstraße sind ein weißhaariger älterer Herr und seine Frau gerade dabei, Scherben um ihren Renault herum aufzufegen. Er humpelt, das Bücken fällt ihm schwer. Die Heckscheibe seines Wagens wurde mit einem Stein eingeschlagen. Er wirkt resigniert, es ist nicht das erste Mal. Sein Auto ist eines von acht, die in dieser Nacht verwüstet worden seien, erzählt er und deutet auf weitere demolierte Fahrzeuge: „Die ganze Reihe hier. Ich habe nichts gegen das Demonstrieren. Aber warum machen sie uns immer wieder alles kaputt? Wir haben denen doch nichts getan.“

Enttäuschung auch ein paar Straßen weiter in der Nähe eines Kleingartenvereins. Ein Herr mit Glatze und Freizeitkleidung ist dabei, sein Auto zu inspizieren, die Scheiben seines VW-Busses sind zerschlagen. Gehört hat er nichts, erzählt er über eine Mauer hinweg, dabei sind hier mindestens sechs Fahrzeuge betroffen.

Den Ablauf kennt er nur zu gut. „Ich habe 15 Jahre hier gewohnt, war lange weg und bin seit vier Wochen zurück. Das ist ein Scheiß-Willkommensgruß.“ Dabei habe er nichts gegen eine linke Gesinnung, betont, er, sonst würde er hier nicht wohnen. In dem roten Backsteinhaus sind schicke Lofts. Später am Abend wird hier ein privater Sicherheitsdienst seine Runden drehen.

Randale in Leipzig

Zwei Stunden später, auf der Karl-Liebknecht-Straße: Polizeieinsatzkräfte aus ganz Deutschland haben sich in Stellung gebracht, Wasserwerfer stehen bereit. Jung und Alt sind auf der Straße zusammengekommen. Die schwarze Kleidung überwiegt, einige Menschen haben sich verummt.

Plötzlich knallt es. Nebel liegt in der Luft. Eine Farbbombe explodiert und färbt die Luft pink. Weitere Male knallt es. Jubelrufe. Beifall. Antifaschistische Sprechchöre ertönen. Ein Pulk Demonstrierender setzt sich in Bewegung, Polizisten hinterher. Schaulustige sollen das Areal verlassen, fordert die Polizei per Lautsprecher: „Unterlassen Sie es, Pyrotechnik abzubrennen und die Arbeit der Polizei zu behindern!“ Und: „Ihr Verhalten ist rechtswidrig und strafbar. Werden sie unseren Aufforderungen nicht Folge leisten, werden sich weitere Maßnahmen anschließen, gegebenenfalls unter Anwendung von unmittelbarem Zwang.“

Rund 1500 Demonstrierende

Die Menge bleibt unbeeindruckt, „verpisst Euch, Scheißbullen“, schallt immer wieder über den Platz. Da nur etwa 1500 Menschen zu der Versammlung gekommen sind, hat die Polizei leichtes Spiel: Ab jetzt kommt niemand mehr rein oder raus, die Demonstrierenden werden eingekesselt. Einige Jugendliche sind enttäuscht, dass sie es vorher nicht mehr in den Block geschafft haben. „Nein, ich bin draußen, die haben dicht gemacht“, brüllt einer ins Telefon und nimmt einen Schluck aus seiner Bierflasche.

Noch Stunden hält die Polizei mehrere Hundert Menschen in dem Kessel fest. Ein Student schaffte es hinaus, eilt zum Dönerladen und erzählt dort seine Geschichte. Das Handy und seine Papiere hätten sie ihm abgenommen, alle seine Leute seien weg.

Im Kessel wird skandiert: „Alle Bullen sind Schweine“, „Free Lina“, „Alle Polizisten, Mörder und Faschisten“. Bis Sonntagmorgen geht das, erst dann wird das Ganze aufgelöst. Gegen fünf Männer im Alter zwischen 20 und 32 Jahren ergehen Haftbefehle wegen schweren Landfriedensbruches.

Am Sonntagnachmittag bilanzierte die Polizei rund 50 verletzte Polizeibeamte. Auch bei den Versammlungsteilnehmern habe es ein unbekannte Anzahl von Verletzten gegeben. Bis zu 50 Personen seien in Gewahrsam genommen worden Bei knapp 30 Menschen prüfe die Staatsanwaltschaft Haftanträge. (mit epd)

Protest am „Tag X“: Eine brennende Barrikade im Leipziger Stadtteil Connewitz.

Zahl des Tages

50 Polizeibeamte wurden bei den Krawallen verletzt. Die Zahl der verletzten Versammlungsteilnehmer ist nicht bekannt.

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (89%); RETTUNGS- UND NOTFALLDIENSTE (76%); STRAFZUMESSUNG (76%); VERURTEILUNGEN (71%); GEFÄNGNISSTRAFEN (70%)

Industry: WACH- UND SICHERHEITSDIENSTE (69%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Mit aller Gewalt Schlagstöcke, Reizgas, Faustschläge - über Jahre soll die Studentin Lina E. planmäßig und brutal Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen überfallen haben. Als Teil einer kriminellen Vereinigung. Nun beginnt in Dresden der Prozess gegen sie

Der Tagesspiegel

Donnerstag 9. September 2021

Copyright 2021 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: DRITTE FQT:SPÄT; S. 003; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24651 VOM 09.09.2021 SEITE 003

Length: 1902 words

Byline: Sven Heitkamp, Dresden

Body

Am frühen Mittwochmorgen herrscht Alarmstimmung vor dem Hochsicherheitsgebäude des Dresdner Oberlandesgerichts. Vor hohen Zäunen mit Stacheldraht, das Gebäude liegt neben der Justizvollzugsanstalt im Norden der Stadt, stehen rund 50 junge Leute aus der linken Szene, maskiert, die Köpfe unter Kapuzen. Um sie herum hat die Polizei bewaffnete Posten und Mannschaftswagen aufgestellt. Auf Plakaten steht: "Feuer und Flamme der Repression" und "Free Lina".

Die Leipziger Studentin Lina E. und drei junge Männer, die mit ihr vor Sachsens oberstem Gerichtshof angeklagt sind, sollen eine linksextremistische, kriminelle Vereinigung gegründet und in mindestens sechs Fällen brutale Übergriffe auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen verübt haben - mit teils lebensbedrohlichen Folgen für ihre Opfer. So sieht es der Generalbundesanwalt.

Mittlerweile ist die 26 Jahre alte Lina E. zu einer Art Symbolfigur der linksextremen Szene geworden. Ihr Name ist an Häuserwände nicht nur in Leipzig gesprüht, es gibt Demos und Spendenaktionen, bedruckte T-Shirts, Taschen und Socken. Der Prozess gilt als einer der bedeutendsten gegen linksautonome Gruppierungen in Deutschland seit vielen Jahren - zumal bei Straftaten der linken Szene die Aufklärungsquote äußerst gering ist.

Als Lina E. um kurz nach 10 Uhr von drei Justizwachtmeistern in den gut abgeschirmten Gerichtssaal geführt wird, brandet im Zuschauerbereich hinter Plexiglasscheiben Beifall auf - die Gerichtsordner lassen dies kurze Zeit zu. Lina E. trägt ein graues Oberteil, schwarze Hosen und schulterlange Locken. Das Gesicht hat sie hinter einer blauen Aktenmappe verborgen, bis die Fotografen und Kameraleute aus dem Saal geschickt werden. Dann lächelt sie und winkt von der Anklagebank den Besuchern zu.

Zuschauer und Journalisten müssen, um in das Gerichtsgebäude zu gelangen, akribische Personenkontrollen passieren, sogar ihre Schuhe durchleuchten lassen. Handys, Getränkeflaschen, Feuerzeuge sind nicht gestattet. Einsatzgruppen der Justiz wachen auf den Fluren. Das Gebäude war 2017 errichtet worden, um den Prozess gegen die rechtsterroristische "Gruppe Freital" zu führen, die unter anderem Sprengstoffanschläge auf Asylunterkünfte verübt hatte. Der alte Gerichtssitz am Elbufer hätte für die Sicherheitsanforderungen nicht ausgereicht.

Mit aller Gewalt Schlagstöcke, Reizgas, Faustschläge - über Jahre soll die Studentin Lina E. planmäßig und brutal Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen überfallen....

Lina E. war am 5. November 2020 in ihrer Wohnung in Leipzig-Connewitz festgenommen und symbolträchtig mit dem Hubschrauber zum Bundesgerichtshof nach Karlsruhe abtransportiert worden. Seither sitzt sie in Untersuchungshaft in Chemnitz und bekommt massive Aufmerksamkeit diverser Medien und der linken Szene. Während Lina E. nicht vorbestraft ist, sind die mitangeklagten Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. polizeibekannte Linksextremisten - aber auf freiem Fuß.

Lina E. war nach ihrem Abitur 2013 aus Kassel nach Leipzig gezogen. Sie studierte in Halle Erziehungswissenschaften und schrieb ihre Bachelor-Arbeit über Neonazismus in der Jugendarbeit am Beispiel des NSU im Jugendclub Jena-Winzerla. Danach begann sie ein Masterstudium in Leipzig und habe bald in der Jugendhilfe arbeiten wollen - im Staatsdienst. Der Freundeskreis hat Lina E. als fröhliche Frau mit offener Ausstrahlung beschrieben. Und genauso wirkt sie auch, wenn sie nun im Gerichtssaal mit Anwälten oder Begleitern spricht.

Der Generalbundesanwalt, der das Verfahren führt, spricht eine andere Sprache: Die 26-jährige Studentin soll in der Vereinigung "eine herausgehobene Stellung" gehabt haben: Sie habe gezielt Opfer ausgespäht, sich mit Perücken getarnt, ihr Auto als Fluchtfahrzeug zur Verfügung gestellt, gestohlene Autokennzeichen und gefälschte Ausweise benutzt und bei mehreren Übergriffen das Kommando geführt. Der Bundesanwalt spricht von einer straff organisierten, aber keiner streng hierarchischen Bande.

Spätestens im August 2018 habe sich Lina E. dieser Gruppe angeschlossen. Verbindend sei ihre "militante linksextremistische Ideologie" gewesen. "Die Vereinigung hat versucht, ihre politischen Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen", erklärt Bundesanwalt Bodo Vogler. "Indem sie ihre Gegner körperlich angreifen, tragen sie den Meinungskampf hinein in die Eskalation und rütteln an einem Grundpfeiler unseres demokratischen Rechtsstaates."

Die Anklage, die nach Wortgefechten und Anträgen der Verteidigung vorgetragen werden kann, wirft der "Gruppe E." unter anderem vor, die junge Frau habe zusammen mit drei anderen Tätern Anfang Oktober 2018 einen Rechtsextremisten in Leipzig-Gohlis überfallen. Sie hätten ihn am frühen Morgen vor seiner Wohnung abgepasst, auf ihn eingetreten und Pfefferspray eingesetzt. Er habe Verletzungen im Gesicht und einen Kniescheibenbruch erlitten. Im Januar 2019 sollen sie einen Handwerker in Leipzig-Connewitz verprügelt haben, der eine Mütze der Marke "Greifvogel Wear" trug, die in der rechtsextremen Szene beliebt ist. Der Mann erlitt Frakturen im Gesicht.

Als exemplarisch steht ein nächtlicher Angriff am 19. Oktober 2019 auf das Eisenacher Lokal "Bull's Eye", das als Nazi-Treff galt. Lina E. und eine Gruppe von zehn bis 15 Angreifern hätten kurz nach Mitternacht den Inhaber und fünf seiner Gäste in der Kneipe mit Schlagstöcken, Reizgas, Pfefferspray und Faustschlägen traktiert, ihnen Verletzungen im Gesicht zugefügt, Scheiben und Mobiliar zertrümmert.

Acht Wochen später überfielen sie den jungen Kneipier, den Rechtsextremisten Leon R., laut der Anklage noch einmal. So hätten sie ihm nachts gegen 3.15 Uhr vor seiner Wohnung aufgelauert und maskiert mit Hammer, Stangen und Radschlüssel attackieren wollen, als er von Freunden zu Hause abgesetzt wurde. Lina E. habe Reizgas gesprührt, doch Leon R. habe die Angreifer mit Pfefferspray und einem Teppichmesser abwehren können. Danach schlugen Lina E. und ihre Bande auf das Auto der Freunde ein, zertrümmerten Scheiben, Spiegel und Türen, sprühten Reizgas, schlugen auf die Insassen ein und rasten schließlich mit zwei Autos in die Nacht davon.

Die Flucht vor der alarmierten Polizei muss eine Verfolgungsjagd durch Eisenach geworden sein - die Angreifer aus Leipzig wurden von mehreren Streifenwagen gejagt. Als sie noch vor der Autobahn A 4 gestellt wurden, waren am silbernen Golf von Lina E.'s Mutter gestohlene Kennzeichen angebracht. Seit jener Nacht hatten die Ermittler eine Spur.

Schon als Lina E. einen Tag zuvor zwei Hämmer in einem Baumarkt stehlen wollte, wurde sie von einem Ladendetektiv erwischt. Sie habe dem Mann vom Sicherheitsdienst noch einen Stoß in den Bauch versetzt und sei wegelaufen, sei nach kurzer Flucht aber gestellt worden.

Doch auch da waren die Angriffe nicht zu Ende. Am Abend des 15. Februar 2020 überfielen 15 bis 20 linke Schläger am östlich von Leipzig gelegenen Bahnhof Wurzen mit Sturmhauben, Schlagstöcken und Bierflaschen

Mit aller Gewalt Schlagstöcke, Reizgas, Faustschläge - über Jahre soll die Studentin Lina E. planmäßig und brutal Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen überfallen....

sechs Neonazis, die bei einem Gedenkmarsch zum 75. Jahrestag der Bombardierung Dresdens mitgelaufen waren. Anfang Juni 2020 habe Lina E. schließlich den Rechtsreferendar und Kampfsportler Brian E. aus dem rechtsextremen Umfeld tagelang observiert. Von einem Anschlag hätten sie nur in letzter Minute abgelaufen, weil sie Schutzvorkehrungen der Polizei beobachtet hatten. Einen Monat später wurde Lina E. das erste Mal verhaftet, allerdings nach einigen Tagen noch einmal freigelassen. Seit Anfang November sitzt Lina E. endgültig in Untersuchungshaft.

Zu der Gruppe soll auch ihr Verlobter gehört haben: der vorbestrafte Johann G. Er wurde unter anderem wegen Landfriedensbruch und einer Schlägerei am Rande einer Legida-Demonstration verurteilt. Auf seine Finger, so heißt es, habe er acht Buchstaben tätowiert: "Hate Cops". Seit einem Jahr gilt er als abgetaucht.

Auf der Liste der angeklagten Straftaten stehen auch gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch, räuberischer Diebstahl und Sachbeschädigung. Die Beweisführung gegen die Angeklagten dürfte allerdings langwierig werden. Der Strafsenat unter dem Vorsitzenden Hans Schlüter-Staats hat mehr als 50 Prozesstage bis Ende März terminiert. 48 Zeugen und drei Sachverständige sind bisher geladen. Drei der Opfer lassen sich im Prozess als Nebenkläger von Anwälten vertreten, die bereits in Prozessen gegen rechtsextreme Kreise aufgetreten waren. Unter ihnen ist der Anwalt und Pro-Chemnitz-Chef Martin Kohlmann. Ihm wurde am Vormittag vorgeworfen, trotz strengem Verbots Fotos im Gerichtssaal gemacht und über Bekannte bei Twitter gepostet zu haben.

Die Verteidiger von Lina E. und ihrer Mitangeklagten tragen am Mittag eine lange Erklärung vor - und bezweifeln die Anklage der Bundesanwälte massiv. Für den Generalbundesanwalt sei der Prozess offenkundig ein Experiment, wie weit die Bundesanwaltschaft mit dem Vorwurf der kriminellen Vereinigung gehen könne. "Die Bundesanwaltschaft hat nicht genügend Beweise für die kriminelle Vereinigung", sagt einer der Anwälte. Viele Vorwürfe würden sich keineswegs bestätigen lassen. Einige Wertungen der Ermittler seien "abenteuerlich".

Die Serie der Übergriffe hat - bis zum Beweis des Gegenteils - wohl auch etwas zu tun mit einem Angriff von Rechtsextremisten auf Connewitz: Am 11. Januar 2016 waren rund 250 gewaltbereite und verummigte Neonazis mit Eisenstangen, Steinen, Schlagstöcken, Feuerwerkskörpern und Holzlatten durch eine Hauptstraße des alternativen Stadtteils gezogen. Bei ihrem "Sturm auf Connewitz" zerstörten sie Läden, Bars und Autos von alteingesessenen Leipzigern ebenso wie von arabischen Imbissbetreibern und legten Feuer. Die Polizei setzte in jener Nacht 215 Täter fest.

Die Antifa kündigte seinerzeit in Internetforen Rache an: "Freut euch nicht zu sehr, ihr dreckigen Faschisten. Der feige Angriff wird auf euch zurückkommen!" Im Dezember 2016 wurden die Namen und Fotos aller 215 Neonazis und rechten Hooligans auf einer Szene-Webseite gepostet. Die Serie der Übergriffe, die der Gruppe um Lina E. vorgeworfen werden, wird daher auch als Rachezug für den "Sturm auf Connewitz" gedeutet.

Die Kundgebung am Morgen vor dem Gericht hat das selbst ernannte "Solidaritätsbündnis Antifa Ost" organisiert. Der Prozess sei "eindeutig politisch motiviert", sagt eine Sprecherin. "Für uns steht fest, dass wir keinen fairen Prozess erwarten dürfen." Seit Monaten würden "rechts unterwanderte Sicherheitsbehörden" versuchen, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit eine Vorverurteilung der Angeklagten zu erreichen.

Auch Lina E.'s Mutter, die den Prozess begleitet, lässt während der Kundgebung eine Botschaft verlesen. Sie stehe voll und ganz hinter ihrer Tochter: An Lina solle ein Exempel statuiert werden. Sie wünsche ihr viel Kraft und eine baldige Freilassung aus der Untersuchungshaft.

Ermittler und Beobachter konstatieren seit längem eine Militarisierung der linksradikalen Szene. "Im Linksextremismus ist eine neue Qualität der gewalttätigen Übergriffe zu beobachten", sagte der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, vor dem Prozess dem "Spiegel". "Es sind mehrere klandestine Kleingruppen entstanden, die sich vom Rest der Szene abschotten und gezielt ihre politischen Gegner angreifen." Hemmschwellen seien gefallen, teilweise werde der Tod von Opfern billigend in Kauf genommen.

Mit aller Gewalt Schlagstöcke, Reizgas, Faustschläge - über Jahre soll die Studentin Lina E. planmäßig und brutal Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen überfallen....

Zurzeit mobilisiert ein Bündnis unter dem Namen "Wir sind alle linx" für den 18. September zu einer Großdemonstration in Leipzig. Am Tag der Urteilsverkündung im Prozess um Lina E., so wird schon jetzt befürchtet, könnte es wieder Ausschreitungen in Connewitz geben - je nachdem, wie das Urteil ausfällt.

Graphic

"Eine herausgehobene Stellung". Im November wird Lina E. zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe geflogen, seitdem ist sie in Untersuchungshaft. Foto: Ronald Wittek/EPA-EFE R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: GERICHTSPROZESSE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (90%); ANKLAGEN (89%); GERICHTSHÖFE (89%); JUGENDLICHE (89%); JUSTIZMINISTERIEN (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (89%); RECHTSANWÄLTE (89%); STAATSANWÄLTE (89%); VERHAFTUNGEN (89%); OBERSTES GERICHT (78%); STRAFTATEN (78%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (77%); BOMBENANSCHLÄGE (72%); EXPLOSIONEN (72%); INSPEKTIONEN (70%); AUFKLÄRUNGSQUOTE (67%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (89%); STAATSANWÄLTE (89%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (73%); CHEMNITZ, DEUTSCHLAND (58%); HALLE, DEUTSCHLAND (58%); JENA, DEUTSCHLAND (58%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (58%); KASSEL, DEUTSCHLAND (58%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (91%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (88%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (58%); DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: September 8, 2021

NACHRICHTEN

Der Tagesspiegel

Freitag 2. Juli 2021

Copyright 2021 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK FQT:SPÄT; S. 005; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24582 VOM 02.07.2021 SEITE 005

Length: 376 words

Body

DEUTSCHLAND

Linksradikale **Lina E.** bleibt

in Untersuchungshaft

Berlin - Der Bundesgerichtshof lehnt die Entlassung der Linksradikalen **Lina E.** aus der Untersuchungshaft ab. Die Leipziger Studentin sitzt seit sieben Monaten in Untersuchungshaft. Die Richter sehen wie die Bundesanwaltschaft den Verdacht, die 26-jährige Frau habe sich mit mindestens drei weiteren Linksradikalen an brutalen Angriffen auf Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen beteiligt. Mehrere Personen wurden durch massive Schläge und Tritte schwer verletzt. **Lina E.** habe sich "mit hoher Wahrscheinlichkeit" wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung, Beihilfe zu gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch schuldig gemacht, heißt es im Beschluss des Bundesgerichtshofs. Bei einer Verurteilung habe die Beschuldigte mit einer erheblichen Freiheitsstrafe zu rechnen. fan

Seehofer ermittelt gegen "Bandidos"-Rocker

Berlin - Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bereitet offenbar das Verbot einer Rockergruppierung vor. In einer Razzia bei Mitgliedern der "Bandidos MC Federation West Central" haben am Donnerstag fast 1800 Beamte Material für die vereinsrechtlichen Ermittlungen sichergestellt. Durchsucht wurden 104 Objekte in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Die Polizei fand Waffen, Munition und größere Bargeldbeträge. Es bestehe der dringende Verdacht, "dass Zweck und Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwiderlaufen", teilte das Ministerium mit. Die 1966 in Texas gegründeten Bandidos sind eine der größten Rockervereinigungen weltweit. fan

USA

Finanzchef der Trump Organisation angeklagt

New York - Die New Yorker Justiz hat die Trump Organization des früheren US-Präsidenten Donald Trump und deren Finanzchef Allen Weisselberg wegen mutmaßlichen Steuerbetrugs angeklagt. Weisselberg wurde am Donnerstag mit Handschellen in ein Gericht der US-Metropole gebracht und plädierte auf nicht schuldig. In der Anklage geht es um nicht versteuerte Zusatzleistungen für Weisselberg. Der ist ein langjähriger Geschäftspartner

NACHRICHTEN

von Trump. Während dessen Präsidentschaft hat er mitgeholfen, Trumps Immobilien-Imperium zu leiten. Derzeit wird nicht damit gerechnet, dass auch Trump beschuldigt wird. AFP

Graphic

R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ANKLAGEN (90%); FÜHRUNGSKRÄFTE (90%); GERICHTSHÖFE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); POLITIK (90%); RICHTER (90%); VERHAFTUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); POLITISCHE PARTEIEN (79%); ÖFFENTLICHE POLITIK (79%); ERMITTLEMENTEN (78%); GERICHTSBESCHLÜSSE & VERFÜGUNGEN (78%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (78%); STAATSANWÄLTE (78%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (77%); STRAFZUMESSUNG (77%); VERURTEILUNGEN (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (76%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (74%); STEUERBETRUG (74%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%); BETRUG & FINANZKRIMINALITÄT (70%); US-PRÄSIDENTEN (70%); STRAFRECHT (69%)

Industry: STAATSANWÄLTE (78%)

Person: HORST SEEHOFER (90%); DONALD TRUMP (79%)

Geographic: NEW YORK, NY, USA (91%); BERLIN, DEUTSCHLAND (74%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (79%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (79%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (79%); TEXAS, USA (79%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); HESSEN, DEUTSCHLAND (59%); RHEINLAND-PFALZ, DEUTSCHLAND (54%); NORDAMERIKA (79%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: July 1, 2021

End of Document

Aufmarsch der Autonomen Tausende Linksradikale in Leipzig erwartet

Der Tagesspiegel

Samstag 18. September 2021

Copyright 2021 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK FQT:SPÄT; S. 004; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24660 VOM 18.09.2021 SEITE 004

Length: 660 words

Body

Berlin - Die für diesen Sonnabend angekündigte bundesweite Demonstration von Linksradikalen in Leipzig bereitet den Sicherheitsbehörden Sorgen. "Wir gehen von einem enormen Risiko aus, dass es zu Straftaten kommt", sagte ein hochrangiger Experte am Freitag dem Tagesspiegel. Zu befürchten seien Angriffe auf die Polizei sowie Sachbeschädigungen an öffentlichen Einrichtungen - auch jenseits der Demonstration, bis hin zu Brandanschlägen. Erwartet werden 3000 Autonome und andere Linksextremisten. "Die meisten werden gewaltorientiert sein", sagte der Sicherheitsexperte. Sollte die Prognose zutreffen, würde etwa ein Drittel der vom Verfassungsschutz als gewaltorientierte eingestuften Linksextremisten in Leipzig auflaufen.

Dementsprechend bereitet sich die sächsische Polizei mit einem Großaufgebot auf den Einsatz am Sonnabend vor. Kräfte der Bundespolizei und Einheiten aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen werden die sächsischen Beamten am Wochenende unterstützen. Außerdem stünden Wasserwerfer zur Verfügung, erklärte die Leipziger Polizei. Die Veranstalter der Demonstrationen kritisierten den angekündigten Großeinsatz der Polizei. "Das erweckt den Eindruck, dass man uns nicht als normale Demonstrierende behandelt, die für ein legitimes Anliegen auf die Straße gehen. Vielmehr versucht man antifaschistisches Engagement in eine Ecke zu rücken, die vom Rest der Gesellschaft abgespalten ist", sagte der Sprecher des Bündnisses, Tom Mendel, der "Leipziger Volkszeitung". Mendel versicherte, dass von der Demonstration am Sonnabend keine Gewalt ausgehen würde, man sich "aber auch nicht von der Polizei spalten" lasse.

Die Szene sei wegen des Verfahrens gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte "hoch emotionalisiert", heißt es in Sicherheitskreisen. Am Oberlandesgericht Dresden hatte vorige Woche der Prozess gegen die Gruppe begonnen. Die Bundesanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, Mitglieder einer kriminellen Vereinigung zu sein und in Sachsen und Thüringen Attacken auf Rechtsextremisten verübt zu haben. Bei den Angriffen wurden mehrere Rechte verletzt, einige schwer.

Die Autonomen fahren seit Monaten die Kampagne "Free Lina". Die in Untersuchungshaft sitzende Frau wird zu einer Ikone der Antifa stilisiert. Im Aufruf zur Demonstration in Leipzig, veröffentlicht auf der linksextremen Internetplattform "de.indymedia.org", wird zu Spenden "für Lina" und einen Mitangeklagten aufgerufen. "Antifaschist:innen" würden zunehmend kriminalisiert und Engagement gegen Rechts "staatlich und medial diskreditiert", heißt es. Die Emotionalisierung der Szene zeigt auch die Forderung nach "Entnazifizierung der deutschen Sicherheitsbehörden" und der Ankündigung, "wir werden auch in Zukunft den antifaschistischen Selbstschutz organisieren".

Aufmarsch der Autonomen Tausende Linksradikale in Leipzig erwartet

Unter dem Motto "Wir sind alle Linx", in Anspielung auf die Soko LinX, die das Landeskriminalamt Sachsen 2019 zur Bekämpfung linksextremer Gewalt gegründet hat, wollen die Demonstranten von 14 Uhr an vom Johannisplatz im Zentrum der Messestadt bis zum Connewitzer Kreuz laufen. Der Stadtteil Connewitz gilt als eine der Hochburgen der autonomen Szene in der Bundesrepublik. Nach Tagesspiegel-Informationen haben linke Gruppierungen aus Berlin, Hamburg, Kassel, Erfurt und Frankfurt am Main ihr Kommen angekündigt.

Eine weitere Gefahr könnte am Sonnabend allerdings von anderer Seite ausgehen. Rechtsextreme Gruppierungen rufen über die sozialen Netzwerke dazu auf, ebenfalls nach Leipzig zu kommen, um sich der "Antifa entgegenzustellen", wie es in mehreren Posts heißt. So kursiert ein Appell mit der Parole "Defend Leipzig". Zusätzlich wird eine Deutschlandkarte mit den Abreisepunkten der linken Demonstranten geteilt. Darunter findet sich unterschwellig die Aufforderung, schon die Anreise der Autonomen nach Leipzig zu sabotieren: "Wir weisen darauf hin, dass man grundlos keine Notbremse betätigen darf. Der Zug kann sonst nicht losfahren", ist dort zu lesen. Julius Geiler/Frank Jansen

Graphic

Die Szene sei wegen des Verfahrens gegen Lina E. "hoch emotionalisiert". Foto: dpa R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); STRAFTATEN (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); GERICHTSPROZESSE (86%); BRANDSTIFTUNG (77%); NEGATIVE NACHRICHTEN (77%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (77%); STAATSANWÄLTE (77%); VERHAFTUNGEN (77%); POLIZEIKRÄFTE (74%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%); ANKLAGEN (69%); SOZIALE NETZWERKE (69%); GERICHTSHÖFE (64%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (61%)

Industry: STAATSANWÄLTE (77%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (61%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (74%); ERFURT, DEUTSCHLAND (74%); KASSEL, DEUTSCHLAND (74%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); FRANKFURT, DEUTSCHLAND (59%); HAMBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: September 17, 2021

NACHRICHTEN

Der Tagesspiegel

Samstag 7. November 2020

Copyright 2020 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten

DER TAGESSPIEGEL



Section: POLITIK FQT:SPÄT; S. 005; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24354 VOM 07.11.2020 SEITE 005

Length: 380 words

Body

DEUTSCHLAND

Bundesanwaltschaft geht gegen Leipziger Linksextremisten vor

Berlin - Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen Mitglieder der als besonders gewalttätig geltenden autonomen Szene in Leipzig. Am Donnerstag nahmen Beamte der Soko "LinX" des Landeskriminalamts Sachsen die 25-jährige Lina E. fest und durchsuchten deren Wohnung sowie Räume von zwei weiteren Linksextremisten. Die Studentin und mehr als zehn weitere Personen aus der autonomen Szene stehen in Verdacht, einer im Januar 2019 gegründeten kriminellen Vereinigung anzugehören. Lina E. soll eine führende Rolle eingenommen haben. Die Bundesanwaltschaft wirft der Frau vor, mit zehn bis 15 weiteren Linksextremisten im Oktober 2019 in Eisenach (Thüringen) die Gaststätte "Bull's Eye" überfallen und mehrere Personen verletzt zu haben. Das Lokal gilt als Treffpunkt von Rechtsextremisten. Lina E. "und weitere Tatgenossen" sollen zudem im Dezember den Betreiber der Gaststätte und dessen Begleiter attackiert haben. Zuvor soll die Frau in einem Leipziger Baumarkt Hämmer für den Angriff gestohlen haben. Und schließlich habe Lina E. im Juni 2020 die Wohnanschrift einer "Zielperson" in Leipzig für einen Anschlag ausgespäht. fan

BERG-KARABACH

Tote und Verletzte bei

neuen Angriffen mit Raketen

Baku/Eriwan - Bei neuen schweren Gefechten in der Südkaukasus-Region Berg-Karabach sind mindestens drei Zivilisten getötet worden. Die gesamte Nacht über seien die Hauptstadt Stepanakert und die Stadt Schuschi von aserbaidschanischer Seite heftig beschossen worden, teilten die Behörden von Berg-Karabach am Freitag mit. In Suschi seien dabei mehrere Häuser niedergebrannt. Es habe zudem auch mehrere Verletzte gegeben. Aserbaidschan habe bei seinen Angriffen Unterstützung von türkischen Streitkräften erhalten, meldete das armenische Verteidigungsministerium in der Hauptstadt Eriwan. Eine offizielle Bestätigung für den Einsatz dieser Kräfte gibt es aber nicht. Das aserbaidschanische Verteidigungsministerium in der Hauptstadt Baku wiederum meldete Angriffe der gegnerischen Seite auf die Stadt Terter und auf mehrere Dörfer. Die Kämpfe dauern bereits seit Ende September an. Mehrere Vereinbarungen über eine Feuerpause hielten nicht. Die Behörden in Berg-Karabach sprachen zuletzt von mehr als 1100 getöteten Soldaten. dpa

Graphic

R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: BEAMTE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STREITKRÄFTE (89%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (78%); RAKETENSYSTEME (73%); VERTEIDIGUNGSMINISTERIEN (70%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); STREITKRÄFTE (89%); RAKETENSYSTEME (73%); VERTEIDIGUNGSMINISTERIEN (70%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); ASERBAIDSCHAN (90%); ARMENIEN (59%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: November 6, 2020

End of Document

Militante Offensive Seit Silvester vier linksextreme Anschläge mit Brandsätzen und Sprengstoff

Der Tagesspiegel

Dienstag 12. Januar 2021

Copyright 2021 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK FQT:SPÄT; S. 004; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24417 VOM 12.01.2021 SEITE 004

Length: 500 words

Body

Berlin - Die Gefahr linksextremen Terrors nimmt weiter zu. Seit Silvester haben mutmaßlich Täter aus der autonomen Szene vier Anschläge verübt. Der jüngste Angriff ereignete sich in Thüringen. In der Nacht zu Montag explodierte an einem Treffpunkt von Rechtsextremisten in Eisenach ein Sprengsatz, mehrere Scheiben gingen zu Bruch. Der oder die Täter sprühten die Parole "Fight Nazis Everyday" auf die Fassade des Lokals "Bull's Eye". Eine Antifa-Gruppe hatte die Gaststätte bereits im Oktober 2019 gestürmt und mehrere Gäste verletzt.

In der Nacht zum vergangenen Sonnabend gingen in Braunschweig auf dem Gelände der Landesaufnahmehörde (LAB) Niedersachsen zehn Transportfahrzeuge und ein Anhänger in Flammen auf. Der Sachschaden beträgt eine halbe Million Euro. Ein gleichzeitiger Anschlag auf ein Gebäude der LAB in Hannover misslang, die Brandsätze zündeten nicht. Die Behörde ist Anlaufstelle für Asylsuchende und auch für den Vollzug von Rückführungen zuständig.

Zu den Angriffen bekannte sich auf dem linksextremen Internetportal "de.indymedia.org" eine anonyme Gruppe mit den Worten, "wir haben das mörderische Abschiebesystem angegriffen". Nach den Attacken warnte Landesinnenminister Boris Pistorius (SPD): "Wir stellen in Niedersachsen eine starke Radikalisierung der Szene fest, die sich zu einer terroristischen Struktur entwickelt".

In Leipzig steckten am Silvesterabend Linksextremisten sieben Geländewagen der Bundeswehr in Brand. Die Fahrzeuge wurden zerstört, die Flammen beschädigten weitere. In diesem Fall erschien ebenfalls bei de.indymedia.org ein Bekennerschreiben. Die Täter nannten sich "Happy New Fear" und verkündeten "Auf ein kämpferisches Jahr 2021". Nur Stunden vor dem Anschlag hatten "Autonome Gruppen" bei Indymedia ein "offensives Jahr 2021" angekündigt. Das Manifest richtete sich offenbar an die autonome Szene bundesweit. Aufgerufen wird zu "Angriffen auf den Staat, seine Repressionsorgane und Institutionen der Justiz". Im nächsten Satz sagen die Linksextremen "Knastprofiteur*innen, Ausländerbehörden und privaten Sicherheitsdiensten den Kampf an". Die dann folgenden Attacken in Leipzig, Braunschweig, Hannover und Eisenach sind offenbar Teil einer linksextremen Militanzoffensive.

Die autonome Szene ist noch stärker in Wut als sonst schon. Eine Galionsfigur, die Studentin Lina E. aus Leipzig, sitzt seit November 2020 in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen sie und weitere Autonome wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Lina E. soll Anführerin der Gruppe gewesen sein, die im Oktober 2019 in Eisenach das "Bull's Eye" überfiel. Der Sprengstoffanschlag vom Montag auf das Lokal ist offenbar eine Rache für die Inhaftierung von Lina E.

Militante Offensive Seit Silvester vier linksextreme Anschläge mit Brandsätzen und Sprengstoff

In dem Bekennerschreiben zum Brandanschlag auf die Bundeswehrfahrzeuge in Leipzig wird zudem "Freiheit für Lina" gefordert. Die Sicherheitsbehörden halten die autonome Szene der Stadt für das derzeit aggressivste linksextreme Spektrum in der Bundesrepublik. Frank Jansen

Graphic

Ausgebrannt. Autos der Ausländerbehörde in Niedersachsen. Foto: Julian Stratenschulte/dpa R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: BOMBEN & SPRENGKÖRPER (90%); EXPLOSIONEN (90%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (90%); TERRORANSCHLÄGE (90%); BOMBENANSCHLÄGE (89%); ABSCHIEBUNG (88%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (79%); POLITIK (79%); POLITISCHE PARTEIEN (79%); ÖFFENTLICHE POLITIK (79%); BRANDSTIFTUNG (78%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (78%); TERRORISMUS (78%); VERHAFTUNGEN (78%); BRÄNDE (75%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (62%); STAATSANWÄLTE (62%); GEFÄNGNISSTRAFEN (60%)

Industry: WACH- UND SICHERHEITSDIENSTE (89%); WEBSITES & WEBPORTALE (68%); STAATSANWÄLTE (62%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BRAUNSCHWEIG, DEUTSCHLAND (89%); HANNOVER, DEUTSCHLAND (74%); BERLIN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (89%)

Load-Date: January 11, 2021

End of Document

Angriff der Autonomen In Sachsen haben Linksextremisten seit 2017 mehr als 130 Brandanschläge verübt - die Polizei kann kaum Täter ermitteln

Der Tagesspiegel

Montag 1. Februar 2021

Copyright 2021 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK FQT:SPÄT; S. 004; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24437 VOM 01.02.2021 SEITE 004

Length: 711 words

Body

Berlin - Sachsen wird von linksextremen Brandanschlägen hart getroffen. Von 2017 bis Mitte Januar 2021 haben linksextremistische Täter im Freistaat mindestens 135 Brandstiftungen verübt. Das teilte das Landeskriminalamt auf eine Anfrage des Tagesspiegels mit. Die Aggressivität in Teilen der Szene ist offenbar nicht zu bremsen. 2017 und 2018 registrierte die Polizei jeweils 30 Fälle, 2019 stieg die Zahl auf 38 Brandstiftungen. Überholt wurde Sachsen in dem Jahr nur von Berlin. Dort hatte sich die Zahl der von Linksextremisten gelegten Brände auf 50 fast verdoppelt.

Im Jahr 2020, das geht aus einer Statistik des sächsischen LKA hervor, gab es im Freistaat 36 linksextreme Brandanschläge. Den letzten verübten unbekannte Täter wenige Stunden vor dem Jahreswechsel. In der Silvesternacht gingen in Leipzig sieben Geländewagen der Bundeswehr in Flammen auf.

Danach war eineinhalb Woche Ruhe. In der Nacht zum 11. Januar brannte in Dresden ein Kleintransporter des Immobilienkonzerns Vonovia. Die Polizei hält einen linksextremen Hintergrund für wahrscheinlich. Immobilienunternehmen gehören wie die Bundeswehr, die Polizei sowie der Staat an sich und Rechtsextremisten zu den Feindbildern der Szene.

Schwerpunkt der linksextremen Brandanschläge ist allerdings Leipzig. Hier wurden im vergangenen Jahr 28 der insgesamt 36 linksextremen Brandstiftungen im Freistaat verübt. Die Täter zündelten meist an Fahrzeugen, in einigen Fällen waren Baumaschinen das Angriffsziel.

Den bislang härtesten Anschlag auf die Baubranche in Leipzig verübten Linksextremisten im Oktober 2019. Mutmaßlich Autonome hatten in der Nacht zum Jahrestag der Wiedervereinigung an der Baustelle eines größeren Wohnhausriegels vier Kräne angezündet. Der Schaden belief sich auf mehr als zehn Millionen Euro. Der entsetzte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) sprach von einem "Terroranschlag". Die Täter hätten "kaltblütig, ohne Rücksicht auf das Leben der Nachbarn gehandelt".

Leipzig gilt als Hochburg der Autonomen, die Szene ist hier so aggressiv wie sonst nur in Berlin. Weit mehr als die Hälfte der über 400 sächsischen Autonomen, etwa 250, gehörten der Leipziger Szene an, meldete das Landesamt für Verfassungsschutz im Jahresbericht 2019.

Warum trifft es Leipzig, die weltoffene Messestadt? Ein Sprecher des Landeskriminalamts sagt in leicht resignativem Ton, "das ist eine Studentenstadt". Auch wenn die Masse der Studenten mit den Brandstiftungen nichts zu tun hat, geht die Polizei wohl von belesenen Tätern aus. "Die linke Szene ist viel klandestiner als die rechte", sagt der LKA-Mann. Militante Linke "achten darauf, so spurenarm wie möglich vorzugehen". In

Angriff der Autonomen In Sachsen haben Linksextremisten seit 2017 mehr als 130 Brandanschläge verübt - die Polizei kann kaum Täter ermitteln

Videoaufzeichnungen seien nur "Leute mit schwarzen Kapuzen" zu sehen, DNA-Spuren gebe es selten. Die Ermittlungen gehen nach linksextremen Brandstiftungen oft ins Leere.

"Die Aufklärungsquote ist alles andere als erfreulich", sagt der LKA-Sprecher. Zu den 36 Brandanschlägen im vergangenen Jahr konnte die Polizei nur in einem Fall einen Täter ausfindig machen. Er hatte im Mai in Leipzig Mülltonnen angezündet. Bei allen anderen Angriffen steht in der Polizeistatistik "Unbekannter(r) Täter". Das sei "vergleichbar" mit den Jahren zuvor, sagt der LKA-Sprecher.

In einem größeren Fall linksextremer Gewalt scheinen die Ermittler allerdings Erfolg zu haben. Im November nahm die Polizei in Leipzig die Studentin Lina E. fest. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen die Frau wegen des Verdachts, einen Trupp von bis zu 15 Autonomen angeführt zu haben, der im Oktober 2019 in Eisenach das Lokal "Bull's Eye", einen Treffpunkt von Rechtsextremisten, angriff und mehrere Personen schwer verletzte. Die Gruppe soll zudem im Juni 2020 in Leipzig einen Anschlag auf einen mutmaßlichen Neonazi geplant haben. Lina E. sitzt in Untersuchungshaft, die Bundesanwaltschaft wirft ihr die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor.

Der Fall regt die linksradikale Szene auf. Im Bekennerschreiben zu dem Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge in der Silvesternacht in Leipzig wird "Freiheit für Lina" gefordert. Und am 11. Januar 2021 explodierte vor dem "Bull's Eye" ein Sprengsatz. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass weitere Anschläge mit Spreng- und Brandsätzen als Rache für die Inhaftierung von Lina E. folgen. Frank Jansen

Graphic

Klares Muster. An Silvester brannten Bundeswehr-Autos in Leipzig. Foto: Willnow/dpa R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: BRANDSTIFTUNG (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); KRIMINALERMITTLEMENTEN (89%); STATISTIKEN (89%); BRÄNDE (78%); ERMITTLEMENTEN (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (78%); TERRORISMUS (78%); KRIMINALITÄTSRATE (77%); TERRORANSCHLÄGE (77%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (74%); JAHRSTAGE (74%); JAHRESBERICHTE (71%); AUFKLÄRUNGSQUOTE (70%); BÜRGERMEISTER (64%)

Industry: BAUGERÄTE (73%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BERLIN, DEUTSCHLAND (89%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: January 31, 2021

Angriff der Autonomen in Sachsen haben Linksextremisten seit 2017 mehr als 130 Brandanschläge verübt - die Polizei kann kaum Täter ermitteln

End of Document

NACHRICHTEN

Der Tagesspiegel

Samstag 29. Mai 2021

Copyright 2021 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK FQT:FRÜH; S. 005; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24548 VOM 29.05.2021 SEITE 005

Length: 412 words

Body

Weitere Umfrage sieht CDU in Sachsen-Anhalt klar vorn

Magdeburg - Knapp eine Woche vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt kann sich die CDU Hoffnungen auf einen Wahlsieg vor der AfD machen. Nach dem am Freitag veröffentlichten "Politbarometer" von ZDF und Tagesspiegel käme die Union mit Ministerpräsident Reiner Haseloff auf 29 Prozent, wenn schon an diesem Sonntag gewählt würde. Die AfD bekommt demnach 23 Prozent, die Linke 11 Prozent, die SPD 10 Prozent und die Grünen 9 Prozent. Die FDP, die derzeit nicht im Landtag vertreten ist, könnte mit 8 Prozent dorthin zurückkehren. Der am Donnerstag veröffentlichte "Sachsen-Anhalt-Trend" von infratest dimap im Auftrag der ARD-"Tagesthemen" war zu ähnlichen Ergebnissen gekommen. Die derzeitige Koalition könnte so fortgeführt werden. Gewählt wird am 6. Juni. dpa

Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Leipziger Linksextremisten

Berlin - Die Bundesanwaltschaft hat, wie sie jetzt bekannt gab, am 14. Mai vier Mitglieder der linksextremen Szene in Leipzig wegen massiver Angriffe auf Rechtsextremisten angeklagt. Die Angeklagten, darunter eine Frau, hätten sich als Mitglieder an einer kriminellen Vereinigung beteiligt, teilte die Behörde in Karlsruhe mit. Die Gruppe soll vom Oktober 2018 bis zum Februar 2020 in Wurzen (Sachsen), Leipzig und Eisenach (Thüringen) mit Schlägen und Tritten sowie dem Einsatz von Reizstoffsprühgeräten Rechtsextreme verletzt haben. Als Anführerin gilt die Studentin Lina E. Sie soll zudem in einem Baumarkt zwei Hämmer gestohlen und einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes einen Stoß versetzt haben. Die Hämmer waren offenbar für Angriffe auf Neonazis vorgesehen. fan

Berlin scheitert mit Initiative

für mehr Schutz vor Diskriminierung

Berlin - Berlin ist im Bundesrat mit einem Vorstoß gegen Diskriminierung gescheitert. Die Initiative zielt auf eine Ergänzung des Grundgesetzes ab, um Menschen besser vor Diskriminierung wegen ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Identität zu schützen. Ein gemeinsamer Antrag mit Brandenburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und Thüringen wurde am Freitag in der Länderkammer jedoch abgelehnt, wie die Justizverwaltung mitteilte. Zwei weitere Bundesratsinitiativen Berlins sollten ebenso dazu beitragen, Menschen besser vor Diskriminierung aller Art zu schützen - auch sie wurden am Freitag abgelehnt. Unter anderem sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz den Katalog von Diskriminierungsgründen zu erweitern. dpa

Graphic

R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: DEUTSCHE LANDTAGE (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); WAHLEN (90%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (90%); WÄHLER & WAHLEN (90%); DEUTSCHER BUNDES RAT (89%); GESETZGEBUNGSGORGANE (89%); POLITIK (89%); REGIERUNGSKABINETTS (89%); UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (89%); DISKRIMINIERUNG (86%); GESETZGEBUNG (86%); STAATS- UND REGIERUNGS OBERHÄUPTER (79%); ÖFFENTLICHE POLITIK (79%); ANKLAGEN (73%); STAATSANWÄLTE (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (68%); VERFASSUNGSRECHT (63%)

Industry: STAATSANWÄLTE (73%); BAUSTOFF-FACHHANDEL (65%)

Person: REINER HASELOFF (79%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (90%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); BREMEN, DEUTSCHLAND (74%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); MAGDEBURG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (89%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (89%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (59%); BRANDENBURG, DEUTSCHLAND (58%); RHEINLAND-PFALZ, DEUTSCHLAND (58%)

Load-Date: May 28, 2021

End of Document

Radikal militant Terror von rechts, Gewalt von links, islamistische Anschläge und aggressive Corona-Leugner: Welche Gefahren drohen im kommenden Jahr?

Der Tagesspiegel

Dienstag 29. Dezember 2020

Copyright 2020 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: ZWEITE FQT:SPÄT; S. 002; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24404 VOM 29.12.2020 SEITE 002

Length: 1861 words

Byline: Frank Jansen

Body

Das war ein hartes Jahr für Deutschland, nicht nur wegen des Virus. Ein schwerer rechtsextremer Anschlag in Hanau, zunehmend gewalttätige Proteste der Corona-Leugner, Verschwörungstheorien breiten sich aus wie ein Flächenbrand, ein tödliches islamistisches Attentat in Dresden, militante Linksextremisten radikalisieren sich in Richtung Terror: Die Gefahren werden vielfältiger und sind oft noch schwerer zu kalkulieren. "Es gibt überhaupt keinen Grund für Entwarnung", sagt der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Burkhard Freier. Und er glaubt nicht, dass 2021 einfacher wird. Die größte Gefahr für Deutschland sehe er aber "nach wie vor im Rechtsextremismus". Ein Überblick.

Rechter Terror

Am 19. Februar schießt der Rassist Tobias Rathjen in Hanau gezielt auf Besucher von Shisha-Bars. Neun Menschen aus Einwandererfamilien sterben. Rathjen fährt nach Hause, tötet seine Mutter und sich selbst. Das Verbrechen schockt die Republik. Es übertrifft noch die rechtsextremen Attentate von 2019, als der Neonazi Stephan Ernst den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke mit einem Kopfschuss tötet und in Halle der Antisemit Stephan Balliet zwei Menschen erschießt, nachdem er vergeblich die vollbesetzte Synagoge attackiert hat. Der Täter von Hanau wirkt zudem, so erscheint es heute, wie ein Sendbote des politischen Wahns, der vom Frühjahr an mit der rasanten Radikalisierung der Coronaleugner über das Land hereinbricht.

Der psychisch labile Rathjen kombiniert rechtsextreme Vernichtungsfantasien mit Verschwörungstheorien, die später bei Coronaprotestlern kursieren. Rathjen verbreitet vor der Tat im Internet, in den USA würden Geheimgesellschaften in unterirdischen Lagern Kinder töten. So raunt auch die QAnon Bewegung, die von Amerika aus mit blutrünstigen Verschwörungsmethoden bei Coronaleugnern andockt.

"Verschwörungsideologien schaffen eine Rechtfertigung für Anschläge", sagt Verfassungsschutzchef Freier. "Dann fehlt manchmal nur ein Funke, dass allein handelnde Täter zuschlagen." Freier vermeidet den Begriff "Einzelräuber", denn solche Leute seien "ideologisch nie allein". Dieser Typus sei aktuell die größte Gefahr. Meist radikaliert über soziale Netzwerke und für die Sicherheitsbehörden schwer zu erkennen. "Das Potenzial ist groß", warnt Freier. "Und es schwilzt anlassbezogen noch an."

Gefährlicher Coronaprotest

Radikal militant Terror von rechts, Gewalt von links, islamistische Anschläge und aggressive Corona-Leugner: Welche Gefahren drohen im kommenden Jahr?

Der Verfassungsschützer betont, "der rechtsextremistische, allein handelnde Täter ist in Deutschland aktuell sogar gefährlicher als der allein handelnde islamistische Täter". Das könnte sich wieder ändern, doch 2020 sei das rechte Terrorrisiko durch die zunehmende Vermischung von Neonazis, Reichsbürgern, Corona-Leugnern und radikalen Impfgegnern weiter gewachsen. Die von Rechtsextremisten geschürte Endzeitstimmung und die Sehnsucht nach dem "Tag X", dem Beginn eines Bürgerkriegs und der großen Abrechnung mit allen Gegnern, verbinde die Milieus im Ungeist. Freier warnt, "das Apokalyptische der Verschwörungsmythiker verbindet sich mit dem Rechtsextremismus". Das könnte gerade auch bei Coronaleugnern "in seiner Konsequenz zu Terror führen". Und es gibt Warnzeichen.

Im Oktober werfen in Berlin mutmaßliche Corona-Leugner Brandsätze auf das Gebäude des Robert-Koch-Instituts. Nur Stunden später explodiert im Bezirk Mitte nahe dem Sitz der Leibniz-Gemeinschaft ein Sprengsatz. Die Gemeinschaft ist ein Verbund von Forschungsinstituten, mehrere befassen sich mit Corona.

Am Tatort findet die Polizei ein Bekennerschreiben mit wilden Parolen. Alle staatlichen Beschränkungen wegen Corona müssten eingestellt werden, die Bundesregierung müsse zurücktreten, es müssten Neuwahlen abgehalten werden.

Im November, am Rande der Demonstration der "Querdenker" während der Debatte im Bundestag zum Infektionsschutzgesetz, brennt nahe dem Brandenburger Tor ein Grillanzünder auf dem Reifen eines Polizeifahrzeugs. Hätten Zeugen nicht Einsatzkräfte alarmiert, wäre der Wagen in Flammen aufgegangen.

Pandemie und Gewalt

Wie sich politische Konflikte während der Coronakrise aufheizen, dokumentiert ein Papier der Bundesregierung. Von März bis Ende November hätten die Länderpolizeien dem Bundeskriminalamt 297 Gewaltstraftaten "im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie" gemeldet, heißt es in einer Antwort auf eine Anfrage der Linkspartei. Die meisten Straftaten, insgesamt 160, werden linken Tätern zugeordnet, bei 48 Delikten gelten Rechte als verantwortlich. 89 Straftaten sind bislang nicht genau zuzuordnen. Bei 155 Gewalttaten war nach Angaben der Polizei der Staat das Angriffsziel.

Eine etwas sperrige Angabe zeugt vom rechtsextremen Terrorrisiko in der Coronakrise. Sei Beginn der Pandemie habe sich das "Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus (GETZ-R) mit 28 Sachverhalten" beschäftigt. Das GETZ, 2012 gegründet als Reaktion auf den NSU-Schock, ist eine Informationsplattform für 40 Sicherheitsbehörden. Thema waren offenkundig auch die Anschläge auf das Robert-Koch-Institut und nahe der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin.

AfD zündelt mit

Der Hamburger Verfassungsschutz warnt Mitte Dezember, Protagonisten der rechtsextremen AfD-Vereinigung "Der Flügel" beteiligten sich "radikalisierend an den Protesten gegen staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie". Ein Flügel-Anhänger wirbt in den sozialen Netzwerken für Gewalt. "Die Zeit des friedlichen Widerstands ist vorbei", schreibt das AfD-Mitglied, "wenn Ihr einen Gegner habt, der eine Maschinenpistole hat, bringt es nichts, mit Pfeil und Bogen dagegen zu arbeiten (...) Entweder wir haben die Masse, oder wir müssen halt andere Taktiken machen, ja so Guerillataktiken (...) Kann sich jeder selber überlegen, was man da machen kann. Und dann eben das System ausnutzen, wo man kann." Das ist die Sprache extremistischer Militanz. Ein Sound wie bei Islamisten und anderen Fanatikern.

Dresden, Paris, Nizza, Wien

Die Serie islamistischer Anschläge hat die Sicherheitsbehörden erschreckt. Längere Zeit war es in Westeuropa halbwegs ruhig geblieben, die Terrormiliz "Islamischer Staat" schien nach ihren Niederlagen in Syrien und Irak lahmgelähmt. Doch der Terror brach wieder hervor. Erst ohne offensichtliche Beteiligung des IS, dann auch gezielt von ihm geschürt.

Radikal militant Terror von rechts, Gewalt von links, islamistische Anschläge und aggressive Corona-Leugner: Welche Gefahren drohen im kommenden Jahr?

In Dresden ersticht am 4. Oktober ein junger Syrer aus Hass auf Homosexuelle einen schwulen Touristen. Der Täter ist Anhänger des IS, handelt aber auf eigene Faust. Zwölf Tage später entthauptet ein junger Tschetschene in einem Vorort von Paris den Lehrer Samuel Paty, der im Unterricht über die umstrittenen Mohammed-Karikaturen sprach. Am 29. Oktober stürmt in Nizza ein junger Tunesier mit einem Messer in eine Kirche, drei Menschen sterben. Vier Tage danach schießt in Wien ein junger, in Österreich geborener Islamist auf Menschen, die kurz vor dem Lockdown noch mal in Straßencafés sitzen. Vier Tote, 23 Verletzte. Zu diesem Anschlag bekennt sich der IS.

"Wien" bereitet Verfassungsschützer Freier noch größere Sorge als die anderen islamistischen Anschläge. Die Tat zeige, "dass der IS in den Ländern der Europäischen Union wieder Strukturen aufbauen will". Die Terrormiliz habe den Angriff beeinflusst, der Täter sei möglicherweise in eine offenbar neu belebte Balkan-Connection des IS eingebunden gewesen. "Da ist eine langfristige Strategie zu erkennen", sagt Freier, "das erhöht die Gefahr weiterer Anschläge der Terrormiliz - und das Risiko, dass Nachahmer als allein handelnde Täter zuschlagen".

Salafisten und Muslimbrüder

Der IS rekrutiert seine Anhänger aus der Szene der Salafisten. Sie sind die fanatischsten Islamisten, allein aus Deutschland sind einst mehr als 1000 nach Syrien zur Terrormiliz gereist. Doch der militärische Niedergang des IS und Vereinsverbote in der Bundesrepublik haben die hiesige Szene in die Defensive gezwungen. Weniger gefährlich ist sie jedoch nach Freiers Erkenntnissen keineswegs. Auch wenn sie derzeit nicht weiter wächst.

Die Zahl der Salafisten sei bei etwa 12 200 stehengeblieben, sagt Freier. Doch die Szene verfestige sich weiter, "durch alte und neue Netzwerke, auch bei salafistischen Frauen". Es gebe "Ideologeschulungen und Spendenaktionen". Außerdem näherten sich Salafisten und Muslimbruderschaft (MB) weiter an. Die 1928 gegründete, älteste islamistische Vereinigung der arabischen Welt tritt in Deutschland nach außen hin betont friedfertig und integrationsbereit auf.

"Die erwecken den Eindruck, sie könnten im Kampf gegen den Terror helfen", sagt Freier. Doch intern werde der Kampf gegen Israel gepredigt. Die mit der Bruderschaft liierte palästinensische Terrorbewegung Hamas werde weiter unterstützt. So wird die MB auch für radikaler auftretende Salafisten attraktiv. "Wir beobachten, dass Salafisten in Moscheen der Muslimbrüder gehen", sagt Freier. "So entstehen auch neue Netzwerke."

Linksextreme fast wie die RAF

Neben der Militanz von Rechten und Islamisten beunruhigt die Sicherheitsbehörden die wachsende Aggressivität eines Teils der linksextremen Szene. Vor allem in der Hochburg Leipzig. Das Jahr 2020 beginnt mit heftigen Krawallen im Szeneviertel Connewitz, doch Randale auf der Straße ist offenbar nur ein Teil des Problems. Anfang November nimmt die Polizei in Leipzig die Studentin Lina E. fest. Die Bundesanwaltschaft wirft der jungen Frau vor, eine kriminelle Vereinigung dirigiert zu haben.

Der linksextreme Trupp, mindestens ein Dutzend Personen, soll 2019 in Eisenach (Thüringen) eine Gaststätte überfallen haben, in der sich Rechtsextreme treffen. Bei dem massiven Angriff wurden mehrere Personen verletzt. Laut Bundesanwaltschaft folgte dann noch eine Attacke auf den Betreiber des Lokals. Im Juni 2020 sollen Lina E. und ihre Leute zudem in Leipzig die Wohnanschrift eines Rechtsextremisten ausgespäht haben, um ein Attentat auf ihn zu verüben. Verfassungsschutzchef Freier mahnt, "hier gilt es wachsam zu bleiben und konsequent gegenzusteuern, um Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern, wie sie einzelne Gruppierungen Anfang der 1970er Jahre in Deutschland durchlaufen haben". Eine Minderheit in der linksextremistischen Szene radikaliere sich weiter, linksextremistische Taten würden professioneller, "die Hemmschwellen für schwere Gewaltdelikte sinken und die Taten sind direkt gegen Einzelpersonen gerichtet". Das klingt wie die Frühphase der RAF.

Erfolge der Sicherheitsbehörden

Bei Terrorgruppen gelingt es den Behörden eher als bei Einzeltätern, rechtzeitig Informationen zu erhalten. Im Februar fliegt die Bande um den Rechtsextremisten Werner S. auf. Die Bundesanwaltschaft wirft den elf Männern

Radikal militant Terror von rechts, Gewalt von links, islamistische Anschläge und aggressive Corona-Leugner:
Welche Gefahren drohen im kommenden Jahr?

vor, sie hätten mit Anschlägen auf Moscheen und politische Gegner "bürgerkriegsähnliche Zustände" herbeiführen wollen. Im April wird in Nordrhein-Westfalen eine Terrorzelle des IS ausgehoben. Die fünf Tadschiken wollten US-Einrichtungen angreifen und einen Islamkritiker töten. Auch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zeigt Härte. Er verbietet die militant rechten Gruppen Combat 18, Nordadler und Sturmbrigade 44, den Reichsbürgertrupp "Geeinte deutsche Völker und Stämme" und den Ableger der libanesisch-schiitischen Terrororganisation Hisbollah. So viele Schläge in einem Jahr hat noch kein Innenminister ausgeteilt.

Graphic

Tatort Wien. Am 2. November ermordet der mit dem IS sympathisierende Kujtim Fejzulai vier Menschen. Bei einem Feuergefecht erschießt ihn die Polizei.

Tatort Hanau. Am 19. Februar erschießt Tobias Rathjen aus rassistischen Motiven neun Menschen. Wenig später tötet er seine Mutter und sich selbst.

Tatort Leipzig-Connewitz. Am 1. Januar kommt es zu gewaltsamen Ausschreitungen von Linksextremisten. Dabei wird ein Polizist schwer verletzt.

Fotos: Christine Schultze/dpa, Roland Schlager/dpa, Sebastian Willnow/dpa

Foto: Frank Jansen

Burkhard Freier R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ISLAM & MUSLIME (90%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (90%); RASSISMUS & FREMDENFEINDLICHKEIT (90%); RELIGION & GLAUBE (90%); TERRORANSCHÄLGE (90%); VERSCHWÖRUNG (90%); ATTENTATE (89%); AUSSCHREITUNGEN (89%); CORONAVIRUS COVID-19 (89%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (89%); VIREN (89%); ANTISEMITISMUS (78%); BOMBEN & SPRENGKÖRPER (78%); BOMBENANSCHÄLGE (78%); EXPLOSIONEN (78%); FAMILIE (78%); BRÄNDE (77%); POLITIK (76%); SCHIESSEREIEN (74%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (73%); SOCIAL MEDIA (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); VERBRECHEN (68%); SOZIALE NETZWERKE (65%); FORSCHUNGSGESELLSCHAFTEN (61%); ANTI-IMPF-BEWEGUNG (60%)

Industry: SOCIAL MEDIA (70%); SOZIALE NETZWERKE IM INTERNET (70%); ANTI-IMPF-BEWEGUNG (60%)

Geographic: KASSEL, DEUTSCHLAND (71%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (58%); BERLIN, DEUTSCHLAND (56%); HALLE, DEUTSCHLAND (56%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (78%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (57%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (57%); DEUTSCHLAND (88%); NORDAMERIKA (79%)

Radikal militant Terror von rechts, Gewalt von links, islamistische Anschläge und aggressive Corona-Leugner:
Welche Gefahren drohen im kommenden Jahr?

Load-Date: December 28, 2020

End of Document

Im Fall Lina E.

Der Tagesspiegel

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; Titel; S. 1

Length: 71 words

Body

Die Bundesanwaltschaft geht gegen das Urteil im Fall der Linksextremistin Lina E. und drei weiterer Angeklagter vor. Sie lege Revision ein, bestätigte eine Sprecherin am Freitag. Zuerst hatte der „Spiegel“ darüber berichtet. Das OLG Dresden hatte Ende Mai mehrjährige Haftstrafen verhängt. Die Bundesanwaltschaft hatte höhere Strafen gefordert. Die Angeklagten hatten bereits am Donnerstag ebenfalls Revision eingelegt. (Tsp)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: GERICHTSURTEILE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); STRAFZUMESSUNG (88%); GEFÄNGNISSTRAFEN (85%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Load-Date: June 12, 2023

End of Document

Linksextremismus

Der Tagesspiegel

Donnerstag 08. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6

Length: 187 words

Body

Im Dresdner Linksextremismus-Prozess haben Lina E. und drei beschuldigte Männer Revision gegen das vor einer Woche gesprochene Urteil eingelegt. Die Akten würden nun zum Bundesgerichtshof weitergeleitet, teilte eine Sprecherin des Oberlandesgerichts Dresden mit. Wie lange das Revisionsverfahren dauern werde, sei offen.

Die 28-jährige Lina E. und drei Männer waren am 31. Mai vor dem Oberlandesgericht Dresden wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen linksextremistischen Vereinigung beziehungsweise wegen ihrer Unterstützung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Sie sollen zwischen 2018 und 2020 in unterschiedlicher Beteiligung Rechtsextreme tödlich angegriffen haben (AZ.: 4 St 2/21). Alle vier sind derzeit auf freiem Fuß.

Den bisherigen Haftbefehl gegen Lina E. hatte der Senat mit der Urteilsverkündung unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Die zuletzt in Leipzig wohnende Frau saß bereits mehr als 2,5 Jahre in Untersuchungshaft. Die Strafen seien nach einer rechtskräftigen Verurteilung zu verbüßen, hieß es. Falls Fluchtgefahr bestehe, könnten Haftbefehle aber auch früher geltend gemacht werden. (epd)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: GERICHTSHÖFE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); VERHAFTUNGEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (88%); STRAFZUMESSUNG (88%); GEFÄNGNISSTRAFEN (72%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

In dieser Ausgabe

Der Tagesspiegel

Montag 05. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: INHALT; INHALT; S. 2

Length: 92 words

Body

Personen

Friedrich Merz

4

Ricarda Lang

5

Lina E.

6

Wladimir Putin

8

Arnold Schwarzenegger

10

Recep Tayyip Erdogan

10

Nashi44, Pocket Hazel

16

Robert Habeck, Cem Özdemir

18

Klaus Müller

20

In dieser Ausgabe

Till Lindemann

23

Amanda Gorman

24

Kate Beaton, Barack Obama

26

Bob Dylan

26

Oliver Glasner

28

Alexia Putellas

29

Alexander Zverev

31

Firmen & Institutionen

ChatGPT

3

AfD, CDU

4

OpenAI

5,10

NPD

5

Med. Hochschule Hannover

15

Elster

20

Bundesnetzagentur

20

Amazon

In dieser Ausgabe

22

Rammstein

23

Ver.di

31DFB-Pokal, RB Leipzig

28

FC Barcelona

29

French Open

31

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: FUSSBALL (86%); GENERATIVE KI (86%); CHATBOTS & CHATGPT (84%)

Industry: GENERATIVE KI (86%); CHATBOTS & CHATGPT (84%)

Person: CEM ÖZDEMIR (71%); WLADIMIR PUTIN (58%); RECEP TAYYIP ERDOGAN (57%); BARACK OBAMA (55%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

In dieser Ausgabe

Der Tagesspiegel

Donnerstag 01. Juni 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: INHALT; INHALT; S. 2

Length: 88 words

Body

Personen

Michael Kretschmer

4

Robert Habeck

5

Lina E.

6

Nancy Faeser

7

Ilham Alijew, Nikol Paschinjan

8

Recep Tayyip Erdogan

11

Verena Klusmann

12

Peter Vajkoczy

15

Donatella Di Cesare

16

In dieser Ausgabe

Katrin Seddig

23

Karl Alfred Loeser

24

Mia Goth

25

Susanne Kennedy

26

Doris Salcedo

27

Mathias Wolf, Elvir Osmankovic

28

Tim Walter

30

Firmen & Institutionen

AfD

3,4

Auswärtiges Amt

5

IS

6

EU

7,8

KFOR

9

Nato

11

EZB

18

Deutsche Bank

In dieser Ausgabe

18

Deutsche Bahn, EVG

19

Bundesagentur für Arbeit

19

PwC

21

ZDF

24

Fondation Beyeler

27

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: ZENTRALBANKEN (86%); AUSWÄRTIGE ÄMTER & DIPLOMATISCHE DIENSTE (84%); ARBEITSMINISTERIEN (52%)

Company: DEUTSCHE BAHN AG (51%); DEUTSCHE BANK AG (51%)

Ticker: DB (NYSE) (51%); DBETN (JSE) (51%); DBK (BIT) (51%); DBK (FRA) (51%); DEUT (JSE) (51%)

Industry: NAICS492110 COURIERS & EXPRESS DELIVERY SERVICES (51%); NAICS482111 LINE-HAUL RAILROADS (51%); SIC4731 ARRANGEMENT OF TRANSPORTATION OF FREIGHT & CARGO (51%); SIC4724 TRAVEL AGENCIES (51%); SIC4513 AIR COURIER SERVICES (51%); SIC4013 RAILROAD SWITCHING & TERMINAL ESTABLISHMENTS (51%); SIC4011 RAILROADS, LINE-HAUL OPERATING (51%); NAICS522110 COMMERCIAL BANKING (51%); NAICS523150 INVESTMENT BANKING AND SECURITIES INTERMEDIATION (51%); NAICS523940 PORTFOLIO MANAGEMENT AND INVESTMENT ADVICE (51%); SIC6081 BRANCHES & AGENCIES OF FOREIGN BANKS (51%); SIC6211 SECURITY BROKERS, DEALERS, & FLOTATION COMPANIES (51%); SIC6282 INVESTMENT ADVICE (51%); ZENTRALBANKEN (86%)

Person: RECEP TAYYIP ERDOGAN (57%)

In dieser Ausgabe

Load-Date: May 31, 2023

End of Document

Artikel 8 GG

Der Tagesspiegel

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: CHECKPOINT; S. B3

Length: 104 words

Body

In Berlin sind am Mittwoch 13 Demonstrationen angemeldet, darunter „Unsere Solidarität gegen ihre Repression - Kundgebung gegen Polizeigewalt“ mit 20 Teilnehmenden in der Wilsnacker Straße (8 Uhr), „Milchbauern baden aus, was die Politik verschlafen/versäumt hat“ mit 30 Protestierenden des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhälter in der Wilhelmstraße (10 Uhr), „Urteilsverkündung im Antifa-Ost Verfahren. Solidarität mit Lina E. und allen politischen Gefangenen“ mit 100 Teilnehmenden ab Tempelhofer Damm 12 (17.30 Uhr) und „Mahnwache für den Frieden“ mit 20 Menschen vom Korea Verband e.V. in der Bremer Straße (20 Uhr).

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); POLIZEIBRUTALITÄT (88%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (87%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (72%); POLITISCHE GEFANGENE (71%)

Geographic: BREMEN, DEUTSCHLAND (57%); BERLIN, DEUTSCHLAND (79%)

Load-Date: May 30, 2023

Linksextremismus

Der Tagesspiegel

Donnerstag 06. April 2023

Copyright 2023 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7

Length: 116 words

Body

Im Prozess gegen vier mutmaßliche Linksextremisten vor dem Oberlandesgericht Sachsen hat die Bundesanwaltschaft mehrjährige Haftstrafen gefordert. Für die Hauptbeschuldigte Lina E. beantragte sie am Mittwoch in Dresden wegen einer Reihe von Angriffen auf Rechtsextreme acht Jahre Freiheitsstrafe. Die drei angeklagten Männer sollen zwischen zwei Jahren und neun Monaten sowie drei Jahren und neun Monaten ins Gefängnis. Die Bundesanwaltschaft sieht nach Angaben einer Gerichtssprecherin den Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung im besonders schweren Fall als erwiesen an. Für die 28-jährige Lina E. beantragten die Ankläger die Fortdauer der Untersuchungshaft wegen Fluchtgefahr. (AFP)

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: TSPI

Subject: GEFÄNGNISSTRAFEN (91%); GERICHTSPROZESSE (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ANKLAGEN (88%); GERICHTSHÖFE (88%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (86%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: April 5, 2023

NACHRICHTEN

Der Tagesspiegel

Samstag 29. Mai 2021

Copyright 2021 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK FQT:SPÄT; S. 005; Ausg. Der Tagesspiegel Nr. 24548 VOM 29.05.2021 SEITE 005

Length: 140 words

Body

Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Leipziger Linksextremisten

Berlin - Die Bundesanwaltschaft hat, wie sie jetzt bekannt gab, am 14. Mai vier Mitglieder der linksextremen Szene in Leipzig wegen massiver Angriffe auf Rechtsextremisten angeklagt. Die Angeklagten, darunter eine Frau, hätten sich als Mitglieder an einer kriminellen Vereinigung beteiligt, teilte die Behörde in Karlsruhe mit. Die Gruppe soll vom Oktober 2018 bis zum Februar 2020 in Wurzen (Sachsen), Leipzig und Eisenach (Thüringen) mit Schlägen und Tritten sowie dem Einsatz von Reizstoffsprühgeräten Rechtsextreme verletzt haben. Als Anführerin gilt die Studentin Lina E. Sie soll zudem in einem Baumarkt zwei Hämmer gestohlen und einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes einen Stoß versetzt haben. Die Hämmer waren offenbar für Angriffe auf Neonazis vorgesehen. fan

Graphic

R

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: ANKLAGEN (90%); STAATSANWÄLTE (90%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%)

Industry: STAATSANWÄLTE (90%); BAUSTOFF-FACHHANDEL (68%)

NACHRICHTEN

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (89%); BERLIN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (74%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: May 28, 2021

End of Document

No Headline In Original

Der Tagesspiegel

Donnerstag 26. April 2012

Copyright 2012 Verlag Der Tagesspiegel GmbH Alle Rechte Vorbehalten



Section: TICKET; S. 9; Ausg. 21315

Length: 971 words

Body

DONNERSTAG, 26.4.

LESUNGEN

Literaturforum im Brecht-Haus

Tagebuch aus dem Ghetto Litzmannstadt,

von Jakub Poznanski, Wolfgang Benz im

Gespräch mit Ingo Loose (Hg.), 20 Uhr

Literaturhaus Berlin

Brecht: Notizbücher und Lieder zur Klampfe,

von und mit: Martin Kölbel, Peter Villwock,

Ulrich Matthes, Buchpremiere, Musik: Felix Lüke, 20 Uhr

Literaturwerkstatt Berlin

Luxemburg ist groß, Lesung und Gespräch

mit Anise Koltz und Jean Krier, Mod.: Ulrike

Draesner, 20 Uhr

Prince Charles Vorb. leserlounge@zitty.de,

zitty Leserlounge: Normal hält das -

Vom Hausbau und anderen Katastrophen,

von und mit: Matthias Kalle, Buchpremiere, Mod.: Christoph Koch, 20 Uhr

VORTRÄGE

No Headline In Original

Erinnerungsstätte Notaufnahmelager

Marienfelde Humanitäre Organisation

und Nachrichtendienst: Die 'Kampfgruppe

gegen Unmenschlichkeit' (KgU) im Notaufnahme verfahren, Keith Allen,

Enrico Heitzer, 19 Uhr

Urania

Extremismus und Verfassungsschutz,

Prof. Dr. Wolfgang Wippermann, 19.30 Uhr

FREITAG, 27.4.

LESUNGEN

Gattas Wein-Café

Eintritt frei, von und mit: Cornelie Becker, 20 Uhr

Instituto Cervantes Vorb. bibber@cervantes.es, Café Literario - Literarisches Café: El hablador (Der Geschichtenerzähler), von Mario Vargas Llosa, Roman, 18.30 Uhr, in spanischer

Sprache, Bibliothek

Literaturforum im Brecht-Haus

Humor und Melancholie: ein Dialog,

mit Marleen Stoessel und Josef Zehetbauer, Mod.: Hubert Winkels, 20 Uhr

Literaturhaus Berlin

Deutsch-israelische Literaturtage 2012:

Hier und andernorts, von und mit: Eshkol

Nevo, Arye Sharuz Shalimar, mit Diskussion, Mod.: Arne Schneider; in dt. + hebrä.

Sprache, 20 Uhr

VORTRÄGE

Forum Berufsbildung

Vorb. http:

www.planz-studienberatung.de/

elternseminare-berlin, Eltern werden zu

Studienberatern für ihre Kinder!, Kostenlose Orientierungsseminare für Eltern zur Studienwahl von Abiturienten, 13 Uhr, Anm. erf.

SONNABEND, 28.4.

No Headline In Original

LESUNGEN

Berliner Bücherhimmel

Wellness für die Seele - Lesefestival:

Mit Yoga zu einem wohligen Körpergefühl,

von und mit: Margit Kaufmann, 14 Uhr, Foyer

corbo Sarah Schmidt liest,

Kurzgeschichten, 20.15 Uhr

Lettrétage Spur der Stimmen - Unterwegs

zu Johannes Bobrowski, von und mit: Klaus

Völker, 19.30 Uhr

Literaturhaus Berlin beziehungsweise(n) - Deutsch-israelische Literaturtage: Feindesland, von und mit: Amichai Shalev, Dirk Kurbjuweit,

in dt. u. herbrä. Sprache mit Simultanübers., 18 Uhr, Gorki Studio

VORTRÄGE

Galerie Neurotitan

Justseeds - Agit-Prop and Interventions:

Kunst und Politik - Praxis einer KünstlerInnen-

Kooperative, mit Diskussion, 20 Uhr

Haus der Kulturen der Welt

Spot On: Architecture | #2 Art & Architecture, Gespräch, 14 Uhr

KW Institute for Contemporary Art

7. Berlin Biennale für zeitgenössische Kunst, Gesprächsveranstaltung mit den Partnern der Solidaritätsaktionen, 20 Uhr

SONNTAG, 29.4.

LESUNGEN

Berliner Bücherhimmel Wellness für die Seele - Lesefestival: Was ist überhaupt ein gelungenes Leben? Die zwölf Säulen der Heiterkeit,

von und mit: Michael Korth, 12 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung

beziehungsweise(n) - Deutsch-israelische

Literaturtage: Fernbeziehungen, von und

No Headline In Original

mit: Yotam Tolub, Olga Grjasnowa, in dt. + hebrä. Sprache m. Simultanübers., 19.30 Uhr

Literaturwerkstatt Berlin

Wie man Verse schmuggelt, Lesung und

Gespräch mit Ayana Erdal (Jerusalem) und

Orsolya Kalász (Berlin), Mati Shemoelof

(Tel Aviv) und Mirko Bonné (Hamburg),

Mod.: Rafael Seligmann, 11 Uhr

Schaubühne

Mittelreich, von und mit: Josef Bierbichler,

Gesprächspartner: Thomas Ostermeier, 19.30 Uhr

VORTRÄGE

Archiv der Jugendkulturen

Vorb. archiv@jugendkulturen.de,

Zeichensetzungen im urbanen Raum: eine

Geschichte des Graffiti, Martin Gegenheimer, Matze Jung, mit Exkursion, 13 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung beziehungsweise(n) - Deutsch-israelische Literaturtage: Solidarität, politische Diskussion mit Stav Shaffir, Aviram Golan u. Hubert Winkels, 17 Uhr

MONTAG, 30.4.

LESUNGEN

Jüdisches Museum Vorb. 882 42 50,

Vergesst Auschwitz!, von und mit: Henryk

M. Broder, Buchpräsentation, 19.30 Uhr,

Gr. Saal

Literaturhaus Berlin

Wortservierungen: Der Teufel ist los -

Hexenwahn, von Bruno Gloger, es liest: Richard Burger, 21 Uhr, Café Wintergarten

VORTRÄGE

Acud The Crit - Auf ein Wort: Kunst im Dialog, 20 Uhr, Galerie

Galerie Neurotitan With my microphone -

story telling through U.S, Lina E. Johansson,

No Headline In Original

mit Radio-Beiträgen und Lichtbildern, 19 Uhr

DIENSTAG, 1.5.

LESUNGEN

Buchhändlerkeller

Bilder wie Gedichte, von und mit: Hans Wap, Lyrik, mit Ausstellungseröffnung, 20.30 Uhr,

Schokoladen Mitte LSD - Liebe Statt Drogen, Lesebühne, 20.30 Uhr

VORTRÄGE

Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche Musik in der Theresienstadt, Gaby Flatow, 20 Uhr, Kapelle

MITTWOCH, 2.5.

LESUNGEN

Katholische Akademie

im trafo an der strasse wohnte gott - Lyrik und Religion I, Lesung und Gespräch mit Lutz Seiler und Michael Braun, 19 Uhr

Lettrétage Wortwuchs, von und mit: Robert Loth, Linus Westheuser, Rike Scheffler u. a., Vorstellung der neuen Ausgabe des Literatur journals - Texte von Linus Westheuser, Rike Scheffler, Lea Schneider, Robert Loth, Anja Kampmann, Fabian Hischmann, Sandra

Gugic, Kathrin Bach u. a., 19.30 Uhr

Literaturforum im Brecht-Haus

"Mein Kampf" - Ein Blick ins Buch und zwei

daneben, Gespräch mit Alfred Eichhorn und

Wolfgang Benz, 20 Uhr

Schropp Brandenburg, landeinwärts, von und mit: Martin Mosch, Reisebuch, Wanderführer, Buchpremiere, 20 Uhr

VORTRÄGE

Akademie der Künste am Pariser Platz

Unerzählte Geschichten aus Deutschland.

Gespräche zur Filmdramaturgie,

Podiumsgespräch mit Hans-Christian

Schmid, Christiane Voss u. Bert Rebhandl, Mod.: Rüdiger Suchsland, 19 Uhr,

Plenarsaal

Italienisches Kulturinstitut

Vorb. antwort.iicberlino@esteri.it, Kritische

No Headline In Original

Blicke auf Propaganda und Totalitarismus,

Harald Bodenschatz, Die Funktion der

Architektur, Buchvorstellung "Städtebau für

Mussolini", Einf./Mod.: Mara Pinardi, 19 Uhr

Max Planck Science Gallery

Young Scientists - Promovieren bei der Max-Planck-Gesellschaft - Neurowissenschaften: Singen als Sprachtherapie?

Rhythmus schlägt Melodie, Benjamin

Stahl, 18 Uhr

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Subject: LITERATUR (90%); LITERATURKRITIK (90%); ROMANE & KURZGESCHICHTEN (89%); BIBLIOTHEKEN (78%); FESTSPIELE & KUNSTAUSSTELLUNGEN (78%); URHEBERRECHT (78%); BILDENDE & DARSTELLENDE KUNST (77%); STIFTUNGEN (74%); ELTERNSCHAFT (69%); AUSSTELLUNGEN (60%)

Industry: LITERATURKRITIK (90%); BIBLIOTHEKEN (78%); FESTSPIELE & KUNSTAUSSTELLUNGEN (78%); AUSSTELLUNGEN (60%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (92%); ISRAEL (87%); SPANIEN (56%)

Load-Date: April 25, 2012

End of Document

Date and Time: Tuesday, 8. August 2023 16:52:00 CEST

Job Number: 203065185

Documents (11)

1. [Politik Kompakt I Fall Lina E.: Bundesanwaltschaft legt Revision ein ++ Bundesjustizminister: Buschmann warnt vor Chatkontrolle ++ Parteien fusionieren: Rechtspopulisten bilden Bündnis](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

2. [Angespannte Stimmung am "Tag X" in Leipzig Nach dem Urteil gegen Lina E. wollen Linksextremisten am Wochenende Leipzig aufmischen. Die Polizei riegelt die Stadt ab](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

3. [Die Angst vor dem großen Knall Linksextreme rufen zu Protesten in Leipzig auf. Ein Demo-Verbot wollen sie ignorieren. Die Wut der Szene ist nach dem Urteil gegen eine militante Gruppe groß](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

4. [Die Gewaltteilung In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden in rechtsfreie Zonen. Sie bekämpfen mit schonungsloser Brutalität Bürger, den Staat - und liefern sich erbitterte Revierkämpfe](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type

News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08,



5. Die Gewaltteilung In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden in rechtsfreie Zonen. Sie bekämpfen mit schonungsloser Brutalität Bürger, den Staat - und liefern sich erbitterte Revierkämpfe

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

6. Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

7. Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

8. Seit Jahren im Dauerstress-Zustand Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wettstreit ein

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type
News

Narrowed by

Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

9. Seit Jahren im Dauerstress-Zustand Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wettstreit ein

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:



Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

10. [Liebe Leserinnen, liebe Leser,](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

11. [Nachrichten Illegale Einreise über Belarus : Bundespolizei nimmt Schleuser fest ++ Berlin-Wahl: SPD liegt mit Giffey in Führung ++ Mali -Mission: Grüne fordern schnelle Konsequenzen ++ Ausschreitung in Leipzig: Brennende Barrikaden nach Demonstration](#)

Client/Matter: -None-

Search Terms: "Lina E."

Search Type: Natural Language

Narrowed by:

Content Type	Narrowed by
News	Zeitungen; Timeline: Zurück 2 Jahre (Nach August 08, 2021); Sprache: German; Quellen: Die Welt am Sonntag

Politik Kompakt I; Fall Lina E.: Bundesanwaltschaft legt Revision ein ++ Bundesjustizminister: Buschmann warnt vor Chatkontrolle ++ Parteien fusionieren: Rechtspopulisten bilden Bündnis

Welt am Sonntag

11. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: POLITIK; NACHRICHTEN; S. 4; Ausg. 24

Length: 342 words

Body

Fall Lina E.

Bundesanwaltschaft legt Revision ein

Die Bundesanwaltschaft hat gegen das Urteil im Fall der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. und drei weitere Angeklagte Revision eingelebt. Das bestätigte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft. Zur Begründung der Revision wurde zunächst nichts bekannt. Das Oberlandesgericht Dresden hatte am 31. Mai gegen die Studentin Lina E. aus Leipzig und drei Männer mehrjährige Haftstrafen verhängt. Im Fall der 28-Jährigen verhängte der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Dresden unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Die Bundesanwaltschaft hatte acht Jahre für die Frau gefordert. Sie betrachtet Lina E. als "Rädelsführerin".

Bundesjustizminister

Buschmann warnt vor Chatkontrolle

Bundesjustizminister Marco Buschmann hat bei einem EU-Treffen in Luxemburg vor Plänen für Chatkontrollen gewarnt. Es könnte nicht sein, dass der Staat in jede mit einem Messengerdienst verschickte Nachricht präventiv einfach mal reinschau, sagte der FDP-Politiker am Freitag. Er kündigte an, bei seinen EU-Kollegen für diese Position werben zu wollen. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hatte im Mai 2022 einen Vorschlag für eine Verordnung vorgelegt, um die Verbreitung von Darstellungen, die den sexuellen Missbrauch von Kindern zeigen, einzudämmen. Kritiker nutzen dafür das Schlagwort "Chatkontrolle". Sie sehen darin einen Versuch, die gesamte Kommunikation im Netz inklusive verschlüsselter Nachrichten zu scannen und fürchten Massenüberwachung.

Parteien fusionieren

Rechtspopulisten bilden Bündnis

Die rechtspopulistische Wählervereinigung Bürger in Wut (BiW) schließt sich mit der Kleinpartei Bündnis Deutschland zusammen. Bei einer Urabstimmung hätten mehr als 94 Prozent der BiW-Mitglieder für einen Verschmelzung votiert, teilte Bündnis Deutschland mit. Die Bürger in Wut hatten bei der Landtagswahl in Bremen Mitte Mai dieses Jahres deutliche Gewinne verbucht und mehr als neun Prozent der Stimmen geholt.

Politik Kompakt I; Fall Lina E.: Bundesanwaltschaft legt Revision ein ++ Bundesjustizminister: Buschmann warnt vor Chatkontrolle ++ Parteien fusionieren: Rechts....

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: STAATSANWÄLTE (94%); POLITISCHE PARTEIEN (91%); ANKLAGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); EUROPÄISCHE UNION (90%); GERICHTSURTEILE (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); POLITIK (90%); STRAFZUMESSUNG (90%); WAHLEN (79%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); GERICHTSHÖFE (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (78%); DEUTSCHE LANDTAGE (76%); KINDESMISSHANDLUNG & VERNACHLÄSSIGUNG (73%); MISSHANDLUNG & VERNACHLÄSSIGUNG (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (73%); SEXUALDELIKTE (73%); WÄHLER & WAHLEN (73%); ÜBERWACHUNG (73%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (63%); KINDER & JUGENDLICHE (52%)

Industry: STAATSANWÄLTE (94%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (74%); BREMEN, DEUTSCHLAND (59%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); EUROPÄISCHE MITGLIEDSTAATEN (93%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); LUXEMBURG (79%); DEUTSCHLAND (74%)

Load-Date: June 11, 2023

End of Document

[**Angespannte Stimmung am "Tag X" in Leipzig; Nach dem Urteil gegen Lina E. wollen Linksextremisten am Wochenende Leipzig aufmischen. Die Polizei riegelt die Stadt ab**](#)

Welt am Sonntag

4. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: Politik; S. 5; Ausg. 23

Length: 687 words

Byline: Lennart Pfahler

Body

Schon am Freitagabend brannten in Leipzig-Connewitz Barrikaden. Ursprünglich hatte die linksradikale Szene ihre Großdemonstration erst für Samstag geplant. Unter dem Motto "Tag X" wollten Autonome aus ganz Deutschland gegen die Verurteilung vier militanter Linksextremisten durch das Oberlandesgericht Dresden protestieren. Doch die Stadt Leipzig verbot die Versammlung. Sie gefährde die öffentliche Sicherheit, bestätigte das Verwaltungsgericht in Leipzig und später auch das Oberverwaltungsgericht in Bautzen.

Und so riefen linksradikale Gruppen kurzerhand zu dezentralen und "dynamischen" Protesten auf. Am Freitag bewarfen rund 700 Vermummte Polizisten im linken Szenekiez Connewitz mit Gegenständen. Die Autonomen zündeten Pyrotechnik und setzten Mülltonnen in Brand. Die Polizei bilanzierte am Samstagmorgen 23 verletzte Beamte.

Am Samstag war die Stimmung daher angespannt. Die Behörden hatten schon Freitag einen sogenannten Kontrollbereich eingerichtet. In großen Teilen des Stadtgebietes ermöglichte dieser der Polizei, auch ohne konkreten Anlass Personenkontrollen durchzuführen. In Zügen und an Bahnhöfen im Nahbereich waren verstärkt Polizeikräfte im Einsatz, um mögliche Störer schon bei der Anreise abzufangen. Vor allem allein reisende junge Männer in schwarzer Kleidung wurden von Beamten durchsucht. In den sozialen Medien machten zudem Meldungen die Runde, laut denen behördlichenbekannte Linksextremisten mit Meldeauflagen belegt wurden, um ihnen eine Anreise nach Leipzig zu untersagen.

Die linksradikale Szene will das Protestwochenende auch zur Selbstvergewisserung nutzen. Der Druck der Ermittlungsbehörden hat nicht nur durch das Urteil in Dresden zugenommen. Der Generalbundesanwalt ermittelt laut Informationen von WELT AM SONNTAG bereits gegen eine mutmaßliche zweite Reihe der am Mittwoch zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten kriminellen Vereinigung. Diese soll in mehreren Fällen seit spätestens 2018 tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten mit Schlagwerkzeug verprügelt und lebensgefährlich verletzt haben. Laut Informationen dieser Zeitung sind mittlerweile 15 Männer und Frauen ins Visier der Karlsruher Ermittlungsbehörde geraten. Während des Prozesses vor dem Oberlandesgericht Dresden hatte ein Kronzeuge, der sich nach internen Verwerfungen von der Szene losgesagt hatte, gegen zahlreiche ehemalige Komplizen ausgepackt.

Angespannte Stimmung am "Tag X" in Leipzig; Nach dem Urteil gegen Lina E. wollen Linksextremisten am Wochenende Leipzig aufmischen. Die Polizei riegelt die Stadt....

Besondere Prominenz erlangte die 28-jährige Studentin **Lina E.**, der das Gericht einer "herausgehobene Rolle" innerhalb der Gruppe attestierte. E. soll bei mehreren Angriffen Kommandos gegeben und Pfefferspray eingesetzt haben. Sie wurde zu fünf Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, aber unter Auflagen aus der Haft entlassen, bis das Urteil rechtskräftig ist.

Einer der verurteilten Unterstützer der Gruppierung gab am Mittwoch bei einer Kundgebung Fehler zu. Nicht jedoch die brutalen Angriffe seien falsch gewesen, sondern die mangelnde Verschleierung der Taten. Gewalt sei ein notwendiges und legitimes Mittel gegen die Herrschenden. "Antifaschistisches Engagement" richte sich nicht nur gegen Nazis, "sondern auch zwangsläufig gegen den Staat".

Zuletzt hatten sich mehrere polizeigesuchte Linksextremisten aus dem Umfeld der Gruppe in den Untergrund begeben. Das Bundeskriminalamt warnte bereits vor Parallelen zur RAF. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang sagte: "Die Schwelle zum Terrorismus sehen wir aktuell noch nicht überschritten, aber wenn sich die Radikalisierungsspirale weiterdreht und die Taten immer brutaler und hemmungsloser werden, dann rückt der Moment näher, in dem man auch von Linksterrorismus sprechen muss."

Die Polizeidirektion Leipzig wurde am Samstag eigenen Angaben zufolge von zahlreichen Hundertschaften samt Technik aus zwölf Bundesländern und von der Bundespolizei unterstützt. Die Sicherheitslage galt auch deshalb als besonders angespannt, weil mehrere andere Großveranstaltungen in Leipzig stattfanden. Darunter ein Stadtfest, ein Konzert des Sängers Herbert Grönemeyer und das Finale des Sachsenpokals im Fußball. Eine Absage der Partie war erwogen, letztlich aber verworfen worden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Freitagabend: Polizisten laufen an einer brennenden Barrikade vorbei

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (92%); BEAMTE (90%); GERICHTSHÖFE (90%); VERURTEILUNGEN (90%); ERMITTLEMENTEN (89%); GERICHTSURTEILE (89%); POLIZEIKRÄFTE (89%); STRAFZUMESSUNG (89%); TERRORISMUS (89%); BRÄNDE (78%); GEFÄNGNISSTRAFEN (77%); GERICHTSPROZESSE (77%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (77%); RECHTSANWÄLTE (77%); STAATSANWÄLTE (77%); TERRORORGANISATIONEN (77%); INSPEKTIONEN (76%); ZEUGEN (76%); JUSTIZMINISTERIEN (74%); SOCIAL MEDIA (73%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (72%)

Industry: RECHTSANWÄLTE (77%); STAATSANWÄLTE (77%); SOCIAL MEDIA (73%); ZÜGE (73%)

Angespannte Stimmung am "Tag X" in Leipzig; Nach dem Urteil gegen Lina E. wollen Linksextremisten am Wochenende Leipzig aufmischen. Die Polizei riegelt die Stad....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (91%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (89%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (74%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Die Angst vor dem großen Knall; Linksextreme rufen zu Protesten in Leipzig auf. Ein Demo-Verbot wollen sie ignorieren. Die Wut der Szene ist nach dem Urteil gegen eine militante Gruppe groß

Welt am Sonntag

3. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: Politik; S. 5; Ausg. 23

Length: 734 words

Byline: Lennart Pfahler

Body

Am Ende spricht einer der Angeklagten doch noch. Nicht im Gerichtssaal aber davor. Rund 100 Prozesstage hatten er und seine drei Mitbeschuldigten zu den Tatvorwürfen geschwiegen.

Dazu, dass die Gruppierung zwischen 2018 und 2020 in mindestens sechs Fällen Personen auflauerte und sie übel zurichtete. Opfer, die die Angreifer - meist berechtigt, einmal wohl fälschlicherweise - der rechtsextremen Szene zurechneten.

Der junge Mann wird verdeckt von einem Banner mit der Aufschrift "Free All Antifas". Befreit alle Antifaschisten. Er hält ein Mikrofon, wendet sich an eine Traube teils vermummter Unterstützer, die sich an diesem Mittwochnachmittag vor dem Oberlandesgericht Dresden versammelt haben.

Gewalt sei für ihn kein Selbstzweck, sagt der Mann über die aufgebauten Lautsprecher, "sondern ein Mittel, welches notwendig und legitim ist gegen Unterdrückung und Herrschaft". "Antifaschistisches Engagement" richte sich nicht nur gegen Nazis, "sondern auch zwangsläufig gegen den Staat".

Es ist auch ein Einschwören auf die kommenden Wochen. Die Zeit nach dem einschneidenden Urteil, das gerade gefallen ist. Fünf Jahre und drei Monate muss ein Kopf der angeklagten linksextremen Gruppe, die 28-jährige Lina E., ins Gefängnis. Sie gilt in der Szene als Ikone, seit Polizisten die Studentin im November 2020 in Leipzigs Connewitz festnahmen und mit dem Helikopter zum Ermittlungsrichter nach Karlsruhe flogen. Ihre männlichen Mitangeklagten trifft es ebenfalls hart. Auch gegen sie verhängt das Gericht mehrjährige Freiheitsstrafen. Das Urteil ist der schwerste Schlag seit Jahren gegen die militante linke Szene. Eine Szene, die ihren Modus Operandi in den vergangenen Jahren verändert hat. Nicht mehr Sachbeschädigungen und Konfrontationen mit Polizisten bei Demonstrationen stehen im Mittelpunkt. Nun machen klandestine Gruppen gezielt Jagd auf politische Feinde. "Antifa heißt Angriff", lautet das Motto. Zuletzt reisten deutsche Autonome im Februar zu einem Neonaziaufmarsch nach Budapest, verprügeln dort aus der Gruppe heraus mehrere mutmaßliche Rechtsextremisten.

Mehrere Männer und Frauen aus dem Umfeld von Lina E. haben sich in den Untergrund begeben. Auch ihr Lebensgefährte, den Behörden als linksextremen Gefährder einstufen, ist seit rund drei Jahren auf der Flucht. Die Radikalisierung also schreitet voran. So weit, dass das Bundeskriminalamt zuletzt vor Parallelen zur RAF warnte.

Die Angst vor dem großen Knall; Linksextreme rufen zu Protesten in Leipzig auf. Ein Demo-Verbot wollen sie ignorieren. Die Wut der Szene ist nach dem Urteil geg....

Für das Wochenende nach dem Urteil haben linksradikale Kreise schon vor Wochen zu einer Großdemonstration nach Leipzig aufgerufen. "Tag X" nennen sie das, was an diesem Samstag bevorstehen soll. Ziel sei es, "dem Repressionsapparat unsern blanken Hass in seine widerwärtige Fratze zu spucken", heißt es in einem besonders drastischen Aufruf auf dem Szeneportal "Indymedia". Man wolle dem "Bullenapparat schmerhaft auf die Füße treten".

Am Donnerstagabend entschied die Stadt daher, die Demonstration zu verbieten. Die Veranstaltung gefährde die "öffentliche Sicherheit", heißt es in der Begründung.

Aufmarschieren wollen die Autonomen trotzdem. Schon jetzt kündigten mehrere Gruppen "dezentrale Aktionen" in Leipzig an. "Wir nehmen uns die Straßen", heißt es in einem Aufruf. In einem anderen Text kündigen Linksradikale an, "mobil und dynamisch" zu agieren.

Die Lage könnte also unübersichtlich werden. Auch weil gleichzeitig ein Stadtfest, das Finale des Sachsenpokals im Fußball und ein Konzert des Sängers Herbert Grönemeyer stattfinden. Mehr als 2000 Polizisten sollen im Einsatz sein. Sachsen forderte dazu Unterstützung aus anderen Bundesländern an. Innenminister Armin Schuster (CDU) sprach von einer "ganz großen Herausforderung". Die Aufrufe der Szene seien indiskutabel. Es werde, so Schuster, nur um eines gehen: Gewalt.

Unerbittlich standen sich Polizei und Demonstranten in Leipzig schon am Donnerstagabend gegenüber. Obwohl eine Demonstration gegen das Urteil im Fall Lina E. zunächst überwiegend friedlich verlief, nahmen Polizisten gegen Ende der Versammlung die Linken-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel fest. Laut Angaben der Polizei habe sich Nagel in eine polizeiliche Maßnahme eingemischt. Die Politikerin, die als Bindeglied zur radikalen Szene gilt, widersprach der Schilderung. Ein Polizist habe sie erst beleidigt und aus dem Weg geschubst. Kurz darauf sei sie in Handschellen gelegt worden. Der Vorfall sei "kein guter Vorbote für die kommenden Tage", warnte Nagel.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Schon am Tag des Urteils zogen in mehreren Städten Autonome auf

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (91%); ANKLAGEN (90%); GERICHTSPROZESSE (90%); GERICHTSURTEILE (90%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (90%); POLITIK (79%); GEFÄNGNISSTRAFEN (78%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (78%); RICHTER (78%); STRAFZUMESSUNG (78%); TERRORORGANISATIONEN (77%); VERHAFTUNGEN (77%); GERICHTSHÖFE (75%); ERMITTLEMENTEN (73%); POLIZEIKRÄFTE (71%)

Die Angst vor dem großen Knall; Linksextreme rufen zu Protesten in Leipzig auf. Ein Demo-Verbot wollen sie ignorieren. Die Wut der Szene ist nach dem Urteil geg....

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (90%); BUDAPEST, UNGARN (79%); KARLSRUHE, DEUTSCHLAND (79%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (90%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden in rechtsfreie Zonen. Sie bekämpfen mit schonungsloser Brutalität Bürger, den Staat - und liefern sich erbitterte Revierkämpfe

Welt am Sonntag

21. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELTamSONNTAG

Section: TITELTHEMA; S. 13; Ausg. 21

Length: 4671 words

Byline: Ibrahim Naber

Lennart Pfahle

Body

Die "Erlebnisgastronomie Bull's Eye" im Norden Eisenachs ist eine Kneipe im Erdgeschoss eines verwitterten Hauses. Die Wirtin macht kein Geheimnis daraus, dass sie auf Journalisten wenig Lust hat. "Absolutes Film- und Fotografieverbot" steht auf einem Zettel an der Eingangstür. Als die beiden Reporter dieser Zeitung eintreten, stürmt ein Hund auf sie zu. Und Ulrike E., die Wirtin, eine Frau mit tätowierten Armen und rötlichem, zerzaustem Haar, baut sich vor ihnen auf. Sie seien nicht willkommen, raunt E. Es ist Dienstagnachmittag, kurz nach vier. An den Tischen sitzen die ersten Gäste, fast alle Männer, mit Bier. Am Fenster, zwischen zwei Topfpflanzen, steht eine metergroße silberne Metallhülse. Ein Leuchteschoss aus ehemaligen Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR.

Die Kneipe wurde vor Monaten von Polizisten durchsucht, sie gilt seit Jahren als Treffpunkt der rechten Szene. Der Sohn der Wirtin, der Neonazi Leon Ringl, 25, der laut Ermittlungsakten die Kneipe mit seiner Mutter betreibt und sich auch öffentlich als Rechter inszeniert, sitzt seit gut einem Jahr in Haft. Anfang dieser Woche hat der Generalbundesanwalt Anklage gegen ihn erhoben. Er glaubt, dass Ringl der bundesweit vernetzte Rädelführer einer rechtsextremen Kampfsportgruppe namens Knockout 51 ist. Die Mitglieder sollen im thüringischen Eise-nach einen "Nazi-Kiez" errichtet und mehrfach politische Gegner attackiert und dabei schwer verletzt haben. Zuletzt habe die Gruppe sogar ein noch radikaleres Ziel verfolgt: die "Tötung von Personen der linksextremen Szene".

Allerdings ist Ringl nicht nur ein mutmaßlicher Täter. Er wurde selbst zweimal überfallen, von Linksextremen. Einmal im Oktober 2019. Damals stürmten rund 15 Vermummte in das "Bull's Eye" und prügelten gezielt auf Ringl und seine Gäste ein. Das zweite Mal überfielen sie ihn vor seiner Haustür. Vier der mutmaßlichen Angreifer sind vor dem Oberlandesgericht Dresden angeklagt. Der Prozess läuft seit zwei Jahren, hatte bisher fast 100 Verhandlungstage. Die Überfälle von Eisenach sind allerdings nur einer von vielen Anklagepunkten. Auch in anderen Städten soll die Gruppe Jagd auf Gegner aus der rechtsextremen Szene gemacht haben. Sollen sie ausgekundschaftet, abgepasst, verprügelt haben. Mit Fäusten, Hämtern und Totschlägern, ohne jede Hemmung.

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Die Eisenacher Kneipe und die Schlägertrupps werfen ein gretles Licht auf eine Entwicklung, die deutsche Sicherheitsbehörden zunehmend alarmiert. Die Bundesinnenministerin gab soeben bekannt, dass die Zahl politisch motivierter Straftaten im vergangenen Jahr mit knapp 60.000 Delikten so hoch war wie nie, seit es diese Statistik gibt. Die meisten Taten gingen demnach von Corona-Demonstranten und Rechtsextremisten aus.

Das alles vollzieht sich seit Langem schleichend, unter den Augen der Sicherheitsbehörden. In einigen Gegenden Deutschlands wenden sich die Menschen vom Staat ab. Manche organisieren sich in rechten oder linken Gruppen, die einander mit allen Mitteln bekämpfen. Eine Schlacht ist im Gange, sie findet in Dörfern und Städten statt, auf Straßen, in Kneipen und Privatwohnungen. Jede Tat provoziert einen Akt der Rache. Das einzige Recht, das die Kämpfer beider Seiten noch zu akzeptieren scheinen, ist das Recht des Stärkeren. "Wir beobachten eine Eskalation", sagt Thüringens Verfassungsschutzpräsident Stephan J. Kramer. Die Angriffe seien von einer Art, bei der die Täter auch den möglichen Tod von Opfern zumindest in Kauf nähmen. Das gelte für beide Seiten, rechts wie links.

Die Kämpfe zweier verfeindeter Gruppen in und um Eisenach sind nur ein Beispiel. Allerdings eines, das tiefe Einblicke in die Gewaltteilung des öffentlichen Raums ermöglicht.

Im Februar 2020 beispielsweise traktierte am Bahnhof von Wurzen, Sachsen, eine Gruppe Vermummter mehrere Neonazis mit Teleskopschlagstöcken und Bierflaschen. Ein rechtsmedizinischer Gutachter stellte potenziell lebensbedrohliche Kopfverletzungen fest. Unter den Opfern war ein 15-Jähriger. Und unter den Tätern angeblich eine Frau, um die es noch gehen wird.

Im Februar 2021 rannten Leon Ringl und ein Mitstreiter in Eisenach auf vier mutmaßliche Linke zu, um auf sie einzuprügeln. Einem der Männer brachen sie Jochbein, Kieferhöhle und Augenhöhlenboden. Laut einem Beschluss des Bundesgerichtshofs war Ringls Mutter, die Kneipenwirtin Ulrike E., nicht ganz unbeteiligt. Sie soll sich vor dem Angriff bei ihrem Sohn beschwert haben, dass die Opfer angeblich randaliert hätten.

Im März 2021 klingelten mehrere Männer mit Sturmhauben und Polizeiwesten an der Wohnungstür des NPD-Funktionärs Paul Rzehaczek im sächsischen Eilenburg. Als der 30-Jährige öffnete, besprühten ihn die Angreifer mit Pfefferspray, zwangen ihn, sich auf den Boden zu legen, und schlugen mit Notfallhämtern auf seine Fußgelenke ein.

Zwei Monate später prügeln in Erfurt Angreifer, auch sie als Polizisten verkleidet, mit Hämtern auf einen Neonazi ein. Über seine hochschwangere Freundin sollen sie eine chlorhaltige Flüssigkeit ausgeschüttet haben. Die Ermittler sagen, die Tat sei professionell geplant und brutal ausgeführt worden.

Im Februar vergangenen Jahres besuchte ein Freund Ringls eine Party auf einem Eisenacher Garagenhof. Der Freund fand heraus, dass dort ein junger Polizist feierte, beleidigte ihn als "Bullenschwein" und schlug ihm schließlich mehrfach so heftig ins Gesicht, dass Kiefer und Jochbein brachen. Als Ringls Freund ein Messer zog, konnte der Polizist nach Angaben der Ermittler gerade noch fliehen.

1) Eisenach und Lina E.

Es ist März 2023, als Lina E., 28 Jahre alt, in den zum Hochsicherheitstrakt aufgerüsteten Saal des Oberlandesgerichts im Norden Dresdens tritt. Ursprünglich war das Gebäude als Flüchtlingsunterkunft vorgesehen, nun wird in dem Funktionsbau mutmaßlichen Staatsfeinden und Terroristen der Prozess gemacht. Lina E. strahlt wie ein Popstar, der zu einem Konzert die Bühne betritt. Eine Plexiglasscheibe trennt den Gerichtssaal vom Publikum, in dem sich etwa 40 überwiegend schwarz gekleidete Frauen und Männer erheben, um Lina E. sehen zu können. Sie applaudieren. Und E., die Haare zu einem Pferdeschwanz gebunden, winkt und wirft Handküsse.

So oder ähnlich ging es an fast jedem Verhandlungstag. In der linken Szene ist Lina E. eine Ikone. An Häuserwänden in Berlin oder Leipzig steht der Aufruf "#FreeLina", Freiheit für Lina. Für die deutsche Justiz ist sie die zentrale Angeklagte in einem Fall, der seit Jahren bundesweit Aufsehen erregt. Die Bundesanwaltschaft ließ E. nach ihrer Verhaftung mit einem Hubschrauber nach Karlsruhe fliegen. Sie wirft der jungen Frau vor, die

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Rädelsführerin einer linksextremen Kampfgruppe zu sein, einer kriminellen Vereinigung. Sie soll zum Beispiel am Überfall am Bahnhof von Wurzen beteiligt gewesen sein.

Wer Lina E. sieht, wird sie kaum mit roher Gewalt in Verbindung bringen. E., groß gewachsen, wirkt wie eine nette Studentin von nebenan. Sie wurde 1995 in Kassel geboren, wuchs in einer gutbürgerlichen Familie auf, die Mutter ist Sozialpädagogin, der Vater Oberstudienrat. Nach dem Abitur zog E. nach Leipzig, studierte in Halle Erziehungswissenschaften. Ihre Bachelorarbeit schrieb sie "Zum Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit". Darin befasste sie sich mit einem Jugendklub in Winzerla, in dem die Terroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds - kurz NSU - verkehrten.

Wann und wie Lina E. sich radikalierte, ist unklar. Ermittler glauben, dass sie durch ihren Lebensgefährten Johann G. in die gewaltbereite linke Szene kam. Der war schon als Jugendlicher in der Szene aktiv und hat am Fingerknöchel den Ausspruch "Hate Cops" tätowiert, Polizistenhass. Auch G. soll an Angriffen beteiligt gewesen sein. Seit 2020 ist er auf der Flucht. Auffällig ist, dass Lina E. im Jahr 2017 einen Kleinen Waffenschein erhielt. Im Sommer darauf, so sehen es die Ankläger, sollen die Prügelattacken auf politische Gegner begonnen haben.

Das Erste, was einem auf der Fahrt nach Eisenach von der Landstraße aus ins Auge fällt, ist die Wartburg, die auf einem grünen Hügel über allem thront. Dort versteckte sich vor 500 Jahren der Reformator Martin Luther und übersetzte das Neue Testament der Bibel, längst gehört die Burg zum Unesco-Weltkulturerbe. Der Komponist Johann Sebastian Bach ist in Eisenach geboren. In Eisenach wurde 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gegründet, ein Vorläufer der SPD.

Eisenach, rund 40.000 Einwohner, ist ein Zentrum deutscher Geschichte. Zudem liegt die Stadt geografisch etwa in der Mitte Deutschlands. Was die Stadtgesellschaft betrifft, ist das nicht mehr selbstverständlich. Wer durch den Ort läuft, findet überall Spuren eines Revierkampfes. Da sind die Aufkleber an Laternen, Stromkästen und Hauswänden. "Defend Eisenach", darunter das Bild einer Kalaschnikow oder "Erinnern heißt antifaschistisch handeln." Da sind die Graffiti an Hauswänden, "NS-Zone" oder "Nazi-Kiez". Und es bleibt schon lange nicht mehr bei Worten. In der Georgenstraße, zwischen Jugendzentrum und Pommesbude, ist eine Glasfassade großflächig zersplittet, wieder einmal. Bislang unidentifizierte Täter haben kürzlich das RosaLuxx traktiert, das Büro des örtlichen Parteiverbands der Linken, vermutlich mit einer Eisenstange. Zum vierten Mal in zwei Jahren.

An einem Dienstagnachmittag schließt Philipp Pommer von innen die Tür zum RosaLuxx auf. Er ist Wahlkreismitarbeiter der Landtagsabgeordneten Kati Engel und sitzt im Stadtrat. Im Schaufenster liegt ein Stapel mit Flugblättern. "Free Lina". Ein Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration, die die Unterstützer der angeklagten Prügeltruppe um Lina E. demnächst planen. Sie wollen "dem Staat, der Justiz und den Cops zeigen, dass wir stark sind". Pommer könnte vermutlich einiges erzählen über die Kämpfe zwischen Rechten und Linken. Er gilt in der linken Szene Thüringens als gut vernetzt. Doch wie die Wirtin des "Bull's Eye" will er nicht. "Mit euch rede ich nicht", sagt er und schlägt die Eingangstür zu.

Die Oberbürgermeisterin Katja Wolf von der Linken reagierte nicht auf die Bitte um ein Gespräch. Ingo Wachtmeister dagegen will reden. Es ist seine Art, um die Demokratie in seiner Stadt zu kämpfen. Wachtmeister, 59 Jahre alt und Mitglied der SPD, ist eigentlich Lehrer. Seit einigen Jahren arbeitet er als hauptamtlicher Beigeordneter der Stadt, dritter Mann in der Stadtverwaltung nach den beiden Bürgermeistern.

An diesem Nachmittag steht Wachtmeister vor einer großen Stadtkarte in seinem Büro. Eisenach, sagt er, sei bis zur Wende eine Grenzstadt gewesen. Heute sei sie gewissermaßen eine geteilte Stadt. Die bürgerliche Mitte lebe überwiegend im Süden, dort liege auch das Villenviertel mit Blick auf die Wartburg. Im Norden dagegen befänden sich die Neubaugebiete aus der DDR-Zeit. Leider gebe es in der Stadt einige Probleme. Die Armutssquote in der Bevölkerung sei relativ hoch. Besonders der Anteil derer, die trotz Arbeit an der Armutsgrenze lebten. Erst recht, seit Krieg, Inflation und die Energiepreise das Leben ständig teurer machten.

Die größten Sorgen, sagt Wachtmeister, mache ihm das Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Mitte. Das beobachte er im Alltag, auch an den Zuschriften an die Stadtverwaltung. "Es gibt oft keinen Willen zum Konsens mehr. Es wird nur noch versucht, die eigene Meinung durchzusetzen." Seit Beginn der Pandemie habe sich ein

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

größerer Kreis von Menschen gebildet und zusammengeschlossen, die den Staat ablehnten, ihn teilweise sogar bekämpften. Besonders deutlich wurde das bei Protesten gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen 2021, als Demonstranten "Wir sind das Volk" skandierten und Polizisten angriffen. Viele, sagt Wachtmeister, bewegten sich fast nur noch in Kreisen, die ihre Ansichten und Haltungen teilten.

Die Revierkämpfe zwischen Rechten und Linken passen in das Bild, das Wachtmeister zeichnet. Es begann, das zeigen polizeilich dokumentierte Fälle, bereits vor Corona. Erste Drohungen, die ersten Prügelattacken, Angriffe auf Szene-Immobilien in der Stadt. Die Aggression, sagt Wachtmeister, sei anfangs vor allem von Rechten ausgegangen. Doch radikal linke Gruppierungen hätten dagegengehalten. Und das ist nicht alles.

In der Mitte der Stadtgesellschaft scheinen sich radikal rechte Positionen festzusetzen. Der große politische Widersacher von Wachtmeisters SPD ist in Eisenach die rechtsextreme NPD. Sie bekam bei der vergangenen Stadtratswahl mehr als zehn Prozent der Stimmen, die AfD knapp zwölf Prozent. Zusammen haben sie fast ein Viertel der Stimmen.

Die politischen Verhältnisse in Eise-nach entsprechen in etwa den jüngsten Umfragen, denen zufolge die AfD im Osten der Republik derzeit die Partei mit dem größten Zuspruch der Bevölkerung ist, 26 Prozent. Sie haben dazu geführt, dass in Eisenach ein mehrfach vorbestrafter Neonazi im Stadtrat sitzt. Patrick Wieschke, Landeschef der NPD, wurde unter anderem im Jahr 2002 wegen seiner Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach verurteilt. Im "Bull's Eye" ist er heute dennoch ein gern gesehener Gast, wie ein Video auf der Facebook-Seite der Wirtin Ulrike E. zeigt. Darin trällern sie beide an der Theke zusammen "Mendocino", ein Lied des deutschen Schlagersängers Michael Holm.

Das alles sei leider kein Zufall, sagt Wachtmeister. In den 90er-Jahren seien die Nazis überall in der Region schnell gewesen. Hätten sich in Vereinen, Dörfern und Stadtvierteln eingenistet. Heute bekämpfe seine Verwaltung diese Strukturen, aber die Zivilgesellschaft habe es schwer. Es fehlten Straßenarbeiter, die sich um die Jugend kümmerten. Die Demokraten konkurrierten mit den Extremisten um die Herzen der Jungen. Der Neonazi Leon Ringl von der Kneipe "Bull's Eye" etwa rekrutierte in Eisenach Mitglieder für seine Prügeltruppe. Über Kampfsporttraining.

2) NSU und Nazi-Szene

Wenn man Eisenach mit dem Blick von Thüringens oberstem Verfassungsschützer Stephan J. Kramer betrachtet, dann ist die Stadt ein Ort, der eng mit einem der dunkelsten Kapitel jüngerer deutscher Geschichte verbunden ist. Und mit einem beispiellosen Versagen der eigenen Behörde.

Am 4. November 2011 fanden Polizisten die Leichen der Thüringer Neonazis Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in einem ausgebrannten Wohnmobil im Eisenacher Stadtteil Stregda. Wie sich her-ausstellte, hatten sie die rechtsextreme Terrorgruppe NSU unterhalten und zusammen mit der heute inhaftierten Beate Zschäpe aus rassistischen Motiven zehn Menschen ermordet, darunter eine Polizistin. Dazu kamen 43 Mordversuche und drei Sprengstoffanschläge. Das war möglich, weil die Staatsschützer nichts sahen oder sehen wollten. Und weil die Terroristen ein großes Unterstützernetzwerk hatten. Zumindest Verbindungen gab es auch ins Umfeld der NPD. Bis heute kämpfen Journalisten um die Herausgabe der vollständigen Ermittlungsaufnahmen.

So wurde Stephan J. Kramer, früher Generalsekretär des Zentralrats der Juden, der Mann, der als neuer Präsident den thüringischen Verfassungsschutz reformieren sollte. Heute sitzt er in einem geräumigen Büro in Erfurt zwischen einem siebenarmigen jüdischen Leuchter und einer Urkunde seiner militärischen Ausbildung. Kramer und seine Leute halten Eisenach noch immer für einen von zu vielen Problemfällen. In Thüringen wie anderswo in Deutschland. Kramer sagt, Nazis aus der ganzen Region fühlten sich von Eisenach angezogen. Sie könnten dort mit Gleichgesinnten offen ihren "Way of Life" ausleben. Zum Beispiel hätten sie eine Immobilie, die als Szenetreffpunkt dient, das "Flieder Volkshaus". Das wirklich Bedenkliche sei, dass dort nicht nur Neonazis verkehrten, denn auch Bürgerliche feierten dort Geburtstage und Hochzeiten.

Kramer leitet daraus ab, dass es "eine gewisse Akzeptanz des Rechtsextremismus im bürgerlichen Milieu" gibt. Im Grunde bestätigt er also, was Ingo Wachtmeister von der Eisenacher SPD sagt.

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Zur Wahrheit gehört, dass es in der Innenstadt nicht mehr viele andere Möglichkeiten gibt, an den Wochenenden abends auszugehen, gerade für Jugendliche. Die Nazis veranstalteten im "Flieder Volkshaus" regelmäßig Partys mit unverfänglichen Mottos, Musik der Neunzigerjahre etwa, so erzählen es Ermittler, die Eisenach gut kennen. Auch das ist offenbar ein Grund, warum sich Anwohner und Passanten nicht am "Flieder Volkshaus" stören. Sie selbst gehe nicht dorthin, sagt beispielsweise eine ältere Frau, das liege aber vor allem an ihrem Alter. So oder so ähnlich klingt es oft.

Allerdings ist kaum denkbar, dass sich jemand an einen Ort wie das "Flieder Volkshaus" verirrt, ohne zu wissen oder zu bemerken, dass das Gebäude kein gewöhnlicher gesellschaftlicher Treffpunkt ist.

Wer davorsteht, kann den Eindruck gewinnen, sich an der Grenze zu einer militärischen Sperrzone zu befinden. Dicker Stacheldraht überzieht eine Mauer, die den Weg zur angrenzenden Schule abschottet. Rechts und links hängen Überwachungskameras. Auf dem Briefkasten, oberstes Schild, steht: "NPD Landesverband Thüringen". Die Rollläden an der Fassade sind zugezogen. Niemand reagiert auf Klingeln, obwohl drinnen Licht brennt.

Die Ermittler der Bundesanwaltschaft glauben, dass sich dort, in der Parteizentrale der NPD, auch die Neonazis der Gruppierung von Knockout 51 regelmäßig trafen, um für den Straßenkampf zu trainieren. Demnach leitete Leon Ringl vom "Bull's Eye" die Trainings. Zudem soll er seine Rekruten ideologisch geschult haben.

Der Verfassungsschützer Kramer sagt in seinem Büro, diese Gruppe verstehre sich als militanter Arm der Szene. Als eine Art lokaler Nachahmer der verbotenen rechtsextremen Vereinigung Combat 18. Es gibt ein Bild, das in sozialen Medien kursiert. Es zeigt acht junge Männer in Sporthosen, die vor dem "Flieder Volkshaus" posieren, die Oberarme angespannt.

Die Ermittler gehen davon aus, dass die Gruppe als eine Art Bürgerwehr durch Eisenach zog und politische Gegner, Drogenkonsumenten und Polizisten verprügelte. Nach einigen Überfällen der linksextremen Szene habe Knockout 51 im April 2021 begonnen, ihre Ausrichtung zu ändern, heißt es in der Anklage gegen Ringl und drei weitere Mitglieder. Seither habe die Gruppe das Ziel gehabt, auch "tödlich wirkende Gewalt" anzuwenden. Dafür hätten sie Messer, Hieb- und Stichwaffen angeschafft.

Ringl war schon als Jugendlicher mit extremen Ansichten aufgefallen, auch mit einem Hang zu Gewalt. Längst schreiben ihm Wissenschaftler des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena eine herausgehobene Rolle in der radikal rechten Szene der Stadt zu. Für einen Forschungsbericht sprachen sie mit einem ehemaligen Weggefährten. Ringl habe "sehr früh angefangen, Scheiße zu bauen", sagt dieser. "Der hat im Keller seiner Mama einfach Nahkampfbomben gebastelt." Auch im Internet finden sich Spuren aus dieser Zeit. In einem Forum, in dem sich Waffenfreunde austauschten, schrieb Ringl als 17-Jähriger wohl, er suche nach "verlässlicher Ausrüstung". Zwei Jahre darauf meldete er sich unter dem Pseudonym "Antidemokrat" in einem Neonazi-Internetforum namens "Iron March" an, das als Hauptplattform der rechtsterroristischen Gruppe Atomwaffen Division galt. In den USA hat diese Gruppe mehrere Morde verübt. In ihren Rekrutierungsnachrichten heißt es: "Unser Schwerpunkt liegt auf Gewalt und Töten, (sic!) sowie auf Propaganda, die zu solcher Gewalt und solchem Töten führt." Aus einem Datenleck des "Iron March"-Forums soll hervorgehen, dass Ringl versuchte, Kontakt zur Atomwaffen Division aufzubauen.

Verfassungsschützer Kramer sagt in seinem Büro, dass in Kreisen der NPD und auch im Umfeld der früheren Unterstützer des NSU eine zweite und dritte Generation von Nazis herangewachsen sei. Junge Menschen, die ihren Eltern nacheiferten und sehr aktiv seien.

Inzwischen hat Deutschlands Neue Rechte erkannt, dass sich ihr mit dem Aufstieg der AfD eine ganz neue Perspektive bietet. In Eisenach, sagt Kramer, habe es schon vor einigen Jahren erste Aufrufe aus NPD-Kreisen gegeben, bei der Landtagswahl lieber die AfD zu wählen. Die Parteien sind zwar Konkurrenten, aber sie verbindet ein Ziel. Kramer beschreibt das Verhältnis so: "Man hat sich nicht lieb, aber man arbeitet beim gemeinsamen Ziel zusammen, den Staat zu beseitigen und eine neue Herrschaftsform aufzubauen."

In Sachsen, Thüringen und Brandenburg stehen im kommenden Jahr Landtagswahlen an.

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

"Die Partei hat rechtsextremistischen Sprachgebrauch und die dazugehörige Ideologie in die Mitte der Gesellschaft und in die Parlamente getragen", sagt Kramer. Das Landeskriminalamt Thüringen beobachtet seit Jahren eine Zunahme der politisch motivierten Straftaten. Die Pandemie und die Proteste gegen die Politik hätten diese Zahlen stetig nach oben getrieben. Teilweise sei die Polizei kaum hinterhergekommen, sagt Kriminaldirektor Heiko Steinbiß, der den Thüringer Staatsschutz leitet. Es gab zu viele Demonstrationen an zu vielen Orten.

Dazu passt, dass die Zahl politisch motivierter Gewalttaten sich seit 2018 mehr als verdoppelt hat. Etwa jede dritte hat demnach eindeutig einen rechtsextremen Hintergrund, neun Prozent eine linke Motivation. "Die Brutalität dieser Angriffe ist teils immens", sagt Steinbiß. In Gegenden wie Eisenach, in denen beide Lager aufeinandertreffen, sei eine Gewaltspirale entstanden.

Trotzdem würde Die Linke, die mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten Thüringens stellt, den Verfassungsschutz am liebsten abschaffen. Und die AfD mit Landeschef Björn Höcke, von Kramers Behörde als erwiesen rechtsextremistisch eingestuft, greift nach der Macht.

3) Hass und Selbstjustiz

Was die Radikalsten auf der rechten und der linken Seite eint, ist ihre Verachtung, ihr Hass auf den Staat und seine Vertreter. Er äußert sich in Schmähungen, Drohungen und Mordaufforderungen in Kommentaren im Internet, in Mails an Mandatsträger. Und in Taten, die vor einigen Jahren noch kaum vorstellbar erschienen.

Petra Köpping, Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen, eine Frau der SPD, hat erlebt, wie Dinge passieren, die eben noch undenkbar schienen. An einem Freitagabend in Grimma wollte sie es sich mit ihrem Mann gerade bei Kerzenschein im Wohnzimmer gemütlich machen, als ihr Telefon klingelte. Ein Nachbar meldete sich. "Da bewegt sich was durchs Dorf. Das sieht aus wie ein Fackelzug. Und es sieht aus, als wenn die auf dein Haus zulaufen." Köpping blickte aus dem Fenster und sah rund 30 Personen vor dem Grundstück, viele von ihnen mit Fackeln. Sie riefen: "Keine Diktatur!" Ein gespenstischer Anblick in der dunklen Herbstnacht. So erinnert sich Köpping in ihrem Dresdner Büro an jenen Abend vor zwei Jahren.

Der Vorfall machte bundesweit Schlagzeilen. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen sagte hinterher, die Demonstranten hätten sich Methoden der Sturmabteilung Hitler-Deutschlands bedient. Der Mob griff Köppings Haus nicht an, seine Botschaft aber war eindeutig: Wir wissen, wo du wohnst. Du bist hier nicht mehr sicher. Es dauerte nur wenige Tage, bis die rechtsextreme Gruppierung Freie Sachsen im Internet Videos von dem Aufmarsch veröffentlichte. Für sie ist Köpping als Staatsvertreterin ein Feind. Die Politikerin stand wochenlang unter Polizeischutz.

"Das war eine ganz neue bedrohliche Situation", sagt Köpping heute. Die Corona-Jahre hätten verschiedene Milieus zusammengebracht. Schon seit der Pegida-Bewegung 2015 habe sich in Sachsen ein Sammelbecken für Unzufriedene gebildet. Nach und nach seien Menschen dazugekommen, die vorher nichts mit dem extrem rechten Spektrum zu tun hatten. "Ich glaube", sagt Köpping, "dass wir einen Weg finden müssen, um wieder miteinander ins Gespräch zu kommen."

Die Frage ist, ob das noch möglich ist. Denn viele Menschen bewegen sich, im echten Leben wie im Internet, nur noch in Gruppen, in denen sich fast alle einig sind. Und der Hass auf den Staat fest im Weltbild verankert ist.

Auf dem Schreibtisch von Dirk Münster, 51, stapeln sich Fälle von Hetze und Drohungen, auch gegen Mandatsträger. Münster, früher Chef der Kriminalpolizei Leipzig, leitet die Abteilung Staatsschutz des sächsischen Landeskriminalamts. "Jede Zäsur, die Politik vollzieht, führt zum Vertrauensverlust einiger Menschen in den Staat", sagt er. In der Finanzkrise und der Krise der EU vor einigen Jahren sei das so gewesen. Dann in der Migrationskrise. Dann in den Corona-Jahren. Nun sei es die Energiewende. Im Ergebnis bedeutet das eine Radikalisierung, die sich an den Statistiken der Sicherheitsbehörden ablesen lässt. Seit 2015 häuften sich demnach Demonstrationen rechter Gruppen und Angriffe auf Asylunterkünfte. Auf der anderen Seite gibt es einen deutlichen Anstieg schwerer linker Gewalt.

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Vor Jahren waren es Münster und seine Abteilung, die die Ermittlungen gegen die Gruppierung um die Studentin Lina E. ins Rollen brachten. Das LKA gründete Ende 2019 die "Soko LinX", spezialisiert auf die Aufklärung linksextremistischer Straftaten in Sachsen. Seither ist Münster selbst zu einem Ziel des Hasses geworden, ähnlich wie die Politikerin Köpping. In seinem Fall sind es Linksextremisten, die ihn als Feind betrachten. Auf einer Demonstration der Szene in Leipzig trugen Vermummte ein großes Banner. "Bald ist er aus dein Traum, dann liegst du im Kofferraum." Es war eine Anspielung auf Hanns Martin Schleyer, den Arbeitgeberpräsidenten, den die RAF 1977 ermordet hatte. Dessen Leiche wurde in einem Kofferraum gefunden.

Klar, sagt Münster, seine Familie mache sich Sorgen. Aber er versuche, sich und seine Leute so gut zu schützen wie irgend möglich. Im Prozess gegen Lina E. sieht das zum Beispiel so aus, dass Ermittler aus Münsters Abteilung nur anonym und mit Perücke vor Gericht aussagen. Manche der Polizisten erhalten Polizeischutz, wenn sie nicht in der Dienststelle sind. Die Ermittlungen gegen Lina E. und ihr Netzwerk laufen dennoch weiter. Nach Informationen von WELT AM SONNTAG hat der Generalbundesanwalt das Verfahren auf fünf weitere Verdächtige ausgeweitet. Mittlerweile handelt es sich um 15 Personen, unter ihnen auch Johann G., den die Behörden als Lina E.s Verlobten betrachten. Die Ermittler glauben außerdem, dass sie einem der neuen Beschuldigten auch Kontakte zu einer terroristischen Vereinigung in Syrien nachweisen können. Die Gruppe soll der kurdischen PKK nahestehen.

Der Verfassungsschützer Kramer hat sich daran gewöhnt, Morddrohungen zu bekommen. Er sagt: "In Thüringen wurden rechtsextreme Strukturen zu lange eher verniedlicht und kleingeredet." So sei der Eindruck entstanden, die staatlichen Stellen würden bei der Verfolgung von Rechtsextremismus nicht genug tun. Und was die linksextreme Szene angeht, deren extreme Brutalität sei neu. Und beunruhigend.

Der Staatsschützer Münster fragt sich, wohin der Kampf der Extremisten noch führt.

Im Gerichtssaal in Dresden geben Lina E. und die anderen Angeklagten dem Staat zu verstehen, dass sie den Kampf gegen Rechtsextreme im Zweifel lieber selbst übernehmen. Man müsse sich doch fragen, ob "antifaschistische Selbsthilfe gegen militante Nazis nicht notwendig ist", sagte die Anwältin eines Angeklagten einmal im Gericht. In Gesprächen, die die Ermittler abgehört hatten, hatte zudem einer der Beschuldigten gesagt, er werde auf Kundgebungen "dastehen mit 'ner Waffe und Leute abballern", wenn die AfD weiter erstarke.

Die rechtsextremen Anhänger der Eisenacher Gruppe Knockout 51 um Anführer Leon Ringl üben längst mit Waffen. Auf Instagram gibt es Fotos, die eine Fahrt zu einem Schießtraining nach Tschechien 2019 dokumentiert. "Tschechien-Feldzug", nannten sie ihren Ausflug. Auch Ringl soll dabei gewesen sein. Zudem sollen er und ein Freund laut den Ermittlern eine Gaspistole sowie "Teile für halb automatische Schusswaffen" angeschafft haben.

Es scheint die Gruppe nicht sonderlich zu beeindrucken, dass ihr Anführer in Haft sitzt. An einer Wand der Kneipe "Bull's Eye" hängt noch immer eine Flagge der Gruppe. Außen an die Fassade sind zwei Wörter gesprüht: Wir bleiben.

Es gibt oft keinen Willen zum Konsens mehr Ingo Wachtmeister, Beigeordneter der Stadt Eisenach

Das war eine ganz neue bedrohliche Situation Petra Köpping, sächsische Staatsministerin

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Markiertes Revier: beklebtes Fallrohr in Eisenach

Ikone einer Szene: Die Leipziger Studentin Lina E. wurde im November 2020 verhaftet und zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe geflogen. Seit einiger Zeit steht sie in Dresden vor Gericht

Ausweitung der Kampfzone: Mitglieder der rechtsradikalen Gruppen Knockout 51

Beunruhigte Beobachter: Eisenacher Beigeordneter Ingo Wachtmeister, sächsische Ministerin Petra Köpping, Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer (von oben)

Fotos aus den Ermittlungsakten zeigen Lina E. (links) und zwei ihrer mutmaßlichen Mitstreiter

gesichertes "Flieder Volkshaus" in Eisenach

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: JOURNALISMUS (90%); ANKLAGEN (89%); STRAFTATEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (76%); GERICHTSPROZESSE (75%); STAATSANWÄLTE (75%); VERHAFTUNGEN (75%); KAMPFKUNST (69%); RECHTSANWÄLTE (68%); GERICHTSHÖFE (67%); STATISTIKEN (67%); CORONAVIRUS COVID-19 (60%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (60%); POLIZEIKRÄFTE (54%)

Industry: KNEIPEN (89%); STAATSANWÄLTE (75%); RECHTSANWÄLTE (68%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (72%)

Load-Date: May 21, 2023

End of Document

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden in rechtsfreie Zonen. Sie bekämpfen mit schonungsloser Brutalität Bürger, den Staat - und liefern sich erbitterte Revierkämpfe

Welt am Sonntag

20. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELTamSONNTAG

Section: TITELTHEMA; S. 13; Ausg. 21

Length: 4671 words

Byline: Ibrahim Naber

Lennart Pfahle

Body

Die "Erlebnisgastronomie Bull's Eye" im Norden Eisenachs ist eine Kneipe im Erdgeschoss eines verwitterten Hauses. Die Wirtin macht kein Geheimnis daraus, dass sie auf Journalisten wenig Lust hat. "Absolutes Film- und Fotografieverbot" steht auf einem Zettel an der Eingangstür. Als die beiden Reporter dieser Zeitung eintreten, stürmt ein Hund auf sie zu. Und Ulrike E., die Wirtin, eine Frau mit tätowierten Armen und rötlichem, zerzaustem Haar, baut sich vor ihnen auf. Sie seien nicht willkommen, raunt E. Es ist Dienstagnachmittag, kurz nach vier. An den Tischen sitzen die ersten Gäste, fast alle Männer, mit Bier. Am Fenster, zwischen zwei Topfpflanzen, steht eine metergroße silberne Metallhülse. Ein Leuchteschoss aus ehemaligen Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR.

Die Kneipe wurde vor Monaten von Polizisten durchsucht, sie gilt seit Jahren als Treffpunkt der rechten Szene. Der Sohn der Wirtin, der Neonazi Leon Ringl, 25, der laut Ermittlungsakten die Kneipe mit seiner Mutter betreibt und sich auch öffentlich als Rechter inszeniert, sitzt seit gut einem Jahr in Haft. Anfang dieser Woche hat der Generalbundesanwalt Anklage gegen ihn erhoben. Er glaubt, dass Ringl der bundesweit vernetzte Rädelführer einer rechtsextremen Kampfsportgruppe namens Knockout 51 ist. Die Mitglieder sollen im thüringischen Eise-nach einen "Nazi-Kiez" errichtet und mehrfach politische Gegner attackiert und dabei schwer verletzt haben. Zuletzt habe die Gruppe sogar ein noch radikaleres Ziel verfolgt: die "Tötung von Personen der linksextremen Szene".

Allerdings ist Ringl nicht nur ein mutmaßlicher Täter. Er wurde selbst zweimal überfallen, von Linksextremen. Einmal im Oktober 2019. Damals stürmten rund 15 Vermummte in das "Bull's Eye" und prügelten gezielt auf Ringl und seine Gäste ein. Das zweite Mal überfielen sie ihn vor seiner Haustür. Vier der mutmaßlichen Angreifer sind vor dem Oberlandesgericht Dresden angeklagt. Der Prozess läuft seit zwei Jahren, hatte bisher fast 100 Verhandlungstage. Die Überfälle von Eisenach sind allerdings nur einer von vielen Anklagepunkten. Auch in anderen Städten soll die Gruppe Jagd auf Gegner aus der rechtsextremen Szene gemacht haben. Sollen sie ausgekundschaftet, abgepasst, verprügelt haben. Mit Fäusten, Hämtern und Totschlägern, ohne jede Hemmung.

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Die Eisenacher Kneipe und die Schlägertrupps werfen ein gretles Licht auf eine Entwicklung, die deutsche Sicherheitsbehörden zunehmend alarmiert. Die Bundesinnenministerin gab soeben bekannt, dass die Zahl politisch motivierter Straftaten im vergangenen Jahr mit knapp 60.000 Delikten so hoch war wie nie, seit es diese Statistik gibt. Die meisten Taten gingen demnach von Corona-Demonstranten und Rechtsextremisten aus.

Das alles vollzieht sich seit Langem schleichend, unter den Augen der Sicherheitsbehörden. In einigen Gegenden Deutschlands wenden sich die Menschen vom Staat ab. Manche organisieren sich in rechten oder linken Gruppen, die einander mit allen Mitteln bekämpfen. Eine Schlacht ist im Gange, sie findet in Dörfern und Städten statt, auf Straßen, in Kneipen und Privatwohnungen. Jede Tat provoziert einen Akt der Rache. Das einzige Recht, das die Kämpfer beider Seiten noch zu akzeptieren scheinen, ist das Recht des Stärkeren. "Wir beobachten eine Eskalation", sagt Thüringens Verfassungsschutzpräsident Stephan J. Kramer. Die Angriffe seien von einer Art, bei der die Täter auch den möglichen Tod von Opfern zumindest in Kauf nähmen. Das gelte für beide Seiten, rechts wie links.

Die Kämpfe zweier verfeindeter Gruppen in und um Eisenach sind nur ein Beispiel. Allerdings eines, das tiefe Einblicke in die Gewaltteilung des öffentlichen Raums ermöglicht.

Im Februar 2020 beispielsweise traktierte am Bahnhof von Wurzen, Sachsen, eine Gruppe Vermummter mehrere Neonazis mit Teleskopschlagstöcken und Bierflaschen. Ein rechtsmedizinischer Gutachter stellte potenziell lebensbedrohliche Kopfverletzungen fest. Unter den Opfern war ein 15-Jähriger. Und unter den Tätern angeblich eine Frau, um die es noch gehen wird.

Im Februar 2021 rannten Leon Ringl und ein Mitstreiter in Eisenach auf vier mutmaßliche Linke zu, um auf sie einzuprügeln. Einem der Männer brachen sie Jochbein, Kieferhöhle und Augenhöhlenboden. Laut einem Beschluss des Bundesgerichtshofs war Ringls Mutter, die Kneipenwirtin Ulrike E., nicht ganz unbeteiligt. Sie soll sich vor dem Angriff bei ihrem Sohn beschwert haben, dass die Opfer angeblich randaliert hätten.

Im März 2021 klingelten mehrere Männer mit Sturmhauben und Polizeiwesten an der Wohnungstür des NPD-Funktionärs Paul Rzehaczek im sächsischen Eilenburg. Als der 30-Jährige öffnete, besprühten ihn die Angreifer mit Pfefferspray, zwangen ihn, sich auf den Boden zu legen, und schlugen mit Notfallhämtern auf seine Fußgelenke ein.

Zwei Monate später prügeln in Erfurt Angreifer, auch sie als Polizisten verkleidet, mit Hämtern auf einen Neonazi ein. Über seine hochschwangere Freundin sollen sie eine chlorhaltige Flüssigkeit ausgeschüttet haben. Die Ermittler sagen, die Tat sei professionell geplant und brutal ausgeführt worden.

Im Februar vergangenen Jahres besuchte ein Freund Ringls eine Party auf einem Eisenacher Garagenhof. Der Freund fand heraus, dass dort ein junger Polizist feierte, beleidigte ihn als "Bullenschwein" und schlug ihm schließlich mehrfach so heftig ins Gesicht, dass Kiefer und Jochbein brachen. Als Ringls Freund ein Messer zog, konnte der Polizist nach Angaben der Ermittler gerade noch fliehen.

1) Eisenach und Lina E.

Es ist März 2023, als Lina E., 28 Jahre alt, in den zum Hochsicherheitstrakt aufgerüsteten Saal des Oberlandesgerichts im Norden Dresdens tritt. Ursprünglich war das Gebäude als Flüchtlingsunterkunft vorgesehen, nun wird in dem Funktionsbau mutmaßlichen Staatsfeinden und Terroristen der Prozess gemacht. Lina E. strahlt wie ein Popstar, der zu einem Konzert die Bühne betritt. Eine Plexiglasscheibe trennt den Gerichtssaal vom Publikum, in dem sich etwa 40 überwiegend schwarz gekleidete Frauen und Männer erheben, um Lina E. sehen zu können. Sie applaudieren. Und E., die Haare zu einem Pferdeschwanz gebunden, winkt und wirft Handküsse.

So oder ähnlich ging es an fast jedem Verhandlungstag. In der linken Szene ist Lina E. eine Ikone. An Häuserwänden in Berlin oder Leipzig steht der Aufruf "#FreeLina", Freiheit für Lina. Für die deutsche Justiz ist sie die zentrale Angeklagte in einem Fall, der seit Jahren bundesweit Aufsehen erregt. Die Bundesanwaltschaft ließ E. nach ihrer Verhaftung mit einem Hubschrauber nach Karlsruhe fliegen. Sie wirft der jungen Frau vor, die

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Rädelsführerin einer linksextremen Kampfgruppe zu sein, einer kriminellen Vereinigung. Sie soll zum Beispiel am Überfall am Bahnhof von Wurzen beteiligt gewesen sein.

Wer Lina E. sieht, wird sie kaum mit roher Gewalt in Verbindung bringen. E., groß gewachsen, wirkt wie eine nette Studentin von nebenan. Sie wurde 1995 in Kassel geboren, wuchs in einer gutbürgerlichen Familie auf, die Mutter ist Sozialpädagogin, der Vater Oberstudienrat. Nach dem Abitur zog E. nach Leipzig, studierte in Halle Erziehungswissenschaften. Ihre Bachelorarbeit schrieb sie "Zum Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit". Darin befasste sie sich mit einem Jugendklub in Winzerla, in dem die Terroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds - kurz NSU - verkehrten.

Wann und wie Lina E. sich radikalierte, ist unklar. Ermittler glauben, dass sie durch ihren Lebensgefährten Johann G. in die gewaltbereite linke Szene kam. Der war schon als Jugendlicher in der Szene aktiv und hat am Fingerknöchel den Ausspruch "Hate Cops" tätowiert, Polizistenhass. Auch G. soll an Angriffen beteiligt gewesen sein. Seit 2020 ist er auf der Flucht. Auffällig ist, dass Lina E. im Jahr 2017 einen Kleinen Waffenschein erhielt. Im Sommer darauf, so sehen es die Ankläger, sollen die Prügelattacken auf politische Gegner begonnen haben.

Das Erste, was einem auf der Fahrt nach Eisenach von der Landstraße aus ins Auge fällt, ist die Wartburg, die auf einem grünen Hügel über allem thront. Dort versteckte sich vor 500 Jahren der Reformator Martin Luther und übersetzte das Neue Testament der Bibel, längst gehört die Burg zum Unesco-Weltkulturerbe. Der Komponist Johann Sebastian Bach ist in Eisenach geboren. In Eisenach wurde 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gegründet, ein Vorläufer der SPD.

Eisenach, rund 40.000 Einwohner, ist ein Zentrum deutscher Geschichte. Zudem liegt die Stadt geografisch etwa in der Mitte Deutschlands. Was die Stadtgesellschaft betrifft, ist das nicht mehr selbstverständlich. Wer durch den Ort läuft, findet überall Spuren eines Revierkampfes. Da sind die Aufkleber an Laternen, Stromkästen und Hauswänden. "Defend Eisenach", darunter das Bild einer Kalaschnikow oder "Erinnern heißt antifaschistisch handeln." Da sind die Graffiti an Hauswänden, "NS-Zone" oder "Nazi-Kiez". Und es bleibt schon lange nicht mehr bei Worten. In der Georgenstraße, zwischen Jugendzentrum und Pommesbude, ist eine Glasfassade großflächig zersplittet, wieder einmal. Bislang unidentifizierte Täter haben kürzlich das RosaLuxx traktiert, das Büro des örtlichen Parteiverbands der Linken, vermutlich mit einer Eisenstange. Zum vierten Mal in zwei Jahren.

An einem Dienstagnachmittag schließt Philipp Pommer von innen die Tür zum RosaLuxx auf. Er ist Wahlkreismitarbeiter der Landtagsabgeordneten Kati Engel und sitzt im Stadtrat. Im Schaufenster liegt ein Stapel mit Flugblättern. "Free Lina". Ein Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration, die die Unterstützer der angeklagten Prügeltruppe um Lina E. demnächst planen. Sie wollen "dem Staat, der Justiz und den Cops zeigen, dass wir stark sind". Pommer könnte vermutlich einiges erzählen über die Kämpfe zwischen Rechten und Linken. Er gilt in der linken Szene Thüringens als gut vernetzt. Doch wie die Wirtin des "Bull's Eye" will er nicht. "Mit euch rede ich nicht", sagt er und schlägt die Eingangstür zu.

Die Oberbürgermeisterin Katja Wolf von der Linken reagierte nicht auf die Bitte um ein Gespräch. Ingo Wachtmeister dagegen will reden. Es ist seine Art, um die Demokratie in seiner Stadt zu kämpfen. Wachtmeister, 59 Jahre alt und Mitglied der SPD, ist eigentlich Lehrer. Seit einigen Jahren arbeitet er als hauptamtlicher Beigeordneter der Stadt, dritter Mann in der Stadtverwaltung nach den beiden Bürgermeistern.

An diesem Nachmittag steht Wachtmeister vor einer großen Stadtkarte in seinem Büro. Eisenach, sagt er, sei bis zur Wende eine Grenzstadt gewesen. Heute sei sie gewissermaßen eine geteilte Stadt. Die bürgerliche Mitte lebe überwiegend im Süden, dort liege auch das Villenviertel mit Blick auf die Wartburg. Im Norden dagegen befänden sich die Neubaugebiete aus der DDR-Zeit. Leider gebe es in der Stadt einige Probleme. Die Armutssquote in der Bevölkerung sei relativ hoch. Besonders der Anteil derer, die trotz Arbeit an der Armutsgrenze lebten. Erst recht, seit Krieg, Inflation und die Energiepreise das Leben ständig teurer machten.

Die größten Sorgen, sagt Wachtmeister, mache ihm das Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Mitte. Das beobachte er im Alltag, auch an den Zuschriften an die Stadtverwaltung. "Es gibt oft keinen Willen zum Konsens mehr. Es wird nur noch versucht, die eigene Meinung durchzusetzen." Seit Beginn der Pandemie habe sich ein

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

größerer Kreis von Menschen gebildet und zusammengeschlossen, die den Staat ablehnten, ihn teilweise sogar bekämpften. Besonders deutlich wurde das bei Protesten gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen 2021, als Demonstranten "Wir sind das Volk" skandierten und Polizisten angriffen. Viele, sagt Wachtmeister, bewegten sich fast nur noch in Kreisen, die ihre Ansichten und Haltungen teilten.

Die Revierkämpfe zwischen Rechten und Linken passen in das Bild, das Wachtmeister zeichnet. Es begann, das zeigen polizeilich dokumentierte Fälle, bereits vor Corona. Erste Drohungen, die ersten Prügelattacken, Angriffe auf Szene-Immobilien in der Stadt. Die Aggression, sagt Wachtmeister, sei anfangs vor allem von Rechten ausgegangen. Doch radikal linke Gruppierungen hätten dagegengehalten. Und das ist nicht alles.

In der Mitte der Stadtgesellschaft scheinen sich radikal rechte Positionen festzusetzen. Der große politische Widersacher von Wachtmeisters SPD ist in Eisenach die rechtsextreme NPD. Sie bekam bei der vergangenen Stadtratswahl mehr als zehn Prozent der Stimmen, die AfD knapp zwölf Prozent. Zusammen haben sie fast ein Viertel der Stimmen.

Die politischen Verhältnisse in Eise-nach entsprechen in etwa den jüngsten Umfragen, denen zufolge die AfD im Osten der Republik derzeit die Partei mit dem größten Zuspruch der Bevölkerung ist, 26 Prozent. Sie haben dazu geführt, dass in Eisenach ein mehrfach vorbestrafter Neonazi im Stadtrat sitzt. Patrick Wieschke, Landeschef der NPD, wurde unter anderem im Jahr 2002 wegen seiner Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach verurteilt. Im "Bull's Eye" ist er heute dennoch ein gern gesehener Gast, wie ein Video auf der Facebook-Seite der Wirtin Ulrike E. zeigt. Darin trällern sie beide an der Theke zusammen "Mendocino", ein Lied des deutschen Schlagersängers Michael Holm.

Das alles sei leider kein Zufall, sagt Wachtmeister. In den 90er-Jahren seien die Nazis überall in der Region schnell gewesen. Hätten sich in Vereinen, Dörfern und Stadtvierteln eingenistet. Heute bekämpfe seine Verwaltung diese Strukturen, aber die Zivilgesellschaft habe es schwer. Es fehlten Straßenarbeiter, die sich um die Jugend kümmerten. Die Demokraten konkurrierten mit den Extremisten um die Herzen der Jungen. Der Neonazi Leon Ringl von der Kneipe "Bull's Eye" etwa rekrutierte in Eisenach Mitglieder für seine Prügeltruppe. Über Kampfsporttraining.

2) NSU und Nazi-Szene

Wenn man Eisenach mit dem Blick von Thüringens oberstem Verfassungsschützer Stephan J. Kramer betrachtet, dann ist die Stadt ein Ort, der eng mit einem der dunkelsten Kapitel jüngerer deutscher Geschichte verbunden ist. Und mit einem beispiellosen Versagen der eigenen Behörde.

Am 4. November 2011 fanden Polizisten die Leichen der Thüringer Neonazis Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in einem ausgebrannten Wohnmobil im Eisenacher Stadtteil Stregda. Wie sich her-ausstellte, hatten sie die rechtsextreme Terrorgruppe NSU unterhalten und zusammen mit der heute inhaftierten Beate Zschäpe aus rassistischen Motiven zehn Menschen ermordet, darunter eine Polizistin. Dazu kamen 43 Mordversuche und drei Sprengstoffanschläge. Das war möglich, weil die Staatsschützer nichts sahen oder sehen wollten. Und weil die Terroristen ein großes Unterstützernetzwerk hatten. Zumindest Verbindungen gab es auch ins Umfeld der NPD. Bis heute kämpfen Journalisten um die Herausgabe der vollständigen Ermittlungsaufnahmen.

So wurde Stephan J. Kramer, früher Generalsekretär des Zentralrats der Juden, der Mann, der als neuer Präsident den thüringischen Verfassungsschutz reformieren sollte. Heute sitzt er in einem geräumigen Büro in Erfurt zwischen einem siebenarmigen jüdischen Leuchter und einer Urkunde seiner militärischen Ausbildung. Kramer und seine Leute halten Eisenach noch immer für einen von zu vielen Problemfällen. In Thüringen wie anderswo in Deutschland. Kramer sagt, Nazis aus der ganzen Region fühlten sich von Eisenach angezogen. Sie könnten dort mit Gleichgesinnten offen ihren "Way of Life" ausleben. Zum Beispiel hätten sie eine Immobilie, die als Szenetreffpunkt dient, das "Flieder Volkshaus". Das wirklich Bedenkliche sei, dass dort nicht nur Neonazis verkehrten, denn auch Bürgerliche feierten dort Geburtstage und Hochzeiten.

Kramer leitet daraus ab, dass es "eine gewisse Akzeptanz des Rechtsextremismus im bürgerlichen Milieu" gibt. Im Grunde bestätigt er also, was Ingo Wachtmeister von der Eisenacher SPD sagt.

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Zur Wahrheit gehört, dass es in der Innenstadt nicht mehr viele andere Möglichkeiten gibt, an den Wochenenden abends auszugehen, gerade für Jugendliche. Die Nazis veranstalteten im "Flieder Volkshaus" regelmäßig Partys mit unverfänglichen Mottos, Musik der Neunzigerjahre etwa, so erzählen es Ermittler, die Eisenach gut kennen. Auch das ist offenbar ein Grund, warum sich Anwohner und Passanten nicht am "Flieder Volkshaus" stören. Sie selbst gehe nicht dorthin, sagt beispielsweise eine ältere Frau, das liege aber vor allem an ihrem Alter. So oder so ähnlich klingt es oft.

Allerdings ist kaum denkbar, dass sich jemand an einen Ort wie das "Flieder Volkshaus" verirrt, ohne zu wissen oder zu bemerken, dass das Gebäude kein gewöhnlicher gesellschaftlicher Treffpunkt ist.

Wer davorsteht, kann den Eindruck gewinnen, sich an der Grenze zu einer militärischen Sperrzone zu befinden. Dicker Stacheldraht überzieht eine Mauer, die den Weg zur angrenzenden Schule abschottet. Rechts und links hängen Überwachungskameras. Auf dem Briefkasten, oberstes Schild, steht: "NPD Landesverband Thüringen". Die Rollläden an der Fassade sind zugezogen. Niemand reagiert auf Klingeln, obwohl drinnen Licht brennt.

Die Ermittler der Bundesanwaltschaft glauben, dass sich dort, in der Parteizentrale der NPD, auch die Neonazis der Gruppierung von Knockout 51 regelmäßig trafen, um für den Straßenkampf zu trainieren. Demnach leitete Leon Ringl vom "Bull's Eye" die Trainings. Zudem soll er seine Rekruten ideologisch geschult haben.

Der Verfassungsschützer Kramer sagt in seinem Büro, diese Gruppe versteh sich als militanter Arm der Szene. Als eine Art lokaler Nachahmer der verbotenen rechtsextremen Vereinigung Combat 18. Es gibt ein Bild, das in sozialen Medien kursiert. Es zeigt acht junge Männer in Sporthosen, die vor dem "Flieder Volkshaus" posieren, die Oberarme angespannt.

Die Ermittler gehen davon aus, dass die Gruppe als eine Art Bürgerwehr durch Eisenach zog und politische Gegner, Drogenkonsumenten und Polizisten verprügelte. Nach einigen Überfällen der linksextremen Szene habe Knockout 51 im April 2021 begonnen, ihre Ausrichtung zu ändern, heißt es in der Anklage gegen Ringl und drei weitere Mitglieder. Seither habe die Gruppe das Ziel gehabt, auch "tödlich wirkende Gewalt" anzuwenden. Dafür hätten sie Messer, Hieb- und Stichwaffen angeschafft.

Ringl war schon als Jugendlicher mit extremen Ansichten aufgefallen, auch mit einem Hang zu Gewalt. Längst schreiben ihm Wissenschaftler des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena eine herausgehobene Rolle in der radikal rechten Szene der Stadt zu. Für einen Forschungsbericht sprachen sie mit einem ehemaligen Weggefährten. Ringl habe "sehr früh angefangen, Scheiße zu bauen", sagt dieser. "Der hat im Keller seiner Mama einfach Nahkampfbomben gebastelt." Auch im Internet finden sich Spuren aus dieser Zeit. In einem Forum, in dem sich Waffenfreunde austauschten, schrieb Ringl als 17-Jähriger wohl, er suche nach "verlässlicher Ausrüstung". Zwei Jahre darauf meldete er sich unter dem Pseudonym "Antidemokrat" in einem Neonazi-Internetforum namens "Iron March" an, das als Hauptplattform der rechtsterroristischen Gruppe Atomwaffen Division galt. In den USA hat diese Gruppe mehrere Morde verübt. In ihren Rekrutierungsnachrichten heißt es: "Unser Schwerpunkt liegt auf Gewalt und Töten, (sic!) sowie auf Propaganda, die zu solcher Gewalt und solchem Töten führt." Aus einem Datenleck des "Iron March"-Forums soll hervorgehen, das Ringl versuchte, Kontakt zur Atomwaffen Division aufzubauen.

Verfassungsschützer Kramer sagt in seinem Büro, dass in Kreisen der NPD und auch im Umfeld der früheren Unterstützer des NSU eine zweite und dritte Generation von Nazis herangewachsen sei. Junge Menschen, die ihren Eltern nacheiferten und sehr aktiv seien.

Inzwischen hat Deutschlands Neue Rechte erkannt, dass sich ihr mit dem Aufstieg der AfD eine ganz neue Perspektive bietet. In Eisenach, sagt Kramer, habe es schon vor einigen Jahren erste Aufrufe aus NPD-Kreisen gegeben, bei der Landtagswahl lieber die AfD zu wählen. Die Parteien sind zwar Konkurrenten, aber sie verbindet ein Ziel. Kramer beschreibt das Verhältnis so: "Man hat sich nicht lieb, aber man arbeitet beim gemeinsamen Ziel zusammen, den Staat zu beseitigen und eine neue Herrschaftsform aufzubauen."

In Sachsen, Thüringen und Brandenburg stehen im kommenden Jahr Landtagswahlen an.

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

"Die Partei hat rechtsextremistischen Sprachgebrauch und die dazugehörige Ideologie in die Mitte der Gesellschaft und in die Parlamente getragen", sagt Kramer. Das Landeskriminalamt Thüringen beobachtet seit Jahren eine Zunahme der politisch motivierten Straftaten. Die Pandemie und die Proteste gegen die Politik hätten diese Zahlen stetig nach oben getrieben. Teilweise sei die Polizei kaum hinterhergekommen, sagt Kriminaldirektor Heiko Steinbiß, der den Thüringer Staatsschutz leitet. Es gab zu viele Demonstrationen an zu vielen Orten.

Dazu passt, dass die Zahl politisch motivierter Gewalttaten sich seit 2018 mehr als verdoppelt hat. Etwa jede dritte hat demnach eindeutig einen rechtsextremen Hintergrund, neun Prozent eine linke Motivation. "Die Brutalität dieser Angriffe ist teils immens", sagt Steinbiß. In Gegenden wie Eisenach, in denen beide Lager aufeinandertreffen, sei eine Gewaltspirale entstanden.

Trotzdem würde Die Linke, die mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten Thüringens stellt, den Verfassungsschutz am liebsten abschaffen. Und die AfD mit Landeschef Björn Höcke, von Kramers Behörde als erwiesen rechtsextremistisch eingestuft, greift nach der Macht.

3) Hass und Selbstjustiz

Was die Radikalsten auf der rechten und der linken Seite eint, ist ihre Verachtung, ihr Hass auf den Staat und seine Vertreter. Er äußert sich in Schmähungen, Drohungen und Mordaufforderungen in Kommentaren im Internet, in Mails an Mandatsträger. Und in Taten, die vor einigen Jahren noch kaum vorstellbar erschienen.

Petra Köpping, Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen, eine Frau der SPD, hat erlebt, wie Dinge passieren, die eben noch undenkbar schienen. An einem Freitagabend in Grimma wollte sie es sich mit ihrem Mann gerade bei Kerzenschein im Wohnzimmer gemütlich machen, als ihr Telefon klingelte. Ein Nachbar meldete sich. "Da bewegt sich was durchs Dorf. Das sieht aus wie ein Fackelzug. Und es sieht aus, als wenn die auf dein Haus zulaufen." Köpping blickte aus dem Fenster und sah rund 30 Personen vor dem Grundstück, viele von ihnen mit Fackeln. Sie riefen: "Keine Diktatur!" Ein gespenstischer Anblick in der dunklen Herbstnacht. So erinnert sich Köpping in ihrem Dresdner Büro an jenen Abend vor zwei Jahren.

Der Vorfall machte bundesweit Schlagzeilen. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen sagte hinterher, die Demonstranten hätten sich Methoden der Sturmabteilung Hitler-Deutschlands bedient. Der Mob griff Köppings Haus nicht an, seine Botschaft aber war eindeutig: Wir wissen, wo du wohnst. Du bist hier nicht mehr sicher. Es dauerte nur wenige Tage, bis die rechtsextreme Gruppierung Freie Sachsen im Internet Videos von dem Aufmarsch veröffentlichte. Für sie ist Köpping als Staatsvertreterin ein Feind. Die Politikerin stand wochenlang unter Polizeischutz.

"Das war eine ganz neue bedrohliche Situation", sagt Köpping heute. Die Corona-Jahre hätten verschiedene Milieus zusammengebracht. Schon seit der Pegida-Bewegung 2015 habe sich in Sachsen ein Sammelbecken für Unzufriedene gebildet. Nach und nach seien Menschen dazugekommen, die vorher nichts mit dem extrem rechten Spektrum zu tun hatten. "Ich glaube", sagt Köpping, "dass wir einen Weg finden müssen, um wieder miteinander ins Gespräch zu kommen."

Die Frage ist, ob das noch möglich ist. Denn viele Menschen bewegen sich, im echten Leben wie im Internet, nur noch in Gruppen, in denen sich fast alle einig sind. Und der Hass auf den Staat fest im Weltbild verankert ist.

Auf dem Schreibtisch von Dirk Münster, 51, stapeln sich Fälle von Hetze und Drohungen, auch gegen Mandatsträger. Münster, früher Chef der Kriminalpolizei Leipzig, leitet die Abteilung Staatsschutz des sächsischen Landeskriminalamts. "Jede Zäsur, die Politik vollzieht, führt zum Vertrauensverlust einiger Menschen in den Staat", sagt er. In der Finanzkrise und der Krise der EU vor einigen Jahren sei das so gewesen. Dann in der Migrationskrise. Dann in den Corona-Jahren. Nun sei es die Energiewende. Im Ergebnis bedeutet das eine Radikalisierung, die sich an den Statistiken der Sicherheitsbehörden ablesen lässt. Seit 2015 häuften sich demnach Demonstrationen rechter Gruppen und Angriffe auf Asylunterkünfte. Auf der anderen Seite gibt es einen deutlichen Anstieg schwerer linker Gewalt.

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Vor Jahren waren es Münster und seine Abteilung, die die Ermittlungen gegen die Gruppierung um die Studentin Lina E. ins Rollen brachten. Das LKA gründete Ende 2019 die "Soko LinX", spezialisiert auf die Aufklärung linksextremistischer Straftaten in Sachsen. Seither ist Münster selbst zu einem Ziel des Hasses geworden, ähnlich wie die Politikerin Köpping. In seinem Fall sind es Linksextremisten, die ihn als Feind betrachten. Auf einer Demonstration der Szene in Leipzig trugen Vermummte ein großes Banner. "Bald ist er aus dein Traum, dann liegst du im Kofferraum." Es war eine Anspielung auf Hanns Martin Schleyer, den Arbeitgeberpräsidenten, den die RAF 1977 ermordet hatte. Dessen Leiche wurde in einem Kofferraum gefunden.

Klar, sagt Münster, seine Familie mache sich Sorgen. Aber er versuche, sich und seine Leute so gut zu schützen wie irgend möglich. Im Prozess gegen Lina E. sieht das zum Beispiel so aus, dass Ermittler aus Münsters Abteilung nur anonym und mit Perücke vor Gericht aussagen. Manche der Polizisten erhalten Polizeischutz, wenn sie nicht in der Dienststelle sind. Die Ermittlungen gegen Lina E. und ihr Netzwerk laufen dennoch weiter. Nach Informationen von WELT AM SONNTAG hat der Generalbundesanwalt das Verfahren auf fünf weitere Verdächtige ausgeweitet. Mittlerweile handelt es sich um 15 Personen, unter ihnen auch Johann G., den die Behörden als Lina E.s Verlobten betrachten. Die Ermittler glauben außerdem, dass sie einem der neuen Beschuldigten auch Kontakte zu einer terroristischen Vereinigung in Syrien nachweisen können. Die Gruppe soll der kurdischen PKK nahestehen.

Der Verfassungsschützer Kramer hat sich daran gewöhnt, Morddrohungen zu bekommen. Er sagt: "In Thüringen wurden rechtsextreme Strukturen zu lange eher verniedlicht und kleingeredet." So sei der Eindruck entstanden, die staatlichen Stellen würden bei der Verfolgung von Rechtsextremismus nicht genug tun. Und was die linksextreme Szene angeht, deren extreme Brutalität sei neu. Und beunruhigend.

Der Staatsschützer Münster fragt sich, wohin der Kampf der Extremisten noch führt.

Im Gerichtssaal in Dresden geben Lina E. und die anderen Angeklagten dem Staat zu verstehen, dass sie den Kampf gegen Rechtsextreme im Zweifel lieber selbst übernehmen. Man müsse sich doch fragen, ob "antifaschistische Selbsthilfe gegen militante Nazis nicht notwendig ist", sagte die Anwältin eines Angeklagten einmal im Gericht. In Gesprächen, die die Ermittler abgehört hatten, hatte zudem einer der Beschuldigten gesagt, er werde auf Kundgebungen "dastehen mit 'ner Waffe und Leute abballern", wenn die AfD weiter erstarke.

Die rechtsextremen Anhänger der Eisenacher Gruppe Knockout 51 um Anführer Leon Ringl üben längst mit Waffen. Auf Instagram gibt es Fotos, die eine Fahrt zu einem Schießtraining nach Tschechien 2019 dokumentiert. "Tschechien-Feldzug", nannten sie ihren Ausflug. Auch Ringl soll dabei gewesen sein. Zudem sollen er und ein Freund laut den Ermittlern eine Gaspistole sowie "Teile für halb automatische Schusswaffen" angeschafft haben.

Es scheint die Gruppe nicht sonderlich zu beeindrucken, dass ihr Anführer in Haft sitzt. An einer Wand der Kneipe "Bull's Eye" hängt noch immer eine Flagge der Gruppe. Außen an die Fassade sind zwei Wörter gesprüht: Wir bleiben.

Es gibt oft keinen Willen zum Konsens mehr Ingo Wachtmeister, Beigeordneter der Stadt Eisenach

Das war eine ganz neue bedrohliche Situation Petra Köpping, sächsische Staatsministerin

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die Gewaltteilung; In Deutschland steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten. Vor allem im Osten verwandeln rechte und linke Extremisten manche Gegenden i....

Markiertes Revier: beklebtes Fallrohr in Eisenach

Ikone einer Szene: Die Leipziger Studentin Lina E. wurde im November 2020 verhaftet und zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe geflogen. Seit einiger Zeit steht sie in Dresden vor Gericht

Ausweitung der Kampfzone: Mitglieder der rechtsradikalen Gruppen Knockout 51

Beunruhigte Beobachter: Eisenacher Beigeordneter Ingo Wachtmeister, sächsische Ministerin Petra Köpping, Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer (von oben)

Fotos aus den Ermittlungsakten zeigen Lina E. (links) und zwei ihrer mutmaßlichen Mitstreiter

gesichertes "Flieder Volkshaus" in Eisenach

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: JOURNALISMUS (90%); ANKLAGEN (89%); STRAFTATEN (89%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (76%); GERICHTSPROZESSE (75%); STAATSANWÄLTE (75%); VERHAFTUNGEN (75%); KAMPFKUNST (69%); RECHTSANWÄLTE (68%); GERICHTSHÖFE (67%); STATISTIKEN (67%); CORONAVIRUS COVID-19 (60%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (60%); POLIZEIKRÄFTE (54%)

Industry: KNEIPEN (89%); STAATSANWÄLTE (75%); RECHTSANWÄLTE (68%)

Geographic: DRESDEN, DEUTSCHLAND (57%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); DEUTSCHLAND (72%)

Load-Date: May 20, 2023

End of Document

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Welt am Sonntag

4. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: Politik; S. 2; Ausg. 23

Length: 315 words

Byline: Jennifer Wilton

Body

Eine Extremistin hat Menschen angegriffen, weil sie die für Extremisten hielt. Sie wurde verhaftet und in dieser Woche verurteilt, zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Die Bundesinnenministerin, deren Haus bekanntlich für Fragen der Verfassung zuständig ist, schrieb dazu unter anderem diesen Satz: "Kein Ziel rechtfertigt politische Gewalt." Kein Ziel rechtfertigt irgendwelche Gewalt, ließe sich ergänzen: Auf diese Idee baut unser Post-Auge-um-Auge-Zusammenleben, die Idee einer demokratischen, zivilisierten Gesellschaft mit klarem staatlichem Gewaltmonopol.

Es sind also sehr grundlegende Worte, die Nancy Faeser gerade schrieb nach dem Urteil im Fall Lina E., Studentin und Mitglied einer linksextremen Gruppe. Auch der Justizminister sagte Grundlegendes: Wir müssten "unsere liberale Demokratie schützen vor ihren Feinden, doch nicht mit Selbstjustiz". Offenbar sehen das aber nicht alle so. Die Aufregung war erschreckend groß, nicht nur bei einigen Vertretern der Linkspartei. Das Hauptargument war ein altbekanntes "Ja, aber": Rechter Extremismus sei schlimmer. Als Argument ist das ein dramatisches Missverständnis.

Es stimmt, das Ausmaß des Rechtsextremismus in Deutschland ist unerträglich: dass Nazisymbole zum Alltag in Schulen gehören; dass Menschen auf offener Straße angegriffen werden; dass es Anschläge von Neonazis gibt. Politisch motivierte Straftaten sind auf einem neuen Höchststand, und dem rechten Spektrum werden weit mehr zugerechnet als dem linken, dessen Brutalität allerdings zugenommen hat. Aber es ist falsch, rechte gegen linke Taten auszuspielen. Es ändert nichts daran, dass jeder Täter hinter den Zahlen eine Bedrohung ist, für den Einzelnen, aber auch für die freie Gesellschaft. Wer das relativiert, hat die Verfassung nicht verstanden und das, was sie zu sichern versucht.

Herzliche Grüße

Jennifer Wilton

Chefredakteurin WELT

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (91%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); POLITIK (79%); POLITISCHE PARTEIEN (79%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); STRAFTATEN (72%)

Geographic: DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Welt am Sonntag

3. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: Politik; S. 2; Ausg. 23

Length: 315 words

Byline: Jennifer Wilton

Body

Eine Extremistin hat Menschen angegriffen, weil sie die für Extremisten hielt. Sie wurde verhaftet und in dieser Woche verurteilt, zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis. Die Bundesinnenministerin, deren Haus bekanntlich für Fragen der Verfassung zuständig ist, schrieb dazu unter anderem diesen Satz: Kein Ziel rechtfertigt politische Gewalt. Kein Ziel rechtfertigt irgendwelche Gewalt, ließe sich ergänzen: Auf diese Idee baut unser Post-Auge-um-Auge-Zusammenleben, die Idee einer demokratischen, zivilisierten Gesellschaft mit klarem staatlichen Gewaltmonopol.

Es sind also sehr grundlegende Worte, die Nancy Faeser gerade schrieb nach dem Urteil im Fall Lina E., Studentin und Mitglied einer linksextremen Gruppe. Auch der Justizminister sagte Grundlegendes: Wir müssten, "unsere liberale Demokratie schützen vor ihren Feinden, doch nicht mit Selbstjustiz". Offenbar sehen das aber nicht alle so. Die Aufregung war erschreckend groß, nicht nur bei einigen Vertretern der Linkspartei. Das Hauptargument war ein Altbekanntes "Ja, aber": Rechter Extremismus sei schlimmer. Als Argument ist das ein dramatisches Missverständnis.

Es stimmt: Das Ausmaß des Rechtsextremismus in Deutschland ist unerträglich, dass Nazi-Symbole zum Alltag in Schulen gehören; dass Menschen auf offener Straße angegriffen werden, dass es Anschläge von Neonazis gibt. Politisch motivierte Straftaten sind auf einem neuen Höchststand, und dem rechten Spektrum werden weit mehr zugerechnet als dem Linken, deren Brutalität allerdings zugenommen hat. Aber es ist falsch, rechte gegen linke Taten auszuspielen. Es ändert nichts daran, dass jeder Täter hinter den Zahlen eine Bedrohung ist, für den Einzelnen, aber auch für die freie Gesellschaft. Wer das relativiert, hat die Verfassung nicht verstanden, und das, was sie zu sichern versucht.

Herzliche Grüße

Jennifer Wilton

Chefredakteurin WELT

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (91%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (90%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (90%); VERURTEILUNGEN (90%); POLITIK (79%); POLITISCHE PARTEIEN (79%); NEGATIVE POLITISCHE NACHRICHTEN (78%); VERHAFTUNGEN (78%); STRAFTATEN (72%)

Geographic: DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 3, 2023

End of Document

Seit Jahren im Dauerstress-Zustand; Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wetttreit ein

Welt am Sonntag

18. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: Politik; S. 4; Ausg. 25

Length: 1867 words

Byline: Jan Philipp Burgard

Body

Der Bundespräsident hat in dieser Woche seinen Amtssitz für drei Tage nach Eckernförde in Schleswig-Holstein verlegt, um fernab der Hauptstadt mit Bürgern ins Gespräch zu kommen. Es ist bereits die achte "Ortszeit Deutschland" für Frank-Walter Steinmeier. Hier stellt er sich den Fragen von WELT TV.

Die AfD erlebt gerade einen Höhenflug in den Umfragen. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg einer in Teilen rechtsextremen Protestpartei?

Frank-Walter Steinmeier:

Diese Umfrage-Situation verfolge ich mit Sorgen. Ich weiß natürlich, dass Umfragen nicht Wahlergebnisse sind. Trotzdem ist das ein Zeitpunkt, an dem wir genau hinschauen müssen, was sich in der Bevölkerung möglicherweise verändert. Es gibt ja vielfältige Begründungen dafür, wie das Anwachsen der AfD zum jetzigen Zeitpunkt zu erklären ist. Die führen an, dass möglicherweise nicht genügend Lösungen von der aktuellen Politik geliefert würden oder Lösungen, die der Bevölkerung nicht schlüssig erschienen. Ich halte eine andere Argumentation für plausibel: Wir leben in einer Zeit schnell aufeinander folgender Krisen. Die große Wirtschaftskrise 2008/2009 war gerade verkraftet, da kam die Eurokrise. Dann kam die Migration 2015/2016 und dann die Pandemie. Und als wir gerade das Gefühl hatten, wir hätten die Pandemie im Griff, brach der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine los. Wir befinden uns seit Jahren in einem Dauerstress-Zustand, der dazu führt, dass viele sich von den anstehenden Veränderungen überfordert fühlen. Die AfD spiegelt den Menschen vor, dass sich eigentlich nichts ändern muss, dass wir auf einer Insel leben, dass wir uns auf uns selbst konzentrieren sollten, dass wir nicht verpflichtet sind, bei der Lösung der Migrationsfrage mitzuhelpen und dass Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht so dringend erforderlich sind, wie andere das meinen. Das ist ein Versprechen, dem offensichtlich im Augenblick viele folgen wollen.

Was hören Sie denn konkret von den Bürgerinnen und Bürgern?

Ich weiß aus meinen Gesprächen mit Menschen, die AfD wählen oder sich vorstellen können, diese Partei zu wählen, dass es vor allen Dingen darum geht, den anderen Parteien die Unzufriedenheit zu zeigen. Ob das ein verantwortlicher Umgang mit Demokratie und mit dem demokratischen Wahlrecht ist, ist eine andere Frage. Aber mit solchen Entwicklungen müssen wir in der Demokratie umgehen. Und es bleibt nichts anderes, als dass die

Seit Jahren im Dauerstress-Zustand; Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wettstreit ein

Parteien sich bemühen müssen, auch die Parteien in der gegenwärtigen Koalition, Glaubwürdigkeit dort, wo sie verlorengegangen ist, wieder zurückzugewinnen.

Wie sehr hat das Chaos um das Heizungsgesetz zur Politikverdrossenheit der Menschen beigetragen?

Ich habe bei meinen "Ortszeit"-Besuchen in anderen Regionen der Republik deutlich gespürt, wie groß Unverständnis und Verunsicherung der Bürger sind. Ich hoffe, dass jetzt mit der Verständigung zwischen den Koalitionspartnern Klarheit geschaffen wird.

Wir beobachten gerade an vielen Orten politischen Extremismus, wenn wir zum Beispiel an die "Reichsbürger" denken, die einen Staatsstreich planten. Und in Leipzig gab es tagelange Krawalle, nachdem die linksradikale Lina E zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, weil sie sich einer kriminellen Vereinigung angeschlossen hatte. Haben wir den linken Extremismus unterschätzt?

Das hoffe ich nicht. Die Ereignisse, die Sie gerade geschildert haben, zeigen, dass er existent ist. Und meine Wahrnehmung auch aus der Politik ist durchaus, dass der Linksextremismus ernst genommen wird. Die Äußerungen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser haben wir alle noch gut im Ohr.

Auch andere Gruppierungen schrecken immer weniger vor Gewalt zurück. Der "Letzten Generation" werden laut Innenministerin Nancy Faeser 580 Straftaten zugeordnet, hauptsächlich Nötigung und Sachbeschädigung. Aber auch die Vorbereitung von Anschlägen steht im Raum. Sollte der Staat hier härter vorgehen?

Zunächst mal ist das eine Entwicklung, die keinen beruhigt lassen sollte, denn sie zeigt, dass in der politischen Diskussion in unserem Lande etwas schiefgelaufen ist in den letzten Jahren. Wir haben im Augenblick mit etwa 60.000 fast einen Höchststand an politisch motivierten Straftaten. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass Strafverfolgungsbehörden und Polizei heute genau hinschauen, sondern wir haben einen wirklichen Anstieg solcher Straftaten. Das muss jeden Demokraten beunruhigen. Demokratie braucht politische Debatten und auch Kontroversen. Sie braucht aber auch die Bereitschaft, sich gegenseitig zuzuhören. Und wenn diese Bereitschaft nicht besteht, leidet die demokratische Auseinandersetzung.

Es gibt Überlegungen, die "Letzte Generation" als kriminelle Vereinigung einzustufen. Halten Sie das für angemessen?

Ich glaube, es hilft uns nicht weiter, wenn wir Bewegungen wie die "Letzte Generation" kriminalisieren. Wir brauchen vielmehr die politische Debatte mit denen. Natürlich müssen wir klare Grenzen bei Eingriffen in den Straßenverkehr und anderen Delikten ziehen. Das muss strafrechtlich verfolgt werden und das wird es ja auch. Die "Letzte Generation" aber sollte sich fragen, ob sie ihrem Anliegen mit ihren Aktionen helfen. Mein Eindruck aus vielen Debatten ist eher, dass das Unverständnis wächst und dass dem ehrenwerten und notwendigen Anliegen des Klimaschutzes ein Bärendienst erwiesen wird.

Wie gespalten erleben Sie das Land, wenn Sie wie hier in Eckernförde unterwegs sind?

Ich habe das Format "Ortszeit" nicht ohne Grund erfunden. Mir erschien es gerade nach der Pandemie notwendig zu sein, eine Brücke zu schlagen von Berlin in die Regionen hinein. Denn Ortswechsel bedeutet immer auch Perspektivwechsel. Ich habe während der Pandemie richtiggehend gelitten, weil es eine Zeit war, in der man sich häufig ohne jedes Verständnis für den Anderen Bekenntnisse um die Ohren gehauen hat. Da war eine argumentative Auseinandersetzung gar nicht mehr möglich! Wir müssen zurückkommen zu einem demokratischen Wettstreit, auch wieder mehr Geduld und Verständnis einfordern für denjenigen, der eine andere Meinung vertritt.

Eine aktuelle Umfrage von Insa für WELT TV hat bemerkenswerte Ergebnisse : Demnach sind 65 Prozent der Bürger der Auffassung, dass Deutschland ein gespaltenes Land ist. In den Ost-Bundesländern sind es sogar 70 Prozent. Sorgen Sie sich angesichts solcher Werte um die Demokratie?

Das mit der Spaltung ist auch so ein Bekenntnis, als wäre damit ein Urteil über die bundesdeutsche Gesellschaft gesprochen. Das ist eine liberale, plurale Gesellschaft, Gott sei Dank, in der wir leben. Deshalb werden wir davon

Seit Jahren im Dauerstress-Zustand; Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wettstreit ein

ausgehen müssen, dass es unterschiedliche Erwartungen an Politik weiterhin geben wird. Die Frage ist doch: Wie gehen wir mit den Unterschieden um? Betonieren wir sie? Aber die Realität der Politik ist nicht die Talkshow. Es ist nicht das Schwarz oder Weiß, das man sich dort gegenseitig um die Ohren haut, sondern gelungene demokratische Politik besteht darin, im Wissen um die Unterschiedlichkeit nach Kompromissmöglichkeiten zu suchen, mit denen wir leben können.

Sie sind unermüdlich im Land unterwegs, sprechen mit den Menschen. Deshalb hat uns eine Zahl überrascht, auch von Insa: 49 Prozent haben nicht den Eindruck, dass der Bundespräsident einen Beitrag zur Überwindung der Spaltung leistet. Nur 35 Prozent finden, dass von ihm Brücken gebaut werden. Kritiker werfen Ihnen vor, sich bei den Themen Corona und Flüchtlingspolitik zu sehr auf die Seite der Regierung geschlagen und keine Brücken gebaut zu haben. Können Sie das nachvollziehen?

Das ist doch immer die einfache Erklärung! Wenn man in der Corona-Frage auf der Seite derjenigen steht, die das Impfen für sinnvoll halten, dann ist das doch nicht unvernünftig, nur weil das auch die Position der Regierung war. Das hat doch nichts damit zu tun, dass es mein Ziel ist, Brücken zu bauen. Warum bewirbt man sich als Bundespräsident? Weil man das Beste für dieses Land und seine Menschen will und dafür arbeitet. Ich versuche, mir zu überlegen und danach zu handeln, was für dieses Land, seine Perspektiven, die Zukunft der Menschen sinnvoll und richtig ist. Und ich habe den Eindruck: Das wird auch verstanden.

Lassen Sie uns über ein anderes Thema sprechen - den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Mit all ihrer außenpolitischen Erfahrung: Wie und wann könnte dieser Krieg enden?

Jeder, der behauptet, er wüsste es, sagt nicht die Wahrheit. Wir befinden uns mitten in einem Krieg, den Russland gegen die Ukraine durch den Überfall am 24. Februar vergangenen Jahres losgetreten hat. Mit unendlich viel Leid, mit Zehntausenden, Hunderttausenden von Opfern. Mittlerweile ein Krieg, der jetzt schon viel zu lange dauert. Und Russland könnte ihn beenden, heute noch, indem es seine Soldaten zurückzieht. Doch wenn die Ukraine heute ihre Verteidigung einstellen würde, dann wäre das das Ende der Ukraine. Und deshalb muss man zum gegenwärtigen Zeitpunkt sagen, dass die Situation für Verhandlungen über einen Waffenstillstand erstens offenbar noch nicht gekommen ist. Und zweitens kann hier nicht über die Ukraine hinweg entschieden werden.

Sie haben selbst die Russlandpolitik über viele Jahre mitgestaltet und schon im vergangenen Jahr eigene Fehler eingeräumt, von einer "bitteren Bilanz" gesprochen. Warum fällt es anderen namhaften Politikern und Politikerinnen, wie Angela Merkel, so schwer, Fehler einzugeben?

Frau Merkel hat sich mehrfach dazu geäußert, auf der Buchmesse in Leipzig und bei öffentlichen Auftritten in Berlin, aber mit anderen Formulierungen. Die Erwartung, dass man die Politik gegenüber Russland der letzten 50 oder 60 Jahre pauschal verdammt und damit den Versuch verdammt, Russland in eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur hineinzuziehen, muss man auch zurückweisen. Das war auch keine spezifisch deutsche Politik. Seit der Schlussakte von Helsinki haben alle westlichen Bündnispartner im Grunde genommen darauf hingearbeitet, aus Russland sich möglicherweise entwickelnde Gefahren dadurch zu bannen, dass man Russland ins Gespräch zieht.

Die osteuropäischen Staaten wie Polen haben schon früh vor Nord Stream 2 gewarnt

Das ist ein anderes Thema und dazu habe ich mich auch öffentlich geäußert. Aber Sie wissen auch, es war ein amerikanischer Präsident, der perspektivisch sogar noch in den 90er-Jahren darüber nachgedacht hat, ob nicht irgendwann Russland Mitglied der Nato werden könnte. Aber alles Hoffen, alles Arbeiten, alle Erwartungen, dass sich Russland langfristig auf einem kooperativen Kurs bewegt, sind nicht aufgegangen. Und deshalb ist das eine bittere Bilanz - wenn Sie so wollen, auch für mich, aber eben auch für viele andere, die in diese Richtung gearbeitet haben.

Sie sagten 2008 während des russischen Krieges gegen Georgien: "Wir werden über den Tag hinaus Russland als Nachbarn behalten, und es ist in unserem eigenen Interesse, zu einem normalen Verhältnis zurückzukehren." Gilt dieser Satz heute noch?

Seit Jahren im Dauerstress-Zustand; Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wettstreit ein

Wir erleben gerade einen Epochenbruch. Wir haben in der Vergangenheit versucht, Russland in eine Sicherheitsarchitektur einzubinden. In der Zukunft wird es so sein, dass wir wieder ganz stark Sicherheit voreinander suchen werden.

Das ganze Gespräch können Sie im Internet sehen: welt.de/steinmeier (<http://welt.de/steinmeier>)

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Frank-Walter Steinmeier: "Die AfD spiegelt den Menschen vor, dass sich eigentlich nichts ändern muss"

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (98%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (90%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); WÄHLER & WAHLEN (76%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (74%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (71%); PUTSCHE (71%); WIRTSCHAFTSKRISE (67%); EPIDEMIEN (66%); GEFÄNGNISSTRAFEN (60%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (60%); EURO-KRISE (52%); GERICHTSURTEILE (50%); KLIMASCHUTZ (50%); STRAFZUMESSUNG (50%)

Industry: EURO-KRISE (52%)

Person: FRANK-WALTER STEINMEIER (91%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SCHLESWIG-HOLSTEIN, DEUTSCHLAND (89%); EUROPÄISCHE MITGLIEDSTAATEN (79%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); UKRAINE (79%); RUSSLAND (70%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 18, 2023

Seit Jahren im Dauerstress-Zustand; Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wetttreit ein

Welt am Sonntag

17. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: Politik; S. 4; Ausg. 25

Length: 1867 words

Byline: Jan Philipp Burgard

Body

Der Bundespräsident hat in dieser Woche seinen Amtssitz für drei Tage nach Eckernförde in Schleswig-Holstein verlegt, um fernab der Hauptstadt mit Bürgern ins Gespräch zu kommen. Es ist bereits die achte "Ortszeit Deutschland" für Frank-Walter Steinmeier. Hier stellt er sich den Fragen von WELT TV.

Die AfD erlebt gerade einen Höhenflug in den Umfragen. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg einer in Teilen rechtsextremen Protestpartei?

Frank-Walter Steinmeier:

Diese Umfrage-Situation verfolge ich mit Sorgen. Ich weiß natürlich, dass Umfragen nicht Wahlergebnisse sind. Trotzdem ist das ein Zeitpunkt, an dem wir genau hinschauen müssen, was sich in der Bevölkerung möglicherweise verändert. Es gibt ja vielfältige Begründungen dafür, wie das Anwachsen der AfD zum jetzigen Zeitpunkt zu erklären ist. Die einen führen an, dass möglicherweise nicht genügend Lösungen von der aktuellen Politik geliefert würden oder Lösungen, die der Bevölkerung nicht schlüssig erschienen. Ich halte eine andere Argumentation für plausibel: Wir leben in einer Zeit schnell aufeinander folgender Krisen. Die große Wirtschaftskrise 2008/2009 war gerade verkraftet, da kam die Eurokrise. Dann kam die Migration 2015/2016 und dann die Pandemie. Und als wir gerade das Gefühl hatten, wir hätten die Pandemie im Griff, brach der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine los. Wir befinden uns seit Jahren in einem Dauerstress-Zustand, der dazu führt, dass viele sich von den anstehenden Veränderungen überfordert fühlen. Die AfD spiegelt den Menschen vor, dass sich eigentlich nichts ändern muss, dass wir auf einer Insel leben, dass wir uns auf uns selbst konzentrieren sollten, dass wir nicht verpflichtet sind, bei der Lösung der Migrationsfrage mitzuhelpen und dass Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht so dringend erforderlich sind, wie andere das meinen. Das ist ein Versprechen, dem offensichtlich im Augenblick viele folgen wollen.

Was hören Sie denn konkret von den Bürgerinnen und Bürgern?

Ich weiß aus meinen Gesprächen mit Menschen, die AfD wählen oder sich vorstellen können, diese Partei zu wählen, dass es vor allen Dingen darum geht, den anderen Parteien die Unzufriedenheit zu zeigen. Ob das ein verantwortlicher Umgang mit Demokratie und mit dem demokratischen Wahlrecht ist, ist eine andere Frage. Aber mit solchen Entwicklungen müssen wir in der Demokratie umgehen. Und es bleibt nichts anderes, als dass die

Seit Jahren im Dauerstress-Zustand; Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wettstreit ein

Parteien sich bemühen müssen, auch die Parteien in der gegenwärtigen Koalition, Glaubwürdigkeit dort, wo sie verlorengegangen ist, wieder zurückzugewinnen.

Wie sehr hat das Chaos um das Heizungsgesetz zur Politikverdrossenheit der Menschen beigetragen?

Ich habe bei meinen "Ortszeit"-Besuchen in anderen Regionen der Republik deutlich gespürt, wie groß Unverständnis und Verunsicherung der Bürger sind. Ich hoffe, dass jetzt mit der Verständigung zwischen den Koalitionspartnern Klarheit geschaffen wird.

Wir beobachten gerade an vielen Orten politischen Extremismus, wenn wir zum Beispiel an die "Reichsbürger" denken, die einen Staatsstreich planten. Und in Leipzig gab es tagelange Krawalle, nachdem die linksradikale Lina E zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, weil sie sich einer kriminellen Vereinigung angeschlossen hatte. Haben wir den linken Extremismus unterschätzt?

Das hoffe ich nicht. Die Ereignisse, die Sie gerade geschildert haben, zeigen, dass er existent ist. Und meine Wahrnehmung auch aus der Politik ist durchaus, dass der Linksextremismus ernst genommen wird. Die Äußerungen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser haben wir alle noch gut im Ohr.

Auch andere Gruppierungen schrecken immer weniger vor Gewalt zurück. Der "Letzten Generation" werden laut Innenministerin Nancy Faeser 580 Straftaten zugeordnet, hauptsächlich Nötigung und Sachbeschädigung. Aber auch die Vorbereitung von Anschlägen steht im Raum. Sollte der Staat hier härter vorgehen?

Zunächst mal ist das eine Entwicklung, die keinen beruhigt lassen sollte, denn sie zeigt, dass in der politischen Diskussion in unserem Lande etwas schiefgelaufen ist in den letzten Jahren. Wir haben im Augenblick mit etwa 60.000 fast einen Höchststand an politisch motivierten Straftaten. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass Strafverfolgungsbehörden und Polizei heute genau hinschauen, sondern wir haben einen wirklichen Anstieg solcher Straftaten. Das muss jeden Demokraten beunruhigen. Demokratie braucht politische Debatten und auch Kontroversen. Sie braucht aber auch die Bereitschaft, sich gegenseitig zuzuhören. Und wenn diese Bereitschaft nicht besteht, leidet die demokratische Auseinandersetzung.

Es gibt Überlegungen, die "Letzte Generation" als kriminelle Vereinigung einzustufen. Halten Sie das für angemessen?

Ich glaube, es hilft uns nicht weiter, wenn wir Bewegungen wie die "Letzte Generation" kriminalisieren. Wir brauchen vielmehr die politische Debatte mit denen. Natürlich müssen wir klare Grenzen bei Eingriffen in den Straßenverkehr und anderen Delikten ziehen. Das muss strafrechtlich verfolgt werden und das wird es ja auch. Die "Letzte Generation" aber sollte sich fragen, ob sie ihrem Anliegen mit ihren Aktionen helfen. Mein Eindruck aus vielen Debatten ist eher, dass das Unverständnis wächst und dass dem ehrenwerten und notwendigen Anliegen des Klimaschutzes ein Bärendienst erwiesen wird.

Wie gespalten erleben Sie das Land, wenn Sie wie hier in Eckernförde unterwegs sind?

Ich habe das Format "Ortszeit" nicht ohne Grund erfunden. Mir erschien es gerade nach der Pandemie notwendig zu sein, eine Brücke zu schlagen von Berlin in die Regionen hinein. Denn Ortswechsel bedeutet immer auch Perspektivwechsel. Ich habe während der Pandemie richtiggehend gelitten, weil es eine Zeit war, in der man sich häufig ohne jedes Verständnis für den Anderen Bekenntnisse um die Ohren gehauen hat. Da war eine argumentative Auseinandersetzung gar nicht mehr möglich! Wir müssen zurückkommen zu einem demokratischen Wettstreit, auch wieder mehr Geduld und Verständnis einfordern für denjenigen, der eine andere Meinung vertritt.

Eine aktuelle Umfrage von Insa für WELT TV hat bemerkenswerte Ergebnisse : Demnach sind 65 Prozent der Bürger der Auffassung, dass Deutschland ein gespaltenes Land ist. In den Ost-Bundesländern sind es sogar 70 Prozent. Sorgen Sie sich angesichts solcher Werte um die Demokratie?

Das mit der Spaltung ist auch so ein Bekenntnis, als wäre damit ein Urteil über die bundesdeutsche Gesellschaft gesprochen. Das ist eine liberale, plurale Gesellschaft, Gott sei Dank, in der wir leben. Deshalb werden wir davon

Seit Jahren im Dauerstress-Zustand; Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wettstreit ein

ausgehen müssen, dass es unterschiedliche Erwartungen an Politik weiterhin geben wird. Die Frage ist doch: Wie gehen wir mit den Unterschieden um? Betonieren wir sie? Aber die Realität der Politik ist nicht die Talkshow. Es ist nicht das Schwarz oder Weiß, das man sich dort gegenseitig um die Ohren haut, sondern gelungene demokratische Politik besteht darin, im Wissen um die Unterschiedlichkeit nach Kompromissmöglichkeiten zu suchen, mit denen wir leben können.

Sie sind unermüdlich im Land unterwegs, sprechen mit den Menschen. Deshalb hat uns eine Zahl überrascht, auch von Insa: 49 Prozent haben nicht den Eindruck, dass der Bundespräsident einen Beitrag zur Überwindung der Spaltung leistet. Nur 35 Prozent finden, dass von ihm Brücken gebaut werden. Kritiker werfen Ihnen vor, sich bei den Themen Corona und Flüchtlingspolitik zu sehr auf die Seite der Regierung geschlagen und keine Brücken gebaut zu haben. Können Sie das nachvollziehen?

Das ist doch immer die einfache Erklärung! Wenn man in der Corona-Frage auf der Seite derjenigen steht, die das Impfen für sinnvoll halten, dann ist das doch nicht unvernünftig, nur weil das auch die Position der Regierung war. Das hat doch nichts damit zu tun, dass es mein Ziel ist, Brücken zu bauen. Warum bewirbt man sich als Bundespräsident? Weil man das Beste für dieses Land und seine Menschen will und dafür arbeitet. Ich versuche, mir zu überlegen und danach zu handeln, was für dieses Land, seine Perspektiven, die Zukunft der Menschen sinnvoll und richtig ist. Und ich habe den Eindruck: Das wird auch verstanden.

Lassen Sie uns über ein anderes Thema sprechen - den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Mit all ihrer außenpolitischen Erfahrung: Wie und wann könnte dieser Krieg enden?

Jeder, der behauptet, er wüsste es, sagt nicht die Wahrheit. Wir befinden uns mitten in einem Krieg, den Russland gegen die Ukraine durch den Überfall am 24. Februar vergangenen Jahres losgetreten hat. Mit unendlich viel Leid, mit Zehntausenden, Hunderttausenden von Opfern. Mittlerweile ein Krieg, der jetzt schon viel zu lange dauert. Und Russland könnte ihn beenden, heute noch, indem es seine Soldaten zurückzieht. Doch wenn die Ukraine heute ihre Verteidigung einstellen würde, dann wäre das das Ende der Ukraine. Und deshalb muss man zum gegenwärtigen Zeitpunkt sagen, dass die Situation für Verhandlungen über einen Waffenstillstand erstens offenbar noch nicht gekommen ist. Und zweitens kann hier nicht über die Ukraine hinweg entschieden werden.

Sie haben selbst die Russlandpolitik über viele Jahre mitgestaltet und schon im vergangenen Jahr eigene Fehler eingeräumt, von einer "bitteren Bilanz" gesprochen. Warum fällt es anderen namhaften Politikern und Politikerinnen, wie Angela Merkel, so schwer, Fehler einzugeben?

Frau Merkel hat sich mehrfach dazu geäußert, auf der Buchmesse in Leipzig und bei öffentlichen Auftritten in Berlin, aber mit anderen Formulierungen. Die Erwartung, dass man die Politik gegenüber Russland der letzten 50 oder 60 Jahre pauschal verdammt und damit den Versuch verdammt, Russland in eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur hineinzuziehen, muss man auch zurückweisen. Das war auch keine spezifisch deutsche Politik. Seit der Schlussakte von Helsinki haben alle westlichen Bündnispartner im Grunde genommen darauf hingearbeitet, aus Russland sich möglicherweise entwickelnde Gefahren dadurch zu bannen, dass man Russland ins Gespräch zieht.

Die osteuropäischen Staaten wie Polen haben schon früh vor Nord Stream 2 gewarnt

Das ist ein anderes Thema und dazu habe ich mich auch öffentlich geäußert. Aber Sie wissen auch, es war ein amerikanischer Präsident, der perspektivisch sogar noch in den 90er-Jahren darüber nachgedacht hat, ob nicht irgendwann Russland Mitglied der Nato werden könnte. Aber alles Hoffen, alles Arbeiten, alle Erwartungen, dass sich Russland langfristig auf einem kooperativen Kurs bewegt, sind nicht aufgegangen. Und deshalb ist das eine bittere Bilanz - wenn Sie so wollen, auch für mich, aber eben auch für viele andere, die in diese Richtung gearbeitet haben.

Sie sagten 2008 während des russischen Krieges gegen Georgien: "Wir werden über den Tag hinaus Russland als Nachbarn behalten, und es ist in unserem eigenen Interesse, zu einem normalen Verhältnis zurückzukehren." Gilt dieser Satz heute noch?

Seit Jahren im Dauerstress-Zustand; Der Bundespräsident zeigt Verständnis für die Verunsicherung im Land und fordert mehr Toleranz im politischen Wettstreit ein

Wir erleben gerade einen Epochenbruch. Wir haben in der Vergangenheit versucht, Russland in eine Sicherheitsarchitektur einzubinden. In der Zukunft wird es so sein, dass wir wieder ganz stark Sicherheit voreinander suchen werden.

Das ganze Gespräch können Sie im Internet sehen: welt.de/steinmeier (<http://welt.de/steinmeier>)

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Frank-Walter Steinmeier: "Die AfD spiegelt den Menschen vor, dass sich eigentlich nichts ändern muss"

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (98%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (90%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); WÄHLER & WAHLEN (76%); KRIEG & KRIEGERISCHE AUSEINANDERSETZUNG (74%); NEGATIVE PERSONENNACHRICHTEN (71%); PUTSCHE (71%); WIRTSCHAFTSKRISE (67%); EPIDEMIEN (66%); GEFÄNGNISSTRAFEN (60%); ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (60%); EURO-KRISE (52%); GERICHTSURTEILE (50%); KLIMASCHUTZ (50%); STRAFZUMESSUNG (50%)

Industry: EURO-KRISE (52%)

Person: FRANK-WALTER STEINMEIER (91%)

Geographic: LEIPZIG, DEUTSCHLAND (74%); SCHLESWIG-HOLSTEIN, DEUTSCHLAND (89%); EUROPÄISCHE MITGLIEDSTAATEN (79%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (74%); UKRAINE (79%); RUSSLAND (70%); DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: June 17, 2023

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Welt am Sonntag

11. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: Politik; S. 2; Ausg. 37

Length: 429 words

Byline: Johannes Boie

Body

Sie halten das Produkt einer Premiere in der Hand. Nach 73 Jahren ist WELT AM SONNTAG auch am Samstag erhältlich. Vielleicht haben Sie zugegriffen, damit Sie mehr Zeit am Wochenende zum Lesen haben? Die Frühausgabe erkennen Sie an dem großen Hinweis auf der Titelseite: "Zeitung von morgen". Wie gewohnt gibt es WELT AM SONNTAG auch am Sonntag. Während Sie heute lesen, arbeiten wir in der Redaktion in Berlin weiter. Wir aktualisieren die Zeitung für die Ausgabe von morgen mit all dem, was am Samstag noch passiert. Sie haben die Wahl, ob Sie lieber früh - am Samstag - oder wie gewohnt am Sonntag zugreifen. Wie auch immer Sie sich entscheiden - ich freue mich über jede Leserin und jeden Leser an beiden Tagen. Auf dieser Doppelseite finden Sie am rechten Seitenrand eine Zusammenfassung all dessen, was wir in der Redaktion außerdem für Sie verändert haben. Besonders glücklich macht mich, dass Sie in WELT AM SONNTAG künftig monatlich auch die "Literarische Welt" finden. Gleich in dieser Ausgabe liegt sie bei. Ich wünsche Ihnen aufschlussreiche und unterhaltsame Lektüre. Falls Sie möchten, schreiben Sie mir gern an johannes.boie@welt.de, wie Ihnen die Neuerungen gefallen.

Die Überarbeitung unserer Zeitung war in dieser Woche einer von zwei Anlässen für mich, um grundsätzlicher über Journalismus nachzudenken. Auch die Berichterstattung in manchen Medien über Lina E., die mutmaßliche Linksterroristin, die nun vor dem Oberlandesgericht Dresden angeklagt ist, war ein Grund. Während über rechtsextremistische Attentäter in aller Regel mit Recht und zum Glück in Kommentaren scharf geurteilt und in den Nachrichten sachlich berichtet wird, schien mir bei dem einen oder anderen Journalisten fast Sympathie für die Linksextremistin durchzuscheinen, deren häufig rechtsextreme Opfer der Anklage nach zum Beispiel Schädel- und Organeinblutungen, Gefäßzerreißungen sowie Lungenverletzungen erlitten haben. Ein Publizist, der für linke Blätter schreibt, erklärt, er habe für ihre Verteidigung gespendet. Ein großes Nachrichtenportal garnierte die Berichterstattung über den Fall mit vielen Hinweisen auf die Gewalt von Rechtsextremen und kommt zu dem Schluss: Lina E. müsse "irgendwann zu der Überzeugung gekommen sein, Rechtsextremisten nicht mit Pädagogik, sondern mit Gewalt bekämpfen zu wollen". Zwischen den Zeilen heißt das wohl: Sie hatte gute Gründe, und im Kern ist sie eine Gute. Bleibt die Hoffnung, dass die Justiz sich als weniger parteiisch erweist.

Herzliche Grüße

Johannes Boie

Chefredakteur WELT AM SONNTAG

Original Gesamtseiten-PDF

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: JOURNALISMUS (89%); ANKLAGEN (86%); NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (86%); NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (77%); GERICHTSHÖFE (65%); TERRORISMUS (65%)

Industry: NACHRICHTEN-JOURNALISMUS (77%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (59%); DRESDEN, DEUTSCHLAND (59%)

Load-Date: September 11, 2021

End of Document

Nachrichten; Illegale Einreise über Belarus: Bundespolizei nimmt Schleuser fest ++ Berlin-Wahl: SPD liegt mit Giffey in Führung ++ Mali-Mission: Grüne fordern schnelle Konsequenzen ++ Ausschreitung in Leipzig: Brennende Barrikaden nach Demonstration

Welt am Sonntag

19. September 2021

Copyright 2021 Axel Springer Verlag AG Alle Rechte Vorbehalten

WELT am SONNTAG

Section: POLITIK; NACHRICHTEN; S. 3; Ausg. 38

Length: 786 words

Body

Illegale Einreise über Belarus

Bundespolizei nimmt Schleuser fest

Die Zuwanderung von Migranten, die via Belarus illegal nach Deutschland kommen, nimmt nach Angaben aus Sicherheitskreisen zu. Wie WELT AM SONNTAG am Samstag erfuhr, hat die Bundespolizei am Donnerstag drei mutmaßliche Schleuser festgenommen, die Migranten aus Polen nach Deutschland gebracht haben sollen. Dabei handelt es sich um hier lebende Iraker, die Landsleuten per Auto bei ihrer illegalen Einreise unterstützt haben. Am selben Tag wurden entlang der Grenze 85 unerlaubt eingereiste Personen festgestellt, davon 46 Iraker, 23 Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit sowie Syrer, Türken und Iraner. Bei 33 konnte ermittelt werden, dass sie die Türkei-Belarus-Polen-Route genommen hatten. Bei ihnen wurden Einreisestempel oder Visa türkischer und belarussischer Behörden gefunden. Die Bundespolizei verschärfe in dieser Woche die Schleierfahndung im Grenzraum.

Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko lässt seit dem Sommer vor allem Menschen aus dem Irak einreisen und sie Richtung Litauen, Polen und Lettland ziehen, um sich für EU-Sanktionen zu rächen. Diese waren im Mai nach der erzwungenen Landung einer Ryanair-Maschine in Minsk in Kraft getreten. Die drei betroffenen EU-Staaten haben inzwischen an ihren Grenzen den Ausnahmezustand verhängt.

Berlin-Wahl

SPD liegt mit Giffey in Führung

Eine Woche vor der Berliner Abgeordnetenhauswahl führt die SPD in einer Infratest-Dimap-Umfrage für die ARD weiter vor den Grünen. Der am Freitagabend veröffentlichten Erhebung zufolge liegt die Partei von Spitzenkandidatin Franziska Giffey mit 24 Prozent deutlich vor den Grünen, die mit ihrer Kandidatin Bettina Jarasch 18 Prozent verzeichnen. Die CDU kommt mit Spitzenmann Kai Wegner auf 16 Prozent, die bislang im rot-grünen Bündnis in der Stadt mitregierende Linke bekommt demnach 13 Prozent. Es folgen die AfD mit zehn und die FDP mit sieben Prozent. Ein rot-grün-rotes Bündnis hätte wie vor fünf Jahren wieder eine Mehrheit, auch andere Dreierbündnisse wären aber rechnerisch möglich. Franziska Giffey hält sich offen, mit wem sie koalieren

Nachrichten; Illegale Einreise über Belarus: Bundespolizei nimmt Schleuser fest ++ Berlin-Wahl: SPD liegt mit Giffey in Führung ++ Mali-Mission: Grüne fordern s....

würde. Sie ist anders als Grüne und Linke gegen die Enteignung von Beständen großer Wohnungsunternehmen. Die Vergesellschaftung wird in einem Volksentscheid gefordert, der ebenfalls am 26. September in der Hauptstadt zur Abstimmung steht.

Mali-Mission

Grüne fordern schnelle Konsequenzen

Sollte es zu einer Kooperation der Militärregierung Malis mit der russischen Söldnergruppe Wagner kommen, verlangen die Grünen schnelle Konsequenzen. "Allen muss bewusst sein, dass sich eine Kooperation der malischen Regierung mit Wagner und die Ausbildung der Streitkräfte durch die EU nicht miteinander vertragen. Sollte die malische Regierung tatsächlich mit dieser Söldnertruppe kooperieren, muss die Ausbildung unverzüglich ausgesetzt werden", sagte der grüne Sicherheitspolitiker Tobias Lindner am Samstag dieser Zeitung. Im Rahmen der EU-Ausbildungsmission und einer UN-Mission sind derzeit etwa 1200 Bundeswehrsoldaten in dem westafrikanischen Land. Das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium hatten am Freitag die Obleute im Bundestag über ihre Erkenntnisse informiert. Anheuern will die malische Junta offenbar Personenschützer und Militärausbilder. Die Gruppe Wagner ist berüchtigt für ihre Einsätze, unter anderem in Syrien und in der Zentralafrikanischen Republik. Die französische Regierung wirft ihr Raubüberfälle vor. Grünen-Politiker Lindner sagte weiter: "Jetzt rächt sich bitter, dass die Bundesregierung nach zwei Militärputschen in den letzten Monaten nicht mehr Druck auf die Machthaber in Bamako ausgeübt hat."

Ausschreitung in Leipzig

Brennende Barrikaden nach Demonstration

Bei einer Demonstration unter dem Motto "Wir sind alle LinX" ist es am Samstag in Leipzig zu Ausschreitungen gekommen. Während des Zugs von der Innenstadt in den Leipziger Süden wurden mehrere Gebäude mit Steinen beworfen, darunter das Gebäude der Polizeidirektion Leipzig und Banken. Nach dem offiziellen Ende entzündeten Vermummte im Stadtteil Connewitz Barrikaden. Die Polizei fuhr Wasserwerfer auf, die wiederum mit Steinen beworfen wurden. Laut Polizei beteiligten sich in der Spitzte bis zu 3500 Menschen an der Demonstration. Anlass war der Prozess gegen die Leipziger Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Attacken auf mutmaßliche Rechte. Es wurde unter anderem die sofortige Freilassung der Frau gefordert. Eine Polizeisprecherin sagte, die Staatsanwaltschaft Leipzig habe Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Eine Vielzahl von Teilnehmern sei vermummt gewesen.

Original Gesamtseiten-PDF

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Zeitung

Journal Code: WSBE-HP

Subject: UMFRAGEN & ERHEBUNGEN (98%); AUSSCHREITUNGEN (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); EINWANDERUNG (90%); EUROPÄISCHE UNION (90%); ILLEGALE EINWANDERER (90%); POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLIZEIKRÄFTE (90%); PROTESTE & DEMONSTRATIONEN (90%); VERHAFTUNGEN (90%); POLITIK (89%); STREITKRÄFTE (89%); DEUTSCHER BUNDESTAG (79%);

Nachrichten; Illegale Einreise über Belarus: Bundespolizei nimmt Schleuser fest ++ Berlin-Wahl: SPD liegt mit Giffey in Führung ++ Mali-Mission: Grüne fordern s....

NEGATIVE SONSTIGE NACHRICHTEN (79%); POLITISCHE KANDIDATEN (79%); WAHLEN (79%); ÖFFENTLICHE POLITIK (79%); STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT (78%); VERTEIDIGUNGSPOLITIK & MILITÄRPOLITIK (78%); DEUTSCHE LANDTAGE (75%); GESETZGEBUNGSORGANE (75%); AUSWÄRTIGE ÄMTER & DIPLOMATISCHE DIENSTE (74%); EMBARGOS & SANKTIONEN (74%); REFERENDEN (74%); STAATSANGEHÖRIGKEIT (73%); VERTEIDIGUNGSMINISTERIEN (69%); MILITÄRISCHE AUSBILDUNG (64%)

Company: RYANAIR HOLDINGS PLC (55%)

Ticker: RYAAY (NASDAQ) (55%); RYA (LSE) (55%)

Industry: NAICS481111 SCHEDULED PASSENGER AIR TRANSPORTATION (55%); SIC4512 AIR TRANSPORTATION, SCHEDULED (55%); STREITKÄFTE (89%); VERTEIDIGUNGSPOLITIK & MILITÄRPOLITIK (78%); VERTEIDIGUNGSMINISTERIEN (69%); MILITÄRISCHE AUSBILDUNG (64%)

Geographic: BERLIN, DEUTSCHLAND (89%); LEIPZIG, DEUTSCHLAND (59%); MINSK, BELARUS (58%); EUROPÄISCHE MITGLIEDSTAATEN (94%); WESTAFRIKA (79%); ZENTRALAFRIKA (79%); SACHSEN, DEUTSCHLAND (59%); POLEN (92%); BELARUS (91%); MALI (90%); SYRIEN (79%); ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK (79%); DEUTSCHLAND (74%); EUROPA (74%); IRAK (74%); LETTLAND (74%); LITAUEN (58%); RUSSISCHE FÖDERATION (58%)

Load-Date: September 19, 2021

End of Document